THÜRINGER LANDTAG
7. Wahlperiode

Drucksache 7/6473
zu Drucksache 7/5266
14.10.2022

A n t w o r t

der Landesregierung

auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
- Drucksache 7/5266 -

Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen

Das **Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 11. Oktober 2022 wie folgt beantwortet:

I. Rechtliche Grundlagen

1. Welche (verfassungs-)rechtliche beziehungsweise fiskalische Grundstruktur hat die Finanzausstattung der Thüringer Kommunen nach dem Grundgesetz und nach der Verfassung des Freistaats Thüringen? Wie gestalten sich die bisherige Entwicklung und der derzeitige Stand der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zu Fragen der Finanzausstattung der Kommunen, insbesondere auch zu Fragen des kommunalen Finanzausgleichs? Inwiefern gewährleistet das Thüringer Finanzausgleichsgesetz - auch mit Blick auf seine rechtliche Ausgestaltung - eine gleichmäßige Entwicklung der kommunalen Finanzen im Freistaat Thüringen?

   Antwort:
   A. GRUNDSTRUKTUR DER FINANZAUSSTATTUNG THÜRINGER KOMMUNEN

   Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen garantiert den Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung. Diese Gewährleistung wird durch Artikel 93 der Verfassung des Freistaats Thüringen konkretisiert, in dem das Land verpflichtet wird, den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Einnahmen und Einnahmequellen zur Verfügung zu stellen, die sie für die Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben und der ihnen übertragenen staatlichen Aufgaben benötigen. Die Landesverfassung knüpft damit an die Gewährleistungen des Grundgesetzes an, welches in Artikel 28 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen ausdrücklich anerkennt, dass die Gewährleistung der gemeindlichen Selbstverwaltung auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung der Kommunen umfasst. Diese beinhaltet einerseits eine eigenverantwortliche Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft (inklusive eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle und einschließlich der entsprechenden Ausgabebefugnisse) und andererseits das Recht auf eine angemessene Finanzausstattung, um die Aufgaben erfüllen zu können.

   Die Finanzierungsverantwortung für die Kommunen trifft nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen das Land und verpflichtet es zur Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs. Letzterer ist ein ergänzendes Finanzierungssystem, welches neben dem Recht der Gemeinden und Landkreise zur Erhebung eigener Steuern und Abgaben (Artikel 93 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen), mit dem Mehrbelastungsausgleich für die übertragenen staatlichen Aufgaben (Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen) und der Beteiligung der Gemeinden an den Steuereinnahmen des Landes (Artikel 93 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen) zu einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen beiträgt. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, hinsichtlich des Einsatzes eigener Mittel der Kommunen ausgeführt: "Allerdings bleibt die Verantwortung der Kommunen

Druck: Thüringer Landtag, 28. Oktober 2022

selbst erhalten, sich nicht lediglich als 'alimentationsbedürftige Kostgänger' der Länder zu verstehen, sondern vor allem den bei der Verwirklichung ihres Selbstverwaltungsrechts entstehenden Finanzbedarf zunächst aus eigenen Kräften zu decken und die Gewährsträgerschaft ihres Landes nur dann und insoweit in Anspruch zu nehmen, als sie nach Erschöpfung der gesetzlichen und organisatorischen Möglichkeiten die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises mit eigenen Mitteln nicht bestreiten können." Als die eigenen Einnahmen ergänzendes Finanzierungssystem kommt der kommunale Finanzausgleich mit Ausnahme des Bereichs der Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nur finanzschwachen Gemeinden zugute, die nicht schon aufgrund originär eigener Einnahmen über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen. Letztere sind die sogenannten abundanten Gemeinden.

Zur Ermittlung des Finanzausgleichs werden im Rahmen der Revision (§ 3 Abs. 5 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes [ThürFAG]) die originären Finanzquellen und Finanzmittel der Gemeinden und des Landes, die durch sie zu erfüllenden Aufgaben sowie die durch die Aufgabenerfüllung entstandenen Kosten herangezogen.

Hinsichtlich der Finanzquellen und -mittel bestimmt Artikel 106 des Grundgesetzes (GG) die Ertragshoheit für die Steuern. Artikel 106 Abs. 3 GG spricht den Gemeinden einen Anteil an der Umsatzsteuer wie auch der Einkommensteuer zu, wobei das Finanzausgleichsgesetz des Bundes das Nähere regelt. Artikel 106 Abs. 6 GG bestimmt die Ertragshoheit für die Gewerbesteuer und die Grundsteuern sowie die kommunalen Verbrauchs- und Aufwandssteuern, die originär ausschließlich den Gemeinden zustehen. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Erhebung eigener Steuern und Abgaben durch die Gemeinden werden durch das Thüringer Kommunalabgabengesetz konkretisiert.

Einfachrechtlich bestimmt § 3 Abs. 1 ThürFAG, dass neben den Steuereinnahmen des Landes auch weitere Einnahmen (so zum Beispiel Bundesergänzungszuweisungen) Berücksichtigung bei der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse finden.

Hinsichtlich der Aufgabenlast trennt die Verfassung des Freistaats Thüringen zwischen Selbstverwaltungsaufgaben und staatlichen Aufgaben und knüpft damit an den Aufgabendualismus von Selbstverwaltungsaufgaben und staatlichen Aufgaben an. Diesem Aufgabendualismus folgt auch eine dualistische Finanz- beziehungsweise Einnahmegarantie.

Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen enthält die allgemeine Finanzgarantie und gewährt den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften eine angemessene, aufgabengerechte Finanzausstattung. Das Land hat dafür zu sorgen, dass die Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände so bemessen ist, dass sie die Personal- und Sachausgaben für die Pflichtaufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis bestreiten können und ihnen darüber hinaus ein gewisser finanzieller Spielraum für Maßnahmen im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten verbleibt. Einfachrechtlich gibt § 2 ThürFAG die verfassungsrechtlichen Vorgaben wieder, wonach den Gemeinden und Landkreisen im übergemeindlichen Finanzausgleich Finanzmittel in Ergänzung ihrer eigenen Einnahmekraft zur Erfüllung ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt wird.

Daraus ergibt sich eine absolute Untergrenze der kommunalen Finanzausstattung, die den Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts betrifft. Dieser ist dann verletzt, wenn die finanzielle Ausstattung der Kommunen nur die Wahrnehmung der eigenen und übertragenen Pflichtaufgaben abdeckt und ein finanzieller Spielraum für die freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben nicht verbleibt, wenn die Kommunen also aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, auf die Angelegenheiten und Probleme in der örtlichen Gemeinschaft zu reagieren. Da die finanzielle Mindestausstattung zum Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung gehört, ist sie weder verhandelbar, noch relativierbar und steht deshalb insbesondere nicht unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes.

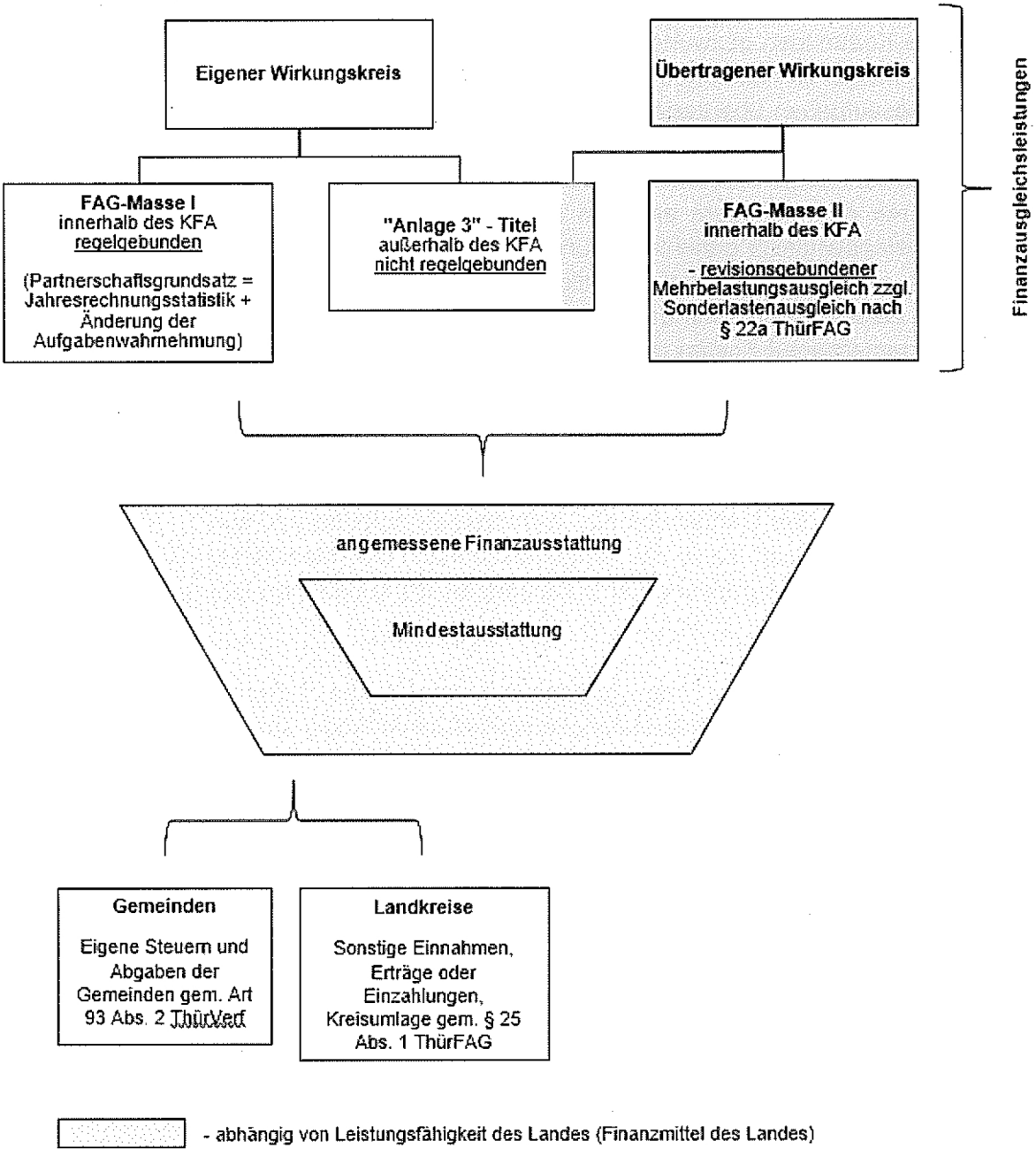
Der darüber hinausgehende Anspruch der Kommunen aus Artikel 93 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen auf eine angemessene Finanzausstattung betrifft hingegen den Randbereich der kommunalen Selbstverwaltung, in den der Gesetzgeber grundsätzlich und unter Beachtung der allgemeinen Regeln eingreifen darf. Hierbei hat der Gesetzgeber insbesondere das Gebot der Verteilungssymmetrie zu beachten, welches grundsätzlich von der Gleichwertigkeit der Aufgaben von Land und Kommunen ausgeht. Die Angemessenheit der Finanzausstattung richtet sich einerseits nach Aufgaben-

belastung und Finanzkraft der Kommunen und andererseits nach der Leistungsfähigkeit des Landes. Hinsichtlich dieser drei Determinanten unterliegt das Land einer ständigen Beobachtungspflicht, um den Finanzausgleich an Veränderungen anpassen zu können.

Damit beinhaltet das Recht der Kommunen auf eine angemessene Finanzausstattung nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen laut dem Thüringer Verfassungsgerichtshof in seinem Urteil vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, sowohl eine statische Komponente, indem es einen finanziellen Mindestbestand sichert, der die Erfüllung aller Pflichtaufgaben und eines absoluten Minimums freiwilliger Aufgaben gewährleistet, als auch eine dynamische Komponente hinsichtlich des darüber hinausgehenden Maßes der freiwillig zu erfüllenden Aufgaben, die von der Einnahmesituation des Landes abhängt.

In Ergänzung zur allgemeinen Gewährleistung einer aufgabengerechten Finanzausstattung ordnet Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen einen speziellen Mehrbelastungsausgleich bei der Übertragung staatlicher Aufgaben nach Artikel 91 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen an. Staatliche Aufgaben beziehen sich auf den Vollzug von Landes- und Bundesgesetzen, für die das Land aufgrund seiner Verwaltungskompetenz zuständig ist und dessen Kosten es aufgrund des Prinzips der Vollzugskausalität nach Artikel 104a Abs. 1 GG zu tragen hat. Macht das Land von der ihm nach Artikel 91 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen eröffneten Möglichkeit, diese Aufgaben auf die Kommunen zu übertragen, Gebrauch, muss es einen angemessenen finanziellen Ausgleich schaffen. Aus dem Schutzzweck des Artikels 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen folgt, dass der Kostenausgleich dem Prinzip der strikten Konnexität unterliegt, also ein voller Kostenausgleich erfolgen muss. Die Übertragung staatlicher Aufgaben darf nicht dazu führen, dass die Kommunen gezwungen sind, den damit verbundenen Kostenaufwand aus Mitteln zu bestreiten, die ihnen eigentlich zur Erledigung der Selbstverwaltungsaufgaben übertragen worden sind. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat in seiner Entscheidung vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, festgestellt, dass die Ausgleichsnorm des Artikels 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen ihre Schutzfunktion nur dann wirksam entfalten kann, wenn sie prinzipiell auf einen vollen Kostenausgleich gerichtet ist und daher der Begriff der Angemessenheit sich nicht auf die Erstattungspflicht als solche, sondern auf die zu erstattenden Kosten bezieht, mit der Folge, dass die Norm eine volle Erstattung der angemessenen Kosten der Aufgabenerfüllung verlangt. Die Bestimmung regelt den vertikalen Finanzausgleich zwischen Land und der Gesamtheit der Kommunen, nicht hingegen den Ausgleich der tatsächlich bei einer einzelnen Gemeinde angefallenen Kosten. Der Mehrbelastungsaus-gleich kann sich daher nur an einem Durchschnittswert von Kosten orientieren. Erfüllt die Mehrheit der Gemeinden die übertragenen Aufgaben zu aufwändig und damit zu teuer, kann die "Angemessenheit" des Mehrbelastungsausgleichs zu einer Begrenzung der Erstattung an die Kommunen führen.

Im Unterschied zur allgemeinen Finanzgarantie des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen ist der Anspruch auf Mehrbelastungsausgleich unabhängig von der Finanzkraft der Kommunen und muss daher finanzstarken und finanzschwachen Kommunen gleichermaßen gewährt werden. Er ist außerdem unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes.



Während die Bildung der Finanzausgleichsmasse die vertikale Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen gestaltet, betrifft die Verwendung der Finanzausgleichsmittel die horizontale Verteilung zwischen den Kommunen. Die Verwendung der nach Maßgabe des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes an die Gemeinden und Landkreise zur Verfügung zu stellenden Finanzausgleichsmasse, bestehend aus der Finanzausgleichsmasse I für die Wahrnehmung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises und der Finanzausgleichsmasse II für die Wahrnehmung von Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, ergibt sich aus §§ 4 ff. ThürFAG. Die horizontale Verteilung der Mittel für den eigenen Wirkungskreis ist maßgeblich geprägt vom Verhältnis der Höhe der für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel im Verhältnis der für besondere Finanzzuweisungen vorgesehenen Mittel. Der Gesetzgeber darf einen Teil der Finanzausgleichsmasse für zweckgebundene, insbesondere investive Finanzzuweisungen verwenden. Allerdings muss der Gesetzgeber, so das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, bei der Normierung zweckgebundener Finanzzuweisungen Zurückhaltung üben, da der Einsatz dieser potentiell selbstverwaltungsfeindlichen Verteilungsinstrumente die kommunale Autonomie beeinträchtigen kann, vor allem dann, wenn die Summe der Zweckzuweisungen an die Kommunen im Verhältnis zu den allgemeinen Finanzzuweisungen von erheblicher finanzieller Bedeutung ist.

Die betragsmäßige Darstellung des kommunalen Finanzausgleichs ergibt sich aus dem jeweiligen Vorwort zum Kapitel 1720 des Landeshaushalts (vergleiche zuletzt Thüringer Haushaltsgesetz 2022 vom 17. Februar 2022, GVBI. S. 75).

B. ENTWICKLUNG DER RECHTSPRECHUNG DES THÜRINGER VERFASSUNGSGERICHTSHOFS ZUR FINANZAUSSTATTUNG DER KOMMUNEN

Die Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs zum kommunalen Finanzausgleich besteht im Wesentlichen aus zwei Grundsatzentscheidungen. Mit Urteil vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Thüringer Finanzausgleichsgesetz für teilweise unvereinbar mit der Verfassung des Freistaats Thüringen erklärt und in dieser Grundsatzentscheidung im Wesentlichen folgende Leitlinien herausgearbeitet:

- In Übereinstimmung mit Artikel 28 Abs. 2 Satz 3 GG garantiert Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen eine aufgabengerechte und angemessene Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände als notwendige Grundlage des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Sinne von Artikel 91 Abs. 1, Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen. Danach ist der Freistaat verpflichtet, den Kommunen einen gewissen adäquaten finanziellen Spielraum für freiwillige Selbstverwaltungsangelegenheiten zu gewährleisten.

- Der unantastbare Kernbereich des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung ist jedenfalls dann verletzt, wenn den Kommunen die Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben infolge einer unzureichenden Finanzausstattung überhaupt nicht mehr möglich ist. Die Gewährleistung dieser finanziellen Mindestausstattung steht nicht unter dem Vorbehalt der Leistungskraft des Landes, sondern ist leistungskraftunabhängig. Das Finanzausstattungsgebot des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen zielt auch in seinem Randbereich, also oberhalb der Grenze des absoluten Minimums, auf die Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände ab. Der Gesetzgeber ist verpflichtet, den Finanzbedarf der Kommunen - also deren tatsächliche durchschnittliche Kostenbelastung - zu ermitteln und im Rahmen des Finanzausgleichs zu erwägen.

- Daneben enthält Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen mit dem Mehrbelastungsausgleich eine spezielle, eigenständige Finanzgarantie, soweit die Übertragung staatlicher Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung im Sinne von Artikel 91 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen zu einer Mehrbelastung der Gemeinden führt. Dieses Gebot zum Mehrbelastungsausgleich ist - zum effektiven Schutz des Selbstverwaltungsrechts - prinzipiell auf den vollständigen Kostenausgleich im Sinne einer strikten Konnexität zwischen Aufgabenverantwortung und Kostenlast angelegt und ist - anders als das Finanzausstattungsgebot des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 - nicht an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes gebunden. Die Pflicht zum Mehrbelastungsausgleich knüpft dabei an die Durchschnittskosten an, die den Kommunen in ihrer Gesamtheit durch die Erfüllung einer übertragenen staatlichen Aufgabe durchschnittlich entstehen. Der Mehrbelastungs-ausgleich ist finanzkraftunabhängig, so dass diesen Kostenersatz sowohl finanzschwache als auch finanzstarke Kommunen beanspruchen können. Die Mehrbelastungsausgleichspflicht im Sinne von Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen stellt sich als eine nur die Aufgaben des übertragenen (staatlichen) Wirkungskreises betreffende spezielle Regelung dar, so dass die hierfür vorbehaltene Finanzmasse unabhängig und selbständig neben der nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen zu verteilenden Schlüsselmasse aufgrund der allgemeinen Finanzgarantie steht.

- Wertungen und Prognosen im Hinblick auf die Frage einer angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden unterliegen allein der Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers. Allerdings sind die Grundlagen der Entscheidungsfindung - also die rechtlichen Vorgaben der beiden Finanzgarantien des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen - uneingeschränkt justiziabel, so dass mittelbar auch das gesetzgeberische Entscheidungsergebnis kontrolliert werden kann.

- Da der Mehrbelastungsausgleich im Sinne von Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen unabhängig ist von der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes und der Finanzkraft der einzelnen Gemeinde, trifft den Gesetzgeber bei der Normierung nur die Pflicht, die

notwendigen (Durchschnitts-)Kosten für die Erledigung der Aufgaben der Kommunen im übertragenen (staatlichen) Wirkungskreis zu ermitteln. Demgegenüber hat der Gesetzgeber bei der Festlegung der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen im Sinne von Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen einen weiteren Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum. So kann und muss er den durch ihre Aufgabenbelastung und ihre Finanzkraft vorgezeichneten Bedarf der Kommunen nach Zuweisung ergänzender Finanzmittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs der finanziellen Leistungskraft des Landes entgegenstellen und nach Maßgabe des Gebots der Verteilungssymmetrie abwägen. Da der Gesetzgeber bei den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben nur zu einer angemessenen allgemeinen Finanzausstattung verpflichtet ist, genügt es, wenn er sich einen ungefähren Überblick über die von den Kommunen hierfür tatsächlich aufgewendeten Kosten verschafft.

- Da die originäre Einnahmesituation der Kommunen und die Kosten für die Aufgabenerfüllung ständigen Veränderungen unterliegen, hat der Gesetzgeber insoweit eine Beobachtungs- und Anpassungspflicht. Insbesondere beim Mehrbelastungsausgleich sind die bei den Kommunen für die Erledigung staatlicher Aufgaben angefallenen Kosten möglichst im engen zeitlichen Zusammenhang zu erstatten.

- Der Gesetzgeber darf einen Teil der Finanzausgleichsmasse für zweckgebundene, insbesondere investive Finanzzuweisungen verwenden. Allerdings kann sich ein die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigendes Übermaß zweckgebundener Zuweisungen insbesondere aus der jeweils festgesetzten Höhe der Zuweisungen ergeben.

Nach diesem Urteil hat der Thüringer Gesetzgeber den kommunalen Finanzausgleich grundlegend neu geregelt. Seitdem wird die Finanzausgleichsmasse entsprechend den Vorgaben des Thüringer Verfassungsgerichtshofs bedarfsbezogen ermittelt und festgesetzt. Mit Urteil vom 2. November 2011, Az. 13/10, hat der Thüringer Verfassungsgerichtshof diese Ermittlung der Finanzausgleichsmasse als verfassungsgemäß erachtet und seine Entscheidung aus dem Jahr 2005 bestätigt und fortentwickelt:

- Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen gewährleistet den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung, die nach deren Kostenbelastung und Finanzkraft sowie der Leistungskraft des Landes zu bemessen ist. Zur Sicherung eines gerechten, transparenten und rationalen Systems der Finanzverteilung sind diese Parameter in einem nachvollziehbaren Verfahren zu ermitteln, das eine verfassungsgerichtliche Kontrolle ermöglicht.

- Die Parameter zur Bestimmung der Finanzausgleichsmasse sind keine festen Größen, sondern von rechtlichen und tatsächlichen Rahmendaten abhängig. Entscheidet sich der Gesetzgeber für ein Modell der Fortschreibung, hat er die Auswirkungen ihrer Veränderungen zu erfassen, zu gewichten und soweit notwendig zu prognostizieren. Im Gesetzgebungsverfahren muss erkennbar werden, nach welcher Methode er hierbei vorgegangen ist und wie er die ihm zustehenden Beurteilungs- und Entscheidungsspielräume ausgefüllt hat.

- In die Berechnung der Kostenbelastung der Kommunen zur Ermittlung ihres Bedarfs für pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben haben nur diejenigen Ausgaben einzufließen, die einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung entsprechen. Bei der Prüfung der Angemessenheit der Aufwendungen kommt dem Gesetzgeber die Einschätzungsprärogative zu, ob und inwieweit unter Beachtung der Organisationshoheit der Kommunen Einsparungen möglich und zumutbar sind.

- Die Verfassung des Freistaats Thüringen verpflichtet den Gesetzgeber nicht, die Finanzausgleichsmasse in einer prozentualen Quote zu den hierfür zur Verfügung stehenden Landeseinnahmen auszuweisen (sogenannte Verbundquote).

C. GLEICHMÄßIGE ENTWICKLUNG DER KOMMUNALEN FINANZEN

Über den Thüringer Partnerschaftsgrundsatz in § 3 Abs. 3a ThürFAG, wonach aus der Summe der Einnahmen aus den in § 3 Abs. 3 ThürFAG genannten eigenen Einnahmequellen der Kommunen und den Einnahmen des Landes aus den in § 3 Abs. 1 ThürFAG genannten Einnahmequellen des Landes eine Summe zu bilden ist, von der den Kommunen ein fester Prozentsatz von aktuell 37,17

zusteht, ist eine gleichmäßige Teilhabe des Landes und der Kommunen an der Entwicklung der jeweiligen Einnahmen sichergestellt.

Vorgaben des Landes mit dem Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen im Vergleich der Kommunen untereinander verbieten sich aufgrund der oben dargestellten verfassungsrechtlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung, die die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung der Kommunen umfasst. Allerdings wird durch die Verteilungsregularien der einzelnen Finanzausgleichsleistungen eine weitgehende Synchronisierung der jeweiligen kommunalen Ausgabenbedarfe und der jeweiligen kommunalen Einnahmen erreicht. So richtet sich die Verteilung der Schlüsselmasse, die mit Abstand den größten Teil der Finanzausgleichsmasse darstellt, sowohl nach der jeweiligen kommunalen Finanzkraft, insbesondere ausgedrückt in der Höhe der kommunalen Steuereinnahmen und der kreislichen Umlagekraft, als auch nach dem jeweiligen kommunalen Finanzbedarf, der sich neben den Einwohnerzahlen an verschiedenen weiteren Parametern ausrichtet.

2. Inwieweit sehen die rechtlichen Vorgaben vor, dass sich die Thüringer Kommunen aus eigenen Einnahmen finanzieren und inwieweit haben sie Anspruch auf ergänzende Finanzierung durch das Land, gegebenenfalls auch durch den Bund? Welche etwaigen Unterschiede gibt es hierbei mit Blick auf den Bereich des eigenen Wirkungskreises einerseits und den Bereich des übertragenen Wirkungskreises andererseits? Welche unterschiedlichen Umsetzungsmodelle gibt es nach Kenntnis der Landesregierung dazu gegebenenfalls in den einzelnen Bundesländern und warum?

   Antwort:
   Hinsichtlich der Finanzierung der Kommunen aus eigenen Mitteln und den Vorgaben zur Finanzierung seitens des Landes wird auch hinsichtlich der Spezifika in Abhängigkeit vom betroffenen Wirkungskreis auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

   Hinsichtlich einer Finanzierung durch den Bund ist auf das sogenannte "Durchgriffsverbot" zu verweisen, wonach durch Bundesgesetz den Kommunen nicht erstmals eine bestimmte Aufgabe zugewiesen oder eine funktional äquivalente Erweiterung einer bundesgesetzlich bereits zugewiesenen Aufgabe vorgenommen werden kann.

   Nach Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 GG dürfen durch Bundesgesetz Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden. Nach dem Beschluss des Bundeverfassungsgerichts vom 7. Juli 2020, Az. 2 BvR 696/12, konkretisiert das Durchgriffsverbot des Artikels 84 Abs. 1 Satz 7 GG das in Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 und Satz 3 GG gewährleistete Recht auf kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise. In Anlehnung an Artikel 30 GG erfasst das Durchgriffsverbot alle sachlichen Bereiche des Verwaltungshandelns und gilt gleichermaßen für hoheitliche, schlichthoheitliche und privatrechtliche Tätigkeiten. Nicht vom Durchgriffsverbot erfasst sind materielle Änderungen des Fachrechts; diese sind nach Artikel 70 ff. GG weiterhin möglich.

   Eine Schranke findet das Durchgriffsverbot in der Übergangsregelung des Artikels 125a Abs. 1 Satz 1 GG. Danach gilt Recht, das als Bundesrecht erlassen worden ist, aber wegen Artikel 84 Abs. 1 Satz 7 GG nicht mehr wirksam erlassen werden könnte, als Bundesrecht fort. Auf der Grundlage von Artikel 125a Abs. 1 Satz 1 GG kann der Bund Änderungen von bundesgesetzlich den Kommunen zugewiesenen Aufgaben vornehmen, sofern damit keine materiell-rechtlichen Erweiterungen verbunden sind, die den bereits zugewiesenen Aufgaben eine andere Bedeutung und Tragweite verleihen und zu einer entsprechend stärkeren Beeinträchtigung der kommunalen Eigenverantwortung führen. Eine grundlegende Neukonzeption oder Umgestaltung der Materie unter Beibehaltung der Aufgabenzuweisung an die Kommunen ist dem Bund auf dieser Grundlage jedoch verwehrt (Beschluss des Bundeverfassungsgerichts vom 7. Juli 2020, Az. 2 BvR 696/12).

   Das Durchgriffsverbot bedeutet in der Folge, dass der Bund grundsätzlich nur die Bundesländer verpflichten kann, neue Aufgaben wahrzunehmen. Soweit diese die entsprechenden Aufgaben den Kommunen zuweisen, sind die Bundesländer nach dem einschlägigen Landes(verfassungs)recht verpflichtet, die Finanzierung sicherzustellen.

   Hinsichtlich der wesentlichen Elemente der Finanzausgleichssysteme in den anderen Bundesländern wird auf die Darstellung im Artikel "Der Kommunale Finanzausgleich 2020/2021 unter besonderer

Berücksichtigung der Landkreise: Rechtliche Grundlagen" von Matthias Wohltmann in der Fachzeitschrift "Der Landkreis", Ausgabe 10/2021, S. 630, verwiesen.

Vergleiche zwischen den Finanzausgleichssystemen der einzelnen Bundesländer sind nur sehr eingeschränkt sachlich tauglich, da sich diese nicht nur hinsichtlich sehr unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade, das heißt der jeweiligen Zuordnung von Aufgaben an das Land oder die kommunale Ebene, unterscheiden. Die Unterschiede setzen sich bei den verschiedenen Parametern der kommunalen Finanzausgleiche (unter anderem Finanzausgleichsmassen, Verbundquoten, Hebesätze, Umlagesätze) fort.

Zur einfachgesetzlichen Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in den anderen Bundesländern liegen der Landesregierung aus den Zuarbeiten im Rahmen einer Länderabfrage in den Monaten Juni und Juli 2022 zusammengefasst folgende Informationen vor:

Baden-Württemberg

Gemäß Artikel 73 Abs. 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg sorgt das Land dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Aufgaben erfüllen können. Nach Absatz 2 haben die Gemeinden und Kreise das Recht, eigene Steuern und andere Abgaben nach Maßgabe der Gesetze zu erheben. Außerdem sieht Artikel 73 Abs. 3 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg unter Berücksichtigung der Aufgaben des Landes eine Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Steuereinnahmen des Landes vor. Dem kommt das Land mit den Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz nach.

Die größte Ausgleichsfunktion im kommunalen Finanzausgleich hat die Finanzausgleichsmasse. Bereits die Finanzierung enthält Elemente des vertikalen wie des horizontalen Finanzausgleichs. In Baden-Württemberg setzt sich die Finanzausgleichsmasse zusammen aus einem Anteil von 23 Prozent an den Gemeinschaftssteuereinnahmen des Landes (Lohn- und Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer) und der Gewerbesteuerumlage sowie dem überwiegenden Teil der Finanzausgleichsumlage, die von den Gemeinden und Landkreisen steuerkraftabhängig erhoben wird.

Die allgemeine Finanzausgleichsmasse wird in die Teilmassen A und B aufgeteilt. Der Finanzausgleichsmasse A werden zunächst Mittel für besondere Zwecke entnommen. Der Restbetrag dient pauschalen Schlüsselzuweisungen für laufende Kosten (Schlüsselmasse). Die Schlüsselmasse wird wiederum in die Teilmassen für Gemeinden, die Kreisaufgaben der Stadtkreise und der Landkreise (Gemeindeverbände) aufgeteilt.

Die Finanzausgleichssystematik bei Gemeinden und Landkreisen basiert auf der Gegenüberstellung von fiktiven Finanzbedarfen (Bedarfsmesszahl) und fiktiver Einnahmekraft (Steuerkraftmesszahl) der jeweiligen Kommune beziehungsweise des jeweiligen Gemeindeverbandes. Die Bedarfsmesszahl einer Gemeinde wird aus einer Bedarfsmesszahl A nach der Gemeindegröße und einer Bedarfsmesszahl B nach der Einwohnerdichte gebildet. Die Bedarfsmesszahl der Landkreise richtet sich lediglich nach deren Größe. Die Bewertung der Realsteuereinnahmen in der Steuerkraftmesszahl erfolgt anhand fiktiver Hebesätze. Eine Gemeinde erhält nur dann Schlüsselzuweisungen, wenn der fiktive Finanzbedarf die normierte Steuerkraft überschreitet. Die Schlüsselmasse für Kreisaufgaben der Stadtkreise wird nach den Einwohnerzahlen der Stadtkreise verteilt.

Aus der Finanzausgleichsmasse B werden Mittel für investive Zwecke gewährt. Der Ausgleich von besonderen Lasten erfolgt im Rahmen von Sonderlastenausgleichen (Schullastenausgleich, Fremdenverkehrslastenausgleich, Soziallastenausgleich, Gesundheitswesen, Verkehrslastenausgleich, Ausbildungskosten, Familienleistungsausgleich, Kinderbetreuung).

Bayern

Der Staat ist aufgrund des in Artikel 28 Abs. 2 GG und Artikel 11 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern verankerten Selbstverwaltungsrechts der Kommunen verpflichtet, im Rahmen seiner eigenen Leistungsfähigkeit eine angemessene finanzielle Ausstattung seiner Kommunen zu gewährleisten. Der kommunale Finanzausgleich hat daher - in Ergänzung zu den eigenen Einnahmen der Kommunen - das Ziel, die Finanzausstattung der bayerischen Kommunen zu verbessern und die un-

terschiedlichen Einnahmemöglichkeiten ein Stück weit auszugleichen. Im Bayerischen Staatshaushalt ist zudem außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs eine Vielzahl an weiteren Leistungen an die Kommunen vorgesehen.

Der kommunale Finanzausgleich ist im Bayerischen Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden geregelt: Der Großteil des kommunalen Finanzausgleichs besteht aus freien Deckungsmitteln und pauschalen Leistungen wie zum Beispiel den Schlüsselzuweisungen (Artikel 2 bis 5) oder den Finanzzuweisungen für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis (Artikel 7 und 9). Daneben enthält der kommunale Finanzausgleich zweckgebundene Mittel wie zum Beispiel die Zuweisungen für den kommunalen Hochbau (Artikel 10). Insgesamt leistet der kommunale Finanzausgleich mit einem ausgewogenen Verhältnis aus freien Deckungsmitteln und zweckgebundenen Zuweisungen einen wichtigen Beitrag zur angemessenen finanziellen Ausstattung der bayerischen Kommunen.

Brandenburg

Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung (Artikel 28 GG) erfordert eine gesicherte finanzielle Grundausstattung aller Kommunen, welche durch Artikel 99 der Verfassung des Landes Brandenburg garantiert wird. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erschließen sich die Kommunen nach Maßgabe der Gesetze eigene Steuerquellen (Artikel 99 Satz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg). Zur weiteren Absicherung des auch grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltungsrechts verpflichten Artikel 99 Satz 2 und 3 der Verfassung des Landes Brandenburg dazu, mit einem kommunalen Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass die kommunalen Träger der Selbstverwaltung ihre Aufgaben erfüllen können.

In Brandenburg findet im kommunalen Finanzausgleich ein Verbundquoten-System Anwendung, welches die Kommunen mit einem festen Anteil an den Einnahmen des Landes beteiligt und in einem regelmäßigen Turnus von drei Jahren auf seine Angemessenheit hin zu überprüfen ist. Der Anteil der Kommunen am Finanzverbund (Verbundquote) von Land und Kommunen steht in Abhängigkeit zur finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes und unter dem Grundsatz einer symmetrischen Verteilung der Finanzausstattung zwischen dem Land und seinen Kommunen. Darüber hinaus erhalten die Kommunen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs sonstige Leistungen außerhalb der Schlüsselmasse für Sonderlastenausgleiche (Soziallasten-, Jugendhilfelasten- und Schullastenausgleich) und weitere Leistungen aus dem Landeshaushalt wie den Familienleistungsausgleich, den Kostenausgleich für die Wahrnehmung vor dem 5. Dezember 1993 übertragener Aufgaben sowie die Weitergabe von Einsparungen an Wohngeldleistungen.

Die Grundlagen sind im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz geregelt. Gemeinden erhalten finanzkraftabhängig Schlüsselzuweisungen, wenn die Bedarfsmesszahl die Steuerkraftmesszahl übersteigt. Der Unterschiedsbetrag wird mit 75 vom Hundert ausgeglichen.

Hessen

Gemäß der Verfassung des Landes Hessen (Artikel 137 Abs. 5) hat das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Es stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Durch das Hessische Finanzausgleichsgesetz sichert das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs die Geldmittel, die erforderlich sind, um ihre eigenen und die ihnen übertragenen Aufgaben (Pflichtaufgaben) sowie ein Mindestmaß an freiwilliger öffentlicher Tätigkeit (freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben) durchzuführen. Zugleich gewährleistet das Land damit die finanzielle Mindestausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Gemäß der aktuellen Fassung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes wird die Höhe der Finanzausgleichsmasse in den Jahren 2021 bis 2024 durch einen Festbetrag bestimmt (§ 70b Abs. 2). Gegenwärtig wird das Hessische Finanzausgleichsgesetz evaluiert mit dem Ziel einer Neuregelung ab dem Ausgleichsjahr 2025.

Verwendet wird die Finanzausgleichsmasse für Schlüsselzuweisungen, Besondere Finanzzuweisungen (zum Ausgleich besonderer Belastungen), Auszahlungen zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, Finanzzuweisung an den Landeswohlfahrtsverband, Landesausgleichsstock (zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und zum Ausgleich von Härten bei der Durchführung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes und des Gemeindefinanzreformgesetzes) sowie spezielle Finanzierungen.

Eine Unterscheidung nach eigenem und übertragenem Wirkungskreis sieht das Hessische Finanzausgleichsgesetz bei der Verteilung der Mittel nicht vor.

Der größte Teil der Finanzausgleichsmasse wird für die Schlüsselmasse verwendet, die sich als Residualgröße nach Abzug der übrigen genannten Verwendungszwecke ergibt. Verteilt wird die Schlüsselmasse auf drei kommunale Gruppen: Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden. Die Aufteilung auf die drei Gruppen erfolgt gegenwärtig anhand fester Quoten nach § 70b Abs. 5 des Hessische Finanzausgleichsgesetzes.

Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist der Gesamtansatz (um Hauptansatz und Ergänzungsansätze veredelte Einwohnerzahl) sowie die Steuerkraftmesszahl (bei den Landkreisen die Umlagekraftmesszahl) maßgeblich. Abundante Kommunen sind zur Zahlung der Solidaritätsumlage verpflichtet. Das Aufkommen aus der Solidaritätsumlage verstärkt jeweils die Teilschlüsselmasse, in der sie erhoben wurde.

Soweit das Land außerhalb des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes aufgrund besonderer Gesetze oder nach Maßgabe des Landeshaushalts Mittel für zweckgebundene Zuwendungen an kommunale Empfänger vorsieht, sollen bei der Zuwendung deren finanzielle Leistungsfähigkeit und ihre Stellung im Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt werden.

Mecklenburg-Vorpommern

Zur Deckung ihrer Aufwendungen und Auszahlungen stehen den Gemeinden, Ämtern und Landkreisen primär die ihnen zugeteilten Steuern (Rechtsgrundlagen: Artikel 106 Abs. 5 bis 7 GG, Artikel 73 Abs. 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Bundes- und Landesgesetzen) und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie die Erträge und Einzahlungen zu, die bei der Wahrnehmung ihrer eigenen sowie der ihnen übertragenen Aufgaben entstehen.

Die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern verpflichtet das Land darüber hinaus, eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen zu gewährleisten (Finanzgarantie), um die kommunale Selbstverwaltung und Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Sie sieht hierfür in Anlehnung an den Aufgabendualismus der Kommunen zwei voneinander unabhängige Finanzierungssäulen vor. Für die Wahrnehmung von Fremdaufgaben greifen der Konnexitätsausgleich (vergleiche Artikel 72 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern) und gegebenenfalls verfassungsunmittelbare Kostenersatzansprüche bei Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltungsgarantie wie im Fall der Organleihe des Landrats ein. Für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises stellt das Land allgemeine Finanzausgleichsleistungen bereit. Die allgemeine Pflicht des Landes zur aufgabenadäquaten kommunalen Finanzausstattung im Wege des Konnexitätsprinzips und des kommunalen Finanzausgleichs stehen selbstständig nebeneinander.

Soweit Gemeinden und Kreisen durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Rechtsverordnung zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet werden, ist ihnen nach Artikel 72 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für hieraus entstehende Mehrbelastungen ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen (Konnexitätsausgleich). Der Konnexitätsausgleich stellt (im Gegensatz zum allgemeinen Finanzausgleich) weder auf die Finanzkraft der Kommunen ab, noch steht er unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes. Es besteht grundsätzlich ein Anspruch auf vollständige Erstattung der bei wirtschaftlicher Aufgabenerfüllung erforderlichen Nettoausgaben der Kommunen.

Gemäß Artikel 73 Abs. 2 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist das Land verpflichtet, im Wege des Finanzausgleichs die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Leistungsfähigkeit steuerschwacher Gemeinden und Landkreise zu sichern und eine unterschiedliche

Belastung mit Ausgaben auszugleichen. Diese Finanzgarantie wird durch das Finanzausgleichsgesetz vom 9. April 2020 umgesetzt, das als Dauergesetz sowohl den vertikalen als auch den horizontalen Ausgleich regelt.

Grundsätzlich werden durch das Finanzausgleichsgesetz die Unterschiede zwischen den Einnahmeentwicklungen des Landes und seiner Kommunen ausgeglichen (Gleichmäßigkeitsgrundsatz, vertikaler Ausgleich). Gemäß § 6 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG M-V) werden die Kommunen aktuell in Höhe von 30,978 Prozent an den gemeinsamen Einnahmen (Summe der Einzahlungen der Kommunen aus eigenen Steuern sowie der Einnahmen des Landes aus Steuern und bundesstaatlichem Finanzausgleich nach Abzugsbeträgen) und das Land in Höhe von 69,022 Prozent beteiligt. Die Angemessenheit der Beteiligungsquoten wird in einem Abstand von zwei Jahren anhand der Entwicklung der Ausgaben und Aufgaben in den Vorjahren überprüft.

Der seitens des Landes zur Verfügung gestellten Finanzausgleichsmasse werden zunächst Mittel für bestimmte Zwecke vorab entnommen (Vorwegabzüge nach § 14 FAG M-V, beispielsweise für Altfälle Konnexitätsausgleich, Sonderbedarfe, Entschuldungs- und Investitionszuweisungen), die nach spezifischen fachlichen Kriterien verteilt werden. Die verbleibenden Mittel werden über finanzkraftabhängige Schlüsselzuweisungen verteilt. Hierbei wird zwischen den Finanzbedarfen für die Aufgabenbereiche der Gemeinden einerseits und die der Landkreise andererseits differenziert (Zwei-Ebenen-Modell). Die Teilschlüsselmasse für Gemeindeaufgaben beträgt 58,43 Prozent, der Anteil für Kreisaufgaben 41,57 Prozent der Schlüsselzuweisungen. Die kreisfreien Städte, die sowohl Kreis- als auch Gemeindeaufgaben erfüllen, erhalten Zuweisungen aus beiden Teilschlüsselmassen.

Jeder Gemeinde wird zur Bemessung des Finanzbedarfs ihre Bedarfsmesszahl (vergleiche § 17 FAG M-V: Hauptansatz Einwohner, Nebenansätze für Kinder U18, für zentralörtliche Funktionen und überdurchschnittlichen Bevölkerungsrückgang über zehn Jahre) ihrer normierten Steuerkraftmesszahl gegenübergestellt. Ist die Steuerkraftmesszahl größer als die Bedarfsmesszahl, handelt es sich um eine abundante Gemeinde, die auf den 115 Prozent der Bedarfsmesszahl übersteigenden Betrag eine 30-prozentige Finanzausgleichsumlage abführen muss. Ist die Steuerkraftmesszahl kleiner als die Bedarfsmesszahl, wird 60 Prozent der Differenz in Form von Schlüsselzuweisungen ausgeglichen. Liegt die danach erreichte Finanzkraft je Einwohner einer Gemeinde aus Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen unter 90 Prozent der durchschnittlichen Finanzkraft aller Gemeinden, wird diese Differenz in einem zweiten Schritt noch zu 90 Prozent durch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung ausgeglichen (relative Mindestfinanzausstattung). Am Aufkommen der Finanzausgleichsumlage werden die Landkreise in Höhe der durchschnittlichen Kreisumlage beteiligt, der verbleibende Betrag wird, ebenso wie das Aufkommen an Fa-milienleistungsausgleich, zur Erhöhung der Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben eingesetzt.

Auf Kreisebene wird für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen der jeweilige Bedarfsansatz eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt (vergleiche § 20 FAG M-V: Hauptansatz Einwohnerzahl, Nebenansatz Soziallasten in Höhe der Bedarfsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch x 5,7) der eigenen normierten Umlagekraft gegenübergestellt. Ist die Umlagekraftmesszahl eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt niedriger als die Bedarfsmesszahl, wird der Differenzbetrag zu 60 Prozent durch Schlüsselzuweisungen ausgeglichen.

Niedersachsen

In Artikel 106 Abs. 7 GG findet sich die rechtliche Grundlage für den kommunalen Finanzausgleich. Daran anknüpfend ist es Aufgabe der Länder, die notwendigen Regelungen für eine ausreichende Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände zu treffen. In Niedersachsen wird diese Pflicht in Artikel 58 der Niedersächsischen Verfassung aufgegriffen. Einerseits gewährt das Land hier den Gemeinden und Landkreisen das Recht auf Erschließung eigener Steuerquellen und andererseits verpflichtet es sich, einen übergemeindlichen Finanzausgleich durchzuführen.

Die Details dieses übergemeindlichen Finanzausgleichs werden durch das Niedersächsische Gesetz über den Finanzausgleich und das Niedersächsische Gesetz zur Regelung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen bestimmt. Während das Letztere die Höhe des im kommunalen Finanzausgleich zu verteilenden Betrags bestimmt, enthält das zuerst genannte Gesetz Regelungen, wie die bereitgestellten Mittel unter den Gemeinden und Landkreisen aufgeteilt werden. Der im Rah-

men des kommunalen Finanzausgleichs zu verteilende Betrag, die sogenannte Zuweisungsmasse, wird aus den Anteilen zahlreicher dem Land zustehender Steuern und Einnahmen ermittelt. Mit Hilfe der Steuerverbundquote wird bestimmt, mit welchem Anteil am anrechenbaren Gesamteinkommen des Landes die Kommunen beteiligt werden (zurzeit 15,50 Prozent, circa 5 Milliarden Euro).

Die Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs lassen sich in drei Arten aufteilen:

Die größte Summe und damit auch der bedeutendste Teil des Finanzausgleichs entfällt auf die Schlüsselzuweisungen. Schlüsselzuweisungen werden finanzkraftabhängig verteilt, das heißt Kommunen mit niedrigen eigenen Steuereinnahmen erhalten höhere Schlüsselzuweisungen als solche mit hohen eigenen Steuereinnahmen. Dadurch wird gewährleistet, dass der Abstand der den Kommunen pro Einwohner insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel zwischen den Körperschaften nicht zu groß wird. Damit soll auf eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in Niedersachsen hingewirkt werden. Als Grundsatz gilt, dass der Unterschied zwischen Bedarf und Steuerkraft zu 75 Prozent durch Schlüsselzuweisungen ausgeglichen wird. Ist die Steuerkraft hingegen höher als der Bedarf, wird der überschießende Betrag mit der sogenannten Finanzausgleichsumlage zu einem Fünftel abgeschöpft und in die Zuweisungsmasse einbezogen.

Der zweitgrößte Posten entfällt auf die Zuweisungen für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. Aufgaben, die eigentlich dem Staat obliegen, kann das Land zur Ausführung an die Kommunen übertragen. Für die bei der Wahrnehmung dieser Angelegenheiten anfallenden Kosten muss das Land einen finanziellen Ausgleich leisten.

Den dritten und kleinsten Teil bilden die Bedarfszuweisungen. Sie können in begründeten Ausnahmefällen im Rahmen einer antragsbezogenen Einzelfallprüfung gewährt werden; sie dienen der Abdeckung von Fehlbeträgen oder auch der Finanzierung von Investitionen.

Nordrhein-Westfalen

Nach Artikel 79 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist das Land verpflichtet, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Dieser Verpflichtung kommt das Land mit dem jährlichen Gemeindefinanzierungsgesetz nach. Dieses berücksichtigt neben den obligatorischen Verbundgrundlagen nach Artikel 106 Abs. 7 GG auch fakultative Verbundgrundlagen. Die Kommunen werden in Höhe des Verbundsatzes an vier Siebteln der Einnahmen des Landes aus der Grunderwerbsteuer beteiligt. Der Verbundsatz beträgt 23 Prozent.

Die Finanzausgleichssystematik basiert auf der Gegenüberstellung von fiktiven Finanzbedarfen (Ausgangsmesszahl) und fiktiver Einnahmekraft (Steuerkraftmesszahl) der jeweiligen Kommune. Das zentrale Element der fiktiven Bedarfsmessung ist die Hauptansatzstaffel unter Berücksichtigung von Bevölkerungsveränderungen (Demografiefaktor), dem Beschultenansatz, dem Soziallastenansatz, dem Zentralitätsansatz und dem Flächenansatz. Die Hauptansatzstaffel beinhaltet einen Faktor zur Gewichtung der Einwohnerzahlen (Einwohnerveredelung), welcher mit steigender Gemeindegröße ansteigt. Die Bewertung der Realsteuereinnahmen in der Steuerkraftmesszahl erfolgt anhand fiktiver Hebesätze. Eine Gemeinde erhält nur dann Schlüsselzuweisungen, wenn der fiktive Finanzbedarf die normierte Steuerkraft überschreitet.

Rheinland-Pfalz

Der kommunale Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz beruhte bisher auf einem Verbundquotenmodell. Rechtsgrundlage war das Landesfinanzausgleichsgesetz vom 30. November 1999 (GVBI. S. 415) in der Fassung vom 8. Oktober 2013 (GVBI. S. 349) und den Folgefassungen. Der kommunale Finanzausgleich sah hinsichtlich der Gewährung von Zuweisungen des Landes eine Differenzierung nach dem eigenen Wirkungskreis (Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung sowie freie Selbstverwaltungsaufgaben) und dem übertragenen Wirkungskreis (Auftragsangelegenheiten) im Wesentlichen nicht vor.

Mit Urteil vom 16. Dezember 2020 (Az.: VGH N 12/19, VGH N 14/19, VGH N 13/19) hat der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz entschieden, dass das genannte Landesfinanzausgleichsgesetz in seiner bisherigen Ausgestaltung mit Artikel 49 Abs. 6 in Verbindung mit Artikel 49 Abs. 1 bis 3 der Verfassung für Rheinland-Pfalz unvereinbar ist. Es hat den Gesetzgeber verpflichtet, bis spätestens

1. Januar 2023 eine Neuregelung zu treffen. Zur Begründung hat der Verfassungsgerichtshof im Wesentlichen angeführt, dass dem Landesfinanzausgleichsgesetz in seiner bisherigen Ausgestaltung keine nachvollziehbare Erhebung des Aufgabenbestands der kommunalen Gebietskörperschaften und der hierfür erforderlichen aufgabenadäquaten (Mindest)Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne des durch Artikel 49 Abs. 6 in Verbindung mit Artikel 49 Abs. 1 bis 3 der Verfassung vermittelten Anspruchs zugrunde lag.

Unter Beachtung der Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs in dessen Entscheidung vom 16. Dezember 2020 wird der kommunale Finanzausgleich mit Wirkung zum 1. Januar 2023 neu geregelt werden.

Unabhängig davon wird auf Artikel 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz ("Konnexitätsprinzip") sowie auf das Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz, Konnexitätsausführungsgesetz - KonnexAG - vom 2. März 2006 hingewiesen.

Sachsen

Zur Finanzierung kommunaler Aufgabenerfüllung sieht die Verfassung des Freistaates Sachsen zwei strikt voneinander zu trennende Finanzgarantien zugunsten der Kommunen vor: Artikel 87 der Verfassung des Freistaates Sachsen sichert die finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung, indem den Kommunen das Recht zur Erhebung eigener Steuern und anderer Abgaben garantiert und sie finanzkraftabhängig an den Steuereinnahmen des Freistaates im Rahmen eines übergemeindlichen Finanzausgleichs beteiligt werden. Artikel 85 der Verfassung des Freistaates Sachsen hingegen verpflichtet den Freistaat, die Kommunen von den Kosten für solche Aufgaben freizuhalten, deren Erfüllung er ihnen überträgt. Diese Verpflichtung besteht unabhängig von der Finanzsituation der Kommunen und des Freistaates. Sie wird - soweit nicht eigene Einnahmemöglichkeiten der Kommunen zur Kostendeckung zur Verfügung stehen - durch einen Mehrbelastungsausgleich erfüllt.

Grundsätzlich werden durch das Sächsische Finanzausgleichsgesetz die Unterschiede zwischen den Einnahmeentwicklungen des Freistaates Sachsen und seiner Kommunen ausgeglichen (vertikaler Gleichmäßigkeitsgrundsatz). Dabei wird im Weiteren auch eine gleichmäßige Entwicklung der Pro-Kopf-Finanzkraft von kreisfreiem und kreisangehörigem Raum gewährleistet (horizontaler Gleichmäßigkeitsgrundsatz).

Auf Ebene der konkreten Gemeinde wird zur Bemessung ihres relativen Finanzbedarfs jeweils ihre Bedarfsmesszahl (Ermittlung auf Basis der Zahl der Einwohner sowie der Schüler beziehungsweise der Kinder bis 11 Jahre) ihrer Steuerkraftmesszahl gegenübergestellt. Ist die Steuerkraftmesszahl kleiner als die Bedarfsmesszahl, dann wird die Differenz anteilig in Form von Schlüsselzuweisungen ausgeglichen. Ist die Steuerkraftmesszahl hingegen größer als die Bedarfsmesszahl, handelt es sich um eine abundante Gemeinde, die auf die ermittelte positive Differenz eine Finanzausgleichsumlage abführen muss (maximal 40 Prozent). Diese fließt in Höhe des Kreisumlagesatzes an den Landkreis und zum Teil in die Schlüsselmasse der kreisangehörigen Gemeinden.

Außerdem erhalten die Kommunen steuerkraftunabhängige Ausgleiche für übertragene Aufgaben sowie für Straßen und Gewässer, sofern sie Bau- beziehungsweise Unterhaltungslastträger sind.

Daneben steht mit den einzelfallbezogenen Bedarfszuweisungen ein weiteres Steuerungsinstrument zur Verfügung, um auf zeitweise außergewöhnliche und besondere finanzielle Lagen einzelner Kommunen kurzfristig und gezielt reagieren zu können.

Sachsen-Anhalt

Gemäß Artikel 88 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt haben die Kommunen nach Maßgabe der Gesetze das Recht, eigene Steuern und Abgaben zu erheben. Das Land sorgt dafür, dass die Kommunen über Finanzmittel verfügen, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Die unterschiedliche Finanzkraft der Kommunen ist aufgrund eines Gesetzes angemessen auszugleichen. Die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags erfolgt durch das Finanzausgleichsgesetz. Nach Maßgabe dieses Gesetzes (§ 1 Abs. 2 Satz 1) werden den Kommunen Finanzmittel in Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen zur Erfüllung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellt.

Die Finanzausgleichsmasse wird unabhängig von den Einnahmen des Landes berechnet. Dabei wird der konsumtive Finanzbedarf der Kommunen anhand der Ein- und Auszahlungen in der doppischen Finanzrechnung der statistisch verfügbaren letzten drei Jahre ermittelt und anhand von verschiedenen Parametern fortgeschrieben. Von dem so festgestellten Bedarf werden die Steuereinnahmen der Gemeinden und die Zahlungen des Landes außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs abgezogen. Der ungedeckte Differenzbetrag zuzüglich Zuschläge für investive Tilgung wird vom Land über den kommunalen Finanzausgleich ersetzt an die Kommunen verteilt (Bedarfsmodell).

Der Finanzausgleichsmasse werden zunächst Mittel für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (Auftragskostenpauschale) sowie Mittel für die Erledigung von besonderen Aufgaben des eigenen Wirkungskreises (Besondere Ergänzungszuweisungen) entnommen. Der "Restbetrag" wird als Schlüsselzuweisungen für die Erledigung der Aufgaben des eigenen Wirkungskreises gezahlt. Die Schlüsselzuweisungen werden anhand der Kriterien Bedarf und Steuerkraft (beziehungsweise Umlagekraft) einer Kommune verteilt. Dabei ergibt sich der Bedarf einer Kommune aus der Einwohnerzahl, die bei den kreisangehörigen Gemeinden durch besondere Zuschläge "veredelt" wird (Hauptansatzstaffel, Zentralitätszuschlag, U6-Faktor, Demografiefaktor). Die Steuerkraft wird auf der Grundlage der Steuereinnahmen einer Gemeinde errechnet (Anteile an den Gemeinschaftssteuern beziehungsweise Gewerbe- und Grundsteuern mittels fixer Hebesätze). Bleibt die Steuerkraft (beziehungsweise Umlagekraft) hinter dem Bedarf zurück, wird der Unterschiedsbetrag zu einem bestimmten Prozentsatz ausgeglichen. Ist bei einer kreisangehörigen Gemeinde die Steuerkraft höher als der Bedarf, erhält sie keine Schlüsselzuweisungen. Sie muss eine Finanzkraftumlage zahlen, die in die Schlüsselzuweisungsmasse einbezogen wird und damit allen Schlüsselzuweisungsempfängern zu Gute kommt.

Darüber hinaus werden mit dem Finanzausgleichsgesetz Mittel zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur (Investitionspauschale) und Mittel zur Milderung oder zum Ausgleich außergewöhnlicher Belastungen und Notlagen im Haushalt der Kommunen im Einzelfall (Ausgleichsstock) zur Verfügung gestellt.

Saarland

Die landesverfassungsrechtlichen Vorgaben finden sich in Artikel 119 Abs. 2 der Verfassung des Saarlandes, die eine allgemeine Finanzgarantie des Landes für eine insgesamt aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen enthält. Danach gewährleistet das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden durch seine Gesetzgebung eine Finanzausstattung, die ihnen eine angemessene Aufgabenerfüllung ermöglicht. Diesem Zweck dient auch der kommunale Finanzausgleich.

Geregelt ist der saarländische kommunale Finanzausgleich im Kommunalfinanzausgleichsgesetz. Dieses sieht vor, dass die Finanzausgleichsmasse (§ 6) anhand einer festen Verbundquote ermittelt wird, die im Saarland mit 20,573 Prozent festgeschrieben ist. Es handelt sich um eine starre Verbundquote, die nicht jährlich neu festgeschrieben wird. Die aktuelle Verbundquote gilt seit dem Jahr 2015.

Die Finanzausgleichsmasse verteilt sich auf die Schlüsselzuweisungen für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landkreise), die Sonderschlüsselzuweisungen an Gemeinden im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und dem Ausgleichsstock.

Die Verteilung der Schlüsselmasse für Gemeinden erfolgt nach Finanzkraft und Finanzbedarf sowie der Verteilung der Schlüsselmasse Gemeindeverbände nach Umlagekraft und Finanzbedarf.

Daneben erfolgen noch sonstige Leistungen des Landes aus dem Landeshaushalt nach dem Kommunalfinanzausgleichsgesetz, zum Beispiel für den Investitionsstock (§ 15).

Schleswig-Holstein

Das Land Schleswig-Holstein gewährleistet gemäß seiner Verfassung (Artikel 57 Abs. 1) eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit: "Um die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben auszugleichen, stellt das Land im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Wege des Finanzausgleichs

Mittel zur Verfügung, durch die eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen gewährleistet wird." Das Finanzausgleichsgesetz (§ 1 Abs. 4 - Finanzierung kommunaler Aufgaben) konkretisiert dies weiter: "Die Gemeinden, Kreise und Ämter haben die zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aus eigenen Erträgen und Einzahlungen aufzubringen. Darüber hinaus erhalten sie Zuweisungen nach diesem Gesetz."

Innerhalb des Finanzausgleichs sind auch sogenannte Zweckzuweisungen vorgesehen, die der Finanzierung von Ausgaben für eine bestimmte Aufgabe dienen, zum Beispiel Zuweisungen zur Stärkung der Investitionskraft für Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinden für Theater und Orchester oder zur Förderung von Frauenhäusern. Die Anteile hierfür werden im Finanzausgleich festgelegt.

3. Welche rechtliche und finanzielle Funktion übernehmen mit Blick auf die in den Fragen 1 und 2 erfragten Sachverhalte das Prinzip der Konnexität und die sogenannte "Eigeninteressenquote"? Wie werden nach Kenntnis der Landesregierung das Konnexitätsprinzip und die Eigeninteressenquote - gegebenenfalls unterschiedlich - in den Bundesländern rechtlich beziehungsweise finanziell definiert und ausgestaltet? Welche Gründe lassen sich für diese gegebenenfalls unterschiedliche Ausgestaltung benennen?

   Antwort:
   Hinsichtlich des Konnexitätsprinzips wird auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

   Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat in seinem Urteil vom 21. Juni 2005, Az. 28/03, ausgeführt, dass die Festlegung einer Interessenquote mit der Zielsetzung, die Kommunen an Kosten des übertragenen Wirkungskreises zu beteiligen vor dem strikten Konnexitätsgebot des Artikels 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen keinen Bestand hat, sie aber als zulässiges Mittel zur Konkretisierung der Angemessenheit der Aufwendungen für den übertragenen Wirkungskreis anzusehen sei. Hintergrund ist, dass das verfassungsrechtliche Konnexitätsprinzip nicht auf die Erstattung tatsächlich angefallener, sondern angemessener, also bei wirtschaftlicher Verwaltungstätigkeit notwendiger (Durchschnitts-)Kosten abzielt. Hierbei muss der Gesetzgeber Kostensenkungspotentiale zum Beispiel organisatorischer oder personeller Art und zu Ersparnissen an anderer Stelle führende Synergieeffekte bei den kommunalen Selbstverwaltungsträgern erwägen und kann sie grundsätzlich pauschaliert bemessen und abziehen. Maßstab für die Ermittlung einer Interessenquote ist laut den Ausführungen des Gerichts, dass jede einzelne Kommune die realistische und nicht nur theoretische Möglichkeit haben muss, durch zumutbare Eigenanstrengungen zu einem vollständigen Mehrbelastungsausgleich zu gelangen.

   In Thüringen entfiel mit dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz vom 20. Dezember 2007 (GVBI. S. 259), welches die Vorgaben des oben genannten Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs umsetzte, die Interessenquote (vergleiche Drucksache 4/3160, S. 40).

   Eine unterschiedliche Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips in den einzelnen Bundesländern kann neben differierenden Bestimmungen in den Verfassungen unter anderem auch auf einer entsprechenden landesverfassungsgerichtlichen Rechtsprechung beruhen.

   Auf die im Rahmen der mündlichen und schriftlichen Anhörung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen zum Themenkomplex Konnexität, Drucksache 7/1628, eingeholte Expertise wird verwiesen.

   Die in den anderen Bundesländern bestehende Rechtslage ist der Landesregierung aus den Zuarbeiten im Rahmen einer Länderabfrage im Juni und Juli 2022 sowie einer Länderumfrage im Dezember 2020 und Januar 2021 zusammengefasst wie folgt bekannt:

   <u>Baden-Württemberg</u>

   Nach Artikel 71 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg (LV) kann den Gemeinden oder Gemeindeverbänden durch Gesetz die Erledigung bestimmter bestehender oder neuer öffentlicher Aufgaben übertragen werden. Nach Satz 2 sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Diese Regelung war bereits Bestandteil der Landesverfassung von 1953.

Mit dem Gesetz zur Änderung der Landesverfassung vom 6. Mai 2008 (GBl. BW 2008, S. 119) wurde das geltende Konnexitätsprinzip modifiziert, die bisherige Systematik blieb erhalten. Danach werden folgende Fallkonstellationen unterschieden:

a) Das Land überträgt die Erledigung bestimmter bestehender oder (völlig) neuer öffentlicher Aufgaben auf Gemeinden oder Gemeindeverbände (Artikel 71 Abs. 3 Satz 1 LV).
b) Das Land veranlasst spätere Änderungen des Zuschnitts von öffentlichen Aufgaben, die es zuvor auf die Gemeinden oder Gemeindeverbände übertragen hat (Artikel 71 Abs. 3 Satz 3 2. Alt. LV).
c) Das Land veranlasst spätere Änderungen der Kosten aus der Erledigung von öffentlichen Aufgaben, die es zuvor auf die Gemeinden oder Gemeindeverbände übertragen hat (Artikel 71 Abs. 3 Satz 3 3. Alt. LV).
d) Nicht landesrechtliche Maßnahmen, sondern die eines anderen Rechtsträgers oder sonstige Umstände führen zur Änderung der Kosten aus der Erledigung von öffentlichen Aufgaben, die das Land zuvor auf die Gemeinden oder Gemeindeverbände als Pflichtaufgaben nach Weisung übertragen hat (Artikel 71 Abs. 3 Satz 3 4. Alt. LV).
e) Das Land wandelt freiwillige Aufgaben der Gemeinden oder Gemeindeverbände in Pflichtaufgaben mit oder ohne Weisungsrecht um (Artikel 71 Abs. 3 Satz 4 1. Alt. LV).
f) Das Land begründet besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender öffentlicher Aufgaben, die nicht vom Land auf die Gemeinden oder Gemeindeverbände übertragen sind, sondern als Selbstverwaltungsaufgaben wahrgenommen werden oder von einem anderen Rechtsträger übertragen wurden (Artikel 71 Abs. 3 Satz 4 2. Alt. LV).

Durch die Fallkonstellationen a) bis d) wurden die bereits zuvor geltenden Regelungen aufgegriffen, klargestellt und erfuhren eine Präzisierung im Sinne der Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs. Für die Fallkonstellation e) war schon zuvor ein Mehrlastenausgleich nach einfachgesetzlichen Regelungen in der Gemeinde- und Landkreisordnung vorgesehen. Mit der Fallkonstellation f) wurde das Konnexitätsprinzip über eine Präzisierung hinaus deutlich erweitert.

Führen diese Aufgaben, spätere vom Land veranlasste Änderungen ihres Zuschnitts oder der Kosten aus ihrer Erledigung oder spätere nicht vom Land veranlasste Änderungen der Kosten aus der Erledigung übertragener Pflichtaufgaben nach Weisung zu einer wesentlichen Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, so ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen.

Begleitend zur Verfassungsänderung 2008 wurde das Konnexitätsausführungsgesetz (Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung des Konnexitätsprinzips vom 6. Mai 2008 [GBl. BW 2008, S.119]) erlassen, in dem unter anderem eine frühzeitige Einbindung der kommunalen Landesverbände bei Regelungsentwürfen der Landesregierung oder den Ministerien, die dem Konnexitätsprinzip nach Artikel 71 Abs. 3 LV unterfallen, vorgesehen ist (Konsultationsverfahren). Ziel des Konsultationsverfahrens ist es, dass die kommunalen Landesverbände sich frühzeitig zu den zu erwartenden Kosten und Entlastungen unter Zugrundelegung einer Kostenfolgenabschätzung äußern können.

Eine Bagatellgrenze wird in Baden-Württemberg einfachgesetzlich in § 3 Abs. 11 des Konnexitätsausführungsgesetzes geregelt. Sie lautet wie folgt: "Die Mehrbelastung ergibt sich aus der Differenz zwischen den Kosten einerseits und den Entlastungen sowie Einnahmen andererseits. Eine durchschnittliche Mehrbelastung der jeweils betroffenen Gemeinden oder Gemeindeverbände von bis zu 0,10 Euro je Einwohner gilt als Bagatellbelastung."

Bayern

Das in Artikel 83 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern verankerte Konnexitätsprinzip findet Anwendung, wenn der Staat den Kommunen einzelne Aufgaben überträgt, sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen Wirkungskreis verpflichtet oder besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben stellt. In diesen Fällen sind Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer wesentlichen Mehrbelastung der Kommunen, ist ein finanzieller Ausgleich zu schaffen. Einzelheiten sind in der "Vereinbarung über ein Konsultationsverfahren zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips vom 21. Mai 2004 (Konsultationsvereinbarung - Konsult-Ver, GVBl S. 218)" geregelt.

Ein mit der Aufgabenübertragung verbundenes kommunales Eigeninteresse ist bei der Bestimmung der Mehrbelastung unter besonderer Beachtung der kommunalen Finanzhoheit angemessen zu berücksichtigen (vergleiche Ziffer II. 2.5.1 und 2.5.2 der Konsultationsvereinbarung).

Brandenburg

Ursprünglich enthielt die Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 ein relatives Konnexitätsprinzip in Artikel 97 Abs. 3 Satz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg (a. F.):

"Das Land kann die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Gesetz verpflichten, Angelegenheiten des Landes wahrzunehmen, wenn gleichzeitig Festlegungen über die Deckung der Kosten getroffen werden."

Dieses wurde mit verfassungsänderndem Gesetz vom 7. April 1999 durch eine Regelung über ein striktes Konnexitätsprinzip in Artikel 97 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Verfassung des Landes Brandenburg (n. F.) ersetzt:

"Werden die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung neuer öffentlicher Aufgaben verpflichtet, so sind dabei Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führen diese Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen."

Parallel stellte der Landtag mit Beschluss vom 18. März 1999 unter anderem klar, dass auch pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben dem Anwendungsbereich des strikten Konnexitätsprinzips unterfallen können (Landtagsdrucksache 2/6179-B, Zf. 1).

Das derzeit geltende strikte Konnexitätsprinzip gemäß Artikel 97 Abs. 3 Satz 2 und 3 der Verfassung des Landes Brandenburg enthält keine Bagatellklausel. Einsparungen und Entlastungen der Kommunen können bei der Kostenfolgenabschätzung berücksichtigt werden.

Einfachgesetzlich ist dieser "Kostenausgleichsanspruch" in § 2 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) normiert; gemäß § 2 Abs. 3 BbgKVerf können Aufgaben als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben (das "wie" der Aufgabenerfüllung obliegt dabei den Gemeinden; das "ob" ist gebunden) übertragen werden.

Eine "Eigeninteressenquote", die eine vom Land auszugleichende kommunale Mehrbelastung schmälern würde, sieht Artikel 99 der Verfassung des Landes Brandenburg nicht vor und ist bislang auch nicht (explizit) vom Verfassungsgericht des Landes Brandenburg entwickelt worden. Gleichwohl ist der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg zu entnehmen, dass dem Gesetzgeber bei der Bestimmung einer Mehrbelastungsausgleichsregelung (strikte Konnexität) ein weiter Gestaltungsspielraum zusteht.

Hessen

Das Konnexitätsprinzip ist in Artikel 137 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hessen geregelt. Es lautet: "Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Landesgesetz oder Landesrechtsverordnung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben verpflichtet, so sind Regelungen über die Kostenfolgen zu treffen. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände in ihrer Gesamtheit, ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen. Das Nähere regelt ein Gesetz.".

Das Konnexitätsprinzip wurde durch Einfügung des Absatzes 6 in Artikel 137 der Verfassung des Landes Hessen mit dem Gesetz zur Ergänzung der Verfassung des Landes Hessen (Aufnahme des Konnexitätsprinzips) vom 18. Oktober 2002 (GVBI. I S. 628) in die Verfassung des Landes Hessen aufgenommen und ist am 24. Oktober 2002 in Kraft getreten.

Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich aus Artikel 137 Abs. 5 der Verfassung des Landes Hessen bildet das Konnexitätsprinzip aus Absatz 6 eine landesverfassungsrechtliche Finanzgarantie der Kommunen und schützt deren Finanzhoheit.

Eine Regelung zur Bagatellgrenze existiert im Land Hessen nicht. Artikel 137 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hessen spricht lediglich von einem entsprechenden Ausgleich bei Mehrbelastung oder Entlastung der Kommunen. Auch das einfachgesetzliche Recht macht hierzu keine Konkretisierungen.

Nach Artikel 137 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hessen sind landesrechtliche Regelungen dann konnexitätsrelevant, wenn den Kommunen hierdurch Mehrbelastungen oder Entlastungen entstehen. Wird die kommunale Ebene entlastet, gilt danach "umgekehrte" Konnexität, das heißt, es entsteht eine Ausgleichspflicht der Kommunen gegenüber dem Land.

Das Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden (SFGG) vom 7. November 2002 (GVBl. I S. 654) konkretisiert die Grundlagen und Anforderungen, die im Rahmen der nach Artikel 137 Abs. 6 der Verfassung des Landes Hessen geforderten möglichen Ausgleichverpflichtungen zu erfüllen sind. Das Gesetz zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Gemeinden und Gemeindeverbänden konzentriert sich dabei auf die Einrichtung einer Konnexitätskommission. Aufgabe der Konnexitätskommission ist es, auf der Grundlage vom Finanzministerium aufbereiteter Daten, den Umfang der übertragungs- oder veränderungsbedingten Mehr- oder Minderbelastungen zu ermitteln und dem Landtag und der Landesregierung darüber einen Bericht vorzulegen. Um das in § 1 Satz 2 SFGG geforderte Einvernehmen über auszugleichende Mehrbelastungen oder Entlastungen zwischen Landesregierung und Kommunalen Spitzenverbänden herzustellen, wird in der praktischen Umsetzung mit den Kommunalen Spitzenverbänden jährlich ein Abstimmungsgespräch durchgeführt. Dies hat (bis auf zweimal) die Anrufung der Kommission bisher erübrigt.

Eine "Eigeninteressenquote" im Zusammenhang mit dem Konnexitätsprinzip findet im Land Hessen keine Anwendung.

Mecklenburg-Vorpommern

Das Konnexitätsprinzip (als Ausdruck des Zusammenhangs aus Aufgabenverantwortung und Finanzierungsverantwortung) gewährleistet den kommunalen Selbstverwaltungsträgern einen vollständigen und finanzkraftunabhängigen Mehrbelastungsausgleich als Folge einer Aufgabenübertragung im Sinne von Artikel 72 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2000 ist das ursprüngliche, sogenannte relative Konnexitätsprinzip des Artikels 72 Abs. 3 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern a. F. (ohne explizite Pflicht zum Mehrbelastungsausgleich) durch das heute bestehende, sogenannte strikte Konnexitätsprinzip an gleicher Stelle ersetzt worden. Während die Kostenzuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises, die vor Einführung des strikten Konnexitätsprinzips übertragen worden sind, im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V) erfolgte und weiterhin erfolgt (§ 22 FAG M-V), werden entsprechende Kostenregelungen für nach der Verfassungsänderung übertragene Aufgaben im jeweiligen Fachrecht getroffen (vergleiche hierzu § 4 Abs. 2, § 91 Abs. 2 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern).

Die über das Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auszugleichenden Mehrbedarfe für die vor der Verfassungsänderung im Jahr 2000 übertragenen Aufgaben werden regelmäßig (bis 2022 alle vier Jahre, künftig alle zwei Jahre) bei den Kommunen erhoben. Da das Land nur die Aufwendungen tragen muss, die bei wirtschaftlicher und sparsamer Aufgabenerledigung erforderlich sind, werden ab dem Jahr 2022 für die einzelnen kommunalen Gruppen separate Effizienzbetrachtungen der erhobenen Nettoausgaben mittels quantitativer Analyseverfahren vorgenommen. Ein darüber hinausgehender Selbstbehalt oder eine darüber hinausgehende Interessenquote werden nicht berücksichtigt.

Niedersachsen

Mit der Änderung des Artikels 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung und Einführung der Konnexität zum 1. Januar 2006 hat Niedersachsen für eine verfassungsrechtliche Absicherung der kommunalen Gebietskörperschaften vor finanziellen Mehrbelastungen gesorgt. Die Regelung umfasst Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und pflichtige Selbstverwaltungsangelegenheiten. Sie enthält damit im Vergleich zur vorherigen Regelung in Artikel 57 Abs. 4 der Niedersächsischen Verfassung a. F., die nur auf den übertragenen Wirkungskreis abstellte, eine deutliche Steigerung des Aufgabenumfangs, für den das Land die Finanzierungsverantwortung übernimmt. Führt die Übertra-

gung neuer oder die Veränderung bestehender Aufgaben zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Kommunen, ist dafür durch Gesetz oder Rechtsverordnung aufgrund einer Gesetzeskostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die entstehenden Aufwendungen zu schaffen. Eine Eigeninteressenquote besteht nicht. Eine gesetzlich bezifferte Bagatellregelung existiert nicht. Neben der absoluten Höhe der Kosten ist für die Erheblichkeit die Höhe der Kostenänderung im Verhältnis zum Gesamtaufwand der jeweiligen Aufgabe entscheidend. Führen Änderungen von Vorschriften zu einer Kostenminderung bei den Kommunen, steht es im Ermessen des Landesgesetzgebers, die entsprechenden Ausgleichsregelungen gemäß Artikel 57 Abs. 4 Satz 3 der Niedersächsischen Verfassung anzupassen.

Nordrhein-Westfalen

Gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen kann das Land die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Gesetz oder Rechtsverordnung zur Übernahme und Durchführung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichten, wenn dabei gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden.

Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender und übertragbarer Aufgaben zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden oder Gemeindeverbände, ist dafür durch Gesetz oder Rechtsverordnung aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die entstehenden notwendigen, durchschnittlichen Aufwendungen zu schaffen.

Das Konnexitätsausführungsgesetz (KonnexAG) gestaltet den Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen einfachgesetzlich aus. Ob eine Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe oder Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ausgestaltet ist, macht für die Beurteilung der Konnexität keinen Unterschied; im Land Nordrhein-Westfalen werden alle von den Gemeinden wahrgenommenen Aufgaben als kommunale Aufgaben, das heißt als Aufgaben im eigenen Wirkungskreis, angesehen. Hier wird zwischen freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben, pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben und Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung unterschieden.

Der Aufwendungsersatz soll pauschaliert geleistet werden. Wird nachträglich eine wesentliche Abweichung von der Kostenfolgeabschätzung festgestellt, wird der finanzielle Ausgleich für die Zukunft angepasst. Gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen sind nur "wesentliche Belastungen" auszugleichen. Dies wird im Konnexitätsausführungsgesetz aufgegriffen. In der Gesetzesbegründung zur Verfassungsänderung und Einführung des Konnexitätsausführungsgesetzes wird diese Bagatellschwelle als im Regelfall überschritten angesehen, "wenn die geschätzte jährliche (Netto-)Mehrbelastung in den betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbänden in ihrer Gesamtheit über einem Betrag von 0,25 Euro pro Einwohner/in liegt." (Landtagsdrucksache 13/5515 vom 2. Juni 2004, S. 21 und 23). Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen hat sich diesen Maßstab zu eigen gemacht. Im Falle einer konnexitätsrelevanten Aufgabenübertragung wird daher durch das fachlich zuständige Ressort geprüft, ob die Bagatellschwelle erreicht ist. Im Falle eines Unterschreitens der Bagatellschwelle, ist zu prüfen, ob die Gesetzesvorhaben des Ressorts der letzten fünf Jahre kumuliert die Bagatellschwelle erreichen; in diesem Fall entstünde ebenfalls eine Ausgleichspflicht des Landes für alle betroffenen Gesetze (vergleiche § 2 Abs. 5 KonnexAG). Etwaige Aufwands- und Kostenminderungen sind gemäß § 3 Abs. 2, 5 KonnexAG im Rahmen der Kostenfolgeabschätzung anzurechnen. Im Übrigen regelt das Konnexitätsausführungsgesetz die Einzelheiten der durchzuführenden Kostenfolgeabschätzung.

Eine Eigeninteressenquote besteht nicht.

Rheinland-Pfalz

Das (strikte) Konnexitätsprinzip ist in Artikel 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz geregelt. Es lautet: "Überträgt das Land den Gemeinden oder Gemeindeverbänden nach Absatz 4 die Erfüllung öffentlicher Aufgaben oder stellt es besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat es gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen; dies gilt auch bei der Auferlegung von Finanzierungspflichten. Führt die Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. Das Nähere regelt ein Gesetz." Artikel 49 Abs. 4 der Verfassung für

Rheinland-Pfalz bestimmt: "Den Gemeinden und Gemeindeverbänden oder ihren Vorständen können durch Gesetz oder Rechtsverordnung staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Anweisung übertragen werden. Durch Gesetz oder Rechtsverordnung können den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch Pflichtaufgaben der Selbstverwaltung übertragen werden."

Das Konnexitätsprinzip wurde durch Einfügung des Absatzes 5 in Artikel 49 der Verfassung für Rheinland-Pfalz mit dem Fünfunddreißigsten Landesgesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 14. Juni 2004 (GVBI. S. 321) in der Landesverfassung verankert und ist am 25. Juni 2004 in Kraft getreten.

Nähere Konkretisierungen hat das Konnexitätsprinzip im Landesgesetz zur Ausführung des Artikels 49 Abs. 5 der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Konnexitätsausführungsgesetz - KonnexAG -) vom 2. März 2006 erfahren. Es sieht vor, dass das Land den Kommunen eine finanzielle Mehrbelastung vollständig ausgleicht, die dadurch entsteht, dass das Land die Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Erfüllung staatlicher Aufgaben oder von Selbstverwaltungsaufgaben verpflichtet oder besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben dieser Art stellt. Es enthält nähere Regelungen unter anderem zum Verfahren der Kostenfolgenabschätzung im Zusammenhang mit der Aufgabenübertragung und zur Kostendeckung. Darüber hinaus enthält es in § 1 Abs. 1 Satz 4 KonnexAG eine Bagatellregelung dahin gehend, dass danach eine vom Land auszugleichende wesentliche finanzielle Mehrbelastung im Regelfall dann erreicht ist, wenn die geschätzte jährliche Mehrbelastung der betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände in ihrer Gesamtheit über einem Betrag von 0,25 Euro pro Einwohner (also landesweit über einem Betrag von circa 1 Million Euro) liegt.

Sachsen

Das Konnexitätsprinzip (als Ausdruck des Zusammenhangs aus Aufgabenverantwortung und Finanzierungsverantwortung) zwischen dem Freistaat Sachsen und seinen Kommunen ist grundsätzlich durch Artikel 85 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen bestimmt. Es gewährleistet den kommunalen Selbstverwaltungsträgern einen vollständigen und finanzkraftunabhängigen Mehrbelastungsausgleich als Folge einer Aufgabenübertragung im Sinne von Artikel 85 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen. Eine "Eigeninteressenquote", die eine vom Land auszugleichende kommunale Mehrbelastung schmälern würde, besteht nicht.

Im Freistaat Sachsen ist zum 1. Januar 2014 verfassungsrechtlich verankert worden, einen Mehrbelastungsausgleich auch dann zu leisten, "wenn freiwillige Aufgaben in Pflichtaufgaben umgewandelt werden oder wenn der Freistaat Sachsen durch ein Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes [durch Rechtsverordnung] nachträglich eine finanzielle Mehrbelastung bei der Erledigung übertragener oder bestehender Aufgaben unmittelbar verursacht."

Der angefügte Artikel 85 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen sieht seitdem zwei Fälle vor, in denen über die Grundregelung der Aufgabenübertragung hinaus ein Mehrbelastungsausgleich zu zahlen ist:

1) Die Pflichtigmachung bislang freiwilliger Aufgaben löst bereits nach gefestigter Rechtsprechung des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes die Pflicht zum Mehrbelastungsausgleich aus (Urteil vom 23. November 2000, Vf. 53-II-97 und vom 14. August 2012, Vf. 97-VIII-11). Die Verfassungsänderung dient insoweit der Klarstellung.

2) In der nachträglichen unmittelbaren Verursachung einer Mehrbelastung bei bestehenden Aufgaben durch den Freistaat Sachsen liegt die wirkliche Erweiterung des Mehrbelastungsausgleichs zu Gunsten der Kommunen. Sie verschafft den sächsischen Kommunen Ausgleichsansprüche auch in den Fällen der inhaltlichen Aufgabenänderung, insbesondere bei der Erhöhung von Standards und anderen Anforderungen an ihre Erledigung.

Eine Bagatellregelung, wonach die Mehrbelastungen eine bestimmte Erheblichkeit aufweisen müssen, existiert in Sachsen nicht. Ebenso sieht die Verfassung des Freistaates Sachsen keine Regelung für die Herabsetzung eines Ausgleichs vor, wenn die nachträgliche Veränderung bestehender Kommunalaufgaben durch das Land zu einer Entlastung der Kommunen (Aufwands- beziehungsweise Kostenminderung) führt. Anpassungspflichten haben im Verfassungstext (abgesehen von der

begrenzten Erweiterung in Artikel 85 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen) keinen Niederschlag gefunden. Die geregelte Rechtsfolge in Artikel 85 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen (sowohl für den Grund- als auch den Erweiterungstatbestand) geht dahin, dass der Freistaat (prognosegemäß) "dabei" Kostendeckungsbestimmungen "zu treffen" oder (bei deren Nichtausreichen) einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu schaffen hat. Diese zitierten Worte verpflichten zu einem grundsätzlich einmaligen Regelungsvorgang im Zeitpunkt der Aufgabenübertragung beziehungsweise des Aufgabeneingriffs.

Der MBA ist auch weiterhin mit deutlichen Begrenzungen geregelt, sowohl in den Tatbeständen (erstmaliges Übertragen und spätere Änderungen durch das Land) als auch in den Rechtsfolgen (Pflicht zur Ausgleichsregelung gemäß Prognose). Nur bei Vorliegen der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen sind Aufgabenbelastungen der Kommunen über den finanzkraftunabhängigen Mehrbelastungsausgleich auszugleichen. In anderen Fällen sind die Kommunen auf die für alle Aufgabenbelastungen bestehende allgemeine Finanzgarantie (Artikel 87 der Verfassung des Freistaates Sachsen) zu verweisen.

Auswirkungen auf das einfachgesetzliche Recht hat die Verfassungsänderung - mit Ausnahme auf das Sächsische Finanzausgleichsgesetz (SächsFAG) - nicht ergeben, weitere Anpassungen sind infolge der Verfassungsänderung nicht vorgenommen worden. So wird im Freistaat Sachsen die konkrete Ausführung des Konnexitätsprinzips nicht von einer gesetzlichen Regelung bestimmt. Im Freistaat Sachsen wird der finanzielle Mehrbelastungsausgleich technisch über § 16 SächsFAG abgewickelt. Dies umfasst auch die turnusmäßige Überprüfung von Veränderungen im Bestand übertragener Aufgaben. Der Wortlaut des § 16 SächsFAG ist an die geänderte Verfassungsrechtslage angepasst worden. Dies verdeutlicht, dass auch der erweiterte Ausgleich hiernach abgewickelt und bei der turnusmäßigen Überprüfung auch die geänderte Verfassungsrechtslage mit abgeprüft wird.

Die Auswirkungen auf den Landeshaushalt ergeben sich dadurch, dass die Erweiterung in Artikel 85 Abs. 2 Satz 2, 2. Alternative der Verfassung des Freistaates Sachsen den sächsischen Kommunen mehr Ausgleichsansprüche verschafft. Im Vergleich zu den zuständigkeitsregelnden Aufgabenzuweisungsnormen sind die Normen, die den Inhalt einer Aufgabe bestimmen, viel zahlreicher und werden häufiger geändert. "Unmittelbar verursacht" der Freistaat Sachsen bei solchen inhaltlichen Aufgabeneingriffen Mehrbelastungen, wenn er belastende Anforderungen (insbesondere Standards) gezielt an bestimmte Aufgaben der Kommunen richtet. Dagegen lehnt die der Verfassung des Freistaates Sachsen, indem sie die Ausgleichspflicht auf Mehrbelastungen durch den "Freistaat Sachsen" beschränkt, weiterhin einen Ausgleich für spätere bundesrechtliche oder EU-rechtliche Ausweitungen bestehender Kommunalaufgaben klar, wie auch alle anderen Länder, ab. Solche Mehrbelastungen sind nur im Rahmen der allgemeinen Finanzgarantie (Artikel 87 der Verfassung des Freistaates Sachsen) zu berücksichtigen.

Saarland

Durch Änderung des Artikels 120 der Verfassung des Saarlandes ist im Saarland das sogenannte "strikte Konnexitätsprinzip" seit dem 9. September 2016 eingeführt.

Die nähere Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips erfolgt in dem Gesetz zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzung- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 120 der Verfassung des Saarlandes (Konnexitätsausführungsgesetz Saarland).

Die Grundzüge des Konnexitätsausführungsgesetzes Saarland stellen sich wie folgt dar:
- Das strikte Konnexitätsprinzip stellt einen entsprechenden finanziellen Ausgleich sicher, sofern eine durch das Land verursachte Aufgabenübertragung auf die Kommunen durch Gesetz oder eine Veränderung bestehender und übertragbarer Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Mehrbelastung bei den Kommunen führt.
- Das strikte Konnexitätsprinzip greift mit der Folge des Belastungsausgleichs nur dann, wenn die Maßnahme dem Land ursächlich zugerechnet werden kann.
- Ein Belastungsausgleich erfolgt nur, wenn die von der Aufgabenübertragung betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände wesentlich belastet sind (maßgebliche Mehrbelastung 0,25 Euro pro Einwohner oder landesweit ein Betrag in Höhe von 250.000 Euro).
- Das Konnexitätsprinzip entfaltet keine Rückwirkung auf den vorhandenen Aufgabenbestand.

- Das Konnexitätsprinzip kommt nicht zur Anwendung, wenn Anforderungen, die auch für jedermann gelten, geregelt werden.
- Die Grundzüge des Verfahrens bei der Anwendung des Konnexitätsausführungsgesetzes Saarland sind folgende:
  - Für die Konnexitätsprüfung ist das jeweils (federführende) Fachressort originär zuständig.
  - Beim Ministerium für Inneres, Bauen und Sport ist eine Konnexitätsstelle eingerichtet. Diese berät und unterstützt die zuständigen Geschäftsbereiche und die kommunalen Spitzenverbände in Fragen der Kostenfolgeabschätzung und steht als Ansprechpartner zur Verfügung. Des Weiteren obliegen ihr Überwachungs- und Dokumentationspflichten.
  - Konnexitätsfragen sollen schon von Beginn an in die jeweiligen Entwurfsarbeiten an Gesetzen/Verordnungen einbezogen werden (Warnoder Präventivfunktion des Konnexitätsprinzips).
  - Die Konnexitätsprüfung orientiert sich insbesondere an folgenden Aspekten:
    - Konnexitätsrelevanz,
    - Kostenfolgeabschätzung,
    - Wesentlichkeit der Belastung,
    - Belastungsausgleichsregelung,
    - Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände.

Den Begriff der "Eigeninteressenquote" kennt das saärländische Haushaltsrecht nicht.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt besteht ein striktes Konnexitätsprinzip, das sowohl für den übertragenen als auch für Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises gilt. Die Konnexität ist in Artikel 87 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt geregelt, der seit seiner Verkündung am 16. Juli 1992 unverändert gilt. Gemäß Artikel 87 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt können den Kommunen durch Gesetz Pflichtaufgaben zur Erfüllung in eigener Verantwortung zugewiesen und staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung übertragen werden. Dabei ist gleichzeitig die Deckung der Kosten zu regeln. Führt die Aufgabenwahrnehmung zu einer Mehrbelastung der Kommunen, ist ein angemessener Ausgleich zu schaffen. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts des Landes Sachsen-Anhalt vom 14. September 2004 (Aktenzeichen LVG 7/03) greift Artikel 87 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt nicht erst oberhalb einer Mindestbelastung ein. Die Umsetzung des Konnexitätsprinzips ist in Teil B der Vereinbarung über die Beratung und Abstimmung zu finanzrelevanten Vorgängen zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden geregelt (Konsultationsvereinbarung 2021, MBI. LSA 2022 S. 87). Nach der Rechtsprechung des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt ist es verfassungsrechtlich zulässig, wenn den Kommunen eine "Interessenquote" bei der Kostendeckung verbleibt. Eine Eigeninteressenquote besteht nicht.

Im Rahmen der Freigabe der im Dezember 2020 und Januar 2021 durchgeführten Länderumfrage für die Nutzung zur Beantwortung der Großen Anfrage hat das Land Sachsen-Anhalt darauf hingewiesen, dass die genannte Konsultationsvereinbarung aufgrund des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 2020 (Az. 2 BvIR 696/12) nunmehr regelt, dass ein Fall des Artikels 84 Abs. 1 Satz 7 GG auch vorliegt, wenn ein Bundesgesetz den Kommunen erstmals eine bestimmte Aufgabe zuweist oder eine damit funktional äquivalente Erweiterung einer bundesgesetzlich bereits zugewiesenen Aufgabe vornimmt.

Schleswig-Holstein

Konnexität ergibt sich in Schleswig-Holstein aus Artikel 57 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein. Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes durch Verordnung zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben verpflichtet, so sind dabei Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. Führen diese Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände, so ist dafür ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. Näheres regelt das Konnexitätsausführungsgesetz. Eine Regelung zu einer Eigeninteressenquote existiert im Rahmen des Konnexitätsausführungsgesetzes nicht.

4. Welche rechtlichen und tatsächlichen Anforderungen an die Darstellung beziehungsweise den Nachweis des jeweils aktuell bestehenden Finanzbedarfs müssen die jeweiligen Kommunen nach der derzeit in Thüringen geltenden Rechtsprechung erfüllen und wie wird diese Verpflichtung von den jeweiligen Kommunen konkret rechtssicher in der Praxis umgesetzt?

   Antwort:
   Das Erfordernis der Darstellung eines spezifischen Finanzbedarfs kann sich aus gesetzlichen und untergesetzlichen Bestimmungen ergeben, die auch Vorgaben zum Nachweis des Finanzbedarfs vorsehen können. Für die Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs, also insbesondere die Schlüsselzuweisungen und den Mehrbelastungsausgleich, bedarf es seitens der Kommunen keines Tätigwerdens, denn die zur Feststellung des Anspruchs und dessen Höhe erforderlichen Daten (insbesondere das zu berücksichtigende Steueraufkommen, die Einwohner- und Kinderzahlen, die für den Soziallastenansatz erforderlichen Daten wie unter anderem die Eingliederungshilfeempfänger und die Bedarfsgemeinschaften) werden von Amts wegen festgestellt.

5. Welche Aufgaben erfüllen die Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden im eigenen und übertragenen Wirkungskreis? Wie hat sich der Aufgabenbestand der Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden seit 2014 entwickelt? Um welche Aufgabe handelt es sich und wann wurde diese durch wen übertragen (bitte Einzelaufstellung)?

   Antwort:
   Die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden (einschließlich der Städte) sind alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die in der Gemeinde wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben (§ 2 Abs. 1 Thüringer Kommunalordnung [ThürKO]). Die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Landkreise sind die überörtlichen Angelegenheiten, deren Bedeutung über das Kreisgebiet nicht hinausgeht (§ 87 Abs. 1 ThürKO).

   Die Umschreibung der gemeindlichen Aufgaben als "alle Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft" verdeutlicht die Variabilität des Aufgabenbereichs. Dementsprechend obliegt es dem kommunalpolitischen Entscheidungsspielraum, eine Aufgabenzuständigkeit zu begründen (Allzuständigkeit der Gemeinden im eigenen Wirkungskreis), soweit die Aufgabe nicht durch gesetzliche Regelung als sogenannte Pflichtaufgabe qualifiziert ist. Welche Aufgaben des eigenen Wirkungskreises die Gemeinden wahrnehmen, richtet sich nach der Lage, der Größe sowie der Infra- und Wirtschaftsstruktur der einzelnen Gemeinde. Deshalb muss eine Aufgabe nicht für alle Gemeinden eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft sein. Daraus ergibt sich, dass die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden nur beispielhaft (ähnlich wie in § 2 Abs. 2 ThürKO) genannt werden können. Entsprechendes gilt für die Landkreise. Nach § 86 Abs. 2 in Verbindung mit § 87 Abs. 1 ThürKO steht den Landkreisen die Erfüllung der auf das Kreisgebiet beschränkten öffentlichen Aufgaben zu, soweit nicht die Gemeinden zuständig sind oder Gesetze etwas anderes bestimmen.

   Nur soweit die Gemeinden nach § 2 Abs. 3 ThürKO oder die Landkreise nach § 87 Abs. 2 ThürKO durch Gesetz zur Erfüllung bestimmter eigener Aufgaben verpflichtet wurden (Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises), können diese Aufgaben vollständig genannt werden. Diese Aufgaben und eventuelle Standardänderungen seit dem Jahr 2014 sind mit den entsprechenden Rechtsgrundlagen aus der als Anlage 1 beigefügten Tabelle der Pflichtaufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden und Landkreise ersichtlich.

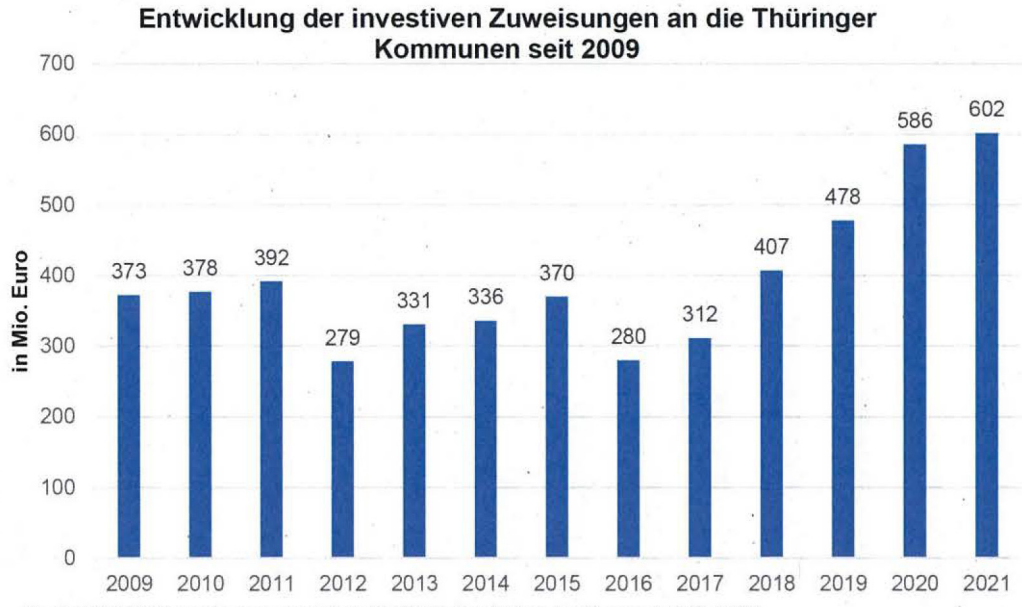
   Die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises ergeben sich aus Gesetzen und untergesetzlichen Rechtsvorschriften, durch die die Gemeinden und Landkreise verpflichtet werden, bestimmte öffentliche Aufgaben des Staates oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts zu erfüllen (§ 3 Abs. 1 und § 88 Abs. 1 ThürKO). Diese Aufgaben und eventuelle Standardänderungen seit dem Jahr 2014 sind mit den entsprechenden Rechtsgrundlagen aus der als Anlage 2 beigefügten Tabelle der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinden und Landkreise ersichtlich.

6. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse und Erfahrungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes seit 2013?

Antwort:
Die Thüringer Kommunen konnten seit der Neustrukturierung des kommunalen Finanzausgleichs zum Jahr 2013 ihre Finanzierungsüberschüsse erheblich vergrößern. Diese lagen zuletzt im Jahr 2021 trotz der Folgen der Corona-Pandemie bei 363 Millionen Euro im Vergleich zu 19 Millionen Euro im Jahr 2012.

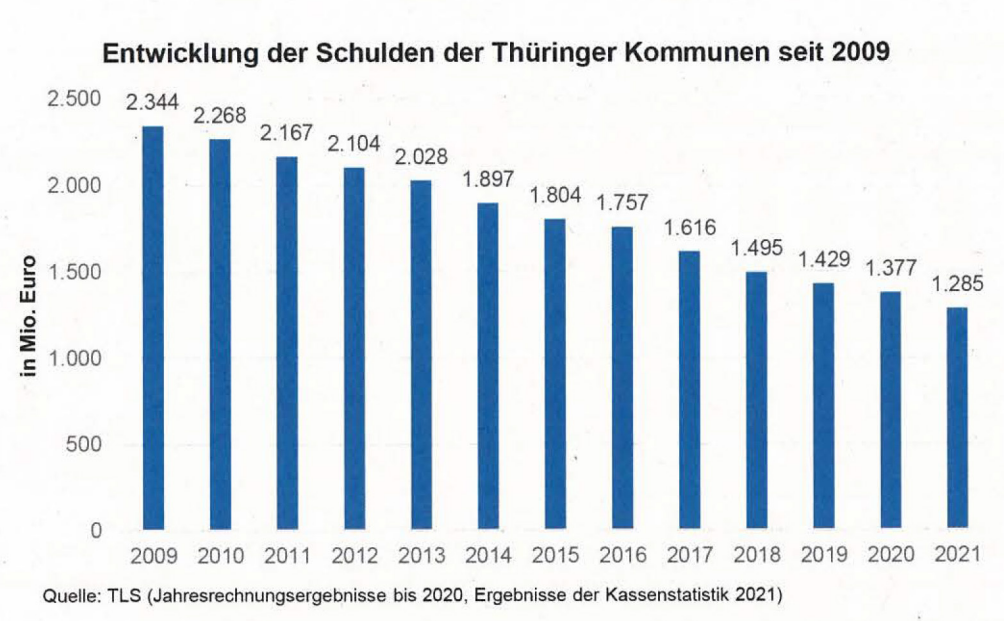
Quelle: TLS (Jahresrechnungsergebnisse bis 2020, Ergebnisse der Kassenstatistik 2021)

Hierbei steigen die Investitionen seit dem Jahr 2016 kontinuierlich an (siehe auch Antwort zu Frage 25).



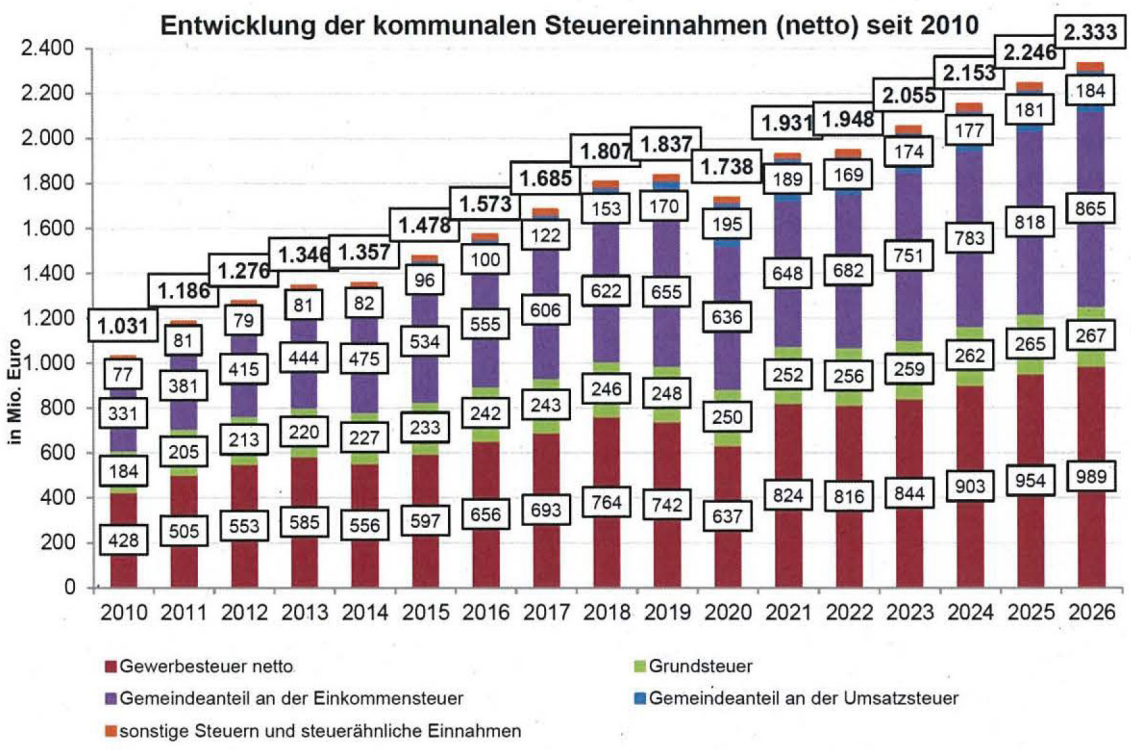
Quelle: TLS (Jahresrechnungsergebnisse bis 2020, Ergebnisse der Kassenstatistik 2021)

Ebenso konnten durch die Kommunen in dem Zeitraum 2013 bis 2021 circa 700 Millionen Euro Schulden abbauen, während der Schuldenstand des Landes anstieg.



Auch die separate Betrachtung der Entwicklung der Kassenkredite, die im Jahr 2013 noch bei 210 Millionen Euro betrugen (siehe auch Antwort zu Frage 55), ist sehr positiv zu bewerten, da die im Jahr 2021 zu verzeichnenden 15 Millionen Euro auch im Ländervergleich sehr gering sind.

Insoweit zeigen die wesentlichen Eckdaten, dass die Kommunen mit dem reformierten kommunalen Finanzausgleich mit seinen stetig steigenden Leistungen wie auch den gestiegenen eigenen Steuereinnahmen in der Summe finanziell gut aufgestellt sind.



Quelle: TLS (Jahresrechnungsergebnisse bis 2020, 2021 Kassenstatistik 2021, ab 2022 Steuerschätzung Mai 2022

Die entsprechenden Informationen und Grafiken sind jeweils auch den Entwürfen der Landesregierung zur Novellierung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zu entnehmen, wie aktuell der Drucksache 7/6082.

7. Inwiefern werden in diesem Zusammenhang die Vorgaben des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 21. Juni 2005 (Aktenzeichen: VerfGH 28/03) in welcher konkreten Form erfüllt?

Antwort:
Die Umsetzung der Vorgaben des genannten Urteils wird anhand der Leitsätze dargestellt, wobei darauf hingewiesen wird, dass sich die Vorgaben in erster Linie an den Gesetzgeber richten, der durch die entsprechende normative Gestaltung den Rahmen für die vom Verfassungsgerichtshof geforderte Umsetzung gibt:

Gewährleistung einer finanziellen Mindestausstattung, die nicht unter dem Vorbehalt der Leistungskraft des Landes steht	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 5 und 6 ThürFAG • praktisch erfüllt durch die regelmäßige alle vier Jahre erfolgende Ermittlung des ungedeckten Finanzbedarfs der Kommunen im Rahmen der Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG und der Prüfung der Einhaltung der finanziellen Mindestausstattung in der Zwischenzeit im Rahmen der kleinen Revision nach § 3 Abs. 6 ThürFAG • Umsetzung des Revisionsergebnisses im Haushaltsplan
Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung	

Verpflichtung des Gesetzgebers, den Finanzbedarf der Kommunen - also deren tatsächliche durchschnittliche Kostenbelastung - zu ermitteln und im Rahmen des Finanzausgleichs zu erwägen.	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 2 Satz 2 ThürFAG • praktisch erfüllt durch das Vorgehen im Rahmen der Revisionen, das der Ermittlung des ungedeckten Finanzbedarfs dient • die Revision widmet sich in Teil I des Revisionsberichts der angemessenen Finanzausstattung, in Teil II der finanziellen Mindestausstattung; in Teil IV dem Mehrbelastungsausgleich • die Revisionsberichte sind den Novellierungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes als Anlage beigefügt; siehe zuletzt Drucksache 7/4171, der zusätzlich eine Erläuterung zur Revision als weitere Anlage beigefügt ist
Das Gebot zum Mehrbelastungsausgleich als spezielle, eigenständige Finanzgarantie, die prinzipiell auf den vollständigen Kostenausgleich im Sinne einer strikten Konnexität zwischen Aufgabenverantwortung und Kostenlast angelegt ist und nicht an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes gebunden ist. Die Pflicht zum Mehrbelastungsausgleich knüpft dabei an die Durchschnittskosten an, die den Kommunen in ihrer Gesamtheit durch die Erfüllung einer übertragenen staatlichen Aufgabe durchschnittlich entstehen. Der Mehrbelastungsausgleich ist finanzkraftunabhängig.	• normative Umsetzung in § 23 ThürFAG • praktisch erfüllt durch die regelmäßige Überprüfung der Pauschalen nach § 23 Abs. 1, 1a und 2 ThürFAG im Rahmen der regelmäßig alle vier Jahre stattfinden Revision (zuletzt Drucksache 7/4171) sowie der dazwischen vorzunehmenden kleinen Revision (zuletzt als Anlage zur Drucksache 7/1501) jeweils als eigenständiger Prüfungspunkt
Die Mehrbelastungsausgleichspflicht im Sinne von Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen stellt sich als eine nur die Aufgaben des übertragenen (staatlichen) Wirkungskreises betreffende spezielle Regelung dar, so dass die hierfür vorbehaltene Finanzmasse unabhängig und selbständig neben der nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen zu verteilenden Schlüsselmasse aufgrund der allgemeinen Finanzgarantie steht.	• normative Umsetzung durch systematische Trennung der Mittel des kommunalen Finanzausgleichs für Aufgaben des eigenen (Finanzausgleichsmasse I) und des übertragenen Wirkungskreises (Finanzausgleichsmasse II), § 3 Abs. 2 Satz 1 ThürFAG • praktisch erfüllt durch getrennte Veranschlagung der Haushaltsansätze (siehe Vorwort zum Kapitel 1720 des Landeshaushalts sowie der im Kapitel 1720 gesonderten Veranschlagung der Mittel für den Mehrbelastungsausgleich in Titel 613 07, vergleiche zuletzt Thüringer Haushaltsgesetz 2022 vom 17. Februar 2022, GVBI. S. 75)
Hat der Gesetzgeber bei der Festlegung der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen im Sinne von Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen einen weiteren Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum, so kann und muss er den durch ihre Aufgabenbelastung und ihre Finanzkraft vorgezeichneten Bedarf der Kommunen nach Zuweisung ergänzender Finanzmittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs der finanziellen Leistungskraft des Landes entgegenstellen und nach Maßgabe des Gebots der Verteilungssymmetrie abwägen.	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 ThürFAG durch die Vorgabe des Thüringer Partnerschaftsgrundsatzes, der eine gleichmäßige Teilhabe des Landes und der Kommunen an der Entwicklung der jeweiligen Einnahmen sichergestellt (vergleiche auch Antwort zu Frage 1) • praktisch erfüllt durch das Vorgehen im Rahmen der Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG, siehe zuletzt Drucksache 7/4171

Da der Gesetzgeber bei den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben nur zu einer angemessenen allgemeinen Finanzausstattung verpflichtet ist, genügt es, wenn er sich einen ungefähren Überblick über die von den Kommunen hierfür tatsächlich aufgewendeten Kosten verschafft.	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 5 ThürFAG • praktisch erfüllt durch das Vorgehen im Rahmen der Revisionen, bei der auf den an Hand der Jahresrechnungsstatistik durch Betrachtung aller Ausgaben und Einnahmen ermitteltem ungedeckten Finanzbedarf ein prozentualer Zuschlag erfolgt, siehe zuletzt Drucksache 7/4171
Da die originäre Einnahmesituation der Kommunen und die Kosten für die Aufgabenerfüllung ständigen Veränderungen unterliegen, hat der Gesetzgeber insoweit eine Beobachtungs- und Anpassungspflicht.	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 5 und 6 ThürFAG • praktisch erfüllt durch die regelmäßige alle vier Jahre erfolgende Ermittlung des ungedeckten Finanzbedarfs der Kommunen im Rahmen der Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG und der Prüfung der Einhaltung der finanziellen Mindestausstattung in der Zwischenzeit im Rahmen der kleinen Revision nach § 3 Abs. 6 ThürFAG, bei der Teil der Prüfung auch die Feststellung von Veränderungen im Aufgabenbestand oder von Standards bei bestehenden Aufgaben sind, siehe zuletzt Drucksache 7/4171, der zusätzlich eine Erläuterung zur Revision als weitere Anlage beigefügt ist
Insbesondere beim Mehrbelastungsausgleich sind die bei den Kommunen für die Erledigung staatlicher Aufgaben angefallenen Kosten möglichst im engen zeitlichen Zusammenhang zu erstatten.	• normative Umsetzung in § 3 Abs. 5 und 6 sowie § 23 Abs. 5 ThürFAG: Danach erfolgt die Überprüfung der Mehrbelastungspauschalen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes regelmäßig grundsätzlich jedes zweite Jahr im Rahmen der Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG und der kleinen Revision nach § 3 Abs. 6 ThürFAG und ist in der Zwischenzeit für konnexitätsrelevante Vorgänge eine gesonderte Erstattung nach § 23 Abs. 5 ThürFAG vorzusehen
Der Gesetzgeber darf einen Teil der Finanzausgleichsmasse für zweckgebundene, insbesondere investive Finanzzuweisungen verwenden. Allerdings kann sich ein die kommunale Selbstverwaltung beeinträchtigendes Übermaß zweckgebundener Zuweisungen insbesondere aus jeweils festgesetzter Höhe der Zuweisungen ergeben.	• normative Umsetzung in §§ 4 und 16 bis 22 f. ThürFAG • praktisch erfüllt durch die entsprechende Veranschlagung der Haushaltsansätze (siehe Vorwort zum Kapitel 1720 des Landeshaushalts sowie der im Kapitel 1720 erfolgten Veranschlagung der Mittel für die Zuweisungen gemäß §§ 4 und 16 ff. ThürFAG, vergleiche zuletzt Thüringer Haushaltsgesetz 2022 vom 17. Februar 2022, GVBI. S. 75)

Im Ergebnis wird dem in Übereinstimmung mit Artikel 28 Abs. 2 Satz 3 GG in Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen garantiertem Gebot einer aufgabengerechten und angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände als notwendige Grundlage des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im Sinne von Artikel 81 Abs. 1, Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen aus Sicht der Landesregierung nachgekommen.

8. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung in Auswertung der Erfahrungen im Umgang mit der Neustrukturierung des Finanzausgleichs hinsichtlich möglicher Veränderungen des Gesetzes insbesondere mit Blick auf die angestrebte grundsätzliche Reform des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes für das Jahr 2023?

9. Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln zur Überprüfung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs in Thüringen vom März 2021?

Antwort zu den Fragen 8 und 9:
Die Vorstellungen der Landesregierung zu einem grundsätzlichen Umgestaltungsbedarf und die Vorschläge zur konkreten Umsetzung können den Novellen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zum Jahr 2022 (Drucksache 7/4171) und zum Jahr 2023 (Drucksache 7/6082) in entnommen werden. Der Drucksache 7/4171 kann im allgemeinen Teil der Begründung insbesondere auch entnommen werden, in welcher Weise das Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln Eingang in den Entwurf der Landesregierung gefunden hat. Die Drucksache 7/6082 stellt im allgemeinen Teil der Begründung die Schritte der die Jahre 2022 und 2023 umfassenden Reform zusammengefasst dar.

10. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung zur jährlich gesetzlich festgeschriebenen Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs in den ostdeutschen Bundesländern und den Ländern Schleswig-Holstein und Saarland vor?

Antwort:
Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf den jeweiligen Finanzausgleichsgesetzen der Länder sowie ergänzenden Auskünften aus den jeweiligen Finanzministerien.

Bundesland	rechtliche Grundlage	Modellart	Verbundquote im laufenden Jahr in Prozent (gerundet)
Brandenburg	Gesetz über den allgemeinen Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Land Brandenburg vom 29. Juni 2004, zuletzt geändert am 17. Dezember 2021	Verbundquotenmodell mit Symmetrieprüfung	22,43
Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausgleichsgesetz Mecklenburg-Vorpommem	Modell des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes[1]	20,2 (Haushalts-Entwurf 2022)
Saarland	Kommunalfinanzausgleichsgesetz vom 12. Juli 1983, zuletzt geändert am 11. November 2020	Verbundquotenmodell	20,57
Sachsen	Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. April 2021	Modell des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes[1]	22,98
Sachsen-Anhalt	Finanzausgleichsgesetz (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 2017, zuletzt geändert mit Landtagsbeschluss vom 25. März 2022	Bedarfsmodell[2]	-
Schleswig-Holstein	Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein vom 12. November 2020, zum 17. März 2022 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe	Verbundquotenmodell	18,23
Thüringen	Thüringer Finanzausgleichsgesetz vom 31. Januar 2013, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBI. S. 87) und durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBI. S. 563)	Bedarfsmodell[2]	25,88

1 In diesen Ländern stellt die Verbundquote lediglich eine rechnerische Größe dar. Die Gesamteinnahmen der Kommunen aus Steuern und kommunalem Finanzausgleich soll sich gleichmäßig zur Entwicklung der im Land verbleibenden Finanzmasse unter Abzug der Finanzausgleichsmasse im kommunalen Finanzausgleich gestalten.

2 In diesen Ländern stellt die Verbundquote lediglich eine fiktive rechnerische Größe dar, keinen realen Verteilungsmaßstab. Für Sachsen-Anhalt liegt keine Verbundquote vor.

Vergleiche zwischen den Finanzausgleichssystemen und in der Folge der Verbundquoten der einzelnen Bundesländer sind nur sehr eingeschränkt sachlich tauglich, da sich die Finanzausgleichssysteme nicht nur hinsichtlich sehr unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade, das heißt der jeweiligen Zuordnung von Aufgaben an das Land oder die kommunale Ebene, unterscheiden. Die Unterschiede setzen sich bei den verschiedenen Parametern der kommunalen Finanzausgleiche (unter anderem Abgrenzung der einzubeziehenden Landeseinnahmen für die Verbundquote) fort. Insgesamt ist in den Bundesländern mit einem Verbundquotenmodell eine Entwicklung hin zur stärkeren Berücksichtigung bedarfsorientierter Faktoren festzustellen.

II. Finanzielle Entwicklung der Kommunen und des Landes

11. Wie haben sich die Steuereinnahmen der Kommunen von 2014 bis zum 31. Dezember 2021 entwickelt (bitte nach Jahren und Grundsteuer A, Grundsteuer B, Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und örtliche Aufwands- und Verbrauchssteuern getrennt aufführen)? Wie stellt sich die Entwicklung der Steuereinnahmen der Kommunen in diesem Zeitraum im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern nach Kenntnis der Landesregierung dar?

Antwort:
Die detaillierte Entwicklung der Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen von 2014 bis 2021 sowie die Gesamtentwicklung der Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen im Vergleich zu den Kommunen in anderen Flächenbundesländern in diesem Zeitraum sind in der Anlage 3 dargestellt.

12. Wie haben sich die Steuereinnahmen des Landes Thüringen von 2014 bis zum 31. Dezember 2021 entwickelt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Steuereinnahmen des Landes Thüringen haben sich von 2014 bis zum 31. Dezember 2021 wie folgt entwickelt. Abgrenzung der Steuereinnahmen: Hauptgruppe 0 ohne Obergruppe 09 ("Steuerähnliche Abgaben")

Jahr	Steuereinnahmen in Euro
2014	5.524.282.148,46
2015	5.838.584.389,56
2016	6.217.919.723,76
2017	6.445.412.060,54
2018	6.804.774.896,31
2019	7.082.080.635,91
2020	6.906.986.266,30
2021	7.550.595.294,48

13. Welche Prognosen liegen der Landesregierung über die künftige Entwicklung der Steuereinnahmen der Kommunen und des Landes insbesondere mit Blick auf mögliche Folgen der Coronaviruspandemie vor?

Antwort:
Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2022 werden sich die Steuereinnahmen der Kommunen und des Landes wie folgt entwickeln (in Millionen Euro).

Jahr	Steuereinnahmen Land	Steuereinnahmen Kommunen*
2022	8.094	1.948
2023	8.321	2.055
2024	8.505	2.153
2025	8.717	2.246
2026	9.013	2.333

* Steuereinnahmen netto, das heißt abzüglich Gewerbesteuerumlage
Quelle: Steuerschätzung Mai 2022

14. Wie haben sich die Gewerbesteuerhebesätze im Zeitraum seit dem Jahr 2014 verändert (bitte nach Jahr, Gebietskörperschaftsebene, Steigerung insgesamt, prozentuale Steigerung und - sofern bekannt - durchschnittlicher Hebesatz der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland aufschlüsseln)?

Antwort:
Die Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze der Thüringer Kommunen und die durchschnittlichen Hebesätze der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland im Zeitraum seit dem Jahr 2014 sind in der Anlage 4 dargestellt.

15. Wie haben sich die Grundbeträge zur Gewerbesteuer im Zeitraum seit dem Jahr 2014 verändert (bitte nach Jahr, Gebietskörperschaftsebene, Steigerung insgesamt, prozentuale Steigerung und - sofern bekannt - durchschnittlicher Hebesatz der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland aufschlüsseln)?

Antwort:
Die Entwicklung der Grundbeträge zur Gewerbesteuer und die durchschnittlichen Grundbeträge zur Gewerbesteuer der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland im Zeitraum seit dem Jahr 2014 sind in der Anlage 5 dargestellt. Die durchschnittlichen Hebesätze der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland sind bereits in der Anlage zu Frage 14 aufgeführt.

16. Wie liegen die Gewerbesteuerhebesätze der Gemeinden und Städte in Thüringen nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu anderen Gemeinden und Städten der ostdeutschen Flächenländer und dem Saarland und dem Land Schleswig-Holstein?

Antwort:
Die durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesätze der Gemeinden in Thüringen im Vergleich zu anderen Gemeinden der ostdeutschen Flächenländer sowie dem Saarland und dem Land Schleswig-Holstein sind in der Anlage 6 dargestellt.

17. Wie haben sich die Grundsteuerhebesätze B im Zeitraum seit dem Jahr 2014 verändert (bitte nach Jahr, Gebietskörperschaftsebene, Steigerung insgesamt, prozentuale Steigerung und - sofern bekannt - durchschnittlicher Hebesatz der ostdeutschen Länder und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland aufschlüsseln)?

Antwort:
Die Entwicklung der Grundsteuerhebesätze B der Thüringer Kommunen und die Grundsteuerhebesätze B der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland im Zeitraum seit dem Jahr 2014 sind in der Anlage 7 dargestellt.

18. Wie haben sich die Grundbeträge zur Grundsteuer B im Zeitraum seit 2014 verändert (bitte nach Jahr, Gebietskörperschaftsebene, Steigerung insgesamt, prozentuale Steigerung und - sofern bekannt - durchschnittlicher Hebesatz der ostdeutschen Länder und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland aufschlüsseln)?

Antwort:
Die Entwicklung der Grundbeträge zur Grundsteuer B der Thüringer Kommunen sowie die durchschnittlichen Grundbeträge zur Grundsteuer B der ostdeutschen Bundesländer und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland im Zeitraum seit dem Jahr 2014 sind in der Anlage 8 dargestellt. Die Höhe der durchschnittlichen Hebesätze der ostdeutschen Länder und der Länder Schleswig-Holstein und Saarland sind bereits in der Anlage zu Frage 17 aufgeführt.

19. Wie liegen die Grundsteuerhebesätze B der Städte und Gemeinden in Thüringen nach Kenntnis der Landesregierung im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden mit vergleichbaren Einwohnergrößen in den ostdeutschen Bundesländern und den Ländern Schleswig-Holstein und Saarland?

Antwort:
Die durchschnittlichen Grundsteuerhebesätze B der Städte und Gemeinden in Thüringen sowie die der Städte und Gemeinden mit vergleichbaren Einwohnergrößen in den ostdeutschen Bundesländern und den Ländern Schleswig-Holstein und Saarland sind in der Anlage 9 dargestellt.

20. Welche Gemeinden schöpfen nach Ansicht der Landesregierung aus welchen Gründen ihre Einnahmemöglichkeiten bei der Gewerbe- und Grundsteuer B nicht aus und wie wird dies bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisungen berücksichtigt?

Antwort:
Die individuellen Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer für das erste Quartal 2022 der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen wurden vom Thüringer Landesamt für Statistik zusammengestellt und sind als Anlage 10 beigefügt. In der Anlage 11 werden die Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer im Landes- und Bundesdurchschnitt nach Größenklassen dargestellt.

Die unterschiedliche Höhe der gemeindeindividuellen Hebesätze kann ein Anhaltspunkt für den Grad der Ausschöpfung der kommunalen Einnahmemöglichkeiten in der Weise sein, dass insbesondere unterdurchschnittliche Hebesätze auf eine nicht vollständige Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten hindeuten. Allerdings lässt sich nach Ansicht der Landesregierung hieraus keine generelle Einschätzung ableiten, ohne die jeweiligen gemeindeindividuellen Gegebenheiten zu kennen. Die spezifischen Gründe für die jeweilige Höhe der Hebesätze sind sehr vielschichtig. Das Hebesatzrecht ist ein zentrales Element der aus der kommunalen Selbstverwaltung abgeleiteten kommunalen Finanzhoheit, vergleiche auch die Antwort zur Frage 1. So kann beispielsweise für einen unterdurchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz eine allgemein gute Finanzlage der jeweiligen Gemeinde ursächlich sein, so dass diese Gemeinde keine Notwendigkeit für eine höhere Besteuerung der örtlichen Gewerbebetriebe und damit eine eigentlich mögliche höhere Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten sieht. Grund kann aber auch eine sonst wahrscheinliche Abwanderung bedeutsamer Gewerbebetriebe sein, wodurch sich trotz höherer Gewerbesteuerhebesätze die Gewerbesteuereinnahmen verringern könnten. In diesem Fall wäre die Einschätzung, dass die Gemeinde ihre Hebesätze nicht ausschöpft, unzutreffend, auch wenn diese unterdurchschnittlich sind.

Die individuellen Hebesätze einer Gemeinde für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer haben keinen Einfluss auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen. Für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen werden fiktive Hebesätze, sogenannte Nivellierungshebesätze, zu Grunde gelegt. Damit werden die tatsächlichen Steuereinnahmen unter den Gemeinden vergleichbar gemacht, da unterstellt wird, dass alle Gemeinden ihr Steueraufkommen mit diesem einheitlichen Hebesatz erzielen würden.

Eine Anhebung der individuellen Hebesätze führt daher zu Steuermehreinnahmen, die vollständig und allein der erhebenden Gemeinde zugutekommen. Umgekehrt führt eine Senkung der individuellen Hebesätze zu Mindereinnahmen, welche auch nur die erhebende Gemeinde belasten.

21. Wie hat sich das finanzielle Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs von 2014 bis einschließlich des Jahres 2022 entwickelt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Das finanzielle Gesamtvolumen des kommunalen Finanzausgleichs eines Jahres entspricht der Finanzausgleichsmasse beziehungsweise der Summe der Ausgabeansätze des Kapitels 1720 des Landeshaushalts. Die Entwicklung von 2014 bis 2022 stellt sich wie folgt dar:

Jahr	Finanzausgleichsmasse entspricht Summe der Ausgabeansätze des Kapitels 1720 des Landeshaushalts in Euro
2014	1.838.796.300
2015	1.853.025.300
2016	1.900.770.100
2017	1.901.053.400

Jahr	Finanzausgleichsmasse entspricht Summe der Ausgabeansätze des Kapitels 1720 des Landeshaushalts in Euro
2018	1.990.241.200
2019	1.994.346.700
2020	2.119.436.100
2021	2.229.436.100
2022	2.435.816.600

22. Wie haben sich die Schlüsselzuweisungen von 2014 bis einschließlich des Jahres 2022 entwickelt (bitte nach Jahren und gemeindlichen und kreislichen Aufgaben getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen für Kreis- und Gemeindeaufgaben seit dem Jahr 2014 sind in der Anlage 12 dargestellt.

23. Wie hat sich der Mehrbelastungsausgleich von 2014 bis einschließlich des Jahres 2022 entwickelt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Entwicklung der Mehrbelastungsausgleichspauschalen nach § 23 Abs. 1 und 1a ThürFAG sowie der pro Jahr ausgezahlte Betrag, welcher auch Korrekturen der Vorjahre enthalten kann, sind für den benannten Zeitraum in Anlage 13 dargestellt.

24. In welcher finanziellen Höhe haben die Kommunen seit dem Jahr 2014 außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs Zuweisungen aus dem jeweiligen Landeshaushalt erhalten (bitte nach Haushaltsjahren und Haushaltstiteln getrennt aufführen)?

Antwort:
Es wird auf Anlage 14 verwiesen.

Für die Darstellung der Zuweisungen an Kommunen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs wurden für die Jahre 2015 bis 2021 (Ist-Werte) und das Jahr 2022 (Soll-Werte) alle Titel aus dem Bewirtschaftungssystem HAMASYS mit der Schlüsselung für kommunalrelevante Ausgaben ermittelt. In Bezug auf das Sondervermögen "Thüringer Corona-Pandemie-Hilfefonds" erfolgte die Auswahl der Titel über die Gruppierungen 613, 633 und 883, da hier keine Schlüsselung im Bewirtschaftungssystem enthalten ist.

Für das Jahr 2014 kann eine entsprechende Übersicht nicht automatisiert erstellt werden, da eine Schlüsselung der Titel in HAMASYS nach kommunalrelevanten Ausgaben erst ab dem Jahr 2015 erfolgte. Von einer händischen Zusammenstellung wurde wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwands abgesehen. Es wird daher für das Jahr 2014 auf die Übersicht über die Leistungen außerhalb der Finanzausgleichsmasse gemäß Anlage 3 zur Begründung des Thüringer Gesetzes zur Änderung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen (Drucksache 5/5062) verwiesen.

25. Wie haben sich die Ausgaben der Kommunen seit 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt bei Personalausgaben, laufendem Sachaufwand, Sachinvestitionen, Baumaßnahmen und beim Erwerb unbeweglicher und beweglicher Sachen entwickelt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Entwicklung der Ausgaben der Thüringer Kommunen seit dem Jahr 2014 ist in der Anlage 15 dargestellt.

26. Wie haben sich die Ausgaben der Kommunen seit 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt bei sogenannten freiwilligen Leistungen (nicht gesetzlich normierte Aufgaben) entwickelt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Ausgaben der Kommunen in Thüringen für freiwillige Leistungen haben sich seit dem Jahr 2014 wie folgt entwickelt:

2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
in Euro						
599.720.740	568.717.318	597.411.312	585.553.488	610.936.063	673.593.156	693.650.829

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Rechnungsergebnisse der Gemeinden

Als Ausgaben für freiwillige Leistungen wurden dabei die folgenden Gliederungsziffern und Anteile berücksichtigt:

Gliederungs-ziffer	Anteil in Prozent	Bezeichnung
30	100	Verwaltung kultureller Angelegenheiten
31	100	Wissenschaft und Forschung
32	100	Museen, Sammlungen, Ausstellungen (321, 323)
33	100	Theater und Musikpflege (331, 332, 333)
34	100	Heimat- und sonstige Kulturpflege
350	50	Volkshochschulen
352	50	Büchereien
355	50	sonstige Volksbildung
365	50	Denkmalschutz und -pflege
37	100	Kirchliche Angelegenheiten
467	100	Einrichtungen der Mitarbeiterfortbildung
468	50	Sonstige Einrichtungen
54	10	Sonstige Einrichtungen und Maßnahmen der Gesundheitspflege
55	99	Förderung des Sports
56	100	Eigene Sportstätten
57	100	Badeanstalten
58	100	Park- und Gartenanlagen
59	100	Sonstige Erholungseinrichtungen
61	20	Städtebauliche Planung, Städtebauförderung, Vermessung, Bauort
62	50	Wohnungsbauförderung und Wohnungsfürsorge
68	100	Parkeinrichtungen
73	100	Märkte
76	100	Sonstige öffentliche Einrichtungen
78	100	Förderung der Land- und Forstwirtschaft
790	100	Fremdenverkehr
791	100	sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr
82	50	Verkehrsunternehmen
83	100	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsunternehmen
84	100	Unternehmen der Wirtschaftsförderung
85	100	Land- und forstwirtschaftliche Unternehmen
86	100	Kur- und Badebetriebe
87	100	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen
88	100	Allgemeines Grundvermögen
89	100	Allgemeines Sondervermögen

Bei den genannten Gliederungsziffern handelt es sich um die Anteile der Gliederungsziffern, die im Rahmen der letzten Revision nach § 3 Abs. 5 ThürFAG im Jahr 2021 weder in einem der Aufgaben-

blöcke für eigene pflichtige Aufgaben noch dem Aufgabenblock für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises zugeordnet wurden.

27. Welche Gesetze und Verordnungen des Landes führen seit dem Jahr 2014 zu höheren Aufgaben- beziehungsweise Ausgabenverpflichtungen der Kommunen (bitte nach Jahr, Entscheidung und Höhe der jeweiligen Mehrausgaben auf die kommunale Ebene aufschlüsseln)?

Antwort:
Bei der Beantwortung wird auf die Antwort zur Frage 5 verwiesen. Zudem sind keine statistischen Daten zu den Ausgaben vorhanden.

28. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für die sehr unterschiedliche finanzielle Situation der Kommunen im Freistaat Thüringen?

29. Wie wirkt die Landesregierung dem entgegen?

Antwort zu den Fragen 28 und 29:
Ursachen für die unterschiedliche finanzielle Situation der Kommunen in Thüringen wie in anderen Bundesländern können sowohl exogene, im Sinne von für die Kommunen selbst nicht beeinflussbare, als auch endogene, im Sinne von durch die Kommune selbst beeinflussbare, Faktoren sein. Solche Faktoren sind beispielsweise:
- Veränderungen des Wirtschaftswachstums, die ihrerseits vielfache Ursachen aufweisen können,
- Dotierung und Ausgestaltung der Finanzausgleichsleistungen an die Kommunen,
- demographische Entwicklung,
- Höhe der Arbeitslosenquote,
- Anteil der Empfänger von Transferleistungen,
- Bedeutung der Kommune als Arbeitsort,
- Stärkeverhältnisse der Gemeinde- und Kreisräte,
- parteipolitische Zersplitterung der politischen Kräfte auf kommunaler Ebene und oder auf der Ebene des Landes,
- Gestaltungsmacht/Kompetenzen des Oberbürgermeisters,
- Verschuldungssituation der Kommunen und des Landes,
- Kommunalisierungsgrad,
- Ausgabenstruktur der Haushalte, insbesondere Personalausgaben,
- Höhe der Kaufkraft,
- Höhe der Gewerbesteuereinnahmen.

Die Landesregierung wirkt auf die durch sie beeinflussbaren Faktoren mit dem Ziel der Schaffung beziehungsweise Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse ein, ohne dass hierbei die unterschiedliche Steuer- beziehungsweise Finanzkraft der Kommunen vollends eingeebnet wird (sogenanntes Nivellierungsverbot). Neben den Reformen des kommunalen Finanzausgleichs tragen beispielsweise folgende Maßnahmen zur Verringerung der unterschiedlichen Finanzkraft bei:
- Entlastungs- und Unterstützungsmaßnahmen wie etwa zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie oder von Schlechtwetterfolgen,
- Investitionsprogramme, Entschuldungsmaßnahmen,
- Beratungsleistungen zur Inanspruchnahme von Fördermitteln und zur Haushaltskonsolidierung,
- Ausgestaltung von Landesgesetzen und Verordnungen zur Vermeidung/Minimierung von kommunalen Standards,
- Inanspruchnahme der Möglichkeiten zur Gestaltung der Normsetzung auf Bundes- und EU-Ebene.

30. Welche Kommunen im Freistaat Thüringen haben gegenwärtig keinen ausgeglichenen Haushalt (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden)?

Antwort:
Der sachliche und zeitliche Bezugspunkt der Frage ist mehrdeutig.

Die Fragestellung wird daher so verstanden, dass nach den Kommunen gefragt ist, die gegenwärtig über keine bekannt gemachte Haushaltssatzung für das Jahr 2022 verfügen und sich somit in der vorläufigen Haushaltsführung befinden.

Zum Stichtag 30. Juni 2022 hatten die Landkreise Eichsfeld, Nordhausen, der Unstrut-Hainich-Kreis und der Ilm-Kreis sowie die kreisfreien Städte Jena, Suhl und Weimar noch keine bekannt gemachte Haushaltssatzung.

Die kreisangehörigen Gemeinden, die zum Stichtag 30. Juni 2022 über keine bekannt gemachte Haushaltssatzung verfügten, können der als Anlage 16 beigefügten Übersicht entnommen werden.

Soweit die Fragestellung auf haushaltswirtschaftliche Problemlagen in Kommunen abzielt, wird auf die Beantwortung der Fragen 31, 56, 57 und 58 verwiesen, da die Aufstellung und Fortschreibung von Haushaltssicherungskonzepten sowie der Bezug von Überbrückungshilfen und Bedarfszuweisungen zur Haushaltskonsolidierung eine haushalterische Problemlage in den betreffenden Kommunen voraussetzen.

31. Wie viele und welche Kommunen im Freistaat Thüringen arbeiten gegenwärtig mit einem Haushaltssicherungskonzept (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden)?

Antwort:
Der sachliche und zeitliche Bezugspunkt der Frage ist mehrdeutig.

Die Fragestellung wird daher so verstanden, dass nach den Kommunen gefragt ist, die zum Stichtag 30. Juni 2022 zur Aufstellung beziehungsweise Fortschreibung eines Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 53 a ThürKO beziehungsweise § 4 Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik (ThürKDG) verpflichtet sind.

Zum Stichtag 30. Juni 2022 sind der Landkreis Nordhausen und der Unstrut-Hainich-Kreis sowie die kreisfreien Städte Gera und Suhl zur Aufstellung beziehungsweise Fortschreibung eines Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 53 a ThürKO beziehungsweise § 4 ThürKDG verpflichtet.

Kreisangehörige Gemeinden mit der Verpflichtung zur Aufstellung beziehungsweise Fortschreibung eines Haushaltssicherungskonzepts zum Stichtag 30. Juni 2022 gemäß § 53 a ThürKO beziehungsweise § 4 ThürKDG können der als Anlage 17 beigefügten Übersicht entnommen werden.

32. Welche Gemeinden haben seit dem Jahr 2014 bis zum 31. Dezember 2021 gemäß § 29 ThürFAG eine Finanzausgleichsumlage in welcher Höhe gezahlt (bitte nach Jahren und Gemeinden getrennt aufführen)?

Antwort:
Die Finanzausgleichsumlage wird im Finanzausgleichsjahr gegenüber den umlagepflichtigen Gemeinden festgesetzt und wird im Folgejahr fällig (§ 29 Abs. 2 Satz 1 ThürFAG). Die Fragestellung erfasst daher die Finanzausgleichsumlage der Jahre 2013 bis 2020. In Anlage 18 sind die in diesem Zeitraum umlagepflichtigen Gemeinden nach Jahren aufgelistet. Änderungen bei der Ermittlung der Finanzausgleichsumlage traten zum 1. Januar 2016 sowie zum 1. Januar 2018 in Kraft.

33. Wie hat sich der Schuldenstand der Kommunen im Freistaat Thüringen seit 2014 entwickelt (bitte aufschlüsseln nach Landkreisen, kreisfreien Städten und Gemeinden, jährlicher Tilgung und Sondertilgungen und damit verbundener Kosten)?

Antwort:
Die Entwicklung des Schuldenstands und der Tilgung der Thüringer Kommunen seit dem Jahr 2014 ist in der Anlage 19 dargestellt. Der Landesregierung liegt keine statistische Erhebung über die Sondertilgung und der damit verbundenen Kosten vor.

34. Inwieweit stellt die Verschuldung ein geeignetes Kriterium zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen dar, insbesondere mit Blick auf die Tatsache, dass Kommunen in der Regel nur dann Kredite erhalten, wenn sie als leistungsfähig gelten?

Antwort:
Kredite dürfen nach § 63 Abs. 1 ThürKO beziehungsweise § 14 Abs. 1 ThürKDG nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie zur Umschuldung aufgenommen werden, nicht aber

zur Finanzierung laufender Ausgaben. Die isolierte Betrachtung der Verschuldung als solcher stellt bereits aus diesem Grund kein geeignetes Kriterium zur Beurteilung der "finanziellen Leistungsfähigkeit" von Kommunen dar.

Die Bewertung der "finanziellen Leistungsfähigkeit" im Sinne der "Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit" als feststehendem Begriff im kommunalen Haushaltsrecht erfolgt nach dem Muster der Anlage 9 der Verwaltungsvorschriften über die Muster zum gemeindlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie der Anlage 5 der Verwaltungsvorschrift über die Muster zum Neuen Kommunalen Finanzwesen in Thüringen.

Die Höhe der Verschuldung wirkt sich lediglich indirekt auf diese Bewertung aus. In die Berechnung einbezogen wird nämlich der jährlich im Haushalt abzubildende Schuldendienst aus Zinsausgaben und Tilgungsleistungen. Im Ergebnis der Berechnung (der sogenannten "freien Finanzspitze") mindert dies die dauernde Leistungsfähigkeit beziehungsweise die "freie Finanzspitze". Daraus ergeben sich für die Zukunft weniger Spielräume zur Aufnahme zusätzlicher Kredite. Umgekehrt ergibt sich aber auch daraus, dass Kommunen mit hohen Überschüssen der "freien Spitze" grundsätzlich mehr investive Kredite aufnehmen könnten.

Parameter wie die Höhe der Verschuldung oder die Höhe der Rücklagen sind zur Bewertung der Haushaltslage ergänzend geeignet. Sie bedürfen aber regelmäßig einer Betrachtung im Einzelfall, die über eine rein numerische Auswertung hinausgeht.

35. In welcher Form und Höhe haben sich seit 2014 die sogenannten freiwilligen Leistungen im Verhältnis zu den Gesamtausgaben der Kommunen entwickelt?

Antwort:
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Gesamtausgaben, der Ausgaben für freiwillige Leistungen sowie deren Anteil an den Gesamtausgaben:

Ausgaben	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Gesamtausgaben in Euro	5.409.364.123	5.466.515.497	5.722.194.647	5.701.714.423	5.929.518.603	6.164.931.787	6.534.499.956
davon Ausgaben für freiwillige Leistungen in Euro	599.720.740	568.717.318	597.411.312	565.553.488	610.936.063	673.593.156	693.650.829
Anteil an den Gesamtausgaben in Prozent	11,1	10,4	10,4	10,3	10,3	10,9	10,6

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Rechnungsergebnisse der Gemeinden

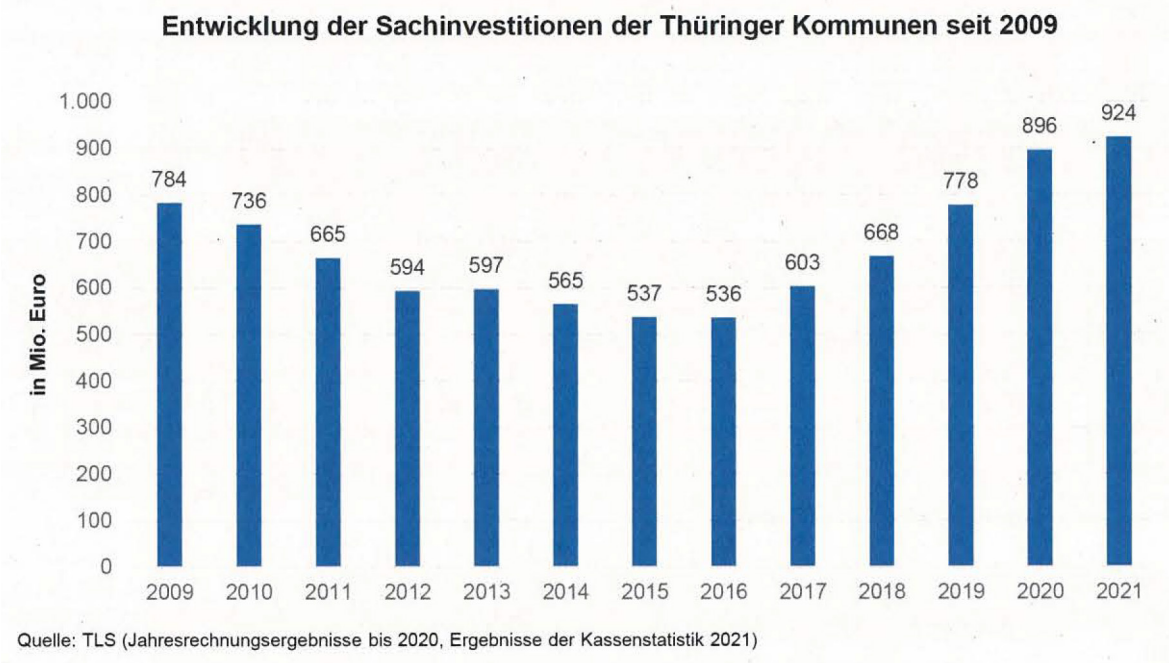
Die Ausführungen hinsichtlich der berücksichtigten Gliederungsziffern beziehungsweise Anteile für freiwillige Leistungen in der Antwort zur Frage 26 gelten entsprechend.

36. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung des Investitionsverhaltens der Kommunen seit 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt ein? In welcher Größenordnung haben die Kommunen seit 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt Investitionsausgaben getätigt (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Zunächst wird auf die Antwort zur Frage 25 verwiesen, die die Entwicklung der Sachinvestitionen untergliedert nach Baumaßnahmen und dem Erwerb unbeweglicher und beweglicher Sachen darstellt.

Während wesentliche Ausgaben der Kommunen in Thüringen, wie die Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts, die Personalausgaben und die Ausgaben für soziale Leistungen seit dem Jahr 2009 überwiegend gestiegen sind, war bei den kommunalen Ausgaben für Sachinvestitionen seit dem

Jahr 2009 zunächst ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 2016 stoppte dieser Trend und es ist seit dem Jahr 2017, wie die folgende Grafik zeigt, ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen:



Quelle: TLS (Jahresrechnungsergebnisse bis 2020, Ergebnisse der Kassenstatistik 2021)

Der bis zum Jahr 2021 relativ moderate Anstieg der Baukostenpreise dürfte insoweit nur zu einem geringen Teil die deutlich angestiegenen Investitionsausgaben der Kommunen erklären. Überwiegend sollte die starke Ausgabensteigerung daher tatsächlich zu erhöhten Investitionen in die kommunale Infrastruktur geführt und damit dem Investitionsstau auf kommunaler Ebene entgegengewirkt haben. Der Anstieg der Sachinvestitionen beruht nach Einschätzung der Landesregierung unter anderem auf verschiedenen Investitionsprogrammen von Bund und Land. Dies betrifft von Seiten des Bundes die Mittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sowie die Schulbaumittel nach dem 2. Kapitel des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, die wiederum durch das Land kofinanziert wurden. Von Seiten des Landes sind unter anderem die zwischenzeitlich im Thüringer Partnerschaftsgrundsatz verstetigten Investitionspauschalen der Jahre 2018 und 2019 in Höhe von je 100 Millionen Euro und das Landesschulbauprogramm zu nennen. Durch Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte vom 27. Februar 2014 (GVBI. S. 45), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Februar 2022 (GVBI. S. 87), erhielten die Kommunen im Jahr 2020 weitere Investitionspauschalen von 168 Millionen Euro. Im Jahr 2021 wurden zudem weitere 100 Millionen Euro an Investitionspauschalen aufgrund des Thüringer Gesetzes für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 bis 2024 an die Kommunen ausgereicht, die seit dem Jahr 2022 mit dem Ziel der Verstetigung (§ 22 e ThürFAG) in die Finanzausgleichsmasse überführt worden sind. Zur gestiegenen Investitionstätigkeit dürfte auch allgemein der Anstieg an eigenen kommunalen Steuereinnahmen (vergleiche Antwort zu Frage 11) beigetragen haben.

37. Welche Investitionsbedarfe zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur beziehungsweise zur Schließung von noch vorhandenen Lücken in der kommunalen Infrastruktur existieren in welcher Höhe in den Kommunen?

Antwort:
Der Landesregierung liegen allgemein keine Daten zur betragsmäßigen Erfassung des Bestands des Anlagevermögens der Kommunen vor. Daher kann keine Aussage dahin gehend abgeleitet werden, welche Bedarfe zur Erhaltung der kommunalen Infrastruktur beziehungsweise zur Schließung von noch vorhandenen Lücken in der kommunalen Infrastruktur und in welcher Höhe in den Kommunen existieren.

Da es zudem an einer verbindlichen Definition des Begriffs "kommunaler Investitionsbedarf" fehlt und auch die Methodik sowie die Ermittlung eines dahin gehenden Betrags nicht abschließend geklärt sind, kann als Anhaltspunkt lediglich auf vorhandene Angaben der Kommunen selbst zurückgegriffen

werden, die von Dritten in einem systematisierten Verfahren gewonnen wurden. Stellvertretend hierzu wird auf den als Anlage 20 beigefügten Kommunalmonitor 2021 der Thüringer Aufbaubank verwiesen.

38. Mit welchen Maßnahmen hat die Landesregierung die Kommunen beim Abbau des Investitionsstaus insbesondere an der kommunalen Infrastruktur seit 2014 unterstützt?

39. Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die Kommunen künftig beim Abbau des Investitionsstaus insbesondere an der kommunalen Infrastruktur unterstützen?

Antwort zu den Fragen 38 und 39:
Die Fragen 38 und 39 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Es wird auf die Anlage 21 verwiesen. Die tabellarische Darstellung erfolgt nach den Meldungen der Thüringer Staatskanzlei und der Ressorts inklusive nachgeordneter Bereiche zum Stichtag 5. August 2022. Hierbei wurden in Abgrenzung zu den Fragen 70 und 71, die auf Maßnahmen der Bundesregierung abstellen, ausschließlich investive Maßnahmen/Förderprogramme des Landes beziehungsweise Bundes- oder EU-Programme mit einer zusätzlichen Co-Finanzierung des Landes genannt.

Nur soweit feststeht, dass eine Maßnahme sich über das aktuelle Haushaltsjahr hinaus erstreckt, ist diese mit der entsprechenden Jahresangabe in den Tabellen aufgenommen worden. Letztlich bildet der vom Parlament zu beschließende Haushalt die Grundlagen des Handelns der Landesregierung und obliegt es damit dem Gesetzgeber, welche Programme fortgeführt werden.

Neben den in der Anlage aufgeführten Maßnahmen können Kommunen auch Zuweisungen aus Überschüssen aus der Staatslotterie erhalten, die auch investiv eingesetzt werden können. Hierbei handelt es sich in der Regel um Kleinstprojekte, die von allen Häusern über einen Titel (Kapitel 1716 Titel 685 04) abgewickelt werden, so dass auf eine Darstellung in der Anlage verzichtet wurde.

Zusätzlich zu den in der Anlage dargestellten fachspezifischen Maßnahmen erhielten die Kommunen pauschale investive Zuweisungen (Investitionspauschalen) in den Jahren 2014, 2015, 2018, 2019 und 2020 nach dem Thüringer Gesetz zur Sicherung der kommunalen Haushalte und im Jahr 2021 nach dem Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 bis 2024 in folgendem Umfang:

Jahr	pauschale investive Zuweisungen gerundet in Millionen Euro
2014	50,7
2015	84,4*
2018	100,0**
2019	100,0**
2020	168,0
2021	100,0

* davon 36 Millionen Euro an Schulträger und rund 8,4 Millionen Euro Kofinanzierung des Landes zum Kommunalinvestitionsförderungsprogramm des Bundes
** davon 25 Millionen Euro an Schulträger

Mit der Novelle des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zum Jahr 2022 (Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze sowie zur Aufhebung des Thüringer Gesetzes für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 bis 2024 vom 17. Februar 2022 [GVBI. S. 87]) wurden die Investitionspauschalen in Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr nach dem Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2021 bis 2024 in die Finanzausgleichsmasse überführt (§ 22 e ThürFAG).

40. Wie haben sich die Einnahmen der Kommunen seit 2014 aus Verwaltung und Betrieb entwickelt?

Antwort:
Die Entwicklung der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb der Thüringer Kommunen seit dem Jahr 2014 ist in der Anlage 22 dargestellt.

41. Wie haben sich seit dem Jahr 2014 bis zum jetzigen Zeitpunkt die Kreis- und Schulumlage in den Landkreisen des Freistaats Thüringen entwickelt (bitte nach Jahren, Umlagesätze, Ist-Aufkommen und Landkreisen getrennt aufführen)? Wie schätzt die Landesregierung diese Entwicklung ein?

Antwort:
Das Recht zur Erhebung der Kreisumlage stellt die gesetzliche Ausprägung des in Artikel 28 Abs. 2 GG sowie in Artikel 91 und Artikel 93 Abs. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen garantierten institutionellen Selbstverwaltungsrechts der Landkreise dar. Das kommunale Umlagesystem ist im Artikel 106 Abs. 6 Satz 6 GG verfassungsrechtlich angelegt.

Die Kreisumlage ist in das komplexe System des kommunalen Finanzausgleichs eingebunden. In Thüringen werden die Landkreise zur Erhebung der Kreisumlage durch § 25 Abs. 1 ThürFAG ermächtigt. Danach ist eine Umlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu erheben, soweit die sonstigen Einnahmen, die sonstigen Erträge oder Einzahlungen eines Landkreises bei sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung seinen Finanzbedarf nicht decken (Umlagesoll).

Die Kreisumlage ist mit einem einheitlichen Hundertsatz (Umlagesatz) der auf die kreisangehörigen Gemeinden entfallenden Umlagegrundlagen zu bemessen (§ 25 Abs. 2 Satz 1 ThürFAG). Umlagegrundlagen sind gemäß § 25 Abs. 2 Satz 2 ThürFAG:
1. die Schlüsselzuweisungen der kreisangehörigen Gemeinden nach § 11 ThürFAG einschließlich der Zuweisungen nach den §§ 7 a und 9 a ThürFAG im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres sowie der zwei davor liegenden Jahre,
2. die Steuerkraftmesszahlen der kreisangehörigen Gemeinden nach § 10 ThürFAG,
3. abzüglich der festgesetzten Finanzausgleichsumlage nach § 29 im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres sowie der zwei davor liegenden Jahre.

Die Entwicklung des Kreisumlagehebesatzes ist demnach abhängig vom jeweiligen Finanzbedarf des Landkreises einerseits und den Umlagegrundlagen seiner kreisangehörigen Gemeinden andererseits.

Die Angaben zum Kreis- und Schulumlagesoll, den Umlagegrundlagen und des Kreis- und Schulumlagesatzes in den einzelnen Landkreisen in den Jahren 2014 bis 2021 können in den als Anlage 23 beigefügten Übersichten entnommen werden.

Aus diesen Angaben folgt für die Entwicklung der Kreisumlage, dass bei den meisten Landkreisen über der Betrachtungszeitraum 2014 bis 2021 zunächst eine kontinuierliche Steigerung des Umlagesolls und der Umlagegrundlagen beobachtet werden kann, die in den Jahren ab dem Jahr 2020 dann abflacht. Hieraus lässt sich ablesen, dass einer Steigerung des nicht gedeckten Finanzbedarfs der Landkreise einerseits eine entsprechend verbesserte Finanzausstattung des kreisangehörigen Raums andererseits gegenüberstand.

Beim Umlagesatz stellt sich im Entwicklungsverlauf über den Betrachtungszeitraum ein differenzierteres Bild dar. Nach anfänglichen oder in der Mitte des Betrachtungszeitraums gestiegenen Kreisumlagesätzen lässt sich nunmehr, insbesondere in den Jahren 2020 und 2021, eine Senkung der Kreisumlagesätze beobachten. Hier dürften neben den gestiegenen Umlagegrundlagen die erhöhten Bundes- und Landesmittel ursächlich sein.

Hinsichtlich der Landkreise, die eine Schulumlage erheben, lässt sich über den Betrachtungszeitraum kein verallgemeinerungsfähiger Trend für Umlagesoll und Umlagesatz erkennen.

42. Hält die Landesregierung eine Deckelung der Kreis- und Schulumlage für kreisangehörige Gemeinden für ein sinnvolles Mittel und wie begründet sie ihre Auffassung?

Antwort:
Zur Beantwortung der Frage wird auf die "Gutachterliche Stellungnahme betreffend die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer landesgesetzlichen Regelung zur Begrenzung der Kreisumlage nach § 25 ThürFAG" des Wissenschaftlichen Dienstes des Thüringer Landtags vom 10. Februar 2022 (Drucksache 7/5057) verwiesen.

Soweit das Gutachten als alternatives Ergebnis eine Beteiligung der Rechtsaufsichtsbehörde im Festsetzungsverfahren erwägt, um einer missbräuchlichen Festsetzung vorzubeugen und um die verfassungsmäßigen Garantien der umlagepflichtigen Gemeinden frühzeitig zu berücksichtigen, werden entsprechende Erwägungen der Landesregierung derzeit nicht angestellt. § 25 Abs. 3 ThürFAG - der in Folge des ThürOVG-Urteils vom 7. Oktober 2016 (Az. 3 KO 94/12) angefügt wurde - stellt bereits Verfahrensanforderungen zur verfassungskonformen Festsetzung von Umlagesoll und Umlagesatz für die Landkreise auf. Zudem hat die Rechtsaufsichtsbehörde die Haushaltssatzungen der Landkreise, in der Umlagesoll und Umlagesatz festzusetzen sind (§ 25 Abs. 3 Satz 1 ThürFAG), vor der Bekanntmachung zu würdigen (§ 57 Abs. 2 ThürKO beziehungsweise § 8 Abs. 2 ThürKDG) und hat in diesem Verfahrensschritt die Möglichkeit Rechtsverstöße gegen eine verfassungskonforme Festsetzung von Umlagesoll und -satz durch die Landkreise festzustellen und rechtsaufsichtlich zu ahnden.

43. In welcher Höhe verfügten die Thüringer Kommunen und Landkreise über Rücklagen im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember (bitte nach Gemeinden und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Die nachgefragten Angaben können für die kameral wirtschaftenden Kommunen der als Anlage 24 beigefügten Tabelle entnommen werden. Mangels Vergleichbarkeit zwischen kameraler und doppischer Rücklagenbildung erfolgt ein Rücklagenausweis hier nur für kameral wirtschaftende Kommunen.

44. In welcher Höhe verfügten die Thüringer Kommunen und Landkreise nach Kenntnis der Landesregierung über Sonderrücklagen und zu welchem Zweck im Jahr 2020 zum Stand jeweils 31. Dezember (bitte nach Gemeinden und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Die nachgefragten Angaben können für die kameral wirtschaftenden Kommunen der als Anlage 25 beigefügten Tabelle entnommen werden.

Kamerale Sonderrücklagen nach § 20 Abs. 4 ThürGemHV sind nicht mit der doppischen Rücklagenbildung gemäß § 20 ThürGemHV-Doppik vergleichbar. Die Beantwortung beschränkt sich daher auf kamerale Sonderrücklagen.

45. In welcher Höhe haben die Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 (Stand 31. Dezember) Entnahmen aus Rücklagen getätigt (bitte nach Gemeinden und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Im Jahr 2020 haben die Thüringer Gemeinden insgesamt 85.571.395 Euro und die Landkreise 10.604.101 Euro aus der Rücklage (ohne Berücksichtigung der Zuführungen an die allgemeine Rücklage) entnommen. Die Angaben entstammen der Statistik "Rechnungsergebnisse der Gemeinden/ Gemeindeverbände 2020" des Thüringer Landesamtes für Statistik.

46. Wie viele Thüringer Kommunen und Landkreise haben im Jahr 2020 (Stand 31. Dezember) zur Deckung ihres Haushaltes Rücklagen in welcher Höhe entnommen (bitte nach Gemeinden und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Im Jahr 2020 haben 227 Kommunen und Landkreise aus der allgemeinen Rücklage mehr entnommen als sie der allgemeinen Rücklage zugeführt haben. Eine Einzelaufstellung getrennt nach Gemeinden und Landkreisen ist in der als Anlage 26 beigefügten Tabelle enthalten. Dort werden die Zuführungen und Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2020 saldiert dargestellt. Angegeben sind nur die kameral wirtschaftenden Thüringer Kommunen und Landkreise, bei denen die Entnahme die Zuführung überstieg (negatives Ergebnis). Die Angaben entstammen der Statistik "Rechnungsergebnisse der Gemeinden/Gemeindeverbände 2020" des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Die im Rahmen der Jahresrechnung als Saldo der Zuführungen und Entnahmen ermittelten Rücklageentnahmen dienen unmittelbar zur Deckung des Haushalts, da der Haushalt in jedem Haushaltsjahr auszugleichen ist (§ 53 Abs. 3 ThürKO und § 79 Abs. 3 ThürGemHV).

47. Welche Kommunen und Landkreise verfügten im Jahr 2020 (Stand 31. Dezember) über keine gesetzlichen Rücklagen (bitte nach Gemeinden und Landkreisen getrennt auflisten)?

48. In welcher Höhe hätten die unter Frage 47 nachgefragten Gemeinden und Landkreise im Haushaltsjahr 2020 eine allgemeine Rücklage gemäß § 20 Abs. 2 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (ThürGemHV) mindestens aufweisen müssen? Mit welcher Begründung erfolgte trotz des Verstoßes gegen § 20 Abs. 2 ThürGemHV gegebenenfalls die Genehmigung der Haushaltssatzung samt Anlagen durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde (bitte Einzelaufstellung)?

Antwort zu den Fragen 47 und 48:
Die nachgefragten Angaben zu den kameral wirtschaftenden Kommunen können der als Anlage 27 beigefügten Tabelle entnommen werden.

49. In welcher Höhe haben Gemeinden und Landkreise von 2014 bis zum Jahr 2020 Jahresfehlbeträge ausgewiesen (bitte nach Jahren und Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

Antwort:
Die nachgefragten Angaben können den als Anlage 28 und 29 beigefügten Tabellen getrennt für Kommunen mit doppischer und Verwaltungsbuchführung entnommen werden. Als "Jahresfehlbeträge" werden die einheitlichen Sollfehlbeträge gemäß § 23 Abs. 2 ThürGemHV beziehungsweise die Fehlbeträge der Ergebnisrechnung nach § 19 Abs. 2 ThürGemHV-Doppik angegeben.

50. In welcher Höhe haben Gemeinden und Landkreise von 2014 bis zum Jahr 2020 Jahresüberschüsse ausgewiesen (bitte nach Jahren und Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

Antwort:
Die nachgefragten Angaben können den als Anlage 30 und 31 beigefügten Tabellen getrennt für Kommunen mit doppischer und Verwaltungsbuchführung entnommen werden. Als "Jahresüberschüsse" werden die saldierten Zuführungen an die allgemeine Rücklage gemäß § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV beziehungsweise die Überschüsse der Ergebnisrechnung nach § 19 Abs. 1 ThürGemHV-Doppik angegeben.

51. Welchen Höchstbetrag zur Aufnahme von Kassenkrediten haben nach Kenntnis der Landesregierung die Gemeinden/Städte, kreisfreien Städte und Landkreise in Thüringen in der jeweiligen Haushaltssatzung für die Jahre 2014 bis 2021 festgesetzt (bitte nach Jahren sowie Gemeinden/Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Die nachgefragten Angaben können der als Anlage 32 beigefügten Tabelle entnommen werden.

52. Bei welchen Gemeinden/Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen und in welcher Höhe überstieg nach Kenntnis der Landesregierung der in Frage 51 nachgefragte festgesetzte Höchstbetrag des Kassenkredits in den Jahren 2014 bis 2021 ein Sechstel der im Verwaltungshaushalt veranschlagten Einnahmen? Wie hoch hätte der Höchstbetrag des Kassenkredits gemäß Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung höchstens sein können (bitte nach Jahren sowie Gemeinden/Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen getrennt auflisten)?

53. Mit welcher Begründung wurde nach Kenntnis der Landesregierung die Aufnahme des festgesetzten Höchstbetrags in den Jahren 2014 bis 2021 in den in Frage 51 nachgefragten Fällen nicht genehmigt und in welcher Höhe erfolgte letztlich die Festsetzung (bitte nach Jahren sowie Gemeinden/Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort zu den Fragen 52 und 53:
Die nachgefragten Angaben sind aus den Anlagen 33 bis 40 jeweils für die Haushaltsjahre 2014 bis 2021 sowie nach kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden getrennt ersichtlich.

54. In welchem Umfang haben nach Kenntnis der Landesregierung die Gemeinden/Städte, kreisfreien Städte und Landkreise in Thüringen Kassenkredite in den Jahren 2014 bis 2021 tatsächlich in An-

spruch genommen? Wie hoch war in diesem Zusammenhang der höchste Stand des in Anspruch genommenen Kassenkredits in dem jeweiligen Haushaltsjahr (bitte nach Jahren sowie Gemeinden/ Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Angaben über den täglichen Stand der aufgenommenen Kassen- beziehungsweise Liquiditätskredite liegen den Rechtsaufsichtsbehörden regelmäßig nicht vor. Der Umfang der tatsächlichen Inanspruchnahme von Kassenkrediten der Gemeinden/Städte, kreisfreien Städte und Landkreise in Thüringen im Verlauf eines Haushaltsjahres ist der Landesregierung daher nicht bekannt.

Gemäß § 3 Nr. 5 ThürGemHV beziehungsweise § 6 Satz 1 und Satz 3 Nr. 6 ThürGemHV-Doppik soll im Vorbericht zum Haushaltsplan über die Kassen- und Liquiditätslage zwar berichtet werden. Ein Formerfordernis oder die Angabe zum Höchststand der Inanspruchnahme ist aber nicht bestimmt, so dass Kommunen hier auch allgemeine verbale Ausführungen vornehmen können.

In den Anlagen 41 bis 48 wird daher die Inanspruchnahme der Kassenkredite nach der jährlichen Schuldenstatistik des Thüringer Landesamtes für Statistik jeweils zum 31.Dezember für die Haushaltsjahre 2014 bis 2021 getrennt nach Jahren sowie nach kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden dargestellt.

55. Wie hoch war nach Kenntnis der Landesregierung der Stand des in Anspruch genommenen Kassenkredits zum Beginn und zum Ende des jeweiligen Haushaltsjahres in den Jahren 2014 bis 2021 (bitte nach Jahren sowie Gemeinden/Städten, kreisfreien Städten und Landkreisen getrennt auflisten)?

Antwort:
Die Entwicklung der in Anspruch genommenen Kassenkredite in den kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten und den Landkreisen in Thüringen seit dem Jahr 2014 ist in der Anlage 49 dargestellt. Hierbei wurde stets auf den Wert zum 31. Dezember eines Jahres abgestellt, da dieser im Gegensatz zum 1. Januar eines Jahres statistisch erfasst wird.

56. Welche Gemeinden und Landkreise erhielten in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 Bedarfszuweisungen (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Antwort:
Die als Anlage 50 erstellte Tabelle weist unter Berücksichtigung der Bezugnahme der nachfolgenden Fragen 57 bis 61 auf die Maßnahmen zu Haushaltssicherung die durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 bewilligten Bedarfszuweisungen zur Haushaltskonsolidierung nach § 24 Abs. 1 Satz 1, § 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ThürFAG in Verbindung mit Buchstabe B der Verwaltungsvorschrift (VV) Bedarfszuweisungen aus, getrennt nach kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städten sowie Landkreisen. In den Jahren 2014 und 2015 sind zudem die bewilligten ergänzenden Bedarfszuweisungen gemäß § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz zur Herstellung beziehungsweise Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit enthalten.

Für die in den Jahren 2014 bis 2021 gewährten Überbrückungshilfen gemäß § 24 Abs. 1 Satz 1 ThürFAG in Verbindung mit Buchstabe C der VV-Bedarfszuweisungen wird auf die Beantwortung zur Frage 62 verwiesen.

57. Wann haben die entsprechenden Gemeinden und Landkreise zur Gewährung der Bedarfszuweisungen das dafür notwendige von der Rechtsaufsicht genehmigte Haushaltssicherungskonzept erstmalig beschlossen? Inwieweit wurde in den nachfolgenden Jahren die Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte rechtsaufsichtlich genehmigt (bitte nach Jahren, Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

Antwort:
Aufgabe der Gemeinden und Landkreise ist es, eine den gesetzlichen Anforderungen genügende Haushaltswirtschaft zu gewährleisten und bei Nichterreichung ein Haushaltsicherungskonzept nach § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen und zu beschließen.

Die Angaben, wann die entsprechenden Gemeinden und Landkreise zur Gewährung der Bedarfszuweisungen das dafür notwendige von der Rechtsaufsicht genehmigte Haushaltssicherungskonzept erstmalig beschlossen haben und inwieweit in den nachfolgenden Jahren die Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte rechtsaufsichtlich genehmigt wurde, können der als Anlage 51 beigefügten Übersicht entnommen werden.

58. In welchen Fällen konnte innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeitraums die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit erreicht werden? Inwieweit wurde eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes durch die Gemeinde oder den Landkreis begründet? In welchen dieser Fälle wurde die Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes mit welcher Begründung rechtsaufsichtlich nicht genehmigt?

Antwort:
Die Angaben, in welchen der im Rahmen der Antwort zu Frage 57 genannten Fällen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeitraums die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit erreicht werden konnte, ist der als Anlage 52 beigefügten Übersicht (Spalte 4) zu entnehmen.

Bei den nachfolgend genannten Gemeinden wirkt sich die Verlängerung des ursprünglichen Konsolidierungszeitraums auf Grund ihrer später erfolgten Neugliederung nicht mehr (vollständig) aus. Sie werden aber aus Gründen der Vollständigkeit in der Anlage 52 angegeben:

- Auflösung unter anderem der Gemeinden Nohra, Wipperdorf und Wolkramshausen und Neubildung als Landgemeinde Stadt Bleicherode am 1. Januar 2019.

- Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Buchholz in die Stadt Nordhausen am 6. Juli 2018.

- Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Herrmannsacker in die Gemeinde Harztor am 6. Juli 2018.

- Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Melpers in die Stadt Kaltennordheim am 1. Januar 2019.

- Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Oepfershausen in die Stadt Wasungen am 1. Januar 2019.

- Auflösung und Eingliederung unter anderem der Gemeinden Brunnhartshausen, Diedorf und Neidhartshausen in die Gemeinde Dermbach am 1. Januar 2019.

- Auflösung unter anderem der Gemeinden Ballstädt, Bufleben, Haina, Warza und Westhausen und Neubildung als Gemeinde Nessetal am 1. Januar 2019.

- Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Wölfis in die Stadt Ohrdruf am 1. Januar 2019.

Die durch die Rechtsaufsichtsbehörden mitgeteilten Begründungen zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraums ergeben sich aus Spalte 5 der Anlage 52. Zu den genannten Gründen ist jedoch anzumerken:

Es wurden durch einige Gemeinden sinkende Schlüsselzuweisungen als Grund für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes angeführt. Dies kann isoliert betrachtet keine alleinige kurzfristige Ursache für die angespannte Haushaltssituation darstellen, da die Schlüsselzuweisungen im System des kommunalen Finanzausgleichs grundsätzlich erst dann sinken, wenn auch eine Erhöhung eigener steuer- beziehungsweise umlagekrafterheblicher kommunaler Einnahmen (beispielsweise Grund- und Gewerbesteuer) zu verzeichnen ist. Daher sind zumeist zusätzliche erhebliche Effekte auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite für die anhaltende angespannte Haushaltslage maßgeblich, beispielsweise nicht näher bezeichnete Einnahmeausfälle in die Begründung zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraums durch die Gemeinden und Landkreise einzubeziehen. Insofern ist zu beachten, dass der kommunale Finanzausgleich vor allem zwei Ziele hat: Durch die Aufstockung der Finanzen will der Freistaat die Kommunen und Landkreise in die Lage versetzen, ihre Aufgaben angemessen zu erfüllen. Der Finanzausgleich soll zudem sicherstellen, dass die Finanzen unter den Kommunen und Landkreisen angemessen verteilt sind.

Die mit dem kommunalen Finanzausgleich verbundene Umverteilung trägt dazu bei, dass im ganzen Land gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen werden. Das Gleichbehandlungsgebot und die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung ziehen dabei aber eine Grenze: Die Finanzen der Kommunen dürfen nicht völlig nivelliert werden.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der Fragestellung die durch die Gemeinden genannten Gründe für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums in der als Anlage 52 beigefügten Übersicht (Spalte 5) uneingeschränkt übernommen wurden. Dies wird durch die Landesregierung daher nicht gesondert bewertet.

Die Landkreise Eichsfeld, Ilm-Kreis, Altenburger Land, Weimarer Land, Hildburghausen, Nordhausen, Sömmerda, Wartburgkreis, Kyffhäuserkreis sowie Unstrut-Hainich-Kreis genehmigten oder versagten keine Verlängerungen des Konsolidierungszeitraums.

59. In welcher Höhe haben die Gemeinden und Landkreise zum Abbau von aufgelaufenen Fehlbeträgen eine anteilige Bedarfszuweisung erhalten (bitte Einzelaufstellung)?

Antwort:
Die Höhe der Bedarfszuweisungen zur Haushaltskonsolidierung ist grundsätzlich so zu bemessen, dass die Haushaltskonsolidierung der Antrag stellenden Gemeinde beziehungsweise des Landkreises dazu führt, dass am Ende des im Haushaltssicherungskonzept festgelegten Konsolidierungszeitraums das Konsolidierungsziel erreicht wird (Buchstabe B Nr. 3.2 Satz 1 VV-Bedarfszuweisungen).

Ein Fehlbetrag (§ 79 Abs. 3 ThürGemHV) soll gemäß § 23 Abs. 1 Satz 1 ThürGemHV unverzüglich gedeckt werden; er ist spätestens im zweiten, im Fall einer Haushaltssatzung für zwei Jahre, spätestens im dritten dem Haushaltsjahr folgenden Jahr zu veranschlagen. Bei der Bemessung von Bedarfszuweisungen kann - nach Maßgabe von § 23 Abs. 1 Satz 2 ThürGemHV - bei Vorliegen eines rechtsaufsichtlich genehmigten Haushaltssicherungskonzepts eine Deckung von Fehlbeträgen auch darüber hinaus, höchstens jedoch bis zum Ende des Konsolidierungszeitraums, veranschlagt werden. Allerdings gilt für die den Gemeinden und Landkreisen zur Durchführung der Haushaltskonsolidierung gemäß § 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 ThürFAG in Verbindung mit Buchstabe B der VV-Bedarfszuweisungen gewährten Bedarfszuweisungen das Prinzip der Gesamtdeckung (§ 24 Abs. 4 ThürFAG in Verbindung mit Buchstabe B Nr. 1 Satz 2 VV-Bedarfszuweisungen). Kamerale Gesamtdeckung bedeutet grundsätzlich, dass die Einnahmen des Verwaltungshaushalts insgesamt zur Deckung der Ausgaben des Verwaltungshaushalts und die Einnahmen des Vermögenshaushalts insgesamt zur Deckung der Ausgaben des Vermögenshaushalts dienen (§ 16 Abs. 1 ThürGemHV). Nicht benötigte Mittel des Verwaltungshaushalts sind jedoch dem Vermögenshaushalt zuzuführen (§ 22 Abs. 1 ThürGemHV). Unter den Voraussetzungen des § 22 Abs. 3 können wiederum auch Mittel des Vermögenshaushalts zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts verwendet werden.

Doppische Gesamtdeckung bedeutet grundsätzlich, dass die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen, die ordentlichen und außerordentlichen Einzahlungen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen sowie die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sowie zur außerplanmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dienen.

Einnahmen beziehungsweise Erträge/Einzahlungen aus einer bewilligten Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung stehen damit allgemein zur Deckung der vorgenannten Ausgaben beziehungsweise Aufwendungen/Auszahlungen zur Verfügung.

Ein Fehlbetragsabbau ergibt sich dann als Folge der im Rahmen eines genehmigten Haushaltssicherungskonzepts festgelegten und mit der Haushaltssatzung im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmensteigerungen oder/und Ausgabenkürzungen (beziehungsweise Ertrags-/Einzahlungssteigerungen oder/und Aufwands-/Auszahlungskürzungen).

Durch die haushalterische Wirkungsweise bewilligter Bedarfszuweisungen zur Haushaltskonsolidierung ist eine Beantwortung im Sinne der Fragestellung nicht möglich.

60. Wann wurden durch die entsprechenden Gemeinden und Landkreise in welcher Form die im jeweiligen Haushaltssicherungskonzept und deren Fortschreibungen enthaltenen Maßnahmen umgesetzt (bitte nach Jahren von 2014 bis 2021, Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

61. Welche rechtsaufsichtlichen Maßnahmen hat die Landesregierung wann zur Umsetzung der im Haushaltssicherungskonzept und den Fortschreibungen enthaltenen Maßnahmen ergriffen (bitte nach Jahren von 2014 bis 2021, Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

Antwort zu den Fragen 60 und 61:
Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs der Fragen 60 und 61 werden diese zusammenhängend beantwortet.

Gemeinden, die ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, sind nach Buchstabe C Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung verpflichtet, gegenüber der nach § 118 ThürKO zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen halbjährlich zum 30. April (bezogen auf den Konsolidierungserfolg zum 31. Dezember des Vorjahres auf Basis der Jahresrechnung) und zum 31. Oktober (bezogen auf den Konsolidierungserfolg im laufenden Vollzug vom 1. Januar bis 30. September) zu berichten.

Die obere Rechtsaufsichtsbehörde berichtet dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales zum 31. Dezember eines jeden Jahres zusammenfassend über alle Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, über den Stand der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung und die jeweils ergriffenen rechtsaufsichtlichen Maßnahmen.

Zu den vorgenannten Regelungen der VV-Haushaltssicherung ist das Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 21. Januar 2016 ergangen. Danach hatte das Thüringer Landesverwaltungsamt als obere Rechtsaufsichtsbehörde nunmehr zum Stichtag 31. Dezember eines jeden Jahres zusammenfassend für alle Kommunen, die ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, über den Stand der Umsetzung der Haushaltskonsolidierung und über jede ergriffene rechtsaufsichtliche Maßnahme zu berichten. Dieser Bericht sollte jeweils bis zum 15. März des Folgejahres im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales vorliegen.

Um die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden zu entlasten, ohne das Thüringer Landesverwaltungsamt zusätzlich zu belasten und um eine validere Grundlage für die Berichte zu erhalten, wurde mit weiterem Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 30. Januar 2017 die Berichtsfrist für das Thüringer Landesverwaltungsamt gegenüber dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, auf den 15. Juni verlängert. So kann sich auf den jeweils zum 30. April von den Haushaltssicherungsgemeinden abzugebenden Bericht gestützt werden.

Den nach § 118 ThürKO zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden wurden durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales entsprechende Formblätter im Rahmen der Berichterstattung zur Verfügung gestellt.

Die Angaben, wann die entsprechenden Gemeinden und Landkreise die in den Haushaltssicherungskonzepten und deren Fortschreibungen enthaltenen Maßnahmen umgesetzt haben sowie die ergriffenen rechtsaufsichtlichen Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen, sind den als Anlagen 53 bis 60 für die Jahre 2014 bis 2021 beigefügten Übersichten zu entnehmen.

62. Welche Gemeinden und Landkreise erhielten in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 für welchen Zweck Überbrückungshilfen (bitte nach Jahren getrennt aufführen)? Inwieweit handelte es sich dabei um rückzahlbare oder nicht rückzahlbare Überbrückungshilfen? Wann sollte die Rückzahlung erfolgen und wurde dies realisiert?

Antwort:
Nach § 24 Abs. 1 Satz 1 ThürFAG in Verbindung mit Buchstabe C Abs. 1 der VV-Bedarfszuweisungen können Überbrückungshilfen mit Rückzahlungsverpflichtung gewährt werden, falls eine Gemeinde oder ein Landkreis nach Ausschöpfung aller Liquiditätsreserven und des Höchstbetrags der Kassenbeziehungsweise Liquiditätskredite nicht in der Lage ist, ihren/seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Gemeinde oder der Landkreis zum Zeitpunkt der An-

tragstellung nicht mehr in der Lage ist, ihren/seinen bestehenden Zahlungsverpflichtungen mangels Stichtagsliquidität nachzukommen oder diese vertretbar auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Die Angaben, welche Gemeinden und Landkreise in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 rückzahlbare Überbrückungshilfen zur Sicherstellung der Liquidität erhalten haben, ist Seite 1 der als Anlage 61 (Teilfrage 62.1) beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Die Angaben, zur jeweiligen Fälligkeit und Realisierung der Rückzahlungen, ist der Tabelle auf den Seiten 2 bis 5 der als Anlage 61 (Teilfrage 62.2) beigefügten Übersicht zu entnehmen.

Gemäß § 58 Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNGG) 2019 beziehungsweise § 32 Zweites Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (2. ThürGNGG) 2019 entfallen die durch Bescheide bis zum 31. Dezember 2018 beziehungsweise 31. Dezember 2019 festgesetzten, ab 1. Januar 2019 beziehungsweise 1. Januar 2020 fälligen, Verpflichtungen zu Rückzahlungen von Bedarfszuweisungen im Sinne des § 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 ThürFAG zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesen Gesetzen neu gegliederten Gemeinden. Dies betrifft die Gemeinden Frauenwald und Gehlberg des Ilm-Kreises und die Gemeinde Issersheilingen des Unstrut-Hainich-Kreises.

63. In welchen Fällen wurde mit welcher Begründung die rückzahlbare Überbrückungshilfe in eine nicht rückzahlbare Überbrückungshilfe gewandelt?

Antwort:
In Höhe eines Teilbetrags von 87.495 Euro wurde die rückzahlbare Überbrückungshilfe der Stadt Kranichfeld in Höhe von 310.000 Euro in eine nichtrückzahlbare Überbrückungshilfe umgewandelt. Der Stadt war aufgrund einer notwendigen Investitionsmaßnahme nur die Rückzahlung eines Teilbetrags möglich. Um den Konsolidierungszeitraum (2005 bis 2019) nicht zu verlängern, wurde dem Antrag stattgegeben.

64. In welchen Gemeinden, Städten und Landkreisen im Freistaat Thüringen wurde von der Kameralistik auf Doppik umgestellt? Welche Erfahrungen liegen der Landesregierung in diesem Zusammenhang vor?

Antwort:
In Thüringen besteht zur Führung der kommunalen Haushaltswirtschaft weiterhin das Wahlrecht zwischen den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung (Kameralistik) und den Grundsätzen der doppelten Buchführung (Doppik) (§ 52 a ThürKO).

Von den nunmehr 691 Landkreisen, Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften haben 27 ihre Haushaltsführung auf Doppik umgestellt:

Kommunen mit doppischer Haushaltsführung zum 1. Januar 2022

Name der Kommune		Jahr der Umstellung	Kommunaltyp
Landkreis Eichsfeld		1. Januar 2010	Landkreis
Gera		1. Januar 2012	kreisfreie Stadt
Jena		1. Januar 2011	kreisfreie Stadt
Suhl		1. Januar 2013	kreisfreie Stadt
Leinefelde-Worbis	EIC	1. Januar 2009	kreisangehörige Gemeinde
Heilbad Heiligenstadt	EIC	1. Januar 2011	kreisangehörige Gemeinde
Nordhausen	NDH	1. Januar 2010	kreisangehörige Gemeinde
Eisenberg	SHK	1. Januar 2011	kreisangehörige Gemeinde
Ilmtal-Weinstraße	WL	1. Januar 2011	kreisangehörige Gemeinde
VG Wünschendorf/Elster	GRZ	1. Januar 2011	Verwaltungsgemeinschaft
VG Ershausen/Geismar	EIC	1. Januar 2010	Verwaltungsgemeinschaft
Dieterode	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Geismar	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde

Name der Kommune		Jahr der Umstellung	Kommunaltyp
Kella	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Krombach	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Pfaffschwende	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Schimberg	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Schwobfeld	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Sickerode	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Volkerode	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
Wiesenfeld	EIC	1. Januar 2010	Mitgliedsgemeinde
VG Kindelbrück	SÖM	1. Januar 2011	Verwaltungsgemeinschaft
Kindelbrück, Stadt	SÖM	1. Januar 2011	Mitgliedsgemeinde
Büchel	SÖM	1. Januar 2011	Mitgliedsgemeinde
Griefstedt	SÖM	1. Januar 2011	Mitgliedsgemeinde
Günstedt	SÖM	1. Januar 2011	Mitgliedsgemeinde
Riethgen	SÖM	1. Januar 2011	Mitgliedsgemeinde

Spezifische Erfahrungsberichte der einzelnen Kommunen zum Umstellungsprozess liegen der Landesregierung nicht vor.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland hat der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg im Jahr 2013 eine Befragung der Kommunen unter anderem auch in Thüringen durchgeführt. An der Online-Befragung nahmen auch 133 Thüringer Kommunen teil.

Die Ergebnisse der Befragung lassen vor dem Hintergrund, dass seit dem Jahr 2013 keine weitere Thüringer Kommune dauerhaft zur Doppik gewechselt ist, den Schluss zu, dass sie auch jetzt noch das kommunale Stimmungsbild wiederspiegeln.

Der Evaluationsbericht des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg ist als Anlage 62 beigefügt.
Er ist aktuell auch im Internet abrufbar.[1]

Für die Begleitung des Umstellungsprozesses auf die Doppik steht den Kommunen umfangreiches Begleitmaterial im Rahmen des vom Thüringer Landesverwaltungsamt betreuten Gemeinschaftsprojekts "Neues Kommunales Finanzwesen" des Freistaats Thüringen, des Gemeinde- und Städtebunds und des Thüringischen Landkreistags zur Verfügung.
Die Projektseite ist im Internet abrufbar.[2]

65. Wie ist das Verhältnis von Aufwand und Nutzen durch die Umstellung von Kameralistik auf Doppik in den unter Frage 64 erfragten Gemeinden und Landkreisen? Soll nach Ansicht der Landesregierung unter Berücksichtigung des Aufwands und der vorliegenden Erfahrungen die Einführung der Doppik in den Kommunen des Landes weiter befördert werden? Wenn ja, warum?

Antwort:
Aktuell liegt der Landesregierung keine Aufwand-Nutzen-Analyse für die einzelnen Thüringen Kommunen hinsichtlich des Umstellungsprozesses auf die Doppik vor.

Eine verpflichtende Einführung der Doppik ist derzeit nicht geplant. Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände nach einer Abschaffung des Wahlrechts der Form der Haushaltswirtschaftsführung sind der Landesregierung nicht bekannt.

Aufgrund der schwer einzuschätzenden künftigen Entwicklung der EU-Bestrebungen zum Verfahren und zur Ausgestaltung der European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) könnte für die Thüringer Kommunen die konkrete Situation eintreten, dass ein auf Landesebene initiierter Einführungsprozess zur verpflichtenden Doppik dann zusätzlich von abweichenden EPSAS-Regeln über-

lagert würde oder einer gerade erfolgten Umstellung die nächste erhebliche Anpassung - dann an EPSAS - folgen könnte.

Trotz der geringen Anzahl doppisch buchender Kommunen in Thüringen müssen und werden beide Rechtskreise mit ihren umfangreichen und systematisch aufeinander abzustimmenden gesetzlichen und untergesetzlichen Bestimmungen sowie den erforderlichen Verwaltungsvorschriften gleichrangig gepflegt.

Das Vorhalten von doppeltem Wissen zur Gewährleistung des Wahlrechts der Kommunen für eines der beiden Haushaltssysteme bindet allerdings erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen sowohl im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, im Thüringer Landesverwaltungsamt, im Thüringer Landesamt für Statistik als auch bei den betroffenen unteren Rechtsaufsichtsbehörden.

66. Nach welchen Kriterien lassen sich die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nach Ansicht der Landesregierung bei den Thüringer Kommunen bemessen und wie wird dies begründet?

Antwort:
Nach § 53 Abs. 2 Satz 1 ThürKO beziehungsweise § 3 Abs. 2 Satz 1 ThürKDG ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu planen und zu führen.

Bei den Begriffen Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit handelt es sich um "unbestimmte Rechtsbegriffe", die der Auslegung bedürfen. Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bedeuten, dass mit gegebenen Mitteln der größtmögliche Nutzen (Maximalprinzip = Wirtschaftlichkeitsprinzip) oder ein bestimmter Nutzen mit den geringstmöglichen Mitteln (Minimalprinzip = Sparsamkeitsgrundsatz) erreicht werden soll. Beide Vorgehensweisen führen zu einer günstigen Kosten-Nutzen-Relation. Ziel ist es, bei der Verwendung von Haushaltsmitteln das notwendige Maß einzuhalten.

Grundsätzlich räumt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Verwaltung kein direktes Ermessen beziehungsweise Wahlrecht unter verschiedenen Möglichkeiten ein, wenn es im Einzelfall nur eine richtige Entscheidung gibt. Dies setzt aber voraus, dass sich jede Entscheidung eindeutig beurteilen ließe. Gerade der mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben angestrebte Nutzen lässt sich jedoch nicht immer in monetären Größen ausdrücken. Diese sachbedingte Schwierigkeit einer Erfolgskontrolle muss bei der praktischen Umsetzung des Gebots deshalb dazu führen, dass den einzelnen Kommunen bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ein Rahmen zu belassen ist, der auch dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht noch ausreichend Rechnung trägt.

Die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind nach Auffassung der Landesregierung jedenfalls dann eingehalten, wenn die einschlägigen rechtlichen Vorgaben beachtet werden und gegebenenfalls eingeräumtes Ermessen sachgerecht ausgeübt wird. Dazu zählen beispielsweise die haushaltsrechtlichen, vergaberechtlichen, beihilferechtlichen Vorschriften, die durch geeignetes Personalmanagement, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Kosten- und Leistungsrechnung, interkommunale Vergleiche und so weiter ergänzt werden können.

67. Nach welchen Kriterien kann nach Überzeugung der Landesregierung die Angemessenheit der Personalstellen in den Kommunen bemessen werden und wie werden diese begründet?

Antwort:
Die durch Artikel 28 Abs. 2 GG und Artikel 91 Abs. 1 und 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen gewährleistete Selbstverwaltungsgarantie der Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Gesetze umfasst die Personal- und Organisationshoheit. Entscheidungen über die Anzahl und Wertigkeit der ausgewiesenen Stellen für das Personal in den Verwaltungen der Kommunen treffen die Kommunen in eigener Verantwortung im Rahmen ihrer Selbstverwaltung.

Das Grundgesetz sowie das Kommunal- und Beamtenrecht sehen jedoch wichtige Beschränkungen der Personal- und Organisationshoheit vor, die sich auch auf die Personalausstattung auswirken können. So sind die Kommunen gemäß § 33 Abs. 1, § 111 Abs. 1 Satz 2 ThürKO verpflichtet, das fachlich geeignete Verwaltungspersonal anzustellen, das erforderlich ist, um den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte zu gewährleisten. Diese Regelungen konkretisieren § 1 Abs. 4 Satz 1, § 86 Abs. 3 Satz 1

ThürKO, wonach die Gemeinden und Landkreise verpflichtet sind, für eine ordnungsgemäße Verwaltung zu sorgen und die dafür erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Nach § 33 Abs. 2 ThürKO muss mindestens ein hauptamtlicher Beamter mit der Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder Richteramt (kreisfreie/Große kreisangehörige Städte) oder zum gehobenen Verwaltungsdienst (sonstige Gemeinden) vorgehalten werden. Es handelt sich um eine Mindestverpflichtung.

Sofern die Frage 67 auf die Personalbemessung im Sinne der Personalbedarfsbestimmung abzielt, so wird mit dieser ermittelt, wie viele Bedienstete welcher Qualifikation zu welcher Zeit an welchen Arbeitsplätzen zur Wahrnehmung der kommunalen Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Dies erfolgt bei den kommunalen Verwaltungen zum Teil vergangenheitsorientiert auf Basis der dort vorhandenen Erfahrungswerte, zum anderen zukunftsorientiert durch Vergleich mit den Erfahrungen anderer kommunaler Verwaltungen, etwa durch Berichte der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement - Verband für kommunales Management (KGSt) zur Stellenausstattung anderer kommunaler Verwaltungen vergleichbarer Größe. Diese Berichte enthalten Betrachtungen zu den Arbeitserfordernissen, den Arbeitszeiten und den Vorgangsmengen.

Im Rahmen der Rechtsaufsicht erfolgt bei Bedarf eine Plausibilisierung der erhobenen Daten, etwa der Arbeitsmengen und Bearbeitungszeiten. Dies kann beispielsweise durch eine Trendanalyse des Personalbestands, einen Abgleich mit Vorerhebungen, dem Vergleich mit anderen Verwaltungen oder Organisationseinheiten oder der Einholung von auswärtigem Sachverstand geschehen.

68. Unter welchen Voraussetzungen haben die Thüringer Kommunen einen Rechtsanspruch auf Kostenersatz durch das Land im Bereich der Pflichtaufgaben im übertragenen Wirkungskreis und wie wird dies begründet?

Antwort:
Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

69. Welche Kommunen klagen derzeit (Stand: 31. Dezember 2021) gegen das Land hinsichtlich der Finanzzuweisungen des Landes (bitte Einzelaufstellung nach Kommunen, Klagegegenstand und Stand des Verfahrens)?

Antwort:
Um eine klare Abgrenzung der in der Frage formulierten "Finanzzuweisungen des Landes" für die Beantwortung der Frage zu gewährleisten, bezieht sich die Beantwortung auf alle Klagen zu allgemeinen Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz. Die zum Stand 31. Dezember 2021 anhängigen Klagen Thüringer Kommunen gegen diese Finanzausgleichszuweisungen sind in Anlage 63 dargestellt.

III. Auswirkung der kommunalen Finanzhilfen des Bundes auf Kommunen in Thüringen

70. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2014 nach Kenntnis der Landesregierung ergriffen, um die kommunale Finanzsituation zu verbessern (bitte Maßnahme/Bundesprogramm, Zeitraum der Maßnahme [auch dauerhafte Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation angeben], auf Thüringen entfallende Mittel, Anteil Kommune, Anteil Land, Anteil Bund, abgerufene Mittel aufschlüsseln)?

71. Wie wurden die vom Bund über das Land zur Verfügung gestellten Mittel an die kommunale Ebene weitergegeben (bitte nach Maßnahme, Gesamtsumme Mittel für Thüringen, Weg zur Weiterleitung an die Kommunen, vor Ort angekommenen Mittel, beim Land verbleibende Mittel und prozentualer Anteil aufschlüsseln)?

Antwort zu den Fragen 70 und 71:
Die Fragen 70 und 71 werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Es wird auf die Anlage 64 verwiesen. Die tabellarische Darstellung erfolgt nach den Meldungen der Thüringer Staatskanzlei und der Ressorts inklusive nachgeordneter Bereiche zum Stichtag 5. August 2022.

In der Übersicht der Meldungen des Thüringer Finanzministeriums sind Maßnahmen des Bundes zusammengestellt, bei denen der Bund die Mittel über erhöhte Umsatzsteueranteile der Länder bereitstellt oder die Kommunen die Mittel direkt über erhöhte Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer erhalten.

72. Wie schätzt die Landesregierung die Personalausstattung auf kommunaler Ebene ein, um die Abwicklung von Förderprogrammen des Landes und des Bundes sicherzustellen?

Antwort:
Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung umfasst neben der finanziellen Eigenverantwortung der Kommunen auch die Personal- und Organisationshoheit. Eine Einschätzung der Landesregierung zur Ausstattung mit und zum Einsatz von Personal auf kommunaler Ebene mit Blick auf die Abwicklung von Förderprogrammen ist daher mangels hinreichender Kenntnis der gemeindeindividuellen Organisationsstrukturen nicht möglich. Bei den Fachministerien und der Thüringer Staatskanzlei liegen keine stichhaltigen Erkenntnisse vor, die darauf schließen lassen, dass die Abwicklung von Förderprogrammen des Landes und des Bundes nicht sichergestellt ist. Nur vereinzelt wurden bei kleineren Kommunen Defizite in der Bearbeitung von Fördervorhaben festgestellt beziehungsweise hat sich der Gemeinde- und Städtebund kritisch über fehlendes kommunales Personal für die Antragsbearbeitung geäußert.

Der Kommunalmonitor 2021 (vergleiche Anlage 20) führt im Ergebnis seiner Erhebungen aus, dass die Fördermittelverwaltung ein Bereich mit wachsendem zusätzlichem Personalbedarf sei. Demnach sähen die Kommunen den größten Bedarf an personeller Unterstützung bei der Bearbeitung von Förderprogrammen des Bundes und würden sich vor allem bei Querschnittsaufgaben wie der Identifikation von Fördermöglichkeiten, der Beratung zu Programmen und der Koordination von Projekten über verschiedene Programme personelle Hilfe wünschen.

Aus Sicht der Landesregierung ist die nach positiven Rückmeldungen vorgesehene Fortführung der Kommunalberatung, die im Jahr 2020 als Pilotprojekt begann und bis September 2022 befristetet ausgeweitet wurde, ein geeignetes Mittel zur Unterstützung der Kommunen und zur Vermeidung von Personalaufwuchs in diesem Bereich. Der Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (vergleiche Drucksache 7/6082) sieht für die finanzielle Absicherung dieser Beratungsleistungen ab dem Jahr 2023 daher einen neuen "Sonderlastenausgleich Beratungsleistungen" vor. Zudem besteht ein Arbeitsauftrag an die Thüringer Staatskanzlei mit dem Ziel, auch mit Blick auf etwaige rechtlich bindende Vorgaben seitens der Europäischen Union (EU) oder des Bundes mögliche Vereinfachungen bei Fördermittelprogrammen/-richtlinien aufzuzeigen.

73. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu aktuell geplanten Änderungen an Steuergesetzen (mit Ausnahme der Grundsteuer) auf Bundesebene, welche eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen zur Folge haben werden?

Antwort:
Es wird davon ausgegangen, dass die Frage bundesgesetzlich geregelte Steuern zum Gegenstand hat, für welche die Gemeinden eine direkte Aufkommenshoheit haben oder bei denen den Gemeinden ein direkter Anteil an dem entsprechenden Steueraufkommen zusteht, wobei die Grundsteuer ausdrücklich ausgenommen wird. Dies vorausgesetzt, liegen keine konkreten Erkenntnisse dahin gehend vor, dass auf Bundesebene Änderungen von Steuergesetzen geplant sind, die im Ergebnis zu Mehreinnahmen für die Kommunen führen.

IV. Unterhaltung kommunaler Infrastruktur in Thüringer Kurorten und Erholungsorten

74. Welche Gemeinden verfügen derzeit über einen staatlich anerkannten Status als Kur- oder Erholungsort? Welche konkrete Artbezeichnung gemäß § 2 Thüringer Gesetz über die Anerkennung von Kur- und Erholungsorten (ThürKOG) wurde verliehen (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde)?

Antwort:
Die Angaben können der Anlage 65 entnommen werden.

75. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 4 Nr. 1 bis 19 Thüringer Verordnung über die Voraussetzungen der Anerkennung als Kur- und Erholungsort (Thür-

AnKOVO) in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 4 ThürAnKOVO)?

76. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 5 Nr.1 bis 7 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 5 ThürAnKOVO)?

77. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 6 Nr. 1 bis 6 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 6 ThürAnKOVO)?

78. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 7 Nr. 1 bis 6 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 7 ThürAnKOVO)?

79. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 8 Nr. 1 bis 6 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 8 ThürAnKOVO)?

80. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 9 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 9 in Verbindung mit § 8 Nr. 2 bis 6 ThürAnKOVO)?

81. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 10 Nr. 1 bis 9 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 10 ThürAnKOVO)?

82. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 11 Nr. 1 bis 4 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 11 ThürAnKOVO)?

83. Welche Aufwendungen sind den in Frage 74 nachgefragten Gemeinden im Sinne des § 12 Nr. 1 bis 20 ThürAnKOVO in den Haushaltsjahren 2016 bis 2020 konkret entstanden (bitte Einzelaufstellung nach Gemeinde, Haushaltsjahr und Nummer nach § 12ThürAnKOVO)?

Antwort zu den Fragen 75 bis 83:
Der Landesregierung liegen mangels entsprechender differenzierter Gliederungsvorgaben in der kommunalen Jahresrechnungsstatistik zu den nachgefragten Daten keine Informationen vor.

V. Projekt Bürgerhaushalt

84. Mit welchen inhaltlichen Kriterien definiert die Landesregierung das Projekt Bürgerhaushalt?

85. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der Einführung von Bürgerhaushalten insbesondere mit Blick auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in den Kommunen des Freistaats Thüringen bei?

86. Wie viele und welche Kommunen haben bereits einen Bürgerhaushalt?

87. Wie weit sind die Umsetzungen fortgeschritten?

88. Welchen Beitrag leisten Bürgerhaushalte aus Sicht der Landesregierung für einen effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel? Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, bei denen seit 2014 durch einen Bürgerhaushalt eine Thüringer Kommunen ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht mehr sichern konnte?

89. Welche Grenzen sieht die Landesregierung gegenwärtig bei der Entwicklung von Bürgerhaushalten?

90. Wie befördert die Landesregierung die Einführung von Bürgerhaushalten im Freistaat Thüringen?

Antwort zu den Fragen 84 bis 90:
Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 84 bis 90 zusammen beantwortet.

Der Begriff "Bürgerhaushalt" oder "Projekt Bürgerhaushalt" ist in Thüringen nicht legaldefiniert. Das Thüringer Kommunalrecht sieht zudem keine besondere Form der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erstellung des Haushaltsplans oder im Rahmen des Erlasses der Haushaltssatzung ihrer Kommune vor. Soweit Thüringer Kommunen einen sogenannten "Bürgerhaushalt" aufstellen, geschieht dies im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts auf freiwilliger Basis. Dementsprechend liegen der Landesregierung auch keine rechtsaufsichtlich relevanten Informationen zu "Bürgerhaushalten" vor.

Darüber hinaus kann zur Thematik allgemein Folgendes ergänzt werden:

Als freiwilligen "Bürgerhaushalt" (auch: Bürgerbeteiligungshaushalt, partizipativer Haushalt, Beteiligungshaushalt) kann allgemein ein Haushalt verstanden werden, den die Bürger einer Kommune zu gewissen Teilen mitgestalten können. Hierbei handelt es sich um einen konsultativen Prozess zwischen den Bürgern und ihrer Kommune außerhalb direktdemokratischer Mitbestimmungsformen. Der formale Beschluss über den Haushalt liegt bei den kommunalen Mandatsträgern. So sind gemäß § 1 Abs. 3 Nr. 4 bis 6 des Thüringer Gesetzes über das Verfahren bei Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEBBG) Bürgerbegehren und Bürgerentscheide unzulässig, soweit diese

- die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung im Ganzen sowie über Nachtragshaushaltssatzungen,
- die Beschlussfassung über den Finanzplan,
- die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe sowie die Beschlussfassung über die Entlastung,

zum Inhalt haben.

Ziel eines "Bürgerhaushalts" kann es vor allem sein, die Bürger aktiv an der Vorbereitung kommunaler Entscheidungsprozesse teilhaben zu lassen. Dadurch werden haushaltspolitische Entscheidungen unter Einbeziehung derjenigen getroffen, die von den Entscheidungen unmittelbar betroffen sind. Ein weiteres Ziel des Bürgerhaushalts ist es, den Haushalt der Kommune für die Bürger transparenter zu machen.

Form und Umfang der Einbeziehung von Befragungen/Anregungen der Bürger im Verfahren der Haushaltsaufstellung obliegen der jeweiligen Kommune im Rahmen ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts. Eine Datenerfassung durch das Land erfolgt nicht.

Eine spezifische Förderung freiwilliger "Bürgerhaushalte" durch das Land ist derzeit nicht vorgesehen und nach Kenntnis der Landesregierung auch nicht geplant.

Konkrete Rechtssetzungsvorhaben zur Thematik der "Bürgerhaushalte" sind der Landesregierung nicht bekannt.

Maier
Minister

Anlagen[3]

Endnote:

1 https://silo.tips/download/die-reform-des-haushalts-und-rechnungswesens-im-freistaat-thringen-aktueller-ums
2 https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/kommunales/kommunale-finanzen/nkfthueringen
3 Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar der Antwort der Landesregierung mit Anlagen erhielten jeweils vorab die Fragesteller, die Fraktionen sowie die Parlamentarischen Gruppen. In der Landtagsbibliothek liegt diese Drucksache mit Anlagen zur Einsichtnahme bereit. Des Weiteren kann sie unter der oben genannten Drucksachennummer im Abgeordneteninformationssystem sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
01	Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87); Thüringer Entschädigungsverordnung (ThürEntschVO) vom 29. August 1995 (GVBl. S. 200) und Thüringer Entschädigungsverordnung (ThürEntschVO) vom 6. November 2018 (GVBl. S. 703); Thüringer Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (ThürAufEVO) vom 7. September 1993 (GVBl. 617) zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. Januar 2020 (GVBl. S. 37); Thüringer Bekanntmachungsverordnung (ThürBekVO) vom 22. August 1994 (GVBl. S. 1045)	Aufgaben nach der ThürKO, die im Zusammenhang mit den Gemeinde- und Kreisorganen stehen, z. B.: - Erlass einer Hauptsatzung und einer Geschäftsordnung - Bildung eines Hauptausschusses mit mehr als 1000 Einwohnern und Bildung eines Kreisausschusses - Vorbereitung und Durchführung von Sitzungen - Satzungsverfahren nach § 21 und § 100 ThürKO - Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit - Öffentliche Bekanntmachung von Satzungen, Beschlüssen, im Zusammenhang mit Sitzungen, etc. - Aufgaben des Bürgermeisters nach § 29 ThürKO bzw. des Landrats nach § 107 ThürKO - Beanstandungsverfahren nach § 44 bzw. § 113 ThürKO	Neufassung der Thüringer Entschädigungsverordnung (ThürEntschVO) vom 6. November 2018 (GVBl. S. 703) (Erhöhung und Dynamisierung der Entschädigungssätze) und Vierte Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit vom 8. Januar 2020 (GVBl. 37) (Erhöhung und Dynamisierung der Aufwandsentschädigungssätze)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
02	§ 26 a ThürKO	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vom 23. März 2021 (GVBl. S. 113) (Einführung der pflichtigen Kinder- und Jugendbeteiligung)		**x**	**x**	**x**	**x**
03	§ 1 Abs. 1 und 3 Thüringer Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden (Thüringer Schiedsstellengesetz - ThürSchStG -) i. d. F. der Bekanntmachung vom 17. Mai 1996 (GVBl. S. 61), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. März 2022 (GVBl. S. 199)	Vollzug des Thüringer Schiedsstellengesetzes			**x**	**x**	**x**	**x**
04	§ 81 Abs. 1 i.V.m. § 82 und 85 Abs. 2 Satz 2 ThürKO und § 115 i.V.m. § 82 und 85 Abs. 2 Satz 2 ThürKO	Rechnungsprüfungsamt		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
05	§ 33 Abs. 1 ThürKO und § 111 Abs. 1 S. 2 ThürKO	Einstellung des erforderlichen Verwaltungspersonals		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
06	§ 15 Abs. 1 und 1a ThürKO	Öffentlichkeitsarbeit - Unterrichtung der Einwohner über Gemeindeangelegenheiten, u. a. in Einwohnerversammlungen - Durchführung von Einwohnerfragestunden	Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vom 23. März 2021 (GVBl. S. 113) (Einführung der pflichtigen Einwohnerfragestunde)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
07	§ 33 Abs. 1 S. 2 ThürKO und § 111 Abs. 1 S. 3 ThürKO	Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern und Landkreisen		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
08	§ 3 Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren (ThürSenMitwBetG) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 411)	Bildung von Seniorenbeiräten in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern			**x**	**x**	**x**	**x**
09	§ 4 Abs. 1 ThürSenMitwBetG	Wahl eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten		**x**	**x**			
10	§ 1 Abs. 4 Satz 1 i.V.m. § 18 Abs. 2 ThürKO und § 86 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 97 Abs. 2 ThürKO	Finanzverwaltung (Kämmerei, Gemeindekasse, Steuerverwaltung, Liegenschaftsverwaltung)		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
11	Thüringer Kommunalwahlgesetz (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283) und Thüringer Kommunalwahlordnung (ThürKWO) vom 2. März 2009 (GVBl. S. 65), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. August 2021 (GVBl. S. 433)	Vorbereitung und Durchführung von Kommunalwahlen	Gesetz vom 3. Dezember 2015 (GVBl. S. 181) (§ 1 ThürKWG - aktives Wahlrecht ab 16) und Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283) (§ 18 ThürKWG - Reduzierung der zu veröffentlichenden Angaben der Wahlbewerber und § 24 ThürKWG - passives Wahlrecht ab 18)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
12	Thüringer Gesetz über das Verfahren bei Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (ThürEBBG) vom 7. Oktober 2016 (GVBl. S. 506, 691), zuletzt geändert durch Artikel 23 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229, 266)	Behandlung von Einwohneranträgen und Bürgerbegehren und Durchführung von Bürgerentscheiden, Kostenerstattung		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
13	§ 4 Abs. 2 S. 2 Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut (Thüringer Archivgesetz - ThürArchivG-) vom 29. Juni 2018 davor § 4 Abs. 2 S. 2 Thüringer Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut (Thüringer Archivgesetz - ThürArchivG-) vom 23. April 1992	- Bestimmung des kommunalen Archivguts - Archivierung ihrer Unterlagen in eigener Verantwortung und Zuständigkeit		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
14	§ 68 Abs. 1 Nr. 2 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) in der Fassung vom 18. August 2009 (GVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731)	Gewässerunterhaltung	§ 31 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74) (Übertragung der Gewässerunterhaltungspflicht von den Gemeinden auf die neu gegründeten Gewässerunterhaltungsverbände zum 1. Januar 2020)					
15	§ 42 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 285)	Versorgung der Bevölkerung sowie der betrieblichen und sonstigen Einrichtungen mit Trink- und Betriebswasser			**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
	davor Thüringer Wassergesetz (ThürWG) in der Fassung vom 18. August 2009 (GVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731)							
16	§ 47 Abs. 1 Satz 1 und § 48 des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 285) davor Thüringer Wassergesetz (ThürWG) in der Fassung vom 18. August 2009 (GVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731)	- Beseitigung des in der Gemeinde anfallenden Abwassers - Erstellung eines Abwasserbeseitigungskonzepts			**x**	**x**	**x**	**x**
17	Ab 1. Januar 2024: § 53 Abs. 5 Satz 2 2. Alt. ThürWG	Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 99a WHG für Maßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung			**x**	**x**	**x**	**x**
18	§ 55 des Thüringer Wassergesetzes (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74), geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 285) davor §§ 89 und 90 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) in der Fassung vom 18. August 2009 (GVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731)	Einrichtung eines Wasserwehrdienst und Bereithaltung der erforderlichen Hilfsmittel	§ 31 Thüringer Wassergesetz (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74) (Pflicht zur Hilfeleistung für benachbarte Gemeinden bei akuter Wassergefahr wurde nicht in das geltende ThürWG übernommen)		**x**	**x**	**x**	**x**
19	§ 2 Abs. 1 Nr. 1 Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz (ThürBKG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. Februar 2008 (GVBl. S. 22) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 559)	Örtlicher Brandschutz; Örtliche Allgemeine Hilfe nach § 3 ThürBKG, insbesondere: - Aufstellung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Feuerwehr, welche mit den erforderlichen baulichen Anlagen und Einrichtungen sowie technischer Ausrüstung auszustatten und zu unterhalten ist - Sicherstellung der Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen - Aufstellung, Fortschreibung und, soweit erforderlich, Abstimmung von Alarm- und Einsatzplänen für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe mit anderen Gemeinden			**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
		- Sicherstellung der Löschwasserversorgung - Förderung der Selbsthilfe der Bevölkerung - Unterstützung der Landkreise bei der Brandschutzerziehung in ihrem Wirkungsbereich - Treffen von sonstigen zur wirksamen Verhütung und Bekämpfung von Gefahren notwendigen Maßnahmen, insbesondere Durchführung von Übungen						
20	§ 2 Abs. 1 Nr. 2 ThürBKG	Überörtlicher Brandschutz; Überörtliche Allgemeine Hilfe nach § 6 ThürBKG, insbesondere: - Unterstützung und Beratung der Gemeinden bei der Durchführung der ihnen obliegenden Aufgaben des Brandschutzes und der Allgemeinen Hilfe - Planung von Stützpunktfeuerwehren und anderen Feuerwehren mit überörtlichen Aufgaben sowie Unterstützung der Gemeinden und Brandschutzverbände bei den dafür erforderlichen baulichen Anlagen, Einrichtungen und Ausrüstungen des überörtlichen Brandschutzes und der überörtlichen Allgemeinen Hilfe - Aufstellung und Fortschreibung von Alarm- und Einsatzplänen, die mit den Alarm- und Einsatzplänen der Gemeinden im Einklang stehen, und, soweit erforderlich, Abstimmung dieser mit benachbarten Landkreisen und kreisfreien Städten - Treffen sonstiger, zur wirksamen Verhütung und Bekämpfung von überörtlichen Gefahren notwendiger Maßnahmen, insbesondere Durchführung von Übungen - Planung und Durchführung gemeinsamer Übungen, Aus- und Fortbildungsveranstaltungen der Feuerwehren im Landkreis oder im Einvernehmen mit benachbarten Landkreisen oder kreisfreien Städten - Förderung der Brandschutzerziehung		**x**	**x**			
21	§ 20 ThürBKG	Gefahrenverhütungsschau und vorbeugender Brandschutz im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren		**x**	**x**			**x**
22	§ 5 Abs. 1 Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2018 (GVBl. S. 317, 320)	Bodengebundener Rettungsdienst einschließlich der Berg- und Wasserrettung mit Ausnahme der notärztlichen Versorgung		**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
23	§ 13 Abs. 2 Satz 2 und 3 Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG) vom 30. April 2003 (GVBl. S. 238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Mai 2021 (GVBl. S. 215)	Aufgaben der Schulträgerschaft nach dem ThürSchulG und dem ThürSchFG (außer Schülerbeförderung)		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
24	§ 4 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG) vom 30. April 2003 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387)	Organisation der Schülerbeförderung oder Erstattung der entsprechenden Aufwendungen		**x**	**x**			
25	§ 3 und § 5 Abs. 3 Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale (Thüringer Denkmalschutzgesetz – ThürDSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2004, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 735)	- Aufstellen von Denkmalpflegeplänen (§ 3 ThürDSchG) - Führen eines Auszuges aus dem Denkmalbuch für das Gemeindegebiet (§ 5 Abs. 3 ThürDSchG)			**x**	**x**	**x**	**x**
26	§ 7 Abs. 2 ThürDSchG	Pflege und Erhaltung der Kulturdenkmale nach Maßgabe der verfügbaren Haushaltsmittel durch Zuschüsse in einem angemessenen Umfang		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
27	§ 1 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII	§ 2 Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2014 (RBSFV 2014) vom 15.10.2013 (BGBl. I S. 3856) Artikel 9 GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG) vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1133) § 2 RBSFV 2015 vom 14.10.2014 (BGBl. I S. 1618) Artikel 1 Gesetz zur Änderung des SGB XII und weiterer Vorschriften vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2557) § 2 RBSFV 2016 vom 22.10.2015 (BGBl. I S. 1788) Artikel 3 Integrationsgesetz vom 31.07.2016 (BGBl. I S. 1939) Artikel 2 Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3155)	**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 3, 3a, 4 und 5 Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des SGB II und SGB XII vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3159) Artikel 2 Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191) Artikel 11 und 13 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) § 2 RBSFV 2018 vom 08.11.2017 (BGBl. I S. 3767) Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) § 2 RBSFV 2019 vom 19.10.2018 (BGBl. I S. 1766) Artikel 4 Starke-Familien-Gesetz (StaFamG) vom 29.04.2019 (BGBl. I S. 530) Artikel 2 Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz vom 08.07.2019 (BGBl. I S. 1029) Artikel 133 Zweites Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU vom 20.11.2019 (BGBl. I S. 1626) Artikel 3 Gesetz zur Änderung des SGB IX und SGB XII und anderer Rechtsvorschriften vom 30.11.2019 (BGBl. I S. 1948) § 2 RBSFV 2020 vom 15.10.2019 (BGBl. I S. 1452)					

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 1 Angehörigen-Entlastungsgesetz vom 10.12.2019 (BGBl. I S. 2135) Artikel 5 des Sozialschutz-Pakets vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 575) Artikel 17 des Sozialschutz-Pakets II vom 20.05.2020 (BGBl. I S. 1055) Artikel 2 Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des SGB XII sowie weiterer Gesetze vom 09.12.2020 (BGBl. I S. 2855) Artikel 43 Jahressteuergesetz 2020 (JStG 2020) vom 21.12.2020 (BGBl. I S. 3096) Artikel 2 des Sozialschutz-Pakets III vom 10.03.2021 (BGBl. I S. 335) Artikel 1 Teilhabestärkungsgesetz vom 02.06.2021 (BGBl. I S. 1387) Artikel 7 Kitafinanzhilfenänderungsgesetz (KitaFinHÄndG) vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2020) Artikel 9 Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze anlässlich der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22.11.2021 (BGBl. I S. 4906) § 3 RBSFV 2022 vom 13.10.2021 (BGBl. I S. 4674) Artikel 3 Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)					

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
28	§ 1 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Hilfe zur Pflege nach dem 7. Kapitel SGB XII	Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 22 6. SGB IV-Änderungsgesetz (6. SGB IV-ÄndG) vom 11.11.2016 (BGBl. I S. 2500) Artikel 2 Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191) Artikel 11, 12 und 13 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) Artikel 11 MDK-Reformgesetz vom 14.12.2019 (BGBl. I S. 2789) Artikel 1 Teilhabestärkungsgesetz vom 02.06.2021 (BGBl. I S. 1387) Artikel 3 Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)	**x**	**x**			
29	§ 1 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Hilfe zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII	Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 22 6. SGB IV-Änderungsgesetz (6. SGB IV-ÄndG) vom 11.11.2016 (BGBl. I S. 2500) Artikel 2 Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191) Artikel 11 und 13 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234)	**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) Artikel 3 Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)					
30	§ 1 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Hilfe in anderen Lebenslagen nach dem 9. Kapitel SGB XII	Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 22 6. SGB IV-Änderungsgesetz vom 11.11.2016 (BGBl. I S. 2500) Artikel 2 Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3191) Artikel 11 und 13 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) Artikel 3 Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)	**x**	**x**			
31	§ 1 Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 1) zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2020 (GVBl. S. 345)	Wahrnehmung der Aufgaben des örtlichen Trägers der Jugendhilfe		**x**	**x**			
32	§ 2 ThürKJHAG	Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe trifft durch Satzung Regelungen zum Jugendhilfeausschuss.		**x**	**x**			
33	§ 2 Nr. 6 ThürKJHAG, § 5 Abs. 2a und Abs. 3 ThürKJHAG und § 15a ThürKJHAG	Jugendgerechte Ausgestaltung der Jugendhilfeausschüsse (§ 2), Mitgliedschaft junger Menschen aus Schülervertretungen und Jugendmitbestimmungsgremien in den Jugendhilfeausschüssen (§ 5),	Gesetz vom 19. März 2019 (GVBl. S. 18)	**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
		Unterrichtung junger Menschen über ihre Rechte und Beteiligung bei Planungen, die ihre Interessen berühren (§ 15a)						
34	§ 16 ThürKJHAG	Förderung der Jugendarbeit		**x**	**x**			
35	§ 19a ThürKJHAG	Berücksichtigung angemessener Angebote für die Schulsozialarbeit in der Jugendhilfeplanung	Gesetz vom 19. März 2019 (GVBl. S. 18) - Neufassung §19a ThürKJHAG Gesetz vom 30. Juni 2020 (GVBl. S. 345) - Anpassung der jährlichen Mindestförderung in § 19a ThürKJHAG	**x**	**x**			
36	Adoptionsvermittlungsgesetz (AdVermiG) vom 1. Januar 1977 in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juni 2021 (BGBl. I S. 2010) i. V. m. § 1 ThürKJHAG und § 6 Abs. 3 Satz 4 Adoptionswirkungsgesetz (AdWirkG) vom 1. Januar 2002 (BGBl. I 2001 S. 2950, 2953) i.V.m. § 1 ThürKJHAG	Wahrnehmung der Aufgaben nach dem AdVermiG durch die Jugendämter, insbesondere: - Eignungsprüfung von Adoptionsbewerbern bei Inlandsadoptionen (§ 7 AdVermiG) - Sachdienliche Ermittlungen (§ 7a AdVermiG) - Allgemeine Eignungsprüfung von Adoptionsbewerbern in internationalen Verfahren (§ 7b AdVermiG) - Informationsaustausch oder Kontakt mit Herkunfts- und Adoptiveltern (§ 8a AdVermiG) - Informationsweitergabe über die Entwicklung des Kindes an leibliche Eltern (§ 8b AdVermiG) - nachgehende Adoptionsbegleitung (§ 9 Abs. 2 AdVermiG) - Erstellung von Entwicklungsberichten zur Vorlage im Ausland (§ 9 Abs. 4 S. 3 AdVermiG) - Beratung bei Stiefkindadoption (§ 9a AdVermiG) Beteiligung des Jugendamtes im familiengerichtlichen Anerkennungs- und Wirkungsfeststellungsverfahren (§ 6 Abs. 3 Satz 4 AdWirkG)	Gesetz vom 21. Juni 2021 (BGBl. I S. 2010) - Erweiterung des Aufgabenkatalogs der Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter Gesetz vom 12. Februar 2021 (BGBl. I S. 226)	**x**	**x**			
37	§ 3 Abs. 1 und 4 Thüringer Kindergartengesetz (ThürKigaG) vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387) davor Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365, 371, 2006 S. 51)	Erfüllung des Anspruchs nach § 3 Abs. 1 ThürKigaG und hinreichendes Angebot an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach § 3 Abs. 4 ThürKigaG	Gesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276) Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 383) - Personalausstattung, Leitung, Geldleistung Kindertagespflege, Landeszuschüsse, Elternbeitragsfreiheit - §§ 16, 17, 23, 24 ff., 30 ThürKigaG	**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
38	§ 3 Abs. 2 ThürKigaG	Pflicht zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen durch Wohnsitzgemeinde	Gesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276) Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 383) - Personalausstattung, Leitung, Geldleistung Kindertagespflege, Landeszuschüsse, Elternbeitragsfreiheit - §§ 16, 17, 23, 24 ff., 30 ThürKigaG		**x**	**x**	**x**	**x**
39	§ 11 Abs. 1 ThürKigaG	Fachberatung	Gesetz vom 18. Dezember 2017 (GVBl. S. 276) - Neudefinition der Fachberatung in § 11 Abs. 1 ThürKigaG	**x**	**x**			
40	§ 23 a ThürKJHAG (allgemeine Zuständigkeit nach § 1 ThürKJHAG i. V. m. § 85 Abs. 1 SGB VIII)	Verteilung, Aufnahme und Unterbringung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher	Gesetz vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 526) (Einfügung des § 23 a ThürKJHAG)	**x**	**x**			
41	§ 1 Thüringer Ausführungsgesetz zum Unterhaltsvorschussgesetz (ThürAGUVG) vom 21. Dezember 2000 (GVBl. S. 408)	Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes	Artikel 9 des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16.07.2015 (BGBl. I S. 1202) Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 69 des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Anordnungen der Schriftform im Verwaltungsrecht des Bundes vom 29.03.2017 (BGBl. I S. 626) Artikel 23 des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab dem Jahr 2020 und zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften vom 14.08.2017 (BGBl. I S. 3122) Artikel 37 und 38 des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlichen Vorschriften vom 12.12.2019 (BGBl. I S. 2451) Artikel 13 des Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlags und einer Einmalzahlung in den so-	**x**	**x**			

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
			zialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)					
42	§ 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB II) vom 12. Juli 2013 (GVBl. S. 161)	Träger der kommunalen Leistungen nach dem SGB II (u.a. Kosten der Unterkunft nach § 22 SGB II, Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II)		**x**	**x**			
43	§ 1 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes (ThürAGBtG) vom 19. Juli 1994 (GVBl. S. 905), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 2012 (GVBl. S. 418)	Vollzug des Betreuungswesens (Wahrnehmung behördlicher Aufgaben bei der Betreuung Volljähriger)		**x**	**x**			
44	§ 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB IX) vom 21. September 2018 (GVBl. 2018, 386) davor Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. S. 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen gemäß § 4 SGB IX	Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) Thüringer Verordnung über das Instrument zur Bedarfsermittlung nach § 118 des SGB IX (ThürBedarfVO) vom 30.12.2020 (GVBl. S. 49) Artikel 7c Gesetz zum Erlass eines Tierarzneimittelgesetzes und zur Anpassung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften vom 27.09.2021 (BGBl. I S. 4530)	**x**	**x**			
45	§ 1 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes (ThürAGSoDEG) vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 278)	Vollzug des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes		**x**	**x**			
46	Thüringer Sportfördergesetz (ThürSportFG) vom 5. Dezember 2018 (GVBl. S. 671) davor Thüringer Sportfördergesetz vom 8. Juli 1994 (GVBl. S. 808)	- Pflicht zur Erstellung von Sportstättenentwicklungsplanungen - Unentgeltliche Nutzungsüberlassung der Sport- und Spielanlagen öffentlicher Träger für den Übungs-, Lehr- und Wettkampfbetrieb anerkannter Sportorganisationen (§ 15 ThürSportFG)	Gesetz vom 05. Dezember 2018 (GVBl. S. 672), Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 422) und Gesetz vom 30. Juni 2020 (GVBl. S. 346) - Änderung des § 15	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
47	Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 560)	Straßenbaulast – hier: alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Gemeindestraßen zusammenhängende Aufgaben (§ 9 i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 3)			**x**	**x**	**x**	**x**
48	Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 560)	Straßenbaulast – hier: alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Kreisstraßen zusammenhängende Aufgaben (§ 9 i. V. m. § 3 Abs. 1 Nr. 2) [Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern sind Träger der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten]		**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
49	Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 560);	Straßenbaulast – hier: alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Lan-			**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 1

Tabelle der Pflichtaufgaben nach §§ 2 Abs. 3 und 87 Abs. 2 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Pflichtaufgaben	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Pflichtaufgaben	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	LK	kfS	GK	G	GS
	Bundesfernstraßengesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S 1206), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.6.2022 (BGBl. S. 922)	des- und Kreisstraßen zusammenhängende Aufgaben (§ 9 i. V. m. § 43 Abs. 2 ThürStrG, § 3 i. V. m. § 5 Abs. 2 Bundesfernstraßengesetz) [Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern sind Träger der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten]						
50	§ 49 Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 560)	Straßenreinigung			**x**	**x**	**x**	**x**
51	Thüringer Straßengesetz (ThürStrG) vom 7. Mai 1993 (GVBl. S. 273, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 560)	Straßenbaulast – hier: alle mit dem Bau und der Unterhaltung von Parkplätzen/Parkeinrichtungen, soweit öffentlich gewidmet, zusammenhängende Aufgaben (§ 9 i. V. m. § 43 Abs. 4)			**x**	**x**	**x**	**x**
52	Thüringer Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr (ThürÖPNVG) i. d. F. vom 22. Juni 2005 (GVBl. S. 276) und § 3 Abs. 2 Nr. 2 c Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach (Eisenach-Neugliederungsgesetz - EisenachNGG -) vom 16. Oktober 2019 (GVBl. S. 429)	Die Landkreise und kreisfreien Städte sind Aufgabenträger für den Straßenpersonennahverkehr (StPNV). Die Aufgabenträger haben den StPNV im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit als Aufgabe im eigenen Wirkungskreis nach Maßgabe des ThürÖPNVG zu planen, zu organisieren und zu finanzieren (§ 3 Abs. 1 und 2)		**x**	**x**	**x**		**x**
53	§§ 71 ff. ThürKO	Verwaltung der gemeindlichen/kreislichen Unternehmen	Sechstes Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vom 23. März 2021 (GVBl. S. 113) - Klarstellung des Aufgabenkataloges im Zusammenhang mit dem Subsidiaritätsprinzip des § 71 Abs. 2 Nr. 4 ThürKO - Erleichterungen für eine überörtliche wirtschaftliche Betätigung von Gemeineden und Landkreisen bei öffentlichem Wohnungsbau und der Erbringung von Gesundheitsleistungen durch Änderung des § 71 Abs. 5 ThürKO	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
01	§ 36 Abs. 1 und § 77 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Juli 2021 (BGBl. I S. 2363)	Gemeinden stellen in jedem Wahljahr für die Schöffen des Amtsgerichts und des Landgerichts einheitliche Vorschlagslisten auf				**x**	**x**	**x**	**x**
02	§ 28 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1325)	Aufstellen einer Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter (alle fünf Jahre)			**x**	**x**			
03	§ 35 Jugendgerichtsgesetz (JGG) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 1.12.1974 (BGBl. I S. 3427), zuletzt geändert durch Artikel 21 des Gesetzes vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2099) i.V.m. § 36 GVG	Der Jugendhilfeausschuss hat in jedem Wahljahr für die Jugendschöffen eine einheitliche Vorschlagsliste aufzustellen, die im Jugendamt eine Woche lang zu jedermanns Einsicht auszulegen ist. Der Zeitpunkt der Auslegung ist öffentlich bekanntzumachen.			**x**	**x**			
04	§ 1 Abs. 2 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten im Amts- und Rechtshilfeverkehr in Verwaltungssachen mit dem Ausland (ThürZustVARV) vom 30.09.1994 (GVBl. S. 1091), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16.12.2008 (GVBl. S. 568, 573)	Bewirken einer einfachen Zustellung gem. § 3 Abs. 1 Gesetz zur Ausführung des Europäischen Übereinkommens vom 24.11.1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland und Europäisches Übereinkommen vom 15.03.1978 über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland			**x**	**x**			
05	§ 2 Abs. 2 ThürZustVARV, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 16.12.2008 (GVBl. S. 568, 573)	Erledigung der Vollstreckungsersuchen nach Art. 9 Abs. 2 Satz 1 des Vertrags vom 31. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen			**x**	**x**			
06	§ 5 Abs. 2 Satz 1 und 2 Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) vom 10.10.2019 (GVBl. S. 373) davor § 11 Abs. 1 Satz 1, 2 und 3 Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG) vom 14.12.2012 (GVBl. S. 464)	Führung von Verzeichnissen über vorhandene Informationssammlungen und -zwecke, die allgemein zugänglich gemacht werden müssen. Allgemein Zugänglichmachen der Verzeichnisse nach § 5 Abs. 2 Satz 1 ThürTG, insbesondere Organisations-, Geschäftsverteilungs-, Haushalts-, Stellen- und Aktenplänen ohne Angabe personenbezogener Daten (grundsätzlich verpflichtend im Internet).			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
07	§ 16 Abs. 3 ThürTG	Praktische Förderung des Rechts auf Informationszugang, z.B. Ansprechpartner/Beauftragter, Zugang zum Transparenzportal (TTP) in Dienstgebäuden			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
08	§ 1 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung der zu Beglaubigungen befugten Behörden vom 05.02.1997 (GVBl. S. 84) i.V.m. § 33 Abs. 1 Satz 2 und Abs.4 sowie § 34 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 1. Dezember 2014 (GVBl. S. 685), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212, 223)	Amtliche Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen sowie von Unterschriften und Handzeichen			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
09	§ 15 Abs. 3 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87)	Bereithaltung von Vordrucken für Anträge, Anzeigen und Meldungen von anderen Behörden; Beratung und Information der Bürger							
10	§ 36 Abs. 3 Satz 1 bis 3 ThürVwZVG und Verwaltungskostenordnung zum Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (ThürVwZVGKostO) vom 29.11.2013 (GVBl. S. 338)	Vollstreckung für Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände ohne eigene Vollziehungsbeamte oder Vollstreckungsstellen durch die Landkreise und kreisfreien Städte.		Erhebung von Vollstreckungskosten gemäß § 56 ThürVwZVG i.V.m. ThürVwZVGKostO vom 29.11.2013, GVBl. S. 338	**x**	**x**			
11	§ 37 Abs. 1 Satz 3 ThürVwZVG i.V.m. § 1 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung der Vollstreckungsbehörden und des Kostenbeitrags (VollstrBehBestV TH) vom 09.12.1998 (GVBl. S. 437), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. Juli 2020 (GVBl. S. 369, 370)	Vollstreckung von Leistungsbescheiden der unter der Aufsicht des Landes stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und von Beliehenen sowie von Bescheiden über rückständige Rundfunkgebühren und Rundfunkbeiträge durch die Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände (§ 36 Abs. 2 ThürVwZVG) oder Landkreise		§ 2 VollstrBehBestVTH	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
12	§ 37a Abs. 1 ThürVwZVG	Vollstreckung rückständiger Friedhofs- und Bestattungsgebühren für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
13	Thüringer Verordnung zur Regelung des Verfahrens beim Austritt aus einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft (ThürReWeAusDVO) vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 58)	Bescheinigung des Austritts aus einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft und Information anderer Stellen		Verwaltungsgebühr von 30 Euro gem. § 5 ThürReWeAusDVO		**x**	**x**	**x**	**x**
14	§ 1 Thüringer Ausführungsgesetz zum Personenstandsgesetz (ThürAGPStG) vom 18. September 2008 (GVBl. S. 313), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 9. September 2010 (GVBl. S. 291, 292)	- Aufgaben der Standesämter nach § 1 Abs. 2 Personenstandsgesetz - Ahndung von Ordnungswidrigkeite (§ 70 PStG)		Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des		**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
				Ministeriums für Inneres und Kommunales (ThürVwKostOIM), Verzeichnis Nr. 12					
15	§ 2 ThürAGPStG	Aufsicht über die Standesämter			**x**	**x**			
16	§ 3 Abs. 1 ThürAGPStG	Besondere Zuständigkeiten nach dem Personenstandsgesetz gemäß § 3 ThürAGPStG			**x**	**x**			
17	§ 3 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 (ThürAGZensG 2022) vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 383)	Durchführung des Zensus 2022 in örtlichen Erhebungsstellen		§ 14 Kostenregelung ThürAGZensG 2022 i.V.m. Thüringer Zensusverordnung 2022 (ThürZensVO 2022) vom 11. Oktober 2021	**x**	**x**			
18	Bundeswahlgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juni 2021 (BGBl. I S. 1482) und Bundeswahlordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Artikel 10 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)	Wahlen (Bundestagswahlen)		§ 50 Bundeswahlgesetz		**x**	**x**	**x**	**x**
19	Europawahlgesetz i. d. F. der Bekanntmachung vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel 12 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) und Europawahlordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Mai 1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Juni 2019 (BGBl. I S. 834)	Wahlen (Europawahlen)		§ 25 Europawahlgesetz i. V. m. § 50 Bundestagswahlgesetz		**x**	**x**	**x**	**x**
20	Thüringer Wahlgesetz für den Landtag	Wahlen (Landtagswahlen)		§ 66 Thüringer Landeswahlgesetz		**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	(Thüringer Landeswahlgesetz - ThürLWG) i. d. F. vom 30. Juli 2012 (GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juni 2022 (GVBl. S. 311) und Thüringer Landeswahlordnung (ThürLWO) vom 12. Juli 1994 (GVBl. S. 817), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Juli 2021 (GVBl. S. 317)								
21	§ 1 Ordnungsbehördengesetz (OBG) vom 18. Juni 1993 (GVBl. S. 323), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229, 254)	Aufgaben der allgemeinen Ordnungsbehörden nach ThürOBG			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
22	§ 2 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten (ThürVOWi-ZustVO) vom 27. Oktober 2021 (GVBl. S. 535) zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. November 2021 (GVBl. S. 561) davor § 2 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten vom 21. April 1998 (GVBl. S. 149)	Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr (Abs. 1) Fakultativ (bei Nennung in der Anlage zu Absatz 2) Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten im fließenden Verkehr (Abs. 2)	Verordnung vom 18. November 2021 (GVBl. S. 561) - Erweiterung der Zuständigkeiten im fließenden Verkehr	Einnahmen aus der Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten		**x**	**x**	**x**	**x**
23	§ 15 Thüringer Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren (ThürTierGefG) vom 22. Juni 2011 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 224) und § 4 Abs. 2 Thüringer Chippflichtverordnung (ThürChipVO) vom 1. April 2020 (GVBl. S. 133)	Vorbeugung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die mit dem Halten und Führen von gefährlichen und anderen Tieren verbunden sind	Gesetz vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 1) - Abschaffung der „Rasseliste“ ThürChipVO vom 1. April 2020 (GVBl. S. 133) – Datenverarbeitung im Thüringer Hunderegister	Einnahmen aus der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten		**x**	**x**	**x**	**x**
24	§ 1 Thüringer Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 10. Dezember 2004 (GVBl. S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 7. August 2013 (GVBl. S. 206, 207)	Ausführung des Waffengesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen sowie die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Waffengesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
25	§ 25 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs (ThürAGBGB) vom 3. Dezember 2002, verkündet als Artikel 1 des Thüringer Zivilrechtsausführungsgesetzes vom 3. Dezember 2002 (GVBl. S. 424), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 25. November 2004 (GVBl. S. 853)	Fundbehörden				**x**	**x**	**x**	**x**
26	§§ 17, Abs. 4, 18 Abs. 2, 23 Thüringer Bestattungsgesetz (ThürBestG) vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 505), zuletzt geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229, 266)	Ersatzvornahme Bestattung, Genehmigung von Ausnahmen bei der Ausstellung von Leichen und vom Friedhofs- und Sargzwang		Beitreibung der Kosten der Bestattung	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
27	§§ 22 Abs. 5 und 30 Abs. 1 ThürBestG	Genehmigung Feuerbestattungsanlage und Anlegen von Friedhöfen			**x**				
28	§ 15 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008 (GVBl. S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 14. August 2018 (GVBl. S. 376) davor § 14 Abs. 3 der vorl. Landessatzung für das Land Thüringen vom 07.11.1990 i.V.m. § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 des Verkündungsgesetzes vom 30.01.1991 i.V.m. § 18 der Zweiten Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 12.02.1992 (GVBl. S. 66)	Durchführung des Bundesversammlungsgesetzes: Beauflagung, Verbot und Auflösung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel			**x**	**x**			
29	Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes (ThürASZustVO) vom 08.08.2013 (GVBl. S. 208), zuletzt geändert durch Artikel 28 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 752) (Nrn. 3.1.12, 3.1.23, 3.2.30, 4.7.1, 4.7.2, und 4.7.4 der Anlage zu § 2)	Vollzug von Teilaufgaben des Sprengstoffrechts im Bereich Pyrotechnik Vollzug des Ladenöffnungsrechtes			**x**	**x**			**x**
30	ThürASZustVO (Nrn. 4.4.5 und 4.4.6 der Anlage zu § 2)	Ausgabe der Fahrerkarten		Finanzierung über kostendeckende Gebühren	**x**	**x**			
31	Thüringer Ladenöffnungsgesetz (ThürLadÖffG) vom 24.11.2006 (GVBl. S. 541), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 91) (§ 8 Abs. 2, § 10 Abs. 3 und § 11 Abs. 1)	- Erlass von Rechtsverordnungen zur Bestimmung der Voraussetzungen/Bedingungen zur Öffnung von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen	Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes vom 17.02.2022 (GVBl. S. 91)		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Erlass von Rechtsverordnungen zur Freigabe von Öffnungstagen aus besonderem Anlass nach § 10 Abs. 1 oder 2 ThürLadÖffG - Bewilligung befristeter Ausnahmen von den §§ 4 bis 10 ThürLadÖffG in Einzelfällen im öffentlichen Interesse							
32	Thüringer Gesetz zur Ausführung des Bundesmeldegesetzes (ThürAGBMG) vom 23.9.2015 (GVBl. S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.03.2022 (GVBl. S. 201)	- Aufgaben als zuständige Meldebehörde - Datenübermittlung - Ahndung von Ordnungswidrigkeiten		ThürVwKostOIM, Verzeichnis-Nr. 7		**x**	**x**	**x**	**x**
33	Thüringer Meldeverordnung (ThürMeldeVO) vom 21.1.2016 (GVBl S. 49), zuletzt geändert durch Verordnung vom 29.3.2022 (GVBl. S. 202)	Regelmäßige Datenübermittlungen an Suchdienste, öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften, Staatliche Schulämter und Landkreise als Schulträger	Verordnung vom 29.3.2022 (GVBl. S. 202) - § 24 Thüringer MeldeVO neu gefasst			**x**	**x**	**x**	**x**
34	Thüringer Gesetz zur Ausführung des Paßgesetzes, des Personalausweisgesetzes und des eID –Karte-Gesetzes vom 30.7.2019 (GVBl. S. 297), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.11.2020 (GVBl. S. 562)	Aufgaben des Pass-, Personalausweis- und eID – Karten-Wesens, Ahndung von Ordnungswidrigkeiten	Gesetz vom 23.11.2020 (GVBl. S. 562) – eID–Karte-Behörden	PAusw-u-eID-Karte-Gebühren-VO § 15 PaßVO		**x**	**x**	**x**	**x**
35	§ 12 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008	Vollzug staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften		§ 38 Staatsangehörigkeitsgesetz	**x**	**x**			
36	§ 6 Abs. 1 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008	- Änderung des Familiennamens und des Vornamens nach § 6 Satz 1 und § 11 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG) - Feststellung von Familiennamen nach den §§ 8 und 9 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen - Veröffentlichung und Bekanntmachung nach Artikel 1 § 2 Abs. 1 und 2 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen		ThürVwKostOIM Kostenverzeichnis Nr. 10	**x**	**x**			
37	§ 6 Abs. 2 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008	Entgegennahme von Anträgen auf Änderung eines Familiennamens oder Vornamens nach § 5 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen				**x**	**x**	**x**	**x**
38	§ 7 Abs. 3 Nr. 1 und 2 Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz (ThürFGtG) vom 21. Dezember 1994	Zulassung von Ausnahmen von den Verboten des § 4 Abs. 2 (allgemeine Arbeitsverbote) und der			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	(GVBl. S. 1221), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. März 2019 (GVBl. S. 22)	§§ 5 und 6 ThürFtG (Schutz des Gottesdienstes, Schutz an stillen Feiertagen)							
39	§ 12 Thüringer Sammlungsgesetz (ThürSammlG) vom 8. Juni 1995 (GVBl. S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08. Juli 2009 (GVBl. S. 592)	- Erteilung oder Versagung von Erlaubnissen über beabsichtigte Sammlungen von Geld- oder Sachspenden (§ 1 Abs. 1 ThürSammlG) - Erteilung oder Versagung einer Erlaubnis über den Vertrieb von Waren, das Anbieten von Dienstleistungen oder den Verkauf von Eintrittskarten (§ 1 Abs. 2 ThürSammlG) - Verbot der Durchführung oder Fortsetzung von nichterlaubnisbedürftigen Sammlungen (§ 9 Abs. 3 ThürSammlG)			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
40	§ 11 Abs. 1 Nr. 2 Thüringer Glücksspielgesetz (ThürGlüG) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juli 2021 (GVBl. S. 373)	Aufgaben der unteren Glücksspielaufsicht für die glücksspielrechtliche Veranstaltung oder Vermittlung, sofern die Veranstaltung oder Vermittlung nicht über das Gebiet eines Landkreises oder einer kreisfreien Stadt hinausgeht			**x**	**x**			
41	Thüringer Verordnung über die Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Güterkraftverkehrs (ThürZustGüKVO) vom 9. Dezember 1998 (GVBl. S. 436), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. Juli 2014 (GVBl. S. 563)	Aufgaben im Rahmen der Ausführung des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) – u.a. Erteilung, Rücknahme und Widerruf der Erlaubnisse für den gewerblichen Güterkraftverkehr nach § 3 Abs. 7 GüKG		Kostenverordnung für den Güterkraftverkehr (BGBl. 1998, I, S. 3982)	**x**	**x**			
42	Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten für die Ausführung der Rechtsvorschriften zum Transport gefährlicher Güter (ThürGefGZustVO) vom 3. Dezember 2002 (GVBl. S. 494), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 751)	Aufgaben im Rahmen der Ausführung der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB) – u.a. Bestimmung des Fahrweges, Erteilung von Bescheinigungen sowie der Festlegung von Be- und Entladeabläufen	§ 35 Abs. 3 und 5 Verordnung über die innerstaatliche und grenzüberschreitende Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit Eisenbahnen und auf Binnengewässern (GGVSEB), neugefasst durch Bekanntmachung vom 26.3.2021 (BGBl. I S. 481), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 5 des Gesetzes vom 02.06.2021 (BGBl. I S. 1295) Unterabschnitt 7.5.5.1.4 des Übereinkommens vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) (BGBl. 1969, II. Seite 1489 bis 1491)	Gefahrgutkostenverordnung (GGKostV) (BGBl. 2019, I, S. 1472)	**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
43	§ 1 Abs. 3 der Thüringer Verordnung über die Bestimmung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet des Personenbeförderungswesen (PBefZustÜV TH) vom 1. April 1993 (GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. Juli 1997 (GVBl. S. 290)	Aufgaben im Rahmen der Ausführung des Personenbeförderungsgesetzes, Genehmigung des Gelegenheitsverkehrs mit PKW nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 PBefG	§ 47 Absatz 3 und § 51 Absatz 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822)	Kostenverordnung für Amtshandlungen im entgeltlichen oder geschäftsmäßigen Personenverkehr mit Kraftfahrzeugen (PBefGKostV)	**x**	**x**			
44	Thüringer Fischereigesetz (ThürFischG) in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 315), zuletzt geändert durch Artikel 52 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 768)	- Entscheidung über räumliche Ausdehnung selbstständiger Fischereirechte bei Veränderung fließender Gewässer bei Nichteinigung der Fischereiberechtigten (§ 6 Abs. 2) - Zulassung der Erteilung von Erlaubnisscheinen anstelle der Verpachtung (§ 12 Abs. 3) - Zulassen von Ausnahmen von der Mindestpachtzeit (§ 13 Abs. 3) - Genehmigung von Fischereipachtverträgen (§ 13 Abs. 4) - Vorläufige Regelung der Ausübung der Fischerei bei Streit über Wirksamkeit Pachtvertrag (§ 13 Abs. 6) - Festsetzung der Höchstzahl Erlaubnisscheine und Beschränkungen der Fangerlaubnis verfügen (§ 14 Abs. 2) - Uferbetretungsrecht und Zugang zu den Gewässern kann eingeschränkt oder verboten werden (§ 16 Abs. 2) - Festsetzung von Ort und Umfang des Betretungsrechts sowie die Höhe der Entschädigung auf Antrag (§ 16 Abs. 3) - Zulassen von Ausnahmen von den Bestimmungen zum Eigenfischereibezirk (§ 18 Abs. 3) - Zusammenschluss gemeinschaftlicher Fischereibezirke auf Antrag (§ 19 Abs. 2) - Angliederung von Fischereirechten an Eigenfischereibezirk und Aufhebung der Angliederung (§ 20 Abs. 1) - Genehmigung Satzungen und Änderungen Fischereigenossenschaft (§ 22 Abs. 3 S. 1) - Aufsichtsbehörde über Fischereigenossenschaft (§ 23 Abs. 1 und 3)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Erlass einer Satzung für die Fischereigenossenschaft, wenn kein Beschluss der Fischereigenossenschaft innerhalb eines Jahres nach ordnungsgemäß einberufener Versammlung zustande kommt (§ 24 Abs. 2 S. 2) - Androhung Ersatzvornahme bei Verletzung Verpflichtungen aus Hegeplan (§ 25 Abs. 3 S. 3) - Aufsicht über Durchführung/Kontrollen der Hegepläne und Anordnung geeigneter fischereilicher Maßnahmen (§ 25 Abs. 4) - Jugendfischereischein: Ausnahmen von der Begleitpflicht für Personen, die als Berufsfischer ausgebildet werden (§ 27 Abs. 2 S. 3) - Untersagung von Veranstaltungen, wie Hege- oder Gemeinschaftsfischen (§ 35 Abs. 4 S. 2) - Zulassen von Ausnahmen in Einzelfällen von der Beseitigung oder dem Abstellen ständiger Fischereivorrichtungen in der Schonzeit, wenn Erhaltung Fischbestand nicht gefährdet (§ 39 Abs. 4 S. 2) - Schonbezirke durch Schilder kennzeichnen (§ 40 Abs. 3 S. 1) - Verbot Fischfang auf Strecken oberhalb oder unterhalb Fischweg ganzjährig oder zeitweise (§ 43 Abs. 2 S. 1) - Zulassen von Ausnahmen im Einzelfall zum Verbot des Fischfangs in Fischwegen (§ 43 Abs.3 S. 1) - Bildung Fischereibeirat zur Beratung Fischereibehörden (§ 46 Abs. 1 Nr. 2) - Berufung Fischereiberater (§ 47 Abs. 1 S. 1) - Fischereiaufsicht (§ 48 Abs. 1 S. 1)							
45	Thüringer Fischereigesetz (ThürFischG) in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 315), zuletzt geändert durch Artikel 52 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 768)	- Vertretungsbefugnis des Bürgermeisters für Fischereigenossenschaft der Gemeinde bis zur Wahl des Vorstandes (§ 21 Abs. 2 Satz 4) - genehmigte Satzung ist im Bekanntmachungsorgan, in der die Fischereigenossenschaft ihren Sitz hat, zu veröffentlichen (§ 22 Abs. 3 S. 2) - Erstmalige Einberufung der Versammlung der Fischereigenossenschaft (§ 24 Abs. 1 S. 1)				**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Zuständigkeit für Erteilung Fischereischein und Jugendfischereischein (§ 30) - Einziehung des Fischereischeines (§ 32)							
46	Ausführungsverordnung zum Thüringer Fischereigesetz (ThürFischAVO) vom 11. August 2020 (GVBl. S. 457)	- Verbot des Fischfangs in bestimmten Gewässern oder Gewässerteilen (§ 5 Abs. 1) - Erteilung von Auflagen, dass nicht heimische, gebietsfremde oder nicht gewässertypische Arten zu entnehmen sind (§ 5 Abs. 2) - Erteilung von Ausnahmen vom Verbot des Befahrens der Gelegezone (§ 11 Abs. 2) - Erlass weiterer Beschränkungen und Verbote über die Verbote der Abs. 1 und 2 hinaus (unzulässige Fangmittel, Fangarten, Fischfangeinrichtungen) (§ 16 Abs. 3) - Durchführung Fischerprüfung (§ 26 Abs. 1 S. 1) - Erstellung Prüfungsfragebögen (§ 26 Abs. 4 S. 3) - Bildung Prüfungsausschuss (§ 28 Abs. 1 S. 1) - Berufung Prüfungsausschuss für fünf Jahre (§ 28 Abs. 2 S. 3) - Erhebung Prüfungsgebühr (§ 29 Abs. 1) - Festlegung und öffentliche Bekanntgabe der Prüfungstermine (§ 30 Abs. 1 und 2) - Ausgabe Anträge Zulassung Fischerprüfung (§ 30 Abs. 4 S. 2) - Mitteilung der Entscheidung über Zulassung zur Fischerprüfung (schriftliche Ladung zur Fischerprüfung, Mitteilung der Gründe bei Nichtzulassung) (§ 30 Abs. 7) - Gewährung eines angemessenen Nachteilsausgleichs bei nachgewiesener Beeinträchtigung eines zugelassenen Antragstellers (§ 30 Abs. 8) - Erstellung Niederschrift und Aufbewahrung Prüfungsunterlagen (§ 31 Abs. 2) - Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung (§ 31 Abs. 3 und 4) - Bestellung Fischereiaufseher (§ 38 Abs. 1 S. 1) - Aufsichtsbehörde über Fischereiaufseher, Festlegung Zuständigkeitsbereich der Fischereiaufseher (§ 38 Abs. 2 und 3)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Aus- und Fortbildung der Fischereiaufseher, Ausstellung Lehrgangsbescheinigung (§ 42 Abs. 1 und 3) - Ausstellung Ausweis (§ 43 Abs. 1) - Berufung Fischereibeirat (§ 44 Abs. 3)							
47	Ausführungsverordnung zum Thüringer Fischereigesetz (ThürFischAVO) vom 11. August 2020 (GVBl. S. 457)	- Zuständigkeit für Erhebung und Überweisung Fischereiabgabe (§ 37 Abs. 3)				**x**	**x**	**x**	**x**
48	§ 50 Abs. 2 Nr. 2 Thüringer Jagdgesetz (ThJG) vom 28. Juni 2006 zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Oktober 2019 (GVBl. S. 435, 445) und Bundesjagdgesetz (BJagdG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849), zuletzt geändert durch Artikel 291 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)	Aufgaben der unteren Jagdbehörde nach dem Bundesjagdgesetz - Bearbeitung von Anträgen auf Befriedung von Grundflächen aus ethischen Gründen (§ 6a Abs. 1 bis 4) - Anordnen beschränkter Jagdausübung auf befriedeten Flächen (§ 6a Abs. 5) - Erteilung des Einvernehmens, die Jagd in einem Jagdbezirk ruhen zu lassen (§ 10 Abs. 2) - Aufforderung an betroffene Jagdausübungsberechtigte, eine Hegegemeinschaft zu gründen (§ 10a) - Erhalt, Prüfung und Bestätigung bzw. Beanstandung von Jagdpachtverträgen (§ 12) - Erteilung von Jagdscheinen (§ 15 Abs. 2) - Versagung des Jagdscheins (§ 17 Abs. 1 und 2) - Anordnung zur Vorlage eines amts- oder fachärztlichen Zeugnisses über die geistige und körperliche Eignung für Erteilung Jagdschein (§ 17 Abs. 5) - Ungültigkeitserklärung und Einziehung des Jagdscheins (§ 18 S. 1) - Festsetzen einer Sperrfrist für die Wiedererteilung Jagdschein (§ 18 S. 3) - Mitteilungen zu erstmaliger Erteilung einer Erlaubnis nach den §§ 15 und 16 (Jagdschein), über das Ergebnis von Überprüfungen nach § 17 (Zuverlässigkeit und Eignung) sowie über Maßnahmen nach § 18 (Versagung Jagdschein), § 40 (Beschlagnahmung von Gegenständen, mit denen Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten be-			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		gangen worden sind), § 41 (gerichtliche Entziehung des Jagdscheins) und § 41a (Verbot der Jagdausübung) gegenüber der für den Vollzug des Waffengesetzes nach dessen § 48 Abs. 1 und 2 zuständigen Behörde (§ 18a) - Bestätigung oder Festsetzung von Abschussplänen (§ 21) - Genehmigung zum Aushorsten von Nestlingen und Ästlingen der Habichte für Beizzwecke im Einzelfall (§ 22 Abs. 4 S. 3) - Anordnung zur Verringerung des Wildbestands, Beauftragung der Ersatzvornahme, falls Jagdausübungsberechtigter der Anordnung nicht nachkommt (§ 27)							
49	§ 50 Abs. 2 Nr. 2 Thüringer Jagdgesetz (ThJG)	Aufgaben der unteren Jagdbehörden nach dem ThJG - Feststellung des Bestands, Umfangs und der Grenzen von Jagdbezirken gemäß §§ 5, 7 und 8 des Bundesjagdgesetzes (§ 3) - Zustimmung zu einer Vereinbarung über die Abrundung benachbarter Jagdbezirke, Entscheidung über Antrag eines Beteiligten auf Abrundung von Jagdbezirken (§ 4 Abs. 2) - Festsetzung einer Entschädigung bei Angliederung von Eigenjagdbezirken, wenn Beteiligte sich nicht einigen konnten (§ 5 Abs. 2 S. 3) - Erklärung von Flächen als befriedete Bezirke, die über die Regelung nach § 6 Bundesjagdgesetz hinausgehen (§ 6 Abs. 2) - Gestattung der beschränkten Jagdausübung in befriedeten Bezirken (§ 6 Abs. 3 S. 1) - Erteilung der Zustimmung zur Ruhe der Jagd auf Jagdbezirksflächen (§ 6 Abs. 5) - Abverlangen der Benennung eines verantwortlichen Jagdausübungsberechtigten § 7 Abs. 4) - Angliederung von Jagdbezirken (§ 8 Abs. 1 und § 10 Abs. 2) - Teilung von Gemeinschaftsjagdbezirken (§ 10 Abs. 4) - Aufsicht über Jagdgenossenschaften (§ 11 Abs. 1)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Erlass einer vorläufigen Satzung nachdem die Jagdgenossenschaft der Aufforderung der unteren Jagdbehörde nicht nachgekommen ist (§ 11 Abs. 3) - Genehmigung von Satzungen von Hegegemeinschaften (§ 13 Abs. 1 S.4) - Zustimmung zur Verpachtung eines Teils eines Jagdbezirkes (§ 14 Abs. 1) - Zulassung einer Verkürzung der regulären Pachtzeit aus besonderen Gründen (§ 14 Abs. 2) - Eintragung der Jagdflächen in den Jagdschein, auf der einem Jagdausübungsberechtigten die Ausübung des Jagdrechts zusteht – in Verbindung mit § 11 Abs. 7 BJagdG (§ 16 Abs. 3 S. 3) - Fristsetzung zur Beantragung eines Jahresjagdscheins bei Pachtvertragsnehmern (§ 19) - Zulassen von Befreiungen von den Verboten nach § 19a Satz 1 Bundesjagdgesetz in Einzelfällen zu Wissenschafts-, Lehr- und Forschungszwecken (§ 21 Abs. 2) - Zulassen des Ausnehmens von Gelegen von Federwild in Einzelfällen zu Wissenschafts-, Lehr- und Forschungszwecken sowie zur Aufzucht oder Wiedereinsetzung (§ 21 Abs. 3) - Entscheidung über Anträge auf Untersagung oder Beschränkung des Betretens von Teilen der freien Natur zum Schutz von Lebensbereichen des Wildes, zur Durchführung von Wildfütterungen in Notzeiten sowie von Gesellschaftsjagden (§ 21 Abs. 4) - Zulassen von benannten Ausnahmefällen der sachlichen Gebote und Verbote (§ 29 Abs. 4) - Abverlangen des Vorlegens von erlegtem Wild oder Teile desselben (§ 32 Abs. 4 und 5) - Festsetzung von Mindestabschüssen von Schwarzwild (§ 32 Abs. 8) - Zulassen von Ausnahmen in Einzelfällen zum Lebendfang zu Wissenschafts-, Lehr- und Forschungszwecken oder für Zwecke der Aufzucht und Wiedereinsetzung, Zulassen von Ausnahmen gemäß § 22 Abs. 2 BJagdG (§ 33 Abs. 4)							

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Einzelanordnungen (§ 33 Abs. 3 Nr. 1 und 2) - Bestimmung des Jägernotwegs, Festsetzung von Entschädigungen für Grundstückseigentümer durch den Jägernotweg auf Antrag (§ 35 Abs. 1) - Erteilung der Einwilligung zur Errichtung von Jagdeinrichtungen, Festsetzung von Entschädigungen für Grundstückseigentümer durch die Errichtung von Jagdeinrichtungen (§ 36) - Benennung von Jagdrechtsinhabern und Jagdausübungsberechtigten angrenzender Jagdbezirke auf Antrag (§ 37 Abs. 6) - Auferlegung der Verpflichtung zum Halten eines zur Nachsuche brauchbaren Jagdhundes (§ 39 Abs. 2) - Bestätigung von Jagdaufsehern, Verlangen zum Anstellen von Jagdaufsehern im Jagdbezirk, Dienstaufsicht über Jagdaufseher (§ 41) - Erteilung von Genehmigungen zum Töten von wildernden Hunden und Katzen (§ 42 Abs. 1) - Anordnung zur Erlegung von eingewechseltem Wild auf Kultur- oder Verjüngungsflächen außerhalb der Schonzeit (§ 44 ThJG i. V. m. § 27 BJagdG) - Bestellung von Wildschadensschätzern (§ 47) - Bestellung von Jagdberatern (§ 51) - Bestellung eines Jagdbeirates (§ 52 Abs. 1 und 2) - Anordnung zur Ausübung der Jagd und des Jagdschutzes (§ 55) - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem BJagdG und ThJG (§ 56)							
50	Verordnung zur Ausführung des Thüringer Jagdgesetzes (ThJGAVO) vom 07. April 2006 (GVBl. S. 245), zuletzt geändert am 10. August 2021 (GVBl. S. 397)	Aufgaben der unteren Jagdbehörden nach der ThJGAVO - Bestätigung des Eingangs der Anzeige eines Jagdpachtvertrags sowie Anmahnen fehlender Unterlagen (§ 3 Abs. 2) - Rechtsverordnung zur Abgrenzung der räumlichen Wirkungsbereiche von Hegegemeinschaften für Niederwild (§ 6 Abs. 2)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Erteilung von Genehmigungen zur Errichtung, Erweiterung und Betrieb von Pflege- und Aufzuchtanlagen für Wildtiere (§ 8 Abs. 3) - Verfügung zur Erhöhung oder Verminderung von bereits bestätigten oder festgesetzten Abschussplänen, Meldung der gesamten Abschussplanung an die oberste Jagdbehörde (§ 11 Abs. 4 und 5) - Meldung der Streckenergebnisse an die oberste Jagdbehörde (§ 12 Abs. 5) - Festlegung des Abschusses von weiblichem Rot-, Dam- und Muffelwilds außerhalb der jeweiligen Einstandsgebiete (§ 21 Abs. 2) - Genehmigung zum Aussetzen von Rebhühnern und Fasanen (§ 23) - Hörung der örtlichen Vereinigung der Jäger zur Bestätigung von Schweißhundeführern, Bekanntgabe der bestätigten Schweißhundeführer im Mittelungsblatt der Vereinigung der Jäger (§ 24 Abs. 2 und 4) - Ausgabe der Wildmarken und Wildursprungsscheine (§ 28)							
51	Thüringer Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Jäger, Falkner und Jagdaufseher (ThürAPOJ) vom 6. Dezember 2016 (GVBl. S. 654), zuletzt geändert durch Artikel 81 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 784)	Aufgaben der unteren Jagdbehörden nach der ThürAPOJ - Abnahme der Jäger-, Falkner- und Jagdaufseherprüfungen, Bestellung des Prüfungsausschusses (§ 1 Abs. 1) - Festsetzung der Prüfungstermine, Entscheidung über Nachteilsausgleich (§ 4) - Entscheidung über die Zulassungen zur Prüfung (§ 5 Abs. 2) - Erstellung und Ausgabe von Prüfungszeugnissen nach Bestehen bzw. Bescheid nach Nicht-Bestehen (§ 6 Abs. 5)			**x**	**x**			
52	Thüringer Verordnung zur Feststellung der Brauchbarkeit für Jagdhunde (ThürJHVO) vom 30. November 2013 (GVBl. S. 342), zuletzt geändert durch Artikel 82 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 784)	Aufgaben der unteren Jagdbehörden nach der ThürJHVO - Feststellung der Brauchbarkeit von Jagdhunden (§ 1 Abs. 2 und 3)			**x**	**x**			
53	Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet	- Zuständigkeiten nach dem Straßenverkehrsgesetz (StVG): Maßnahmen im Zusammenhang	Dritte Verordnung zur Änderung der Thüringer Verordnung zur	Gebührenordnung für Maßnahmen im	**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	des Straßenverkehrsrechts vom 13. Februar 2007 (GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. August 2021 (GVBl. S. 472)	mit dem Fahreignungsbewertungssystem nach § 4 StVG, unverzügliche Mitteilung nach 65 Abs. 3 Nr. 5 Buchst. e StVG (§ 1 Abs. 4) - Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (§ 3) - Zuständigkeit nach der Fahrerlaubnis-Verordnung (§ 4) - Zuständigkeit nach der Verordnung zur Sicherstellung des Straßenverkehrs (§ 5) - Zuständigkeiten nach der EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung (§ 9) - Zuständigkeiten nach der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (§ 10)	Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 15. April 2014 (GVBl. S. 153)	Straßenverkehr vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98)					
54	Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 13. Februar 2007 (GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. August 2021 (GVBl. S. 472) und Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach (Eisenach-Neugliederungsgesetz - EisenachNGG -) vom 16. Oktober 2019 (GVBl. S. 429) und § 1 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten von Gemeinden als Straßenverkehrsbehörde vom 1. Dezember 2006 (GVBl. S. 558), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Januar 2012 (GVBl. S. 43)	Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung (§ 2 Abs. 3 und 6)		Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
55	Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 13. Februar 2007 (GVBl. S. 11), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. August 2021 (GVBl. S. 472)	Zuständigkeit nach der Ferienreiseverordnung		Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
56	Gewerbeordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1174) i. V. m. § 2, § 3 Abs. 2 und § 4 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen im allgemeinen Gewerberecht, Handwerksrecht, Schornsteinfegerrecht, Preisangabenrecht, Wirtschaftsstrafrecht, Markenrecht und nach dem Textilkennzeichnungsgesetz, dem Kristallglaskennzeichnungsgesetz, dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche sowie dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (Thüringer Zuständigkeitsermächtigungsverordnung Gewerbe - ThürZustErmGeVO -) vom 9. Januar 1992 (GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 22. März 2019 (GVBl. S. 63)	- Entscheidungen aufgrund der §§ 51 und 59 Gewerbeordnung - Entscheidungen aufgrund der §§ 69 bis 69b Gewerbeordnung, soweit über die Festsetzung von Messen, Ausstellungen oder Großmärkten zu entscheiden ist - Entscheidungen aufgrund des § 70a Gewerbeordnung, soweit über die Untersagung der Teilnahme an einer Messe oder an einer Ausstellung oder an einem Großmarkt, an Messen, Ausstellungen oder Großmärkten insgesamt oder an mehreren Arten von Veranstaltungen, wenn die Entscheidung auch die Veranstaltungsart Messe oder die Veranstaltungsart Ausstellung oder die Veranstaltungsart Großmarkt umfasst, zu entscheiden ist - Ausführung der Gewerbeordnung und der aufgrund der Gewerbeordnung erlassenen Rechtsverordnungen, soweit in §§ 3 und 8 Abs. 3 ThürZustErmGeVO oder in anderen Rechtsvorschriften nicht anders bestimmt - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 147a Abs. 2 und 147 b GewO			**x**	**x**			
57	Handwerksordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074; 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2022 (BGBl. I S. 1174) i. V. m. § 5 Abs. 1 Satz 1 ThürZustErmGeVO	- Untersagung der Fortsetzung und Schließung des Betriebes nach § 16 Abs. 3 und Abs. 7 bis 9 Handwerksordnung - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach §§ 117 und 118 Handwerksordnung			**x**	**x**			
58	§ 5 Abs. 2 ThürZustErmGeVO	Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit			**x**	**x**			
59	§ 10 ThürZustErmGeVO	- Überwachung und Einhaltung der Preisangabenverordnung - Vollzug des § 3 Abs. 1 PreisangabenG und Überwachung der Einhaltung der PreisangabenVO - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 10 PreisangabenVO, § 3 Abs. 1 Nr. 2, § 4 und § 5 WirtschaftsstrafG, § 145 Abs. 1 MarkenG			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
60	§ 1 Abs. 3 Thüringer Gaststättengesetz (ThürGastG) vom 9. Oktober 2008 (GVBl. S. 367), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Oktober 2017 (GVBl. S. 198) i.V.m. § 1 Abs. 1 ThürZustErmGeVO	Vollzug des ThürGastG - Ausführung des Gaststättengesetzes und der auf seiner Grundlage ergangenen Rechtsverordnungen - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 Gaststättengesetz			**x**	**x**			
61	§ 7 ThürZustErmGeVO	Vollzug des Schornsteinfegerhandwerksgesetzes - Aufsicht über den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger nach § 21 Schornsteinfegerhandwerksgesetz (SchfHwG) - Erlass der Duldungsverfügung nach § 1 Abs. 4 SchfHwG - Beitreibungen nach § 20 Abs. 3 SchfHwG, - Anordnungen nach § 11 Abs. 3 Satz 1 SchfHwG - Entgegennahme der Meldung nach § 25 Abs. 1 SchfHwG - Erlass des Zweitbescheides nach § 25 Abs. 2 SchfHwG - die Beauftragung mit der Ersatzvornahme nach § 26 Abs. 1 SchfHwG - die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 SchfHwG - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Schornsteinfegerhandwerksgesetz - Bescheidung und Betreibung rückständiger Gebühren und Auslagen			**x**	**x**			
62	§ 9 ThürZustErmGeVO	- Vollzug des Textilkennzeichnungsgesetzes - Vollzug des Kristallglaskennzeichnungsgesetzes			**x**	**x**			
63	§ 2 Abs. 1 und 2 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008 (GVBl. S. 102)	Durchführung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG): - Ausländerbehörden i.S.v. § 71 Abs. 1 Satz 1 AufenthG - aufenthalts- und passrechtliche Maßnahmen und Entscheidungen nach dem AufenthG und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen			**x**	**x**			
64	§ 1 Thüringer Verordnung über die Zuständigkeiten nach § 14 Abs. 2 und § 15 des Heimarbeitsgesetzes vom 29. August 1994 (GVBl. S. 1050)	Aufgaben der zuständigen Behörde nach § 14 Abs. 2 und § 15 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191), zuletzt geändert durch Artikel 6i des Gesetzes vom 16. September 2022 (BGBl. I S. 1454)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
65	§ 7 Abs. 2 und 3 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008 (GVBl. S. 102)	- Vollzugsbehörden nach § 5 Abs. 1 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. November 2020 (BGBl. I S. 2600) - Zuständige Behörden nach den §§ 19 bis 22 der Verordnung zur Durchführung des Vereinsgesetzes vom 28. Juli 1966 (BGBl. I S. 457)			**x**	**x**			
66	§ 8 Abs. 2 der Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums vom 15. April 2008 (GVBl. S. 102)	Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 111, 113, 116 bis 122, 124 bis 128 und 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 31 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607)			**x**	**x**			
67	§ 1 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Thüringer Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Bundesleistungsgesetz vom 4. Februar 1998 (GVBl. S. 26)	Zuständige Behörden nach dem Bundesleistungsgesetz (BLG) vom 19. Oktober 1956 (BGBl. I S. 815), zuletzt geändert durch Artikel 27 des Gesetzes vom 23.Juni 2021 (BGBl. I S. 1858) bei Übungen mit nicht mehr als 1.500 Teilnehmern - Zustimmung zur Nutzung durch Manöver geschädigter Grundstücke (§ 66 Abs. 2 S. 3 BLG) - Entgegennahme von Anmeldungen für Manöver oder anderen Übungen (§ 69 S. 1 BLG) - Bekanntmachung sowie der Abschluss von besonderen Vereinbarungen mit der Truppe (§ 69 S. 4 BLG)			**x**	**x**			
68	§ 2 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Beschussgesetz (ThürBeschZVO) vom 22. August 2011 (GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3. Mai 2018 (GVBl. S. 228)	Prüfungen nach § 17 des Gesetzes über die Prüfung und Zulassung von Feuerwaffen, Böllern, Geräten, bei denen zum Antrieb Munition verwendet wird, sowie von Munition und sonstigen Waffen (Beschussgesetz) vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4003), zuletzt geändert durch Art. 234 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) - Auskunftspflichten und besondere behördliche Befugnisse im Rahmen der Überwachung			**x**	**x**			
69	§ 1 S. 1 Nr. 3 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Tierschutzrechts einschließlich des Hufbeschlagrechts und zur Übertragung einer Ermächtigung nach dem Hufbeschlaggesetz (Thüringer Tierschutzzuständigkeitsverordnung-ThürTierSchZVO-) vom 27. Februar 2009 (GVBl.	Aufgaben der Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter, insbesondere: - Aufgaben der unteren Tierschutzbehörde - Zuständige Behörden im Sinne des § 2 des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82)			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	S. 277), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 15. Dezember 2019 (GVBl. S. 521, 561) und Thüringer Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (Thüringer Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz - ThürTierNebAG-) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 136) und § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 Thüringer Gesetz zur Ausführung der Vorschriften über den Verkehr mit Lebensmitteln, kosmetischen Mitteln, sonstigen Bedarfsgegenständen und Tabakerzeugnissen (Thüringer Lebensmittelüberwachungsgesetz - ThürLMÜbG -) vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 581), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (GVBl. S. 236, 238) und § 1 Nr. 3 und § 4 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen auf dem Gebiet der Lebensmittelüberwachung einschließlich der Überwachung von Tabakerzeugnissen (Thüringer Lebensmittelzuständigkeitenverordnung -ThürLÜZVO-) vom 20. Juli 2008 (GVBl. S. 301), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. Dezember 2019 (GVBl. S. 521, 560) und § 2 Thüringer Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arzneimittelrechts (ThürAMZustVO) vom 10. September 2000 (GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 17 der Verordnung vom 8. August 2013 (GVBl. S. 208, 239)	- Aufgaben der unteren Lebensmittelüberwachungsbehörde - Zuständige Behörden nach der Tierhalter-Arzneimittel-Nachweisverordnung vom 20. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3450) und nach der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken in der Fassung vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1760)							

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
70	Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG) vom 23. November 2017 (GVBl. S. 246), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 741) § 7 der Thüringer Pflanzenabfallverordnung (ThürPflanzAbfV) vom 28.10.2009 (GVBl. 767), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 23. November 2017 (GVBl. S. 246) davor bis 30.11.2017: Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz (ThürAbfG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Juni 1999 (GVBl. S. 385), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 20.12.2007 (GVBl. S. 267)	- Entscheidung im Einzelfall, ob pflanzliche Abfälle, die auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken, in Parks, Grünanlagen und auf Friedhöfen oder in sonstiger Weise anfallen, außerhalb dafür zugelassener Anlagen beseitigt werden dürfen - Abfallwirtschaftliche Überwachung mit Ausnahme von Deponien, der Überwachung der Anforderungen nach §§ 4 bis 14, § 16 Abs. 1 bis 4 und den §§ 17 bis 30 VerpackG, der Überwachung der Anforderungen nach § 8 Abs. 2 und § 9 der Altfahrzeug-Verordnung (AltfahrzeugV), der Überwachung im Bereich der internationalen Abfallverbringung, der Verordnung (EG) über persistente organische Schadstoffe, der Nachweisverordnung, der PCB/PCT-Abfallverordnung und der Überwachung eines der Bergaufsicht unterliegenden Betriebs, - Vollzug der Bestimmungen über die Anzeige über die Aufnahme der Tätigkeit oder die Erteilung der Erlaubnis für Sammler, Beförderer, Händler und Makler von Abfällen, - Vollzug der Bestimmungen über die Bestellung von Abfallbeauftragten - Überwachung von Hersteller- und Vertreiberpflichten sowie die Überwachung der Sammlung, der Rücknahme und der Behandlungs- und Verwertungspflichten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes, soweit sie in der Zuständigkeit des Landes liegt, - Entscheidung über die Zulässigkeit von Abweichungen nach Nummer 5 des Anhangs der Altfahrzeug-Verordnung - Vollzug der Gewerbeabfallverordnung, - Überwachung nach dem Batteriegesetz, soweit sie in der Zuständigkeit des Landes liegt, mit Ausnahme bestimmter Inverkehrbringensverbote und Kennzeichnungspflichten, - zuständig nach Bioabfallverordnung (BioAbfV) für: Anforderungen an die hygienisierende Bioabfallbehandlung, die Anforderungen hinsichtlich der Schadstoffe und weiterer Parameter, für	Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG) vom 23. November 2017 (Ablösegesetz zum ThürAbfG) § 7 Satz 2 der Thüringer Pflanzenabfallverordnung aufgehoben durch Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG) vom 23. November 2017 Artikel 9 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 741)		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		Ausnahmen bei Beschränkungen und Verboten der Aufbringung, zusätzliche Anforderungen an die Verwertung von bestimmten Bioabfällen und überprüfen der Nachweispflichten der Einsammler, Aufbereiter, Bioabfallbehandler und Gemischhersteller - die Zuständigkeiten umfassen nicht die Anerkennung von Lehrgängen in den genannten Rechtsverordnungen - die Zuständigkeit umfasst auch die zur Umsetzung notwendige Anordnungsbefugnis sowie die Ahndung der entsprechenden Ordnungswidrigkeiten							
71	§ 8 und § 11 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Bodenschutzgesetzes (ThürBodSchG) vom 16. Dezember 2003, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74, 121)	Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz, des Thüringer Bodenschutzgesetzes und aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist. Die Zuständigkeit umfasst auch die zur Umsetzung der vorgenannten Rechtsvorschriften notwendige Anordnungsbefugnis sowie die Ahndung der entsprechenden Ordnungswidrigkeiten.			**x**	**x**			
72	§ 4 der Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten sowie zur Übertragung einer Ermächtigung auf dem Gebiet des Chemikalien-, Wasch- und Reinigungsmittelrechts (ThürChemWRZVO) vom 11. November 2004 (GVBl. 2004, 872) zuletzt geändert durch Artikel 30 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 755)	- Überwachung nach dem Chemikalien-, Wasch- und Reinigungsmittelrecht, - Information der Bundesstelle für Chemikalien über Erkenntnisse über Risiken für Gesundheit und Umwelt sowie über vorläufige Maßnahmen, - Erteilung der Erlaubnis für die Abgabe bestimmter Stoffe, Gemische und Erzeugnisse nach dem Chemikaliengesetz und - Entgegennahme von Anzeigen über den Wechsel sachkundiger und zuverlässiger Personen für die Abgabe bestimmter Stoffe, Gemische und Erzeugnisse	Thüringer Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten für die Bereiche des Immissionsschutzrechts, des Chemikalien-, Wasch- und Reinigungsmittelrechts sowie des Abfallrechts vom 30. Juli 2014 (GVBl. S. 566) Artikel 30 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 755)		**x**	**x**			
73	Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Ermächtigungen auf den Gebieten des Immissionsschutzes und des Treibhausgas-Emissionshandels (Thüringer Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung -ThürImZVO-)	Zuständige Behörden nach dem BImSchG und den aufgrund des BImSchG erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nichts anderes bestimmt ist, insbesondere zuständig für: - Erteilung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungen sowie Teilgenehmigungen	Artikel 22 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. 731, 747) Verordnung vom 5. Februar 2020 (GVBl. 58)		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	vom 6. April 2008, zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Juli 2021 (GVBl. 355)	- Anzeigeverfahren im Falle der Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen - Erteilung von Änderungsgenehmigungen im Falle der Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen - Erteilung von Änderungsgenehmigungen im Falle einer wesentlichen Änderung genehmigungsbedürftiger Anlagen von sog. „V-Anlagen“ - Vollzug der Bestimmungen des Zweiten Teils Zweiter Abschnitt des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Errichtung und Betrieb von Anlagen) - Überwachung immissionsschutzrechtlich relevanter Anlagen einschließlich Anlagen nach Industrieemissionsrichtlinie mitsamt deren Betriebsbereichen: nachträgliche Anordnung, Anordnung der Untersagung, Stilllegung und Beseitigung, Anordnung von Ermittlungen und Prüfungen, Entgegennahme von Anzeigen, Mitteilungen und die Zulassung von Ausnahmen, erstmalige Überwachung (Abnahme) der Vorhabenrealisierung entsprechend der vom Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz erteilten Genehmigung oder der Änderungsgenehmigung in einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit dem Landesamt für Umwelt, Bergbau und Naturschutz - -Vornahme vorläufiger Amtshandlungen zur unmittelbaren Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands einer Anlage oder eines Betriebsbereichs - Erteilung der Emissionsgenehmigung nach § 4 Abs. 1, 5 und 6 des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (TEHG) in Bezug auf die im Anhang 1 TEHG genannten Anlagen - Erhebung von Informationen sowie deren Weiterleitung an das Umweltbundesamt zwecks Errichtung eines Schadstofffreisetzungs- und –verbringungsregisters - Betriebsuntersagung wegen fehlender Deckungsvorsorge nach § 19 Abs. 4 UmweltHG	Verordnung vom 7. Juli 2021 (GVBl. 355)						

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Entgegennahme der Daten aus einer Gewerbeanzeige nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 GewAnzV - Prüfung der Wirtschaftlichkeitsanalyse einschließlich des Kosten-Nutzen-Vergleichs im Rahmen einer Genehmigung der Errichtung oder erheblichen Modernisierung einer Feuerungsanlage zur Erzeugung von Strom mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 20 MW, einer sonstigen Anlage, bei der Abwärme mit einem nutzbaren Temperaturniveau entsteht, mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 20 MW sowie einer Feuerungsanlage zur Erzeugung von Wärme mit einer Feuerungswärmeleistung von mehr als 20 MW in einem bestehenden Fernwärme- oder Fernkältenetz, - Erteilung von Bescheinigungen nach § 27 Abs. 5 EEG 2012 oder § 66 Abs. 1 Nr. 4a EEG 2012 i. V. m. § 100 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 Buchst. c und Abs. 4 EEG 2017 im Rahmen der Überwachung immissionsschutzrechtlich relevanter Anlagen einschließlich Anlagen nach Industrieemissionsrichtlinie mitsamt deren Betriebsbereichen							
74	Thüringer Wassergesetz (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 285) davor Thüringer Wassergesetz in der Fassung vom 18. August 2009 (GVBl. S. 648), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731)	Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem ThürWG und den aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen, wenn in anderen Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. Die Zuständigkeit umfasst auch die Durchführung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren nach § 65 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für die Errichtung und den Betrieb von Vorhaben nach Anlage 1 Nr. 19.8. und 19.9. UVPG	Thüringer Wassergesetz (ThürWG) vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277, 285)		**x**	**x**			
75	Thüringer Naturschutzgesetz (ThürNatG) vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323, 340)	Aufgaben der unteren Naturschutzbehörden, insbesondere: - Aufstellung und Fortschreibung der Landschaftspläne (§ 4 Abs. 1)	Thüringer Naturschutzgesetz (ThürNatG) vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323,		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	davor Thüringer Naturschutzgesetz vom 30. August 2006 (GVBl. S. 421), zuletzt geändert durch Art. 16 des Gesetzes v. 18.12.2018 (GVBl. S. 731, 745)	- Stellungnahmen zu Grünordnungsplänen von Gemeinden (§ 4 Abs. 4 S. 2) - Erteilung einer Eingriffsgenehmigung bzw. Erteilung des Einvernehmens oder Benehmens bei der Zulassung von Vorhaben durch andere Behörden, Untersagung eines ungenehmigten Eingriffs, ggf. Durchführung von Kompensationsmaßnahmen (§ 7 Abs. 1, 2 und 5) - Konzeption, Sicherung und Maßnahmen zur Entwicklung des Biotopverbunds und der Biotopvernetzung auf lokaler Ebene (§ 8 Abs. 1) - Ausweisung, ggf. Änderung/Aufhebung von GLB und ND, Registrierung (§ 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 und S. 2) - Genehmigungen, Erlaubnisse, Beseitigungsverfügungen und Prüfung von Anzeigen gem. den Schutzgebietsfestsetzungen (auch übergeleitete) (§ 2 Abs. 4 S. 4) - Betreuung von Schutzgebieten, Aufstellung von Hinweisschildern für Schutzgebiete (§ 2 Abs. 4 S. 4, § 12 Abs. 2) - Benehmensherstellung bzw. Entgegennahme der Anzeige bei VSP-Eingriffen in den Alleenbestand, Festsetzungen von Ersatzpflanzungen bzw. eines Ersatzgeldes, Verwaltung des Alleenfonds (§ 14 Abs. 3) - Feststellung der Eigenschaft als gesetzlich geschütztes Biotop bzw. der Zulässigkeit von Handlungen im Einzelfall, Erteilung von Ausnahmen vom Beeinträchtigungsverbot für gesetzlich geschützte Biotope (§ 15 Abs. 3 und 6) - Abwehr von Beeinträchtigungen eines gesetzlich geschützten Biotops bei Nutzungsaufgabe (§ 15 Abs. 4 S. 1) - Beteiligung bei der Durchführung von Verträglichkeitsprüfungen, Prüfung der Notwendigkeit einer VP bei Projekten in Natura-2000-Gebieten, die keines anderen Zulassungsverfahrens bedürfen, und ggf. Durchführung (§ 16 Abs. 3 und 4) - Vollzug des Artenschutzrechts, soweit nicht im Einzelfall eine andere Zuständigkeit besteht, für	340) - Erweiterung der Aufgaben der unteren Naturschutzbehörden						

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		nicht besonders oder streng geschützte Arten, insbesondere Genehmigungen nach § 39 Abs. 4, 5 und § 40 Abs. 1 BNatSchG, Tiergehege (§ 18 Abs. 1) - Vollzug des Artenschutzrechts, soweit nicht im Einzelfall eine andere Zuständigkeit besteht, hinsichtlich invasiver Arten (§ 18 Abs. 1) - Vollzug des Artenschutzrechts, soweit nicht im Einzelfall eine andere Zuständigkeit besteht, hins. besonders und streng geschützter Arten, insbesondere Prüfung/Genehmigung bei Handel, Haltung und Zucht, artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen (§ 18 Abs. 1) - Ausnahmen von den Verboten des durch § 20 eingeführten Horstschutzes für bestimmte, enumerativ genannte Großvögel (§ 20 S. 2) - Sperren von dem Betretensrecht unterfallenden Flächen, Genehmigung von Sperren Dritter und Erteilung von Ausnahmen für die Errichtung baulicher Anlagen an Gewässerufern (§ 21 Abs. 3) - Erteilung der Ermächtigung zur Kennzeichnung von Erholungswegen (§ 21 Abs. 4) - Ausübung des Vorkaufsrechts (§31 Abs. 2 S. 4) - Erteilung von Befreiungen, insbesondere von Verboten in GLB und ND (§ 32 Abs. 1 Nr. 4) - Überwachung der Einhaltung der Bestimmungen des ThürNatG und des EU-Rechts (soweit nicht bereits aufgeführt) (§ 2 Abs. 1) - Berufung und Beteiligung Naturschutzbeirat (§ 26) - Berufung und Betreuung Naturschutzbeauftragte (§ 28) - Durchführung von OWi-Verfahren (§ 35 Abs. 4) - Genehmigungen, Erlaubnisse, Beseitigungsverfügungen und Prüfung von Anzeigen gem. gesetzlicher Verbote wie in den §§ 14 Abs. 2 und 3 (linienhafte Anpflanzungen und Alleen), 17 Abs. 2 (Pestizide in Schutzgebieten) (§§ 14 Abs. 2 und 3, 17 Abs. 2)						
76	§ 2 Abs. 1 Nr. 4 i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 6 Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetz (ThürBKG) i.	Aufgabenträger für den Katastrophenschutz			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	d. F. der Bekanntmachung vom 5. Februar 2008 (GVBl. S. 22) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. November 2020 (GVBl. S. 559)	Treffen der notwendigen Maßnahmen im Katastrophenschutz							
77	§ 28 Abs. 3 ThürBKG i.V.m. § 2 Thüringer Katastrophenschutzverordnung (ThürKatSVO) vom 10. November 2020 (GVBl. S. 586)	Aufstellung und Einsatz von Katastrophenschutzeinheiten	Verordnung vom 10. November 2020 (GVBl 2020, S. 568) - Neufassung der ThürKatSVO		**x**	**x**			
78	§ 31 ThürBKG	Vorbereitende Maßnahmen im Katastrophenschutz: - Einsatzbereite Bereitstellung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes - Bereitstellung der erforderlichen baulichen Anlagen sowie der erforderlichen Ausrüstung - Bildung der Katastrophenschutz-Stäben und Bereithalten der erforderlichen Räume sowie der erforderlichen Ausstattung - Sicherstellung der Aus- und Fortbildung der Angehörigen des Katastrophenschutzes einschließlich des Stabspersonals - Aufstellung und Fortschreibung der Alarm- und Einsatzpläne für den Katastrophenschutz (Katastrophenschutzpläne) die mit den Alarm- und Einsatzplänen der Gemeinden im Einklang stehen, und Abstimmung dieser, soweit erforderlich, mit benachbarten unteren Katastrophenschutzbehörden - Durchführung der Katastrophenschutzübungen			**x**	**x**			
79	§ 33 ThürBKG	Erstellung externer Notfallpläne für schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen	Gesetz zur Änderung des ThürBKG vom 29.06.2018 (GVBl. S. 317) - Detailänderungen zur Umsetzung der RL2012/18/EU (Details zur Frist für die Erstellung der externen NFP, Inhalt der Pläne)		**x**	**x**			
80	§ 47 Abs. 1 ThürBKG	Kostenerstattung an Mitwirkende im Katastrophenschutz			**x**	**x**			
81	§§ 23 ff. Thüringer Rettungsdienstgesetz (ThürRettG) vom 16. Juli 2008 (GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2018 (GVBl. S. 317, 320)	Genehmigung, Erweiterung, Übertragung oder sonstige wesentliche Änderung des Betriebs von Krankentransporten außerhalb des öffentlich-rechtlich organsierten Rettungsdienstes			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
82	Gesetz zur Sicherstellung des Verkehrs (Verkehrssicherstellungsgesetz), neugefasst durch Bekanntmachung vom 08.10.1968 (BGBl. I S. 1082), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 23.06.2021 (BGBl. I S. 1858)	Aufgaben nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Verkehrssicherstellungsgesetz			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
83	Gesetz über die Sicherstellung von Leistungen auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft für Zwecke der Verteidigung (Wassersicherstellungsgesetz) i. d. F. der Bekanntmachung vom 24.08.1965 (BGBl. I S. 1965, 1225, 1817), zuletzt geändert durch Artikel 251 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)	Aufgaben nach § 16 Abs. 1 Wassersicherstellungsgesetz			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
84	§ 2 Abs. 1 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Ernährungssicherstellungs- und –vorsorgegesetz (ThürESVGZustVO) vom 06.10.2020 (GVBl. S. 535)	Aufgaben der unteren Behörden für Ernährungssicherstellung und Ernährungsvorsorge nach dem Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz (ESVG) vom 4. April 2017 (BGBl. I S. 772), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09.12.2020 (BGBl. I S. 2863)			**x**	**x**			
85	§ 2 Abs. 1 Satz 3 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG) vom 30. April 2003 (GVBl. S. 258), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387)	Erhebung einer Elternbeteiligung an den Personalkosten im Schulhort: - Erfassung der Einkommensdaten - Berechnung und Verbescheidung		§ 6 Satz 2 der Thüringer Verordnung über die Beteiligung der Eltern an den Kosten für die Hortbetreuung vom 12. März 2013 (GVBl. S. 91), Berichtigung GVBl. S. 143	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
86	§ 22 Abs. 2 und 3, § 23 Abs. 1 Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale (Thüringer Denkmalschutzgesetz – ThürDSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2004, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 731, 735)	Aufgaben der unteren Denkmalschutzbehörden, insbesondere - Durchsetzung der Erhaltung - Erlaubnisverfahren - Beseitigung widerrechtlicher Maßnahmen			**x**	**x**	**x**		**x**
87	§ 1 Abs. 1 Thüringer Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (ThürAGBAföG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Mai 2002 (GVBl. S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 226, 227) i.V.m. § 40 Abs. 1 Bundesausbildungsförderungsgesetz	Durchführung des BAföG	§ 1 Abs. 1 Thüringer Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (ThürAGBAföG) i. V. m. § 40 Abs. 1 BAföG		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	(BAföG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1952; 2012 I S. 197), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2022 (BGBl. I S. 1150)								
88	§ 1 Thüringer Jugendschutzzuständigkeitsverordnung (ThürJuSchZVO) vom 12. Juni 2004 (GVBl. S. 627) zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Februar 2009 (GVBl. S. 279)	- Zulassung von Ausnahmen nach § 4 Abs. 4 und § 5 Abs. 3 JuSchG - Anordnungen nach § 7 JuSchG - Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 JuSchG			**x**	**x**			
89	§ 1 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (ThürAGSGB XII) vom 17. Dezember 2004 (GVBl. 2004, 891), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2021 (GVBl. S. 93)	Vollzug der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII	Artikel 1 Gesetz zur Änderung des SGB XII vom 20.12.2012 (BGBl. I S. 2783) § 2 Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2014 (RBSFV 2014) vom 15.10.2013 (BGBl. I S. 3856) Artikel 9 GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz (GKV-FQWG) vom 21.07.2014 (BGBl. I S. 1133) § 2 RBSFV 2015 vom 14.10.2014 (BGBl. I S. 1618) Artikel 1 Gesetz zur Änderung des SGB XII und weiterer Vorschriften vom 21.12.2015 (BGBl. I S. 2557) § 2 RBSFV 2016 vom 22.10.2015 (BGBl. I S. 1788) Artikel 2 Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II und in der Sozialhilfe nach dem SGB XII vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3155)	Erstattung der Nettoausgaben für Geldleistungen ab 2014 zu 100% durch den Bund (§ 46a SGB XII)	**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 3 Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung - sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht vom 26.07.2016 (BGBl. I S. 1824) Artikel 22 6. SGB IV-Änderungsgesetz vom 11.11.2016 (BGBl. I S. 2500) Artikel 3, 3a, 4 und 5 Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des SGB II und SGB XII vom 22.12.2016 (BGBl. I S. 3159) Artikel 11 und 13 Bundesteilhabegesetz (BTHG) vom 23.12.2016 (BGBl. I S. 3234) Artikel 25 Gesetz zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2541) Artikel 2 Betriebsrentenstärkungsgesetz vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3214) § 2 RBSFV 2018 vom 8.11.2017 (BGBl. I S. 3767) Artikel 5 Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz vom 17.07.2017 (BGBl. I S. 2575) Artikel 2 Gesetz zur Verlängerung befristeter Regelungen im Arbeitsförderungsrecht und zur Umsetzung der Richtlinie (EU)						

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			2016/2102 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen vom 10.07.2018 (BGBl. I S. 1117) § 2 RBSFV 2019 vom 19.10.2018 (BGBl. I S. 1766) Artikel 4 Starke-Familien-Gesetz (StaFamG) vom 29.04.2019 (BGBl. I S. 530) Artikel 2 Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz vom 08.07.2019 (BGBl. I S. 1029) Artikel 3 Gesetz zur Änderung des SGB IX und XII und anderer Rechtsvorschriften vom 30.11.2019 (BGBl. I S. 1948) Artikel 1 Angehörigen-Entlastungsgesetz vom 10.12.2019 (BGBl. I S. 2135) § 2 RBSFV 2020 vom 15.10.2019 (BGBl. I S. 1452) Artikel 5 des Sozialschutz-Pakets vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 575) Artikel 17 des Sozialschutz-Pakets II vom 20.05.2020 (BGBl. I S. 1055) Artikel 3 Grundrentengesetz vom 12.08.2020 (BGBl. I S. 1879)						

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 2 Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des SGB XII sowie weiterer Gesetze vom 09.12.2020 (BGBl. I S. 2855) Artikel 43 Jahressteuergesetz 2020 (JStG 2020) vom 21.12.2020 (BGBl. I S. 3096) Artikel 2 des Sozialschutz-Pakets III vom 10.03.2021 (BGBl. I S. 335) Artikel 1 Teilhabestärkungsgesetz vom 02.06.2021 (BGBl. I S. 1387) Artikel 7 Kitafinanzhilfenänderungsgesetz (KitaFinHÄndG) vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 2020) Artikel 9 Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes und weiterer Gesetze anlässlich der Aufhebung der Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 22.11.2021 (BGBl. I S. 4906) Artikel 16 Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie vom 10.12.2021 (BGBl. I S. 5162) § 3 RBSFV 2022 vom 13.10.2021 (BGBl. I S. 4674)						

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			Artikel 3 Gesetz zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des FAG und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)						
90	§ 1 Abs. 1 und 3 der Thüringer Verordnung zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (ThürDVOAsylbLG) vom 5. Mai 2000 (GVBl. S. 102) i. V. m. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760)	Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) - die Landkreise und kreisfreien Städte sind zuständige Leistungsbehörden (vgl. § 1 Abs. 1 ThürDVOAsylbLG) - den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt zudem die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 13 AsylbLG (vgl. § 1 Abs. 3 ThürDVOAsylbLG)		Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz (ThürFlüKEVO) vom 21. Dezember 1999 (GVBl. S. 670), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Juni 2022 (GVBl. S. 285)	**x**	**x**			
91	§ 4 des Thüringer Gesetzes über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen (Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz - ThürFlüAG -) vom 16. Dezember 1997 (GVBl. 541), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. September 2016 (GVBl. 486)	- Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Personen nach § 1 ThürFlüAG (u.a. Asylbewerber, Flüchtlinge mit humanitären Aufenthaltstiteln, Duldungsinhaber)	Neufassung der Thüringer Verordnung über Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden (Thüringer Gemeinschaftsunterkunfts- und Sozialbetreuungsverordnung - ThürGUSVO -) vom 15. August 2018 (GVBl. S. 377)	Thüringer Verordnung über die Kostenerstattung nach dem Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz (ThürFlüKEVO) vom 21. Dezember 1999 (GVBl. S. 670), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Juni 2022 (GVBl. S. 285)	**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
92	§ 1 Nr. 3 der Thüringer Verordnung über die Aufnahme, Verteilung und vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern (Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung - ThürSAVO -) vom 15. Juli 1998 (GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. März 2005 (GVBl. S. 58)	Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Spätaussiedlern		Thüringer Verordnung über die Aufnahme, Verteilung und vorläufige Unterbringung von Spätaussiedlern	**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
				(Thüringer Spätaussiedleraufnahmeverordnung - ThürSAVO -) vom 15. Juli 1998 (GVBl. S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. März 2005 (GVBl. S. 58)					
93	§ 8 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld (ThürSinnbGG) vom 7. Oktober 2010 (GVBl. S. 319), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2018 (GVBl. S. 69)	Vollzug des Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetzes	Fünftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes vom 15.07.2015 (GVBl. S. 113) Sechstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes vom 22.11.2016 (GVBl. S. 519) Siebtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes vom 10.04.2018 (GVBl. S. 69)	§ 8 Abs. 3 ThürSinnbGG	**x**	**x**			
94	§ 24 Abs. 3 Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz - BerRehaG) vom 1. Juli 1997 (BGBl. I 1997, 1625), zuletzt geändert durch Art. 12a des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1387)	Gewährung der Leistung nach § 8 BerRehaG		Von den Aufwendungen, die den Ländern durch Leistungen nach dem Dritten Abschnitt des BerRehaG entstehen, trägt der Bund 60% (§ 29 BerRehaG)	**x**	**x**			
95	Thüringer Gesetz zur Übertragung der Zuständigkeit für das Schwerbehindertenfeststellungsverfahren vom 20. Dezember 2007 (GVBl. S. 267, 272), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (GVBl. S. 442)	Durchführung des Schwerbehinderten-Anerkennungsverfahrens gemäß § 152 SGB IX			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
96	§ 1 Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (ThürBEEGZVO) vom 13.02.2007 (GVBl. S. 14)	Vollzug des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	Artikel 1 des Gesetzes zur Einführung des Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im BEEG vom 18.12.2014 (BGBl. I S. 2325) Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – 1 BvF 2/13 – zu den §§ 4a bis 4d des BEEG vom 24.08.2015 (BGBl. I S. 1565) Artikel 1k des Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetzes (HHVG) vom 04.04.2017 (BGBl. I S. 778) Artikel 6 des Gesetzes zur Neuregelung des Mutterschutzrechts vom 23.05.2017 (BGBl. I S. 1228) Artikel 118 des Zweiten Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetzes vom 20.11.2019 (BGBl. I S. 1626) Artikel 35 und 36 des Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 12.12.2019 (BGBl. I S. 2451) Artikel 1 des Gesetzes für Maßnahmen im Elterngeld aus Anlass der COVID-19-Pandemie vom 20.05.2020 (BGBl. I S. 1061) Artikel 6 des Gesetzes zur Digitalisierung von Verwaltungsverfah-		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			ren bei der Gewährung von Familienleistungen vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2668) Artikel 3 des Beschäftigungssicherungsgesetzes vom 03.12.2020 (BGBl. I S. 2691) Artikel 1 des 2. Gesetzes zur Änderung des BEEG vom 15.02.2021 (BGBl. I S. 239) Artikel 5 des Gesetzes zur Verlängerung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes und weiterer Regelungen vom 18.03.2022 (BGBl. I S. 473) Artikel 12 des Gesetzes zur Regelung eines Sofortzuschlages und einer Einmalzahlung in den sozialen Mindestsicherungssystemen sowie zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Gesetze vom 23.05.2022 (BGBl. I S. 760)						
97	§ 1 Abs. 1 Thüringer Gesetz zur Ausführung des Prostituiertenschutzgesetzes (ThürAGProstSchG) vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 379) und Thüringer Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ThürProstSchGZuStVO) vom 8. Juni 2021 (GVBl. S. 272)	Ausführungsbestimmung zum Prostituiertenschutzgesetz		Für das Betreiben eines Prostitutionsgewerbes ist eine Erlaubnis erforderlich, für die Verwaltungskosten erhoben werden	**x**	**x**			
98	§ 2 i. V. m. § 7 Abs. 1 und 2 Verordnung über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Aufgaben der Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten (VO-ÖGD) vom 8. August 1990 i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl. S. 337)	Aufgaben nach § 7 Abs. 1 und 2 VO-ÖGD i. V. m. Vorschriften des öffentlichen Heilberufe-Rechts			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
99	§ 2 VO-ÖGD i. V. m. § 3 Thüringer Gesundheitsfachberufe- und Heilpraktikerzuständigkeitsverordnung (ThürGesHeilprZustVO) vom 7. Dezember 2010 (GVBl. S. 572), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juni 2021 (GVBl. S. 315), § 2 Abs. 1 Buchst. i. und § 3 Abs. 1 Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung – Heilpraktikergesetz - (HeilprGDV1) vom 18. Februar 1939 (RGBl. I S. 259), zuletzt geändert durch Artikel 17f i. V. m. Artikel 18 Absatz 4 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3191)	Aufgaben nach dem Heilpraktikergesetz (HeilprG) und HeilprGDV1 Kenntnisüberprüfung bei Heilpraktikeranwärtern im Vorfeld der Erlaubniserteilung zur Ausübung von Heilkunde ohne Bestallung durch die untere örtlich zuständige Verwaltungsbehörde				**EF**			
100	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 4 Abs. 1 S. 1 Thüringer Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (ThürPsychKG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 5. Februar 2009 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2014 (GVBl. S. 545, 559)	Aufgaben des Sozialpsychiatrischen Dienstes nach § 8 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 VO-ÖGD i.V.m. ThürPsychKG			**x**	**x**			
101	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 4 ThürGesHeilprZustVO, § 3 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 HeilprGDV1	Erteilung/Rücknahme der Heilpraktikererlaubnis			**x**	**x**			
102	§ 2 i. V. m. § 7 Abs. 3 VO-ÖGD i. V. m. ThürBestG, Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungsstatistikgesetz - BevStatG) vom 20.04.2013 (BGBl. I S. 826), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.06.2021 (BGBl. I S. 1649)	Aufgaben nach § 7 Abs. 3 VO-ÖGD, §§ 15, 20, 21, 23, 32, 34 ThürBestG, § 2 Abs. 6 BevStatG, insbesondere: - Überwachung der Leichennachschau, Kontrolle der Totenscheine auf Plausibilität der Todesart und zum Tode führende Diagnosen - Erteilung von Auskünfte aus Totenscheinen und Sektionsscheinen auf Antrag - Ausnahmegenehmigung bei der Überführung von Leichen - Verlängerung von Bestattungsfristen - Genehmigung von Beisetzungen außerhalb von Friedhöfen - Genehmigung von Ausgrabungen und Umbettungen - Durchführung der zweiten ärztlichen Leichenschau vor Feuerbestattungen	Artikel 3 des Gesetzes vom 09.06.2021 (BGBl. I S. 1649) zur Änderung des Bevölkerungsstatistikgesetzes		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- elektronische Übermittlung der Angaben von Todesursachenstatistik an das Thüringer Landesamt für Statistik							
103	§ 1 Abs. Nr. 1, § 3 und § 6 VO-ÖGD i.V.m. § 1 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Verordnungsermächtigungen im Rahmen des Infektionsschutzes (ThürIfSZVO) vom 12. Juli 2022, § 23 Abs. 6 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18.3.2022 (BGBl. I S. 473) und Thüringer medizinische Hygieneverordnung (ThürmedHygVO) vom 17. Juni 2012 (GVBl. S. 246), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. April 2019 (GVBl. S. 149)	Überwachung u. a. von Krankenhäusern, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Tageskliniken, Einrichtungen für ambulantes Operieren, Einrichtungen des Rettungs-, Luftrettungsdienstes, Dialyse-, Entbindungs-, Blutspendeeinrichtungen, Einrichtungen des Kurwesens, Heilquellen			**x**	**x**			
104	§ 2 i. V. m. § 6 VO-ÖGD i.V.m. § 1 ThürIfSZVO, § 36 Abs. 1 IfSG	Aufgaben nach § 6 VO-ÖGD, § 36 Abs. 1 IfSG (i.V.m. TrinkwV, § 55 Abs.1 ThürSchulG, ThürKitaG, ThürKitaVO. ThürKitapflegVO, ThürWTG, CampHygAnO), insbesondere Überwachung von Gemeinschaftsunterkünften, Kindereinrichtungen, Schulen, sozialen Gemeinschaftsunterkünften, Einrichtungen nach dem Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz, Obdachlosenunterkünften, Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber sowie Spätaussiedler und Flüchtlinge, Massenunterkünften und Justizvollzugsanstalten, öffentlichen Sportstätten, Bädern und Badestellen, Kinderspielplätzen, Anlagen zur Trinkwasserversorgung, zur Abwasser- und Abfallbeseitigung, Deponien, öffentlicher Toiletten, öffentlicher Beherbergungsstätten, Zeltlagern, Campingplätzen, Häfen, Flughäfen			**x**	**x**			
105	§ 2 i. V. m. § 3 VO-ÖGD i.V.m. § 33 Abs. 1 Satz Thüringer Beamtengesetz (ThürBG) vom 12. August 2014 (GVBl. S. 472), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 4. Oktober 2021 (GVBl. S. 508, 519)	Aufgaben nach § 3 VO-ÖDG, Begutachtungen nach dem Dienstrecht der Beamten			**x**	**x**			
106	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 29 Abs. 6 Nr. 4 Thüringer Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Geburts-, Krankheits-,	Gutachten nach dem Beihilferecht			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	Pflege- und sonstigen Fällen (Thüringer Beihilfeverordnung - ThürBhV-) vom 25. Mai 2012 (GVBl. S. 182), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2019 (GVBl. S. 358)								
107	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 18 Approbationsordnung für Ärzte (ÄApprO) vom 27. Juni 2002 (BGBl. I S. 2405), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4335)	Ärztliche Untersuchung der Prüfungsfähigkeit von Kandidaten bei Staatsprüfungen - Mediziner, Erstellen eines amtsärztlichen Zeugnisses bei Prüfungsrücktritt			**x**	**x**			
108	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 7 Abs. 4 Thüringer Juristenausbildungs- und –prüfungsordnung (ThürJAPO) vom 24. Februar 2004 (GVBl. S. 217), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 43)	Beurteilung der Prüfungsunfähigkeit für Kandidaten bei Staatsprüfungen-Juristen			**x**	**x**			
109	VO-ÖGD i.V.m. §§ 11 und 67 Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr - Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) vom 13. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1980), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. März 2022 (BGBl. I S. 498)	Begutachtung von Personen zur Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen bzw. Personenbeförderung			**x**	**x**			
110	VO-ÖGD i.V.m. § 2 Abs. Nr. 1 Thüringer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für den höheren Staatsdienst im Markscheidefach (Thüringer Markscheiderausbildungs- und prüfungsordnung -ThürMarkschAPO-) vom 10. Januar 2011 (GVBl. S. 46)	Begutachtung über die Dienstfähigkeit von Bewerbern bei Einstellung in den Vorbereitungsdienst der Laufbahn des höheren Staatsdienstes im Markscheidefach			**x**	**x**			
111	VO-ÖGD i.V.m. § 62 Abs. 1 Asylgesetz (AsylG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2467)	Aufgaben nach § 62 Abs. 1 AsylG i. V. m. VV-TMASGFF vom 27.03.2000 zu Gesundheitsuntersuchungen nach § 62 AsylG (ThürStAnz 17/2000 S. 1024) Gesundheitsuntersuchung von Asylbewerbern, die nicht in der Erstaufnahmeeinrichtung untersucht wurden			**x**	**x**			
112	VO-ÖGD i.V.m. § 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Mai 2022 (BGBl. I S. 760) i. V. m. Thü-	Begutachtungen von Asylbewerbern, ärztliche und zahnärztliche medizinische Behandlungen (außer Notfälle), Reisefähigkeit			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	ringer Verordnung zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (ThürDVOAsylbLG) vom 5. Mai 2000 (GVBl. S. 102)								
113	VO-ÖGD i.V.m. § 6 Abs. 2 und 3 Waffengesetz (WaffG) vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592; 2003 I S. 1957), zuletzt geändert durch Artikel 228 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) i. v. m. Thüringer Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 10. Dezember 2004 (GVBl. S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 7. August 2013 (GVBl. S. 206, 207)	Gutachten über die persönliche Eignung			**x**	**x**			
114	VO-ÖGD i.V.m. § 81 a Abs. 1 Strafprozessordnung (StPO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. März 2022 (BGBl. I S. 571)	Begutachtungen und Blutentnahmen zur Feststellung von Alkohol-, Medikamenten-, Drogeneinfluss bei Straftaten / Feststellung Gewahrsamsfähigkeit			**x**	**x**			
115	VO-ÖGD i.V.m. § 6 Abs. 1 Thüringer Schulordnung für die Grundschule, die Regelschule, die Gemeinschaftsschule, das Gymnasium, die Gesamtschule und die Förderschule (Thüringer Schulordnung - ThürSchulO -) vom 20. Januar 1994 (GVBl. S. 185), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 18. September 2020 (GVBl. S. 505, 529)	Befreiung vom Unterricht in begründeten Fällen			**x**	**x**			
116	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vom 13. September 2005, zuletzt geändert durch Änderungstarifvertrag Nr. 18 vom 25. Oktober 2020	Aufgaben nach § 3 Abs. 5 TVöD Ärztliches oder amtsärztliches Gutachten nach Wahl des Arbeitgebers mit Zuweisung der Kostenlast an den Arbeitgeber			**x**	**x**			
117	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 32 Abs. 4 Einkommensteuergesetz (EStG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Juni 2022 (BGBl. I S. 911) i. V. m. §§ 64 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (EStDV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2000 (BGBl. I S. 717), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1259)	Kindergeldfortzahlung bei Behinderung			**x**	**x**			
118	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 33 Abs. 2 EStG i.V.m. §§ 64 EStDV	Ausstellung von Gesundheitszeugnissen, Gutachten oder Bescheinigungen zum Nachweis der			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		Krankheitskosten und der Voraussetzungen der behinderungsbedingten Fahrtkostenpauschale							
119	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 25 Thüringer Verordnung über die Nachqualifizierung von Lehrkräften an staatlichen Schulen (Thüringer Lehrkräftenachqualifizierungsverordnung - ThürLNQVO -) vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 294)	Aufgaben bei Unterbrechung der Prüfung, Rücktritt, Versäumnis im Rahmen der Lehrkräftenachqualifizierung, Anforderung eines amtsärztlichen Zeugnisses durch das zuständige Schulamt	Artikel 1 der Thüringer Verordnung über die Nachqualifizierung von Lehrkräften an staatlichen Schulen und zur Anpassung weiterer Vorschriften im Bereich der Lehrerbildung vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 294)		**x**	**x**			
120	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 ThürIfSZVO i.V.m. Thüringer Verordnung über die Anpassung der Meldepflicht für Infektionskrankheiten (Thüringer Infektionskrankheitenmeldeverordnung - ThürIfKrMVO -) vom 15. Februar 2003, zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Februar 2015 (GVBl. S. 3), Thüringer Gesetz über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz (ThürKosttrG-IfSG) vom 18. Dezember 2002 (GVBl. S. 483), Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV-Durchführungsgesetz) vom 21. März 2013 (BGBl. I S. 566), AsylG, ThürmedHygVO	Aufgaben nach ThürIfKrMVO, ThürKosttrG-IfSG, IGV und IGV-DG, ThürmedHygVO, VV-TMASGFF vom 27.03.2000 zu Gesundheitsuntersuchungen nach § 62 AsylG (ThürStAnz.17/2000 S. 1024) Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten			**x**	**x**			
122	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 ThürIfSZVO i.V.m. §§ 6 und 7 IfSG	Erweiterung der Meldepflicht zur Coronavirus-Krankheit- 2019 (COVID-19), vom Bund veranlasst	Artikel. 1 Nr. 4 Buchst. a und Nr. 5 Buchst. a des Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite vom 19. Mai 2020 (BGBl. I S. 1018) – Einführung § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. t und § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 44a		**x**	**x**			
123	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 16 Abs. 1, 2, 3, 6 und 7 IfSG	Durchführung von Ermittlungen, Anordnung von allgemeinen Maßnahmen und deren Überwachung zur Verhütung übertragbarer Krankheiten, zur Gefahrenabwehr, wenn Gefahr im Verzug			**x**	**x**			
124	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 ThürIfSZVO, § 19 Abs. 1 IfSG,	Aufgaben des Gesundheitsamtes in besonderen Fällen von sexuell übertragbaren Krankheiten und TBC	Artikel 1 des Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	§ 10 Abs. 4 Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Prostituiertenschutzgesetz - ProstSchG) vom 21. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2372), zuletzt geändert durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. März 2021 (BGBl. I S. 327), § 1 ThürAGProstSchG, § 10 ProstSchG		vom 21. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2372) und Thüringer Gesetz zur Ausführung des Prostituiertenschutzgesetzes (ThürAGProstSchG) vom 31. Juli 2021 (GVBl. 2021, 379)						
125	§ 2 VO–ÖGD, § 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 20 Abs.1, § 22 Abs. 1 und 2 IfSG i. V. m § 1 Abs. 1 Nr. 5 VO-ÖGD	Angebot und Durchführung von Impfberatungen, unentgeltlichen Schutzimpfungen oder anderen Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe, Dokumentation von Schutzimpfungen			**x**	**x**			
126	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 20 Abs. 12 Satz 1 IfSG	Aufgaben nach dem Masernschutzgesetz - § 20 Abs. 12 Satz 1 IfSG - Aufforderung von zum Masernschutznachweis verpflichteten Personen zur Vervollständigung des Impfschutzes gegen Masern und zur Vorlage eines ausreichenden Masernschutznachweises bei Nichtvorlage eines Masernschutznachweises oder bei bestehendem Zweifel an dessen Echtheit oder inhaltlichen Richtigkeit - § 20 Abs. 12 Satz 2 IfSG - Anordnung einer ärztlichen Untersuchung auf Echtheit oder inhaltliche Richtigkeit eines vorgelegten Masernschutznachweises - § 20 Abs. 12 Satz 3 IfSG - Aufforderung von zum Masernschutznachweis verpflichteten Person zur Vorlage des Masernschutznachweises - Aufforderung zur Vervollständigung des Impfschutzes gegen Masern - § 20 Abs. 9 S. 6, 7 IfSG - Anordnung von Betretungs-, Beschäftigungs- oder Tätigkeitsverboten	Artikel 1 Nr. 8 Buchst. e des Masernschutzgesetzes vom 10. Februar 2020 (BGBl. I S. 148) - § 20 Abs. 8 bis 14 IfSG eingeführt		**x**	**x**			
127	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 20 a IfSG	Vollzug der einrichtungsbezogenen Impfpflicht	Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie vom 10.12.2021		**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
			(BGBl. I S. 5162) - § 20a IfSG eingeführt						
128	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 23 Abs.6 IfSG i.V.m. § 36 Abs1 IfSG	Aufgaben zur infektionshygienischen Überwachung von Einrichtungen: - Einrichtungen nach § 23 Abs. 5 Satz 1 unterliegen der infektionshygienischen Überwachung des Gesundheitsamtes (Krankenhäuser, Einrichtungen für ambulantes Operieren, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Dialyseinrichtungen, Tageskliniken, Entbindungseinrichtungen und Behandlungs- und Vorsorgeeinrichtungen die mit einer der vorgenannten Einrichtungen vergleichbar sind) nach § 23 Abs.6 Satz 1 IfSG - Einrichtungen nach § 23 Abs. 5 Satz 2 können durch das Gesundheitsamt infektionshygienisch überwacht werden (Zahnarztpraxen, Arztpraxen und Praxen sonstiger humanmedizinischer Heilberufe, in denen invasive Eingriffe vorgenommen werden) nach § 23 Abs.6 Satz 2 IfSG			**x**	**x**			
129	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. §§ 25, 27 IfSG	Durchführung von Ermittlungen (Untersuchungen, Entnahme von Untersuchungsmaterial) Unterrichtungspflicht des Gesundheitsamtes			**x**	**x**			
130	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. §§ 28, 29, 30 Abs. 1, 31 IfSG	Anordnung von Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, Anordnung einer Beobachtung, Anordnung der Quarantäne, Auferlegung eines beruflichen Tätigkeitsverbots			**x**	**x**			
131	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 34 Abs. 6, 7, 10, 10a und 11 IfSG	- Entgegennahme von Meldungen von zwei oder mehr gleichartigen schwerwiegenden Erkrankungen in Gemeinschaftseinrichtungen - Zulassung von Ausnahmen des Verbots der Teilnahme an Lehr-, Erziehungs-, Pflege-, Aufsichts- oder sonstige Tätigkeiten erkrankter Personen, bei denen ansonsten die Möglichkeit der Übertragung der Erkrankung oder der Verlausung besteht - Belehrung von in Gemeinschaftseinrichtungen betreuten Personen oder deren Sorgeberechtigten über Impfschutz und Prävention übertragbarer Krankheiten			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Ladung von Personensorgeberechtigten zur ärztlichen Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgemäßen, nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes bei der Erstaufnahme in eine Kindertageseinrichtung - Erhebung des Impfstatus bei Erstaufnahme in die erste Klasse							
132	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 35 IfSG	Belehrung für Personen in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen (Erstbelehrung, ggf. Wiederholung der Belehrung (im Auftrag des Arbeitgebers)			**x**	**x**			
133	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 36 Abs. 1, 2, 3 IfSG	Infektionshygienische Überwachung bei bestimmten Einrichtungen, Unternehmen und Personen			**x**	**x**			
134	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 37 Abs. 3 IfSG	Überwachung der Wassergewinnungs- u. Wasserversorgungsanlagen, Schwimm- und Badebecken einschließlich ihrer Wasseraufbereitungsanlagen			**x**	**x**			
135	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 42 Abs. 1, 3 und 4 IfSG und § 43 Abs. 1 und 4 IfSG	Aussprechen des Tätigkeits- und Beschäftigungsverbotes bzw. Zulassen von Ausnahmen Erstbelehrung für Personen, die gewerbsmäßig Lebensmittel herstellen ggf. Wiederholung der Belehrung im Auftrag des Arbeitgebers			**x**	**x**			
136	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 11 IfSG	Übermittlung der vorgeschriebenen Angaben			**x**	**x**			
137	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 17 Abs.1, 2 und 3 IfSG	Anordnung von besonderen Maßnahmen zur Verhütung übertragbarer Krankheiten			**x**	**x**			
138	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 25 Abs. 4 IfSG	Anordnung der inneren Leichenschau			**x**	**x**			
139	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 34 Abs. 7 und 9 IfSG	Zulassung von Ausnahmen und Anordnung von Schutzmaßnahmen in Gemeinschaftseinrichtungen			**x**	**x**			
140	§ 1 ThürIfSZVO i.V.m. § 41 Abs. 1 IfSG	Infektionshygienische Überwachung von Einrichtungen zur Abwasserbeseitigung			**x**	**x**			
141	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 13 Abs. 2 ThürmedHygVO	MRE – Netzwerkaufbau Koordination und Netzwerkarbeit			**x**	**x**			
142	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 2 Abs.1 Nr. 4 ThürBKG	Katastrophenschutz, Mitwirkung			**x**	**x**			
143	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 6 VO-ÖGD i.V.m. §§ 6, 7, 9, 10, 11 und 12 IfSG und §§ 1 und 2 ThürIfKrMVO	Erfassung und epidemiologische Bewertung von Infektionskrankheiten, Übermittlung durch das Gesundheitsamt über das TLV an das RKI			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
144	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 5 VO-ÖGD i.V.m. § 20 und § 22 IfSG	Vorbereitung, Durchführung, Dokumentation von Schutzimpfungen, die durch die zuständigen staatlichen Behörden festgelegt oder öffentlich empfohlen werden sowie Impfberatung			**x**	**x**			
145	§ 1 Abs. 2 ThürIfSZVO i.V.m. Coronavirus-Testverordnung (TestV) vom 21. September 2021 (BAnz AT 21.09.2021 V1), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. Juni 2022 (BAnz AT 29.06.2022 V1)	Aufgaben gemäß Coronavirus-Testverordnung	Verordnung zum Anspruch auf Testung in Bezug auf einen direkten Erregernachweis des Coronavirus SARS-CoV-2 Coronavirus-Testverordnung (TestV) vom 21.09.2021 (BAnz AT 21.09.2021 V1) und Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten und zur Übertragung von Verordnungsermächtigungen im Rahmen des Infektionsschutzes (ThürIfSZVO) vom 12. Juli 2022, (GVBl. S. 316)		**x**	**x**			
146	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 4 und § 5 Nr. 2 Thüringer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach der Trinkwasserverordnung und dem Infektionsschutzgesetz in Bezug auf Trinkwasser (ThürTrinkwZustVO) vom 28. November 2014 (GVBl. S. 722) i.V.m. § 1 und § 6 VO-ÖGD i.V.m. §§ 37 bis 39 IfSG i.V.m. Trinkwasserverordnung (TrinkwV) i.d.F. der Bekanntmachung vom 10. März 2016 (BGBl. I S. 459), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 22. September 2021 (BGBl. I S. 4343)	Aufgaben nach der TrinkwV und ThürTrinkwZustVO, Überwachung der Trinkwasserqualität einschließlich der Anlagen zur Trinkwassergewinnung sowie Trinkwasserversorgung und dazugehöriger Schutzzonen			**x**	**x**			
147	§ 2 VO-ÖGD § 1 und § 6 VO-ÖGD i.V.m. §§ 37 bis 39 IfSG i.V.m. § 8 Thüringer Verordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer (ThürBgwVO) vom 30. Juni 2009 (GVBl. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 28. Mai 2019 (GVBl. S. 74, 122) i. V. m.	Aufgaben nach § 1 und § 6 VO-ÖGD i. V. m. §§ 37 bis 39 IfSG, § 8 ThürBgwVO, Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15.02.2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG (Abl. EU 2006 Nr. L64 S.37) und BäderOBVO,			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	Ordnungsbehördliche VO über Sicherheitsvorkehrungen in Badeanstalten im Freistaat Thüringen (BäderOBVO) vom 9. März 2016 (ThürStAnz Nr. 16/2016 S. 609)	Überwachung öffentlich zugänglicher Bäder und Badestellen, natürlicher Badegewässer einschließlich Überwachung der Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser							
148	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 und § 6 VO-ÖGD i.V.m. IfSG und ThürWG	Aufgaben nach §§ 1 und 6 VO-Verwaltungsvorschrift für die Genehmigung des Baus oder der wesentlichen Änderung von Wasserversorgungsanlagen u. Abwasseranlagen des TMLNU v. 14.08.1995 (ThürStAnz. S. 399), Hygienische Überwachung von Anlagen staatlich anerkannter Heilquellen			**x**	**x**			
149	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 1 und § 6 VO-ÖGD i.V.m. IfSG und bis 30. November 2017 i.V.m. ThürAbfG	Aufgaben nach § 1 u. 6 VO-ÖGD i. V. m IfSG, ThAbfG (bis 30. November 2017) - Mitwirkung bei Planungsverfahren bei Bau, wesentlichen Änderungen, Stilllegungen von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen - Hygienische Überwachung von Anlagen zur Abfallbeseitigung einschließlich Deponien			**x**	**x**			
150	§ 2 VO-ÖGD	Aufgaben nach § 1 VO-ÖGD i. V. m. ROG, BauNVO, ThürBO, Bekanntmachung des Ministeriums für Wirtschaft u. Infrastruktur vom 03.09.2001 zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in städtebaulichen Verfahren nach dem Baugesetzbuch und in bauaufsichtlichen Verfahren (ThürStAnz. 40/01), Mitwirkung bei Bauleitplanungsverfahren (Flächennutzungsplanverfahren, Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen), Erarbeitung von Stellungnahmen zu gesundheitlichen Belangen, Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange			**x**	**x**			
151	§ 2 VO-ÖGD	Aufgaben nach § 1 und § 5 VO-ÖGD i.V.m. BImSchG, WHG, UVPG, ThürKOG, Mitwirkung in Genehmigungs-, Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren; Erarbeitung von Stellungnahmen zu gesundheitlichen Belangen bei Genehmigungsverfahren			**x**	**x**			
152	§ 2 VO-ÖGD	Aufgaben nach § 1 und § 8 VO-ÖGD i.V.m. Bestimmungen des/ der IfSG, TrinkwV, BImSchG, WHG, UVPG, ThAbfG (bis 30. November 2017), ThürWG, AbfKlärV, ChemG, Gülleverordnung			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
		- Umweltmedizinische Diagnostik, Beratung, Aufklärung, Objekt- und Wohnungsbegehungen, - Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen - Bodenhygiene: Mitarbeit bei der Erstellung und Bewertung von Altlastenkatastern, Immissionen aus Altlasten und Deponien, Überwachung der Bodenbelastung bei besonderem Expositions- und Dispositionsrisiko der Bevölkerung (Spielplätze, Schulhöfe), besondere Beratung der Bevölkerung auf belasteten Flächen - Lufthygiene: Erfassung der Innenraumschadstoffbelastung im Wohn- und Erholungsbereich im Rahmen von Beschwerden, Eingaben von Bürgern; Aufklärung und Beratung von Bürgern bei immissions-bedingten Gesundheitsgefahren, - Stellungnahmen zu immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, - Anwohnerschutz bei produktionsbedingten Industrieimmissionen - Wohnungshygiene: Beratung und Information zur Innenraumhygiene (Innenraumklima= Lufthygiene, chemische Belastung, Lärmschutz)							
153	§ 2 VO-ÖGD i.V.m. § 18 Abs. 3 Thüringer Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch (Thüringer Kindergartengesetz - ThürKigaG -) vom 18. Dezember 2017 ThürKigaG (GVBl. S. 276), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 31. Juli 2021 (GVBl. S. 387)	Ärztliche und Zahnärztliche Untersuchung in Kindertagesstätten			**x**	**x**			
154	§ 1 und § 3 VO-ÖGD i.V.m. §§ 18 und 55 Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 30. April 2003 (GVBl. S. 238), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Mai 2021 (GVBl. S. 215) i. V. m. ThürSchulO i. V. m.	Aufgaben nach § 3 und § 8 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 VO-ÖGD, i.V.m., § 18 und 55 ThürSchulG, ThürSchulgespflVO, ThürSchulO - Ärztliche Schulaufnahmeuntersuchung, - Ärztliche Untersuchung in den Klassenstufen 4 und 8, von Schülern mit sonderpädagogischem			**x**	**x**			

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	Thüringer Verordnung über die Schulgesundheitspflege (ThürSchulgespflVO) vom 26. September 2002 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Artikel 3 der Verordnung vom 15. November 2018 (GVBl. S. 708) und § 8 ThürKigaG	Förderbedarf sowie von Schülern an Sportgymnasien und sportbetonten Regelschulen - Beratung und Betreuung (außerhalb von Reihenuntersuchungen), Gutachten, Stellungnahmen, Zeugnisse - Zahnmedizinische Gruppenprophylaxe im Schulbereich (§ 21 SGB V) - Maßnahmen der Zahngesundheitsförderung und –erziehung in Schulen							
155	§ 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3, Abs. 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 und 2 VO-ÖGD	Aufgaben nach § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2, 3 und Abs. 2, § 8 Abs. 1 und 2 VO-ÖGD (außer schulärztlicher, schulzahnärztlicher Dienst und Sozialpsychiatrischer Dienst), Gesundheitsförderung unter anderem durch - Beratung von Frauen in der Schwangerschaft - Informationsveranstaltungen zur gesunden Lebensweise - Gesundheitstage, Gesundheitswochen, Informationen und Koordination von Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen - Pressemitteilungen, Broschüren, Merkblätter, Wegweiser für gesundheitsfördernde Angebote			**x**	**x**			
156	§ 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. April 2022 (BGBl. I S. 674) i.V.m. § 1 Abs. 3 Verordnung zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und der Investitionen in den Gemeinden (Bauplanungs- und Zulassungsverordnung - BauZVO -) vom 20.06.1990 (GBl. der DDR I Nr. 45 S. 739)	Bauleitplanung – Aufstellung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen, Mitwirkung bei Baugenehmigungsverfahren (Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens)				**x**	**x**	**x**	**x**
157	Thüringer Bauordnung (ThürBO) vom 13. März 2014 (GVBl. S. 49), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2020 (GVBl. S. 561) davor Thüringer Bauordnung in der Fassung vom 16. März 2004 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Mai 2011 (GVBl. S. 85) und	Untere Bauaufsichtsbehörde - Erteilung von Baugenehmigungen, Bauüberwachung			**x**	**x**	**x**		**x**

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
	Erste Thüringer Verordnung zur Übertragung von Aufgaben des Landrats als der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde auf kreisangehörige Gemeinden und zur Erklärung von kreisangehörigen Gemeinden zur Großen kreisangehörigen Stadt (GVBl. 1994 S. 546) und Zweite Thüringer Verordnung zur Übertragung von Aufgaben des Landrats als der unteren staatlichen Verwaltungsbehörde auf kreisangehörige Gemeinden und zur Erklärung von kreisangehörigen Gemeinden zur Großen kreisangehörigen Stadt (GVBl. 1994 S. 1070) und Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach(Eisenach-Neugliederungsgesetz - EisenachNGG -) vom 16. Oktober 2019 (GVBl. S. 429)								
158	Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten im Bauwesen (ThürZustBauVO) vom 22. April 2008 (GVBl. S. 108), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. November 2013 (GVBl. S. 334)	Genehmigung von Bebauungsplänen kreisangehöriger Gemeinden (gilt nicht für große kreisangehörige Städte)			**x**				
159	§ 8 Abs. 1 S. 1 Grundstücksverkehrsordnung (GVO), neugefasst durch Artikel 15 § 1 des Gesetzes vom 20.12.1993 (BGBl. I S. 2182, 2221), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 21.11.2016 (BGBl. I S. 2591)	Erteilung von Genehmungen nach der Grundstücksverkehrsordnung			**x**	**x**			
160	§ 1 Abs. 3 und 4 Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Wohnraumförderung (Thüringer Wohnraumförderzuständigkeitsverordnung -ThürWoZVO-) vom 5. März 2013 (GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. Dezember 2016 (GVBl. S. 648)	Aufgaben der Zweckbestimmung und Belegungsbindungen nach § 3 des Gesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Sozialwohnungen (Wohnungsbindungsgesetz), neugefasst durch Bekanntmachung vom 13. September 2001 (BGBl. I S. 2404), zuletzt geändert durch Artikel 161 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) sowie der Aufgaben nach dem Thüringer Wohnraumfördergesetz (ThürWoFG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 1)			**x**	**x**	**x**		

Anlage 2

Tabelle der übertragenen Aufgaben nach §§ 3 und 88 ThürKO (Stand 28.09.2022)

LK – Landkreise
kfS – kreisfreie Städte
GK – Große Kreisstädte
G – Gemeinden
GS – Große kreisangehörige Städte

lfd. Nr. – laufende Nummer

lfd. Nr.	Rechtsgrundlagen der Aufgabenübertragung	Wesentlicher Inhalt der aktuellen Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises	Standardänderungen seit 2014 mit den jeweiligen Rechtsgrundlagen	Finanzierung durch Regelungen außerhalb des § 23 ThürFAG	LK	kfS	GK	G	GS
161	§ 2 Abs. 3 i.V.m. §§ 4 und 7 Thüringer Geodateninfrastrukturgesetz (ThürGDIG) vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 574), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 525)	Erfassen von Metadaten und Bereitstellung von Geodaten			**x**	**x**	**x**	**x**	**x**
162	Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Wohngeldbereich (ThürWoGZVO) vom 24. Juli 2007 (GVBl. S. 96), zuletzt geändert durch Verordnung vom 7. Dezember 2016 (GVBl. S. 654)	Wohngeld – Bewilligung und Rückforderung von Wohngeld etc.	Letzte Änderung der sachlichen Zuständigkeiten erfolgte durch Verordnung vom 7. Dezember 2016.		**x**	**x**		**x*)**	

*) einzelne Städte

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 11: Entwicklung der Steuereinnahmen der Thüringer Kommunen seit 2014 und Vergleich zu anderen Flächenländern

Einnahme der Gemeinden/ Gv. in Thüringen in Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Steuern und steuerähnliche Einnahmen (Gr. 00 bis 03 abzgl. Gr. 810)	1.357.437.049	1.478.262.805	1.573.231.085	1.684.866.701	1.807.311.922	1.837.127.847	1.738.288.445	1.930.635.032
darunter: Grundsteuer A (Gr. 000)	11.247.421	11.422.324	11.630.359	11.686.053	11.778.477	11.581.217	11.775.648	11.814.030
Grundsteuer B (Gr.001)	216.012.659	221.247.662	229.918.898	231.358.392	234.512.670	236.105.351	238.206.950	240.679.102
Gewerbesteuer - netto (Gr. 003 - Gr.810)	555.710.938	597.442.725	656.305.413	692.746.096	764.288.285	742.207.200	636.624.251	824.092.130
Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (Gr. 010)	475.447.248	533.904.497	555.189.188	605.521.540	622.148.744	655.295.755	636.291.443	647.965.713
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (Gr. 012)	82.400.505	95.763.203	100.263.536	121.592.844	152.532.682	169.890.770	195.107.396	189.134.049
sonstige Steuern und steuerähnliche Einnhamen (Gr. 02 und 03)	16.618.278	18.482.394	19.923.691	21.961.776	22.051.064	22.047.554	20.282.757	16.950.008

Quelle: Rechnungsergebnisse der Gemeinden / Gv. 2014-2020; Kassenstatistik 2021

Steuern und steuerähnliche Einnahmen nach Flächenländern (Gr. 00 bis 03 abzgl. Gr. 810) in Millionen Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Baden-Würtemberg	12.814	13.774	14.524	15.700	16.443	16.800	15.652	17.823
Bayern	15.874	16.818	17.817	18.714	20.052	20.538	19.423	23.086
Brandenburg	1.756	1.831	1.946	2.165	2.279	2.466	2.291	2.592
Hessen	8.178	8.421	9.165	9.587	9.893	10.397	9.930	11.674
Mecklenburg-Vorpommern	983	1.066	1.151	1.228	1.307	1.346	1.317	1.438
Niedersachsen	7.729	7.947	8.433	8.810	9.424	9.804	9.276	10.353
Nordrhein-Westfalen	19.458	21.260	22.263	24.232	25.210	26.084	24.303	27.495
Rheinland-Pfalz	3.715	4.076	4.152	4.480	4.833	4.916	4.626	5.902
Saarland	834	868	900	971	1.066	1.061	1.053	1.150
Sachsen	2.872	2.965	3.180	3.432	3.573	3.750	3.397	4.183
Sachsen-Anhalt	1.446	1.514	1.679	1.703	1.815	1.878	1.778	1.907
Schleswig-Holstein	2.542	2.768	2.936	3.215	3.395	3.505	3.633	3.861
Thüringen	1.357	1.478	1.573	1.685	1.807	1.838	1.738	1.931

Quelle: ZDL - Zentrale Datentelle der Landesfinanzminister - 2014-2018 Rechnungsergebnisse; 2019-2021 Kassenstatistik

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 14: Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze der Thüringer Kommunen seit 2014 und Vergleich zu anderen ostdeutschen Flächenländern sowie dem Saarland und Schleswig-Holstein

Durchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze nach Gebietskörperschaftsebenen in Thüringen in Prozent	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
kreisfreie Städte*)	445	455	459	458	458	458	457	456	11	2,47	0,34
kreisangehörige Gemeinden	367	372	383	388	389	390	392	394	27	7,36	1,01

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Durchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze nach ausgewählten Flächenländern in Prozent	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
Brandenburg	314	320	316	321	319	316	324	322	8	2,50	0,34
Mecklenburg-Vorpommern	362	365	369	377	380	382	384	388	26	7,23	0,99
Saarland	416	422	434	441	445	446	449	445	29	6,99	0,96
Sachsen	418	418	421	422	422	422	421	423	5	1,08	0,15
Sachsen-Anhalt	368	363	323	361	363	376	382	389	21	5,75	0,60
Schleswig-Holstein	360	368	375	378	380	378	380	381	21	5,70	0,79
Thüringen	389	396	404	407	408	407	409	410	21	5,33	0,74
Ostdeutsche Flächenländer	374	375	368	378	379	379	383	386	12	3,24	0,45

Quelle: Realsteuervergleich 2014-2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 15: Entwicklung der Grundbeträge zur Gewerbesteuer der Thüringer Kommunen seit 2014 und Vergleich zu anderen ostdeutschen Flächenländern sowie dem Saarland und Schleswig-Holstein

Grundbeträge zur Gewerbesteuer nach Gebietskörperschaftsebenen in Thüringen in Tsd. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
kreisfreie Städte*)	43.990	46.498	48.769	49.610	58.194	51.158	44.542	56.484	12.495	28,40	2,72
kreisangehörige Gemeinden	113.529	119.320	128.687	137.044	146.549	148.928	124.698	162.772	49.243	43,38	4,32

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Durchschnittliche Grundbeträge zur Gewerbesteuer nach ausgewählten Flächenländern in Tsd. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
Brandenburg	248.165	244.402	263.935	318.104	320.717	360.094	292.048	375.915	127.750	51,48	4,81
Mecklenburg-Vorpommern	112.531	121.219	140.268	149.095	155.138	151.232	138.635	169480	56.949	50,61	5,30
Saarland	93.211	92.704	94.969	103.604	114.400	107.887	94.740	112408	19.197	20,59	2,20
Sachsen	331.583	321.669	351.527	387.970	391.112	403.128	326.777	486110	154.527	46,60	4,00
Sachsen-Anhalt	179.308	186.592	267.072	219.176	231.039	225.785	189.456	219680	40.372	22,52	1,37
Schleswig-Holstein	303.472	342.934	366.333	406.032	416.427	430.412	418.801	463515	160.043	52,74	5,76
Thüringen	157.519	165.818	177.456	186.654	204.743	200.086	169.240	219257	61.738	39,19	3,94
Ostdeutsche Flächenländer	1.029.105	1.039.700	1.200.259	1.260.998	1.302.750	1.340.325	1.116.156	1.470.442	441.337	42,89	4,18

Quelle: Realsteuervergleich 2014-2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 16: Gewerbesteuerhebesätze der ostdeutschen Flächenländer sowie der Länder Saarland und Schleswig-Holstein

Durchschnittliche Gewerbesteuerhebesätze nach ausgewählten Flächenländern in Prozent	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden							
	mit … bis unter … Einwohner												
	500.000 und mehr	200.000 - 500.000	100.000 - 200.000	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	100.000 und mehr	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	10.000 - 20.000	5.000 - 10.000	3.000 - 5.000	1.000 - 3.000	unter 1000
Brandenburg	-	-	455	413	-	-	-	353	270	326	291	324	316
Mecklenburg-Vorpommern	-	465	-	450	-	-	435	385	361	367	343	351	339
Saarland	-	-	-	-	-	490	-	471	390	423	-	-	-
Sachsen	455	450	-	-	-	-	444	404	395	396	387	395	395
Sachsen-Anhalt	-	450	-	450	-	-	-	395	347	340	352	349	354
Schleswig-Holstein	-	450	-	410	-	-	425	376	373	340	353	355	349
Thüringen	-	470	450	450	441	-	-	412	394	391	391	382	364

Quelle: Realsteuervergleich 2020

Gebietsstand 31.12.2020

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 17: Entwicklung der durchschnittlichen Grundsteuerhebesätze B der Thüringer Kommunen seit 2014 und Vergleich zu anderen ostdeutschen Flächenländern sowie dem Saarland und Schleswig-Holstein

Durchschnittliche Grundsteuerhebesätze B nach Gebietskörperschaftsebenen in Thüringen in Prozent	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
kreisfreie Städte *)	497	498	529	528	527	527	527	532	35	7,04	0,95
kreisangehörige Gemeinden	387	395	402	403	403	403	405	408	21	5,43	0,75

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Durchschnittliche Grundsteuerhebesätze B nach ausgewählten Flächenländern in Prozent	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
Brandenburg	393	396	401	406	408	409	410	412	19	4,96	0,69
Mecklenburg-Vorpommern	403	412	420	424	427	428	432	434	31	7,60	1,04
Saarland	363	380	408	418	439	444	456	469	106	29,26	3,58
Sachsen	488	490	494	495	498	498	499	500	12	2,50	0,35
Sachsen-Anhalt	402	404	410	415	419	420	423	424	22	5,49	0,76
Schleswig-Holstein	368	376	381	390	393	399	404	408	40	10,78	1,45
Thüringen	415	421	435	436	435	435	437	438	23	5,43	0,75
Ostdeutsche Flächenländer	430	434	440	443	445	446	448	449	20	4,59	0,64

Quelle: Realsteuervergleich 2014-2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 18: Entwicklung der Grundbeträge der Grundsteuer B der Thüringer Kommunen seit 2014 und Vergleich zu anderen ostdeutschen Flächenländern sowie dem Saarland und Schleswig-Holstein

Grundbeträge der Grundsteuer B nach Gebietskörperschaftsebenen in Thüringen in Tsd. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014
kreisfreie Städte*)	13.514	13.598	13.680	13.851	14.030	14.201	14.210	13.073	-441	-3,26
kreisangehörige Gemeinden	38.507	38.862	39.209	39.213	39.841	40.043	40.349	41.924	3.416	8,87

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Durchschnittliche Grundbeträge der Grundsteuer B nach ausgewählten Flächenländern in Tsd. Euro	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung insgesamt 2021 zu 2014	Steigerung prozentual 2021 zu 2014
Brandenburg	63.109	63.204	64.201	64.384	65.261	65.788	66.675	67.871	4.762	7,02
Mecklenburg-Vorpommern	40.200	40.615	40.946	41.462	42.077	42.477	42.870	43.376	3.176	7,32
Saarland	32.778	32.879	33.516	33.930	34.435	33.696	33.991	34.764	1.986	5,71
Sachsen	96.607	97.620	98.873	99.161	99.738	100.933	101.847	102.709	6.102	5,94
Sachsen-Anhalt	54.992	55.160	55.550	56.378	56.477	57.199	57.331	57.613	2.621	4,55
Schleswig-Holstein	106.465	107.422	108.671	110.638	111.338	113.007	113.903	116.042	9.577	8,25
Thüringen	52.022	52.460	52.889	53.063	53.871	54.244	54.558	54.997	2.975	5,41
Ostdeutsche Flächenländer	306.930	309.060	312.459	314.448	317.424	320.642	323.282	326.566	19.636	6,01

Quelle: Realsteuervergleich 2014-2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

außerhalb Druckbereich

ganze Zahlen für Berechnung

Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
-0,53
1,20

2014 zu 2015	2015 zu 2016	2016 zu 2017	2017 zu 2018	2018 zu 2019	2019 zu 2020	2020 zu 2021
0,00613475	0,00599691	0,012329294	0,01281312	0,01203434	0,00058363	-0,086907819
0,00912881	0,00884746	0,000091388	0,01575994	0,00504772	0,00758511	0,037571803

Grundbeträge 2014

kreisfreie Städ	13514332,6
kreisangehörig	38507484,8

*) ab dem Jahr 2021 wurde d

Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
1,03
1,08
0,83
0,87
0,66
1,22
0,79
0,88

2014 zu 2015	2015 zu 2016	2016 zu 2017	2017 zu 2018	2018 zu 2019	2019 zu 2020	2020 zu 2021
0,00150273	0,01552299	0,002841918	0,01343543	0,00801673	0,01330336	0,017618571
0,01021449	0,00806687	0,012447976	0,01463263	0,00941328	0,00916801	0,011657322
0,00307768	0,01900475	0,012201709	0,01467218	-0,02192587	0,00869012	0,02222181
0,01037697	0,01267282	0,002907093	0,00578145	0,01184479	0,00897151	0,008391095
0,0030539	0,00702322	0,01468289	0,00174973	0,01263493	0,00229363	0,004895406
0,00890509	0,01149729	0,01778347	0,00628558	0,01476326	0,00786861	0,018433817
0,00835274	0,00811016	0,003286092	0,01499209	0,00687686	0,0057616	0,007976435
0,00689019	0,01087815	0,006327025	0,00937421	0,01003776	0,00816501	0,010056154

Durchschnittli 2014

Brandenburg	63109448
Mecklenburg-	40200478
Saarland	32777525
Sachsen	96607000
Sachsen-Anha	54991550
Schleswig-Hol	106464918
Thüringen	52021817,4
Ostdeutsche F	306930293

3

2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung ins	Steigerung pr	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
13597751,5	13679787,9	13850555,4	14030327,7	14201230,2	14209523,3	13073347,2	-440985,433	-3,26309441	
38862250,7	39209152,2	39212735,8	39840621,6	40042746,4	40348796,6	41923955,2	3416470,43	8,87222433	

die kreisfreie Stadt Eisenach große kreisangehörige Stadt des Wartburgkreises

2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Steigerung ins	Steigerung pr	Durchschnittliche jährliche Veränderung prozentual
63204427	64201019	64383993	65260800	65788206	66675210				
40615343	40945646	41461761	42077465	42477316	42870352				
32878715	33515672	33929672	34434907	33696091	33991481				
97620000	98873000	99161271	99737901	100933436	101847159				
55160003	55550144	56377935	56476754	57199465	57330961				
107421516	108670937	110638473	111338299	113006646	113902903				
52460002,2	52888940,1	53063311	53870949	54243977	54558320				
309059775	312458749	314448271	317423869	320642400	323282002				

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 19: Grundsteuerhebesätze B der ostdeutschen Flächenländer sowie der Länder Saarland und Schleswig-Holstein

Durchschnittliche Grundsteuerhebesätze B nach ausgewählten Flächenländern in Prozent	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden							
	mit … bis unter … Einwohner												
	500.000 und mehr	200.000 - 500.000	100.000 - 200.000	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	100.000 und mehr	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	10.000 - 20.000	5.000 - 10.000	3.000 - 5.000	1.000 - 3.000	unter 1000
Brandenburg	-	-	545	504	-	-	-	403	389	382	382	381	378
Mecklenburg-Vorpommern	-	480	-	595	-	-	530	465	388	399	391	389	386
Saarland	-	-	-	-	-	500	-	480	418	417	-	-	-
Sachsen	643	580	-	-	-	-	506	440	422	421	426	420	413
Sachsen-Anhalt	-	497	-	495	-	-	-	412	390	403	396	376	356
Schleswig-Holstein	-	500	-	588	-	-	415	394	386	390	374	353	328
Thüringen	-	550	495	552	459	-	-	432	398	395	398	392	390

Quelle: Realsteuervergleich 2020

Gebietsstand 31.12.2020

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
05100000	Erfurt, Stadt	212.896	550	470
05200000	Gera, Stadt	91.517	600	464
05300000	Jena, Stadt	110.149	495	450
05400000	Suhl, Stadt	36.182	445	424
05500000	Weimar, Stadt	64.845	480	430
06100108	Arenshausen	1.002	400	395
06100212	Asbach-Sickenberg	98	390	395
06100301	Berlingerode	1.223	389	380
06100712	Birkenfelde	527	390	395
06101209	Bodenrode-Westhausen	1.106	380	380
06101408	Bornhagen	255	400	400
06101501	Brehme	1.099	400	400
06101706	Breitenworbis	3.167	389	395
06101813	Büttstedt	858	389	395
06101906	Buhla	472	400	395
06102108	Burgwalde	219	400	400
06102314	Dieterode	77	300	357
06102412	Dietzenrode/Vatterode	129	390	395
06102601	Ecklingerode	703	400	400
06102713	Effelder	1.180	389	395
06102812	Eichstruth	87	450	395
06103101	Ferna	556	400	400
06103208	Freienhagen	285	400	400
06103308	Fretterode	175	400	400
06103409	Geisleden	976	390	380
06103514	Geismar	1.080	389	395
06103608	Gerbershausen	581	400	395
06103706	Gernrode	1.465	400	400
06103909	Glasehausen	148	390	380
06104113	Großbartloff	902	389	395
06104406	Haynrode	672	400	400
06104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	16.877	389	420
06104709	Heuthen	728	450	380
06104808	Hohengandern	587	400	395
06104909	Hohes Kreuz	1.265	390	380
06105614	Kella	475	390	395
06105708	Kirchgandern	596	200	360
06105806	Kirchworbis	1.321	389	395
06106214	Krombach	165	400	400
06106313	Küllstedt	1.328	389	395
06106512	Lenterode	319	390	395
06106608	Lindewerra	265	400	400
06106712	Lutter	704	390	395
06106812	Mackenrode	311	450	400
06106908	Marth	319	400	400
06107400	Niederorschel	5.353	400	395
06107514	Pfaffschwende	288	350	330
06107609	Reinholterode	765	390	380
06107712	Röhrig	230	390	380
06107808	Rohrberg	228	400	400
06108208	Rustenfelde	511	400	400
06108308	Schachtebich	239	380	395

TLS Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06108412	Schönhagen	151	405	395
06108514	Schwobfeld	105	400	400
06108614	Sickerode	141	400	400
06108909	Steinbach	522	379	380
06109112	Steinheuterode	296	390	395
06109401	Tastungen	241	400	400
06109612	Thalwenden	343	360	380
06109712	Uder	2.679	390	380
06109814	Volkerode	240	400	400
06110113	Wachstedt	455	389	385
06110208	Wahlhausen	300	400	400
06110301	Wehnde	370	400	400
06110514	Wiesenfeld	219	410	400
06110709	Wingerode	1.173	300	380
06111112	Wüstheuterode	580	390	395
06111314	Schimberg	2.166	400	380
06111401	Teistungen	2.524	402	383
06111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	20.020	395	395
06111600	Am Ohmberg	3.575	389	395
06111700	Sonnenstein	4.466	390	395
06111800	Dingelstädt, Stadt	6.834	300	390
06200500	Ellrich, Stadt	5.398	411	390
06200853	Görsbach	1.018	402	395
06200954	Großlohra	877	390	350
06202454	Kehmstedt	449	389	357
06202654	Kleinfurra	1.012	400	380
06203354	Lipprechterode	497	389	395
06203754	Niedergebra	650	389	357
06204100	Nordhausen, Stadt	40.758	460	440
06204900	Sollstedt	2.925	390	395
06205453	Urbach	884	405	395
06206200	Hohenstein	2.086	400	395
06206300	Werther	3.107	426	406
06206453	Heringen/Helme, Stadt	4.712	460	440
06206500	Harztor	7.502	402	380
06206654	Bleicherode, Stadt	10.176	420	420
06300351	Bad Salzungen, Stadt	23.087	389	395
06300400	Barchfeld-Immelborn	4.510	389	395
06300606	Berka v. d. Hainich	722	389	395
06300806	Bischofroda	642	350	395
06301156	Buttlar	1.257	389	395
06301559	Dermbach	7.223	410	395
06302359	Empfertshausen	518	389	395
06302806	Frankenroda	319	389	395
06303256	Geisa, Stadt	4.790	389	357
06303356	Gerstengrund	66	389	395
06303706	Hallungen	184	370	350
06304606	Krauthausen	1.584	392	395
06304906	Lauterbach	663	389	395
06305151	Leimbach	1.724	389	380
06305806	Nazza	534	389	395
06306259	Oechsen	599	410	395

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06306657	Ruhla, Stadt	5.392	425	415
06306856	Schleid	1.026	389	395
06307157	Seebach	1.768	389	400
06307600	Treffurt, Stadt	5.929	389	395
06307800	Unterbreizbach	3.342	389	390
06308200	Vacha, Stadt	4.977	390	400
06308459	Weilar	829	410	395
06308659	Wiesenthal	735	430	395
06309200	Wutha-Farnroda	6.286	450	420
06309700	Gerstungen	9.059	389	395
06309800	Hörselberg-Hainich	6.125	389	395
06309900	Bad Liebenstein, Stadt	7.712	389	380
06310100	Krayenberggemeinde	4.994	390	395
06310300	Werra-Suhl-Tal, Stadt	6.315	389	395
06310406	Amt Creuzburg, Stadt	4.701	389	395
06310500	Eisenach, Stadt	41.895	472	460
06400300	Bad Langensalza, Stadt	17.172	420	404
06400401	Bad Tennstedt, Stadt	2.482	389	400
06400501	Ballhausen	816	390	400
06400701	Blankenburg	152	389	395
06400901	Bruchstedt	274	400	400
06401400	Dünwald	2.249	404	400
06401951	Großvargula	707	400	400
06402101	Haussömmern	218	389	395
06402251	Herbsleben	2.890	389	357
06402701	Hornsömmern	161	389	395
06403253	Kammerforst	786	390	395
06403301	Kirchheilingen	778	390	395
06403755	Körner	1.633	404	395
06403801	Kutzleben	585	389	395
06404355	Marolterode	318	405	395
06404501	Mittelsömmern	205	389	395
06404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	35.718	450	420
06405353	Oppershausen	292	360	250
06405552	Rodeberg	2.046	400	395
06405854	Schönstedt	1.317	400	400
06406101	Sundhausen	361	405	395
06406201	Tottleben	140	390	395
06406401	Urleben	390	400	400
06407100	Unstruttal	3.052	390	395
06407200	Menteroda	1.884	390	395
06407300	Anrode	3.137	436	416
06407452	Südeichsfeld	6.545	389	395
06407553	Vogtei	4.301	390	395
06407654	Unstrut-Hainich	5.169	410	410
06407755	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	5.645	440	406
06500152	Abtsbessingen	465	402	383
06500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	10.000	405	395
06500552	Bellstedt	161	395	395
06500855	Borxleben	284	402	400
06501202	Clingen, Stadt	1.051	389	400
06501452	Ebeleben, Stadt	2.652	402	402

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06501656	Etzleben	258	400	385
06501852	Freienbessingen	228	402	383
06501955	Gehofen	609	430	400
06503200	Helbedündorf	2.171	390	395
06503852	Holzsußra	273	400	395
06504255	Kalbsrieth	628	425	395
06504655	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	299	389	357
06504802	Niederbösa	121	410	400
06505102	Oberbösa	315	400	400
06505256	Oberheldrungen	772	410	385
06505655	Reinsdorf	711	425	400
06505852	Rockstedt	209	399	381
06506700	Sondershausen, Stadt	20.940	402	395
06507402	Topfstedt	560	389	400
06507502	Trebra	289	389	400
06507702	Wasserthaleben	384	389	357
06507902	Westgreußen	368	402	395
06508500	Kyffhäuserland	3.867	389	357
06508655	Artern, Stadt	6.541	422	400
06508700	Roßleben-Wiehe, Stadt	7.299	405	395
06508856	An der Schmücke, Stadt	5.953	411	395
06508900	Greußen, Stadt	5.837	396	404
06600514	Belrieth	327	389	395
06601205	Birx	163	389	395
06601351	Breitungen/Werra	4.649	389	395
06601514	Christes	541	389	395
06601614	Dillstädt	763	410	400
06601714	Einhausen	401	389	395
06601814	Ellingshausen	216	410	390
06601905	Erbenhausen	549	390	395
06602251	Fambach	2.033	389	395
06602300	Floh-Seligenthal	5.880	390	395
06602405	Frankenheim/Rhön	1.063	389	395
06602513	Friedelshausen	309	389	395
06603814	Kühndorf	904	389	395
06603914	Leutersdorf	211	389	380
06604113	Mehmels	337	389	395
06604250	Meiningen, Stadt	24.626	440	395
06604514	Neubrunn	487	389	380
06604700	Oberhof, Stadt	1.598	410	400
06604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	1.262	390	395
06605205	Oberweid	485	405	395
06605650	Rippershausen	806	410	395
06605714	Ritschenhausen	327	380	380
06605814	Rohr	911	410	400
06605951	Rosa	664	389	395
06606151	Roßdorf	588	389	395
06606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	19.421	389	400
06606413	Schwallungen	2.227	389	395
06606514	Schwarza	1.163	389	395
06606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	9.428	420	415
06607350	Sülzfeld	833	405	395

TLS Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	5.921	421	401
06607650	Untermaßfeld	1.281	390	395
06607914	Utendorf	437	392	395
06608114	Vachdorf	744	400	395
06608613	Wasungen, Stadt	5.424	402	395
06609200	Zella-Mehlis, Stadt	12.626	390	395
06609300	Rhönblick	2.661	390	360
06609400	Grabfeld	5.597	389	395
06609505	Kaltennordheim, Stadt	5.740	389	395
06700407	Bienstädt	672	389	395
06700912	Dachwig	1.599	389	395
06701112	Döllstädt	1.101	389	395
06701354	Emleben	681	360	360
06701607	Eschenbergen	702	389	357
06701900	Friedrichroda, Stadt	7.144	470	400
06702207	Friemar	1.010	390	400
06702612	Gierstädt	810	380	395
06702900	Gotha, Stadt	45.095	470	400
06703312	Großfahner	829	389	400
06703654	Herrenhof	749	400	400
06704450	Luisenthal	1.191	400	400
06704707	Molschleben	1.011	389	357
06705207	Nottleben	424	389	395
06705350	Ohrdruf, Stadt	9.620	400	400
06705507	Pferdingsleben	376	389	400
06705952	Schwabhausen	789	300	360
06706353	Sonneborn	1.168	404	378
06706400	Bad Tabarz	4.080	470	420
06706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	4.370	400	420
06706712	Tonna	2.939	389	395
06706807	Tröchtelborn	302	389	400
06707107	Tüttleben	776	389	400
06707200	Waltershausen, Stadt	12.736	400	400
06708207	Zimmernsupra	340	390	395
06708700	Nesse-Apfelstädt	5.971	389	400
06708800	Hörsel	4.704	400	400
06708952	Drei Gleichen	7.936	300	370
06709153	Nessetal	7.922	397	381
06709254	Georgenthal	7.248	400	400
06800112	Alperstedt	766	389	357
06800202	Andisleben	590	405	395
06800505	Büchel	238	400	395
06800712	Eckstedt	601	389	395
06800950	Elxleben	2.292	390	390
06801309	Gangloffsömmern	953	400	400
06801402	Gebesee, Stadt	2.097	404	395
06801505	Griefstedt	248	389	395
06801712	Großmölsen	221	450	395
06801906	Großneuhausen	629	390	395
06802112	Großrudestedt	1.839	389	395
06802205	Günstedt	719	400	395
06802509	Haßleben	979	420	400

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06803212	Kleinmölsen	305	389	395
06803306	Kleinneuhausen	424	390	395
06803400	Kölleda, Stadt	6.223	392	400
06803612	Markvippach	551	389	400
06803712	Nöda	814	389	395
06803912	Ollendorf	401	389	395
06804106	Ostramondra	472	390	395
06804206	Rastenberg, Stadt	2.502	390	395
06804305	Riethgen	244	405	357
06804409	Riethnordhausen	999	420	425
06804502	Ringleben	495	402	395
06804812	Schloßvippach	1.371	389	395
06804909	Schwerstedt	583	398	405
06805100	Sömmerda, Stadt	18.807	400	400
06805212	Sprötau	789	389	395
06805309	Straußfurt	2.088	402	440
06805512	Udestedt	788	389	395
06805612	Vogelsberg	698	389	395
06805702	Walschleben	1.801	389	395
06805800	Weißensee, Stadt	3.638	300	390
06805909	Werningshausen	651	390	400
06806150	Witterda	1.079	390	395
06806209	Wundersleben	660	390	400
06806300	Buttstädt	6.664	391	397
06806405	Kindelbrück, Stadt	3.733	402	395
06900102	Ahlstädt	120	389	395
06900302	Beinerstadt	296	389	357
06900402	Bischofrod	163	389	395
06900651	Brünn/Thür.	410	389	357
06900802	Dingsleben	239	389	395
06900902	Ehrenberg	173	389	395
06901102	Eichenberg	166	389	395
06901200	Eisfeld, Stadt	7.524	390	395
06901602	Grimmelshausen	180	389	395
06901702	Grub	158	389	395
06902102	Henfstädt	360	389	395
06902400	Hildburghausen, Stadt	11.693	389	395
06902502	Kloster Veßra	281	389	395
06902602	Lengfeld	401	389	395
06902802	Marisfeld	435	389	395
06903502	Oberstadt	334	389	395
06903702	Reurieth	781	389	395
06904104	Schlechtsart	166	390	395
06904200	Schleusegrund	2.699	390	360
06904300	Schleusingen, Stadt	10.731	370	328
06904402	Schmeheim	263	389	357
06904604	Schweickershausen	167	390	395
06904702	St.Bernhard	250	389	395
06904904	Straufhain	2.701	389	395
06905102	Themar, Stadt	2.781	389	380
06905204	Ummerstadt, Stadt	465	405	395
06905300	Veilsdorf	2.760	390	360

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
06905604	Westhausen	696	390	395
06905851	Auengrund	2.862	389	357
06906100	Masserberg	2.148	402	383
06906200	Römhild, Stadt	6.681	389	395
06906304	Heldburg, Stadt	3.372	390	395
07000109	Alkersleben	309	400	450
07000400	Arnstadt, Stadt	27.164	420	420
07000609	Bösleben-Wüllersleben	621	400	400
07000809	Dornheim	570	400	400
07001102	Elgersburg	1.222	420	420
07001209	Elleben	897	500	400
07001309	Elxleben	560	400	400
07002800	Amt Wachsenburg	7.954	375	380
07002900	Ilmenau, Stadt	38.508	440	420
07003402	Martinroda	1.194	389	400
07004109	Osthausen-Wülfershausen	516	400	400
07004302	Plaue, Stadt	1.989	400	400
07004800	Stadtilm, Stadt	8.414	400	400
07005409	Witzleben	627	400	400
07005700	Geratal	8.835	389	400
07005800	Großbreitenbach, Stadt	6.020	389	395
07100100	Apolda, Stadt	22.242	420	410
07100300	Bad Berka, Stadt	7.446	391	395
07100451	Bad Sulza, Stadt	7.679	399	371
07100553	Ballstedt	279	405	395
07100800	Blankenhain, Stadt	6.526	421	401
07100908	Buchfart	198	300	300
07101308	Döbritschen	225	405	357
07101551	Eberstedt	221	400	285
07101753	Ettersburg	701	389	357
07101908	Frankendorf	157	389	357
07102251	Großheringen	642	300	300
07102508	Großschwabhausen	1.058	360	310
07102708	Hammerstedt	191	400	400
07103108	Hetschburg	246	390	360
07103207	Hohenfelden	374	389	395
07103708	Kapellendorf	443	389	357
07103808	Kiliansroda	182	389	357
07104208	Kleinschwabhausen	226	389	357
07104307	Klettbach	1.292	389	395
07104607	Kranichfeld, Stadt	3.306	412	395
07104908	Lehnstedt	351	389	395
07105308	Magdala, Stadt	1.992	404	380
07105508	Mechelroda	263	405	383
07105608	Mellingen	1.444	300	330
07105907	Nauendorf	308	389	395
07106153	Neumark, Stadt	479	411	395
07106451	Niedertrebra	766	400	300
07106951	Obertrebra	260	389	357
07107108	Oettern	115	389	357
07107751	Rannstedt	167	400	400
07107907	Rittersdorf	270	405	395

TLS Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07108351	Schmiedehausen	362	400	357
07108707	Tonndorf	647	389	395
07108908	Umpferstedt	640	389	370
07109308	Vollersroda	207	360	340
07109508	Wiegendorf	338	350	380
07110100	Ilmtal-Weinstraße	6.352	400	400
07110253	Am Ettersberg, Stadt	7.125	402	370
07110300	Grammetal	6.490	395	395
07200651	Goldisthal	364	389	400
07201100	Lauscha, Stadt	3.203	426	395
07201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	8.816	389	395
07201500	Schalkau, Stadt	3.271	389	357
07201800	Sonneberg, Stadt	23.119	445	395
07201900	Steinach, Stadt	3.741	412	395
07202300	Frankenblick	5.691	389	357
07202400	Föritztal	8.587	389	365
07300154	Allendorf	334	389	395
07300251	Altenbeuthen	209	405	400
07300500	Bad Blankenburg, Stadt	6.119	420	400
07300654	Bechstedt	144	405	400
07301312	Cursdorf	592	404	400
07301412	Deesbach	318	389	395
07301712	Döschnitz	228	405	400
07302805	Gräfenthal, Stadt	1.890	420	400
07303551	Hohenwarte	162	250	395
07303712	Katzhütte	1.277	404	395
07303851	Kaulsdorf	2.365	400	395
07304605	Lehesten, Stadt	1.625	420	391
07305512	Meura	409	405	400
07306705	Probstzella	2.792	404	395
07307412	Rohrbach	180	389	395
07307600	Rudolstadt, Stadt	24.561	402	395
07307700	Saalfeld/Saale, Stadt	28.897	402	395
07308212	Schwarzburg	517	405	400
07308412	Sitzendorf	769	389	395
07309412	Unterweißbach	752	390	395
07310600	Leutenberg, Stadt	2.047	428	395
07310751	Drognitz	606	400	400
07310900	Uhlstädt-Kirchhasel	5.642	415	395
07311100	Unterwellenborn	8.368	340	355
07311254	Königsee, Stadt	7.290	402	395
07311312	Schwarzatal, Stadt	3.457	389	395
07400153	Albersdorf	305	405	395
07400211	Altenberga	742	389	395
07400353	Bad Klosterlausnitz	3.391	389	395
07400411	Bibra	270	402	383
07400553	Bobeck	268	405	395
07400707	Bremsnitz	153	405	395
07400811	Bucha	1.184	404	395
07400951	Bürgel, Stadt	3.058	426	406
07401115	Dornburg-Camburg, Stadt	5.280	402	395
07401205	Crossen an der Elster	1.542	389	395

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07401611	Eichenberg	368	389	395
07401707	Eineborn	326	389	395
07401852	Eisenberg, Stadt	10.651	407	410
07401915	Frauenprießnitz	812	389	395
07402111	Freienorla	328	390	400
07402207	Geisenhain	191	389	410
07402407	Gneus	146	389	395
07402552	Gösen	196	300	300
07402615	Golmsdorf	704	410	395
07402851	Graitschen b. Bürgel	397	405	360
07402907	Großbockedra	163	405	395
07403111	Großeutersdorf	264	450	400
07403215	Großlöbichau	747	389	357
07403311	Großpürschütz	379	450	400
07403411	Gumperda	386	450	400
07403615	Hainichen	195	410	395
07403752	Hainspitz	683	389	390
07403805	Hartmannsdorf	667	389	395
07403905	Heideland	1.767	415	400
07404114	Hermsdorf, Stadt	7.973	390	385
07404211	Hummelshain	617	389	395
07404315	Jenalöbnitz	161	389	395
07404400	Kahla, Stadt	6.733	430	410
07404507	Karlsdorf	114	405	395
07404607	Kleinbockedra	33	405	395
07404707	Kleinebersdorf	185	389	395
07404811	Kleineutersdorf	348	425	400
07404911	Laasdorf	530	405	395
07405115	Lehesten	688	405	395
07405211	Lindig	228	450	400
07405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	449	422	395
07405415	Löberschütz	143	389	357
07405552	Mertendorf	153	389	357
07405607	Meusebach	94	389	395
07405711	Milda	721	389	395
07405850	Möckern	107	405	357
07405914	Mörsdorf	555	405	395
07406151	Nausnitz	75	390	360
07406315	Neuengönna	669	395	395
07406407	Oberbodnitz	234	389	395
07406511	Orlamünde, Stadt	1.098	450	400
07406607	Ottendorf	411	389	395
07406752	Petersberg	285	320	350
07406851	Poxdorf	92	389	357
07407107	Rattelsdorf	76	405	395
07407205	Rauda	299	425	395
07407352	Rauschwitz	217	300	300
07407407	Rausdorf	201	389	395
07407514	Reichenbach	879	389	385
07407611	Reinstädt	471	450	400
07407707	Renthendorf	390	422	395
07407911	Rothenstein	1.133	389	395

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07408150	Ruttersdorf-Lotschen	338	375	350
07408253	Scheiditz	56	389	395
07408414	Schleifreisen	420	390	395
07408553	Schlöben	914	405	395
07408653	Schöngleina	530	389	400
07408711	Schöps	253	389	395
07408911	Seitenroda	197	402	383
07409153	Serba	703	389	395
07409205	Silbitz	623	389	357
07409314	St.Gangloff	1.169	404	395
07409450	Stadtroda, Stadt	6.571	411	383
07409511	Sulza	274	300	395
07409615	Tautenburg	286	389	395
07409707	Tautendorf	141	389	395
07409853	Tautenhain	929	389	395
07409915	Thierschneck	99	389	395
07410107	Tissa	125	389	395
07410207	Trockenborn-Wolfersdorf	603	389	395
07410307	Tröbnitz	458	389	395
07410407	Unterbodnitz	188	389	395
07410553	Waldeck	226	422	395
07410605	Walpernhain	170	450	395
07410707	Waltersdorf	154	320	320
07410807	Weißbach	117	389	395
07410953	Weißenborn	1.146	404	395
07411215	Wichmar	204	389	395
07411315	Zimmern	181	389	395
07411411	Zöllnitz	950	389	395
07411605	Schkölen, Stadt	2.612	400	400
07500605	Bodelwitz	576	389	395
07501404	Dittersdorf	453	395	395
07501605	Döbritz	170	405	395
07501911	Dreitzsch	417	389	357
07502313	Eßbach	236	400	400
07502911	Geroda	231	422	395
07503105	Gertewitz	132	389	395
07503304	Görkwitz	301	389	357
07503404	Göschitz	211	360	350
07503513	Gössitz	298	400	400
07503905	Grobengereuth	194	389	395
07504600	Hirschberg, Stadt	2.071	404	383
07504713	Keila	75	400	400
07504804	Kirschkau	202	389	357
07505150	Kospoda	380	380	360
07505405	Langenorla	1.224	389	395
07505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	297	389	395
07505711	Lemnitz	374	389	357
07506200	Bad Lobenstein, Stadt	5.761	450	410
07506304	Löhma	274	389	395
07506511	Miesitz	272	389	357
07506611	Mittelpöllnitz	283	389	357
07506804	Moßbach	403	389	357

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07506913	Moxa	81	389	400
07507204	Neundorf (bei Schleiz)	264	389	357
07507350	Neustadt an der Orla, Stadt	9.022	394	395
07507405	Nimritz	321	389	395
07507505	Oberoppurg	156	389	395
07507604	Oettersdorf	835	300	320
07507705	Oppurg	1.128	389	395
07507913	Paska	94	389	400
07508113	Peuschen	440	389	400
07508304	Plothen	247	390	360
07508404	Pörmitz	164	389	360
07508500	Pößneck, Stadt	11.697	410	400
07508705	Quaschwitz	67	389	395
07508813	Ranis, Stadt	1.658	389	395
07509311	Rosendorf	161	389	357
07509800	Schleiz, Stadt	8.812	389	395
07509911	Schmieritz	401	389	395
07510113	Schmorda	86	400	400
07510213	Schöndorf	256	400	400
07510313	Seisla	140	400	400
07510505	Solkwitz	59	405	395
07510904	Tegau	388	402	395
07511411	Tömmelsdorf	122	389	357
07511611	Triptis, Stadt	3.563	389	357
07511904	Volkmannsdorf	250	300	300
07512105	Weira	396	389	395
07512405	Wernburg	605	390	395
07512513	Wilhelmsdorf	220	380	400
07512713	Ziegenrück, Stadt	637	389	400
07512913	Krölpa	2.554	400	400
07513100	Gefell, Stadt	2.469	404	383
07513200	Tanna, Stadt	3.482	402	395
07513300	Wurzbach, Stadt	2.986	426	406
07513400	Remptendorf	3.360	400	400
07513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	3.304	389	400
07513600	Rosenthal am Rennsteig	3.946	395	383
07600351	Bad Köstritz, Stadt	3.442	389	395
07600400	Berga/Elster, Stadt	3.206	426	406
07600608	Bethenhausen	223	389	357
07600706	Bocka	459	450	420
07600808	Brahmenau	905	420	400
07600904	Braunichswalde	613	405	395
07601251	Caaschwitz	643	430	400
07601453	Crimla	271	390	395
07601704	Endschütz	324	405	395
07601904	Gauern	121	421	400
07602200	Greiz, Stadt	20.040	439	434
07602308	Großenstein	1.210	420	357
07602651	Hartmannsdorf	339	400	400
07602704	Hilbersdorf	197	400	395
07602808	Hirschfeld	108	389	357
07602956	Hohenleuben, Stadt	1.441	410	410

TLS Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07603306	Hundhaupten	318	400	395
07603404	Kauern	419	389	395
07603608	Korbußen	439	300	330
07603856	Kühdorf	62	413	410
07603956	Langenwetzendorf	4.031	410	410
07604154	Langenwolschendorf	846	400	200
07604206	Lederhose	267	400	395
07604304	Linda b. Weida	434	421	395
07604406	Lindenkreuz	429	450	420
07604906	Münchenbernsdorf, Stadt	2.944	402	395
07605504	Paitzdorf	413	410	395
07605808	Pölzig	1.151	389	357
07605908	Reichstädt	332	450	396
07606100	Ronneburg, Stadt	4.934	420	395
07606204	Rückersdorf	711	389	395
07606406	Saara	591	390	395
07606708	Schwaara	130	300	300
07606806	Schwarzbach	219	390	395
07606904	Seelingstädt	1.281	389	395
07607404	Teichwitz	102	405	395
07607953	Weida, Stadt	8.253	402	395
07608154	Weißendorf	332	411	395
07608404	Wünschendorf/Elster	2.782	409	395
07608606	Zedlitz	724	390	395
07608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	16.096	411	404
07608800	Harth-Pöllnitz	2.807	390	370
07608900	Kraftsdorf	3.719	402	400
07609200	Auma-Weidatal, Stadt	3.403	402	395
07609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	4.681	412	395
07700100	Altenburg, Stadt	30.792	445	440
07700352	Dobitschen	435	421	370
07700504	Fockendorf	788	389	357
07700704	Gerstenberg	503	389	357
07700805	Göhren	414	400	400
07700905	Göllnitz	330	390	395
07701151	Göpfersdorf	227	389	380
07701250	Gößnitz, Stadt	3.394	460	420
07701504	Haselbach	813	389	357
07701609	Heukewalde	187	389	395
07701750	Heyersdorf	111	389	395
07701809	Jonaswalde	319	390	395
07702205	Kriebitzsch	988	390	375
07702351	Langenleuba-Niederhain	1.719	389	395
07702609	Löbichau	942	389	395
07702705	Lödla	718	400	350
07702800	Lucka, Stadt	3.578	460	400
07703105	Mehna	268	400	395
07703200	Meuselwitz, Stadt	9.916	420	404
07703405	Monstab	381	400	300
07703651	Nobitz	7.162	389	395
07703950	Ponitz	1.509	389	395
07704109	Posterstein	462	405	395

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Hebesätze für Grundsteuer B und Gewerbesteuer I. Quartal 2022

Quelle: Kassenstatistik der Gemeinden / Gv. I. Quartal 2022

Gebietsstand 31.03.2022

Gemeindeschlüssel	Gemeinde	Bevölkerung 30.06.2021	Hebesätze in Prozent	
			Grundsteuer B	Gewerbesteuer
07704205	Rositz	2.732	390	395
07704352	Schmölln, Stadt	13.623	440	425
07704405	Starkenberg	1.849	390	360
07704709	Thonhausen	523	405	395
07704804	Treben	1.156	389	357
07704909	Vollmershain	310	389	395
07705204	Windischleuba	1.893	370	357

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 20: Darstellung der Hebesätze im Landes- und Bundesdurchschnitt

Quelle: Realsteuervergleich 2020

Gebietsstand 31.12.2020

Durchschnittliche Hebesätze in Prozent	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden							
	mit … bis unter … Einwohner												
	500.000 und mehr	200.000 - 500.000	100.000 - 200.000	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	100.000 und mehr	50.000 - 100.000	20.000 - 50.000	10.000 - 20.000	5.000 - 10.000	3.000 - 5.000	1.000 - 3.000	unter 1000
Thüringen - Grundsteuer B	-	550	495	552	459	-	-	432	398	395	398	392	390
Thüringen - Gewerbesteuer	-	470	450	450	441	-	-	412	394	391	391	382	364
Bund - Grundsteuer B	601	577	559	487	415	544	517	448	412	384	370	370	369
Bund - Gewerbesteuer	457	461	425	406	369	464	424	382	353	350	347	350	354

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 22: Entwicklung der Schlüsselzuweisungen für Kreis- und Gemeindeaufgaben

Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Kreisaufgaben) und Landkreise in Thüringen

Merkmal	Einheit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Schlüsselzuweisung	EUR	764.408.400	771.499.700	721.911.200	716.006.600	753.867.700	745.389.300	804.946.200	858.905.100	866.339.000

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Kreisaufgaben) und Landkreise"
http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/portrait.asp?TabelleID=KR001633&auswahl=extra&nr=90&Aevas2=Aevas2&daten=jahr&ersterAufruf=x&SZDT=

Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden

Merkmal	Einheit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Schlüsselzuweisung	EUR	537.864.900	542.809.900	510.019.100	505.847.600	517.809.600	508.296.600	549.172.900	586.207.000	655.637.800

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden"
http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/portrait.asp?TabelleID=GE001633&auswahl=land&Aevas2=Aevas2&SZDT=

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 23: Entwicklung des Mehrbelastungsausgleichs

Mehrbelastungsausgleich gem. § 23 Abs. 1 Satz 1 ThürFAG			2014	2015 *	2016	2017 *	2018	2019 *	2020	2021	2022
Nr. 1	Kreisfreie Städte	EUR je EW	85	86	119	120	127	129	139	142	172
Nr. 2	Landkreise	EUR je EW	70	71	89	90	95	97	100	101	108
Nr. 3	Große Kreisstädte und Große kreisangehörige Städte	EUR je EW	53	54	56	57	48	49	49	61	58
Nr. 4	Verwaltungsgemeinschaften, selbstständige Gemeinden, erfüllende Gemeinden und sonstige	EUR je EW	25	25	36	36	34	35	37	38	43

Mehrbelastungsausgleich gem. § 23 Abs. 1a Satz 1 ThürFAG			2014	2015	2016	2017	2018	2019 **	2020	2021	2022
Nr. 1	Zuständigkeiten Straßenverkehrsrecht	EUR je EW					2,16	2,20	1,70	2,27	1,74
Nr. 2	Zuständigkeiten Gewerberecht	EUR je EW					3,48	3,54	3,21	3,56	3,49
Nr. 3	Zuständigkeiten Wohngeldbereich	EUR je EW					4,59	4,67	5,28	5,59	4,62
Nr. 4	Zuständigkeiten Wohnraumförderung	EUR je EW					0,82	0,83	0,82	0,72	0,95

* Pauschalbeträge nach Fortschreibung gem. § 23 Abs. 4 ThürFAG

** Pauschalbeträge nach Fortschreibung gem. § 23 Abs. 1a Satz 3 ThürFAG

Ausgezahlte Jahressumme (2022 - festgesetzte Jahressumme)	EUR	205.739.298,00	207.125.058,00	269.860.453,00	273.962.154,00	282.466.886,69	287.756.799,10	299.706.005,26	305.637.028,90	337.183.072,31

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2015

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2015	0204	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	114.860,30
2015	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	737.985,89
2015	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	711.237,49
2015	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	297.000,00
2015	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	101.593,00
2015	0208	63305	Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich	9.000.000,00
2015	0208	63377	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2015	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	6.798.108,00
2015	0208	68612	Zuweisungen und Zuschüsse zur Schwerpunktförderung im Bereich der Breitenkultur, der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	1.448.197,14
2015	0208	68679	Zuschüsse an Theater und Orchester	65.098.108,41
2015	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	199.970,50
2015	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	1.034.936,43
2015	0208	88312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	396.769,07
2015	0208	88313	Zuschüsse für Fahrbibliotheken	200.000,00
2015	0208	88371	Zuschüsse für kommunale Galerien, Vereine	0,00
2015	0208	88372	Zuschüsse für Investitionen an Theater	95.000,00
2015	0208	88374	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Literaturförderung	0,00
2015	0208	88375	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Musikförderung	0,00
2015	0208	88377	Zuweisungen für infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Soziokultur, Volkskunst und Brauchtumspflege	94.265,55
2015	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	498.903,99
2015	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	1.246.267,22
2015	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen und Gedenkstätten	86.210,00
2015	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2015	0208	88384	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50.000,00
2015	0208	89312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Bereich der Breitenkultur	127.160,00
2015	0303	61301	Zuweisungen an Kommunen zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen	0,00
2015	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	784.600,23
2015	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2015	0304	63302	Erstattungen für die Einrichtung und Unterhaltung von Aussiedlerwohnheimen durch die Kommune - Spätaussiedler	0,00
2015	0304	68172	Krankenhilfe für ausländische Flüchtlinge	0,00
2015	0304	68272	Leistungen für ausländische Flüchtlinge	0,00
2015	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	0,00
2015	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2015	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2015	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	0,00
2015	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	225.020,00
2015	0318	63303	Feuerwehrrente	2.422.428,00
2015	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	68.000,00
2015	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	51,03
2015	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.409.208,53
2015	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2015	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2015	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	235.559,21
2015	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte	5.284.541,49
2015	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2015	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen gemäß § 19 Abs. 6 ThürKitaG vom 16. Dezember 2005	1.890.502,75
2015	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	940.764,56
2015	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	646.399,87
2015	0405	63371	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2015	0405	63372	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Vorhaben sowie Ganztag	86.222,06
2015	0405	63374	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen im schulischen Bereich	18.824,00
2015	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im frühkindlichen und schulischen Bereich	237.505,19
2015	0405	63383	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0405	88323	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2015	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2015	0405	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im frühkindlichen und schulischen Bereich	711.752,88
2015	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	1.656.697,53
2015	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.791.007,82
2015	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	69.872,88
2015	0431	63301	Kostenerstattung für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland	626.207,28
2015	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	10.981.675,04
2015	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	9.814.812,49
2015	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	730.375,43
2015	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	379.506,86
2015	0431	68103	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	290.611,57
2015	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen im Breiten-, Nachwuchsleistungs- und Spitzensport	3.904.521,60
2015	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen im Breiten- und Leistungssport	1.484.925,18
2015	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	3.162.000,00
2015	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen	74.889.892,94
2015	0502	68172	Leistungen für ausländische Flüchtlinge im Rahmen der Erstaufnahme	6.512.272,69
2015	0502	68472	Maßnahmen zur Integrationsförderung	446.924,51
2015	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	140.290,18
2015	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	3.027.109,04
2015	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	300.000,00
2015	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	62.498.613,42
2015	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	0,00
2015	0703	88381	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2007-2013	8.478.554,40
2015	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	0,00
2015	0703	88481	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	36.404,57
2015	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2015	0726	88374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in die Infrastruktur	169.744,94
2015	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	118.834.768,26
2015	0811	63302	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	4.249.769,25
2015	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	160.593,85
2015	0820	63305	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland	37.290,03
2015	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	562.306,00
2015	0820	68133	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	79.344.363,82
2015	0820	89302	Zuschüsse an freie und kommunale Träger zum Bau, zur Ausstattung und Verbesserung von Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	0,00
2015	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	1.543.769,29
2015	0824	63303	Ausgaben nach dem Thüringer Gesetz zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes	224.037,00
2015	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	18.265.491,76
2015	0824	68401	Zuschuss für die Durchführung des Europäischen Schulobstprogramms in Thüringen	0,00
2015	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	2.560.770,02
2015	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2015	0905	63387	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände (EFRE ab 2007)	0,00
2015	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	56.100,00
2015	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	216.344,69
2015	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	25.524,38
2015	0905	88307	Zuschüsse zur Deponierekultivierung	159.807,93
2015	0905	88308	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	753.000,00
2015	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	1.251.247,94
2015	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	3.544.097,44
2015	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	63.397,12
2015	0907	63378	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzgroßprojekte, Naturschutzmaßnahmen)	12.000,00
2015	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	179.207,31
2015	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	0,00
2015	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	23.990.610,00
2015	1002	68675	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	39.513.715,57
2015	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	493.913,11
2015	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	-31.705,28
2015	1004	66101	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	2.080.873,54
2015	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	2.683.862,52
2015	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	5.148.204,03
2015	1004	88305	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur -Bund-Landes-Programm-	0,00
2015	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz - Bund-Landes-Programm -	17.194.666,36
2015	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	3.104.494,87
2015	1004	88314	Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Planungsleistungen -Landesprogramm-	0,00
2015	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	5.210.254,60
2015	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	3.203.428,21
2015	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	4.724,47
2015	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	1.692.359,47
2015	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	2.315.700,00
2015	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	19.029.340,47
2015	1004	88329	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der städtebaulichen Erneuerung	2.270.204,15
2015	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	2.394.897,23
2015	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	0,00
2015	1004	88401	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2007-2013)	12.134,86
2015	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2015	1004	89302	Zuwendungen für herausgehobene kommunale und sonstige Infrastrukturinvestitionen	0,00
2015	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	2.999.998,41
2015	1007	88301	Zuweisungen an Gemeinden für den kommunalen Straßenbau	31.760.972,53
2015	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2015	1007	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen im ÖPNV	6.725.489,52
2015	1007	89171	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	7.983.218,57
2015	1007	89271	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	359.000,00
2015	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	287.234,20
2015	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2015	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	0,00
2015	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	33.440,99
2015	1011	63393	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	57.905,01
2015	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.916.500,00
2015	1011	88393	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ELER)	6.953.142,97
2015	1011	88395	Investitionszuschüsse an Gemeinden (LEADER)	333.810,40
2015	1012	88374	Zuschüsse zur Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung im Kommunalwald	16.640,81
2015	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.702.533,36
2015	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	92.416,88
2015	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	15.684.701,77
2015	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	1.306.467,89
2015	1012	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	162.732,55
2015	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	2.610.597,72
2015	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2015	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden LEADER	0,00
2015	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	0,00
2015	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2015	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	3.751.920,53
2015	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden LEADER	228.823,95
2015	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	38.190,42
2015	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2015	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	0,00
2015	1013	89181	Zuschüsse zur Förderung forstwirtschaftlicher Wegebau	0,00
2015	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	140.954,74
2015	1716	61308	"Kommunale Finanzgarantie" gemäß § 37 ThürFAG	9.000.000,00
2015	1716	61309	Stabilisierungspauschale für Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 3 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2015	1716	61310	Ergänzende Bedarfszuweisungen für Kommunen gemäß § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	48.000.000,00
2015	1716	63369	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	0,00
2015	1716	76201	Kommunales Infrastrukturpaket für Gemeinschaftsbaumaßnahmen und Ortsdurchfahrten	0,00
2015	1716	88301	"Kommunale Finanzgarantie" für Investitionen	1.000.000,00
2015	1716	88302	Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte gemäß § 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	39.997.148,40
2015	1716	88303	Investitionspauschale für Landkreise gemäß § 2 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2015	1716	88304	Schulinvestitionspauschale nach § 2a ThürÜbergangsG	36.000.000,00
2015	1716	88305	Zuweisungen des Landes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	8.424.500,00
2015	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	0,00
2015	1804	88301	Zuschüsse für das Schulbausanierungsprogramm	0,00

insgesamt: 884.763.879,05

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2016

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2016	0204	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	114.860,30
2016	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	862.405,06
2016	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	880.000,00
2016	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	303.000,00
2016	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	247.045,00
2016	0208	63305	Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich	9.000.000,00
2016	0208	63378	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2016	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	297.924,72
2016	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	181.938,83
2016	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	6.799.958,00
2016	0208	68612	Zuweisungen und Zuschüsse zur Schwerpunktförderung im Bereich der Breitenkultur, der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	1.243.477,57
2016	0208	68679	Zuschüsse an Theater und Orchester	69.196.660,83
2016	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	227.344,85
2016	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	99.000,00
2016	0208	88312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	270.361,88
2016	0208	88313	Zuschüsse für Fahrbibliotheken	0,00
2016	0208	88371	Zuschüsse für kommunale Galerien, Vereine	0,00
2016	0208	88372	Zuschüsse für Investitionen der freien Theater	116.900,00
2016	0208	88374	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Literaturförderung	0,00
2016	0208	88375	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Musikförderung	0,00
2016	0208	88377	Zuweisungen für infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Soziokultur	97.000,00
2016	0208	88378	Zuschüsse für Investitionen	0,00
2016	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	625.000,00
2016	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	1.063.869,26
2016	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen und Gedenkstätten	59.000,00
2016	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2016	0208	88384	100 Jahre Bauhausjubiläum im Jahr 2019 - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	42.500,00
2016	0208	89312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Bereich der Breitenkultur	441.371,45
2016	0303	61301	Zuweisungen an Kommunen zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen	0,00
2016	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	652.727,92
2016	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2016	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	0,00
2016	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2016	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2016	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	0,00
2016	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	229.700,00
2016	0318	63303	Feuerwehrrente	2.394.438,00
2016	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	67.200,00
2016	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	0,00
2016	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.395.885,55
2016	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	4.999.704,67
2016	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	679.082,43
2016	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	121.097,18
2016	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte	5.451.762,48
2016	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2016	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2016	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen gemäß § 19 Abs. 6 ThürKitaG vom 16. Dezember 2005	1.740.297,84
2016	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	3.938.022,49
2016	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	628.564,41
2016	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2016	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Vorhaben sowie Ganztag	115.270,52
2016	0405	63374	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen im schulischen Bereich	53.997,90
2016	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	180.057,60
2016	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2016	0405	88323	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2016	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2016	0405	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	444.977,89
2016	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	1.602.083,32
2016	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.596.981,86
2016	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	5.926,91
2016	0431	63301	Kostenerstattung für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland	0,00
2016	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	11.912.824,11
2016	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	10.006.868,67
2016	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	867.457,33
2016	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	815.191,28
2016	0431	63384	Kostenerstattung für UMF	70.733.624,68
2016	0431	68103	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	477.220,95
2016	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	4.819.812,40
2016	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	782.375,97
2016	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	3.255.000,00
2016	0501	68478	Zuschuss für die Durchführung des Europäischen Schulobst- und -gemüseprogramms (Landesmittel)	226.049,65
2016	0501	68678	Zuschuss für die Durchführung des Europäischen Schulobst- und -gemüseprogramms (EU-Mittel)	549.588,94
2016	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen	140.226.420,05
2016	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	26.875.000,00
2016	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	694.409,38
2016	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	1.385.065,55
2016	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	659.000,00
2016	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	48.661.353,58
2016	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	0,00
2016	0703	88381	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2007-2013	0,00
2016	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	37.600,00
2016	0703	88481	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2016	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2016	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	87.170,00
2016	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	378.730,00
2016	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	118.885.355,94
2016	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention	18.325,75
2016	0811	63302	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	435.427,09
2016	0811	68112	Landesblindengeld/Sinnesbehindertengeld	8.678.397,80
2016	0812	63371	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	16.905,74
2016	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	78.405.599,57
2016	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	139.474,18
2016	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	991.409,54
2016	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	1.422.729,52
2016	0824	63303	Ausgaben nach dem Thüringer Gesetz zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes	7.259,85
2016	0824	63378	Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	217.649,21
2016	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	18.071.226,78
2016	0824	68133	Thüringer Erziehungsgeld	16.839.355,35
2016	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	0,00
2016	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	20.740.805,27
2016	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	30.000.000,00
2016	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	1.766.626,02
2016	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2016	0905	63387	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände (EFRE ab 2007)	0,00
2016	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	146.271,47
2016	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	246.447,50
2016	0905	88307	Zuschüsse zur Deponierekultivierung	0,00
2016	0905	88308	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	62.667,82
2016	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	2.670.984,30
2016	0905	88771	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände und Gemeinden (Wasserentnahmeabgabe)	0,00
2016	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	6.795.918,39
2016	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0,00
2016	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	13.960,00
2016	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	66.000,00
2016	0907	63378	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzgroßprojekte, Naturschutzmaßnahmen)	5.100,00
2016	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	177.020,02
2016	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	47.916,00
2016	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	12.346,77
2016	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2016	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	20.564.549,00
2016	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	947.280,42
2016	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	-38.507,81
2016	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	3.392.590,45
2016	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.319.700,00
2016	1004	66101	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	2.080.873,54
2016	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	1.600.264,41
2016	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	4.400.254,68
2016	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz - Bund-Landes-Programm -	16.013.795,68
2016	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	2.619.693,14
2016	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	5.162.388,80
2016	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	1.552.077,54
2016	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	0,00
2016	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	2.348.217,15
2016	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	2.066.400,00
2016	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	22.169.337,10
2016	1004	88329	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der städtebaulichen Erneuerung	2.301.528,00
2016	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	2.574.979,60
2016	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	9.000.000,00
2016	1004	88401	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2007-2013)	0,00
2016	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2016	1004	89302	Zuwendungen für herausgehobene kommunale und sonstige Infrastrukturinvestitionen	33.988,00
2016	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	2.999.999,95
2016	1007	76101	Neubau von Landesstraßen (Ortsumgehungen)	1.705.624,48
2016	1007	76201	Ortsgerechter Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten	8.009.352,41
2016	1007	77301	Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen abzustufender Landesstraßen	0,00
2016	1007	88301	Zuweisungen an Gemeinden für den kommunalen Straßenbau	23.185.858,92
2016	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2016	1007	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen im ÖPNV	5.219.502,67
2016	1007	89171	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	8.997.478,91
2016	1007	89271	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	763.850,00
2016	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	378.742,25
2016	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	28.000,00
2016	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	0,00
2016	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	130.000,00
2016	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	1011	63393	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2016	1011	63395	Sonstige Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2016	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.005.000,00
2016	1011	88393	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ELER)	0,00
2016	1011	88395	Investitionszuschüsse an Gemeinden (LEADER)	0,00
2016	1012	63382	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2016	1012	88374	Zuschüsse zur Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung im Kommunalwald	0,00
2016	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.721.938,84
2016	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2016	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	14.942.268,01
2016	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	818.471,07
2016	1012	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2016	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	7.910.774,83
2016	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2016	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2016	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	37.040,31
2016	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2016	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	15.162.937,16
2016	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	3.006.081,54
2016	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	1.638.105,71
2016	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	1.171.258,89
2016	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2016	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	3.865.492,35
2016	1616	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	0,00
2016	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	765.237,95
2016	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	429.332,55
2016	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	23.488,01
2016	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2016	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	0,00
2016	1716	61308	"Kommunale Finanzgarantie" gemäß § 37 ThürFAG	0,00
2016	1716	61309	Stabilisierungspauschale für Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 3 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2016	1716	61310	Ergänzende Bedarfszuweisungen für Kommunen gemäß § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2016	1716	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Betriebskostenzuschüsse am Standort Oberhof	0,00
2016	1716	76201	Kommunales Infrastrukturpaket für Gemeinschaftsbaumaßnahmen und Ortsdurchfahrten	0,00
2016	1716	88301	"Kommunale Finanzgarantie" für Investitionen	0,00
2016	1716	88302	Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte gemäß § 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2016	1716	88303	Investitionspauschale für Landkreise gemäß § 2 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2016	1716	88304	SchulinvestitionspauschaleSchulinvestitionspauschale nach § 2a ThürÜbergangsG	0,00
2016	1716	88305	Zuweisungen des Landes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	0,00
2016	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	6.472.775,65
			insgesamt:	**960.447.361,30**

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2017

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2017	0204	63101	Erstattungen an den Bund	504,93
2017	0204	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	113.850,45
2017	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	887.100,00
2017	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	835.158,26
2017	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	309.000,00
2017	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	141.227,00
2017	0208	63305	Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich	8.999.999,90
2017	0208	63378	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2017	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	280.557,10
2017	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	82.912,27
2017	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	6.839.798,00
2017	0208	68612	Zuweisungen und Zuschüsse zur Schwerpunktförderung im Bereich der Breitenkultur, der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	1.321.216,11
2017	0208	68679	Zuschüsse an Theater und Orchester	67.926.246,99
2017	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	251.905,08
2017	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	400.000,00
2017	0208	88312	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte der öffentlichen Bibliotheken, Musikschulen und Jugendkunstschulen	256.048,94
2017	0208	88313	Zuschüsse für Fahrbibliotheken	0,00
2017	0208	88350	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Kommunalinvestitionsgesetzes	1.448.732,04
2017	0208	88371	Zuschüsse für kommunale Galerien, Vereine	0,00
2017	0208	88372	Zuschüsse für Investitionen der freien Theater	99.100,00
2017	0208	88374	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Literaturförderung	0,00
2017	0208	88375	Zuweisungen für Investitionen im Bereich der Musikförderung	0,00
2017	0208	88377	Zuweisungen für infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Soziokultur	106.220,00
2017	0208	88378	Zuschüsse für Investitionen	0,00
2017	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	423.039,68
2017	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	1.280.832,29
2017	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen und Gedenkstätten	45.639,07
2017	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2017	0208	88384	100 Jahre Bauhausjubiläum im Jahr 2019 - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000,00
2017	0208	89312	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Bereich der Breitenkultur	422.315,68
2017	0303	61301	Zuweisungen an Kommunen zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen	0,00
2017	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	624.674,66
2017	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	1.030,84
2017	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	1.680.316,96
2017	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2017	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2017	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	426,78
2017	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	233.800,00
2017	0318	63303	Feuerwehrrente	2.349.726,00
2017	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	84.800,00
2017	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	1.497,72
2017	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.471.810,04
2017	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	5.964.792,08
2017	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	45.739,69
2017	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	64.517,09
2017	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte	5.114.400,58
2017	0318	88350	Zuschüsse für den Brandschutz nach § 2des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	225.000,00
2017	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2017	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2017	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen gemäß § 19 Abs. 6 ThürKitaG vom 16. Dezember 2005	2.093.050,33
2017	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	6.742.395,37
2017	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	566.114,50
2017	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2017	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Vorhaben sowie Ganztag	102.706,87
2017	0405	63374	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen im schulischen Bereich	52.287,00
2017	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	186.277,49
2017	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2017	0405	88323	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2017	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2017	0405	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	420.325,08
2017	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	1.530.758,78
2017	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.597.934,55
2017	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00
2017	0431	63301	Kostenerstattung für Kinder und Jugendliche aus dem Ausland	0,00
2017	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	11.993.222,25
2017	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	10.223.445,09
2017	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	871.994,55
2017	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	720.738,88
2017	0431	63384	Kostenerstattung für UMF	71.200.706,68
2017	0431	68103	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	700.000,00
2017	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	5.260.231,19
2017	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	1.321.533,48
2017	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	3.354.999,97
2017	0501	68478	Zuschuss für die Durchführung des Europäischen Schulobst- und -gemüseprogramms (Landesmittel)	216.490,05
2017	0501	68678	Zuschuss für die Durchführung des Europäischen Schulobst- und -gemüseprogramms (EU-Mittel)	538.788,83
2017	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen	93.066.535,31
2017	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	1.920.667,26
2017	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	764.585,80
2017	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	577.196,38
2017	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	363.900,00
2017	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	40.170.305,88
2017	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2017	0703	88381	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2007-2013	0,00
2017	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	384.563,18
2017	0703	88481	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2017	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2017	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	129.510,00
2017	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.879.965,56
2017	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	137.650.281,49
2017	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention	32.568,77
2017	0811	63302	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	81.810,82
2017	0811	68112	Landesblindengeld/Sinnesbehindertengeld	10.052.843,30
2017	0812	63371	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	4.288,49
2017	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	82.463.293,07
2017	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	131.835,89
2017	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	634.872,22
2017	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	2.454.512,83
2017	0824	63303	Ausgaben nach dem Thüringer Gesetz zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes	952,65
2017	0824	63378	Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	326.075,47
2017	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	25.865.626,94
2017	0824	68133	Thüringer Erziehungsgeld	610.887,73
2017	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	27.622,37
2017	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	22.095.084,95
2017	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	29.997.113,80
2017	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	193.526,46
2017	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2017	0905	63387	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände (EFRE ab 2007)	0,00
2017	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	115.677,74
2017	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	240.335,00
2017	0905	88307	Zuschüsse zur Deponierekultivierung	0,00
2017	0905	88308	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	181.000,00
2017	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	950.976,07
2017	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	310.348,75
2017	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	2.153.815,36
2017	0905	88771	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände und Gemeinden (Wasserentnahmeabgabe)	0,00
2017	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	6.459.142,06
2017	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	0,00
2017	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	0906	88350	Zuweisung für kommunale Klimaschutzvorhaben	29.524,99
2017	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	39.781,76
2017	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50.000,00
2017	0907	63378	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzgroßprojekte, Naturschutzmaßnahmen)	0,00
2017	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	181.203,07
2017	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	78.660,00
2017	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	18.213,59
2017	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2017	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	22.804.061,00
2017	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	1.250.053,36
2017	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	0,00
2017	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	343.371,59
2017	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	-66.515,25
2017	1004	66101	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	2.079.658,46
2017	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	297.584,37
2017	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	4.641.209,96
2017	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz - Bund-Landes-Programm -	17.677.649,37
2017	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	3.310.265,75
2017	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	6.095.215,04
2017	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	1.890.838,22
2017	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	0,00
2017	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	3.808.779,51
2017	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	3.854.000,00
2017	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	19.210.718,13
2017	1004	88329	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der städtebaulichen Erneuerung	22.996,22
2017	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	3.221.224,23
2017	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	18.795.396,40
2017	1004	88401	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2007-2013)	0,00
2017	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2017	1004	89302	Zuwendungen für herausgehobene kommunale und sonstige Infrastrukturinvestitionen	1.722.586,00
2017	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2017	1007	76101	Neubau von Landesstraßen (Ortsumgehungen)	7.829.398,01
2017	1007	76201	Ortsgerechter Um- und Ausbau sowie Erhaltung von Landesstraßen in Ortsdurchfahrten	7.707.573,58
2017	1007	77301	Erhaltungsmaßnahmen im Rahmen abzustufender Landesstraßen	3.504.316,57
2017	1007	88301	Zuweisungen an Gemeinden für den kommunalen Straßenbau	20.331.372,07
2017	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2017	1007	88350	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	629.100,00
2017	1007	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen im ÖPNV	4.318.839,98
2017	1007	89171	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	12.785.699,00
2017	1007	89271	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	947.195,08
2017	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	341.858,83
2017	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	18.983,00
2017	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	19.338,41
2017	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	56.000,00
2017	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	1011	63393	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2017	1011	63395	Sonstige Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2017	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	155.000,00
2017	1011	88393	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ELER)	0,00
2017	1011	88395	Investitionszuschüsse an Gemeinden (LEADER)	0,00
2017	1012	63382	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2017	1012	88374	Zuschüsse zur Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung im Kommunalwald	0,00
2017	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.461.698,89
2017	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2017	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	14.328.042,95
2017	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	275.105,01
2017	1012	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2017	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	7.336.894,34
2017	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2017	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2017	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	54.640,80
2017	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2017	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	10.317.887,59
2017	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	2.170.921,59
2017	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	1.608.642,16

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2017	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	1.098.835,98
2017	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2017	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	6.125.048,54
2017	1616	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	0,00
2017	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	164.081,16
2017	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	178.117,92
2017	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	0,00
2017	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00
2017	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	0,00
2017	1716	61308	"Kommunale Finanzgarantie" gemäß § 37 ThürFAG	0,00
2017	1716	61309	Stabilisierungspauschale für Landkreise und kreisfreie Städte gemäß § 3 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2017	1716	61310	Ergänzende Bedarfszuweisungen für Kommunen gemäß § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2017	1716	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Betriebskostenzuschüsse am Standort Oberhof	0,00
2017	1716	76201	Kommunales Infrastrukturpaket für Gemeinschaftsbaumaßnahmen und Ortsdurchfahrten	0,00
2017	1716	88301	"Kommunale Finanzgarantie" für Investitionen	0,00
2017	1716	88302	Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte gemäß § 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2017	1716	88303	Investitionspauschale für Landkreise gemäß § 2 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz	0,00
2017	1716	88304	SchulinvestitionspauschaleSchulinvestitionspauschale nach § 2a ThürÜbergangsG	0,00
2017	1716	88305	Zuweisungen des Landes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	0,00
2017	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	15.232.106,96
			insgesamt:	**926.972.832,96**

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2018

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2018	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	959.289,27
2018	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	877.028,81
2018	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	309.000,00
2018	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	232.843,00
2018	0208	63305	Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich	0,00
2018	0208	63306	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2018	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	287.817,74
2018	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	185.130,39
2018	0208	68579	Zuschüsse an Theater und Orchester einschließlich Transformationskosten	75.128.454,27
2018	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	7.595.136,00
2018	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	340.307,61
2018	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	200.000,00
2018	0208	88350	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Kommunalinvestitionsgesetzes	5.836.110,94
2018	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	4.548.945,73
2018	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	1.509.797,25
2018	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen und Gedenkstätten	50.000,00
2018	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2018	0208	88384	100 Jahre Bauhausjubiläum im Jahr 2019 - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	325.000,00
2018	0208	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der spartenbezogenen Projektförderung	239.155,34
2018	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	390.177,14
2018	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2018	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	504.195,02
2018	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	260.000,00
2018	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2018	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	2.625,00
2018	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	301.675,00
2018	0318	63303	Feuerwehrrente	2.312.334,00
2018	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	80.000,00
2018	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	882,02
2018	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.597.143,04
2018	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	5.770.256,60
2018	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2018	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	5.841,28
2018	0318	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalfunk	46.354,97
2018	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte	4.256.295,76
2018	0318	88350	Zuschüsse für den Brandschutz nach § 2 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	2.571.676,11
2018	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2018	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2018	0404	63301	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung des beitragsfreien Kindergartenjahres	31.666.045,06
2018	0404	63302	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung von Leitungsanteilen in Kindertageseinrichtungen	5.423.236,00
2018	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Praktikanten	1.938.317,28
2018	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	5.609.848,18
2018	0404	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Kindertageseinrichtungen nach § 3 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	4.750.000,00
2018	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	576.960,83
2018	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2018	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Vorhaben sowie Ganztag	62.790,79
2018	0405	63374	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen im schulischen Bereich	49.846,14
2018	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	161.497,81
2018	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2018	0405	88323	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2018	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2018	0405	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	430.610,55
2018	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0406	63301	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.072.182,91
2018	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	1.614.568,46
2018	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.604.401,51
2018	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00
2018	0431	63302	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	999.609,09
2018	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	14.375.934,11
2018	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	10.730.847,55
2018	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	845.966,88
2018	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	735.596,71
2018	0431	63384	Sonstige Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	72.830.096,06
2018	0435	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Sporteinrichtungen nach § 4 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	598.769,78
2018	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	5.908.547,84
2018	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	1.960.000,00
2018	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	4.045.000,00
2018	0502	63372	Erstattungen an Landkreise, kreisfreie Städte und Krankenkassen für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	79.134.407,06
2018	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	148.000,00
2018	0512	68301	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagessens an Thüringer Schulen	295.000,00
2018	0512	68478	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (Landesmittel)	206.785,89
2018	0512	68678	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (EU-Mittel)	631.782,58
2018	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	861.997,51
2018	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	530.869,79
2018	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	809.600,00
2018	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	41.457.252,34
2018	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	418.000,00
2018	0703	88381	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2007-2013	0,00
2018	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	11.214.573,01
2018	0703	88481	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2018	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2018	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	75.380,00
2018	0726	63377	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0726	68377	Förderung an private Unternehmen	485.156,57
2018	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	137.441,22
2018	0726	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	132.982.936,66
2018	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention	37.745,71
2018	0811	63303	Mehrbelastungsausgleich nach dem Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld	56.057,22
2018	0811	68112	Landesblindengeld / Sinnesbehindertengeld	12.081.960,69
2018	0812	63371	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	8.038,32
2018	0812	88350	Zuschüsse an Tierheime nach § 10 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur und Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	315.442,64
2018	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	78.157.894,84
2018	0820	63302	Barbetrag nach dem Sozialgesetzbuch XII	2.019.021,62
2018	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	106.488,10
2018	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	594.708,06
2018	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	2.369.173,52
2018	0822	63374	Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	0,00
2018	0824	63303	Ausgaben nach dem Thüringer Gesetz zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes	0,00
2018	0824	63377	Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"; Sonderprogramm "Thüringer Eltern-Kind-Zentren" (SP ThEKiZ)	1.690.947,67
2018	0824	63378	Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	0,00
2018	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	49.543.074,95
2018	0824	68133	Thüringer Erziehungsgeld	8.000,00
2018	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	95.268,13
2018	0829	88350	Zuweisungen an Krankenhäuser nach § 9 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur und Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	10.000.000,00
2018	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	26.987.761,80
2018	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	39.990.000,60
2018	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	78.886,13
2018	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2018	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	65.730,09
2018	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	211.150,00
2018	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	0,00
2018	0905	88305	Zuweisungen des Landes für Abwasserentsorgungsanlagen	0,00
2018	0905	88307	Zuschüsse zur Deponierekultivierung	0,00
2018	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	106.780,55
2018	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	1.126.812,19
2018	0905	88385	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	483.338,34
2018	0905	88750	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungspflichtige	0,00
2018	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	8.640.434,31
2018	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	172.527,23
2018	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	0906	88350	Zuweisungen für kommunale Klimaschutzvorhaben	54.482,77
2018	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	0,00
2018	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	22.686,63
2018	0907	63378	Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzmaßnahmen)	0,00
2018	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	274.116,77
2018	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	68.082,42
2018	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	5.285,09
2018	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	22.039,39
2018	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	24.738.953,50
2018	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	250.668,44
2018	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	0,00
2018	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	780.127,56
2018	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	71.028,36
2018	1003	88373	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	0,00
2018	1004	62301	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	1004	66101	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	0,00
2018	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	0,00
2018	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	3.530.738,77
2018	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz -Bund-Landes-Programm-	17.329.451,81
2018	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	1.643.323,48
2018	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	7.129.447,33
2018	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	1.208.494,28
2018	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	0,00
2018	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	3.582.522,17
2018	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	2.806.889,82
2018	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	21.427.218,19
2018	1004	88327	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Investitionspakt Soziale Integration im Quartier -Bund-Landes-Programm-	443.880,00
2018	1004	88328	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Zukunft Stadtgrün -Bund-Landes-Programm-	47.899,25
2018	1004	88329	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der städtebaulichen Erneuerung	0,00
2018	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	4.744.892,42
2018	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	22.726.623,10
2018	1004	88333	Zuwendungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen	776.507,25
2018	1004	88350	Zuwendungen an Gemeinden zur Förderung von Barrierefreiheit in den Kommunen	82.085,13
2018	1004	88351	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	864.000,00
2018	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2018	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2018	1006	63302	Zuweisungen an Kommunen aus Mauteinnahmen auf Bundesstraßen und auf Straßen nach Landesrecht	0,00
2018	1007	63370	Zuweisungen an Kommunen für den Fuß- und Radverkehr	0,00
2018	1007	88301	Zuweisungen an Gemeinden für den kommunalen Straßenbau	35.302.476,80
2018	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2018	1007	88350	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	3.435.230,00
2018	1007	88370	Zuweisungen für Investitionen an Kommunen für den Fuß- und Radverkehr	0,00
2018	1007	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen im ÖPNV	4.870.063,46
2018	1007	89171	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	11.752.766,10
2018	1007	89250	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (RennsteigShuttle)	1.000.000,00
2018	1007	89271	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	1.120.900,00
2018	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	185.577,03
2018	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	14.707,93
2018	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	23.613,41
2018	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	184.488,45
2018	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	1011	63393	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	1011	63395	Sonstige Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2018	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2018	1011	88393	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ELER)	0,00
2018	1011	88395	Investitionszuschüsse an Gemeinden (LEADER)	0,00
2018	1012	63382	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2018	1012	88374	Zuschüsse zur Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung im Kommunalwald	0,00
2018	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.638.275,34
2018	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2018	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	13.234.099,06
2018	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	913.016,79
2018	1012	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2018	1012	88383	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für lokale Basisdienstleistungen	1.174.316,02
2018	1012	88384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes	304.224,58
2018	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	7.310.192,19
2018	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2018	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2018	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	15.855,26
2018	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2018	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	12.085.229,21
2018	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	2.149.196,82
2018	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	1.615.202,16
2018	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	991.222,14
2018	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2018	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	5.763.082,98
2018	1616	63371	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	27.949,05
2018	1620	63301	Erstattungen an Gemeinden	0,00
2018	1710	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	114.860,30
2018	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	850.275,53
2018	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	158.163,73
2018	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	143.204,92
2018	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00
2018	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	0,00
2018	1716	61311	Strukturbegleithilfen (Gebietsreform)	4.810.749,58
2018	1716	61312	Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gebietsreform)	27.667.800,00
2018	1716	61313	Zuweisungen zur Schuldentilgung (Gebietsreform)	0,00
2018	1716	61314	Zuweisungen für Anpassungshilfe (Gebietsreform)	0,00
2018	1716	61315	Zuweisungen (Gebietsreform)	4.472.975,49
2018	1716	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Betriebskostenzuschüsse am Standort Oberhof	0,00
2018	1716	63305	Zuweisungen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit	0,00
2018	1716	76201	Kommunales Infrastrukturpaket für Gemeinschaftsbaumaßnahmen und Ortsdurchfahrten	0,00
2018	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	22.161.151,46
2018	1716	88311	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	24.984.918,14
2018	1716	88312	Investitionspauschale für Schulgebäude, Schulturnhallen und Maßnahmen zur Digitalisierung in den Schulen	25.000.000,00
2018	1716	88313	Investitionspauschale für Ober- und Mittelzentren	24.999.260,07
2018	1716	88314	Investitionspauschale für Städte und Gemeinden	24.984.918,14
			insgesamt:	**1.173.291.977,24**

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2019

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2019	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	1.000.000,00
2019	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	870.884,35
2019	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	309.000,00
2019	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	115.300,00
2019	0208	63305	Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im kulturellen Bereich	0,00
2019	0208	63306	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	111.000,00
2019	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	311.100,42
2019	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	190.110,63
2019	0208	68579	Zuschüsse an Theater und Orchester einschließlich Transformationskosten	76.111.418,12
2019	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	7.740.790,00
2019	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	403.356,94
2019	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	200.000,00
2019	0208	88350	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Kommunalinvestitionsgesetzes	2.161.452,08
2019	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	9.575.381,88
2019	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	1.398.791,39
2019	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen und Gedenkstätten	151.329,51
2019	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2019	0208	88384	100 Jahre Bauhausjubiläum im Jahr 2019 - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	34.000,00
2019	0208	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der spartenbezogenen Projektförderung	608.237,88
2019	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	179.154,09
2019	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2019	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	0,00
2019	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	1.417.583,57
2019	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	2.202.791,27
2019	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	5.950,00
2019	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	319.350,00
2019	0318	63303	Feuerwehrrente	2.331.900,00
2019	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	85.600,00
2019	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	59.785,59
2019	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.592.827,06
2019	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	4.562.946,63
2019	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2019	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	60.323,93
2019	0318	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalfunk	1.297.906,85
2019	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte	5.071.022,87
2019	0318	88350	Zuschüsse für den Brandschutz nach § 2 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	4.970.062,19
2019	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2019	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2019	0404	63301	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung des beitragsfreien Kindergartenjahres	29.868.410,19
2019	0404	63302	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung von Leitungsanteilen in Kindertageseinrichtungen	5.041.596,00
2019	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Praktikanten	2.082.550,90
2019	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	7.173.286,78
2019	0404	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Kindertageseinrichtungen nach § 3 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	3.350.000,00
2019	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	514.608,76
2019	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2019	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von unterrichtsbegleitenden und außerunterrichtlichen schulischen Vorhaben sowie Ganztag	114.263,27
2019	0405	63374	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung internationaler pädagogischer und kultureller Beziehungen im schulischen Bereich	41.301,00
2019	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	461.386,84
2019	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2019	0405	88323	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2019	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Schulsports	0,00
2019	0405	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im schulischen Bereich	466.802,54
2019	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0406	63301	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	16.666,36
2019	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	1.600.000,00
2019	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.626.091,55
2019	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00
2019	0431	63302	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	1.007.269,25
2019	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	14.634.329,00
2019	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	11.032.916,45
2019	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	892.379,55
2019	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	802.767,67
2019	0431	63384	Sonstige Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	50.633.768,65
2019	0435	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Sporteinrichtungen nach § 4 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	2.028.815,21
2019	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	6.625.463,20
2019	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	1.164.326,90
2019	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	4.121.900,00
2019	0502	63372	Erstattungen an Landkreise, kreisfreie Städte und Krankenkassen für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	94.306.676,85
2019	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	0,00
2019	0512	68301	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagessens an Thüringer Schulen	1.016.831,79
2019	0512	68478	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (Landesmittel)	51.837,03
2019	0512	68678	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (EU-Mittel)	736.877,85
2019	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	315.800,84
2019	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	571.862,09
2019	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	395.000,00
2019	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	42.850.172,83
2019	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	1.967.000,00
2019	0703	88381	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2007-2013	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2019	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	12.598.677,43
2019	0703	88481	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2019	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2019	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.690,40
2019	0726	63377	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0726	68377	Förderung an private Unternehmen	278.289,68
2019	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.878.714,96
2019	0726	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	115.962.382,99
2019	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention	15.219,40
2019	0811	63303	Mehrbelastungsausgleich nach dem Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld	27.163,92
2019	0811	68112	Landesblindengeld / Sinnesbehindertengeld	13.883.219,79
2019	0812	63371	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	2.979,04
2019	0812	88350	Zuschüsse an Tierheime nach § 10 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur und Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	684.556,84
2019	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	82.473.563,29
2019	0820	63302	Barbetrag nach dem Sozialgesetzbuch XII	2.021.236,00
2019	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	95.227,67
2019	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	368.930,99
2019	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	2.478.990,91
2019	0822	63374	Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	76.173,50
2019	0824	63303	Ausgaben nach dem Thüringer Gesetz zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug des Betreuungsgeldgesetzes	0,00
2019	0824	63377	Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"; Sonderprogramm "Thüringer Eltern-Kind-Zentren" (SP ThEKiZ)	7.602.608,96
2019	0824	63378	Landesprogramm "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	0,00
2019	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	46.827.593,58
2019	0824	68133	Thüringer Erziehungsgeld	0,00
2019	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	171.550,41
2019	0829	88350	Zuweisungen an Krankenhäuser nach § 9 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur und Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	0,00
2019	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	26.571.398,92
2019	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	39.990.000,60
2019	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	11.610,66
2019	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2019	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	9.647.569,54
2019	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	223.300,00
2019	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	0,00
2019	0905	88305	Zuweisungen des Landes für Abwasserentsorgungsanlagen	10.147.293,30
2019	0905	88307	Zuschüsse zur Deponierekultivierung	0,00
2019	0905	88350	Förderung der Abwasserbehandlung	1.499.913,71
2019	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	419.896,88
2019	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	1.750.859,41
2019	0905	88385	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	800.310,63
2019	0905	88750	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungspflichtige	4.972.826,42
2019	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	5.788.423,71
2019	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	259.161,79
2019	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	0906	88350	Zuweisungen für kommunale Klimaschutzvorhaben	1.330.760,98
2019	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	0,00
2019	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	45.201,54
2019	0907	63378	Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzmaßnahmen)	5.222,58
2019	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	238.442,49
2019	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	63.195,00
2019	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	17.237,21
2019	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2019	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	25.139.103,00
2019	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	1.185.200,88
2019	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	0,00
2019	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	2.071.458,50
2019	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	-19.747,21
2019	1003	88373	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	0,00
2019	1004	62301	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	312.793,00
2019	1004	66101	Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen	0,00
2019	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	0,00
2019	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	3.868.536,69
2019	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz -Bund-Landes-Programm-	15.058.538,63
2019	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	2.301.489,36
2019	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	6.340.370,18
2019	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	3.087.788,74
2019	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	48.600,00
2019	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	5.200.567,28
2019	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	2.118.383,35
2019	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	30.104.153,39
2019	1004	88327	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Investitionspakt Soziale Integration im Quartier -Bund-Landes-Programm-	1.274.500,97
2019	1004	88328	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Zukunft Stadtgrün -Bund-Landes-Programm-	686.039,97
2019	1004	88329	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke der städtebaulichen Erneuerung	0,00
2019	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	4.697.239,97
2019	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	21.346.264,70
2019	1004	88333	Zuwendungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen	454.458,01
2019	1004	88350	Zuwendungen an Gemeinden zur Förderung von Barrierefreiheit in den Kommunen	846.273,96
2019	1004	88351	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	14.048.285,06
2019	1004	88353	Landemittel zur Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	1.560.920,58
2019	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2019	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2019	1006	63302	Zuweisungen an Kommunen aus Mauteinnahmen auf Bundesstraßen und auf Straßen nach Landesrecht	451.095,27
2019	1007	63370	Zuweisungen an Kommunen für den Fuß- und Radverkehr	0,00
2019	1007	88301	Zuweisungen an Gemeinden für den kommunalen Straßenbau	43.061.686,86
2019	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2019	1007	88350	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	1.876.970,00
2019	1007	88370	Zuweisungen für Investitionen an Kommunen für den Fuß- und Radverkehr	0,00
2019	1007	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen im ÖPNV	5.806.643,91
2019	1007	89171	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	17.717.690,96
2019	1007	89250	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (RennsteigShuttle)	0,00
2019	1007	89271	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	2.421.650,69
2019	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	491.336,68
2019	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	59.067,04
2019	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	539.824,40
2019	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	122.811,53

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2019	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	1011	63393	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2019	1011	63395	Sonstige Zuschüsse für Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2019	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	250.000,00
2019	1011	88385	Zuschüsse für Investitionen an gemeinden und Gemeindeverbände zur Bewältigung von Extremwetterereignissen im Wald (Landesprogramm)	1.362,00
2019	1011	88393	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ELER)	0,00
2019	1011	88395	Investitionszuschüsse an Gemeinden (LEADER)	0,00
2019	1012	63382	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2019	1012	88374	Zuschüsse zur Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung im Kommunalwald	0,00
2019	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.327.162,90
2019	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2019	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.819.975,32
2019	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	1.717.498,02
2019	1012	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (LEADER)	0,00
2019	1012	88383	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für lokale Basisdienstleistungen	1.859.892,29
2019	1012	88384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes	145.348,06
2019	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	8.023.711,80
2019	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2019	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2019	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	51.711,64
2019	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2019	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	12.400.904,19
2019	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	3.652.405,47
2019	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	1.040.716,17
2019	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	1.262.511,56
2019	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2019	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	3.979.019,36
2019	1616	63371	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	473.572,06
2019	1620	63301	Erstattungen an Gemeinden	0,00
2019	1710	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	114.860,30
2019	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	484.699,22
2019	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	213.229,81
2019	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	9.213,33
2019	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00
2019	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	3.229,16
2019	1716	61311	Strukturbegleithilfen (Gebietsreform)	6.168.213,98
2019	1716	61312	Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gebietsreform)	67.454.800,00
2019	1716	61313	Zuweisungen zur Schuldentilgung (Gebietsreform)	12.496.839,06
2019	1716	61314	Zuweisungen für Anpassungshilfe (Gebietsreform)	5.751.065,66
2019	1716	61315	Zuweisungen (Gebietsreform)	0,00
2019	1716	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Betriebskostenzuschüsse am Standort Oberhof	0,00
2019	1716	63305	Zuweisungen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit	0,00
2019	1716	76201	Kommunales Infrastrukturpaket für Gemeinschaftsbaumaßnahmen und Ortsdurchfahrten	0,00
2019	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	15.280.259,57
2019	1716	88311	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	24.984.918,14
2019	1716	88312	Investitionspauschale für Schulgebäude, Schulturnhallen und Maßnahmen zur Digitalisierung in den Schulen	24.981.500,20
2019	1716	88313	Investitionspauschale für Ober- und Mittelzentren	24.999.260,07
2019	1716	88314	Investitionspauschale für Städte und Gemeinden	24.984.918,14

insgesamt: 1.276.414.505,56

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2020

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2020	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	1.235.200,00
2020	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	1.040.517,73
2020	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	312.000,00
2020	0208	63303	Erstattungen an Gemeinden und Landkreise gemäß Thüringer Denkmalschutzgesetz	0,00
2020	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	122.940,00
2020	0208	63306	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	95.300,00
2020	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	405.062,86
2020	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	116.465,01
2020	0208	68579	Zuschüsse an Theater und Orchester einschließlich Transformationskosten	77.121.768,68
2020	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	8.158.217,00
2020	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	402.696,18
2020	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	200.000,00
2020	0208	88350	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Kommunalinvestitionsgesetzes	1.562.204,98
2020	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	10.511.331,32
2020	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	2.014.327,32
2020	0208	88381	Investitionszuschüsse für Grenzmuseen, Gedenkstätten und Aufarbeitungsinitiativen	98.199,76
2020	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2020	0208	88384	Jubiläen, Landesausstellungen, Themenjahre und überregional bedeutsame Ausstellungen - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0208	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der spartenbezogenen Projektförderung	847.321,13
2020	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	75.055,08
2020	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2020	0304	63352	Erstattungen an die Gemeinden zur Durchführung ihrer Aufgaben nach dem Gräbergesetz	1.086.549,06
2020	0309	63376	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	0,00
2020	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2020	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	270.890,00
2020	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	0,00
2020	0318	63302	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung der Jugendfeuerwehren	330.800,00
2020	0318	63303	Feuerwehrrente	4.526.232,00
2020	0318	63304	Unterstützung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	230.400,00
2020	0318	63305	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Brandschutzerziehung	358.837,93
2020	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	49,08
2020	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.659.426,66
2020	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	6.729.918,45
2020	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2020	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	0,00
2020	0318	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalfunk	2.381.945,08
2020	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge, -geräte und Uniformen	8.117.977,36
2020	0318	88350	Zuschüsse für den Brandschutz nach § 2 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	2.218.567,93
2020	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2020	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2020	0401	63301	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0404	63301	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung des beitragsfreien Kindergartenjahres	48.014.888,76
2020	0404	63302	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung von Leitungsanteilen in Kindertageseinrichtungen	5.038.212,00
2020	0404	63303	Zuschüsse an Gemeinden in Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz)	13.816.808,30
2020	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Praktikanten	2.084.367,52
2020	0404	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	0,00
2020	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	11.622.595,70
2020	0404	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Kindertageseinrichtungen nach § 3 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	3.517.782,47
2020	0404	89301	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0,00
2020	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	535.467,11
2020	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	22.442,02
2020	0405	63373	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Schülerwettbewerbe, Begabungsförderung	0,00
2020	0405	63374	Sonstige Erstattungen an öffentliche Bereiche	0,00
2020	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	756.391,66
2020	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	63384	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.952,37
2020	0405	63385	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Schulbudget)	0,00
2020	0405	63386	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.000.000,00
2020	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2020	0405	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	88323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	88382	Zuweisungen zur Anschaffung von Computertechnik und Laborausrüstungen an Schulen	0,00
2020	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0405	88386	Zuweisungen für Investitionen	4.778.304,47
2020	0406	63301	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0406	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0407	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	792.400,00
2020	0408	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0408	63303	Überregionales Medienzentrum Sehen	1.245,84
2020	0409	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.276.800,00
2020	0410	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0411	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0411	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	4.382.298,64
2020	0413	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2020	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00
2020	0431	63302	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	1.139.712,43
2020	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	15.419.168,71
2020	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	17.595.233,35
2020	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	898.862,40
2020	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	777.088,41
2020	0431	63384	Sonstige Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände	17.221.441,16
2020	0435	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach ThürSportFG	4.999.999,98

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2020	0435	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Sporteinrichtungen nach § 4 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	3.619.769,68
2020	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	5.772.999,42
2020	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	1.080.909,00
2020	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	4.150.900,00
2020	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	62.289.306,29
2020	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	0,00
2020	0512	68301	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagessens an Thüringer Schulen	1.275.644,87
2020	0512	68478	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (Landesmittel)	53.471,48
2020	0512	68678	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (EU-Mittel)	460.494,14
2020	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	40.852,04
2020	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	580.649,35
2020	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	1.151.919,97
2020	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	52.455.588,30
2020	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	2.285.000,00
2020	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	38.000.293,77
2020	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2020	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	59.123,00
2020	0726	63377	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0726	68377	Förderung an private Unternehmen	307.459,67
2020	0726	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.757.688,90
2020	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	615.845,61
2020	0726	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft an die Landkreise und kreisfreien Städte	177.321.927,87
2020	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention	20.506,71
2020	0811	63303	Mehrbelastungsausgleich nach dem Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld	20.921,28
2020	0811	68112	Sinnesbehindertengeld	13.268.196,63
2020	0812	63370	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	4.471,48
2020	0812	68670	Zuschüsse an Tierschutzvereine und Tierheimvereine	150.000,00
2020	0812	89370	Zuschüsse für Investitionen an Tierheime	857.696,43
2020	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	106.756.229,32
2020	0820	63302	Barbetrag nach dem Sozialgesetzbuch XII	992.558,56
2020	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	64.344,01
2020	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	344.921,47
2020	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	2.638.506,34
2020	0822	63374	Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	243.140,07
2020	0824	63377	Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"; Sonderprogramm "Thüringer Eltern-Kind-Zentren" (SP ThEKiZ)	11.412.250,68
2020	0824	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung und Stärkung der Pflegestrukturen, insbesondere im ländlichen Raum	0,00
2020	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	49.419.958,87
2020	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	252.727,76
2020	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	20.556.842,03
2020	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	39.998.441,80
2020	0829	89103	Zuweisungen für Vorhaben zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen nach dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG)	14.934.828,06
2020	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2020	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2020	0905	63390	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	15.499.900,00
2020	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	286.047,63
2020	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	0,00
2020	0905	88305	Zuweisungen des Landes für Abwasserentsorgungsanlagen	22.515.360,87
2020	0905	88306	Zuweisungen des Landes für Wasserversorgungsanlagen	141.785,68
2020	0905	88350	Förderung der Abwasserbehandlung	1.809.365,39
2020	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0905	88375	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	362.077,06
2020	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	2.437.281,03
2020	0905	88385	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	843.855,05
2020	0905	88390	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0905	88750	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungspflichtige	695.533,81
2020	0905	88772	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungsverbände	0,00
2020	0905	88775	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	0,00
2020	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	6.321.018,10
2020	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	301.223,55
2020	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	0906	88350	Zuweisungen für kommunale Klimaschutzvorhaben	1.067.104,60
2020	0906	88373	Zuweisung für kommunale Vorhaben zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung	34.566,16
2020	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	33.322,05
2020	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000,00
2020	0907	63378	Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzmaßnahmen)	10.000,00
2020	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	190.230,34
2020	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte)	53.169,13
2020	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	15.104,22
2020	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2020	1002	63372	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	180.700,00
2020	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	32.655.471,57
2020	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	536.822,50
2020	1002	88302	Besondere kommunale Infrastrukturvorhaben	0,00
2020	1002	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	37.247.657,43
2020	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.283.500,00
2020	1002	89173	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	12.567.059,87
2020	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	6.968.164,74
2020	1002	89273	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	91.100,00
2020	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	559.900,00
2020	1004	62301	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.662.508,50
2020	1004	88301	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen -Bund-Landes-Programm-	0,00
2020	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	3.602.743,39
2020	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz -Bund-Landes-Programm-	21.911.664,22
2020	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	2.716.768,36
2020	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	5.778.750,60
2020	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	4.310.379,10
2020	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	0,00
2020	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	6.633.316,88
2020	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	1.936.523,07
2020	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	26.098.546,47
2020	1004	88327	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Investitionspakt Soziale Integration im Quartier -Bund-Landes-Programm-	1.868.299,66
2020	1004	88328	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Zukunft Stadtgrün -Bund-Landes-Programm-	711.680,06

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2020	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	4.003.958,28
2020	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	22.507.831,49
2020	1004	88333	Zuwendungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen	238.431,56
2020	1004	88334	Finanzhilfen des Bundes für das "Modellvorhaben Städtebau"	0,00
2020	1004	88350	Zuwendungen an Gemeinden zur Förderung von Barrierefreiheit in den Kommunen	22.727,26
2020	1004	88351	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	16.960.622,44
2020	1004	88352	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur der Kommunen	0,00
2020	1004	88353	Landesmittel zur Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktrur finanzschwacher Kommunen	1.884.513,57
2020	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2020	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2020	1006	63302	Zuweisungen an Kommunen aus Mauteinnahmen auf Bundesstraßen und auf Straßen nach Landesrecht	628.473,74
2020	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2020	1007	88350	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	15.000,00
2020	1007	89250	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (RennsteigShuttle)	0,00
2020	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	807.717,15
2020	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	56.034,00
2020	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	184.348,69
2020	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	64.114,59
2020	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2020	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500.000,00
2020	1011	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Bewältigung von Extremwetterereignissen im Wald (Landesprogramm)	157.755,45
2020	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	2.991.603,17
2020	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2020	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	12.059.573,72
2020	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	1.699.816,48
2020	1012	88383	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für lokale Basisdienstleistungen	2.989.306,50
2020	1012	88384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes	199.854,44
2020	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	6.544.471,07
2020	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2020	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2020	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	45.312,64
2020	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2020	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	12.801.630,95
2020	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	3.289.721,93
2020	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	772.239,28
2020	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	847.902,15
2020	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2020	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	3.110.123,80
2020	1616	63371	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	2.377.464,54
2020	1620	63301	Erstattungen an Gemeinden	0,00
2020	1710	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	114.860,30
2020	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	409.221,52
2020	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	170.843,05
2020	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	0,00
2020	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00
2020	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	580,18
2020	1716	61311	Strukturbegleithilfen (Gebietsreform)	6.045.681,78
2020	1716	61312	Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gebietsreform)	9.584.000,00
2020	1716	61313	Zuweisungen zur Schuldentilgung (Gebietsreform)	15.474.938,92
2020	1716	61314	Zuweisungen für Anpassungshilfe (Gebietsreform)	9.025.061,08
2020	1716	61315	Zuweisungen (Gebietsreform)	2.756.296,87
2020	1716	63305	Zuweisungen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit	0,00
2020	1716	63306	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich des Wegfalls von Straßenausbaubeiträgen	5.805.093,92
2020	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	6.875.837,38
2020	1716	88311	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	0,00
2020	1716	88312	Investitionspauschale für Schulgebäude, Schulturnhallen und Maßnahmen zur Digitalisierung in den Schulen	0,00
2020	1716	88313	Investitionspauschale für Ober- und Mittelzentren	0,00
2020	1716	88314	Investitionspauschale für Städte und Gemeinden	0,00
2020	1716	88315	Investitionspauschale für Kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte	93.749.513,90
2020	1716	88316	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	74.130.524,30
2020	1716	88771	Zuwendungen an den Zweckverband Thüringer Wintersportzentrum zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen	1.378.421,29
			Zwischensumme:	**1.458.373.973,23**
2020	8230 SV	613 01	Allgemeine und Gewerbesteuerstabilisierungszuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise nach ThürStaKoFiG und ThürUGGewStCOV	267.500.000,00
2020	8230 SV	633 01	Ausgleich von Mindereinnahmen bei kommunalen Gebietskörperschaften beim ÖPNV und SPNV aufgrund des Rückganges von Fahrgastzahlen zur Verhinderung von Insolvenzen	827.680,00
2020	8230 SV	633 02	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung	29.763.245,06
2020	8230 SV	633 03	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme der Hortbetreuung (Sachkostenanteil)	3.225.147,00
2020	8230 SV	633 04	Ausgleich von Mindereinnahmen bei Festivals	194.460,73
2020	8230 SV	633 05	Erstattung von Personalmehrbedarf in Heimen der Erziehungshilfe wegen erhöhtem Betreuungsbedarf aufgrund der Corona-Pandemie	5.157.067,92
2020	8230 SV	633 06	Ausgleich von pandemiebedingten Umsatzausfällen der Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Erwachsenenbildung	586.203,87
2020	8230 SV	633 07	Zuweisungen an Kommunen zur Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten für Präventionsmaßnahmen gegen die Infektion mit dem Coronavirus	5.387.200,00
2020	8230 SV	633 08	Zuweisungen an Kur- und Erholungsorte sowie Kurbadeinrichtungen	14.999.999,90
2020	8230 SV	633 09	Zuweisungen an Kommunen zur Unterstützung bei der Kontaktpersonennachverfolgung	957.265,95
2020	8230 SV	633 10	Zuweisungen zur Schaffung zusätzlicher Schulbusverbindungen	0,00
2020	8230 SV	633 11	Zuweisungen an Kommunen zum Ausgleich von Mehraufwendungen bei den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe sowie Hilfen nach dem 8. Kapitel des SGB XII	
2020	8230 SV	633 12	Erstattung der Mehraufwendungen für die Beschaffung von Testungen auf das Coronavirus (SARS-CoV-2) in der Kindertagesbetreuung	
2020	8230 SV	883 01	Digitale Endgeräte für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und professionelle Online-Lehrangebote	0,00
2020	8230 SV	883 02	Zuweisungen für die Beschaffung digitaler Endgeräte im Bildungsbereich	0,00
2020	8230 SV	883 03	Zuweisungen für Investitionen an das Lindenau-Museum Altenburg	0,00
2020	8230 SV	883 04	Denkmalschutzprogramm des Bundes	0,00
2020	8230 SV	883 05	Zuweisungen für Investitionen an das DNT	0,00
2020	8230 SV	883 06	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Rettungsdienst-Leitstellen	0,00
2020	8230 SV	883 07	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in den Katastrophenschutz	0,00
2020	8230 SV	883 08	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen für Digitalisierung im Bildungswesen	0,00
2020	8230 SV	883 09	Zuweisungen für Investitionen in die pandemiebedingte Ausstattung der Schulen	0,00
2020	8230 SV	883 10	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Ausstattung von Kindergärten mit Spiel- und Sportgeräten, Büchern und Musikinstrumenten	0,00
2020	8230 SV	883 11	Zuweisungen für bewegliches Anlagevermögen im Sportbereich	0,00
2020	8230 SV	883 12	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in die Breitbandinfrastruktur	0,00
2020	8230 SV	883 13	Zuweisungen für Investitionen in kommunale Krankenhäuser	0,00
2020	8230 SV	883 14	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Klimaschutz	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2020	8230 SV	883 15	Zuweisungen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Herstellung der Barrierefreiheit	0,00
2020	8230 SV	883 16	Zuweisungen für Investitionen im Städtebau zur Herstellung der Barrierefreiheit	0,00
2020	8230 SV	883 17	Zuweisungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen (IBA-Maßnahmen)	0,00
2020	8230 SV	883 18	Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem	
2020	8230 SV	883 19	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Programms "Mobile Luftreiniger"	

Zwischensumme: 328.598.270,43

2020 Stand Haushaltsrechnung 2020 - insgesamt: 1.786.972.243,66

SV - Sondervermögen "Thüringer Corona-Hilfefonds"

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2021

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2021	0207	63303	Sonstige Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	1.000.000,00
2021	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	906.636,58
2021	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	312.000,00
2021	0208	63303	Erstattungen an Gemeinden und Landkreise gemäß Thüringer Denkmalschutzgesetz	0,00
2021	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	259.255,00
2021	0208	63306	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2021	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	484.087,06
2021	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	133.721,85
2021	0208	68579	Zuschüsse an Theater und Orchester einschließlich Transformationskosten	78.983.237,09
2021	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	8.714.917,85
2021	0208	68635	Jugendkunst- und Musikschulen	5.401.418,65
2021	0208	68673	Zuschüsse für laufende Zwecke für Mittelalterliche jüdische Kunst und Kultur in Erfurt	160.000,00
2021	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	494.464,14
2021	0208	68685	Zuschüsse für spartenbezogene Projektförderung	3.870.374,03
2021	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	0,00
2021	0208	88335	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der Jugendkunst- und Musikschulen	0,00
2021	0208	88350	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Kommunalinvestitionsgesetzes	0,00
2021	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	12.388.612,90
2021	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	2.265.245,53
2021	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	0,00
2021	0208	88384	Jubiläen, Landesausstellungen, Themenjahre und überregional bedeutsame Ausstellungen - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	48.000,00
2021	0208	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der spartenbezogenen Projektförderung	570.000,00
2021	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	26.890,92
2021	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2021	0304	63302	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreien Städte für den Vollzug des ProstSchG	0,00
2021	0304	63352	Erstattungen an die Gemeinden zur Durchführung ihrer Aufgaben nach dem Gräbergesetz	1.086.549,06
2021	0309	63376	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.980.000,00
2021	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	2.987.516,67
2021	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2021	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2021	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	0,00
2021	0318	63302	Unterstützung der Jugendfeuerwehren	329.600,00
2021	0318	63303	Feuerwehrrente	4.464.942,00
2021	0318	63304	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	252.800,00
2021	0318	63305	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Brandschutzerziehung	0,00
2021	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	146.770,87
2021	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.737.783,34
2021	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	5.917.839,30
2021	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2021	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	63.006,33
2021	0318	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalfunk	3.709.118,44
2021	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge, -geräte und Uniformen	10.474.582,62
2021	0318	88350	Zuschüsse für den Brandschutz nach § 2 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	0,00
2021	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Strukturoptimierung Zentrale Leitstellen	0,00
2021	0318	88373	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Unterbringung von Katastrophenschutzfahrzeugen des Landes	0,00
2021	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2021	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2021	0401	63301	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0404	63301	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung der beitragsfreien Kindergartenjahre	62.500.162,62
2021	0404	63302	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung von Leitungsanteilen in Kindertageseinrichtungen	4.779.618,00
2021	0404	63303	Zuschüsse an Gemeinden in Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz)	36.957.448,96
2021	0404	63305	Erstattung von Mindereinnahmen oder Mehrausgaben aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung	9.473.500,31
2021	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Praktikanten	2.162.361,16
2021	0404	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	0,00
2021	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	8.754.134,87
2021	0404	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Kindertageseinrichtungen nach § 3 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	2.940.661,35
2021	0404	89301	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0,00
2021	0405	63301	Erstattung von Gastschülerbeiträgen an Gemeinden und Gemeindeverbände	481.899,63
2021	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	19.022,53
2021	0405	63373	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Schülerwettbewerbe, Begabungsförderung	0,00
2021	0405	63374	Sonstige Erstattungen an öffentliche Bereiche	2.327,20
2021	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	34.052,45
2021	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	63384	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.417,44
2021	0405	63385	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Schulbudget)	0,00
2021	0405	63386	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.000.000,00
2021	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2021	0405	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	88323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	20.550.911,03
2021	0405	88382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0405	88386	Zuweisungen für Investitionen	14.284.803,38
2021	0406	63301	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0406	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0407	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	2.212.600,00
2021	0408	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0408	63303	Überregionales Medienzentrum Sehen	6.963,62
2021	0409	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	2.364.200,00
2021	0410	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0411	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0411	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	4.692.366,90
2021	0413	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2021	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2021	0431	63302	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	399.701,91
2021	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	15.826.546,08
2021	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	21.710.402,13
2021	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	896.203,36
2021	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	824.571,86
2021	0431	63384	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	13.966.071,41
2021	0435	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach ThürSportFG	5.000.000,00
2021	0435	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Sporteinrichtungen nach § 4 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	4.752.645,33
2021	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	8.072.999,00
2021	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	1.278.499,50
2021	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	4.180.400,00
2021	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	59.927.942,23
2021	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	0,00
2021	0512	68301	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagessens an Thüringer Schulen	1.160.577,44
2021	0512	68478	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (Landesmittel)	57.063,86
2021	0512	68678	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (EU-Mittel)	335.385,87
2021	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	499.736,26
2021	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	1.058.498,60
2021	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	1.521.549,39
2021	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	50.021.449,79
2021	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	1.085.367,63
2021	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	32.985.194,97
2021	0703	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mittelndes EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2021 - 2027	0,00
2021	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2021	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.667,99
2021	0726	63377	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0726	68377	Förderung an private Unternehmen	0,00
2021	0726	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.000.000,00
2021	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionen in Breitband- bzw. Glasfaserinfrastruktur)	28.254,24
2021	0726	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0801	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II an die Landkreise und kreisfreien Städte	165.763.542,68
2021	0810	63302	Maßnahmen zur Integrationsförderung im Rahmen des Integrationskonzepts	608.491,62
2021	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention und sozialen Inklusion, Europäischer Sozialfonds ESF Operationelles Programm (2014 - 2020)	44.575,12
2021	0810	63376	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention und sozialen Inklusion, Europäischer Sozialfonds ESF Operationelles Programm (2021 - 2027)	0,00
2021	0811	63303	Mehrbelastungsausgleich nach dem Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld	14.594,28
2021	0811	68112	Sinnesbehindertengeld	12.877.347,51
2021	0812	63370	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	2.994,74
2021	0812	68670	Zuschüsse an Tierschutzvereine und Tierheimvereine	179.429,98
2021	0812	89370	Zuschüsse für Investitionen an Tierheime	850.013,96
2021	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	114.857.836,31
2021	0820	63302	Barbetrag nach dem Sozialgesetzbuch XII	330.004,78
2021	0820	63303	Ausgaben nach der Thüringer Verordnung zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug der §§ 82a und 141 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung	452.834,00
2021	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	45.590,11
2021	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	76.646,75
2021	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	2.893.664,14
2021	0822	63374	Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	331.290,32
2021	0824	63377	Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	12.500.000,00
2021	0824	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung und Stärkung der Pflegestrukturen, insbesondere im ländlichen Raum	670.533,27
2021	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	50.602.997,71
2021	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	4.006.567,36
2021	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	20.338.347,22
2021	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	39.979.439,78
2021	0829	89103	Zuweisungen für Vorhaben zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen nach dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG)	0,00
2021	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2021	0905	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	-12.438,47
2021	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2021	0905	63390	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Geoparks und Geotope	0,00
2021	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	15.964.800,00
2021	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	249.406,24
2021	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	0,00
2021	0905	88305	Zuweisungen des Landes für Abwasserentsorgungsanlagen	18.936.789,67
2021	0905	88306	Zuweisungen des Landes für Wasserversorgungsanlagen	382.221,34
2021	0905	88350	Förderung der Abwasserbehandlung	0,00
2021	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	1.928.688,15
2021	0905	88385	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.546.346,17
2021	0905	88390	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Geoparks und Geotope	0,00
2021	0905	88750	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungspflichtige	4.304.965,79
2021	0905	88772	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungsverbände	0,00
2021	0905	88775	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	623.706,02
2021	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	9.228.663,54
2021	0905	88788	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	418.400,00
2021	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	1.500.000,00
2021	0906	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0906	88350	Zuweisungen für kommunale Klimaschutzvorhaben	966.572,19
2021	0906	88373	Zuweisung für kommunale Vorhaben zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung	9.035.415,40
2021	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	166.882,89
2021	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	15.000,00
2021	0907	63376	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	0907	63378	Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzmaßnahmen)	46.412,99
2021	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	176.482,18
2021	0907	63384	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	179.128,00
2021	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte, Bundesprogramm Biologische Vielfalt, Naturschutzmaßnahmen)	55.644,13
2021	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	14.258,48
2021	0907	88378	Investitionszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.819.095,86
2021	0907	88381	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2021	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	2.438,35
2021	1002	63372	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	420.900,00
2021	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	34.605.314,17
2021	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	383.643,37
2021	1002	88302	Besondere kommunale Infrastrukturvorhaben	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2021	1002	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	48.386.847,64
2021	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.473.870,97
2021	1002	89173	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	25.694.913,42
2021	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.463.093,01
2021	1002	89273	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	492.023,90
2021	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	-36.404,78
2021	1004	62301	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.493.826,16
2021	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	2.965.380,54
2021	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz -Bund-Landes-Programm-	12.196.733,26
2021	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	2.452.078,91
2021	1004	88315	Sonderzuweisung an Gemeinden zur Absenkung des Mitleistungsanteils in der Städtebauförderung -Landesprogramm-	432.853,54
2021	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	4.899.007,99
2021	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	3.820.372,83
2021	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	0,00
2021	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	4.795.221,70
2021	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	1.826.993,07
2021	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	30.387.216,73
2021	1004	88327	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Investitionspakt Soziale Integration im Quartier -Bund-Landes-Programm-	4.595.469,59
2021	1004	88328	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Zukunft Stadtgrün -Bund-Landes-Programm-	918.660,33
2021	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	1.297.915,91
2021	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	43.655.383,07
2021	1004	88333	Zuwendungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen	0,00
2021	1004	88334	Zuwendungen für Modellvorhaben Städtebau für die Landeshauptstadt Erfurt	0,00
2021	1004	88335	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für "Lebendige Zentren" -Bund-Länder-Programm-	703.834,15
2021	1004	88336	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für "Sozialer Zusammenhalt" -Bund-Länder-Programm-	574.459,90
2021	1004	88337	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur "Nachhaltigen Erneuerung" -Bund-Länder-Programm-	850.935,25
2021	1004	88338	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für Modellvorhaben Städtebau	0,00
2021	1004	88339	Zuwendungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich des Sports (Investitionspakt Sportstätten) - Bund- Länder-Programm	1.034.000,00
2021	1004	88350	Zuwendungen an Gemeinden zur Förderung von Barrierefreiheit in den Kommunen	0,00
2021	1004	88351	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	23.627.207,27
2021	1004	88352	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur der Kommunen	0,00
2021	1004	88353	Landesmittel zur Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktrur finanzschwacher Kommunen	2.645.634,16
2021	1004	88370	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	1004	88402	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds (Landesanteil EFRE OP 2014-2020)	0,00
2021	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2021	1006	63302	Zuweisungen an Kommunen aus Mauteinnahmen auf Bundesstraßen und auf Straßen nach Landesrecht	622.158,95
2021	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2021	1007	88304	Zuwendungen an Gemeinden für Radschnellwege	0,00
2021	1007	88305	Zuwendung an Gemeinden aus dem Sonderprogramm "Stadt und Land" für Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur	1.148.300,00
2021	1007	88306	Zuwendung an Gemeinden für das "Radnetz Deutschland"	0,00
2021	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	667.653,20
2021	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	16.994,00
2021	1009	63779	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände für die Regionalentwicklung	0,00
2021	1009	63780	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0,00
2021	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	13.696,68
2021	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	20.000,00
2021	1009	88779	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände für die Regionalentwicklung	0,00
2021	1009	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	0,00
2021	1011	63302	Zuschüsse an Kommunen für bodenschonende Maßnahmen der Waldbewirtschaftung	616,00
2021	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000,00
2021	1011	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	249.008,22
2021	1012	63384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des Vertragsnaturschutzes	16.281,50
2021	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.113.287,64
2021	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2021	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	6.569.806,48
2021	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	660.017,68
2021	1012	88383	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für lokale Basisdienstleistungen	392.001,31
2021	1012	88384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes	369.669,08
2021	1012	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	450.362,30
2021	1012	88387	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.829.373,97
2021	1012	88389	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2021	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	3.639.975,09
2021	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2021	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2021	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	42.775,42
2021	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2021	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	10.053.786,68
2021	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	4.535.193,55
2021	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	892.189,88
2021	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	796.446,54
2021	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	0,00
2021	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	1.348.771,21
2021	1616	63371	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	5.906.379,05
2021	1620	63301	Erstattungen an Gemeinden	0,00
2021	1710	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	121.989,56
2021	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	962.504,77
2021	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	176.156,39
2021	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	2.950,03
2021	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	67.420,64
2021	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	0,00
2021	1716	61311	Strukturbegleithilfen (Gebietsreform)	0,00
2021	1716	61312	Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gebietsreform)	1.174.000,00
2021	1716	61313	Zuweisungen zur Schuldentilgung (Gebietsreform)	0,00
2021	1716	61314	Zuweisungen für Anpassungshilfe (Gebietsreform)	5.200.846,24
2021	1716	61315	Zuweisungen (Gebietsreform)	0,00
2021	1716	61317	Sonderzuweisungen an Kur- und Erholungsorte	9.999.999,99
2021	1716	61318	Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden nach dem Thüringer Gesetz zur Stärkung kreisangehöriger Gemeinden	29.187.800,00
2021	1716	63306	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich des Wegfalls von Straßenausbaubeiträgen	20.533.839,20
2021	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	6.200.144,64
2021	1716	88311	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	0,00
2021	1716	88312	Investitionspauschale für Schulgebäude, Schulturnhallen und Maßnahmen zur Digitalisierung in den Schulen	0,00
2021	1716	88313	Investitionspauschale für Ober- und Mittelzentren	0,00
2021	1716	88314	Investitionspauschale für Städte und Gemeinden	0,00
2021	1716	88315	Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte	59.986.628,55
2021	1716	88316	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	39.991.085,70
2021	1716	88771	Zuwendungen an den Zweckverband Thüringer Wintersportzentrum zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen	4.283.418,98

Zwischensumme: 1.546.516.086,27

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Ist in Euro
2021	8230 SV	613 01	Allgemeine und Gewerbesteuerstabilisierungszuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise nach ThürStaKoFiG und ThürUGGewStCOV	29.021.218,33
2021	8230 SV	633 01	Ausgleich von Mindereinnahmen bei kommunalen Gebietskörperschaften beim ÖPNV und SPNV aufgrund des Rückganges von Fahrgastzahlen zur Verhinderung von Insolvenzen	8.426.930,26
2021	8230 SV	633 02	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung	791.177,48
2021	8230 SV	633 03	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme der Hortbetreuung (Sachkostenanteil)	3.504.746,00
2021	8230 SV	633 04	Ausgleich von Mindereinnahmen bei Festivals	286.290,96
2021	8230 SV	633 05	Erstattung von Personalmehrbedarf in Heimen der Erziehungshilfe wegen erhöhtem Betreuungsbedarf aufgrund der Corona-Pandemie	0,00
2021	8230 SV	633 06	Ausgleich von pandemiebedingten Umsatzausfällen der Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Erwachsenenbildung	432.105,73
2021	8230 SV	633 07	Zuweisungen an Kommunen zur Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten für Präventionsmaßnahmen gegen die Infektion mit dem Coronavirus	3.058.197,84
2021	8230 SV	633 08	Zuweisungen an Kur- und Erholungsorte sowie Kurbadeinrichtungen	4.500.000,00
2021	8230 SV	633 09	Zuweisungen an Kommunen zur Unterstützung bei der Kontaktpersonennachverfolgung	1.037.927,98
2021	8230 SV	633 10	Zuweisungen zur Schaffung zusätzlicher Schulbusverbindungen	153.400,10
2021	8230 SV	633 11	Zuweisungen an Kommunen zum Ausgleich von Mehraufwendungen bei den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe sowie Hilfen nach dem 8. Kapitel des SGB XII	2.820.289,60
2021	8230 SV	633 12	Erstattung der Mehraufwendungen für die Beschaffung von Testungen auf das Coronavirus (SARS-CoV-2) in der Kindertagesbetreuung	2.069.748,33
2021	8230 SV	883 01	Digitale Endgeräte für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und professionelle Online-Lehrangebote	12.634.509,52
2021	8230 SV	883 02	Zuweisungen für die Beschaffung digitaler Endgeräte im Bildungsbereich	9.268.546,61
2021	8230 SV	883 03	Zuweisungen für Investitionen an das Lindenau-Museum Altenburg	500.000,00
2021	8230 SV	883 04	Denkmalschutzprogramm des Bundes	404.000,00
2021	8230 SV	883 05	Zuweisungen für Investitionen an das DNT	2.000.000,00
2021	8230 SV	883 06	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Rettungsdienst-Leitstellen	840.064,96
2021	8230 SV	883 07	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in den Katastrophenschutz	1.095.939,67
2021	8230 SV	883 08	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen für Digitalisierung im Bildungswesen	0,00
2021	8230 SV	883 09	Zuweisungen für Investitionen in die pandemiebedingte Ausstattung der Schulen	4.499.505,15
2021	8230 SV	883 10	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Ausstattung von Kindergärten mit Spiel- und Sportgeräten, Büchern und Musikinstrumenten	0,00
2021	8230 SV	883 11	Zuweisungen für bewegliches Anlagevermögen im Sportbereich	0,00
2021	8230 SV	883 12	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in die Breitbandinfrastruktur	8.838.433,74
2021	8230 SV	883 13	Zuweisungen für Investitionen in kommunale Krankenhäuser	0,00
2021	8230 SV	883 14	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Klimaschutz	5.500.000,00
2021	8230 SV	883 15	Zuweisungen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Herstellung der Barrierefreiheit	0,00
2021	8230 SV	883 16	Zuweisungen für Investitionen im Städtebau zur Herstellung der Barrierefreiheit	0,00
2021	8230 SV	883 17	Zuweisungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen (IBA-Maßnahmen)	159.719,34
2021	8230 SV	883 18	Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem	1.307.967,79
2021	8230 SV	883 19	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Programms "Mobile Luftreiniger"	

Zwischensumme: 103.150.719,39

insgesamt: 1.649.666.805,66

SV - Sondervermögen "Thüringer Corona-Hilfefonds"

Große Anfrage Nr. 7/5266

hier: zu Frage 24 Zuweisungen an die Kommunen außerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs 2022

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Soll in Euro
2022	0207	63303	Sonstige Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	75.000,00
2022	0207	88302	Denkmalschutzprogramm des Bundes	1.800.000,00
2022	0207	88379	Zuschüsse für Investitionen zur Erhaltung von Industrie- sowie Bau- und Kunstdenkmalen an den öffentlichen Bereich	1.200.000,00
2022	0208	63302	Verwaltungskostenerstattung für die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken	318.000,00
2022	0208	63303	Erstattungen an Gemeinden und Landkreise gemäß Thüringer Denkmalschutzgesetz	0,00
2022	0208	63304	Zuweisungen zur Erarbeitung und praktischen Umsetzung von regionalen Kulturentwicklungskonzeptionen	150.000,00
2022	0208	63306	Verwaltungskostenerstattung für die volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle	150.000,00
2022	0208	68380	Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich	515.000,00
2022	0208	68480	Museen Restaurierungsprogramm und Provenienzforschung	300.000,00
2022	0208	68579	Zuschüsse an Theater und Orchester einschließlich Transformationskosten	82.100.000,00
2022	0208	68580	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur institutionellen Förderung	8.760.000,00
2022	0208	68635	Jugendkunst- und Musikschulen	6.000.000,00
2022	0208	68673	Zuschüsse für laufende Zwecke für Mittelalterliche jüdische Kunst und Kultur in Erfurt	160.000,00
2022	0208	68680	Zuweisungen an Museen, Museumsverbände und Kunstinstitute zur Projektförderung	350.000,00
2022	0208	68685	Zuschüsse für spartenbezogene Projektförderung	4.846.100,00
2022	0208	88310	Landesförderung zur Sicherung musealer Kulturgüter	100.000,00
2022	0208	88335	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der Jugendkunst- und Musikschulen	0,00
2022	0208	88379	Zuschüsse für Investitionen an Theater und Orchester	7.700.000,00
2022	0208	88380	Zuweisungen für Investitionen an Museen	2.900.000,00
2022	0208	88383	Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Digitalisierung von Kulturgut	1.000,00
2022	0208	88384	Jubiläen, Landesausstellungen, Themenjahre und überregional bedeutsame Ausstellungen - Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0208	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Bereich der spartenbezogenen Projektförderung	250.000,00
2022	0303	88301	Förderung von Investitionsmaßnahmen der Kommunen durch Zuschüsse (Zinsbeihilfen)	0,00
2022	0304	63301	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2022	0304	63302	Zuweisungen an Landkreise und kreisfreien Städte für den Vollzug des ProstSchG	87.200,00
2022	0304	63352	Erstattungen an die Gemeinden zur Durchführung ihrer Aufgaben nach dem Gräbergesetz	0,00
2022	0309	63376	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	6.600.000,00
2022	0309	63379	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Bundestag	0,00
2022	0309	63380	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Europäischen Parlament	0,00
2022	0309	63381	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände i.R. der Wahlen zum Landtag	0,00
2022	0318	63301	Zuweisung für Ausbildung und Übungen der Feuerwehr-Facheinheit Rettungshunde/Ortungstechnik bei einer freiwilligen Feuerwehr	20.000,00
2022	0318	63302	Unterstützung der Jugendfeuerwehren	350.000,00
2022	0318	63303	Feuerwehrrente	4.600.000,00
2022	0318	63304	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zum Erwerb des LKW-Führerscheins durch Feuerwehrangehörige (Feuerwehrführerschein)	541.000,00
2022	0318	63305	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung der Brandschutzerziehung	425.000,00
2022	0318	63373	Sonstige Erstattungen von Einsatz- und Übungskosten - Katastrophenschutz	135.000,00
2022	0318	63374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	1.734.900,00
2022	0318	81173	Erwerb von Kraftfahrzeugen	7.000.000,00
2022	0318	81174	Erwerb von Kraftfahrzeugen	0,00
2022	0318	81274	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen	80.000,00
2022	0318	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Digitalfunk	3.563.400,00
2022	0318	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge, -geräte und Uniformen	11.600.000,00
2022	0318	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Strukturoptimierung Zentrale Leitstellen	1.200.000,00
2022	0318	88373	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Unterbringung von Katastrophenschutzfahrzeugen des Landes	1.000.000,00
2022	0318	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände - Tunnelsicherheit	0,00
2022	0318	88473	Zuführung an das Sondervermögen "Katastrophenschutzfonds"	0,00
2022	0401	63301	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0402	63394	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0402	63395	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0402	88395	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0404	63301	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung der beitragsfreien Kindergartenjahre	65.130.000,00
2022	0404	63302	Zuschüsse an Gemeinden zur Finanzierung von Leitungsanteilen in Kindertageseinrichtungen	4.600.000,00
2022	0404	63303	Zuschüsse an Gemeinden in Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz)	40.166.000,00
2022	0404	63304	Zuschüsse an Kommunen für die Praxisintegrierte Erzieherausbildung (PIA)	1.083.300,00
2022	0404	68501	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen für Praktikanten	2.320.000,00
2022	0404	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden	0,00
2022	0404	88302	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Investitionsprogramms "Kinderbetreuungsfinanzierung"	0,00
2022	0404	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Kindertageseinrichtungen nach § 3 des Thüringer Gesetzes für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	0,00
2022	0404	89301	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	0,00
2022	0405	63301	Erstattung an Gemeinden und Gemeindeverbände	660.000,00
2022	0405	63371	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	63372	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000,00
2022	0405	63373	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Schülerwettbewerbe, Begabungsförderung	0,00
2022	0405	63374	Sonstige Erstattungen an öffentliche Bereiche	0,00
2022	0405	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000,00
2022	0405	63383	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	63384	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000,00
2022	0405	63385	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Schulbudget)	0,00
2022	0405	63386	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.000.000,00
2022	0405	68583	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0,00
2022	0405	88301	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	88323	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	20.000,00
2022	0405	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	14.047.400,00
2022	0405	88382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0405	88386	Zuweisungen für Investitionen	69.086.500,00
2022	0406	63301	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0406	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0407	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0408	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für überregionale Förderschulen	2.040.000,00
2022	0408	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0408	63303	Überregionales Medienzentrum Sehen	10.000,00
2022	0409	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0410	63301	Verwaltungskostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Spezialklassen an Gymnasien	1.800.000,00
2022	0410	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0411	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0411	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0413	63302	Ausgaben im Rahmen von Kommunalisierungen	0,00
2022	0422	63371	Sonstige Zuweisungen für nachhaltige Leistungen im Zeitraum zwischen den externen Evaluationen zur Förderung der Eigenverantwortlichen Schule	0,00
2022	0431	63302	Kostenerstattung für Leistungen an Personen ohne gewöhnlichen Aufenthalt	1.139.800,00
2022	0431	63305	Örtliche Jugendförderung	17.037.500,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Soll in Euro
2022	0431	63306	Maßnahmen der Schulsozialarbeit	26.251.700,00
2022	0431	63377	Zuweisungen an kommunale Einrichtungen für Maßnahmen des Kinderschutzes	1.000.000,00
2022	0431	63382	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des "Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"	989.000,00
2022	0431	63384	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	13.220.500,00
2022	0435	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach ThürSportFG	5.000.000,00
2022	0435	88371	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sportanlagen	10.000.000,00
2022	0435	89371	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen an Sportanlagen	4.000.000,00
2022	0443	63301	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Volkshochschulen	4.210.400,00
2022	0502	61372	Mehrbelastungsausgleich an Landkreise und kreisfreie Städte für den Vollzug des Ausländer- und Asylrechts	62.000,00
2022	0502	63372	Erstattungen an Landkreise und kreisfreie Städte für Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen	64.147.500,00
2022	0502	68402	Maßnahmen zur Integrationsförderung im Rahmen des Integrationskonzeptes	6.564.000,00
2022	0502	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionspauschale)	0,00
2022	0512	68301	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagessens an Thüringer Schulen	1.747.800,00
2022	0512	68478	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (Landesmittel)	280.000,00
2022	0512	68678	Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch (Landwirtschaftserzeugnisse-Schulprogrammgesetz – LwErzgSchulproG) vom 13. Dezember 2016 (BGBl. I, S. 2858) (EU-Mittel)	650.000,00
2022	0702	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus	500.000,00
2022	0702	63386	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	2.400.000,00
2022	0702	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und andere Organisationen für Maßnahmen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur	1.000.000,00
2022	0702	88378	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0702	88386	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	75.034.800,00
2022	0702	88389	Zuweisungen für Investitionen gem. InvKG an Gemeinden und Gemeindeverbände im Landkreis Altenburger LAnd	7.410.000,00
2022	0702	88786	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Infrastrukturmaßnahmen)	3.232.400,00
2022	0703	63383	Zuwendungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbänden aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2021-2027	200.000,00
2022	0703	88301	Zuweisungen zur Förderung von innovativen Maßnahmen (RegIP)	0,00
2022	0703	88382	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mitteln des EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2014-2020	69.589.600,00
2022	0703	88383	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Infrastrukturmaßnahmen aus Mittelndes EFRE im Rahmen des Operationellen Programms 2021 - 2027	2.000.000,00
2022	0703	88482	Zuweisungen für Investitionen an den Thüringer Stadtentwicklungsfonds	0,00
2022	0726	63374	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100.000,00
2022	0726	63377	Zuweisungen für nichtinvestive Maßnahmen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000,00
2022	0726	68377	Förderung an private Unternehmen	0,00
2022	0726	88350	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0726	88374	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Investitionen in Breitband- bzw. Glasfaserinfrastruktur)	0,00
2022	0726	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	450.000,00
2022	0801	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0810	63301	Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II an die Landkreise und kreisfreien Städte	167.000.000,00
2022	0810	63302	Maßnahmen zur Integrationsförderung im Rahmen des Integrationskonzepts	860.000,00
2022	0810	63375	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention und sozialen Inklusion, Europäischer Sozialfonds ESF Operationelles Programm (2014 - 2020)	25.000,00
2022	0810	63376	Förderung von Maßnahmen kommunaler Träger im Rahmen der Armutsprävention und sozialen Inklusion, Europäischer Sozialfonds ESF+ Operationelles Programm (2021-2027)	764.000,00
2022	0811	63303	Mehrbelastungsausgleich nach dem Thüringer Gesetz über das Sinnesbehindertengeld	20.000,00
2022	0811	68112	Sinnesbehindertengeld	14.750.000,00
2022	0812	63370	Zuweisungen an Kommunen und kommunale Einrichtungen	15.000,00
2022	0812	63371	Erstattungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung	0,00
2022	0812	68670	Zuschüsse an Tierschutzvereine und Tierheimvereine	150.000,00
2022	0812	89370	Zuschüsse für Investitionen an Tierheime	650.000,00
2022	0820	63301	Grundsicherung nach dem Sozialgesetzbuch XII	118.051.800,00
2022	0820	63302	Barbetrag nach dem Sozialgesetzbuch XII	327.900,00
2022	0820	63303	Ausgaben nach der Thüringer Verordnung zur Regelung des Mehrbelastungsausgleichs für den Vollzug der §§ 82a und 141 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung	220.300,00
2022	0820	63304	Kostenerstattung für Hilfeempfänger, die aus dem Ausland übergetreten sind	17.200,00
2022	0820	63311	Erstattungen an Sozialhilfeträger	69.000,00
2022	0822	63301	Finanzhilfen für sonder- bzw. heilpädagogische Förderung	3.167.400,00
2022	0822	63374	Umsetzung des Thüringer Gesetzes zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen	769.000,00
2022	0824	63377	Zuweisungen an Kommunen im Rahmen des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"	15.898.000,00
2022	0824	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Unterstützung und Stärkung der Pflegestrukturen, insbesondere im ländlichen Raum	3.531.000,00
2022	0824	68121	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	53.551.400,00
2022	0829	63373	Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des kommunalen Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) in Thüringen	7.580.000,00
2022	0829	88373	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Umsetzung des Förderprogramms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	1.710.800,00
2022	0829	89101	Zuweisungen für Krankenhäuser nach §§ 10, 12 Abs. 5 und 13 ThürKHG	22.000.000,00
2022	0829	89102	Zuweisungen für Krankenhäuser nach § 9 Abs. 3 KHG i. V. m. § 12 ThürKHG	40.000.000,00
2022	0829	89103	Zuweisungen für Vorhaben zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen nach dem Krankenhausstrukturgesetz (§§ 12 und 12a KHG)	2.000.000,00
2022	0901	63371	Erstattungen im Rahmen der Kommunalisierung von Landesaufgaben	0,00
2022	0905	63372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200.000,00
2022	0905	63374	Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände (EFRE V)	135.000,00
2022	0905	63377	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	0,00
2022	0905	63390	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Geoparks und Geotope	0,00
2022	0905	63772	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	16.444.000,00
2022	0905	68177	Zuschüsse an sonstige Bereiche (Abwasserabgabe)	306.000,00
2022	0905	88303	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen	100.000,00
2022	0905	88305	Zuweisungen des Landes für Abwasserentsorgungsanlagen	20.000.000,00
2022	0905	88306	Zuweisungen des Landes für Wasserversorgungsanlagen	500.000,00
2022	0905	88350	Förderung der Abwasserbehandlung	0,00
2022	0905	88372	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0905	88374	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (EFRE V)	0,00
2022	0905	88377	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Abwasserabgabe)	1.000.000,00
2022	0905	88385	Zuschüsse für Altlastensanierungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.000.000,00
2022	0905	88390	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Geoparks und Geotope	0,00
2022	0905	88750	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungspflichtige	0,00
2022	0905	88772	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungsverbände	0,00
2022	0905	88773	Zuweisungen für Investitionen an Gewässerunterhaltungsverbände zur Umsetzung der Thüringer Niedrigwasserstrategie	50.000,00
2022	0905	88774	Baumaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung (EFRE V)	1.840.000,00
2022	0905	88775	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	2.250.000,00
2022	0905	88777	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasserabgabe)	8.348.000,00
2022	0905	88788	Zuweisungen an Gewässerunterhaltungsverbände	125.000,00
2022	0906	63373	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	1.500.000,00
2022	0906	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.000,00
2022	0906	63394	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0906	63780	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	0,00
2022	0906	88350	Zuweisungen für kommunale Klimaschutzvorhaben	0,00
2022	0906	88373	Zuweisung für kommunale Vorhaben zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung	11.000.000,00
2022	0906	88380	Zuweisungen für Investitionen an kommunale Gebietskörperschaften	100.000,00
2022	0906	88394	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	300.000,00
2022	0906	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	50.000,00
2022	0906	88794	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	300.000,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Soll in Euro
2022	0907	63376	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	0907	63378	Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Naturschutzmaßnahmen)	25.000,00
2022	0907	63380	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Förderprogramm "Naturschutz und Landschaftspflege"	145.000,00
2022	0907	63384	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	180.000,00
2022	0907	63778	Zuwendungen an Zweckverbände (Naturschutzgroßprojekte, Bundesprogramm Biologische Vielfalt, Naturschutzmaßnahmen)	80.000,00
2022	0907	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	12.500,00
2022	0907	88378	Investitionszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.670.000,00
2022	0907	88381	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	4.000,00
2022	0907	88388	Investitionszuschüsse an Gemeinden (ENL)	0,00
2022	1002	63372	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	415.000,00
2022	1002	63375	Zuweisungen für laufende Zwecke an kommunale Gebietskörperschaften im Rahmen der Regionalisierungsmittel	30.680.000,00
2022	1002	88301	Zuwendungen an Gemeinden	0,00
2022	1002	88302	Besondere kommunale Infrastrukturvorhaben	0,00
2022	1002	88372	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur	40.830.000,00
2022	1002	88375	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.500.000,00
2022	1002	89173	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	15.000.000,00
2022	1002	89175	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.750.000,00
2022	1002	89273	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV	1.000.000,00
2022	1002	89275	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel	1.250.000,00
2022	1004	62301	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.886.400,00
2022	1004	88304	Zuwendungen an Gemeinden für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen -Landesprogramm-	6.900.000,00
2022	1004	88307	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für städtebaulichen Denkmalschutz -Bund-Landes-Programm-	7.413.700,00
2022	1004	88312	Zuwendungen an Gemeinden zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum -Landesprogramm-	2.700.000,00
2022	1004	88315	Sonderzuweisung an Gemeinden zur Absenkung des Mitleistungsanteils in der Städtebauförderung -Landesprogramm-	100.000,00
2022	1004	88317	Zuwendungen an Städte und Gemeinden zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren -Bund-Landes-Programm-	2.548.300,00
2022	1004	88321	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für strukturwirksame städtebauliche Maßnahmen -Landesprogramm-	2.250.000,00
2022	1004	88323	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau -Landesprogramm-	50.000,00
2022	1004	88324	Zuwendungen an Städte und Gemeinden "Die soziale Stadt" -Bund-Landes-Programm-	3.226.600,00
2022	1004	88325	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost-Rückbau -Bund-Landes-Programm-	0,00
2022	1004	88326	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Stadtumbau Ost -Aufwertung -Bund-Landes-Programm	12.665.000,00
2022	1004	88327	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Investitionspakt Soziale Integration im Quartier -Bund-Landes-Programm-	4.160.400,00
2022	1004	88328	Zuwendungen an Städte und Gemeinden Zukunft Stadtgrün -Bund-Landes-Programm-	742.900,00
2022	1004	88331	Zuwendungen an kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum zur Sicherung der Daseinsvorsorge -Bund-Landes-Programm-	2.040.000,00
2022	1004	88332	Zuwendungen an staatliche Schulträger für Baumaßnahmen an Schulen und Schulsporthallen (Projektförderung)	30.000.000,00
2022	1004	88333	Zuwendungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen	3.460.300,00
2022	1004	88334	Zuwendungen für Modellvorhaben Städtebau für die Landeshauptstadt Erfurt	427.000,00
2022	1004	88335	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für "Lebendige Zentren" -Bund-Länder-Programm-	22.128.000,00
2022	1004	88336	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für "Sozialer Zusammenhalt" -Bund-Länder-Programm-	8.902.000,00
2022	1004	88337	Zuwendung an Städte und Gemeinden zur Förderung des Wachstums und der nachhaltigen Erneuerung -Bund-Länder-Programm-	21.902.000,00
2022	1004	88338	Zuwendungen an Städte und Gemeinden für Modellvorhaben Städtebau	0,00
2022	1004	88339	Zuwendungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen im Bereich des Sports (Investitionspakt Sportstätten) - Bund- Länder-Programm	2.200.200,00
2022	1004	88350	Zuwendungen an Gemeinden zur Förderung von Barrierefreiheit in den Kommunen	0,00
2022	1004	88351	Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen	0,00
2022	1004	88353	Landesmittel zur Kofinanzierung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Schulinfrastruktrur finanzschwacher Kommunen	223.400,00
2022	1004	88370	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	1006	63301	Zuweisungen an Gemeinden für den Winterdienst auf Ortsdurchfahrten von Landes- und Bundesstraßen	3.000.000,00
2022	1006	63302	Zuweisungen an Kommunen aus Mauteinnahmen auf Bundesstraßen und auf Straßen nach Landesrecht	650.000,00
2022	1007	88302	Zuweisungen für Vorhaben im Rahmen des Bundesprogramms GVFG	0,00
2022	1007	88304	Zuwendungen an Gemeinden für Radschnellwege	0,00
2022	1007	88305	Zuwendung an Gemeinden aus dem Sonderprogramm "Stadt und Land" für Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur	6.858.300,00
2022	1009	63379	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	730.000,00
2022	1009	63380	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	60.000,00
2022	1009	63779	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände für die Regionalentwicklung	90.000,00
2022	1009	63780	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	10.000,00
2022	1009	88379	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Regionalentwicklung	130.000,00
2022	1009	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	90.000,00
2022	1009	88779	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände für die Regionalentwicklung	15.000,00
2022	1009	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	15.000,00
2022	1011	63302	Zuschüsse an Kommunen für bodenschonende Maßnahmen der Waldbewirtschaftung	0,00
2022	1011	63380	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	1011	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	150.000,00
2022	1011	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500.000,00
2022	1012	63384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des Vertragsnaturschutzes	40.000,00
2022	1012	63390	Zuschüsse an Kommunen für den Vertragsnaturschutz im Rahmen des GAK-Sonderrahmenplanes "Insektenschutz"	10.000,00
2022	1012	88377	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen	1.265.000,00
2022	1012	88378	Zuschüsse zur Förderung des forstwirtschaftlichen Wegebaus im Kommunalwald	0,00
2022	1012	88379	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	10.086.000,00
2022	1012	88380	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Gewässer II. Ordnung)	3.870.000,00
2022	1012	88383	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für lokale Basisdienstleistungen	740.000,00
2022	1012	88384	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes	360.000,00
2022	1012	88385	Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000.000,00
2022	1012	88387	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	9.230.000,00
2022	1012	88389	Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	1012	88390	Zuschüsse an Kommunen zur Förderung des nicht-produktiven investiven Naturschutzes im Rahmen des GAK-Sonderrahmenplans "Insektenschutz"	50.000,00
2022	1012	88780	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände (Abwasser)	730.000,00
2022	1013	63377	Zuschüsse an Gemeinden zur Erstellung von Entwicklungsplänen	0,00
2022	1013	63379	Zuschüsse an Gemeinden	0,00
2022	1013	88375	Investitionszuschüsse an Gemeinden ENL	37.500,00
2022	1013	88376	Zuschüsse naturnahe Waldbewirtschaftung (Gemeinden)	0,00
2022	1013	88377	Zuschüsse an Gemeinden zur Förderung der Dorfentwicklung	16.700.000,00
2022	1013	88379	Investitionszuschüsse an Gemeinden	5.300.000,00
2022	1013	88381	Zuschüsse zur Förderung von Infrastrukturmaßnahmen/ländlicher Wegebau	2.146.300,00
2022	1013	88383	Revitalisierung von Brachflächen - Kommunen	254.200,00
2022	1013	88477	Zuschüsse zum Ausbau des Breitbandes in Gemeinden	500.000,00
2022	1013	88777	Zuschüsse zur Förderung kleiner Infrastruktur	8.000.000,00
2022	1604	63382	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	0,00
2022	1616	63371	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für gemeinsame IT-Vorhaben und IT-Verfahren	9.500.000,00
2022	1616	63373	Zuwendungen an Kommunen im Rahmen des OZG	0,00
2022	1620	63301	Erstattungen an Gemeinden	0,00
2022	1710	63301	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe	122.000,00
2022	1714	63301	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände	339.000,00
2022	1714	63302	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Ordnung und Sicherheit	185.000,00
2022	1714	63303	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Schulen	0,00
2022	1714	63304	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Rechtsschutz	0,00
2022	1714	63305	Erstattung von Versorgungsbezügen an Gemeinden und Gemeindeverbände für den Bereich Finanzverwaltung	700,00
2022	1716	61311	Strukturbegleithilfen (Gebietsreform)	0,00
2022	1716	61312	Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gebietsreform)	0,00
2022	1716	61313	Zuweisungen zur Schuldentilgung (Gebietsreform)	0,00
2022	1716	61314	Zuweisungen für Anpassungshilfe (Gebietsreform)	0,00

Jahr	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Soll in Euro
2022	1716	61315	Zuweisungen (Gebietsreform)	15.000.000,00
2022	1716	61317	Sonderzuweisungen an Kur- und Erholungsorte	0,00
2022	1716	61318	Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden nach dem Thüringer Gesetz zur Stärkung kreisangehöriger Gemeinden	29.500.000,00
2022	1716	63306	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände zum Ausgleich des Wegfalls von Straßenausbaubeiträgen	28.500.000,00
2022	1716	88306	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen	0,00
2022	1716	88315	Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte	0,00
2022	1716	88316	Investitionspauschale für kreisfreie Städte und Landkreise	0,00
2022	1716	88771	Zuwendungen an den Zweckverband Thüringer Wintersportzentrum zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen	6.700.000,00
			Zwischensumme:	**1.595.969.300,00**
2022	8230 SV	613 01	Allgemeine und Gewerbesteuerstabilisierungszuweisungen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise nach ThürStaKoFiG und ThürUGGewStCOV	
2022	8230 SV	633 01	Ausgleich von Mindereinnahmen bei kommunalen Gebietskörperschaften beim ÖPNV und SPNV aufgrund des Rückganges von Fahrgastzahlen zur Verhinderung von Insolvenzen	0,00
2022	8230 SV	633 02	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme einer öffentlich geförderten Kindertagesbetreuung	1.000.000,00
2022	8230 SV	633 03	Erstattung von Mindereinnahmen aus Elternbeiträgen für die Nichtinanspruchnahme der Hortbetreuung (Sachkostenanteil)	91.000,00
2022	8230 SV	633 04	Ausgleich von Mindereinnahmen bei Festivals	0,00
2022	8230 SV	633 05	Erstattung von Personalmehrbedarf in Heimen der Erziehungshilfe wegen erhöhtem Betreuungsbedarf aufgrund der Corona-Pandemie	
2022	8230 SV	633 06	Ausgleich von pandemiebedingten Umsatzausfällen der Volkshochschulen und anderer Einrichtungen der Erwachsenenbildung	0,00
2022	8230 SV	633 07	Zuweisungen an Kommunen zur Verbesserung der Unterbringungssituation von Geflüchteten für Präventionsmaßnahmen gegen die Infektion mit dem Coronavirus	3.404.600,00
2022	8230 SV	633 08	Zuweisungen an Kur- und Erholungsorte sowie Kurbadeinrichtungen	
2022	8230 SV	633 09	Zuweisungen an Kommunen zur Unterstützung bei der Kontaktpersonennachverfolgung	
2022	8230 SV	633 10	Zuweisungen zur Schaffung zusätzlicher Schulbusverbindungen	
2022	8230 SV	633 11	Zuweisungen an Kommunen zum Ausgleich von Mehraufwendungen bei den Leistungserbringern der Eingliederungshilfe sowie Hilfen nach dem 8. Kapitel des SGB XII	900.000,00
2022	8230 SV	633 12	Erstattung der Mehraufwendungen für die Beschaffung von Testungen auf das Coronavirus (SARS-CoV-2) in der Kindertagesbetreuung	0,00
2022	8230 SV	883 01	Digitale Endgeräte für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler und professionelle Online-Lehrangebote	
2022	8230 SV	883 02	Zuweisungen für die Beschaffung digitaler Endgeräte im Bildungsbereich	
2022	8230 SV	883 03	Zuweisungen für Investitionen an das Lindenau-Museum Altenburg	
2022	8230 SV	883 04	Denkmalschutzprogramm des Bundes	96.000,00
2022	8230 SV	883 05	Zuweisungen für Investitionen an das DNT	
2022	8230 SV	883 06	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Rettungsdienst-Leitstellen	1.616.100,00
2022	8230 SV	883 07	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in den Katastrophenschutz	1.000.000,00
2022	8230 SV	883 08	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen für Digitalisierung im Bildungswesen	
2022	8230 SV	883 09	Zuweisungen für Investitionen in die pandemiebedingte Ausstattung der Schulen	
2022	8230 SV	883 10	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Ausstattung von Kindergärten mit Spiel- und Sportgeräten, Büchern und Musikinstrumenten	
2022	8230 SV	883 11	Zuweisungen für bewegliches Anlagevermögen im Sportbereich	
2022	8230 SV	883 12	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in die Breitbandinfrastruktur	13.661.600,00
2022	8230 SV	883 13	Zuweisungen für Investitionen in kommunale Krankenhäuser	
2022	8230 SV	883 14	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Klimaschutz	
2022	8230 SV	883 15	Zuweisungen für Investitionen in die kommunale Infrastruktur zur Herstellung der Barrierefreiheit	
2022	8230 SV	883 16	Zuweisungen für Investitionen im Städtebau zur Herstellung der Barrierefreiheit	
2022	8230 SV	883 17	Zuweisungen für herausgehobene kommunale Infrastrukturinvestitionen (IBA-Maßnahmen)	2.773.800,00
2022	8230 SV	883 18	Investitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem	0,00
2022	8230 SV	883 19	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Programms "Mobile Luftreiniger"	2.632.200,00
			Zwischensumme:	**27.175.300,00**
			2022 Landeshaushalt bzw. Wirtschaftsplan (Beschluss des HuFA am 24.02.2022) - insgesamt:	**1.623.144.600,00**

SV - Sondervermögen "Thüringer Corona-Hilfefonds"

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 25: Entwicklung der Ausgaben der Thüringer Kommunen (in Euro)

Ausgabeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Personalausgaben	1.432.991.390	1.457.732.397	1.491.902.842	1.503.026.175	1.553.260.521	1.613.018.513	1.684.194.103	1.740.534.707
laufender Sachaufwand	896.312.727	907.244.114	963.050.618	981.791.233	997.758.171	1.068.305.397	1.050.738.447	1.082.441.934
Sachinvestitionen	565.153.263	537.100.887	535.622.871	602.937.123	668.193.345	778.052.004	895.661.842	923.701.036
davon Baumaßnahmen	480.771.233	441.178.919	449.020.498	496.238.289	550.317.863	640.816.082	729.354.729	733.776.502
Erwerb unbeweglicher und beweglicher Sachen	84.382.030	95.921.968	86.602.373	106.698.834	117.875.482	137.235.922	166.307.113	189.924.534

Quelle: Rechnungsergebnisse der Gemeinden / Gv. 2014-2020; Kassenstatistik 2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Anlage zu Frage 30 der DS 7/5266

Kreisangehörige Gemeinden ohne bekannt gemachte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 zum Stichtag 30.06.2022

Quelle: vierteljährliche Meldung der Rechtsaufsichten
Gebietsstand: 01.01.2022

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Eichsfeld	61014	Bornhagen
	61015	Brehme
	61018	Büttstedt
	61027	Effelder
	61041	Großbartloff
	61047	Heuthen
	61056	Kella
	61075	Pfaffschwende
	61082	Rustenfelde
	61098	Volkerode
	61101	Wachstedt
	61105	Wiesenfeld
Nordhausen	62005	Ellrich, Stadt
	62063	Werther
	62066	Bleicherode, Stadt
Wartburgkreis	63023	Empfertshausen
	63105	Eisenach
Unstrut-Hainich-Kreis	64004	Bad Tennstedt, Stadt
	64005	Ballhausen
	64007	Blankenburg
	64009	Bruchstedt
	64014	Dünwald
	64021	Haussömmern
	64022	Herbsleben
	64027	Hornsömmern
	64033	Kirchheilingen
	64038	Kutzleben
	64043	Marolterode
	64045	Mittelsömmern
	64053	Oppershausen
	64061	Sundhausen
	64062	Tottleben
	64064	Urleben
	64073	Anrode
Kyffhäuserkreis	65001	Abtsbessingen
	65008	Borxleben
	65016	Etzleben
	65042	Kalbsrieth
	65056	Reinsdorf
	65077	Wasserthaleben
	65085	Kyffhäuserland
	65087	Roßleben-Wiehe, Stadt
	65089	Greußen

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Schmalkalden-Meiningen	66016	Dillstädt
	66017	Einhausen
	66018	Ellingshausen
	66038	Kühndorf
	66057	Ritschenhausen
	66063	Schmalkalden, Kurort, Stadt
	66065	Schwarza
	66073	Sülzfeld
	66074	Brotterode-Trusetal, Stadt
	66092	Zella-Mehlis, Stadt
	66093	Rhönblick
Gotha	67016	Eschenbergen
	67036	Herrenhof
	67064	Bad Tabarz
	67082	Zimmernsupra
Sömmerda	68005	Büchel
	68013	Gangloffsömmern
	68015	Griefstedt
	68022	Günstedt
	68036	Markvippach
	68039	Ollendorf
	68043	Riethgen
	68049	Schwerstedt
	68051	Sömmerda, Stadt
	68053	Straußfurt
	68056	Vogelsberg
Hildburghausen	69058	Auengrund
Ilm-Kreis	70011	Elgersburg
Weimarer Land	71013	Döbritschen
	71015	Eberstedt
	71019	Frankendorf
	71042	Kleinschwabhausen
	71053	Magdala, Stadt
	71055	Mechelroda
	71064	Niedertrebra
Sonneberg	72006	Goldisthal
	72015	Schalkau, Stadt
	72019	Steinach, Stadt
	72023	Frankenblick
Saalfeld-Rudolstadt	73005	Bad Blankenburg, Stadt
	73013	Cursdorf
	73028	Gräfenthal, Stadt
	73037	Katzhütte
	73046	Lehesten, Stadt
	73055	Meura
	73067	Probstzella
	73074	Rohrbach
	73076	Rudolstadt, Stadt
	73107	Drognitz
	73109	Uhlstädt-Kirchhasel

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
	74001	Albersdorf
	74005	Bobeck
	74007	Bremsnitz
	74009	Bürgel, Stadt
	74012	Crossen an der Elster
	74017	Eineborn
	74019	Frauenprießnitz
	74022	Geisenhain
	74025	Gösen
	74028	Graitschen b. Bürgel
	74029	Großbockedra
	74031	Großeutersdorf
	74034	Gumperda
	74036	Hainichen
	74039	Heideland
	74043	Jenalöbnitz
	74044	Kahla, Stadt
	74048	Kleineutersdorf
Saale-Holzland-Kreis	74049	Laasdorf
	74051	Lehesten
	74052	Lindig
	74053	Lippersdorf-Erdmannsdorf
	74058	Möckern
	74061	Nausnitz
	74065	Orlamünde, Stadt
	74068	Poxdorf
	74077	Renthendorf
	74079	Rothenstein
	74081	Ruttersdorf-Lotschen
	74089	Seitenroda
	74093	St.Gangloff
	74094	Stadtroda, Stadt
	74095	Sulza
	74097	Tautendorf
	74099	Thierschneck
	74102	Trockenborn-Wolfersdorf
	74103	Tröbnitz
	75014	Dittersdorf
	75034	Göschitz
	75046	Hirschberg, Stadt
	75048	Kirschkau
	75068	Moßbach
	75076	Oettersdorf
	75083	Plothen
Saale-Orla-Kreis	75084	Pörmitz
	75088	Ranis, Stadt
	75105	Solkwitz
	75109	Tegau
	75119	Volkmannsdorf
	75131	Gefell, Stadt
	75132	Tanna, Stadt
	75133	Wurzbach, Stadt

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Greiz	76003	Bad Köstritz, Stadt
	76004	Berga/Elster, Stadt
	76014	Crimla
	76019	Gauern
	76043	Linda b. Weida
	76059	Reichstädt
	76061	Ronneburg, Stadt
	76093	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf
Altenburger Land	77003	Dobitschen
	77005	Fockendorf
	77008	Göhren
	77009	Göllnitz
	77016	Heukewalde
	77017	Heyersdorf
	77018	Jonaswalde
	77022	Kriebitzsch
	77023	Langenleuba-Niederhain
	77027	Lödla
	77031	Mehna
	77034	Monstab
	77036	Nobitz
	77041	Posterstein
	77042	Rositz
	77049	Vollmershain

Anlage zu Frage 31 der DS 7/5266

Kreisangehörige Gemeinden Kommunen mit Pflicht zur Erstellung bzw. Fortschreibung eines HSK gemäß § 53a ThürKO bzw. § 4 ThürKDG zum Stichtag 30.06.2022

Quelle: vierteljährliche Meldung der Rechtsaufsichten
Gebietsstand: 01.01.2022

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Eichsfeld	61023	Dieterode
	61082	Rustenfelde
	61084	Schönhagen
	61085	Schwobfeld
	61086	Sickerode
	61105	Wiesenfeld
	61113	Schimberg
Nordhausen	62005	Ellrich, Stadt
	62049	Sollstedt
	62054	Urbach
	62063	Werther
	62065	Harztor
	62066	Bleicherode, Stadt
Wartburgkreis	63023	Empfertshausen
	63046	Krauthausen
	63066	Ruhla, Stadt
	63078	Unterbreizbach
	63105	Eisenach
Unstrut-Hainich-Kreis	64009	Bruchstedt
	64014	Dünwald
	64022	Herbsleben
	64038	Kutzleben
	64061	Sundhausen
	64062	Tottleben
	64073	Anrode
	64077	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt
Kyffhäuserkreis	65001	Abtsbessingen
	65008	Borxleben
	65014	Ebeleben, Stadt
	65016	Etzleben
	65019	Gehofen
	65042	Kalbsrieth
	65046	Mönchpfiffel-Nikolausrieth
	65048	Niederbösa
	65056	Reinsdorf

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Schmalkalden-Meiningen	66012	Birx
	66047	Oberhof, Stadt
	66052	Oberweid
	66073	Sülzfeld
	66074	Brotterode-Trusetal, Stadt
Gotha	67036	Herrenhof
	67063	Sonneborn
	67064	Bad Tabarz
Sömmerda	68034	Kölleda, Stadt
	68043	Riethgen
Hildburghausen	69042	Schleusegrund
	69052	Ummerstadt, Stadt
	69058	Auengrund
Ilm-Kreis	70011	Elgersburg
	70034	Martinroda
	70043	Plaue, Stadt
	70058	Großbreitenbach, Stadt
Weimarer Land	71005	Ballstedt
	71008	Blankenhain, Stadt
	71013	Döbritschen
	71015	Eberstedt
	71019	Frankendorf
	71042	Kleinschwabhausen
	71053	Magdala, Stadt
	71055	Mechelroda
	71061	Neumark, Stadt
Sonneberg	72019	Steinach, Stadt
Saalfeld-Rudolstadt	73005	Bad Blankenburg, Stadt
	73013	Cursdorf
	73028	Gräfenthal, Stadt
	73037	Katzhütte
	73046	Lehesten, Stadt
	73067	Probstzella
	73106	Leutenberg, Stadt

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Saale-Holzland-Kreis	74001	Albersdorf
	74002	Altenberga
	74007	Bremsnitz
	74009	Bürgel, Stadt
	74011	Dornburg-Camburg, Stadt
	74012	Crossen an der Elster
	74019	Frauenprießnitz
	74021	Freienorla
	74028	Graitschen b. Bürgel
	74029	Großbockedra
	74031	Großeutersdorf
	74032	Großlöbichau
	74033	Großpürschütz
	74036	Hainichen
	74038	Hartmannsdorf
	74044	Kahla, Stadt
	74045	Karlsdorf
	74046	Kleinbockedra
	74048	Kleineutersdorf
	74051	Lehesten
	74053	Lippersdorf-Erdmannsdorf
	74058	Möckern
	74059	Mörsdorf
	74063	Neuengönna
	74068	Poxdorf
	74071	Rattelsdorf
	74072	Rauda
	74074	Rausdorf
	74077	Renthendorf
	74081	Ruttersdorf-Lotschen
	74082	Scheiditz
	74086	Schöngleina
	74093	St.Gangloff
	74094	Stadtroda, Stadt
	74101	Tissa
	74102	Trockenborn-Wolfersdorf
	74106	Walpernhain
	74107	Waltersdorf
	74108	Weißbach
	74109	Weißenborn
	74112	Wichmar
	74113	Zimmern

Landkreis	Schlüssel	Gemeinden
Saale-Orla-Kreis	75023	Eßbach
	75046	Hirschberg, Stadt
	75047	Keila
	75062	Bad Lobenstein, Stadt
	75074	Nimritz
	75075	Oberoppurg
	75087	Quaschwitz
	75088	Ranis, Stadt
	75102	Schöndorf
	75105	Solkwitz
	75121	Weira
	75124	Wernburg
	75131	Gefell, Stadt
	75132	Tanna, Stadt
	75133	Wurzbach, Stadt
Greiz	76004	Berga/Elster, Stadt
	76007	Bocka
	76008	Brahmenau
	76012	Caaschwitz
	76017	Endschütz
	76019	Gauern
	76026	Hartmannsdorf
	76033	Hundhaupten
	76038	Kühdorf
	76043	Linda b. Weida
	76049	Münchenbernsdorf, Stadt
	76055	Paitzdorf
	76059	Reichstädt
	76074	Teichwitz
	76081	Weißendorf
	76086	Zedlitz
	76087	Zeulenroda-Triebes, Stadt
	76092	Auma-Weidatal, Stadt
Altenburger Land	77005	Fockendorf
	77041	Posterstein
	77044	Starkenberg
	77047	Thonhausen
	77049	Vollmershain

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE
"Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 32: Entwicklung der Finanzausgleichsumlage

Finanzausgleichsumlage Jahr 2013

Gebietsstand: 1.1.2013

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2013		
Summe	**Thüringen**	**10.318.314**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**195.759**
16061044	Haynrode	17.271
16061057	Kirchgandern	166.758
16061075	Pfaffschwende	11.731
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**1.269.535**
16063008	Bischofroda	263.176
16063023	Empfertshausen	59.178
16063046	Krauthausen	160.547
16063054	Merkers-Kieselbach	63.076
16063078	Unterbreizbach	723.556
Summe	**Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis**	**53.658**
16064043	Marolterode	53.658
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**47.546**
16066056	Rippershausen	25.354
16066057	Ritschenhausen	22.192
Summe	**Landkreis Gotha**	**488.250**
16067013	Emleben	173.718
16067053	Ohrdruf, Stadt	194.428
16067059	Schwabhausen	97.106
16067063	Sonneborn	22.999
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**82.707**
16068001	Alperstedt	13.679
16068009	Elxleben	116
16068031	Kleinbrembach	23.913
16068058	Weißensee, Stadt	44.999
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**92.327**
16069058	Auengrund	92.327
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**2.100.065**
16070025	Großbreitenbach, Stadt	129.436
16070028	Amt Wachsenburg	1.970.629
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**1.638.152**
16071022	Großheringen	1.232.347
16071036	Isseroda	7.892
16071056	Mellingen	50.483
16071067	Nohra	347.430

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2013		
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**525.754**
16072006	Goldisthal	513.667
16072022	Oberland am Rennsteig	12.086
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**2.373.287**
16073001	Allendorf	105.803
16073035	Hohenwarte	508.325
16073038	Kaulsdorf	166.623
16073066	Piesau	118.738
16073079	Schmiedefeld	34.989
16073106	Leutenberg, Stadt	72.962
16073111	Unterwellenborn	1.365.846
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**440.085**
16074049	Laasdorf	41.246
16074054	Löberschütz	57.930
16074059	Mörsdorf	265.500
16074067	Petersberg	71.150
16074114	Zöllnitz	4.259
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**237.478**
16075009	Burgk	178.633
16075013	Crispendorf	37.565
16075014	Dittersdorf	8.618
16075116	Triptis, Stadt	4.840
16075121	Weira	7.821
Summe	**Landkreis Greiz**	**622.151**
16076019	Gauern	14.280
16076031	Hohenölsen	10.413
16076036	Korbußen	176.997
16076062	Rückersdorf	420.462
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**151.562**
16077026	Löbichau	132.678
16077039	Ponitz	18.884

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2013

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2014

Gebietsstand: 1.1.2014

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2014		
Summe	**Thüringen**	**9.598.341**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**302.947**
16061044	Haynrode	44.121
16061057	Kirchgandern	224.513
16061069	Marth	21.786
16061075	Pfaffschwende	12.526
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**1.486.538**
16063011	Buttlar	1.105
16063023	Empfertshausen	38.949
16063046	Krauthausen	291.565
16063051	Leimbach	31.221
16063071	Seebach	35.867
16063078	Unterbreizbach	1.087.831
Summe	**Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis**	**9.875**
16064043	Marolterode	9.875
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**63.085**
16066056	Rippershausen	28.684
16066057	Ritschenhausen	34.401
Summe	**Landkreis Gotha**	**443.780**
16067013	Emleben	135.831
16067053	Ohrdruf, Stadt	201.050
16067059	Schwabhausen	78.704
16067063	Sonneborn	28.195
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**182.573**
16068009	Elxleben	42.683
16068031	Kleinbrembach	22.689
16068058	Weißensee, Stadt	117.200
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**8.838**
16069058	Auengrund	8.838
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**2.306.767**
16070025	Großbreitenbach, Stadt	72.670
16070028	Amt Wachsenburg	2.234.097
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**1.699.194**
16071022	Großheringen	1.310.366
16071036	Isseroda	6.346
16071056	Mellingen	78.538
16071067	Nohra	303.944
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**129.944**
16072006	Goldisthal	129.944
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**1.747.548**
16073001	Allendorf	145.705
16073035	Hohenwarte	77.875

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2014		
16073066	Piesau	113.508
16073079	Schmiedefeld	32.124
16073111	Unterwellenborn	1.378.337
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**476.930**
16074008	Bucha	12.492
16074037	Hainspitz	6.318
16074049	Laasdorf	36.272
16074054	Löberschütz	96.464
16074059	Mörsdorf	250.306
16074067	Petersberg	69.403
16074114	Zöllnitz	5.675
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**42.646**
16075009	Burgk	5.583
16075013	Crispendorf	37.063
Summe	**Landkreis Greiz**	**561.839**
16076012	Caaschwitz	54.184
16076019	Gauern	9.240
16076036	Korbußen	209.478
16076042	Lederhose	3.175
16076062	Rückersdorf	285.762
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**135.836**
16077026	Löbichau	120.570
16077027	Lödla	4.966
16077039	Ponitz	10.299

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2014

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2015

Gebietsstand: 1.1.2015

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2015		
Summe	**Thüringen**	**13.891.528**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**809.538**
16061003	Berlingerode	8.760
16061044	Haynrode	23.448
16061057	Kirchgandern	726.676
16061069	Marth	39.175
16061075	Pfaffschwende	11.479
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**3.296.091**
16063011	Buttlar	24.944
16063013	Creuzburg, Stadt	106.704
16063023	Empfertshausen	18.463
16063046	Krauthausen	572.670
16063051	Leimbach	111.473
16063052	Marksuhl	94.354
16063055	Mihla	61.682
16063071	Seebach	212.017
16063078	Unterbreizbach	2.068.749
16063101	Krayenberggemeinde	25.036
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**121.843**
16066056	Rippershausen	66.904
16066057	Ritschenhausen	54.938
Summe	**Landkreis Gotha**	**754.768**
16067013	Emleben	264.229
16067053	Ohrdruf, Stadt	306.258
16067059	Schwabhausen	122.138
16067063	Sonneborn	62.143
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**455.207**
16068009	Elxleben	130.712
16068014	Gebesee, Stadt	98.724
16068031	Kleinbrembach	22.369
16068058	Weißensee, Stadt	203.402
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**25.288**
16069046	Schweickershausen	18.290
16069058	Auengrund	6.999
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**2.680.339**
16070025	Großbreitenbach, Stadt	174.423
16070028	Amt Wachsenburg	2.505.915
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**2.196.492**
16071022	Großheringen	1.594.251
16071036	Isseroda	25.472
16071042	Kleinschwabhausen	318
16071056	Mellingen	191.768

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2015		
16071067	Nohra	384.682
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**118.483**
16072006	Goldisthal	118.483
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**1.629.519**
16073001	Allendorf	192.956
16073035	Hohenwarte	46.267
16073066	Piesau	158.707
16073079	Schmiedefeld	25.177
16073111	Unterwellenborn	1.206.411
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**549.069**
16074037	Hainspitz	18.806
16074049	Laasdorf	2.412
16074054	Löberschütz	133.262
16074059	Mörsdorf	275.490
16074067	Petersberg	68.826
16074093	St.Gangloff	30.722
16074095	Sulza	9.311
16074114	Zöllnitz	10.239
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**272.324**
16075004	Blankenstein	95.066
16075013	Crispendorf	70.932
16075014	Dittersdorf	5.751
16075116	Triptis, Stadt	76.554
16075121	Weira	24.020
Summe	**Landkreis Greiz**	**664.704**
16076012	Caaschwitz	59.278
16076019	Gauern	14.087
16076036	Korbußen	306.580
16076042	Lederhose	12.265
16076062	Rückersdorf	272.494
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**317.864**
16077011	Göpfersdorf	16.232
16077026	Löbichau	182.382
16077027	Lödla	52.859
16077039	Ponitz	66.392

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2015

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2016

Gebietsstand: 1.1.2016

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2016		
Summe	**Thüringen**	**11.290.122**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**769.978**
16061057	Kirchgandern	755.319
16061069	Marth	941
16061075	Pfaffschwende	13.717
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**2.800.929**
16063008	Bischofroda	22.942
16063013	Creuzburg, Stadt	35.386
16063046	Krauthausen	633.684
16063051	Leimbach	76.873
16063052	Marksuhl	70.390
16063055	Mihla	46.846
16063071	Seebach	271.712
16063078	Unterbreizbach	1.643.095
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**200.225**
16066056	Rippershausen	116.228
16066057	Ritschenhausen	83.997
Summe	**Landkreis Gotha**	**651.183**
16067013	Emleben	279.012
16067053	Ohrdruf, Stadt	89.074
16067059	Schwabhausen	161.590
16067063	Sonneborn	121.507
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**379.401**
16068009	Elxleben	105.447
16068014	Gebesee, Stadt	161.060
16068058	Weißensee, Stadt	112.893
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**16.131**
16069046	Schweickershausen	16.131
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**1.880.364**
16070025	Großbreitenbach, Stadt	47.082
16070028	Amt Wachsenburg	1.833.282
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**2.122.156**
16071022	Großheringen	1.652.736
16071036	Isseroda	25.012
16071042	Kleinschwabhausen	6.518
16071056	Mellingen	99.050
16071067	Nohra	338.840
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**204.231**
16072006	Goldisthal	204.231
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**967.029**
16073001	Allendorf	211.297
16073035	Hohenwarte	75.261

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2016		
16073066	Piesau	89.525
16073111	Unterwellenborn	590.946
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**587.333**
16074054	Löberschütz	284.500
16074059	Mörsdorf	239.624
16074067	Petersberg	17.001
16074093	St.Gangloff	34.704
16074095	Sulza	11.504
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**125.213**
16075004	Blankenstein	106.478
16075013	Crispendorf	18.735
Summe	**Landkreis Greiz**	**438.714**
16076012	Caaschwitz	40.356
16076036	Korbußen	324.399
16076042	Lederhose	455
16076062	Rückersdorf	73.504
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**147.235**
16077026	Löbichau	122.266
16077027	Lödla	24.968

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2016

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2017

Gebietsstand: 1.1.2017

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2017		
Summe	**Thüringen**	**12.368.142**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**894.628**
16061003	Berlingerode	8.276
16061036	Gerbershausen	68.008
16061057	Kirchgandern	808.531
16061096	Thalwenden	9.813
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**3.229.426**
16063008	Bischofroda	273.653
16063013	Creuzburg, Stadt	25.428
16063046	Krauthausen	673.597
16063052	Marksuhl	53.143
16063055	Mihla	91.710
16063071	Seebach	378.231
16063078	Unterbreizbach	1.733.663
Summe	**Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis**	**19.938**
16064033	Kirchheilingen	10.069
16064043	Marolterode	9.869
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**233.819**
16066056	Rippershausen	142.206
16066057	Ritschenhausen	91.613
Summe	**Landkreis Gotha**	**766.326**
16067013	Emleben	300.629
16067037	Hochheim	4.007
16067053	Ohrdruf, Stadt	57.844
16067059	Schwabhausen	209.149
16067063	Sonneborn	194.698
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**435.853**
16068001	Alperstedt	45.217
16068009	Elxleben	83.127
16068014	Gebesee, Stadt	141.334
16068058	Weißensee, Stadt	166.176
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**10.064**
16069046	Schweickershausen	10.064
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**1.929.054**
16070002	Altenfeld	18.952
16070025	Großbreitenbach, Stadt	66.921
16070028	Amt Wachsenburg	1.843.181
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**2.582.887**
16071022	Großheringen	1.945.205
16071036	Isseroda	39.354
16071042	Kleinschwabhausen	10.066
16071056	Mellingen	286.534

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR (auf volle EUR gerundet)
2017		
16071067	Nohra	301.728
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**169.336**
16072006	Goldisthal	169.336
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**483.143**
16073001	Allendorf	198.078
16073035	Hohenwarte	72.927
16073066	Piesau	109.773
16073111	Unterwellenborn	102.365
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**616.381**
16074037	Hainspitz	13.458
16074046	Kleinbockedra	60
16074054	Löberschütz	214.737
16074059	Mörsdorf	248.987
16074067	Petersberg	21.904
16074093	St.Gangloff	102.363
16074095	Sulza	13.377
16074105	Waldeck	1.494
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**231.382**
16075004	Blankenstein	166.495
16075116	Triptis, Stadt	50.958
16075121	Weira	13.930
Summe	**Landkreis Greiz**	**636.002**
16076036	Korbußen	400.499
16076042	Lederhose	995
16076062	Rückersdorf	234.508
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**129.903**
16077011	Göpfersdorf	7.109
16077026	Löbichau	122.794

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2017

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2018

Gebietsstand: 1.1.2018

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2018		
Summe	**Thüringen**	**15.198.408**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**1.180.439**
16061003	Berlingerode	73.795
16061036	Gerbershausen	127.361
16061057	Kirchgandern	946.551
16061075	Pfaffschwende	9.203
16061101	Wachstedt	23.529
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**3.247.224**
16063008	Bischofroda	683.407
16063046	Krauthausen	802.996
16063052	Marksuhl	73.331
16063055	Mihla	49.641
16063071	Seebach	486.803
16063078	Unterbreizbach	1.151.046
Summe	**Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis**	**96**
16064033	Kirchheilingen	96
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**278.288**
16066056	Rippershausen	114.807
16066057	Ritschenhausen	139.818
16066067	Springstille	23.663
Summe	**Landkreis Gotha**	**1.200.011**
16067013	Emleben	233.588
16067036	Herrenhof	11.230
16067037	Hochheim	284
16067053	Ohrdruf, Stadt	578.197
16067059	Schwabhausen	247.717
16067063	Sonneborn	128.995
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**151.868**
16068001	Alperstedt	69.134
16068009	Elxleben	37.123
16068058	Weißensee, Stadt	45.611
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**1.958.533**
16070002	Altenfeld	1.156
16070025	Großbreitenbach, Stadt	97.304
16070028	Amt Wachsenburg	1.860.073
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**3.915.288**
16071022	Großheringen	3.313.299
16071036	Isseroda	57.191
16071056	Mellingen	308.912
16071067	Nohra	235.886
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**8.631**
16072005	Föritz	8.631

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2018		
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**663.598**
16073001	Allendorf	218.670
16073035	Hohenwarte	9.592
16073066	Piesau	27.472
16073111	Unterwellenborn	407.864
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**723.867**
16074037	Hainspitz	6.859
16074049	Laasdorf	13.161
16074054	Löberschütz	198.153
16074059	Mörsdorf	355.884
16074067	Petersberg	25.949
16074093	St.Gangloff	108.494
16074095	Sulza	15.367
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**918.390**
16075004	Blankenstein	736.203
16075116	Triptis, Stadt	83.989
16075121	Weira	98.198
Summe	**Landkreis Greiz**	**828.544**
16076003	Bad Köstritz, Stadt	26.405
16076036	Korbußen	520.863
16076042	Lederhose	1.613
16076062	Rückersdorf	261.761
16076081	Weißendorf	17.902
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**123.631**
16077011	Göpfersdorf	301
16077026	Löbichau	123.330

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2018
http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2019

Gebietsstand: 1.1.2019

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2019		
Summe	**Thüringen**	**14.317.648**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**1.046.381**
16061003	Berlingerode	52.948
16061036	Gerbershausen	52.330
16061057	Kirchgandern	898.846
16061101	Wachstedt	41.204
16061102	Wahlhausen	1.053
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**2.967.542**
16063008	Bischofroda	848.330
16063023	Empfertshausen	4.325
16063046	Krauthausen	771.225
16063051	Leimbach	22.810
16063055	Mihla	62.014
16063071	Seebach	701.404
16063078	Unterbreizbach	557.434
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**167.911**
16066056	Rippershausen	59.751
16066057	Ritschenhausen	108.160
Summe	**Landkreis Gotha**	**665.298**
16067013	Emleben	190.292
16067036	Herrenhof	20.001
16067053	Ohrdruf, Stadt	107.006
16067059	Schwabhausen	279.032
16067063	Sonneborn	68.967
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**223.710**
16068001	Alperstedt	43.869
16068009	Elxleben	10.145
16068034	Kölleda, Stadt	169.696
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**7.577**
16069052	Ummerstadt, Stadt	7.577
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**2.125.857**
16070028	Amt Wachsenburg	2.125.857
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**3.931.178**
16071022	Großheringen	3.351.813
16071036	Isseroda	74.619
16071056	Mellingen	312.036
16071067	Nohra	192.710
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**441.369**
16073001	Allendorf	189.763
16073035	Hohenwarte	251.606
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**594.401**
16074037	Hainspitz	15.610

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2019		
16074046	Kleinbockedra	468
16074049	Laasdorf	4.603
16074059	Mörsdorf	362.421
16074067	Petersberg	60.264
16074093	St.Gangloff	128.073
16074095	Sulza	22.962
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**711.987**
16075116	Triptis, Stadt	117.035
16075121	Weira	176.979
16075136	Rosenthal am Rennsteig	417.973
Summe	**Landkreis Greiz**	**1.344.031**
16076003	Bad Köstritz, Stadt	138.826
16076036	Korbußen	612.588
16076062	Rückersdorf	569.835
16076081	Weißendorf	22.782
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**90.406**
16077011	Göpfersdorf	3.093
16077026	Löbichau	87.313

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2019

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Finanzausgleichsumlage Jahr 2020

Gebietsstand: 1.1.2020

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2020		
Summe	**Thüringen**	**17.216.957**
Summe	**Landkreis Eichsfeld**	**1.445.536**
16061003	Berlingerode	123.258
16061036	Gerbershausen	72.008
16061057	Kirchgandern	1.146.387
16061075	Pfaffschwende	58.826
16061101	Wachstedt	45.057
Summe	**Landkreis Wartburgkreis**	**2.669.402**
16063008	Bischofroda	575.693
16063023	Empfertshausen	20.009
16063046	Krauthausen	882.396
16063051	Leimbach	30.750
16063071	Seebach	893.869
16063078	Unterbreizbach	245.245
16063098	Hörselberg-Hainich	21.440
Summe	**Landkreis Schmalkalden-Meiningen**	**147.007**
16066056	Rippershausen	63.639
16066057	Ritschenhausen	83.368
Summe	**Landkreis Gotha**	**970.061**
16067013	Emleben	249.300
16067036	Herrenhof	35.638
16067053	Ohrdruf, Stadt	342.715
16067059	Schwabhausen	342.408
Summe	**Landkreis Sömmerda**	**713.431**
16068001	Alperstedt	127.248
16068009	Elxleben	32.361
16068034	Kölleda, Stadt	487.966
16068058	Weißensee, Stadt	65.856
Summe	**Landkreis Hildburghausen**	**411.925**
16069043	Schleusingen, Stadt	23.639
16069052	Ummerstadt, Stadt	9.134
16069058	Auengrund	379.152
Summe	**Landkreis Ilm-Kreis**	**2.920.232**
16070028	Amt Wachsenburg	2.920.232
Summe	**Landkreis Weimarer Land**	**3.936.511**
16071022	Großheringen	3.812.430
16071056	Mellingen	124.081
Summe	**Landkreis Sonneberg**	**110.909**
16072011	Lauscha, Stadt	110.909
Summe	**Landkreis Saalfeld-Rudolstadt**	**495.815**
16073001	Allendorf	178.905
16073035	Hohenwarte	253.853

Schlüssel-nummer	Land Kreisfreie Stadt Landkreis Gemeinde	Finanzausgleichs-umlage EUR
2020		
16073111	Unterwellenborn	63.057
Summe	**Landkreis Saale-Holzland-Kreis**	**602.454**
16074049	Laasdorf	21.792
16074054	Löberschütz	20.810
16074059	Mörsdorf	410.641
16074067	Petersberg	68.591
16074093	St.Gangloff	64.799
16074095	Sulza	15.821
Summe	**Landkreis Saale-Orla-Kreis**	**1.355.970**
16075014	Dittersdorf	6.443
16075116	Triptis, Stadt	228.628
16075121	Weira	170.858
16075136	Rosenthal am Rennsteig	950.041
Summe	**Landkreis Greiz**	**1.332.299**
16076003	Bad Köstritz, Stadt	203.053
16076012	Caaschwitz	16.068
16076036	Korbußen	675.232
16076042	Lederhose	6.036
16076062	Rückersdorf	415.079
16076081	Weißendorf	16.831
Summe	**Landkreis Altenburger Land**	**105.405**
16077011	Göpfersdorf	7.591
16077026	Löbichau	97.814

Quelle: TLS - "Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (für Gemeindeaufgaben) und kreisangehörigen Gemeinden" Jahr 2020

http://www.statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge001633%7C%7C

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 33: Schuldenstand und Tilgung (in Euro)

Schuldenstand / Tilgung		2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Landkreisverwaltungen	Schuldenstand	479.829.038	452.816.410	454.005.352	412.102.606	376.440.960	379.151.645	341.113.710	325.281.782
	Tilgung	59.560.547	70.055.933	85.061.034	58.370.231	59.004.647	37.216.097	34.026.050	41.201.774
kreisfreie Städte*)	Schuldenstand	482.747.801	442.210.973	447.021.730	397.854.571	358.601.841	334.160.021	296.360.312	230.531.223
	Tilgung	77.812.162	53.469.057	67.252.062	56.638.258	42.235.518	54.909.802	87.916.098	43.776.979
kreisangehörige Gemeinden und VG	Schuldenstand	1.146.411.883	1.089.296.944	1.015.721.880	929.120.178	848.920.671	804.603.268	773.986.443	742.585.398
	Tilgung	172.473.216	146.926.436	132.948.412	136.355.256	138.883.886	105.914.001	109.268.773	106.788.409

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2014-2021

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Anlage 20

Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

Thüringer Kommunalmonitor 2021

Kommunale Bedarfstrends auf den Punkt gebracht.

aproxima

Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung

Frische Forschung

www.aufbaubank.de/kommunalmonitor

Eine Studie im Auftrag der Thüringer Aufbaubank

Ausführlicher Ergebnisreport 2021

Stand: 26.11.2020

Inhalt

6 Die Resonanz in den Kommunen

8 Erfahrungen mit Corona

12 Kommunen in Haushaltssicherung

15 Aktuelle Gesamtfinanzsituation

16 Bedarf an personellen Resourcen

20 Bedarf an Investitionsmitteln

36 Hemmnisse der Investitionstätigkeit

39 Zusammenfassung der Ergebnisse

42 Methodisches Vorgehen

Vorwort

Pünktlich zum Jahresanfang stehen die Ergebnisse des 3. Thüringer Kommunalmonitors zur Verfügung. Erfreulicherweise wieder mit einer steigenden Zahl an Rückmeldungen. Wir freuen uns, dass die Ergebnisse für das Jahr 2021 auf fast 100 Rückmeldungen der Thüringer Kommen basieren und damit eine noch höhere Repräsentativität der Lage der Kommunen in Thüringen widerspiegeln. Die Pandemie ist auch in 2021 wieder eines der wesentlichen Themen. Gleichwohl ist es erfreulich zu hören, dass die bisherigen Programme zur Milderung der Folgen aus der Pandemie für die Thüringen Kommunen angemessen und nach Einschätzung der meisten Kommunen zunächst ausreichend waren.

Neben den Auswirkungen aus der Corona-Pandemie gab es natürlich noch zahlreiche andere Themen die erfragt und im neuen Kommunalmonitor zusammengefasst wurden. Themen wie Digitalisierung, Wohnraum, Nachhaltigkeit und soziale Infrastruktur standen in diesem Jahr neben den allgemeinen Investitionstrends im Mittelpunkt und ergaben interessante Ergebnisse. Wie auch in den Vorjahren nehmen wir Ihre Bedarfe und Herausforderungen ernst und werden entsprechende interne Maßnahmen ausloten und mit den Ministerien in Thüringen die Ergebnisse diskutieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Teilnahme und wünsche viel Vergnügen beim Lesen.

Ihr

Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank

Die Resonanz in den Kommunen

Rücklauf nach Einwohner*innenzahl

Das Interesse am Thüringer Kommunalmonitor wächst. In diesem Jahr wurden 209 Verwaltungsspitzen von 58 Gemeinden, 91 Städten, 43 Verwaltungsgemeinschaften (VG) und 17 Landkreisen (LK), die wir hier als Kommunaltypen bezeichnen, per Post und z. T. per E-Mail angeschrieben. Insgesamt haben sich 95 der 209 angeschriebenen Thüringer Kommunen beteiligt. Das entspricht einer Beteiligungsquote von rund 46 Prozent (2020: 32 Prozent). Seit der Erstauflage des Thüringer Kommunalmonitors im Jahr 2019 ist das die beste Resonanz unter den Kommunen.

Einwohnerzahl	Gemeinden	Städte	VG	Landkreise	Gesamt
Unter 3.000 Ew.	8	2	0	0	10
3.000 bis unter 5.000 Ew.	9	10	1	0	20
5.000 bis unter 10.000 Ew.	9	16	9	0	34
10.000 bis unter 30.000 Ew.	0	13	2	0	15
30.000 bis unter 50.000 Ew.	0	4	0	0	4
50.000 und mehr Ew.	0	2	0	10	12
Gesamt	**26**	**47**	**12**	**10**	**95**

Anzahl der Kommunen

Kleine, mittlere und große Gemeinden sind in der realisierten Stichprobe relativ gleich verteilt. Bei den Städten bilden Orte zwischen 5.000 und 10.000 Einwohner*innen die größte Gruppe. Gleiches trifft auf die Verwaltungsgemeinschaften zu. Die zehn in der Befragung vertretenen Landkreise befinden sich plausiblerweise alle in der Gruppe mit 50.000 und mehr Einwohner*innen.

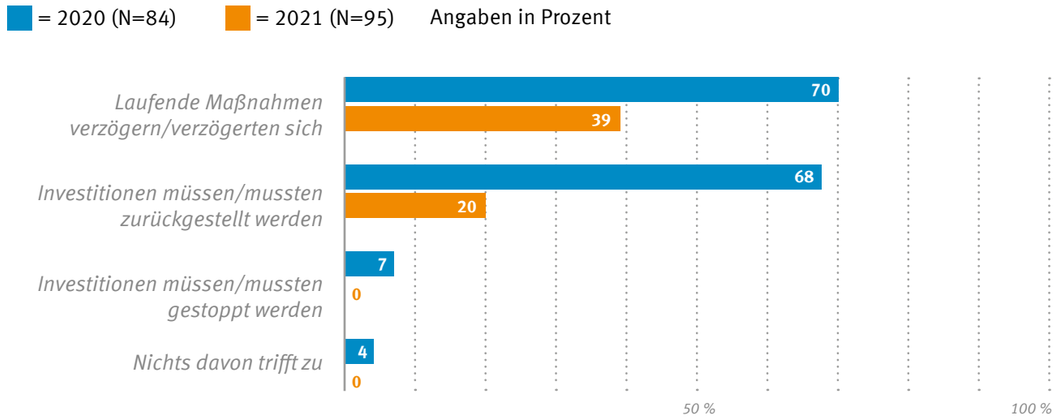
Erfahrungen mit Corona

Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit

Welche Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit erwarten Sie in Folge der Corona-Krise? Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf die Investitionstätigkeit im Jahr 2021?

Die von den Kommunen in der Befragung von Frühjahr und Sommer 2020 befürchteten Schwierigkeiten bei der Umsetzung der geplanten Investitionstätigkeiten durch die Corona-Pandemie haben sich nicht in dem damals angegebenen Umfang bestätigt. Deutlich weniger Befragte gaben in der aktuellen Umfrage Verzögerungen oder Rückstellungen bei Investitionen an. Dennoch berichten 39 Prozent der aktuell befragten Kommunen von Verzögerungen und bei 20 Prozent der Kommunen mussten Investitionen zurückgestellt werden.

Alle befragten Kommunen

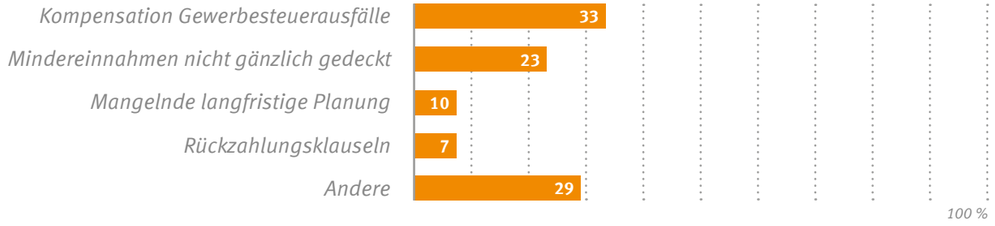


Kompensationsleistungen in Folge von Corona

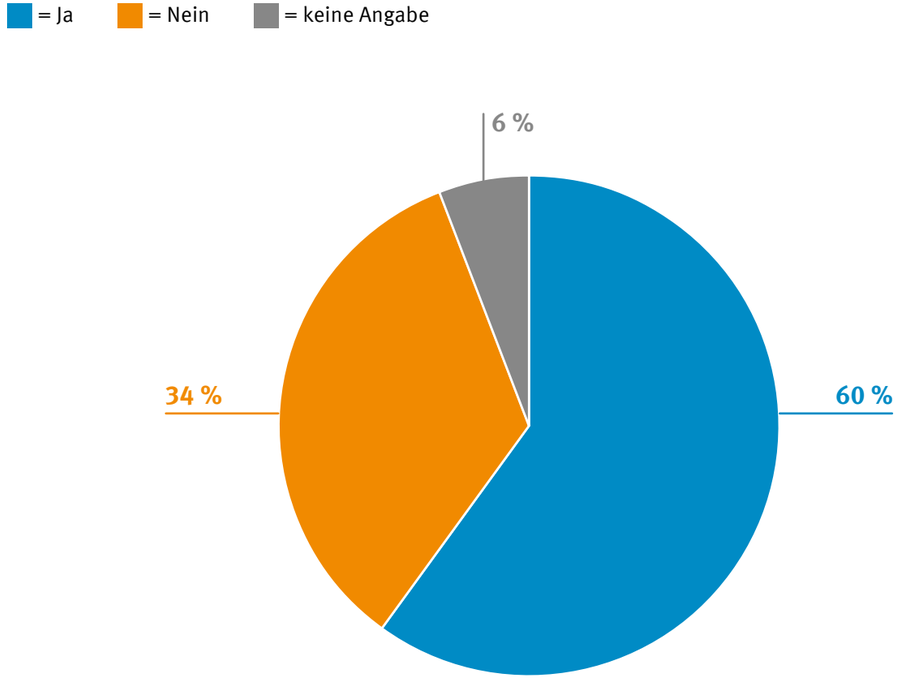
Für die große Mehrheit der befragten Kommunen (60 Prozent) waren die Kompensationsleistungen aus finanziellen Zuwendungen und Förderprogrammen zur Bekämpfung der Folgen aus der Corona-Pandemie ausreichend. Etwa ein Drittel der Befragten antwortet mit NEIN, war also nicht zufrieden und hätte mehr Unterstützung benötigt. Zusammengefasst werden von diesen Befragten die folgenden Erwartungen an die Kompensationsleistungen genannt.

Erwartungen der Kommunen, denen die Leistungen nicht ausreichten:

(N = 31), Angaben in Prozent



Waren die Kompensationsleistungen für die Kommunen 2020 ausreichend?

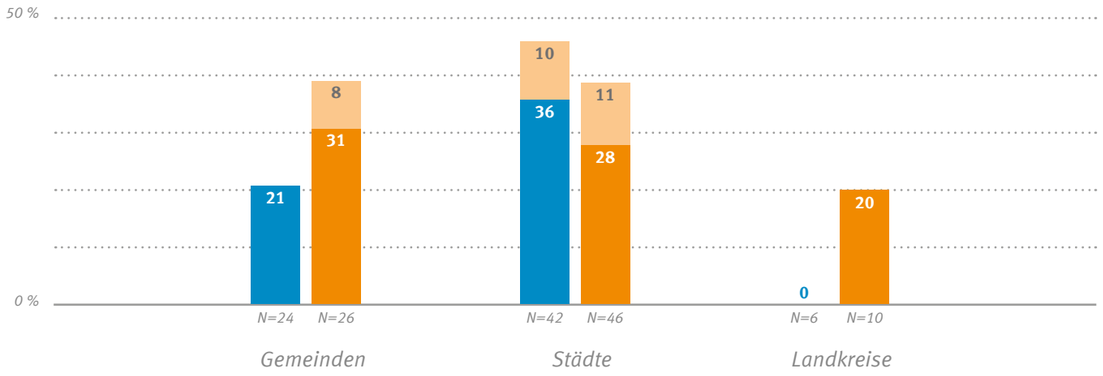


Kommunen in Haushaltssicherung

In der aktuellen Befragung ist der Anteil der Gemeinden, die ein verpflichtendes Haushaltssicherungskonzept haben, angestiegen. Auch geben 20 Prozent der Landkreise nun an, ein Haushaltssicherungskonzept zu haben. Bei den Städten ist der Anteil der verpflichtenden Haushaltssicherung dagegen gesunken. Der Anstieg bei den Gemeinden und Landkreisen ist wahrscheinlich nicht auf die Folgen der Corona-Pandemie zurückzuführen. Nur eine Kommune gab an, dass die Auswirkungen der Corona-Pandemie eine Haushaltssicherung notwendig machte. In VGs arbeiten kaum Gemeinden mit einem Haushaltssicherungskonzept. Bei drei VGs betrifft das je eine und bei zwei VGs jeweils 3 Gemeinden.

= 2020 = 2021 = freiwillig

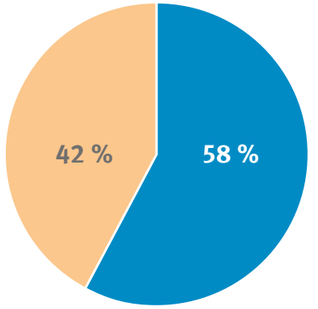
Angaben in Prozent



Haushaltssicherungskonzepte (HSK) in Verwaltungsgemeinschaften

VG (N = 12)

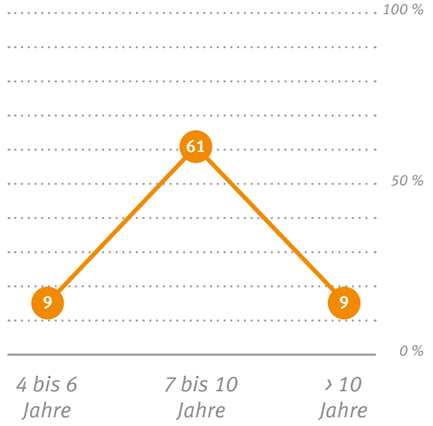
= kein HSK
= HSK für alle Mitgliedsgemeinden (MGG)
= HSK für einen Teil der MGG



Geplanter Konsolidierungszeitraum bei verpflichtender Haushaltssicherung

Rund 61 Prozent und damit die Mehrheit aller Kommunen in verpflichtender Haushaltssicherung gaben an, dass ein Konsolidierungszeitraum von 7 bis 10 Jahren notwendig wird.

(N = 23), Angaben in Prozent
fehlende Werte zu 100 = keine Angabe

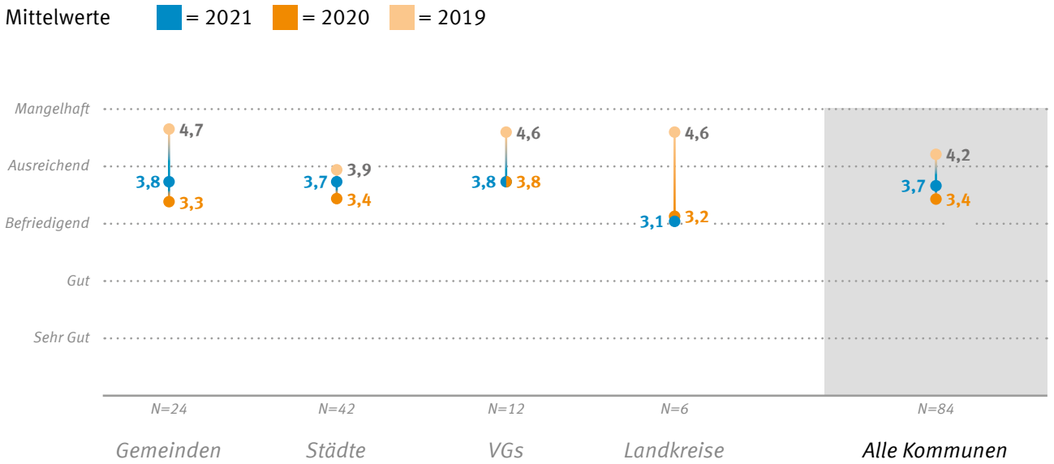


Aufgenommen in Apolda

Aktuelle Gesamtfinanzsituation

Wie schätzen Sie Ihre aktuelle Gesamtfinanzsituation ein?

Im Vergleich zur Lagebeurteilung aus dem Jahr 2019 herrscht bei den Kommunen immer noch ein verhaltener Optimismus. Dennoch hat sich die Wahrnehmung der aktuellen Gesamtfinanzsituation unter den befragten Kommunen im Vergleich zum Frühjahr und Sommer 2020 wieder etwas verschlechtert. Insbesondere bei den Städten und Gemeinden hat sich die Sicht auf die Gesamtfinanzsituation eingetrübt. Die Gemeinden und Städte stufen ihre Finanzsituation im Durchschnitt als ausreichend und damit etwas kritischer als im letzten Jahr ein. Bei den Verwaltungsgemeinschaften hat sich nichts geändert. Diese beurteilten die Situation der Mitgliedsgemeinden auch im letzten Jahr schon als ausreichend. Die befragten Landkreise dagegen sehen eine leichte Verbesserung. Sie tendieren heute in ihrer Einschätzung stärker zu einer befriedigenden Lage als noch vor einem Jahr.



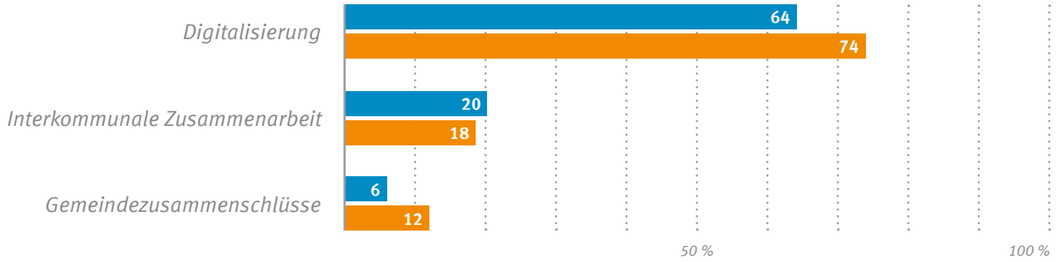
Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Die Digitalisierung gewinnt in den Kommunen zunehmend an Bedeutung. Das zeigt sich darin, dass mittlerweile fast drei Viertel aller Befragten hier einen zusätzlichen personellen Bedarf sehen. Auch im Zusammenhang mit den Arbeiten bei Gemeindezusammenschlüssen wird zunehmend Personalbedarf angemeldet.

Alle befragten Kommunen – Strategischer Bereich

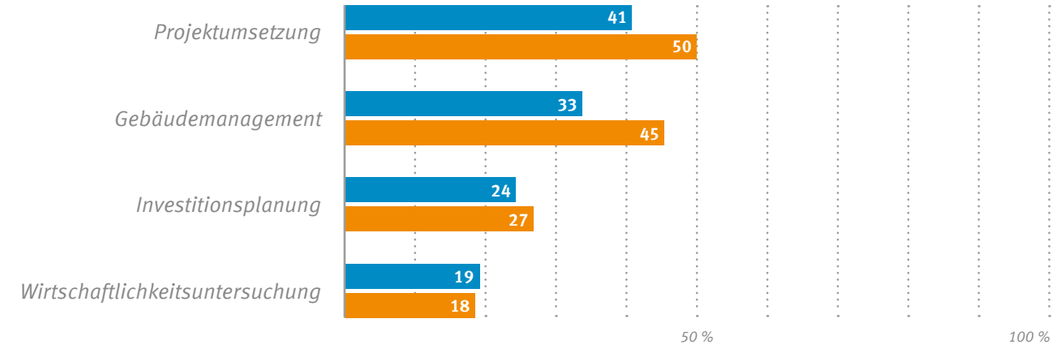
= 2020 (N=84) = 2021 (N=95) Angaben in Prozent



Auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit wird zunehmend Fachpersonal in den Handlungsfeldern Gebäudemanagement sowie bei der Projektumsetzung benötigt. Mit Anteilen von 45 bis 50 Prozent aller befragten Kommunen besteht innerhalb des Investitionsbereichs der größte zusätzliche Personalbedarf.

Alle befragten Kommunen – Investitionsbereich

= 2020 (N=84) = 2021 (N=95) Angaben in Prozent

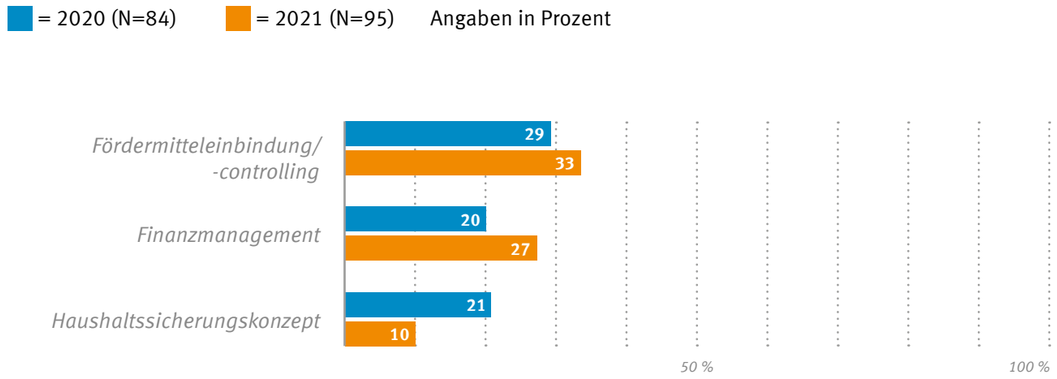


Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

In welchen Bereichen werden in den nächsten drei Jahren zusätzliche personelle Ressourcen gebraucht?

Die Fördermittelverwaltung sowie das Finanzmanagement sind bei der Finanzverwaltung die Bereiche mit wachsendem zusätzlichem Personalbedarf. Rund 33 bzw. 27 Prozent der Kommunen geben hier zusätzlichen Personalbedarf an.

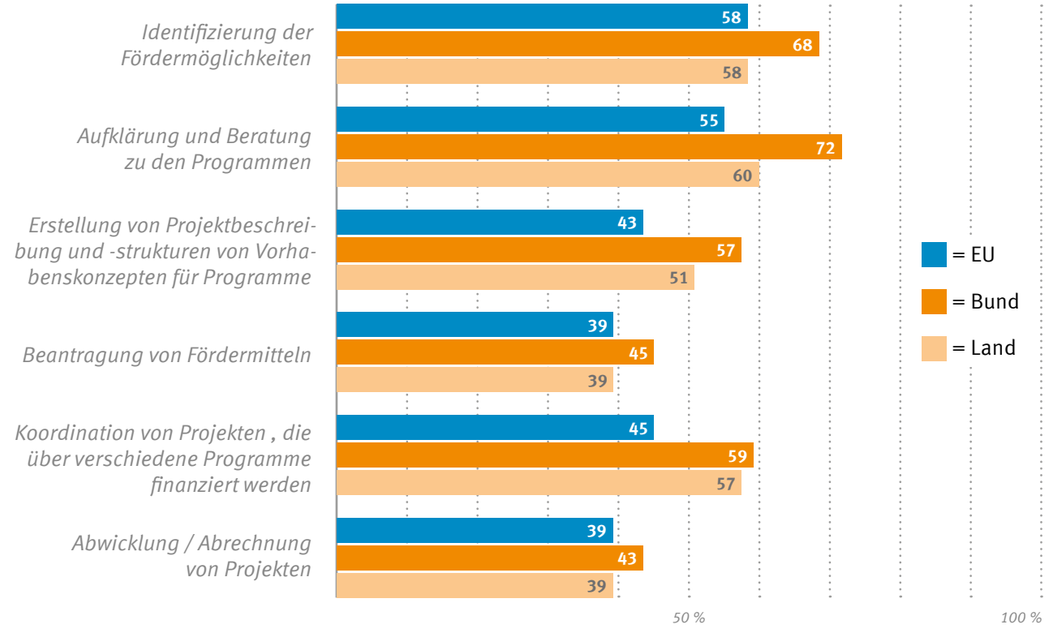
Alle befragten Kommunen – Finanzverwaltung



Personelle Unterstützungen notwendig

bei der Auswahl, der Beantragung und der Abrechnung von Fördermitteln bei folgenden Fördermittelgebern

Den größten Bedarf an personeller Unterstützung sehen die Kommunen bei der Bearbeitung von Förderprogrammen des Bundes. Daneben sind es vor allem die Querschnittsaufgaben, wie die Identifikation von Fördermöglichkeiten, die Beratung zu Programmen und die Koordination von Projekten über verschiedene Programme, bei denen sich viele Kommunen mehr personelle Hilfe wünschen.



Bedarf an Investitionsmitteln

Den infrastrukturellen Herausforderungen im Zuge des demographischen Wandels begegnen die Kommunen überwiegend mit dem Aus- und Umbau der vorhandenen Substanz. In den Gemeinden und Städten hat darüber hinaus der Erhalt durch Sanierung Priorität vor dem Neubau. In allen befragten Kommunen stehen Investitionen in die Verwaltungsdigitalisierung und die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur an vorderster Stelle.

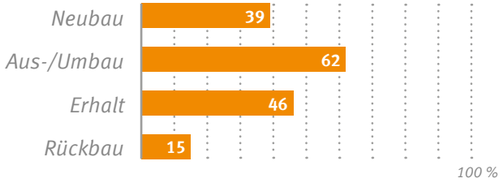
Für Landkreise und kreisfreien Städte stehen die Investitionen in Schulen und in die Breitbandversorgung stark im Fokus.

Aufgenommen in Erfurt

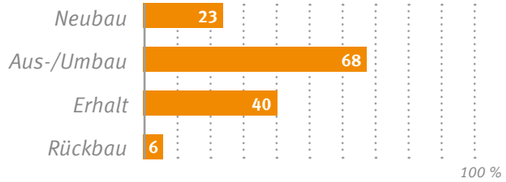
Trend der Gestaltung der Infrastruktur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung

Angaben in Prozent, Mehrfachnennenungen möglich

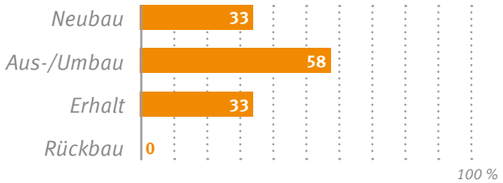
Gemeinden
(N=26)



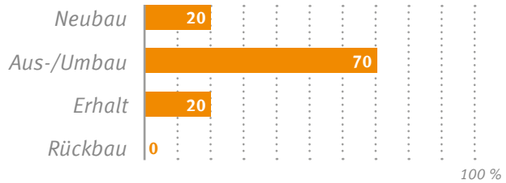
Städte
(N=47)



Verwaltungsgemeinschaften
(N=12)

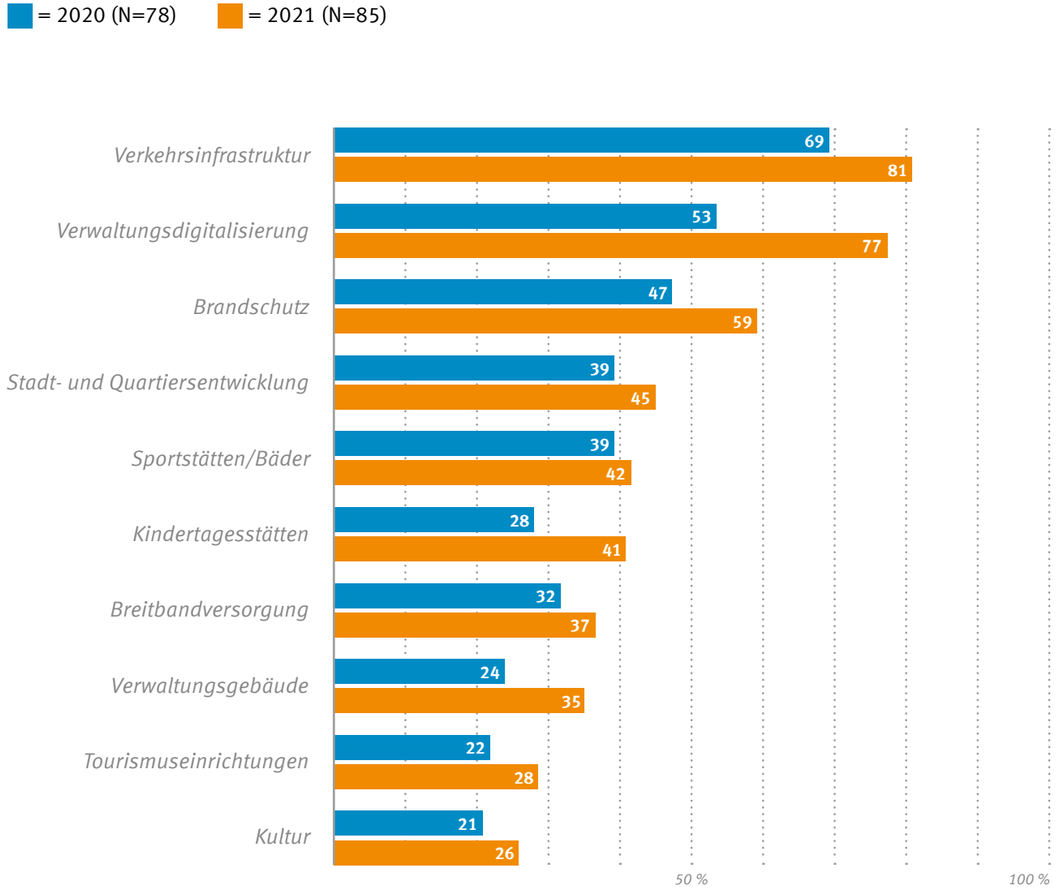


Landkreise
(N=10)

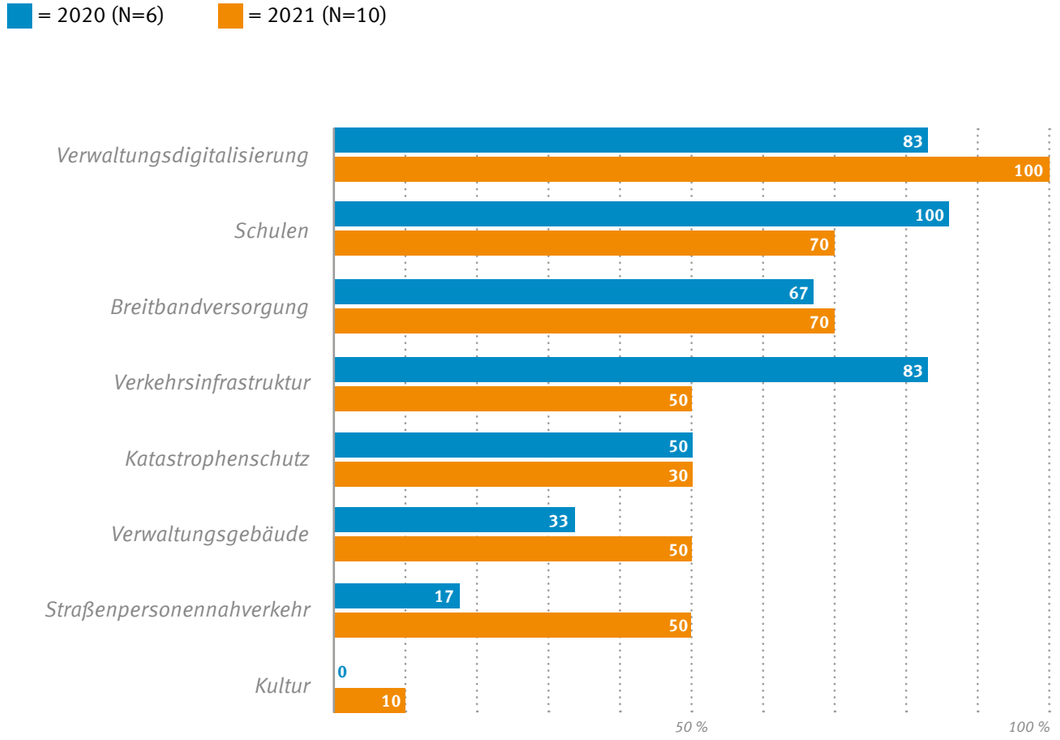


Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Hohe Wichtigkeit TOP 10 - Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften:



Hohe Wichtigkeit - Landkreise:



Investitionsbedarf bei der Straßeninfrastruktur

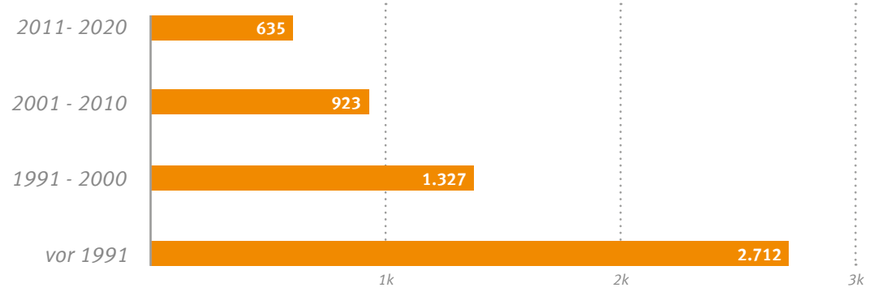
Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

In den kommenden Jahren ist in den Thüringer Kommunen mit einem hohen Investitionsbedarf für die Erneuerung der Straßeninfrastruktur zu rechnen. Insgesamt verfügen die befragten Gemeinden, Städte und VGs über ein Straßennetz von 5.770 km Länge. Fast 50 Prozent wurden vor mehr als 30 Jahren neu errichtet, grundhaft ausgebaut oder erstmalig hergestellt. Berücksichtigt man noch die 23 Prozent der Straßen, die mindestens 20 Jahre alt sind, besteht in Thüringen ein sehr hoher Investitionsbedarf für die Erneuerung der Straßenverkehrsinfrastruktur.

Aufgenommen in Jena

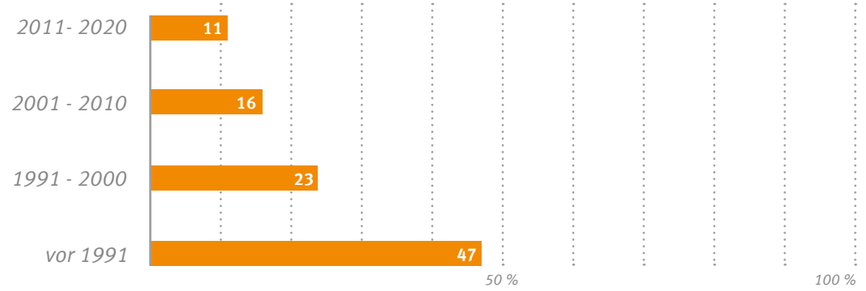
Stand des Aus- und Neubaus der Straßen der Gemeinden, Städte und VGs in km:

Gemeinden, Städte und VGs (N=64)



Prozentualer Anteil des Aus- oder Neubaus der Straßeninfrastruktur:

Durchschnitt aller Prozentangaben der Gemeinden, Städte und VGs (N = 64)



Aufgenommen in Sondershausen

Investitionsbedarf im Bereich Wohnen

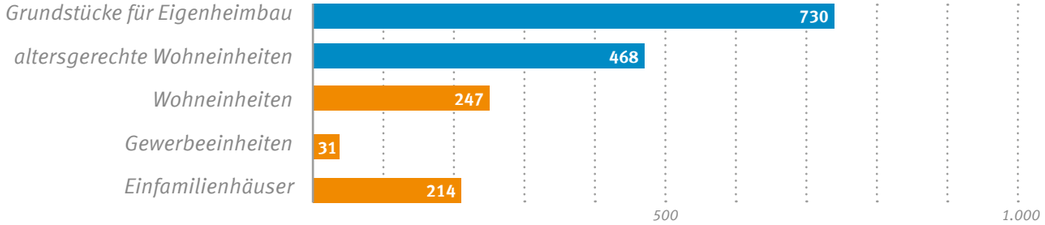
Beim Leerstand von Einfamilienhäusern liegen Gemeinden und Städte fast gleich auf. Freie Wohneinheiten finden wir überwiegend in den Städten, vor allem mit 10.000 bis 30.000 Einwohner*innen. Besonders hoch scheint aber der Leerstand in Städten über 30.000 Einwohner*innen zu sein. Hier ist auch der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum am größten. In den Städten mit 10.000 bis 30.000 Einwohner*innen ist dagegen der Bedarf an Grundstücken für den Eigenheimbau auffallend hoch. Einen ähnlich hohen Bedarf meldet der ländliche Raum (Gemeinden und VGs zusammengenommen) an.

Betrachtet man Gemeinden und VGs, dann wird deutlich, dass von den Gewerbeflächen im ländlichen Raum nur wenige ungenutzt sind. Freie Gewerbeeinheiten sind vor allem in den Städten mit mehr als 10.000 Einwohner*innen zu finden.

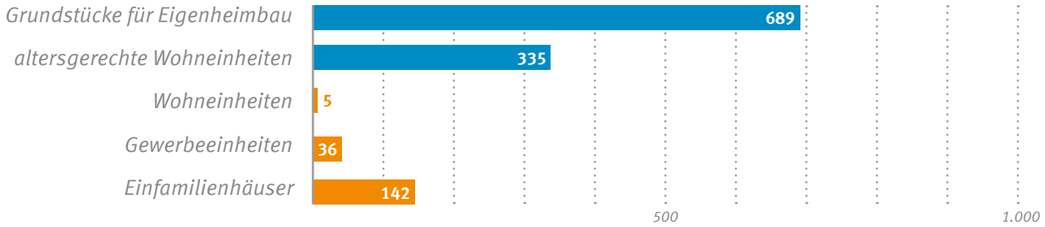
Investitionsbedarf und Leerstände im ländlichen Raum

= Bedarf = Leerstand Summen der Angaben

Gemeinden:



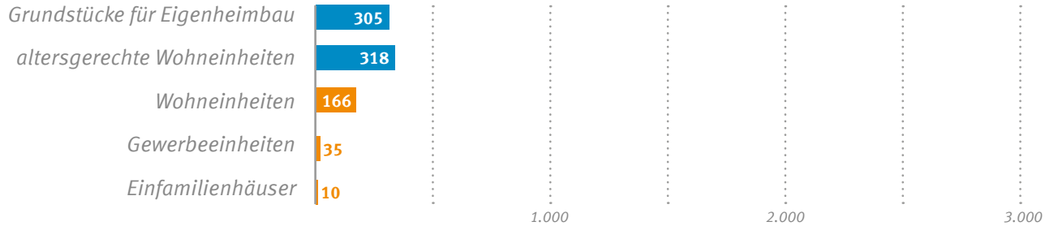
Verwaltungsgemeinschaften:



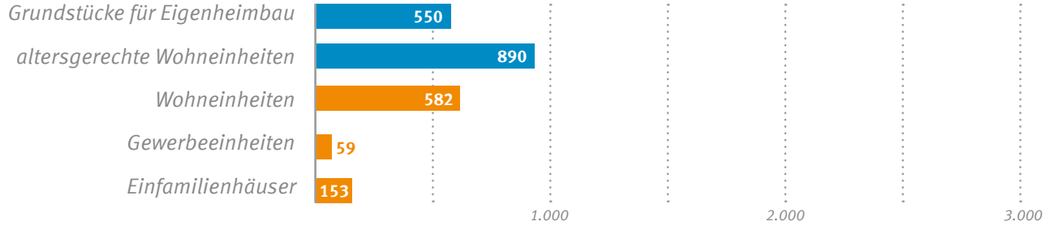
Investitionsbedarf und Leerstände in den Städten

= Bedarf = Leerstand Summen der Angaben

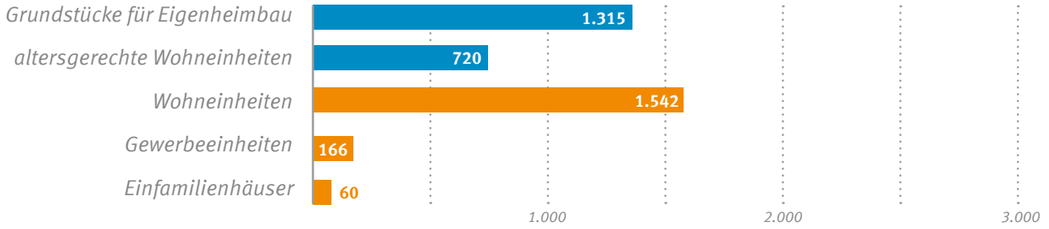
unter 5.000 Einwohner*innen:



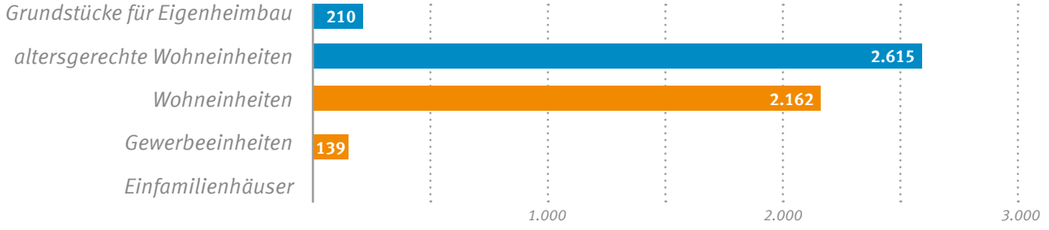
5.000 bis unter 10.000 Einwohner *innen:



10.000 bis unter 30.000 Einwohner *innen:



über 30.000 Einwohner *innen:

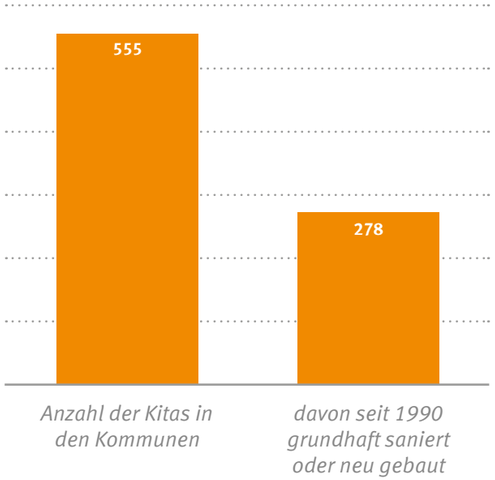


Investitionsbedarf bei Kindertagesstätten

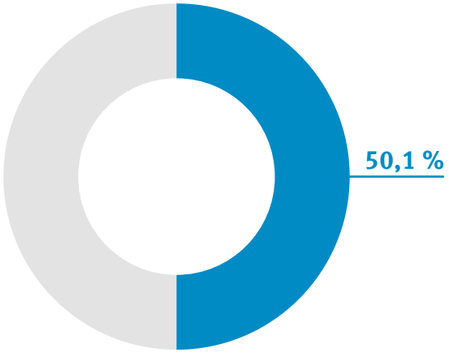
Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften

Die Kommunen, die an der Befragung teilgenommen haben, geben an, dass die Hälfte des Objektbestandes der Kitas seit 1990 grundhaft saniert oder neu gebaut wurde. Im Umkehrschluss bedeutet das jedoch, dass ebenso viele Objekte in den kommenden Jahren einer Sanierung bedürfen, da diese bisher noch nicht saniert wurden. Dafür müssen adäquate Mittel bereitgestellt werden.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kitas gesamt:

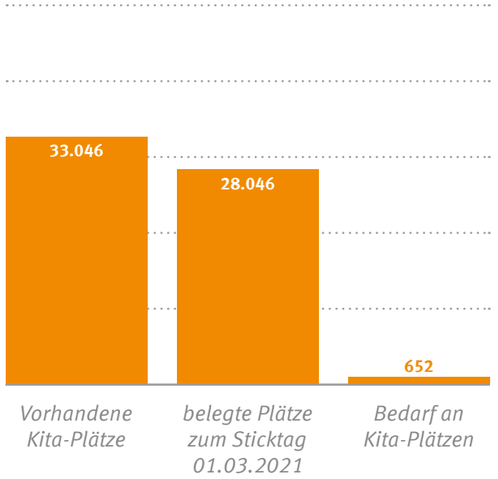


Anteil der sanierten oder neu gebauten Kitas in Prozent:

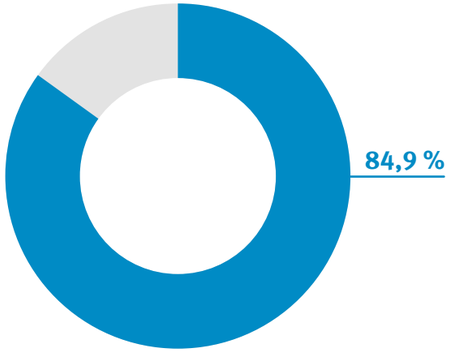


Rund 15 Prozent der vorhandenen Kita-Plätze waren zum Zeitpunkt der Befragung nicht belegt. Nur zwei Prozent, gemessen am vorhandenen Potenzial, werden zusätzlich gebraucht. Obwohl lokale Unterschiede im Belegungsgrad und am Erweiterungsbedarf des Angebots von Kita-Plätzen bestehen, die hier nicht sichtbar gemacht werden können, scheint das Angebot an Kita-Plätzen, landesweit betrachtet, ausreichend zu sein.

Anzahl der von den Kommunen angegebenen Kita-Plätzen gesamt:



Belegungsgrad der vorhandenen Kita-Plätze:



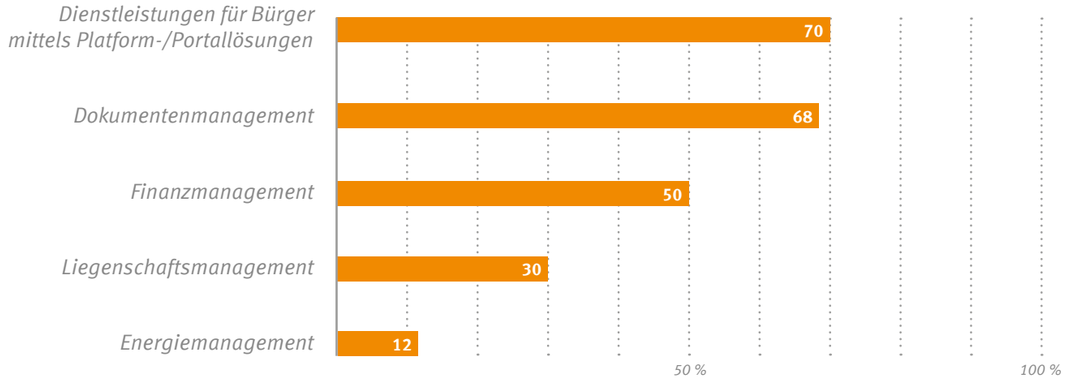
Investitionsbedarf im Bereich Digitalisierung

Gesamtübersicht aller Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise

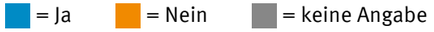
Bei der Digitalisierung stehen bei den meisten Kommunen Maßnahmen zum Angebot von plattformbasierten Dienstleistungen für die Bürger*innen, die Digitalisierung der Dokumentationssysteme sowie das Finanzmanagements im Vordergrund. Die Mehrheit der Kommunen benötigt fachliche Unterstützung und setzt auf interkommunale Kooperationen.

Geplante Beschaffung von Softwarelösungen für ...

Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent

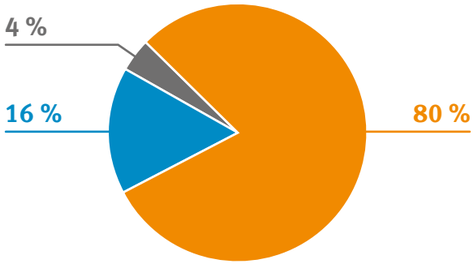


Klimaschutz und Energiemanagement



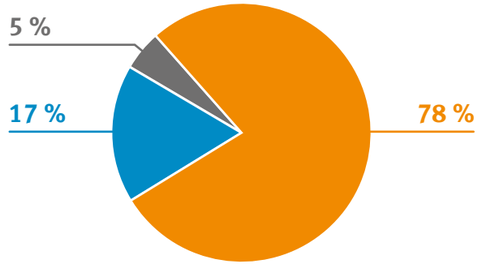
Klimaschutzkonzept vorhanden?

(N = 95)



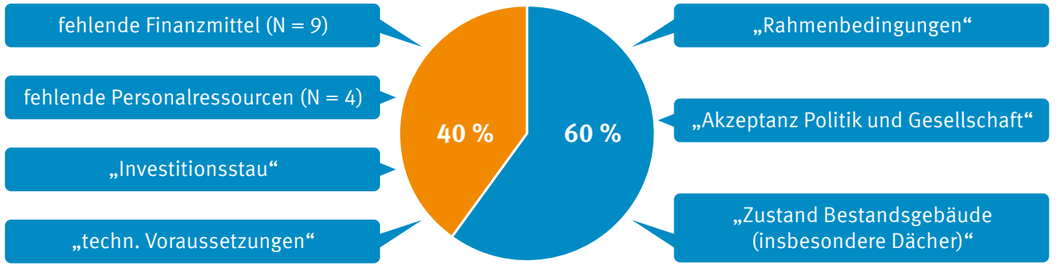
Besitzt die Kommune ein eigenständiges Energiemanagement mit einer entsprechenden Personalstelle?

(N = 95)



Gibt es Hemmnisse bei der Umsetzung?

(N = 15)



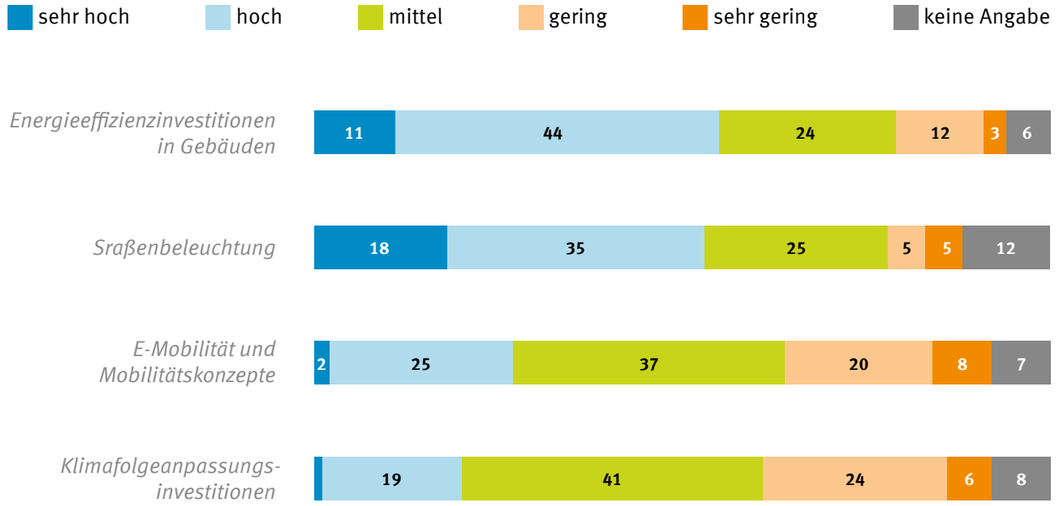
Klimaschutz und Energiemanagement

Welche Priorität haben die folgenden Schwerpunkte?

Schwerpunkte beim Energiemanagement liegen für die Kommunen bei Investitionen in der energieeffizienteren Umgestaltung der Gebäude und bei der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energieeffizientere Systeme. Über ein Energiemanagementkonzept verfügen jedoch nur wenige Kommunen. Die, die ein solches Konzept haben, beklagen vor allem, dass fehlende finanzielle Mittel und zu wenig Personal die Umsetzung hemmen.

Alle Kommunen

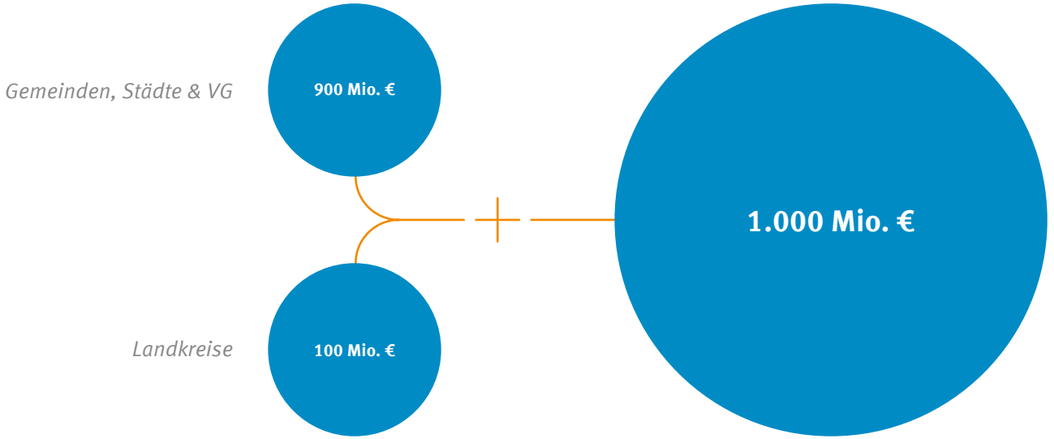
(N = 95) Angaben in Prozent



Zusätzlicher Investitionsbedarf pro Jahr (Dreijahreshorizont)

Auf der Basis der Sachinvestitionen und des Anteils der Zuweisungen 2018 bis 2020 wurden die Sachinvestitionen, bestehend aus den in den Haushalt eingestellten Ausgaben und Zuweisungen, sowie der Gesamtbedarf 2022 bis 2024 simuliert. Das Delta zwischen simulierten Sachinvestitionen und Gesamtbedarf 2022 bis 2024 ist der geschätzte zusätzliche Investitionsbedarf. Für die kommenden drei Jahre schätzen wir diesen auf rund 3 Mrd. €, und durchschnittlich 1 Mrd. € pro Jahr.

Hochrechnung auf alle Thüringer Kommunen in Mio. €



Hemmnisse der Investitionstätigkeit

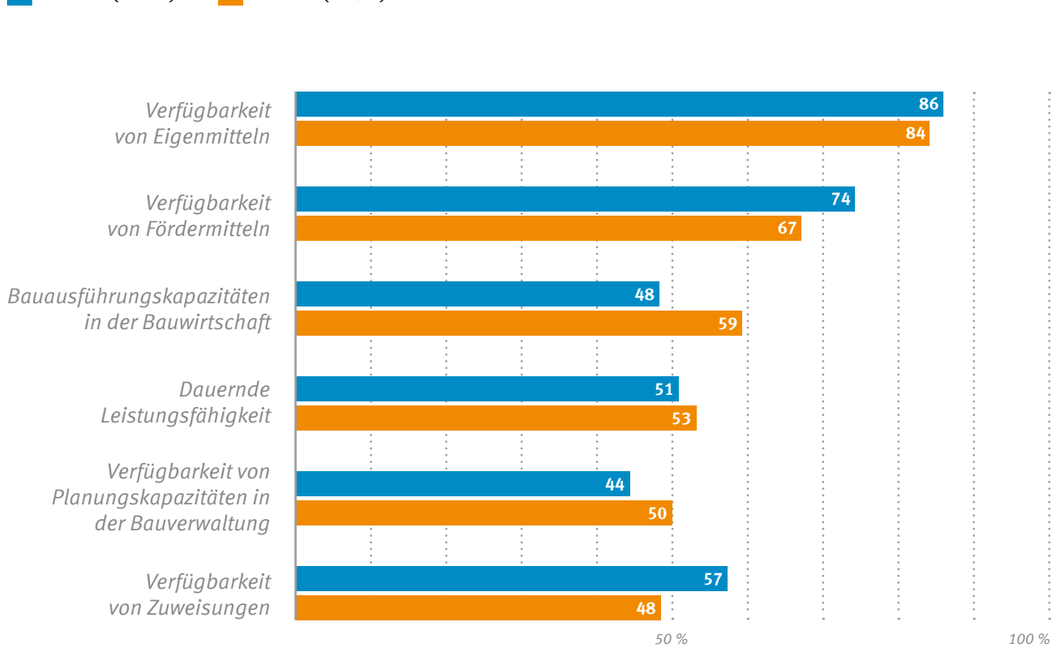
Während im Vorjahresvergleich die finanziellen Hemmnisse (Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln sowie Zuweisungen) rückläufig sind, nehmen die Engpässe bei den personellen Ressourcen bei der Umsetzung der Investitionstätigkeit etwas zu.

Nach wie vor sind zwar die Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln die stärksten Hemmnisse, doch mittlerweile sehen auch fast 60 Prozent der Befragten in den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft und 50 Prozent bei der Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung Hemmnisse. Diese Wahrnehmung hat seit 2020 deutlich zugenommen. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen werden von 46 Prozent der Befragten, und damit häufiger als 2020 (31 Prozent), als Hemmnisse kritisiert. Als Begründung dafür werden das Vergabegesetz, die Energieeinspeiseverordnung (EnEV) und das Wirtschaftskreislaufgesetz angeführt.

Aufgenommen in Weimar

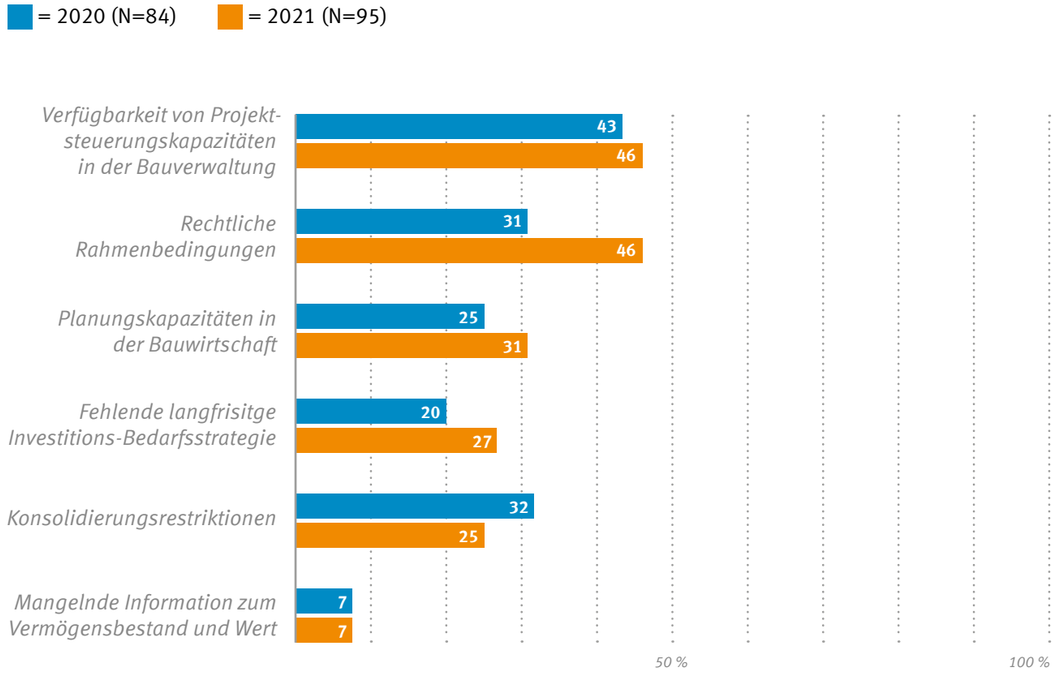
Hemmnisse der Investitionstätigkeit I

Alle befragten Kommunen im Überblick:



Hemmnisse der Investitionstätigkeit II

Alle befragten Kommunen im Überblick:



Aufgenommen in der Thüringer Aufbaubank

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die in der Umfrage von 2020 unter den Kommunen weit verbreitete Befürchtung, dass sich die Corona-Pandemie auf die Investitionstätigkeit negativ auswirken könnte, ist offenbar nicht in dem Maße eingetreten. Bei 39 Prozent der Befragten traten Verzögerungen in laufenden Maßnahmen ein (Befürchtungen in 2020 bei 70 Prozent) und bei 20 Prozent der Kommunen mussten Investitionen zurückgestellt werden (Befürchtungen in 2020 bei 68 Produzent).

Die Kompensationsmöglichkeiten, die durch Zuwendungen und Förderprogramme den Kommunen zur Verfügung gestellt wurden, waren für die Mehrheit auch ausreichend. Etwa ein Drittel der Befragten hat sich allerdings mehr Unterstützung gewünscht.

Schätzten in der Umfrage von 2020 noch fast die Hälfte der am Kommunalmonitor 2020 teilgenommenen Kommunen, dass eine Haushaltssicherung wahrscheinlich ist, geben in der aktuellen Befragung nur rund vier Prozent der Befragten (das ist eine Kommune) an, dass eine verpflichtende Haushaltssicherung coronabedingt erforderlich war. Die Befürchtungen haben sich also nicht bestätigt.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die aktuelle Finanzsituation der Kommunen

Bei den meisten Kommunen herrscht nach wie vor in Bezug auf deren finanzielle Situation ein verhaltener Optimismus. Die Gemeinden und Städte stufen ihre Finanzsituation im Durchschnitt als ausreichend und damit trotzdem etwas kritischer als im letzten Jahr ein. Die Verwaltungsgemeinschaften schätzen die Situation der Mitgliedskommunen unverändert als ausreichend ein. Die befragten Landkreise dagegen sehen eine leichte Verbesserung. Sie tendieren heute in ihrer Einschätzung stärker zu einer befriedigenden Lage als noch vor einem Jahr.
Rund ein Drittel der befragten Gemeinden und Städte befindet sich in verpflichtender Haushaltssicherung. Die meisten davon benötigen einen Konsolidierungszeitraum von 7 bis 10 Jahren.

Personalbedarf

Im strategischen Bereich sehen die meisten Kommunen vor allem im Handlungsfeld „Digitalisierung“ zunehmenden Personalbedarf. Der Anteil der Kommunen, die einen Bedarf anmelden, steigt im Vergleich zum letzten Jahr um 10 Prozentpunkte auf nunmehr 74 Prozent. Weitere relevante Handlungsfelder für die Personalentwicklung zeigen sich im investiven Bereich beim „Gebäudemanagement“ und bei der „Projektumsetzung“. Rund 45 bzw. 50 Prozent aller befragten Kommunen zeigen hier Personalbedarf an. Im Bereich der Finanzverwaltung ist es vor allem das Handlungsfeld „Fördermitteleinbindung und –controlling“. Rund ein Drittel der Kommunen benötigt hier zusätzliche personelle Unterstützung. Die Nachfrage der Kommunen nach zusätzlichem Personal ist somit bei der Bewältigung der Herausforderungen der Digitalisierung am größten.

Unterstützung bei der Fördermittelbeschaffung

Eine durchweg hohe Nachfrage nach zusätzlicher personeller Unterstützung besteht bei der Auswahl, der Beantragung und der Abrechnung von Fördermitteln bei Programmen der EU, des Bundes und des Landes. Mehr als 40 Prozent der befragten Kommunen benötigen in den meisten Arbeitsschritten bei allen drei Fördermittelgebern zusätzliche Unterstützung. Besonders hoch ist der Wunsch nach unterstützendem Personal bei der Inanspruchnahme von Bundesprogrammen. Die Identifikation von Förderprogrammen und die Beratung zu Programmen sind dabei wichtige Themen.

Bedarf an Investitionsmitteln

Die Verwaltungsdigitalisierung, die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und die Investitionen in die Schulen sind die wichtigsten Investitionsziele der Kommunen in den kommenden Jahren. Hier wird der höchste Investitionsmittelbedarf entstehen. Den infrastrukturellen Herausforderungen im Zuge des demographischen Wandels begegnen die Kommunen überwiegend mit dem Aus- und Umbau der vorhandenen Substanz.
Die zusätzlich benötigten Mittel für die Umsetzung aller kommunalen Investitionsziele schätzen wir auf ca. 3 Mrd. Euro für die kommenden drei Jahre.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Fehlende Ressourcen bei der Umsetzung der Bauplanung und Bauausführung stellen zunehmende Risiken bei der Umsetzung der Investitionstätigkeiten dar. Immer noch sind zwar die Verfügbarkeit von Eigenmitteln und Fördermitteln die stärksten Hemmnisse für die Investitionstätigkeit, jedoch sehen mittlerweile fast 60 Prozent der Kommunen in den Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft und 50 Prozent bei der Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung Hemmnisse.

Ziel, Methode, Stichprobenqualität

Der Thüringer Kommunalmonitor spiegelt die Situation in den teilnehmenden Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen hinsichtlich der Haushaltslage, der Investitionstätigkeit und den Fördermittelbedarfen wider. Wie schon 2020 haben wir auch in diesem Jahr Fragen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunen aufgenommen. Darüber hinaus gibt es Fragenblöcke zu den Investitionsbedarfen in Bezug auf die Straßeninfrastruktur, die Wohnungswirtschaft, die Kindertagesstätten, die Digitalisierung und das Energiemanagement. Die Fragebögen wurden an die spezifischen Aufgabenfelder der unterschiedlichen Kommunaltypen angepasst. Somit erhielten Gemeinden, Städte, kreisfreie Städte und Landkreise nur die Fragen, die tatsächlich Gegenstand ihrer Arbeit sind. Das sollte die Bearbeitung des Fragebogens für die Teilnehmer*innen vereinfachen und deren Zeit sparen. Diese Befragung gibt den teilnehmenden Kommunen die Möglichkeit, die Thüringer Landesregierung und die Förderinstitutionen, wie die Thüringer Aufbaubank und die GFAW, auf Herausforderungen der kommunalen Arbeit aufmerksam zu machen. Gleichzeitig liefert der Monitor den Kommunen einen guten Überblick über die Gesamtsituation in Thüringen und hilft, die eigene Position im Vergleich zu den anderen Kommunen zu bestimmen. Der Thüringer Kommunalmonitor erfreut sich einer zunehmenden Resonanz unter den Kommunen. Von den 209 im Gemeinde- und Städtebund Thüringens (https://www.gstb-thueringen.de) im März 2021 registrierten Städten und Gemeinden mit hauptamtlichen Verwaltungsspitzen, inklusive der 17 Landkreise, haben sich 45,5 Prozent an der diesjährigen Befragung beteiligt. In 2020 lag die Teilnehmer*innenquote bei 32 Prozent. Die Kommunen wurden postalisch und z. T. via E-Mail zur Teilnahme eingeladen.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmer*innen und wünschen Ihnen konstruktive Erkenntnisse bei der Lektüre.

Henry Kreikenbom *– 06.10.2021*

Methodenkurzbericht

Primärforschung	aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH
Auftraggeberin	Thüringer Aufbaubank
Erhebungsmethode	postalische Befragung und Befragung via E-Mail
Auswahlverfahren	Öffentliche Adressliste N = 209 Adressen von Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen
Stichprobe	N=95 Interviews | Ausschöpfungsquote: 45,5 Prozent
Feldzeit	25. Mai bis 31. August 2021
Bearbeitet von	Dr. Henry Kreikenbom, Dr. Yvonne Ludewig, Alexander Schilling, Undine von Lucadou

www.partner-regio.de

23. & 24. März 2022 – Weimar

Fachkongress für die öffentliche Hand

Hochkarätige Vorträge und Panels: Gleichwertige Lebensverhältnisse, Nachhaltigkeit, Mobilität, Digitalisierung und Fördermittel

23 **Exklusive Vorabendveranstaltung** mit prominenten Gästen und Beiträgen aus Politik und Wirtschaft

24 **Praxisbezogene Fachtagung:**

- Nachhaltige Infrastruktur – Herausforderung und Chance für die öffentliche Hand
- Künftige Ausrichtung der Förderung nachhaltiger Infrastruktur von EU, Bund und Ländern
- Fachforen zum Klimaschutz im kommunalen Hochbau, zu Mobilität und Digitalisierung

Jetzt anmelden!

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TSK

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Richtlinie zur Förderung von Kultur und Kunst	nein	2014	0489	883 10	800.000,00	35.000,00
			2014	0489	883 12	650.819,07	650.819,07
			2014	0489	883 13	200.000,00	200.000,00
			2014	0489	883 77	89.100,00	30.000,00
			2014	0489	883 79	2.000.000,00	100.000,00
			2014	0489	883 80	753.378,74	603.538,80
			2015	0208	883 10	750.000,00	1.034.936,43
			2015	0208	883 12	0,00	396.769,07
			2015	0208	883 13	200.000,00	200.000,00
			2015	0208	883 77	89.100,00	45.105,55
			2015	0208	883 79	1.000.000,00	414.757,20
			2015	0208	883 80	1.150.000,00	726.942,00
			2016	0208	883 10	300.000,00	99.000,00
			2016	0208	883 12	0,00	270.361,88
			2016	0208	883 77	89.100,00	30.000,00
			2016	0208	883 79	3.030.000,00	500.000,00
			2016	0208	883 80	1.000.000,00	693.020,56
			2017	0208	883 10	400.000,00	19.000,00
			2017	0208	883 12	0,00	256.048,94
			2017	0208	883 77	89.100,00	26.000,00
			2017	0208	883 79	1.250.000,00	212.000,00
			2017	0208	883 80	1.150.000,00	783.246,42
			2017	0208	883 84	150.000,00	150.000,00
			2018	0208	883 10	200.000,00	100.000,00
			2018	0208	883 79	5.157.400,00	3.424.999,23
		ja*)	2018	0208	883 80	1.310.000,00	940.705,65
		nein	2018	0208	883 84	600.000,00	325.000,00
			2018	0208	883 85	89.100,00	173.655,34
			2019	0208	883 79	9.635.500,00	8.188.183,16
		ja*)	2019	0208	883 80	1.350.000,00	1.284.259,19
		nein	2019	0208	883 85	89.100,00	608.237,88
			2020	0208	883 10	200.000,00	171.000,00
			2020	0208	883 79	9.635.500,00	9.109.532,09
		ja*)	2020	0208	883 80	1.650.000,00	1.759.841,77

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
		nein	2020	0208	883 85	270.000,00	847.321,13
			2021	0208	883 79	7.871.800,00	8.667.332,90
			2021	0208	883 80	2.400.000,00	1.485.400,60
			2021	0208	883 84	150.000,00	48.000,00
			2021	0208	885 85	570.000,00	570.000,00
			2022	0208	883 79	7.700.000,00	71.695,10
			2022	0208	883 80	2.900.000,00	11.200,00
2	Richtlinie des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur über die Gewährung von staatlichen Zuwendungen aus dem Aufbauhilfefonds des Bundes und der Länder für ein „Aufbauhilfeprogramm zur Beseitigung von Schäden infolge des Hochwassers vom 18. Mai bis zum 4. Juli 2013 in Thüringen bei kulturellen Einrichtungen und Kulturdenkmälern unabhängig von der Trägerschaft" (veröffentlicht im ThürStAnz. SD Nr. 4/2013)	nein	2015	8620	883 26	0,00	817.063,06
			2016	8620	883 26	0,00	7.692.815,62
			2017	8620	883 26	7.800.000,00	3.669.634,66
			2018	8620	883 26	0,00	3.197.966,13
			2019	8620	883 26	0,00	461.969,00
			2020	8620	883 26	0,00	380.269,56
3	Kommunales Investitionsprogramm (Thüringer Gesetz für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur vom 14.06.2017)	nein	2017	0208	883 50	0,00	983.641,30
		nein	2018	0208	883 50	6.000.000,00	3.278.798,93
		nein	2019	0208	883 50	0,00	1.901.926,70
		nein	2020	0208	883 50	0,00	1.184.485,52

Hinweis: Sofern die Ist-Werte über dem Ansätzen liegen, wurden die Mittel im Rahmen der Deckungsfähigkeit zur Verfügung gestellt.

* Aus dem hier genannten Haushaltstitel erfolgen nur die Auszahlungen für die Projektförderungen und die für die EFRE-Förderung erforderliche Cofinanzierung. EFRE-Mittel sind hier nicht mit inbegriffen, da die Auszahlung aus einem anderen Haushaltstitel erfolgt.

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMIK

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Förderung Unterbringung von Katastrophenschutzfahrzeugen des Landes	nein	2022	0318	883 73	1.000.000	380.000
2	Förderung für Investitionen in den Katastrophenschutz	nein	2021	8230	883 07	3.500.000	1.095.940
3	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen in Rettungsleitstellen	nein	2021	8230	883 06	5.999.900	840.065
4	Förderung Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge, -geräte und Uniformen	nein	2014	0318	883 03	6.700.000	5.054.432
			2015	0318	883 03	6.300.000	5.484.424
			2016	0318	883 03	6.700.000	5.550.774
			2017	0318	883 03	5.705.769	5.115.675
			2018	0318	883 03	5.500.000	4.256.296
			2019	0318	883 03	5.906.100	5.071.023
			2020	0318	883 03	9.200.000	7.117.977
			2021	0318	883 03	14.500.000	9.246.705
			2022	0318	883 03	10.100.000	2.744.840
5	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen zur Förderung von Investitionen der kommunalen Gebietskörperschaften zur Einführung des Digitalfunks bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	nein	2018	0318	883 02	3.563.400	46.355
			2019	0318	883 02	3.563.400	1.182.046
			2020	0318	883 02	3.563.400	2.381.945
			2021	0318	883 02	4.761.500	3.709.118

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMBJS

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Förderung Sportstättenbau	nein	2014	0835	883 71	7.500.000	9.530.644
					893 71	2.000.000	1.440.287
			2015	0435	883 71	4.873.000	3.904.522
					893 71	1.200.000	1.484.925
			2016	0435	883 71	5.073.000	4.819.812
					893 71	1.200.000	782.376
			2017	0435	883 71	5.073.000	5.260.231
					893 71	1.200.000	1.321.533
			2018	0435	883 50	5.000.000	598.770
					883 71	7.073.000	5.908.548
					893 71	1.200.000	1.960.000
			2019	0435	883 50	0	2.028.815
					883 71	7.073.000	6.625.463
					893 71	1.200.000	1.164.327
			2020	0435	883 50	5.000.000	3.619.770
					883 71	7.073.000	5.772.999
					893 71	5.500.000	1.080.909
			2021	0435	883 50	1.000.000	4.752.645
					883 71	7.073.000	8.072.999
					893 71	5.500.000	1.278.500
2	Landesinvestprogramm "Kindertageseinrichtungen" 2017 bis 2018	nein	2017-2021	0404	88350	10.000.000	9.411.629
3	Landesinvestprogramm "Kindertageseinrichtungen" 2020	nein	2020-2021	0404	88350	5.000.000	4.708.769
4	Landesinvestprogramm "Kindertageseinrichtungen" 2020-2021	nein	2021-2023	0404	88302	2.650.000	1.411.211

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
5	Richtlinie zur investiven Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Schul- und Unterrichtskultur an den Thüringer Schulen mit Hilfe der Kompensationsmittel Bildungsplanung gemäß § 2 Absatz 2 des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (Entflechtungsgesetz – EntflechtG) vom 5. September 2006 (BGBl. I S. 2098, 2102) in der Fassung von Artikel 4 des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Aufbauhilfe“ und zur Änderung weiterer Gesetze (Aufbauhilfegesetz) vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2401) (RL Kompensationsmittel Schule) v. 24. Oktober 2014 - Förderung von besonderen Lernräumen wie z. B. Räumen mit verbesserten Lernbedingungen für den Gemeinsamen Unterricht, MINT-Kreativräumen, Lese-Schreib-Werkstätten, Mediotheken, DaZ-Lernräumen und Lernbüros. Diese Lernräume sollen die individuelle Förderung und die lernunterstützenden Angebote sowie die Entwicklung der Schul- und Unterrichtskultur im Rahmen des entsprechenden Vorhabens zur Schul- und Unterrichtsentwicklung der Schulen befördern.	ja	2015	0405	883 82	253.800	711.753
			2016	0405	883 82	423.000	444.978
			2017	0405	883 82	423.000	420.325
			2018	0405	883 82	423.000	430.611
			2019	0405	883 82	423.000	466.803
6	Unterstützung der Träger staatlicher Schulen und von Schulen in freier Trägerschaft sowie der freien Träger der Jugendhilfe in Thüringen bei ihren Investitionen in den quantitativen und qualitativen Ausbau ganztägiger Angebote an Schulen mit Primarstufe sowie in Ganztagsangeboten und Horten in freier Trägerschaft; Anteile von Hundert am förderfähigen Gesamtinvestitionsvolumen: 70 % Bund, 20 % Land, 10 % Eigenanteil der Träger Grundlage für die Umsetzung in TH: Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Umsetzung des Investitionsprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder (GanztagInvest-Richtlinie)	ja	2021	0405	883 72	8.550.000	20.550.911
			2022	0405	883 72	14.047.400	

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
7	Im Rahmen des DigitalPakts Schule 2019 bis 2024 Unterstützung der Träger von staatlichen Schulen und von Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau und der Unterhalt einer zukunftstauglichen digitalen Bildungsinfrastruktur; Anteile von Hundert am förderfähigen Gesamtinvestitionsvolumen: 90 % Bund, 10 % Land, 0 % Eigenanteil der Träger Grundlage für die Umsetzung in TH: Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Umsetzung des DigitalPakts Schule 2019 bis 2024 (DigitalPakt-Richtlinie) vom 17. Juli 2019 (ThürStAnz Nr. 32/2019 S.1239), zuletzt geändert durch die Verwaltungsvorschrift vom 25. März 2021 (ThürStAnz Nr. 17/2021 S. 707) Etatisierung im EP 04 ab 2020	ja	2019				
			2020	0405	88386	13.323.200	4.778.304
			2020	8230	88301	14.707.600	2.034.447
			2021	0405	88386	43.100.000	14.284.803
			2021	8230	88301	12.673.100	12.634.510
			2022	0405	88386	69.086.500	10.840.913
8	Unterstützung der Träger von staatlichen Schulen und von Schulen in freier Trägerschaft bei der Verbesserung der Ausstattung der Thüringer Schulen mit mobilen digitalen Endgeräten Anteile von Hundert am förderfähigen Gesamtinvestitionsvolumen: 90 % Bund, 10 % Land, 0 % Eigenanteil der Träger Grundlage für die Umsetzung in TH: Verwaltungsvorschrift des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport zur Förderung der Ausstattung von Schulen mit mobilen Endgeräten aus dem Sondervermögen Corona im Jahr 2021 (RL Sondervermögen mobile Endgeräte)	nein	2021	8230	88302	9.500.000	9.268.547
			2022	8230	88302	0	

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMMJV

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Investitionspauschale zur Schaffung zusätzlicher Unterkünfte für Geflüchtete	nein	2014	0502	883 72	0	1.965.000
			2015	0502	883 72	15.000.000	71.152.500
			2016	0502	883 72	46.660.000	26.875.000
			2017	0502	883 72	36.720.000	1.920.667
			2018	0502	883 72	0	148.000
			2019	0502	883 72	0	0
			2020	0502	883 72	0	0
			2021	0502	883 72	0	0
2	Projekt zur Teilsubventionierung des Mittagsessens an Thüringer Schulen / Richtlinie zur Förderung der Umsetzung wissenschaftlich anerkannter Qualitätsstandards für die Schulverpflegung im Zuge des Projekts zur Teilsubventionierung der Mittagsmahlzeit an ausgewählten Thüringer Schulen (Thüringer Förderungsrichtlinie-Schulverpflegungsqualität; ThürFördRiSchulvQ) vom 05.06.2018 - FG 2.2: Ausgaben für Küchengeräte und 2.3: Ausgaben zur atmosphärischen Verbesserung der Speiseräume *)	nein	2018	0512	683 01	2.300.000	64.443
			2019	0512	683 01	4.500.000	156.168
			2020	0512	683 01	4.500.000	151.789
			2021	0512	683 01	2.000.000	72.000

*) Bei der Angabe des IST zu dem Projekt Teilsubventionierung des Mittagsessens an Thüringer Schulen (lfd. Nr. 11 der Tabelle) wurden lediglich die investiven Förderausgaben berücksichtigt (FG 2.2 und 2.3). Nicht angegeben wurden die Kosten des FG 1.1 (Zuschuss zum Mittagessen), welcher den überwiegenden Anteil der Kosten des Projekts ausmacht.

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMWWDG

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Infrastrukturförderung / Landesprogramm Tourismus	nein	2014	0702	883 72	466.000	466.000
			2015	0702	883 72	700.000	3.910
2	Infrastrukturförderung / Landesprogramm Tourismus zzgl. EU-Mittel	ja	2016	0702	883 72	855.230	9.400
			2016	0703	883 82	4.300.000	37.600
			2017	0702	883 72	813.800	16.000
			2017	0703	883 82	1.000.000	27.163
			2018	0702	883 72	900.000	159.912
			2018	0703	883 82	1.250.000	261.358
			2019	0702	883 72	1.545.000	373.477
			2019	0703	883 82	2.827.740	1.280.944
			2020	0702	883 72	1.200.000	572.715
			2020	0703	883 82	2.745.337	823.555
			2021	0702	883 72	1.316.500	1.414.311
			2021	0703	883 82	1.832.277	1.118.933
3	Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" Teil II (Infrastruktur)*)	ja	2014	0702	88386	46.997.000	45.651.411
			2014	0702	88786	8.000.000	0
			2015	0702	88386	57.164.200	62.498.613
			2015	0702	88786	100.000	0
			2016	0702	88386	58.472.900	48.661.354
			2016	0702	88786	2.000.000	0
			2017	0702	88386	45.023.900	40.170.306
			2017	0702	88786	4.000.000	0
			2018	0702	88386	58.775.000	41.457.252
			2018	0702	88786	2.000.000	418.000
			2019	0702	88386	73.232.800	42.850.173
			2019	0702	88786	4.000.000	1.967.000
			2020	0702	88386	73.232.800	52.455.588
			2020	0702	88786	4.000.000	2.285.000
			2021	0702	88386	47.085.400	51.378.843
			2021	0702	88786	3.408.800	1.085.368
			2022	0702	88386	75.034.800	
			2022	0702	88786	3.232.400	

*) Die Landesregierung unterstützt Kommunen und kommunale Zweckverbände im Rahmen der Gemeinschaftaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" bei der Erschließung und Wiederherrichtung von Gewerbeflächen, bei der Anbindung von Gewerbebetrieben, bei Tourismusvorhaben, bei beruflichen Bildungseinrichtungen und Gewerbezentren. Dabei handelt es sich um eine bedarfsgerechte Förderung. Bewilligungen erfolgen ausschließlich auf Basis von Verpflichtungsermächtigungen. Die Umsetzung der

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
	Vorhaben und somit die Bereitstellung der Fördermittel erfolgt in der Regel über mehrere Jahre. Der ausgewiesene Ansatz bildet dabei die Vorbindungen aus der Vergangenheit einschließlich der geplanten Bewilligungen aus dem Vorjahr ab. Zeitgleich kommt es bei den bewilligten Projekten um Verschiebungen. Daher weichen Ansatz und Ist mitunter stark voneinander ab. Im Ergebnis kann der Tabelle damit lediglich entnommen werden, wie das Land Kommunen bei Förderprojekten durch ausgezahlte Mittel unterjährig unterstützt hat. Das Förderprogramm wurde zum 31.12.23 verlängert. Eine Vorhersage wieviel Haushaltsmittel in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 abfließen werden, ist aus den bereits genannten Gründen erst mit Abschluss der entsprechenden Haushaltsjahre möglich.						

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMASGFF

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Richtlinie zur Förderung von Tierheimen, Versorgungsstellen für Tiere während des Transportes und tiergärtnerischen Einrichtungen in Thüringen	nein	2014	08 12	893 71	81.300	81.300
			2015	08 12	893 71	81.300	79.563
			2016	08 12	893 71	81.300	81.300
			2017	08 12	893 71	81.300	81.300
			2018	08 12	893 71	0	0
			2019	08 12	893 71	81.300	81.300
2	Zuschüsse an Tierheime nach § 10 Thüringer Gesetz für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur und Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur	nein	2018	08 12	883 50	1.000.000	315.443
			2019	08 12	883 50	0	684.557
3	Richtlinie über die Gewährung von Zuwendugnen zur Förderung von investiven Maßnahmen des tierschutzes in Thüringen	nein	2020	08 12	893 70	1.000.000	857.696
			2021	08 12	893 70	1.000.000	850.014
	(Ist-Stand zum 30.06.2022)		2022	08 12	893 70	650.000	100.000

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMUEN

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
1	Förderrichltinie Altlasten	nein	2020	0905	88385	6.900.000	843.355
			2021	0905	88385	5.000.000	2.540.346
			2022	0905	88385	2.000.000	466.431
2	Fernwasser	nein	2014	1716	89401	2.100.000	1.520.000
3	Sonderprogramm Trinkwasserinfrastruktur ländlicher Raum	ja	2019	0905	89401	2.400.000	2.392.000
			2020	1012	88377	1.142.300	783.258
				0905	89401	2.855.500	2.855.181
			2021	0905	88306	300.000	91.540
				1012	88387 UT 0500	1.000.000	1.304.251
				0905	89401	3.400.000	2.972.824
			2022	1012	88387 UT 0500	1.500.000	0
				0905	89401	3.250.000	0
			VE 2023	0905	88306	400.000	
				1012	88387 UT 0500	500.000	
				0905	89401	3.400.000	
			VE 2024	0905	88306	100.000	
				0905	89401	2.300.000	
			VE 2025	0905	89401	1.000.000	
4	Förderprogramm Abwasserentsorgung	ja	2014	0703	88781	6.082.294	5.258.774
				0905	88377	584.250	427.024
				0905	88777	6.820.750	6.678.814
			2015	0703	88781	1.281.428	842.476
				0905	88377	105.800	99.420
				0905	88777	2.627.500	2.505.446
				1012	88780	3.168.000	2.610.589
				1013	88777	2.500.000	0
			2016	0905	88377	338.341	267.060
				0905	88777	4.276.917	4.292.005
				1012	88780	7.992.676	7.910.775
				1013	88777	8.500.000	3.865.492
			2017	0905	88350	5.000.000	0
				0905	88377	1.114.000	1.079.518
				0905	88777	2.350.000	1.964.947
				1012	88780	7.500.000	7.336.894
				1013	88777	8.876.750	6.125.049

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
			2018	0905	88305	4.000.000	0
				0905	88350	1.000.000	460.000
				0905	88377	560.500	520.996
				0905	88777	4.258.000	4.067.376
				1012	88780	7.500.000	7.310.192
				1013	88777	7.200.000 €	5.763.083
			2019	0905	88305	15.500.000	6.418.413
				0905	88350	4.540.000	1.499.914
				0905	88377	1.470.708	1.442.333
				0905	88777	6.027.292	5.983.676
				1012	88780	8.259.200	8.023.712
				1013	88777	6.634.500	3.979.019 €
			2020	0905	88305	24.201.860	22.515.361
				0905	88350	2.200.000	1.809.365
				0905	88377	1.000.000	994.378
				0905	88777	4.500.000	2.739.815
				1012	88780	7.025.600	6.544.471
				1013	88777	4.400.000	3.110.124
			2021	0905	88305	19.500.000	18.936.790
				0905	88377	2.200.000	1.713.055
				0905	88777	8.277.534	6.047.802
				1012	88780	3.657.200	3.639.975
				1013	88777	7.023.814	1.348.771
			2022	0905	88305	20.000.000	528.673
				0905	88377	1.000.000	129.175
				0905	88777	4.800.000	100.552
				1012	88780	584.000	277.081
				1013	88777	11.948.183	664.275
			VE 2023	0905	88305	20.100.000	
				0905	88377	500.000	
				0905	88777	2.000.000	
				1013	88777	2.500.000	
			VE 2024	0905	88305	17.000.000	
				0905	88777	500.000	
				1013	88777	1.000.000	
			VE 2025	0905	88305	15.000.000	
				1013	88777	518.400	
5	Förderung des Hochwasserschutzes und der Fließgewässerentwicklung in Thüringen im Rahmen der „Aktion Fluss - Thüringer Gewässer gemeinsam entwickeln"	ja	2014	0902	883 93	1.200.900	75.962
				1012	88380	1.500.000	991.602
				0703	88381	262.349	884.202
				0905	88375	750.000	1.380.522

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
			2015	1011	88393	1.226.000	1.172.400
				1012	88380	1.300.000	1.306.468
				0703	88381	300.000	242.360
				0905	88375	753.000	446.632
			2016	1012	88380	118.000	818.471
				0703	88782	7.000.000	1.487.281
				0905	88375	500.000	369.036
			2017	1012	88380	0	275.105
				0703	88782	5.000.000	4.351.823
				0905	88372	1.000.000	950.976
				0905	88375	1.550.000	310.349
			2018	1012	88380	1.000.000	913.017
				0703	88782	7.476.900	6.217.888
				0905	88375	250.000	106.781
			2019	1012	88380	1.000.000	1.717.498
				0703	88782	6.300.000	6.563.674
				0905	88375	250.000	419.897
			2020	1012	88380	2.250.000	1.699.816
				0703	88782	4.750.000	3.787.024
				0905	88375	620.000	165.847
			2021	1012	88380	1.500.000	660.018
				0703	88782	3.592.600	3.007.170
				0905	88788	418.400	272.441
				0905	88775	4.000.000	331.762
			2022	1012	88380	3.870.000	12.686
			VE 2023	1012	88380	500.000	
			VE 2024	1012	88380	160.000	
			2022	0703	88782	2.725.500	345.410
			2022	0905	88788	125.000	125.000
			2022	0703	88783	3.000.000	0
			VE 2023	0703	88783	4.000.000	
			VE 2024	0703	88783	6.000.000	
			VE 2025	0703	88783	6.000.000	
			2022	0905	88774	1.840.000	0
			VE 2023	0905	88774	2.000.000	
			VE 2024	0905	88774	1.500.000	
			VE 2025	0905	88774	1.000.000	
			2022	0905	88775	2.250.000	43.379
			VE 2023	0905	88775	1.000.000	
			VE 2024	0905	88775	1.250.000	
			VE 2025	0905	88775	800.000	
6	Einzelfallförderung Ladeinfrastruktur und Förderung von E-	nein	2015	0906	88380	22.500	22.490

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
	Fahrzeugen		2016	0906	88380	26.000	13.960
			2017	0906	88380	40.000	39.782
			2018	0906	88380	65.000	0
7	E-Mobil Invest	nein	2019	0906	88380	65.000	0
			2020	0906	88380	50.000	33.322
			2021	0906	88380	200.000	149.733
			2022	0906	88380	100.000	10.448
			VE 2023	0906	88380	50.000	
			VE 2024	0906	88380	50.000	
			2017	0906	88350	2.500.000	29.525
			2018	0906	88350	2.500.000	54.483
			2020	0906	88373	5.500.000	34.566
			2021	0906	88350	0	966.572
			2021	0906	88373	11.000.000	9.035.415
			2022	0906	88373	11.000.000	240.905
			VE 2023	0906	88373	12.297.400	
			VE 2024	0906	88373	11.000.000	
			VE 2025	0906	88373	6.500.000	
8	Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung von Photovoltaikanlagen in Thüringer Kommunen (1000-Dächer-Photovoltaik-Programm	nein	2014	0714	88394	300.000	5.317
			2015	0906	88394	300.000	24.515
			2016	0906	88394	100.000	32.279
9	Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Eigenstromverbrauchs "Solar Invest"	nein	2016	0906	88394	200.000	66.000
			2017	0906	88394	55.000	42.479
			2018	0906	88394	300.000	26.414
			2019	0906	88394	200.000	24.663
10	Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Förderung des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmebereich "Solar Invest"	nein	2020	0906	88394	200.000	11.724
			2021	0906	88394	400.000	43.025
			2022	0906	88394	300.000	27.000
11	Wettbewerb "Mehr Natur in Dorf und Stadt", Förderung von Maßnahmen zum Insektenschutz im Siedlungsbereich	nein	2021	0907	88378	374.000	349.184
			2022	0907	88378	350.000	131.027
			VE 2023	0907	88378	100.000	
12	Anschubfinanzierung zur Ersteinrichtung von zwei Landschaftspflegehöfen und Deckung der laufenden Kosten für Personal, sowie Bereitstellung eines Bewirtschaftungszuschuss	nein	2022	907	63378 (ehemals 88378)	120.000	0
			VE 2023	0907	63378	70.000	
			VE 2024	0907	63378	70.000	
13	Richtlinie des des TMUEN zur Förderung von Vorhaben zur Entwicklung von Natur und Landschaft (ENL)	ja	2016	0907	88375	0	12.347
			2016	1013	88375	0	37.040
			2017	0907	88375	2.500	18.214
			2017	1013	88375	7.500	54.641
			2017	0907	88388	105.380	3.341
			2017	0703	68682	1.988.514	13.362

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
			2018	0907	88375	73.932	5.285
			2018	1013	88375	221.797	15.855
			2018	0907	88388	158.500	22.039
			2018	0703	68682	2.707.243	37.980
			2019	0907	88375	9.600	17.237
			2019	1013	88375	34.300	51.712
			2020	0907	88375	2.500	15.104
			2020	0907	88375	7.500	45.313
			2021	0907	88375	32.300	14.258
			2021	1013	88375	164.200	42.775
			2021	0907	883 88	0	2.438
			2021	0703	686 82	2.500.000	626.516
			2022	0907	88375	12.500	0
			2022	1013	88375	37.500	0
			2022	0907	883 81	4.000	0
			2022	0703	ATG 83	6.000	0
			VE 2023	0907	ATG 75	1.100.000	
			VE 2023	1013	ATG 75	3.300.000	
			VE 2023	0907	ATG 81	840.000	
			VE 2023	0703	ATG 83	6.000	
			VE 2024	0907	ATG 75	833.400	
			VE 2024	1013	ATG 75	2.500.000	
			VE 2024	0907	ATG 81	500.000	
			VE 2024	0703	ATG 83	6.000	

VE = Verpflichtungsermächtigung
ATG = Ausgabetitelgruppe

Ist- Zahlen 2022 stellen den Stand 31. Mai 2022 dar.
VE-Zahlen sind der aktuelle Stand aus dem Haushalt 2022

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 38 und 39 - Maßnahmen/ Förderprogramme nach Meldung von TMIL

						900.896.900	743.649.405
lfd. Nr.	**Maßnahme/ Förderprogramm**	**Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten?** ja/ nein	**Haus-halts-jahr**	**Kapitel**	**Titel**	**Ansatz in Euro**	**Ist in Euro**
1	Thüringer Landesprogsramm für Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen	nein	2014	1004	883 04	3.500.000	4.384.239
			2015	1004	883 04	7.000.000	5.148.204
			2016	1004	883 04	6.054.700	4.400.255
			2017	1004	883 04	5.400.000	4.641.210
			2018	1004	883 04	5.000.000	3.530.739
			2019	1004	883 04	4.417.800	3.868.537
			2020	1004	883 04	4.600.000	3.602.743
			2021	1004	883 04	3.900.000	2.965.381
			2022	1004	883 04	5.400.000	
2	Thüringer Landesprogramm zur Anpassung an die besonders schwierigen Prozesse des demografischen Wandels im ländlichen Raum	nein	2014	1004	883 12	1.800.000	1.861.465
			2015	1004	883 12	2.500.000	3.104.494
			2016	1004	883 12	4.462.100	2.619.693
			2017	1004	883 12	3.800.000	3.310.266
			2018	1004	883 12	3.300.000	1.643.323
			2019	1004	883 12	3.000.000	2.301.489
			2020	1004	883 12	3.300.000	2.716.768
			2021	1004	883 12	2.500.000	2.444.365
			2022	1004	883 12	2.700.000	
3	Thüringer Landesprogramm für sturkturwirksame städtebauliche Maßnahmen	nein	2014	1004	883 21	4.100.000	3.913.604
			2015	1004	883 21	3.400.000	3.203.428
			2016	1004	883 21	2.283.200	1.552.078
			2017	1004	883 21	2.600.000	1.890.838
			2018	1004	883 21	3.500.000	1.208.494
			2019	1004	883 21	3.900.000	3.087.789
			2020	1004	883 21	3.500.000	4.310.379
			2021	1004	883 21	2.500.000	3.820.373
			2022	1004	883 21	2.250.000	
4	Schulinvestitionsprogramm	nein	2015	10 04	883 32	0	0
			2016	10 04	883 32	9.000.000	9.000.000
			2017	10 04	883 32	24.000.000	18.795.396
			2018	10 04	883 32	35.000.000	22.726.623
			2019	10 04	883 32	40.000.000	21.346.265
			2020	10 04	883 32	25.000.000	22.507.831
			2021	10 04	883 32	30.000.000	43.655.383
			2022	10 04	883 32	30.000.000	
5	Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen *(Bund-Länder-Programm nach Kapitel2 KInvFG, Ansatz und IST als Summe*	ja	2018	10 04	883 51/ 883 53	0	960.000

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
	aus Bundes- und Landesmitteln - zu Bundesmitteln siehe auch Antwort zu Frage 70)		2019	10 04	883 51/ 883 53	0	15.609.206
			2020	10 04	883 51/ 883 53	2.753.000	18.845.136
			2021	10 04	883 51/ 883 53	1.420.400	26.272.841
			2022	10 04	883 51/ 883 53	223.400	
6	Ersatzschulprogramm	nein	2014	10 04	893 01	2.000.000	1.860.127
			2015	10 04	893 01	2.312.000	2.311.460
			2016	10 04	893 01	2.000.000	2.369.305
			2017	10 04	893 01	2.000.000	2.669.383
			2018	10 04	893 01	2.000.000	2.756.670
			2019	10 04	893 01	2.000.000	3.537.824
			2020	10 04	893 01	2.000.000	3.084.594
			2021	10 04	893 01	2.500.000	3.450.480
			2022	10 04	893 01	3.550.000	
4	Investitionen in die pandemiebedingte Ausstattung der Schulen	nein	2021	82 30	883 09	4.500.000	4.499.505
5	Verbesserung des Infektionsschutzes in Schulen und Kindertageseinrichtungen *(Bund-Länderprogramm lt. VV Mobile Luftreiniger, in Thüringen für Kindertageseinrichtungen umgesetzt, Ansatz und IST als Summe aus Bundes- und Landesmitteln - zu Bundesmitteln siehe auch Antwort zu Frage 70)*	ja	2022	82 30	883 19	2.632.200	
6	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR integrierte ländliche Entwicklung	ja	2014	09 02	883 95	2.231.250	2.135.143
7	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR integrierte ländliche Entwicklung	ja	2014	09 03	883 79	15.455.700	17.881.010
8	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung" /Förderprogramm FR integrierte ländliche Entwicklung	ja	2014	09 02	892 93	8.601.750	5.649.115
9	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR integrierte ländliche Entwicklung	ja	2014	09 03	883 77	3.165.000	2.352.428
10	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 13	883 79	667.500	228.824
11	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 12	883 79	16.697.000	15.642.846
12	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 13	883 77	4.000.000	3.751.921
13	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 12	883 77	2.465.000	1.702.533

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
14	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 13	883 81	859.000	38.190
15	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2015	10 13	883 83	0	88.731
16	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2016	10 13	883 79	3.435.000	3.006.082
17	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2016	10 12	883 79	15.729.500	14.942.268
18	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2016	10 13	883 77	16.500.000	15.162.937
19	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2016	10 12	883 77	2.465.000	1.721.939
20	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2016	10 13	883 81	2.146.300	1.638.106
21	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 13	883 79	2.435.000	2.170.922
22	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 12	883 79	12.234.400	13.764.486
23	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 13	883 77	16.500.000	10.317.888
24	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 12	883 77	2.465.000	1.461.699
25	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 13	883 81	2.146.300	1.608.642
26	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2017	10 13	883 83	0	1.098.836
27	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 13	883 79	1.500.000	2.199.197
28	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 12	883 79	13.691.200	12.691.296
29	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 13	883 77	16.000.000	12.085.229
30	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 12	883 77	2.465.000	1.638.275
31	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 13	883 81	2.146.300	1.615.202
32	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 12	883 83	834.700	1.174.316
33	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2018	10 13	883 83	346.900	991.222
34	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 13	883 79	1.500.000	3.652.405
35	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 12	883 79	10.807.885	9.827.068

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
36	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 12	883 79	950.000	700.214
37	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 13	883 77	17.500.000	12.400.904
38	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 12	883 77	2.465.000	1.327.163
39	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 13	883 81	2.146.300	1.040.716
40	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 12	883 83	897.915	781.316
41	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 12	883 83	1.200.000	1.078.577
42	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2019	10 13	883 83	0	1.262.512
43	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 13	883 79	3.500.000	3.652.405
44	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 79	6.000.000	5.301.912
45	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 79	8.224.000	6.647.042
46	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 13	883 77	15.500.000	12.801.631
47	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 77	1.455.000	1.375.281
48	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 77	1.256.000	796.909
49	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 13	883 81	2.146.300	772.239
50	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 83	700.000	614.420
51	Fördermßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 12	883 83	3.200.000	2.374.887
52	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2020	10 13	883 83	0	847.902
53	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 13	883 79	5.300.000	4.535.194
54	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 79	8.377.500	6.468.751
55	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 13	883 77	15.000.000	10.053.787
56	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 77	1.265.000	1.113.288

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro
57	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 13	883 81	2.146.300	892.190
58	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 83	700.000	392.001
59	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 13	883 83	34.400	796.447
60	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 87 UT 0100	3.700.000	3.206.937
61	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 87 UT 0300	480.000	517.136
62	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2021	10 12	883 87 UT 0200	3.700.000	2.801.049
63	Förderprogramm „Tag-und-Nacht-Dorfläden“/Förderprogramm FR 24-h-Dorfläden	nein	2021	10 11	893 02	4.000.000	565.741
64	Fördermaßnahme "LEADER"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 13	883 79	5.300.000	
65	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 79	9.086.000	
66	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 13	883 77	16.700.000	
67	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 77	1.265.000	
68	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 13	883 81	2.146.300	
69	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 83	740.000	
70	Fördermaßnahme "Revitalisierung von Brachflächen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 13	883 83	254.200	
71	Fördermaßnahme "Dorferneuerung und -entwicklung"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 87 UT 0100	3.330.000	
72	Fördermaßnahme "Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 87 UT 0300	650.000	
73	Fördermaßnahme "Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen"/Förderprogramm FR ILE/REVIT	ja	2022	10 12	883 87 UT 0200	3.750.000	
74	Förderprogramm „Tag-und-Nacht-Dorfläden“/Förderprogramm FR 24-h-Dorfläden	nein	2022	10 11	893 02	4.000.000	
75	Zuwendungen an Gemeinden zur Absicherung des kommunalen Mitleistungsanteils für Investitionsvorhaben im Zuständigkeitsbereich des TMIL	nein	2014	10 02	883 01	480.000	687.097
			2015	10 02	883 01	1.244.200	493.913
			2016	10 02	883 01	3.207.200	947.280
			2017	10 02	883 01	781.300	1.250.053
			2018	10 02	883 01	750.000	250.668

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro	
			2019	10 02	883 01	500.000	1.185.201	
			2020	10 02	883 01	200.000	536.823	
			2021	10 02	883 01	200.000	383.643	
76	Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur / § 11 Thüringer Gesetz für kommunale Investitionen zur Förderung der Bildung, Digitalisierung, Kultur, Umwelt sowie der sozialen Infrastruktur für Investitionen und Planungen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur, vorrangig in den Radwegebau i.V. m. Richtlinie zur Förderung des kommunalen Straßenbaus	nein	2017	10 07	883 50	0	629.100	
			2018	10 07	883 50	3.000.000	3.435.230	
			2019	10 07	883 50	0	1.876.970	
			2020	10 07	883 50	0	15.000	
77	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände in die kommunale Verkehrsinfrastruktur / Richtlinie zur Förderung von kommunaler Verkehrsinfrastruktur Thüringen (RL-KVI)	nein	2020	10 02	883 72	35.830.000	37.247.657	*
			2021	10 02	883 72	50.830.000	48.386.848	
78	Zuschüsse für Investitionen an Unternehmen für Maßnahmen im ÖPNV / Richtlinie zur Förderung von betrieblichen Investitionen im öffentlichen Personennahverkehr in Thüringen (RL ÖPNV-Unternehmensförderung)	nein	2020	10 02	891 73	12.400.000	12.567.060	*
			2020	10 02	892 73	600.000	91.100	
			2021	10 02	891 73	23.265.600	25.694.913	
			2021	10 02	892 73	5.370.000	492.024	
79	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen (RennsteigShuttle) - Apl. Ausg.	nein	2018	10 07	892 50	0	1.000.000	
80	Zuschüsse im Rahmen des Regionalisierungsgesetzes - Zuweisungen für Investitionen (10 02 - 883 75, 891 75, 892 75)	ja	2014	10 02	883 75	0	1.738.671	*
			2014	10 02	891 75	17.521.900	16.346.710	
			2014	10 02	892 75	1.400.000	4.362.304	
			2015	10 02	883 75	650.000	-31.705	
			2015	10 02	891 75	12.154.800	9.318.318	
			2015	10 02	892 75	3.200.000	1.911.236	
			2016	10 02	883 75	3.398.600	-38.508	
			2016	10 02	891 75	5.600.100	3.392.590	
			2016	10 02	892 75	1.100.000	1.319.700	
			2017	10 02	883 75	953.300	0	
			2017	10 02	891 75	500.000	343.372	
			2017	10 02	892 75	900.000	-66.515	
			2018	10 02	883 75	3.100.000	0	
			2018	10 02	891 75	1.850.000	780.128	
			2018	10 02	892 75	500.000	71.028	
			2019	10 02	883 75	2.500.000	0	
			2019	10 02	891 75	6.400.000	2.071.459	
			2019	10 02	892 75	500.000	-19.747	
			2020	10 02	883 75	1.500.000	1.283.500	

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro	
			2020	10 02	891 75	675.000	6.968.165	
			2020	10 02	892 75	500.000	559.900	
			2021	10 02	883 75	1.500.000	1.473.871	
			2021	10 02	891 75	1.750.000	1.463.093	
			2021	10 02	892 75	1.250.000	-36.405	
81	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2014	0902	88393	11.563.100	127.040	*
82	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2014	0903	88378	150.000	42.347	*
83	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2015	1012	88378	337.100	92.417	
84	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2016	1013	89281	1.610.000	478.299	*
85	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2016	1012	89278	540.000	159.433	*
86	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2017	1013	89281	1.590.000	493.699	*
87	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2017	1012	89278	530.000	164.566	*
88	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2018	1013	89281	1.610.000	529.930	*
89	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2018	1012	89278	590.000	176.643	*
90	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2019	1013	89281	1.610.000	401.555	*
91	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2019	1012	89278	590.000	133.852	*
92	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2020	1013	89281	1.450.000	289.029	*
93	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2020	1012	89278	550.000	96.343	*
94	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2021	1013	89281	1.200.000	87.117	*
95	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2021	1012	89278	550.000	29.039	*
96	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2022	1013	89281	1.200.000	22.074	*
97	Maßnahme B - Forstwirtschaftliche Infrastruktur / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2022	1012	89278	550.000	7.358	*

lfd. Nr.	Maßnahme/ Förderprogramm	Sind neben Landesmitteln auch EU- oder Bundesmittel enthalten? ja/ nein	Haus-halts-jahr	Kapitel	Titel	Ansatz in Euro	Ist in Euro	
98	Nr. K 2.4 Prävention gegen Waldbrände, Maßnahme K - Bewältigung von Extremwetterereignissen / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2020	1012	88385	0	113.264	*
99	Nr. K 2.4 Prävention gegen Waldbrände, Maßnahme K - Bewältigung von Extremwetterereignissen / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2021	1012	88385	1.000.000	201.168	*
100	Nr. K 2.4 Prävention gegen Waldbrände, Maßnahme K - Bewältigung von Extremwetterereignissen / Thüringer Richtlinie zur Förderung forstwirtschaftlicher Maßnahmen	ja	2022	1012	88385	1.000.000	0	*
101	Nr. 2.4 Wegeinstandsetzungen / Thüringer Landesprogramm zur Bewältigung der Folgen von Extremwetterereignissen im Wald	nein	2020	1011	88385	0	142.169	*
102	Nr. 2.4 Wegeinstandsetzungen / Thüringer Landesprogramm zur Bewältigung der Folgen von Extremwetterereignissen im Wald	nein	2021	1011	88385	0	247.069	*
103	Nr. 2.4 Wegeinstandsetzungen / Thüringer Landesprogramm zur Bewältigung der Folgen von Extremwetterereignissen im Wald	nein	2022	1011	88385	500.000	87.760	*

* weitergehende Erläuterungen zu Maßnahmen entsprechend der lfd. Nr.:

77, 78, 80 Die Regionalisierungsmittel, die vom Bund insbesondere für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs und in geringerem Umfang auch anderen Projekten im ÖPNV (wie Bus- und Bahnverkehre) zur Verfügung gestellt werden, werden dem Land in einer Summe zugeteilt. Mit einem Anteil dieser Mittel (Kapitel 10 02, Titel 883 75 - Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Regionalisierungsmittel, 891 75 - Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel, 892 75 - Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen im Rahmen der Regionalisierungsmittel) werden auch Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur finanziert.
Ab dem Haushaltsjahr 2020 wird das KVI-Programm (Titel 883 72) mit Mitteln aus dem Titel 883 75 und das ÖPNV-Investitionsprogramm (Titel 891 73, 892 73) mit Mitteln aus den Titeln 891 75 und 892 75 verstärkt.

78 Einsatz von Landesmitteln zur Kofinanzierung für EFRE-Projekte (TMWWDG)

81 Der Titel 0902 88393 beinhaltet das Budget für die Investitionszuschüsse an Gemeinden aller ELER-Maßnahmen des EPLR Thüringen 2017 - 2013

82 Mittel zur Kofinanzierung des Titels 0902 883 93

84 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

85 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

86 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

87 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

88 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

89 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

90 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

91 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

92 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

93 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

94 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

95 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil.

96 Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil bis 11.07.2022.

97 Mittel zur Kofinanzierung des Titel 1013 892 81. Das Budget der jeweiligen Titel des Förderprogramms steht privaten und kommunalen Forstbetrieben zur Verfügung. Der Ansatz bezeichnet den Gesamtansatz des Titels lt. Haushaltsplan. Die IST-Werte beziehen sich auf den an die Kommunen ausgezahlten Anteil bis zum 11.07.2022.

98 Der Titel enthält das Budget für alle durch Kommunen umsetzbaren investiven Maßnahmen zur Bewältigung der Extremwetterereignisse im Wald, z. B. auch Wiederaufforstung. Die IST-Zahlen geben ausschließlich die Zuschüsse für die Errichtung von Infrastruktur zur Waldbrandvorbeugung (z. B. Löschwasserteiche) wieder.

99 Der Titel enthält das Budget für alle durch Kommunen umsetzbaren investiven Maßnahmen zur Bewältigung der Extremwetterereignisse im Wald, z. B. auch Wiederaufforstung. Die IST-Zahlen geben ausschließlich die Zuschüsse für die Errichtung von Infrastruktur zur Waldbrandvorbeugung (z. B. Löschwasserteiche) wieder.

100 Der Titel enthält das Budget für alle durch Kommunen umsetzbaren investiven Maßnahmen zur Bewältigung der Extremwetterereignisse im Wald, z. B. auch Wiederaufforstung. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Abfrage wurden noch keine Zuschüsse für die Errichtung von Infrastruktur zur Waldbrandvorbeugung (z. B. Löschwasserteiche) bei Vorhaben des Jahres 2022 ausgezahlt.

101 Aus diesem Titel werden Investitionen für kommunale Forstbetriebe im Thüringer Landesprogrammm bezuschusst. Das umfasst neben dem Investitionen in forstliche Infrastruktur auch die Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften in Forstbetrieben mit bis zu 20 ha Waldfläche. Die IST-Angaben beziehen sich ausschließlich auf die forstwirtschaftliche Infrastruktur.

102 Aus diesem Titel werden Investitionen für kommunale Forstbetriebe im Thüringer Landesprogrammm bezuschusst. Das umfasst neben dem Investitionen in forstliche Infrastruktur auch die Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften in Forstbetrieben mit bis zu 20 ha Waldfläche. Die IST-Angaben beziehen sich ausschließlich auf die forstwirtschaftliche Infrastruktur.

103 Aus diesem Titel werden Investitionen für kommunale Forstbetriebe im Thüringer Landesprogrammm bezuschusst. Das umfasst neben dem Investitionen in forstliche Infrastruktur auch die Wiederherstellung von naturnahen Waldgesellschaften in Forstbetrieben mit bis zu 20 ha Waldfläche. Die IST-Angaben beziehen sich ausschließlich auf die forstwirtschaftliche Infrastruktur zum Zeitpunkt der Abfrage 11.07.2022.

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 40: Entwicklung der Einnahmen der Thüringer Kommunen aus Verwaltung und Betrieb (in Euro)

Einnahmeart	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	656.356.273	664.917.117	685.632.992	695.486.865	688.688.473	709.506.701	644.312.449	657.552.040

Quelle: Rechnungsergebnisse der Gemeinden / Gv. 2014-2020; Kassenstatistik 2021

Gebietsstand 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2014

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	71.370.320	26.407.000	37,000	0	0,000
062	Nordhausen	63.993.207	24.632.600	37,270	3.712.700	12,520
063	Wartburgkreis	91.934.498	34.016.100	37,000	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	75.293.956	36.853.100	48,946	0	0,000
065	Kyffhäuserkreis	52.891.906	24.065.817	45,500	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	89.417.686	30.366.246	33,960	0	0,000
067	Gotha	95.659.351	34.969.300	36,560	3.046.100	5,710
068	Sömmerda	49.669.913	19.403.055	39,060	1.913.133	4,090
069	Hildburghausen	44.028.143	20.109.800	45,670	1.068.100	2,540
070	Ilm-Kreis	84.417.491	30.559.100	36,200	0	0,000
071	Weimarer Land	62.179.068	23.489.500	37,780	3.371.530	7,490
072	Sonneberg	41.663.152	19.230.050	46,160	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	82.904.094	32.022.750	38,630	2.548.650	5,620
074	Saale-Holzland-Kreis	57.945.804	22.505.000	38,840	1.736.000	3,040
075	Saale-Orla-Kreis	56.008.339	28.536.900	50,950	0	0,000
076	Greiz	73.472.659	24.150.352	32,870	4.592.744	7,570
077	Altenburger Land	67.523.534	27.831.924	41,220	2.588.667	6,120

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2015

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	79.252.733	29.323.500	37,000	0	0,000
062	Nordhausen	66.814.646	24.901.800	37,270	3.534.100	11,680
063	Wartburgkreis	106.095.762	38.194.500	36,000	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	80.736.948	33.436.400	41,414	GS: 2.297.800 RS: 2.976.300	GS: 2,917 RS: 3,770
065	Kyffhäuserkreis	57.024.550	25.946.170	45,500	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	97.753.085	30.360.153	31,058	0	0,000
067	Gotha	104.387.572	37.739.500	36,150	3.538.900	6,180
068	Sömmerda	54.940.831	21.464.600	39,064	1.938.300	3,759
069	Hildburghausen	47.368.263	20.745.250	43,800	1.086.300	2,400
070	Ilm-Kreis	93.009.642	32.878.900	35,350	0	0,000
071	Weimarer Land	67.376.243	24.636.867	36,566	3.649.410	7,496
072	Sonneberg	45.710.841	20.680.970	45,243	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	86.982.331	35.337.400	40,626	2.704.950	5,802
074	Saale-Holzland-Kreis	63.225.178	26.310.000	41,610	1.815.000	2,910
075	Saale-Orla-Kreis	63.830.662	30.656.900	48,028	0	0,000
076	Greiz	78.407.588	25.733.441	32,820	4.914.572	7,620
077	Altenburger Land	70.728.740	28.831.923	40,764	2.639.640	5,889

GS = Grundschule
RS = Regelschulen

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2016

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	80.750.920	31.896.600	39,500	0	0,000
062	Nordhausen	67.664.160	25.218.400	37,270	3.604.800	11,610
063	Wartburgkreis	107.069.284	39.901.500	37,267	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	81.095.112	33.584.700	41,414	GS: 2.283.900 RS: 3.070.500	GS: 2,890 RS: 3,886
065	Kyffhäuserkreis	56.482.344	25.417.055	45,000	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	98.008.735	31.860.680	32,508	0	0,000
067	Gotha	109.422.308	39.572.500	36,160	3.272.400	5,460
068	Sömmerda	55.937.839	21.963.300	39,264	1.870.300	3,550
069	Hildburghausen	48.055.900	22.425.950	46,670	1.155.800	2,510
070	Ilm-Kreis	91.668.009	33.917.200	37,000	0	0,000
071	Weimarer Land	68.785.678	26.603.207	38,676	3.465.180	6,830
072	Sonneberg	44.628.164	21.487.601	48,148	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	86.052.975	34.959.850	40,626	2.671.300	5,802
074	Saale-Holzland-Kreis	64.468.481	27.336.500	42,400	1.860.000	2,920
075	Saale-Orla-Kreis	66.526.816	31.951.500	48,028	0	0,000
076	Greiz	76.572.202	25.936.765	33,870	4.711.248	7,520
077	Altenburger Land	70.935.630	30.001.923	42,295	2.692.310	6,000

GS = Grundschule
RS = Regelschulen

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2017

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	82.495.770	32.585.800	39,500	0	0,000
062	Nordhausen	68.494.256	25.527.800	37,270	3.741.600	11,920
063	Wartburgkreis	109.176.268	42.066.700	38,531	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	81.613.356	33.799.300	41,414	GS: 2.263.300 RS: 2.839.000	GS: 2,849 RS: 3,574
065	Kyffhäuserkreis	59.195.443	26.566.915	44,880	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	98.742.820	32.977.140	33,397	0	0,000
067	Gotha	115.654.938	41.820.800	36,160	3.373.700	5,270
068	Sömmerda	57.428.086	23.246.000	40,478	2.141.500	3,963
069	Hildburghausen	48.518.497	21.607.650	44,530	1.123.900	2,430
070	Ilm-Kreis	93.061.380	33.911.600	36,440	0	0,000
071	Weimarer Land	71.632.811	30.861.907	43,083	0	0,000
072	Sonneberg	44.983.008	21.606.718	48,033	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	85.737.080	35.233.200	41,094	3.033.850	6,663
074	Saale-Holzland-Kreis	65.693.415	29.734.900	45,260	2.013.500	3,110
075	Saale-Orla-Kreis	66.441.340	31.910.450	48,028	0	0,000
076	Greiz	79.330.788	27.368.590	34,500	4.447.907	6,880
077	Altenburger Land	72.171.648	30.668.094	42,493	2.688.532	5,918

GS = Grundschule
RS = Regelschulen

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2018

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	84.312.824	33.303.500	39,500	0	0,000
062	Nordhausen	69.748.972	25.995.400	37,270	3.738.900	11,630
063	Wartburgkreis	108.581.956	41.769.300	38,468	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	84.460.056	34.978.300	41,414	GS: 2.233.100 RS: 2.764.800	GS: 2,717 RS: 3,364
065	Kyffhäuserkreis	59.032.147	26.416.886	44,750	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	100.629.044	35.346.958	35,126	0	0,000
067	Gotha	118.313.204	42.784.800	36,160	3.101.300	4,770
068	Sömmerda	58.022.176	23.392.400	40,316	2.234.600	4,082
069	Hildburghausen	50.603.608	22.569.850	44,600	1.149.650	2,380
070	Ilm-Kreis	94.296.060	33.899.400	35,950	0	0,000
071	Weimarer Land	74.706.145	30.081.700	40,267	0	0,000
072	Sonneberg	45.898.242	21.931.156	47,782	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	90.332.115	37.121.050	41,094	3.185.800	6,663
074	Saale-Holzland-Kreis	67.550.406	30.248.000	44,780	2.073.100	3,110
075	Saale-Orla-Kreis	68.034.034	32.675.400	48,028	0	0,000
076	Greiz	80.565.611	28.038.412	34,800	4.339.218	6,580
077	Altenburger Land	73.041.447	31.037.700	42,493	2.756.172	5,989

GS = Grundschule
RS = Regelschulen

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2019

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	87.902.051	33.297.200	37,880	0	0,000
062	Nordhausen	72.025.623	26.843.900	37,270	4.175.700	12,620
063	Wartburgkreis	110.115.937	43.279.800	38,375	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	89.358.268	37.008.800	41,414	6.360.600	7,305
065	Kyffhäuserkreis	62.000.050	27.745.022	44,750	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	108.045.779	38.410.274	35,550	0	0,000
067	Gotha	122.303.633	44.234.900	36,160	3.030.900	4,840
068	Sömmerda	60.052.836	24.386.300	40,608	2.137.500	3,789
069	Hildburghausen	54.548.837	26.116.500	47,880	0	0,000
070	Ilm-Kreis	99.503.338	37.214.200	37,400	0	0,000
071	Weimarer Land	76.961.629	30.124.690	39,142	0	0,000
072	Sonneberg	50.310.512	23.127.256	45,969	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	93.296.836	38.339.400	41,094	2.835.550	6,663
074	Saale-Holzland-Kreis	70.898.582	31.957.100	45,070	1.971.500	2,820
075	Saale-Orla-Kreis	70.443.239	33.832.500	48,028	0	0,000
076	Greiz	85.092.260	31.715.340	37,270	4.509.051	6,400
077	Altenburger Land	74.508.814	31.661.740	42,493	2.817.532	5,984

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2020

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	96.433.023	36.162.400	37,500	0	0,000
062	Nordhausen	78.488.200	30.068.800	38,310	3.765.700	10,580
063	Wartburgkreis	118.516.192	45.480.600	38,375	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	96.398.390	39.922.400	41,414	5.772.100	6,138
065	Kyffhäuserkreis	65.917.212	29.497.952	44,750	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	116.319.000	42.678.604	36,691	0	0,000
067	Gotha	131.903.755	47.950.000	36,350	3.866.500	5,290
068	Sömmerda	66.421.006	26.552.500	39,976	2.314.900	3,724
069	Hildburghausen	61.716.205	29.529.950	47,850	0	0,000
070	Ilm-Kreis	111.012.716	40.219.900	36,230	0	0,000
071	Weimarer Land	81.550.548	31.919.380	39,140	0	0,000
072	Sonneberg	55.774.144	23.913.618	42,876	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	101.014.717	40.500.841	40,094	2.907.970	6,328
074	Saale-Holzland-Kreis	76.666.712	34.768.000	45,350	1.927.200	2,540
075	Saale-Orla-Kreis	78.696.792	35.707.650	45,374	0	0,000
076	Greiz	89.913.270	33.898.862	37,670	4.477.548	6,000
077	Altenburger Land	78.957.783	31.657.452	40,094	3.163.944	6,281

Kreis- und Schulumlage der Landkreise im Jahr 2021

Schlüssel	Landkreis	Umlagegrundlagen der Gemeinden in Euro	Kreisumlage		Schulumlage	
			Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %	Umlagesoll in Euro	Umlagesatz in %
061	Eichsfeld	101.212.519	36.162.300	35,729	0	0,000
062	Nordhausen	83.365.578	31.937.300	38,310	3.923.800	10,550
063	Wartburgkreis	123.420.509	44.409.200	35,982	0	0,000
064	Unstrut-Hainich-Kreis	102.076.650	42.274.000	41,414	6.096.600	6,128
065	Kyffhäuserkreis	70.114.804	29.497.298	42,070	0	0,000
066	Schmalkalden-Meiningen	122.501.773	42.678.393	34,839	0	0,000
067	Gotha	136.544.725	47.545.000	34,820	3.850.900	5,070
068	Sömmerda	69.199.493	26.954.900	38,953	2.329.800	3,622
069	Hildburghausen	64.349.475	27.697.950	43,040	0	0,000
070	Ilm-Kreis	115.712.570	39.011.300	33,714	0	0,000
071	Weimarer Land	86.177.820	33.936.260	39,379	0	0,000
072	Sonneberg	58.532.417	23.950.000	40,917	0	0,000
073	Saalfeld-Rudolstadt	107.963.196	38.950.800	36,074	2.908.050	6,181
074	Saale-Holzland-Kreis	79.606.360	35.719.500	44,870	1.963.300	2,500
075	Saale-Orla-Kreis	80.439.224	35.440.300	44,058	0	0,000
076	Greiz	94.740.720	33.899.910	35,790	4.476.500	5,740
077	Altenburger Land	83.463.140	31.963.044	38,296	3.408.741	6,497

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Kreisfreie Städte	
Erfurt	0
Gera	doppisch
Jena	doppisch
Weimar	5.743.000
Suhl	doppisch
Eisenach	9.028.000
Landkreise	
Eichsfeld	doppisch
Nordhausen	0
Wartburgkreis	13.750.000
Unstrut-Hainich-Kreis	0
Kyffhäuserkreis	1.144.300
Schmalkalden-Meiningen	16.436.953
Gotha	27.461.000
Sömmerda	3.383.526
Hildburghausen	5.131.000
Ilm-Kreis	7.524.622
Weimarer Land	2.439.875
Sonneberg	4.186.000
Saalfeld-Rudolstadt	4.014.461
Saale-Holzlandkreis	3.355.000
Saale-Orla-Kreis	6.254.100
Greiz	10.268.734
Altenburger Land	2.617.500
Städte und Gemeinden	
Landkreis Eichsfeld	
Arenshausen	0
Asbach-Sickenberg	212.815
Berlingerode	486.466
Birkenfelde	16.404
Bodenrode-Westhausen	128.301
Bornhagen	162.595
Brehme	0
Breitenworbis	1.786.578
Büttstedt	186.664
Buhla	122.934
Burgwalde	20.723
Dieterode	doppisch
Dietzenrode/Vatterode	66.739
Ecklingerode	79.190
Effelder	431.142
Eichstruth	27.730
Ferna	107.896
Freienhagen	47.166

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Fretterode	0
Geisleden	109.554
Geismar	doppisch
Gerbershausen	181.897
Gernrode	267.796
Glasehausen	91.999
Großbartloff	162.157
Haynrode	73.576
Heilbad Heiligenstadt	doppisch
Heuthen	0
Hohengandern	185.016
Hohes Kreuz	100.851
Kella	doppisch
Kirchgandern	2.618.908
Kirchworbis	908.506
Krombach	doppisch
Küllstedt	1.087.466
Lenterode	250.706
Lindewerra	196.744
Lutter	239.151
Mackenrode	78.337
Marth	5.879.433
Niederorschel	320.462
Pfaffschwende	doppisch
Reinholterode	86.546
Röhrig	129.281
Rohrberg	232.960
Rustenfelde	45.803
Schachtebich	99.438
Schönhagen	20.814
Schwobfeld	doppisch
Sickerode	doppisch
Steinbach	126.118
Steinheuterode	127.957
Tastungen	0
Thalwenden	419
Uder	576.038
Volkerode	doppisch
Wachstedt	196.292
Wahlhausen	203.166
Wehnde	328.870
Wiesenfeld	doppisch
Wingerode	348.725
Wüstheuterode	710.524
Schimberg	doppisch
Teistungen	708.801
Leinefelde-Worbis	doppisch

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Am Ohmberg	753.233
Sonnenstein	450.471
Dingelstädt	1.341.135
Landkreis Nordhausen	
Ellrich, Stadt	83.161
Görsbach	74.083
Großlohra	109.394
Kehmstedt	224.675
Kleinfurra	490.908
Lipprechterode	188.356
Niedergebra	547.366
Nordhausen, Stadt	doppisch
Sollstedt	55.311
Urbach	0
Hohenstein	848.036
Werther	211.295
Heringen/Helme, Stadt	0
Harztor	2.826.537
Bleicherode, Stadt	2.018.600
Wartburgkreis	
Bad Salzungen	4.113.175
Barchfeld-Immelborn	4.646.668
Berka v.d.Hainich	436.489
Bischofroda	1.027.573
Buttlar	1.526.732
Dermbach	4.991.167
Empfertshausen	173.274
Frankenroda	108.194
Geisa	2.841.030
Gerstengrund	264.191
Hallungen	22.535
Krauthausen	1.705.305
Lauterbach	293.614
Leimbach	2.036.128
Nazza	285.465
Oechsen	239.283
Ruhla	1.140.999
Schleid	782.052
Seebach	2.154.353
Treffurt	724.706
Unterbreizbach	5.845.275
Vacha	180.530
Weilar	29.858
Wiesenthal	30.844
Wutha-Farnroda	1.080.161
Moorgrund (aufgelöst zum 01.12	593.400
Gerstungen	3.100.841

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Hörselberg-Hainich	1.137.752
Bad Liebenstein	2.283.904
Krayenberggemeinde	1.957.759
Werra-Suhl-Tal	1.853.919
Amt Creuzburg	3.275.948
Unstrut-Hainich-Kreis	
Bad Langensalza, Stadt	6.256.050
Bad Tennstedt, Stadt	1.105.731
Ballhausen	610.473
Blankenburg	75.123
Bruchstedt	67.600
Dünwald	0
Großvargula	1.926.401
Haussömmern	29.101
Herbsleben	3.717.580
Hornsömmern	104.584
Kammerforst	204.905
Kirchheilingen	276.268
Körner	242.409
Kutzleben	343.317
Marolterode	66.028
Mittelsömmern	138.929
Mühlhausen/Thür., Stadt	7.263.643
Oppershausen	106.809
Rodeberg	153.655
Schönstedt	560.301
Sundhausen	79.025
Tottleben	104.068
Urleben	291.964
Unstruttal	1.757.363
Menteroda	976.973
Anrode	464.532
Südeichsfeld	0
Vogtei	912.183
Unstrut-Hainich	2.718.315
Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	11.228.012
Kyffhäuserkreis	
Abtsbessingen	65.200
Bad Frankenhausen	3.459.446
Bellstedt	47.890
Borxleben	9.000
Clingen, Stadt	754.624
Ebeleben, Stadt	1.017.300
Etzleben	14.000
Freienbessingen	87.500
Gehofen	292.000

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Greußen, Stadt	1.022.089
Helbedündorf	313.470
Holzsußra	78.631
Kalbsrieth	588.000
Mönchpf.-Nikolausrieth	202.000
Niederbösa	28.653
Oberbösa	181.825
Oberheldrungen	547.000
Reinsdorf	127.000
Rockstedt	77.000
Sondershausen, Stadt	10.955.100
Topfstedt	428.277
Trebra	276.096
Wasserthaleben	123.537
Westgreußen	145.463
Wolferschwenda	29.490
Großenehrich	763.583
Kyffhäuserland	20.465
Artern/Unstrut, Stadt	5.098.000
Roßleben-Wiehe, Stadt	998.452
An der Schmücke, Stadt	3.056.000
Landkreis Schmalkalden-Meiningen	
Belrieth	238.376
Birx	10.778
Breitungen	1.641.873
Christes	234.549
Dillstädt	373.867
Einhausen	349.555
Ellingshausen	125.372
Erbenhausen	181.450
Fambach	449.213
Floh-Seligenthal	4.527.051
Frankenheim	216.659
Friedelshausen	247.779
Kühndorf	76.123
Leutersdorf	83.327
Mehmels	117.694
Meiningen	4.252.973
Neubrunn	1.103.171
Oberhof	108.256
Obermaßfeld-Grimmenthal	930.160
Oberweid	302.512
Rippershausen	861.656
Ritschenhausen	1.890.873
Rohr	901.812
Rosa	155.124
Roßdorf	194.643

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Schmalkalden	531.708
Schwallungen	1.193.330
Schwarza	518.429
Steinbach-Hallenberg	2.662.713
Sülzfeld	338.974
Brotterode-Trusetal	3.161.254
Untermaßfeld	931.066
Utendorf	91.735
Vachdorf	658.671
Wasungen	617.452
Zella-Mehlis	2.652.404
Rhönblick	1.109.359
Grabfeld	1.461.831
Kaltennordheim	499.221
Landkreis Gotha	
Bienstädt	275.000
Dachwig	1.840.500
Döllstädt	616.600
Emleben	724.400
Eschenbergen	96.000
Friedrichroda	1.483.700
Friemar	436.000
Gierstädt	754.400
Gotha	3.866.000
Großfahner	1.147.200
Herrenhof	414.720
Luisenthal	301.000
Molschleben	211.000
Nottleben	420.000
Ohrdruf	14.711.000
Pferdingsleben	108.000
Schwabhausen	474.000
Sonneborn	385.765
Bad Tabarz	141.500
Tambach-Dietharz	3.705.400
Tonna	1.975.000
Tröchtelborn	325.000
Tüttleben	392.000
Waltershausen	2.004.300
Zimmernsupra	61.000
Nesse-Apfelstädt	112.000
Hörsel	4.911.880
Drei Gleichen	456.000
Nessetal	2.068.325
Georgenthal	3.534.000
Landkreis Sömmerda	
Alperstedt	1.625.042

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Andisleben	225.756
Büchel	doppisch
Eckstedt	698.138
Elxleben	620.472
Gangloffsömmern	927.388
Gebesee, Stadt	1.221.950
Griefstedt	doppisch
Großmölsen	67.935
Großneuhausen	190.304
Großrudestedt	1.428.824
Günstedt	doppisch
Haßleben	513.822
Kleinmölsen	200.158
Kleinneuhausen	177.478
Kölleda, Stadt	5.342.299
Markvippach	351.888
Nöda	572.409
Ollendorf	111.876
Ostramondra	200.180
Rastenberg, Stadt	257.657
Riethgen	doppisch
Riethnordhausen	790.935
Ringleben	285.270
Schloßvippach	1.110.521
Schwerstedt	497.874
Sömmerda, Stadt	2.147.103
Sprötau	413.709
Straußfurt	1.717.728
Udestedt	403.777
Vogelsberg	292.980
Walschleben	709.200
Weißensee, Stadt	4.096.545
Werningshausen	920.255
Witterda	212.429
Wundersleben	114.799
Buttstädt	2.293.667
Kindelbrück	doppisch
Landkreis Hildburghausen	
Auengrund	3.982.383
Brünn/Thür.	137.940
Eisfeld, Stadt	3.211.000
Hildburghausen, Stadt	2.227.004
Masserberg	8.828
Römhild, Stadt	3.641.625
Schleusegrund	1.780.825
Schleusingen, Stadt	9.094.392
Veilsdorf	716.083

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Ahlstädt	218.004
Beinerstadt	207.139
Bischofrod	168.305
Dingsleben	60.861
Ehrenberg	90.080
Eichenberg	53.765
Grimmelshausen	18.293
Grub	52.471
Henfstädt	53.700
Kloster Veßra	250.655
Lengfeld	185.773
Marisfeld	127.341
Oberstadt	50.631
Reurieth	182.058
Schmeheim	41.382
St.Bernhard	51.592
Themar, Stadt	1.090.697
Heldburg, Stadt	1.491.855
Straufhain	963.805
Schlechtsart	47.841
Schweickershausen	11.376
Ummerstadt, Stadt	0
Westhausen	416.717
Ilm-Kreis	
Alkersleben	142.300
Arnstadt	1.982.501
Bösleben-Wüllersleben	214.196
Dornheim	306.377
Elgersburg	0
Elleben	122.790
Elxleben	129.244
Amt Wachsenburg	19.127.032
Ilmenau	11.938.548
Martinroda	103.528
Osthausen-Wülfershausen	66.513
Plaue	303.027
Stadtilm	2.132.364
Witzleben	355.560
Geratal	648.881
Großbreitenbach	k.A.
Weimarer Land	
Apolda	3.925.577
Bad Berka	7.594.540
Bad Sulza	3.129.228
Ballstedt	111.083
Blankenhain	1.432.130
Buchfart	221.109

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Döbritschen	0
Eberstedt	0
Ettersburg	328.212
Frankendorf	0
Großheringen	9.599.031
Großschwabhausen	380.435
Hammerstedt	13.963
Hetschburg	176.116
Hohenfelden	312.455
Kapellendorf	61.998
Kiliansroda	11.810
Kleinschwabhausen	0
Klettbach	955.000
Kranichfeld	777.098
Lehnstedt	8.256
Magdala	0
Mechelroda	31.494
Mellingen	2.759.603
Nauendorf	105.000
Neumark	180.599
Niedertrebra	600.000
Obertrebra	83.026
Oettern	50.974
Rannstedt	174.681
Rittersdorf	97.478
Schmiedehausen	150.500
Tonndorf	170.197
Umpferstedt	284.597
Vollersroda	99.487
Wiegendorf	99.322
Ilmtal-Weinstraße	20.696.651
Am Ettersberg	4.066.512
Grammetal	8.290.547
Landkreis Sonneberg	
Föritztal	2.126.200
Frankenblick	830.000
Goldisthal	1.292.247
Lauscha	1.974.300
Neuhaus am Rennweg	572.000
Schalkau	789.100
Sonneberg	714.464
Steinach	486.000
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	
Allendorf	28.771
Altenbeuthen	209.913
Bad Blankenburg	223.937

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Bechstedt	9.784
Cursdorf	0
Deesbach	28.733
Döschnitz	0
Gräfenthal	0
Hohenwarte	5.831.735
Katzhütte	0
Kaulsdorf	2.223.232
Lehesten	0
Meura	95.909
Probstzella	0
Rohrbach	133.893
Rudolstadt	4.485.966
Saalfeld	5.741.900
Schwarzburg	72.149
Sitzendorf	18.990
Unterweißbach	0
Leutenberg	674.471
Drognitz	238.256
Uhlstädt-Kirchhasel	469.639
Unterwellenborn	8.065.900
Königsee	1.849.248
Schwarzatal	571.836
Saale-Holzland-Kreis	
Albersdorf	43.160
Altenberga	138.000
Bad Klosterlausnitz	1.683.000
Bibra	100.000
Bobeck	83.282
Bremsnitz	6.568
Bucha	27.600
Bürgel, Stadt	321.954
Dornburg-Camburg, Stadt	0
Crossen an der Elster	85.713
Eichenberg	42.364
Eineborn	214.779
Eisenberg, Stadt	doppisch
Frauenprießnitz	135.523
Freienorla	15.346
Geisenhain	82.870
Gneus	143.000
Gösen	46.000
Golmsdorf	203.471
Graitschen b. Bürgel	97.839
Großbockedra	0
Großeutersdorf	6.288
Großlöbichau	1.544.080

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Großpürschütz	0
Gumperda	44.924
Hainichen	0
Hainspitz	220.000
Hartmannsdorf	0
Heideland	75.975
Hermsdorf, Stadt	2.800.000
Hummelshain	175.000
Jenalöbnitz	49.187
Kahla, Stadt	204.977
Karlsdorf	17.452
Kleinbockedra	0
Kleinebersdorf	31.473
Kleineutersdorf	7.400
Laasdorf	13.914.325
Lehesten	0
Lindig	48.000
Lippersdorf-Erdmannsdorf	356
Löberschütz	1.067.278
Mertendorf	182.515
Meusebach	20.300
Milda	40.000
Möckern	2.400
Mörsdorf	375.000
Nausnitz	51.383
Neuengönna	397.633
Oberbodnitz	48.613
Orlamünde, Stadt	18.900
Ottendorf	110.509
Petersberg	1.038.100
Poxdorf	41.992
Rattelsdorf	1.426
Rauda	20.997
Rauschwitz	120.173
Rausdorf	35.708
Reichenbach	210.000
Reinstädt	20.800
Renthendorf	0
Rothenstein	36.500
Ruttersdorf-Lotschen	255.000
Scheiditz	7.394
Schleifreisen	213.886
Schlöben	182.064
Schöngleina	126.375
Schöps	275.993
Seitenroda	72.788
Serba	240.400

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Silbitz	1.693.783
St. Gangloff	179.000
Stadtroda, Stadt	393.009
Sulza	374.100
Tautenburg	246.186
Tautendorf	49.456
Tautenhain	551.397
Thierschneck	4.109
Tissa	123.015
Trockenborn-Wolfersdorf	0
Tröbnitz	455.437
Unterbodnitz	110.000
Waldeck	174.587
Walpernhain	6.407
Waltersdorf	60.000
Weißbach	51.200
Weißenborn	62.357
Wichmar	116.304
Zimmern	0
Zöllnitz	0
Schkölen, Stadt	273.000
Saale-Orla-Kreis	
Bodelwitz	312.290
Dittersdorf	395.697
Döbritz	123.892
Dreitzsch	40.375
Eßbach	59.855
Geroda	134.703
Gertewitz	194.539
Görkwitz	212.818
Göschitz	59.559
Gössitz	302.737
Grobengereuth	119.480
Hirschberg, Stadt	0
Keila	46.130
Kirschkau	167.349
Kospoda	569.446
Langenorla	283.375
Lausnitz b. Neustadt an der Orla	79.203
Lemnitz	189.589
Bad Lobenstein, Stadt	893.274
Löhma	41.412
Miesitz	166.793
Mittelpöllnitz	123.954
Moßbach	238.905
Moxa	102.903

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Neundorf (bei Schleiz)	116.611
Neustadt an der Orla, Stadt	8.074.283
Nimritz	87.484
Oberoppurg	64.963
Oettersdorf	347.203
Oppurg	628.652
Paska	93.632
Peuschen	241.345
Plothen	138.417
Pörmitz	108.943
Pößneck, Stadt	5.219.000
Quaschwitz	7.004
Ranis, Stadt	432.312
Rosendorf	91.006
Schleiz, Stadt	4.611.058
Schmieritz	79.891
Schmorda	67.163
Schöndorf	124.365
Seisla	182.640
Solkwitz	19.682
Tegau	176.282
Tömmelsdorf	93.629
Triptis, Stadt	1.360.010
Volkmannsdorf	283.223
Weira	2.088.875
Wernburg	4.736
Wilhelmsdorf	244.879
Ziegenrück, Stadt	236.655
Krölpa	533.700
Gefell, Stadt	365.405
Tanna, Stadt	177.013
Wurzbach, Stadt	182.151
Remptendorf	137.250
Saalburg-Ebersdorf, Stadt	796.287
Rosenthal am Rennsteig	15.104.269
Landkreis Greiz	
Bad Köstritz, Stadt	816.283
Berga/Elster, Stadt	164.360
Bethenhausen	126.000
Bocka	141.954
Brahmenau	297.000
Braunichswalde	429.200
Caaschwitz	416.881
Crimla	170.000
Endschütz	27.400
Gauern	179.597
Greiz, Stadt	6.665.000

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Großenstein	178.000
Hartmannsdorf	90.693
Hilbersdorf	103.300
Hirschfeld	86.000
Hohenleuben, Stadt	166.393
Hundhaupten	16.806
Kauern	178.795
Korbußen	2.112.000
Kühdorf	0
Langenwetzendorf	461.127
Langenwolschendorf	468.060
Lederhose	249.983
Linda b. Weida	43.822
Lindenkreuz	262.689
Münchenbernsdorf, Stadt	1.233.417
Paitzdorf	41.634
Pölzig	248.000
Reichstädt	16.400
Ronneburg, Stadt	4.246.000
Rückersdorf	2.522.800
Saara	186.503
Schwaara	166.000
Schwarzbach	223.994
Seelingstädt	545.000
Teichwitz	19.056
Weida, Stadt	1.305.000
Weißendorf	321.382
Wünschendorf/Elster	1.129.624
Zedlitz	177.152
Zeulenroda-Triebes, Stadt	4.107.315
Harth-Pöllnitz	1.578.620
Kraftsdorf	534.323
Auma-Weidatal, Stadt	1.342.663
Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	686.000
Neumühle/Elster	Neugliederung zum 01.01.2020
Landkreis Altenburger Land	
Altenburg	1.452.492
Dobitschen	27.815
Fockendorf	85.191
Gerstenberg	210.000
Göhren	7.800
Göllnitz	338.000
Göpfersdorf	109.106
Gößnitz, Stadt	501.000
Haselbach	80.252
Heukewalde	87.100
Heyersdorf	34.600

Anlage zu Frage 43 - Höhe der Rücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 in EUR
Jonaswalde	69.300
Kriebitzsch	379.400
Langenleuba-Niederhain	452.355
Löbichau	170.000
Lödla	338.200
Lucka, Stadt	204.453
Mehna	161.800
Meuselwitz, Stadt	1.949.317
Monstab	88.500
Nobitz	2.287.482
Ponitz	70.700
Posterstein	0
Rositz	798.700
Schmölln, Stadt	2.851.627
Starkenberg	706.900
Thonhausen	195.000
Treben	170.000
Vollmershain	221.000
Windischleuba	90.000

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 44 - Höhe der Sonderrücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der Sonderücklagen zum 31.12.2020 in EUR	Verwendungszweck
Kreisfreie Städte		
Erfurt	1.512.000	Abfallwirtschaft
	779.000	Stiftung Krämerbrücke
	8.454.000	BUGA 2021
	42.000	Bestattungsinstitut
Gera	keine	
Jena	keine	
Weimar	keine	
Suhl	keine	
Eisenach	keine	
Landkreise		
Eichsfeld	keine	
Nordhausen	5.605.923	Rekultivierung
Wartburgkreis	1.300.000	Kompensation Kreisumlage
Unstrut-Hainich-Kreis	keine	
Kyffhäuserkreis	2.944.400	Rekultivierungsrücklage Abfall
	1.961.000	Gebührenausgleichsrücklage Bereich Abfall
Schmalkalden-Meiningen	5.000.000	Industriegebiet "Thüringer Tor"
	3.095.862	Gebührenausgleichsrücklage Haus- und Gewerbemüll
	1.296.282	Gebührenausgleichsrücklage Deponie
	16.062.986	Rücklage Deponie Meiningen
	16.041	Deponie Kaltensundheim
	1.583.327	Deponie Trusetal
	170.416	Rücklage Archiv
	4.284.352	Corona
	8.111.960	Rücklage Stiftung "Meininger Kliniken"
Gotha	78.000	Rückzahlung Fömi , Integration Flüchtlinge
	27.000	Sabbatjahr
	2.849.000	Corona-Pandemie
Sömmerda	1.400.000	Sonderrücklage Corona
	1.441.892	SR Gebührenausgleichsrücklage Abfall
	435.000	Kompensation Kreisumlage
Hildburghausen	15.000	GAR- Kreisvolkshochschule
	12.000	Veterinäramt - Hausschlachtungen
	11.000	Wahlkostenerstattungen
	21.000	§ 19 IV Kita für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf
	42.000	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnl. Kosten
	150.000	Asyl
	892.000	Soziales
	25.000	Digitalisierung
	845.000	Stabilisierungszuweisung
Ilm-Kreis	1.174.094	städtebauliche Maßnahmen
	561.380	Kompensationszahlung
Weimarer Land	8.142.264	Mülldeponie Apolda
	58.708	Gebührenausgleichsrücklage Veterinär- und Lebensmittelüberwachung
	1.326.481	Gebührenausgleichsrücklage Abfallwirtschaft
Sonneberg	3.392.000	Deponiesanierung
	671.000	Gebührenausgleichsrücklage
	343.000	Altersteilzeit
	103.000	Asyl
	364.000	Kompensation Kreisumlage
	850.000	Sondervermögen
Saalfeld-Rudolstadt	keine	
Saale-Holzlandkreis	keine	
Saale-Orla-Kreis	keine	
Greiz	374.821	Rekultivierung Deponien

Anlage zu Frage 44 - Höhe der Sonderrücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der Sonderücklagen zum 31.12.2020 in EUR	Verwendungszweck
	500.932	Kreis-, Kultur- und Sport-Stiftung
	72.900	Altersteilzeit Jobcenter
	33.273	Kreisstraßenmeisterei
Altenburger Land	keine	
Städte und Gemeinden		
Landkreis Eichsfeld		
Birkenfelde	13.500	kalk. Miete Kindergarten
Wüstheuterode	40.000	kalk. Miete Kindergarten
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung		
Wartburgkreis		
Dermbach	36.310	Sonderrücklage für das Bestattungswesen (Gebührenausgleichsrücklage)
Geisa	44.488	Nahwärmenetz
Weilar	13.961	Gebührenausgleichsrücklage für das Bestattungswesen
Wiesenthal	6.131	Gebührenausgleichsrücklage für das Bestattungswesen
Wutha-Farnroda	38.129	Beamtenbesoldung
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung		
Kyffhäuserkreis		
Abtsbessingen	1.300	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Bad Frankenhausen	645.226	LBS (Bausparvertrag)
Bellstedt	1.000	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Oberheldrungen	48.000	Bausparvertrag
Wolferschwenda	382	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Roßleben-Wiehe, Stadt	43.646	Gebührenausgleich Abwasserentsorgung
	6.916	Friedhof
An der Schmücke, Stadt	17.000	Altersteilzeit
Landkreis Schmalkalden-Meiningen		
Belrieth	11.901	Gebührenrücklage Friedhof
Meiningen	526.604	Bestattungswesen
Zella-Mehlis	370.695	Klärung von Altfällen (SMAD-Gebäude)
Kaltennordheim	5.608	Bestattungswesen
Landkreis Gotha		
Dachwig	15.200	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Döllstädt	4.300	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Emleben	870	Bestattungswesen
Friedrichroda	184.000	KInvGF
Gierstädt	8.400	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Großfahner	8.400	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Herrenhof	3.030	Bestattungswesen
Luisenthal	4.000	Gebührenausgleich
Sonneborn	55.312	Gewerbesteuerstabilisierungszuweisung
Bad Tabarz	1.400	Altersteilzeit
Tonna	28.000	Gebührenausgleich Bestattungswesen
Hörsel	27.200	Bahnbrücke Fröttstädt
Nessetal	270.623	Gewerbesteuerstabilisierungszuweisung
Landkreis Sömmerda		
Großmölsen	12.226	Gebührenausgleichsrücklage Abwasser
Haßleben	9.080	Beräumungskosten Friedhof
Nöda	32.100	Gebührenausgleichsrücklage Abwasser
Ollendorf	12.087	Gebührenausgleichsrücklage Abwasser
Rastenberg, Stadt	10.464	Bausparvertrag
Schloßvippach	233.859	BgA Wasser und Öko-Punkte
Schwerstedt	4.856	Beräumungskosten Friedhof
Straußfurt	3.101	Beräumungskosten Friedhof
Vogelsberg	33.558	Gebührenausgleichsrücklage, Altersteilzeit
Weißensee, Stadt	585.130	Gebührenausgleichsrücklage
Werningshausen	4.895	Beräumungskosten Friedhof

Anlage zu Frage 44 - Höhe der Sonderrücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der Sonderücklagen zum 31.12.2020 in EUR	Verwendungszweck
Wundersleben	1.845	Beräumungskosten Friedhof
Buttstädt	395.070	Gewerbesteuerkompensation
Landkreis Hildburghausen		
Römhild, Stadt	758.482	Abwasser (Gebührenausgleichsrücklage)
Schleusegrund	134.123	leistungsorientierte Bezahlung (LOB)
Schleusingen, Stadt	20.000	Friedhof ("Gebührenausgleichsrücklage")
Themar, Stadt	31.545	Friedhof ("Gebührenausgleichsrücklage")
Ilm-Kreis		
Arnstadt	1.278.740	Stiftung für Denkmalschutz
Ilmenau	2.471.927	Deponie
Amt Wachsenburg	36.600	Gebührenausgleich für Straßenreinigung
Landkreis Weimarer Land		
Blankenhain	27.793	Gebührenausgleichsrücklage
Mellingen	250.300	Wohnungswirtschaft
Grammetal	89.585	Abwasser
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung		
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt		
Cursdorf	45.914	nicht verbrauchte Bedarfszuweisung
Gräfenthal	13.999	KInvFG, Wald
Katzhütte	142.747	nicht verbrauchte Bedarfszuweisung
Lehesten	69.425	Rückzahlung Gewerbesteuerkompensation, Wald, KInvFG
Probstzella	295.947	Bedarfszuweisung für HLF 10 (290 TEUR), KInvFG
Rudolstadt	1.912.411	Industriekläranlage Anteil Abwasser und Anteil Klärschlamm, davon und
	2.946.074	für Rückzahlung Gewerbesteuerstabilisierung (in 2021 erfolgt)
	27.487	Vorsorgeleistung FFW
Königsee	173.354	Altersteilzeit
Saale-Holzland-Kreis		
Lippersdorf-Erdmannsdorf	27.000	nicht verbrauchte Bedarfszuweisung
Saale-Orla-Kreis		
Bad Lobenstein	5.419	Friedhof
Rosendorf	39	KInvFG
Krölpa	8.123	Bedarfszuweisung Waldschäden
Tanna	3.698	Mittel KInvFG
Saalburg-Ebersdorf	23.690	Friedhof
Landkreis Greiz		
Braunichswalde	139.700	Sonderrücklagen gesamt
	1.000	Gebührenausgleichsrücklage Friedhof
	400	Kommunalinvestitonsförderungsgesetz
	104.600	Instandhaltungsrücklage Wohnungen
	26.600	Sonderrücklage Investitionsoffensive
	7.100	Betriebskostenrücklage Wohnungen
Endschütz	17.300	Sonderrücklagen gesamt
	14.200	Sonderrücklage Investitionsoffensive
	3.100	Stabilisierungszuweisung
Gauern	6.121	Sonderrücklagen gesamt
	1.066	Instandhaltungsrücklage
	5.055	Sonderrücklage Investitionsoffensive
Hilbersdorf	9.100	Sonderrücklage Investitionsoffensive
Kauern	23.600	Sonderrücklagen gesamt
	11.300	Gebührenausgleichsrücklage Bestattungswesen
	300	Sonderrücklage-Ausgleichszahlungen
	1.300	Instandhaltungsrücklage Kulturhaus
	10.700	Sonderrücklage Investitionsoffensive
Langenwetzendorf	121.270	Stau Kober
Langenwolschendorf	5.094	Gebührenausgleichsrücklage Friedhof
Linda b. Weida	19.200	Sonderrücklagen Investitionsoffensive
Paitzdorf	22.000	Sonderrücklagen gesamt

Anlage zu Frage 44 - Höhe der Sonderrücklagen der Thüringer Kommunen und Landkreise im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde Landkreis	Bestand der Sonderücklagen zum 31.12.2020 in EUR	Verwendungszweck
	17.500	Sonderrücklage Investitionsoffensive
	3.200	klimabedingte Waldschäden
	1.300	Stabilisierungsfonds
Ronneburg, Stadt	135.000	Hausverwalterkonto Wohnungsgesellschaft mbH
Rückersdorf	110.900	Sonderrücklagen gesamt
	72.700	Instandhaltungsrücklage
	3.400	klimabedingte Waldschäden
	3.300	Betriebskostenrücklage
	31.500	Sonderrücklage Investitionsoffensive
Seelingstädt	486.100	Sonderrücklagen gesamt
	360.600	Instandhaltungsrücklage
	300	Kommunalinvestitonsförderungsgesetz
	67.800	Sonderrücklage für späterentsehende Kosten
	57.400	Sonderrücklage Investitionsoffensive
Teichwitz	3.663	Sonderrücklage Investpauschale
Wünschendorf/Elster	254.100	Sonderrücklagen gesamt
	107.400	Instandhaltungsrücklage
	8.100	Ausgleichsrücklage Betriebskosten Wohnungen
	15.000	Instandhaltungsrücklage Sport
	123.600	Sonderücklage Investitionsoffensive
Zeulenroda-Triebes, Stadt	40.635	Sonderrücklage Friedhof
Auma-Weidatal, Stadt	29.262	Sonderrücklagen gesamt
	2.229	Werterhaltungsrücklage Dorfstraße
	17.705	Gebührenausgleichsrücklage Abwasser
	1.072	Gebührenausgleichsrücklage Wasser
	8.256	Sonderrücklage Kauf 751/2
Landkreis Altenburger Land		
Altenburg	679.866	Kinderheim, Urnengemeinschaftsanlage Baumbestattungen, Friedhof, Altersteilzeit, Leistungsorientierte Bezahlung
Heukewalde	16.000	Gebührenausgleich Wasser
Kriebitzsch	15.010	Friedhof
Lödla	1.300	Friedhof
Schmölln, Stadt	107.713	Bahnunterführung

Thüringer Landesamt für Statistik

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 46: Entnahmen aus Rücklagen in Euro (Zuführungen abzgl. Entnahmen)

Quelle: Rechnungsergebnisse der Gemeinden / Gv. 2020

Gebietsstand 31.12.2020

Schlüssel	Landkreis	Landkreisverwaltung Kreisfreie Stadt Gemeinde/Gemeindeverband	Zuführungen abzgl. Entnahmen 2020
07100000		LKV Weimarer Land	-228.570
07700000		LKV Altenburger Land	-1.326.883
06100108	Eichsfeld	Arenshausen	-44.257
06100301	Eichsfeld	Berlingerode	-115.154
6100712	Eichsfeld	Birkenfelde	-41.465
06101209	Eichsfeld	Bodenrode-Westhausen	-57.155
06101408	Eichsfeld	Bornhagen	-33.898
06101501	Eichsfeld	Brehme	-76.512
06101813	Eichsfeld	Büttstedt	-57.318
06102108	Eichsfeld	Burgwalde	-10.111
06102601	Eichsfeld	Ecklingerode	-101.617
06102713	Eichsfeld	Effelder	-9.334
06103101	Eichsfeld	Ferna	-97.808
06103308	Eichsfeld	Fretterode	-22.809
06103608	Eichsfeld	Gerbershausen	-914.238
06104113	Eichsfeld	Großbartloff	-313.668
06104709	Eichsfeld	Heuthen	-118.483
06105708	Eichsfeld	Kirchgandern	-930.910
06108208	Eichsfeld	Rustenfelde	-38.448
06108308	Eichsfeld	Schachtebich	-6.304
06109401	Eichsfeld	Tastungen	-12.956
06109612	Eichsfeld	Thalwenden	-46.893
06111401	Eichsfeld	Teistungen	-27.627
06111800	Eichsfeld	Dingelstädt, Stadt	-1.666.807
06199906	Eichsfeld	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-48.292
06199909	Eichsfeld	VGHH Leinetal	-31.193
06199913	Eichsfeld	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-29.608
06200853	Nordhausen	Görsbach	-186.397
06200954	Nordhausen	Großlohra	-14.253
06202654	Nordhausen	Kleinfurra	-50.242
06203754	Nordhausen	Niedergebra	-158.913
06205453	Nordhausen	Urbach	-246.913
06206300	Nordhausen	Werther	-33.489
06206654	Nordhausen	Bleicherode, Stadt	-2.237.218
06300351	Wartburgkreis	Bad Salzungen, Stadt	-1.634.550
06300400	Wartburgkreis	Barchfeld-Immelborn	-329.779
06300806	Wartburgkreis	Bischofroda	-1.212.286
06302359	Wartburgkreis	Empfertshausen	-40.006
06303706	Wartburgkreis	Hallungen	-20.068
06304606	Wartburgkreis	Krauthausen	-166.728
06306259	Wartburgkreis	Oechsen	-104.897
06307157	Wartburgkreis	Seebach	-595.861
06307800	Wartburgkreis	Unterbreizbach	-2.185
06308200	Wartburgkreis	Vacha, Stadt	-137.112
06309200	Wartburgkreis	Wutha-Farnroda	-105.174
06309700	Wartburgkreis	Gerstungen	-2.471.910
06309800	Wartburgkreis	Hörselberg-Hainich	-595.832
06310300	Wartburgkreis	Werra-Suhl-Tal, Stadt	-736.713
06400300	Unstrut-Hainich-Kreis	Bad Langensalza, Stadt	-5.013.825
06400501	Unstrut-Hainich-Kreis	Ballhausen	-49.331
06403301	Unstrut-Hainich-Kreis	Kirchheilingen	-37.023
06404501	Unstrut-Hainich-Kreis	Mittelsömmern	-1.369

Schlüssel	Landkreis	Landkreisverwaltung Kreisfreie Stadt Gemeinde/Gemeindeverband	Zuführungen abzgl. Entnahmen 2020
06405353	Unstrut-Hainich-Kreis	Oppershausen	-556
06405854	Unstrut-Hainich-Kreis	Schönstedt	-17.742
06406201	Unstrut-Hainich-Kreis	Tottleben	-9.870
06406401	Unstrut-Hainich-Kreis	Urleben	-12.557
06500855	Kyffhäuserkreis	Borxleben	-5.193
06502302	Kyffhäuserkreis	Greußen, Stadt	-105.862
06504655	Kyffhäuserkreis	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-26.456
06505256	Kyffhäuserkreis	Oberheldrungen	-97.595
06507502	Kyffhäuserkreis	Trebra	-63.922
06508500	Kyffhäuserkreis	Kyffhäuserland	-61.005
06508700	Kyffhäuserkreis	Roßleben-Wiehe, Stadt	-1.875.195
06601205	Schmalkalden-Meiningen	Birx	-23.914
06601351	Schmalkalden-Meiningen	Breitungen/Werra	-432.261
06601514	Schmalkalden-Meiningen	Christes	-57.135
06602251	Schmalkalden-Meiningen	Fambach	-63.914
06602300	Schmalkalden-Meiningen	Floh-Seligenthal	-127.987
06602405	Schmalkalden-Meiningen	Frankenheim/Rhön	-13.979
06603814	Schmalkalden-Meiningen	Kühndorf	-347.518
06604514	Schmalkalden-Meiningen	Neubrunn	-15.014
06604914	Schmalkalden-Meiningen	Obermaßfeld-Grimmenthal	-298.681
06606151	Schmalkalden-Meiningen	Roßdorf	-17.097
06606300	Schmalkalden-Meiningen	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-897.163
06606413	Schmalkalden-Meiningen	Schwallungen	-475.338
06606900	Schmalkalden-Meiningen	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-259.076
06607350	Schmalkalden-Meiningen	Sülzfeld	-82.689
06607914	Schmalkalden-Meiningen	Utendorf	-81.438
06608613	Schmalkalden-Meiningen	Wasungen, Stadt	-192.240
06609200	Schmalkalden-Meiningen	Zella-Mehlis, Stadt	-1.078.280
06609505	Schmalkalden-Meiningen	Kaltennordheim, Stadt	-318.208
06700912	Gotha	Dachwig	-20.929
06701112	Gotha	Döllstädt	-418.669
06701607	Gotha	Eschenbergen	-4.693
06702900	Gotha	Gotha, Stadt	-3.666.638
06705350	Gotha	Ohrdruf, Stadt	-11.422.297
06705507	Gotha	Pferdingsleben	-5.610
06706400	Gotha	Bad Tabarz	-445.557
06706500	Gotha	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-13.178
06706807	Gotha	Tröchtelborn	-15.422
06707200	Gotha	Waltershausen, Stadt	-425.300
06708207	Gotha	Zimmernsupra	-96.612
06708700	Gotha	Nesse-Apfelstädt	-391.533
06708952	Gotha	Drei Gleichen	-146.165
06801402	Sömmerda	Gebesee, Stadt	-866.509
06802509	Sömmerda	Haßleben	-4.029
06803306	Sömmerda	Kleinneuhausen	-23.477
06805100	Sömmerda	Sömmerda, Stadt	-262.315
06805212	Sömmerda	Sprötau	-27.987
06806209	Sömmerda	Wundersleben	-22.590
06899902	Sömmerda	VGHH Gera-Aue	-411.445
06899909	Sömmerda	VGHH Straußfurt	-38.431
06899912	Sömmerda	VGHH Gramme-Vippach	-112.731
06900651	Hildburghausen	Brünn/Thür.	-24.926
06900802	Hildburghausen	Dingsleben	-54.390
06900902	Hildburghausen	Ehrenberg	-14.033
06901602	Hildburghausen	Grimmelshausen	-9.069
06901702	Hildburghausen	Grub	-5.851
06902102	Hildburghausen	Henfstädt	-6.044
06902802	Hildburghausen	Marisfeld	-19.663
06903702	Hildburghausen	Reurieth	-95.673

Schlüssel	Landkreis	Landkreisverwaltung Kreisfreie Stadt Gemeinde/Gemeindeverband	Zuführungen abzgl. Entnahmen 2020
06904104	Hildburghausen	Schlechtsart	-2.907
06904300	Hildburghausen	Schleusingen, Stadt	-963.023
06904604	Hildburghausen	Schweickershausen	-6.420
06905204	Hildburghausen	Ummerstadt, Stadt	-148.921
06905604	Hildburghausen	Westhausen	-27.514
06905851	Hildburghausen	Auengrund	-1.032.372
06906100	Hildburghausen	Masserberg	-724.832
06906304	Hildburghausen	Heldburg, Stadt	-429.824
07000609	Ilm-Kreis	Bösleben-Wüllersleben	-1.221
07001209	Ilm-Kreis	Elleben	-5.039
07002900	Ilm-Kreis	Ilmenau, Stadt	-110.033
07003402	Ilm-Kreis	Martinroda	-119.475
07004109	Ilm-Kreis	Osthausen-Wülfershausen	-135.895
07004302	Ilm-Kreis	Plaue, Stadt	-528.737
07005700	Ilm-Kreis	Geratal	-2.971.011
07100553	Weimarer-Land	Ballstedt	-6.010
07100800	Weimarer-Land	Blankenhain, Stadt	-515.291
07100908	Weimarer-Land	Buchfart	-11.785
07101551	Weimarer-Land	Eberstedt	-6.472
07101753	Weimarer-Land	Ettersburg	-5.277
07102508	Weimarer-Land	Großschwabhausen	-155.530
07103708	Weimarer-Land	Kapellendorf	-103.329
07103808	Weimarer-Land	Kiliansroda	-40.734
07104908	Weimarer-Land	Lehnstedt	-88.875
07105907	Weimarer-Land	Nauendorf	-69.818
07199907	Weimarer-Land	VGHH Kranichfeld	-17.059
07201100	Sonnerberg	Lauscha, Stadt	-1.033.661
07201351	Sonnerberg	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-1.271.669
07202400	Sonnerberg	Föritztal	-78.674
07300500	Saalfeld-Rudolstadt	Bad Blankenburg, Stadt	-243.250
07302805	Saalfeld-Rudolstadt	Gräfenthal, Stadt	-195.315
07303551	Saalfeld-Rudolstadt	Hohenwarte	-1.356.347
07303851	Saalfeld-Rudolstadt	Kaulsdorf	-1.343.507
07304605	Saalfeld-Rudolstadt	Lehesten, Stadt	-75.894
07307412	Saalfeld-Rudolstadt	Rohrbach	-12.323
07307600	Saalfeld-Rudolstadt	Rudolstadt, Stadt	-2.997.671
07307700	Saalfeld-Rudolstadt	Saalfeld/Saale, Stadt	-178.516
07308212	Saalfeld-Rudolstadt	Schwarzburg	-130.267
07310751	Saalfeld-Rudolstadt	Drognitz	-109.765
07310900	Saalfeld-Rudolstadt	Uhlstädt-Kirchhasel	-239.774
07311100	Saalfeld-Rudolstadt	Unterwellenborn	-1.465.547
07311254	Saalfeld-Rudolstadt	Königsee, Stadt	-102.672
07311312	Saalfeld-Rudolstadt	Schwarzatal, Stadt	-119.420
07399912	Saalfeld-Rudolstadt	VGHH Schwarzatal	-41.864
07400211	Saale-Holzland-Kreis	Altenberga	-304.077
07400353	Saale-Holzland-Kreis	Bad Klosterlausnitz	-64.456
07400411	Saale-Holzland-Kreis	Bibra	-10.928
07400553	Saale-Holzland-Kreis	Bobeck	-140
07400707	Saale-Holzland-Kreis	Bremsnitz	-9.781
07400951	Saale-Holzland-Kreis	Bürgel, Stadt	-48.205
07401205	Saale-Holzland-Kreis	Crossen an der Elster	-79.647
07401611	Saale-Holzland-Kreis	Eichenberg Landkreis Saale-Holzland-Kre	-66.650
07402111	Saale-Holzland-Kreis	Freienorla	-44.908
07402207	Saale-Holzland-Kreis	Geisenhain	-1.558
07402552	Saale-Holzland-Kreis	Gösen	-20.310
07402615	Saale-Holzland-Kreis	Golmsdorf	-97.835
07403215	Saale-Holzland-Kreis	Großlöbichau	-214.493
07403905	Saale-Holzland-Kreis	Heideland	-9.784
07404707	Saale-Holzland-Kreis	Kleinebersdorf	-824

Schlüssel	Landkreis	Landkreisverwaltung Kreisfreie Stadt Gemeinde/Gemeindeverband	Zuführungen abzgl. Entnahmen 2020
07405850	Saale-Holzland-Kreis	Möckern	-4.665
07406315	Saale-Holzland-Kreis	Neuengönna	-181.045
07406407	Saale-Holzland-Kreis	Oberbodnitz	-20.934
07407205	Saale-Holzland-Kreis	Rauda	-24.999
07407407	Saale-Holzland-Kreis	Rausdorf	-14.402
07407611	Saale-Holzland-Kreis	Reinstädt	-595
07407707	Saale-Holzland-Kreis	Renthendorf	-84.508
07407911	Saale-Holzland-Kreis	Rothenstein	-270.408
07408414	Saale-Holzland-Kreis	Schleifreisen	-142.981
07408653	Saale-Holzland-Kreis	Schöngleina	-188.269
07409314	Saale-Holzland-Kreis	St.Gangloff	-134.166
07409511	Saale-Holzland-Kreis	Sulza	-9.060
07409707	Saale-Holzland-Kreis	Tautendorf	-15.633
07409915	Saale-Holzland-Kreis	Thierschneck	-464
07411315	Saale-Holzland-Kreis	Zimmern	-9.250
07411411	Saale-Holzland-Kreis	Zöllnitz	-131.648
07411605	Saale-Holzland-Kreis	Schkölen, Stadt	-44.181
07499911	Saale-Holzland-Kreis	VGHH Südliches Saaletal	-22.318
07499914	Saale-Holzland-Kreis	VGHH Hermsdorf	-157.702
07499915	Saale-Holzland-Kreis	VGHH Dornburg-Camburg	-112.044
07501911	Saale-Orla-Kreis	Dreitzsch	-11.636
07502313	Saale-Orla-Kreis	Eßbach	-36.296
07504713	Saale-Orla-Kreis	Keila	-10.661
07505405	Saale-Orla-Kreis	Langenorla	-108.182
07506913	Saale-Orla-Kreis	Moxa	-2.764
07507604	Saale-Orla-Kreis	Oettersdorf	-314.002
07508304	Saale-Orla-Kreis	Plothen	-2.238
07508404	Saale-Orla-Kreis	Pörmitz	-48.903
07508813	Saale-Orla-Kreis	Ranis, Stadt	-46.024
07509800	Saale-Orla-Kreis	Schleiz, Stadt	-937.936
07510113	Saale-Orla-Kreis	Schmorda	-289
07512405	Saale-Orla-Kreis	Wernburg	-20.973
07513200	Saale-Orla-Kreis	Tanna, Stadt	-429.080
07599904	Saale-Orla-Kreis	VGHH Seenplatte	-129.952
07600608	Greiz	Bethenhausen	-10.250
07602308	Greiz	Großenstein	-38.761
07602704	Greiz	Hilbersdorf	-9.948
07603306	Greiz	Hundhaupten	-33.208
07603956	Greiz	Langenwetzendorf	-166.699
07604206	Greiz	Lederhose	-129.604
07604406	Greiz	Lindenkreuz	-32.361
07605808	Greiz	Pölzig	-362.475
07605908	Greiz	Reichstädt	-16.914
07606904	Greiz	Seelingstädt	-492.731
07607404	Greiz	Teichwitz	-10.474
07608154	Greiz	Weißendorf	-61.570
07608404	Greiz	Wünschendorf/Elster	-286.806
07699908	Greiz	VGHH Am Brahmetal	-15.196
07700352	Altenburger Land	Dobitschen	-19.609
07700504	Altenburger Land	Fockendorf	-13.426
07700805	Altenburger Land	Göhren	-74.914
07702705	Altenburger Land	Lödla	-37.747
07703105	Altenburger Land	Mehna	-1.929
07703950	Altenburger Land	Ponitz	-80.858
07704352	Altenburger Land	Schmölln, Stadt	-1.845.857
07704405	Altenburger Land	Starkenberg	-438.699
07799904	Altenburger Land	VGHH Pleißenaue	-117.439

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
Kreisfreie Städte			
	Erfurt	13.517.590	keine allgemRL vorhanden, da Zuführung eines erwirtschafteten Überschusses ausschließlich als Zuführung an die gebildete SRL für die BUGA 2021 erfolgte
	Eisenach	2.265.092	RL-Bestand 31.12.2020: 9.028.000 EUR gebildet nach Erhalt der Zuwendung aufgrund des Bewilligungsbescheides des TMIL vom 17.12.2018 zur Finanzierung des Infrastrukturprojektes "Bau einer Handballhalle in Eisenach für Zwecke des Spitzen-, Schul- und Vereinssports"
Landkreise			
	Nordhausen	3.436.959	Keine MindRL vorhanden -LK befindet sich seit mehreren Jahren in der Haushaltssicherung und erhält Bedarfszuweisung
	Unstrut-Hainich-Kreis	3.001.613	Keine MindRL vorhanden -LK befindet sich seit mehreren Jahren in der Haushaltssicherung und erhält Bedarfszuweisung
	Kyffhäuserkreis	2.177.360	MindRL mit 1.144.3000 EUR nicht erfüllt, Beanstandung nicht erfolgt, jedoch Hinweis im Rahmen der Genehmigung, dass eine Mindestrücklage gemäß § 20 Abs. 2 ThürGemHV vorzuhalten ist.
Städte und Gemeinden			
Landkreis Eichsfeld			
	Arenshausen	25.980	- Haushaltssatzung war nicht genehmigungspflichtig - laut Haushaltsplan war eine Zuführung an die allgemeine Rücklage von 51.500 € vorgesehen, sodass die Mindestrücklage nicht unterschritten wurde - im Rahmen der Haushaltsdurchführung wurde laut Prüfbericht jedoch eine Entnahme von 44.257,02 € getätigt, sodass der Rücklagenbestand zum Ende des Haushaltsjahres 0,00 € betrug
	Birkenfelde	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Brehme	31.761	- Haushaltssatzung war nicht genehmigungspflichtig - laut Haushaltsplan war eine Zuführung an die allgemeine Rücklage von 102.300 € vorgesehen, sodass die Mindestrücklage nicht unterschritten wurde - im Rahmen der Haushaltsdurchführung wurde laut Prüfbericht jedoch eine Entnahme von 76.511,86 € getätigt, sodass der Rücklagenbestand zum Ende des Haushaltsjahres 0,00 € betrug
	Breitenworbis	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Buhla	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Dieterode		doppisch buchende Gemeinde

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Fretterode	2.883	- Haushaltssatzung war wegen einer Kreditaufnahme genehmigungspflichtig - Mindestrücklage zur Finanzierung von investiven Maßnahmen im Brandschutz (Pflichtaufgabe) wurde unterschritten - rechtsaufsichtlicher Hinweis hinsichtlich des Aufbaus der Mindestrücklage erging im Rahmen der Genehmigung
	Geismar		doppisch buchende Gemeinde
	Gernrode	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Haynrode	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Heilbad Heiligenstadt		doppisch buchende Gemeinde
	Heuthen	20.209	- Ursprungshaushaltssatzung war genehmigungspflichtig, die 1. Nachtragshaushaltssatzung jedoch nicht - die Mindestrücklage wurde in beiden Haushaltsplänen jeweils nicht unterschritten - im Rahmen der Haushaltsdurchführung wurde laut Prüfbericht jedoch eine Entnahme von 118.482,67 € getätigt, sodass der Rücklagenbestand zum Ende des Haushaltsjahres 0,00 € betrug
	Kella		doppisch buchende Gemeinde
	Kirchworbis	k.A.	Prüfbericht liegt nicht vor
	Krombach		doppisch buchende Gemeinde
	Pfaffschwende		doppisch buchende Gemeinde
	Schwobfeld		doppisch buchende Gemeinde
	Sickerode		doppisch buchende Gemeinde
	Tastungen	4.547	- Haushaltssatzung war nicht genehmigungspflichtig - laut Haushaltsplan war eine Entnahme aus der Rücklage von 6.100 € vorgesehen, sodass die Mindestrücklage nicht unterschritten wurde - im Rahmen der Haushaltsdurchführung wurde laut Prüfbericht jedoch eine Entnahme von 12.955,62 € getätigt, sodass der Rücklagenbestand zum Ende des Haushaltsjahres 0,00 € betrug
	Volkerode		doppisch buchende Gemeinde
	Wiesenfeld		doppisch buchende Gemeinde
	Schimberg		doppisch buchende Gemeinde
	Leinefelde-Worbis		doppisch buchende Gemeinde
Landkreis Nordhausen			
	Ellrich, Stadt	144.360	keine Genehmigungspflicht, Zum Stand der Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 war der Mindestbestand noch gegeben. Aufgrund einer für das Jahr 2020 geplanten Rücklagenentnahme hat die Rechtsaufsichtsbehörde in der Würdigung der Haushaltssatzung die Stadt darauf hingewiesen, dass der Mindestbestand deutlich unterschritten wird, was in Anbetracht der in den Folgejahren zu erwartenden umfangreichen Investitionen als kritisch anzusehen ist.

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Sollstedt	70.905	Die Genehmigungpflicht bestand im Rahmen einer Kreditaufnahme. Das Vorhalten einer Mindestrücklage zählt nicht zu den Voraussetzungen der Genehmigungsfähigkeit (keine Kausalität). Auf die Einhaltung des Mindestbestandes der allgemeinen Rücklage wurde hingewiesen.
	Urbach	24.800	keine Genehmigungspflicht Auszug aus der Würdigung zur Haushaltssatzung 2020: "Wie in der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der allgemeinen Rücklage (Anlage 6) ersichtlich sind zum 31.12.2019 finanzielle Mittel in Höhe von 246.912,89 € vorhanden. Durch die geplante Entnahme im Haushaltsjahr 2020 in Höhe von 246.900 € wird sich der Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 auf 12,89 € reduzieren. Gemäß § 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV soll die allgemeine Rücklage die rechtzeitige Leistung von Ausgaben der Gemeinde sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck muss ein Betrag vorhanden sein, der sich in der Regel auf mindestens zwei v. H. der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangegangenen Jahre beläuft. Die erforderliche Pflichtrücklage (siehe Anlage 6) der Gemeinde Urbach müsste demnach 24.800 € betragen. In der allgemeinen Rücklage sollen ferner Mittel zur Deckung des Ausgabebedarfs im Vermögenshaushalt künftiger Jahre angesammelt werden. Es sollten rechtzeitig Mittel zugeführt werden, damit den Bestimmungen des § 20 ThürKO entsprochen werden kann. " Im Finanzplan ist ersichtlich, dass der allgemeinen Rücklage erst im Haushaltsjahr 2022 und 2023 wieder finanzielle
	Heringen/Helme, Stadt	139.704	keine Genehmigungspflicht, Auszug aus der Würdigung zur Haushaltssatzung 2020: "Die Rücklage ist im Wesentlichen aufgebraucht; für 2020 war bisher im Finanzplan 2018-2022 eine Rücklagenzuführung vorgesehen. Im Finanzplan 2019-2023 ist nunmehr erst für das Jahr 2023 eine Rücklagenzuführung vorgesehen, mit denen die Stadt jedoch den Mindestbestand der allgemeinen Rücklage (141.400 Euro) noch nicht erreichen kann. Die Stadt ist gehalten, auf den Mindestbestand der allgemeinen Rücklage hinzuarbeiten."
Wartburgkreis - Fehlmeldung			
Unstrut-Hainich-Kreis			

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Dünwald	62.668	Die Gemeinde Dünwald war im Jahr 2020 nicht in der Lage, einen ausgeglichenen HH zu beschließen (Hauptgrund: Bewilligungshöhe der Bedarfszuweisung blieb hinter der Antragssumme zurück). Die allgemeinen Würdigungen zum Haushalt / zur Haushaltssituation erfolgten im Rahmen der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes (Bescheid des LRA UHK vom 17.11.2020).
	Südeichsfeld	166.579	Die HH-Satzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Teile. Von einer Beanstandung wurde abgesehen, da der HH ausgeglichen war, die Gemeinde im HH-Jahr 2020 und in den Folgejahren 2021 – 2023 eine freie Spitze „erwirtschaftet“ hat. Die fehlende Rücklage wurde im Rahmen einer Allgemeinen Würdigung (im Rahmen der Eingangsbestätigung) bemängelt, die Gemeinde wurde zuvorderst aber („formlos“) angehalten, den im Jahr 2019 entstandenen Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 1 ThürGmHV zu decken.
Kyffhäuserkreis			
	Kyffhäuserland	97.535	Die Gemeinde Kyffhäuserland weist zum 31.12.2020 gemäß der Jahresrechnung 2020 lediglich einen Bestand der allgemeinen Rücklage i.H.v. 20.464,64 € bei einer Mindestrücklage von 97.534,87 € auf. Bereits in der Haushaltsplanung für 2020 war erkennbar, dass die Mindestrücklage zum Ende des Haushaltsjahres unterschritten wird. Darauf und auf den damit einhergehenden Verstoß gegen § 20 Abs. 2 ThürGemHV wurde unsererseits im Rahmen der Haushaltswürdigung explizit hingewiesen. Bei der Haushaltssatzung 2020 handelte es sich um keinen genehmigungspflichtigen Haushalt, so dass dieser lediglich anzeigepflichtig war.
Landkreis Schmalkalden-Meiningen			
	Schmalkalden, Stadt	614.837	Gemäß § 20 Abs. 2 ThürGemHV belief sich die zu sichernde Mindestrücklage der Stadt Schmalkalden für das HH-Jahr 2020 auf 614.836 €, nach der Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen wurden 1.428.871 € als Bestand zu Beginn ausgewiesen. Im Rahmen der Jahresrechnung 2020 wurde die Mindestrücklage unterschritten und konnte somit nicht vorgehalten werden.
Landkreis Gotha			
	Nesse-Apfelstädt	171.464	Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Auf die Unterschreitung der Mindestrücklage wurde im Rahmen der rechtlichen Würdigung hingewiesen.
Landkreis Sömmerda			

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Rastenberg, Stadt	61.567	Die HHS 2020 enthielt keine genehmigungs-pflichtigen Bestandteile. Im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Würdigung wurde darauf verwiesen, dass nur noch ein Teilbetrag des Mindestsockelbestandes vorgehalten wird. Auf Grund der im Finanzplanungzeitraum dargestellten Zuführungen an die allgemeine Rücklage wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen veranlasst. Laut JR 2020 wurde die erforderliche MindestRL wieder aufgefüllt.
	Witterda	31.575	Die HHS 2020 enthielt keine genehmigungs-pflichtigen Bestandteile. Im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Würdigung wurde darauf verwiesen, dass der Mindestsockelbestand derzeit nicht mehr vorgehalten wird. In Anbetracht der dargestellten Finanzplanung wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen veranlasst. Laut JR 2020 wurde die erforderliche MindestRL wieder aufgefüllt.
Landkreis Hildburghausen			
	Masserberg	72.936	Kreditaufnahme (2,75 Mio.), weitgehende Ausschöpfung eigener Einnahmen…vor Schulden machen…
	Ummerstadt	16.740	Überschreitung (+ rd. 95.480 €) des genehmigungsfreien Betrages der Kassenkredite, Liquiditätsbedarf im Zusammenhang mit dem zeitlichen Versatz von Erschließungsmaßnahmen (Abschluss/Bezahlung) und Refinanzierung (Verkauf von Grundstücken) + Einsatz eigener Mittel
Ilm-Kreis			
	Elgersburg	28.646	es liegt ein genehmigtes HSK vor; Bedarfszuweisungskommune; daher keine Mindestrücklage
Weimarer Land			
	Döbritschen	4.572	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.
	Eberstedt	5.100	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Frankendorf	4.165	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.
	Kleinschwabhausen	5.963	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.
	Kranichfeld	61.209	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.
	Lehnstedt	8.389	Dauernde Leistungsfähigkeit nicht gefährdet, da Zuführungen in Finanzplanjahren
	Magdala	53.375	Entsprechend der bestehenden HSK-Pflicht der genannten Gemeinden enthielten die jeweiligen Haushaltssatzungen keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Ein Aufbau der allgemeinen Rücklage ist erst nach Abbau der bestehenden Soll-Fehl-Beträge möglich, worauf hingewiesen wurde.
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung			
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt			
	Cursdorf	18.198	Kein Haushalt 2020 - Gemeinde in Haushaltssicherung. Auf den mittelfristigen Aufbau einer Rücklage wird in den Würdigungen der HSK regelmäßig hingewiesen. Liquiditässicherung ist Bestandteil der HH-Sicherung.
	Döschnitz	4.666	Genehmigung Kassenkredit im HH 2020 mit Haushaltswürdigung vom 27.04.2020. Im HH-**PLAN 2020** wurde die Mindestrücklage ausgewiesen.
	Gräfental	45.379	Kein Haushalt 2020 - Gemeinde in Haushaltssicherung. Auf den mittelfristigen Aufbau einer Rücklage wird in den Würdigungen der HSK regelmäßig hingewiesen. Liquiditässicherung ist Bestandteil der HH-Sicherung.
	Katzhütte	33.956	Kein Haushalt 2020 - Gemeinde in Haushaltssicherung. Auf den mittelfristigen Aufbau einer Rücklage wird in den Würdigungen der HSK regelmäßig hingewiesen. Liquiditässicherung ist Bestandteil der HH-Sicherung.
	Lehesten	39.200	Kein Haushalt 2020 - Gemeinde in Haushaltssicherung. Auf den mittelfristigen Aufbau einer Rücklage wird in den Würdigungen der HSK regelmäßig hingewiesen. Liquiditässicherung ist Bestandteil der HH-Sicherung.

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Probstzella	60.700	Kein Haushalt 2020 - Gemeinde in Haushaltssicherung. Auf den mittelfristigen Aufbau einer Rücklage wird in den Würdigungen der HSK regelmäßig hingewiesen. Liquiditässicherung ist Bestandteil der HH-Sicherung.
	Sitzendorf	20.859	Genehmigung Kassenkredit, Versagung Kredit mit Haushaltswürdigung vom 31.01.2020. Im HH-Plan wurde keine Mindestrücklage ausgewiesen, daher Hinweis in der HH-Wüdigung auf notwendige Haushaltssperren und Herstellung der Kassenliquidität.
	Unterweißbach	23.646	Genehmigung Kassenkredit im NachtragsHH 2020 mit Haushaltswürdigung vom 16.3.2020. Im zu genehmigenden HH-**PLAN 2020** wurde die Mindestrücklage ausgewiesen.
Saale-Holzland-Kreis			
	Bucha	38.844	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Hinweis auf nicht vorhandene Mindestrücklage in Würdigung zum Haushalt (keine Beanstandung)
	Dornburg-Camburg	170.960	Genehmigung für genehmigungspflichtige Bestandteile erteilt, Gemeinde in der Haushaltssicherung, Hinweis auf nicht vorhandene Rücklage in Genehmigungsschreiben erteilt
	Großbockedra	3.946	Gemeinde in Haushaltssicherung, verfügte 2020 über keinen Haushalt
	Großpürschütz	8.500	Gemeinde 2020 in Haushaltssicherung, Haushalt wurde beanstandet, da dieser nicht ausgeglichen war (Gemeinde plante mit BZW, die (noch) nicht bewilligt war)
	Hainichen	4.786	Genehmigung für genehmigungspflichtige Bestandteile erteilt, Gemeinde in der Haushaltssicherung, Hinweis auf nicht vorhandene Rücklage in Genehmigungsschreiben erteilt
	Hartmannsdorf	23.000	Genehmigung für genehmigungspflichtige Bestandteile erteilt, Gemeinde verfügte über Soll-Fehlbetrag, Hinweis auf nicht vorhandene Rücklage in Genehmigungsschreiben erteilt
	Kahla	208.811	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde in Haushaltssicherung, Soll-Fehlbetrag konnte 2020 gedeckt und ein Teil der Mindestrücklage aufgebaut werden (keine Beanstandung)
	Kleinbockedra	1.213	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde in Haushaltssicherung (keine Beanstandung)
	Kleineutersdorf	8.300	Gemeinde in Haushaltssicherung, verfügte 2020 über keinen Haushalt
	Lippersdorf-Erdmannsdorf	11.387	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde in Haushaltssicherung (keine Beanstandung)

Anlage zu den Fragen 47 u. 48 - Thüringer Kommunen und Landkreise ohne Mindestrücklage im Jahr 2020 zum Stand 31. Dezember

Stadt, Gemeinde, Landkreis ohne vorgeschriebenen Mindestbestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2020 (Frage 47)		Höhe der Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 ThürGemHV im Haushaltsjahr 2020 (Frage 48)	Begründung für eine ggf. erteilte Genehmigung für genehmigungsplichtige Bestandteile der Haushaltssatzung 2020 bzw. erfolgte Beanstandung bei Nichterreichung des Mindestbetrages (Frage 48)
	Möckern	2.900	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Rücklage nur knapp unterschritten (keine Beanstandung)
	Orlamünde, Stadt	24.100	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde in Haushaltssicherung, Rücklage vorhanden (keine Beanstandung)
	Rattelsdorf	1.422	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde in Haushaltssicherung (keine Beanstandung)
	Renthendorf	12.519	Gemeinde in Haushaltssicherung, verfügte 2020 über keinen Haushalt
	Trockenborn-Wolfersdorf	16.035	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile, Gemeinde verfügte über Soll-Fehlbetrag (keine Beanstandung)
	Zimmern	6.362	Genehmigung für genehmigungspflichtige Bestandteile erteilt, nur vorübergehend Mindestrücklage nicht vorgehalten
	Zöllnitz	28.680	Genehmigung für genehmigungspflichtige Bestandteile erteilt, Gemeinde verfügte über Sollfehlbetrag, große Schwankungen bei Gewerbesteuer
Saale-Orla-Kreis			
	Hirschberg	83.324	keine Kausalität mit genehmigungspflichtigen Bestandteilen
	Wernburg	12.457	keine genehmigungspflichtigen Bestandteile
Landkreis Greiz			
	Kühdorf	1.100	Erteilung der Genehmigung (Kassenkredit) zur Bekanntmachung nach Genehmigung Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung für 2020
	Linda b. Weida	14.196	Erteilung der Genehmigung (Kassenkredit) zur Bekanntmachung nach Genehmigung Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung für 2020
Landkreis Altenburger Land			
	Dobitschen	3.625	keine genehmigungspflichtigen Teile
	Fockendorf	16.524	Genehmigung Kassenkredit
	Posterstein	10.000	vorläufige Haushaltsführung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

(Jahres-)fehlbeträge der Ergebnisrechnung nach § 19 Abs. 2 ThürGemHV-Doppik jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kreisfreie Städte							
Gera	-37.014.468	-952.071		-6.852.945	-7.474.889	-2.970.595	
Jena	-3.966.700					-2.754.670	-3.016.000
Suhl							
Landkreis Eichsfeld							
Städte und Gemeinden							
Landkreis Eichsfeld							
Bernterode - HIG	*						
Dieterode	*						
Geismar	*						
Heilbad Heiligenstadt	*						
Kella	*						
Krombach	*						
Leinefelde-Worbis	-1.678.534	-1.385.358		-2.116.381	*	*	*
Pfaffschwende	*						
Schimberg	*						
Schwobfeld	*						
Sickerode	*						
Volkerode	*						
Wiesenfeld	*						
*Eröffnungsbilanz liegt vor, Jahresabschlüsse noch nicht geprüft							
Landkreis Nordhausen							
Nordhausen, Stadt	-4.340.178	-1.703.366	-799.988				-1.388.637
Saale-Holzland-Kreis							
Eisenberg, Stadt	-1.917.557	-2.273.729	-85.107			-359.798	-294.427
LK Gotha							
(Bad) Tabarz	-466.213	-907.496	Kameralistik				
LK Sömmerda							
Büchel				-8.611			
Griefstedt				-46.621	-53.316	-17.911	
Günstedt							
Herrnschwende			-8.407	-14.517	-4.426	Neugliederung	
Riethgen			-53.739	-41.946	-9.973		
Bilzingsleben						Neugliederung	
Frömmstedt			-47.161			Neugliederung	
Kannawurf				-98.637		Neugliederung	
Kindelbrück						Neugliederung	
Kindelbrück, Landgemeinde	Neugliederung						

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kreisfreie Städte							
Erfurt	4.857.203	1.283.359					
Weimar	4.023.755						
Eisenach							
Landkreise							
Nordhausen	1.131.650	531.896					
Wartburgkreis							
Unstrut-Hainich-Kreis							
Kyffhäuserkreis							
Schmalkalden-Meiningen							
Gotha							
Sömmerda							
Hildburghausen							
Ilm-Kreis							
Weimarer Land							
Sonneberg							
Saalfeld-Rudolstadt			185.901				
Saale-Holzlandkreis							
Saale-Orla-Kreis							
Greiz							
Altenburger Land							
Städte und Gemeinden							
Landkreis Eichsfeld							
Am Ohmberg							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Arenshausen			103.088				8.454
Asbach/Sickenberg							
Berlingerode							
Birkenfelde			26.532	3.831			
Bodenrode-Westhausen							
Bornhagen							
Brehme	30.464	30.666		2.815			19.810
Breitenworbis							
Buhla							
Burgwalde		30.723	7.088				
Büttstedt			40.485				
Deuna mit Vollenborn						Neugliederung	
Dietzenrode/Vatterode							
Dingelstädt							
Ecklingerode							
Effelder							
Eichstruth							
Ferna							
Freienhagen	4.202	6.550					
Fretterode	17.527		10.319	19.187			24.182
Geisleden			84.044				
Gerbershausen							
Gernrode							
Gerterode						Neugliederung	
Glasehausen							
Großbartloff							
Hausen						Neugliederung	
Haynrode	108.021	132.944					
Helmsdorf						Neugliederung	

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Heuthen							63.844
Hohengandern					3.654		
Hohes Kreuz			20.309	75.849			
Hundeshagen						Neugliederung	
Kallmerode						Neugliederung	
Kefferhausen						Neugliederung	
Kirchgandern							
Kirchworbis							
Kleinbartloff						Neugliederung	
Kreuzebra						Neugliederung	
Küllstedt							
Lenterode							
Lindewerra	25.406						
Lutter							
Mackenrode	2.872			19.178			
Marth			1.062				
Niederorschel							
Reinholterode			99.096				
Rohrberg							
Röhrig							
Rustenfelde	8.084			7.867	17.747		
Schachtebich							
Schönhagen	8.407						
Silberhausen						Neugliederung	
Sonnenstein							
Steinbach					34.437		
Steinheuterode							
Tastungen							950
Teistungen			217.646				

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Thalwenden							
Uder						19.892	
Wachstedt							
Wahlhausen						32.166	
Wehnde							
Wingerode							
Wüstheuterode							
Landkreis Nordhausen							
Bleicherode, Stadt		554.264				Neugliederung	Neugliederung
Bleicherode, Stadt							
Buchholz					Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ellrich, Stadt							
Etzelsrode				9.373		Neugliederung	Neugliederung
Friedrichsthal						Neugliederung	Neugliederung
Görsbach							
Großlohra							
Hainrode/Hainleite			23.719	30.051	7.062	Neugliederung	Neugliederung
Harzungen						Neugliederung	Neugliederung
Herrmannsacker						Neugliederung	Neugliederung
Kehmstedt							
Kleinbodungen						Neugliederung	Neugliederung
Kleinfurra							
Kraja						Neugliederung	Neugliederung
Lipprechterode							
Neustadt/Harz	73.430					Neugliederung	Neugliederung
Niedergebra							
Nohra	128.980		33.814			Neugliederung	Neugliederung
Sollstedt							
Urbach			110.460				

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wipperdorf	10.915	41.798	57.535		96.806	Neugliederung	Neugliederung
Wolkramshausen		59.244		10.245		Neugliederung	Neugliederung
Hohenstein							
Werther	250.858						
Heringen/Helme, Stadt						256.924	
Harztor							
Wartburgkreis							
Bad Salzungen							
Barchfeld-Immelborn							
Berka v.d.Hainich							
Berka/Werra						Neugliederung	
Bischofroda							
Brunnhartshausen					6.505	Neugliederung	
Buttlar							
Creuzburg							Neugliederung
Dankmarshausen						Neugliederung	
Dermbach							
Diedorf/Rhön			71.051		63.251	Neugliederung	
Dippach						Neugliederung	
Ebenshausen							Neugliederung
Empfertshausen							
Ettenhausen a.d.Suhl					Neugliederung ab 06.07.2018		
Frankenroda							
Frauensee					Neugliederung ab 06.07.2018		
Geisa							
Gerstengrund							
Großensee						Neugliederung	
Hallungen							
Ifta							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Krauthausen							
Lauterbach							
Leimbach							
Marksuhl					Neugliederung ab 06.07.2018		
Mihla							Neugliederung
Nazza							
Neidhartshausen	20.601	38.056		15.951		Neugliederung	
Oechsen							
Ruhla							
Schleid							
Seebach							
Stadtlengsfeld						Neugliederung	
Tiefenort					Negliederung ab 06.07.2018		
Treffurt							
Unterbreizbach							
Urnshausen						Neugliederung	
Vacha							
Weilar							
Wiesenthal							
Wolfsburg-Unkeroda					Neugliederung ab 06.07.2018		
Wutha-Farnroda							
Zella/Rhön						Neugliederung	
Moorgrund							Neugliederung ab 01.12.2019
Gerstungen							
Hörselberg-Hainich							
Bad Liebenstein							
Krayenberggemeinde							
Kaltennordheim						Zuständigkeit SM	

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Werra-Suhl-Tal							
Amt Creuzburg							
Unstrut-Hainich-Kreis							
Altengottern						Neugliederung	
Bad Langensalza, Stadt							
Bad Tennstedt, Stadt							
Ballhausen							
Blankenburg							
Bothenheilingen	7.351	23.150	12.730	28.173			Neugliederung
Bruchstedt							
Dünwald	76.276		49.027	69.696	45.149		
Flarchheim				8.382		Neugliederung	
Großengottern						Neugliederung	
Großvargula							
Haussömmern							
Herbsleben							
Heroldishausen	44.729					Neugliederung	
Hornsömmern							
Issersheilingen			14.140	17.862	2.125	12.425	Neugliederung
Kammerforst	25.260						
Kirchheilingen							
Kleinwelsbach				1.809		25.693	Neugliederung
Klettstedt						Neugliederung	
Körner	142.536			201.672	31.984		
Kutzleben							
Marolterode			135.529	73.161	34.741		
Mittelsömmern							
Mühlhausen/Thür, Stadt		1.611.805					
Mülverstedt						Neugliederung	

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Neunheilingen							Neugliederung
Obermehler		843.584					Neugliederung
Oppershausen							
Rodeberg		142052					
Schlotheim, Stadt		891.364	529.882	1.748.654			Neugliederung
Schönstedt							
Sundhausen							
Tottleben							
Urleben							
Weinbergen			157.157			Neugliederung	
Weberstedt						Neugliederung	
Unstruttal							
Menteroda							
Anrode	202.521				134.752	331.857	
Südeichsfeld	53.862					698.048	
Vogtei							
Unstrut-Hainich	Neugliederung						
Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	Neugliederung						
Kyffhäuserkreis							
Abtsbessingen							
Artern						Neugliederung	
Bad Frankenhausen							
Bellstedt							
Borxleben				37.551			
Bretleben						Neugliederung	
Clingen							
Donndorf					9.366	Neugliederung	
Ebeleben						85.990	

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Etzleben							
Freienbessingen	8.716				9.500		
Gehofen		103.411					
Gorsleben	43.641			75.193		Neugliederung	
Greußen							
Hauteroda		14.879	27.356	17.285		Neugliederung	
Helbedündorf							
Heldrungen						Neugliederung	
Hemleben	11.465					Neugliederung	
Heygendorf						Neugliederung	
Holzsußra							
Ichstedt						Neugliederung	
Kalbsrieth	152.354	351.154					
Mönchpf.-Nikolaus.							
Nausitz					20.513	Neugliederung	
Niederbösa			14.437				
Oberbösa							
Oberheldrungen							
Oldisleben						Neugliederung	
Reinsdorf			11.340				
Ringleben		43.662				Neugliederung	
Rockstedt			5.546				
Roßleben	190.243					Neugliederung	
Sondershausen	644.544						
Thüringenhausen		8.289			14.747		Neugliederung
Topfstedt							
Trebra			25.958				
Voigtstedt	4.174			54.598		Neugliederung	
Wasserthaleben							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Westgreußen			19.201				
Wiehe	355.166					Neugliederung	
Wolferschwenda					755		
Großenehrich							
Kyffhäuserland							
Artern	Neugliederung zum 01.01.2019						
Roßleben-Wiehe	Neugliederung zum 01.01.2019						
An der Schmücke	Neugliederung zum 01.01.2019						
Landkreis Schmalkalden-Meiningen							
Altersbach						Neugliederung	Neugliederung
Aschenhausen						Neugliederung	Neugliederung
Belrieth							
Benshausen		278.926				Neugliederung	
Bermbach						Neugliederung	
Birx			10.439				
Breitungen							
Christes							
Dillstädt							
Einhausen							
Ellingshausen			2.470				
Erbenhausen	1.512						
Fambach							
Floh-Seligenthal							
Frankenheim							
Friedelshausen							
Henneberg						Neugliederung	Neugliederung
Hümpfershausen						Neugliederung	Neugliederung
Kaltensundheim						Neugliederung	Neugliederung
Kaltenwestheim						Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kühndorf							
Leutersdorf							
Mehmels							
Meiningen							
Melpers			50.088		3.784	Neugliederung	Neugliederung
Metzels				19.132	32.558	Neugliederung	Neugliederung
Neubrunn							
Oberhof	237.131		161.661				
Oberkatz						Neugliederung	Neugliederung
Obermaßfeld-Grimmenthal							
Oberschönau						Neugliederung	Neugliederung
Oberweid			44.903				
Oepfershausen						Neugliederung	Neugliederung
Rippershausen							
Ritschenhausen							
Rohr							
Rosa							
Roßdorf							
Rotterode						Neugliederung	Neugliederung
Schmalkalden							
Schwallungen							
Schwarza							
Springstille						Neugliederung	Neugliederung
Steinbach-Hallenberg							
Stepfershausen							Neugliederung
Sülzfeld							
Brotterode-Trusetal	404.653	960.011	268.366				
Unterkatz						Neugliederung	Neugliederung
Untermaßfeld							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Unterschönau						Neugliederung	Neugliederung
Unterweid						Neugliederung	Neugliederung
Utendorf							
Vachdorf							
Viernau						Neugliederung	Neugliederung
Wahns					39.134	Neugliederung	Neugliederung
Wallbach						Neugliederung	Neugliederung
Walldorf						Neugliederung	Neugliederung
Wasungen							
Wölfershausen						Neugliederung	Neugliederung
Zella-Mehlis							
Rhönblick							
Grabfeld							
Kaltennordheim							
Landkreis Gotha							
Ballstädt						Neugliederung	Neugliederung
Bienstädt							
Brüheim						Neugliederung	Neugliederung
Bufleben						Neugliederung	Neugliederung
Crawinkel						Neugliederung	Neugliederung
Dachwig							
Döllstädt							
Emleben							
Eschenbergen							
Friedrichroda							
Friedrichswerth						Neugliederung	Neugliederung
Friemar							
Georgenthal							Neugliederung
Gierstädt							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Goldbach						Neugliederung	Neugliederung
Gotha							
Gräfenhain						Neugliederung	Neugliederung
Großfahner							
Haina						Neugliederung	Neugliederung
Herrenhof							
Hochheim						Neugliederung	Neugliederung
Hohenkirchen							Neugliederung
Luisenthal							
Molschleben							
Nottleben							
Ohrdruf							
Petriroda							Neugliederung
Pferdingsleben							
Remstädt						Neugliederung	Neugliederung
Schwabhausen							
Sonneborn					843.918		
(Bad) Tabarz	DOPPIK	DOPPIK					
Tambach-Dietharz							
Tonna							
Tröchtelborn							
Tüttleben							
Waltershausen							
Wangenheim						Neugliederung	Neugliederung
Warza			102.249			Neugliederung	Neugliederung
Westhausen						Neugliederung	Neugliederung
Wölfis		2.296				Neugliederung	Neugliederung
Zimmernsupra							
Leinatal			19.369				Neugliederung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Günthersleben-Wechmar						Neugliederung	Neugliederung
Drei Gleichen						Neugliederung	Neugliederung
Nesse-Apfelstädt							
Hörsel							
Drei Gleichen (LG)	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederun g	Neugliederung	Neugliederung		
Nessetal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederun g	Neugliederung	Neugliederung		
Georgenthal (LG)	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederun g	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	
Landkreis Sömmerda							
Alperstedt							
Andisleben							
Beichlingen						Neugliederung	
Eckstedt							
Ellersleben						Neugliederung	
Elxleben				147.610	64.264		
Eßleben-Teutleben						Neugliederung	
Gangloffsömmern							
Gebesee, Stadt							
Großbrembach						Neugliederung	
Großmölsen							
Großneuhausen							
Großrudestedt							
Guthmannshausen				42.757		Neugliederung	
Hardisleben						Neugliederung	
Haßleben							
Henschleben							Neugliederung
Kleinbrembach						Neugliederung	
Kleinmölsen							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kleinneuhausen							
Kölleda, Stadt							
Mannstedt						Neugliederung	
Markvippach							
Nöda							
Olbersleben						Neugliederung	
Ollendorf							
Ostramondra							
Rastenberg, Stadt							
Riethnordhausen							
Ringleben							
Rudersdorf						Neugliederung	
Schillingstedt					Neugliederung		
Schloßvippach							
Schwerstedt							
Sömmerda, Stadt							
Sprötau							
Straußfurt							
Udestedt	14.071						
Vogelsberg							
Walschleben							
Weißensee, Stadt							
Werningshausen							
Witterda							
Wundersleben							
Buttstädt, Stadt						Neugliederung	
Buttstädt, Landgemeinde	Neugliederung						

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Landkreis Hildburghausen							
Auengrund						*	*
Brünn/Thür.						*	*
Eisfeld, Stadt				*	*	*	*
Sachsenbrunn ab 2019 Eisfeld						Neugliederung	
Hildburghausen, Stadt							*
Masserberg							
Römhild, Stadt							*
Schleusegrund					*	*	*
Schleusingen, Stadt							*
Nahetal- Waldau ab 2019 Schleusingen						Neugliederung	
St. Kilian ab 2019 Schleusingen						Neugliederung	
Veilsdorf							
Ahlstädt					*	*	*
Beinerstadt					*	*	*
Bischofrod					*	*	*
Dingsleben					*	*	*
Ehrenberg					*	*	*
Eichenberg					*	*	*
Grimmelshausen					*	*	*
Grub					*	*	*
Henfstädt					*	*	*
Kloster Veßra					*	*	*
Lengfeld					*	*	*
Marisfeld					*	*	*

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Oberstadt					*	*	*
Reurieth					*	*	*
Schmeheim					*	*	*
St.Bernhard					*	*	*
Themar, Stadt							*
Bad Colberg- Heldburg ab 2019						Neugliederung	
Heldburg							
Gompertshausen ab 2019						Neugliederung	
Heldburg							
Hellingen ab 2019 Heldburg						Neugliederung	
Heldburg, Stadt						*	*
Straufhain			*	*	*	*	*
Schlechtsart							
Schweickershausen	3.359	0	3.430				
Ummerstadt, Stadt							118.014
Westhausen			*	*	*	*	*
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
IlmKreis							
Altenfeld			193.354			Neugliederung	Neugliederung
Angelroda				4.069		Neugliederung	Neugliederung
Elgersburg						190.780	
Frankenhain			21.686			Neugliederung	Neugliederung
Frauenwald				282.568	keine Unterlagen	Neugliederung	Neugliederung
Friedersdorf	14.585			42.461	39.094	Neugliederung	Neugliederung
Gehlberg	40.519	66.690	86.035	keine Unterlagen	keine Unterlagen	Neugliederung	Neugliederung
Geschwenda	64.948	314.538	32.347			Neugliederung	Neugliederung
Gillersdorf	23.275		1.947	16.590		Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Großbreitenbach					40.471	Neugliederung	Neugliederung
Arnstadt		895.029					
Liebenstein		12.320	3.753			Neugliederung	Neugliederung
Stützerbach					97.019	Neugliederung	Neugliederung
Wildenspring	8.888	11.383			1.376	Neugliederung	Neugliederung
Weimarer Land							
Bad Berka							
Bad Sulza							
Ballstedt	324.721						
Blankenhain		40.787	25.981	21.717			
Buchfart							
Döbritschen							
Eberstedt	19.143		8.855	29.434	7.963	20.082	
Ettersburg				6.212	7.457		8.285
Frankendorf							
Großheringen						28.367	
Großschwabhausen							
Hammerstedt							
Hetschburg					22.944		
Hohenfelden							
Kapellendorf							
Kiliansroda							
Kleinschwabhausen							
Klettbach				11.853		24.291	46.050
Kranichfeld							
Lehnstedt	319.715						
Magdala				944			

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Mechelroda				612.765	474.116		
Mellingen		10.397			18.430		
Nauendorf							
Neumark			143.952				
Niedertrebra							
Obertrebra							
Oettern							
Rannstedt							
Rittersdorf							
Schmiedehausen							
Tonndorf							
Umpferstedt							
Vollersroda							
Wiegendorf							
Ilmtal-Weinstraße							
Am Ettersberg							
Grammetal						51.914	
Landkreis Sonneberg							
Bachfeld							Neugliederung
Föritz					*	Neugliederung	Neugliederung
Föritztal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	*	*
Frankenblick						*	*
Goldisthal							*
Judenbach					*	Neugliederung	Neugliederung
Lauscha	150.097	304.359			*	*	*
Neuhaus am Rennweg						*	*
Neuhaus-Schierschnitz						Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schalkau							*
Sonneberg						*	*
Steinach			144.743				
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt							
Allendorf						87.768	
Bad Blankenburg	231.785	1.350.747	980.146				
Bechstedt						7.675	
Cursdorf				24.514	18.688	53.729	
Deesbach					13.181		
Döschnitz					4.267	30.970	2.840
Dröbischau			15.199	98.214	17.650	Neugliederung	
Gräfenthal	49.147	165.940			213.204		168.964
Katzhütte	91.889	101.011	21.944			108.066	0
Lehesten		119.934					
Lichte	157.511		256.458				
Mellenbach-Glasbach							
Meuselbach-Schwarzmühle		107.038			54.128		
Oberhain							
Oberweißbach				160.985	6.323		
Piesau							
Probstzella					295.065	146.442	103.589
Reichmannsdorf	245.561		64.568	60.825			
Saalfeld		1.795.937					
Schmiedefeld	62.231	423.035					
Sitzendorf							82.820
Unterweißbach						136.497	28.012

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wittgendorf							
Remda-Teichel							
Saalfelder Höhe	90.426	11.865					
Schwarzatal							
Saale-Holzland-Kreis							
Albersdorf							
Altenberga							
Bad Klosterlausnitz							
Bibra							
Bobeck			7.283	69.777			
Bollberg				7.557	43.100	Neugliederung	
Bremsnitz					4.956		
Bucha	75.583	245.524			49.900		
Bürgel, Stadt							
Dornburg-Camburg, Stadt	389.997	67.195				747.942	
Crossen an der Elster	42.300			102.900			
Eichenberg							
Eineborn							
Frauenprießnitz							
Freienorla							
Geisenhain							
Gneus							
Gösen							
Golmsdorf				30.400			
Graitschen b. Bürgel							
Großbockedra	35.051				7.289	2.947	
Großeutersdorf		23.630	12.080	28.906	25.249		6.247

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Großlöbichau							
Großpürschütz	7.745	28.640	60.457				
Gumperda							
Hainichen		56.552	57.463	36.732		13.756	
Hainspitz							
Hartmannsdorf			58.190		257.289		
Heideland		81.141	351.434	9.874			
Hermsdorf, Stadt							
Hummelshain							
Jenalöbnitz				23.812	14.635		
Kahla, Stadt							
Karlsdorf	784						
Kleinbockedra					23.890		
Kleinebersdorf							
Kleineutersdorf	6.199	12.356	11.907	4.420	41.365		
Laasdorf		64.258		33.356			
Lehesten	130.088	79.035	27.990				
Lindig					4.355		
Lippersdorf-Erdmannsdorf	22.816	7.276		72.498			
Löberschütz							
Mertendorf							
Meusebach							
Milda					21.729		
Möckern							6.078
Mörsdorf							
Nausnitz							
Neuengönna							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Oberbodnitz							
Orlamünde, Stadt					65.618		
Ottendorf							
Petersberg							
Poxdorf							
Quirla						eingemeindet	
Rattelsdorf					9.186		
Rauda	11.011	34.367					
Rauschwitz							
Rausdorf							
Reichenbach							
Reinstädt		4.034					
Renthendorf	38.711	11.931			33.372		86.443
Rothenstein							
Ruttersdorf-Lotschen							
Scheiditz							
Schleifreisen							
Schlöben				101.184			
Schöngleina							
Schöps							
Seitenroda							
Serba							
Silbitz							
St. Gangloff					711.368		
Stadtroda, Stadt			47.288	13.173	683.488		
Sulza							
Tautenburg							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tautendorf							
Tautenhain							
Thierschneck							
Tissa							
Trockenborn-Wolfersdorf			27.160	64.277			10.960
Tröbnitz					39.632		
Unterbodnitz							
Waldeck							
Walpernhain					13.254		
Waltersdorf							
Weißbach							
Weißenborn							
Wichmar							
Zimmern		83.030					
Zöllnitz							
Schkölen, Stadt				45.689			
Saale-Orla-Kreis							
Birkenhügel						Neugliederung	Neugliederung
Blankenberg						Neugliederung	Neugliederung
Blankenstein						Neugliederung	Neugliederung
Bodelwitz							
Bucha						Neugliederung	Neugliederung
Burgk							Neugliederung
Crispendorf	2.574	135.914	116.852	88.275	67.307	Neugliederung	Neugliederung
Dittersdorf							
Döbritz							
Dreba							Neugliederung

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Dreitzsch							
Eßbach							
Geroda							
Gertewitz							
Görkwitz							
Göschitz							
Gössitz							
Grobengereuth							
Harra						Neugliederung	Neugliederung
Hirschberg, Stadt							
Keila							
Kirschkau							
Knau							Neugliederung
Kospoda							
Langenorla							
Lausnitz b. Neustadt an der Orla							
Lemnitz							
Linda b. Neustadt an der Orla							Neugliederung
Bad Lobenstein, Stadt							
Löhma							
Miesitz							
Mittelpöllnitz							
Moßbach					15.000		
Moxa							
Neundorf (bei Lobenstein)						Neugliederung	Neugliederung
Neundorf (bei Schleiz)							
Neustadt an der Orla, Stadt							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Nimritz							
Oberoppurg							
Oettersdorf							
Oppurg							
Paska							
Peuschen							
Plothen							
Pörmitz							
Pößneck, Stadt							
Pottiga						Neugliederung	Neugliederung
Quaschwitz						1.764	
Ranis, Stadt							
Rosendorf							
Schlegel						Neugliederung	Neugliederung
Schleiz, Stadt							
Schmieritz							
Schmorda							
Schöndorf							
Seisla							
Solkwitz							
Stanau						Neugliederung	Neugliederung
Tegau							
Tömmelsdorf							
Triptis, Stadt							
Volkmannsdorf							
Weira							
Wernburg							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Wilhelmsdorf							
Ziegenrück, Stadt	28.702						
Krölpa							
Gefell, Stadt		122.839					
Tanna, Stadt	153.863	820.227					
Wurzbach, Stadt	256.623	288.490		97.408			
Remptendorf							
Saalburg-Ebersdorf, Stadt			130.943				
Rosenthal am Rennsteig	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung		
Landkreis Greiz							
Berga/Elster, Stadt	93.124	153.663	131.312	179.640		85.656	
Hundhaupten		6.436					
Kühdorf			1.440			9.888	
Langenwetzendorf				362.933			
Neumühle/Elster							Neugliederung
Landkreis Altenburger Land							
Altenburg, Stadt							
Altkirchen							
Dobitschen							
Drogen	3.752						
Fockendorf		73.285	98.849	193.399,92			
Frohnsdorf							
Gerstenberg							
Göhren							
Göllnitz							
Göpfersdorf							
Gößnitz, Stadt							

Anlage zu Frage 49 - Höhe der Jahresfehlbeträge der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresfehlbetrag als einheitlicher Sollfehlbetrag gem. § 23 Abs. 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Haselbach					45.108		
Heukewalde							
Heyersdorf							
Jonaswalde							
Jückelberg	14.100						
Kriebitzsch							
Langenleuba-Niederhain							
Löbichau							
Lödla							
Lucka, Stadt							
Lumpzig							
Mehna							
Meuselwitz, Stadt							
Monstab							
Nobitz							
Nöbdenitz							
Ponitz							
Posterstein				107.497	15.575	291.463	
Rositz							
Schmölln, Stadt							
Starkenberg							
Thonhausen				33.049			
Treben							
Vollmershain							
Wildenbörten							
Windischleuba			170.585	196.482	73.976		
Ziegelheim		15.774	109.353	190.140			

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage 30

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

(Jahres-)überschuss der Ergebnisrechnung nach § 19 Abs. 1 ThürGemHV-Doppik zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kreisfreie Städte							
Gera			3.033.013				21.303.669
Jena		20.303.203	4.537.131	9.826.761	27.010.481		
Suhl	49.534.935	2.928.081	6.640.308	6.180.745	4.387.706	454.814	4.556.016
Landkreise							
Eichsfeld	2.700.433	1.191.058	2.114.885	3.923.222	3.934.155	1.213.536	4.388.921
Städte und Gemeinden							
Landkreis Eichsfeld							
Bernterode - HIG	*						
Dieterode	*						
Geismar	*						
Heilbad Heiligenstadt	*						
Kella	*						
Krombach	*						
Leinefelde-Worbis			174.053		2.298.156	*	*
Pfaffschwende	*						
Schimberg	*						
Schwobfeld	*						
Sickerode	*						
Volkerode	*						
Wiesenfeld	*						
*Eröffnungsbilanz liegt vor, Jahresabschlüsse noch nicht geprüft							
LK Nordhausen							
Nordhausen, Stadt				1.117.545	9.367.357	9.578.521	
Saale-Holzland-Kreis							
Eisenberg, Stadt				3.896.920,07	1.868.314,29		
LK Gotha							
(Bad) Tabarz			ab 2016 Kameralistik				
LK Sömmerda							
Büchel	1.572	30.859	64.738		8.063	12.316	32.795
Griefstedt	98.169	30.173	24.881				6.123
Günstedt	99.568	104.297	140.420	129.241	132.103	114.036	326.317
Herrnschwende	120.570	12.773				Neugliederung	
Riethgen	12.314	24.357				11.106	25.621
Bilzingsleben	84.030	55.562	55.170	40.642	61.658	Neugliederung	
Frömmstedt	224.122	34.651		71.021	58.677	Neugliederung	
Kannawurf	244.537	27.417	37.669		93.607	Neugliederung	
Kindelbrück	1.987.035	526.095	196.102	307.839	456.991	Neugliederung	
Kindelbrück, Landgemeinde	Landgemeinde Kindelbrück ab 2019					1.723.575	887.647

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kreisfreie Städte							
Erfurt							
Weimar		184.147			474.353	569.126	4.699.528
Eisenach						1.051.620	9.000.000
Landkreise							
Nordhausen							
Wartburgkreis	3.905.500	2.097.000	650.000	3.700.000	7.752.900	2.050.000	100.000
Unstrut-Hainich-Kreis							
Kyffhäuserkreis		54.982					577.892
Schmalkalden-Meiningen				146.125	4.577.566	2.852.859	6.058.178
Gotha	1.251.233	12.882.158	6.898.645		4.984.507		6.419.237
Sömmerda			86.613		568.314	2.391.099	1.430.735
Hildburghausen	2.325.796	437.111	267.214				1.411.610
Ilm-Kreis	0	3.254.090	2.187.772	293.465	1.009.559	293.465	3.904.182
Weimarer Land	992.053	7.041	1.023.896				
Sonneberg	67.978	1.051.271	52.276	105.012	400.969	23.527	2.331.723
Saalfeld-Rudolstadt							4.014.461
Saale-Holzlandkreis		2.433	30.613	631.729	83.796		
Saale-Orla-Kreis		3.732.462					4.163.979
Greiz					487.126		2.557.175
Altenburger Land			222.342		2.017.818	563.606	
Städte und Gemeinden							
Landkreis Eichsfeld							
Am Ohmberg	52.544			439.019	208.385		230.299
Arenshausen		22.109		85.260	12.341		
Asbach/Sickenberg		21.395		31.629	31.629	32.076	1.241
Berlingerode	75.294		438.731		410.972		
Birkenfelde					82.724		
Bodenrode-Westhausen	39.514			68.417	36.302		

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Bornhagen		93.184	205.647		8.314		
Brehme			10.161		14.029	62.483	
Breitenworbis	283.042	346.286	561.874		21.686	8.920	537.208
Buhla			114.329				35.880
Burgwalde				26.275		5.690	
Büttstedt	22.353	80.603		163.337	37.727	42.918	
Deuna mit Vollenborn					12.223	Neugliederung	
Dietzenrode/Vatterode	2.485	7.488	9.174		15.963	2.244	41.862
Dingelstädt	1.902.401				661.915		
Ecklingerode	62.725	8.042			65.348	53.321	
Effelder		144.174	26.195	75.968	77.248		
Eichstruth		8.091		6.173	3.443	1.005	7.772
Ferna		162.003	10.218		117.988		
Freienhagen			5.765	6.053		27.419	12.352
Fretterode		2.417			5.730	17.079	0
Geisleden				102.763		176	14.504
Gerbershausen	744.319	632.720	228.158		325.820	0	0
Gernrode		26.108	105.315	29.857		89.472	93.863
Gerterode				50.280		Neugliederung	
Glasehausen	12.969	19.092			48.992	28.736	1.681
Großbartloff	18.692		78.676	190.761		174.377	
Hausen	22.376			36.055		Neugliederung	
Haynrode				1.433	109.745		42.641
Helmsdorf	165.557				42.921	Neugliederung	
Heuthen		92.578		23.905		79.407	
Hohengandern		131.107	64.648	16.733		184.488	528
Hohes Kreuz	7.157	28.176	0		199.437		96.833
Hundeshagen	88.499	42.906	64.179		207.642	Neugliederung	
Kallmerode	18.709	389	35.376		0	Neugliederung	
Kefferhausen			6.275	6.090	34.262	Neugliederung	
Kirchgandern	755.052		1.058.051				
Kirchworbis	122.602		66.491			103.613	461.537
Kleinbartloff	56.429	118.638				Neugliederung	
Kreuzebra				13.965		Neugliederung	

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Küllstedt		259.987			817.784		342.201
Lenterode		38.012	31.996	44.870	34.350	27.877	45.476
Lindewerra		44.707	58.925		17.704	45.302	67.468
Lutter	38.765	12.165			0	17.427	82.290
Mackenrode		55.765	20.123		7.512	50.742	82.290
Marth		16.086		18.115	309.183	3.281.243	2.270.892
Niederorschel		306.920			221.094		150.231
Reinholterode	184.475			96.489	45.512		4.207
Rohrberg	2.229		15.018	12.733	80.538	16.841	84.977
Röhrig	43.607			45.489			30.774
Rustenfelde		272.150					84.251
Schachtebich			15.163		20.804	22.049	
Schönhagen			20.093		420		20.814
Silberhausen	44.233			26.320		Neugliederung	
Sonnenstein	271.325	144.587	190.244				316.806
Steinbach	33.582	1.827	5.484	102.127		86.340	39.779
Steinheuterode					15.843	29.052	65.513
Tastungen	5.205	20.034		11.707	12.805		
Teistungen		284.297			378.935	357.494	
Thalwenden		7.058			18.936	11.314	
Uder	158.185						576.037
Wachstedt	0	112.209				64.332	3.227
Wahlhausen	93.491	131.833	161.901				203.166
Wehnde	42.001	56.561	5.548		50.710	99.128	109.641
Wingerode	297.613	28.477	58.148	133.236			27.145
Wüstheuterode		15.600	15.600		171.170	215.754	199.867
Landkreis Nordhausen							
Bleicherode, Stadt				191.978	129.213	Neugliederung	Neugliederung
Bleicherode, Stadt						3.424.162	
Buchholz	8.256	58.111				Neugliederung	Neugliederung
Ellrich, Stadt		77.409		97.918	137.468		8.034
Etzelsrode			14.802		0	Neugliederung	Neugliederung
Friedrichsthal	23.154	4.654	3.267		0	Neugliederung	Neugliederung
Görsbach	51.739	75.738			129.634		

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Großlohra			236.991		33.805		
Hainrode/Hainleite		618			0	Neugliederung	Neugliederung
Harzungen			51.970		0	Neugliederung	Neugliederung
Herrmannsacker	12.553	48.195	68.769		25.180	Neugliederung	Neugliederung
Kehmstedt	99.226	138.475				40.179	49.312
Kleinbodungen	36.306	14.152	35.918		91.400	Neugliederung	Neugliederung
Kleinfurra	30.473	4.973	68.824		385.256	76.614	
Kraja	11.951	699	34.553			Neugliederung	Neugliederung
Lipprechterode	45.433				17.444		67.938
Neustadt/Harz				76.352	187.723	Neugliederung	Neugliederung
Niedergebra					164.001	134.587	
Nohra						Neugliederung	Neugliederung
Sollstedt		290.914					55.311
Urbach	85.692					246.913	
Wipperdorf		2.533		22.377		Neugliederung	Neugliederung
Wolkramshausen					169.603	Neugliederung	Neugliederung
Hohenstein	149.734	34.174	34.553	56.422	28.822	15.103	575.158
Werther		53.532		154.330		170.147	
Heringen/Helme, Stadt	1.825	59.478	294.770				
Harztor		550.627			1.850.247		250.527
Wartburgkreis							
Bad Salzungen	596.538	1.714.741	1.182.352		2.177.201		
Barchfeld-Immelborn						1.194.841	
Berka v.d.Hainich	49.269	62.190			101	19.779	184.016
Berka/Werra	260.015		201.693		145.971	Neugliederung	
Bischofroda	639.432	1.918.699	1.317.632				
Brunnhartshausen		31.587				Neugliederung	
Buttlar		24.742			364.116	912.483	125.671
Creuzburg			305.549			*	Neugliederung
Dankmarshausen	55.537				161.303	Neugliederung	
Dermbach	104.507		305.909	329.078	95.916	1.810.286	1.817.207
Diedorf/Rhön	270	32.921		215		Neugliederung	
Dippach				887.973	513.001	Neugliederung	
Ebenshausen			10.379	15.559	26.340	*	Neugliederung

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Empfertshausen		7.454			231.216		
Ettenhausen a.d.Suhl		22.111		36.486	22.558	Neugliederung	
Frankenroda		48.082	5.107				37.189
Frauensee		26.455	108.297	43.719	88.619	Neugliederung	
Geisa	385.744		744.253	1.187.616			2.016.883
Gerstengrund	92.701			94.638	26.373	29.349	10.008
Großensee		67.412				Neugliederung	
Hallungen			33.081				
Ifta	80.780		66.273			Neugliederung	
Krauthausen	1.315.672		152.644	947.127	77.342		
Lauterbach	38.625	18.176	135.722			178.557	29.693
Leimbach					513.166	234.694	522.122
Marksuhl			1.025.373		66.377	Neugliederung	
Mihla					687.666	*	Neugliederung
Nazza		42.701	48.007			31.934	139.853
Neidhartshausen			37.996		23.572	Neugliederung	
Oechsen	50.664				85.442	183.944	
Ruhla				912.589	305.214		25.810
Schleid		3.444		121.316			512.185
Seebach		1.025.921	529.059	1.259.082	270.828		
Stadtlengsfeld		30.141	83.544		176.711	Neugliederung	
Tiefenort	143.695			286.378	1.056.922	Neugliederung	
Treffurt	395.147	582.275					1.785.659
Unterbreizbach	2.567.107				328.724		
Urnshausen			49.634	50.223		Neugliederung	
Vacha	59.585	528.305	688.172		249.048		
Weilar			24.666		37.150		2.477
Wiesenthal	105.612	2.292			31.337		20.834
Wolfsburg-Unkeroda	27.133					Neugliederung	
Wutha-Farnroda	493.368	433.586					
Zella/Rhön				12.223		Neugliederung	
Moorgrund	6.069	333.444	20.022			362.502	444.603
Gerstungen	345.356	658.881	68.239	112.337		0	*
Hörselberg-Hainich	779.897		78.507				

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Bad Liebenstein	150.758		268.176	2.684.635			1.148.611
Krayenberggemeinde					131.930	1.026.586	479.986
Kaltennordheim	33.670	206.556	159.984	57.250	Neugliederung	Neugliederung	
Werra-Suhl-Tal						1.068.871	
Amt Creuzburg							419.083
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
Unstrut-Hainich-Kreis							
Altengottern	131.282	55.139				Neugliederung	
Bad Langensalza, Stadt				6.481.237	426.711	2.772.034	
Bad Tennstedt, Stadt	351.630			206.217	407.087		*
Ballhausen	188.811	262.092	385.606				*
Blankenburg	16.270			10.774			*
Bothenheilingen							Neugliederung
Bruchstedt	3.850	14.066				6.642	45.544
Dünwald		94.074					
Flarchheim			7.294			Neugliederung	
Großengottern	81.203	15.339	108.585			Neugliederung	
Großvargula	172.619	269.976	304.559	168.307	122.786	288.343	551.077
Haussömmern		32.068	257		6.120		23.362
Herbsleben	178.371		672.165	1.327.209			2.586.835
Heroldishausen			13.732			Neugliederung	
Hornsömmern				21.264	8.561	20.422	*
Issersheilingen							Neugliederung
Kammerforst		24.827	163.282	19.870		41.596	25.169
Kirchheilingen	193.682				103.600		*
Kleinwelsbach					10.133		Neugliederung
Klettstedt	45.899			1.240		Neugliederung	
Körner		20.829					242.406
Kutzleben	51.832	29.792		153.440	247.576		22.387
Marolterode	64.742					16.410	49.618
Mittelsömmern	12.641		4.034	118.317			
Mühlhausen/Thür, Stadt			1.053.486	3.496.904	1.878.691	1.242.772	
Mülverstedt		63.553	82.332	79.847	17.452	Neugliederung	
Neunheilingen		22.120	16.566				Neugliederung

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Obermehler							Neugliederung
Oppershausen			19.735		1.424		
Rodeberg					20.022		145.796
Schlotheim, Stadt							Neugliederung
Schönstedt		71.403	149.922	43.736		103.176	96.986
Sundhausen	8.973	18.561	25.348		14.195	6.136 nn	
Tottleben		4.096	20.939		115.095		
Urleben	53.984	27.458	41.309				*
Weberstedt	10.741	45.805				Neugliederung	
Weinbergen					158.511	Neugliederung	
Unstruttal	224.812	272.979	12.861			329.751	412.731
Menteroda	84.337	26.018	3.439	34.579		283.029	208.816
Anrode		196.291					464.533
Südeichsfeld		317.194					
Vogtei			161.022	294			581.555
Unstrut-Hainich	Neugliederung					995.936	705.966
Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	Neugliederung						10.894.538
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
Kyffhäuserkreis							
Abtsbessingen		27.421	7.841				25.272
Artern	380.792	320.174	83.695		309.386	Neugliederung	
Bad Frankenhausen		150.254		16.979		694.042	2.037.713
Bellstedt	9.896	4.206			4.637	12.835	3.467
Borxleben		21.954				14.488	
Bretleben			50.887		49.433	Neugliederung	
Clingen	136.720		57.697		150.612	325.437	265.123
Donndorf	49.918	33.762				Neugliederung	
Ebeleben	607.925	172.960					1.012.398
Etzleben	15.415	64.213					2.648
Freienbessingen		17.698	8.708	76.214		13.555	73.909
Gehofen			395	45.107	66.965	56.311	123.631
Gorsleben			6.694			Neugliederung	
Greußen			239.739	201.978	593.199	77.738	

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Hauteroda	74.731				101.552	Neugliederung	
Helbedündorf		49.290		6.722	47.557	155.131	97.428
Heldrungen			80.667	86.176	161.075	Neugliederung	
Hemleben		3.777	107.313	74.795		Neugliederung	
Heygendorf	110.953	74.719			8.240	Neugliederung	
Holzsußra	8.250		19.322		21.759	33.519	3.906
Ichstedt	20.519		11.047	316.042		Neugliederung	
Kalbsrieth	0			50.197		269.562	296.263
Mönchpf.-Nikolaus.	59.424	93.237	40.286			123.701	
Nausitz	38.731					Neugliederung	
Niederbösa		16.954		24.669	5.496		11.808
Oberbösa	21.534	37.294	2.571	18.114	2.538	27.463	42.311
Oberheldrungen	375.999	11.078			122.128	262.011	
Oldisleben	125.609	309.556		16.590		Neugliederung	
Reinsdorf	26.800			127.276		6.356	90.537
Ringleben			12.932	84.045		Neugliederung	
Rockstedt		3.949	0	15.185		24.007	52.081
Roßleben		51.462	8.819	49.504	95.233	Neugliederung	
Sondershausen		427.763	786.964	3.681.047	3.535.938	859.595	1.663.814
Thüringenhausen			18.340				Neugliederung
Topfstedt	105.071	169.187			52.490	100.610	90.710
Trebra	29.439	62.169		170.779	91.012	77.906	
Voigtstedt		358.166			11.542	Neugliederung	
Wasserthaleben	20.528	10.216		928	1.310	19.476	63.173
Westgreußen	9.662	21.667		15.278	44.799	17.599	67.787
Wiehe		285.839	238.048	30.862	38.205	Neugliederung	
Wolferschwenda		19.219	12.786			189	29.300
Großenehrich		123.084			84.441	374.459	73.880
Kyffhäuserland	124.044	65.938			226.691		
Artern			Neugliederung zum 01.01.2019			3.987.920	123.763
Roßleben-Wiehe			Neugliederung zum 01.01.2019			1.986.087	
An der Schmücke			Neugliederung zum 01.01.2019			878.439	925.866
Landkreis Schmalkalden-Meiningen							
Altersbach	26.805			6.829		Neugliederung	

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Aschenhausen	15.344	44.815		954		Neugliederung	
Belrieth	24.118	9.143	44.089	117.812			4.645
Benshausen				369.649	286.570	Neugliederung	
Bermbach	53.374	86.192				Neugliederung	
Birx	6.176	16.365		8.290	38.887		
Breitungen	566.224	131.422		242.248	454.803	297.250	
Christes	147.999	22.124				268.895	
Dillstädt	86.041	91.086			192.099		253.650
Einhausen	78.839	25.503	150.461		47.382		155.895
Ellingshausen	1.226			32.543	62.424	19.327	11.079
Erbenhausen		49.907	25.266			1.382	176.552
Fambach		176.883	105.164			195.986	
Floh-Seligenthal	93.435					1.228.137	
Frankenheim	27.332	70.174		47.144		115.064	
Friedelshausen	104.498	11.244	18.366			104.864	64.592
Henneberg	67.535	66.133				Neugliederung	
Hümpfershausen	17.145		354.315			Neugliederung	
Kaltensundheim	112.868	91.787	31.716	176.175		Neugliederung	
Kaltenwestheim				113.259	22.947	Neugliederung	
Kühndorf		118.605		114.829	31.395		
Leutersdorf		35.309	16.549	220		22.803	29.488
Mehmels	10.637		40.887			30.495	62.135
Meiningen	357.789			848.340	1.063.272	999.446	145.185
Melpers	2.353	33.797		201		Neugliederung	
Metzels		48.763				Neugliederung	
Neubrunn	50.995		100.140	79.412	155.720	59.180	
Oberhof					8.992	26.185	73.079
Oberkatz	9.399	51.835	6.968			Neugliederung	
Obermaßfeld-Grimmenthal	198.761	1.002	671.529	113.910			
Oberschönau			9.514	11.434	27.443	Neugliederung	
Oberweid	36.595			42.749	14.352		280.003
Oepfershausen	13.633	26.422	12.021			Neugliederung	
Rippershausen	163.832	214.033				308.952	161.362
Ritschenhausen	606.271	397.195	461.885				525.630

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Rohr			316.949	190.103	37.595	160.478	196.685
Rosa			36.970				44.275
Roßdorf	835			259.385			
Rotterode		77.267	9.778		40.803	Neugliederung	
Schmalkalden	4.988	549.775		1.000.938	2.378		
Schwallungen		663.927	151.334		52.611		
Schwarza		110.670		180.229		93.960	42.415
Springstille			209.357	47.142		Neugliederung	
Steinbach-Hallenberg		30.934		59.215		2.136.803	
Stepfershausen		44.900	3.227	44.717	23.632		Neugliederung
Sülzfeld		8.985		5.544		124.026	
Brotterode-Trusetal				2.207.343		250.679	1.468.682
Unterkatz	14.059	19.486		51.280		Neugliederung	
Untermaßfeld		487.199		23.918	95.021	205.285	177.653
Unterschönau	44.374	5.107		0	21.981	Neugliederung	
Unterweid	50.197			65.489		Neugliederung	
Utendorf	2.684	46.171					
Vachdorf		35.214	711.013		137.447	112.225	286.744
Viernau			190.248			Neugliederung	
Wahns	77.123		98.695			Neugliederung	
Wallbach	24.780		161.791		2.979	Neugliederung	
Walldorf				169.254		Neugliederung	
Wasungen		226.506	371.529			400.847	
Wölfershausen	1.869	110.851	29.394	29.715		Neugliederung	
Zella-Mehlis	156.547	823.776			971.330		
Rhönblick		218.900	77.208	339.297	272.377		828.239
Grabfeld	186.379	667.695				939.551	110.715
Kaltennordheim	33.670	206.556	159.984	57.250		247.645	
Landkreis Gotha							
Ballstädt		99.451			26.701	Neugliederung	Neugliederung
Bienstädt	4.616					118.083	19.222
Brüheim		111.164			3.516	Neugliederung	Neugliederung
Bufleben	4.037		38.242	13.096		Neugliederung	Neugliederung
Crawinkel				92.211		Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Dachwig		23.678		462.624	697.692	442.152	
Döllstädt	96.924	42.137	12.235	11.675	125.748		
Emleben							295.417
Eschenbergen		104.424		3.412		18.497	
Friedrichroda		453.200	333.000	60.858	777.844		386.245
Friedrichswerth	45.356				159.651	Neugliederung	Neugliederung
Friemar	42.939	59.913	20.188		92.914		177.874
Georgenthal			561.000				Neugliederung
Gierstädt	56.155		104.186	149.667	13.848	190.775	73.894
Goldbach	30.116	315.929				Neugliederung	Neugliederung
Gotha	2.523.000	1.344.000	847.625		1.501.107	620.008	
Gräfenhain				23.977	54.289	Neugliederung	Neugliederung
Großfahner	97.969	138.156	4.356	50.268		256.094	408.746
Haina	46.493	40.009			4.633	Neugliederung	Neugliederung
Herrenhof		269.000	336.000		117.897	164.776	
Hochheim	104.596	550.415				Neugliederung	Neugliederung
Hohenkirchen	179.000		20.300	101.300			Neugliederung
Luisenthal		29.283		307.019			28.330
Molschleben		30.567	26.206				75.388
Nottleben	49.080		168.465		59.736	111.648	39.521
Ohrdruf		11.062.210	3.799.712		21.322.086		
Petriroda	8.000		21.900	87.600		125	Neugliederung
Pferdingsleben		9.601		47.227		8.264	
Remstädt	172.045		63.504		38.904	Neugliederung	Neugliederung
Schwabhausen	200.800	308.963		124.652			136.259
Sonneborn	255.362	719.325		16.801		170.174	215.591
(Bad) Tabarz	DOPPIK	DOPPIK	383.280		15.374	169.211	
Tambach-Dietharz	275.100			680.300	455.100		
Tonna		417.664		61.180	54.197	360.298	446.109
Tröchtelborn		35.691		54.211	44.864		
Tüttleben		88.949	17.545	55.118		35.439	79.067
Waltershausen	237.390	384.810	412.818	309.000			
Wangenheim		20.036	22.959	31.430	103.057	Neugliederung	Neugliederung
Warza				34.762	227.240	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Westhausen	130.169				1.642	Neugliederung	Neugliederung
Wölfis					94.825	Neugliederung	Neugliederung
Zimmernsupra		15.412	20.753	71.900			
Leinatal		94.000		166.000	20.263	12.305	Neugliederung
Günthersleben-Wechmar		35.905	17.181	48.072	132.098	Neugliederung	Neugliederung
Drei Gleichen					1.568.593	Neugliederung	Neugliederung
Nesse-Apfelstädt		89.580		1.283.984			
Hörsel	1.923.560	297.142					1.675.763
Drei Gleichen (LG)	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung		
Nessetal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	53.466	688.164
Georgenthal (LG)	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	2.275.658
Landkreis Sömmerda							
Alperstedt	448.738	486.985			1.065.765		183.375
Andisleben	20.648	63.474	72.969			80.554	26.042
Beichlingen		36.567	20.130	94.734		Neugliederung	
Eckstedt	2.023	45.915	34.850	1.329	155.833	76.407	172.319
Ellersleben		371	1.000	66.530	1.267	Neugliederung	
Elxleben			735.633			180.557	439.915
Eßleben-Teutleben	101.900	2.663	2.000			Neugliederung	
Gangloffsömmern	111.578	132.765	74.196	152.135	230.207		181.029
Gebesee, Stadt	314.869				137.712	533.819	
Großbrembach		1.077	106.878			Neugliederung	
Großmölsen						5.164	18.450
Großneuhausen	10.794	96.581	73.662			61.828	53.237
Großrudestedt	209.645	273.087		160.316	494.250		221.560
Guthmannshausen	15.887	61.562		3.500	63.681	Neugliederung	
Hardisleben	31.200	713	195.887		106.378	Neugliederung	
Haßleben			59.558	114.025	148.022	108.481	
Henschleben	158.979	118.584					Neugliederung
Kleinbrembach		4.000		28.368	22.660	Neugliederung	
Kleinmölsen	13.137	68.583	10.346	27.691		38.917	44.923
Kleinneuhausen	10.293	20.349	41.446				
Kölleda, Stadt		2.130.680	1.819.448	601.556	549.472		688.561
Mannstedt		49.508	484	1.200		Neugliederung	

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Markvippach		149.740		37.210	107.502		56.237
Nöda		75.164	127.458	47.509		50.991	203.459
Olbersleben	30.500	6.408	182.701	185.253		Neugliederung	
Ollendorf				1.952			20.669
Ostramondra	179.803					39.132	63.167
Rastenberg, Stadt	230.333	164.773	7.966				213.859
Riethnordhausen	108.039				132.108		156.568
Ringleben							165.510
Rudersdorf	51.900	4.523			3.000	Neugliederung	
Schillingstedt	45.501	210.746			Neugliederung		
Schloßvippach	127.111	5.007			265.899	201.392	503.407
Schwerstedt	54.336	110.210	26.000		43.916		22.036
Sömmerda, Stadt	122.558	22.427	136.907				
Sprötau		33.815		5.610	148.219	84.833	
Straußfurt	49.748	56.571	279.033	641.660	151.201		1.081.808
Udestedt		97.776	34.618	46.980	29.898	134.923	59.580
Vogelsberg			182.242		46.046	132.580	
Walschleben	129.765			194.683			148.863
Weißensee, Stadt		40.218	608.074		342.132	451.238	1.906.871
Werningshausen	40.430			76.295	268.060	63.304	416.000
Witterda		75.066	181.325		15.059		190.287
Wundersleben	4.002			104.150			
Buttstädt, Stadt	23.667	44.212	7.730	39.270	15.572	Neugliederung	
Buttstädt, Landgemeinde	Landgemeinde ab 2019					1.099.190	12.228
Landkreis Hildburghausen							
Auengrund		633	694.922	329.897	3.734.176	*	*
Brünn/Thür.		47.220	13.597	5.267	7.006	*	*
Eisfeld, Stadt	1.400	156.611	1.471	*	*	*	*
Sachsenbrunn ab 2019 Eisfeld					170.513	Neugliederung	
Hildburghausen, Stadt		150.567	958.271		532.771	498.251	*
Masserberg	44.205		696.680		487.737		
Römhild, Stadt		694.961	81	203	101.000	119	*
Schleusegrund	2.612	74.159	8.597		*	*	*

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schleusingen, Stadt		36.220	2.288.655		2.750.428		*
Nahetal- Waldau ab 2019		11.910	11.305	601.794	9.288	Neugliederung	
Schleusingen	*						
St. Kilian ab 2019 Schleusingen		7.091	312.845	1.275.621	796.774	Neugliederung	
Veilsdorf	471.444	112.425	3.039			165.624	220.484
Ahlstädt	24.557	6.675	2.664	20.491	*	*	*
Beinerstadt	21.231	49.662			*	*	*
Bischofrod	21.222	15.995	12.134	12.006	*	*	*
Dingsleben		11.168	10.890	39.857	*	*	*
Ehrenberg	9.174	15.193			*	*	*
Eichenberg	47.191				*	*	*
Grimmelshausen	25.871			18.862	*	*	*
Grub	242.375		26.444		*	*	*
Henfstädt		36.960			*	*	*
Kloster Veßra	105.103				*	*	*
Lengfeld	29.817	20.993	18.264	6.904	*	*	*
Marisfeld		31.217	54.026	0	*	*	*
Oberstadt		81.929	10.153	0	*	*	*
Reurieth		13.823	8.421	61.007	*	*	*
Schmeheim	63.614		23.715	11.937	*	*	*
St.Bernhard	36.339	33.236			*	*	*
Themar, Stadt		206.696	215.003		16.607	181.832	*
Bad Colberg- Heldburg ab 2019						Neugliederung	
Heldburg			*	*	*		
Gompertshausen ab 2019		5.961	47.556		30.266	Neugliederung	
Heldburg							
Hellingen ab 2019 Heldburg			*	*	*	Neugliederung	
Heldburg, Stadt						*	*
Straufhain	489.689		*	*	*	*	*
Schlechtsart	4.952	13.107		32.907	1.689		
Schweickershausen		21.351		5.979	11.328	491	
Ummerstadt, Stadt	71.706	123.242	208.979				
Westhausen	41.754	84.342	*	*	*	*	*

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
Ilm-Kreis							
Alkersleben	4.572	25.314	38.856				
Altenfeld		7.800		100.911	115.071	Neugliederung	Neugliederung
Angelroda	52.725		5.226		8.227	6.152	Neugliederung
Arnstadt			458.218	12.271			
Böhlen		38.993		2.613		Neugliederung	Neugliederung
Bösleben-Wüllersl.		36.218	267.167				
Dornheim	58.252	239.125	107.770				
Elgersburg		11.105	27.321				
Elleben	2.975	352.326					
Frankenhain				46.858	180.364	Neugliederung	Neugliederung
Frauenwald	156.121				351.004	Neugliederung	Neugliederung
Friedersdorf						Neugliederung	Neugliederung
Gehren	141.720			46.395		Neugliederung	Neugliederung
Geraberg			14.838	3.033	652.501	Neugliederung	Neugliederung
Geschwenda				484.862		Neugliederung	Neugliederung
Gillersdorf	23.275			16.590		Neugliederung	Neugliederung
Gossel	21.176	40.780		84.596		Neugliederung	Neugliederung
Gräfenroda	168.952	374.724		319.387		Neugliederung	Neugliederung
Großbreitenbach	67.311		339.652	30.237		Neugliederung	Neugliederung
Herschdorf	78.714		71.845		10.069	Neugliederung	Neugliederung
Ilmenau		907.192		2.869.587	1.500.000	3.388.000	
Kirchheim		99.234		269.125			Neugliederung
Langewiesen		110.051		467.576		Neugliederung	Neugliederung
Liebenstein				60.980		Neugliederung	Neugliederung
Martinroda					261.506		
Amt Wachsenburg	1.017.957		1.392.139				
Neusiß	6.868		22.834		22.191	Neugliederung	Neugliederung
Neustadt					109.885	Neugliederung	Neugliederung
Osthausen-Wülfersh.	6.341		172.867				
Pennewitz	5.932	1.212		6.267		Neugliederung	Neugliederung
Plaue		36.831		83.027	260.736	1.761	
Rockhausen		39.289			73.339	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Schmiedefeld	66.722	6.309				Neugliederung	Neugliederung
Stadtilm	270.670		282.154				
Stützerbach	50	50	50			Neugliederung	Neugliederung
Witzleben	87.964	141.078	30.545				
Wolfsberg	285.821	335.371		72.829		Neugliederung	Neugliederung
Ilmtal	97.741	281.233	128.461			Neugliederung	Neugliederung
Geratal						2.055.486	
Landkreis Weimarer Land							
Apolda		65.111	1.667.886		1.242.232	1.350.193	1.773.853
Bad Berka	544.963	845.469	1.554.989			279.743	
Bad Sulza					731.778	2.397.450	
Ballstedt					105.340	11.753	
Bechstedtstraß		25.115			16.067		Neugliederung
Berlstedt				95.415	87.785	Neugliederung	Neugliederung
Blankenhain			26	5.800	486.251	1.690.053	
Buchfart		38.948	18.757			47.903	
Buttelstedt				292.361	123.363	Neugliederung	Neugliederung
Daasdorf am Berge		107.905	59.546				Neugliederung
Döbritschen							
Eberstedt	15.262					6.472	
Ettersburg		28.240			51.510	210.845	
Frankendorf		22.200	68.261		48.244		
Großheringen	383.749	2.137.104	1.938.160			3.217.917	1.419.530
Großobringen	11.338	84.667	74.005		4.884	Neugliederung	Neugliederung
Großschwabhausen		105.824			400.664	64.919	
Hammerstedt	8.299	3.793				4.397	9.566
Heichelheim	6.552	20.462				Neugliederung	Neugliederung
Hetschburg		36.341	105.059		47.400	18.100	5.316
Hohenfelden		18.832	5.383		81.212	78.147	
Hopfgarten			2.507	87.997		79.876	Neugliederung
Isseroda	85.666	243.469				16.338	Neugliederung
Kapellendorf		30.796	29.504	28.175			
Kiliansroda		1.200			23.103		
Kleinobringen	6.356	32.447			46.872	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Kleinschwabhausen	30.765				14.509		
Klettbach		270.526	2.029		189.881	185.860	259.471
Ködderitzsch	10.950	2.548		10.483	14.784	Neugliederung	Neugliederung
Kranichfeld							777.098
Krautheim					124.887	Neugliederung	Neugliederung
Kromsdorf							
Lehnstedt		18.323	22.879		4.069	93.061	
Leutenthal	5.751	3.270		1.102		Neugliederung	Neugliederung
Magdala							
Mechelroda			40.697			19.205	12.289
Mellingen	288.500	1.569.080	75.865		605.700	754.400	282.503
Mönchenholzhausen		103.460	51.413	23.356	110.793	133.367	Neugliederung
Nauendorf		4.351		2.528	170.749	1.499	
Neumark	49.259	20.058	93.341	8.946		65.242	194.249
Niedertrebra	135.746				157.547		124.050
Niederzimmern				223.105	306.190		Neugliederung
Nohra			404.936	392.882	965.700	467.200	Neugliederung
Obertrebra			998	14.830	21.839	8.363	22.786
Oettern	11.586						42.097
Ottstedt am Berge		24.863	12.767		37.559		Neugliederung
Ramsla						Neugliederung	Neugliederung
Rannstedt	13.333			11.113	6.870	53.413	55.549
Rittersdorf	30.141				28.217	29.664	14.460
Rohrbach						Neugliederung	Neugliederung
Sachsenhausen		2.715	18.899	14.498	18.260	Neugliederung	Neugliederung
Schmiedehausen		36.151	14.488		979	42.582	37.535
Schwerstedt			15.066		Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Tonndorf		11.877	29.856	68.905	5.559	1.882	42.763
Troistedt		35.400	19.537		67.225	54.916	Neugliederung
Umpferstedt		36.376	88.184			29.818	242.680
Vippachedelhausen			27.576			Neugliederung	Neugliederung
Vollersroda		34.660	5.296		30.874		1.033
Wiegendorf	20.101				41.783		43.048
Wohlsborn		30.461				Neugliederung	Neugliederung

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Saaleplatte				378.368			Neugliederung
Ilmtal-Weinstraße		258	3.165.923		8.487	2.289.894	
Am Ettersberg	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	3.465.581	600.930
Grammetal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	8.290.547
Landkreis Sonneberg							
Bachfeld		26.830					Neugliederung
Föritz		565.535	816.568		*	Neugliederung	Neugliederung
Föritztal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	*	*
Frankenblick		225.251		115.114		*	*
Goldisthal	6.307	518.188					*
Judenbach			116.338		*	Neugliederung	Neugliederung
Lauscha				343.903	*	*	*
Neuhaus am Rennweg			267.790	938.275	413.070	*	*
Neuhaus-Schierschnitz		147.330	529.845			Neugliederung	Neugliederung
Schalkau		47.679	125.584		138.977		*
Sonneberg					889.020	*	*
Steinach	128.231	5.671				68.054	485.939
* Jahresrechnung liegt nicht vor/noch nicht geprüft/gerade in Prüfung							
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt							
Allendorf	540.760	458.045	196.312	430.757	351.037		28.771
Altenbeuthen	15.524	18.084			116.953		28.015
Bad Blankenburg						467.479	223.936
Bechstedt		7.579	14.052	15.357	6.686		9.784
Cursdorf	7.666	10.749					
Deesbach	32.334						33.974
Döschnitz	4.237	13.112	43.019				
Dröbischau							
Hohenwarte	1.445.246	1.511.893		1.783.204			
Kamsdorf		72.159			546.928		
katzhütte					97.760		
Kaulsdorf	1.265.337	429.105	6.135	22.485			
Lichte		156.695					
Mellenbach-Glasbach				400.346	47.209		
Meura					20.889	27.672	45.905

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Meuselbach-Schwarzmühle			199.040				
Oberhain			35.183	13.470			
Oberweißbach			13.024				
Piesau	385.553				173.310		
Probstzella	137.664						
Reichmannsdorf		67.831					
Rohrbach	16.063	83.745		58.275			
Rudolstadt	11.661	190.030	476.779		462.393	6.508.022	
Saalfeld		29.043	174.027	1.851.282	5.163.273	1.171.225	
Schmiedefeld							
Schwarzburg			239.610				
Unterweißbach			146.322				
Wittgendorf	7.534		62.660		17.835		
Remda-Teichel	92.223				209.044		
Leutenberg			1.192.170	303.693			
Saalfelder Höhe							
Uhlstädt-Kirchhasel		141.174		634.029	277.056		
Unterwellenborn			2.528.700		1.930.700		
Königsee	273.095	84.598	361.579	711.154	623.852	2.050.736	1.849.248
Schwarzatal						91.876	
Saale-Holzland-Kreis							
Albersdorf		32.325	1.892				37.182
Altenberga	1.819	81.000	3.026			231.438	
Bad Klosterlausnitz			927.682		425.551	74.842	
Bibra	14.999	31.813	28.019		17.787	30.009	1.509
Bobeck		22.710				83.422	
Bollberg						Neugliederung	Neugliederung
Bremsnitz	8.962	168				15.969	
Bucha						23.600	3.815
Bürgel, Stadt			415.000	176.000	240.000	373.598	321.953
Dornburg-Camburg, Stadt			706.508		14.406		
Crossen an der Elster		6.123	8.000			165.361	
Eichenberg		987	23.163	78.413			
Eineborn					21.978	20.462	87.194

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Frauenprießnitz					369.454		113.031
Freienorla	35.865	345				51.499	
Geisenhain	13.875	0	15.151	12.852		11.931	
Gneus	32.257	37.132	7.194		16.934	2.808	6.284
Gösen			60.433			4.100	
Golmsdorf		158.348			12.424	102.289	
Graitschen b. Bürgel	33.896	23.400		41.057			15.116
Großbockedra			14.628				
Großeutersdorf	7.967						
Großlöbichau	104.259	51.582	282.998		171.365	371.426	
Großpürschütz							
Gumperda	37.365	34.419				9.023	10.846
Hainichen							
Hainspitz		318.627				33.645	52.133
Hartmannsdorf	108.091						
Heideland	67.903					75.975	
Hermsdorf, Stadt			1.306.671	252.665			
Hummelshain	13.252	1.399				26.548	105.014
Jenalöbnitz	52.479	12.550				79.767	7.867
Kahla, Stadt							156.568
Karlsdorf		5.086	19.337		2.287		1.463
Kleinbockedra		46.528					
Kleinebersdorf	2.805	13.160	14.202			9.520	
Kleineutersdorf							7.474
Laasdorf						1.202.891	12.711.434
Lehesten							
Lindig	9.945	519				31.391	16.440
Lippersdorf-Erdmannsdorf						81.109	356
Löberschütz	1.197.930					252.145	184.433
Mertendorf	17.242				52.034	521	89.962
Meusebach	6.425	14.432					2.485
Milda	49.579	4.728					29.400
Möckern	16.434	16.999	49.996				
Mörsdorf	278.922	11.097	578.254		225.808		82.839

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Nausnitz	13.402		86.500		6.656		
Neuengönna		59.445	35.018		686.838		
Oberbodnitz		6.920		28.597		28.535	
Orlamünde, Stadt							16.310
Ottendorf	25.493	57.519				2.352	40.094
Petersberg			67.934				349.857
Poxdorf	7.781	6.200				18.719	
Quirla	10.800	400	37.699			Neugliederung	Neugliederung
Rattelsdorf	14.523			7.024			1.426
Rauda						4.809	
Rauschwitz	20.357			15.208			6.827
Rausdorf	45.142	22.285				23.554	
Reichenbach	42.045		88.088		223.220		141.606
Reinstädt	4.911		27.257		12.167	17.321	
Renthendorf			2.847	31.413		12.258	
Rothenstein			228.696			99.011	
Ruttersdorf-Lotschen	32.692					3.434	83.333
Scheiditz	1.731	5.256			9.657		898
Schleifreisen			29.214				
Schlöben	62.030					141.864	41.257
Schöngleina		50.454	115.234			49.526	
Schöps				11.967	78.070	18.692	33.684
Seitenroda	50	3.408	16.797	33.237		12.466	5.428
Serba		13.304		39.303		145.796	16.217
Silbitz	249.152		49.900	68.126	186.876	442.732	523.336
St. Gangloff	91.715		40.093			312.691	
Stadtroda, Stadt	500					4.933	375.871
Sulza	186.526	70.615			24.594		
Tautenburg	16.134	34.561	21.106	96.632		11.192	30.563
Tautendorf	2.610		49.353				
Tautenhain	24.625				92.563	86.724	239.359
Thierschneck	6.356	152			9.259		
Tissa	5.443	8.866	36.034				17.942
Trockenborn-Wolfersdorf		57.258					

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Tröbnitz	52.911	3.036	266.086	10.946		268.992	186.446
Unterbodnitz	74.814	8.669				24.214	37.440
Waldeck	13.406		8.301		26.224	27.747	110.677
Walpernhain	1.668	9.243	9.200				977
Waltersdorf	5.007	22.620		5.790		63.623	4.645
Weißbach					19.891		1.269
Weißenborn	155.179	13.852					30.074
Wichmar				49.856			35.996
Zimmern			15.963		47.858		
Zöllnitz				25.135		131.648	
Schkölen, Stadt	58.087	4.976			143.851	128.927	
Saale-Orla-Kreis							
Birkenhügel		4.078		68.352		Neugliederung	Neugliederung
Blankenberg	24.067		33.797			Neugliederung	Neugliederung
Blankenstein	587.976	368.679	4.654.649	1.955.864	1.645.205	Neugliederung	Neugliederung
Bodelwitz		3.624		20.874	83.367	14.875	88.364
Bucha				15.894		Neugliederung	Neugliederung
Burgk	357.627	123.655					Neugliederung
Crispendorf						Neugliederung	Neugliederung
Dittersdorf			26.083		101.007	174.718	59.332
Döbritz			43.877	21.330	28.620		32.315
Dreba	7.158			39.325			Neugliederung
Dreitzsch		12.601	37.702		3.290	20.453	
Eßbach		33.939	6.382	15.140	21.527		
Geroda			7.237	19.030	92.575		15.734
Gertewitz		8.634			17.004	12.839	26.749
Görkwitz			65.771	10.903		7.824	19.657
Göschitz			110.248	11.190			20.317
Gössitz	21.009	41.940	48.260	23.083	157		31.253
Grobengereuth		13.574				9.160	30.161
Harra	20.763		547.551	444.753	21.211	Neugliederung	Neugliederung
Hirschberg, Stadt							
Keila	3.714				45.999	1.524	
Kirschkau			2.176		17.598	16.446	29.956

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Knau	230.890	39.302	208.880			46.364	Neugliederung
Kospoda		45.305	154.609	197.176	1.736		114.807
Langenorla		21.950	93.444	100.873	78.758		
Lausnitz b. Neustadt an der Orla		23.017	4.315		119.616		40.734
Lemnitz	134.017			4.575	23.095	50.112	66.984
Linda b. Neustadt an der Orla	71.424	23.403	3.198	15.753	55.305		Neugliederung
Bad Lobenstein, Stadt				383.860		3.380	525.693
Löhma				3.920			20.906
Miesitz	8.388	11.047		15.219	53.693	38.535	45.882
Mittelpöllnitz	24.282	16.194	59.276	33.220		36.120	49.316
Moßbach	13.911	26.163				103.846	134.938
Moxa		12.191	372	10.404		3.860	922
Neundorf (bei Lobenstein)	21.021				1.563	Neugliederung	Neugliederung
Neundorf (bei Schleiz)	118			23.238	63.277	25.423	4.045
Neustadt an der Orla, Stadt		22.363	410.621		893.452	2.336.326	1.083.859
Nimritz	46.191	85.470	55.262				52.785
Oberoppurg	5.306	5.937			32.163		29.460
Oettersdorf	347.113		19.394		179.854	28.751	
Oppurg					97.279	27.705	367.984
Paska	11.670	4.705		10.145	15.258		8.306
Peuschen	37.892	6.178			45.608	43.024	59.512
Plothen	14.292	4.549	121.153		20.627		
Pörmitz					61.228	14.369	
Pößneck, Stadt	1.129.827		673.578	749.945	2.178.621		534.282
Pottiga			4.461		128.811	Neugliederung	Neugliederung
Quaschwitz	1.559						7.004
Ranis, Stadt				103.084	52.092	53.784	172.391
Rosendorf	9.157	1.548				25.148	41.464
Schlegel	8.323			2.279	334	Neugliederung	Neugliederung
Schleiz, Stadt	1.144.760		2.655.938				
Schmieritz		13.547	136		38.846		38.425
Schmorda	5.308		12.119	2.855	18.672		5.509
Schöndorf	4.363	61.531	28.934	98.492			6.873
Seisla	7.539	40.582	6.830	24.122	3.666	1.727	52.260

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Solkwitz	9.009	1.781		1.379	727	9.436	8.141
Stanau	2.810	10.335	77.864			Neugliederung	Neugliederung
Tegau	46.423	41.272		5.594			44.387
Tömmelsdorf	28.481	4.475			3.500	47.634	33.940
Triptis, Stadt		98.552	305.347		633.483		48.170
Volkmannsdorf						20.844	22.504
Weira	24.929	77.869	997.365	172.846			1.040.981
Wernburg					47.072		
Wilhelmsdorf	9.044	15.785	14.281		24.464	3.220	87.848
Ziegenrück, Stadt	89.700	75.286			12.209	13.927	137.624
Krölpa		503.914				178.262	152.260
Gefell, Stadt						173.226	365.405
Tanna, Stadt					160.527	445.566	
Wurzbach, Stadt		5.240				114.660	67.501
Remptendorf	4.814		125.707		222.686		37.249
Saalburg-Ebersdorf, Stadt				267.840	54.024		560.074
Rosenthal am Rennsteig	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	1.468.442	909.555
Landkreis Greiz							
Bad Köstritz, Stadt		378.721	1.134.546			107.815	150.641
Berga/Elster, Stadt							164.000
Bethenhausen	16.130	12.109	61.237		30.951	18.707	
Bocka	89.593	179.077		53.827	39.031	32.088	15.092
Brahmenau		7.232	101.225	62.225	7.289	59.424	188.983
Braunichswalde		21.895	52.553	36.784	151.426	31.147	113.853
Caaschwitz				160.655		352.267	549.901
Crimla	18.657	24.014		31.080			49.766
Endschütz	20.739	23.033		7.427	17.029	6.425	
Gauern			30.796	15.519	39.293		9.873
Greiz, Stadt	18.890			1.960.979	1.464.513	604.834	2.461.767
Großenstein	80.046		47.887			47.126	
Hartmannsdorf	516	68.338		13.625		28.567	31.827
Hilbersdorf	35.432				6.655	340	
Hirschfeld	33.223		50.088			9.415	27.835
Hohenleuben, Stadt	72.413	166.332	494.625				159.969

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Hundhaupten	8.865		100.365	19.734		6.689	
Kauern	109.232				21.965	5.000	76.584
Korbußen		156.709		741.683		515.201	835.138
Kühdorf	228			5.024			
Langenwetzendorf	131.788	805.138			773.832	185.762	
Langenwolschendorf	4.369	106.707		204.002		64.382	403.202
Lederhose	2.928	127.526	131.533	94.083	5.227	279.669	
Linda b. Weida	19.568		18.588		49.173		8.018
Lindenkreuz	24.515	100.829	23.497	59.645	1.607		
Münchenbernsdorf, Stadt		608.165	216.642	171.632	216.991	439.131	14.048
Paitzdorf	20.197	18.310		7.657		27.320	6.332
Pölzig	72.368	166.951	189.011			68.486	
Reichstädt		7.645			17.985	6.537	
Ronneburg, Stadt				280.517	768.675	1.478.092	439.173
Rückersdorf		1.743.446	140.217	1.542.300		24.194	32.242
Saara	30.084		40.587		64.100	12.114	48.234
Schwaara	17.861	60.493			32.437	32.396	26.628
Schwarzbach	9.560	13.151	57.422		19.046		135.832
Seelingstädt	110.650	86.538	161.333	340.083	59.297	174.459	
Teichwitz		661	24.955		9.079		
Weida, Stadt		1.037.108		63.984	1.200.536		73.143
Weißendorf	83.652	274.598	160.465		94.316	19.137	
Wünschendorf/Elster		160.701	991.167		328.167	179.213	
Zedlitz	25.229	45.341	145.929	113.315	187.385		4.565
Zeulenroda-Triebes, Stadt	352.300	925.175	854.622	382.794		1.283.867	122.137
Harth-Pöllnitz		247.835	1.216.524	296.762	297.478	51.001	62.544
Kraftsdorf	35.686	67.787	336.459				27.118
Auma-Weidatal, Stadt	51.534		66.133	274.927	199.435	77.173	390.473
Mohlsdorf-Teichwolframsdorf		168.561	81.330	480.932			340.872
Neumühle/Elster	952		39.861				Neugliederung
Landkreis Altenburger Land							
Altenburg, Stadt		471.808	27.862				
Altkirchen	5.880	14.726			470	Neugliederung	
Dobitschen							

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Drogen		1.941	7.648	22.982	1.601	Neugliederung	
Fockendorf							
Frohnsdorf	11.015	21.537	68.430			Neugliederung	
Gerstenberg		32.499	98.048				
Göhren	17.806		68.430				
Göllnitz	155.103		46.154				
Göpfersdorf				19.382	29.006		
Gößnitz, Stadt		254.899					
Haselbach		46.700					
Heukewalde	13.896				49.982	73.705	
Heyersdorf	586	37.617					
Jonaswalde			4.829		23.279		
Jückelberg	372	1.593		13.970		Neugliederung	
Kriebitzsch		93.674			99.429	218.910	
Langenleuba-Niederhain		8.401			104.419		
Löbichau					311.189		
Lödla						85.050	
Lucka, Stadt			124.708	77.332			
Lumpzig	227.004		76.074			Neugliederung	
Mehna							
Meuselwitz, Stadt	8.386			123.696			
Monstab		4.713				13.723	
Nobitz	1.066.591	574.842					
Nöbdenitz		78.502			125.804	Neugliederung	
Ponitz							
Posterstein	34.220						
Rositz		199.233			3.513		
Schmölln, Stadt	1.729.545		954.096	688.615			
Starkenberg	148.042	47.271		105.820	334.560		
Thonhausen							
Treben		10.328	152.425	71.737	95.201		
Vollmershain			161.522			48.978	
Wildenbörten	69.483	24.474			6.408	Neugliederung	
Windischleuba	20.483						

Anlage zu Frage 50 - Höhe der Jahresüberschüsse der Thüringer Kommunen und Landkreise zum Stand 31. Dezember 2014 - 2020

Jahresüberschuss als saldierte Zuführung an die allgemeine Rücklage gem. § 79 Abs. 3 Satz 2 ThürGemHV jeweils zum 31.12. in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Ziegelheim		1.974			13.861	Neugliederung	

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Kreisfreie Städte								
Erfurt	90.000.000	90.000.000	90.000.000	90.000.000	90.000.000	90.000.000	90.000.000	90.000.000
Gera	59.000.000	49.500.000	49.500.000	49.500.000	49.500.000	48.950.000	44.500.000	44.500.000
Jena	15.000.000	15.000.000	15.000.000	40.000.000	40.000.000	40.000.000	40.000.000	50.000.000
Weimar	19.900.000	26.000.000	28.000.000	28.850.000	28.850.000	30.600.000	31.700.000	33.000.000
Suhl	27.300.000	9.997.590	16.590.600	15.992.270	16.238.000	16.460.000	16.875.000	17.917.000
Eisenach (kreisfrei bis 30.06.21)	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000
Landkreise								
Eichsfeld	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000
Nordhausen	28.000.000	28.000.000	28.000.000	28.000.000	28.000.000	25.000.000	22.900.000	23.000.000
Wartburgkreis	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	35.000.000	35.000.000	35.000.000	35.000.000	30.000.000	30.000.000	30.000.000
Kyffhäuserkreis	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000
Schmalkalden-Meiningen	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Gotha	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000	15.000.000
Sömmerda	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000
Hildburghausen	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	13.000.000	13.000.000	13.000.000
Ilm-Kreis	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000	16.000.000
Weimarer Land	14.000.000	15.000.000	19.000.000	18.000.000	18.000.000	18.000.000	18.000.000	19.000.000
Sonneberg	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	10.500.000	10.500.000
Saalfeld-Rudolstadt	20.045.000	20.640.000	22.522.625	22.446.000	22.104.150	22.064.800	23.428.700	23.604.408
Saale-Holzlandkreis	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000	8.000.000
Saale-Orla-Kreis	15.512.200	15.398.350	17.794.341	16.567.483	16.584.000	16.856.000	17.100.000	18.351.717
Greiz	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000	10.000.000
Altenburger Land	8.500.000	8.500.000	8.500.000	8.500.000	8.500.000	8.500.000	8.500.000	8.500.000
Städte und Gemeinden								
Eichsfeldkreis								
Am Ohmberg	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Arenshausen	150.000	150.000	150.000	200.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Asbach/Sickenberg	16.000	16.000	20.000	16.500	17.500	17.700	23.500	20.100
Berlingerode	282.600	285.500	293.700	315.000	384.100	427.300	393.000	406.300
Bernterode - HIG	30.000	30.000	33.000	120.000	150.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Birkenfelde	200.000	200.000	250.000	500.000	500.000	500.000	107.300	113.700
Bodenrode-Westhausen	400.000	204.100	204.900	214.900	400.000	400.000	400.000	250.000
Bornhagen	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000
Brehme	189.100	220.700	255.600	267.000	284.600	288.250	286.880	282.700
Breitenworbis	520.000	580.000	579.000	619.000	650.000	650.000	710.000	786.000
Buhla	82.000	82.000	82.000	82.000	84.000	86.000	89.000	90.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Burgwalde	43.000	45.000	45.000	45.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Büttstedt	160.000	200.000	200.000	240.000	240.000	239.500	197.100	239.000
Deuna mit Vollenborn	215.000	185.000	215.000	235.000	255.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Dieterode	14.000	13.400	13.000	13.000	13.000	15.000	15.000	24.000
Dietzenrode/Vatterode	17.800	30.000	21.000	100.000	25.500	50.000	28.500	32.200
Dingelstädt, Stadt	1.140.000	1.078.000	1.106.000	1.089.000	1.100.000	1.735.000	1.881.500	1.900.000
Ecklingerode	86.233	99.200	109.000	112.000	114.300	119.000	150.800	173.700
Effelder	150.000	200.000	200.000	150.000	150.000	260.000	286.700	307.400
Eichstruth	12.300	11.600	13.000	15.600	17.000	15.800	16.500	19.300
Ferna	79.266	71.600	91.500	93.700	99.300	97.900	112.100	120.316
Freienhagen	39.000	38.000	39.000	80.000	48.000	48.000	48.000	48.000
Fretterode	25.000	25.000	25.000	25.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Geisleden	300.000	400.000	400.000	300.000	175.000	170.000	170.000	150.000
Geismar	150.000	250.000	250.000	200.000	400.000	400.000	350.000	240.000
Gerbershausen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Gernrode	240.000	240.000	240.000	260.000	277.000	295.000	300.000	300.000
Gerterode	50.000	50.000	50.000	55.000	55.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Glasehausen	50.000	25.000	200.000	26.100	24.400	24.400	28.000	28.000
Großbartloff	110.000	140.000	140.000	150.000	163.000	250.000	300.000	400.000
Hausen	65.000	65.000	65.000	65.000	70.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Haynrode	112.000	400.000	400.000	250.000	129.000	131.500	135.000	160.000
Heilbad Heiligenstadt	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Helmsdorf	85.500	92.900	99.200	99.600	102.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Heuthen	300.000	500.000	400.000	500.000	400.000	155.000	350.000	350.000
Hohengandern	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Hohes Kreuz	500.000	600.000	500.000	200.000	300.000	200.000	250.000	100.000
Hundeshagen	158.466	167.200	165.000	161.500	174.480	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kallmerode	86.300	88.400	95.600	101.200	104.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kefferhausen	119.500	111.500	127.400	129.700	130.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kella	60.000	60.000	70.000	70.000	78.000	145.000	85.000	85.000
Kirchgandern	150.000	150.000	150.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Kirchworbis	200.000	200.000	210.000	210.000	230.000	250.000	266.000	255.000
Kleinbartloff	75.000	75.000	100.000	95.000	100.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kreuzebra	130.000	124.000	144.000	137.300	134.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Krombach	28.800	30.000	40.000	36.000	27.000	29.000	29.000	35.000
Küllstedt	50.000	150.000	150.000	250.000	250.000	500.000	500.000	500.000
Leinefelde-Worbis	3.500.000	4.000.000	4.200.000	4.500.000	4.400.000	4.400.000	4.956.000	5.448.000
Lenterode	49.000	52.000	53.000	53.000	58.100	60.000	59.700	71.500
Lindewerra	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	45.000	45.000
Lutter	100.000	400.000	400.000	800.000	200.000	500.000	123.700	140.800

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Mackenrode	48.500	49.200	51.100	50.800	59.700	62.400	63.800	73.300
Marth	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Niederorschel	690.000	690.000	710.000	730.000	780.000	1.625.000	1.530.000	1.470.000
Pfaffschwende	70.000	77.000	120.000	200.000	120.000	110.000	140.000	130.000
Reinholterode	400.000	500.000	500.000	500.000	166.000	150.000	180.000	100.000
Rohrberg	38.000	30.700	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000
Röhrig	31.500	38.000	35.500	36.600	32.100	35.200	36.900	47.400
Rustenfelde	85.000	85.000	85.000	85.000	185.000	185.000	185.000	100.000
Schachtebich	80.000	80.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Schimberg	670.000	600.000	350.000	400.000	700.000	700.000	450.000	450.000
Schönhagen	27.600	34.700	33.800	31.600	41.900	35.000	36.200	32.000
Schwobfeld	14.800	15.000	14.000	125.000	14.000	16.000	18.000	20.000
Sickerode	20.000	23.000	26.000	125.000	110.000	35.000	35.000	35.000
Silberhausen	114.700	105.700	116.000	112.900	115.800	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Sonnenstein	600.000	600.000	600.000	600.000	900.000	900.000	900.000	900.000
Steinbach	400.000	112.200	113.100	500.000	500.000	300.000	125.000	120.000
Steinheuterode	30.000	200.000	250.000	300.000	100.000	58.900	69.600	80.900
Tastungen	34.150	34.100	35.300	34.800	34.600	37.750	37.066	47.233
Teistungen	420.000	400.500	430.500	438.100	495.300	437.900	565.800	650.500
Thalwenden	76.800	78.000	78.000	79.500	77.900	80.000	78.000	100.000
Uder	495.000	500.000	500.000	800.000	1.500.000	613.200	634.600	690.100
Volkerode	31.000	32.500	32.000	35.000	36.000	37.000	40.000	50.000
Wachstedt	80.000	100.000	100.000	110.000	121.500	250.000	250.000	169.900
Wahlhausen	60.000	60.000	50.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Wehnde	48.833	55.800	57.800	61.400	65.400	60.300	76.950	73.966
Wiesenfeld	29.700	31.000	31.000	175.000	34.000	35.000	40.000	40.000
Wingerode	450.000	400.000	400.000	236.050	249.000	249.000	249.000	200.000
Wüstheuterode	162.000	151.000	164.000	185.000	500.000	500.000	226.500	500.000
Landkreis Nordhausen								
Bleicherode, Stadt	1.400.000	kein Haushalt	kein Haushalt	1.450.000	1.580.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bleicherode, Stadt	-	-	-	-	-	3.372.000	2.745.000	3.372.000
Buchholz	kein Haushalt	37.850	39.850	41.400	42.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ellrich, Stadt	1.064.000	1.106.000	1.159.000	1.207.000	1.234.300	1.262.700	1.290.200	1.459.800
Etzelsrode	10.000	10.000	10.000	15.000	16.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Friedrichsthal	30.000	35.000	35.000	35.000	35.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Görsbach	200.000	200.000	190.000	208.000	230.000	230.000	230.000	245.000
Großlohra	163.730	168.550	170.666	183.550	184.750	196.316	199.500	200.000
Hainrode/Hainleite	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	88.716	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Harzungen	32.950	35.400	34.400	35.950	34.900	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Herrmannsacker	kein Haushalt	73.200	69.450	75.200	77.300	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Kehmstedt	75.000	85.000	80.000	75.000	85.000	85.000	99.533	90.000
Kleinbodungen	90.000	90.000	85.000	85.000	85.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kleinfurra	193.530	191.000	195.366	481.883	193.866	200.833	199.466	200.000
Kraja	40.000	45.000	45.000	45.000	45.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Lipprechterode	75.000	75.000	75.000	75.000	80.000	85.000	101.050	90.000
Neustadt/Harz	kein Haushalt	kein Haushalt	217.500	230.800	253.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Niedergebra	140.000	140.000	140.000	150.000	160.000	165.000	192.866	195.000
Nohra	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	156.266	155.350	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Nordhausen, Stadt	10.700.000	kein Haushalt	15.000.000	11.236.432	11.000.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000
Sollstedt	538.000	526.000	539.000	572.000	581.000	604.000	606.000	610.000
Urbach	175.000	170.000	165.000	180.000	200.000	235.000	210.000	kein Haushalt
Wipperdorf	283.783	242.283	467.900	kein Haushalt	243.100	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wolkramshausen	kein Haushalt	kein Haushalt	267.116	217.366	245.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hohenstein	250.000	250.000	250.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
Werther	670.000	670.000	670.000	690.000	690.000	720.000	720.000	800.000
Heringen/Helme, Stadt	1.242.000	1.055.000	1.070.000	1.100.000	1.145.000	1.180.000	1.230.000	1.265.000
Harztor	939.800	956.300	1.065.900	1.132.400	1.089.000	1.658.300	1.814.400	1.806.000
Wartburgkreis								
Bad Salzungen	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	5.000.000	5.500.000	6.500.000
Moorgrund	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	Neugliederung
Ettenhausen a. d. Suhl	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Frauensee	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Tiefenort	200.000	700.000	500.000	500.000	500.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Barchfeld-Immelborn	700.000	700.000	700.000	700.000	800.000	900.000	900.000	900.000
Berka v.d.Hainich	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000
Bischofroda	160.000	160.000	160.000	160.000	160.000	200.000	200.000	200.000
Buttlar	218.000	216.000	225.000	230.000	249.000	300.000	300.000	300.000
Dermbach	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000
Stadtlengsfeld	370.000	370.000	370.000	370.000	450.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Brunnhartshausen	50.000	50.000	50.000	60.000	60.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Diedorf	97.900	100.900	104.300	102.700	114.100	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Neidhartshausen	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Urnshausen	150.000	160.000	160.000	160.000	160.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Zella	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Empfertshausen	121.000	125.000	136.000	157.000	170.100	158.600	140.000	140.000
Frankenroda	35.000	35.000	35.000	54.000	45.000	45.000	45.000	45.000
Geisa	2.804.300	1.090.000	1.227.000	1.200.000	1.220.000	1.270.000	1.280.000	1.240.000
Gerstengrund	12.000	16.000	13.000	15.000	14.000	17.000	17.000	17.000
Hallungen	30.000	36.750	30.000	30.000	35.000	35.000	35.000	35.000
Kaltennordheim	695.000	734.000	762.000	798.000	817.800	848.000	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Krauthausen	100.000	200.000	300.000	300.000	300.000	300.000	670.000	670.000
Lauterbach	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Leimbach	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Nazza	90.000	90.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Oechsen	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Ruhla	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Schleid	145.000	162.000	180.000	180.000	195.000	205.000	290.000	235.000
Seebach	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Treffurt	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Ifta	60.000	100.000	100.000	100.000	100.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Unterbreizbach	50.000	100.000	100.000	100.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Vacha	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Weilar	150.000	150.000	150.000	150.000	165.000	165.000	165.000	165.000
Wiesenthal	135.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000
Wutha-Farnroda	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000
Gerstungen	700.000	700.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Marksuhl	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wolfsburg-Unkeroda	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hörselberg-Hainich	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Bad Liebenstein	1.630.000	1.630.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000	1.800.000
Krayenberggemeinde	280.000	280.000	280.000	280.000	1.200.000	800.000	800.000	800.000
Werra-Suhl-Tal	-	-	-	-	-	1.300.000	1.300.000	1.300.000
Berka/Werra	750.000	750.000	750.000	750.000	819.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Dankmarshausen	200.000	200.000	215.000	221.000	209.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Dippach	159.000	162.000	182.000	195.800	270.800	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Großensee	32.700	32.400	35.000	35.000	39.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Amt Creuzburg	-	-	-	-	-	-	600.000	750.000
Ebenshausen	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	Neugliederung	Neugliederung
Mihla	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	Neugliederung	Neugliederung
Stadt Creuzburg	150.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	Neugliederung	Neugliederung
Unstrut-Hainich-Kreis								
Altengottern	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bad Langensalza, Stadt	3.000.000	kein Haushalt	4.000.000	4.000.000	4.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
Bad Tennstedt, Stadt	440.000	450.000	460.000	541.000	573.000	614.600	652.100	659.700
Ballhausen	158.200	151.000	155.000	163.000	172.800	199.400	199.000	191.400
Blankenburg	27.700	31.100	30.700	32.500	30.700	30.700	32.000	38.400
Bothenheilingen	91.600	kein Haushalt	99.200	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung
Bruchstedt	52.000	49.000	51.800	52.900	57.500	56.300	53.700	58.700
Dünwald	429.600	444.950	443.400	498.300	486.050	kein Haushalt	kein Haushalt	590.916
Flarchheim	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Großengottern	450.000	450.000	500.000	500.000	500.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Großvargula	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
Haussömmern	35.800	38.300	39.400	41.900	43.200	49.700	51.100	61.900
Herbsleben	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	800.000
Heroldishausen	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	30.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hornsömmern	23.700	30.500	23.800	30.500	33.000	34.000	37.400	46.100
Issersheilingen	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung
Kammerforst	134.000	130.000	130.000	127.000	120.000	120.000	130.000	130.000
Kirchheilingen	200.000	207.000	198.000	211.300	214.400	233.600	251.600	252.900
Kleinwelsbach	23.100	24.000	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	23.200	Neugliederung	Neugliederung
Klettstedt	39.000	37.100	40.300	46.300	47.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Körner	378.000	374.000	357.000	360.000	358.000	368.000	400.000	410.000
Kutzleben	100.000	99.000	103.700	105.700	114.000	150.100	133.300	140.900
Marolterode	77.000	72.000	75.000	kein Haushalt	kein Haushalt	90.000	71.000	77.200
Mittelsömmern	51.900	53.300	55.200	59.000	69.300	77.200	82.400	91.100
Mühlhausen/Thür, Stadt	4.000.000	8.200.000	8.400.000	8.400.000	8.400.000	8.400.000	8.400.000	8.400.000
Mülverstedt	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Neunheilingen	80.100	100.000	98.000	98.000	103.000	103.000	Neugliederung	Neugliederung
Obermehler	kein Haushalt	kein Haushalt	540.000	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung
Oppershausen	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	45.000	50.000
Rodeberg	425.000	430.000	430.000	460.000	480.000	500.000	539.700	555.000
Schlotheim, Stadt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung
Schönstedt	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Sundhausen	kein Haushalt	76.700	75.000	83.000	93.100	90.400	93.500	105.200
Tottleben	24.000	23.900	23.700	26.400	28.600	28.400	200.000	29.400
Urleben	66.000	70.000	71.000	71.500	75.800	78.200	72.700	81.700
Weberstedt	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Weinbergen	450.000	450.000	450.000	500.000	500.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Unstruttal	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Menteroda	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Anrode	kein Haushalt	kein Haushalt	635.000	620.000	730.000	810.000	840.000	775.000
Südeichsfeld	800.000	800.000	800.000	800.000	1.000.000	1.400.000	1.500.000	1.500.000
Vogtei	500.000	800.000	600.000	875.000	900.000	900.000	900.000	900.000
Unstrut-Hainich	-	-	-	-	-	750.000	750.000	750.000
Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	-	-	-	-	-	-	1.500.000	1.450.000
Kyffhäuserkreis								
Abtsbessingen	kein Haushalt	77.000	80.000	90.000	94.000	90.400	kein Haushalt	kein Haushalt
Artern/Unstrut, Stadt	1.100.000	kein Haushalt	1.100.000	1.300.000	1.350.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bad Frankenhausen	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Bellstedt		21.800	25.400	26.700	27.900	29.400	43.200	42.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Borxleben	40.000	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	55.000	55.600	58.500
Bretleben	74.300	80.950	78.000	75.300	77.300	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Clingen, Stadt	164.500	178.800	168.000	173.000	186.200	200.000	200.000	200.000
Donndorf	208.100		238.400	146.000	157.700	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ebeleben, Stadt	593.000	630.000	665.000	652.000	690.000	679.000	707.000	810.000
Etzleben	39.300	40.400	37.800	38.500	39.550	40.800	39.900	52.150
Freienbessingen	kein Haushalt	33.500	29.800	29.500	29.350	33.200	50.000	58.000
Gehofen	100.000	kein Haushalt	120.000	100.000	100.000	100.000	118.900	130.400
Gorsleben	kein Haushalt	81.850	kein Haushalt	kein Haushalt	82.100	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Greußen, Stadt	728.000	702.800		780.000	790.000	800.000	800.000	Neugliederung
Hauteroda	115.800	75.950	75.350	kein Haushalt	76.550	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Helbedündorf	150.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Heldrungen, Stadt	398.600	410.700	kein Haushalt	438.500	436.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hemleben	31.300	31.000	31.700	32.400	34.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Heygendorf	kein Haushalt	kein Haushalt	110.000	kein Haushalt	105.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Holzsußra	43.000	46.000	49.000	44.500	47.600	48.900	51.400	59.500
Ichstedt	100.000	100.000	100.000	103.000	110.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kalbsrieth	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	110.000	128.000	137.500	139.300
Mönchpf.-Nikolausrieth	54.000	59.000	56.000	60.000	54.000	kein Haushalt	47.000	52.200
Nausitz	kein Haushalt	40.000	kein Haushalt	33.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Niederbösa		29.200	23.800	23.300	26.000	25.700	30.000	30.000
Oberbösa	70.400	74.000	75.000	71.000	69.000	76.000	kein Haushalt	50.000
Oberheldrungen	166.500	154.900	159.000	159.000	168.000	162.950	176.900	181.050
Oldisleben	343.600	352.000	367.000	354.800	371.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Reinsdorf	kein Haushalt	kein Haushalt	125.000	135.000	145.000	145.000	153.900	162.400
Ringleben	165.000	kein Haushalt	kein Haushalt	165.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Rockstedt	50.000	51.500	52.500	53.000	57.000	55.900	71.200	80.100
Roßleben, Stadt	800.000	1.120.000	1.000.000	980.000	970.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Sondershausen, Stadt	kein Haushalt	kein Haushalt	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Thüringenhausen	kein Haushalt	kein Haushalt	16.600	17.500	19.300	20.500	Neugliederung	Neugliederung
Topfstedt	93.700	97.700	96.000	100.500	102.800	106.000	100.000	90.000
Trebra	44.000	48.500	51.200	53.200	51.000	51.000	50.000	40.000
Voigtstedt	kein Haushalt	kein Haushalt	170.000	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wasserthaleben	72.000	68.000	77.500	72.400	78.200	79.400	82.800	82.800
Westgreußen	52.000	58.600	54.400	55.000	61.100	61.500	68.000	70.000
Wiehe, Stadt	kein Haushalt	kein Haushalt	540.900	498.600	518.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wolferschwenda	23.300	24.500	25.500	27.000	27.200	26.900	25.900	Neugliederung
Großenehrich, Stadt		506.150	530.000	500.000	500.000	500.000	530.000	Neugliederung
Kyffhäuserland	700.000	720.000	720.000	720.000	720.000	720.000	720.000	720.000
Artern/Unstrut, Stadt	-	-	-	-	-	2.048.000	1.852.900	1.842.600

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Roßleben-Wiehe, Stadt	-	-	-	-	-	2.000.000	1.900.000	1.800.000
An der Schmücke, Stadt	-	-	-	-	-	1.409.800	1.354.400	1.330.000
Greußen, Stadt	-	-	-	-	-	-	-	1.000.000
Landkreis Schmalkalden-Meiningen								
Altersbach	80.000	80.000	85.000	89.000	90.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Aschenhausen	20.000	20.000	20.000	18.950	19.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Belrieth	65.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Benshausen	100.000	100.000	300.000	400.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bermbach	99.000	108.000	108.000	110.000	115.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Birx	25.000	28.000	28.000	28.000	26.000	24.000	25.000	30.000
Breitungen	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000	500.000
Christes	114.600	98.000	100.000	95.000	97.000	97.000	110.000	110.000
Dillstädt	kein Haushalt	150.000	140.000	140.000	140.000	150.000	153.000	150.000
Einhausen	75.000	75.000	75.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
Ellingshausen	33.000	kein Haushalt	kein Haushalt	33.000	35.000	30.000	30.000	30.000
Erbenhausen	80.000	90.000	161.700	94.300	100.000	104.000	110.000	115.000
Fambach	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	300.000
Floh-Seligenthal	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Frankenheim	170.000	180.000	180.000	190.000	192.000	210.700	220.000	239.000
Friedelshausen	59.900	57.000	56.000	64.900	53.200	52.000	60.000	65.000
Henneberg	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hümpfershausen	73.400	76.900	83.800	77.700	82.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kaltensundheim	160.000	160.000	180.000	180.000	190.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kaltenwestheim	150.000	350.000	200.000	167.000	180.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kühndorf	155.000	155.000	165.000	165.000	160.000	170.000	170.000	190.000
Leutersdorf	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	35.000
Mehmels	54.000	55.900	57.300	59.400	60.400	57.400	68.000	60.000
Meiningen	3.000.000	3.000.000	3.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000
Melpers	12.000	14.000	60.000	14.400	15.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Metzels	127.700	116.500	117.300	115.700	120.900	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Neubrunn	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	150.000
Oberhof	kein Haushalt	1.200.000	kein Haushalt	kein Haushalt	774.400	679.600	631.200	695.920
Oberkatz	50.000	45.000	45.000	40.000	37.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Obermaßfeld-Grimmenthal	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	260.000
Oberschönau	138.000	135.000	142.000	139.000	155.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Oberweid	90.000	85.000	250.000	300.000	124.000	105.000	108.000	105.000
Oepfershausen	80.200	80.000	51.000	81.500	92.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Rippershausen	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Ritschenhausen	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	100.000
Rohr	160.300	174.000	175.000	170.000	170.000	180.000	190.000	190.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Rosa	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	100.000
Roßdorf	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
Rotterode	130.000	128.000	132.000	140.000	140.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schmalkalden	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.500.000	2.500.000
Schwallungen	452.250	421.700	413.025	424.000	420.700	451.340	456.375	487.600
Schwarza	211.000	220.000	220.000	240.000	260.000	270.000	256.000	260.000
Springstille	100.000	100.000	140.000	160.000	160.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Steinbach-Hallenberg	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.000.000	2.300.000	2.300.000
Stepfershausen	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung
Sülzfeld	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	175.000	175.000
Brotterode-Trusetal	1.000.000	1.370.000	1.700.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000
Unterkatz	69.900	75.200	77.000	77.000	77.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Untermaßfeld	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
Unterschönau	60.000	60.000	70.000	75.000	75.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Unterweid	70.000	70.000	120.000	71.225	77.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Utendorf	70.000	87.000	75.000	74.000	75.000	75.000	89.000	92.000
Vachdorf	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
Viernau	360.000	335.000	348.000	385.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wahns	250.000	88.000	88.500	88.000	91.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wallbach	76.190	79.700	82.100	90.300	87.450	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Walldorf	430.050	438.700	450.000	473.600	469.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wasungen	658.400	677.400	659.600	704.400	865.500	1.480.500	1.422.700	1.524.900
Wölfershausen	50.000	50.000	61.300	50.000	50.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Zella-Mehlis	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	3.000.000	3.000.000
Rhönblick	440.000	440.000	440.000	440.000	440.000	440.000	kein Haushalt	kein Haushalt
Grabfeld	1.005.200	1.034.000	1.056.000	1.069.000	1.114.000	1.408.000	1.285.100	1.296.900
Kaltennordheim	695.000	734.000	762.000	798.000	817.800	1.515.000	1.354.000	1.479.000
Landkreis Gotha								
Ballstädt	277.445	kein Haushalt	153.800	161.800	160.300	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bienstädt	110.000	110.000	118.000	121.000	124.000	137.000	154.000	160.000
Brüheim	73.700	76.000	75.500	77.200	83.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bufleben	187.400	193.200	kein Haushalt	kein Haushalt	242.100	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Crawinkel	160.000	160.000	160.000	240.000	240.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Dachwig	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	40.000
Döllstädt	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	40.000	40.000
Emleben	250.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	350.000
Eschenbergen	115.000	119.000	125.000	130.000	130.000	140.000	140.000	169.000
Friedrichroda	1.471.450	1.520.350	1.733.600	1.752.300	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000
Friedrichswerth	kein Haushalt	94.000	93.000	92.900	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Friemar	190.000	190.000	190.000	206.000	216.000	227.000	230.000	240.000
Georgenthal	530.000	590.000	600.000	630.000	630.000	670.000	Neugliederung	Neugliederung
Gierstädt	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	40.000	40.000
Goldbach	294.180	313.500	314.500	323.000	328.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gotha	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000	4.600.000	7.500.000
Gräfenhain	95.000	110.000	110.000	160.000	160.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Großfahner	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	30.000	30.000
Haina	kein Haushalt	kein Haushalt	253.100	130.300	120.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Herrenhof	190.000	200.000	230.000	230.000	230.000	280.000	280.000	270.000
Hochheim	98.600	101.000	104.300	114.600	108.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hohenkirchen	120.000	130.000	130.000	130.000	150.000	150.000	Neugliederung	Neugliederung
Luisenthal	110.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000	180.000
Molschleben	174.000	175.000	177.000	179.000	180.000	185.000	196.000	210.000
Nottleben	69.000	75.000	78.000	72.000	78.000	80.000	80.000	89.000
Ohrdruf	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Petriroda	57.000	58.000	kein Haushalt	56.000	56.000	50.000	Neugliederung	Neugliederung
Pferdingsleben	72.000	72.000	73.000	72.000	74.000	73.000	71.000	90.000
Remstädt	151.000	171.000	175.300	182.200	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schwabhausen	230.000	280.000	280.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Sonneborn	298.700	372.000	379.000	403.900	kein Haushalt	490.000	343.000	347.000
(Bad) Tabarz	kein Haushalt	kein Haushalt	906.800	1.070.000	1.150.000	1.100.000	1.380.000	1.540.000
Tambach-Dietharz	740.000	750.000	750.000	750.000	800.000	800.000	900.000	1.000.000
Tonna	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Tröchtelborn	47.000	48.000	75.000	47.000	53.000	54.000	58.000	69.000
Tüttleben	150.000	15.000	150.000	160.000	171.000	191.000	190.000	220.000
Waltershausen	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000
Wangenheim	125.500	126.500	120.200	129.200	139.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Warza	156.700	163.500	178.160	222.400	185.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Westhausen	125.300	kein Haushalt	121.600	178.700	139.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wölfis	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	250.000	250.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Zimmernsupra	47.000	47.000	45.000	52.000	54.000	52.000	60.000	72.000
Leinatal	445.000	650.000	650.000	650.000	650.000	650.000	Neugliederung	Neugliederung
Günthersleben-Wechmar	660.000	660.000	670.000	670.000	700.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Drei Gleichen	1.000.000	1.000.000	1.000.000	100.000	1.000.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Nesse-Apfelstädt	1.100.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.450.000	1.500.000	1.500.000
Hörsel	900.000	900.000	930.000	930.000	900.000	900.000	900.000	900.000
Drei Gleichen (LG)	-	-	-	-	-	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Nessetal	-	-	-	-	-	2.038.000	1.880.000	1.970.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Georgenthal (LG)	-	-	-	-	-	-	2.000.000	1.700.000
Landkreis Sömmerda								
Alperstedt	156.041	174.641	187.341	203.731	220.000	237.983	258.445	289.925
Andisleben	kein Haushalt	106.000	102.000	102.000	102.000	102.000	102.000	102.000
Beichlingen	98.000	90.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bilzingsleben (doppisch)	85.000	90.000	90.000	92.000	89.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Büchel (doppisch)	35.000	38.000	38.000	39.000	41.000	212.000	215.000	217.000
Eckstedt	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Ellersleben	58.000	57.000	59.000	62.000	55.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Elxleben	650.000	650.000	808.600	818.000	845.000	874.000	879.000	874.000
Eßleben-Teutleben	50.000	53.000	57.000	60.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Frömmstedt (doppisch)	66.000	kein Haushalt	kein Haushalt	89.000	99.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gangloffsömmern	190.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	230.000	240.000
Gebesee, Stadt	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000	420.000	490.000	460.000
Griefstedt (doppisch)	kein Haushalt	kein Haushalt	42.000	43.000	kein Haushalt	40.000	40.000	40.000
Großbrembach	121.000	128.000	124.000	70.000	122.000	Neugliederung	C	Neugliederung
Großmölsen	38.362	40.848	41.090	41.694	45.036	47.485	59.101	54.960
Großneuhausen	100.000	100.000	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Großrudestedt	349.671	349.837	359.419	374.840	381.357	407.211	429.532	438.665
Günstedt (doppisch)	90.000	114.000	121.000	99.000	150.000	123.000	129.000	120.000
Guthmannshausen	kein Haushalt	148.000	150.000	145.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hardisleben	118.000	121.000	105.000	110.000	109.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Haßleben	170.000	175.000	180.000	180.000	180.000	190.000	190.000	200.000
Henschleben	45.000	55.000	60.000	55.000	60.000	62.000	Neugliederung	Neugliederung
Herrnschwende (doppisch)	kein Haushalt	40.000	40.000	40.000	47.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kannawurf (doppisch)	102.000	200.000	111.000	108.000	113.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kindelbrück (doppisch)	354.500	299.000	354.500	292.000	286.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kindelbrück, Landgemeinde (doppisch	-	-	-	-	-	725.000	639.000	678.000
Kleinbrembach	65.000	66.000	56.000	61.000	61.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kleinmölsen	61.846	60.240	61.167	63.572	62.944	60.382	61.059	66.993
Kleinneuhausen	50.000	50.000	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
Kölleda, Stadt	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
Mannstedt	60.000	64.000	73.000	71.000	68.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Markvippach	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	60.000
Nöda	174.441	178.703	191.873	186.975	186.248	188.890	196.038	218.581
Olbersleben	176.000	184.000	149.500	158.900	170.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ollendorf	83.397	90.485	96.016	94.125	103.716	105.230	119.984	119.592
Ostramondra	100.000	95.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Rastenberg, Stadt	500.000	450.000	450.000	480.000	480.000	480.000	480.000	480.000
Riethgen (doppisch)	33.000	kein Haushalt	33.800	33.000	37.000	38.000	38.000	165.000
Riethnordhausen	170.000	180.000	185.000	195.000	200.000	200.000	240.000	240.000
Ringleben	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	105.000	105.000	105.000
Rudersdorf	62.500	65.000	65.500	64.700	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schillingstedt	30.000	150.000	100.000	30.000	30.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schloßvippach	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	400.000
Schwerstedt	90.000	90.000	100.000	100.000	100.000	110.000	110.000	130.000
Sömmerda, Stadt	750.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.500.000
Sprötau	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
Straußfurt	350.000	350.000	390.000	400.000	420.000	440.000	550.000	525.000
Udestedt	182.468	193.820	190.626	186.869	190.198	192.075	197.028	203.609
Vogelsberg	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Walschleben	800.000	800.000	420.000	420.000	420.000	420.000	470.000	470.000
Weißensee, Stadt	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000
Werningshausen	100.000	110.000	105.000	110.000	110.000	112.000	120.000	130.000
Witterda	237.000	229.000	235.000	235.000	324.500	256.000	287.000	294.000
Wundersleben	110.000	110.000	115.000	110.000	110.000	130.000	125.000	125.000
Buttstädt, Stadt	581.000	603.000	616.000	629.000	684.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Buttstädt, Landgemeinde	-	-	-	-	-	1.813.000	1.565.100	1.877.200
Landkreis Hildburghausen								
Auengrund	629.950	629.500	654.950	752.200	828.900	1.010.750	936.000	1.012.300
Brünn/Thür.	69.300	68.000	72.550	80.225	86.700	86.100	82.900	88.600
Eisfeld, Stadt	1.000.000	1.000.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
Sachsenbrunn ab 2019 Eisfeld	380.000	40.000	400.000	400.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hildburghausen, Stadt	2.800.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.700.000
Masserberg	718.000	620.000	705.000	600.000	625.000	620.000	690.000	800.000
Römhild, Stadt	1.342.383	1.498.383	1.570.000	1.600.000	1.600.000	1.700.000	1.800.000	1.800.000
Schleusegrund	638.500	680.700	645.200	667.200	679.800	703.675	754.283	733.075
Schleusingen, Stadt	500.000	500.000	500.000	500.000	400.000	400.000	400.000	400.000
Nahetal	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
St. Kilian	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Veilsdorf	200.000	200.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Ahlstädt	20.000	24.000	22.500	26.000	27.500	0	20.000	0
Beinerstadt	50.000	54.000	55.500	56.500	56.000	58.500	60.000	60.000
Bischofrod	30.500	34.500	33.500	32.500	34.200	33.599	34.000	40.000
Dingsleben	40.000	39.500	39.400	43.600	42.000	46.500	45.000	55.000
Ehrenberg	22.000	22.500	25.000	28.000	26.500	27.000	27.600	38.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Eichenberg	36.500	34.000	33.000	32.000	37.000	37.000	40.000	40.000
Grimmelshausen	27.500	28.500	32.000	33.300	34.500	34.400	34.500	33.000
Grub	65.000	35.000	33.500	30.500	37.500	36.500	36.200	45.000
Henfstädt	52.000	59.500	53.000	57.000	57.000	59.000	58.000	66.000
Kloster Veßra	51.500	51.500	51.000	51.500	46.000	46.000	50.000	60.000
Lengfeld	97.000	104.000	104.000	103.000	107.000	111.500	111.850	111.000
Marisfeld	70.000	80.000	82.500	76.500	77.700	77.950	80.000	90.000
Oberstadt	97.000	107.000	106.000	100.300	118.000	119.500	121.350	118.200
Reurieth	170.000	178.000	170.000	193.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Schmeheim	58.000	54.500	60.000	53.000	53.500	52.600	49.700	57.500
St.Bernhard	55.000	58.500	59.000	59.500	60.500	60.500	60.500	90.000
Themar, Stadt	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Bad Colberg- Heldburg	506.200	506.600	586.900	574.800	614.400	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gompertshausen	87.900	89.200	9.300	93.200	95.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hellingen	264.200	261.700	272.600	272.100	291.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Heldburg, Stadt	-	-	-	-	-	1.088.900	1.010.000	1.093.000
Straufhain	250.000	250.000	570.700	548.300	181.100	593.400	613.700	839.700
Schlechtsart	34.600	26.600	26.600	28.000	28.100	28.100	24.300	35.100
Schweickershausen	35.800	31.900	36.800	kein Haushalt	28.400	24.000	25.800	33.100
Ummerstadt, Stadt	124.300	132.600	135.300	157.400	151.600	155.000	240.000	156.300
Westhausen	133.100	140.500	143.000	143.500	147.100	154.400	170.100	174.000
Ilm-Kreis								
Alkersleben	38.000	38.000	38.000	40.000	40.000	40.000	40.000	200.000
Altenfeld	300.000	195.000	270.000	220.000	220.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Angelroda	59.300	55.000	58.000	58.400	65.000	70.300	Neugliederung	Neugliederung
Arnstadt	5.500.000	k.A.	5.800.000	7.020.000	6.280.000	7.333.000	7.645.000	7.655.000
Böhlen	123.500	150.000	125.000	110.000	110.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Bösleben-Wülllersl.	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
Dornheim	70.000	70.000	70.000	70.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Elgersburg	165.600	174.700	210.000	244.500	231.100	248.700	277.200	310.800
Elleben	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	160.000	175.000
Elxleben	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Frankenhain	112.900	113.700	kein Haushalt	129.600	135.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Frauenwald	177.600	163.200	161.600	kein Haushalt	171.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Friedersdorf	kein Haushalt	100.000	42.000	34.800	k.A.	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gehlberg	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	96.950	96.341	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gehren	776.600	784.900	797.250	780.500	803.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Geraberg	424.000	428.200	439.300	458.700	494.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Geschwenda	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	405.400	446.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gillersdorf	49.000	45.000	53.000	52.700	48.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gossel	71.800	71.700	76.500	75.200	75.900	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gräfenroda	565.200	628.200	630.000	625.900	672.050	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Großbreitenbach	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000
Herschdorf	134.000	148.200	149.250	148.150	144.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Amt Wachsenburg	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	3.000.000	3.000.000
Ilmenau	1.700.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000
Kirchheim	200.000	220.000	220.000	230.000	230.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Langewiesen	100.000	100.000	100.000	100.000	750.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Liebenstein	60.900	kein Haushalt	57.900	57.500	59.200	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Martinroda	143.300	150.200	159.800	177.000	197.600	191.300	282.900	250.000
Neusiß	30.200	35.400	40.900	41.200	40.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Neustadt	134.000	kein Haushalt	174.480	174.100	204.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Osthausen-Wülfersh.	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	100.000	100.000
Pennewitz	70.300	72.600	72.900	80.400	95.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Plaue	326.400	347.000	347.900	380.800	395.100	459.125	474.900	425.000
Rockhausen	30.000	30.000	30.000	40.000	30.000	30.000	Neugliederung	Neugliederung
Schmiedefeld	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Stadtilm	600.000	800.000	800.000	900.000	900.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Stützerbach	211.400	212.000	221.100	212.200	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wildenspring	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	100.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Wipfratal	475.000	475.000	475.000	475.000	475.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Witzleben	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000	95.000
Wolfsberg	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ilmtal	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Geratal	-	-	-	-	-	2.334.000	2.200.000	2.200.000
Landkreis Weimarer Land								
Apolda	3.700.000	5.300.000	5.650.000	5.680.000	5.350.000	5.350.000	5.350.000	5.350.000
Bad Berka	1.000.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Bad Sulza	1.258.475	1.272.900	1.422.850	1.426.058	1.499.040	1.684.490	2.288.040	2.349.100
Ballstedt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	45.000	55.000	59.400	65.900
Bechstedtstraß	50.200	48.283	51.933	58.816	61.000	60.000	Neugliederung	Neugliederung
Berlstedt	200.000	400.000	400.000	400.000	490.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Blankenhain	1.630.000	1.630.000	1.630.000	159.000	1.690.000	1.500.000	5.600.000	4.376.906
Buchfart	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Buttelstedt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	288.000	300.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Daasdorf am Berge	39.967	47.150	49.400	51.133	50.700	60.500	Neugliederung	Neugliederung
Döbritschen	kein Haushalt	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	50.000	50.000
Eberstedt	31.250	31.970	43.000	37.440	39.330	44.260	45.350	53.600
Ettersburg	70.000	75.000	75.000	80.000	90.000	119.000	126.300	153.900

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Frankendorf	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	20.000	50.000	40.000
Großheringen	350.000	500.000	950.000	1.155.200	1.262.000	1.442.300	1.602.900	1.000.000
Großobringen	350.000	170.000	159.000	163.000	180.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Großschwabhausen	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Hammerstedt	20.000	20.000	20.000	20.000	30.000	35.000	35.000	350.000
Heichelheim	56.000	57.000	57.000	54.000	54.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hetschburg	30.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Hohenfelden	56.540	53.000	59.600	58.000	63.000	69.000	65.000	820.000
Hopfgarten	kein Haushalt	kein Haushalt	208.333	184.000	139.115	154.800	Neugliederung	Neugliederung
Isseroda	125.500	147.016	150.367	188.833	207.700	223.200	Neugliederung	Neugliederung
Kapellendorf	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	330.000	330.000	330.000
Kiliansroda	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	30.000	30.000	30.000
Kleinobringen	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	65.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kleinschwabhausen	50.000	50.000	45.000	40.000	40.000	45.000	50.000	50.000
Klettbach	185.000	220.000	210.000	216.500	219.000	227.000	249.500	249.500
Ködderitzsch	19.200	22.160	21.558	21.900	22.550	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kranichfeld	720.000	557.000	250.000	510.000	512.000	495.800	750.000	550.000
Krautheim	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	95.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kromsdorf	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Lehnstedt	40.000	40.000	40.000	55.000	65.000	289.097	286.800	286.800
Leutenthal	37.000	38.000	38.000	38.000	41.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Magdala	400.000	400.000	430.000	430.000	430.000	460.000	500.000	500.000
Mechelroda	50.000	50.000	50.000	55.000	55.000	550.000	55.000	55.000
Mellingen	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Mönchenholzhausen	315.017	300.883	330.650	344.966	362.000	365.000	Neugliederung	Neugliederung
Nauendorf	41.000	50.000	50.000	52.000	48.000	49.400	51.100	62.000
Neumark	60.000	60.000	65.000	65.000	80.000	112.000	120.700	114.850
Niedertrebra	140.950	150.950	152.475	156.425	161.060	112.000	163.860	183.650
Niederzimmern	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	295.000	268.000	250.000	Neugliederung	Neugliederung
Nohra	kein Haushalt	kein Haushalt	593.166	565.783	669.750	650.000	Neugliederung	Neugliederung
Obertrebra	38.275	38.100	37.200	36.200	36.060	36.925	43.950	50.200
Oettern	18.000	18.000	55.500	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Ottstedt am Berge	40.800	52.383	53.633	51.450	48.800	49.000	Neugliederung	Neugliederung
Ramsla	48.500	55.000	56.600	56.600	50.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Rannstedt	25.250	25.030	26.100	25.100	25.890	27.625	34.317	37.790
Rittersdorf	38.117	45.033	41.000	46.300	45.000	49.000	51.000	63.000
Rohrbach	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Sachsenhausen	56.000	56.000	57.000	56.500	60.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schmiedehausen	62.430	60.750	60.650	60.275	60.400	59.900	63.275	67.425
Schwerstedt	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Tonndorf	92.000	95.000	99.000	97.000	99.500	105.500	114.000	117.000
Troistedt	40.533	40.533	60.650	40.117	40.117	42.500	Neugliederung	Neugliederung
Umpferstedt	160.000	160.000	140.000	115.000	120.000	130.000	130.000	130.000
Vippachedelhausen	100.000	100.000	105.000	100.000	115.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Vollersroda	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Wiegendorf	40.000	40.000	50.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Wohlsborn	68.000	63.000	70.000	70.000	70.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Saaleplatte	400.000	400.000	400.000	550.000	550.000	550.000	Neugliederung	Neugliederung
Ilmtal-Weinstraße	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	700.000	700.000	700.000
Am Ettersberg	-	-	-	-	-	2.482.000	2.052.300	2.289.900
Grammetal	-	-	-	-	-	-	1.850.000	1.500.000
Landkreis Sonneberg								
Bachfeld	60.000	60.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung
Föritz	745.000	795.000	800.000	815.000	875.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Föritztal	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	1.800.000	1.800.000	1.800.000
Frankenblick	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000	900.000
Goldisthal	50.000	50.000	50.000	50.000	130.000	130.000	130.000	170.000
Judenbach	0	230.000	400.000	400.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Lauscha	742.200	kein Haushalt	kein Haushalt	729.500	875.800	946.000	944.000	937.000
Neuhaus am Rennweg	1.400.000	1.400.000	1.450.000	1.500.000	1.500.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
Neuhaus-Schierschnitz	450.000	450.000	450.000	580.000	180.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schalkau	450.000	450.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
Sonneberg	5.025.000	5.361.000	5.469.000	5.365.000	5.785.000	5.880.000	5.837.000	5.935.000
Steinach	800.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000	900.000	900.000
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt								
Allendorf	179.000	185.000	200.000	197.730	199.870	215.000	182.000	182.000
Altenbeuthen	20.000	20.000	30.000	30.000	40.000	40.000	40.000	40.000
Bad Blankenburg	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	2.000.000
Bechstedt	20.500	20.500	66.100	23.100	22.080	22.350	21.280	26.700
Cursdorf	190.000	200.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000	140.000
Deesbach	70.000	100.000	100.000	80.000	70.000	70.000	70.000	140.700
Döschnitz	36.500	50.000	115.000	39.900	193.125	46.600	70.000	53.000
Dröbischau	73.100	73.100	73.100	73.100	73.100	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gräfenthal	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000	390.000
Hohenwarte	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Kamsdorf	153.000	350.000	350.000	350.000	350.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Katzhütte	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Kaulsdorf	600.000	500.000	497.000	510.000	500.000	510.000	550.000	550.000
Lehesten	305.000	305.000	305.000	305.000	305.000	305.000	305.000	355.600
Lichte	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Mellenbach-Glasbach	400.000	400.000	300.000	206.000	211.770	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Meura	200.000	112.400	114.000	114.000	114.000	114.000	80.500	84.520
Meuselbach-Schwarzmühle	190.000	190.000	190.000	200.000	200.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Oberhain	93.000	89.500	88.300	95.000	95.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Oberweißbach	250.000	250.000	310.000	310.000	350.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Piesau	200.000	300.000	300.000	300.000	255.570	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Probstzella	515.000	508.300	517.100	497.200	497.200	497.200	497.200	497.200
Reichmannsdorf	300.000	300.000	300.000	133.517	133.517	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Rohrbach	50.000	31.100	150.000	35.500	150.000	64.760	372.000	43.660
Rudolstadt	5.500.000	5.500.000	6.400.000	6.300.000	6.500.000	8.450.000	8.200.000	8.250.000
Saalfeld	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000	6.000.000
Schmiedefeld	600.000	600.000	600.000	600.000	600.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schwarzburg	85.800	85.700	93.700	96.980	106.130	107.520	110.115	300.000
Sitzendorf	500.000	140.600	176.900	169.400	300.000	700.000	344.157	207.000
Unterweißbach	158.000	158.000	168.000	190.290	180.195	192.430	380.000	380.000
Wittgendorf	23.900	23.800	21.800	150.000	23.695	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Remda-Teichel	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Leutenberg	500.000	500.000	600.000	475.000	454.000	471.700	488.300	482.800
Drognitz	50.000	159.000	170.000	170.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Saalfelder Höhe	500.000	500.000	500.000	500.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Uhlstädt-Kirchhasel	600.000	600.000	600.000	600.000	6.000.000	600.000	600.000	1.425.000
Unterwellenborn	0	0	0	0	0	0	0	1.800.000
Königsee	1.300.000	1.300.000	1.330.000	1.282.000	1.328.000	1.866.000	1.657.000	1.694.800
Schwarzatal	-	-	-	-	-	821.455	754.000	807.000
Saale-Holzland-Kreis								
Albersdorf	kein Haushalt	56.000	55.700	62.200	61.550	kein Haushalt	64.000	64.000
Altenberga	kein Haushalt	154.800	167.000	190.000	181.000	193.800	202.300	209.800
Bad Klosterlausnitz	735.000	765.000	830.000	910.000	950.000	970.000	990.000	950.000
Bibra	36.900	40.000	39.600	39.100	40.100	37.200	40.900	42.900
Bobeck	80.500	99.550	92.100	kein Haushalt	111.950	111.850	116.000	110.000
Bremsnitz	kein Haushalt	22.000	23.600	23.800	24.600	36.100	45.400	41.200
Bucha	750.000	350.000	295.800	310.900	313.300	330.000	352.000	361.000
Bürgel, Stadt	800.000	600.000	500.000	500.000	kein Haushalt	500.000	500.000	kein Haushalt
Dornburg-Camburg, Stadt	kein Haushalt	1.500.000	2.500.000	1.962.500	2.000.000	2.000.000	3.000.000	3.000.000
Crossen an der Elster	280.000	290.000	290.000	290.000	300.000	300.000	300.000	650.000
Eichenberg	87.200	84.700	84.000	87.300	82.200	86.200	135.000	98.800
Eineborn	50.000	55.000	58.000	58.400	61.800	10.000	79.300	82.500
Eisenberg, Stadt	2.000.000	2.150.000	2.250.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000
Frauenprießnitz	150.000	150.000	155.000	155.000	170.000	57.600	193.000	200.300
Freienorla	56.500	62.000	65.800	68.700	66.200	65.000	74.400	70.900

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Geisenhain	26.000	26.000	26.000	26.000	29.000	31.000	37.000	45.000
Gneus	26.000	27.000	25.000	33.000	29.000	27.000	27.000	27.000
Gösen	30.000	35.000	35.000	37.000	40.000	40.000	36.000	40.000
Golmsdorf	136.000	143.000	260.000	170.800	500.000	400.000	340.000	206.950
Graitschen b. Bürgel	45.000	45.000	40.000	30.000	30.000	10.000	10.000	kein Haushalt
Großbockedra	85.000	61.000	30.000	32.000	34.000	kein Haushalt	kein Haushalt	38.000
Großeutersdorf	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	58.600
Großlöbichau	149.000	152.000	160.000	172.000	170.000	150.000	189.000	210.000
Großpürschütz	65.000	68.000	kein Haushalt	kein Haushalt	66.900	68.200	110.000	91.800
Gumperda	75.700	76.400	92.100	88.000	78.300	75.800	74.100	78.800
Hainichen	kein Haushalt	36.000	89.000	kein Haushalt	89.000	103.000	75.000	80.900
Hainspitz	167.000	160.000	160.000	179.000	175.000	180.000	190.000	210.000
Hartmannsdorf	100.000	100.000	110.000	170.000	300.000	300.000	450.000	450.000
Heideland	400.000	500.000	450.000	kein Haushalt	kein Haushalt	400.000	400.000	400.000
Hermsdorf, Stadt	1.526.266	1.487.033	1.564.649	1.626.449	1.768.099	1.855.266	1.904.133	2.035.633
Hummelshain	88.600	90.600	92.200	93.400	99.700	100.900	104.200	121.400
Jenalöbnitz	25.000	67.500	67.500	130.000	63.600	106.000	34.500	37.800
Kahla, Stadt	3.300.000	2.800.000	2.200.000	1.670.000	1.730.500	1.797.000	1.840.000	1.840.000
Karlsdorf	18.000	19.000	21.000	20.000	22.300	22.400	45.000	26.200
Kleinbockedra	7.000	9.000	13.000	50.000	9.600	9.300	6.300	7.800
Kleinebersdorf	kein Haushalt	27.000	26.000	24.500	26.000	27.500	27.800	29.800
Kleineutersdorf	58.900	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	71.800
Laasdorf	600.000	650.000	kein Haushalt	kein Haushalt	600.000	289.000	207.000	362.800
Lehesten	200.000	365.000	319.200	220.000	319.000	319.000	kein Haushalt	295.000
Lindig	35.000	35.000	35.800	35.800	kein Haushalt	37.300	38.000	44.700
Lippersdorf-Erdmannsdorf	kein Haushalt	71.000	79.500	kein Haushalt	89.000	101.300	100.600	98.600
Löberschütz	50.000	50.000	110.000	120.000	110.000	64.000	82.700	87.900
Mertendorf	26.000	27.000	30.000	25.000	27.000	24.000	25.000	25.000
Meusebach	16.900	16.400	17.000	20.000	18.300	14.500	13.500	13.000
Milda	173.000	183.000	604.600	350.000	202.000	216.600	220.300	219.000
Möckern	18.500	19.000	26.000	23.000	25.000	23.000	22.500	kein Haushalt
Mörsdorf	378.050	374.867	389.933	372.283	398.482	432.666	kein Haushalt	kein Haushalt
Nausnitz	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Neuengönna	180.000	150.000	185.000	150.000	165.000	158.700	165.000	189.500
Oberbodnitz	34.000	39.000	120.000	41.000	37.000	14.500	37.000	41.700
Orlamünde, Stadt	300.000	800.000	kein Haushalt	204.300	200.500	244.000	256.500	235.900
Ottendorf	80.000	87.000	90.000	89.000	92.300	87.200	90.600	105.700
Petersberg	80.000	83.000	70.000	80.000	80.000	95.000	100.000	100.000
Poxdorf	40.000	50.000	14.000	kein Haushalt	10.000	10.000	10.000	10.000
Rattelsdorf	10.000	11.000	11.600	10.800	11.500	12.500	16.100	14.800

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Rauda	40.000	80.000	100.000	kein Haushalt	54.200	80.000	56.000	56.000
Rauschwitz	38.000	38.000	39.000	40.000	40.000	40.000	45.000	50.000
Rausdorf	28.000	34.000	37.000	33.000	35.000	38.000	37.000	40.000
Reichenbach	179.583	188.966	203.166	207.449	214.283	500.000	564.116	623.600
Reinstädt	84.200	79.600	85.100	83.600	87.800	86.500	86.500	85.000
Renthendorf	251.300	kein Haushalt	97.000	98.700	548.729	113.400	kein Haushalt	115.700
Rothenstein	192.400	200.600	195.900	204.000	201.000	213.700	245.800	242.500
Ruttersdorf-Lotschen	54.000	51.800	57.500	54.800	58.500	58.000	67.000	75.000
Scheiditz	7.500	7.500	7.400	7.500	8.700	8.400	9.200	10.000
Schleifreisen	64.583	67.500	69.349	73.433	kein Haushalt	71.399	71.416	69.666
Schlöben	165.100	166.200	169.200	kein Haushalt	187.200	182.750	190.000	200.000
Schöngleina	74.300	76.000	88.000	102.750	115.050	119.150	129.800	130.000
Schöps	52.400	52.400	51.500	43.100	47.800	54.000	54.000	57.700
Seitenroda	kein Haushalt	29.800	31.400	33.000	36.700	34.300	36.800	39.100
Serba	125.500	130.000	129.000	144.450	149.500	150.550	160.500	170.000
Silbitz	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
St. Gangloff	416.983	kein Haushalt	560.000	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	426.700
Stadtroda, Stadt	1.139.000	1.200.000	1.400.000	1.370.000	kein Haushalt	1.760.000	1.650.000	1.780.000
Sulza	55.000	55.000	59.000	59.000	59.000	59.000	59.000	86.300
Tautenburg	40.000	45.000	50.000	55.000	55.000	57.600	64.900	61.200
Tautendorf	21.000	23.000	25.000	27.900	28.500	28.000	27.300	29.000
Tautenhain	150.000	160.000	160.000	175.000	173.500	186.000	199.000	202.000
Thierschneck	11.000	13.000	15.000	17.000	19.600	17.800	17.700	21.200
Tissa	18.000	23.000	25.500	25.000	27.000	28.000	31.000	31.000
Trockenborn-Wolfersdorf	106.000	108.000	113.000	116.000	130.000	146.000	151.000	156.500
Tröbnitz	105.000	106.000	106.000	111.000	124.000	191.500	197.000	200.000
Unterbodnitz	27.000	27.000	30.000	27.000	29.900	34.000	30.800	36.800
Waldeck	40.900	43.500	107.000	kein Haushalt	43.700	47.000	49.000	58.000
Walpernhain	40.000	240.000	26.700	24.000	22.000	41.000	28.000	28.000
Waltersdorf	23.000	24.000	25.000	27.000	27.000	27.000	29.000	28.000
Weißbach	47.000	54.000	64.900	59.000	61.300	62.600	79.600	85.100
Weißenborn	208.000	220.000	215.000	215.000	220.000	239.000	235.000	240.000
Wichmar	30.000	25.000	26.000	27.000	28.000	29.936	36.800	43.490
Zimmern	35.300	169.000	121.700	42.850	80.000	186.571	526.000	285.000
Zöllnitz	177.800	186.800	204.800	212.500	231.500	250.600	266.100	279.100
Schkölen, Stadt	400.000	400.000	400.000	400.000	500.000	300.000	550.000	550.000
Saale-Orla-Kreis								
Birkenhügel	59.200	57.600	55.700	52.700	56.750	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Blankenberg	135.000	135.000	150.000	148.600	151.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Blankenstein	200.000	144.000	1.100.000	762.500	562.600	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Bodelwitz	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000	85.000
Bucha	14.900	17.700	0	21.300	15.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Burgk	115.000	95.000	26.500	45.000	32.000	37.000	Neugliederung	Neugliederung
Crispendorf	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Dittersdorf	97.400	107.000	118.900	119.600	131.000	136.500	153.000	160.000
Döbritz	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Dreba	33.000	33.600	35.800	37.000	39.700	39.900	Neugliederung	Neugliederung
Dreitzsch	77.000	77.000	77.000	77.000	95.000	95.000	95.000	95.000
Eßbach	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	50.000
Geroda	38.000	38.000	46.000	46.000	43.000	43.000	40.000	40.000
Gertewitz	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Görkwitz	42.400	41.900	39.400	37.900	43.000	45.500	46.000	56.000
Göschitz	33.600	35.500	33.800	33.400	36.000	35.000	37.000	45.900
Gössitz	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Grobengereuth	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	28.000	28.000	28.000
Harra	144.600	151.300	271.900	206.400	183.500	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Hirschberg, Stadt	2.571.360	2.364.273	1.924.213	1.605.363	1.363.391	1.180.957	988.533	750.000
Keila	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Kirschkau	32.300	31.100	28.500	28.500	28.500	28.800	30.500	36.000
Knau	129.000	132.000	135.000	141.000	153.000	174.000	Neugliederung	Neugliederung
Kospoda	69.550	66.750	75.200	72.600	72.600	76.500	76.500	76.500
Langenorla	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Lausnitz b. Neustadt an der Orla	45.000	40.000	40.000	40.000	40.000	50.000	50.000	50.000
Lemnitz	41.000	41.000	41.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Linda b. Neustadt an der Orla	86.700	88.400	90.000	94.500	93.750	96.900	Neugliederung	Neugliederung
Bad Lobenstein, Stadt	1.366.450	1.428.400	1.413.616	1.403.425	1.393.316	1.503.400	1.626.900	1.600.000
Löhma	50.400	51.400	53.000	37.200	35.000	35.500	38.500	41.700
Miesitz	35.000	35.000	35.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
Mittelpöllnitz	41.000	41.000	55.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000
Moßbach	99.000	95.200	85.300	87.500	81.900	95.600	103.000	112.000
Moxa	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Neundorf (bei Lobenstein)	90.900	89.200	91.400	91.130	100.525	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Neundorf (bei Schleiz)	94.000	91.200	0	106.200	112.500	109.000	107.000	120.000
Neustadt an der Orla, Stadt	1.690.000	1.800.000	1.790.000	1.818.000	1.860.000	1.860.000	1.860.000	1.860.000
Nimritz	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Oberoppurg	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Oettersdorf	195.000	183.600	204.800	240.000	243.000	260.000	276.500	296.000
Oppurg	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Paska	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Peuschen	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Plothen	52.600	53.400	52.700	55.000	53.500	51.000	50.500	60.000
Pörmitz	24.600	27.100	23.000	23.800	24.000	31.000	34.000	37.000
Pößneck, Stadt	1.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.500.000	2.900.000	2.900.000
Pottiga	0	68.300	0	0	0	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Quaschwitz	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	10.000	10.000
Ranis, Stadt	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	360.000	390.000	390.000
Rosendorf	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
Schlegel	52.600	52.100	50.000	50.080	51.790	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Schleiz, Stadt	1.650.000	1.700.000	1.800.000	1.500.000	1.500.000	2.500.000	2.300.000	2.200.000
Schmieritz	51.000	51.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000	65.000
Schmorda	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
Schöndorf	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	35.000	50.000
Seisla	20.000	20.000	20.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Solkwitz	9.500	9.500	9.500	12.500	10.500	10.000	10.000	10.000
Stanau	16.400	16.400	16.800	17.600	15.250	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Tegau	78.700	80.900	84.500	84.400	85.500	84.000	75.000	86.000
Tömmelsdorf	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Triptis, Stadt	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	50.000	500.000
Volkmannsdorf	40.200	35.900	36.500	36.000	40.900	42.000	47.000	52.000
Weira	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000	47.000
Wernburg	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
Wilhelmsdorf	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Ziegenrück, Stadt	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	140.000	140.000
Krölpa	600.000	600.000	450.000	450.000	450.000	450.000	602.000	450.000
Gefell, Stadt	639.000	639.000	528.800	529.900	597.300	573.500	660.000	660.000
Tanna, Stadt	1.200.000	2.500.000	1.200.000	1.200.000	1.071.100	1.011.151	990.000	1.007.000
Wurzbach, Stadt	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	700.000	700.000
Remptendorf	781.600	683.000	723.000	737.000	770.000	830.000	880.000	877.000
Saalburg-Ebersdorf, Stadt	1.055.000	987.500	950.000	1.020.000	2.000.000	2.000.000	1.500.000	1.100.000
Rosenthal am Rennsteig	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung	1.500.000	1.500.000	1.385.000
Landkreis Greiz								
Bad Köstritz, Stadt	764.200	751.600	837.700	924.000	2.000.000	2.000.000	1.040.000	1.041.000
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	kein Haushalt	kein Haushalt	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	850.000
Bethenhausen	20.000	20.000	30.000	30.000	30.000	50.000	50.000	50.000
Bocka	97.200	101.600	103.000	102.800	114.300	114.400	116.000	135.300
Brahmenau	90.000	200.000	200.000	kein Haushalt	240.000	200.000	200.000	200.000
Braunichswalde	90.000	130.000	134.000	153.700	171.000	166.600	181.800	196.700
Caaschwitz	167.850	kein Haushalt	179.500	250.000	250.000	209.000	226.000	239.000
Crimla	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
Endschütz	62.000	60.000	64.000	66.400	75.500	77.500	571.000	747.500

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Gauern	29.000	kein Haushalt	26.000	25.200	30.700	34.800	35.840	38.000
Greiz, Stadt	4.000.000	kein Haushalt	4.900.000	4.900.000	4.700.000	5.100.000	5.400.000	5.400.000
Großenstein	220.000	220.000	220.000	220.000	220.000	250.000	250.000	250.000
Hartmannsdorf	57.300	52.000	155.000	155.000	63.200	69.900	69.200	68.500
Hilbersdorf	15.000	35.000	36.000	34.600	38.700	39.600	40.260	44.540
Hirschfeld	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	20.000	25.000	25.000
Hohenleuben, Stadt	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
Hundhaupten	57.100	56.000	57.600	48.300	47.700	54.200	49.900	55.500
Kauern	65.000	74.000	125.000	300.000	70.200	78.500	82.600	92.180
Korbußen	200.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000	250.000
Kühdorf	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	10.000	10.000
Langenwetzendorf	500.000	500.000	500.000	750.000	750.000	750.000	750.000	750.000
Langenwolschendorf	10.000	10.000	10.000	100.000	200.000	200.000	200.000	250.000
Lederhose	62.300	72.400	79.800	89.300	109.400	127.400	251.600	351.700
Linda b. Weida	75.000	100.000	112.000	108.800	128.800	117.000	500.000	135.500
Lindenkreuz	400.000	79.600	82.100	79.700	78.600	76.600	77.400	89.600
Münchenbernsdorf, Stadt	2.220.000	534.100	573.200	714.700	692.100	712.800	652.400	671.100
Paitzdorf	85.000	69.000	75.000	84.200	95.900	90.790	103.770	119.690
Pölzig	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	250.000	250.000	250.000
Reichstädt	30.000	30.000	50.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Ronneburg, Stadt	750.000	750.000	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000
Rückersdorf	200.000	240.000	225.000	230.000	264.700	350.000	339.700	295.150
Saara	119.900	120.400	134.100	130.700	136.900	129.900	140.800	137.900
Schwaara	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	20.000	20.000	20.000
Schwarzbach	31.000	31.500	33.000	36.100	44.800	44.900	50.800	53.600
Seelingstädt	350.000	400.000	430.000	426.000	424.000	456.000	474.000	504.990
Teichwitz	17.000	18.000	23.000	21.800	20.000	23.000	25.580	26.700
Weida, Stadt	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000	1.500.000
Weißendorf	25.000	25.000	25.000	50.000	100.000	100.000	200.000	130.000
Wünschendorf/Elster	300.000	570.000	590.000	627.000	645.000	676.700	744.170	711.760
Zedlitz	128.400	131.200	136.500	135.100	143.700	137.600	139.500	149.500
Zeulenroda-Triebes, Stadt	1.000.000	1.000.000	1.000.000	3.500.000	4.000.000	4.500.000	4.500.000	4.500.000
Harth-Pöllnitz	687.500	666.600	690.700	687.000	727.000	744.000	554.250	762.413
Kraftsdorf	680.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000	700.000
Auma-Weidatal, Stadt	620.000	630.000	615.000	615.000	650.000	680.000	700.000	720.000
Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	850.000	850.000	850.000	850.000	850.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
Neumühle/Elster	75.000	75.000	75.000	75.000	100.000	100.000	Neugliederung	Neugliederung
Landkreis Altenburger Land								
Altenburg, Stadt	7.700.000	7.680.000	7.700.000	7.700.000	7.770.000	8.200.000	8.500.000	8.800.000
Altkirchen	160.000	170.000	180.000	186.000	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Anlage zu Frage 51 - Höchstbetrag des Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach den Haushaltssatzungen der Jahre 2014 - 2021

Festgesetzter Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung in EUR

Stadt, Gemeinde Landkreis	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Dobitschen	70.000	kein Haushalt	75.000	74.000	76.000	kein Haushalt	76.000	76.000
Drogen	17.000	18.000	17.000	19.000	19.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Fockendorf	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000	165.000
Frohnsdorf	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Gerstenberg	70.000	80.000	98.000	97.000	97.000	100.000	100.000	100.000
Göhren	50.000	50.000	50.000	50.000	80.000	80.000	80.000	kein Haushalt
Göllnitz	100.000	110.000	109.000	100.000	100.000	119.000	115.000	115.000
Göpfersdorf	46.000	46.000	46.000	60.000	58.000	60.000	60.000	60.000
Gößnitz, Stadt	650.000	640.000	640.000	650.000	650.000	650.000	700.000	700.000
Haselbach	90.000	110.000	120.000	125.000	125.000	125.000	135.000	140.000
Heukewalde	30.000	30.000	40.000	150.000	150.000	60.000	44.500	45.000
Heyersdorf	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	20.000	20.000
Jonaswalde	50.000	50.000	50.000	70.000	70.000	70.000	70.000	70.000
Jückelberg	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	30.000	30.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Kriebitzsch	100.000	100.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Langenleuba-Niederhain	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Löbichau	220.000	220.000	220.000	220.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Lödla	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	150.000	150.000
Lucka, Stadt	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000
Lumpzig	70.000	70.000	80.000	80.000	70.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Mehna	40.000	40.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
Meuselwitz, Stadt	766.900	766.900	kein Haushalt	1.850.000	1.850.000	2.022.700	2.179.400	2.207.000
Monstab	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	100.000	100.000
Nobitz	500.000	500.000	kein Haushalt	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
Nöbdenitz	175.000	165.000	180.000	190.000	300.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Ponitz	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	40.000	420.000	420.000
Posterstein	75.000	75.000	85.000	200.000	200.000	300.000	kein Haushalt	250.000
Rositz	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Schmölln, Stadt	2.000.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	2.600.000	4.500.000	4.500.000
Starkenberg	200.000	200.000	200.000	200.000	350.000	350.000	350.000	350.000
Thonhausen	95.000	95.000	95.000	kein Haushalt	140.000	160.000	145.000	145.000
Treben	223.000	230.000	250.000	232.000	230.000	230.000	230.000	220.000
Vollmershain	47.000	47.000	47.000	47.000	60.000	60.000	60.000	60.000
Wildenbörten	40.000	40.000	35.000	35.000	40.000	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung
Windischleuba	330.000	330.000	330.000	350.000	358.000	360.000	370.000	365.000
Ziegelheim	kein Haushalt	50.000	kein Haushalt	kein Haushalt	kein Haushalt	Neugliederung	Neugliederung	Neugliederung

Große Anfrage DS 7/5266 "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2014

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2014 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2014 festgesetzter genehmigungspflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungsfreier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2014 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushaltssatzung 2014 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2014 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
<u>Kreisfreie Städte</u>					
Gera	59.000.000	36.400.000	22.600.000		
Suhl	27.300.000	13.800.000	13.500.000		
<u>Landkreise</u>					
Nordhausen	28.000.000	17.870.950	10.129.050		
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	21.541.233	13.458.767		
<u>Städte und Gemeinden</u>					
Landkreis Eichsfeld					
Arenshausen	300.000	184.133	115.867		
Birkenfelde	200.000	106.966	93.034		
Bodenrode-Westhausen	400.000	199.067	200.933		
Geisleden	300.000	156.450	143.550		
Glasehausen	50.000	23.167	26.833		
Heuthen	300.000	137.133	162.867		
Hohes Kreuz	500.000	202.500	297.500		
Reinholterode	400.000	146.883	253.117		
Schimberg	670.000	363.533	306.467		
Steinbach	400.000	103.967	296.033		
Wingerode	450.000	225.750	224.250		
Haynrode	200.000	112.400	87.600		
Krombach	120.000	28.850	91.150		
Wiesenfeld	200.000	32.166	167.834		
Hohengandern	150.000	107.883	42.117		
Lindewerra	150.000	41.883	108.117		
Marth	170.000	96.850	73.150		
Landkreis Nordhausen					
Stadt Heringen	1.242.000	1.210.417	31.583		
Wartburgkreis					
Geisa	2.804.300	1.014.848	1.789.453		
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen					
Wahns	250.000	83.483	166.517		
Landkreis Gotha					
Ballstädt	313.295	142.304	170.991	277.445	auf Grund möglicher Minderung der Rücklagenentnahme standen andere Mittel zur Vorfinanzierung zur Verfügung; Beitrittsbeschluss gefasst
Landkreis Sömmerda					
Kindelbrück	354.500	277.629	76.871		
Walschleben	800.000	399.912	400.088		
Landkreis Hildburghausen - Fehlmeldung					

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2014

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2014 (Fragen 52 und 53)	In der Haushalts-satzung 2014 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditäts-kredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditäts-kredite 2014 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2014 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2014 (Frage 53)
Ilm-Kreis					
Altenfeld	300.000	189.000	111.000		
Schmiedefeld	800.000	260.591	539.409		
Weimarer Land - Fehlmeldung					
Landkreis Sonneberg - Fehlmmeldung					
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt					
Cursdorf	190.000	121.351	68.649		
Lichte	400.000	229.425	170.575		
Mellenbach-Glasbach	400.000	164.834	235.166		
Meura	200.000	122.823	77.177		
Piesau	200.000	188.425	11.575		
Reichmannsdorf	300.000	134.610	165.390		
Rohrbach	50.000	29.905	20.095		
Schmiedefeld	600.000	203.834	396.166		
Sitzendorf	500.000	150.558	349.442		
Saale-Holzland-Kreis					
Bucha	750.000	261.850	488.150		
Bürgel, Stadt	800.000	657.357	142.643		
Großbockedra	85.000	28.433	56.567		
Heideland	400.000	323.400	76.600		
Kahla, Stadt	3.300.000	1.624.500	1.675.500		
Laasdorf	600.000	131.217	468.783		
Lehesten	200.000	135.428	64.572		
Neuengönna	180.000	135.575	44.425		
Orlamünde, Stadt	300.000	194.400	105.600		
Poxdorf	40.000	18.292	21.708		
Renthendorf	251.300	79.733	171.567		
Walpernhain	40.000	27.033	12.967		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	2.571.360	395.928	2.175.432		
Tanna	1.200.000	774.410	425.590		
Wurzbach	850.000	624.491	225.509		
Landkreis Greiz					
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	606.617	893.383		
Lindenkreuz	400.000	72.717	327.283		
Münchenbernsdorf, Stadt	2.220.000	538.667	1.681.333		
Landkreis Altenburger Land - Fehlmeldung					

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2015

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2015 (Fragen 52 und 53)	In der Haushalts-satzung 2015 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2015 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2015 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2015 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte					
Gera	49.500.000	40.542.695	8.957.305		
Landkreise					
Nordhausen	28.000.000	18.665.517	9.334.483		
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	21.437.300	13.562.700		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Birkenfelde	200.000	97.933	102.067		
Dietzenrode/Vatterode	30.000	17.467	12.533		
Geisleden	400.000	151.550	248.450		
Geismar	250.000	218.500	31.500		
Heuthen	500.000	140.417	359.583		
Hohes Kreuz	600.000	204.183	395.817		
Lutter	400.000	102.433	297.567		
Reinholterode	500.000	165.150	334.850		
Schimberg	600.000	379.433	220.567		
Steinheuterode	200.000	35.783	164.217		
Wingerode	400.000	221.183	178.817		
Haynrode	400.000	112.283	287.717		
Arenshausen	250.000	194.317	55.683		
Burgwalde	80.000	52.950	27.050		
Lindewerra	155.000	48.067	106.933		
Röhrig	63.000	33.367	29.633		
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung					
Wartburgkreis					
Hallungen	300.000	36.750	263.250	36.750	Festsetzung des Höchstbetrages auf 36.750 € mittels Bescheid RAB. Ursache war ein Versehen-ursprüngliche Höhe sollte 30.000 € betragen lt. VG
Unstrut-hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen					
Kaltenwestheim	350.000	153.916	196.085		
Oberhof	1.200.000	609.803	590.197		
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Kannawurf	200.000	102.837	97.163		
Schillingstedt	150.000	31.776	118.224		
Walschleben	800.000	421.168	378.832		
Landkreis Hildburghausen					
Rönhild, Stadt	1.498.383	1.497.383	1.000	1.497.383	Überschreitung des genehmigungsfreien Höchstbetrages war nicht beabsichtigt ("Schreibfehler"), es bestand kein Bedarf - daher Genehmigung nur in Höhe des genehmigungsfreien Höchstbetrages

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2015

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2015 (Fragen 52 und 53)	In der Haushalts-satzung 2015 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2015 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2015 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2015 (Frage 53)
Ilm-Kreis					
Böhlen	150.000	102.916	47.084		
Friedersdorf	100.000	40.133	59.867		
Schmiedefeld	800.000	280.616	519.384		
Weimarer Land - Fehlmeldung					
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Saalfeld-Rudolstadt					
Cursdorf	200.000	137.534	62.466		
Deesbach	100.000	87.590	12.410		
Döschnitz	50.000	39.695	10.305		
Lichte	400.000	282.597	117.403		
Mellenbach-Glasbach	400.000	177.708	222.292		
Piesau	300.000	207.918	92.082		
Reichmannsdorf	300.000	133.022	166.978		
Schmiedefeld	600.000	183.028	416.972		
Saale-Holzland-Kreis					
Bucha	350.000	274.567	239.567		
Dornburg-Camburg, Stadt	2.500.000	1.203.648	1.296.352	2.228.512	Betrag zur Vorfinanzierung Fördermaßnahme wurde in geringerer Höhe benötigt
Großbockedra	61.000	31.033	29.967		
Heideland	500.000	333.500	166.500		
Jenalöbnitz	67.500	29.268	38.232		
Kahla, Stadt	2.800.000	1.637.267	1.162.733		
Laasdorf	650.000	136.400	513.600		
Lehesten	365.000	152.195	212.802	277.071	Betrag zur Vorfinanzierung Fördermaßnahme wurde in geringerer Höhe benötigt
Orlamünde, Stadt	800.000	193.533	606.467		
Poxdorf	50.000	14.700	35.300		
Rauda	80.000	39.867	40.133		
Walpernhain	240.000	28.683	211.317		
Zimmern	169.000	36.948	132.052		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	2.364.273	501.784	1.862.489		
Tanna	1.200.000	739.315	460.685		
Wurzbach	850.000	564.083	285.917		
Saalburg-Ebersdorf	987.500	983.900	3.600		
Landkreis Greiz					
Berga/Elster, Stadt	1.300.000	881.317	418.683	0	keine Genehmigung der Haushaltssatzung aufgrund teilweiser versagter Bedarfszuweisung zum Haushaltsausgleich; Haushaltssatzung trat nicht in Kraft
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	134.842	30.158		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2016

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2016 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2016 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2016 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2016 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2016 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte					
Gera	49.500.000	40.850.000	8.650.000	49.500.000	unter Auflagen genehmigt
Landkreise					
Nordhausen	28.000.000	22.297.683	5.702.317		
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	26.089.450	8.910.550		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Nordhausen					
Arenshausen	380.000	209.750	170.250		
Birkenfelde	250.000	100.983	149.017		
Fretterode	75.000	27.250	47.750		
Geisleden	400.000	168.050	231.950		
Geismar	250.000	212.767	37.233		
Glasehausen	200.000	28.166	171.834		
Heuthen	400.000	140.883	260.633		
Hohes Kreuz	500.000	221.250	278.750		
Lutter	400.000	107.850	292.150		
Paffschwende	120.000	93.817	26.183		
Reinholterode	500.000	161.067	338.933		
Rustenfelde	200.000	92.133	107.867		
Steinheuterode	250.000	37.100	212.900		
Haynrode	400.000	95.983	304.017		
Burgwalde	95.000	54.217	40.783		
Landkreis Nordhausen					
Nordhausen, Stadt	15.000.000	11.109.952	3.890.048	15.000.000	befristet bis 31.12.2016 (Bedarfszuweisung beantragt)
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden- Meiningen					
Erbenhausen	161.700	92.133	69.567		
Kaltensundheim	180.000	168.483	11.517		
Kaltenwestheim	200.000	171.625	28.375		
Melpers	60.000	12.175	47.828		
Unterweid	120.000	68.350	51.650		
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Kindelbrück	354.000	261.711	92.789		
Schillingstedt	100.000	30.908	69.092		
Landkreis Hildburghausen - Fehlmeldung					
Ilm-Kreis					
Altenfeld	270.000	180.783	89.217		
Schmiedefeld	800.000	292.916	507.084		
Landkreis Weimarer Land					
Oettern	55.500	23.335	32.165		
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt					
Bechstedt	66.100	21.898	44.202		
Deesbach	100.000	79.407	20.593		
Kaulsdorf	497.000	496.267	733		
Lichte	300.000	242.405	57.595		
Mellenbach-Glasbach	300.000	181.043	118.957		
Oberweißbach	310.000	286.013	23.987		
Piesau	300.000	193.000	107.000		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2016

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2016 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2016 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2016 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2016 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2016 (Frage 53)
Reichmannsdorf	300.000	123.806	176.194		
Rohrbach	150.000	32.083	117.917		
Schmiedefeld	600.000	192.405	407.595		
Saale-Holzland-Kreis					
Dornburg-Camburg, Stadt	2.500.000	1.253.218	1.246.782		
Golmsdorf	260.000	159.800	100.200		
Hainichen	89.000	36.933	52.067		
Heideland	450.000	246.633	103.367		
Jenalöbnitz	67.500	30.975	36.525		
Kahla, Stadt	2.200.000	1.638.067	561.933		
Lehesten	319.200	153.517	165.683		
Milda	604.600	189.100	415.500		
Oberbodnitz	120.000	37.333	82.667	58.000	nachgewiesener Höchstbetrag der Inanspruchnahme entspricht nicht der beantragten Höhe
Rauda	100.000	51.283	48.717		
St. Gangloff	560.000	433.283	126.717		
Waldeck	107.000	42.353	64.647	-	Haushaltssatzung 2016 wurde ohne Genehmigung der RAB bekanntgemacht
Zimmern	121.700	39.305	82.395		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	1.924.213	607.508	1.316.705		
Tanna	1.200.000	884.697	315.303		
Wurzbach	850.000	592.433	257.567		
Landkreis Greiz					
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	899.350	600.650	0	keine Genehmigung der Haushaltssatzung aufgrund teilweiser versagter Bedarfszuweisung zum Haushaltsausgleich; Haushaltssatzung trat nicht in Kraft
Hartmannsdorf	155.000	55.233	99.767		
Kauern	125.000	72.109	52.891		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	137.006	27.994		
Treben	250.000	221.939	28.061		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2017

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2017 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2017 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2017 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2017 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2017 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte					
Gera	49.500.000	40.900.000	8.600.000		
Landkreise					
Nordhausen	28.000.000	22.078.300	5.321.700		
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	24.841.283	10.158.717		
Saalfeld-Rudolstadt	22.446.000	22.389.408	56.592		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Bernterode - HIG	120.000	37.900	82.100		
Birkenfelde	500.000	103.417	396.583		
Dietzenrode/Vatterode	100.000	23.667	76.333		
Freienhagen	80.000	45.300	34.700		
Geisleden	300.000	184.533	115.467		
Heuthen	500.000	143.367	356.633		
Lutter	800.000	109.667	690.333		
Pfaffschwende	200.000	99.850	100.150		
Reinholterode	500.000	173.233	326.767		
Schwobfeld	125.000	15.333	109.667		
Sickerode	125.000	26.017	98.983		
Steinbach	500.000	112.567	387.433		
Steinheuterode	300.000	45.100	254.900		
Uder	1.000.000	555.283	444.717		
Wiesenfeld	175.000	33.417	141.583		
Haynrode	250.000	125.967	124.033		
Burgwalde	80.000	64.517	15.483		
Fretterode	65.000	29.517	35.483		
Marth	60.000	55.050	4.950		
Thalwenden	79.500	78.517	983		
Landkreis Nordhausen					
Kleinfurra	481.883	191.883	290.000		
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen					
Oberweid	300.000	108.450	191.550		
Landkreis Gotha -Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda -Fehlmeldung					
Landkreis Hildburghausen - Fehlmeldung					
Ilm-Kreis					
Schmiedefeld	800.000	300.250	499.750		
Landkreis Weimarer Land - Fehlmeldung					
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Saalfeld-Rudolstadt					
Lichte	400.000	248.488	151.512		
Meura	200.000	118.073	81.927		
Oberweißbach	310.000	299.708	10.292		
Piesau	300.000	156.447	143.553		
Schmiedefeld	600.000	241.081	358.919		
Wittgendorf	150.000	22.200	127.800	90.000	fehlender Nachweis der Notwendigkeit
Saale-Holzland-Kreis					
Dornburg-Camburg, Stadt	1.962.500	1.278.730	683.770		
Jenalöbnitz	130.000	33.881	96.119		
Kleinbockedra	50.000	11.683	38.317		
Lehesten	220.000	158.321	61.679		
Milda	350.000	197.217	152.783		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	1.605.363	568.523	1.036.840		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2017

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2017 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2017 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2017 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2017 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2017 (Frage 53)
Tanna	1.200.000	903.213	296.787		
Wurzbach	850.000	682.300	167.700		
Landkreis Greiz					
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	733.550	766.450		
Caaschwitz	250.000	174.033	75.967		
Hartmannsdorf	155.000	57.367	97.633		
Kauern	300000	69.331	230669		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	134.961	30.039		
Heukewalde	150.000	38.687	111.313		
Posterstein	200.000	89.475	110.525		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2018

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2018 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2018 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungsfreier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2018 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2018 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2018 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte					
Gera	49.500.000	41.773.816	7.726.184	49.500.000	unter Auflagen genehmigt
Landkreise					
Nordhausen	28.000.000	21.522.767	6.477.233		
Unstrut-Hainich-Kreis	35.000.000	25.374.133	9.625.867		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Birkenfelde	500.000	97.533	402.467		
Bodenrode-Westhausen	400.000	219.400	180.600		
Geismar	400.000	222.233	177.767		
Heuthen	400.000	159.017	240.983		
Hohes Kreuz	300.000	242.183	57.817		
Lutter	200.000	111.750	88.250		
Rustenfelde	185.000	98.067	86.933		
Sickerode	110.000	26.017	83.983		
Steinbach	500.000	123.300	376.700		
Steinheuterode	100.000	55.017	44.983		
Uder	1.500.000	586.883	913.117		
Wachstedt	250.000	123.083	126.917		
Wüstheuterode	500.000	209.817	290.183		
Schimberg	700.000	428.283	271.717		
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung					
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen					
Oberhof	1.200.000	774.446	425.554	774.400	Gewährung Bedarfszuweisung - HSK
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Günstedt	150.000	111.993	38.007		
Witterda	324.500	270.417	54.083		
Landkreis Hildburghausen - Fehlmeldung					
Ilm-Kreis					
Schmiedefeld	800.000	338.100	461.900		
Weimarer Land - Fehlmeldung					
Landkreis Sonneberg					
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt					
Döschnitz	193.125	46.124	147.001		
Meura	200.000	118.073	81.927		
Meuselbach-Schwarzmühle	200.000	197.691	2.309		
Oberweißbach	350.000	307.483	42.517		
Piesau	255.570	250.559	5.011		
Rohrbach	150.000	43.448	106.552		
Schmiedefeld	600.000	216.688	383.312		
Sitzendorf	300.000	163.929	136.071		
Saale-Holzland-Kreis					
Dornburg-Camburg, Stadt	2.000.000	1.430.465	569.535		
Golmsdorf	500.000	179.713	320.287		
Hainichen	89.000	37.343	51.657		
Hartmannsdorf	300.000	196.250	103.750		
Jenalöbnitz	63.600	33.641	29.959		
Laasdorf	600.000	141.050	458.950		
Lehesten	319.000	162.183	156.817		
Renthendorf	548.729	98.500	450.229		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	1.363.391	649.596	713.795		
Saalburg-Ebersdorf	2.000.000	1.081.342	918.658		
Wurzbach	850.000	731.725	118.275		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2018

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2018 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2018 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungsfreier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2018 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2018 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2018 (Frage 53)
Landkreis Greiz					
Bad Köstritz, Stadt	2.000.000	938.533	2.061.467		
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	777.667	722.333		
Caaschwitz	250.000	181.117	68.883		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	131.344	33.656		
Heukewalde	150.000	39.087	110.913		
Nöbdenitz	300.000	213.397	86.603		
Posterstein	200.000	94.211	105.789		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2019

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2019 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2019 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2019 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2019 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2019 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte					
Gera	48.950.000	42.610.576	6.339.424		
Landkreise					
Nordhausen	25.000.000	23.000.683	1.999.317		
Unstrut-Hainich-Kreis	30.000.000	26.217.333	3.782.667		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Birkenfelde	500.000	97.500	402.500		
Bodenrode-Westhausen	400.000	219.283	180.717		
Dietzenrode/Vatterode	50.000	29.550	20.450		
Geiusmar	400.000	254.467	145.533		
Großbartloff	250.000	163.067	86.933		
Heuthen	200.000	156.433	432.567		
Kella	145.000	81.783	63.217		
Küllstedt	500.000	305.600	194.400		
Lutter	500.000	116.150	383.850		
Rustenfelde	185.000	102.950	82.050		
Steinbach	300.000	128.367	171.633		
Thalwenden	80.000	75.666	4.334		
Wachstedt	250.000	126.150	123.850		
Wüstenheuteroda	500.000	215.550	284.450		
Schimberg	700.000	445.000	255.000		
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung					
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen - Fehlmeldung					
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Büchel	212.000	42.000	170.000		-
Landkreis Hildburghausen					
Heldburg, Stadt	1.088.900	1.081.733	7.167	1.088.900	Überschreitung des genehmigungsfreien Höchstbetrages war nicht beabsichtigt "Schreibfehler", es bestand kein Bedarf - daher Genehmigung nur in Höhe des genehmigungsfreien Höchstbetrages
Ilm-Kreis Fehlmeldung					
Landkreis Weimarer Land					
Kapellendorf	330.000	85.280	244.720		
Lehnstedt	289.097	66.480	222.617		
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Saalfeld-Rudolstadt					
Allendorf	215.000	201.896	13.104		
Meura	200.000	118.073	81.927		
Rohrbach	64.760	37.425	27.335		
Sitzendorf	700.000	165.117	534.883		
Schwarzatal	1.500.000	821.455	678.545	821.455	kein Nachweis der Notwendigkeit
Saale-Holzland-Kreis					
Golmsdorf	400.000	190.529	209.471		
Hainichen	103.000	41.635	61.365		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2019

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2019 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2019 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2019 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2019 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2019 (Frage 53)
Hartmannsdorf	300.000	186.000	114.000		
Jenalöbnitz	106.000	36.498	69.502	80.000	nachgewiesener Höchstbetrag der Inanspruchnahme entsprach nicht der beantragten Höhe
Lehesten	319.000	169.081	149.919		
Rauda	80.000	58.000	22.000		
Reichenbach	500.000	229.017	270.983		
Walpernhain	41.000	27.017	13.983		
Zimmern	186.571	44.196	142.375		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	1.180.957	603.693	577.264		
Saalburg-Ebersdorf	2.000.000	1.159.983	840.017		
Wurzbach	850.000	749.875	100.125		
Landkreis Greiz					
Bad Köstritz, Stadt	2.000.000	998.933	1.001.067		
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	770.467	729.533		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendof	165.000	160.233	4.767		
Heukewalde	60.000	48.167	11.833		
Posterstein	300.000	121.909	178.091		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2020

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2020 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2020 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2020 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2020 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2020 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte Fehlmeldung					
Landkreise					
Unstrut-Hainich-Kreis	30.000.000	26.601.300	3.398.700		
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Berlingerode	543.000	393.000	150.000		
Bodenrode-Westhausen	400.000	234.883	165.117		
Geismar	350.000	248.150	101.850		
Großbartloff	300.000	164.233	135.767		
Heuthen	350.000	171.817	178.183		
Küllstedt	500.000	329.233	170.767		
Rustenfelde	185.000	106.950	78.050		
Thalwenden	150.000	76.117	73.883		
Wachstedt	250.000	120.083	129.917		
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung					
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis					
Tottleben	200.000	33.883	166.117	0	Gemeinde hat keinen Nachweis des Bedarfs mittels Liquiditätsplanung erbracht.
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen - Fehlmeldung					
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Büchel	215.000	45.000	170.000		-
Landkreis Hildburghausen					
Ummerstadt, Stadt	240.000	144.517	95.483		
Ilm-Kreis Fehlmeldung					
Landkreis Weimarer Land					
Frankendorf	50.000	32.748	17.252		
Kapellendorf	330.000	96.758	233.242		
Kranichfeld	750.000	625.544	124.456		
Lehnstedt	130.000	69.613	60.387		
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Saalfeld-Rudolstadt					
Allendorf	182.000	181.985	15		
Döschnitz	70.000	45.653	24.347		
Meura	80.500	80.497	3		
Rohrbach	372.000	42.766	329.234	241.200	kein Nachweis der Notwendigkeit
Sitzendorf	600.000	215.383	384.617	344.157	kein Nachweis der Notwendigkeit
Unterweißbach	380.000	208.232	171.768		
Saale-Holzland-Kreis					
Dornburg-Camburg, Stadt	3.000.000	1.559.250	1.440.750		
Eichenberg	135.000	89.050	45.950		
Golmsdorf	340.000	203.571	136.429		
Hainichen	75.000	47.356	27.644		
Hartmannsdorf	450.000	224.433	225.267		
Karlsdorf	45.000	22.100	22.900		
Reichenbach	564.116	254.116	310.000		
Zimmern	526.000	47.002	478.998		
Saale-Orla-Kreis					
Hirschberg	988.533	852.248	136.285		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2020

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2020 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2020 festgesetzter genehmigungs-pflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungs-freier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2020 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2020 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2020 (Frage 53)
Saalburg-Ebersdorf	1.500.000	1.163.258	336.742		
Landkreis Greiz					
Berga/Elster, Stadt	1.500.000	880.350	619.650		
Linda b. Weida	500.000	152.144	347.856		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	150.195	14.805		

Anlage zu den Fragen 52 u. 53 - Gemeinden
und Landkreise mit genehmigungspflichtigen Kassen- bzw. Liquiditätskrediten 2021

Stadt, Gemeinde, Landkreis mit genehmigungspflichtigem Höchstbetrag für Kassen- bzw. Liquiditätskredit 2021 (Fragen 52 und 53)	In der Haushaltssatzung 2021 festgesetzter genehmigungspflichtiger Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite (Frage 52)	Genehmigungsfreier Höchstbetrag der Kassen- bzw. Liquiditätskredite 2021 (Frage 52)	Differenz aus Spalte 3 und 4 (Frage 52)	Höhe des rechtsaufsichtlich abweichend genehmigten Höchstbetrages der Kassen- bzw. Liquiditätskredite nach Haushalts-satzung 2021 (Frage 53)	Begründung für eine ggf. abweichend erteilte Genehmigung 2021 (Frage 53)
1 2	3	4	5	6	7
Kreisfreie Städte - Fehlmeldung					
Landkreise - Fehlmeldung					
Städte und Gemeinden					
Landkreis Eichsfeld					
Großbartloff	400.000	195.800	204.200		
Heuthen	350.000	205.166	144.834		
Küllstedt	500.000	320.166	179.834		
Thalwenden	100.000	81.333	18.667		
Wüstheuteroda	500.000	211.183	288.817		
Landkreis Nordhausen - Fehlmeldung					
Wartburgkreis - Fehlmeldung					
Unstrut-Hainich-Kreis - Fehlmeldung					
Kyffhäuserkreis - Fehlmeldung					
Landkreis Schmalkalden-Meiningen - Fehlmeldung					
Landkreis Gotha - Fehlmeldung					
Landkreis Sömmerda					
Büchel	217.000	47.000	170.000		-
Riethgen	165.000	45.000	120.000		-
Landkreis Hildburghausen - Fehlmeldung					
Ilm-Kreis - Fehlmeldung					
Landkreis Weimarer Land					
Blankenhain	5.600.000	1.680.392	3.919.608	4.376.906	allgemeine Rücklage ist zu verwenden
Kapellendorf	330.000	110.443	219.557		
Lehnstedt	286.800	77.347	209.453		
Landkreis Sonneberg - Fehlmeldung					
Saalfeld-Rudolstadt					
Allendorf	182.000	181.085	915		
Bad Blankenburg	2.000.000	1.488.469	511.531		
Schwarzburg	300.000	123.918	176.082	207.800	kein Nachweis der Notwendigkeit
Unterweißbach	380.000	204.378	175.622		
Saale-Holzland-Kreis					
Dornburg-Camburg, Stadt	3.000.000	1.578.505	1.421.495		
Crossen an der Elster	650.000	349.633	300.367		
Hainichen	80.900	49.569	31.331		
Hartmannsdorf	450.000	209.317	240.683		
Lehesten	295.000	185.810	109.190		
Reichenbach	623.600	267.200	356.400		
Zimmern	285.000	47.338	237.662		
Saale-Orla-Kreis - Fehlmeldung					
Landkreis Greiz					
Endschütz	747.500	86.953	660.547		
Landkreis Altenburger Land					
Fockendorf	165.000	152.857	12.143		
Posterstein	250.000	170.436	79.564		

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2014 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2014

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	20.000.000
1605200000	Gera, Stadt	47.338.112
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	20.900.000
1605600000	Eisenach, Stadt	7.711.690
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	18.947.046
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	37.617.938
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	5.285.888
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	5.000.000
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	4.561.066
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	900.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100414	Bernterode (b.Heiligenstadt)	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	55.749
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102204	Deuna	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102503	Dingelstädt, Stadt	950.000
1606102601	Ecklingerode	3.501
1606102713	Effelder	-
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	5.641
1606103308	Fretterode	21.405

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103804	Gerterode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104304	Hausen	-
1606104406	Haynrode	108.955
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104603	Helmsdorf	-
1606104709	Heuthen	-
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	-
1606105201	Hundeshagen	-
1606105403	Kallmerode	-
1606105503	Kefferhausen	50.000
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606105904	Kleinbartloff	-
1606106103	Kreuzebra	130.000
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	35.982
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	15.943
1606106908	Marth	-
1606107404	Niederorschel	200.000
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	8.282
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	10.007
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108703	Silberhausen	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	5.384
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	3.676
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	22.991
1606111401	Teistungen	115.475

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	-
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	-
1606199903	VGHH Dingelstädt	-
1606199904	VGHH Eichsfelder Kessel	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200252	Bleicherode, Stadt	302.521
1606200406	Buchholz	-
1606200500	Ellrich, Stadt	266.391
1606200652	Etzelsrode	-
1606200752	Friedrichsthal	-
1606200853	Görsbach	-
1606200904	Großlohra	-
1606201404	Hainrode/Hainleite	93.736
1606201606	Harzungen	-
1606201806	Herrmannsacker	-
1606202452	Kehmstedt	-
1606202552	Kleinbodungen	-
1606202604	Kleinfurra	22.131
1606202952	Kraja	-
1606203352	Lipprechterode	-
1606203606	Neustadt/Harz	84.303
1606203752	Niedergebra	-
1606203904	Nohra	274.799
1606204100	Nordhausen, Stadt	8.179.056
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	-
1606205804	Wipperdorf	108.100
1606205904	Wolkramshausen	156.965
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	569.697
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206506	Harztor	-
1606299904	VGHH Hainleite	-
1606299906	VGHH Hohnstein/Südharz	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300703	Berka/Werra, Stadt	-
1606300806	Bischofroda	-
1606300904	Brunnhartshausen	25.693
1606301156	Buttlar	-
1606301306	Creuzburg, Stadt	-
1606301403	Dankmarshausen	-
1606301504	Dermbach	-
1606301658	Diedorf/Rhön	6.879
1606301703	Dippach	-
1606301906	Ebenshausen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606302358	Empfertshausen	-
1606302455	Ettenhausen a.d.Suhl	-
1606302806	Frankenroda	-
1606302954	Frauensee	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303603	Großensee	-
1606303706	Hallungen	-
1606303906	Ifta	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305255	Marksuhl	-
1606305506	Mihla	-
1606305806	Nazza	-
1606305904	Neidhartshausen	-
1606306204	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307204	Stadtlengsfeld, Stadt	-
1606307554	Tiefenort	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308104	Urnshausen	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308404	Weilar	-
1606308604	Wiesenthal	-
1606308955	Wolfsburg-Unkeroda	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309304	Zella/Rhön	-
1606309400	Moorgrund	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310258	Stadt Kaltennordheim	-
1606399903	VGHH Berka/Werra	-
1606399904	VGHH Dermbach	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400106	Altengottern	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	334.193
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400809	Bothenheilingen	21.799
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	350.432
1606401706	Flarchheim	48.336
1606401806	Großengottern	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402306	Heroldishausen	23.497

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606402701	Hornsömmern	-
1606402909	Issersheilingen	9.571
1606403253	Kammerforst	130.000
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403509	Kleinwelsbach	-
1606403601	Klettstedt	-
1606403709	Körner	206.424
1606403801	Kutzleben	-
1606404309	Marolterode	-
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606404706	Mülverstedt	5.248
1606404809	Neunheilingen	44.669
1606405209	Obermehler	485.211
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405709	Schlotheim, Stadt	430.888
1606405806	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606406506	Weberstedt	-
1606406600	Weinbergen	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	500.000
1606407452	Südeichsfeld	331.002
1606407553	Vogtei	250.000
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606499906	VGHH Unstrut-Hainich	-
1606499909	VGHH Schlotheim	-
1606500152	Abtsbessingen	-
1606500200	Artern/Unstrut, Stadt	348.542
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffh., Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500806	Borxleben	-
1606501101	Bretleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501354	Donndorf	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	81.999
1606501601	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	12.991
1606501906	Gehofen	-
1606502201	Gorsleben	61.310
1606502302	Greußen, Stadt	132.178
1606503101	Hauteroda	-
1606503200	Helbedündorf	64.202
1606503301	Heldrungen, Stadt	-
1606503401	Hemleben	20.687
1606503506	Heygendorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606503906	Ichstedt	-
1606504206	Kalbsrieth	118.878
1606504606	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606504706	Nausitz	-
1606504802	Niederbösa	33.576
1606505102	Oberbösa	-
1606505201	Oberheldrungen	-
1606505401	Oldisleben	-
1606505606	Reinsdorf	30.602
1606505706	Ringleben	-
1606505852	Rockstedt	-
1606506100	Roßleben, Stadt	629.116
1606506700	Sondershausen, Stadt	1.920.783
1606507252	Thüringenhausen	2.592
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507606	Voigtstedt	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	33
1606508154	Wiehe, Stadt	269.554
1606508252	Wolferschwenda	1.834
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606599901	VGHH An der Schmücke	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606599906	VGHH Mittelzentrum Artern	-
1606600104	Altersbach	-
1606600205	Aschenhausen	-
1606600514	Belrieth	-
1606600600	Benshausen	-
1606600804	Bermbach	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	9.637
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606602850	Henneberg	-
1606603313	Hümpfershausen	-
1606603505	Kaltensundheim	-
1606603605	Kaltenwestheim	-
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604305	Melpers	-
1606604413	Metzels	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	-
1606604805	Oberkatz	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605104	Oberschönau, Kurort	87.195

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606605205	Oberweid	-
1606605313	Oepfershausen	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	29.694
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606204	Rotterode	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606704	Springstille	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607150	Stepfershausen	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	589.778
1606607513	Unterkatz	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607704	Unterschönau	-
1606607805	Unterweid	-
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608204	Viernau	-
1606608313	Wahns	-
1606608413	Wallbach	-
1606608513	Walldorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	177.001
1606608814	Wölfershausen	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606699904	VGHH Haselgrund	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700306	Ballstädt	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700506	Brüheim	-
1606700606	Bufleben	-
1606700850	Crawinkel	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701301	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	500.000
1606702106	Friedrichswerth	-
1606702207	Friemar	-
1606702501	Georgenthal/Thür. Wald	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702706	Goldbach	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703250	Gräfenhain	-
1606703312	Großfahner	-
1606703506	Haina	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606703601	Herrenhof	-
1606703706	Hochheim	-
1606703901	Hohenkirchen	-
1606704450	Luisenthal	9.108
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705401	Petriroda	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705606	Remstädt	-
1606705951	Schwabhausen	-
1606706306	Sonneborn	-
1606706400	Tabarz/Thür. Wald	750.000
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606707406	Wangenheim	-
1606707506	Warza	-
1606707806	Westhausen	-
1606708150	Wölfis	36.477
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708300	Leinatal	300.000
1606708551	Günthersleben-Wechmar	-
1606708600	Drei Gleichen	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606799901	VGHH Apfelstädtaue	-
1606799906	VGHH Mittleres Nessetal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800110	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800306	Beichlingen	36.814
1606800405	Bilzingsleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800601	Buttstädt, Stadt	-
1606800711	Eckstedt	-
1606800801	Ellersleben	-
1606800950	Elxleben	-
1606801101	Eßleben-Teutleben	-
1606801205	Frömmstedt	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801601	Großbrembach	-
1606801710	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802110	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802301	Guthmannshausen	-
1606802401	Hardisleben	-
1606802509	Haßleben	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606802609	Henschleben	-
1606802705	Herrnschwende	-
1606802805	Kannawurf	294.914
1606802905	Kindelbrück, Stadt	1.070.602
1606803101	Kleinbrembach	-
1606803210	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803501	Mannstedt	-
1606803611	Markvippach	-
1606803710	Nöda	-
1606803801	Olbersleben	-
1606803910	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	-
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804601	Rudersdorf	-
1606804706	Schillingstedt	-
1606804811	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805211	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805510	Udestedt	6.992
1606805611	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606899901	VGHH Buttstädt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899910	VGHH Gramme-Aue	-
1606899911	VGHH An der Marke	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900204	Bad Colberg-Heldburg, Stadt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thüringen	-
1606900802	Dingsleben	26.828
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg	-
1606901250	Eisfeld, Stadt	-
1606901504	Gompertshausen	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606901904	Hellingen	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-
1606903950	Sachsenbrunn	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904352	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904852	St.Kilian	-
1606904904	Straufhain	-
1606905100	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606905900	Nahetal-Waldau	-
1606906100	Masserberg	141.320
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000203	Altenfeld	-
1607000302	Angelroda	-
1607000450	Arnstadt, Stadt	-
1607000503	Böhlen	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	-
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben	-
1607001407	Frankenhain	-
1607001508	Frauenwald	-
1607001603	Friedersdorf	52.642
1607001707	Gehlberg	43.487
1607001806	Gehren, Stadt	-
1607001902	Geraberg	248.674
1607002107	Geschwenda	62.311
1607002203	Gillersdorf	-
1607002307	Gossel	-
1607002407	Gräfenroda	-
1607002503	Großbreitenbach, Stadt	-
1607002706	Herschdorf	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003109	Kirchheim	-
1607003200	Langewiesen, Stadt	-
1607003307	Liebenstein	40.026
1607003402	Martinroda	-
1607003702	Neusiß	-
1607003806	Neustadt am Rennsteig	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004206	Pennewitz	-
1607004307	Plaue, Stadt	93.174
1607004409	Rockhausen	-
1607004608	Schmiedefeld am Rennsteig	-
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607004908	Stützerbach	-
1607005203	Wildenspring	12.645
1607005350	Wipfratal	-
1607005409	Witzleben	-
1607005500	Wolfsberg	-
1607005600	Ilmtal	-
1607099902	VGHH Geratal	-
1607099903	VGHH Großbreitenbach	-
1607099906	VGHH Langer Berg	-
1607099907	VGHH Oberes Geratal	-
1607099908	VGHH Rennsteig	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	500.000
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	1.076.035
1607100513	Ballstedt	-
1607100612	Bechstedtstraß	-
1607100713	Berlstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101113	Buttelstedt, Stadt	474.269
1607101212	Daasdorf a. Berge	-
1607101308	Döbritschen	20.000
1607101551	Eberstedt	4.297
1607101713	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102313	Großobringen	15.026
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	3.113
1607102813	Heichelheim	-
1607103108	Hetschburg	16.689
1607103207	Hohenfelden	-
1607103412	Hopfgarten	157.528
1607103612	Isseroda	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607103913	Kleinobringen	-
1607104208	Kleinschwabhausen	-
1607104307	Klettbach	-
1607104451	Ködderitzsch	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	-
1607104713	Krautheim	369
1607104852	Kromsdorf	-
1607104908	Lehnstedt	-
1607105113	Leutenthal	9.365
1607105308	Magdala, Stadt	170.000
1607105508	Mechelroda	50.000

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607105608	Mellingen	-
1607105712	Mönchenholzhausen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106113	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106512	Niederzimmern	131.968
1607106712	Nohra	326.978
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107312	Ottstedt a. Berge	-
1607107613	Ramsla	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108113	Rohrbach	120.000
1607108213	Sachsenhausen	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108513	Schwerstedt	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108812	Troistedt	2.016
1607108908	Umpferstedt	140.000
1607109213	Vippachedelhausen	46.304
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	27.310
1607109713	Wohlsborn	-
1607109951	Saaleplatte	-
1607110152	Ilmtal-Weinstraße	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607199912	VGHH Grammetal	-
1607199913	VGHH Nordkreis Weimar	-
1607200150	Bachfeld	-
1607200500	Föritz	-
1607200651	Goldisthal	-
1607200900	Judenbach	60.081
1607201100	Lauscha, Stadt	272.112
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201400	Neuhaus-Schierschnitz	-
1607201550	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	1.000.000
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607300103	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	299.295
1607300603	Bechstedt	-
1607301301	Cursdorf	-
1607301401	Deesbach	-
1607301703	Döschnitz	12.741
1607302103	Dröbischau	70.917
1607302805	Gräfenthal, Stadt	152.320
1607303551	Hohenwarte	-
1607303600	Kamsdorf	-
1607303701	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607304605	Lehesten, Stadt	44.986
1607304902	Lichte	241.802
1607305403	Mellenbach-Glasbach	-
1607305503	Meura	-
1607305601	Meuselbach-Schwarzmühle	-
1607306303	Oberhain	-
1607306501	Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	28.737
1607306602	Piesau	-
1607306705	Probstzella	-
1607306802	Reichmannsdorf	186.859
1607307403	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	2.183.245
1607307902	Schmiedefeld	-
1607308203	Schwarzburg	-
1607308403	Sitzendorf	116.730
1607309403	Unterweißbach	-
1607310103	Wittgendorf	-
1607310500	Remda-Teichel, Stadt	-
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310800	Saalfelder Höhe	271.016
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311200	Königsee-Rottenbach, Stadt	-
1607399901	VGHH Bergbahnregion/Schwarzatal	-
1607399902	VGHH Lichtetal am Rennsteig	-
1607399903	VGHH Mittleres Schwarzatal	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	35.917
1607400650	Bollberg	83.420
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	400.000
1607400951	Bürgel, Stadt	222.840
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	184.620
1607401205	Crossen an der Elster	54.363
1607401611	Eichenberg	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	-
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	-
1607403111	Großeutersdorf	-
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	14.048

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	-
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf	-
1607403905	Heideland	3.327
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	3.000.000
1607404507	Karlsdorf	784
1607404607	Kleinbockedra	-
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	42.021
1607404911	Laasdorf	440.944
1607405115	Lehesten	153.693
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	34.404
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	-
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	30.585
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	226.231
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607406950	Quirla	-
1607407107	Rattelsdorf	-
1607407205	Rauda	40.440
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	7.766
1607407707	Renthendorf	78.739
1607407911	Rothenstein	12.845
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	6.819
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	-
1607409450	Stadtroda, Stadt	112.889
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	-
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	-
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	-
1607411411	Zöllnitz	72.786
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	-
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500208	Birkenhügel	-
1607500308	Blankenberg	-
1607500408	Blankenstein	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607500804	Bucha	-
1607500951	Burgk	-
1607501313	Crispendorf	34.196
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501804	Dreba	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504208	Harra	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	2.402.239
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607504904	Knau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506150	Linda bei Neustadt a.d.Orla	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	-
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507108	Neundorf (bei Lobenstein)	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	-
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508608	Pottiga	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509708	Schlegel	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	2.774
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510650	Stanau	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	256.075
1607513100	Gefell, Stadt	475.219
1607513200	Tanna, Stadt	670.562
1607513300	Wurzbach, Stadt	496.049
1607513451	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	-
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599908	VGHH Saale-Rennsteig	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	645.973
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602252	Greiz, Stadt	191.803
1607602308	Großenstein	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607602651	Hartmannsdorf	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	3.767
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	697.794
1607605252	Neumühle/Elster	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	383.825
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700201	Altkirchen	-
1607700301	Dobitschen	-
1607700401	Drogen	-
1607700504	Fockendorf	110.339
1607700608	Frohnsdorf	-
1607700704	Gerstenberg	-
1607700801	Göhren	-
1607700901	Göllnitz	-
1607701108	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	5.376
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607701908	Jückelberg	-
1607702205	Kriebitzsch	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607702308	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607702901	Lumpzig	-
1607703101	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703600	Nobitz	-
1607703709	Nöbdenitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	-
1607704205	Rositz	-
1607704300	Schmölln, Stadt	-
1607704401	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	87.177
1607704909	Vollmershain	-
1607705109	Wildenbörten	-
1607705204	Windischleuba	-
1607705508	Ziegelheim	-
1607799901	VGHH Altenburger Land	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	-
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799908	VGHH Wieratal	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2015 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2015

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	14.700.000
1605200000	Gera, Stadt	43.931.037
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	16.655.170
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	17.583.571
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	32.472.809
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	-
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	6.896.851
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	640.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100414	Bernterode bei Heilbad Heiligenstadt	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	82.235
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102204	Deuna	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102503	Dingelstädt, Stadt	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606103208	Freienhagen	11.581
1606103308	Fretterode	-
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103804	Gerterode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104304	Hausen	-
1606104406	Haynrode	246.088
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104603	Helmsdorf	-
1606104709	Heuthen	-
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	-
1606105201	Hundeshagen	-
1606105403	Kallmerode	-
1606105503	Kefferhausen	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606105904	Kleinbartloff	-
1606106103	Kreuzebra	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	8.831
1606106908	Marth	-
1606107404	Niederorschel	-
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	-
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	2.024
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108703	Silberhausen	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	-
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	-
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	1.590.675
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	-
1606199903	VGHH Dingelstädt	-
1606199904	VGHH Eichsfelder Kessel	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200252	Bleicherode, Stadt	705.835
1606200406	Buchholz	-
1606200500	Ellrich, Stadt	-
1606200652	Etzelsrode	-
1606200752	Friedrichsthal	-
1606200853	Görsbach	-
1606200904	Großlohra	45.039
1606201404	Hainrode/Hainleite	44.481
1606201606	Harzungen	-
1606201806	Herrmannsacker	-
1606202452	Kehmstedt	-
1606202552	Kleinbodungen	-
1606202604	Kleinfurra	65.330
1606202952	Kraja	-
1606203352	Lipprechterode	-
1606203606	Neustadt/Harz	9.487
1606203752	Niedergebra	-
1606203904	Nohra	224.257
1606204100	Nordhausen, Stadt	7.437.288
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	-
1606205804	Wipperdorf	214.417
1606205904	Wolkramshausen	212.304
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	206.008
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206506	Harztor	-
1606299904	VGHH Hainleite	21.429
1606299906	VGHH Hohnstein/Südharz	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300703	Berka/Werra, Stadt	-
1606300806	Bischofroda	-
1606300904	Brunnhartshausen	-
1606301156	Buttlar	-
1606301306	Creuzburg, Stadt	-
1606301403	Dankmarshausen	6.852
1606301504	Dermbach	-
1606301658	Diedorf/Rhön	-
1606301703	Dippach	-
1606301906	Ebenshausen	-
1606302358	Empfertshausen	-
1606302455	Ettenhausen a.d. Suhl	-
1606302806	Frankenroda	-
1606302954	Frauensee	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303603	Großensee	-
1606303706	Hallungen	-
1606303906	Ifta	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305255	Marksuhl	-
1606305506	Mihla	-
1606305806	Nazza	-
1606305904	Neidhartshausen	34.579
1606306204	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307204	Stadtlengsfeld, Stadt	-
1606307554	Tiefenort	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308104	Urnshausen	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308404	Weilar	-
1606308604	Wiesenthal	-
1606308955	Wolfsburg-Unkeroda	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309304	Zella/Rhön	-
1606309400	Moorgrund	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310258	Kaltennordheim, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606399903	VGHH Berka/Werra	-
1606399904	VGHH Dermbach	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400106	Altengottern	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	763.954
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400809	Bothenheilingen	40.979
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	-
1606401706	Flarchheim	36.061
1606401806	Großengottern	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402306	Heroldishausen	16.961
1606402701	Hornsömmern	-
1606402909	Issersheilingen	20.447
1606403253	Kammerforst	50.000
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403509	Kleinwelsbach	-
1606403601	Klettstedt	-
1606403709	Körner	36.535
1606403801	Kutzleben	-
1606404309	Marolterode	6.812
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606404706	Mülverstedt	-
1606404809	Neunheilingen	-
1606405209	Obermehler	449.689
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405709	Schlotheim, Stadt	188.843
1606405806	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606406506	Weberstedt	-
1606406600	Weinbergen	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	-
1606407452	Südeichsfeld	-
1606407553	Vogtei	300.000
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606499906	VGHH Unstrut-Hainich	-
1606499909	VGHH Schlotheim	-
1606500152	Abtsbessingen	47.267

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606500200	Artern/Unstrut, Stadt	249.916
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500806	Borxleben	-
1606501101	Bretleben	16.791
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501354	Donndorf	12.062
1606501452	Ebeleben, Stadt	-
1606501601	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	11.094
1606501906	Gehofen	66.316
1606502201	Gorsleben	33.267
1606502302	Greußen, Stadt	284.510
1606503101	Hauteroda	-
1606503200	Helbedündorf	40.126
1606503301	Heldrungen, Stadt	-
1606503401	Hemleben	-
1606503506	Heygendorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606503906	Ichstedt	-
1606504206	Kalbsrieth	71.160
1606504606	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504706	Nausitz	-
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505201	Oberheldrungen	-
1606505401	Oldisleben	-
1606505606	Reinsdorf	2.855
1606505706	Ringleben	-
1606505852	Rockstedt	26.386
1606506100	Roßleben, Stadt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507252	Thüringenhausen	-
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507606	Voigtstedt	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508154	Wiehe, Stadt	-
1606508252	Wolferschwenda	-
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606599901	VGHH An der Schmücke	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606599906	VGHH Mittelzentrum Artern	-
1606600104	Altersbach	-
1606600205	Aschenhausen	-
1606600514	Belrieth	-
1606600600	Benshausen	173.623

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606600804	Bermbach	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	8.124
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606602850	Henneberg	-
1606603313	Hümpfershausen	-
1606603505	Kaltensundheim	-
1606603605	Kaltenwestheim	41.669
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604305	Melpers	-
1606604413	Metzels	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	307.823
1606604805	Oberkatz	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605104	Oberschönau, Kurort	122.511
1606605205	Oberweid	-
1606605313	Oepfershausen	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606204	Rotterode	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606704	Springstille	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607150	Stepfershausen	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	852.707
1606607513	Unterkatz	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607704	Unterschönau	-
1606607805	Unterweid	-
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606608204	Viernau	-
1606608313	Wahns	-
1606608413	Wallbach	-
1606608513	Walldorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	89.509
1606608814	Wölfershausen	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606699904	VGHH Haselgrund	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700306	Ballstädt	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700506	Brüheim	-
1606700606	Bufleben	-
1606700850	Crawinkel	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701301	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	266.779
1606702106	Friedrichswerth	-
1606702207	Friemar	-
1606702501	Georgenthal/Thür. Wald	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702706	Goldbach	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703250	Gräfenhain	-
1606703312	Großfahner	-
1606703506	Haina	-
1606703601	Herrenhof	-
1606703706	Hochheim	-
1606703901	Hohenkirchen	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705401	Petriroda	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705606	Remstädt	-
1606705951	Schwabhausen	-
1606706306	Sonneborn	-
1606706400	Tabarz/Thür. Wald	760.000
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606707406	Wangenheim	-
1606707506	Warza	-
1606707806	Westhausen	-
1606708150	Wölfis	72.656
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708300	Leinatal	200.000
1606708551	Günthersleben-Wechmar	-
1606708600	Drei Gleichen	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	100.000
1606708800	Hörsel	-
1606799901	VGHH Apfelstädtaue	-
1606799906	VGHH Mittleres Nessetal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800110	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800306	Beichlingen	-
1606800405	Bilzingsleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800601	Buttstädt, Stadt	-
1606800711	Eckstedt	-
1606800801	Ellersleben	-
1606800950	Elxleben	112.534
1606801101	Eßleben-Teutleben	-
1606801205	Frömmstedt	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801601	Großbrembach	-
1606801710	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802110	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802301	Guthmannshausen	-
1606802401	Hardisleben	-
1606802509	Haßleben	-
1606802609	Henschleben	-
1606802705	Herrnschwende	-
1606802805	Kannawurf	301.570
1606802905	Kindelbrück, Stadt	914.570
1606803101	Kleinbrembach	-
1606803210	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803501	Mannstedt	-
1606803611	Markvippach	-
1606803710	Nöda	-
1606803801	Olbersleben	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606803910	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	-
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804601	Rudersdorf	-
1606804706	Schillingstedt	-
1606804811	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805211	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805510	Udestedt	-
1606805611	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606899901	VGHH Buttstädt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899910	VGHH Gramme-Aue	-
1606899911	VGHH An der Marke	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900204	Bad Colberg-Heldburg, Stadt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	9.371
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg	-
1606901250	Eisfeld, Stadt	-
1606901504	Gompertshausen	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606901904	Hellingen	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	3.000.000
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-
1606903950	Sachsenbrunn	-
1606904104	Schlechtsart	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606904200	Schleusegrund	-
1606904352	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904852	St.Kilian	-
1606904904	Straufhain	-
1606905100	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606905900	Nahetal-Waldau	-
1606906100	Masserberg	-
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000203	Altenfeld	-
1607000302	Angelroda	16.886
1607000450	Arnstadt, Stadt	1.500.000
1607000503	Böhlen	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	-
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben	-
1607001407	Frankenhain	7.436
1607001508	Frauenwald	-
1607001603	Friedersdorf	-
1607001707	Gehlberg	85.097
1607001806	Gehren, Stadt	-
1607001902	Geraberg	-
1607002107	Geschwenda	328.909
1607002203	Gillersdorf	-
1607002307	Gossel	-
1607002407	Gräfenroda	-
1607002503	Großbreitenbach, Stadt	-
1607002706	Herschdorf	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003109	Kirchheim	-
1607003200	Langewiesen, Stadt	-
1607003307	Liebenstein	107
1607003402	Martinroda	-
1607003702	Neusiß	-
1607003806	Neustadt am Rennsteig	-
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004206	Pennewitz	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607004307	Plaue, Stadt	-
1607004409	Rockhausen	-
1607004608	Schmiedefeld am Rennsteig	724.284
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607004908	Stützerbach	-
1607005203	Wildenspring	20.716
1607005350	Wipfratal	-
1607005409	Witzleben	-
1607005500	Wolfsberg	-
1607005600	Ilmtal	-
1607099902	VGHH Geratal	33.305
1607099903	VGHH Großbreitenbach	-
1607099906	VGHH Langer Berg	-
1607099907	VGHH Oberes Geratal	-
1607099908	VGHH Rennsteig	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	4.000.000
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	1.195.865
1607100513	Ballstedt	4.557
1607100612	Bechstedtstraß	-
1607100713	Berlstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101113	Buttelstedt, Stadt	26.787
1607101212	Daasdorf a. Berge	-
1607101308	Döbritschen	26.263
1607101551	Eberstedt	-
1607101713	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102313	Großobringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	-
1607102813	Heichelheim	-
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103412	Hopfgarten	-
1607103612	Isseroda	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607103913	Kleinobringen	-
1607104208	Kleinschwabhausen	-
1607104307	Klettbach	-
1607104451	Ködderitzsch	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	-
1607104713	Krautheim	-
1607104852	Kromsdorf	-
1607104908	Lehnstedt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607105113	Leutenthal	792
1607105308	Magdala, Stadt	317.938
1607105508	Mechelroda	50.000
1607105608	Mellingen	-
1607105712	Mönchenholzhausen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106113	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106512	Niederzimmern	36.644
1607106712	Nohra	459.755
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107312	Ottstedt a. Berge	-
1607107613	Ramsla	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108113	Rohrbach	107.818
1607108213	Sachsenhausen	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108513	Schwerstedt	436
1607108707	Tonndorf	-
1607108812	Troistedt	-
1607108908	Umpferstedt	140.000
1607109213	Vippachedelhausen	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	-
1607109713	Wohlsborn	-
1607109951	Saaleplatte	-
1607110152	Ilmtal-Weinstraße	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607199912	VGHH Grammetal	-
1607199913	VGHH Nordkreis Weimar	-
1607200150	Bachfeld	-
1607200500	Föritz	-
1607200651	Goldisthal	-
1607200900	Judenbach	48.896
1607201100	Lauscha, Stadt	219.109
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201400	Neuhaus-Schierschnitz	-
1607201550	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607300103	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	1.093.901
1607300603	Bechstedt	-
1607301301	Cursdorf	8.380

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607301401	Deesbach	-
1607301703	Döschnitz	-
1607302103	Dröbischau	69.219
1607302805	Gräfenthal, Stadt	17.686
1607303551	Hohenwarte	-
1607303600	Kamsdorf	-
1607303701	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	197.189
1607304902	Lichte	-
1607305403	Mellenbach-Glasbach	-
1607305503	Meura	-
1607305601	Meuselbach-Schwarzmühle	108.041
1607306303	Oberhain	-
1607306501	Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	183.364
1607306602	Piesau	-
1607306705	Probstzella	81.446
1607306802	Reichmannsdorf	-
1607307403	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	2.234.939
1607307902	Schmiedefeld	420.093
1607308203	Schwarzburg	-
1607308403	Sitzendorf	-
1607309403	Unterweißbach	-
1607310103	Wittgendorf	-
1607310500	Remda-Teichel, Stadt	27.925
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310800	Saalfelder Höhe	250.000
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311200	Königsee-Rottenbach, Stadt	41.285
1607399901	VGHH Bergbahnregion/Schwarzatal	-
1607399902	VGHH Lichtetal am Rennsteig	-
1607399903	VGHH Mittleres Schwarzatal	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	-
1607400650	Bollberg	975
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	324.078
1607400951	Bürgel, Stadt	40.087
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	616.296
1607401205	Crossen an der Elster	28.221
1607401611	Eichenberg	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	1.181.595
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	-
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	-
1607403111	Großeutersdorf	12.905
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	41.379
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	21.971
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf	-
1607403905	Heideland	161.035
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	2.300.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	-
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	28.250
1607404911	Laasdorf	518.160
1607405115	Lehesten	209.376
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	486
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	-
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	221.049
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607406950	Quirla	-
1607407107	Rattelsdorf	-
1607407205	Rauda	78.434
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607407611	Reinstädt	16.574
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	124.485
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	-
1607409450	Stadtroda, Stadt	172.309
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	-
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	-
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	80.101
1607411411	Zöllnitz	34.688
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	-
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	24.416
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500208	Birkenhügel	-
1607500308	Blankenberg	-
1607500408	Blankenstein	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607500804	Bucha	6.000
1607500951	Burgk	-
1607501313	Crispendorf	39.794
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501804	Dreba	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607502911	Geroda	282
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	5.000
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504208	Harra	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	2.128.385
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607504904	Knau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506150	Linda b. Neustadt an der Orla	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	-
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507108	Neundorf (bei Lobenstein)	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	20.000
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508608	Pottiga	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	40.995
1607509311	Rosendorf	-
1607509708	Schlegel	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510650	Stanau	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	239.992
1607513100	Gefell, Stadt	133.812
1607513200	Tanna, Stadt	1.100.847
1607513300	Wurzbach, Stadt	467.904
1607513451	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	-
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599908	VGHH Saale-Rennsteig	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	633.638
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602252	Greiz, Stadt	979.442
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	21.065
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605252	Neumühle/Elster	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700201	Altkirchen	-
1607700301	Dobitschen	-
1607700401	Drogen	-
1607700504	Fockendorf	82.004
1607700608	Frohnsdorf	-
1607700704	Gerstenberg	-
1607700801	Göhren	-
1607700901	Göllnitz	-
1607701108	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	-
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607701908	Jückelberg	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702308	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607702901	Lumpzig	-
1607703101	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703600	Nobitz	-
1607703709	Nöbdenitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	-
1607704205	Rositz	-
1607704300	Schmölln, Stadt	-
1607704401	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705109	Wildenbörten	-
1607705204	Windischleuba	-
1607705508	Ziegelheim	-
1607799901	VGHH Altenburger Land	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	-
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799908	VGHH Wieratal	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2016 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2016

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	-
1605200000	Gera, Stadt	43.778.255
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	22.000.000
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	17.253.081
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	23.574.591
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	5.000.000
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	8.372.958
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	3.440.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	121.370
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100414	Bernterode bei Heilbad Heiligenstadt	-
1606100712	Birkenfelde	140.000
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	25.680
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	158.712
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	16.504
1606102204	Deuna	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102503	Dingelstädt, Stadt	500.000
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-
1606103308	Fretterode	10.864
1606103409	Geisleden	91.114
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103804	Gerterode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104304	Hausen	-
1606104406	Haynrode	189.828
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104603	Helmsdorf	99.000
1606104709	Heuthen	-
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	29.228
1606105201	Hundeshagen	-
1606105403	Kallmerode	-
1606105503	Kefferhausen	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606105904	Kleinbartloff	-
1606106103	Kreuzebra	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	19.704
1606106908	Marth	1.314
1606107404	Niederorschel	-
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	195.144
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	-
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108703	Silberhausen	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	299
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	324.708
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	794.580
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	28.471
1606199903	VGHH Dingelstädt	-
1606199904	VGHH Eichsfelder Kessel	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200252	Bleicherode, Stadt	105.475
1606200406	Buchholz	-
1606200500	Ellrich, Stadt	308.319
1606200652	Etzelsrode	-
1606200752	Friedrichsthal	-
1606200853	Görsbach	-
1606200904	Großlohra	-
1606201404	Hainrode/Hainleite	81.580
1606201606	Harzungen	-
1606201806	Herrmannsacker	-
1606202452	Kehmstedt	-
1606202552	Kleinbodungen	-
1606202604	Kleinfurra	-
1606202952	Kraja	-
1606203352	Lipprechterode	-
1606203606	Neustadt/Harz	-
1606203752	Niedergebra	-
1606203904	Nohra	282.793
1606204100	Nordhausen, Stadt	7.937.259
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	75.177
1606205804	Wipperdorf	309.438
1606205904	Wolkramshausen	164.418
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	393.154
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206506	Harztor	-
1606299904	VGHH Hainleite	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606299906	VGHH Hohnstein/Südharz	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300703	Berka/Werra, Stadt	-
1606300806	Bischofroda	-
1606300904	Brunnhartshausen	-
1606301156	Buttlar	-
1606301306	Creuzburg, Stadt	-
1606301403	Dankmarshausen	-
1606301504	Dermbach	-
1606301658	Diedorf/Rhön	81.683
1606301703	Dippach	-
1606301906	Ebenshausen	-
1606302358	Empfertshausen	-
1606302455	Ettenhausen a.d. Suhl	-
1606302806	Frankenroda	-
1606302954	Frauensee	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303603	Großensee	-
1606303706	Hallungen	-
1606303906	Ifta	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305255	Marksuhl	-
1606305506	Mihla	-
1606305806	Nazza	-
1606305904	Neidhartshausen	-
1606306204	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307204	Stadtlengsfeld, Stadt	-
1606307554	Tiefenort	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308104	Urnshausen	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308404	Weilar	-
1606308604	Wiesenthal	-
1606308955	Wolfsburg-Unkeroda	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309304	Zella/Rhön	-
1606309400	Moorgrund	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310258	Kaltennordheim, Stadt	-
1606399903	VGHH Berka/Werra	-
1606399904	VGHH Dermbach	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400106	Altengottern	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400809	Bothenheilingen	35.332
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	-
1606401706	Flarchheim	-
1606401806	Großengottern	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402306	Heroldishausen	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606402909	Issersheilingen	18.636
1606403253	Kammerforst	80.000
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403509	Kleinwelsbach	4.187
1606403601	Klettstedt	-
1606403709	Körner	-
1606403801	Kutzleben	-
1606404309	Marolterode	62.790
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606404706	Mülverstedt	-
1606404809	Neunheilingen	-
1606405209	Obermehler	-
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405709	Schlotheim, Stadt	-
1606405806	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606406506	Weberstedt	-
1606406600	Weinbergen	113.050
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	-
1606407452	Südeichsfeld	-
1606407553	Vogtei	300.000
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606499906	VGHH Unstrut-Hainich	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606499909	VGHH Schlotheim	-
1606500152	Abtsbessingen	29.340
1606500200	Artern/Unstrut, Stadt	-
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500806	Borxleben	-
1606501101	Bretleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501354	Donndorf	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	73.369
1606501601	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	11.910
1606501906	Gehofen	-
1606502201	Gorsleben	29.133
1606502302	Greußen, Stadt	99.993
1606503101	Hauteroda	51.266
1606503200	Helbedündorf	-
1606503301	Heldrungen, Stadt	-
1606503401	Hemleben	-
1606503506	Heygendorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606503906	Ichstedt	-
1606504206	Kalbsrieth	46.530
1606504606	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504706	Nausitz	-
1606504802	Niederbösa	22.133
1606505102	Oberbösa	-
1606505201	Oberheldrungen	-
1606505401	Oldisleben	-
1606505606	Reinsdorf	68.244
1606505706	Ringleben	17.169
1606505852	Rockstedt	13.244
1606506100	Roßleben, Stadt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507252	Thüringenhausen	-
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	40.596
1606507606	Voigtstedt	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	32.763
1606508154	Wiehe, Stadt	-
1606508252	Wolferschwenda	-
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	81.482
1606599901	VGHH An der Schmücke	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606599906	VGHH Mittelzentrum Artern	-
1606600104	Altersbach	-
1606600205	Aschenhausen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606600514	Belrieth	-
1606600600	Benshausen	-
1606600804	Bermbach	-
1606601205	Birx	15.968
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	12.899
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606602850	Henneberg	-
1606603313	Hümpfershausen	-
1606603505	Kaltensundheim	-
1606603605	Kaltenwestheim	25.725
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604305	Melpers	47.925
1606604413	Metzels	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	727.162
1606604805	Oberkatz	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605104	Oberschönau, Kurort	51.554
1606605205	Oberweid	49.261
1606605313	Oepfershausen	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	24.406
1606606204	Rotterode	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606704	Springstille	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607150	Stepfershausen	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607513	Unterkatz	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607704	Unterschönau	-
1606607805	Unterweid	6.392

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608204	Viernau	-
1606608313	Wahns	-
1606608413	Wallbach	-
1606608513	Walldorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	48.351
1606608814	Wölfershausen	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606699904	VGHH Haselgrund	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700306	Ballstädt	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700506	Brüheim	-
1606700606	Bufleben	-
1606700850	Crawinkel	23.342
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701301	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702106	Friedrichswerth	-
1606702207	Friemar	-
1606702501	Georgenthal/Thür. Wald	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702706	Goldbach	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703250	Gräfenhain	-
1606703312	Großfahner	-
1606703506	Haina	-
1606703601	Herrenhof	-
1606703706	Hochheim	26.609
1606703901	Hohenkirchen	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705401	Petriroda	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705606	Remstädt	-
1606705951	Schwabhausen	-
1606706306	Sonneborn	-
1606706400	Tabarz/Thür. Wald	-
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606707406	Wangenheim	-
1606707506	Warza	110.000
1606707806	Westhausen	-
1606708150	Wölfis	50.073
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708300	Leinatal	-
1606708551	Günthersleben-Wechmar	-
1606708600	Drei Gleichen	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606799901	VGHH Apfelstädtaue	-
1606799906	VGHH Mittleres Nessetal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800110	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800306	Beichlingen	-
1606800405	Bilzingsleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800601	Buttstädt, Stadt	55.177
1606800711	Eckstedt	-
1606800801	Ellersleben	22.560
1606800950	Elxleben	-
1606801101	Eßleben-Teutleben	-
1606801205	Frömmstedt	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801601	Großbrembach	-
1606801710	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802110	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802301	Guthmannshausen	-
1606802401	Hardisleben	-
1606802509	Haßleben	-
1606802609	Henschleben	-
1606802705	Herrnschwende	-
1606802805	Kannawurf	250.926
1606802905	Kindelbrück, Stadt	569.210
1606803101	Kleinbrembach	-
1606803210	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803501	Mannstedt	-
1606803611	Markvippach	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606803710	Nöda	-
1606803801	Olbersleben	-
1606803910	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	-
1606804305	Riethgen	4.514
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804601	Rudersdorf	-
1606804706	Schillingstedt	-
1606804811	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805211	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805510	Udestedt	-
1606805611	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606899901	VGHH Buttstädt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899910	VGHH Gramme-Aue	-
1606899911	VGHH An der Marke	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900204	Bad Colberg-Heldburg, Stadt	39.970
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg	-
1606901250	Eisfeld, Stadt	-
1606901504	Gompertshausen	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606901904	Hellingen	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	3.000.000
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606903950	Sachsenbrunn	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904352	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904852	St.Kilian	-
1606904904	Straufhain	-
1606905100	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606905900	Nahetal-Waldau	-
1606906100	Masserberg	-
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000203	Altenfeld	244.121
1607000302	Angelroda	17.021
1607000450	Arnstadt, Stadt	-
1607000503	Böhlen	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	-
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben	-
1607001407	Frankenhain	35.763
1607001508	Frauenwald	-
1607001603	Friedersdorf	-
1607001707	Gehlberg	113.827
1607001806	Gehren, Stadt	-
1607001902	Geraberg	-
1607002107	Geschwenda	51.243
1607002203	Gillersdorf	15.812
1607002307	Gossel	-
1607002407	Gräfenroda	-
1607002503	Großbreitenbach, Stadt	-
1607002706	Herschdorf	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003109	Kirchheim	-
1607003200	Langewiesen, Stadt	-
1607003307	Liebenstein	1.725
1607003402	Martinroda	-
1607003702	Neusiß	-
1607003806	Neustadt am Rennsteig	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004206	Pennewitz	-
1607004307	Plaue, Stadt	31.129
1607004409	Rockhausen	-
1607004608	Schmiedefeld am Rennsteig	466.516
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607004908	Stützerbach	47.760
1607005203	Wildenspring	-
1607005350	Wipfratal	-
1607005409	Witzleben	-
1607005500	Wolfsberg	-
1607005600	Ilmtal	-
1607099902	VGHH Geratal	-
1607099903	VGHH Großbreitenbach	-
1607099906	VGHH Langer Berg	-
1607099907	VGHH Oberes Geratal	-
1607099908	VGHH Rennsteig	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	768.296
1607100513	Ballstedt	-
1607100612	Bechstedtstraß	-
1607100713	Berlstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101113	Buttelstedt, Stadt	-
1607101212	Daasdorf a. Berge	-
1607101308	Döbritschen	24.516
1607101551	Eberstedt	7.895
1607101713	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102313	Großobringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	-
1607102813	Heichelheim	-
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103412	Hopfgarten	35.453
1607103612	Isseroda	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607103913	Kleinobringen	-
1607104208	Kleinschwabhausen	-
1607104307	Klettbach	-
1607104451	Ködderitzsch	3.748
1607104607	Kranichfeld, Stadt	469.287
1607104713	Krautheim	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607104852	Kromsdorf	-
1607104908	Lehnstedt	-
1607105113	Leutenthal	14.442
1607105308	Magdala, Stadt	270.000
1607105508	Mechelroda	48.000
1607105608	Mellingen	-
1607105712	Mönchenholzhausen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106113	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106512	Niederzimmern	56.891
1607106712	Nohra	324.609
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107312	Ottstedt a. Berge	-
1607107613	Ramsla	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108113	Rohrbach	132.795
1607108213	Sachsenhausen	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108513	Schwerstedt	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108812	Troistedt	-
1607108908	Umpferstedt	140.000
1607109213	Vippachedelhausen	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	5.126
1607109713	Wohlsborn	-
1607109951	Saaleplatte	-
1607110152	Ilmtal-Weinstraße	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607199912	VGHH Grammetal	-
1607199913	VGHH Nordkreis Weimar	-
1607200150	Bachfeld	-
1607200500	Föritz	-
1607200651	Goldisthal	-
1607200900	Judenbach	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201400	Neuhaus-Schierschnitz	-
1607201550	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	509.289
1607202300	Frankenblick	-
1607300103	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	1.474.224

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607300603	Bechstedt	-
1607301301	Cursdorf	42.991
1607301401	Deesbach	-
1607301703	Döschnitz	98.616
1607302103	Dröbischau	45.622
1607302805	Gräfenthal, Stadt	-
1607303551	Hohenwarte	-
1607303600	Kamsdorf	-
1607303701	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607304902	Lichte	30.276
1607305403	Mellenbach-Glasbach	-
1607305503	Meura	42.672
1607305601	Meuselbach-Schwarzmühle	-
1607306303	Oberhain	-
1607306501	Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	149.023
1607306602	Piesau	-
1607306705	Probstzella	-
1607306802	Reichmannsdorf	-
1607307403	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	356.127
1607307902	Schmiedefeld	323.462
1607308203	Schwarzburg	-
1607308403	Sitzendorf	-
1607309403	Unterweißbach	-
1607310103	Wittgendorf	-
1607310500	Remda-Teichel, Stadt	10.770
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310800	Saalfelder Höhe	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311200	Königsee-Rottenbach, Stadt	-
1607399901	VGHH Bergbahnregion/Schwarzatal	-
1607399902	VGHH Lichtetal am Rennsteig	-
1607399903	VGHH Mittleres Schwarzatal	8.678
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	10.942
1607400650	Bollberg	6.506
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	256.985
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607401205	Crossen an der Elster	134.827
1607401611	Eichenberg	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	690.306
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	8.630
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	-
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	-
1607403111	Großeutersdorf	23.170
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	50.665
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	27.176
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf	69.863
1607403905	Heideland	311.044
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	1.900.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	-
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	20.312
1607404911	Laasdorf	639.923
1607405115	Lehesten	152.996
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	28.830
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	-
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	400.000
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607406950	Quirla	-
1607407107	Rattelsdorf	-
1607407205	Rauda	77.223
1607407352	Rauschwitz	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	-
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	7.544
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	-
1607409450	Stadtroda, Stadt	350.958
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	44.676
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	-
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	-
1607411411	Zöllnitz	93.698
1607411605	Schkölen, Stadt	33.642
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	-
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500208	Birkenhügel	-
1607500308	Blankenberg	-
1607500408	Blankenstein	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607500804	Bucha	9.900
1607500951	Burgk	-
1607501313	Crispendorf	-
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501804	Dreba	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	3.570
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504208	Harra	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	1.534.499
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607504904	Knau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506150	Linda b. Neustadt an der Orla	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	-
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507108	Neundorf (bei Lobenstein)	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	30.000
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508608	Pottiga	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	9.283
1607509311	Rosendorf	-
1607509708	Schlegel	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	6.536
1607510650	Stanau	-
1607510904	Tegau	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	4.733
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	-
1607513100	Gefell, Stadt	296.251
1607513200	Tanna, Stadt	1.087.121
1607513300	Wurzbach, Stadt	557.595
1607513451	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	180.818
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599908	VGHH Saale-Rennsteig	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	381.421
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602252	Greiz, Stadt	695.060
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	-
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	736
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605252	Neumühle/Elster	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700201	Altkirchen	-
1607700301	Dobitschen	10.134
1607700401	Drogen	-
1607700504	Fockendorf	229.919
1607700608	Frohnsdorf	-
1607700704	Gerstenberg	-
1607700801	Göhren	-
1607700901	Göllnitz	-
1607701108	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	-
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	723
1607701908	Jückelberg	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702308	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607702901	Lumpzig	-
1607703101	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703600	Nobitz	-
1607703709	Nöbdenitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	28.616
1607704205	Rositz	-
1607704300	Schmölln, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607704401	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705109	Wildenbörten	-
1607705204	Windischleuba	187.109
1607705508	Ziegelheim	-
1607799901	VGHH Altenburger Land	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	-
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799908	VGHH Wieratal	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2017 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2017

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	-
1605200000	Gera, Stadt	39.644.536
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	13.000.000
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	16.903.318
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	19.848.481
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	-
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	6.840.732
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	280.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	3.717
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100414	Bernterode bei Heilbad Heiligenstadt	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	39.583
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102204	Deuna	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102503	Dingelstädt, Stadt	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-
1606103308	Fretterode	19.736
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103804	Gerterode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104304	Hausen	-
1606104406	Haynrode	-
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104603	Helmsdorf	-
1606104709	Heuthen	197.266
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	115.933
1606105201	Hundeshagen	-
1606105403	Kallmerode	-
1606105503	Kefferhausen	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606105904	Kleinbartloff	-
1606106103	Kreuzebra	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	20.677
1606106908	Marth	-
1606107404	Niederorschel	-
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	19.807
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	5.333
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108703	Silberhausen	-
1606108909	Steinbach	301.935
1606109112	Steinheuterode	37.398
1606109401	Tastungen	17.289
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	114.472
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	979.228
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	-
1606199903	VGHH Dingelstädt	-
1606199904	VGHH Eichsfelder Kessel	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200252	Bleicherode, Stadt	-
1606200406	Buchholz	-
1606200500	Ellrich, Stadt	172
1606200652	Etzelsrode	4.796
1606200752	Friedrichsthal	-
1606200853	Görsbach	-
1606200904	Großlohra	-
1606201404	Hainrode/Hainleite	101.459
1606201606	Harzungen	-
1606201806	Herrmannsacker	-
1606202452	Kehmstedt	-
1606202552	Kleinbodungen	-
1606202604	Kleinfurra	-
1606202952	Kraja	-
1606203352	Lipprechterode	-
1606203606	Neustadt/Harz	-
1606203752	Niedergebra	-
1606203904	Nohra	92.232
1606204100	Nordhausen, Stadt	2.575.599
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	-
1606205804	Wipperdorf	161.493
1606205904	Wolkramshausen	145.059
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	-
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206506	Harztor	-
1606299904	VGHH Hainleite	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606299906	VGHH Hohnstein/Südharz	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300703	Berka/Werra, Stadt	382.605
1606300806	Bischofroda	-
1606300904	Brunnhartshausen	-
1606301156	Buttlar	-
1606301306	Creuzburg, Stadt	-
1606301403	Dankmarshausen	-
1606301504	Dermbach	-
1606301658	Diedorf/Rhön	75.066
1606301703	Dippach	-
1606301906	Ebenshausen	-
1606302358	Empfertshausen	-
1606302455	Ettenhausen a.d. Suhl	-
1606302806	Frankenroda	-
1606302954	Frauensee	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303603	Großensee	-
1606303706	Hallungen	-
1606303906	Ifta	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305255	Marksuhl	-
1606305506	Mihla	-
1606305806	Nazza	-
1606305904	Neidhartshausen	6.308
1606306204	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307204	Stadtlengsfeld, Stadt	-
1606307554	Tiefenort	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308104	Urnshausen	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308404	Weilar	-
1606308604	Wiesenthal	-
1606308955	Wolfsburg-Unkeroda	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309304	Zella/Rhön	-
1606309400	Moorgrund	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310258	Kaltennordheim, Stadt	-
1606399903	VGHH Berka/Werra	-
1606399904	VGHH Dermbach	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400106	Altengottern	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400809	Bothenheilingen	68.076
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	156.294
1606401706	Flarchheim	5.847
1606401806	Großengottern	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402306	Heroldishausen	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606402909	Issersheilingen	18.680
1606403253	Kammerforst	-
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403509	Kleinwelsbach	4.707
1606403601	Klettstedt	-
1606403709	Körner	202.446
1606403801	Kutzleben	-
1606404309	Marolterode	42.553
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606404706	Mülverstedt	-
1606404809	Neunheilingen	-
1606405209	Obermehler	-
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405709	Schlotheim, Stadt	-
1606405806	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	50.577
1606406201	Tottleben	8.680
1606406401	Urleben	-
1606406506	Weberstedt	-
1606406600	Weinbergen	229.938
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	200.000
1606407452	Südeichsfeld	-
1606407553	Vogtei	300.000
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606499906	VGHH Unstrut-Hainich	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606499909	VGHH Schlotheim	-
1606500152	Abtsbessingen	50.004
1606500200	Artern/Unstrut, Stadt	66.390
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500806	Borxleben	22.623
1606501101	Bretleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	56.456
1606501354	Donndorf	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	26.983
1606501601	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	13.892
1606501906	Gehofen	-
1606502201	Gorsleben	79.553
1606502302	Greußen, Stadt	-
1606503101	Hauteroda	38.932
1606503200	Helbedündorf	97.939
1606503301	Heldrungen, Stadt	-
1606503401	Hemleben	-
1606503506	Heygendorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606503906	Ichstedt	-
1606504206	Kalbsrieth	-
1606504606	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504706	Nausitz	-
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505201	Oberheldrungen	-
1606505401	Oldisleben	-
1606505606	Reinsdorf	-
1606505706	Ringleben	-
1606505852	Rockstedt	-
1606506100	Roßleben, Stadt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507252	Thüringenhausen	9.446
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	35.192
1606507606	Voigtstedt	47.742
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508154	Wiehe, Stadt	-
1606508252	Wolferschwenda	-
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	46.225
1606599901	VGHH An der Schmücke	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606599906	VGHH Mittelzentrum Artern	-
1606600104	Altersbach	-
1606600205	Aschenhausen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606600514	Belrieth	-
1606600600	Benshausen	61.479
1606600804	Bermbach	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606602850	Henneberg	-
1606603313	Hümpfershausen	-
1606603505	Kaltensundheim	-
1606603605	Kaltenwestheim	-
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604305	Melpers	-
1606604413	Metzels	37.240
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	409.654
1606604805	Oberkatz	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605104	Oberschönau, Kurort	-
1606605205	Oberweid	-
1606605313	Oepfershausen	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606204	Rotterode	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606704	Springstille	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607150	Stepfershausen	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607513	Unterkatz	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607704	Unterschönau	-
1606607805	Unterweid	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608204	Viernau	-
1606608313	Wahns	-
1606608413	Wallbach	-
1606608513	Walldorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	-
1606608814	Wölfershausen	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606699904	VGHH Haselgrund	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700306	Ballstädt	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700506	Brüheim	-
1606700606	Bufleben	-
1606700850	Crawinkel	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701301	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702106	Friedrichswerth	-
1606702207	Friemar	-
1606702501	Georgenthal/Thür. Wald	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702706	Goldbach	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703250	Gräfenhain	-
1606703312	Großfahner	-
1606703506	Haina	-
1606703601	Herrenhof	-
1606703706	Hochheim	-
1606703901	Hohenkirchen	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705401	Petriroda	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705606	Remstädt	-
1606705951	Schwabhausen	-
1606706306	Sonneborn	-
1606706400	Bad Tabarz/Thür. Wald	-
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606707406	Wangenheim	-
1606707506	Warza	-
1606707806	Westhausen	-
1606708150	Wölfis	16.356
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708300	Leinatal	-
1606708551	Günthersleben-Wechmar	-
1606708600	Drei Gleichen	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606799901	VGHH Apfelstädtaue	-
1606799906	VGHH Mittleres Nessetal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800110	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800306	Beichlingen	-
1606800405	Bilzingsleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800601	Buttstädt, Stadt	-
1606800711	Eckstedt	-
1606800801	Ellersleben	-
1606800950	Elxleben	232.608
1606801101	Eßleben-Teutleben	-
1606801205	Frömmstedt	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801601	Großbrembach	-
1606801710	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802110	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802301	Guthmannshausen	25.581
1606802401	Hardisleben	-
1606802509	Haßleben	-
1606802609	Henschleben	-
1606802705	Herrnschwende	-
1606802805	Kannawurf	227.273
1606802905	Kindelbrück, Stadt	569.210
1606803101	Kleinbrembach	-
1606803210	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803501	Mannstedt	-
1606803611	Markvippach	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606803710	Nöda	-
1606803801	Olbersleben	-
1606803910	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	50.589
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804601	Rudersdorf	-
1606804706	Schillingstedt	-
1606804811	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805211	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805510	Udestedt	-
1606805611	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606899901	VGHH Buttstädt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899910	VGHH Gramme-Aue	-
1606899911	VGHH An der Marke	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900204	Bad Colberg-Heldburg, Stadt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg	-
1606901250	Eisfeld, Stadt	-
1606901504	Gompertshausen	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606901904	Hellingen	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	3.000.000
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606903950	Sachsenbrunn	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904352	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904852	St.Kilian	-
1606904904	Straufhain	-
1606905100	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606905900	Nahetal-Waldau	-
1606906100	Masserberg	-
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000203	Altenfeld	68.635
1607000302	Angelroda	25.635
1607000450	Arnstadt, Stadt	-
1607000503	Böhlen	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	-
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben	-
1607001407	Frankenhain	-
1607001508	Frauenwald	-
1607001603	Friedersdorf	30.350
1607001707	Gehlberg	10.785
1607001806	Gehren, Stadt	-
1607001902	Geraberg	-
1607002107	Geschwenda	-
1607002203	Gillersdorf	-
1607002307	Gossel	-
1607002407	Gräfenroda	-
1607002503	Großbreitenbach, Stadt	-
1607002706	Herschdorf	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003109	Kirchheim	-
1607003200	Langewiesen, Stadt	-
1607003307	Liebenstein	-
1607003402	Martinroda	-
1607003702	Neusiß	-
1607003806	Neustadt am Rennsteig	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004206	Pennewitz	-
1607004307	Plaue, Stadt	-
1607004409	Rockhausen	-
1607004608	Schmiedefeld am Rennsteig	-
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607004908	Stützerbach	67.674
1607005203	Wildenspring	-
1607005350	Wipfratal	-
1607005409	Witzleben	-
1607005500	Wolfsberg	-
1607005600	Ilmtal	-
1607099902	VGHH Geratal	-
1607099903	VGHH Großbreitenbach	-
1607099906	VGHH Langer Berg	-
1607099907	VGHH Oberes Geratal	-
1607099908	VGHH Rennsteig	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	224.081
1607100513	Ballstedt	30.456
1607100612	Bechstedtstraß	1.143
1607100713	Berlstedt	17.465
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101113	Buttelstedt, Stadt	636
1607101212	Daasdorf a. Berge	-
1607101308	Döbritschen	20.000
1607101551	Eberstedt	8.094
1607101713	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102313	Großobringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	-
1607102813	Heichelheim	7.598
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103412	Hopfgarten	1.070
1607103612	Isseroda	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607103913	Kleinobringen	-
1607104208	Kleinschwabhausen	40.000
1607104307	Klettbach	-
1607104451	Ködderitzsch	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	152.467
1607104713	Krautheim	8.913

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607104852	Kromsdorf	-
1607104908	Lehnstedt	29.564
1607105113	Leutenthal	-
1607105308	Magdala, Stadt	679.275
1607105508	Mechelroda	-
1607105608	Mellingen	-
1607105712	Mönchenholzhausen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106113	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106512	Niederzimmern	-
1607106712	Nohra	-
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107312	Ottstedt a. Berge	-
1607107613	Ramsla	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108113	Rohrbach	100.000
1607108213	Sachsenhausen	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108513	Schwerstedt	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108812	Troistedt	-
1607108908	Umpferstedt	70.000
1607109213	Vippachedelhausen	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	25.000
1607109713	Wohlsborn	-
1607109951	Saaleplatte	-
1607110152	Ilmtal-Weinstraße	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607199912	VGHH Grammetal	-
1607199913	VGHH Nordkreis Weimar	-
1607200150	Bachfeld	-
1607200500	Föritz	-
1607200651	Goldisthal	-
1607200900	Judenbach	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201400	Neuhaus-Schierschnitz	-
1607201550	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	54.325
1607202300	Frankenblick	-
1607300103	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	252.664

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607300603	Bechstedt	-
1607301301	Cursdorf	68.662
1607301401	Deesbach	-
1607301703	Döschnitz	-
1607302103	Dröbischau	65.653
1607302805	Gräfenthal, Stadt	-
1607303551	Hohenwarte	-
1607303600	Kamsdorf	-
1607303701	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607304902	Lichte	127.797
1607305403	Mellenbach-Glasbach	-
1607305503	Meura	36.861
1607305601	Meuselbach-Schwarzmühle	-
1607306303	Oberhain	-
1607306501	Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	283.383
1607306602	Piesau	-
1607306705	Probstzella	-
1607306802	Reichmannsdorf	78.506
1607307403	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	-
1607307902	Schmiedefeld	205.116
1607308203	Schwarzburg	-
1607308403	Sitzendorf	-
1607309403	Unterweißbach	-
1607310103	Wittgendorf	-
1607310500	Remda-Teichel, Stadt	81.365
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310800	Saalfelder Höhe	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311200	Königsee-Rottenbach, Stadt	-
1607399901	VGHH Bergbahnregion/Schwarzatal	-
1607399902	VGHH Lichtetal am Rennsteig	-
1607399903	VGHH Mittleres Schwarzatal	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	65.261
1607400650	Bollberg	19.170
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	163.253
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	197.041

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607401205	Crossen an der Elster	157.217
1607401611	Eichenberg	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	28.693
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	-
1607403111	Großeutersdorf	27.473
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	-
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	57.466
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf	55.735
1607403905	Heideland	411.135
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	3.539
1607404400	Kahla, Stadt	1.250.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	-
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	4.330
1607404911	Laasdorf	600.655
1607405115	Lehesten	178.810
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	48.982
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	-
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	150.000
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607406950	Quirla	-
1607407107	Rattelsdorf	3.344
1607407205	Rauda	68.098
1607407352	Rauschwitz	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	22.884
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	210.000
1607409450	Stadtroda, Stadt	450.000
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	96.322
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	-
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	-
1607411411	Zöllnitz	28.201
1607411605	Schkölen, Stadt	100.383
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	31.998
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500208	Birkenhügel	-
1607500308	Blankenberg	-
1607500408	Blankenstein	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607500804	Bucha	-
1607500951	Burgk	-
1607501313	Crispendorf	44.034
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501804	Dreba	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504208	Harra	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	1.287.859
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607504904	Knau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506150	Linda b. Neustadt an der Orla	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	1.413.616
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507108	Neundorf (bei Lobenstein)	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	50.000
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508608	Pottiga	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509708	Schlegel	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	2.786
1607510650	Stanau	-
1607510904	Tegau	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	-
1607513100	Gefell, Stadt	207.609
1607513200	Tanna, Stadt	1.019.192
1607513300	Wurzbach, Stadt	709.604
1607513451	Remptendorf	93.593
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	656.638
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599908	VGHH Saale-Rennsteig	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	564.773
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602252	Greiz, Stadt	-
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	-
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	418.196
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605252	Neumühle/Elster	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700201	Altkirchen	42.973
1607700301	Dobitschen	30.683
1607700401	Drogen	-
1607700504	Fockendorf	203.538
1607700608	Frohnsdorf	-
1607700704	Gerstenberg	-
1607700801	Göhren	-
1607700901	Göllnitz	-
1607701108	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	-
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607701908	Jückelberg	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702308	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607702901	Lumpzig	-
1607703101	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703600	Nobitz	-
1607703709	Nöbdenitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	44.456
1607704205	Rositz	-
1607704300	Schmölln, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607704401	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	31.582
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705109	Wildenbörten	-
1607705204	Windischleuba	183.604
1607705508	Ziegelheim	-
1607799901	VGHH Altenburger Land	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	74.004
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799908	VGHH Wieratal	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2018 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2018

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	-
1605200000	Gera, Stadt	32.664.766
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	11.500.000
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	7.208.190
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	17.790.517
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	-
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	1.992.580
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	280.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100414	Bernterode bei Heilbad Heiligenstadt	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	-
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102204	Deuna	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102503	Dingelstädt, Stadt	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-
1606103308	Fretterode	-
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103804	Gerterode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104304	Hausen	-
1606104406	Haynrode	-
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104603	Helmsdorf	-
1606104709	Heuthen	232.887
1606104808	Hohengandern	11.221
1606104909	Hohes Kreuz	-
1606105403	Kallmerode	-
1606105503	Kefferhausen	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606105904	Kleinbartloff	-
1606106103	Kreuzebra	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	-
1606106908	Marth	-
1606107404	Niederorschel	-
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	16.105
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108703	Silberhausen	-
1606108909	Steinbach	135.213
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	-
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	440.402
1606109814	Volkerode	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	-
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	-
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	103.927
1606199903	VGHH Dingelstädt	-
1606199904	VGHH Eichsfelder Kessel	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	32.258
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200252	Bleicherode, Stadt	-
1606200500	Ellrich, Stadt	-
1606200652	Etzelsrode	4.963
1606200752	Friedrichsthal	-
1606200853	Görsbach	-
1606200904	Großlohra	-
1606201404	Hainrode/Hainleite	58.850
1606202452	Kehmstedt	-
1606202552	Kleinbodungen	-
1606202604	Kleinfurra	-
1606202952	Kraja	-
1606203352	Lipprechterode	-
1606203752	Niedergebra	-
1606203904	Nohra	18.185
1606204100	Nordhausen, Stadt	-
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	-
1606205804	Wipperdorf	139.410
1606205904	Wolkramshausen	-
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	179.833
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206500	Harztor	-
1606299904	VGHH Hainleite	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300703	Berka/Werra, Stadt	-
1606300806	Bischofroda	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606300904	Brunnhartshausen	-
1606301156	Buttlar	-
1606301306	Creuzburg, Stadt	-
1606301403	Dankmarshausen	-
1606301504	Dermbach	-
1606301658	Diedorf/Rhön	17.909
1606301703	Dippach	-
1606301906	Ebenshausen	-
1606302358	Empfertshausen	-
1606302806	Frankenroda	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303603	Großensee	-
1606303706	Hallungen	-
1606303906	Ifta	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305506	Mihla	-
1606305806	Nazza	-
1606305904	Neidhartshausen	-
1606306204	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307204	Stadtlengsfeld, Stadt	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308104	Urnshausen	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308404	Weilar	-
1606308604	Wiesenthal	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309304	Zella/Rhön	-
1606309400	Moorgrund	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310258	Kaltennordheim, Stadt	-
1606399903	VGHH Berka/Werra	-
1606399904	VGHH Dermbach	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400106	Altengottern	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400809	Bothenheilingen	23.755

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	163.568
1606401706	Flarchheim	16.956
1606401806	Großengottern	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	489
1606402251	Herbsleben	-
1606402306	Heroldishausen	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606402909	Issersheilingen	13.503
1606403253	Kammerforst	-
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403509	Kleinwelsbach	-
1606403601	Klettstedt	-
1606403709	Körner	212.262
1606403801	Kutzleben	-
1606404309	Marolterode	46.016
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606404706	Mülverstedt	-
1606404809	Neunheilingen	-
1606405209	Obermehler	1.324.698
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405709	Schlotheim, Stadt	-
1606405806	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606406506	Weberstedt	-
1606406600	Weinbergen	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	450.000
1606407452	Südeichsfeld	-
1606407553	Vogtei	-
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606499906	VGHH Unstrut-Hainich	-
1606499909	VGHH Schlotheim	-
1606500152	Abtsbessingen	-
1606500200	Artern/Unstrut, Stadt	-
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500806	Borxleben	19.138
1606501101	Bretleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501354	Donndorf	143.323
1606501452	Ebeleben, Stadt	-
1606501601	Etzleben	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606501852	Freienbessingen	24.330
1606501906	Gehofen	-
1606502201	Gorsleben	66.458
1606502302	Greußen, Stadt	-
1606503101	Hauteroda	-
1606503200	Helbedündorf	-
1606503301	Heldrungen, Stadt	-
1606503401	Hemleben	-
1606503506	Heygendorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606503906	Ichstedt	-
1606504206	Kalbsrieth	-
1606504606	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504706	Nausitz	19.394
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505201	Oberheldrungen	-
1606505401	Oldisleben	-
1606505606	Reinsdorf	-
1606505706	Ringleben	6.432
1606505852	Rockstedt	13.817
1606506100	Roßleben, Stadt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507252	Thüringenhausen	16.197
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507606	Voigtstedt	4.377
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508154	Wiehe, Stadt	-
1606508252	Wolferschwenda	8.885
1606508402	Großenehrich, Stadt	7.088
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606599901	VGHH An der Schmücke	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606599906	VGHH Mittelzentrum Artern	-
1606600104	Altersbach	-
1606600205	Aschenhausen	-
1606600514	Belrieth	-
1606600600	Benshausen	-
1606600804	Bermbach	997
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	6.843
1606602251	Fambach	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606602850	Henneberg	-
1606603313	Hümpfershausen	-
1606603505	Kaltensundheim	-
1606603605	Kaltenwestheim	-
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604305	Melpers	1.960
1606604413	Metzels	83.033
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	-
1606604805	Oberkatz	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605104	Oberschönau, Kurort	-
1606605205	Oberweid	-
1606605313	Oepfershausen	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606204	Rotterode	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607150	Stepfershausen	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607513	Unterkatz	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607704	Unterschönau	-
1606607805	Unterweid	7.953
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608204	Viernau	-
1606608313	Wahns	55.706
1606608413	Wallbach	-
1606608513	Walldorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	-
1606608814	Wölfershausen	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	138.098
1606609400	Grabfeld	-
1606699904	VGHH Haselgrund	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700306	Ballstädt	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700506	Brüheim	-
1606700606	Bufleben	-
1606700850	Crawinkel	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701301	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702106	Friedrichswerth	-
1606702207	Friemar	-
1606702501	Georgenthal/Thür. Wald	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702706	Goldbach	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703250	Gräfenhain	-
1606703312	Großfahner	-
1606703506	Haina	-
1606703601	Herrenhof	-
1606703706	Hochheim	-
1606703901	Hohenkirchen	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705401	Petriroda	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705606	Remstädt	-
1606705952	Schwabhausen	-
1606706306	Sonneborn	869.267
1606706400	Bad Tabarz/Thür. Wald	-
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606707406	Wangenheim	-
1606707506	Warza	-
1606707806	Westhausen	-
1606708150	Wölfis	-
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708300	Leinatal	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606708952	Drei Gleichen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606799901	VGHH Apfelstädtaue	-
1606799906	VGHH Mittleres Nessetal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800110	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800306	Beichlingen	-
1606800405	Bilzingsleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800601	Buttstädt, Stadt	-
1606800711	Eckstedt	-
1606800801	Ellersleben	-
1606800950	Elxleben	284.445
1606801101	Eßleben-Teutleben	-
1606801205	Frömmstedt	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801601	Großbrembach	-
1606801710	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802110	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802301	Guthmannshausen	-
1606802401	Hardisleben	-
1606802509	Haßleben	-
1606802609	Henschleben	-
1606802705	Herrnschwende	-
1606802805	Kannawurf	144.914
1606802905	Kindelbrück, Stadt	500.000
1606803101	Kleinbrembach	-
1606803210	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803501	Mannstedt	-
1606803611	Markvippach	-
1606803710	Nöda	-
1606803801	Olbersleben	-
1606803910	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	26.346
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804601	Rudersdorf	-
1606804811	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805211	Sprötau	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606805309	Straußfurt	-
1606805510	Udestedt	-
1606805611	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606899901	VGHH Buttstädt	16.514
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899910	VGHH Gramme-Aue	-
1606899911	VGHH An der Marke	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900204	Bad Colberg-Heldburg, Stadt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg	-
1606901250	Eisfeld, Stadt	-
1606901504	Gompertshausen	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606901904	Hellingen	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	-
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-
1606903950	Sachsenbrunn	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904300	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904904	Straufhain	-
1606905100	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606906100	Masserberg	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000203	Altenfeld	-
1607000302	Angelroda	-
1607000450	Arnstadt, Stadt	-
1607000503	Böhlen	31.573
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	-
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben	-
1607001407	Frankenhain	-
1607001508	Frauenwald	-
1607001603	Friedersdorf	26.200
1607001707	Gehlberg	-
1607001902	Geraberg	-
1607002107	Geschwenda	-
1607002203	Gillersdorf	-
1607002307	Gossel	-
1607002407	Gräfenroda	-
1607002503	Großbreitenbach, Stadt	-
1607002703	Herschdorf	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003109	Kirchheim	-
1607003307	Liebenstein	-
1607003402	Martinroda	-
1607003702	Neusiß	-
1607003803	Neustadt am Rennsteig	-
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004307	Plaue, Stadt	-
1607004409	Rockhausen	-
1607004608	Schmiedefeld am Rennsteig	346.476
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607004908	Stützerbach	299.258
1607005203	Wildenspring	-
1607005350	Wipfratal	-
1607005409	Witzleben	-
1607099902	VGHH Geratal	-
1607099903	VGHH Großbreitenbach	-
1607099907	VGHH Oberes Geratal	-
1607099908	VGHH Rennsteig	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	-
1607100513	Ballstedt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607100612	Bechstedtstraß	-
1607100713	Berlstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101113	Buttelstedt, Stadt	-
1607101212	Daasdorf a. Berge	-
1607101308	Döbritschen	20.000
1607101551	Eberstedt	16.482
1607101713	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102313	Großobringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	20.000
1607102813	Heichelheim	16.530
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103412	Hopfgarten	5.311
1607103612	Isseroda	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607103913	Kleinobringen	-
1607104208	Kleinschwabhausen	14.937
1607104307	Klettbach	-
1607104451	Ködderitzsch	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	359.542
1607104713	Krautheim	-
1607104852	Kromsdorf	-
1607104908	Lehnstedt	55.472
1607105113	Leutenthal	-
1607105308	Magdala, Stadt	430.000
1607105508	Mechelroda	30.000
1607105608	Mellingen	-
1607105712	Mönchenholzhausen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106113	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106512	Niederzimmern	-
1607106712	Nohra	-
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107312	Ottstedt a. Berge	-
1607107613	Ramsla	30.438
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108113	Rohrbach	-
1607108213	Sachsenhausen	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108513	Schwerstedt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607108707	Tonndorf	-
1607108812	Troistedt	-
1607108908	Umpferstedt	70.000
1607109213	Vippachedelhausen	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	-
1607109713	Wohlsborn	-
1607109951	Saaleplatte	-
1607110152	Ilmtal-Weinstraße	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607199912	VGHH Grammetal	-
1607199913	VGHH Nordkreis Weimar	-
1607200150	Bachfeld	-
1607200651	Goldisthal	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201550	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607202400	Föritztal	566.880
1607300103	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	107.462
1607300603	Bechstedt	-
1607301301	Cursdorf	96.420
1607301401	Deesbach	14.845
1607301703	Döschnitz	36.513
1607302103	Dröbischau	70.193
1607302805	Gräfenthal, Stadt	-
1607303551	Hohenwarte	-
1607303701	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607304902	Lichte	-
1607305403	Mellenbach-Glasbach	-
1607305503	Meura	53.712
1607305601	Meuselbach-Schwarzmühle	108.713
1607306303	Oberhain	-
1607306501	Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	273.140
1607306602	Piesau	-
1607306705	Probstzella	7.315
1607306802	Reichmannsdorf	-
1607307403	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	134.227
1607307902	Schmiedefeld	-
1607308203	Schwarzburg	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607308403	Sitzendorf	-
1607309403	Unterweißbach	21.510
1607310500	Remda-Teichel, Stadt	-
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311200	Königsee-Rottenbach, Stadt	-
1607399901	VGHH Bergbahnregion/Schwarzatal	-
1607399902	VGHH Lichtetal am Rennsteig	-
1607399903	VGHH Mittleres Schwarzatal	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	7.461
1607400650	Bollberg	69.668
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	213.229
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	-
1607401205	Crossen an der Elster	74.886
1607401611	Eichenberg	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	82.990
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	7.304
1607403111	Großeutersdorf	32.677
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	15.186
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	55.254
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf	275.939
1607403905	Heideland	13.941
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	38.821
1607404400	Kahla, Stadt	1.400.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	7.912
1607404707	Kleinebersdorf	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607404811	Kleineutersdorf	26.694
1607404911	Laasdorf	500.000
1607405115	Lehesten	193.169
1607405211	Lindig	7.237
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	57.012
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	126.089
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	173.721
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607406950	Quirla	-
1607407107	Rattelsdorf	9.186
1607407205	Rauda	49.868
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	15.698
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	34.372
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	130.000
1607409450	Stadtroda, Stadt	450.000
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	62.464
1607410307	Tröbnitz	50.265
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	22.582

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	-
1607411411	Zöllnitz	104.647
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	58.601
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500208	Birkenhügel	-
1607500308	Blankenberg	-
1607500408	Blankenstein	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607500804	Bucha	-
1607500951	Burgk	-
1607501313	Crispendorf	30.262
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501804	Dreba	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504208	Harra	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	839.684
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607504904	Knau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506150	Linda b. Neustadt an der Orla	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	750.000
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	38.900
1607506913	Moxa	-
1607507108	Neundorf (bei Lobenstein)	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	-
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508608	Pottiga	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509708	Schlegel	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510650	Stanau	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	81.022
1607513100	Gefell, Stadt	-
1607513200	Tanna, Stadt	304.038
1607513300	Wurzbach, Stadt	255.804
1607513451	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	367.175
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599908	VGHH Saale-Rennsteig	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	120.174
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607601904	Gauern	-
1607602252	Greiz, Stadt	-
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	-
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	21.740
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605252	Neumühle/Elster	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700201	Altkirchen	38.594
1607700301	Dobitschen	18.106
1607700401	Drogen	-
1607700504	Fockendorf	116.032
1607700704	Gerstenberg	-
1607700801	Göhren	655
1607700901	Göllnitz	-
1607701151	Göpfersdorf	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	69.746
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702351	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607702901	Lumpzig	-
1607703101	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703651	Nobitz	-
1607703709	Nöbdenitz	-
1607703950	Ponitz	200.000
1607704109	Posterstein	61.468
1607704205	Rositz	-
1607704300	Schmölln, Stadt	-
1607704401	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705109	Wildenbörten	-
1607705204	Windischleuba	-
1607799901	VGHH Altenburger Land	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	56.193
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2019 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2019

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	9.300.000
1605200000	Gera, Stadt	25.500.000
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	10.000.000
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	9.622.354
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	12.635.279
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	4.000.000
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	-
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	280.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	-
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	730
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606103308	Fretterode	-
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104406	Haynrode	-
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104709	Heuthen	166.753
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	75.353
1606105614	Kella	6.310
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	-
1606106908	Marth	-
1606107400	Niederorschel	1.590.908
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	-
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	10.593
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	152.985
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	33.001
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	-
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	2.385.326
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606111800	Dingelstädt, Stadt	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	8.300
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200500	Ellrich, Stadt	285.562
1606200853	Görsbach	-
1606200954	Großlohra	-
1606202454	Kehmstedt	-
1606202654	Kleinfurra	-
1606203354	Lipprechterode	-
1606203754	Niedergebra	-
1606204100	Nordhausen, Stadt	-
1606204900	Sollstedt	333.825
1606205453	Urbach	-
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	200.635
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	293.376
1606206500	Harztor	-
1606206654	Bleicherode, Stadt	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300806	Bischofroda	-
1606301156	Buttlar	-
1606301559	Dermbach	-
1606302359	Empfertshausen	-
1606302806	Frankenroda	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303706	Hallungen	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305806	Nazza	-
1606306259	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308459	Weilar	-
1606308659	Wiesenthal	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309400	Moorgrund	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310300	Werra-Suhl-Tal, Stadt	-
1606310406	Amt Creuzburg, Stadt	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	82.475
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	12.978
1606402251	Herbsleben	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606403253	Kammerforst	-
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403755	Körner	178.162
1606403801	Kutzleben	-
1606404355	Marolterode	36.551
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405854	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	650.000
1606407452	Südeichsfeld	726.304
1606407553	Vogtei	-
1606407654	Unstrut-Hainich	-
1606407755	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	106.069
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606500152	Abtsbessingen	19.098
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500855	Borxleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	99.295
1606501656	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	17.403
1606501955	Gehofen	-
1606502302	Greußen, Stadt	-
1606503200	Helbedündorf	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606503852	Holzsußra	-
1606504255	Kalbsrieth	-
1606504655	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505256	Oberheldrungen	-
1606505655	Reinsdorf	-
1606505852	Rockstedt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508252	Wolferschwenda	17.000
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606508655	Artern, Stadt	-
1606508700	Roßleben-Wiehe, Stadt	-
1606508856	An der Schmücke, Stadt	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606600514	Belrieth	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605205	Oberweid	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606609505	Kaltennordheim, Stadt	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701354	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702207	Friemar	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703312	Großfahner	-
1606703654	Herrenhof	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705952	Schwabhausen	-
1606706353	Sonneborn	-
1606706400	Bad Tabarz/Thür. Wald	400.000
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606708952	Drei Gleichen	-
1606709153	Nessetal	-
1606709254	Georgenthal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800112	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800505	Büchel	-
1606800712	Eckstedt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606800950	Elxleben Landkreis Sömmerda	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801712	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802112	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802509	Haßleben	-
1606803212	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803612	Markvippach	-
1606803712	Nöda	-
1606803912	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	323.756
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804812	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805212	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805512	Udestedt	-
1606805612	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	100.000
1606806209	Wundersleben	-
1606806300	Buttstädt	-
1606806405	Kindelbrück, Stadt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899912	VGHH Gramme-Vippach	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg Landkreis Hildburghausen	-
1606901200	Eisfeld, Stadt	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	-
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904300	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904904	Straufhain	-
1606905102	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606906100	Masserberg	246.363
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606906304	Heldburg, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000400	Arnstadt, Stadt	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	208.448
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben Landkreis Ilm-Kreis	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003402	Martinroda	-
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004302	Plaue, Stadt	-
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607005409	Witzleben	-
1607005700	Geratal	-
1607005800	Großbreitenbach, Stadt	-
1607099902	VGHH Geratal/Plaue	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	-
1607100553	Ballstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101308	Döbritschen	20.000

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607101551	Eberstedt	-
1607101753	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	-
1607102251	Großheringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	20.000
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103708	Kapellendorf	-
1607103808	Kiliansroda	-
1607104208	Kleinschwabhausen	35.000
1607104307	Klettbach	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	237.379
1607104908	Lehnstedt	130.000
1607105308	Magdala, Stadt	430.000
1607105508	Mechelroda	20.000
1607105608	Mellingen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106153	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108908	Umpferstedt	50.000
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	-
1607110100	Ilmtal-Weinstraße	-
1607110253	Am Ettersberg, Stadt	-
1607110300	Grammetal	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607200651	Goldisthal	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201500	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607202400	Föritztal	-
1607300154	Allendorf	80.773
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	-
1607300654	Bechstedt	1.511
1607301312	Cursdorf	82.677
1607301412	Deesbach	6.514
1607301712	Döschnitz	46.027

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607302805	Gräfenthal, Stadt	-
1607303551	Hohenwarte	-
1607303712	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607305512	Meura	-
1607306705	Probstzella	-
1607307412	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	-
1607308212	Schwarzburg	-
1607308412	Sitzendorf	24.539
1607309412	Unterweißbach	185.618
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311254	Königsee, Stadt	-
1607311312	Schwarzatal, Stadt	493.513
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607399912	VGHH Schwarzatal	6
1607400153	Albersdorf	3.764
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	-
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	50.000
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	1.870.325
1607401205	Crossen an der Elster	-
1607401611	Eichenberg Landkreis Saale-Holzland-Kreis	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	54.989
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	8.842
1607403111	Großeutersdorf	22.908
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	335
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	-
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf Landkreis Saale-Holzland-Kreis	192.542

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607403905	Heideland	-
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	5.416
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	1.000.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	12.189
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	22.234
1607404911	Laasdorf	-
1607405115	Lehesten	211.848
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	-
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	170.230
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	-
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	-
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607407107	Rattelsdorf	6.182
1607407205	Rauda	-
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	-
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	20.549
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	505.658
1607409450	Stadtroda, Stadt	450.000
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	94.733
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	7.095
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	-
1607411411	Zöllnitz	-
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	28.052
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	575.838
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	600.000
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	-
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508705	Quaschwitz	4.984
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	-
1607513100	Gefell, Stadt	-
1607513200	Tanna, Stadt	47.670
1607513300	Wurzbach, Stadt	123.304
1607513400	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	122.664
1607513600	Rosenthal am Rennsteig	-
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	152.614
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602200	Greiz, Stadt	-
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf Landkreis Greiz	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607603306	Hundhaupten	-
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	4.785
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700352	Dobitschen	-
1607700504	Fockendorf	41.322
1607700704	Gerstenberg	-
1607700805	Göhren	-
1607700905	Göllnitz	-
1607701151	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	90.046
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702351	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607703105	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703651	Nobitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	269.135
1607704205	Rositz	-
1607704352	Schmölln, Stadt	-
1607704405	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705204	Windischleuba	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	-
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2020 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2020

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	-
1605200000	Gera, Stadt	10.000.000
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	-
1605600000	Eisenach, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	493.494
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	1.261.887
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	-
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	-
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	280.000
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	19.180
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	-
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102314	Dieterode	3.397
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606103308	Fretterode	24.156
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104406	Haynrode	-
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104709	Heuthen	278.447
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	-
1606106908	Marth	-
1606107400	Niederorschel	1.220.576
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	-
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	29.002
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	-
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	3.820.002
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606111800	Dingelstädt, Stadt	-
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	-
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200500	Ellrich, Stadt	-
1606200853	Görsbach	-
1606200954	Großlohra	-
1606202454	Kehmstedt	-
1606202654	Kleinfurra	-
1606203354	Lipprechterode	-
1606203754	Niedergebra	-
1606204100	Nordhausen, Stadt	-
1606204900	Sollstedt	207.686
1606205453	Urbach	9.457
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	487.003
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	-
1606206500	Harztor	-
1606206654	Bleicherode, Stadt	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300806	Bischofroda	-
1606301156	Buttlar	-
1606301559	Dermbach	-
1606302359	Empfertshausen	-
1606302806	Frankenroda	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303706	Hallungen	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305806	Nazza	-
1606306259	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308459	Weilar	-
1606308659	Wiesenthal	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309700	Gerstungen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606309800	Hörselberg-Hainich	-
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310300	Werra-Suhl-Tal, Stadt	-
1606310406	Amt Creuzburg, Stadt	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606403253	Kammerforst	-
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403755	Körner	-
1606403801	Kutzleben	-
1606404355	Marolterode	-
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405854	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	-
1606407452	Südeichsfeld	1.000.000
1606407553	Vogtei	-
1606407654	Unstrut-Hainich	-
1606407755	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	-
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606500152	Abtsbessingen	47.422
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	5.088
1606500855	Borxleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	-
1606501656	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	-
1606501955	Gehofen	-
1606502302	Greußen, Stadt	-
1606503200	Helbedündorf	-
1606503852	Holzsußra	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606504255	Kalbsrieth	-
1606504655	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505256	Oberheldrungen	-
1606505655	Reinsdorf	-
1606505852	Rockstedt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508252	Wolferschwenda	-
1606508402	Großenehrich, Stadt	-
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606508655	Artern, Stadt	-
1606508700	Roßleben-Wiehe, Stadt	-
1606508856	An der Schmücke, Stadt	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606600514	Belrieth	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606603814	Kühndorf	-
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605205	Oberweid	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	432.823
1606606413	Schwallungen	8.070
1606606514	Schwarza	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607350	Sülzfeld	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607650	Untermaßfeld	-
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606609505	Kaltennordheim, Stadt	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701354	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702207	Friemar	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703312	Großfahner	-
1606703654	Herrenhof	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705952	Schwabhausen	-
1606706353	Sonneborn	-
1606706400	Bad Tabarz	1.100.000
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606708952	Drei Gleichen	-
1606709153	Nessetal	-
1606709254	Georgenthal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800112	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800505	Büchel	170.000
1606800712	Eckstedt	-
1606800950	Elxleben Landkreis Sömmerda	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-
1606801505	Griefstedt	-
1606801712	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	3
1606802112	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802509	Haßleben	-
1606803212	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803406	Kölleda, Stadt	-
1606803612	Markvippach	-
1606803712	Nöda	-
1606803912	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	647
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804812	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805212	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805512	Udestedt	-
1606805612	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606806300	Buttstädt	-
1606806405	Kindelbrück, Stadt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	182
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899912	VGHH Gramme-Vippach	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg Landkreis Hildburghausen	-
1606901200	Eisfeld, Stadt	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606902102	Henfstädt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606902400	Hildburghausen, Stadt	-
1606902502	Kloster Veßra	-
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	16.001
1606903702	Reurieth	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904300	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904904	Straufhain	-
1606905102	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	166.431
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606906100	Masserberg	-
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606906304	Heldburg, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000400	Arnstadt, Stadt	1.500.000
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	159.138
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben Landkreis Ilm-Kreis	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003402	Martinroda	-
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004302	Plaue, Stadt	-
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607005409	Witzleben	-
1607005700	Geratal	-
1607005800	Großbreitenbach, Stadt	-
1607099902	VGHH Geratal/Plaue	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	-
1607100553	Ballstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101308	Döbritschen	50.000
1607101551	Eberstedt	10.670

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607101753	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	40.000
1607102251	Großheringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	-
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103708	Kapellendorf	330.000
1607103808	Kiliansroda	-
1607104208	Kleinschwabhausen	45.000
1607104307	Klettbach	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	-
1607104908	Lehnstedt	270.000
1607105308	Magdala, Stadt	-
1607105508	Mechelroda	-
1607105608	Mellingen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106153	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108908	Umpferstedt	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	-
1607110100	Ilmtal-Weinstraße	-
1607110253	Am Ettersberg, Stadt	-
1607110300	Grammetal	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	-
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607200651	Goldisthal	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201500	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607202400	Föritztal	1.800.000
1607300154	Allendorf	67.720
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	369.029
1607300654	Bechstedt	-
1607301312	Cursdorf	50.886
1607301412	Deesbach	-
1607301712	Döschnitz	52.188
1607302805	Gräfenthal, Stadt	239.290

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607303551	Hohenwarte	-
1607303712	Katzhütte	-
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607305512	Meura	-
1607306705	Probstzella	126.157
1607307412	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	-
1607308212	Schwarzburg	-
1607308412	Sitzendorf	165.393
1607309412	Unterweißbach	177.176
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311254	Königsee, Stadt	-
1607311312	Schwarzatal, Stadt	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	-
1607399912	VGHH Schwarzatal	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	-
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	149.581
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	2.524.624
1607401205	Crossen an der Elster	-
1607401611	Eichenberg Landkreis Saale-Holzland-Kreis	47.591
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	170.491
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	55.424
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	1.079
1607403111	Großeutersdorf	22.975
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	-
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	40.899
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf Landkreis Saale-Holzland-Kreis	103.409
1607403905	Heideland	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	1.000.000
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	12.189
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	47.356
1607404911	Laasdorf	-
1607405115	Lehesten	191.887
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	-
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	3.836
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	200.000
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	-
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607407107	Rattelsdorf	-
1607407205	Rauda	9.439
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	-
1607407707	Renthendorf	86.219
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	1.165.652
1607409450	Stadtroda, Stadt	-
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	112.442
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	15.516
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	-
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	282.403
1607411411	Zöllnitz	31.446
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	-
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	46.164
1607500605	Bodelwitz	-
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	77.007
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	-
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	-
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	8.910
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	-
1607513100	Gefell, Stadt	-
1607513200	Tanna, Stadt	394.446
1607513300	Wurzbach, Stadt	185.639
1607513400	Remptendorf	256.671
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	-
1607513600	Rosenthal am Rennsteig	-
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	-
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602200	Greiz, Stadt	-
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf Landkreis Greiz	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700352	Dobitschen	-
1607700504	Fockendorf	115.988
1607700704	Gerstenberg	-
1607700805	Göhren	10.125
1607700905	Göllnitz	-
1607701151	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	-
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702351	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607703105	Mehna	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-
1607703651	Nobitz	-
1607703950	Ponitz	107.124
1607704109	Posterstein	202.115
1607704205	Rositz	-
1607704352	Schmölln, Stadt	-
1607704405	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705204	Windischleuba	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	-
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Anlage zu den Fragen 54 und 55: Kassenkredite 2021 (in Euro)

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2021

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1605100000	Erfurt, Stadt	-
1605200000	Gera, Stadt	-
1605300000	Jena, Stadt	-
1605400000	Suhl, Stadt	-
1605500000	Weimar, Stadt	-
1606100000	LKV Eichsfeld	-
1606200000	LKV Nordhausen	-
1606300000	LKV Wartburgkreis	-
1606400000	LKV Unstrut-Hainich-Kreis	-
1606500000	LKV Kyffhäuserkreis	-
1606600000	LKV Schmalkalden-Meiningen	-
1606700000	LKV Gotha	-
1606800000	LKV Sömmerda	-
1606900000	LKV Hildburghausen	-
1607000000	LKV Ilm-Kreis	-
1607100000	LKV Weimarer Land	-
1607200000	LKV Sonneberg	-
1607300000	LKV Saalfeld-Rudolstadt	-
1607400000	LKV Saale-Holzland-Kreis	-
1607500000	LKV Saale-Orla-Kreis	-
1607600000	LKV Greiz	-
1607700000	LKV Altenburger Land	-
1606100108	Arenshausen	-
1606100212	Asbach-Sickenberg	-
1606100301	Berlingerode	-
1606100712	Birkenfelde	-
1606101209	Bodenrode-Westhausen	-
1606101408	Bornhagen	-
1606101501	Brehme	-
1606101706	Breitenworbis	-
1606101813	Büttstedt	-
1606101906	Buhla	-
1606102108	Burgwalde	-
1606102314	Dieterode	-
1606102412	Dietzenrode/Vatterode	-
1606102601	Ecklingerode	-
1606102713	Effelder	-
1606102812	Eichstruth	-
1606103101	Ferna	-
1606103208	Freienhagen	-
1606103308	Fretterode	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606103409	Geisleden	-
1606103514	Geismar	-
1606103608	Gerbershausen	-
1606103706	Gernrode	-
1606103909	Glasehausen	-
1606104113	Großbartloff	-
1606104406	Haynrode	52.517
1606104500	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	-
1606104709	Heuthen	-
1606104808	Hohengandern	-
1606104909	Hohes Kreuz	-
1606105614	Kella	-
1606105708	Kirchgandern	-
1606105806	Kirchworbis	-
1606106214	Krombach	-
1606106313	Küllstedt	-
1606106512	Lenterode	-
1606106608	Lindewerra	-
1606106712	Lutter	-
1606106812	Mackenrode	-
1606106908	Marth	-
1606107400	Niederorschel	-
1606107514	Pfaffschwende	-
1606107609	Reinholterode	-
1606107712	Röhrig	-
1606107808	Rohrberg	-
1606108208	Rustenfelde	-
1606108308	Schachtebich	-
1606108412	Schönhagen	-
1606108514	Schwobfeld	-
1606108614	Sickerode	-
1606108909	Steinbach	-
1606109112	Steinheuterode	-
1606109401	Tastungen	-
1606109612	Thalwenden	-
1606109712	Uder	-
1606109814	Volkerode	-
1606110113	Wachstedt	-
1606110208	Wahlhausen	-
1606110301	Wehnde	-
1606110514	Wiesenfeld	-
1606110709	Wingerode	-
1606111112	Wüstheuterode	-
1606111314	Schimberg	-
1606111401	Teistungen	-
1606111500	Leinefelde-Worbis, Stadt	2.848.000
1606111600	Am Ohmberg	-
1606111700	Sonnenstein	-
1606111800	Dingelstädt, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606199901	VGHH Lindenberg/Eichsfeld	2.465
1606199906	VGHH Eichsfeld-Wipperaue	-
1606199908	VGHH Hanstein-Rusteberg	-
1606199909	VGHH Leinetal	-
1606199912	VGHH Uder	-
1606199913	VGHH Westerwald-Obereichsfeld	-
1606199914	VGHH Ershausen/Geismar	-
1606200500	Ellrich, Stadt	-
1606200853	Görsbach	-
1606200954	Großlohra	-
1606202454	Kehmstedt	-
1606202654	Kleinfurra	-
1606203354	Lipprechterode	-
1606203754	Niedergebra	-
1606204100	Nordhausen, Stadt	-
1606204900	Sollstedt	-
1606205453	Urbach	90.827
1606206200	Hohenstein	-
1606206300	Werther	260.862
1606206453	Heringen/Helme, Stadt	195.107
1606206500	Harztor	-
1606206654	Bleicherode, Stadt	-
1606300351	Bad Salzungen, Stadt	-
1606300400	Barchfeld-Immelborn	-
1606300606	Berka v. d. Hainich	-
1606300806	Bischofroda	-
1606301156	Buttlar	-
1606301559	Dermbach	-
1606302359	Empfertshausen	-
1606302806	Frankenroda	-
1606303256	Geisa, Stadt	-
1606303356	Gerstengrund	-
1606303706	Hallungen	-
1606304606	Krauthausen	-
1606304906	Lauterbach	-
1606305151	Leimbach	-
1606305806	Nazza	-
1606306259	Oechsen	-
1606306657	Ruhla, Stadt	-
1606306856	Schleid	-
1606307157	Seebach	-
1606307600	Treffurt, Stadt	-
1606307800	Unterbreizbach	-
1606308200	Vacha, Stadt	-
1606308459	Weilar	-
1606308659	Wiesenthal	-
1606309200	Wutha-Farnroda	-
1606309700	Gerstungen	-
1606309800	Hörselberg-Hainich	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606309900	Bad Liebenstein, Stadt	-
1606310100	Krayenberggemeinde	-
1606310300	Werra-Suhl-Tal, Stadt	-
1606310406	Amt Creuzburg, Stadt	-
1606310500	Eisenach, Stadt	-
1606399906	VGHH Hainich-Werratal	-
1606400300	Bad Langensalza, Stadt	-
1606400401	Bad Tennstedt, Stadt	-
1606400501	Ballhausen	-
1606400701	Blankenburg	-
1606400901	Bruchstedt	-
1606401400	Dünwald	-
1606401951	Großvargula	-
1606402101	Haussömmern	-
1606402251	Herbsleben	-
1606402701	Hornsömmern	-
1606403253	Kammerforst	-
1606403301	Kirchheilingen	-
1606403755	Körner	-
1606403801	Kutzleben	-
1606404355	Marolterode	-
1606404501	Mittelsömmern	-
1606404600	Mühlhausen/Thüringen, Stadt	-
1606405353	Oppershausen	-
1606405552	Rodeberg	-
1606405854	Schönstedt	-
1606406101	Sundhausen	-
1606406201	Tottleben	-
1606406401	Urleben	-
1606407100	Unstruttal	-
1606407200	Menteroda	-
1606407300	Anrode	-
1606407452	Südeichsfeld	1.000.000
1606407553	Vogtei	-
1606407654	Unstrut-Hainich	-
1606407755	Nottertal-Heilinger Höhen, Stadt	-
1606499901	VGHH Bad Tennstedt	-
1606500152	Abtsbessingen	6.761
1606500300	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	-
1606500552	Bellstedt	-
1606500855	Borxleben	-
1606501202	Clingen, Stadt	-
1606501452	Ebeleben, Stadt	-
1606501656	Etzleben	-
1606501852	Freienbessingen	-
1606501955	Gehofen	-
1606503200	Helbedündorf	-
1606503852	Holzsußra	-
1606504255	Kalbsrieth	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606504655	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-
1606504802	Niederbösa	-
1606505102	Oberbösa	-
1606505256	Oberheldrungen	-
1606505655	Reinsdorf	-
1606505852	Rockstedt	-
1606506700	Sondershausen, Stadt	-
1606507402	Topfstedt	-
1606507502	Trebra	-
1606507702	Wasserthaleben	-
1606507902	Westgreußen	-
1606508500	Kyffhäuserland	-
1606508655	Artern, Stadt	-
1606508700	Roßleben-Wiehe, Stadt	-
1606508856	An der Schmücke, Stadt	-
1606508900	Greußen, Stadt	-
1606599902	VGHH Greußen	-
1606600514	Belrieth	-
1606601205	Birx	-
1606601351	Breitungen/Werra	-
1606601514	Christes	-
1606601614	Dillstädt	-
1606601714	Einhausen	-
1606601814	Ellingshausen	-
1606601905	Erbenhausen	-
1606602251	Fambach	-
1606602300	Floh-Seligenthal	-
1606602405	Frankenheim/Rhön	-
1606602513	Friedelshausen	-
1606603814	Kühndorf	6.455
1606603914	Leutersdorf	-
1606604113	Mehmels	-
1606604250	Meiningen, Stadt	-
1606604514	Neubrunn	-
1606604700	Oberhof, Stadt	-
1606604914	Obermaßfeld-Grimmenthal	-
1606605205	Oberweid	-
1606605650	Rippershausen	-
1606605714	Ritschenhausen	-
1606605814	Rohr	-
1606605951	Rosa	-
1606606151	Roßdorf	-
1606606300	Schmalkalden, Kurort, Stadt	-
1606606413	Schwallungen	-
1606606514	Schwarza	-
1606606900	Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	-
1606607350	Sülzfeld	-
1606607400	Brotterode-Trusetal, Stadt	-
1606607650	Untermaßfeld	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606607914	Utendorf	-
1606608114	Vachdorf	-
1606608613	Wasungen, Stadt	-
1606609200	Zella-Mehlis, Stadt	-
1606609300	Rhönblick	-
1606609400	Grabfeld	-
1606609505	Kaltennordheim, Stadt	-
1606699905	VGHH Hohe Rhön	-
1606699913	VGHH Wasungen-Amt Sand	-
1606699914	VGHH Dolmar-Salzbrücke	-
1606700407	Bienstädt	-
1606700912	Dachwig	-
1606701112	Döllstädt	-
1606701354	Emleben	-
1606701607	Eschenbergen	-
1606701900	Friedrichroda, Stadt	-
1606702207	Friemar	-
1606702612	Gierstädt	-
1606702900	Gotha, Stadt	-
1606703312	Großfahner	-
1606703654	Herrenhof	-
1606704450	Luisenthal	-
1606704707	Molschleben	-
1606705207	Nottleben	-
1606705350	Ohrdruf, Stadt	-
1606705507	Pferdingsleben	-
1606705952	Schwabhausen	-
1606706353	Sonneborn	-
1606706400	Bad Tabarz	800.000
1606706500	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	-
1606706712	Tonna	-
1606706807	Tröchtelborn	-
1606707107	Tüttleben	-
1606707200	Waltershausen, Stadt	-
1606708207	Zimmernsupra	-
1606708700	Nesse-Apfelstädt	-
1606708800	Hörsel	-
1606708952	Drei Gleichen	-
1606709153	Nessetal	-
1606709254	Georgenthal	-
1606799907	VGHH Nesseaue	-
1606799912	VGHH Fahner Höhe	-
1606800112	Alperstedt	-
1606800202	Andisleben	-
1606800505	Büchel	170.000
1606800712	Eckstedt	-
1606800950	Elxleben Landkreis Sömmerda	-
1606801309	Gangloffsömmern	-
1606801402	Gebesee, Stadt	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606801505	Griefstedt	-
1606801712	Großmölsen	-
1606801906	Großneuhausen	-
1606802112	Großrudestedt	-
1606802205	Günstedt	-
1606802509	Haßleben	-
1606803212	Kleinmölsen	-
1606803306	Kleinneuhausen	-
1606803400	Kölleda, Stadt	-
1606803612	Markvippach	-
1606803712	Nöda	-
1606803912	Ollendorf	-
1606804106	Ostramondra	-
1606804206	Rastenberg, Stadt	-
1606804305	Riethgen	-
1606804409	Riethnordhausen	-
1606804502	Ringleben	-
1606804812	Schloßvippach	-
1606804909	Schwerstedt	-
1606805100	Sömmerda, Stadt	-
1606805212	Sprötau	-
1606805309	Straußfurt	-
1606805512	Udestedt	-
1606805612	Vogelsberg	-
1606805702	Walschleben	-
1606805800	Weißensee, Stadt	-
1606805909	Werningshausen	-
1606806150	Witterda	-
1606806209	Wundersleben	-
1606806300	Buttstädt	311.366
1606806405	Kindelbrück, Stadt	-
1606899902	VGHH Gera-Aue	-
1606899905	VGHH Kindelbrück	-
1606899906	VGHH Kölleda	-
1606899909	VGHH Straußfurt	-
1606899912	VGHH Gramme-Vippach	-
1606900102	Ahlstädt	-
1606900302	Beinerstadt	-
1606900402	Bischofrod	-
1606900651	Brünn/Thür.	-
1606900802	Dingsleben	-
1606900902	Ehrenberg	-
1606901102	Eichenberg Landkreis Hildburghausen	-
1606901200	Eisfeld, Stadt	-
1606901602	Grimmelshausen	-
1606901702	Grub	-
1606902102	Henfstädt	-
1606902400	Hildburghausen, Stadt	-
1606902502	Kloster Veßra	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1606902602	Lengfeld	-
1606902802	Marisfeld	-
1606903502	Oberstadt	-
1606903702	Reurieth	-
1606904104	Schlechtsart	-
1606904200	Schleusegrund	-
1606904300	Schleusingen, Stadt	-
1606904402	Schmeheim	-
1606904604	Schweickershausen	-
1606904702	St.Bernhard	-
1606904904	Straufhain	-
1606905102	Themar, Stadt	-
1606905204	Ummerstadt, Stadt	-
1606905300	Veilsdorf	-
1606905604	Westhausen	-
1606905851	Auengrund	-
1606906100	Masserberg	-
1606906200	Römhild, Stadt	-
1606906304	Heldburg, Stadt	-
1606999902	VGHH Feldstein	-
1606999904	VGHH Heldburger Unterland	-
1607000109	Alkersleben	-
1607000400	Arnstadt, Stadt	-
1607000609	Bösleben-Wüllersleben	-
1607000809	Dornheim	-
1607001102	Elgersburg	50.094
1607001209	Elleben	-
1607001309	Elxleben Landkreis Ilm-Kreis	-
1607002800	Amt Wachsenburg	-
1607002900	Ilmenau, Stadt	-
1607003402	Martinroda	-
1607004109	Osthausen-Wülfershausen	-
1607004302	Plaue, Stadt	-
1607004800	Stadtilm, Stadt	-
1607005409	Witzleben	-
1607005700	Geratal	-
1607005800	Großbreitenbach, Stadt	-
1607099902	VGHH Geratal/Plaue	-
1607099909	VGHH Riechheimer Berg	-
1607100100	Apolda, Stadt	-
1607100300	Bad Berka, Stadt	-
1607100451	Bad Sulza, Stadt	-
1607100553	Ballstedt	-
1607100800	Blankenhain, Stadt	-
1607100908	Buchfart	-
1607101308	Döbritschen	35.000
1607101551	Eberstedt	-
1607101753	Ettersburg	-
1607101908	Frankendorf	20.000

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607102251	Großheringen	-
1607102508	Großschwabhausen	-
1607102708	Hammerstedt	-
1607103108	Hetschburg	-
1607103207	Hohenfelden	-
1607103708	Kapellendorf	230.000
1607103808	Kiliansroda	-
1607104208	Kleinschwabhausen	45.000
1607104307	Klettbach	-
1607104607	Kranichfeld, Stadt	-
1607104908	Lehnstedt	240.000
1607105308	Magdala, Stadt	-
1607105508	Mechelroda	-
1607105608	Mellingen	-
1607105907	Nauendorf	-
1607106153	Neumark, Stadt	-
1607106451	Niedertrebra	-
1607106951	Obertrebra	-
1607107108	Oettern	-
1607107751	Rannstedt	-
1607107907	Rittersdorf	-
1607108351	Schmiedehausen	-
1607108707	Tonndorf	-
1607108908	Umpferstedt	-
1607109308	Vollersroda	-
1607109508	Wiegendorf	-
1607110100	Ilmtal-Weinstraße	-
1607110253	Am Ettersberg, Stadt	-
1607110300	Grammetal	-
1607199907	VGHH Kranichfeld	77.871
1607199908	VGHH Mellingen	-
1607200651	Goldisthal	-
1607201100	Lauscha, Stadt	-
1607201351	Neuhaus am Rennweg, Stadt	-
1607201500	Schalkau, Stadt	-
1607201800	Sonneberg, Stadt	-
1607201900	Steinach, Stadt	-
1607202300	Frankenblick	-
1607202400	Föritztal	-
1607300154	Allendorf	-
1607300251	Altenbeuthen	-
1607300500	Bad Blankenburg, Stadt	316.112
1607300654	Bechstedt	-
1607301312	Cursdorf	-
1607301412	Deesbach	-
1607301712	Döschnitz	-
1607302805	Gräfenthal, Stadt	-
1607303551	Hohenwarte	-
1607303712	Katzhütte	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607303851	Kaulsdorf	-
1607304605	Lehesten, Stadt	-
1607305512	Meura	-
1607306705	Probstzella	200.000
1607307412	Rohrbach	-
1607307600	Rudolstadt, Stadt	-
1607307700	Saalfeld/Saale, Stadt	-
1607308212	Schwarzburg	7.531
1607308412	Sitzendorf	-
1607309412	Unterweißbach	71.271
1607310600	Leutenberg, Stadt	-
1607310751	Drognitz	-
1607310900	Uhlstädt-Kirchhasel	-
1607311100	Unterwellenborn	-
1607311254	Königsee, Stadt	-
1607311312	Schwarzatal, Stadt	-
1607399905	VGHH Schiefergebirge	550.000
1607399912	VGHH Schwarzatal	-
1607400153	Albersdorf	-
1607400211	Altenberga	-
1607400353	Bad Klosterlausnitz	-
1607400411	Bibra	-
1607400553	Bobeck	-
1607400707	Bremsnitz	-
1607400811	Bucha	-
1607400951	Bürgel, Stadt	-
1607401115	Dornburg-Camburg, Stadt	2.273.220
1607401205	Crossen an der Elster	79.989
1607401611	Eichenberg Landkreis Saale-Holzland-Kreis	-
1607401707	Eineborn	-
1607401852	Eisenberg, Stadt	-
1607401915	Frauenprießnitz	-
1607402111	Freienorla	-
1607402207	Geisenhain	-
1607402407	Gneus	-
1607402552	Gösen	-
1607402615	Golmsdorf	215.910
1607402851	Graitschen b. Bürgel	-
1607402907	Großbockedra	-
1607403111	Großeutersdorf	3.138
1607403215	Großlöbichau	-
1607403311	Großpürschütz	-
1607403411	Gumperda	-
1607403615	Hainichen	-
1607403752	Hainspitz	-
1607403805	Hartmannsdorf Landkreis Saale-Holzland-Kreis	118.228
1607403905	Heideland	98.588
1607404114	Hermsdorf, Stadt	-
1607404211	Hummelshain	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607404315	Jenalöbnitz	-
1607404400	Kahla, Stadt	-
1607404507	Karlsdorf	-
1607404607	Kleinbockedra	12.189
1607404707	Kleinebersdorf	-
1607404811	Kleineutersdorf	-
1607404911	Laasdorf	-
1607405115	Lehesten	124.819
1607405211	Lindig	-
1607405307	Lippersdorf-Erdmannsdorf	-
1607405415	Löberschütz	-
1607405552	Mertendorf	-
1607405607	Meusebach	-
1607405711	Milda	-
1607405850	Möckern	-
1607405914	Mörsdorf	250.000
1607406151	Nausnitz	-
1607406315	Neuengönna	-
1607406407	Oberbodnitz	-
1607406511	Orlamünde, Stadt	-
1607406607	Ottendorf	-
1607406752	Petersberg	-
1607406851	Poxdorf	-
1607407107	Rattelsdorf	-
1607407205	Rauda	-
1607407352	Rauschwitz	-
1607407407	Rausdorf	-
1607407514	Reichenbach	-
1607407611	Reinstädt	-
1607407707	Renthendorf	-
1607407911	Rothenstein	-
1607408150	Ruttersdorf-Lotschen	-
1607408253	Scheiditz	-
1607408414	Schleifreisen	-
1607408553	Schlöben	-
1607408653	Schöngleina	-
1607408711	Schöps	-
1607408911	Seitenroda	-
1607409153	Serba	-
1607409205	Silbitz	-
1607409314	St.Gangloff	917.852
1607409450	Stadtroda, Stadt	-
1607409511	Sulza	-
1607409615	Tautenburg	-
1607409707	Tautendorf	-
1607409853	Tautenhain	-
1607409915	Thierschneck	-
1607410107	Tissa	-
1607410207	Trockenborn-Wolfersdorf	136.687

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607410307	Tröbnitz	-
1607410407	Unterbodnitz	-
1607410553	Waldeck	-
1607410605	Walpernhain	-
1607410707	Waltersdorf	-
1607410807	Weißbach	20.704
1607410953	Weißenborn	-
1607411215	Wichmar	-
1607411315	Zimmern	208.926
1607411411	Zöllnitz	166.172
1607411605	Schkölen, Stadt	-
1607499905	VGHH Heideland-Elstertal-Schkölen	-
1607499907	VGHH Hügelland/Täler	-
1607499911	VGHH Südliches Saaletal	-
1607499914	VGHH Hermsdorf	-
1607499915	VGHH Dornburg-Camburg	-
1607500605	Bodelwitz	-
1607501404	Dittersdorf	-
1607501605	Döbritz	-
1607501911	Dreitzsch	-
1607502313	Eßbach	-
1607502911	Geroda	-
1607503105	Gertewitz	-
1607503304	Görkwitz	-
1607503404	Göschitz	-
1607503513	Gössitz	-
1607503905	Grobengereuth	-
1607504600	Hirschberg, Stadt	144.583
1607504713	Keila	-
1607504804	Kirschkau	-
1607505150	Kospoda	-
1607505405	Langenorla	-
1607505605	Lausnitz b. Neustadt an der Orla	-
1607505711	Lemnitz	-
1607506200	Bad Lobenstein, Stadt	-
1607506304	Löhma	-
1607506511	Miesitz	-
1607506611	Mittelpöllnitz	-
1607506804	Moßbach	-
1607506913	Moxa	-
1607507204	Neundorf (bei Schleiz)	-
1607507350	Neustadt an der Orla, Stadt	-
1607507405	Nimritz	-
1607507505	Oberoppurg	-
1607507604	Oettersdorf	-
1607507705	Oppurg	-
1607507913	Paska	-
1607508113	Peuschen	-
1607508304	Plothen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607508404	Pörmitz	-
1607508500	Pößneck, Stadt	-
1607508705	Quaschwitz	-
1607508813	Ranis, Stadt	-
1607509311	Rosendorf	-
1607509800	Schleiz, Stadt	-
1607509911	Schmieritz	-
1607510113	Schmorda	-
1607510213	Schöndorf	-
1607510313	Seisla	-
1607510505	Solkwitz	-
1607510904	Tegau	-
1607511411	Tömmelsdorf	-
1607511611	Triptis, Stadt	-
1607511904	Volkmannsdorf	-
1607512105	Weira	-
1607512405	Wernburg	-
1607512513	Wilhelmsdorf	-
1607512713	Ziegenrück, Stadt	-
1607512913	Krölpa	-
1607513100	Gefell, Stadt	-
1607513200	Tanna, Stadt	638.943
1607513300	Wurzbach, Stadt	-
1607513400	Remptendorf	-
1607513500	Saalburg-Ebersdorf, Stadt	-
1607513600	Rosenthal am Rennsteig	-
1607599904	VGHH Seenplatte	-
1607599905	VGHH Oppurg	-
1607599911	VGHH Triptis	-
1607599913	VGHH Ranis-Ziegenrück	-
1607600351	Bad Köstritz, Stadt	-
1607600400	Berga/Elster, Stadt	-
1607600608	Bethenhausen	-
1607600706	Bocka	-
1607600808	Brahmenau	-
1607600904	Braunichswalde	-
1607601251	Caaschwitz	-
1607601453	Crimla	-
1607601704	Endschütz	-
1607601904	Gauern	-
1607602200	Greiz, Stadt	-
1607602308	Großenstein	-
1607602651	Hartmannsdorf Landkreis Greiz	-
1607602704	Hilbersdorf	-
1607602808	Hirschfeld	-
1607602956	Hohenleuben, Stadt	-
1607603306	Hundhaupten	-
1607603404	Kauern	-
1607603608	Korbußen	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607603856	Kühdorf	-
1607603956	Langenwetzendorf	-
1607604154	Langenwolschendorf	-
1607604206	Lederhose	-
1607604304	Linda b. Weida	-
1607604406	Lindenkreuz	-
1607604906	Münchenbernsdorf, Stadt	-
1607605504	Paitzdorf	-
1607605808	Pölzig	-
1607605908	Reichstädt	-
1607606100	Ronneburg, Stadt	-
1607606204	Rückersdorf	-
1607606406	Saara	-
1607606708	Schwaara	-
1607606806	Schwarzbach	-
1607606904	Seelingstädt	-
1607607404	Teichwitz	-
1607607953	Weida, Stadt	-
1607608154	Weißendorf	-
1607608404	Wünschendorf/Elster	-
1607608606	Zedlitz	-
1607608754	Zeulenroda-Triebes, Stadt	-
1607608800	Harth-Pöllnitz	-
1607608900	Kraftsdorf	-
1607609200	Auma-Weidatal, Stadt	-
1607609300	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	-
1607699904	VGHH Wünschendorf/Elster	-
1607699906	VGHH Münchenbernsdorf	-
1607699908	VGHH Am Brahmetal	-
1607700100	Altenburg, Stadt	-
1607700352	Dobitschen	-
1607700504	Fockendorf	10.794
1607700704	Gerstenberg	-
1607700805	Göhren	-
1607700905	Göllnitz	-
1607701151	Göpfersdorf	-
1607701250	Gößnitz, Stadt	-
1607701504	Haselbach	-
1607701609	Heukewalde	-
1607701750	Heyersdorf	-
1607701809	Jonaswalde	-
1607702205	Kriebitzsch	-
1607702351	Langenleuba-Niederhain	-
1607702609	Löbichau	-
1607702705	Lödla	-
1607702800	Lucka, Stadt	-
1607703105	Mehna	-
1607703200	Meuselwitz, Stadt	-
1607703405	Monstab	-

Gemeindeschlüssel	Gemeindename	Kassenkredit
1607703651	Nobitz	-
1607703950	Ponitz	-
1607704109	Posterstein	209.824
1607704205	Rositz	-
1607704352	Schmölln, Stadt	-
1607704405	Starkenberg	-
1607704709	Thonhausen	-
1607704804	Treben	-
1607704909	Vollmershain	-
1607705204	Windischleuba	-
1607799904	VGHH Pleißenaue	2.693
1607799905	VGHH Rositz	-
1607799909	VGHH Oberes Sprottental	-

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situation der Kommunen in Thüringen"

Frage 55: Entwicklung in Anspruch genommener Kassenkredite der Thüringer Landkreise und Gemeinden (in Euro)

Kassenkredite zum 31.12.	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Landkreisverwaltungen	72.311.938	57.593.231	57.640.630	43.876.248	27.271.287	26.537.633	2.035.381	0
kreisfreie Städte*)	95.949.802	75.286.207	65.778.255	52.644.536	44.164.766	44.800.000	10.000.000	0
kreisangehörige Gemeinden und VG	43.307.485	47.495.315	35.890.672	26.304.514	17.107.540	17.401.369	22.176.867	13.220.498

*) Die ehemalige kreisfreie Stadt Eisenach zählt ab dem Statistikjahr 2021 gem. dem Gebietsstand vom 31.12.2021 als große Kreisstadt zum Wartburgkreis.

Quelle: jährliche Schuldenstatistik 2014-2021

Gebietsstand des jeweiligen Berichtsjahres

Anlage zu Frage 56: Welche Gemeinden und Landkreise erhielten in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 Bedarfszuweisungen (bitte nach Jahren getrennt aufführen)?

Land-kreis	Kommune	Bewilligungshöhe der Bedarfszuweisungen (nach Jahren getrennt) zur Haushaltskonsolidierung							
		2014*	2015*	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Gera, kreisfrei	1.730.000,00	7.250.000,00	7.250.000,00	1.022.678,00				
	Suhl, kreisfrei	2.000.000,00	8.879.040,00	9.847.490,00	8.242.201,00	10.326.530,00	1.526.025,00	10.654.550,00	3.924.692,00
	Landkreis Nordhausen	1.959.404,80	3.950.000,00	6.339.500,00	8.519.964,00	9.252.900,00	8.165.600,00	9.712.513,00	9.052.724,00
	Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis	4.886.500,00	9.031.500,00	10.346.000,00	11.688.000,00	7.787.200,00	10.032.222,00	8.670.911,00	5.058.493,00
ABG	Fockendorf					22.936,00	120.042,00		
ABG	Jückelberg				36.502,00				
AP	Bad Sulza	325.000,00							
AP	Ballstedt	91.056,00							
AP	Blankenhain	5.553.900,00	16.529.001,70	1.413.845,00	1.449.900,00	1.273.263,00			
AP	Buttelstedt		651.578,00						
AP	Heichelheim					43.620,00			
AP	Hopfgarten		832.100,00	220.976,00					
AP	Kranichfeld	1.261.000,00						362.055,00	
AP	Krautheim		36.878,00		15.477,00				
AP	Leutenthal				42.002,00				
AP	Magdala					161.462,00	250.875,00		
AP	Mechelroda	244.000,00					83.702,00		
AP	Ramsla			24.388,00					
AP	Rohrbach					8.978,00			
AP	Schwerstedt			70.567,35	12.708,00	48.979,00			
AP	Troistedt	62.307,66							
AP	Wohlsborn					15.982,22			
EIC	Berlingerode	242.651,43							
EIC	Brehme	360.353,62							
EIC	Ecklingerode	205.070,12							
EIC	Hundeshagen	354.494,41							
EIC	Rustenfelde		80.000,00						
EIC	Schönhagen		20.074,00		72.358,00	78.628,00	45.846,00	65.240,00	
EIC	Tastungen	65.931,38							
EIC	Teistungen	672.208,32							
EIC	Wehnde	100.990,72							
GRZ	Berga/Elster	2.126.800,00	435.724,00	1.967.225,46	944.187,00	806.387,00	783.544,00	1.210.538,00	866.415,00
GRZ	Brahmenau					122.800,00	89.252,00		
GRZ	Caaschwitz			135.278,00					
GRZ	Endschütz	32.900,00				60.170,00		152.660,00	
GRZ	Gauern	19.100,00	17.769,00					48.716,00	36.390,00
GRZ	Greiz, Stadt			2.962.915,00			1.403.567,00		
GRZ	Kühdorf							8.596,00	
GRZ	Linda			166.566,00	63.017,00	59.915,00		199.299,00	
GRZ	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf		17.255,00						
GRZ	Münchenbernsdorf	248.800,00							
GRZ	Neumühle					38.937,00			
GRZ	Paitzdorf	87.000,00				34.661,00			108.406,00

GRZ	Reichstädt				37.240,00	42.935,00	40.900,00	68.420,00	65.800,00
GRZ	Teichwitz							2.621,00	
GRZ	Weida	9.044,00							
GTH	Bad Tabarz			178.500,00					786.607,00
GTH	Ballstädt			146.110,00	39.511,00	112.101,00			
GTH	Bufleben					268.297,00			
GTH	Haina				100.138,00	140.273,00			
GTH	Sonneborn						935.266,00		
GTH	Warza				474.911,00	58.528,00			
GTH	Westhausen			108.166,00	281.547,00	171.220,00			
GTH	Wölfis			175.773,00	179.300,00	242.002,00			
HBN	Masserberg	4.676.493,04	714.254,00						
HBN	Schweickershausen			62.400,00	82.930,00	34.100,00			
IK	Angelroda					52.090,00	39.967,00		
IK	Arnstadt		35.104,00						
IK	Elgersburg							121.085,00	99.364,00
IK	Gehlberg	155.600,00	101.020,00	73.780,00	86.036,00				
IK	Geschwenda	271.150,00		17.300,00					
IK	Neustadt am Rennsteig		59.080,00			159.968,00			
IK	Wildenspring	110.000,00	28.800,00	60.000,00	47.500,00	236.669,00			
KYF	Abtsbessingen	97.543,73							
KYF	Donndorf	408.400,00		497.000,00		33.832,00			
KYF	Etzleben		8.613,09						
KYF	Gehofen	44.000,00		82.643,00	57.606,00				
KYF	Gorsleben	315.293,00				78.553,00			
KYF	Hauteroda	345.100,00							
KYF	Hemleben	37.140,61							
KYF	Heygendorf	156.392,00				93.432,00			
KYF	Kalbsrieth		194.414,00	163.589,00					
KYF	Reinsdorf	202.911,00	132.400,00						
KYF	Ringleben		78.583,00						
KYF	Roßleben		644.000,00	263.100,00					
KYF	Sondershausen		2.647.797,00						
KYF	Voigtstedt					208.458,00			
KYF	Wiehe		433.887,00						
KYF	Wolferschwenda					16.223,00	17.039,00		
NDH	Bleicherode	704.700,00	1.055.347,00	1.398.512,00	1.504.917,00	1.659.897,00			
NDH	Buchholz	188.125,00							
NDH	Heringen/Helme	1.165.500,00							
NDH	Herrmannsacker	151.849,00							
NDH	Nohra				43.526,00				
NDH	Nordhausen (Stadt)		2.714.719,00	1.654.100,00					
NDH	Urbach				80.409,00	172.021,00	270.574,00		
NDH	Werther		389.975,00						
NDH	Wipperdorf	170.000,00							
NDH	Wolkramshausen	87.900,00			94.311,00				
SHK	Albersdorf						29.337,00	9.800,00	
SHK	Bobeck					109.840,00			
SHK	Bremsnitz						57.039,00	67.331,40	

SHK	Bürgel		89.253,00	427.952,00		735.019,00	270.079,00	677.079,00	
SHK	Dornburg-Camburg	858.000,00	285.550,00						
SHK	Großeutersdorf	141.900,00					8.562,00	2.600,00	
SHK	Großpürschütz				10.900,00			15.476,00	118.232,00
SHK	Hainichen					119.688,00			
SHK	Heideland		134.100,00						
SHK	Kahla		107.500,00		213.752,00				
SHK	Kleinbockedra						28.013,00		
SHK	Kleineutersdorf		9.650,00	24.200,00	23.200,00		48.598,00	20.404,00	
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf					110.167,00	65.694,00	32.803,00	
SHK	Orlamünde						252.323,00		
SHK	Rattelsdorf						7.644,00	82.992,00	
SHK	Rauda			73.300,00	31.800,00	63.495,00	72.743,00		
SHK	Reinstädt	59.600,00							
SHK	Renthendorf		16.300,00	71.400,00	63.765,00	62.583,00	152.997,00		
SHK	Stadtroda		48.497,00	211.064,00	505.805,00	651.000,00			
SHK	St. Gangloff						1.237.691,00	355.429,00	325.800,00
SHK	Waldeck			107.000,00	81.300,00				
SHK	Walpernhain						29.749,00	17.107,00	
SLF	Bad Blankenburg	1.472.000,00			1.979.587,00	576.770,00	1.011.417,00		28.067,00
SLF	Cursdorf							225.720,00	
SLF	Dröbischau				112.892,00				
SLF	Gräfenthal			878.130,00	24.223,00	32.033,00	367.354,00		222.333,00
SLF	Katzhütte				216.385,00			283.640,00	
SLF	Lehesten			441.648,06	88.638,00	217.930,00			
SLF	Leutenberg	147.500,00							
SLF	Lichte		1.187.500,00		124.526,00	314.613,00			
SLF	Piesau	339.000,00		543.178,32	398.380,00				
SLF	Probstzella						294.361,00		
SLF	Reichmannsdorf		679.300,00			423.086,00			
SLF	Schmiedefeld	1.388.000,00		405.095,00	266.518,00	319.374,00			
SM	Brotterode-Trusetal	2.413.642,00		1.132.607,00					
SM	Ellingshausen	28.000,00							
SM	Melpers					9.245,00			
SM	Oberhof					789.448,00			448.204,00
SM	Oepfershausen		380.000,00						
SM	Rohr	476.000,00							
SOK	Bad Lobenstein				804.852,00				
SOK	Bucha				38.406,00				
SOK	Crispendorf		125.996,00	231.474,00	98.384,00				
SOK	Gefell	456.568,00	288.111,00	550.000,00	206.487,00	281.782,00	215.000,00		
SOK	Geroda		4.109,00	5.458,00					
SOK	Hirschberg		690.094,00	1.236.668,00	1.062.186,00	1.006.919,00	1.045.918,00	790.800,00	
SOK	Neundorf				5.547,00	34.500,00			
SOK	Schlegel			16.300,00	25.050,00	44.200,00			
SOK	Solkwitz				2.310,00	2.902,00			
SOK	Tanna		995.180,00		260.135,00				
SOK	Wurzbach			422.280,00		344.383,00	328.973,00		
SÖM	Andisleben	63.470,00							

SÖM	Beichlingen	431.000,00							
SÖM	Guthmannshausen	355.313,84				77.952,00			
SÖM	Haßleben		67.596,00						
SÖM	Kannawurf	294.913,72							
SÖM	Kindelbrück	1.225.974,53	68.182,00						
SÖM	Straußfurt	116.558,00							
SON	Lauscha		854.300,00						
SON	Sonneberg, Stadt	490.000,00	3.316.000,00	2.347.000,00					
SON	Steinach				241.296,00	118.031,00	234.911,00		
UH	Anrode	925.000,00	498.504,00					599.109,00	
UH	Bothenheilingen			73.477,00		85.446,00	49.515,00		
UH	Dünwald						89.250,00	199.357,00	
UH	Flarchheim	64.100,00	58.652,00	87.379,33					
UH	Heroldishausen	133.530,00	93.887,00	52.921,00	17.000,00				
UH	Issersheilingen	21.000,00		16.624,76		17.921,00	4.009,00		
UH	Kleinwelsbach			29.124,50	39.700,00	13.114,00			
UH	Marolterode				209.661,89	120.464,00			
UH	Neunheilingen		79.514,00						
UH	Obermehler	1.362.971,33	1.143.871,79	1.966.207,52	891.288,00		183.058,00		
UH	Schlotheim	3.383.977,24	274.249,00	1.316.539,00	589.993,00	19.394.947,00	223.180,59		
WAK	Brunnhartshausen	4.998,00	34.912,00		64.500,00	39.850,00			
WAK	Diedorf				76.400,00	107.100,00			
WAK	Eisenach	4.000.000,00	7.279.040,00	7.279.736,00	7.229.656,00	7.500.445,00	6.017.335,00	7.061.475,00	8.062.683,00
WAK	Neidhartshausen		9.282,00	217.344,61	94.810,00	82.407,00			
	Summe:	**52.579.626,50**	**75.788.042,58**	**65.789.831,91**	**51.318.208,89**	**67.730.601,22**	**36.129.171,59**	**41.718.326,40**	**29.204.210,00**

* Einschließlich Bewilligungen nach § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz

Frage 57: Wann haben die entsprechenden Gemeinden und Landkreise zur Gewährung der Bedarfszuweisungen das dafür notwendige von der Rechtsaufsicht genehmigte Haushaltssicherungskonzept erstmalig beschlossen? Inwieweit wurde in den nachfolgenden Jahren die Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte rechtsaufsichtlich genehmigt (bitte nach Jahren, Gemeinden und Landkreisen getrennt aufführen)?

* genehmigungsfreie Fortschreibung

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16063105	-	Eisenach	2012	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16052000	-	Gera	2013	XX	XX	XX	XX	XX	XX	*	XX
16062000	-	Nordhausen	2012	*	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16054000	-	Suhl	2008	XX		XX	*	XX	XX	XX	XX
16064000	-	Unstrut-Hainich-Kreis	2013	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16077005	Altenburger Land	Fockendorf						X	XX	XX	XX
16077019	Altenburger Land	Jückelberg					X	Neugliederung			
16071004	Weimarer Land	Bad Sulza	2013	XX							
16071005	Weimarer Land	Ballstedt		X	XX		XX	XX	XX	XX	XX
16071008	Weimarer Land	Blankenhain	2013	XX	XX	XX	XX	XX			
16071011	Weimarer Land	Buttelstedt	2013			XX		XX	Neugliederung		
16071034	Weimarer Land	Hopfgarten	2013		XX	XX				Neugliederung	
16071046	Weimarer Land	Kranichfeld	2013	XX	XX	XX					
16071047	Weimarer Land	Krautheim		X		XX	XX	XX	Neugliederung		
16071051	Weimarer Land	Leutenthal	2011				XX	XX	Neugliederung		
16071053	Weimarer Land	Magdala					X	XX	XX		
16071055	Weimarer Land	Mechelroda		X	XX				XX	XX	
16071076	Weimarer Land	Ramsla	2013			XX	XX	XX	Neugliederung		
16071081	Weimarer Land	Rohrbach	2013				XX	XX	Neugliederung		
16071085	Weimarer Land	Schwerstedt	2013			XX	XX	XX	Neugliederung		
16071088	Weimarer Land	Troistedt			X					Neugliederung	
16071097	Weimarer Land	Wohlsborn	2011					XX	Neugliederung		
16061003	Eichsfeld	Berlingerode	2012	XX							

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16061015	Eichsfeld	Brehme	2012	XX							
16061026	Eichsfeld	Ecklingerode	2012	XX							
16061052	Eichsfeld	Hundeshagen	2012	XX				Neugliederung			
16061082	Eichsfeld	Rustenfelde									X
16061084	Eichsfeld	Schönhagen	2013		XX	XX		XX		XX	XX
16061094	Eichsfeld	Tastungen	2012	XX							
16061114	Eichsfeld	Teistungen	2012	XX							
16061103	Eichsfeld	Wehnde	2012	XX							
16061035	Eichsfeld	Geismar		X	XX	XX	XX				
16076004	Greiz	Berga/Elster		X	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16076008	Greiz	Brahmenau					X	XX	XX	*	
16076012	Greiz	Caaschwitz			X	XX	*	*	*	*	*
16076017	Greiz	Endschütz	2013	XX		*		XX		XX	XX
16076019	Greiz	Gauern		X	XX			XX		XX	XX
16076022	Greiz	Greiz	2013			XX	XX	XX	XX		
16076038	Greiz	Kühdorf								X	*
16076043	Greiz	Linda				X	XX	XX		XX	XX
16076093	Greiz	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf			X		XX				
16076049	Greiz	Münchenbernsdorf		X	XX	XX					XX
16076052	Greiz	Neumühle						X		Neugliederung	
16076055	Greiz	Paitzdorf	2013	XX	*			XX		XX	XX
16076059	Greiz	Reichstädt					X	XX	XX	XX	XX
16076074	Greiz	Teichwitz								X	*
16076079	Greiz	Weida		X							
16067064	Gotha	Bad Tabarz				X					XX
16067003	Gotha	Ballstädt				X		XX	Neugliederung		
16067006	Gotha	Bufleben					X	XX	Neugliederung		
16067035	Gotha	Haina				X	XX	XX	Neugliederung		
16067063	Gotha	Sonneborn						X	XX	XX	XX

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16067075	Gotha	Warza					X	XX	Neugliederung		
16067078	Gotha	Westhausen		X		XX	XX	XX	Neugliederung		
16067081	Gotha	Wölfis				X		XX	Neugliederung		
16069061	Hildburghausen	Masserberg	2012	*	XX	*					
16069046	Hildburghausen	Schweickershausen				X	*	XX			
1607003	IK	Angelroda						X	XX	Neugliederung	
1607004	IK	Arnstadt				X	XX				
1607011	IK	Elgersburg								X	XX
1607017	IK	Gehlberg		X	XX	XX	XX		Neugliederung		
1607021	IK	Geschwenda		X	XX	XX			Neugliederung		
1607038	IK	Neustadt		X	XX	XX	XX	XX	Neugliederung		
1607043	IK	Plaue	2013								
1607052	IK	Wildenspring	2013	XX	XX	XX	XX	XX	Neugliederung		
16065001	Kyffhäuserkreis	Abtsbessingen		X					XX		
16065013	Kyffhäuserkreis	Donndorf			X	XX	XX	XX	Neugliederung		
16065016	Kyffhäuserkreis	Etzleben			X		XX		XX	XX	
16065019	Kyffhäuserkreis	Gehofen			X	XX	XX	XX		XX	XX
16065022	Kyffhäuserkreis	Gorsleben			X			XX	Neugliederung		
16065031	Kyffhäuserkreis	Hauteroda			X		XX	XX	Neugliederung		
16065034	Kyffhäuserkreis	Hemleben			X		XX	XX	Neugliederung		
16065035	Kyffhäuserkreis	Heygendorf			X			XX	Neugliederung		
16065042	Kyffhäuserkreis	Kalbsrieth			X	XX	XX				XX
16065056	Kyffhäuserkreis	Reinsdorf		X	XX						XX
16065057	Kyffhäuserkreis	Ringleben			X				Neugliederung		
16065061	Kyffhäuserkreis	Roßleben			X	XX			Neugliederung		
16065067	Kyffhäuserkreis	Sondershausen			X	XX		XX	ssatzung 2018 aus der Haushaltssic		
16065076	Kyffhäuserkreis	Voigtstedt		X	XX			XX	Neugliederung		
16065081	Kyffhäuserkreis	Wiehe			X		XX		Neugliederung		
16065082	Kyffhäuserkreis	Wolferschwenda						X	XX	Neugliederung	

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16062002	Nordhausen	Bleicherode	2013	xx	xx	xx	xx	xx	Neugliederung		
16062004	Nordhausen	Buchholz		x	xx			Neugliederung			
16062064	Nordhausen	Heringen/Helme	2012	xx							
16062018	Nordhausen	Herrmannsacker		x	xx			Neugliederung			
16062039	Nordhausen	Nohra	2013		xx		xx		Neugliederung		
16062041	Nordhausen	Nordhausen (Stadt)			x	xx	xx	xx	xx		
16062054	Nordhausen	Urbach					x	xx			
16062063	Nordhausen	Werther			x	xx	xx	xx	xx		
16062058	Nordhausen	Wipperdorf	2013	xx	xx				Neugliederung		
16062059	Nordhausen	Wolkramshausen	2013	xx			xx		Neugliederung		
16074001	Saale-Holzland-Kreis	Albersdorf							X	XX	XX
16074005	Saale-Holzland-Kreis	Bobeck						X			
16074007	Saale-Holzland-Kreis	Bremsnitz							X		
16074009	Saale-Holzland-Kreis	Bürgel			X	XX			XX	XX	
16074011	Saale-Holzland-Kreis	Dornburg-Camburg	2013	XX						XX	
16074031	Saale-Holzland-Kreis	Großeutersdorf		X					XX	XX	
16074033	Saale-Holzland-Kreis	Großpürschütz					X		XX	XX	XX
16074036	Saale-Holzland-Kreis	Hainichen					X	XX			XX
16074039	Saale-Holzland-Kreis	Heideland			X	XX	XX		XX		
16074044	Saale-Holzland-Kreis	Kahla			X		XX				
16074046	Saale-Holzland-Kreis	Kleinbockedra							X		
16074048	Saale-Holzland-Kreis	Kleineutersdorf			X		XX		XX	XX	
16074053	Saale-Holzland-Kreis	Lippersdorf-Erdmannsdorf		X				XX	XX	XX	XX
16074065	Saale-Holzland-Kreis	Orlamünde						X	XX		
16074071	Saale-Holzland-Kreis	Rattelsdorf							X	XX	XX
16074072	Saale-Holzland-Kreis	Rauda			X	XX	XX		XX		
16074076	Saale-Holzland-Kreis	Reinstädt						X			
16074077	Saale-Holzland-Kreis	Renthendorf			X	XX	XX	XX	XX		
16074093	Saale-Holzland-Kreis	St. Gangloff							X	XX	XX

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16074094	Saale-Holzland-Kreis	Stadtroda			X	XX		XX			
16074105	Saale-Holzland-Kreis	Waldeck						X			
16074106	Saale-Holzland-Kreis	Walpernhain					X		XX	XX	XX
16073005	Saalfeld-Rudolstadt	Bad Blankenburg	2013	XX			XX	XX	XX	XX	XX
16073028	Saalfeld-Rudolstadt	Gräfenthal				X	XX	XX	XX	XX	XX
16073037	Saalfeld-Rudolstadt	Katzhütte	2013		XX	XX	XX			XX	XX
16073046	Saalfeld-Rudolstadt	Lehesten	2013			XX	XX	XX		XX	
16073106	Saalfeld-Rudolstadt	Leutenberg	2013	XX							
16073067	Saalfeld-Rudolstadt	Probstzella							X	XX	
16073013	Saalfeld-Rudolstadt	Cursdorf								X	
16073021	Saalfeld-Rudolstadt	Dröbischau				X	XX		Neugliederung		
16073049	Saalfeld-Rudolstadt	Lichte			X	XX	XX	XX	Neugliederung		
16073066	Saalfeld-Rudolstadt	Piesau				X	XX		Neugliederung		
16073079	Saalfeld-Rudolstadt	Schmiedefeld		X		XX	XX	XX	Neugliederung		
16073068	Saalfeld-Rudolstadt	Reichmannsdorf			X			XX	Neugliederung		
16066074	Schmalkalden-Meiningen	Brotterode-Trusetal	2013	XX	XX	XX			XX		
16066018	Schmalkalden-Meiningen	Ellingshausen		X							
16066043	Schmalkalden-Meiningen	Melpers						X	Neugliederung		
16066047	Schmalkalden-Meiningen	Oberhof	2012					XX			XX
16066053	Schmalkalden-Meiningen	Oepfershausen		X	XX				Neugliederung		
16066058	Schmalkalden-Meiningen	Rohr		X	XX	XX					
16075062	Saale-Orla-Kreis	Bad Lobenstein	2013		XX	XX	XX		XX		
16075008	Saale-Orla-Kreis	Bucha					X	XX	Neugliederung		
16075013	Saale-Orla-Kreis	Crispendorf			X	XX		XX	Neugliederung		
16075131	Saale-Orla-Kreis	Gefell		X	XX	XX	XX	XX	XX	XX	
16075029	Saale-Orla-Kreis	Geroda			X	XX	XX	XX	XX		
16075046	Saale-Orla-Kreis	Hirschberg		X	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16075072	Saale-Orla-Kreis	Neundorf				X	XX	XX	Neugliederung		
16075097	Saale-Orla-Kreis	Schlegel				X	XX	XX	Neugliederung		

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16075105	Saale-Orla-Kreis	Solkwitz				X		XX			
16075132	Saale-Orla-Kreis	Tanna		X	XX	XX	XX	XX	XX	XX	XX
16075133	Saale-Orla-Kreis	Wurzbach				X	XX	XX	XX		XX
16068002	Sömmerda	Andisleben		X	XX	XX	XX	XX			
16068003	Sömmerda	Beichlingen		X	XX	XX			Neugliederung		
16068023	Sömmerda	Guthmannshausen	2007	XX	XX	XX	XX	XX	Neugliederung		
16068025	Sömmerda	Haßleben	2013	XX	XX	XX	XX				
16068028	Sömmerda	Kannawurf	2011	XX					Neugliederung		
16068064	Sömmerda	Kindelbrück	2011	XX	XX				Neugliederung		
16068053	Sömmerda	Straußfurt		X	XX	XX					
16072011	Sonneberg	Lauscha			x	xx	xx	xx (beendet)			
16072015	Sonneberg	Schalkau			x	xx	xx	xx (beendet)			
16072018	Sonneberg	Sonneberg (Stadt)		x	xx	xx	xx	xx (beendet)			
16072019	Sonneberg	Steinach					x	xx	xx	xx	xx
16064073	Unstrut-Hainich-Kreis	Anrode		x	xx	xx	Gen. versagt			xx	xx
16064008	Unstrut-Hainich-Kreis	Bothenheilingen			x	xx	xx	xx	xx	Neugliederung	
16064014	Unstrut-Hainich-Kreis	Dünwald							x	xx	Gen. versagt
16064017	Unstrut-Hainich-Kreis	Flarchheim		x	xx	xx	xx	xx	Neugliederung		
16064023	Unstrut-Hainich-Kreis	Heroldishausen		x	xx	xx	xx		Neugliederung		
16064029	Unstrut-Hainich-Kreis	Issersheilingen		x	xx	xx	xx	xx	xx	Neugliederung	
16064035	Unstrut-Hainich-Kreis	Kleinwelsbach				x	xx	xx	xx	Neugliederung	
16064043	Unstrut-Hainich-Kreis	Marolterode					x	xx	xx		
16064048	Unstrut-Hainich-Kreis	Neunheilingen		x	xx	xx	xx			Neugliederung	
16064052	Unstrut-Hainich-Kreis	Obermehler	2012	Gen. versagt	xx	xx	Gen. versagt	xx	xx	Neugliederung	

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Wann wurde ein notwendiges Haushaltssicherungskonzept zur Gewährung von Bedarfszuweisungen erstmals aufgestellt und beschlossen ("X") und die jeweilige Fortschreibung durch die Rechtsaufsicht genehmigt ("XX")?								
			vorher (X)	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
16064057	Unstrut-Hainich-Kreis	Schlotheim	2013	xx	xx	xx	xx	xx	xx	Neugliederung	
16063009	Wartburgkreis	Brunnhartshausen			X		XX	XX	Neugliederung		
16063016	Wartburgkreis	Diedorf					X	XX	Neugliederung		
16063059	Wartburgkreis	Neidhartshausen			X		XX	XX	Neugliederung		

Frage 58: In welchen Fällen konnte innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungs-zeitraums die Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit erreicht werden? Inwieweit wurde eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes durch die Gemeinde oder den Landkreis begründet? In welchen dieser Fälle wurde die Verlängerung des Konso-lidierungszeitraumes mit welcher Begründung rechtsaufsichtlich nicht genehmigt werden?

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16077019	Altenburger Land	Jückelberg	X	
16071088	Weimarer Land	Troistedt	X	
16071089	Weimarer Land	Umpferstedt	X	
16061003	Eichsfeld	Berlingerode	X	
16061015	Eichsfeld	Brehme	X	
16061026	Eichsfeld	Ecklingerode	X	
16061052	Eichsfeld	Hundeshagen	X	
16061068	Eichsfeld	Mackenrode	X	
16061094	Eichsfeld	Tastungen	X	
16061114	Eichsfeld	Teistungen	X	
16061103	Eichsfeld	Wehnde	X	
16061004	Eichsfeld	Bernterode	X	
16061033	Eichsfeld	Fretterode	X	
16061035	Eichsfeld	Geismar	X	
16061036	Eichsfeld	Gerbershausen	X	
16061062	Eichsfeld	Krombach	X	
16061075	Eichsfeld	Pfaffschwende	X	

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16067003	Gotha	Ballstädt		Verlängerung um 5 Jahre (2021-2025) **Grund:** Mit der Verzögerung des geplanten Verkaufs eines Baugrundstücks und der Verschiebung des geplanten Verkaufs von Ökopunkten sowie der Erhöhung der Kreisumlage wurde die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums begründet.
16067006	Gotha	Bufleben		Verlängerung um 6 Jahre (2021-2026) **Grund:** Die Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes wurde mit der zeitlichen Verschiebung geplanter Investitionsvorhaben begründet.
16067035	Gotha	Haina		Verlängerung insgesamt um 3 Jahre (2020-2022) **Grund:** Als Grund für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums wurde die Realisierung weiterer notwendiger Investitionen im Jahr 2017 genannt.
16067075	Gotha	Warza		Verlängerung insgesamt um 6 Jahre (2021-2026) **Grund:** Als Gründe für die Verlängerung des Konsolidierungs-zeitraumes wurde vorgetragen, dass die Rückzahlung der in 2017 bewilligten BZW in den Jahren 2020 bis 2023 zu neu zu veranschlagenden Rückzahlungen in Höhe von jährlich 105 TEUR mit einer zeitlichen Verschiebung geplanter Investitionsvorhaben, geführt hat. Zudem wurde mit der 1. Fortschreibung des HSK eine neue Konsolidierungsmaßnahme aufgenommen und der 10-Jahres-Zeitraum voll ausgeschöpft.

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16067078	Gotha	Westhausen		Verlängerung insgesamt um 6 Jahre (2018-2023) **Grund:** Die Gemeinde musste einen erheblichen Teil der Gewerbesteuern zurückzahlen, weshalb die Einnahmeansätze aus dieser Steuer in der Planung verringert wurden. Ferner wurde eine für 2016 geplante Sondertilgung i. H. v. 396.444 € nicht realisiert, was Auswirkungen auf die Folgejahre hatte. Denn in der Finanzplanung mussten höhere Tilgungsraten und Zinszahlungen berücksichtigt werden. Die Gemeinde hatte ferner Mindereinnahmen im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs in Folge hoher Gewerbesteuereinnahmen 2014. Zudem gab es Verzögerungen der für 2016 geplanten Maßnahme "Gehweg Hauptstraße", weshalb eine Kostenanpassung in den Folgejahren notwendig wurde.
16067081	Gotha	Wölfis		Verlängerung um 7 Jahre (2020-2026) **Grund:** Es wurde die Verschiebung der innerhalb des Konsolidierungszeitraums notwendigen Investitionen zur Begründung für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums angeführt.
16076012	Greiz	Caaschwitz	X	
16076022	Greiz	Greiz	X	
16076093	Greiz	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	X	
16076052	Greiz	Neumühle	X	
16076079	Greiz	Weida	X	

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16076004	Greiz	Berga/Elster		Verlängerung um 5 Jahre (2018-2023) **Grund**: Die Umsetzung einer angestrebten gemeindlichen Neugliedeungsmaßnahme führte zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraums.
16076008	Greiz	Brahmenau		Verlängerung um 1 Jahr (2021-2022) **Grund:** Die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen und deren Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen werden als Grund für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums genannt.
16076017	Greiz	Endschütz		Verlängerung um insgesamt 8 Jahre (2015-2023) **Grund:** Ein langanhaltender Instandhaltungsstau, der immer wieder zu erheblichen Ausgabendefiziten führt führten zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraums.
16076019	Greiz	Gauern		Verlängerung um 7 Jahre (2016-2023) **Grund:** Der erhebliche Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen ab 2019 und eine schlechte Einnahmesituation führten zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes.
16076038	Greiz	Kühdorf	X	
16076043	Greiz	Linda		Verlängerung um 6 Jahre (2019-2025) **Grund:** Die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen führte zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraums.

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16076049	Greiz	Münchenbernsdorf		Verlängerung um 7 Jahre (2016-2022) **Grund**: Der Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen (Verlagerung des Firmensitzes des größten Gewerbesteuerzahlers in der Gemeinde) wird als Grund für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums genannt.
16076055	Greiz	Paitzdorf		Verlängerung um 5 Jahre (2018-2023) **Grund:** Für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums werden ein erheblicher Instandhaltungsstau in der Gemeinde genannt. Das Auslaufen von Kreditverbindlichkeiten sowie die prognostizierte Erholung der Gewerbesteuereinnahmen sollen zur Konsolidierung innerhalb des verlängerten Zeitraumes führen.
16076059	Greiz	Reichstädt		Verlängerung um 4 Jahre (2023-2026) **Grund: Die** notwendige Beantragung von BZW zum Haushaltsausgleich aufgrund notwendiger Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen werden als Grund für die Verlängerung des Kosnolidierungszeitraumes angegeben.
16076074	Greiz	Teichwitz	X	
16069061	Hildburghausen	Masserberg	X	
16069046	Hildburghausen	Schweickershausen	X	
16070004	IK	Arnstadt	X	
16065067	Kyffhäuserkreis	Sondershausen	X	
16062002	Nordhausen	Bleicherode	X	
16062004	Nordhausen	Buchholz	X	
16062064	Nordhausen	Heringen/Helme	X	

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16062018	Nordhausen	Herrmannsacker	X	
16062039	Nordhausen	Nohra	X	
16062041	Nordhausen	Nordhausen (Stadt)	X	
16062058	Nordhausen	Wipperdorf	X	
16062059	Nordhausen	Wolkramshausen	X	
16074039	Saale-Holzland-Kreis	Heideland	X	
16074065	Saale-Holzland-Kreis	Orlamünde	X	
16074076	Saale-Holzland-Kreis	Reinstädt	X	
16074105	Saale-Holzland-Kreis	Waldeck	X	
16074009	Saale-Holzland-Kreis	Bürgel		Verlängerung um 6 Jahre (2020-2025) **Grund:** Die Verschlechterung der dauernden Leistungsfähigkeit wird in enormen Kostensteigerung im Bereich Kita sowie weniger Gewerbesteuereinnahmen gesehen.
16074011	Saale-Holzland-Kreis	Dornburg-Camburg		Verlängerung um 8 Jahre (2016-2023) **Grund:** Sinkende Schlüsselzuweisungen, ein erheblicher Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen und der Abschluss eines Rechtsstreites im Jahr 2014 mit einer hohen Vergleichssumme, führten zur Verschlechterung der dauernden Leistungsfähigkeit.
16074036	Saale-Holzland-Kreis	Hainichen		Verlängerung um 2 Jahre (2024-2025) **Grund:** Die Rückzahlung einer BZW aus dem Jahr 2017 wird als Grund für die Verlängerung des Konsolidierungszeitraums angegeben.

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16074039	Saale-Holzland-Kreis	Heideland		Verlängerung um 2 Jahre (2019-2020) **Grund: Ein** hoher Sollfehlbetrag aus dem Jahr 2016 ist aufgrund von Gewerbesteuereinbrüchen/-rückzahlungen entstanden.
16074053	Saale-Holzland-Kreis	Lippersdorf-Erdmannsdorf		Verlängerung um 4 Jahre (2024-2027) **Grund: Ein** hoher Schuldenstand und ein vorhandener Sollfehlbetrag verschlechterten die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde.
16074072	Saale-Holzland-Kreis	Rauda		Verlängerung um 5 Jahre (2019-2023) **Grund:** Es existiert ein Sollfehlbetrag aus dem Jahr 2015. Aufgrund sinkender Schlüsselzuweisungen und steigender Kreisumlage verschlechterte sich die dauernde Leistungsfähigkeit.
16074077	Saale-Holzland-Kreis	Renthendorf		Verlängerung um 5 Jahre (2025-2029) **Grund:** Die Verschlechterung der dauernden Leistungsfähigkeit wird durch sinkende Schlüsselzuweisungen und steigende Zuschüsse für die Kita begründet.
16074094	Saale-Holzland-Kreis	Stadtroda		Verlängerung um 2 Jahre (2025-2026) **Grund**: Die Verschlechterung der dauernden Leistungsfähigkeit ergibt sich aufgrund der Verzögerung bei der Vermarktung des Gewerbegebietes.
16074106	Saale-Holzland-Kreis	Walpernhain		Verlängerung um 4 Jahre (2021-2024) **Grund:** Die Verschlechterung der dauernden Leistungsfähigkeit ergibt sich durch einen Sollfehlbetrag aus dem Jahr 2018, durch sinkende Schlüsselzuweisungen und einen steigenden Zuschuss für die Kinderbetreuung.

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16073037	Saalfeld-Rudolstadt	Katzhütte		Verlängerung um 4 Jahre (2023-2026) **Grund:** Der Abbau des Sollfehlbetrages war nicht innerhalb des Konsolidierungszeitraumes möglich, weil aufgrund der Sperrung der Sporthalle eine kostenintensive Sanierung erforderlich wurde. Erhöhte Kosten entstanden im Rahmen der Straßenausbaumaßnahme "Bahnhofstraße". Es wurde noch keine Schlussrechnung erstellt, da die Höhe mit Blick auf die Nachträge strittig ist.
16066043	Schmalkalden-Meiningen	Melpers	X	
16066053	Schmalkalden-Meiningen	Oepfershausen	X	
16066018	Schmalkalden-Meiningen	Ellingshausen	X	
16066058	Schmalkalden-Meiningen	Rohr	X	
16066074	Schmalkalden-Meiningen	Brotterode-Trusetal		Verlängerung um 3 Jahre (2024-2025) geplant (derzeit Prüfung durch RAB) **Grund:** Es existieren große Schwankungen bei den Gewerbesteuereinnahmen.
16075008	Saale-Orla-Kreis	Bucha	X	
16075013	Saale-Orla-Kreis	Crispendorf	X	
16075029	Saale-Orla-Kreis	Geroda	X	
16075072	Saale-Orla-Kreis	Neundorf	X	
16075097	Saale-Orla-Kreis	Schlegel	X	

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16075062	Saale-Orla-Kreis	Bad Lobenstein		Verlängerung um 4 Jahre (2019-2022) **Grund:** Die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit konnte, nicht früher erreicht werden, weil die Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu optimistisch geplant wurden, das Investitionsvolumen durch die Stadt im Nachhinein als zu hoch eingeschätzt wurde und Konsolidierungsmaßnahmen zu zögerlich umgesetzt wurden bzw. aus Sicht der Stadt sich als nicht umsetzbar erwiesen haben.
16075046	Saale-Orla-Kreis	Hirschberg		Verlängerung um 1 Jahr (2023-2024) **Grund:** Konsolidierungsziele können nicht früher erreicht werden, weil die Einwohnerzahlen stetig sinken, denen ein gleichbleibender Bestand an Mindestpersonal der Stadtverwaltung gegenübersteht. Die Gewerbesteuereinnahmen sind rückläufig. Im Fuhrpark des Bauhofes steigen aufgrund veralteter Technik die Kosten. Kostenintensive Ausgaben im freiwilligen Bereich und zu geringe Kostendeckungsgrade im Bereich der Pflichtaufgaben.
16075132	Saale-Orla-Kreis	Tanna		Verlängerung um 1 Jahr (2023-2024) **Grund:** Die Konsolidierungsziele können aufgrund von Gewerbesteuermindereinnahmen nicht früher erreicht werden.
16068002	Sömmerda	Andisleben	X	
16068003	Sömmerda	Beichlingen	X	
16068025	Sömmerda	Haßleben	X	

Gemeinden und Landkreise, die zur Aufstellung und Fortschreibung eines HSK verpflichtet sind			Fälle, in denen innerhalb des ursprünglich angestrebten Konsolidierungszeit-raums die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt wurde (X)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes nach Buchstabe C Nr. 3 VV-Haushaltssicherung durch RAB
1	2	3	4	5
Schlüssel	**Landkreis**	**Kommune**		
16068028	Sömmerda	Kannawurf	X	
16068064	Sömmerda	Kindelbrück	X	
16068053	Sömmerda	Straußfurt	X	
16072011	Sonneberg	Lauscha	X	
16072015	Sonneberg	Schalkau	X	
16072018	Sonneberg	Sonneberg (Stadt)	X	
16072019	Sonneberg	Steinach		Verlängerung um 5 Jahre (2021-2025) **Grund:** Der Gemeinde entstanden unerwartete Ausgaben auf- grund der Beschaffung eines zusätzlichen Drehleiterfahrzeuges.
16064043	Unstrut-Hainich-Kreis	Marolterode	X	
16064048	Unstrut-Hainich-Kreis	Neunheilingen	X	
16063009	Wartburgkreis	Brunnhartshausen	X	
16063016	Wartburgkreis	Diedorf	X	
16063059	Wartburgkreis	Neidhartshausen	X	
16062000	Nordhausen (Landkreis)			Verlängerung um insgesamt 3 Jahre (2022-2024) **Grund:** Die unerwarteten finanziellen Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges, die überdurchschnittliche und unabweisbare Steigerung des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes sowie die Steigerung von Zuschüssen für den ÖPNV infolge erhöhter Inflation, insbesondere im Energiesektor, führten zur Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes.

Berichtspflicht der oberen Rechtsaufsichtsbehörde zum 31.12.2014 gegenüber dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung bezogen auf den Konsolidierungserfolg im laufenden Vollzug vom 01.01.2014 – 30.09.2014

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kredit-ausfall-risiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinden/Städte der Landkreise											
Gemeinden/Städte des Landkreises Altenburger Land											
Lucka	27.03.2014	nicht genehmigt	2014-2018	134.853	87.833	67.767	Maßnahmen teilweise umgesetzt, eine Maßn. nicht realisierbar wegen drohender Rückzahlung von Fördermitteln. Stadt wurde am 27.10. 2014 aufgefordert, entsprechende Ersatzmaßnahmen zu benennen.	nein	Nach einer Einwohnerbefragung wurde ein freiwilliger Zusammenschluss mit der Stadt Meuselwitz abgelehnt.	entfällt	keine Angabe
Meuselwitz	18.07.2012 27.03.2014	14.08.2012 nicht gen.	2014-2023	465.328	546.900	545.321	Maßnahmen überwiegend umgesetzt, Ablehnung der Maßn.: - Anhebung der Hebesätze, - Änd. d. Straßenausbaubeitragssatzung u. - Kitagebühren. Von der Stadt wurden Ersatzmaßnahmen gefordert.	nein	Meuselwitz strebt Städtefusion mit Lucka an, Ablehnung durch Lucka	zahlreiche Maßnahmen wurden ins HSK aufgenommen	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetz. der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Rositz	18.06.2014	24.06.2014	keine Angabe	58.000	43.500	49.232	Einsparungen bei der Maßnahme „Lohn Kita“ wegen Tarifsteigerungen nicht vollständig umgesetzt, Kompensation durch höhere Einsparungen beim Freibad und Mehreinnahmen bei Benutzungsgeb. Kita	nein	nein	entfällt	keine Angabe
Ziegelheim	06.06.2011 29.10.2014	10.06.2011 30.10.2014	2011-2014 2014-2018	53.690	162.826	197.633 davon 59,3 als Vorauszahlungen	Gemeinde stellte Antrag nach § 4 Thür. Komm.-HH-Sich.programmG	nein	nein	ÜÖKP ist noch nicht abgeschlossen	Streckung d. Tilg.zeitraums und Reduzier. d. Tilgungsrate durch Umschuld., geringes Risiko

Gemeinden/Städte des Landkreises Weimarer Land

Von den derzeit 62 in Aufsicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörde stehenden Kommunen waren im Haushaltsjahr 2014 28 Kommunen verpflichtet, gemäß § 53 a ThürKO ein HSK aufzustellen, bzw. fortzuschreiben. Dabei wurden bei den Kommunen Bad Berka, Eberstedt, Hammerstedt und Niedertrebra jeweils Ausnahmen von der Verpflichtung zur Aufstellung eines HSK gemäß § 53 a Abs. 1 Satz 2 ThürKO erteilt. Daneben wurde bei den Gemeinden Döbritschen, Großobringen, Sachsenhausen und Troistedt im Jahr 2014 festgestellt, dass diese zur Erstellung eines HSK verpflichtet sind, die Erarbeitung/Beschlussfassung ist grundsätzlich für 2015 geplant.

Die zur Fertigung der Berichterstattung ausgereichten Formblätter wurden von der unteren Kommunalaufsicht nicht ausgefüllt, daher stehen nicht alle abgefragten Informationen zur Verfügung. Die Berichterstattung erfolgte ausschließlich in verbaler Form. Die Angaben darin lassen jedoch erkennen, dass sich die Kommunalaufsicht intensiv mit der Auswertung der Berichterstattung zur Abrechnung der Haushaltssicherungskonzepte der Gemeinden auseinandersetzte.

Auf der Grundlage des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2013 trat die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt und Buttelstedt in Kraft. Gleichzeitig gründete sich die Verwaltungsgemeinschaft (VG) Nordkreis Weimar beider vormaliger Verwaltungsgemeinschaften. Weiterhin bildete sich zum 31.12.2012 die Landgemeinde Bad Sulza mit den Ortsteilen Auerstedt, Flurstedt, Gebstedt, Neustedt, Reisdorf, Sonnendorf und Wickerstedt. In Bezug auf die Stadt Kranichfeld könnten nach Auskunft der gleichnahmigen VG die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen durch die Bildung einer Landgemeinde/Einheitsgemeinde um ca. 10 v.H. erhöht werden. Hierzu fehlen jedoch konkrete Beschlüsse der umliegenden Gemeinden bzw. liegen Ablehnungen vor.

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Stadt Apolda	2011	16.08.2011	Konsolid. bis zur Durchführ. Landesgartenschau 2017 notw.	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Sukzessive Umsetzung der im HSK festgelegten Maßnahmen erfolgt. Verbesserung der HH-Situation erkennbar.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Erfüllende Landgemeinde Bad Sulza	2013 2014	2013 Genehmig. stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus	Keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Nahezu alle Maßnahmen wurden umgesetzt. Umsetzung einer Maßnahme verschob sich auf Dezember 2014, Begründung erfolgte gegenüber der Kommunalaufs.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Stadt Blankenhain	30.01.2014, Anpassung 23.10.2014	29.10.2014	bis 2021	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Stadt Blankenhain verfolgt HH-Konsol. konsequent. Bescheid des TFM v. 16.09.2014 auf ergänz. Bedarfszuweis. i.H. v. 5,55 Mio. EUR, Verkürz. d. Kons.zeitraums dadurch um 2 Jahre wenn Stadt auch 2015 bis 2020 Bed.-zuweisung erhält.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Stadt Buttelstedt	2013	21.11.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Die Umsetzung der Konsolid.maßn. erfolgt stetig. Stadt stellte Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisung, Entscheidung stand zum Zeitp. d. Berichterst. noch aus.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung d. Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Stadt Kranichfeld	Fortschreibung 06.02.2014	10.09.2014	Folgejahre	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Realisierung der Maßnahmen erfolgt planmäßig. Bescheid des TFM vom 24.07.2014 über Bedarfszuweis. i.H. v. 1,26 Mio. EUR. Stadt stellte weitere Anträge auf Bedarfszuweisung und ergänz. Bedarfszuweisungen. Entsch. stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus.	nein	Bildung einer Landgemeinde lehnten die umliegenden Gemeinden ab	entfällt	nicht bekannt
Stadt Neumark	2013	07.06.2013	bis 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen werden kontinuierlich umgesetzt. Stetige Verringerung der Fehlbeträge der laufenden Rechnung ist zu verzeichnen. Gesamtes Konsolid.potent. 2014 bereits vorfristig ausgeschöpft.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Ballstedt	23.10.2014	28.10.2014	keine Angabe	Berichtspflicht erst zum 30.04.15	entfällt	entfällt	Gemeinde setzte Maßnahmen aus früherem Konzept konsequent um. Antrag auf ergänz. Bed.zuweis. am 30.07.2014 i.H.v. 106 TEUR gestellt, Entsch. stand zum Zeitp. der Berichterstattung noch aus.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Eberstedt	mit Schreib. v. 18.06.14 von der Verpflichtung z. Aufstellung eines HSK befreit	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt	Fehlbeträge der laufenden Rechnung in unerheblicher Größe, Sollfehlbeträge aus 2012 und 2013 können im Jahr 2014 komplett abgebaut werden.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Ettersburg	2013 Fortschr. 2014	2013 nicht genehmigt	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Die in der Fortschreibung geänderten Konsolidierungsmaßnahmen entsprechen nicht den Maßgaben der ThürKO und GemHV	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Hopfgarten	2013 Fortschreib. 09.05.2014	2013 Genehmigung stand zum Berichtszeitraum noch aus (Frage der Genehmigung Bedarfszuw.)	Verlängerung des Konsolidierungszeitraums zeichnet sich ab	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Gemeinde beantragte am 01.07.2014 beim TFM Bedarfszuweis. i.H. v. 725 TEUR, Entscheid. stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus, Maßnahmen wurden nur teilweise umgesetzt, am 01.12.2014 erfolgt Beratung beim TFM hierzu.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Isseroda	2013	17.12.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem HSK erfolgte. Haushaltssituation hat sich wesentlich stabilisiert. Problem ist die hohe Verschuldung der Stadt.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							Senkung der Belastungen zwingend erforderlich.				
Gemeinde Kleinobringen	2013	14.10.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Eine erfolgreiche HH-Konsolid. kann bescheinigt werden. HH-situation verbesserte sich deutlich gegenüber Vorjahren. Die dauernde Leistungsfähigkeit ist gesichert, Abbau der Fehlbeträge konnte im Jahr 2013 realisiert werden.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Kleinschwabhausen	22.11.2013	nicht genehmigt, weil HSK nicht VV-HH-Sich. entsprach	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Dennoch erfolgte die Umsetzung der Maßnahmen. Im Ergebnis verbesserte sich die finanz. Situation wesentlich. Kompletter Abbau des bis 2013 bestandenen Soll- Fehlbetrages, Ausweisung freier Spitzen, Aufbau der allgemeinen Rücklage möglich.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Krautheim	27.11.2013	15.01.2015	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsolidierungsmaßn. wurden komplett umgesetzt. Die am 07.05.2014 beantr. Bed.zuweisung wurde mit Bescheid des TFM vom 16.10.14 abgelehnt.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Leutenthal	23.09.2013	02.12.2013	bis 2016	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Auf Grund der ausgewiesenen Finanzlage besteht gegenwärtig keine Pflicht mehr zur Fortschreibung des HSK. Entsprechendes teilte die Kommunalaufsicht der Gemeinde am 02.07.2014 mit.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Mechelroda	13.06.2014	27.10.2014	bis 2015	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Ergänzende Bed.-zuweis. wurde am 31.07.14 beantragt. Entscheidung stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Ramsla	2013	29.05.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Kommune setzt Maßnahmen des HSK stetig um. Dennoch wird ein Anstieg der Fehlbeträge der laufenden Rechnung in 2014 und 2015 erwartet. Schreiben der KA vom 16.04.2014 an die Gemeinde mit dem Hinweis, neue Kons.maßnahmen zu beschließen und zeitnah umzusetzen.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Rohrbach	2013	15.04.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Umsetzung der Maßnahmen wurde nahezu vollständig nachgewiesen. Mög-	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							lichkeiten zur Verbesserung der Einnahmesituation sind ausgeschöpft. Defizitäre Haushaltslage, hohe Verschuldung zu verzeichnen.Ergänzende Bed.zuw. am 04.08.14 beantrag. Entscheidung stand z. Zeitpunkt d. Berichterstattung noch aus.				
Gemeinde Schwerstedt	2013	26.03.2013	bis 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsolidierungsmaßnahmen wurden 2014 vollständig umgesetzt. Konsolidierungsmaßnahmen wirken sich positiv auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Folgejahre aus.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Umpferstedt	01.04.2014	19.06.2014	bis 2016	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsolidierungsmaßnahmen befinden sich planmäßig in der Umsetzung.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Vippachedelhausen	2013	30.05.2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Umsetzung des HSK erfolgt planmäßig, der überwiegende Teil d. Maßn. wurde bereits realisiert.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt
Gemeinde Wohlsborn	2013	06.11.2012	bis 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsolid.maßnahmen wurden vollständig umgesetzt, Umsetzung weiterer Maßnahmen ist zwingend geboten.	nein	nein	entfällt	nicht bekannt

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinden/Städte des Landkreises Eichsfeld											
Berlingerode	28.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	18.200	16.000	17.600	Die Umsetzung der Maßnahmen im Jahr 2014 wird vollständig erreicht. Leistungsfähigkeit der Gemeinde hat sich durch die Konsolid. verbessert.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten.	keine Maßnahmen aufgenommen	Kein Risiko vorhanden
Gemeinde Bernterode	31.03.2014	02.04.2014	2014 - 2017	850	638	604	Maßnahmen des HSK wurden vollständig umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Der Ausgleich im Finanzplan ist gegeben.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Brehme	27.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	2.200	1.900	2.100	Umsetzung der Maßnahmen in 2014 wird vollständig erreicht.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgemeinde wäre zu befürwort.	keine entfällt	kein Risiko
Gemeinde Ecklingerode	26.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	2.800	2.500	2.600	Umsetzung der Maßnahmen wird vollständig erreicht. Leistungsfähigkeit der Gemeinde hat sich durch die Konsolid. verbessert.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgemeinde wäre zu befürwort.	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Fretterode	20.06.2012	13.07.2012	2012 - 2015	1.600	1.215	1.021,60	Wegen des nicht besetzten Gemeinderates (keine Be-	nein	nein	entfällt	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							schlussfassung) konnten nicht viele Maßn. umgesetzt werden. Ab 2015 wird deutliche Entspannung der HH-Lage prognostiziert.				
Gemeinde Geismar	13.03.2014	01.04.2014	2014 - 2017	4.923	3.692	4.100	HH-sicherungspflicht entstand erst 2014. Die Umsetzung weiterer Maßnahmen lässt Ertragssteigerungen und Reduzierungen des Abschreibungsaufwandes im Ergebnisplan erwarten.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Gerbershausen	06.08.2013	23.08.2013	2013 - 2015 Verkürzung Konsol.zeitraums auf 31.12.2014 nach Gen. der NT-HH-Satzung 2014	19.410	15.410	15.410	Konsolidierung des HH erfolgte auf Grund einer hohen Gewerbesteuereinnahme (890.000 EUR). Maßnahmen der Konsolidierung werden freiwillig fortgeführt.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Hundeshagen	27.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	5.800	5.100	5.600	Die Umsetzung der Maßnahmen im Jahr 2014 wird vollständig erreicht. Leistungsfähigkeit der Gemeinde hat sich durch die Konsolid. verbessert.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten.	keine Maßnahmen aus Prüfung aufgenommen	kein Risiko
Gemeinde Kella	17.01.2014	27.01.2014	2014 - 2017	1.582	1.187	860	Maßnahmen des HSK wurden vollständig umgesetzt.	nein	nein	entfällt	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung d. Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Der Ausgleich im Finanzplan ist gegeben. Gemeinde bemüht sich um Reduzierung des Abschreibungsaufwandes.				
Gemeinde Krombach	07.02.2014	11.02.2014	2014 - 2017	300	225	280	Maßnahmen des HSK wurden vollständig umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Das Konsolid. potential der Gemeinde mit 188 EW ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Mackenrode	14.05.2014	20.05.2014	nicht absehbar, über den jetzigen Finanzplanungszeitraum hinaus	8.021	6.339	5.180	Gemeinde erhielt die Auflage, weitere Konsolidierungsmaßnahmen auszuloten und festzusetzen, auch die Veräußerung von Vermögen. Hebesätze sind bereits sehr hoch.	nein	nein	entfällt	bislang kein Risiko
Gemeinde Schimberg	25.02.2014	19.03.2014	2014 - 2017	11.340	8.505	7.633	Maßnahmen des HSK wurden über-	nein	nein	entfällt	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							wiegend umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Der Ausgleich im Finanzplan ist gegeben. Gemeinde bemüht sich um Reduzierung des Abschreibungsaufwandes.				
Gemeinde Pfaffschwende	28.11.2013	05.12.2013	2014 - 2017	127.340	95.505	18.597	Maßnahmen des HSK wurden bis auf den Verkauf der Anteile an der KEBT umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Finanzlage ist durch Schuldenfreiheit und nicht unerheblicher Liquiditätsreserven absolut stabil.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Schönhagen	19.04.2013 23.07.2014	02.05.2013	2022 nach Angabe TFM zum Antrag auf Bed.zuweis.	13.396	9.908	9.642	Ausgaben für die Kinderbetreuung bei überdurchschnittlich hoher Anzahl an Kleinkindern wird als Ursache für die defizitäre Haushaltslage gesehen. Gewerbesteuereinnahmen sind rückläufig.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Schwobfeld	28.02.2014	10.03.2014	2014 - 2017	225	169	103	Maßnahmen des HSK wurden umgesetzt. Das HSK	nein	nein	entfällt	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Das Konsolid.potential der Gem. mit 120 EW ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.				
Gemeinde Sickerode	14.02.2014	07.03.2014	2014 - 2017	640	481	619	Maßnahmen des HSK wurden umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Das Konsol.pot. der Gemeinde mit 144 EW ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Tastungen	27.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	1.300	1.200	1.300	Konsolidierungsmaßnahmen wurden vollständig umgesetzt. Leistungsfähigkeit verbesserte sich insgesamt durch die Konsolid.maßnahmen.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgem. wäre zu befürworten.	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Teistungen	27.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	12.200	11.000	11.200	Konsolidierungsmaßnahmen werden vollständig umgesetzt.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgem. wäre zu befürwort.	keine Maßnahm. aus Prüf. aufgenommen	

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Volkerode	20.02.2014	10.03.2014	2014 - 2017	23.106	17.332	17.305	Maßnahmen des HSK wurden vollständig umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Das Konsolid.pot. der Gemeinde mit 237 EW ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.	nein	nein	entfällt	kein Risiko
Gemeinde Wehnde	27.05.2014	18.06.2014	2012 - 2014	5.700	4.600	4.800	Die Umsetzung der Maßnahmen wird im Jahr 2014 vollständig erreicht. Leistungsfähigkeit verbesserte sich insgesamt durch die Konsolidierungsmaßnahmen.	nein	Zusammenschl. zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten	keine Maßnahmen aufgenommen	kein Risiko
Gemeinde Wiesenfeld	30.01.2014	04.02.2014	2014 - 2017	135	101	140	Maßnahmen des HSK wurden vollständig umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich. Das Konsolid. potential der Gemeinde mit 241 EW ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.	nein	nein	keine	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinden/Städte des Landkreises Greiz Im Haushaltsjahr 2014 bestand nach § 53 a ThürKO für 18 Kommunen die Pflicht zur Aufstellung bzw. zur Fortschreibung eines HSK. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung hatten 8 Kommunen ein HSK bzw. dessen Fortschreibung beschlossen, davon wurden 5 Konzepte genehmigt, für 3 Konzepte stand die Genehmigung noch aus. Für fünf Kommunen wurde eine Ausnahme von der Pflicht zum Beschluss eines HSK zugelassen, fünf Kommunen wurden aufgefordert, ein HSK vorzulegen. In der Gemeinde Weißendorf erachtet die Rechtsaufsichtsbehörde die Haushaltssicherung als abgeschlossen.											
Stadt Auma-Weidatal	2013 17.09.2014	18.06.2013 Genehmig. stand zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch aus	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen aus 2013 wurden umgesetzt. 2014 war drastische Verschlecht. der HH-Lage durch Reduz. der E aus Gewerbesteuer um 50 v.H. zu verzeichnen. Stadt erhält 2015 weniger Schlüsselzuweis., KU erhöht sich, Stadt wird 2015 Antrag auf ergänz. Bed.zuw. stellen.	keine Maßnahmen ergriffen	wären denkbar, Konsol.-effekte werden nicht erwartet	keine Angabe	keine Angabe
Stadt Berga / Elster	18.03.2014	17.04.2014	2014 - 2018	196.000	195.500	- 129.945 Mindereinnahmen bei Grund- u. Gewerbesteuer	Maßn. wurden weitgehend umgesetzt. Kaufvertrag zum Verkauf eines unbeb. Grundstücks wurde vom Landwirtschaftsamt nicht genehmigt. Käufer u. Verkäufer beschreiten den Klageweg.	keine Maßnahmen ergriffen	wären denkbar, Konsol.-effekte werden nicht erwartet	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Endschütz	07.04.2014	03.07.2014	2013 - 2022	kein Potential 2014 u. Folgejahre vorhanden	kein Potential 2014 u. Folgejahre vorhanden	kein Potential 2014 u. Folgejahre vorhanden	Maßn. wurden umgesetzt. Sehr sparsame HH-Führung. Verschlecht. der Einnahmesituat. Steigende Kosten f. Kita.	keine Maßnahmen ergriffen	denkbar, Konsol.-effekte werden nicht erwartet	nur verfahrenstechn. Empfehlungen	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Gauern	09.05.2014	stand noch aus	2014 - 2013	kein Potential vorhanden	kein Potential vorhanden	kein Potential vorhanden	Bis 2012 erfolgten hohe Einnahmen aus Gewerbesteuer, massiver Einbruch in 2013. 2014 entstanden hohe Rückzahlungsverpflichtungen, Gemeinde muss 2014 u. 2015 Finanzausgleichsumlage zahlen. Wegzug einiger Gewerbe, keine Besserung in Sicht.	keine Maßnahmen ergriffen	finanz. Sit. würde sich durch Neugliederung verschlechtern	keine Prüfung	kein Risiko
Stadt Greiz	13.11.2013	12.12.2013	2013 - 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen wurden weitgehend umgesetzt. 2013 erlitten zahlreiche Unternehmen Hochwasserschäden. Dies führte zum Einbruch der Einn. aus Gewerbesteuer. Verschlecht. der HH-Lage in 2014. Stadt stellte Antrag auf Bed.zuw. i.H. v. 1,03 Mio. EUR. Antrag auf ergänz. Bedarfszuweis. für externen Berater wird vorbereitet.	keine Maßnahmen ergriffen	wären denkbar, Konsol.-effekte werden nicht erwartet	keine Prüfung	kein Risiko
Stadt Münchenbernsdorf	27.10.2014	30.10.2014	keine Angabe	Angaben noch nicht möglich, da Konsolidierung erst begann			Gemeinde beatragte rückzahlbare Bedarfszuw. i.H.v. 249 EUR. Entscheidung stand noch aus.	keine Maßnahmen ergriffen	denkbar, Konsol.-effekte werden nicht erwartet.	keine Prüfung	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Rückersdorf	09.09.2014	Genehmigung stand noch aus	bis 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Ab 2014 erfolgte massiver Einbruch an Einn. aus Gewerbesteuern durch Änder. d. betrieblichen Zuordnung des Hauptgewerbesteuerzahlers.	keine Maßnahmen ergriffen	wären denkbar, Konsolid.-effekte werden nicht erwartet	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinde Paitzdorf	2013 22.04.2014	2013 28.04.2014	2013 - 2022	kein weiteres Potential vorhanden	kein weiteres Potential vorhanden	kein weiteres Potential vorhanden	Alle möglichen Konsol. maßnahmen wurden bereits 2013 umgesetzt, sehr hohe Ausgaben für Kinderbetreuung.	keine Maßnahmen ergriffen	finanz. Sit. würde sich durch Neuglied. verschlechtern	keine Prüfung	kein Risiko
Stadt Weida	09.10.2014	22.10.2014 unter auflösender Bedingung	nächsten Jahre	keine Angabe	Berichtspflicht erst zum 30.04.15	Berichtspflicht erst zum 30.04.15	Wesentliche Maßnahmen wurden bereits umgesetzt. Stadt Weida beantragte Bed. zuweis. i.H.v. 1.130 TEUR.	keine Maßnahmen ergriffen	wären denkbar, Kons. effekte werden nicht erwartet	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinden/Städte des Landkreises Gotha											
Gemeinde Westhausen	05.08.2014	08.08.2014	bis 2017	keine Angabe	keine Angabe	Berichtspflicht erst zum 30.04.15	Wesentliche Maßn. wurden bereits umgesetzt, dauernde Leistungsfähigkeit ist wieder hergestellt.	keine Maßnahmen ergriffen	keine	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinde Wölfis	2013 und 2014	beide Konzepte nicht genehmigungsfähig	2014 - 2018	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Gemeinde beantragte ergänz. Bedarfszuweisung für externen Berater.	keine Maßnahmen ergriffen	keine	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinden/Städte des Landkreises Hildburghausen											
Gemeinde Masserberg	2012 2013	07.03.2012 12.04.2013	2000 - 2017	240.000	keine Etappenziele	keine Etappenziele	Berichterstattung jeweils am 30.03. eines jeden Jahres fällig. Konsolidie-	keine Maßnahmen ergriffen	ggf. Umverteilung der „Probleme“ auf	keine relevanten Feststellungen	keine Angaben im HSK

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							rungsmaßnahmen wurden umgesetzt. Gemeinde erhält regelmäßig Bedarfszuweisungen.		neue Gemeinde		
Gemeinde Auengrund	2010 20.11.2012	19.07.2010	ab 2010	31.200	keine Etappenziele	keine Etappenziele	Maßnahmen wurden umgesetzt. Gem. ist abhängig von 1-2 Gewerbesteuerzahlern und den Auswirkungen auf den KFA hierzu, keine Schlüsselzuweis., Finanzausgleichsumlage, hohe Kitakosten.	nein	Problem hohe Steuerkraft könnte sich relativieren	keine relevanten Feststellungen	keine Angaben im HSK
Gemeinden/Städte des Landkreises Ilmkreis Die Kommunalaufsicht genehmigte 7 Haushaltssicherungskonzepte. Bei 3 Konzepten davon besteht die erstmalige Berichtspflicht zum 30.04.2015. Bei anderen Gemeinden, die der Pflicht zur Aufstellung eines HSK unterlagen, befand sich das HSK zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch in der Phase der Erarbeitung. Die Kommunalaufsicht erteilte ebenso Genehmigungen auf Erlass der Erarbeitung eines HSK und gab Bitten um Verlängerung für die Frist zur Aufstellung eines HSK statt.											
Gemeinde Friedersdorf	01.12.2011	29.12.2012	10 Jahre	15.080	12.207	11.635	Maßnahmen wurden umgesetzt, neuer Fehlbetrag wird entstehen, keine Erhöhung der Hebesätze vorgenommen, keine Anträge auf Bed.zuweis. od. Überbrückungshilfe gestellt.	Der Gemeinde wird weiterhin nahegelegt, die Hebesätze anzuheben	keine Angabe	Prüfung erfolgte, Ergebnisse lagen noch nicht vor	keine Angabe
Gemeinde Plaue	28.11.2012	02.04.2013	1 Jahr	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Kons. erfolg betrug 2013 134,4 TEUR, Fortschreib. soll bis Nov. 2014 erfolgen, Fehlbeträge wurden abgebaut, ausgeglichener HH f. 2014 wurde vorgelegt.	nein	Nach Entschuldung wäre Angliederung an die Stadt Arnstadt denkbar.	keine Angabe	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Wildenspring	Fortschreib. 19.09.2014	20.10.2014	über den Finanzplanungszeitraum hinaus	16.079	25.828	19.716	Prekäre Finanzsituation, Abbau des Sollfehlbetrages innerhalb des Finanzplanungszeitraums nicht möglich, 2014 wird weiterer Sollfehlbetrag entstehen, Beantr. von Bed.zuweis. erfolgt.	nein	Nur sinnvoll, wenn die Finanzausstattung der Gemeinden zunimmt.	keine	keine Angaben vorhanden
Gemeinde Wipfratal	Fortschreib. 11.09.2014	28.10.2014	10 Jahre	61.100	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen nicht umgesetzt, aufgrund steigender Fallzahlen in der Kinderbetreuung war zusätzliches Personal einzustellen, Reduz. der Umlage an die erfüllende Gem. wurde abgelehnt, neue Maßnahmen sollen in Fortschreib. HSK aufgenommen werden, Bed.zuweis. notwendig.	RAB wird sich um Klärung des Konfliktes bzgl. der Umlage bemühen	Entschuldung wäre über eine strukturelle Veränderung denkbar.	keine	kein Risiko auf Grund hoher Rücklagen

Gemeinden/Städte des Landkreises Kyffhäuserkreis

Von den 43 Gemeinden des Landkreises Kyffhäuserkreis unterliegen 6 Gemeinden nicht der Pflicht zur Aufstellung eines HSK. Drei Kommunen konnten auf Grund einer positiven Haushaltsprognose in der dauernden Leistungsfähigkeit der nächsten Jahre im Rahmen der Haushaltsbewertung von der Aufstellung eines HSK befreit werden.
Von den verbleibenden 34 Kommunen haben 22 Gemeinden ein HSK aufgestellt, über 11 Gemeinden wird nachfolgend berichtet, bei 11 weiteren Kommunen besteht die erste Berichtspflicht erst zum 30.04.2015.
Die verbleibenden 12 Gemeinden hatten zum Zeitpunkt der Berichtspflicht noch kein HSK aufgestellt, obwohl die Gemeinden und Städte mehrfach von der Kommunalaufsicht angeschrieben und zur Vorlage aufgefordert wurden. Mit mehreren Bürgermeistern wurde persönlich gesprochen. Dies betraf folgende Gemeinden:
- Gemeinden Borxleben, Ichstedt, Kalbsrieth, Nausitz, Ringleben (Verwaltungsgemeinschaft Mittelzentrum),
- Gemeinden Freienbessingen, Thüringenhausen (erfüllende Gemeinde Ebeleben),
- Gemeinden Oberbösa, Topfstedt, Trebra, Wasserthaleben (Verwaltungsgemeinschaft Greußen) und
- Stadt Sondershausen.

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Der Rechtsaufsicht erweckt sich zunehmend der Eindruck, dass die Nichtaufstellung der Haushaltskonzepte nicht vordergründig am mangelnden Willen der Gemeinden liegt, sondern vielmehr an der Schwerfälligkeit der zuständigen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden. Eine Gemeindeneugliederung und Abschaffung der Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden wäre, allein was den Verwaltungsapparat beträfe, durchaus praktikabel und kosteneffizient. Bemühungen der Rechtsaufsichtsbehörde, die betroffenen zahlreichen kleinen Gemeinden im Rahmen der freiwilligen Gemeindeneugliederung zu Einheitsgemeinden zusammenzuschließen, hatten bisher keinen Erfolg. Eine freiwillige Gemeindeneugliederung im Kyffhäuserkreis stellt sich derzeit aus Sicht der Rechtsaufsichtsbehörde als nicht durchsetzbar dar. Für den Kyffhäuserkreis bestünden nach Vorschlag der Aufsichtsbehörde folgende Möglichkeiten, die u.a. durch Einsparungen aufgrund der Zusammenlegung der Verwaltungen durch Auflösung der Verwaltungsgemeinschaften und die Zusammenlegung verschiedenster Aufgaben wie z.B. Feuerwehr, Bauhof künftig zu größeren Einsparungen führen könnten. Ziel könnten Einheitsgemeinden mit einer Einwohnerstärke von mehr als 5.000 Einwohnern sein. a) Zusammenschluss der 10 Gemeinden der VG Mittelzentrum Artern (Borxleben, Gehofen, Heygendorf, Ichstedt, Kalbsrieth, Mönchspfiffel-Nikolausrieth, Nausitz, Reinsdorf, Ringleben, Voigtstedt) und der Stadt Artern (Gesamteinwohner ca. 11.536), derzeit existieren 2 Verwaltungen, b) Zusammenschluss der Städte Roßleben, Wiehe und der Gemeinde Donndorf, (Gesamteinwohner 8.030), derzeit existieren 2 Verwaltungen, c) Zusammenschluss der Einheitsgemeinde Helbedündorf (Holzthaleben, Keula, Friedrichsrode, Großbrüchter, Toba, Kleinbrüchter) mit der Stadt Ebeleben als Einheitsgemeinde (Ebeleben, Allmenhausen, Gundesleben, Rockensußra, Wiedermuth) die als erfüllende Gemeinde für 7 weitere Gemeinden agiert (Abtsbessingen, Billeben, Bellstedt, Freienbessingen, Holzsußra, Rockstedt, Thüringenhausen, Wolferschwenda) (Gesamteinwohnerzahl 6.947), derzeit existieren 2 Verwaltungen, d) Zusammenschluss der 9 Gemeinden der VG Greußen (Clingen, Greußen, Großenehrich, Niederbösa, Topfstedt, Trebra, Wasserthaleben, Westgreußen), (Geamteinwohner 9.465), e) Zusammenschluss der Gemeinde Kyffhäuserland (Badra, Bendeleben, Göllingen, Günserode, Hachelbich, Rottleben, Seega, Steinthaleben) mit der Stadt Bad Frankenhausen (Gesamteinwohner 12.774), derzeit existieren zwei Verwaltungen, f) Zusammenschluss der 8 Gemeinden der VG „An der Schmücke“ (Bretleben, Etzleben, Gorsleben, Hauteroda, Heldrungen, Hemleben, Oberheldrungen, Oldisleben), (Gesamteinwohner 7.366). (Einwohnerzahlen auf Datenbasis des Zensus 2011 mit Stichtag 09.05.2011)											
Gemeinde Abtsbessingen	13.10.2014	14.10.2014	2014 - 2023	41.235	42.206	39.365	Maßnahmen wurden wie geplant umgesetzt. Gemeinde stellte Antrag auf ergänz. Bed.zuweis.	nein	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Stadt Artern	18.06.2012	22.10.2012	ab 2012 ff. (kontinuierl. Prozess)	21.000	102.440 Mehreinnahmen durch Inanspruchnahme von Leistungen d. Feuerwehrtechn. Zentrums durch den LK SÖM	107.134	Sehr hohe Verschuldung, Beurteilung d. dauernd. Leistungsfähigkeit weist auch in Folgejahren hohe Fehlbeträge aus. Die Stadt folgte der Ford. der RAB bislang	nein	keine	keine Angabe	keine angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							nicht, das HSK fortzuschreiben. Neufassung des HSK will die Stadt im 1. Quar. 2015 vorlegen.				
Gemeinde Bretleben	08.05.2014	Anhörung	2014 - 2023	7.700	keine Angabe	7.104	HSK war nicht genehmigungsfähig. Konsol. maßnahmen wurden auch ohne Genehmigung fast vollständ. umgesetzt.	Anhörung	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Stadt Ebeleben	17.07.2014	24.09.2014	2014 - 2018	26.719	62.165	62.557	Konsol. maßnahmen wurden umgesetzt, Stadt stellte Antrag auf ergänz. Bed. zuweis., Entscheid. stand noch aus.	nein	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Gehofen	24.04.2014	25.06.2014	2014 - 2023	5.250	3.000	2.250	Die meisten Konsol.-maßnahmen werden planmäßig erst ab 2015 umgesetzt.	nein	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Stadt Greußen	16.04.2012	16.04.2012	2012 - 2014	241.500	232.000	232.000	Alle Maßn. wurden umgesetzt. Stadt legte trotz Aufford. keine Fortschreibung des HSK vor. Im Jahr 2014 konnte ausgegl. HH vorgelegt werden, durch Entnahme aus der Rücklage wird dies auch 2015 u. 2016 möglich sein. Ab 2017 wird Fehlbetrag von über 170 TEUR aufgrund ständig sinkender	Ergreifung rechtsaufs. Maßnahmen muss geprüft werden, wenn Fortschreibung des HSK nicht vorgelegt wird	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							Einnahmen und ständig steigender Ausgaben prognostiziert.				
Gemeinde Großenehrich	28.10.2010	13.01.2011	2011 - 2015	174.800	330.982	255.310	Maßnahmen wurden teilweise umgesetzt, teilweise fehlt politischer Wille des Gemeinderats zur Umsetzung der Maßn. Trotz mehrmaliger Aufford. erfolgte keine Fortschreibung des HSK.	Ergreifung rechtsaufs. Maßnahmen muss geprüft werden, wenn Fortschreibung des HSK nicht vorgelegt wird.	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Heygendorf	12.05.2014 16.10.2014	nicht gen.-fähig, 21.10.2014	2014 - 2013	24.423	24.423	1.671 Grundstücksverkauf erfolgte, Kaufpreis-zahlung noch nicht eingegang.	HSK soll bis zum 30.04.2015 fortgeschrieben werden, Gemeinde stellte Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisung, Entscheidung zur Bewilligung stand noch aus.	nein	siehe oben	keine Angabe	derzeit kein Risiko vorhanden
Gemeinde Holzsußra	12.09.2012	23.10.2012	2012 - 2015	7.550	24.600	15.568	Bereits bei der HH-Planung 2013 u. 2014 wurden alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten bzw. zur Erhöhung der Einnahmen ausgeschöpft, Gemeinde wurde auf Pflicht zur Fortschreib. d. HSK auf Grundlage der VV-Haushaltssicherung hingewiesen.	nein	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Westgreußen	13.03.2014	nicht gen. fähig, Anhörung	2014 - 2013	2.100	1.575	1.575	Maßnahmen müssen nochmal überprüft und überarbeitet werden.	Anhörung läuft	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Wolferschwenda	06.09.2012	03.10.2012	2012 - 2015	7.032	22.800 zusätzliches Potential durch Anhebung der Hebesätze generiert	17.787	Alle Maßnahmen umgesetzt, deutlicher Wille zur sparsamen HH-Führung erkennbar, dauernde Leistungsfähigkeit ist wieder gegeben	nein	siehe oben	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinden/Städte des Landkreises Nordhausen Bei den Kommunen des Landkreises und der Kommunalaufsicht beim Landkreis stellt sich die Frage, ob der Bericht über den Konsolidierungserfolg zum Stichtag 30.09. eines Jahres ein besonderer Aussagewert zukommt oder ob ein Bericht über den Konsolidierungserfolg zum 31.12. nicht sinnvoller wäre.											
Stadt Bleicherode	03.12.2013 erste Fortschreib. 30.10.2014	04.12.2013	2013 - 2023	294.150	218.770	189.762 VWHH + 106.144 VM-HH	Im HSK festgelegte Maßnahmen sind richtungsweisend für das Handeln der Verwaltung. Stadt wurde mit Schreiben v. 27.10.2014 vom TFM Bed.zuweisung i.H.v. 704.700 EUR in Aussicht gestellt, damit konnte ausgegl. HH für 2014 beschlossen werden.	nein	Beurteilung derzeit nicht möglich	Im März 2014 wurde das HSK der Stadt geprüft, ein Prüfungsbericht liegt nicht vor	kein Risiko
Gemeinde Hainrode	23.10.2013	18.11.2013	2013 - 2023	51.500	87.070 zusätzl. Konsol.pot. durch Anhebung der Hebesätze generiert	110.034	Maßnahmen wurden umgesetzt, Abbau der Fehlbeträge läuft planmäßig.	nein	keine Verbess. d. finanz. Sit. zu erwart., interkomm. Zus.arbeit im Bereich Bauhof wird diskut.	Empfehlungen zum gemeindl. Eigenbetrieb „Erholungszentrum Teichtal“ wurden umgesetzt.	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Stadt Heringen / Helme	24.09.2012 Fortschreib. 24.11.2014	18.02.2013 Fortschreib. 25.11.2014	2012 - 2015	625.500	vorläuf. HH-Führung	766.926	Maßnahmen wurden umgesetzt, Überschüsse ab 2016 zu erwarten. Stadt beantragte im Mai 2014 Bedarfszuweisungen zur HH-Konsolidierung.	nein	Seit 01.12. 2010 besteht die Landgem. Heringen, weitere Strukturveränd. sind nicht vorgeseh.	Empfehlung zur Neuorg. der Benutzung der Sportstätten im komm. Eigentum befinden sich in der Umsetzung	kein Risiko
Gemeinde Kleinfurra	03.04.2014	07.05.2014	2014 - 2018	kein Konsolidierungspotential vorhanden, sehr sparsame HH- u. Wirtschaftsführung erfolgt.			HH-Plan ist bindend, nur Pflichtleistungen enthalten, Sollfehlbetrag kann 2014 abgebaut werden. Tatsächl. Erfüllung ist erst mit Jahresrechnung erkennbar.	nein	keine	keine	kein Risiko
Gemeinde Nohra	24.10.2013 Fortschreib. 30.10.2014	14.11.2013 Fortschreib. Genehmig. stand noch aus	2013 - 2023	28.700	227.325	300.323 Wesentliche Steigerungen wurden aus Einnahmen aus Gemeindesteuern und Entgelte Bauhof generiert.	Gemeinde wird 2014 neuen Fehlbetrag erwirtschaften. zusätzl. Kosten sind für Maßnahmen d. AZV „Bode-Wipper“ i.H. v. 110 TEUR notwendig.	nein	zu Strukturveränd. wurde diskutiert, es fehlen jedoch genaue Informationen über Auswirkungen	keine	kein Risiko
Gemeinde Neustadt	24.03.2011 neues Konzept: 25.09.2014	12.08.2011 neues Konzept: 29.10.2014	2011 - 2014 neues Konzept: 2014 - 2023	Die von der Gemeinde dargestellten Etappenziele waren nach Auffassung der KA nicht aussagekräftig, Erfüllung der Maßnahmen muss aufs ganze Jahr betrachtet werden			Maßnahmen wurden nur teilweise umgesetzt, dauernde Leistungsf. in 2014 nicht wieder erreicht. Neues HSK wurde erstellt. Verläng. d. Konsolid.zeitraums, Beantr. Bed.zuweis. in 2014 notwendig.	nein	strukt. Veränd. ab 2018 vorgesehen, Verbess. der finanz. Lage durch Wegfall der VG Umlage erwartet	keine	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Wipperdorf	26.02.2014 Fortschreib. 28.10.2014	14.04.2014 Fortschreib. 29.10.2014 mit Auflag.	2014 - 2018	bislang kein Konsolidierungspotential vorhanden, sehr sparsame HH- u. Wirtschaftsführung erfolgt, Auflage wurde erteilt, um neues Konsol. potential zu erschließen			HH-Plan ist bindend, nur Pflichtleistungen enthalten. In 2014 unvorhersehbare Minder einnahmen u. Mehrausgaben, hohe Gewerbesteuerrückzahlungen, dadurch Zusammenbruch der HH-Lage. Fortschreib. HSK u. Beantragung von Bedarfszuweisung notwendig.	nein	zu Strukturveränd. wurde diskutiert, es fehlen jedoch genaue Informationen über Auswirkungen	keine	kein Risiko
Gemeinde Wolkramshausen	07.05.2013 24.04.2014	16.05.2013	2013 - 2023	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen weitgehend umgesetzt.	nein	zu Strukturveränd. wurde diskutiert, es fehlen jedoch genaue Informationen über Auswirkungen	keine	kein Risiko
Gemeinden/Städte des Landkreises Saale-Holzland-Kreis											
Stadt Kahla	Fortschreib. 27.02.2014	Fortschreib. 07.04.2014	2010 - 2013 2014 - 2021	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen der Jahre 2010 – 2013 wurden umgesetzt, für 2014 wurden keine weiteren Maßnahmen festgelegt, positive Entwicklung zu verzeichnen.	nein	keine	keine	kein Risiko
Gemeinde Renthendorf	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	15.649	keine Angabe	15.649	Maßnahmen wurden umgesetzt.	nein	keine	keine	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinden/Städte des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt Die Berichterstattung erfolgte verbal. Die Gemeinden berichteten der Kommunalaufsicht über die Ist-Zahlen zum 30.09.2014 und über das voraussichtliche Ergebnis zum 30.12.2014. Etappenziele wurden nicht festgesetzt.											
Stadt Blankenburg	21.12.2012 Fortschreib. 30.09.2014	15.03.2013 Fortschreib. 30.09.2014	2013 - 2020	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Zur Fortschr. d. HSK wurde umfangreicher Schriftverkehr geführt. Es fanden mehrere Beratungen statt, auch mit dem TFM. Am 30.09.2014 wurde Antrag auf Bed.zuweis. i.H.v. 1.472 TEUR gestellt. Entscheidung hierzu stand noch aus.	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Lehesten	21.12.2012	15.03.2013	2013 - 2022	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsol.maßnahmen wurden im Wesentl. umgesetzt. Konsol. ziel wird erreicht. Abbau des Sollfehlbetrages läuft planmäßig.	nicht notwendig	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Stadt Leutenberg	1. Fortschr. 17.03.2014	1. Fortschr. 27.10.2014	2013 - 2022	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsol. maßnahmen werden umgesetzt. Konsolid.ziel wird erreicht. Fehlbetrag konnte weiter abgebaut werden.	nicht notwendig	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Katzhütte	11.06.2013	25.06.2013	2013 - 2022	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	1. Fortschreib. HSK wurde vorgelegt. Danach erhöht sich 2014 der Fehlbetrag um 122 TEUR.	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe
Gemeinde Schmiedefeld	24.03.2014	24.04.2014	2014 – 2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Konsol.maßnahmen wurden im Wesentlichen umgesetzt.	nicht notwendig	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinden/Städte des Landkreises Schmalkalden Meiningen											
Stadt Brotterode-Trusetal	15.07.2014	18.07.2014	bis 2023	497.995	327.072	351.694	Notwendige Reduzierungen der freiwilligen Leistungen und der Sicherung des vorgeschriebenen Kostendeckungsgrades bei den Kita-Gebühren sind bislang noch nicht umgesetzt. Die größte Herausforderung bleibt die Klärung der Zukunft des Inselbergbades.	Genehmigung des HSK wurde unter Auflagen erteilt.	keine Veränderungswünsche bekannt, Effekte aus Strukturveränderungen sind nicht einschätzbar	nicht bekannt	keine Angabe hierzu im HSK
Stadt Oberhof	25.09.2012	30.10.2012	2012 - 2015	131.108	74.575	37.075	Nachhaltige Haushaltskonsolid. ist maßgeblich von der Umsetzung der Maßnahmen des Handlungskonzeptes der Thüringer Landesregierung abhängig. Übertragung des Eigentums an den Anlagen in den neu gegründeten Zweckverband „Thüringer Winter-sportzentrum“ konnte noch nicht erfolgen. Hierdurch musste die Stadt weiterhin bestehende Kreditbelastungen alleine tragen.	nein	Angliederung der Stadt an größere kommun. Strukturen kann frühestens z. 01.01.2016 erfolgen. Stadt befindet sich in intensiven Gesprächen mit benachbarten Orten. Vom Stadtrat wurde Arbeits-		

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
									gruppe „Gemeindeneugliederung“ berufen.		
Gemeinden/Städte des Landkreises Saale-Orla-Kreis Die Kommunalaufsicht beim Landratsamt Saale-Orla-Kreis teilte mit, dass die Gemeinden Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Gefell, Harra, Neundorf, Pottiga, Ranis, Schlegel und Ziegenrück die abgefragten Informationen trotz intensiver Bemühungen der Behörde nur unvollständig vorlegten.											
Stadt Bad Lobenstein	10.09.2013	14.02.2014	2013 - 2016	90.300	67.725	214.559	Maßnahmen wurden umgesetzt. Nach der vorgelegten Fortschreibung kann eingeschätzt werden, dass das Konsolid.-potential nicht mehr ausreichend ist und die Fortschreib. nur nach Festlegung weiterer Maßnahmen genehmigungsfähig ist.	nein	Derzeit werden Gespräche über mögl. Neuglied. der Stadt Bad Lob. mit den Mitgliedskommunen der VG “Saale-Rennsteig“ (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) geführt.	keine Feststellungen getroffen	Kreditausfallrisiko besteht nicht, Zinsrisiko wird als gering eingeschätzt
Gemeinde Blankenstein	26.11.2013	11.03.2014	2013 - 2016	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen wurden teilweise umgesetzt. 2015-2017 werden in der Beurteilung der dauernd. Leistungs-	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							fähigkeit Fehlbeträge ausgewiesen. Durch erhebliche Gewerbesteuereinnahmen konnte allgemeine Rücklage aufgebaut werden, die bis zum Ende des Finanzplanungszeitraum den Ausgleich des Gesamthaushalts ermöglicht.				
Gemeinde Blankenberg	Wegen Fehlbeträgen in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit wurde Gemeinde erstmals mit Schreiben vom 24.05.2013 aufgefordert, ein HSK vorzulegen. Seither kam Gemeinde dieser Verpflichtung nicht nach. Die Gemeinde teilte mit, dass sich der Gemeinderat im Jahr 2015 mit diesem Thema beschäftigen wird.			keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Fehlbeträge in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit werden auch für die Jahre 2014 bis 2017 ausgewiesen. Allerdings verfügt die Gemeinde über erhebliche Bestände der allgemeinen Rücklage i.H.v. 579 TEUR, die Mindestrücklage beträgt 19,3 TEUR.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Stadt Neustadt an der Orla	Die Stadt ist allein aufgrund der Finanzplanungswerte in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit verpflichtet, ein HSK aufzustellen, Termin hierfür wurde auf den 10.12.2014 festgesetzt.						In den Rechnungsergebnissen wurden stets hohe Überschüsse erwirtschaftet. Nach dem Entwurf des HH-Planes für 2015 ist die Stadt dauerhaft leistungsfähig. Der Bestand der allg. RL beträgt 3,4 Mio. EUR, Höhe der MRL: 195 TEUR.	nein	nein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Birkenhügel	15.04.2014	nicht genehmigt, weil Maßnahmen nicht ausreichend sind	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Beschlossenen Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt. Kons.pot. reicht aber nicht aus, um die dauernde Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Gemeinde wird Antrag auf ergänzende Bed.zuweis. stellen.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Stadt Gefell	24.04.2014	04.06.2014	2014 - 2023	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt, Stadt erhielt 2014 Bed.zuweis. i.H.v. 448 TEUR und stellte Antrag auf ergänz. Bed.zuweis. i.H.v. 628 TEUR, Stadt wird auch in Zukunft auf externe Finanzhilfen angewiesen sein.	nein	Seit 2008 werden Gespräche mit den Städten Hirschberg und Tanna geführt die derzeit auf Grund der finanziellen Schieflage der Städte und nicht belastbaren Landesvorgaben ruhen.	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinde Göschitz	12.06.2014	mit Besch. vom 10.11. 2014 abgelehnt, Gem. wurde aufgefordert, bis z. 31.03. 2015 überarbeitetes HSK vorzul.	keine Angabe	9.250	6.938	8.008	Maßn. wurden nur teilweise umgesetzt. Auch bei vollständiger Umsetz. wäre geordnete HH-wirtschaft nicht erreichbar. Ursachen: geringe EW-Zahl (244) u. zu niedrige Realsteuerhebesätze.	nein	Durch die Gemeinde werden keine Verbesserungen gesehen.	keine Feststellungen getroffen	Zinsrisiko gering, durch kritische HH-Sit. könnten ggf. Kreditverb. nicht mehr bedient werden.

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Harra	29.04.2014	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt, sind aber zur Herstellung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht ausreichend. Es ist kaum Konsol.potent. vorhanden. Durch pos. Gewerbesteuerentw. konnte allg. RL aufgebaut werden, die die Fehlbeträge des VW-HH ausgleichen kann.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Stadt Hirschberg	09.09.2014 erstellt von Allevo Kommunalberatung	10.10.2014	2014 - 2024	185.180	136.635	128.107	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt. Zur Erreichung der dauernden Leistungsfähigkeit sind rund 8 Mio. EUR Bed.zuweis. nötig. Die Stadt stellte 2014 einen Antrag auf ergänzende Bed. zuweis. i.H.v. rund 3 Mio. EUR, Entsch. stand noch aus.	nein	Zusammenschl. der Städte Hirschberg, Gefell und Tanna könnte haushaltswirtschaftl. Situation verbessern	keine Feststellungen getroffen	kaum Risiko
Gemeinde Kirschkau	28.02.2013 07.10.2014	22.03.2013 Fortschreibung genehmigungsfähig	2013 - 2015	6.850	5.138	5.525	Überwiegende Umsetzung der Konsolid.maßnahmen, Konsol. wird wie geplant 2015 abgeschlossen sein.	nein	aus Sicht der Gem. würde strukturelle Veränder. keine Verbesserung der HH-Lage erwirken	keine Feststellungen getroffen	kaum Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Knau	17.07.2014	18.11.2014	2014 - 2017	42.675	32.006	16.324 Verzögerung bei formellen Zahlungsvorgängen	Maßnahmen werden komplett umgesetzt und Konsol. ziele vollständig erreicht.	nein	Durch die Gemeinde werden keine haushaltswirtschaftl. Verbesserungsmöglichkeiten gesehen.	keine Feststellungen getroffen	kaum Risiko
Gemeinde Neundorf	22.10.2014	nicht genehmigt	seit 2013	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt, Konsolid.pot. nicht ausreichend um dauernde Leistungsfähigkeit wieder herzustellen, jährlicher Fehlbetrag zum HH-ausgleich ca. 95 TEUR, Gem. wird 2015 Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisungen stellen.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinde Pottiga	nicht beschlossen, erstmalige Aufforderung erfolgte am 16.08.2013	entfällt	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Gemeinde war aufgrund früherer Überschüsse in der Lage, eine hohe allgemeine Rücklage aufzubauen. Diese wird aufgrund der Fehlbeträge in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit in den Jahren 2013 – 2017 in künftigen Jahren sukzessive abgebaut.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko, Gemeinde ist schuldenfrei

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Stadt Ranis	2014	12.06.2014	2014 - 2016	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen werden umgesetzt, stabile Haushaltswirtschaft erreicht. Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit wird für 2016 angenommen.	nein	keine Einschätzung möglich	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinde Schlegel	07.04.2014	nicht genehmigt	längerfristig	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Maßnahmen werden kaum umgesetzt. Konsolid.pot ist auf Grund der niedrigen Einwohnerzahl nicht ausreichend, um dauernde Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Gem. wird 2015 einen Antrag auf ergänz. Bed.zuweis. stellen.	nein	siehe Bad Lobenstein	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinde Schöndorf	nicht beschlossen	nicht genehmigungsfähig	bis 2014	9.600	7.705	7.705	2013 konnte Haushalt nicht ausgeglichen werden, 2014 war HH ausgeglichen. Gem. ist in der Lage, aus eigener Kraft dauernde Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Abbau Sollfehlbetrag in 2014 möglich.	nein	keine Einschätzung möglich	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Stadt Tanna	28.10.2014	30.10.2014	2014 - 2023	124.950	89.535	179.600	Konsol. maßnahmen werden umgesetzt. Wiederherstellung der haushaltswirtsch. Handlungsfähigkeit wird ohne die Gewährung von Bed.	nein	Gespräche mit den Städten Hirschberg und Gefell sowie mit Saalburg-	keine Feststellungen getroffen	geringes Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
							zuweis. im Konsol. zeitraum nicht möglich sein.		Ebersdorf brachten keine nennenswerten Ergebnisse. Zudem positioniert sich der Freistaat zu zukünftigen Strukturen noch nicht.		
Gemeinde Tegau	keine Angabe	nicht genehmigungsfähig	längerfristig	12.750	9.188	9.401	Maßnahmen wurden umgesetzt, Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit konnte nicht dargestellt werden.	nein	Durch die Gemeinde werden keine Verbesserungen gesehen.	keine Feststellungen getroffen	geringes Risiko
Stadt Wurzbach	27.08.2014	nicht genehmigungsfähig	2014 - 2017	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Umsetzung soll 2015 / 2019 erfolgen. Maßnahmen sind nicht annähernd ausreichend, um der äußerst kritischen HH-Situation entgegen zu wirken.	nein	Durch die Gemeinde werden keine Verbesserungen gesehen. RAB würde durchaus Konsolid. pot. sehen.	keine Feststellungen getroffen	Das Kreditausfallrisiko besteht darin, dass die Stadt zukünftig nicht in der Lage sein wird, die Verbindlichkeiten aus Kreditgeschäften zu bedienen.

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Ziegenrück	14.04.2014	09.09.2014	2013 - 2015	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	Sollfehlbetrag aus 2012 und 2013 konnte bereits 2013 deutlich reduziert werden und soll 2014 vollends abgebaut werden. Ende 2014 soll auch wieder die Mindestrücklage vorgehalten werden.	nein	kann derzeit nicht eingeschätzt werden	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinden/Städte des Landkreises Sömmerda											
Gemeinde Andisleben/ VG Gera-Aue	10.09.2014	12.09.2014	2014 - 2023	9.950	6.750	6.750	Die Gemeinde beantragte Bed.zuweis. i.H.v. 108 TEUR.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	ohne Bed.-zuw. kann Gemeinde jährl. Kreditverpflichtungen nicht nachkommen.
Gemeinde Beichlingen VG Beichlingen	07.07.2014	10.07.2014	2014 - 2023	15.442	15.351	14.386	Maßnahmen wurden umgesetzt. Gem. erhielt Bed.zuweis. i.H.v. 431 TEUR für Vergleich im Rechtsstreit mit der Argopal GmbH.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	kein Risiko, Gem. ist schuldenfrei
Gemeinde Büchel VG Kindelbrück	22.05.2014	01.07.2014	2012 - 2023	10.479	9.169	9.169	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	kein Risiko, Gem. ist schuldenfrei

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Frömmstedt/ VG Kindelbrück	21.07.2014	01.09.2014	2012 - 2023	16.291	11.781	11.781	Maßnahmen wurden umgesetzt, alle notwendigen Satzungen wurden erlassen bzw. geändert.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinde Griefstedt/ VG Kindelbrück	19.11.2014	in Bearbeitung	2012 - 2023	27.273	9.156	9.156	Maßnahmen wurden umgesetzt, alle notwendigen Satzungen wurden erlassen bzw. geändert.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	kein Risiko
Gemeinde Haßleben/ VG Straußfurt	07.04.2014	30.04.2014	2013 - 2017	109.171	65.171	60.254	Maßnahmen wurden überwiegend umgesetzt.	nein	Zusammenschluss auf VG Ebene wäre denkbar, Verbesser. in den Bereichen: -Bauhof, -Brandschutz u. -ThürKitaG	ÜÖKP erfolgte zum HSK, Ergebnis liegt noch nicht vor. Zur ÜÖKP „Demographiebezogene Zuschüsse“ wurden keine Feststellungen getroffen.	kein Risiko
Gemeinde Kannawurf/ VG Kindelbrück	23.06.2014	22.07.2014	2012 - 2023	116.692	107.686	27.094 Hohe Differenz zwischen Etappenziel Ist und Soll resultiert im Wesentlichen aus Grundstückgsgeschäften. Entweder geht der Verkaufserlös erst im 4. Quarteil ein, der Käufer ist abgesprungen oder es findet sich kein Kaufinteressent.	Die übrigen Maßnahmen wurden umgesetzt, alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Stadt Kindelbrück VG Kindelbück	17.06.2014	25.06.2014	2011 - 2023	408.018	349.667	477.046	Maßnahmen wurden umgesetzt, alle notwendigen Satzungen wurden erlassen bzw. geändert.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko
Gemeinde Schillingstedt VG Kölleda	11.08.2014	18.08.2014	2013 - 2017	56.239	27.937	28.380	Maßnahmen wurden umgesetzt. Bei 6 Einzelmaßn. wird das Konsol. pot. erst in den Folgejahren wirksam. Pflicht zur Fortschreib. wird auf Grund der positiven Entw. der HH-Lage nach Vorlage der Jahresrechnung entschieden.	nein	größere Verwaltungsstrukturen wären effektiver und kostensparender	keine Prüfung	kein Risiko, Gem. ist schuldenfrei
Gemeinde Straußfurt/ VG Straußfurt	10.07.2014	16.07.2014	2014 ff	124.618	10.000	14.222 hier wurde als wesentliche Maßnahme die Beantragung von Bedarfszuweisung i.H. v. 107.253 EUR veranschlagt.	Die für 2014 umzusetzenden Maßnahmen wurden realisiert, andere werden planmäßig erst ab 2015 wirksam.	nein	Zusammenschluss auf VG Ebene wäre denkbar, Verbesser. in den Bereichen: -Bauhof, -Brandschutz u. -ThürKitaG	ÜÖKP erfolgte im Jahr 2003 für HH-u. Wirtschaftsführung 1995-2002, keine Prüfungsfeststellungen	ohne die Gewährung der beantragt. Bed.zuw. kann die Gemeinde ihren jährlichen Kreditverpflichtungen nicht nachkommen.
VG Kindelbrück	28.11.2013	17.12.2013	2012 - 2024	15.881	15.881	15.881	Maßnahmen wurden umgesetzt.	nein	angestrebte Bildung einer Land-/Einheits-	keine Feststellungen getroffen	kein Risiko, VG ist schuldenfrei

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
									gemeinde kam nicht zustande, da nicht alle der 8 Gem. zustimmten, dadurch Mindest-EW-Zahl nicht erreicht, Gründung nicht möglich		
Gemeinden/Städte des Landkreises Sonneberg Im Landkreis Sonneberg hat keine Gemeinde die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes											
Gemeinden/Städte des Landkreises Unstrut-Hainich-Kreis In keinem der vorliegenden Haushaltssicherungskonzepte wurden Etappenziele vereinbart.											
Gemeinde Flarchheim	22.05.2014 Fortschreib. 30.09.2014	13.06.2014, Fortschreib. 07.10.2014	2013 -2023	21.364 vorauss. realisierbar 7.650, tatsächl. erzielte Konsol.effekte lassen sich erst mit der Jahresrechnung feststellen.			Auf Grund der geringeren Bed.zuw. i.H.v. 64 TEUR (beantragt 443 TEUR) konnte Teilentschuldung nicht durchgeführt werden.	nein	keine Angabe	Verringerung der Aufwandsentschädigung des Bürgermeisters	keine Angabe
Gemeinde Heroldishausen	21.05.2014 Fortschreib. 24.09.2014	13.06.2014 Fortschreib. 07.10.2014	2013 - 2023	12.462 vorauss. realisierbar 4.768, tatsächl. erzielte Konsol.effekte lassen sich erst mit der Jahresrechnung feststellen.			Auf Grund der geringeren Bed. zuw. i.H.v. 134 TEUR (beantr. 223 TEUR) konnte Teilentschuldung nicht durchgeführt werden.	nein	keine Angabe	keine	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Gemeinde Kammerforst	29.04.2014	20.06.2014	2014 - 2024	339.718	keine Etappenziele festgesetzt, tatsächl. Einsparung erst mit Jahresrechnung feststellbar		Trotz zweifacher Ausschreibung konnte kein Kaufinteressent für Waldgasthaus Reckenbühl gefunden werden, kein Verkauf von Forstflächen, Verschiebung beim Verkauf einer Wohnimmobilie.	nein	nein	keine	keine Angabe
Stadt Mühlhausen	26.05.2011 Fortschreib. 05.12.2013	13.07.2011 Fortschreib. nicht genehmigt	2014 – 2017	1.808 vorauss. realisierbar 3.145, tatsächl. erzielte Konsol.effekte lassen sich erst mit der Jahresrechnung feststellen.			Maßnahmen teilweise umgesetzt.	nein	keine Angabe	keine	keine Angabe
Gemeinde Obermehler	03.09.2013 Fortschreib. 20.05.2014	22.11.2013	Fortschreib. nicht genehmigt, Anhörung	113.641 vorauss. realisierbar 16.492 tatsächl. erzielte Konsol.effekte lassen sich erst mit der Jahresrechnung feststellen.			Maßnahmen nur teilweise umgesetzt, Veräußerung bzw. Schließung Bioheizwerk wurde nicht vorangetrieben. Vorhandene Konsol.-potentiale durch interkommunale Zusammenarbeit werden weder ermittelt noch generiert.	Mit der Fortschreib. des HSK sollte weiteres Konsol. pot. i.H.v. 100 TEUR erschlossen werden. Ford. wurde nicht erfüllt. Ergreif. von rechtsaufs. Maßn. nach § 122 ThürKO werden derzeit geprüft.	keine Angabe		**hohes Risiko,** Einn. des HH sind zu gering, um Kreditausfallrisiko abzuwenden, Kreditverpflichtungen 2013 und 2014 waren nur mit Bed.-zuweis. zu begleichen
Stadt Schlotheim	25.06.2013, Fortschreib. 27.10.2014	11.12.2013, Fortschreib. 29.10.2014 mit auflös. Bed., weiteres Konsol.	2013 bis 2022/2033 ohne Ausgleich des Haushaltes	83.563 vorauss. realisierbar 29.563, tatsächl. erzielte Konsol.effekte lassen sich erst mit der Jahresrechnung feststellen.			Bemühungen der Stadt zur Verbess. d. Ertragslage aus Infrastrukturvermögen sind nicht bekannt.	keine Angabe	keine Angabe	Ab 2015 werden innere Verrechnungen des Bauhofes in den	**höchstes Ausfallrisiko** Stadt kann Zahlungsford. aus

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
		pot. i.H. von 55 TEUR zu generieren					Die Umsetzung der Konsol. maßnahmen erfolgt nur schleppend.			Haushalt aufgenommen.	Nießbrauch i.H. v. ca. 1,2 Mio. EUR pro Jahr im gesamten Kons.-zeitraum nicht erbringen
Gemeinde Weinbergen	21.11.2013	03.12.2013	2013 - 2016	324.100 vorauss. erzielbar 18.622			Maßn. wurden umgesetzt, Probleme bereiten die Schwankungen bei den Gewerbesteuern, HH 2014 konnte beschlossen werden, im Formblatt dauernde Leistungsfähigkeit wurden 2015 bis 2017 keine Fehlbeträge ausgewiesen.	keine	keine	keine	keine Angabe

Gemeinden/Städte des Landkreises Wartburgkreis

Der Kommunalaufsichtsbehörde im Landkreis Wartburgkreis lagen keine genehmigungspflichtigen Haushaltssicherungskonzepte vor.

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufsichtl. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
Landkreise											
Landkreis Nordhausen											
Landkreis Nordhausen	HSK Fortschreibung 2011 - 2020 HSK Fortschreibung 2013 für 2012 - 2021 HSK Fortschreibung 2014 für 2012 - 2021 beschlossen am 15.05.2014, Eingangsbestätigung am 20.05.2014 (nicht gen.pflichtig)			keine Angabe	1.769.933	1.758.957	Maßnahmen werden konsequent umgesetzt. Konsolidierungsbeitrag: 2012: 1.814.016 (um 974.633 höher als geplant), 2013: 3.398.556 (um 859.790 höher als geplant)	nein	Dieser Sachverhalt wird in der Fortschreibung 2015 des HSK für den Zeitraum 2012-2021 Berücksichtigung finden.	Feststellungen liegen nicht vor.	keine Angaben hierzu im HSK
Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis											
Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis	20.12.2013 22.10.2014	nicht genehmigt, 30.10.2014	2014 - 2023	875.300	keine Angabe	955.869	Eine konkrete verbale Einschätzung erfolgt zum Abrechnungsstichtag 31.12.2014 im Rahmen der Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2014	nein	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe, zum Abrechnungszeitpunkt bestand kein Risiko

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
kreisfreie Städte											
kreisfreie Stadt Gera											
kreisfreie Stadt Gera	Fortschreib. 16.04.2014	Fortschreib. 07.05.2014	2013 - 2023	8.749.740	24.422.250	13.237.054 Die Stadt Gera merkte an, dass in der Fassung der 1. Fortschreibung keine unterjährigen Etappenziele festgesetzt wurden. Statt den Angaben in der Spalte „Plan 30.09.2014“ wurde das “Soll zum 31.12.2014“ ausgewiesen.	Die erste Fortschreibung des HSK beinhaltet 77 Maßnahmen. Zum Stand 30.09.2014 wurden 30 Maßnahmen umgesetzt. Wesentliche Herausforderungen stellen die Auswirkungen aus den Insolvenzen der Stadtwerke Gera AG und der Geraer Verkehrsbetrieb-GmbH, die Entwicklung der Sozialleistungen sowie bei der allgemeinen Finanzausstattung ggf. geänderte Richtwerte zu den Schlüsselzuweisungen und Auswirkungen der anstehenden großen Revision zum Finanzausgleich dar.	nein	Weitere Konsolidierungseffekte könnten sich durch: 1. Neuaufstellung der Stadtwerke Gera und ihrer Tochterunternehmen, 2. konzeptionelle Ansätze u. 3. Synergie- bzw. Skaleneffekte im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit ergeben.	keine Prüfung	keine Angabe

Landkreis Kommune	HSK			Konsolid. pot. 2014 gesamt - EUR -	01.01.-30.09.14 Plan - EUR -	01.01.-30.09.14 Ist - EUR -	Anmerkungen	Ergreifung rechtsaufs. Maßn. notwendig	Struktur. Veränd. angezeigt	Umsetzung der Ergebnisse der ÜÖKP	Kreditausfallrisiko Zinsrisiko
	beschlossen / fortgeschr.	genehmigt	Konsolid.-zeitraum								
kreisfreie Stadt Suhl											
kreisfreie Stadt Suhl	Zum 01.01.2013 hat die Stadt Suhl ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf die Doppik umgestellt. Die Eröffnungsbilanz liegt im Entwurf vor und befindet sich gem. § 22 ThürKDG derzeit in örtlicher Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Suhl. Die Eröffnungsbilanz soll dem Stadtrat spätestens bis zum 31.12.2014 zur abschließenden Feststellung nach § 25 i.V.m. § 29 ThürKDG vorgelegt werden. Das mit Beschluss des Stadtrates Nr. 328/43/2011 vom 23.03.2011 gefasste Maßnahmekonzept zur weiteren Reduzierung des Haushaltsdefizits und langfristigen Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Suhl (53-Punkte-Programm), stellte eine Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aus dem Haushaltsjahr 2008 dar und wurde planmäßig umgesetzt. Mit der Umstellung auf das doppische Rechnungswesen war eine Fortschreibung des bereits vorhandenen kameralen Maßnahmekonzeptes der Stadt Suhl bis zum Jahr 2023 (in der Fassung vom 23.09.2014) in der finalen Erarbeitungsphase, welches zum Stadtrat zur Beschlussfassung am 01.10.2014 vorgelegt werden soll. Der Stadtrat der Stadt Suhl beschloss in seiner Sitzung am 01.10.2014 ein Haushaltssicherungskonzept für den Zeitraum 2014 bis 2023 (Beschluss Nr. 50/92/2014). Die Genehmigung erfolgte am 29.10.2014.							nein	nein	keine Prüfung	kein Risiko
kreisfreie Stadt Eisenach Die Stadt Eisenach beantragte zur Berichtspflicht Fristverlängerung bis zum 31.12.2014 und führte als Begründung an, dass zum Zeitpunkt der Berichterstattung sämtliche Kapazitäten der Finanzverwaltung der Stadt Eisenach auf die Erstellung des Haushalts 2014 und die Fortschreibung des bestehenden Haushaltssicherungskonzeptes konzentriert seien. Der Haushalt 2014 als auch die Fortschreibung des HSK sollten in die Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am 21.10.2014 eingebracht werden, um die terminlichen Vorgaben des Thüringer Finanzministeriums zu erfüllen. Des Weiteren erfolge parallel zu diesen umfangreichen Arbeiten die Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2015. Der Stadt Eisenach wurde Fristverlängerung bis zum 10.12.2014 gewährt. Eine Berichterstattung erfolgte jedoch nicht.										

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Altenburger Land
Kommune: Stadt Meuselwitz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**2.017.882,33 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**254.000,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 € (§ 23 ThürGemHV)	

HSK / ~~Fortschreibung~~ beschlossen am:	**18.07.2012**	genehmigt am:	**14.08.2012**
~~HSK~~ / Fortschreibung beschlossen am:	**27.03.2014**	genehmigt am:	**nicht genehmigt**

Konsolidierungszeitraum: **2014 - 2023**

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Kündigung Spezialrechtsschutz versicherung	- umgesetzt ThürRH Prüfbericht S. 25	1.228,06	1.228,06	1.228,06
Hebesätze nach dem Landesdurchschnitt 2013 Lt. Grundsteuer-gesetz bis 30.06.2015 möglich	- nicht umgesetzt Ablehnung HA v. 13.10.2014 für 2015 I. Fortschreibung Pkt. 9 - 11	0	0	0
Schuldnerwechsel von Stadt an SWG per 30.06.2014	- umgesetzt I. Fortschreibung Pkt. 16	387.736,05	387.736,05	387.736,05
Erhöhung des Pacht-zinses für Kleingartenanlagen SR-393/2014 vom 23.04.2014	- umgesetzt I. Fortschreibung Pkt. 12 ab 2015	0	0	0
Erhöhung des Pacht-zinses für Erholungs-grundstücke SR-394/2014	- umgesetzt I. Fortschreibung Pkt. 12 ab 2015	0	0	0
Kündigung Mitgliedschaften SR-388/2014	- umgesetzt I. Fortschreibung Pkt. 2 ab 2016 KGST 950,00 €	0	0	0
Kündigung Mitgliedschaften SR-396/2014	- umgesetzt Fremdenverkehrs-verband 2.779,40 €; weiteren Kündigungen	0	0	0

	wurde nicht zugestimmt (Förderverein Musikfestival – 14.04.2014 – HA und Dachverein Mitteldeutsche Braunkohle – 23.04.2014 – SR) I. Fortschreibung Pkt. 2 ab 2015			
Umlage der Betriebkosten in Höhe von 30 % für Vereine I. Fortschreibung Pkt. 8 SR-313/2013	- umgesetzt mit 10 % Beteiligung der Vereine an den Bewirtschaftungs-kosten erstmalig im Jahr 2014 für 2013	7.000,00	8.376,08	6.797,39
Umzug Stadtbibliothek I. Fortschreibung Pkt. 3	- umgesetzt - seit 09.12.2013 in der Luther-straße 6 - Miete - Einsparung 0,5 VZB ab 01.01.2014	1.223,88 19.497,00	917,91 21.107.49	917,91 21.107,49
Interessenbe-kundungsverfahren Schüler-Jugend-Freizeit-Zentrum I. Fortschreibung Pkt. 3	- teilweise umgesetzt Konzeptvor-stellung des freien Trägers im KUS 03/2014, liegt derzeit beim freien träger zur Prüfung - Einsparung ab 01.01.2015 0,2 VZB	0	0	0
PEK und personal-wirtschaftliche Maßnahmen I. Fortschreibung Pkt. 1	- umgesetzt Ende der Altersteilzeit am 30.09.2014; 1,0 VZB Amtsleiter Ordnungsamt wurde nicht ersetzt; Einsparung ab 01.01.2015 63.042,22	15.451,51	15.451,51	15.451,51
PEK und personal-wirtschaftliche Maßnahmen I. Fortschreibung Pkt. 4 Fremdvergabe Reinigung Rathaus,	- umgesetzt Kündigung zum 31.12.2012 (Reinigung) 0,68125 VZB	13.475,49	16.096,87	16.096,87

Bürgerservice, Bürgertreff, Bibliothek				
Trägervereinbarung Johanniter Kita „Sonnenkäfer“	- umgesetzt Änderung zum 01.01.2013 Betriebskosten-änderung gegenüber Planentwurf 2014 Mögliche Umsetzung 01.01.2015	19.469,00	19.469,00	19.469,00
Änderung Benutzungsgebühren der Kita ab 01.01.2013	- nicht umgesetzt in städtischen Kita´s - Ablehnung der Erhöhung im Stadtrat	0	0	0
Umzug KOBB in Neugasse 1/3	umgesetzt - zum 01.01.2014	1.489,44	1.489,44	1.489,44
Vergabe Reinigungsleistungen städtische Kita „Dr. Ullrich“ und SJFZ I. Fortschreibung Pkt. 4 Fremdvergabe	umgesetzt - zum 01.07.2014 Kita „Dr. Ullrich“ Kündigung 0,7 VZB ab 01.07.2014 - zum 01.08.2014 SJFZ Kündigung 0,5 VZB ab 01.08.2014	7.750,96 7.284,22	10.880,95 7.657,02	10.880,95 7.657,02
Ertrag für den städtischen Haushalt Eigenbetrieb Stadtwerke Schnaudertal I. Fortschreibung Pkt. 21	- umgesetzt Prüfung durch Steuerberater Jahresabschluss 2013	0	0	0
Gebäudemanage-ment I. Fortschreibung Pkt. 4 - Fichtenh. Str. 1 - Zirndorfer Str. 2 - Gröbaer Str. 4	- umgesetzt Verkäufe Immobilien	0	6.015,96 2.643,99 2.644,34	6.015,96 2.643,99 2.644,34
Einsparungen durch Vertragsänderungen mit Versorgungsträ-gern im Rahmen des Gebäudemanage-ment	- umgesetzt EWA 2.000,00 €/a enviaM 3.000,00 €/a Mitgas 7.000,00 €/a	3.191,27	12.000,00	12.000,00
Energieeinsparung	- umgesetzt	0	12.750,00	12.750,00

Straßenbeleuchtung mit Vertragsänderung enviaM vom April 2014 bis März 2017	Einsparung pro Jahr rd. 17.000 € 2014 ¾ v. 17.000 €			
Gesamt:		**465.327,88**	**546.899,67**	**545.321,07**
neue Maßnahmen:				
Zuschuss ZFC I. Fortschreibung Pkt. 3 - umgesetzt aufgrund anwaltl. Beratung keine Zahlung; derzeit im Haushaltsplanentwurf 2014 enthalten		0	20.435,00	20.435,00

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Dem Stadtrat wurde in Sitzungen die VV-Haushaltssicherung und Bedarfszuweisungen erläutert bzw. ausgereicht. Die Voraussetzungen nach den Bedarfszuweisungen wurden abgelehnt u. a. Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung, Erhöhung der Kita-Gebühren, Erhöhung der Hebesätze nach dem Landesdurchschnitt. Es wird ein Gesamtkonzept gefordert. Aus Sicht der Verwaltung wurde die I. Fortschreibung des HSK durch den Stadtrat beschlossen, jedoch war dieses Konzept nicht genehmigungsfähig. Hier wurden im Maßnahmenkatalog teilweise Maßnahmen festgeschrieben, die jedoch nicht beschlossen werden.
Der Haushaltsplan 2014 sowie der Finanzplan 2013 bis 2017 wurden in der Sitzung des Stadtrates vom 22.10.2014 in den Hauptausschuss am 10.11.2014 zurückverwiesen. Auf die Vorschriften der §§ 55 und 57 ThürKO eine Haushaltssatzung zu erlassen, wurde seitens der Verwaltung verwiesen. Der vorgelegte Finanzplan kann in 2017 nicht ausgeglichen werden, da bereits im Jahr 2016 der Mindestbestand der allgemeinen Rücklage nicht vorgehalten werden kann.

Durch den Bürgermeister wurde den Vollbeschäftigten ein Arbeitgeberangebot für die Jahre 2015 bis 2016 zur freiwilligen Stundenkürzung unterbreitet. Hier entstehen Minderausgaben bei den Personalaufwendungen für zwei Jahre in Höhe von ca. 43,8 T€ sowie die Kürzung des Anteils um 0,45 VZB (jährlich in der Kernverwaltung).

Die Liquiditätsplanung 2014 zeigt eine vorläufige Zuführung vom VmH an den VwH in Höhe von 261.244,85 € (Haushaltsentwurf 518.802,00 €) auf sowie eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 42.349,02 € (Haushaltsentwurf 166.689,00 €). Die geringere Zuführung an den VwH sowie die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage sind insbesondere der vorläufigen Haushaltsführung geschuldet. Hier wird darauf verwiesen, dass bei der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage noch keine Bildung von HAR berücksichtigt wurde.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Maßnahmen: - Erhöhung der Hebesätze ab 01. 01. 2015
- Kündigung von freiwilligen Mitgliedschaften

wurden nicht bzw. nicht in vollem Umfang umgesetzt; dies stellt eine Abweichung vom HSK und dem Konsolidierungsziel dar.
Folgende rechtsaufsichtliche Maßnahme wurde ergriffen:
Die Stadt wurde mit Schreiben vom 25. 11. 2014, Az.: 092.sch 322/2014 aufgefordert, die Maßnahme unverzüglich umzusetzen oder entsprechende Ersatzmaßnahmen zu benennen. Eine Antwort dazu steht noch aus.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Stadt Lucka hat sich in einem Schreiben vom 22.03.2012 an die Stadtverwaltung bzw. den Stadtrat Meuselwitz gewandt und um einen Standpunkt zu einer möglichen Städtefusion der Kommunen Meuselwitz und Lucka gebeten.
Durch die Bürgerbefragung in Lucka war es von Wichtigkeit, zu erfahren, ob dies denkbar wäre. Eine Eingemeindung bzw. Eingliederung kommt nach heutigem Kenntnisstand für Lucka nicht in Frage.
Im Ergebnis der Diskussion in der Sitzung des Stadtrates vom 28.03.2012 steht die Stadt Meuselwitz einer möglichen Eingliederung der Stadt Lucka in die Stadt Meuselwitz offen gegenüber, jedoch wird die von Lucka favorisierte Städtefusion grundsätzlich abgelehnt.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Veräußerung der städtischen Anteile an der Seniorenzentrum Meuselwitz GmbH wegen unzulässiger Beteiligung der Stadt; Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom 06.03.2014 – es ist kein (Rechts-) Grund ersichtlich, dass die Genehmigung hätte nicht erteilt werden dürfen.
- angemessene Abschöpfung der im Eigenbetrieb „Stadtwerke Schnaudertal" erwirtschafteten Gewinne – es erfolgt jährlich im Rahmen des Jahresabschlusses eine Prüfung und wird dokumentiert
- strukturelle Veränderung der Verwaltung (3-Ämterstruktur) ab dem 01.01.2013 umgesetzt
- Neustrukturierung Bürgerservice Meuselwitz / Wintersdorf – Neustrukturierung Bürgerservice / Meldestelle ab dem 01.01.2013
- Aufbau eines Gebäudemanagements – ab dem 01.01.2013 eingeführt
- keine Neubesetzung frei werdender Stellen
- Betriebskostenberechnung an Nutzer von städtischen Einrichtungen
- Reduzierung freiwilliger Leistungen
- Prüfung Swapverträge Eigenbetrieb „Stadtwerke Schnaudertal" und Stadt (NLM SWG Meuselwitz mbH) sowie möglicher Haftungsansprüche
- Geldanlagen der Stadt sowie ihrer Beteiligungen
- Einrichtung eines Finanzmanagements
- Kündigung Spezialrechtsschutzversicherung ab 01.01.2014 wirksam
- Prüfung Fahrzeugvollversicherung in Bearbeitung
- Bereitstellung Bücherei in kostengünstigerer Form ab Dezember 2013

umgesetzt
- Empfehlung zur Prüfung des Kostendeckungsgrades Friedhöfe in Bearbeitung
- fehlender Geschäftsführeranstellungsvertrag Rositzer Wohnbaugesellschaft mbH ab 31.01.2012 umgesetzt

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
- keine Angaben im HSK sowie der I. Fortschreibung

Landratsamt Altenburger Land
Fachdienst Kommunalaufsicht

Altenburg, den 11.11.2014

Verwaltungsvorschriften des Thüringer Innenministeriums zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 53 a ThürKO

Hier: Abrechnung entsprechend Pkt. 5 der VV, Gemeinde Ziegelheim
Bericht der Aufsichtsbehörde

Erläuterungen zur Tabelle 01.01.2014 bis 30.09.2014

Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Ziegelheim wurde am 10.06.2011 (bereits vor Inkrafttreten der geltenden Verwaltungsvorschriften) durch die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt. Eine Anpassung an die seit 2012 geltenden Verwaltungsvorschriften erfolgte trotz Aufforderung nicht. Insoweit ist eine konkrete Festlegung von Etappenzielen lt. Nr. 5 der VV nicht erfolgt. In der zusätzlichen Tabelle Konsolidierungspotenzial 2014 / Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan / Etappenziel 01.-30.09.2014 Ist erfolgt deshalb die Abrechnung der Etappenziele bezogen auf eine anteilige Planung bezogen auf das erreichte Ergebnis zum 30.09.2014 bzw. bei KITA bis 31.07.2014 (Umstrukturierung ab 01.08.2014). Im Ergebnis sind insoweit bei den Einnahmen der Einzelmaßnahmen des HSK folgende zusätzliche Einnahmen entstanden Ziel: 37.310 € Ist 46.538 €. Darin enthalten sind jedoch bei den Gewerbesteuern rd. 59.300 € Vorauszahlungen. Die Angaben sind insoweit unsicher, weil durchaus Rückzahlungen entstehen können.
Bei den Ausgaben wurde das Etappenziel um 11.731 € verfehlt. Ein Sollfehlbetrag ist nicht vorhanden.

Bericht der Aufsichtsbehörde in Auswertung der Zielerreichung im Jahr 2013

Die Abrechnung der Ziele der Maßnahmen des HSK für das Jahr 2013 ergibt bei dem Ziel der Einnahmenerhöhung von 37.310 € ein Ist von 6.099,37 € und bei der Ausgabenverringerung bei einer Zielstellung von 15.980 € ein Ist von 9.928,70 €.
Besonders nachteilig wirkte sich 2013 gegenüber dem Jahr 2012 auch das Ausbleiben bei den Landeszuweisungen von rd. 43,5 T€ aus. Bereits im Jahr 2012 war ein Verringerung bei den Zuweisungen von rd. 51,3 T€ eingetreten. Zusätzliche Ausgaben für Ausrüstungen und Schutzbekleidung machten sich im Bereich der Feuerwehr erforderlich.
Insgesamt ist für das Jahr 2013 bei der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit eine Verschlechterung aufgetreten. Im Rechnungsergebnis zeigt sich ein deutlicher Fehlbetrag (Tabelle beiliegend).

Im Jahr 2013 und 2014 fanden mehrfach Beratungen mit dem Bürgermeister der Gemeinde und auch im Beisein von Mitgliedern des Gemeinderates und der Kämmerei der Verwaltungsgemeinschaft statt. Ein ausgeglichener Haushalt für 2014 konnte nicht aufgestellt werden.
Die Gemeinde Ziegelheim hat dann den Beschluss gefasst ein neues HSK aufzustellen. Der Gemeinderat hat am 29.10.2014 ein HSK für die Jahre 2015 bis 2018 beschlossen. Das HSK ist durch die Rechtsaufsicht genehmigt.

Zur Unterstützung ihrer Konsolidierungsziele stellte die Gemeinde einen Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisungen nach § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz.

Die Anlagen zur Berichtspflicht gemäß Pkt. 5 der Verwaltungsvorschriften liegen für den Zeitraum 1.1.2013 bis 31.12.2013 bei.

Güske

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Altenburger Land
Kommune: Gemeinde Ziegelheim

Rücklagen zum 31.12.2013	14.847,93
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 ThürGemHV)	15.608,67
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013	

HSK beschlossen am 06.06.2011 genehmigt am 10.06.2011
Konsolidierungszeitraum: 2011 - 2014

Wesentliche Konsoldierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsoldierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
1. Einnahmen			bis 31.07.2014	bis 31.07.2014
Erhöhung der Elternbeiträge KITA				
	ja / Strukturveränderung ab 01.08.2014 Übertragung auf VG	11.010	22.167	21.748
Anhebung der Hebesätze bei den Grundsteuern				
Gundsteuer A	ja	6.500,00	18.600,00	19.343,00
Gundsteuer B	ja	14.900,00	47.175,00	52.716,00
Anhebung der Hebesätze bei den Gewerbesteuern				
	ja	4.000,00	22.575,00	62.789,00 davon 59,3 Vorauszahlungen
Erhöhung Hundesteuer				
	ja	900	1.950	2.409
Gesamt		**37.310,00**	**112.467,00**	**159.005,00**
2. Ausgaben				
Einsparung bei den Aufwendungen der Sach- und Dienstleistungen				
Einzelplan 1 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung				
HhSt. 11000.63000	ja	760	0	0
HhSt. 13000.52000	nein/ Pflichtaufgabe	500	750	-1.390
HhSt. 13000.54000	ja	500	4.125	2.472 Aufteilung nach Nutzergruppen erfolgt zum 31.12.
HhSt. 13000.56000	nein/ Pflichtaufgabe	1.200	750	-822
Einzelplan 6 - Abschnitt 63 Gemeindestraßen				
HhSt. 63000.51000	ja	2.000	15.375	10.480
Einzelplan 9 - Allgemeine Finanzwirtschaft				
Umschuldung Darlehen				
Zinsen	ja	6.400	10.500	8.303
Tilgung	ja	5.020	18.859	19.585
Gesamt		**16.380**	**50.359**	**38.628**

53690 162.826 197.633

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Im Ergebnis der Beratungen zum HSK entschloss sich die Gemeinde, aufgrund gravierender Veränderungen in der Struktur der Pflichtaufgabe " Bereitstellung der erforderlichen Kindergartenplätze" und der Betreibung der Wieratalhalle darauf, ein neues HSK 2015 - 2018 zu beschließen.
Dieses soll am 29.10.2014 beschlossen werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Die Gemeindewurde mehrfach zur Fortschreibung des HSK aufgefordert, es fanden Beratungen auch mit dem Gemeinderat, Bürgermeister u.Kommunalaufs. statt. Die Gemeinde hat sich zur Erarbeitung eines neuen HSK entschlossen. Dieses wurde am 30.10.14 genehmigt.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhägenden Konolidierungseffekte abstrakt darstellen. VG Wieratal

Durch die strukturellen Veränderungen, die im Jahr 2014 vorgenommen wurden, ergeben sich positive Effekte zur Haushaltskonsolidierung.
So werden im Kindergarten einsparungen von 3.960 € erwartet. Weiterhin ist auch durch den Betritt zur VG dort der Einsatz der vorhandenen Erzieher besser zu organisieren.

Durch die Betreibung der Wieratalhalle und damit einer neu beschlossenen Nutzungs- und Entgeltverordnung werden die kalkulatorischen Kosten neben den bestehenden Betriebskosten als tatsächlich entstehende Kosten berechnet. Die dadruch zu erwartenden Überschüsse decken die Kosten für den Schuldendienst.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Die überörtliche Prüfung ist ist noch nicht abgeschlossen. Damit sind auch noch keine Empfehlungen an die Gemeinde ausgesprochen worden.

Die örtlich Prüfung erfolgte für die Jahresrechnungen 2010 - 2012 im Jahr 2013.
Dabei wurde festgestellt, dass die Zielvorgabe im Jahr 2011 erreicht wurde. 2012 konnte diese Ziel leider nicht erreicht werden
Empfehlungen von Seiten des Fachdienstes Rechnungsprüfung des Landratsamtes Altenburger Land wurden nicht ausgesprochen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die Gemeinde hat durch Umschuldung von Darlehen den Tilgungszeitraum gestreckt und somit die Tilgungsraten reduziert. Ein Kreditausfallrisiko oder Zinsrisiko wird zur Zeit als gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Altenburger Land
Kommune: Gemeinde Rositz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 751.693,04 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 58.436,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 18.06.2014 genehmigt am: 24.06.2014

Konsolidierungszeitraum:

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Einsparungen Lohnkosten Kita	teils umgesetzt Tariferhöhungen über den Plan hinaus	24.000	18.000	13.435
Einsparungen Lohnkosten Freibad	umgesetzt	24.000	18.000	19.447
Erhöhung Benutzungsgebühren Kita	umgesetzt	10.000	7.500	16.350
Gesamt:		58.000	43.500	49.232

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Das HSK wurde bei den Einsparungen Lohn Kita auf Grund nicht geplanter Tariferhöhungen nicht vollständig umgesetzt.
Dieser fehlende Betrag wird aber durch die Ausgabeeinsparungen beim Freibad und Mehreinnahmen bei den Benutzungsgebühren Kita kompensiert.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
nein

es gibt gegenwärtig keine Absichten zu strukturellen Veränderungen

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
keine

trifft nicht zu, das HSK wurde erst im Juni 2014 genehmigt

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Vollzug des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 2014

1. Vorbemerkung, Rechtsgrundlagen

Nach § 53 Abs. 1 Satz 1 ThürKO hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist (VV-Haushaltssicherung).
Gemeinden, die ein HSK aufgestellt haben, sind verpflichtet, gegenüber der nach § 118 ThürKO zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen halbjährlich zum 30.04. (bezogen auf den Konsolidierungserfolg zum 31.12. des Vorjahres auf Basis der Jahresrechnung) und zum 31.10. (bezogen auf den Konsolidierungserfolg im laufenden Vollzug vom 01.01. bis 30.09.) zu berichten.

2. Grundsätzliche Situation

Als hauptsächliche Ursache des nicht erreichbaren Haushaltsausgleich der Gemeinde Rositz ist auf die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen hinzuweisen.
Weitere Ursachen und besondere Gegebenheiten der Gemeinde wurden im vorgelegten HSK dargestellt und erläutert.
Trotz zahlreicher Sparmaßnahmen und Aufstellung eines HSK 2014-2015 verbleibt ein Haushaltsdefizit im Verwaltungshaushalt.
Die Gemeinde hat in diesem Zusammenhang Bedarfszuweisungen nach §4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz beantragt.

3. Umsetzung des HSK

Das vom Gemeinderat beschlossene HSK 2014 sah 3 Maßnahmen mit einem Einsparpotential in Höhe von 58.000 T€ vor. Diese waren bereits in den Haushalt eingearbeitet.
Das beschlossenen HSK wurde voll umfänglich umgesetzt. Es wird ein Einsparpotential von 65.644 € erzielt.
Die einzelnen Maßnahmen sind in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Altenburger Land
Kommune: Stadt Lucka

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**628.152,61 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**73.490,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**-**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **27.03.2014** genehmigt am: **nicht genehmigt**

Konsolidierungszeitraum: **2014 - 2018**

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Personalausgaben	umgsetzt	92.433,--	57.000,--	51.500,--
Erhöhung Kita-Gebühren	umgesetzt	21.000,--	14.000,--	14.000,--
Neuabschluß Versicherungen	umgesetzt	3.070,--	3.070,--	2.767,--
Schließung „Deutsches Haus“	nicht umgesetzt, Beschlüsse Stadtrat	18.350,--	13.763,--	-
Gesamt:		134.853,--	87.833,--	67.767,--

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Maßnahme: Schließung des „Deutschen Hauses“ - städtisches Objekt ab 2014

Mit Beschlüssen vom 26. 09. 2013, Beschluß-Nr. 160/2013 ö und 27. 03. 2014, Beschluß-Nr. 169/2014 ö, der Rechtsaufsicht vorgelegt am 22. 10. 2014, beschloß der Stadtrat der Stadt Lucka, die Weiterführung des „Deutschen Hauses“ als Kultur-, Veranstaltungs- und Vereinshaus bis zum 31. 12. 2015. Begründet wurde dies laut Schreiben der Stadt Lucka vom 17. 10. 2014 wie folgt:

„Zur Instandsetzung und dem Umbau des Deutschen Hauses wurden Städtebaufördermittel aus dem Bund- Länder- Städtebauförderprogramm zur Verfügung gestellt. Grundlage zur Bereitstellung von Städtebaufördermitteln war das Entwicklungskonzept und das Städtische Rahmenkonzept von 1992 der Stadt Lucka. Das Gebäude befindet sich im Sanierungsgebiet. Ein Weiterverkauf wird, solange sich die Stadt Lucka im vereinfachten

Sanierungsverfahren nach § 142 BauGB befindet und diese nicht abgeschlossen ist, äußerst schwierig. Ein potentieller Käufer könnte diese Gebäude nur erwerben, wenn über eine Vereinbarung eine Nutzung durch den Erwerber im jetzigen Bestand gesichert wird. Sollte dies nicht der Fall sein, sind Fördermittel zurückzuzahlen.
Im Rahmen der weiteren Fortschreibung der Konsolidierung und zur Ereichung der dauernden Leistungsfähigkeit werden Realsteuererhöhungen in die Haushalts- und Finanzplanung 2014 - 2018 zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorgelegt."

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die vorstehende Maßnahme wurde nicht wie geplant umgesetzt; dies stellt eine Abweichung vom HSK und dem Konsolidierungsziel dar.
Folgende rechtsaufsichtliche Maßnahme wurde ergriffen:
Die Stadt wurde mit Schreiben vom 27. 10. 2014, Az.: 092.sch 293/2014 aufgefordert, die Maßnahme unverzüglich umzusetzen oder eine entsprechende Ersatzmaßnahme zu benennen. Eine Antwort dazu steht noch aus.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nach einer Einwohnerbefragung wurde ein freiwilliger Zusammenschluß mit der Stadt Meuselwitz abgelehnt.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- entfällt -

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- keine Angaben vorhanden -

16.12.2014

LANDRATSAMT WEIMARER LAND

Kommunalaufsicht

Landratsamt Weimarer Land, Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda

per FAX

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Postfach 2249
99403 Weimar

PF 1354
D-99503 Apolda

Bahnhofstraße 28
D-99510 Apolda

Telefon (0 36 44) 540 0
Telefax (0 36 44) 540 850

eMail: post.kommunalaufsicht@wl.thueringen.de

Auskunft erteilt: Frau Blank

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht	Unsere Zeichen/Aktenzeichen	Durchwahl	Datum
240.3-1474-017/13-TH	18.11.2013	I/2/BI-092.51.0200.007/13	(03644) 540 133	27.11.2014

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörden über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 30.11.2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung;
Stellungnahme des Landkreises Weimarer Land

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den Gemeinden des Landkreises Weimarer Land mit Haushaltssicherungspflicht berichten wir nachfolgend über den weiteren Fortgang, das Veranlasste bzw. das Erteilen der Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Von den derzeit 62 unserer Aufsicht unterstehenden Kommunen sind im Haushaltsjahr 2014 **28 Kommunen**, welche auf Grund der defizitären Haushaltssituation verpflichtet sind, ein Haushaltssicherungskonzept nach § 53 a der ThürKO zu erlassen bzw. fortzuschreiben. Davon wurden bei den Kommunen Bad Berka, Eberstedt, Hammerstedt und Niedertrebra jeweils Ausnahmen von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erteilt, § 53 a Abs. 1 S. 2 ThürKO. Daneben wurden bei den Gemeinden Döbritschen, Großobringen, Sachsenhausen und Troistedt in 2014 festgestellt, dass diese zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes verpflichtet sind; die Erarbeitung/Beschlussfassung ist grundsätzlich für 2015 geplant.

I. Kommunen im Einzelnen, die Gegenstand der letzten Berichterstattung waren

1. Stadt Apolda
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.290,- €/EW

Aufgrund der vorgelegten Berichterstattung kann bestätigt werden, dass die Stadt Apolda stetig bestrebt ist, die im Konzept festgelegten Maßnahmen sukzessive umzusetzen.

Die Stadt Apolda verfügt über ein Haushaltssicherungskonzept, welches am 16.08.2011 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde. Zu den einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt turnusmäßig die vorgesehene Berichterstattung i.S.d. VV-Haushaltssicherung. Grundsätzlich zeichnet sich eine Konsolidierung der Haushaltssituation der Stadt Apolda ab, es besteht jedoch im Hinblick auf die Durchführung der Landesgartenschau 2017 für die Stadt Apolda weiterhin die Pflicht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes. Dessen ist sich die Stadt Apolda bewusst.

Ausweislich des Formblattes zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit in der 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Apolda für das Haushaltsjahr 2014 ist lediglich in 2014 mit einem Fehlbetrag der laufenden Rechnung zu rechnen. Im III. Quartal 2014 wurde jedoch durch den Bürgermeister eine Haushaltssperre gemäß § 26 der ThürGemHV ausgesprochen. Dieser Entscheidung vorangegangen waren Einschätzungen zur Entwicklung der Einnahmen - insbesondere die der Gewerbesteuer - und der gestiegenen Personalkosten aufgrund von Tarifänderungen. Die Haushaltssperre wird bis auf weiteres aufrechterhalten.

2. Erfüllende Landgemeinde Stadt Bad Sulza
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 384,- €/EW

Die Stadt Bad Sulza hat ihr Haushaltssicherungskonzept aus 2013 im Haushaltsjahr 2014 ordnungsgemäß fortgeschrieben. Der Stadtrat beschloss am 20.02.2014 die Fortschreibung für das Haushaltsjahr 2014; eine rechtsaufsichtliche Genehmigung steht derzeit noch aus. Hintergrund dessen ist der Antrag der Stadt Bad Sulza vom 24.02.2014 beim Thüringer Finanzministerium auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 ThürFAG zur Haushaltskonsolidierung (Bst. B der VV-Bedarfszuweisungen), welcher am 14.08.2014 durch die Stadt Bad Sulza der Höhe nach korrigiert wurde (neuer Antrag i.H.v. 614.300 €).

Ausweislich der Berichterstattung zum 31.10.2014 kann bestätigt werden, dass die Konsolidierungsmaßnahmen für das Jahr 2014 nahezu komplett umgesetzt wurden. Lediglich eine Maßnahme konnte bisher noch nicht realisiert werden; deren Umsetzung ist für Dezember 2014 vorgesehen. Die Gründe wurden gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde dargelegt.

3. Stadt Blankenhain
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 3.883,- €/EW

Die Stadt Blankenhain verfolgt ihre Haushaltskonsolidierung konsequent; das Haushaltssicherungskonzept wird ordnungsgemäß umgesetzt.

Die Fortschreibung für das Jahr 2014 wurde bereits am 30.01.2014 durch den Stadtrat beschlossen. Aufgrund der gewährten ergänzende Bedarfszuweisung nach § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz für das Haushaltsjahr 2014 mittels Bescheid des Thüringer Finanzministeriums vom 16.09.2014 i.H.v. 5.553.900 € (für die Finanzierungslücke in 2014 i.H.v. ca. 2.174.200 € und zur Ablösung von Darlehen i.H.v. 3.379.622,67 €) und der dadurch geänderten finanziellen Gegebenheiten - insb. Verkürzung des Konsolidierungszeitraumes um zwei Jahre - wurde die Fortschreibung für das Jahr 2014 entsprechend angepasst und am 23.10.2014 durch den Stadtrat beschlossen. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung hierzu erteilte das Landratsamt Weimarer Land mit Bescheid vom 29.10.2014.

Unter Berücksichtigung der im Haushaltssicherungskonzept bzw.in der Fortschreibung 2014 festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen ist die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Blankenhain - unter der Voraussetzung, dass auch in den Jahren 2015 bis 2020 Bedarfszuweisungen zum Ausgleich des Haushaltes gewährt werden - ab dem Haushaltsjahr 2021 wieder hergestellt.

4. Stadt Buttelstedt
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.755,- €/EW

Die Stadt Buttelstedt verfügt über ein Haushaltssicherungskonzept, welches am 21.11.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde. Die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgt stetig. Alle Maßnahmen, die nur teilweise realisiert wurden, werden weiterhin mit dem Ziel verfolgt, deren Umsetzung zeitnah zu erreichen (insbesondere betrifft dies die Veräußerung der Aktienanteile und die Überarbeitung der Kalkulation der Friedhofsgebühren).

Aufgrund ihrer defizitären Haushaltslage beantragte die Stadt am 05.08.2014 die Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz für das Haushaltsjahr 2014. Eine Entscheidung hierzu steht jedoch noch aus.

5. Stadt Kranichfeld
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 2.437,- €/EW

Die Stadt Kranichfeld ist kontinuierlich bestrebt, ihr Haushaltssicherungskonzept ordnungsgemäß umzusetzen. Die Fortschreibung für das Jahr 2014 wurde durch den Stadtrat am 06.02.2014 beschlossen und mit Bescheid des Landratsamtes Weimarer Land vom 10.09.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt.

Aufgrund der sich Anfang 2014 abzeichnenden Finanzierungslücke i.H.v. 357.105,03 € und eines zum 30.07.2014 endfälligen Darlehens i.H.v. 1.266.198,97 € beantragte die Stadt Kranichfeld mit Schreiben vom 07.01.2014 die Gewährung einer entsprechenden Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung beim Thüringer Finanzministerium, welche mit Bescheid vom 24.07.2014 i.H.v. 1.261.000 € gewährt wurde.
Für die in 2014 noch bestehende Finanzierungslücke stellte die Stadt Kranichfeld jeweils am 30.07.2014 einen Antrag beim Thüringer Finanzministerium auf Gewährung einer Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung nach § 24 ThürFAG und parallel einen Antrag beim Thüringer Landesverwaltungsamt nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz. Eine Entscheidung steht zu beiden Anträgen noch aus.

Die Abarbeitung der noch zu realisierenden Maßnahmen erfolgte planmäßig bzw. ist erst entsprechend der Festlegungen im Haushaltssicherungskonzept bzw. in der Fortschreibung 2014 in den Folgejahren vorgesehen. Lediglich eine Konsolidierungsmaßnahme konnte bisher nur teilweise umgesetzt werden; die Bestrebungen der Stadt Kranichfeld zur kompletten Realisierung sind jedoch nachgewiesen.

6. Stadt Neumark
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 228,- €/EW

Das am 07.06.2013 rechtsaufsichtlich genehmigte Haushaltssicherungskonzept wird durch die Stadt Neumark kontinuierlich umgesetzt; die beschlossenen Maßnahmen konnten bisher

komplett bzw. teilweise realisiert werden. Das in 2014 geplante Konsolidierungspotential ist bereits erreicht.
Im Übrigen zeigt das Formblatt zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit eine stetige Verringerung der Fehlbeträge der laufenden Rechnung bis 2017 (2013: - 154.229,06 €, 2014: - 67.650 €, 2015: - 11.720 €, 2016: - 9.350 €, 2017: - 4.220 €).

7. Gemeinde Ballstedt
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 852,- €/EW

Die Gemeinde Ballstedt kam in 2014 ihrer gesetzlichen Verpflichtung gemäß § 53 a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 4 ThürKO nach, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen; dieses wurde am 23.10.2014 beschlossen und mit Bescheid des Landratsamtes Weimarer Land vom 28.10.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt. Danach ist die Gemeinde Ballstedt grundsätzlich erstmals zum 30.04.2015 berichtspflichtig. Dennoch hat sie im Rahmen der Berichterstattung zur bisherigen Umsetzung ihrer Konsolidierungsmaßnahmen Stellung genommen. Anhand dessen ist festzustellen, dass die Gemeinde ihr Haushaltssicherungskonzept konsequent umsetzt und in 2015 nahezu ihr gesamtes Konsolidierungspotential (Änderung Hundesteuersatzung und Friedhofsgebührensatzung) realisieren kann.
Daneben hat die Gemeinde am 30.07.2014 einen Antrag beim Thüringer Landesverwaltungsamt nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz i.H.v. 106.046 € gestellt; eine Entscheidung hierzu steht jedoch noch aus.

8. Gemeinde Eberstedt
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 125,- €/EW

Aufgrund von Fehlbeträgen der laufenden Rechnung in den Haushaltsjahren 2012 bis 2013 ist die Gemeinde grundsätzlich verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, § 53 a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 ThürKO. Der Gemeinde wurde jedoch mit Schreiben vom 18.06.2014 - vorbehaltlich der Haushaltssituation in 2015 - von der Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes befreit, da die Fehlbeträge der laufenden Rechnung im Vergleich zum Volumen des Verwaltungshaushaltes als unerheblich eingestuft wurden und der Soll-Fehlbetrag in 2014 komplett abgebaut werden kann.

9. Gemeinde Ettersburg
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 186,- €/EW

Die Gemeinde hat ihr rechtsaufsichtlich genehmigtes Haushaltssicherungskonzept aus 2013 in 2014 fortgeschrieben. Diese Fortschreibung sieht Änderungen der Konsolidierungsmaßnahmen vor; die hierfür erforderliche Genehmigung seitens der unteren Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 53 a Abs. 3 S. 2 ThürKO wird jedoch versagt, da die geänderten Konsolidierungsmaßnahmen nicht den Maßgaben der ThürKO bzw. ThürGemHV entspricht.

10. Gemeinde Hopfgarten
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.666,- €/EW

Die Gemeinde Hopfgarten hat in 2014 ihr Haushaltssicherungskonzept fortgeschrieben. Am 09.05.2014 erfolgte die Beschlussfassung im Gemeinderat; eine rechtsaufsichtliche Genehmigung steht aufgrund der beantragten Bedarfszuweisung noch aus.

Die Gemeinde hat mit Datum vom 01.07.2014 die Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 ThürFAG zur Haushaltskonsolidierung (Bst. B der VV-Bedarfszuweisungen) i.H.v. 725.136,56 € beim Thüringer Finanzministerium beantragt; eine Entscheidung hierzu steht noch aus.

Die Bemühungen der Gemeinde zur Haushaltssicherung, insbesondere zur Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen, wurden grundsätzlich nachgewiesen. Einzelne Maßnahmen konnten durch die Gemeinde Hopfgarten jedoch bisher noch nicht bzw. nur teilweise umgesetzt werden. Insgesamt zeichnet sich in der Fortschreibung 2014 eine Verlängerung des Konsolidierungszeitraumes gegenüber dem Haushaltssicherungskonzept 2013 ab. U.a. aufgrund dieser Problematik ist am 01.12.2014 ein Gesprächstermin im Thüringer Finanzministerium anberaumt.

11. Gemeinde Isseroda
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 3.597,- €/EW

Die Gemeinde Isseroda hat ihr Haushaltssicherungskonzept aus dem Jahr 2013, welches am 17.12.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde, kontinuierlich umgesetzt. Lediglich eine Konsolidierungsmaßnahme konnte bisher aus nachvollziehbaren Gründen nicht realisiert werden.
Die Haushaltssituation der Gemeinde Isseroda hat sich wesentlich stabilisiert (freie Finanzspitze in 2014: 63.800 €; in den folgenden Finanzplanjahren beträgt die Zuführung gemäß § 22 Abs. 1 ThürGemHV durchschnittlich 90.700 €).

In Bezug auf die sehr hohe Verschuldung wird durch die untere Rechtsaufsichtsbehörde regelmäßig darauf hingewiesen, dass die Gemeinde stetig Möglichkeiten prüfen sollte, die Belastungen aus Kreditmarktschulden zeitnah deutlich zu senken (bspw. außerordentliche Tilgungen).

12. Gemeinde Kleinobringen
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.172,- €/EW

Die Gemeinde Kleinobringen kann eine erfolgreiche Haushaltskonsolidierung bescheinigt werden; das am 14.10.2013 genehmigte Haushaltssicherungskonzept wurde bzw. wird ordnungsgemäß umgesetzt.
Die Haushaltssituation der Gemeinde Kleinobringen hat sich im Vergleich zu den Vorjahren in 2014 deutlich verbessert; es zeichnet sich eine Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit ab. Die Fehlbeträge im Verwaltungs- bzw. Vermögenshaushalt konnten im Jahr 2013 abgebaut werden, sodass ab diesem Zeitpunkt wieder freie Finanzspitzen ausgewiesen werden können. Zudem ermöglichte die in 2013 verbesserte Finanzlage erstmals wieder eine Zuführung zur - jahrelang völlig aufgezehrten - allgemeinen Rücklage und im Bereich des Schuldenabbaus eine außerordentliche Tilgung. Diese positive Entwicklung ist vor allem abhängig von der Realisierung der zukünftig geplanten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen.

13. Gemeinde Kleinschwabhausen
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.789,- €/EW

Aufgrund von Fehlbeträgen der laufenden Rechnung in 2009, 2011 und 2012 beschloss der Gemeinderat am 22.11.2013 ein Haushaltssicherungskonzept, welches jedoch nicht in ausrei-

chendem Maße den detaillierten Formalien i.S.v. Bst. B Ziffer 1.2 der VV-Haushaltssicherung erfüllt. Tatsächlich hat sich jedoch die finanzielle Situation der Gemeinde Kleinschwabhausen nunmehr wesentlich verbessert (kompletter Abbau des bis 2013 bestandenen Soll-Fehlbetrages i.H.v. 14.459 €, Ausweisung freier Finanzspitzen in den Jahren 2013 bis 2017, Aufstockung der allgemeinen Rücklage). Eine bisher erfolgte Konsolidierung ist nachweislich erkennbar.
Aus diesem Grund wird eine Überarbeitung des beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes nach den Vorgaben der VV-Haushaltssicherung zunächst nicht gefordert; diese bleibt vielmehr der weiteren Entwicklung der finanziellen Situation der Gemeinde vorbehalten. Der bis 2013 bestandene Soll-Fehlbetrag konnte im vergangenen Jahr komplett abgebaut werden. Zudem ist im Haushaltsjahr 2014 sowie in den folgenden Finanzplanjahren eine Wiederaufstockung der allgemeinen Rücklage geplant.
Unabhängig davon berichtet die Gemeinde gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde über den Erfolg der bereits eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen halbjährlich zum 30.04. und zum 31.10. i.S.v. Ziffer 5 der VV-Haushaltssicherung.

14. Gemeinde Krautheim
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2012: 232,- €/EW

Erstmals im Jahr 2013 bestand für die Gemeinde Krautheim die Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzept, welches am 27.11.2013 vom Gemeinderat beschlossen und mit Bescheid des Landratsamtes Weimarer Land am 15.01.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde. Die darin festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen konnten bisher komplett bzw. teilweise umgesetzt werden. Lediglich die Änderung der Friedhofsgebührensatzung konnte bisher noch nicht realisiert werden; dies ist für 2015 vorgesehen.

Der am 07.05.2014 gestellte Antrag der Gemeinde Krautheim auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 ThürFAG zur Haushaltskonsolidierung (Buchstabe B der VV- Bedarfszuweisungen) für das Haushaltsjahr 2014 i.H.v. 96.349,74 € wurde mit Bescheid des Thüringer Finanzministeriums vom 16.10.2014 abgelehnt.

15. Gemeinde Leutenthal
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2012: 138,- €/EW

Aufgrund der Haushaltslage der Gemeinde Leutenthal während der Haushaltsplanung für das Jahr 2013, wonach in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils ein Fehlbetrag der laufenden Rechnung i.H.v. - 4.000 €, - 8.000 € und - 19.000 € aufgezeigt war, beschloss der Gemeinderat am 23.09.2013 ein Haushaltssicherungskonzept, welches am 02.12.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde.

Mit Schreiben vom 12.02.2014 bat die Gemeinde darum, aufgrund des im Finanzplanungszeitraum 2013-2017 ausgewiesenen Überschusses im Rahmen der dauernden Leistungsfähigkeit (freie Finanzspitzen), des kontinuierlichen Schuldenabbaus und des vorhandenen Rücklagenbestandes von einer weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2014 und den Folgejahren abzusehen. Mit Schreiben des Landratsamtes Weimarer Land vom 02.07.2014 wurde dieser Bitte stattgegeben, da die Gemeinde Leutenthal mit der im Haushalt 2014 ausgewiesenen Finanzlage tatsächlich nicht mehr verpflichtet ist, ihren Haushalt per Haushaltssicherungskonzept bzw. Fortschreibung sichern zu müssen, § 53 a Abs. 1 S. 1, Abs. 3 S. 1 ThürKO. Unabhängig davon ist die Gemeinde Leutenthal zur nachhaltigen

Sicherung des Konsolidierungserfolges gehalten, die im Konzept verankerten Maßnahmen auch künftig umzusetzen bzw. die allgemeinen Haushaltsgrundsätze i.S.v. §§ 53 ff. ThürKO i.V.m. ThürGemHV zu beachten.

16. Gemeinde Mechelroda
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 944,- €/EW

Aufgrund der mit Bescheid des Thüringer Finanzministeriums vom 23.12.2013 gewährten Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung nach § 24 Abs. 2 Nr. 1 ThürFAG in Form einer rückzahlbaren Liquiditätshilfe i.H.v. 31.214,17 € für das Haushaltsjahr 2013 war die Gemeinde u.a. als Nebenbestimmung aufgefordert, ein Haushaltssicherungskonzept entsprechend der VV-Haushaltssicherung und VV-Bedarfszuweisung zu beschließen. Überdies resultiert diese Verpflichtung für die Gemeinde aus § 53 a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 4 ThürKO. Das am 13.06.2014 beschlossene Haushaltssicherungskonzept wurde mit Bescheid vom 27.10.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt. Danach ist die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Mechelroda ab dem Haushaltsjahr 2015 wieder hergestellt; dies setzt jedoch die Gewährung einer Bedarfszuweisung im Haushaltsjahr 2014 i.H.v. insgesamt 324.449 € durch den Freistaat Thüringen voraus.
Da die Gemeinde im Haushaltsjahr 2014 zwei Anträge auf Bedarfszuweisungen gestellt hat (Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 24 ThürFAG zur Haushaltskonsolidierung (Bst. B der VV-Bedarfszuweisungen) vom 28.03.2014 i.H.v. 340.212,70 € und parallel dazu Antrag gemäß § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz vom 31.07.2014 i.H.v. 324.449 € der Gemeinde Mechelroda vom 31.07.2014) erging die rechtsaufsichtliche Genehmigung unter Bedingungen.

17. Gemeinde Ramsla
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 91,- €/EW

Die Gemeinde Ramsla setzt ihr Haushaltssicherungskonzept, welches am 29.05.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde, stetig um. Die im Konzept verankerten kurzfristigen Maßnahmen wurden bereits umgesetzt; die Realisierung der langfristigen Maßnahmen steht noch aus.

Aufgrund des im Haushalt 2014 dargestellten Anstieges der Fehlbeträge der laufenden Rechnung in 2014 und 2015 wurde die Gemeinde durch die untere Rechtsaufsichtsbehörde am 16.04.2014 darauf hingewiesen, weiterhin ihr Haushaltssicherungskonzept zu beachten und überdies die noch zu beschließenden Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes sobald wie möglich umzusetzen.

18.Gemeinde Rohrbach
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 3.011,- €/EW

Die Gemeinde setzt ihr Haushaltssicherungskonzept, welches am 15.04.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde, kontinuierlich um. Die Realisierung der einzelnen Konsolidierungsmaßnahmen konnte bereits nahezu vollständig nachgewiesen werden; lediglich die Veräußerung von Grundstücken im Wohnbaugebiet sowie messbare Einsparpotentiale durch den Zusammenschluss der beiden Verwaltungsgemeinschaften Buttelstedt und Berlstedt als Maßnahmen konnten bisher nur teilweise realisiert werden. Grundsätzlich wurde durch die Gemeinde der Nachweis erbracht, dass ihre eigenen Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft sind und die Vermarktung der Grundstücke im Wohnbaugebiet ständig verfolgt wird.

Aufgrund der defizitären Haushaltslage und der hohen Verschuldung beantragte die Gemeinde am 04.08.2014 die Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 4 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz für das Haushaltsjahr 2014. Eine Entscheidung hierzu steht jedoch noch aus.

19. Schwerstedt
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 25,- €/EW

Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Schwerstedt wurde am 26.06.2013 rechtsaufsichtlich genehmigt. Die Maßnahmen, welche die Jahre 2013 und 2014 betreffen konnten bereits umgesetzt werden; die Realisierung der langfristigen Maßnahmen steht noch aus.

Grundsätzlich zeigt das Formblatt zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit im Haushalt 2014 einen stetigen Konsolidierungserfolg (2013: - 61.746,13 €, 2014: - 40.950 €, 2015: - 9.140 €, 2016: - 1.000 €, - 6.150 €).

20. Gemeinde Umpferstedt
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 1.615,- €/EW

Da die Gemeinde in den Jahren 2011 bis 2013 jeweils einen Fehlbetrag der laufenden Rechnung und darüber hinaus seit 2011 einen Soll-Fehlbetrag ausweist beschloss der Gemeinderat am 01.04.2014 ein Haushaltssicherungskonzept, welches mit Bescheid vom 19.06.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt wurde. Nach der derzeitigen Planung der Gemeinde Umpferstedt ist ab dem Jahr 2017 mit der Stabilisierung ihres Haushaltes zu rechnen; im Haushaltsjahr 2016 ist der vollständige Abbau des Soll-Fehlbetrages und gleichzeitig der Beginn des Wiederaufbaus der allgemeinen Rücklage vorgesehen.

Ausweislich der Berichterstattung zum 31.10.2014 hat die Gemeinde nachgewiesen, dass sich die Konsolidierungsmaßnahmen in der Umsetzung befinden; bereits zwei Maßnahmen konnten komplett realisiert werden (Erhöhung der Hebesätze auf Niveau gemäß § 10 Abs. 2 ThürFAG; Erlöse aus Energieeinspeisung Photovoltaikanlage).

21. Gemeinde Vippachedelhausen
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: Null

Das am 30.05.2013 rechtsaufsichtlich genehmigte Haushaltssicherungskonzept wird durch die Gemeinde umgesetzt. Der überwiegende Teil der Konsolidierungsmaßnahmen wurde bereits realisiert (Ersatzloser Wegfall der Planstelle des Gemeindearbeiters, die auszuführenden Arbeiten werden teilweise durch Auftragsvergaben bzw. durch Arbeitseinsätze freiwilliger Helfer vorgenommen; Kündigung des Leasingvertrages und Verkauf des Multicars). Die Umsetzung von zwei Maßnahmen (Reduzierung der Ausgaben in der gemeindeeigenen Kindertagesstätte und Einnahmen aus Grundstücksverkäufen) steht noch aus.

22. Gemeinde Wohlsborn
Pro/Kopf-Verschuldung zum 31.12.2013: 325,- €/EW

Mit Bescheid vom 06.11.2013 wurde das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Wohlsborn rechtsaufsichtlich genehmigt; dieses wird durch die Gemeinde ordnungsgemäß umgesetzt. In der Haushaltsplanung 2014 zeigen sich erste Erfolge (freie Finanzspitzen in 2015 bis

2017). Mit Schreiben der unteren Rechtsaufsichtsbehörde vom 12.11.2014 an die Gemeinde Wohlsborn wurde festgestellt, dass die langfristige Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit in den Finanzplanjahren 2015 bis 2017 nur unter Weiterführung einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung bzw. Einhaltung des Haushaltssicherungskonzeptes erreicht werden kann.

II. Allgemeines

Durch einzelne der vorgenannten Städte und Gemeinden können teilweise die Kreis- und Schulumlage nicht beglichen werden (Stadt Kranichfeld, Gemeinden Ballstedt, Döbritschen, Hopfgarten, Mechelroda, Umpferstedt). Es ist nicht bekannt, dass eine der aufgeführten Kommunen den Schuldendienst für bestehende Kredite nicht bedienen konnte.

Im Übrigen trat auf Grundlage des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2013 die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaften Berlstedt und Buttelstedt in Kraft. Gleichzeitig gründete sich die Verwaltungsgemeinschaft Nordkreis Weimar durch den Zusammenschluss beider vormaligen Verwaltungsgemeinschaften. Weiterhin bildete sich zum 31.12.2012 die Landgemeinde Bad Sulza mit den Ortsteilen Auerstedt, Flurstedt, Gebstedt, Neustedt, Reisdorf, Sonnendorf und Wickerstedt. In Bezug auf die Stadt Kranichfeld könnten nach Auskunft der gleichnamigen Verwaltungsgemeinschaft z.B. die Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen durch die Bildung einer Landgemeinde/Einheitsgemeinde um ca. 10 % erhöht werden. Hierzu fehlen jedoch konkrete Beschlüsse der umliegenden Gemeinden bzw. liegen Ablehnungen vor.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Totzauer
Amtsleiterin

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Berlingerode**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**291.800 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**37.141 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**2.492 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**28.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen** **- umgesetzt** **- nicht umgesetzt** **- Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	umgesetzt	10.500 €	9.000 €	10.000 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	3.100 €	3.000 €	3.000 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	4.600 €	4.000 €	4.600 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**18.200 €**	**16.000 €**	**17.600 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Berlingerode	Seite 2

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Bernterode

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 31.03.2014	Genehmigt am: 02.04.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Senkung der Beträge für Präsente zu Jubiläen	umgesetzt	*Tatsächliche Einsparung nicht bezifferbar, da sich die Senkung der Beträge nur marginal auswirkt und somit nicht zur Veränderung der Pläne führt (< 100)*		
Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung reduzieren und die Einstellung des Dämmerungsschalters überprüfen	umgesetzt	*Tatsächliche Einsparung derzeit nicht bezifferbar, da man zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwar die Abschläge zugrunde legen könnte, jedoch mögliche Erstattungen bzw. Nachzahlungen erst im nächsten Jahr durch den Energieversorger abgerechnet werden.*		
Anhebung Friedhofsgebühren	Entwurf liegt vor, aber noch nicht beschlossen			
Prüf. Kündigung ZV Bauhof mit Nachbargemeinde	Wirtschaftlichkeit bei erneuter eigener Aufgabenerledigung noch in Prüfung			
Überarbeitung Vertrag mit Sportverein und bessere Einstellung der Warmwasserbereitung	teilweise umgesetzt Vertragl. Bindung noch bis Ende 2016	*Tatsächliche Einsparung derzeit nicht bezifferbar.*		
Anpassung d. Nutzungsgebühr für DGH	umgesetzt	150	113	100
Anhebung Hundesteuer	umgesetzt	700	525	504
Gesamt:		850	638	604

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Bernterode	Seite 2

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Maßnahmen des HSK wurden umfänglich umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich.
Der Ausgleich im Finanzplan ist gegeben, die Kommune verfügt durchgehend über freie Finanzspitzen. Die Verschuldung liegt mit ca. 210,- €/Ew. deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 510,- €/Ew.

Eine Gefahr für die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben sowie für die Zahlungsfähigkeit ist nicht gegeben.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Der Prognosen der Finanzplanung lassen kein Risiko erwarten.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Brehme**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**0 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**24.559 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**17.657 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**27.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	umgesetzt	500 €	400 €	500 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	300 €	300 €	300 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	1.400 €	1.200 €	1.300 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**2.200 €**	**1.900 €**	**2.100 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	**Eichsfeld**	
Kommune:	**Brehme**	**Seite 2**

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Ecklingerode**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**0 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**12.530 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**38.390 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**26.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	1.500 €	1.400 €	1.400 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	1.200 €	1.000 €	1.100 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	umgesetzt	100 €	100 €	100 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**2.800 €**	**2.500 €**	**2.600 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Ecklingerode	Seite 2

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Fretterode**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**7.197 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	2.948 **€**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	20.06.2012	genehmigt am:	13.07.2012
Konsolidierungszeitraum:	2012-2015		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen** **- umgesetzt** **- nicht umgesetzt** **- Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Erhöhung Benutzungsgebühren Gemeindesaal	Umgesetzt	1.200 €	900,00€	706.60 €
weitere Erhöhung Hundeteuer	Umsetzung ab 01/2015	0 €	0 €	0 €
Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer	Umsetzung ab 01/2015	0 €	0 €	0 €
Reduzierung Entschädigungen Bürgermeister	Umgesetzt ab 2012	420 €	315 €	315 €
Gesamt:		**1.600 €**	**1.215 €**	**1.021,60 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Wegen des nicht besetzten Gemeinderates konnten im Haushaltsjahr 2014 nicht viele Konsolidierungsziele umgesetzt werden. Die Beschlussfassungen der dafür erforderlichen Satzungsänderungen waren nicht möglich. Die Steuererhöhungen führen erst im folgenden Haushaltsjahr zu Mehreinnahmen. Ab dem folgenden Haushaltsjahr wird sich defizitäre Haushaltslage deutlich entspannen.

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Fretterode**

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

nein

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Eine überörtliche Kommunalprüfung hat nicht stattgefunden.
Die örtliche Prüfung ist im letzten Prüfbericht zu dem Ergebnis gelangt, dass sich die Haushaltslage der Gemeinde Fretterode bei Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen zukünftig stabilisieren wird.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Die Verschuldung der Gemeinde belief sich zum Stichtag 31.12.2013 auf 13.500 Euro, was einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung i. H. v. 78 Euro entspricht. Wegen der überschaubaren Tilgungsverpflichtungen der Gemeinde Fretterode und der Sicherstellung der gesetzlich geforderten Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt ab dem folgenden Haushaltsjahr werden das Kreditausfallrisiko und Zinsrisiko gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Geismar

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 13.03.2014	Genehmigt am: 01.04.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Ausbau Stromzähler für leerstehende Wohnung	umgesetzt	100	75	75
Verkauf der Alten Schule	noch nicht umgesetzt, kein Kaufinteressent Alternativ werden Nutzungs-konzepte für eine Vermietung geprüft.	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Verteilung der Post über einen privaten Zusteller	umgesetzt	4.800	3.600	3.600
Prüfung der Aussetzung der Pflichtbaurücklage an den Katholischen Kindergarten für 1-2 Jahre	noch nicht umgesetzt Es gibt bereits Verhandlun-gen mit dem Träger.	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Überprüfung zur Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED	in Vorbereitung *Prüfung Wirtschaftlichkeit vorliegender Angebote*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht vollständig umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die öffentlichen Ein-richtungen (Bebendorf und Großtöpfer)	umgesetzt *Mehrertrag in 2014 ergibt sich durch zusätzliche Einnahmen durch zeitweise Vermietung*	23	17	425

Landkreis:	Eichsfeld			
Kommune:	Gemeinde Geismar			Seite 2
Änderung Friedhofssatzung: Verkürzung der Ruhezeit Grabnutzung	in Vorbereitung *Im GR diskutiert, aber noch nicht beschlossen*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht vollständig umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
weitere Anpassung der Betriebszeiten der Straßenbeleuchtung	umgesetzt	*Tatsächliche Einsparung erst nach Abrechnung erkennbar*		
Anhebung der Hundesteuer	noch nicht umgesetzt *Satz. Regelung erst zum 01.01.2015 möglich.*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Gesamt:		4.923	3.692	4.100

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht entstand erst mit dem Haushalt 2014.

Die Umsetzung weiterer Maßnahmen lässt Ertragssteigerungen erwarten. Zudem bemüht sich die Kommune, nicht notwendiges Anlagevermögen (z. T. vermietete Immobilien) zu veräußern, um so perspektivisch den Abschreibungsaufwand im Ergebnisplan zu mindern.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Haushaltsdaten 2014 prognostizieren für die Jahre 2016 und 2017 freie Finanzspitzen. Die Planung 2015 muss sich an der veränderten Einnahmesituation bei den Gewerbesteuern orientieren. Ein besonderes Risiko besteht derzeit nicht.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Gerbershausen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**24.674,71 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**14.278,00€**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 06.08.2013 genehmigt am: 23.08.2013
Konsolidierungszeitraum: 2013 bis 2015 (Verkürzung auf den 31.12.2014 durch Beschluss und Genehmigung mit NachtragHHSatzung 2014)

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
lediglich ein Bauhofmitarbeiter ab 09/2013	Umgesetzt	15.000 €	11.250 €	11.250 €
Keine Zuschussgewährung an örtliche Vereine	Umgesetzt	2.410 €	2.410 €	2.410 €
Kündigung Heimat- und Verkehrsverband Eichsfeld	Umgesetzt	800 €	600 €	600 €
Hundesteuersatzung Erhöhung 50€/Hund	Umgesetzt	900 €	900 €	900 €
Nutzungsgebühren für Friedhof anpassen	umgesetzt	300 €	250 €	250 €
Gesamt:		**19.410 €**	**15.410 €**	**15.410 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Durch eine hohe Gewerbesteuereinnahme im Jahr 2014 (890.000 €) konnte der Konsolidierungszeitraum auf den 31.12.2014 verkürzt werden. Wegen der verbesserten Einnahmesituation und der Überprüfung der Notwendigkeit der Ausgabenleistung hat sich die

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Gerbershausen**

vormals defizitäre Haushaltslage enorm verbessert und entspannt. Die Maßnahmen der Konsolidierung werden freiwillig zunächst fortgeführt werden. Die Gewerbesteuermehreinnahmen wurden der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die Gemeinde hat darüber Kenntnis, dass Gewerbesteuervorauszahlungen u. U. auch zurück zu zahlen sind. Die Finanzsituation der Gemeinde ist ab dem laufenden Haushaltsjahr wieder stabil.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

nein

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Eine überörtliche Kommunalprüfung hat nicht stattgefunden. Die örtliche Rechnungsprüfung hat keine Aussagen im letzten Prüfbericht zur Jahresrechnung 2012 zum Haushaltsicherungskonzept noch keine Feststellungen treffen können.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Die Verschuldung der Gemeinde belief sich zum Stichtag 31.12.2013 auf 259.508 Euro, was einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung i. H. v. 411 Euro entspricht. Wegen der gegenwärtig stabilen positiven Haushaltssituation wird das Kreditausfallrisiko und das Zinsrisiko gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Hundeshagen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**2.700 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**21.539 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**27.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	umgesetzt	1.000 €	800 €	1.000 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	3.000 €	2.700 €	2.800 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	1.800 €	1.600 €	1.800 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**5.800 €**	**5.100 €**	**5.600 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Hundeshagen	Seite 2

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Kella

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 17.01.2014	Genehmigt am: 27.01.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Verkauf Garage vor dem Dorfe	umgesetzt Einsparung AfA	100	75	75
Reduzierung Höchst-beträge für Präsente	umgesetzt	150	113	75
Abschaltung der Straßenbeleuchtung in den Sommermona-ten	umgesetzt	*Tatsächliche Einsparung erst nach Abrechnung erkennbar.*		
Anpassung der Nut-zungsgebühren DGH	umgesetzt	175	131	70
Anpassung der Nut-zungsgebühren Saal	umgesetzt	625	469	200
Entschädigung für ehrenamtlichen BM reduziert	umgesetzt	360	270	270
Anhebung Hunde-steuer	umgesetzt	172	129	170
Verhandlungen mit dem freien Träger über die Anpassung der Kindergartenge-bühren	noch nicht umgesetzt *Erhöhung ab 01/2015 durch den freien Träger*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Gesamt:		1.582	1.187	860

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Kella	Seite 2

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Maßnahmen des HSK wurden umfänglich umgesetzt. Das HSK beruht allein auf dem fehlenden Ergebnisausgleich.
Die Gemeinde versucht durch hier durch die Veräußerung nicht notwendiger Immobilien eine Reduzierung des Abschreibungsaufwands zu erreichen.

Eine Gefahr für die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben sowie für die Zahlungsfähigkeit ist nicht gegeben.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Der Prognosen der Finanzplanung sowie der Liquiditätsbestand lassen kein Risiko erwarten.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Krombach

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 07.02.2014	Genehmigt am: 11.02.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anhebung der Gebühren für die Nutzung des DGH	umgesetzt	*Geringere Nutzungsfrequenz führte zu keiner Ertragssteigerung.*		
Anhebung der Gebühren für die Nutzung des Saals	umgesetzt	100	75	25
Anhebung der Hundesteuer	umgesetzt	200	150	255
Gesamt:		300	225	280

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde mit 188 EW. ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Krombach	Seite 2

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist mit 174 €/Ew. vergleichsweise niedrig. Auf der Grundlage der Finanzplanungsdaten kann ein Kreditausfallrisiko bzw. Zinsrisiko ausgeschlossen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Mackenrode**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	14.003,46 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	6.349,38 €
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	0,00 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	14.05.2014 genehmigt am: 20.05.2014
Konsolidierungszeitraum:	nicht absehbar - über den jetzigen Finanzplanungszeitraum hinaus

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Pachterhöhung DGH Von 650 € auf 750 €	Umgesetzt ab HHJahr 2012	1.200	900	900
Erhöhung Hundesteuer	Umgesetzt ab HHJahr 2013	15	15	0
Pachterhöhung DGH Weidenbach um 10 Euro	Umgesetzt ab 7/2011	20	20	10
Unterhaltungsgebühr Friedhof	Umgesetzt ab HHJahr 2013	192	192	192
Pauschale für Sportplatznutzung	Umgesetzt ab HHJahr 2012	500	500	0
Sondernutzungs-gebühr Bauernmarkt alle 2 Jahre	Umgesetzt ab HHJahr2012	Kein Bauernmarkt 0	0	0
Gebühr Nutzung Multicar	Umgesetzt ab 11/2011	20	20	0
Backofenbenutzung	Umgesetzt	2 Nutzungen 50	25	25
Miete Feuerwehrhaus	Umgesetzt	80	40	40
Erhöhung Hebesätze Grundsteuer A Grundsteuer B und Gewerbesteuer	Umgesetzt ab HHJahr2012	442,30 3.564,47 102,60	442,30 2.673,35 76,95	442,30 2.673,35 76,95
Abmeldung von 18 Personen bei der	20 von 44 Personen abgemeldet zum	684	684	720

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Mackenrode**

sog. Feuerwehrrente (KVT)	07/2014			
Spenden Kirche Weidenbach –Gebäudeversicherung	Bislang keine Umsetzung	375,72	375,72	0
Benutzungsgebühr für Märchenpark	Umgesetzt	4 Nutzungen - 100	75	100
Erhöhung der Pacht für DGH Mackenrode ab 7/2014 um 100 €	Nicht umgesetzt, da Erhöhung erst ab 2015 möglich	600	300	0
Beteiligung an den BTK für das Arztsprechzimmer	Vereinbarung ab 10/2014	75	0	0
Gesamt:		**8.021,09 €**	**6.339,32 €**	**5.179,60 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Wegen der sehr defizitären Haushaltssituation wurde der Gemeinde die Auflage erteilt, weitere Konsolidierungsmaßnahmen auszuloten und umzusetzen. Die gemeindlichen Hebesätze sind bereits sehr hoch. Einen hohen Kostenfaktor stellen die Personalausgaben im Bauhof dar. Durch den Einsatz des Angestellten in der Nachbargemeinde gegen Kostenerstattung vermindern sich die Personalausgaben, sind aber dennoch hoch. Die Gemeinde wurde auf die Möglichkeit der Veräußerung von nicht zur Aufgabenerfüllung benötigten Vermögens zu vollem Wert hingewiesen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

nein

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Eine überörtliche Kommunalprüfung hat nicht stattgefunden.
Die örtliche Prüfung hat im letzten Prüfbericht die Auffassung vertreten, dass die kontinuierliche Schuldentilgung der Gemeinde allerhöchste Priorität hat. Der Schuldendienst belaste den Haushalt überdurchschnittlich stark. Alle freiwilligen Leistungen der Gemeinde sind auf die Notwendigkeit zu überprüfen. Die Notwendigkeit der Beschäftigung des Bauhofmitarbeiters wurde in Frage gestellt. Eine konsequente Haushaltsdisziplin wurde gefordert.

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Mackenrode**

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Die Verschuldung der Gemeinde belief sich zum Stichtag 31.12.2013 auf 411.850 Euro, was einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung i. H. v. 1.368 Euro entspricht. Wegen der äußerst hohen Tilgungsverpflichtungen der Gemeinde ist die gesetzlich geforderte Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt nicht sichergestellt. Bislang wurden Mittel der Rücklage zum Ausgleich des Verwaltungshaushalts aufgebraucht. Im Haushaltsjahr 2014 wird der Bestand der allgemeinen Rücklage vollständig entnommen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Schimberg

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 25.02.2014	Genehmigt am: 19.03.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Verpachtung der Parkplätze vor dem Wohnblock Schwobf. Str. 12	umgesetzt	300	225	225
Reduzierung Energieverbrach; Umstellung Energieverträge tw. auf Minitarife	umgesetzt	*Tatsächliche Einsparung erst nach Abrechnung zu ermitteln*		
Reduzierung Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung	umgesetzt, t	*Tatsächliche Einsparung derzeit nicht bezifferbar*		
Veräußerung altes Feuerwehrgebäude in Rüstungen	noch nicht umgesetzt *Es gibt einen Interessenten, Veräußerung soll noch in 2014 erfolgen.*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Veräußerung des Bauhofgebäudes in der Wiesenstraße	noch nicht umgesetzt *Maßnahme wurde aktuell aufgrund der neuen Ortschaftsratssituation zurückgestellt, wird aber kurzfristig neu beraten.*	*Da die Maßnahme bisher noch nicht umgesetzt wurde gab es hier auch noch keine Einsparung.*		
Kündigung Mitgliedschaft im Verkehrsverband Heiligenstadt und Wechsel zum HVE	umgesetzt	1.500	1.125	1.458

Landkreis: Eichsfeld					
Kommune: Gemeinde Schimberg					Seite 2
Veräußerung des Gebäudekomplexes Kreisstraße 19/21	teilweise umgesetzt	Einspar. AfA	1.000	750	750
		Wegfall Mietertrag	1.300	975	975
		Einspar. Unterhalt.aufw.	1.400	1.050	1.050
Reduz. Ansatz Präsente für Jubiläen	umgesetzt		100	75	60
Änderung des Verteilungsschlüssels für die Ortsratsmittel	umgesetzt		240	180	189
Änderung der Friedhofssatzung in Bezug auf die Grabnutzungsentgelte	umgesetzt		2.100	1.575	1.200
Überarbeitung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die öffentlichen Einrichtungen	umgesetzt		1.000	750	580
Erhöhung der Hundesteuer	umgesetzt		2.400	1.800	1.146
Gesamt:			11.340	8.505	7.633

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Die Gemeinde ist bemüht, durch die Veräußerung nicht genutzter bzw. vermieteter Immobilien perspektivisch Unterhaltungs- und insbesondere Abschreibungsaufwand zu verringern.

Der Ausgleich im Finanzplan ist durchgehend gegeben, so dass weder Aufgabenerfüllung noch Zahlungsfähigkeit gefährdet sind.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Schimberg	Seite 3

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist mit 111,- €/Ew. vergleichsweise gering. Die Finanzplanung weist zudem bis zum Ende freie Spitzen aus.

Ein Kreditausfallrisiko bzw. Zinsrisiko kann daher ausgeschlossen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Pfaffschwende

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 28.11.2013	Genehmigt am: 05.12.2013
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**		**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anhebung Kostener-satz und Gebühren für Dienstleistungen der Feuerwehr.	umgesetzt		200	150	504
Die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung werden reduziert.)	umgesetzt		*Tatsächliche Einsparung derzeit nicht be-zifferbar.*		
Verkauf der gehalte-nen Anteile an der KEBT	teilw. umges. *Restverkauf ist geplant.*	Verkauf	126.400	94.800	15.480
		Abg. RBW	-5.700	-4.275	-4.275
		Wegf. Divid.	-360	-270	-270
Reduzierung Mittel für Städtepartnerschaft	umgesetzt		100	75	800
Kündigung der Zweck-vereinbarung mit dem Bauhof Kella, Verkauf von Bauhofmaschinen	umgesetzt *Einsparung AfA.*		1.300	975	975
Anhebung Hebesätze f. Grundst. A u. B	umgesetzt		5.100	3.825	5.045
Anhebung Hundesteu-er	umgesetzt		300	225	338
Gesamt:			127.340	95.505	18.597

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Pfaffschwende	Seite 2

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Die Finanzlage der Gemeinde ist dagegen aufgrund der Schuldenfreiheit sowie durchgehender Überschüsse im laufenden Verwaltungsgeschäft in Höhe von 10 % der Einzahlungen und nicht unerheblicher Liquiditätsreserven absolut stabil.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Gemeinde ist schuldenfrei!

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Schönhagen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	2.946,51 €
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	2.117,46 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	19.04.2013/23.07.2014
genehmigt am:	02.05.2013
Konsolidierungszeitraum:	2022 lt. Ausführung TFM zum Antrag auf Bedarfszuweisung

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen** **- umgesetzt** **- nicht umgesetzt** **- Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anhebung der Hundesteuer	umgesetzt ab HHJahr 2013	340	340	290
Anhebung Hebesatz für Grundsteuer A	umgesetzt ab HHJahr 2013	79,64	79,64	79,64
Anhebung Hebesatz für Grundsteuer B	umgesetzt ab HHJahr 2013	229,63	229,63	229,63
Anhebung Hebesatz für Gewerbesteuer	umgesetzt ab HHJahr 2013	288	288	72
Senkung der BTK Kiga durch Erhöhung der Elternbeiträge	umgesetzt ab HH Jahr 2013 (siehe auch Berechnung)	0 Aber aufgrund neuer Verhandlungen – höhere Einsparungen	0	0
Umstellung der Gebäudever-sicherung auf günstigeren Vertrag	umgesetzt ab HHJahr 2014	59,20	59,20	59,20
BTK Kindergarten an Gem. Birkenfelde Erhöhung des EB von 19,49 % = 501,62 € DB Kommune/Platz (Plan Träger) auf 22,85 % = 429,71 € DB Kommune/Platz (Kompromiss VG)	umgesetzt ab HHJahr 2014 (siehe Anlage zur Berechnung)	12.399,10	8.911,54	8.911,54
Gesamt:		**13.395,57 €**	**9.908,01 €**	**9.642,01 €**

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Schönhagen	Seite 2

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Wesentliche Ursache für die äußerst defizitäre Haushaltslage der kleinen Gemeinde Schönhagen sind die enormen Ausgaben des Verwaltungshaushalts für die Kinderbetreuung in einer Kindertageseinrichtung aufgrund des positiven demografischen Wandels.
Mit dem freien Träger der Kindertageseinrichtung, welche von dem größten Teil der Kinder besucht werden, wurden seit dem letzten Haushaltsjahr umfangreiche Gespräche zur finanziellen Entlastung des Gemeindehaushalts geführt. Die Elternbeiträge wurden bereits ab 05/2013 angehoben. Ab 01/2014 wurden die Zuschüsse zu den Betriebskosten gesenkt. Diese Umsetzungen haben Einsparungen zur Folge. Dennoch reichen diese nicht aus, die Fehlbeträge wegen der überdurchschnittlich hohen Kleinkinderzahl im Verhältnis zu den Einwohnern abzufangen. Derzeit hat die Gemeinde für 15 Kinder Ausgaben für die Betreuung zu leisten.
Die gemeindlichen Steuersätze wurden auf das geforderte Niveau der VV Bedarfszuweisung angehoben. Wegen der Größenklasse der Gemeinde sind die Steuermehreinnahmen äußerst überschaubar. Die Gewerbesteuereinnahmen sind sogar rückläufig.
Alle Ausgaben der Gemeinde wurden einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Die Gewährung von freiwilligen Zuschüssen wurde minimalisiert. Wegen der gegenwärtigen und zukünftigen hohen Kinderbetreuungskosten wird es der Gemeinde im Finanzplanungszeitraum nicht möglich sein, diese beträchtlichen erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

nein

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Eine überörtliche Kommunalprüfung hat nicht stattgefunden.
Die örtliche Prüfung ist im letzten Prüfbericht auch zu der Feststellung gelangt, dass die überdurchschnittlichen hohen Leitungen für die Kinderbetreuung Hauptgrund für die defizitäre Haushaltslage der Gemeinde sind.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Die Verschuldung der Gemeinde belief sich zum Stichtag 31.12.2013 auf 63.621 Euro, was einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung i. H. v. 421 Euro entspricht. Wegen der äußerst hohen Ausgaben für die Kinderbetreuung als Pflichtaufgabe der Gemeinde ist die gesetzlich geforderte Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt nicht sichergestellt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Schwobfeld

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 28.02.2014	Genehmigt am: 10.03.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anpassung der Grab-nutzungsgebühren Friedhof	umgesetzt	Keine Mehreinnahmen, aufgrund geringer Anzahl Sterbefälle		
Anheb. Hundesteuer	umgesetzt	75	56	63
Anpassung der Nut-zungsgeb. f. das DGH	umgesetzt	150	113	40
Gesamt:		225	169	103

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde mit 120 EW. ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Eine Gefahr für die Erfüllung der gemeindlichen Aufgaben sowie für die Zahlungsfähigkeit ist nicht gegeben.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Schwobfeld	Seite 2

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Gemeinde ist nahezu schuldenfrei (Stand Ende 2014: 1012,- €).
Ein Kreditausfallrisiko besteht nicht.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Sickerode

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 14.02.2014	Genehmigt am: 07.03.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anpassung der Nutzungsgebühren für DGH	umgesetzt	170	128	35
Anpassung der Nutzungsgebühren für Friedhof	umgesetzt	100	75	50
Anpassung der Nutzungsgebühren für die Gemeinschaftsantenne nanlage	umgesetzt	220	165	264
Anhebung Hunde-steuer	umgesetzt	150	113	270
Gesamt:		640	481	619

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde mit 144 EW. ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Die dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde ist dagegen über den gesamten Finanzplanungszeitraum gegeben

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Sickerode	Seite 2

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist mit 208,- €/Ew. vergleichsweise niedrig.
Auf der Grundlage der Finanzplanungsdaten kann ein Kreditausfallrisiko bzw. Zinsrisiko ausgeschlossen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	Gem. **Tastungen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**0 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**5.135 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**27.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	200 €	200 €	200 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	700 €	600 €	700 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	umgesetzt	400 €	400 €	400 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**1.300 €**	**1.200 €**	**1.300 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Tastungen	Seite 2

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Teistungen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**223.800 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**53.956 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**27.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	3.000 €	2.500 €	2.500 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	8.700 €	8.000 €	8.200 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	umgesetzt	500 €	500 €	500 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**12.200 €**	**11.000 €**	**11.200 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	**Eichsfeld**	
Kommune:	**Teistungen**	**Seite 2**

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Volkerode

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 20.02.2014	Genehmigt am: 10.03.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Anpassung Entschädi-gung 1. Beigeordneter	umgesetzt	240	180	180
Anpassung der Nut-zungsgebühren für Feuerwehr	umgesetzt	70	53	45
Anpassung der Nut-zungsgeb. für DGH	umgesetzt	150	113	30
Anpassung der Nut-zungsgeb. für Friedhof	umgesetzt	400	300	100
Festlegung der Höchstbeträge für Prä-sente	umgesetzt	150	113	36
Wegfall der Verfü-gungsmittel des BM	umgesetzt	100	75	75
Halbierung des Sit-zungsgeldes für die GR-Sitzungen	umgesetzt	240	180	100
Wechsel Zweckverein-barung Kita von der Gem. Pfaffschwende zur Gem. Kella	umgesetzt	*Die Einsparung ist nicht exakt bezifferbar. Unterschied Elternbeitrag ca. 50 €/Kind.*		
Überprüfung der Ein-satzabteilung der Fw auf Aktivität – Reduzie-rung der Belastung durch Fw-Rentenzahl.	umgesetzt	500	375	375

Landkreis: Eichsfeld					
Kommune: Gemeinde Volkerode					Seite 2
Anhebung Hundesteuer	umgesetzt		230	173	360
Keine weiteren Unterhaltungsmaßnahmen am Sportplatz	wird weiterhin vollzogen		200	150	150
Reduzierung der Betriebszeiten der Straßenbeleuchtung	wird laufend umgesetzt		*Nicht bezifferbar.*		
Teilverkauf der Beteiligungen an der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft (KEBT AG)	umgesetzt	Verkauf	15.000	11.250	11.610
		Abg. RBW	-700	-525	-525
		Wegf. Divid.	-280	-210	-210
Verringerung der Auszahlungen für Kommunikation (Handyvertrag des BM wird nicht verlängert)	umgesetzt *(Vertrag ist zum Juni 2014 ausgelaufen)*		200	150	74
Vermietung weiterer Räume im DGH an den dort wohnenden Mieter	umgesetzt		150	113	63
Neubesetzung Bauhofstelle mit geringf. Beschäftigtem	umgesetzt		6.456	4.842	4.842
Gesamt:			23.106	17.332	17.305

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde mit 237 EW. ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Volkerode	Seite 3

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Finanzplanung weist bis zum Ende freie Spitzen aus. Ein Kreditausfallrisiko bzw. Zinsrisiko kann daher ausgeschlossen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	**Eichsfeld**
Kommune:	**Wehnde**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	**300 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	**6.874 €**
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	**0 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am:	**27.05.2014**	genehmigt am:	**18.06.2014**
Konsolidierungszeitraum:	**2012-2014**		

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-Potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
1. Mehreinnahmen Steuern/Abgaben	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
2. Veränderung bei Kostendeckenden Einrichtungen	umgesetzt	500 €	400 €	400 €
3. Erhebung von Beiträgen und Gebühren	umgesetzt	200 €	200 €	200 €
4. Reduzierung von freiw. Ausgaben	umgesetzt	2.000 €	1.600 €	1.800 €
5. Kürzung von Ausgaben bei Personalkosten	umgesetzt	3.000 €	2.400 €	2.400 €
6. Sondereinnahmen aus Verkäufen	Keine Maßnahmen	0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**5.700 €**	**4.600 €**	**4.800 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Umsetzung der gesteckten Ziele im Konsolidierungsjahr 2014 wird vollständig erreicht. (siehe auch hierzu die Kennziffern der oben stehenden Tabelle)

Landkreis:	**Eichsfeld**	
Kommune:	**Wehnde**	**Seite 2**

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?

Alle Einzelkennziffern in den verschiedenen Haushaltsstellen wurden über einen Nachtragshaushalt eingearbeitet und dadurch die vorgegebenen Mehreinnahmen und Minderausgaben erzielt. Der Haushalt insgesamt hat sich in seiner Leistungsfähigkeit durch die Konsolidierung verbessert.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Ein Zusammenschluss zu einer Landgemeinde wäre zu befürworten. Hier könnten sowohl Mehreinnahmen aus Landeskennziffern wie z. B. Schlüsselzuweisungen, aber auch Minderausgaben durch Synergieeffekte in der Verwaltungsführung für alle Gemeinden erzielt werden. (Beispiel: EDV-Kosten durch Wegfall der HH-Planung und HH-Durchführung für die bisherigen Einzelhaushalte)

Genaue finanzielle Auswirkungen können wegen der jährlichen Neuberechnung von Landeskennziffern allerdings nicht ermittelt werden. Das gleiche gilt für gemeindliche Konsolidierungseffekte, die erst nach einer Umstrukturierung ermittelt werden können.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine Maßnahmen aus Prüfungen aufgenommen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt? (soweit hierzu Angeben im HSK vorhanden sind)

Kein Risiko vorhanden.

M. Pingel

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis:	Eichsfeld
Kommune:	Gemeinde Wiesenfeld

Rücklagebestand zum 31.12.2013: —	Doppik (keine gesetzliche Vorgabe)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 II Nr. 2 ThürGemHV): —	
Kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: —	

HSK/Fortschreibung beschlossen am: 30.01.2014	Genehmigt am: 04.02.2014
Konsolidierungszeitraum 2014-2017	

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen -nicht/umgesetzt -Gründe**	**Konsolidie-rungspoten-tial gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Ist (EUR)**
Entscheidung über Fortführung der Zweckvereinbarung mit dem Bauhof Kella oder Kündigung dieser	umgesetzt	*Das Einsparpotential ist nicht bezifferbar, da die anfallenden Arbeiten weiterhin erfüllt werden müssen.*		
Anhebung der Hunde-steuern	umgesetzt	135	101	140
Änhebung Benut-zungsgebühren für öf-fentliche Einrichtungen	Nach Beendigung San. Saal im August umgesetzt	Mehreinnahmen durch Gebührenänderung sind derzeit noch nicht abschätzbar.		
Gesamt:		135	101	140

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssicherungspflicht basiert ausschließlich auf dem nicht ausgeglichenen Ergebnisplan.

Das Konsolidierungspotential der Gemeinde mit 241 EW. ist nur bedingt geeignet, den durch entsprechenden Abschreibungsaufwand entstehenden Fehlbetrag auszugleichen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Landkreis:	Eichsfeld	
Kommune:	Gemeinde Wiesenfeld	Seite 2

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nein.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Keine.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Pro-Kopf-Verschuldung ist mit 173 €/Ew. vergleichsweise niedrig. Auf der Grundlage der Finanzplanungsdaten kann ein Kreditausfallrisiko bzw. Zinsrisiko ausgeschlossen werden.

z.w.V. | R | zV | zA | AE
P | Thüringer Landesverwaltungsamt EINGEGANGEN 05. Nov. 2014 | Abt.: 11
PK | RG:
VP | Ref.: 240
11. 5.11.

OTTO-DIX-STADT GERA · Die Oberbürgermeisterin · Kornmarkt 12 · 07545 Gera

OTTO-DIX-STADT GERA®

DIE OBERBÜRGERMEISTERIN

Ihr(e) Ansprechpartner(in): Dr. Viola Hahn

Sitz: Kornmarkt 12, 07545 Gera
Zimmer: 105
Telefon: 0365 838-1001
Fax.: 0365 838-1015
E-Mail: oberbuergermeister@gera.de
Aktenzeichen: 11 61 00 00
Datum: 30. Oktober 2014

Vorab per Email und per Fax

Thüringer Landesverwaltungsamt
Herrn Hans-Jörg Kolbeck
Weimarplatz 4
99423 Weimar

Berichtspflicht gegenüber der Rechtsaufsichtbehörde über den Stand der Haushaltskonsolidierung zum 31.10.2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung
hier: Ihr Schreiben vom 16.09.2014, Az. 240.3-1474-013/14-TH

Sehr geehrter Herr Kolbeck,
sehr geehrte Frau von Nordheim,
sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf Ihr oben genanntes Schreiben sowie die Regelungen der VV Haushaltssicherung komme ich nachstehend der Berichtspflicht der Stadt Gera gegenüber der Rechtsaufsichtbehörde über den Stand der Haushaltskonsolidierung zum 31.10.2014, bezogen auf den Konsolidierungserfolg im laufenden Vollzug vom 01.01. bis 30.09.2014, nach. Dieser Bericht bezieht sich auf die am 16.04.2014 vom Geraer Stadtrat beschlossene 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 der Stadt Gera, welche mit Bescheid Ihrer Behörde vom 07.05.2014, hier am 14.05.2014 eingegangen, genehmigt wurde und

- einen Haushaltsausgleich zum Ende des mittelfristigen Finanzplanungszeitraumes im Jahr 2017 sowie
- den vollständigen Abbau aller Defizite bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes

vorsieht.

a) Bilanzpositionen

Entsprechend Ihrer Vorgaben sind Eckwerte[1] anzugeben. In Bezug auf die Umstellung auf die doppische Haushaltsführung der Stadt Gera übermittle ich Ihnen vorbehaltlich etwaiger Hinweise der örtlichen Rechnungsprüfung auf Grundlage des verwaltungsintern vorliegenden Jahresabschlusses für das Jahr 2013 jeweils zum 31.12.2013 folgende Positionen:

Allgemeine Rücklage: [2]	357.275 TEUR
Zweckgebundene Rücklage: [2]	2.765 TEUR

[1] Rücklagenbestand, Höhe der Mindestrücklage, kumulierter Sollfehlbetrag.
[2] Teil des Eigenkapitals.

Die Höhe der Mindestrücklage sowie der kumulierte Sollfehlbetrag sind im doppischen Haushaltswesen nicht relevant. Hierfür existieren keine vergleichbaren Bilanzpositionen.

b) Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen

Die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Gera beinhaltet insgesamt 77 Maßnahmen. Demnach liegt bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes im Jahr 2023 das Konsolidierungsverhältnis Einnahmen zu Ausgaben bei ca. 40/60. Die größten Ausgabereduzierungen sind produktübergreifend im Personalbereich sowie im Produkt Liegenschaften vorgesehen. Zum Stand 30.09.2014 sind hiervon insgesamt 30 Maßnahmen als „umgesetzt" zu kennzeichnen.

Da sich der Konsolidierungserfolg nicht ausschließlich aus der Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen ableitet, sondern eine Vielzahl von Einflussfaktoren die Finanzrechnung der Stadt Gera beeinflussen, erfolgt die Berichterstattung produktbezogen. Hierbei werden folgende 17 Produkte entsprechend der Prämissen

- Höhe des Konsolidierungspotentials bzw. -risikos oder
- freiwilliges Produkt mit Konsolidierungsmaßnahme[3]

als wesentlich betrachtet. Ca. 80 % des Konsolidierungserfolges[4] werden von diesen Produkten beeinflusst:

Produkt-Nr. - Produktbezeichnung	Konsolidierungs-potential 2014*	kumuliertes Konsolidierungs-potential 2014 – 2023*
1	2	3
1113 - Stadtrat / Ortsteilräte	346.160 €	3.881.630 €
1141 - Liegenschaftsmanagement	-448.820 €	16.692.780 €
2521 - Museen	432.490 €	5.284.960 €
2531 - Tierpark	182.810 €	2.150.100 €
2612 - Theater	-42.010 €	-1.160.240 €
2631 - Musikschule	76.570 €	2.006.740 €
2711 - Volkshochschule	-37.050 €	-346.850 €
2721 - Bibliothek	79.880 €	1.796.720 €
2812 - Kommunales Kulturmanagement	-21.120 €	12.396.930 €
3651 - Tageseinrichtungen für Kinder	-789.770 €	12.309.380 €
3663 - Spielplätze	37.810 €	859.100 €
4241 - Sportstätten und Bäder	239.110 €	4.744.140 €
5452 - Winterdienst	535.880 €	5.267.200 €
5511 - Grün- und Parkanlagen	486.400 €	5.066.500 €
5751 - Förderung des Tourismus	-3.020 €	580.900 €
6111 - Steuern	4.873.280 €	113.466.890 €
6251 - Beteiligungen, wirtschaftliche Unternehmen	346.160 €	-4.444.190 €

*+/- Haushaltsentlastung/-belastung (finanzwirksam) im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2013

Der Anlage können Sie eine Übersicht zum Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Stadt Gera entnehmen.

[3] Unabhängig von einer durchgängigen analytischen Stellenanalyse.
[4] Kumulierte finanzwirksame Gesamtveränderung gemäß 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes beträgt 210.170.110 Euro; vgl. Seite 5 der Anlage 1 (Ergebnis- und Maßnahmenübersicht zur 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013-2023 für die Stadt Gera).

c) Produktübergreifende Konsolidierungsmaßnahmen

Mit dem Haushaltssicherungskonzept wurde ein sogenannter „Stellenpool"[5] gebildet, welcher das vorläufig identifizierte Einsparpotential bei den Personalkosten zusammengefasst hat. Der „Stellenpool" sollte als Instrument einer zentralen Bewirtschaftung der künftig wegfallenden Stellen im Konsolidierungszeitraum dienen.

In einem zweiten Schritt sieht das Haushaltssicherungskonzept produktübergreifend eine aufgabenkritische Organisationsuntersuchung einschließlich einer umfassenden analytischen Stellenbemessung, insbesondere auch bei den freiwilligen Leistungen, vor. Hierauf aufbauend wird in einem weiteren Schritt ein Personalentwicklungskonzept erstellt.

Das Haushaltssicherungskonzept sah außerdem vor, dass bis 31.12.2014 ein Anreizmodell für Mitarbeiter/innen hinsichtlich einer Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses in eine vorzeitige Altersrente (Aufhebungsvertragsmodell für Ältere) oder für die Beendigung des Beschäftigungsverhältnis von Mitarbeiter/innen, deren Aufgaben im Rahmen des Konsolidierungsprozesses wegfallen, entwickelt wird. Ziel war die vorzeitige Realisierung einer verschlankten und prozessoptimierten Stadtverwaltung Gera bzw. die vorgezogene Erreichung der Zielstellenzahl.[6]

Mit der analytischen Stellenbemessung sind die REFA Consulting GmbH, der Kommunale Arbeitgeberverband sowie der Organisationsbereich der Stadtverwaltung beauftragt. Die Ergebnisse der analytischen Stellenbemessung werden nicht vor dem 31.12.2014 vorliegen. Davon unabhängig soll der „Stellenpool" ab dem Jahr 2015 aufgelöst werden - die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen werden demnach ab der nächsten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes direkt in den jeweiligen Produkten abgebildet.

Für die Finanzierung des Anreizmodells sollten Mittel des Landesausgleichsstocks beantragt werden. Jedoch wird das Land Thüringen der Stadt Gera keine finanzielle Unterstützung in Form von Bedarfszuweisungen zur Finanzierung eines entsprechenden Anreizmodells gewähren. Die finanziellen Auswirkungen werden in der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes berücksichtigt.

d) Feststellung oder Empfehlungen der überörtlichen Kommunalprüfung oder der örtlichen Rechnungsprüfung

Im Rahmen der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes wurden die letztjährigen Prüfungsergebnisse sowie konsolidierungswesentliche Ergebnisse aus den Jahren zuvor seitens der örtlichen Rechnungsprüfung abgefragt. Die Anfrage ergab keine zu berücksichtigenden Hinweise.

Eine erneute Abfrage ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung vorgesehen.

e) Sonstige Konsolidierungseffekte

Weitere Konsolidierungseffekte im Rahmen struktureller Veränderungen könnten sich aus heutiger Sicht beispielsweise durch

- die Neuaufstellung der Stadtwerke Gera und ihrer Tochterunternehmen[7],
- konzeptionelle Ansätze oder
- Synergie- bzw. Skaleneffekte im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit

[5] Produkt 1123.
[6] Gemäß analytischer Stellenbemessung.
[7] Stichwort „SWG 2.0".

ergeben. Das Haushaltssicherungskonzept sieht in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von zu untersetzenden konsolidierungsrelevanten Prüfaufträgen vor.

Zu Erstgenanntem stehen wir in enger Abstimmung mit Ihrer Behörde. Als Beispiele für letztgenannte Punkte sind beispielsweise ein zu erstellendes Konzept zu Gewerbeansiedlungen oder die Untersuchungen der Effekte der Gründung einer „Bürgerstiftung", insbeinsbesondere für „freiwillige Leistungen", zu benennen.

Die jeweiligen Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes werden die Ergebnisse unserer laufenden Untersuchungen widerspiegeln.

Ausblickend steht die Stadt Gera im Rahmen der weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vor der Herausforderung, insbesondere den Tarifabschluss vom 01.04.2014 für den Öffentlichen Dienst (TVöD) zu berücksichtigen. Weitere wesentliche Herausforderungen stellen aus heutiger Sicht insbesondere die Auswirkungen aus den Insolvenzen der Stadtwerke Gera AG und der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH, die Entwicklungen der Sozialleistungen sowie bei der allgemeinen Finanzausstattung ggf. geänderte Richtwerte zu den Schlüsselzuweisungen und Auswirkungen der anstehenden großen Revision zum Finanzausgleich dar. In diesem Zusammenhang hoffe ich weiter auf Ihre konstruktive Unterstützung, beratende Begleitung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Dr. Viola Hahn

Anlage
Übersicht zum Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
1	**1113 - Stadtrat / Ortsteilräte**		**-1.213.850 €**	**-867.690 €**	**-780.353 €**
	Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates mit Gültigkeit ab 01.06.2014, u.a. Reduzierung Aufwandsentschädigungen sowie Anzahl der Ausschüsse	Im HSK vorgesehene Maßnahme(n) und in der geänderten Hauptsatzung umgesetzte Maßnahme(n): › eine Aufwandsentschädigung ohne zusätzliches Sitzungsgeld in Höhe von monatlich 230 Euro › eine 10 %ige Kürzung der Aufwandsentschädigung für Ortsteilbürgermeister Nicht umgesetzte bzw. geänderte Maßnahmen: › Aufwandsentschädigung für stellv. Orteilbürgermeister/innen statt 35 Euro/Monat künftig 0 Euro/Monat › Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 50 Euro für Ortsteilratsmitglieder statt 15 Euro Sitzungsgeld (ohne zusätzliche Aufwandsentschädigung) und › Reduzierung auf 8 Ausschüsse anstatt Reduzierung auf 7 Ausschüsse › mit Stadtratsbeschluss Ds-Nr. 13/2014 vom 16.04.2014 (Hauptsatzung) wurden 2 neue Ortsteile gegründet, ein bestehender Ortsteil erweitert			
	Reduzierung Ausstattung der Fraktionsgeschäftsstellen	› Maßnahme vollzogen mit Hauptausschussbeschluss Ds-Nr. 66/2014 vom 23.06.2014: Anzahl der 5,75 Stellen wurde um 2,0 auf 3,75 Stellen reduziert, wirksam ab 01.09.2014.			
	Weitgehende Digitalisierung der Stadtrats-/Ortsteilarbeit	› Maßnahme vollzogen durch Stadtratsbeschluss Ds-Nr. 14/2014 vom 16.04.2014 (Änderung § 25 Abs. 2 GeschO): Festlegungs- statt Verlaufsprotokolle, Aufzeichnungen werden Stadtratsmitgliedern bzw. Fraktionen auf Anforderung zur Verfügung gestellt - nach 1 Jahr werden diese gelöscht › Betreuungsstandards wurden gesenkt, insb. Protokolle werden von Ortsteilräten geschrieben › durch vorgesehene Digitalisierung sind Stellenreduzierung von 2 VbE = 108.000 Euro (vgl. analytische Stellenbemessung) vorgesehen.			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
2	**1141 - Liegenschaftsmanagement**		**-13.311.790 €**	**-13.760.610 €**	**-12.520.022 €**
	Reduzierung Gesamtflächenbedarf auf Basis eines Raumkonzeptes (unter Berücksichtigung normaler Kostensteigerungsraten)	› Das HSK sieht eine Reduzierung des Gesamtflächenbedarfs der städtischen Objekte vor › Es wird ein fachdienstübergreifendes Konzept erarbeitet, welches vorsieht, von 2016 an, über vier Jahre den gegenwärtigen Flächenbedarf um jeweils 5% abzusenken › Grundlagen für das fachdienstübergreifende Konzept zum städtischen Immobilienportfolio sind die Fachkonzepte bzw. Be-/Fortschreibung der immobilienwirtschaftlichen Anforderungen aller Bereiche (z. B. Kultur, Schulen und Verwaltung) sowie das Struktur- und Personalentwicklungskonzept › Darüber hinaus soll eine Reduzierung des Gesamtflächenbedarfs von städtischen Objekten, die als öffentliche städtische Einrichtung (oder als Objekt) genutzt werden, durch konsequente Nutzung von in städtischem Eigentum befindlichen Objekten, der Zurückdrängung fremder angemieteter Objekte sowie Reduzierung des städtischen Leerstandes erfolgen			
	Abriss Gebäude - Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf (Karl-Matthes-Straße, B.-Schäfer-Straße, Geschw.-Scholl-Straße)	› noch keine Umsetzung aufgrund vorl. HH-Führung › Umsetzung Gesamtmaßnahme im Jahr 2015 vorgesehen			
	Änderung Geschäftsbesorgungsvertrag mit "Elstertal" Infraprojekt	› Aktuelle Verhandlungen für eine Reduzierung der Verwaltervergütung ab 2015			
	Überprüfung/Anpassung Mietkostenvorauszahlungen an die "Elstertal" Infraprojekt	› HSK-Maßnahme zielt(e) auf eine verbesserte Liquiditätsinanspruchnahme durch Reduzierung der monatlichen Vorauszahlungen ab › Die Umsetzung erfolgte ab Juni 2014			
	Organisationsmodell zur Liegenschaftsverwaltung und -bewirtschaftung	› Bei der Maßnahme handelt es sich um einen Prüfautrag, der finanziell (noch) nicht untersetzt wurde			
	Anforderungsprofil für Alternativstandort Bibliothek	› Reduzierung ab 2017 (Vertragsende 2016) vorgesehen			
	Sportstättenverwaltung durch Vereine etc.	› Die auslaufenden Verträge über die Abgeltung von Leistungen der Sportvereine bei der Beitreibung vereinsgenutzter städtischer Sportstätten wurden nicht verlängert (diese Sportstätten werden für städtische Aufgaben (z. B. Schulsport) nicht genutzt und müssten in Anbetracht der städtischen Haushaltssituation grundsätzlich aufgegeben werden) › Die Vereine erhielten die Gelegenheit, die Sportstätten eigenverantwortlich weiter zu betreiben			
	Reduzierung Bewirtschaftungssaufwand im Reitstadion Milbitz	› Der Bewirtschaftungsaufwand im Reitstadion Milbitz wurde um 60.000 Euro reduziert.			
	Konzept Reduzierung Betriebskosten	› Bei der Maßnahme handelt es sich um einen Prüfautrag, der finanziell nicht untersetzt wurde. › Inhaltlich ist dies im Rahmen des aufzustellenden fachdienstübergreifenden Konzeptes zum städtischen Immobilienportfolio abzuarbeiten			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
3	**2521 - Museen**		**-1.256.430 €**	**-823.940 €**	**-634.317 €**
	Aufgabe des Standortes (Ferberisches Haus) zum 31.12.2014	Der Förderverein "Freunde des Ferberschen Haushes e.V." hat ein Konzept zur Betreibung des Museum für angewandte Kunst in Vereinsträgerschaft der Verwaltung vorgelegt. Die Verwaltung bereitet im Jahr 2014 eine Stadtratsvorlage vor, welche verschiedene Varianten zur Zukunft des Ferberschen Hauses darstellt: a) Betreibung durch Förderverein b) Schließung des Ferberschen Hauses zum 31.12.2015 und Verlagerung Museumsdepot an anderen Standort c) Erhalt musealer Nutzung des Ferberschen Hauses unter Optimierung der Depotflächen (Ziel: Aufgabe eines anderen Museumsdepots) Im Zusammenhang mit der Verlagerung des Museumsdepots werden in 2015 finanzielle Mittel in Höhe von 100.000 Euro vorgehalten, welche nur bei entsprechender Umsetzung verfügt werden.			
	Verkürzung Öffnungszeiten	› Die Öffnungszeiten wurden reduziert › Einsparungen insbesondere durch Reduzierung Kassenkräfte			
	Erhöhung Eintrittspreise	› Erhöhung Eintrittspreise wurde in 2014 vollzogen (jährliche Einnahmeerhöhung von 40.000 Euro) › In 2015 geringere Einnahmen aufgrund Umbau Otto-Dix-Haus, Orangerie sowie Schließung des MAK im 1. Hbj 2015			
4	**2531 - Tierpark**		**-612.390 €**	**-429.580 €**	**-273.799 €**
	Erhöhung Eintrittspreise	› Entsprechend Beschluss des Stadtrates wurden die Eintrittsentgelte um 25% erhöht (Mehreinnahmen in Höhe jährlich 60 TEUR) › Aller 3 Jahre ist eine weitere Anpassung vorgesehen			
5	**2612 - Theater**		**-4.365.100 €**	**-4.407.110 €**	**-3.250.745 €**
	Erarbeitung inhaltlicher Prämissen als Basis für Konzept zur Weiterführung ab 2017	› Im Rahmen der Gesellschafterversammlung wurde im Oktober 2014 festgelegt, dass bis 30.11.2014 Prämissen üfr die Unternehmensfortführung der TPT GmbH formuliert werden sollen › Weiter wurde festgelegt, dass auf Grundlage dieser Prämissen und unter Annahme eines ausgeglichenen Unternehmensergebnissesses, Konzepte zur Optimierung der Betriebsleistung und Minderung der Betriebsaufwendungen bis 30.04.2015 durch die Geschäftsführung vorzulegen sind			
6	**2631 - Musikschule**		**-509.240 €**	**-432.670 €**	**-420.574 €**
	Gebührenerhöhung	› Entsprechend Stadtratsbeschluss vom 15.05.2014 (Drucksachen-Nr. 33/2011 2. Ergänzung) umgesetzt			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
7	**2711 - Volkshochschule**		**-118.940 €**	**-155.990 €**	**42.835 €**
	Prüfung Zusammenlegung Musik- und Volkshochschule	› Eine Zusammenführung von Volkshochschule und Musikschule ist nur bei einer entsprechender räumlicher Zusammenlegung sinnvoll. Der derzeitige finanzielle Handlungsspielraum der Stadt Gera lässt eine dazu erforderliche Investition nicht zu			
	Gebührenerhöhung	› Eine entsprechende Stadtratsbeschlussvorlage ist gegenwärtig in Erarbeitung und soll zum Frühjahrssemester 2015 in Kraft treten			
8	**2721 - Bibliothek**		**-987.030 €**	**-907.150 €**	**-649.966 €**
	Konzentration Bibliothek an Hauptstelle/Zukunft Außenstelle Lusan	› Bei der Maßnahme handelt es sich um einen Prüfautrag, der finanziell nicht untersetzt wurde › Vgl. auch Maßnahme Nr. 15 (Produkt 1141)			
9	**2812 - Kommunales Kulturmanagement**		**-2.087.420 €**	**-2.108.540 €**	**-645.174 €**
	Interessensbekundungsverfahren für externe Betreibung des KuK	› Um einen externen Betreiber bzw. Investor für das Kultur- und Kongresszentrum zu gewinnen, wurde ein Interessensbekundungsverfahren im ersten Halbjahr 2014 durchgeführt › Das Konsolidierungsziel lt. HSK konnte mit den vorliegenden Angeboten nicht erfüllt werden › Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses 25/2014 zur Weiterführung des Kultur- und Kongresszentrums als Veranstaltungshaus wird das KuK ab dem 01.01.2015 weiterhin durch die Stadt Gera betrieben › Die Verwaltung wird weiterhin an der Optimierung des Betriebes arbeiten, die Zuschüsse reduzieren und/oder ggf. einen anderen Betreiber/Investor zu finden › Zur dauerhaften Sicherstellung des KuK als Veranstaltungshaus ist zwingend der Erhaltungs- und Investitionsstau zu beheben. Die dafür erforderlichen finanziellen Mittel sollen durch innovative Wege (Facebook u. ä.) der Spendenakquisition sichergestellt werden › Außerdem prüft die Verwaltung im Jahr 2015 mögliche Optionen zur Aufgabenübertragung an die Gera Kultur GmbH unter Berücksichtigung einer verbesserten Wirtschaftlichkeit für freiwillige Leistungen			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
10	**3651 - Tageseinrichtungen für Kinder**		**-12.402.310 €**	**-13.192.080 €**	**-8.703.904 €**
	Die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger sind zu überprüfen. Ziel ist eine 10 %ige Zuschussreduzierung.	› Mit Blick auf die durchschnittlichen Elternbeiträge für Krippen- und Kindergartenbeiträge im interkommunalen Vergleich sollten entsprechend der HSK-Maßnahme die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß begrenzt werden bzw. die Eltern stärker an der Finanzierung der Kinderbetreuung beteiligt werden › Der Stadtrat hat am 15.05.2014 (Drucksachen-Nr. 37/2014) beschlossen, bei der Finanzierung der Kindertagesstätten inhaltlich nach Fachpersonal- und Sachkosten zu trennen und die Beteiligung der Eltern durch Elternbeiträge ausschließlich auf den Sachkostenanteil zu begrenzen und dabei sozialverträglich zu gestalten › Die aktuellen Finanzierungsverhandlungen mit den Kita-Trägern sehen eine 100 %ige Übernahme von Fachpersonalkosten, einen Sachkostenzuschuss von durchschnittlich 30 Euro/Monat/Kitaplatz sowie einen Wegfall vollständiger Gebührenübernahmen nach § 90 SGB VIII für bedürftige Eltern vor			
11	**3663 - Spielplätze**		**-315.000 €**	**-277.190 €**	**-354.929 €**
	Bedarfsgerechter Rückbau kommunaler Spielplätze in den Jahren 2014 - 2016	› Die Stadt Gera verfügt über 91 kommunale und ca. 100 private (z. B. Wohnungsgesellschaften) Spiel- und Freizeitanlagen › Das HSK sieht unter Berücksichtigung der Haushaltssituation der Stadt Gera in den Jahren 2014 - 2016 einen bedarfsgerechten Rückbau von jeweils 5 Spielplätze vor (kumuliertes Konsolidierungspotential von 481 TEUR) › Die zurück zu bauenden Standorte sind dabei auf Grundlage einer Zustandsanalyse zu ermitteln und der Jugendhilfeausschuss (Spielplatzkommission) und der Bau-, Umwelt und Verkehrsausschuss sind zu beteiligen › Mehrkosten für den Rückbau wurden entsprechend berücksichtigt › Mit Stadtratsbeschluss Drucksachen Nr. 23/2014 wurde der Rückbau der im HSK benannten Spielplätze abgelehnt › Verwaltungsentwurf zu einer überarbeiteten Spielplatzentwicklungskonzeption (SPEK) wird zeitnah in den Geschäftsgang des Stadtrates eingebracht			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
12	**4241 - Sportstätten und Bäder**		**-1.500.000 €**	**-1.260.890 €**	**-2.412.464 €**
	Erhöhung Eintrittspreise Hofwiesenbad	› Drucksachen-Nr. 96/2005 2. Ergänzung (ursprünglich für Stadtrat 30.10.2014 vorgesehen)			
	Änderung Sportförderrichtlinie	› Beschluss für 12/2014 im Stadtrat vorgesehen			
	Änderung Entgeltordnung Sportstätten	› Beschluss für 12/2014 im Stadtrat vorgesehen › Einnahmen aus Gebühren für Werbemaßnahmen (20.000 Euro) sind im Rahmen der Abrechnung zum Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Infraprojekt "Elstertal" entsprechend zu berücksichtigen (sh. Produkt 1141)			
13	**5452 - Winterdienst**		**-1.500.080 €**	**-964.200 €**	**-707.005 €**
	Erarbeitung Winterdienstkonzept	› Konkret wurden die noch im Winter 2013/ 2014 ausgeführten 10 Hauptstreustrecken in der Vergabe für den Winter 2014/ 2015 auf 8 Streustrecken verringert › Nach Auswertung des Winterdienstes 2014/2015 erfolgt unter Einbeziehung des Bau, Umwelt und Verkehrsausschuss die Erarbeitung des Winterdienstkonzeptes			
14	**5511 - Grün- und Parkanlagen**		**-2.031.670 €**	**-1.545.270 €**	**-900.021 €**
	Konzept Ortsteilpflege ab 2015	› Die bisherigen Pflege in den Ortsteilen (Grün, Wanderwege, Bachläufe, Bankettreinigung, etc.) erfolgte über ABM-Kräfte in 13 Stützpunkten der Eingemeindungen › Das von der Verwaltung erarbeitete Stützpunktkonzept wird ab 2015 umgesetzt			
	Reduzierung Pflegestandards und Wechselflorflächen	› Seit diesem Jahr (2014) werden alle Rasenflächen über 3.000 qm Flächengröße nur noch 3 x jährlich ausschließlich gemulcht, d.h. keine Grasaufnahme, kein Transport, keine Entsorgung (Projekt "Mulchmahd"). Dabei liegt das Pflegeniveau unter der guten fachlichen Praxis (5 x jährlich Pflegegänge mit Grasaufnahme) › Darüber hinaus soll ab 2015 die Mulchmahd auch in der Eigenbewirtschaftung angewandt werden			
	Vermarktung nachwachsender Rohstoffe	› Seit 2014 erfolgt eine Vermarktung nachwachsender Rohstoffe wie Laub, Gras sowie Holzhackschnitzel aus der Baumpflege			
	Überarbeitung Sondernutzungssatzung für Grünflächen	› Sondernutzungssatzung für Grünanlagen wird gegenwärtig überarbeitet			
15	**5751 - Förderung des Tourismus**		**-135.980 €**	**-139.000 €**	**-71.269 €**
	Reduzierung Zuschuss an den Tourismus e.V.	› Der Zuschuss an den Gera Tourismus e.V. soll in diesem Zusammenhang ab dem Jahr 2015 auf 60.000 Euro reduziert werden › Gegenwärtig werden die Gespräche mit dem Geraer Tourismusverein fortgesetzt › Entscheidung zur vorgesehenen Zuschussreduzierung soll noch in 2014 getroffen werden			

Stand der wesentlichen Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

umgesetzt
in Umsetzung
nicht umgesetzt/teilweise umgesetzt

lfd. Nr.	Produktbezeichnung Konsolidierungsmaßnahme	Erläuterungen Umsetzungsstand	FinZuschuss gemäß Nachtrag 2013	FinZuschuss gemäß Plan 2014	FinZuschuss Stand 30.09.2014
1	2	3	4	5	6
16	**6111 - Steuern**		**60.361.680 €**	**65.234.960 €**	**40.527.499 €**
	Änderung Hebesatzsatzung gemäß HSK vom 14.11.2013	› Vgl. Stadtratsbeschluss Drucksachen Nr. 134/2013 vom 12.06.2014 › Mindererträge von jährlich mind. 250.000 Euro			
	Stabilisierung der Erträge aus der Übernachtungssteuer - Anpassung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer	› Anpassung der Satzung mit Stadtratsbeschluss Drucksachen-Nr. 31/2011 1. Ergänzung vom 10.10.2013 erfolgt			
17	**6251 - Beteiligungen, wirtschaftliche Unternehmen**		**2.269.470 €**	**1.755.130 €**	**1.437.253 €**
	Prüfung angemessene Eigenkapitalverzinsung durch den Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal"	› Bei der Maßnahme handelt es sich um einen Prüfautrag, der finanziell nicht untersetzt wurde › Für eine erforderliche Eigenkapitalverzinsung im Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" war im HSK zugunsten der Stadt Gera ein Betrag in Höhe von 500.000 Euro für die Jahre 2013 und 2014 veranschlagt › Vom Jahr 2015 an sollte die Eigenkapitalverzinsung auf ein angemessenes Maß, nämlich auf jährlich mindestens 1.000.000 Euro, erhöht werden › Am 18.11.2013 wurde mit der Drucksache Nr. 078/2013 entsprechend über die Verwendung des Jahresgewinns beraten und die darin vorgesehene anteilige Ausschüttung aus der Eigenkapitalverzinsung beschlossen › Dieser Beschluss wurde mit dem Bescheid vom 27.01.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als rechtswidrig bewertet › Hintergrund ist eine der ThürEBV zu entnehmende Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns, wonach mit dem Gewinn zunächst vorgetragene Vorjahresverluste zu tilgen sind, darüber hinaus Rücklagen für Investitionen gebildet werden können und erst nach ausreichender Rückstellung eine Abführung an Gemeindehaushalte oder ein Vortrag auf neue Rechnung in Betracht kommt › Der angefochtene Beschluss sieht nach der Tilgung des Vorjahresverlustes den Vortrag auf neue Rechnung vor, was, wie ausgeführt, entsprechend der ThürEBV Nachrang hat › Insofern schließt die Entscheidung des Thüringer Landesverwaltungsamtes grundsätzlich eine im Haushaltssicherungskonzept vorgesehene „angemessene Eigenkapitalverzinsung" grds. nicht aus › Gegenwärtig ist aber mit Blick auf die geplante Investitionstätigkeit des Zweckverbandes eine Ausschüttung aufgrund noch nicht erfolgter Einstellungen in die Rücklagen nicht möglich bzw. absehbar			

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10. 2014
kreisfreie Stadt: Gera

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: Allgemeine Rücklage i.H.v. 357.275 TEUR[1]
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): Zweckgebundene Rücklage i.H.v. 2.765 TEUR[1]
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: ./.[1]
HSK / Fortschreibung beschlossen am: 16.04.2014 genehmigt am:07.05.2014
Konsolidierungszeitraum: 2013-2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsoli-dierungs-potential 2014 Gesamt (EUR)**	**Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 Plan (EUR)[2]**	**Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 IST (EUR)[2]**
Aufgabenkritische Organisationsuntersuchung einschließlich einer Stellenmessung	in Umsetzung ➢ Mit der analytischen Stellenbemessung ist die REFA Consulting GmbH, der Kommunale Arbeitgeberverband sowie der Organisationsbereich der Stadtverwaltung beauftragt, Ergebnisse der analytischen Stellenbemessung werden 12/2014 vorliegen	sh. Produkte	sh. Produkte	sh. Produkte
Anreizmodell für Beendigung von Arbeitsverhältnissen	nicht umgesetzt ➢ Die Stadt Gera wird keine Bedarfszuweisungen vom Land erhalten um diese Maßnahme umzusetzen ➢ Umsetzung der Maßnahme war ab 2015 vorgesehen	0	-	-

[1] Siehe Anschreiben vom 30.10.2014.

[2] Das Haushaltssicherungskonzept der Stadt Gera in der Fassung der 1. Fortschreibung sieht keine unterjährigen „Etappenziele" vor. Dies wird im weiteren Fortschreibungsprozess nachgeholt. Ausgewiesen wird das SOLL zum 31.12.2014 (Spalte 4) und das IST zum 30.09.2014 (Spalte 5).

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsoli-dierungs-potential 2014 Gesamt (EUR)	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 Plan (EUR)[2]	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 IST (EUR)[2]
Liegenschafts-management a) Reduzierung Gesamtflächenbedarf auf Basis eines Raumkonzeptes b) Abriss Gebäude - Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf c) Änderung Geschäftsbesor-gungsvertrag mit "Elstertal" Infraprojekt d) Überprüfung/Anpas-sung Mietkostenvoraus-zahlungen an die "Elstertal" Infraprojekt e) Anforderungsprofil für Alternativstandort Bibliothek f) Sportstättenverwal-tung durch Vereine g) Reduzierung Bewirtschaftungs-aufwand im Reitstadion Milbitz	a) in Umsetzung ➢ Gegenwärtig wird ein fachdienstübergrei-fendes Konzept erarbeitet, dass vorsieht, von 2016-2019 den Flächenbedarf um je 5% abzusenken b) in Umsetzung ➢ keine Umsetzung aufgrund vorl. HH-Führung in 2014 ➢ Umsetzung Gesamtmaßnahme im Jahr 2015 vorgesehen c) in Umsetzung ➢ Verhandlungen für eine Reduzierung der Verwaltervergütung ab 2015 d) umgesetzt e) in Umsetzung ➢ Vertragsende 2016-Reduzierung ab 2017 vorgesehen f) in Umsetzung ➢ auslaufende Verträge über die Abgeltung von Leistungen der Sportvereine bei der Beitreibung vereinsgenutzter städtischer Sportstätten werden sukzessive nicht verlängert g) umgesetzt	3.633.860	13.640.790 (A)	7.171.763 (A)
Einnahmeerhöhung Grundlehrgangausbil-dung bei der Feuerwehr	umgesetzt ➢ Mehreinnahmen ab 2015	77.900	582.000 (E)	528.369 (E)
Museen a) Aufgabe des Standortes Ferbersches Haus b) Verkürzung Öffnungszeiten c) Erhöhung	a) in Umsetzung ➢ zur Zukunft des Ferberschen Hauses werden aktuell unterschiedliche Szenarien geprüft b) umgesetzt	0	258.140 (A)	65.038 (A)

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsoli-dierungs-potential 2014 Gesamt (EUR)	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 Plan (EUR)[2]	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 IST (EUR)[2]
Eintrittspreise	c) umgesetzt			
Erarbeitung inhaltlicher Prämissen als Basis für Konzept zur Weiterführung des Theaters ab 2017	in Umsetzung ➢ Konzepte zur Optimierung der Leistung und Minderung der Aufwendungen werden bis 04/2015 erarbeitet	-42.200	4.391.200 (A)	3.236.400 (A)
Kultur- und Kongresszentrum a) Durchführung eines Interessenbekundungs-verfahrens b) Ziel: externe Weiterbetreibung	a) umgesetzt b) nicht umgesetzt ➢ Das Konsolidierungsziel konnte durch keinen der externen Bewerber erfüllt werden, daher wird das Veranstaltungshaus durch die Stadt Gera weiterbetrieben	62.000	1.178.200 (A)	434.248 (A)
Entwicklung von Kostensenkungsstrategien im Bereich der Sozialhilfeausgaben im Rahmen des Projektes "Steuerung der Sozialhilfeausgaben in Thüringen"	in Umsetzung ➢ Teilnahme am Projekt "Steuerung der Sozialhilfeausgaben in Thüringen", erste Ergebnisse werden im 1. Quartal 2015 erwartet	-142.630	1.712.630 (A)	1.225.381 (A)
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ➢ Einführung Integrierte Teilhabeplanung als einheitliche Bedarfsermittlung in Thüringen	in Umsetzung ➢ ab 2015 geplant	0	-	-
Kinder in Tageseinrichtungen ➢ Kündigung Dienstleistungsvertrag Volkssolidarität	umgesetzt	-57.300	2.252.000 (A)	1.681.243 (A)
Tageseinrichtungen für Kinder ➢ Die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger sind zu überprüfen, mit dem	in Umsetzung ➢ Aktuelle Finanzierungsverhandlungen mit Kita-Trägern	-672.000	20.637.000 (A)	15.060.111 (A)

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsoli-dierungs-potential 2014 Gesamt (EUR)	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 Plan (EUR)[2]	Etappen-ziel 01.01.-30.09.14 IST (EUR)[2]
Ziel einer 10 %igen Zuschussreduzierung				
Sportstätten und Bäder a) Erhöhung Eintrittspreise Hofwiesenbad b) Änderung Sportförderrichtlinie c) Änderung Entgeltordnung Sportstätten	a) in Umsetzung ➢ für 2015 geplant b) in Umsetzung ➢ Beschluss für 12/2014 vorgesehen c) in Umsetzung ➢ Beschluss für 12/2014 vorgesehen	270.000	1.020.000 (E)	400.003 (E)
Erarbeitung Winterdienstkonzept	in Umsetzung ➢ zehn Hauptstreustreu-strecken wurden auf acht reduziert ➢ Erarbeitung Winterdienstkonzept für 2015 vorgesehen	685.000	600.000 (A)	467.293 (A)
Steuern a) Änderung Hebesatzsatzung b) Stabilisierung der Erträge aus der Übernachtungssteuer - Anpassung der Satzung über die Erhebung einer Übernachtungssteuer	a) umgesetzt b) umgesetzt	4.935.110	67.490.210 (E)	41.650.159 (E)
Gesamt		8.749.740	24.422.250 (E)	13.237.054 (E)

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Da sich der Konsolidierungserfolg nicht ausschließlich aus der Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen ableitet, sondern eine Vielzahl von Einflussfaktoren die Finanzrechnung der Stadt Gera beeinflussen, ist das HSK der Stadt Gera produktbezogen aufgebaut. Die o.a. Tabelle bezieht sich lediglich auf die Umsetzung einzelner Maßnahmen auf Grundlage der Sachkontenansätze.

Die 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes der Stadt Gera beinhaltet insgesamt 77 Maßnahmen. Demnach liegt bis zum Ende des Konsolidierungszeitraumes im Jahr 2023 das Konsolidierungsverhältnis Einnahmen zu Ausgaben bei ca. 40/60. Die größten Ausgabereduzierungen sind produktübergreifend im Personalbereich sowie im Produkt Liegenschaften vorgesehen. Die höchsten Einnahmezuwächse können im Produkt Steuern erzielt werden. Zum Stand 30.09.2014 insgesamt 30 Maßnahmen als „umgesetzt" zu kennzeichnen. Einzelne Maßnahmen, beispielsweise das Anreizmodell für Beendigung von

Arbeitsverhältnissen können nur mit der Hilfe von Bedarfszuweisungen umgesetzt werden. Ausblickend steht die Stadt Gera im Rahmen der weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vor der Herausforderung, insbesondere den Tarifabschluss vom 01.04.2014 für den Öffentlichen Dienst (TVöD) zu berücksichtigen. Weitere wesentliche Herausforderungen stellen aus heutiger Sicht insbesondere die Auswirkungen aus den Insolvenzen der Stadtwerke Gera AG und der Geraer Verkehrsbetrieb GmbH, die Entwicklungen der Sozialleistungen sowie bei der allgemeinen Finanzausstattung ggf. geänderte Richtwerte zu den Schlüsselzuweisungen und Auswirkungen der anstehenden großen Revision zum Finanzausgleich dar.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Weitere Konsolidierungseffekte im Rahmen struktureller Veränderungen könnten sich aus heutiger Sicht beispielsweise durch

- die Neuaufstellung der Stadtwerke Gera und ihrer Tochterunternehmen[3],
- konzeptionelle Ansätze oder
- Synergie- bzw. Skaleneffekte im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit

ergeben. Das Haushaltssicherungskonzept sieht in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von zu untersetzenden konsolidierungsrelevanten Prüfaufträgen vor.

Zu Erstgenanntem stehen wir in enger Abstimmung mit Ihrer Behörde. Als Beispiele für letztgenannte Punkte sind beispielsweise ein zu erstellendes Konzept zu Gewerbeansiedlungen oder die Untersuchungen der Effekte der Gründung einer „Bürgerstiftung", insbesondere für „freiwillige Leistungen", zu benennen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Im Rahmen der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes wurden die letztjährigen Prüfungsergebnisse sowie konsolidierungswesentliche Ergebnisse aus den Jahren zuvor seitens der örtlichen Rechnungsprüfung abgefragt. Die Anfrage ergab keine zu berücksichtigenden Hinweise.

Eine erneute Abfrage ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung vorgesehen.

[3] Stichwort „SWG 2.0".

LANDRATSAMT GREIZ

Als untere staatliche Verwaltungsbehörde

Landratsamt Greiz – PF 1352 – 07962 Greiz

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Frau von Nordheim
Postfach 2249
99403 Weimar

per E-Mail: karola.vonnordheim@tlvwa.thueringen.de

per Telefax: 0361/3773 7031

Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz
Eingang und Posteinwurf
über Weberstraße 1

Postanschrift:
PF 1352
07962 Greiz

Tel.: (03661) 876 - 0
Fax: (03661) 876 - 222
Mail: info@landkreis-greiz.de

Internet:
http://www.landkreis-greiz.de

Auskunft erteilt Bärbel Fischer (Kommunalaufsicht)		Sitz Dr.-Rathenau-Platz 11, 07973 Greiz	
Unsere Vorgangsnummer (bitte bei allen Zuschriften angeben) **15-2014/0977**	Telefon Fax	03661/876 210 03661/876 77 210	Datum 05.12.2014

Berichterstattung Haushaltssicherung zum 30.11.2014 – Landkreis Greiz

Ihr Zeichen: 240.3.1474-013/14-TH

Sehr geehrte Frau von Nordheim,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 16.09.2014.

Damit haben Sie nähere Ausführungen zur Berichtspflicht nach Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift (VV) Haushaltssicherung (ThürStAnz. Nr. 32/2012 S. 1079 – 1093) gemacht. Danach haben Gemeinden, die ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt haben, gegenüber uns über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen halbjährlich zum 30.04. und zum 30.10. zu berichten. Wir bewerten die Berichte und teilen dem Thüringer Landesverwaltungsamt zum 30.11. den Stand der Haushaltskonsolidierung mit. Zum 30.11.2014 berichten wir Ihnen wie folgt:

Im Haushaltsjahr 2014 bestand nach § 53 a ThürKO für 18 Kommunen des Landkreises Greiz die Pflicht zur Aufstellung beziehungsweise zur Fortschreibung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Acht der Kommunen haben ein Haushaltssicherungskonzept beziehungsweise dessen Fortschreibung beschlossen. Davon wurden bisher fünf Konzepte durch uns genehmigt. Für drei Konzepte steht unsere Genehmigung noch aus. Von fünf Kommunen liegt uns noch kein Haushaltssicherungskonzept beziehungsweise dessen Fortschreibung vor. Die betreffenden Kommunen wurden durch uns zur Vorlage aufgefordert. Für fünf Kommunen wurde eine Ausnahme von der Pflicht zum Beschluss eines Haushaltssicherungskonzeptes zugelassen. In der Gemeinde Weißendorf erachten wir die Haushaltssicherung als abgeschlossen.

1. Zur Genehmigung und Fortschreibung von Haushaltssicherungskonzepten

a) Stadt Auma-Weidatal:

Der Stadtrat beschloss am 17.09.2014 die Fortschreibung des HSK. Unsere Genehmigung steht noch aus. Das HSK vom 18.06.2013 enthielt bereits die folgenden wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Einsparungen bei der Entschädigung der Ortschaftsräte – umgesetzt
- Bundesfreiwilligendienst kostendeckend gestalten – umgesetzt
- Anbieterwechsel bei Gebäudeversicherungen – bereits 2013 umgesetzt
- Einsparungen Sachverständigen- und Rechtsanwaltskosten – umgesetzt
- Einsparung Strombezugskosten für die Straßenbeleuchtung – nicht umgesetzt
- Reduzierung der freiwilligen Leistungen – umgesetzt (Anteil liegt nun bei 1,89 %)
- Überarbeitung der Gebührensatzungen – nicht umgesetzt
- Anhebung Garagenpacht – nicht umgesetzt, da Verkauf beabsichtigt
- Anpassung der Grundmieten entsprechend Mietspiegel – teilweise umgesetzt

Die Fortschreibung des HSK sieht im Wesentlichen vor:

- Anhebung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern
- Überarbeitung der Gebührensatzungen
- weitere Anpassung der Grundmieten
- Verkauf von Grundstücken (Wohngebiete und Garagen)
- Reduzierung von Personal Ende 2014 und ab 2016
- Reduzierung von Zinszahlungen durch Umschuldung ab 2015
- Beschränkung des gesamten sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes auf das Mindestmaß

Herr Bürgermeister Schmidt berichtete uns zur Umsetzung der Haushaltssicherung, die Haushaltssituation habe sich im Jahr 2014 drastisch verschlechtert. Insbesondere können die erwarteten Gewerbesteuereinnahmen nur zu 50 % realisiert werden. Auch führen tarifliche Regelungen sowie ein höherer Bedarf an Fachpersonal in der Kindertagesstätte zu Ausgabeerhöhungen 2014 gegenüber dem Planansatz. Der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes kann nur mit einer Zuführung vom Vermögenshaushalt aus Rücklagen gewährleistet werden.

Von den ursprünglich geplanten Investitionen 2014 können nicht alle Maßnahmen realisiert werden. Die Vorhaben Sanierung Sportplatz Auma, Straßenbau Döhlen und Breitbandversorgung werden nicht umgesetzt, da 2014 keine Förderung erfolgt. Auch wäre aus heutiger Sicht der Eigenanteil nicht im vollen Maße gewährleistet. Auf der Einnahmenseite des Vermögenshaushaltes 2014 tragen die Zahlung der Allgemeinen Wohnungsgenossenschaft (AWG), höhere Beitragseinnahmen sowie die vom Land bereitgestellte Investitionspauschale zu einer Entlastung bei.

Eine Verbesserung der Haushaltslage ist nicht absehbar. Im Jahr 2015 erhält die Stadt Auma-Weidatal weniger Schlüsselzuweisungen, gleichzeitig erhöht sich die zu zahlende Kreis – und Schulumlage. Die Gewerbesteuereinnahmen werden aufgrund der Investitionstätigkeit ortsansässiger Firmen in 2015 voraussichtlich nicht steigen.

Für das Haushaltsjahr 2015 beabsichtigt die Stadt Auma-Weidatal, einen Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisung zu stellen. Die dafür erforderliche Anhebung der Hebesätze zur Grund- und Gewerbesteuer sollen mit der Haushaltssatzung 2015 beschlossen werden.

Unseres Erachtens ist die Berichterstattung zutreffend und vollständig. Die Fortschreibung des HSK ist sachgerecht.

b) Stadt Berga/Elster:

Der Stadtrat beschloss am 18.03.2014 ein HSK, das wir am 17.04.2014 genehmigten. Das HSK enthielt folgende wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anpassung der Steuer-Hebesätze – umgesetzt
- Veränderung der Ausschüsse / Sitzungsdienst – umgesetzt ab 2. HJ 2014
- Veräußerung von Anlagevermögen – nur zum Teil umgesetzt

Trotz Festsetzung der Steuer-Hebesätze auf die Hebesätze laut der Verwaltungsvorschriften des Thüringer Finanzministeriums über das Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie die Verteilung und Verwendung der Mittel für Bedarfszuweisungen nach § 24 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 ThürFAG (VV-Bedarfszuweisung) vom 15.03.2013 konnte das geplante Konsolidierungspotential nicht umgesetzt werden. Die Mindereinnahme bei den Grundsteuern ist auf Neubewertungen zurückzuführen, die mit Rückrechnungen verbunden waren. Die Mindereinnahmen bei den Gewerbesteuern seien insbesondere auf die Änderung der Besteuerungsgrundlage für den Zweckverband Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung Weiße Elster Greiz (TAWEG) verbunden, die mit erheblichen Rückzahlungen verbunden sei.

Die geplanten Einsparungen durch Veränderung des Sitzungsdienstes und der Ausschussstruktur wirken sich mit Beginn der Wahlperiode aus.

Die Stadt Berga hat planmäßig Anlagevermögen zum Verkauf ausgeschrieben. Das Konsolidierungspotential konnte jedoch tatsächlich noch nicht ausgeschöpft werden. Zwar sei es zu einem notariell beurkundeten Kaufvertrag gekommen, die erforderliche Genehmigung sei jedoch durch das Landwirtschaftsamt versagt worden. Käufer und Verkäufer beschreiten den Rechtsweg.

Herr Bürgermeister Büttner berichtete uns, dass hinsichtlich der Reduzierung der Mietbelastung für den Kindergarten derzeit Gespräche zwischen dem Träger (AWO), der Stadt und der Bank als Eigentümer im Gange sind. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung werden sich 2014 gegenüber 2013 verringern. Dies resultiert jedoch jedoch aus Gutschriften wegen zu hoher Abschläge 2013. Der Zweckverband TAWEG erhöhte die Gebühren für die Straßenoberflächenentwässerung. Mehrbelastungen für den Haushalt 2014 ergaben sich aus Kosten der Unterbringung von Kindern in anderen Gemeinden aufgrund des Wunsch- und Wahlrechtes. Durch Gewährung der Bedarfszuweisungen werden 2014 Zinsen für Kassenkredite in Höhe von 15.000 € eingespart. Aufgrund der Gewährung einer zurückzuzahlenden Bedarfszuweisung kann 2014 der geplante Stundungsbetrag in Höhe von 100.000 entfallen. Freiwillige Leistungen wurden per 20.10.2014 in Höhe von 1,69 % des VwH geleistet. Umschuldungen 2014 werden zu Zinseinsparungen führen, die sich erst 2015 auswirken. Offene Forderungen wurden überwiegend beim Landratsamt zur Vollstreckung angemeldet. Von einem weiteren disziplinierten Umgang mit den Finanzen wird ausgegangen.

Das Thüringer Finanzministerium bewilligte der Stadt Berga/Elster

- für das Haushaltsjahr 2014 eine nicht rückzahlbare Bedarfszuweisung zur Haushaltskonsolidierung nach § 24 Abs. 2 Nr.1 ThürFAG in Höhe von 866.800 €.
- eine am 1. Juli 2015 zurückzuzahlende Bedarfszuweisung in Höhe von 1.260.000 €, die mit dem Rückzahlungsanspruch des Innenministeriums zum 1. Juli 2014 verrechnet wurde.

Eine Bewertung der Umsetzung des HSK ist uns derzeit wegen der kurzen Zeitspanne noch nicht möglich.

c) Stadt Greiz:

Der Stadtrat beschloss am 13.11.2013 ein HSK, das wir am 12.12.2013 genehmigten. Das HSK enthielt an wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze – umgesetzt
- Personaleinsparungen – in laufender Umsetzung
- Einnahmesteigerung bei der Parkraumbewirtschaftung – umgesetzt
- Erhöhung der Friedhofsgebühren – nicht umgesetzt
- Einsparungen am Tiergehege Waldhaus – nicht umgesetzt

Insgesamt sieht das HSK 16 Einzelmaßnahmen vor, von denen 11 erst in 2015 und 2016 beginnen. Die Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze führt derzeit nicht zu Mehreinnahmen, da zahlreiche Unternehmen 2013 von Hochwasserschäden betroffen waren und nun notwendige Investitionen für deren Beseitigung direkt zu niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen bei der Stadt Greiz führen. Personaleinsparungen wurden insbesondere durch freiwillige Arbeitszeitreduzierung getroffen. Weiter sollten Mehreinnahmen aus der Erhöhung der Friedhofsgebühren generiert werden. Die entsprechend überarbeitete Satzung wurde durch den Stadtrat abgelehnt. Eine Kostenbeteiligungsvereinbarung mit der Gemeinde Mohlsdorf-Teichwolframsdorf scheiterte, die Ausgaben für das Tiergehege Waldhaus reduzieren sollte.

Herr Bürgermeister Grüner berichtete uns, dass sich die Haushaltslage der Stadt Greiz 2014 stark verschlechterte.

Deshalb beantragte die Stadt Greiz Bedarfszuweisungen in Höhe von insgesamt 1,03 Mio. € beim Thüringer Landesverwaltungsamt. Wegen der Einzelheiten dazu verweisen wir auf unsere rechtsaufsichtliche Würdigung vom 23. und 30.10.2014 zum Bedarfszuweisungsantrag (Az. 240.-1501-003/14-GRZ). Wir forderten die Stadt Greiz daher auf, ihr HSK fortzuschreiben. Die Stadt Greiz erarbeitet derzeit einen weiteren Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisung für die Beauftragung eines externen Beraters.

d) Stadt Münchenbernsdorf:

Der Stadtrat beschloss am 27.10.2014 ein HSK, das wir am 30.10.2014 genehmigten. Das HSK enthielt an wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze – Umsetzung ab 2015
- Verkauf von Gemeindevermögen
- Streichung der Maßnahme Hopfenberg II – umgesetzt
- Verminderung der laufenden Ausgaben des Verwaltungshaushaltes – umgesetzt
- Erhöhung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätte – ab 2015

Die Stadt Münchenbernsdorf beantragte beim Thüringer Landesverwaltungsamt rückzahlbare Bedarfszuweisungen in Höhe von 248.800 €. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf unsere rechtsaufsichtliche Würdigung vom 06.08.2014 zum Antrag auf Bedarfszuweisungen (Az. 240-1501-001/14-GRZ).

Eine Bewertung der Haushaltskonsolidierung ist uns noch nicht möglich, da diese erst begann.

e) Stadt Weida:

Der Stadtrat beschloss am 09.10.2014 ein HSK, das wir am 22.10.2014 unter einer auflösenden Bedingung genehmigten. Das HSK enthielt an wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze – umgesetzt
- Verpachtung von Stadteigenen Flurstücken – umgesetzt
- Erhöhung der Parkgebühren, Gebühren für Straßensondernutzung – umgesetzt
- Überarbeitung der Hundesteuersatzung – in Arbeit
- Umschuldung von Krediten – umgesetzt

- Verminderung der Personalausgaben u.a. durch Altersteilzeitverträge, Reduzierung der Arbeitszeit – umgesetzt
- Einsparungen beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Reinigungsleistungen, Büromaterial, Rechnungsprüfungsgebühren, Strombezugskosten, Reparaturaufwand für Straßenbeleuchtung) – umgesetzt
- Verminderung des Zuschusses für die Osterburg – teilweise umgesetzt

Die Stadt Weida beantragte eine Bedarfszuweisung in Höhe von 1.129.749 € beim Thüringer Finanzministerium. Unsere rechtsaufsichtliche Würdigung steht noch aus.

Herr Bürgermeister Beyer berichtete, dass sich die Entwicklung der Einnahmenseite des Verwaltungshaushaltes trotz der Auswirkung von unvorhergesehenen Sachverhalten per 30.09.2014 positiv darstellt. Ausgabenseitig besteht ein Personalüberhang von 10 Stellen, der in Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes in den nächsten Jahren abgebaut werden kann. Der gesamten sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwandes wird ständig auf das Mindestmaß beschränkt. Hier werden sich gegebenenfalls fehlende Erfahrungswerte und ungeplante Mehrausgaben, die die ehemaligen Gemeinden betreffen, negativ auswirken.

Eine Bewertung der Haushaltskonsolidierung ist uns derzeit noch nicht möglich, da diese erst begann.

f) Gemeinde Endschütz:

Beschluss zur Fortschreibung des HSK: 07.04.2014

Genehmigung vom: 03.07.2014

Das HSK enthielt an wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze ab 2013 – umgesetzt
- Erhöhung der Kita-Gebühren – umgesetzt

Die Konsolidierungsmaßnahmen des HSK wurden bereits im Jahr 2013 umgesetzt. Aufgrund der außerordentlich geringen Finanzkraft der Gemeinde Endschütz gestaltet sich die Haushaltssicherung schwierig, es sind keine weiteren Einsparpotentiale ersichtlich. Die Gemeinde Endschütz weist im Rahmen der Berichterstattung darauf hin, dass insbesondere die Aufgabe der Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren teurer geworden sei. Das erachten wir für plausibel, zumal die Gemeinde Endschütz in Folge der Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts weitere Kinder in die Kindertagesstätte aufzunehmen hatte und so eine Einrichtung vorhalten muss, die den Bedarf der örtlichen Gemeinschaft übersteigt.

(Vgl. Thüringer Landtag, 5. Wahlperiode, 160. Sitzung am 18.07.2014, Plenarprotokoll Seite 62 f., Stellungnahme zur Mündlichen Anfrage DS 5/7996 des Abgeordneten Emde)

g) Gemeinde Paitzdorf:

Beschluss zur Fortschreibung des HSK: 22.04.2014

Genehmigung vom: 28.04.2014

Das HSK enthielt an wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze – umgesetzt
- Erhöhung der Kita- und Hort-Gebühren – umgesetzt

Die Konsolidierungsmaßnahmen des HSK wurden bereits im Jahr 2013 umgesetzt. Aufgrund der außerordentlich geringen Finanzkraft der Gemeinde Paitzdorf gestaltet sich die Haushaltssicherung schwierig, es sind keine weiteren Einsparpotentiale ersichtlich. Die Gemeinde Paitzdorf weist im Rahmen der Berichterstattung darauf hin, dass insbesondere die Aufgabe der Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren teurer geworden sei. Das erachten wir für plausibel.

h) Gemeinde Gauern:

Beschluss des HSK: 09.05.2014

Das HSK enthielt an wesentlichen Konsoldierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze ab 2014 – umgesetzt

Die finanzielle Schieflage der Gemeinde Gauern ist insbesondere dadurch begründet, dass seit dem Jahr 2013 die Gewerbesteuereinnahmen einen massiven Einbruch erlitten haben und sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2014 hohe Gewerbesteuerrückzahlungen angefallen sind. Es ist davon auszugehen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen durch den dauerhaften Wegfall der beiden Gewerbesteuerzahler in den kommenden Jahren nicht erholen werden. Die sehr hohen Steuereinnahmen in den vergangen Jahren führen für die Jahre 2014 und 2015 weiterhin zu Finanzausgleichsumlagen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) und zu hohen Kreis- und Schulumlagezahlungen, die zunächst – 2013 und teilweise 2014 - aus angesammelten Rücklagen finanziert werden konnten. Diese Rücklagen sind Ende 2014 aufgebraucht. 2015 wird der Haushaltsausgleich nur mit Bedarfszuweisungen möglich sein. Eine Genehmigung des Haushaltssicherungskonzeptes steht allerdings noch aus.

i) Gemeinde Rückersdorf:

Beschluss des HSK: 09.09.2014

Das HSK enthielt an wesentlichen Konsoldierungsmaßnahmen:

- Anhebung der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze
- Erhöhung der Kita-Gebühren
- Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
- Verminderung der Kosten für Ehrengaben und Seniorenweihnachtsfeiern
- Optimierung der Freiwilligen Feuerwehr
- Einsparung Strombezugskosten für die Straßenbeleuchtung
- Personaleinsparungen

Die Verpflichtung der Gemeinde Rückersdorf zur Haushaltssicherung ist insbesondere dadurch begründet, dass seit dem Jahr 2014 die Gewerbesteuereinnahmen einen massiven Einbruch erlitten haben, der als dauerhaft eingeschätzt werden muss, da er auf Änderungen der betrieblichen Zuordnung des hauptsächlichen Gewerbesteuerzahlers zurückzuführen ist, die der Minderung der Steuerbelastung des Unternehmens dient. Die sehr hohen Steuereinnahmen in den vergangen Jahren führen für die Jahre 2014, 2015 und 2016 weiterhin zu Finanzausgleichsumlagen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) und zu hohen Kreis- und Schulumlagezahlungen, die zunächst aus angesammelten Rücklagen finanziert werden können. Um einer wirtschaftlichen Schieflage ab 2017 entgegen zu wirken, war unverzüglich mit haushaltssichernden Maßnahmen gegenzusteuern. Eine Genehmigung des HSK steht allerdings noch aus.

2. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen

Wir haben in den Fällen, in denen die Ziele des HSK nicht erreicht wurden, keine förmlichen rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen, da diese nicht geeignet gewesen wären, die Ziele das HSK herbeizuführen.

3. Überörtliche Rechnungsprüfung

Überörtliche Prüfungen fanden nicht statt. Die Feststellungen und Empfehlungen der örtlichen Rechnungsprüfung werden durch uns laufend auf ihre Umsetzung durch die betroffenen Gemeinden und Städte geprüft.

4. Kredit- bzw. Zinsausfallrisiko

Kredit- und Zinsausfallrisiken bestehen nach unserer Einschätzung derzeit nicht.

5. Maßnahmen der kommunalen Neugliederung

Strukturelle Veränderungen und Neugliederungen sind unverändert denkbar. Wir verweisen dazu auf unser Schreiben vom 27.11.2013 (AZ 240.3-1474-017/13-TH).

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Christian Günzel

Anlage: Formblätter der Gemeinden (soweit vorhanden)

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Greiz
Kommune: Berga/Elster

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	73.978 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	1.626.192 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 18.03.2014 genehmigt am: 17.04.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2018

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
1) Anpassung Steuer-Hebesätze	umgesetzt lt. Plan	45.000 €	45.000 €	-130.445 €
2) Verä. Ausschüsse/ Sitzungsdienst	umgesetzt ab 2. HJ 2014	1.000 €	500 €	500 €
3) Veräußerung von Anlagevermögen	umgesetzt	150.000 €	150.000 €	0 €
Gesamt:		196.000 €	195.500 €	-129.945 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

1)

Die Anpassung der Steuerhebesätze erfolgte auf die lt. VV Bedarfszuweisungen festgelegten Mindesthebesätze (Grundst. A = 300 % / Grundst. B = 402 % / GewSt = 383 %).

Bei der Abrechnung zum 30.09.2014 ist folgendes festzustellen:

→ bei der Veranlagung der Grundsteuern fehlen noch ca. 7.000 € zum Planziel. Es ist davon auszugehen, dass dieses Ergebnis bis zum Jahresende nur geringfügig besser werden wird. Die verminderte Einnahme ist z.T. auf Neubewertungen zurückzuführen, die mit Rückrechnungen verbunden waren.

→ bei der Veranlagung der Gewerbesteuer fehlen noch ca. 178.000 € zum Planziel. Bis zum Jahresende ist hier noch eine Verbesserung zu erwarten. Allerdings ist nach gegenwärtigem Erkenntnisstand der Planansatz nicht zu erreichen, da z.B. als Folge der Änderung der Besteuerungsgrundlage für den ZV TAWEG Rückrechnungen/-zahlungen in erheblichem Umfang erfolgen mussten.

2)
Die geplanten Einsparungen durch Veränderung des Sitzungsdienstes und der Ausschussstruktur wirken sich mit Beginn der neuen Wahlperiode aus.

3)
Die Stadt hat planmäßig Anlagevermögen (unbebaute Grundstücke) zum Verkauf ausgeschrieben.
Im Ergebnis der Ausschreibung kam es zum notariell beglaubigten Kaufvertrag mit dem Meistbietenden. Der Kaufvertrag wurde vom Landwirtschaftsamt nicht genehmigt.
Für die Stadt entsteht damit ein Einnahmeausfall von 150.000 €. Käufer und Verkäufer beschreiten den Klageweg.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

05/12 2014 FR 11:42 FAX --> LVWA referat 240

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Greiz
Kommune: Stadt Greiz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 586.623 €, davon 85.281 € Mittel mit Zweckbindung
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 528.253 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: ----

HSK / ~~Fortschreibung~~ beschlossen am: 13.11.2013 genehmigt am: 12.12.2013

Konsolidierungszeitraum: 2013 - 2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen** **- umgesetzt** **- nicht umgesetzt** **- Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A	umgesetzt mit Beschluss zur Haushaltssatzung für Doppelhaushalt 2013/2014	14.100	10.600	10.100
Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B		527.000	395.000	414.500
Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer		710.000	532.000	310.300

005/018

Personalwirtschaftliche Maßnahmen	in laufender Umsetzung (siehe Erläuterungen)	50.000	(keine Angaben möglich)	
Einnahmesteigerung Parkraumbewirtschaftung	Zum 01.07.2013 erfolgte eine Erhöhung der monatlich durch die Nutzer zu zahlenden Entgelte	12.000	9.000	6.400

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Mit dem HSK 2013 der Stadt Greiz sollen 16 Einzelmaßnahmen umgesetzt werden. Die Erhöhung der Hebesätze für Gemeindesteuern wurde bereits im Jahr 2013 umgesetzt. Bei der Grundsteuer sind dadurch Mehreinnahmen zu verzeichnen. Bei den Gewerbesteuereinnahmen führt die Hebesatzerhöhung derzeit nicht zu absoluten Mehreinnahmen und verbessert die Haushaltssituation nur indirekt.
Ebenfalls bereits 2013 umgesetzt wurde eine Erhöhung der Nutzungsentgelte für Stellflächen. Hier ist für das Jahr 2014 mit Mehreinnahmen von 8.550 € zu rechnen.
Die definierten Ziele und Ansprüche des Personalentwicklungskonzeptes der Stadt Greiz werden dauerhaft zielbestimmend sein. Seit Aufstellung des HSK wurden keine weiteren Altersteilzeitvereinbarungen abgeschlossen. Anträge von Mitarbeitern auf mittel- und langfristige Stundenreduzierungen wurde jeweils entsprochen. Den Mitarbeitern ist durch die mehrjährige diesbezügliche Praxis diese Möglichkeit bekannt. Es wird davon ausgegangen, dass auch zukünftig davon Gebrauch gemacht wird.

Die Umsetzung der Maßnahmen des HSK mit möglichen finanziellen Auswirkungen in Folgejahren ist in laufender Bearbeitung durch die Verwaltung, z.T. ist Beschlussfassung im SR erforderlich (Satzungen).
Die Friedhofsgebührensatzung wurde durch die Verwaltung überarbeitet (lfd. Nr. 06 HSK) und dem SR am 01.10.2014 zur Beschlussfassung vorgelegt. Mögliche Mehreinnahmen waren mit 5.000 € jährlich beziffert. Der SR der Stadt Greiz hat die Gebührenerhöhung in seiner Sitzung am 01.10.2014 abgelehnt.
Bereits zum jetzigen Zeitpunkt ist anzugeben, dass für die Maßnahme Tiergehege Waldhaus (lfd. Nr. 11 HSK) eine Kostenbeteiligung durch die Gemeinde Mohlsdorf-Teichwolframsdorf mit Schreiben vom 24.09.2014 abgelehnt wurde.

05/12 2014 FR 11:42 FAX ---> LVWA referat 240 ☑006/018

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

05/12 2014 FR 11:42 FAX →→→ LVWA referat 240 ☑007/018

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Greiz
Kommune: Gemeinde Endschütz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **12.743,05 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **7.000,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **0,00 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 07.04.2014 genehmigt am: 03.07.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013 - 2022

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung Grund- u. Gewerbesteuerhebesätze ab 2013	*ja*			
Erhöhung Kita-gebühren durch freien Träger ab 09/2013	*ja*			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Der Haushalt der Gemeinde Endschütz ist bereits seit Jahren und auch so im Jahr 2014 in allen Positionen im Minimum geplant. Durch die sehr sparsame Haushaltsführung in den vergangenen Jahren war es der Gemeinde Endschütz immer möglich, alle fälligen Zahlungsverpflichtungen (einschließlich der laufenden Kredit- und Zinstilgungen nachzukommen). Die Entwicklung der Einnahmesituation in den Vorjahren und im laufenden Jahr hat jedoch dazu geführt, dass eine Reihe von Aufgaben nur noch spärlich erfüllt werden konnten. Aufgaben, wie beispielsweise die Kinderbetreuung, die in den vergangenen Jahren durch Änderung der Rechts- und Finanzierungsgrundlagen wirksam teurer geworden sind, gingen daher zu Lasten anderer Aufgaben. Somit ist im aktuellen und auch in den folgenden Jahren kein Einsparpotential mehr zu ermitteln.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Greiz ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen. *Nach Überprüfung einer möglichen Neugliederung wurde festgestellt, dass sich die Situation der Gemeinde Endschütz finanzielle dadurch verschlechtern würde.*

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben? *Die Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung führte nur zu verfahrenstechnischen Empfehlungen.*

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)? *Die Gemeinde Endschütz tilgt derzeit noch zwei Darlehen. Beide Darlehen können im Rahmen der ordentlichen Tilgung im Jahr 2016 vollständig abgelöst werden.*

Seelingstädt, 29.10.2014

I.A.
Silke Nerlich
Leiterin Finanzverwaltung VG Wünschendorf/Elster

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Greiz
Kommune: Gemeinde Paitzdorf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **11.436,91 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **9.000,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **0,00 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 22.04.2014 genehmigt am: 28.04.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013 - 2022

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung Grund- u. Gewerbesteuerhebesätze ab 2013	*ja*			
Erhöhung Kita-gebühren durch freien Träger ab 09/2013	*ja*			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Der Haushalt der Gemeinde Paitzdorf ist bereits seit Jahren und auch so im Jahr 2014 in allen Positionen im Minimum geplant. Durch die sehr sparsame Haushaltsführung in den vergangenen Jahren war es der Gemeinde Paitzdorf immer möglich, alle fälligen Zahlungsverpflichtungen (einschließlich der laufenden Kredit- und Zinstilgungen nachzukommen). Die Entwicklung der Einnahmesituation in den Vorjahren und im laufenden Jahr hat jedoch dazu geführt, dass eine Reihe von Aufgaben nur noch spärlich erfüllt werden konnten. Aufgaben, wie beispielsweise die Kinderbetreuung, die in den vergangenen Jahren durch Änderung der Rechts- und Finanzierungsgrundlagen wirksam teurer geworden sind, gingen daher zu Lasten anderer Aufgaben. Somit ist im aktuellen und auch in den folgenden Jahren kein weiteres Einsparpotential zu ermitteln.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Greiz ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen. *Nach Überprüfung einer möglichen Neugliederung wurde festgestellt, dass sich die Situation der Gemeinde Paitzdorf finanzielle dadurch verschlechtern würde.*

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben? *Die Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung führte nur zu verfahrenstechnischen Empfehlungen.*

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)? *Die Gemeinde Paitzdorf tilgt derzeit sieben Darlehen. Das Kreditausfallrisiko hängt in den kommenden Jahren wesentlich von der weiteren Entwicklung der Einnahmesituation der Gemeinde Paitzdorf ab.*

Seelingstädt, 29.10.2014

I.A.
Silke Nerlich
Leiterin Finanzverwaltung VG Wünschendorf/Elster

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Greiz
Kommune: Gemeinde Gauern

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **130.541,06 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **4.000,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **0,00 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 09.05.2014 genehmigt am: .....

Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
Anhebung Grund- u. Gewerbesteuerhebesätze ab 2014	*ja*			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Gemeinde Gauern hat trotz guter Gewerbesteuereinnahmen bis zum Jahr 2012 in allen Bereichen sparsam gewirtschaftet. Die finanzielle Schieflage der Gemeinde Gauern ist insbesondere dadurch begründet, dass seit dem Jahr 2013 die Gewerbesteuern einen massiven Einbruch erlitten haben und sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2014 hohe Gewerbesteuerrückzahlungen angefallen sind. Gleichfalls ist davon auszugehen, dass sich die Gewerbesteuereinnahmen in den kommenden Jahren (durch Wegzug einiger Gewerbe) nicht wieder erholen werden. Durch die hohen Steuereinnahmen der vergangenen Jahre muss die Gemeinde 2014 und 2015 Finanzausgleichsumlage gem. ThürFAG entrichten. Dies führt zu einer zusätzlichen Belastung des schmalen Haushaltes. Im aktuellen und auch in den folgenden Jahren ist kein weiteres Einsparpotential zu ermitteln.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Greiz ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Nach Überprüfung einer möglichen Neugliederung wurde festgestellt, dass sich die Situation der Gemeinde Gauern finanzielle dadurch verschlechtern würde.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Die Prüfung durch die örtliche Rechnungsprüfung führte nur zu verfahrenstechnischen Empfehlungen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Gemeinde Gauern tilgt ein ABM-Darlehen. Dieses Darlehen wird zinsfrei geführt. Im Jahr 2021 erfolgt die vollständige Tilgung.

Seelingstädt, 29.10.2014

I.A.
Silke Nerlich
Leiterin Finanzverwaltung VG Wünschendorf/Elster

Landratsamt Gotha

Kommunalaufsicht

Landratsamt Gotha . Postfach 47 . 99851 Gotha

Per E-Mail und per Fax
Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Weimarplatz 04
99403 Weimar

Telefon
03621 214-232
Telefax
03621 214-405

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Name	Datum
240.3-1474-013/14-TH; 16.09.2014	KA		28.11.2014

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörde über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 30.11.2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Beantwortung des oben näher bezeichneten Schreibens teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Von den unter unserer Aufsicht stehenden Kommunen wurde bisher ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept (HSK) durch die Gemeinde Westhausen aufgestellt. Dieses wurde am 05.08.2014 beschlossen, am 08.08.2014 der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt und mit Bescheid vom 08.08.2014 rechtsaufsichtlich genehmigt.

Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Westhausen wurde gemäß § 53a Abs.2 S.1 ThürKO i.V.m. der VV-Haushaltssicherung rechtsaufsichtlich genehmigt, da die Gemeinde durch die im HSK aufgeführten Maßnahmen ihre Haushaltssituation bereits ab dem Haushaltsjahr 2014 verbessern konnte. Die Konsolidierungsmaßnahmen versetzen die Gemeinde mittelfristig (derzeit bis 2017) in die Lage, die nach § 53 ThürKO gesetzlich bestehenden Verpflichtungen als Ausdruck einer geordneten Haushaltswirtschaft zu erfüllen.
Über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen ist dem Landratsamt Gotha erstmals zum 30.04.2015 Bericht zu erstatten, inwieweit die Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt und das Konsolidierungsziel, unter Berücksichtigung der Jahresrechnung 2014, erreicht werden konnte.

Weiterhin möchten wir unter Bezugnahme auf unsere Ausführungen im Zusammenhang mit der Berichtspflicht zum 30.11. des Vorjahres Folgendes erläutern:

Landratsamt Gotha
18.-März-Straße 50 . 99867 Gotha
Telefon: (03621) 214-0
Telefax: (03621) 214-283
E-Mail: Poststelle@kreis-gth.de
Internet: www.kreis-gth.de

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Gotha IBAN DE40 8205 2020 0750 1000 01 BIC HELADEF1GTH
Commerzbank Erfurt IBAN DE91 8204 0000 0359 9644 00 BIC COBADEFF820
Raiffeisenbank Gotha e. G. IBAN DE24 8206 4168 0000 0121 30 BIC GENODEF1GTH
Deutsche Kreditbank AG Berlin IBAN DE20 1203 0000 0000 9330 10 BIC BYLADEM1001

Das von der Gemeinde Wölfis im Jahr 2013 beschlossene und vorgelegte Haushaltssicherungskonzept entsprach nicht den Vorgaben der VV-Haushaltssicherung und bedurfte daher der Überarbeitung und erneuten Beschlussfassung.
Die Prüfung des im Jahr 2014 im Entwurf vorgelegten überarbeiteten Haushaltssicherungskonzepts 2014 - 2018 der Gemeinde Wölfis ergab, dass durch dieses das Konsolidierungsziel nicht erreicht wird.
Nunmehr hat die Gemeinde Wölfis die Gewährung einer Bedarfszuweisung nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzepts durch externe Berater beantragt.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Formblatt

im Auftrag

Neder
Amtsleiter

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014	
Landkreis:	Gotha
Kommune:	Westhausen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	104.781,71 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	11.012,66 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 05.08.14 genehmigt am: 18.09.2014

Konsolidierungszeitraum: bis 2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die dauernde Leistungsfähigkeit konnte bereits als 2014 mit der Vorlage des Haushaltsplanes 2014 wieder hergestellt werden.
1. Berichtspflicht 30.04.2015

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Hildburghausen
Kommune: Masserberg

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	150.303 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	99.924 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 27.02.2014 genehmigt am:

Konsolidierungszeitraum: 2000 – 2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt (u) - nicht umgesetzt (n. u.) - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Reduzierung Aufwand (sächl. Vw- u. Betriebsaufwand)	u	- 90.000	*	*
Einsatz der allg. Rücklage zur Reduzierung d. Fehlbetrags der lfd. Rechnung	u	150.000	*	*
Gesamt:		240.000		

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Berichterstattung der Gemeinde gem. Genehmigungsbescheid jeweils zum 30.03. des Jahres für das vorangegangene Jahr,
- zum Zeitpunkt der Genehmigung des HSK (07.03.2012) keine VV-HSK, in der letzten Genehmigung (Fortschreibung 2013) am 12.04.2013 noch nicht berücksichtigt

* deshalb keine Etappenziele (30.09.)

- Konsolidierungsmaßnahmen werden/wurden umgesetzt,
- Haushaltswirtschaftlichen Probleme der Gemeinde sind dem TIM, TFM, ThLVwA seit 2000 bekannt,
- da eigene Konsolidierungsbemühungen seit Jahren umgesetzt werden und im Rahmen der Gewährung von Bedarfszuweisungen v. a. v. TFM akzeptiert werden: hier nur wesentl. Konsolidierungsmaßnahmen die im Jahr 2014 wirken

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

bisher sind, neben der etatmäßigen Beratung im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Gewährung von Bedarfszuweisungen, keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen worden

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

bei einer strukturellen Veränderung könnten die „Probleme" im Rahmen der/einer neuen Gemeinde u. U. „verteilt" (größere Einheit mit u. U. besserer Finanzkraft) werden

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

im (bisherigen) Konsolidierungszeitraum keine relevanten Feststellungen

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

keine Angaben im HSK

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Hildburghausen
Kommune: Auengrund

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	1.173.801 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	75.450 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 20.11.2012 genehmigt am:

Konsolidierungszeitraum: 2010 -

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt (u) - nicht umgesetzt (n. u.) - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Reduzierung Zinsaufwand	u	- 10.600	*	*
Reduzierung Betriebskosten ö.E.	u	1.100	*	*
Erhöhung Einnah. Bestattungswesen, Unterhaltungsgeb.	u	2.000	*	*
Erhöhung Einnah. Bestattungswesen, Nutzungsrecht	u	2.500	*	*
Erhöhung Einnah. Verkaufserlöse	u	15.000	*	*
Gesamt:		31.200	*	*

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Berichterstattung der Gemeinde gem. Genehmigungsbescheid jeweils zum 28.02. des Jahres für das vorangegangene Jahr,
- zum Zeitpunkt der Genehmigung des HSK (19.07.2010) keine VV-HSK,

* deshalb keine Etappenziele (30.09.)

- Konsolidierungsmaßnahmen werden/wurden umgesetzt,
- Problem der Gemeinde ist nach wie vor ihre große Abhängigkeit von 1-2 Gewerbesteuerzahlern i. V. m. den daraus resultierenden Auswirkungen auf den KFA (keine Schlüsselzuweisungen, hohe Kreisumlage, Finanzausgleichsumlage),
- eigene Konsolidierungsbemühungen werden/wurden z. T. „torpediert" durch Erhöhung von Standards (durch den Freistaat, KITA) und den Zwang der Gemeinden zur Erfüllung der Standards mehr Aufwand zu betreiben

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

bisher sind keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen worden

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

bei einer strukturellen Veränderung könnte sich das „Problem: hohe Steuerkraft" (und ihre Auswirkungen, s. o.) im Rahmen der/einer neuen Gemeinde relativieren

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

im (bisherigen) Konsolidierungszeitraum keine relevanten Feststellungen

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

keine Angaben im HSK

16.02.2015

ILM-KREIS
Landratsamt

Landratsamt des Ilm-Kreises • Ritterstraße 14 • 99310 Arnstadt
Absendeamt: Kommunalaufsicht

Thüringer Landesverwaltungsamt
Frau von Nordheim
Postfach 2249
99403 Weimar

per FAX

Ihr Zeichen:240.3-1474-013/14-TH
Ihre Nachricht vom: 16.09.2014
Unser Zeichen: 092
Unsere Nachricht vom:

Ansprechpartner: Frau Lindemann
Amt: Kommunalaufsicht
Dienstgebäude: Ritterstr. 14, Arnstadt
Telefon: (0 36 28) 738-125
Telefax: (0 36 28) 738-128
E-Mail: g.lindemann@ilm-kreis.de
Nur für den Empfang von Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung

Datum: 26.11.2014

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörden über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 30.11.2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung

Sehr geehrte Frau von Nordheim,

folgende Gemeinden verfügen über ein genehmigtes HSK.

- Gemeinde Wipfratal, Stadt Plaue, Gemeinde Friedersdorf, Gemeinde Wildenspring, Gemeinde Neustadt, Gemeinde Gehlberg, Gemeinde Geschwenda

Alle anderen Gemeinden, die den Tatbestand der Aufstellung eines Haushaltsicherungskonzeptes erfüllen, befinden sich noch in Erarbeitung eines HSK oder stellten den Antrag auf Erlass der Erarbeitung eines HSK. Seitens der Rechtsaufsichtsbehörde wurden die Anträge auf Erlass der Erarbeitung eines HSK positiv bewertet und den Bitten um Verlängerung für die Frist zur Aufstellung eines HSK stattgegeben.

Da die Gemeinden Neustadt, Gehlberg und Geschwenda erst im September ein HSK beschlossen haben, erübrigt sich eine formelle Berichterstattung. Die Berichterstattung wird zum 30.04.2015 über die diesjährigen Maßnahmen mit dem diesjährigen Jahresabschluss erfolgen.
Für die anderen Gemeinden wurde entsprechend des Musters in beiliegenden Schreiben Bericht erstattet.
Für weitere Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Neuhäuser
Amtsleiterin

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Ilm-Kreis
Kommune: Wipfratal

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 612.000 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 58.430,88 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 €

HSK /Fortschreibung beschlossen am: 11.09.2014 genehmigt am: 28.10.2014				
Konsolidierungszeitraum:10 Jahre				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Reduzierung Personalausgaben in KITA	Nicht umgesetzt Aufgrund steigender Fallzahlen in der Kinderbetreuung war zusätzlich Personal einzustellen	41.100		
Reduzierung der besonderen Aufwendungen für Bedienstete und der weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben	Nicht umgesetzt Die Einsparungen waren im Haushaltsvollzug nicht realisierbar	7.200		
Reduzierung der Umlage für die Kernverwaltung	Nicht umgesetzt Eine diesbezügliche Anfrage an die erfüllende Gemeinde war ergebnislos	12.800		
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Maßnahmen konnten nicht umgesetzt werden, in der Fortschreibung des HSK werden neue Maßnahmen, die als geeignet erscheinen aufgeführt, die jedoch ohne entsprechende Bedarfszuweisungen den benötigten Konsolidierungsbedarf nicht decken. Bezüglich der Umlage an die erfüllende Gemeinde wird die Rechtsaufsichtsbehörde entsprechende rechtsaufsichtliche Maßnahmen anwenden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Die Rechtsaufsichtsbehörde wird sich bemühen eine Klärung des Konfliktes zwischen Gemeinde und erfüllender Gemeinde herbeizuführen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Auf Grund der hohen Verschuldung der Gemeinde wäre nur eine Entschuldung über eine strukturelle Veränderung denkbar.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
keine

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die Einbeziehung eines etwaigen Konsolidierungsbedarfes aus Zins- und Tilgungsleistungen ist auf Grund hoher Rücklagen entbehrlich.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Ilm-Kreis
Kommune: Plaue

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 38.214,43 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 6.700,00 €

HSK / beschlossen am: 28.11.2012 genehmigt am: 02.04.2013				
Konsolidierungszeitraum:1 Jahre				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Verpachtung Schwimmbad	Umgesetzt			
Änderung Gebührensatzung Kita	Umgesetzt			
Umlagesenkung VG	Umgesetzt			
F 7	Nicht umgesetzt Fremdleistung , da krankheitsbedingt kein Personal			
Steuermehreinnahmeschätzung	Nicht umgesetzt Einnahmeausfall			
Zinseinsparung bei Kreditumschuldung	Umgesetzt			
Erhöhung der Holzverkaufserlöse	Umgesetzt			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
- Konsolidierungserfolg machte im Jahr 2013 134.348 € aus - HSK war auf ein Jahr Konsolidierungszeitraum begrenzt

- Haushaltsplan wurde von der Stadt Plaue im Jahr 2014 vorgelegt.
- Soll-Fehlbeträge wurden gedeckt

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Es wurde der Gemeinde mitgeteilt, das HSK bis zum 30. November fortzuschreiben.
Die Gemeinde wird seitens der RA aufgefordert umgehend ein fortgeschriebenes HSK vorzulegen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Auf Grund der hohen Verschuldung der Stadt Plaue wäre eine strukturelle Neugliederung nur über eine Entschuldung der Stadt denkbar und einer Aufnahme zur Stadt Arnstadt zuzustimmen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Keine Angaben vorhanden

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Ilm-Kreis
Kommune: Wildenspring

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 8.680 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 3.100 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 101.293 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 19.09.2014 genehmigt am: 20.10.2014

Konsolidierungszeitraum:

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Erhöhung Hebesätze	umgesetzt	2.368,52	20.977,52	14.905,51
Hundesteuer	umgesetzt	150	350	310
Schulden/Tilgung	umgesetzt	6.000	4.500	4.500
Vermietung	umgesetzt	7.200		
Stellplätze vermietung	umgesetzt	360		
Streichung Zuschüsse	Umgesetzt			
Gesamt:		16.078,52	25.827,52	19.715,51

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Im HHj wird wieder ein Sollfehlbetrag entstehen
- Abbau der Sollfehlbeträge durch Beantragung von Bedarfszuweisungen
- Prekäre Finanzsituation
- Liquidität war nicht gewährleistet – Stundung von Forderungen
- Abbau der Soll-Fehlbeträge ist im Finanzplanungszeitraum nicht möglich
-

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Ja, wenn die Finanzausstattung der Gemeinde zunimmt und strukturelle Veränderungen zu positiven Ergebnissen führen

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
keine

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Keine Angaben vorhanden

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Ilm-Kreis
Kommune: Friedersdorf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 0 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 88.566,27 €

HSK / beschlossen am: 01.12.2011 genehmigt am: 29.12.2012				
Konsolidierungszeitraum: 10 Jahre -23.000				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Miete Stellplätze	umgesetzt	1.800,00	1.350	930
Zins und Tilgung	umgesetzt	9.589,91	7.192,43	7.192,43
Hundesteuer	umgesetzt	290	600	525
Miete Saal	umgesetzt	2.400	2014,81	1.737,60
Fahrzeug	umgesetzt			
Friedhofsgebühren	Umgesetzt	500	450	450
Stromkosten	Umgesetzt	500-2100	600-900	800
Gesamt:		15.079,91	12.207,24	11.635,03

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Obwohl der alte Soll-Fehlbetrag abgebaut wird, wird wieder ein neuer Soll-Fehlbetrag entstehen
- Ein Abbau der Soll-Fehlbeträge erfolgt ständig, ist aber im Finanzplanungszeitraum nicht möglich -23.000 €
- 2 Kreditverträge laufen bis zum 31.12.2014 aus
- Hebesätze wurden nicht erhöht – es werden keine Bedarfszuweisungs- und Überbrückungsanträge gestellt
- Friedhofsgebühren werden noch angeglichen

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Der Gemeinde wird weiterhin nahegelegt, die Hebesätze dem Thüringer durchschnitt anzupassen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Dazu wurde seitens der Gemeinde keine Aussage getroffen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Die überörtliche Prüfung hat das HSK der Gemeinde geprüft. Es wird mit einem Ergebnis bis Ende diesen Jahres gerechnet.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Keine Angaben vorhanden

LANDRATSAMT KYFFHÄUSERKREIS

Landratsamt Kyffhäuserkreis Postfach 1165 99701 Sondershausen

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Postfach 2249
99403 Weimar

Amt	Kommunalaufsicht
Dienstgebäude	99706 Sondershausen Markt 8
Auskunft erteilt	Frau Hartlep/Frau Hauspurg
Telefon	03632 – 741 710
Telefax	03632 – 741 88715
E-Mail	c.hartlep@kyffhaeuser.de

13.02.2015, L.16

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Geschäftszeichen	Datum
240.3-1474-013/14-TH	L.3.8 – 2040-1/2014	14.11.2014

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörde über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.11.2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung

Sehr geehrte Frau von Nordheim,

zu der o.g. Berichtspflicht über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen zum 31.10.2014, bezogen auf den Konsolidierungserfolg im laufenden Vollzug vom 01.01.2014 bis 30.09.2014, gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung nimmt die Rechtsaufsichtsbehörde des Landkreises Kyffhäuserkreis wie folgt Stellung:

1. 22 Gemeinden haben im Rahmen der Anforderungen der VV – Haushaltssicherung ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt. Zu diesen Gemeinden wird separat in den jeweiligen Anlagen Stellung seitens der Gemeinde und der Rechtsaufsichtsbehörde genommen. Ein großer Teil der Haushaltssicherungskonzepte wurde erst im Jahr 2014 aufgestellt und beschlossen, sodass die Konsolidierungsmaßnahmen erst in den Folgejahren alle vollständig umgesetzt werden können. Somit kann auch erst im Rahmen der kommenden Berichtspflichten seitens der Rechtsaufsichtsbehörde Aussagen bezüglich der Umsetzung oder gegebenenfalls Aufstellung von Ersatzmaßnahmen getroffen werden. Insgesamt bemühen sich diese Gemeinden im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Haushalt zu konsolidieren. Ein Konsolidierungswille ist erkennbar.

2. Von den insgesamt 43 Gemeinden des Kyffhäuserkreises unterliegen 6 Gemeinden (Bad Frankenhausen, Bellstedt, Helbedündorf, Mönchpfiffel-Nikolausrieth, Roßleben, Kyffhäuserland) nicht der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Drei Gemeinden (Clingen, Oberheldrungen und Rockstedt) konnten aufgrund einer durchaus positiven Haushaltsprognose in der dauernden Leistungsfähigkeit der nächsten Jahre im Rahmen der Haushaltsbewertung von der Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes befreit werden.

3. Von den verbleibenden 34 Gemeinden haben folgende 12 Gemeinden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch kein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt.

   - Borxleben, Ichstedt, Kalbsrieth, Nausitz, Ringleben (Verwaltungsgemeinschaft Mittelzentrum)
   - Freienbessingen, Thüringenhausen (erfüllende Gemeinde Ebeleben)
   - Oberbösa, Topfstedt, Trebra, Wasserthaleben (Verwaltungsgemeinschaft Greußen)
   - Sondershausen

Die 12 Städte und Gemeinden ohne Haushaltssicherungskonzept wurden seitens der Rechtsaufsichtsbehörde mehrfach angeschrieben und zur Vorlage aufgefordert. Mit mehreren Bürgermeistern wurde persönlich gesprochen. Der Rechtsaufsicht erweckt sich zunehmend der Eindruck, dass die Nichtaufstellung der Haushaltssicherungskonztepte nicht vordergründig am mangelnden Willen der Gemeinden liegt, sondern vielmehr an der Schwerfälligkeit der zuständigen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden. Eine Gemeindeneugliederung und Abschaffung der Verwaltungsgemeinschaften und Erfüllenden Gemeinden wäre, allein was den Verwaltungsapparat betrifft durchaus praktikabel und kosteneffizient. Bemühungen der Rechtsaufsichtsbehörde die betroffenen zahlreichen kleinen Gemeinden im Rahmen der freiwilligen Gemeindeneugliederung zu Einheitsgemeinden zusammenzuschließen hatte bisher keinen Erfolg. Eine freiwillige Gemeindeneugliederung im Kyffhäuserkreis stellt sich derzeit aus Sicht der Rechtsaufsichtsbehörde als nicht durchsetzbar dar. Für den Kyffhäuserkreis bestünden folgende Möglichkeiten, welche sich u.a. durch Einsparungen aufgrund der Zusammenlegung der Verwaltungen durch Auflösung der Verwaltungsgemeinschaften und durch die Bildung von Einheitsgemeinden insbesondere durch die Zusammenlegung verschiedenster Aufgaben wie bspw. Feuerwehr, Bauhof künftig zu größeren Einsparungen führen könnten. Ziel könnten folgende Einheitsgemeinden mit einer Einwohnerstärke von mehr als 5000 Einwohnern sein.

a) Zusammenschluss der 10 Gemeinden der VG Mittelzentrum Artern und die Stadt Artern. (Gesamteinwohner ca. 11.536); derzeit existieren zwei Verwaltungen
b) Zusammenschluss der Städte Roßleben, Wiehe und der Gemeinde Donndorf; (Gesamteinwohner: 8.030); derzeit existieren zwei Verwaltungen
c) Zusammenschluss der Einheitsgemeinde Helbedündorf mit der Stadt Ebeleben und den / 7 übertragenden Gemeinden) Gesamteinwohnerzahl 6.947); derzeit existieren zwei Verwaltungen
d) Zusammenschluss der 9 Gemeinden der VG Greußen (Gesamteinwohner: 9.465)
e) Zusammenschluss der Gemeinde Kyffhäuserland mit der Stadt Bad Frankenhausen (12.774); derzeit existieren zwei Verwaltungen
f) Zusammenschluss der 8 Gemeinden der VG „An der Schmücke" (Gesamteinwohner: 7.366)

(Einwohnerzahlen auf Datenbasis des Zensus 2011 mit Stichtag 9.05.2011)

Bei den vorliegenden Varianten handelt es sich um Vorschläge der Aufsichtsbehörde, bei denen natürlich auch einzelne Gemeinden einer derzeit zusammengehörenden Struktur abgespalten und anders aufgeteilt werden können.

Als Fazit sei gesagt, dass aus der Praxis der Rechtsaufsichtsbehörde immer deutlicher wird, dass durch die zwischengeschalteten Verwaltungsgemeinschaften als auch Erfüllenden Gemeinden und den dadurch entstehenden verlängerte Arm zu den einzelnen Mitgliedsgemeinden und Bürgermeistern eine konstruktive, effiziente und zielführende Zusammenarbeit immer schwieriger wird und oftmals nicht mehr möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hauspurg
Amtsleiterin

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis: **Kyffhäuserkreis**
Kommune: **Abtsbessingen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: - €
Höhe der Mindestrücklage (§20 Abs.2 Satz 2 ThürGemHV): 10.486,38 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 95.483,73 €

HSK / Fortschreibung
beschlossen am : 13.10.2014 genehmigt am: 14.10.2014
Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungsmaß-nahmen	Maßnahmen (umgesetzt, nicht umgesetzt, Gründe)	Konsolidie-rungspoten-tial 2014 gesamt (€)	Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 PLAN (€)	Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 IST (€)
Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer	Umsetzung ist erst in 2015 möglich, da der Beschluss über die Hebesatzerhöhung erst mit dem HSK im Oktober 2014 gefasst wurde			
Optimierung der Friedhofsgebühren	Friedhof als kostendeckende Einrichtung ist kostendeckend	Kosten-deckung soll erreicht werden	bisher übersteigen bis zum 30.09.2014 die Einnahmen die Ausgaben um 421,81 €, damit ist Kostendeckung gegeben	
Veräußerung gemeindlichen Vermögens	Maßnahme wurde umgesetzt, da das Haus verkauft wurde	38.000,00 €	38.460,00 €	38.460,00 €
Unentgeltliche Überlassung von Gemeindeeigentum	bisher keine Einnahmen aus dem Jahr 2014 zu verzeichnen	- 400,00 €	- 300,00 €	Ausgaben 356,27
KITA	Kostendeckungsgrad soll im Jahr 2014 höher liegen als im Jahr 2013	Auswertung des Kostendeckungsgrades ist erst nach Jahresrechnung 2014 möglich, da erst dann die zur Berechnung endgültigen Zahlen vorliegen		
Optimierung Schuldendiensthilfen	offene Fälligkeiten wurden im September 2014 angemahnt und werden ggfls. auch vollstreckt	675,00 €	3.345,67 €	329,95 €
Optimierung Personal KITA	Umsetzung erst in 2015 möglich, da die Arbeitszeit der Reinigungskraft ab dem 01.01.2015 von 6 Std. auf 5 Std. täglich verkürzt wird			
Gemeindearbeiter	Umsetzung erst in 2015 möglich, das die Arbeitszeit des Gemeindearbeiters ab 01.01.2015 auf 20 Std. wöchentlich verkürzt wird			

Bürgermeister	BGM verzichtet ab 01.08.2014 auf 250,00 € (netto) Entschädigung - spendet dieses in den Gemeindehaushalt	1.250,00 €	500,00 €	Spende geht am Jahresende komplett für 08/14 - 12/14 ein
Gemeinderat - Verzicht auf Sitzungsgeld	Umsetzung erst in 2015 möglich, da der Gemeinderat ab 01.01.2015 auf sein Sitzungsgeld verzichtet und dieses in den Gemeindehaushalt spendet			
unentgeltliche Überlassung von Gemeindeeigentum	seit April 2014 wird die Tischwäsche im Bürgertreff selbst gereinigt und damit Kosten gespart	210,00 €	50,00 €	57,12 €
Jugendclub	Senkung der Strom- und Wasserkosten soll erfolgen, kann aber aufgrund der Festsetzung der Abschläge aus dem hohen Verbrauch in 2013 erst mit der Jahresendabrechnung kontrolliert und ausgewertet werden			
Gaststätte	die Abrechnung der Nebenkosten (Strom, Wasser) erfolgt im Nachhinein, so dass hier noch keine genauen Zahlen genannt werden können			
Optimierung der Verfügungsmittel	Senkung der Verfügungsmittel auf 200,00 € jährlich	800,00 €	150,00 €	461,95 €
Zuschüsse Dorffest Rentnerweihnachtsfeier	Zuschüsse für beide Feste werden ab 2014 komplett gestrichen	490,00 € 170,00 €	- € - €	29,75 € 25,80 €
Kündigung Mitgliedschaften	Mitgliedsbeitrag Gartenbau BG muss ab 2014 nicht mehr gezahlt werden	40,00 €	- €	- €
Gesamt:		**41.235,00 €**	**42.205,67 €**	**39.364,57 €**

kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

In einigen Maßnahmepunkten konnten die Konsolidierungsziele bereits im Jahr 2014 erreicht werden. Viele der Konsolidierungsmaßnahmen sind jedoch erst für das Jahr 2015 und die Folgejahre vorgesehen, so dass deren Auswirkung auf die Haushaltslage der Gemeinde Abtsbessingen erst im Jahr 2015 und später eingeschätzt werden kann.

Die für das Jahr 2014 geplanten Konsolidierungsmaßnahmen wurden im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt. Im laufenden Haushaltsjahr 2014 weiterhin deutlich darauf hingearbeitet, alle anfallenden Kosten so gering wie möglich zu halten, um eine weitere finanzielle Belastung der Gemeinde zu vermeiden. Besonders im Bereich der Optimierung der Schuldendiensthilfen konnte im Bereich der Erhebung von Mahngebühren und Säumniszuschlägen eine enorme Erhöhung der zu erwartenden Einnahmen verzeichnet

werden. Fraglich ist jedoch, ob aufgrund der ständig schlechter werdenden Zahlungsmoral tatsächlich diese Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr erzielt werden können.

Auch im Bereich der Veräußerung des gemeindlichen Vermögens konnten die Einnahmen in der im HSK festgelegten Höhe erzielt werden und damit das Konsolidierungspotential in der vollen Höhe ausgeschöpft werden. Es wurde ein Käufer für das ehemals gemeindeeigene Wohnhaus in der Schulstraße 5 gefunden und das Gebäude zum geplanten Verkaufspreis veräußert werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche? Die Gemeinde Abtsbessingen hat am 13.10.2014 ein HSK beschlossen, welches durch die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt wurde. Im Rahmen der Aufstellung des HSK wurde ein Antrag auf Bedarfszuweisung nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz eingereicht.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Stadt Artern

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 25.193,69 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 128.313,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 €

HSK beschlossen am: 18.06.2012		genehmigt am: 22.10.2012		
Konsolidierungszeitraum: 2012 ff. (kontinuierlicher Prozess)				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen** **- umgesetzt** **- nicht umgesetzt** **- Gründe**	**Konsolidierungspotential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 PLAN (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Einnahmen aus Verwarngeldern	Mehreinnahmen infolge der Aufhebung der Parkordnung der Stadt Artern in Verbindung mit der personellen Verstärkung im Ordnungsamt seit dem 01.08.2012	+ 4.000,00 €	15.000,00 €	19.799,02 €
Einnahmen aus der Erstattung für gemeinsame Unterhaltung des Feuerwehrstützpunktes	Mehreinnahmen infolge der Gewinnung des Landkreises Sömmerda als Abnehmer von Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums Artern, wie etwa durch Nutzung der Atemschutzübungsanlage oder die Überprüfung von Pressluftatmern und Atemschutzmasken	+ 8.000,00 €	60.000,00 €	68.272,00 €

Einnahmen aus Zuschüssen vom Landkreis für das Feuerwehrtechnische Zentrum	Mehreinnahmen infolge der langfristigen vertraglichen Bindung des Landkreises Sömmerda bzgl. der Nutzung der Atemschutzübungsstrecke durch die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises Sömmerda	+ 6.000,00 €	13.440,00 €	10.080,00 €
Kosten der Datenverarbeitung	Minderausgaben infolge der Abwicklung von Softwarepflegemaßnahmen ausschließlich über Fernwartungsverträge	- 2.000,00 €	12.000,00 €	8.694,44 €
Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter einschließlich zugehöriger Reisekosten	Minderausgaben infolge der Beschränkung von entsprechenden Aus- und Fortbildungsveranstaltungen auf die Angebote des Gemeinde- und Städtebundes	- 1.000,00 €	2.000,00 €	288,36 €

Gesamt:	**21.000,00 €**	**102.440,00 €**	**107.133,82 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Stadt Artern ist überdurchschnittlich verschuldet. Die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit weist auch in den nächsten Jahren durchweg hohe Fehlbeträge aus. Die Stadt Artern hat ihr Haushaltssicherungskonzept vor Inkrafttreten des neu gefassten § 53 a ThürKO und der VV-Haushaltssicherung aufgestellt und beschlossen. Bisher erfolgte keine Fortschreibung nach den Vorschriften der VV-Haushaltssicherung. Die Rechtsaufsichtsbehörde forderte die Stadt mehrfach auf ihrer Pflicht zur Fortschreibung des HSK nachzukommen. Diesen Aufforderungen folgte die Stadt bisher nicht.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

In der Haushaltswürdigung 2014 wurde nochmals auf die Aufstellung einer Fortschreibung hingewiesen. Nach Mitteilung der Stadt Artern ist anstatt einer Fortschreibung eine Neufassung des Haushaltssicherungskonzeptes vorgesehen, welche voraussichtlich im 1. Quartal 2015 der Rechtsaufsicht vorgelegt wird.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Bretleben

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 54.854,95 Euro
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 9.513,00 Euro
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 Euro

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 8. Mai 2014 genehmigt am: Anhörung

Konsolidierungszeitraum: 2014-2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Dienstreisen 0000.6540	Nicht vollständig umgesetzt	100,00	-	78,15
Geräte 0200.5200	Umgesetzt	50,00	-	50,00
Straßenunterhaltg. 6300.5100	Umgesetzt	5.000,00	-	5.000,00
Geräte 6300.5200	Nicht vollständig umgesetzt	1.000,00	-	425,57
Wasserläufe 6900.5100	Umgesetzt	500,00	-	500,00
Geräte 7500.5200	Umgesetzt	50,00	-	50.00
Heizung Bürgerh. 7600.5420	Umgesetzt	1.000,00	-	1.000,00
Gesamt:		7.700,00		7.103,72

Kurze verbale Einschätzung der Gemeinde zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Das Konsolidierungsziel die Dienstreisekosten zu reduzieren konnte nicht erreicht werden. Der Bürgermeister rechnet weiterhin alle 2 Monate seine Dienstreisen vollumfänglich ab, eine Reduzierung der Dienstreisen ist nicht ersichtlich.

Bei Geräten und Ausstattungen für die Gemeindestraßen konnte die Konsolidierung in 2014 nicht erreicht werden. Neben den Kleinmaterial das immer anfällt, waren Ausgaben in Höhe von 427,21 € für Unkrautvernichter und 374,85 € für einen Bauschuttcontainer notwendig

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Gemeinde Bretleben hat am 08.05.2014 ihr HSK beschlossen und der Rechtsaufsicht zur Genehmigung vorgelegt. Das Haushaltssicherungskonzept war, insbesondere aufgrund falscher Zahlenwerte und mangelnden Konsolidierungsziels nicht genehmigungsfähig. Die Gemeinde wird ihr Haushaltssicherungskonzept überarbeiten. Das bisher beschlossene Haushaltssicherungskonzept, welches auch ohne Genehmigung Steuerungswirkung entfaltet, wurde von der Gemeinde teilweise umgesetzt.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis: **Kyffhäuserkreis**
Kommune: **Stadt Ebeleben**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 724.414,51 €
Höhe der Mindestrücklage (§20 Abs.2 Satz 2 ThürGemHV): 76.032,18 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: - €

HSK / Fortschreibung beschlossen am : 17.07.2014 genehmigt am: 24.09.2014
Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2018

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	Maßnahmen (umgesetzt, nicht umgesetzt, Gründe)	Konsolidierungspotential 2014 gesamt (€)	Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 PLAN (€)	Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 IST (€)
Erhöhung Hebesätze für Grundsteuer A, B und Gewerbesteuer	Umsetzung erst in 2015 möglich, da der Beschluss über die Erhöhung der Hebesätze erst nach dem 30.06.2014 gefasst wurde			
Prüfung KITA - Beiträge	lt. HSK sollen Verhandlungen mit dem Träger bezüglich der Höhe der KITA-Beiträge im Jahr 2015 geführt werden			
Satzungsprüfung - Friedhofsgebührensatzung	Neukalkulation ist laut Hauptamt zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig -> Kostendeckung wird erreicht			Friedhof arbeitet kostendeckend + 212,44 €
Satzungsprüfung - Hundesteuersatzung	Satzung wurde mit Beschluss vom 29.11.2012 angepasst und überarbeitet			8.984,63 €
Satzungsprüfung - Sondernutzungsgebührensatzung	Satzung wurde mit Beschluss vom 21.06.2014 angepasst und überarbeitet		2.965,00 €	2.906,42 €
Prüfung Benutzungsgebühren Bad	Gebührensatzung des Freibades wird für die kommende Saison 2015 überarbeitet und den ortsüblichen Gebühren angepasst			
Gemeindeorgane	weniger Abgeordnete durch sinkende Einwohnerzahlen, dadurch geringerer Sockelbetrag, weniger Sitzungsgeld; Wegfall 2. Abgeordneter	1.270,00 €	4.000,00 €	2000,00 € (es wurden noch nicht alle Stadtratssitzungen abgerechnet)
Verfügungsmittel	Senken der Verfügungsmittel	300,00 €	750,00 €	568,61 €

Kosten für Geräte und Ausrüstungsgegenstände	Optimierung - Hosting der Daten des EWO; Umstellung der Technik im Haus auf Windows XP	5.950,00 €	4.300,00 €	3.100,00 €
Prüfung Mitgliedschaften	Mitgliedschaft im Tourismusverband entfällt	400,00 €	400,00 €	400,00 €
Prüfung Abonnements	nur noch 3 Ergänzungslieferungen für Gesetze und Abonnements für notwendige Gesetzesblätter	500,00 €	2.500,00 €	1.867,00 €
Prüfung Versicherungsverträge	Prüfung und Aktualisierung der KRISTALL-Versicherung	300,00 €	10.350,14 €	10.350,14 €
Schiedskommission	Kostenminimierung bei Anschaffungen	750,00 €	250,00 €	noch keine Kosten entstanden, da vorhandener Computer genutzt wird
Rentnerbetreuung	Kürzung Zuschuss	200,00 €	1.200,00 €	100,00 €
Prüfung Ausgaben im Bad	Senkung Verwaltungs- und Betriebsausgaben	4.614,00 €	8.650,00 €	11.619,47 €
Prüfung Winterdienst	Angaben über Einsparungen erst nach Abschluss der Wintersaison möglich			
Totenbrücke	Angaben über Einsparungen erst nach Bauabschluss möglich			
FUMO	Finanzierung ist in 2014 ausgelaufen			
Liquiditätshilfe	Antrag auf Bedarfszuweisung in Höhe der noch zu zahlenden Liquiditätshilfe wurde beim Thüringer Landesveraltungsamt gestellt -> Entscheidung steht noch aus			
Zinsbindungen bei Krediten	Zinssenkung eines Kredites bei der Nordthüringer Volksbank eG von 3,5 % auf 1,0 % ab 01.07.2014 , damit im Jahr 2014 Ersparnis von 4845,69 € (Abbuchungen am 30.09. und 30.12.)			
Straßenbeleuchtung	tatsächliche Ersparnis kann erst mit Jahresendabrechnung 2014 aufgezeigt werden			
Altersteilzeit	Einsparung erst ab 2015, da dann eine Kollegin aus der Abteilung Finanzen aus der Altersteilzeitregelung ausscheidet			
Verwaltung	Reduzierung Druckerkosten durch Neuverhandlungen bzgl. der Leasinggebühr -> Verhandlungen laufen noch	4235,16	5.000,00 €	4.900,21 €
Prüfung sämtlicher Kreditverträge	in 2014 laufen keine weiteren Kredite bzw. Zinsbindungen aus, so dass hier im Haushaltsjahr 2014 noch keine weiteren Einsparungen erzielt werden können			

Investitionen	Baumaßnahme in der Küche KITA von 30.000,00 € auf 21.800,00 € gekürzt (Baumaßnahme noch nicht abgeschlossen)	8.200,00 €	21.800,00 €	17.080,68 €
Überprüfung der Pachtverträge	bei Neuverpachtung wird der Pachtpreis von 0,06 €/m^2 auf 0,10 €/m^2 angehoben -> Auswirkungen erst mit Jahresrechnung 2014 abrechenbar			
Rückführung freiwilliger Aufgaben	Anteil der freiwilligen Aufgaben liegt unter den von der VV-Haushaltssicherung vorgeschriebenen 2%			
Rathaus	Rathausfenster werden nicht erneuert -> Einsparung 8.000,00 € Eigenanteil			
Gaststätten und gemeindeeigenes Vermögen	Bemühungen, die Gaststätten und gemeindeeigenes Vermögen zu veräußern bzw. zu verpachten laufen, jedoch ist es schwierig, Käufer bzw. Pächter zu finden -> Ausschreibungen laufen weiter			
Gesamt:		**26.719,16 €**	**62.165,14 €**	**62.557,16 €**

kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

In einigen Maßnahmepunkten konnten die Konsolidierungsziele bereits im Jahr 2014 erreicht werden. Die vorliegenden Zahlen lassen zunächst darauf schließen, dass ein positives Ergebnis im Rahmen der Haushaltskonsolidierung erzielt werden kann, jedoch können genaue Ergebnisse erst mit der Jahresrechnung 2014 benannt und ausgewertet werden.

Die für das Jahr 2014 geplanten Konsolidierungsmaßnahmen wurden im Rahmen der Möglichkeiten umgesetzt. Im laufenden Haushaltsjahr 2014 wird weiterhin laut der Stadt Ebeleben deutlich darauf hingearbeitet, alle anfallenden Kosten so gering wie möglich zu halten, um eine weitere finanzielle Belastung der Stadt zu vermeiden.

Viele der Konsolidierungsmaßnahmen sind jedoch erst für das Jahr 2015 und die Folgejahre vorgesehen, so dass deren Auswirkungen auf die Haushaltslage der Stadt Ebeleben erst im Jahr 2015 und später eingeschätzt werden können. Bei denen in diesem Bericht nicht aufgeführten Maßnahmepunkten handelt es sich um solche, die erst im Haushaltsjahr 2015 und später umgesetzt und damit auch ausgewertet werden können. Zu diesem Punkten wird dann in den folgenden Berichten und der Fortschreibung des HSK Stellung genommen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Stadt Ebeleben hat am 17.07.2014 ein HSK beschlossen. Im Rahmen der Aufstellung des HSK wurde ein Antrag auf Bedarfszuweisung nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz eingereicht. Über die Gewährung hat nach rechtsaufsichtlicher Würdigung und rechtsaufsichtlichem Votum das Thüringer Landesverwaltungsamt zu befinden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Gehofen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 12.018,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 114.794,00 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 24.04.2014 genehmigt am: 25.06.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
zweckgebundene Spenden für ELW FFW	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2015	0	0	0
Verkauf kommunaler Grundstücke	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2015	0	0	0
Reduzierung Energiekosten Straßenbeleuchtung	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2015	0	0	0
Kündigung Mitgliedschaft Verein „Hohe Schrecke“	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2015	0	0	0
Reduzierung Unterhaltungskosten Grundstücke	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2015	0	0	0
Reduzierung Zuschuss Kita	umgesetzt	5.250	3.000	2.250
Gesamt:		**5.250**	**3.000**	**2.250**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Alle im HSK beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, mit Ausnahme der Reduzierungen des Zuschusses für die Kita an den freien Träger, entwickeln ihr Konsolidierungspotenzial planmäßig erst ab dem Haushaltsjahr 2015.
Die Zuschussersparnis im Bereich der Kinderbetreuung sollte durch die Anhebung der Kita-Gebühren erreicht werden. Hier wirkte die Gemeinde entsprechend auf den freien Träger ein. Nach der erfolgten Elternversammlung (Anhörung) wurden die „Beiträge“ durch die

AWO zum 01.06.2014 entsprechend den Vorgaben des HSK angepasst, 120,00 € für die Ganztags- und 110,00 € für die Halbtagsbetreuung. Insgesamt wird dabei von einem jährlichen Konsolidierungspotenzial von 9.000,00 € ausgegangen.
Bei der Beschlussfassung zum HSK rechnete man damit, die Erhöhung der Kita-Gebühren bereits zum 01.05.2014 (für 7 Monate in 2014)realisieren zu können. Wie oben geschildert, erfolgte dies tatsächlich jedoch zum 01.06.2014. Damit entfallen auf das Jahr 2014 nur 6 Monate der Einspareffekte. Der Vergleich des Etappenziels 01.01.-30.09.2014 in Plan und IST gestaltet sich entsprechend.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Gemeinde Gehofen hat am 24.04.2014 ein HSK beschlossen. Der überwiegende Teil der darin enthaltenen Maßnahmen greift erst im Haushaltsjahr 2015. Erst im Rahmen der Fortschreibung können Aussagen bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen im vollen Umfang getroffen werden. Aussagen diesbezüglich erfolgen im Rahmen der nächsten Berichtspflicht.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Ein Zins- oder Kreditausfallrisiko wird derzeit nicht gesehen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Stadt Greußen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 269.165,20 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 87.736,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 €

HSK beschlossen am 16.04.2012 genehmigt am: 16.04.2012

Konsolidierungszeitraum: 2012 bis 2014

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Zuschüsse Kultur	umgesetzt	4,0 T €	4,0 T €	4,0 T €
Zuschüsse Vereine	umgesetzt	3,0 T €	3,0 T €	3,0 T €
Verkauf Kulturhaus	umgesetzt	7,0 T €	7,0 T €	7,0 T €
Erhöhung Hundesteuer	umgesetzt	8,0 T €	8,0 T €	8,0 T €
Erhöhung Friedhofsgebühren	umgesetzt	18,0 T €	18,0 T €	18,0 T €
Einsparungen Personalbereich	Nur teilweise wegen Arbeitsrecht umgesetzt	43,5 T €	34,0 T €	34,0 T €
Optimierung Straßenbeleuchtung	umgesetzt	4,4 T €	4,4 T €	4,4 T €
Zinseinsparung durch Umschuldung	umgesetzt	39,0 T €	39,0 T €	39,0 T €
Erhöhung Grundsteuer A	umgesetzt	39,0 T €	39,0 T €	39,0 T €
Erhöhung Grundsteuer B	umgesetzt	32,1 T €	32,1 T €	32,1 T €
Erhöhung Gewerbesteuer	umgesetzt	39,5 T €	39,5 T €	39,5 T €
Änderung der Zahlungsvereinbarung mit dem TAZ	umgesetzt	4,0 T €	4,0 T €	4,0 T €
Gesamt:		241,5 T €	232,0 T €	232,0 T €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Nach den hergereichten Zahlen zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes ist das Etappenziel 01.01.-30.09.2014 von der Stadt Greußen erreicht worden. Die Stadt Greußen konnte für das Haushaltsjahr 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Vorausschauend muss jedoch festgestellt werden, dass die Stadt Greußen nur durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage, welche sie ausschließlich über Verkäufe aufgebaut hat, voraussichtlich nur noch die Haushalte 2015 und 2016 ausgleichen kann.
Nach Mitteilung der Verwaltungsgemeinschaft Greußen wird aus heutiger Sicht ab dem Haushaltsjahr 2017 die Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts sehr schwierig werden, da bereits jetzt ein voraussichtlicher Fehlbetrag von über 170 T € prognostiziert wird. Dabei wurde bei der Vorausschätzung mindestens von einem gleichbleibenden Einnahmeniveau bei den Steuern, einer nicht weiter steigenden Kreisumlage, wenigstens gleichbleibenden Zuweisungen über den KFA vom Land sowie keinen Tariferhöhungen ausgegangen. Letzteres ist schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt Makulatur.
Jegliche weiteren haushaltswirksamen Negativveränderungen der genannten Einnahmen bzw. Ausgaben haben laut Verwaltungsgemeinschaft logischer Weise eine weitere Vergrößerung des für 2017 prognostizierten Fehlbetrages zur Vorlage eines ausgeglichenen Haushaltes zur Folge.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die eigentliche Zielstellung des Haushaltssicherungskonzeptes mit Blick auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Greußen zum Instrument einer Kompensierung der jährlich sinkenden Einnahmen bei gleichzeitig steigenden Ausgaben degradiert wird und Einsparungen im absehbaren Zeitraum ab 2017 dies nicht einmal mehr abdecken werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Stadt Greußen hat ihr Haushaltssicherungskonzept vor Inkrafttreten des neu gefassten § 53 a ThürKO und der VV-Haushaltssicherung aufgestellt und beschlossen. Bisher erfolgte keine Fortschreibung nach den Vorschriften der VV-Haushaltssicherung. Die Rechtsaufsichtsbehörde forderte die Stadt mehrfach auf ihrer Berichtspflicht und ihrer Pflicht zur Fortschreibung des HSK nachzukommen. Diesen Aufforderungen folgte die Stadt nicht. Die Stadt Greußen erfüllt auch weiterhin die Voraussetzungen nach § 53 a ThürKO i.V.m. der VV-Haushaltskonsolidierung. Mit Haushaltsbewertung vom 11.07.2014 wurde der Stadt Greußen aufgegeben ein Haushaltssicherungskonzept nach der VV-Haushaltssicherung aufzustellen und der Rechtsaufsicht vorzulegen. Wird die Neufassung nicht erstellt, müssen nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Großenehrich

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 999.305,31 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 54.529,97 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 €

HSK : 28.10.2010 genehmigt am: 13.01.2011				
Konsolidierungszeitraum: 2011 bis 2015				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Regelung hauptamtlichen zum ehrenamtlichen Bürgermeister	umgesetzt	46.800	35.100	36.902
Einsparung im Bereich FFW	umgesetzt	10.000	51.832	41.890
Erhöhung der Benutzungsgebühren in Kindereinrichtungen	teilweise umgesetzt, Rückgang der Kinderzahlen in den Einrichtungen	112.000	97.500	86.798
Erhöhung der Benutzungsgebühren in Liegenschaften der Gemeinden	nicht umgesetzt	5.000	0	0
Erhöhung der Benutzungsgebühren für Dienstleistungen Straßenreinigung	nicht umgesetzt	1.000	0	0
Einnahmen aus Veräußerungen von unbewegl. Sachen der Anlagevermögens	teilweise umgesetzt		83.700	87.700
Erhebung Straßenausbaubeiträge	umgesetzt, keine Zahlung, Aussetzung wegen Widerspruchsverfahren		62.850	2.020
Gesamt:		174.800	330.982	255.310

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Stadt erstellte für den Zeitraum 2011 bis 2015 ein Haushaltssicherungskonzept, welches jedoch bisher nicht fortgeschrieben wurde. Wie die o.a. Übersicht zeigt, erreichte die Stadt die beschlossenen Konsolidierungsziele nicht. Die geplanten Mehreinnahmen aus Elternbeiträgen sind unrealistisch. Sie beruhen auf einer fehlerhaften Kalkulation und einer falschen Annahme zur Auslastung der Kitas. Zudem hat die Stadt die Mehrausgaben aufgrund der Zusammenlegung von Kitas und Grundschulen nicht berücksichtigt. Außerdem wurde die Steigerung der Personalkosten aufgrund von Tariferhöhungen nicht in die Kalkulation einbezogen. Im Bereich der Benutzungsgebühren der im Eigentum der Stadt stehenden Liegenschaften ist noch eine Umsetzung der Maßnahme notwendig. Bisher hat der politische Wille des Stadtrates eine Umsetzung der beabsichtigten Maßnahme verhindert. Bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen im OT Niederspier ist die Zahlung wegen dem Widerspruchsverfahren ausgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Stadt Großenehrich hat ihr Haushaltssicherungskonzept vor Inkrafttreten des neu gefassten § 53 a ThürKO und der VV-Haushaltssicherung aufgestellt und beschlossen. Bisher erfolgte keine Fortschreibung nach den Vorschriften der VV-Haushaltssicherung. Die Rechtsaufsichtsbehörde forderte die Stadt mehrfach auf ihrer Berichtspflicht und ihrer Pflicht zur Fortschreibung des HSK nachzukommen. Diesen Aufforderungen folgte die Stadt nicht. In der Haushaltswürdigung 2014 wurde nochmals auf die Aufstellung einer Fortschreibung hingewiesen. Wird diese Fortschreibung nicht erstellt, müssen nach Ausübung pflichtgemäßen Ermessens geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Heygendorf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 11.340,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 28.145,00 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 16.10.2014 genehmigt am: 21.10.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014 – 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung Hebesatz Grundsteuer A auf 295%	umgesetzt	910	910	943
Anhebung Hebesatz Grundsteuer B auf 402%	umgesetzt	1.169	1.169	1.168
Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer auf 383%	umgesetzt	511	511	620
Anhebung Kita-Gebühren	noch nicht umgesetzt	2.933	2.933	0
Verkauf Grundstück	rechtlich umgesetzt, noch kein Geldfluss	20.000 -1.100	20.000 -1.100	20.000 -1.100
Reduzierung Personalkosten Bauhof	noch nicht umgesetzt, planmäßig erst ab 2019	0	0	0
Gesamt:		**24.423**	**24.423**	**1.671**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Möglichkeit des Erreichens von Etappenzielen 01.01.-30.09.2014, obwohl das HSK erst am 16.10.2014 beschlossen wurde, ergibt sich daraus, dass der Gemeinderat bereits am 12.05.2014 ein HSK beschloss, welches jedoch nicht genehmigungsfähig war.
Die geplanten Konsolidierungspotenziale im Bereich der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuern wurden insgesamt übertroffen.
Der Kaufvertrag über das kommunale Grundstück ist bereits abgeschlossen, jedoch erfolgte noch nicht die Kaufpreiszahlung. Allerdings war im Vorfeld des Verkaufs ein Wertgutachten zu erstellen, welches zu einer Ausgabe führte.
Die Ersparnis aus der Reduzierung der Personalkosten im Bauhof ergibt sich planmäßig erst ab 2019.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Gemeinde Heygendorf hat am 16.10.2014 ein überarbeitetes HSK beschlossen, welches durch die Rechtsaufsichtsbehörde unter Bedingungen und Auflagen genehmigt wurde. Insbesondere erging die rechtsaufsichtliche Genehmigung unter der Auflage, dass das Haushaltssicherungskonzept bis spätestens 30.04.2015 unter Berücksichtigung einer weiteren Konsolidierungssumme von 70.000,00 € fortzuschreiben ist. Im Rahmen der Aufstellung des HSK wurde ein Antrag auf Bedarfszuweisung nach § 4 Abs. 1 Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz eingereicht. Über die Gewährung hat das Thüringer Landesverwaltungsamt als Bewilligungsbehörde zu befinden. Eine Entscheidung steht noch aus.

Da die Gemeinde das HSK erst im Oktober 2014 aufgestellt und beschlossen hat, greifen viele Maßnahmen des Konzeptes erst ab dem Haushaltsjahr 2015. Aus diesem Grund kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keinerlei bzw. wenig Aussage bezüglich der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen getroffen werden. Erst im Rahmen der Fortschreibung können Aussagen bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen im vollen Umfang getroffen werden. Angaben diesbezüglich erfolgen im Rahmen der nächsten Berichtspflicht.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Ein Zins- oder Kreditausfallrisiko wird derzeit nicht gesehen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis: **Kyffhäuserkreis**
Kommune: **Gemeinde Holzsußra**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 40.155,86 €
Höhe der Mindestrücklage (§20 Abs.2 Satz 2 ThürGemHV): 4.650,54 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: - €

HSK / Fortschreibung
beschlossen am : 12.09.2012 genehmigt am: 23.10.2012
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2015

Wesentliche Konsolidierungsmaß-nahmen	**Maßnahmen (umgesetzt, nicht umgesetzt, Gründe)**	**Konsolidie-rungspotential 2014 gesamt (€)**	**Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 PLAN (€)**	**Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 IST (€)**
Tilgung des Darlehens bei der DGHYP	Halbierung der vierteljährlichen Tilgungsrate	4.985,13 €	3.750,00 €	3.738,84 €
Gewerbesteuer	Erhöhung des Hebesatzes von 350% auf 360%	330,00 €	18.750,00 €	9.930,00 €
Hundesteuer	Erhöhung der Hundesteuer von 15,00 € für den 1. Hund auf 30,00 € und für jeden 2. und weiteren Hund von 25,00 € auf 40,00 €	885,00 €	1.125,00 €	955,00 € (1597,50 € für 2014 veranlagt)
FFW - Treib-und Schmierstoffe	Verringerung des Planansatzes von derzeit 300,00 € auf 150,00 €	150,00 €	75,00 €	29,54 €
Geräte und Ausrüstungsgegenstände - Hilfsbetriebe der Verwaltung	Verringerung des Planansatzes von 1000,00 € auf 500,00 €	500,00 €	375,00 €	- €
Treib- und Schmierstoffe-Hilfsbetriebe der Verwaltung	Verringerung des Planansatzes von 800,00 € auf 500,00 €	500,00 €	375,00 €	526,72 €
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen des allgemeinen Grundvermögens	Verringerung des Planansatzes von 400,00 € auf 200,00 €	200,00 €	150,00 €	387,99 €
Gesamt:		**7.550,13 €**	**24.600,00 €**	**15.568,09 €**

kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

In den meisten Maßnahmepunkten konnten die mit dem HSK beschlossenen Einsparungen derzeit erreicht werden. Auch hier wird laut Gemeinde im Haushaltsjahr 2014 weiterhin deutlich darauf hingearbeitet, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Bei der Gewerbesteuer wurden bisher für das gesamte Haushaltsjahr 2014 13.341,81 € veranlagt. Dabei ist zu erwähnen, dass bisher nicht von allen Gewerbetreibenden der Gemeinde Holzsußra die Steuerbescheide des Finanzamtes vorliegen und somit weitere Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 zu erwarten sind.

Die Reduzierung der Kosten für die Treib- und Schmierstoffe in den Hilfsbetrieben der Verwaltung bereitet nach wie vor die meisten Schwierigkeiten. In den Sommermonaten steigt durch die Grasmahd mit dem Rasentraktor die Menge der benötigten Treib- und Schmierstoffe. Ab den Herbstmonaten kann davon ausgegangen werden, dass die Kosten in der Gemeinde dafür verhältnismäßig stark sinken werden, so dass der Haushaltsansatz zum Jahresende nicht unverhältnismäßig hoch überschritten wird.

Das mit dem HSK festgelegte Konsolidierungspotential bei der Unterhaltung der gemeindeeigenen Grundstücke und baulichen Anlagen des allgemeinen Grundvermögens konnte im Haushaltsjahr 2014 ebenfalls nicht eingehalten werden, da an dem gemeindeeigenen Gebäude dringende, jedoch bei der Erstellung des HSK nicht absehbare, Reparaturarbeiten am Dach erforderlich waren. Um weitere Folgekosten in enormer Höhe abzuwenden, wurden diese Reparaturarbeiten im Jahr 2014 durchgeführt und somit die Sicherheit und die Erhaltung des Gebäudes, in dem sich eine vermietete Wohnung befindet, gewährleistet.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass bereits bei der Planung des Haushaltes für das Jahr 2013 und auch für das Haushaltsjahr 2014 alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten bzw. zur Erhöhung der Einnahmen ausgeschöpft wurden, so dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Holzsußra ab dem Jahr 2013 bereits wieder gegeben war

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche? Die Gemeinde Holzsußra hat ihr Haushaltssicherungskonzept vor Inkrafttreten des neu gefassten § 53 a ThürKO und der VV-Haushaltssicherung aufgestellt und beschlossen. Bisher erfolgte keine Fortschreibung nach den Vorschriften der VV-Haushaltssicherung. In der Haushaltswürdigung 2014 wurde nochmals auf die Aufstellung einer solchen Fortschreibung hingewiesen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Kyffhäuserkreis
Kommune: Westgreußen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 715,50 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 6.669,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 3.00,00 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 13.03.2014		genehmigt am: nicht genehmigungsfähig, Anhörung		
Konsolidierungszeitraum: 2014 bis 2023				
Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungspotential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Erhöhung Hebesätze	umgesetzt	2.100,00	1.575,00	1.575,00
Gesamt:		2.100,00	1.575,00	1.575,00

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Weitere Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept müssen nochmals überprüft und überarbeitet werden. Die Überarbeitung erfolgt in Kürze.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Gemeinde Westgreußen hat am 13.03.2014 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Dieses HSK war nicht genehmigungsfähig und muss seitens der Gemeinde nochmals überarbeitet werden. Aus diesem Grund können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Aussagen bezüglich der Umsetzung getroffen werden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicheurng zum 31.10.2014

Landkreis: **Kyffhäuserkreis**
Kommune: **Gemeinde Wolferschwenda**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 11.025,82 €
Höhe der Mindestrücklage (§20 Abs.2 Satz 2 ThürGemHV): 2.645,36 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: - €

HSK / Fortschreibung
beschlossen am : 06.09.2012 genehmigt am: 03.10.2012
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2015

Wesentliche Konsolidierungsmaß-nahmen	**Maßnahmen (umgesetzt, nicht umgesetzt, Gründe)**	**Konsolidie-rungspoten-tial 2014 gesamt (€)**	**Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 PLAN (€)**	**Etappenziel 01.01.2014 bis 30.09.2014 IST (€)**
Tilgung des Darlehens bei der Kyffhäusersparkasse	Halbierung der vierteljährlichen Tilgungsrate	1.020,00 €	1.305,00 €	983,63 €
Grundsteuer A	Erhöhung des Hebesatzes von 200% auf 275%	1.912,50 €	5.077,50 €	5.153,66 €
Grundsteuer B	Erhöhung des Hebesatzes von 300% auf 400%	2.100,00 €	6.300,00 €	5.181,41 €
Gewerbesteuer	Erhöhung des Hebesatzes von 300% auf 360%	500,00 €	9.000,00 €	5.658,00 €
Hundesteuer	Erhöhung der Hundesteuer von 15,00 € für den 1. Hund auf 30,00 € und für jeden 2. und weiteren Hund von 25,00 € auf 40,00 €	610,00 €	750,00 €	482,50 €
FFW - Fahrzeughaltung	Verringerung des Planansatzes von derzeit 1500,00 € auf 1000,00 €	500,00 €	75,00 €	78,00 €
Friedhof - Wassergeld	Umsetzung der neuen Friedhofsgebührensatzung und damit Einnahmen für Wassergeld	390,00 €	292,50 €	250,00 €
Gesamt:		**7.032,50 €**	**22.800,00 €**	**17.787,20 €**

kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

In den meisten Maßnahmepunkten konnten die mit dem HSK beschlossenen Einsparungen derzeit erreicht werden. Auch hier wird laut Gemeinde im Haushaltsjahr 2014 weiterhin deutlich darauf hingearbeitet, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Bei der Gewerbesteuer wurden bisher für das gesamte Haushaltsjahr 2014 lediglich 9.636,00 € veranlagt, von denen bis zum 30.09.2014 5.153,66 € gezahlt wurden. Dabei ist zu erwähnen, dass bisher nicht von allen Gewerbetreibenden der Gemeinde Wolferschwenda die Steuerbescheide des Finanzamtes vorliegen und somit eventuell noch weitere Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2014 zu erwarten sind.

Bei den Konsolidierungsmaßnahmen, die die Steuerzahlungen in der Grundsteuer A und B sowie die Hundesteuer betreffen, sind die Konsolidierungsziele erreicht wurden. Aufgrund des einen noch ausstehenden Zahltermins der Grundsteuern bzw. Steuern allgemein werden weitere Einnahmen zu erwarten sein, da die Steuerzahler bereits für das gesamte Jahr veranlagt wurden und somit ersichtlich ist, dass die Konsolidierungsziele im Jahr 2014 erreicht werden. Probleme bereiten jedoch verstärkt die säumigen Steuerzahler, da somit immer mehr Kassenreste auflaufen und verstärkt Mahnungen etc. verschickt werden müssen.

Bei den Benutzungsgebühren für den Friedhof werden die im HSK geplanten Einnahmen im Jahr 2014 nicht erreicht werden können. Alle Gräber wurden in das Friedhofskataster aufgenommen und die Eigentümer zur Zahlung der Benutzungsgebühren veranlagt. Aufgrund der geringen Anzahl an Gräbern konnte eine Jahresveranlagung für die Benutzungsgebühren nur für insgesamt 325,00 € erfolgen.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass bereits bei der Planung des Haushaltes für das Jahr 2013 und auch für das Haushaltsjahr 2014 weitestgehend alle Möglichkeiten zur Einsparung von Kosten bzw. zur Erhöhung der Einnahmen ausgeschöpft wurden. so dass die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Wolferschwenda wieder gegeben ist und Fehlbeträge bisher nicht zu verzeichnen sind. Die Pflichtzuführung zum Vermögenshaushalt gemäß § 22 Abs.1 ThürGemHV konnte und kann im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden. Auch für das Haushaltsjahr 2014 konnte die Gemeinde Wolferschwenda einen ausgeglichenen Haushalt beschließen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Gemeinde Wolferschwenda hat ihr Haushaltssicherungskonzept vor Inkrafttreten des neu gefassten § 53 a ThürKO und der VV-Haushaltssicherung aufgestellt und beschlossen. Bisher erfolgte keine Fortschreibung nach den Vorschriften der VV-Haushaltssicherung. In der Haushaltswürdigung 2014 wurde nochmals auf die Aufstellung einer solchen Fortschreibung hingewiesen. Wird diese Fortschreibung nicht erstellt, müssen nach pflichtgemäßem Ermessen der Rechtsaufsichtsbehörde geeignete rechtsaufsichtliche Maßnahmen ergriffen werden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014	
Landkreis:	**Landkreis Nordhausen**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	2.073.489,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	19.831.778,15 €

HSK / Fortschreibung 2014 beschlossen am:	15. April 2014
genehmigt am:	keine Genehmigungspflicht
	Schreiben vom 20. Mai 2014 = Eingangsbestätigung
Konsolidierungszeitraum:	2012 bis 2021

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
siehe Anlage				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Konsolidierungsbeitrag 2012:	1.814.015,72 € (um 974.623,72 € höher als geplant)
Konsolidierungsbeitrag 2013:	3.398.556,33 € (um 859.790,44 € höher als geplant)
bisheriger Konsolidierungsbeitrag 2014:	1.758.956,75 € (III. Quartal 2014)

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Dieser Sachverhalt wird in der Fortschreibung 2015 des Haushaltssicherungskonzepts für den Zeitraum 2012 bis 2021 Berücksichtigung finden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Feststellungen/Empfehlungen liegen nicht vor

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko ist weder Bestandteil im genehmigten Haushaltssicherungskonzept noch in den genehmigten Fortschreibungen.

Landkreis Nordhausen

Erfüllung des Haushaltssicherungskonzepts 2014 - 3. Quartalsbericht

Maßnahme Nr.	Bezeichnung	Haushaltsstelle	erw. Kons.-beitrag III. Quartal 2014	tats. Kons.-beitrag III. Quartal 2014	Differenz erw. & tats. Kons.-beitrag	Erfüllungsstand III. Quartal 2014 in %
2011-1	Einführung einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rechnungsprüfungsamtes	01.0100.1000	82.050,00 €	24.457,04 €	-57.592,96 €	29,81%
2011-2	Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreismusikschule um 10 %	01.3331.1100	23.700,00 €	36.124,78 €	12.424,78 €	152,43%
2011-3	Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreisvolkshochschule um 10 %	01.3500.1100	14.775,00 €	0,00 €	-14.775,00 €	0,00%
2011-5 bis 2011-7	Reduzierung von Ausgaben für Zinsen	01.9120.8070	390.261,35 €	390.261,35 €	0,00 €	100,00%
2011-8	Reduzierung der Ausgaben durch Tilgung von Krediten	02.9120.9778	300.696,16 €	300.696,16 €	0,00 €	100,00%
2011-9	Verbesserung der Einnahmesituation - Schulumlage	01.2100/2250.1720	307.500,00 €	307.500,00 €	0,00 €	100,00%
2011-13	Verbesserung der Einnahmen - Bußgelder	01.1110.2600	20.625,00 €	9.594,84 €	-11.030,16 €	46,52%
2012-18	Verbesserung der Einnahmen - Verwaltungsgebühren	01.0500/0600/1140/1150/ 1180/3600/5020/6010/ 6210.1000	23.625,00 €	8.375,36 €	-15.249,64 €	35,45%
2012-19	Ausgabenerstattung VWH - Zweckverbände	01.1600.1630	29.000,00 €	0,00 €	-29.000,00 €	0,00%
2013-24	Avalprovision Südharz Klinikum Nordhausen gGmbH	01.5100.1650	38.346,89 €	38.346,89 €	0,00 €	100,00%
2013-25	Gewinnausschüttung Südharzwerke Nordhausen - Entsorgungsgesellschaft mbH	01.8401.2100	57.164,69 €	84.175,00 €	27.010,31 €	147,25%
2013-26	Wegfall der Nachschüsse - BIC Nordthüringen GmbH	01.8401.7160	29.688,48 €	29.688,48 €	0,00 €	100,00%
2013-27	Verringerung Verlustausgleich ÖPNV	01.8401.7160	400.000,00 €	472.098,16 €	72.098,16 €	118,02%
2014-28	Einnahme aus Qualifizierungszuschuss	01.0330.1770	30.000,00 €	30.000,00 €	0,00 €	100,00%
2014-30	Einnahmen aus Nebenforderungen	01.0330.2610	22.500,00 €	27.638,69 €	5.138,69 €	122,84%
Summe			1.769.932,57 €	1.758.956,75 €	-10.975,82 €	99,38%

Legende:

Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept - Fortschreibung 2011 bis 2020

Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2021 - Fortschreibung 2013

Maßnahmen aus dem Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2021 - Fortschreibung 2014

Landratsamt Nordhausen
- Untere Staatliche Verwaltungsbehörde -

Landratsamt Nordhausen • Behringstr. 3 • 99734 Nordhausen

per Mail und Fax
Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Weimarplatz 4

99423 Weimar

z.w.V. | R | zV | zA | AE
P | Thüringer Landesverwaltungsamt EINGEGANGEN 02. Dez. 2014 | Abt.: II | RG:
PR | | | Ref.: 240
VP | | |

Geschäftsbereich/FB/FG/Amt Kommunalaufsicht	
Verwaltungsgebäude Grimmelallee 23	Zimmer 007
Auskunft erteilt Frau Schädlich Frau Hatzky 02.12. Frau Etzrodt	Tel. Durchwahl 03631 911-298 03631 911-443 03631 911-461

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Nordhausen, d.
240.3-1474-013/14-TH		**28.11.2014**

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörden über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 30.11.2014 gemäß Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung

In o. g. Angelegenheit übersenden wir die Berichte folgender Städte und Gemeinden:

- Bleicherode, Stadt
- Hainrode
- Heringen/Helme, Stadt
- Kleinfurra
- Nohra
- Neustadt
- Wipperdorf
- Wolkramshausen.

Die von Ihnen übersandten Formblätter wurden von den Konsolidierungsgemeinden ausgefüllt und von uns auf Plausibilität geprüft.

Anmerkungen:

- Die Stadt Ellrich hat ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen. Es ist noch nicht endgültig entschieden, ob die Genehmigung versagt oder aber mit Nebenbestimmungen versehen genehmigt werden kann. Ellrich wird bei der nächsten Berichterstattung berücksichtigt.
- Den Kommunen und der Kommunalaufsicht stellt sich die Frage, ob der Bericht über den Konsolidierungserfolg zum Stichtag 30.09. ein besonderer Aussagewert zukommt. Wäre ein Bericht über den Konsolidierungserfolg zum 31.12. nicht sinnvoller?

Im Auftrag

Lorek

Postanschrift:
Landratsamt Nordhausen
Postfach 10 06 64
99726 Nordhausen

Telefon: (0 36 31) 911-0
Telefax: (0 36 31) 911-252
E-Mail: kommunalaufsicht@lrandh.thueringen.de
(Für amtlichen Schriftverkehr nicht zugelassen.)

Anlage 1

Stadt Bleicherode

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Bleichrode 2013-2022

Berichtspflicht zum 31.10.2014 (VV-Haushaltssicherung Ziffer C. Nr. 5)

Landkreis	Nordhausen
Kommune	**Bleicherode**

Rücklagenbestand zum 31.12.2013	0 €	**HSK beschlossen am**	03.12.2012 (Beschluss-Nr. 264-40/2013)
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV)	158.200 €	**genehmigt am**	04.12.2012 (LRA Nordhausen 30/Hat.)
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013	698.224,01 €	**Konsolidierungszeitraum**	2013-2022

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
V E R W A L T U N G S H A U S H A L T							
1	**Umstellung auf elektronische Medien**	Gesamtpotential 1.200,00 €	500,00				
a	00000.65100	• **HHansatz 2014 → 900,00 €** (entspricht Einsparpotential von 300,00 € gegenüber Ursprung 1.200,00 €) • **Umstellung auf elektronische Medien ist erfolgt** • **Etappenziel erreicht**	300,00	**225,00 erreicht**	675,00	624,58	50,42
b	02000.65100	• **HHansatz 2014 → 4.000,00 €** • **Umstellung auf elektronische Medien ist erfolgt** • Umsetzung 2015 wird erfolgen	0,00	0,00	3.000,00	2.952,42	47,58
c	11000.65100	• **HHansatz 2014 → 1.000,00 €** (entspricht Einsparpotential von 200,00 € gegenüber Ursprung 1.200,00 €) • **Umstellung auf elektronische Medien ist erfolgt** • **Etappenziel erreicht**	200,00	**150,00 erreicht**	750,00	400,31	349,69

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
2	**Miete Schillerstraße** 02000.53000	• **HHansatz 2014 → 38.000,00 €** • Mietkosten entfallen ab 01.01.2015 • Umsetzung 2015 wird erfolgen	0,00	0,00	29.250,00	27.191,23	2.058,77
3	**Mietausgaben für Möbel** 02000.53000	• **HHansatz 2014 → 1.000,00 €** • Mietkosten entfallen ab 01.02.2015 • Umsetzung 2015 wird erfolgen					
4	**Kündigung der Mitgliedschaft beim Verein Deutsche Fachwerkstraße** 02400.66100	• **HHansatz 2014 → 6.500,00 €** • ab 01.01.2015 sollten **800,00 €** Mitgliedsbeiträge entfallen • Kündigung der Mitgliedschaft wird nicht erfolgen, da im Rahmen der Städtebausanierung Vorteile für die Stadt durch die Mitgliedschaft möglich sind • im HSK (Gesamtkonsolidierungs-zeitraum) sind die Kosten eingeplant und durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben anderer HHStellen abgedeckt	0,00	0,00	6.500,00 JahresSOLL	6.345,20 für gesamtes Jahr 2014	155,00 für gesamtes Jahr 2014
5	**Kündigung Wartungsvertrag** 02400.65300	• **HHansatz 2014 → 0 €** • Kündigung ist zum 31.12.2012 erfolgt • **Etappenziel erreicht**	4.000,00	**3.000,00 erreicht**	0,00	0,00	0,00
6	**Miete Telefonanlage** 02000.53010	• **HHansatz 2014 → 11.600,00 €** • Mietkosten verringern sich ab 01.01.2015 um 2.000,00 € • Umsetzung 2015 wird erfolgen	0,00	0,00	11.600,00 JahresSOLL	11.598,36 für gesamtes Jahr 2014	1,64 für gesamtes Jahr 2014
7	**Miete Server Haus I** 02000.53020	• **HHansatz 2014 → 24.300,00 €** (entspricht Einsparpotential von 5.700,00 € gegenüber Ursprung 30.000,00 €) • **Leasingvertrag endete 2013** • **Mietkosten entfallen somit ab 01.01.2014** • **Etappenziel erreicht**	5.700,00	**4.275,00 erreicht**	18.225,00	13.818,66	4.406,34
8	**Kündigung Ethernet-Connect-Verbindung** 02000.65200	• **HHansatz 2014 → 20.000,00 €** • Mietkosten verringern sich ab 01.01.2015 um 7.600,00 € • Umsetzung 2015 wird erfolgen	0,00	0,00	15.000,00	15.662,70	-662,70

1	2	3	4	5	6	7	8
			Konsolidierungspotential				
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	**2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
9	**Kündigung aller Verträge mit adKOMM** 11000.60000	• **HHansatz 2014 → 7.700,00 €** • Kosten verringern sich ab 09/2015 um 1.000,00 € /3.000,00 € (2016-2022) • Umsetzung 2015 wird erfolgen	0,00	0,00	5.775,00	5.599,13	175,87
10	**Unterhaltung der Grundstücke der Freiwilligen Feuerwehren** 13000.50000	• **HHansatz 2014 → 7.000,00 €** • ab 01.01.2014 sollten die Kosten der Unterhaltung der Grundstücke um **1.100,00 €** durch freiwillige Arbeiten der Kameraden minimiert werden • die Maßnahme ist erfüllt; die Kameraden übernehmen hier Arbeiten auf freiwilliger Basis • **Etappenziel erreicht**	1.100,00	**825,00 erreicht**	5.250,00	3.271,33	1.978,67
11	**Änderung DA bei Alters- und Ehejubiläen** 49800.57000	• **HHansatz 2014 → 1.100,00 €** • HHansatz 2012 → 2.300,00 € • HHansatz 2013 → 1.500,00 € • Einsparpotential 750,00 € anhand der durchschnittlichen Ehrungen berechnet • Einsparungen pro Korb 3,00 € und pro Blumenstrauß 8,00 € werden erzielt • **Etappenziel erreicht**	750,00	**562,50 erreicht**	825,00	670,00	155,00
12	**Sportanlagen** 56100.71800	• **HHansatz 2014 Gesamtausgaben → 20.000 €** • Gesamtausgaben sollen ab 2016 auf 15.000,00 € reduziert werden • Umsetzung soll 2016 erfolgen	0,00	0,00	15.000,00	12.790,75	2.209,25
13	**Unterhaltung des Grundstückes Freibad** 57100.50000	• **HHansatz 2014 → 6.000,00 €** • HHansatz 2013 → 12.000,00 € • durch Arbeitseinsätze sollen Kosten der Unterhaltung minimiert werden • es konnten nicht genügend Arbeitseinsätze organisiert werden • **Etappenziel konnte nur teilweise erreicht werden**	10.000,00	10.000,00 tatsächl. Differenz Ansätze (2013→2014) 6.000,00 Jahrespotential Saison beendet **428,25 erreicht**	6.000,00 JahresSoll Saison beendet	5.541,75 für gesamtes Jahr Saison beendet	428,25

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
14	**Abwasser Freibad** 57100.71601	• **HHansatz 2014 → 29.000,00 €** • HHansatz 2013 → 33.000,00 € • Einsparpotential 4.000,00 €: Beckenwasser soll durch Feuerwehr zu Übungszwecken für den Brand- und Katastrophenschutz genutzt werden(Verringerung der Abwassereinleitgebühr) • Abrechnung Betriebskosten verringert sich um diesen Betrag • **Etappenziel teilweise erreicht**	4.000,00	4.000,00 Einzelmaß-nahme **3.900,00 erreicht**	29.000,00 JahresSoll Saison beendet	29.100,00 für gesamtes Jahr Saison beendet	-100,00
15	**Energieverbrauch** 67000.63000	• **HHansatz 2014 → 105.000,00 €** • Ersatz HQL-Leuchten durch LED-Straßenlaternen (PLAN: 25 Stück; • IST 2013: 14 Stück Burgstraße; • IST 2014: 20 Stück Hauptstraße/ Walkenriedstraße/ Mauerstraße) • Verbrauch Straßenbeleuchtung ist im Vergleich von 2012 zu 2013 um 3.518 kWh gesunken • Energieabrechnung steht noch aus • **Etappenziel erreicht**	800,00	**600,00 erreicht**	78.750,00	69.940,22	8.809,78
16	**Zuschuss an den HFVV (Heimat- und Fremdenverkehrsverein e. V.)** 76000.71800	• **HHansatz 2014 → 109.300,00 €** • HHansatz 2013 → 125.000,00 € • Einsparpotential 6.300,00 € • durch die Umsatzsteigung des HFVV sollte der Zuschuss der Stadt verringert werden • **Etappenziel teilweise erreicht**	6.300,00	**4.725,00 erreicht**	81.975,00	89.100,00	-7.125,00 keine echte Mehrausgabe, da im Dezember 2014 keine Zuschusszahlung erfolgt (Auszahlung Gesamtbetrag in den Monaten 01-09/2014)

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
17	**Dorfgemeinschaftshaus Obergebra** 76010.71800	• **HHansatz 2014 → 15.000,00 €** • HHansatz 2013 → 15.200,00 € • Einrichtung wird durch einen Hausmeister betreut. Die Betreuung sollte ab 09/2014 durch den Bauhof erfolgen. • Durch die Übernahme mit einem zeitlichen Einsatz von 12,5 Std im Monat sollte ab 09/2014 eine Einsparung von 10.000,00 € (ab 2015/2014 anteilig 1.600 €) erreicht werden. • Eine Übernahme durch Bauhof kann nicht erfolgen; der Personalkostenzuschuss wird allerdings trotzdem reduziert, da die Arbeitszeit reduziert wurde • **Etappenziel erreicht**	1.600,00	**1.200,00 erreicht**	11.250,00	5.741,91	5.508,09 Abrechnung zum 30.09.2014 noch nicht erfolgt → keine echte Minderausgabe
18	**Zinsausgaben** 91100.80700	• **HHansatz 2014 → 285.900,00 €** • HHansatz 2013 → 302.400,00 € • HHansatz 2012 → 332.900,00 € • Einsparpotential 2014: 12.900,00 € • durch Umschuldungen nach Zinsbindungsende sollen Zinszahlungen gemindert werden (niedriges Zinsniveau) • **Etappenziel erreicht**	12.900,00	**9.675,00 erreicht**	214.425,00	185.844,41	28.580,59
19	**Kündigung des Vertrages mit der Agentur „Plakate 2000“** 11000.11100	• **HHansatz 2014 → 9.400,00 €** • HHansatz 2013 → 8.000,00 € • Mehreinnahmepotential 2014: 1.400,00 € • Vertrag mit „Plakate 2000“ wurde gekündigt; es wird auf den völligen Erlass von Sondernutzungsgebühren verzichtet • **Etappenziel erreicht**	1.400,00	**1.050,00 erreicht**	7.050,00	7.331,46 €	281,46
20	**Verzicht auf den völligen Erlass der Sondernutzungsgebühren statt dessen 50 % Gebührenerlass** 11000.11100						

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
21	**Erhebung kostendeckender Entgelte für das Bleicheröder Echo** 02000.65300	• **HHansatz 2014 → 18.000,00 €** • HHansatz 2013 → 24.200 € • HSK sah Ansatz 0,00 € vor (Entgeltfinanzierung der Gesamtkosten) • Maßnahme der Gesamtentgelt-finanzierung wird nicht umgesetzt **ABER**: Ansatz wurde um 6.200,00 € reduziert und restliche Summe (18.000,00 € wurde im HSK (Gesamtkonsolidierungs-zeitraum) eingeplant und durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben anderer HHStellen abgedeckt	24.000,00	18.000,00 **nicht erreicht**	13.500,00	13.299,77	200,23
22	**Erhöhung der Eintrittsgelder beim Freibad** 57100.11000	• **HHansatz 2014 → 30.000,00 €** • HHansatz 2013 → 17.000,00 € • Jahresrechnung 2013 → 28.889,00 € • Mehreinnahmepotential 2014: wurde auf 9.000,00 € festgelegt • Die Satzung wurde geändert; erhöhte Eintrittspreise wurden festgelegt. • Aufgrund der schlechten Witterung im Sommer 2014 konnten die geplanten Mehreinnahmen nicht erzielt werden. • Im Vergleich zum HHAnsatz 2013 ist allerdings eine Mehreinn. ersichtlich. • **Etappenziel teilweise erreicht**	9.000,00	9.000,00 Jahrespotential Saison beendet **3.664,26 €** **erreicht**	30.000,00 JahresSoll Saison beendet	24.644,26 für gesamtes Jahr Saison beendet	-5.355,74
23	**Forstwirtschaft – Erhöhung des Preises für die Abgabe von Brennholz und temporäre Erhöhung des Holzeinschlags** 85500.13000 85500.15000	• **HHansatz 2014 → 169.300,00 €** • HHansatz 2013 → 115.300,00 € • Der Preis zum Erwerb von Brennholz wurde von 8 €/fm auf 24 €/fm erhöht. • Allerdings konnten durch diese Erhöhung die Mehreinnahmen nicht in der gewünschten Höhe erzielt werden; es wurden weniger Leseschein ausgegeben. • **Etappenziel erreicht** • **Das Etappenziel konnte durch einen erhöhten Erlös im gewerblichen Holzverkauf erzielt werden.**	49.500,00 durch Erhöhung Brennholzpreis und durch einmaligen Mehreinschlag	**31.657,49** **erreicht** **durch gewerblichen Holzverkauf**	**Einnahmen** 126.975,00 dav. Holzlese 3.300,00 **Ausgaben** 70.275,00 **Erlös** 56.700,00 JahresSOLL und Einnahmen/Ausgaben gesamtes Jahr (Saison beendet)	**Einnahmen** 170.069,83 dav. Holzlese 1.563,00 **Ausgaben** 81.712,34 **Erlös** 88.357,49	**Mehreinnahmen** 43.094,83 **Mindereinnahmen** 1.737,00 **Mehrausgaben** 11.437,34 **Erlös/Mehreinn. 31.657,49**

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
24	**Einspeisevergütung aus einer PV-Anlage** 88000.11000	• **HHansatz 2014 → 8.000,00 €** • HHansatz 2013 → 7.500,00 € • Die Fläche wurde der E.ON Thüringer Energie AG zur Errichtung einer PV-Anlage. • Die Stadt erhält Einspeiseerlöse i. H. v. 5 % netto.	7.500,00	7.500,00 Jahrespotential (einmaliger Betrag) **7.500,00 erreicht**	8.000,00 JahresSoll	8.046,80 für gesamtes Jahr	46,80
25	**Erhöhung des Hebesatz Grundsteuer A** 90000.00000	• **HHansatz 2014 → 17.500,00 €** • Hebesatzerhöhung 01.01.2013 → auf 310 % ist erfolgt • abschließende Erläuterung zur Erfüllung des Potentials erst nach Jahresrechnung möglich	2.000,00	**1.500,00 erreicht**	13.125,00	13.582,66	457,66
26	**Erhöhung des Hebesatz Grundsteuer B** 90000.00000	• **HHansatz 2014 → 645.000,00 €** • Hebesatzerhöhung 01.01.2013 → auf 410 % ist erfolgt • abschließende Erläuterung zur Erfüllung des Potentials erst nach Jahresrechnung möglich	31.000,00	**23.250,00 erreicht**	487.750,00	517.193,05	29.443,05
27	**Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer** 90000.00300	• **HHansatz 2014 → 1.715.500 € (Fortschreibung HSK)** • Hebesatzerhöhung 01.01.2013 → auf 410 % ist erfolgt • abschließende Erläuterung zur Erfüllung des Potentials erst nach Jahresrechnung möglich	118.000,00	**88.500,00 erreicht**	1.286.625,00	1.287.403,08	778,08
28	**Erhöhung der Hundesteuer** 90000.02200	• **HHansatz 2014 → 18.100,00 €** • Erhöhung Steuersätze zum 01.01.2014 erfolgt • abschließende Erläuterung zur Erfüllung des Potentials erst nach Jahresrechnung möglich	4.100	**3.075,00 erreicht**	13.575,00	16.217,51	2.642,51
GESAMT Verwaltungshaushalt			JahresSOLL 294.150,00	**SOLL bis 30.09. 218.769,99**	----------	----------	zusätzliche Einsparungen bzw. Mehreinnahmen **77.138,20**
			davon erreicht	**189.762,50**			

1	2	3	4	5	6	7	8
Lfd. Nr.	wesentliche **Konsolidierungsmaßnahmen lt. HSK Maßnahmenkatalog**	**Maßnahmenerfolg Erläuterungen**	Konsolidierungspotential **2014 GESAMT (€) lt. HSK Maßn.-katalog**	Konsolidierungspotential Etappenziel 01.01.-30.09.2014 **PLAN (€)**	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **SOLL (€)** anteilig 9 Monate zum Ansatz HSK 2014	**HHStelle** 01.01.-30.09.2014 **IST (€)**	**DIFFERENZ (€)** Mehrausgabe (-) Minderausgabe (+) Mehreinnahme (+) Mindereinnahme (-)
V E R M Ö G E N S H A U S H A L T / allgemeine Maßnahmen							
1	**Veräußerung von Pachtgärten**	• Die Aufstellung d. Pachtgärten ist erfolgt. • 2013: 7 Grundstücke (3.084 m²): Erlös 46.017 € • 2014: 6 Grundstücke (4.215 m²): Erlös 106.144 € • Kontinuierliche Maßnahmeerfüllung erkennbar.	nicht festgelegt				**106.144,00**
2	**Optimierung von Gebäudenutzungen**	• Die Nutzung der Verwaltungsgebäude I und II kann nicht verändert werden (Grund: Anzahl der Mitarbeiter, vorhandene Räume). • Die Betreibung des Heimatmuseums erfolgt durch den Heimat- und Fremdenverkehrsverein. Die Verwaltung des Gebäudes wurde inzwischen in das Bauamt (Abt. Liegenschaften) integriert. • Das Gebäude „Alte Kanzlei" steht nicht im Eigentum der Stadt, daher besteht hier keine Einflussmöglichkeit.					0,00
3	**Bauhof**	• Umwandlung des Bauhofes ab 01.01.2014 vom Eigenbetrieb in einen Regiebetrieb. • Dadurch Wegfall der Overheadkosten (eigenes Rechnungswesen, Wirtschaftsplan, Kosten für Steuerberater) • Interne Leistungsverrechnung auf die leistungsempfangenden HHStellen → dadurch Abdeckung der Lohnkosten der Mitarbeiter des Bauhofes • Die Kosten für die laufende Unterhaltung und die Betriebskosten für den Bauhof müssen noch zusätzlich aufgebracht werden. • Nach Jahresabschluss wird sich darstellen, ob Einsparpotential vorhanden ist					momentan keine Angabe möglich
4	**Friedhof Bleicherode**	• Die neue Friedhofsgebührensatzung ist mit Wirkung vom 01.01.2014 basierend auf einer Kalkulation in Kraft getreten. • Die Bewirtschaftung der Friedhöfe erfolgt über den Bauhof nach Bedarf und Notwendigkeit. • Eine endgültige Einschätzung der möglichen Einsparpotentiale kann erst nach Jahresabschluss erfolgen.					momentan keine Angabe möglich
5	**Wohnungsbaugesellschaft Bleicherode**	• Die Wohnungsbaugesellschaft Bleicherode mbH konnte für das Haushaltsjahr 2013 einen positiven Abschluss vorlegen. Überschüsse werden zum Ausgleich des bestehenden Investitionsstaus genutzt. Für das Haushaltsjahr 2014 konnten klare Planzahlen vorgelegt werden. • Es wurden Gesellschaftsanteile zum Verkauf angeboten. Die Ausschreibungen haben nur einen Interessenten zur Angebotsabgabe gewinnen können. Das Angebot wurde geprüft; der Interessent hat dann Abstand genommen. Die Geschäftsanteile sind unveräußerlich. • Eine Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft Südharz erfolgt erfolgreich.					momentan keine Angabe möglich
6	**Optimierung Immobilienmanagement**	• Zur Optimierung des Immobilienmanagements erfolgen derzeit Absprachen mit dem Softwaredienstleister KIV Thüringen GmbH. • Entsprechende Ergebnisse liegen bislang noch nicht vor.					momentan keine Angabe möglich

Anlage 2 zu:

Berichtspflicht der Stadt Bleicherode über den Stand der Haushaltskonsolidierung zum 31.10.2014 gem. Ziffer C Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen

Mit Beschluss-Nr. 264-40/2013 beschloss der Stadtrat der Stadt Bleicherode am **03.12.2013** das **Haushaltssicherungskonzept** (HSK) für den Zeitraum 2013 bis 2023. Die Kommunalaufsicht des Landratsamtes Nordhausen genehmigte mit Schreiben vom 04.12.2013 das HSK.

Mit Beschluss-Nr. 16-4/2014 vom **30.10.2014** beschloss der Stadtrat der Stadt Bleichrode die **1. Fortschreibung des HSK** für die Jahre 2013 bis 2022. Der Stadt Bleicherode wurde vom Thüringer Finanzministerium mit Schreiben vom 27.10.2014 eine **Bedarfszuweisung** i. H. v. 704.700 € in Aussicht gestellt.

Die Stadt Bleicherode ist verpflichtet, gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde über den Erfolg der Konsolidierungsmaßnahmen zu berichten (Abschnitt C, Nr. 5 VV-Haushaltssicherung).

Primärziel des HSK ist es, die **dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt wieder herzustellen und nachhaltig zu sichern**. Die Fortschreibung des HSK lässt erkennen, dass zwar in den Jahren 2015 bis 2019 weiter Sollfehlbeträge aufgebaut werden, allerdings in den Jahren 2020 bis 2022 der gesamte Sollfehlbetrag abgebaut werden soll. Es ist ab dem Jahr 2023 mit einer Rücklagenbildung zu rechnen.

Sekundärziel ist es, den **Haushaltsausgleich herzustellen und somit Fehlbeträge zu vermeiden**. Dies wurde im Haushaltsjahr 2014 erreicht. Mit Beschluss-Nr. 17-4/2014 vom 30.10.2014 beschloss der Stadtrat der Stadt Bleicherode die **Haushaltssatzung** der Stadt Bleicherode für das Haushaltsjahr **2014**. Möglich wurde der Haushaltsausgleich durch die in Aussichtstellung des Thüringer Finanzministeriums einer Bedarfszuweisung i. H. v. 704.700 €. Die Höhe der Bedarfszuweisung entspricht dem kumulierten Sollfehlbetrag zum Ende des Jahres 2022 unter Berücksichtigung von jährlichen im HSK verankerten Investitionen.

Die im HSK festgelegten Konsolidierungsmaßnahmen sind richtungsweisend für das Handeln der Verwaltung.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die durch das HSK für die Jahre 2013 bis 2022 erfassten Einsparpotentiale positiv auf den Stadthaushalt auswirken. Den Angaben der Tabelle zur Erfüllung der Maßnahmen des HSK kann entnommen werden, dass zwar nicht alle Maßnahmen vollumfänglich erfüllt wurden, aber ein Einsparpotential in der Zeit vom 01.01. – 30.09.2014 i. H. v. 189.762,50 € (Verwaltungshaushalt – Spalte 5 der Tabelle) erreicht werden konnte. Dies entspricht einem Erfüllungsstand von ca. 86 %. Allerdings ist anzumerken, dass bei einigen HHStellen die erreichten Einsparungen bzw. Mehreinnahmen über dem geplanten Potential liegen. Die Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben belaufen sich allein bei den HHstellen, die im Maßnahmenkatalog erfasst sind auf ca. 77.000,00 (Spalte 8 der Tabelle). Somit ist das mögliche Einsparpotential für die Zeit vom 01.01. – 30.09.2014 erfüllt. Nicht erreichte Potentiale bei einzelnen Maßnahmen konnten durch Überschüsse in anderen Bereichen kompensiert werden. Dieses spiegelt sich auch in der beigefügten Tabelle zum Abschluss der Unterabschnitte zum 30.09.2014 wieder.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja, welche?
Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Es kann derzeit nicht beurteilt werden, ob eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Stadt Bleicherode führen würde.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Im März 2014 wurde das HSK der Stadt Bleicherode im Rahmen der Überörtlichen Kommunalprüfung geprüft. Ein Prüfungsbericht liegt uns hierzu nicht vor.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die Haushaltlage ist im Haushaltsjahr als stabil einzuschätzen. Die notwendige Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe der ordentlichen Tilgung (321.000,00 €) kann erfolgen. Auch die notwendigen Zinszahlungen können erfolgen. Mit der Thüringer Aufbaubank und der Deutschen Kreditbank wurden im Juni bzw. im April 2013 bereits Tilgungsaussetzungen vereinbart.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Hainrode / Gem. Südharz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0,00€**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **8.203€**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **109.364,28€**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **23.10.2013**			genehmigt am: **18.11.2013**	
Konsolidierungszeitraum: **2013 - 2023**				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Aufwendung für EDV	Wird 12/14 umgesetzt	500€	450€	0€
Wahlausgaben	ist umgesetzt	-200€	-150€	-159€
Landschaftspflege (Bäume fällen)	nicht umgesetzt	400€	150€	411€
Winterdienst	umgesetzt	1.100€	1.125€	950€
Entgelte Bauhof	umgesetzt	31.800€	29.550€	23.415€
Abwicklung Eigenbetrieb	nicht umgesetzt (Abschluss Steuerberater fehlt noch)	0€	0€	12.031€
Pachteinnahmen	umgesetzt	5.000€	3.750€	5.029€
Gemeindesteuern	umgesetzt	0€	42.525€	59.687€
Anpassungshilfe Garantiefonds	umgesetzt	12.900€	9.670€	9.670€
Gesamt:		51.500€	87.070€	110.034€

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Nach der Prognose zum Jahresergebnis 2014 kann festgestellt werden, dass das Ziel des HSK, den jährlichen Abbau des Sollfehlbetrages, erreicht wird.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Zur Umsetzung des HSK sind keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen zu ergreifen, alles läuft planmäßig.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Da es sich um eine wirtschaftlich und territorial sehr kleine Gemeinde handelt, würde eine strukturelle Veränderung sicherlich die hauswirtschaftliche Situation nicht verbessern.
Über eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Bauhof wird diskutiert.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Der gemeindliche Eigenbetrieb „Erholungszentrum Teichtal" wurde aufgelöst und die Flächen wurden an einen fremden Betreiber verpachtet. Die Gemeinde erhält hierfür Pachtzins und die jährlichen Zuschüsse zur Erhaltung der Liquidität des Eigenbetriebes entfallen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Das Kreditausfallrisiko ist sehr gering, da die Bedienung der Darlehen der Gemeinde oberste Priorität hat.

Hainrode, den 20.10.2014

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014	
Landkreis:	Nordhausen
Kommune:	Stadt Heringen/Helme

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	0
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	126.408,78 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	558.506,31 €

HSK/Fortschreibung beschlossen am:	24.09.2012	genehmigt am:	18.02.2013
Konsolidierungszeitraum:	2012 - 2015		

Tabelle Maßnahmen:	siehe Anlage

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK/Anmerkungen:

Mit 1. Fortschreibung erfolgte die Überarbeitung der definierten Ziele und Anpassung an haushaltswirtschaftliche Veränderungen.
Die bisher gesetzten Einzelmaßnahmen haben in den Jahren 2013 und 2014 noch nicht zum geplanten Erfolg geführt. Mit der 1. Fortschreibung werden weitere Maßnahmen, wie Umsetzung Personalzielstruktur; Sachkosteneinsparung, Änderung bestehender Darlehensverträge und zeitweise Tilgungsaussetzung gesetzt und die Konsolidierungsziele fortgeschrieben.
Der Beschluss der überarbeiteten Fortschreibung des HSK, aktualisierte Fassung - Stand 22.09.2014, erfolgte am 24.11.2014 durch den Stadtrat.

Anmerkung der Kommunalaufsicht: Die Fortschreibung des HSK für das Haushaltsjahr 2014 wurde am 25.11.2014 genehmigt. Der Konsolidierungszeitraum ist von 2012 bis 2023 Ab dem HHJahr 2016 werden Überschüsse erwirtschaftet. Am Ende des Konsolidierungszeitraums ist die dauernde Leistungsfähigkeit hergestellt. Für die Haushaltskonsolidierung wurde im Mai 2014 eine Bedarfszuweisung beantragt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen wurden nicht ergriffen. Die überarbeitete 1. Fortschreibung des HSK liegt der Kommunalaufsicht des Landkreises Nordhausen sowie dem Thüringer Finanzministerium vor. Nach Information der Kommunalaufsicht liegt auch die kommunalaufsichtliche Stellungnahme dem Thüringer Finanzministerium bereits vor.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Seit 1.12.2010 besteht die Landgemeinde Heringen/Helme mit den Ortschaften Auleben,

Hamma, Heringen, Uthleben, Windehausen.
Die Stadt Heringen ist erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Urbach und Görsbach.
Eine weitere Strukturänderung ist zur Zeit nicht vorgesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die Kommunalprüfung wurden Maßnahmen hinsichtlich der Ausgestaltung der freiwilligen Aufgaben empfohlen.
Daraus wurden Einzelmaßnahmen wie z.B. die Neuorganisation der Benutzung der Sportstätten in kommunalem Eigentum abgeleitet, die sich zur Zeit in Umsetzung befinden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfallrisiko wird als sehr gering eingeschätzt.
Im HSK ist deshalb darauf keinen Bezug genommen worden.

Tabelle Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen		Maßnahmen - umgesetzt - nicht umsetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
MNr.	Kurzbezeichnung der Maßnahme				
1)	Erhöhung Hebesatz Grundst. A	umgesetzt		Vorläufige HH-Führung	
∑ 1-3 2)	Erhöhung Hebesatz Grundst. B	umgesetzt	108.400	Vorläufige HH-Führung	164.310
3)	Erhöhung Hebesatz Gewerbest.	umgesetzt		Vorläufige HH-Führung	
4	Erhöhung Hundesteuer	umgesetzt	8.300	Vorläufige HH-Führung	6.527
5	Beitragsanpassung Kita	umgesetzt	151.500	Vorläufige HH-Führung	130.317
6	Erhöhung Friedhofsgeb.	umgesetzt	15.900	Vorläufige HH-Führung	1.657
7	Erhöhung Geb. FFw.	in Bearbeitung	900	Vorläufige HH-Führung	0
8	Erhöhung Gebühren (Gr. 11 o. Kita u. Friedh.)	umgesetzt	700	Vorläufige HH-Führung	0
9	Überprüfung Miet- u. Pachtvertr. (Gr. 14)	laufende Maßnahme	6.000	Vorläufige HH-Führung	0
10	interkomm. Zusammenarbeit	umgesetzt	1.200	Vorläufige HH-Führung	1.620
11	Nutzung städtischer Liegensch.	in Bearbeitung	6.000	Vorläufige HH-Führung	0
12	Holzverkauf	laufende Maßnahme	19.000	Vorläufige HH-Führung	16.003
13	Einspeisevergütung Photovoltaika.	umgesetzt	2.300	Vorläufige HH-Führung	3.745
14	FFw. Betriebskostenersatz Landkr.	umgesetzt	2.000	Vorläufige HH-Führung	0
15	Veräußerung von Grundstücken	Kons.ziel 2014 = 0	0		41.210
	Ausgabereduzierungen				
16	Effektives Finanzcontrolling	laufende Maßnahme	60.000	Vorläufige HH-Führung	
17	20 %ige Haushaltssperre	laufende Maßnahme	28.000	Vorläufige HH-Führung	107.464
18	Senkung Energieverbräuche Straßenbel.	in Bearbeitung/Überprüfung	6.000	Vorläufige HH-Führung	0
19	Verhaltensbedingte Energieeinspar.	umgesetzt	1.000	Vorläufige HH-Führung	1.875
20	Vertragscontrolling (Ugr. 543; 6400)	laufende Maßnahme	10.700	Vorläufige HH-Führung	6.852
21	Kritische Prüfung aller Mitgliedschaften	in Bearbeitung	1.000	Vorläufige HH-Führung	11
22	Überprüfung Miet- u. Pacht-/Leasingvertr.	umgesetzt	16.400	Vorläufige HH-Führung	36.414
23	Überprüfung freiwillige Aufgaben	in Bearbeitung	36.800	Vorläufige HH-Führung	31.461
24	Reduz. Energiekosten durch Photovolt.	umgesetzt	2.200	Vorläufige HH-Führung	1.185
25	Prüfung Fremdvergabe Teilleistungen	in Bearbeitung/Prüfung Wirtsch	5.000	Vorläufige HH-Führung	0
26	Kommunaler Bauhof	laufende Maßnahme	21.200	Vorläufige HH-Führung	118.758
27	Reduz. Aufwandsentsch.	umgesetzt	10.700	Vorläufige HH-Führung	20.762
28	Beendigung Freizeitph. ATZ	umgesetzt	104.300	Vorläufige HH-Führung	76.755
			625.500		766.926

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Kleinfurra

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0€**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **20.714€**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **42.672,19€**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **03.04.2014**		genehmigt am: **07.05.2014**		
Konsolidierungszeitraum: **2014 - 2018**				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Konsolidierungspotential hat die Gemeinde nicht, da sie schon **immer** nach dem Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gehandelt hat. Es konnten somit keine Maßnahmen im HSK festgelegt werden, ohne die Pflichtaufgaben zu gefährden. Der beschlossene Haushaltsplan 2014/2015 ist für die Gemeinde bindend. Der Sollfehlbetrag wird 2014 planmäßig und vollständig abgebaut und die Gemeinde wird wieder über einen Rücklagenbestand verfügen. Die Grundlagen einer ordentlichen Haushaltswirtschaft sind gegeben.				
Erfüllungsstand zum 30.09.2014 (Ist- Haushaltsansatz)	Einnahmen = 60,0% Ausgaben = 59,6%			

Kleinfurra

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Nach der Prognose zum Jahresergebnis 2014 kann festgestellt werden, dass das Ziel des HSK, den vollständigen Abbau des Sollfehlbetrages und die Rücklagenzuführung, erreicht wird.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Zur Umsetzung des HSK sind keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen zu ergreifen, alles läuft planmäßig.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Ohne eine Finanzhilfe des Landes ist es der Gemeinde Kleinfurra gelungen, die finanzielle Schieflage der letzten Jahre (2010 und 2011) zu korrigieren und ab 2014 wieder eine stabile Haushaltswirtschaft vorzuweisen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Solche Maßnahmen waren nicht erforderlich.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Das Kreditausfallrisiko ist sehr gering, da die Erbringung der Zins- und Tilgungsleistung oberste Priorität hat. Die Gemeinde Kleinfurra wir die vorhandenen Darlehen am Ende des Konsolidierungszeitraumes – 2018 – vollständig getilgt haben.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Nohra

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0€**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **17.294€**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **158.634,43€**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **24.10.2013** genehmigt am: **14.11.2013**

Konsolidierungszeitraum: **2013 - 2023**

Wesentliche Konsolidierungs -maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs -potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.- 30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.- 30.09.2014 IST (EUR)**
Gemeindesteuer	umgesetzt	11.800	118.950	194.267
Eintrittsgelder Freibad	nicht umgesetzt wetterabhängig	5.000	15.000	12.736
Anwaltskosten	umgesetzt	1.300	150	20
FFW Haltung Fahrzeuge	nicht umgesetzt unvorhersehbare Fahrzeugreparatur/ notwendig wegen Einsatzbereitschaft	500	750	3.721
Gebrauchsgegen-stände FFw	umgesetzt	800	525	361
Unterhaltung Straßenbeleuch-tung	nicht umgesetzt notwendige Reparaturen wegen Sicherungspflicht	600	750	1.647
Winterdienst	umgesetzt	700	2.100	1.282
Entgelte Bauhof	umgesetzt	6.100	81.750	79.868
Zinsen	umgesetzt	1.900	7.350	6.421
Gesamt:		28.700	227.325	300.323

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Nach der Prognose zum Jahresergebnis kann festgestellt werden, dass das Ziel des HSK für 2014 nicht erreicht wird. Die Gemeinde wird einen neuen Sollfehbetrag in Höhe von 34.600€ erwirtschaften. Im Rahmen der Kanalisationsmaßnahmen des Abwasserzweckverbandes „Bode-Wipper" hat die Gemeinde Nohra die Kosten, die zur Straßenoberflächenentwässerung erforderlich sind, zu tragen – insgesamt 109.900€ -.

Nohra

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Rechtsaufsichtliche Maßnahmen sind noch nicht ergriffen worden, da die Gemeinde Nohra entsprechend den VV zum HSK das HSK fortgeschrieben hat, und die Veränderungen im HSK eingearbeitet wurden. Dieses liegt dem Gemeinderat als Beschlussvorlage zur Gemeinderatssitzung am 30.10.2014 vor.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Über eine mögliche strukturelle Veränderung und somit zur eventuellen Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation wurde in den politischen Gremien diskutiert, hierzu fehlen jedoch noch viele Informationen um einschätzen zu können, ob und wie sich dadurch die Situation der Gemeinde verbessern würde.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Solche Maßnahmen waren nicht erforderlich.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Das Kreditrisiko kann als sehr gering eingeschätzt werden. Die Verbindlichkeiten für den Schuldendienst haben für die Gemeinde oberste Priorität.

Anmerkung der Kommunalaufsicht
Die geplanten Vorgaben des HSK konnten von der Gemeinde nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Das angestrebte Ziel des HSK wurde bislang nicht erreicht. Die angefallenen Veränderungen wurden von der Gemeinde Nohra analysiert, in der 1. Fortschreibung zum HSK dokumentiert und durch mit Beschluss - Nr.: 14/03/2014 vom 30.10.2014 festgehalten. Der Rechtsaufsicht wurde die 1. Fortschreibung zur Genehmigung mit Posteingang vom 18.11.14 vorgelegt. Mit der Prüfung der Unterlagen wurde begonnen, dass Ergebnis steht noch aus.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Neustadt

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: keine
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 24.000 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 46.448,33 €

HSK beschlossen am: 24.03.2011 genehmigt am: 12.08.2011

Konsolidierungszeitraum: 2011- 2014

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1.1. Anhebung Steuer B auf 400 %	ab 2011	um 20.000 € auf 100.000 €	104.983,49	84.860,01
1.2. Anhebung Gewerbe-steuer auf 400 %	ab 2011	um 35.000 auf 85.000 €	64.289,17	63.728,17
1.3. Anhebung Fremdenverkehrsbeitrag auf 0,6 %	ab 2012	um 1.450 auf 2.200 €	3.285,77	710,92
1.4. Anpassung Hundesteuer	ab 2011	um 900 auf 3.700 €	4.925,00	4.866,33
1.5. Erhöhung Nutzungsgebühren Saal	ab 2013	um 500 auf 2.500 €	0	0
1.6. Erhöhung Nutzungsgebühren Bad	ab 2011	um 1.000 auf 17.000 €	18.789,75	18.789,75
1.7. Erhöhung Lohn- u. Einkommenssteuer		um 5.650 auf 209.400 €	136.259,43	136.259,43
1.8. Erhöhung Umsatzsteuer		um 150 auf 11.600 €	7.407,34	7.407,34
1.10. Senkung Schulumlage	2014	um 4.150 auf 86.800 €	85.750	64.306,98
1.11. Erhöhung Schlüsselzuweisung		um 18.500 auf 420.800 €	310.700	233.056,68
1.12. Reduzierung Zuschuss Kita		um 12.600 auf 308.450 €	278.100	231.767,00
1.13.Wegfall Wochenmarkt		um 450 auf 0 €	0	0
1.14. Brennstoffe Saal	ab 03.2013	um 1.000 auf 3.000 €	0	0
1.17. Gebühren Bücherei	ab 3. Quartal 2013	um 50 auf 100 €	0	0
1.19. Optimierung Abrechnung Betriebskosten Sportlerheim	ab 2011	um 2.650 auf 6.650 €	6.669,66	5.907,67

1.21. Werterhaltung Brücken		um 1.500 auf 0 €	0	0
1.22. Öffentlichkeitsarbeit		um 500 auf 500 €	700	559,78
1.23. Mehreinnahme Konzessionsabgabe		um 3.250 auf 32.850	28.600	21.150,38
1.24. Mehreinnahme Dividende		um 1.750 auf 13.350 €	13.800	0
1.25. Reduzierung Unterhalt Saal		um 500 auf 500 €	673,30	673,30
1.26. Wegfall Ausstattung Stolb.str.	ab 2012	um 500 auf 500 €	0	0
1.27. Reduzierung Betriebsk. Sportlerheim	ab 2012	um 50 auf 450 €	0	0
Mehreinnahmen/Minderausgaben gesamt:		112.100 €		

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Abweichungen zum HSK:
1.2. angestrebte Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden sicherlich nicht erzielt
1.5. Vermietung des Objektes inkl. Saal an Dritten; Mieteinnahme 3.600 € jährlich ab 2013
1.7. wird bis Jahresende erreicht
1.8. wird bis Jahresende erreicht
1.11. Zielsetzung wird nicht erreicht – im HSK zu hoch angesetzt
1.14. Kosten trägt der Pächter
1.17. Bücherei wurde geschlossen (Herbst 2013)
1.22. Zielsetzung nicht erreicht – Anschaffung Hinweisschilder u. touristische Wegweiser
1.23. Zielsetzung nicht erreicht – Konzessionsabgabe ist verbrauchsabhängig, durch Gemeinde nicht beeinflussbar
1.25. Zielsetzung nicht erreicht – Ersatzbeschaffung Boiler und Feuerlöscher

Anmerkung Kommunalaufsicht:
Insgesamt betrachtet, konnte das Konsolidierungsziel die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde bis 2014 wiederherzustellen nicht erreicht werden.
Die in der Tabelle dargestellten Etappenziele 01.01. bis 30.09.14 sind nach Auskunft der Gemeinde nicht aussagekräftig. Nicht alle Konsolidierungsmaßnahmen können als Etappenziel dargestellt werden sondern müssen aufs gesamte Jahr betrachtet werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Anmerkung Kommunalaufsicht:
Die Gemeinde wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach auf die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes hingewiesen. Am 25.09.2014 wurde von der Gemeinde, im Rahmen der Beantragung einer Bedarfszuweisung, ein völlig neues Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2023 beschlossen. Dieses wurde mit Bescheid vom 29.10.2014 von der Kommunalaufsicht genehmigt.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Im neuen HSK welches am 25.09.2014 beschlossen wurde, wird eine strukturelle Veränderung ab 2018 unterstellt. Durch den Wegfall der Umlage an die VG Hohnstein/Südharz wird die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde wiederhergestellt.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

keine

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Kein Zinsausfallrisiko

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Wipperdorf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **24.876€**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **19.832€**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **26.02.2014** genehmigt am: **14.04.2014**				
Konsolidierungszeitraum: **2014 – 2018**				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs - potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Konsolidierungspotential hat die Gemeinde nicht, da sie schon **immer** nach dem Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gehandelt hat. Es konnten keine Maßnahmen im HSK festgelegt werden, ohne die Pflichtaufgaben zu gefährden. Das HSK und der beschlossene Haushaltsplan 2014/2015 ist für die Gemeinde bindend. Im HSK wurde dargestellt, dass die Gemeinde den noch vorhandenen Sollfehlbetrag von 19.832€ im Haushaltsjahr 2014 vollständig decken wird und der allgemeinen Rücklage 44.500€ zugeführt werden kann. Während der Haushaltsdurchführu				

Wipperdorf

ng bis einschließlich 30.09.2014 kam es jedoch zu unvorhersehbaren *Mindereinnahmen* und Mehrausgaben, die die Gemeinde verpflichteten das HSK fortzuschreiben und eine Bedarfszuweisung zu beantragen.				
Gewerbesteuereinnahme	Rückzahlung von Gewerbesteuereinnahmen und Herabsetzung der Vorausleistungen.	0,00€	259.500€	4.562€
Errichtung eines 2. Rettungsweges in der KITA, eine provisorische Fluchttreppe (Gerüstaußentreppe) *für die KITA in* Wipperdorf		0,00€	0€	5.102€
Baumschnitt	Das Fällen von Pappeln war erforderlich, da die ständigen Astabbrüche eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedeuten („Gefahr in Verzug“)	0,00€	1.875€	6.537€
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Da sich die haushaltsrechtlichen Eckdaten der Gemeinde geändert haben, ist entsprechend den Verwaltungsvorschriften zur Aufstellung und Fortschreibung des HSK unverzüglich die 1. Fortschreibung zum HSK durchzuführen. Diese wurde dem Gemeinderat vorgestellt und am 28.10.2014 beschlossen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Die 1. Fortschreibung des HSK wurde am 29.10.2014 mit Auflagen kommunalaufsichtlich genehmigt.
Auflagen:

Wipperdorf

- **Kostendeckungsgrad KITA (10% über Landesdurchschnitt)**
- **Überprüfung freiwilliger Leistungen**
- **Überprüfung kommunales Vermögen (evtl. Veräußerung)**
- **Kommunale Einnahmen auf angemessenen Höhe zu überprüfen**

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Über eine mögliche strukturelle Veränderung und somit zur eventuellen Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation wurde in den politischen Gremien diskutiert, hierzu fehlen jedoch viele Informationen um einschätzen zu können, ob und wie sich dadurch die Situation der Gemeinde verbessern würde.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Solche Maßnahmenwaren nicht erforderlich.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Das Kreditausfallrisiko kann als sehr gering eingeschätzt werden. Die Verbindlichkeiten für den Schuldendienst haben für die Gemeinde oberste Priorität.

Anmerkung der Kommunalaufsicht
Die Gemeinde Wipperdorf ist im Juni 2014 durch einen Bescheid des Finanzamtes darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass sie eine erhebliche Gewerbesteuerrückzahlung zu tätigen hat. Gleichzeitig ist damit zukünftig eine Minderung an Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu verzeichnen. Durch diesen Umstand ist die bis dahin ordnungsgemäße Haushaltsführung der Gemeinde zusammengebrochen. Es musste, auf Grund der schon fortgeschrittenen Zeit und auf Grund der schon in die Wege geleiteten planmäßigen Haushaltsumsetzung, ein Antrag auf Bedarfszuweisung gestellt werden. In diesem Zusammenhang wurden die erheblichen Veränderungen in das vorliegende genehmigte HSK aufgenommen. Eine Überarbeitung und Aktualisierung wurde vorgenommen. Die 1. Fortschreibung wurde beschlossen. Die Genehmigung konnte jedoch nur erteilt werden unter der Vorraussetzung, dass die Ausreichung der beantragten Bedarfszuweisung erfolgen wird. Zur Umsetzung können bislang noch keine Angabe getätigt werden, da alle maßgeblichen Dinge erst zu einem späteren Zeitpunkt greifen werden.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Nordhausen
Kommune: Wolkramshausen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0,00 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **25.014 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **309.442€**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **07.05.2013/24.04.2014** genehmigt am: **16.05.2013**

Konsolidierungszeitraum: **2013 - 2023**

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Schlüsselzuweisung	umgesetzt	64.900	270.525	270.516
Mieteinnahmen Verwaltungsgebäude	umgesetzt, Berechnung BK erfolgt im IV. Quartal	1.000	7.275	10.466
Konzessionsabgabe	umgesetzt	3.800	15.225	77.462
Heizkosten Amt	umgesetzt	2.300	4.725	2.307
EDV-Kosten	umgesetzt	2.500	1.500	0
Straßenausbesserung	umgesetzt	3.000	1.500	1.125
Rep. Straßenbeleuchtung	nicht umgesetzt Rep. da Sicherungspflicht	2.500	750	2.183
Entgelte Bauhof	umgesetzt	-3.500	70.875	68.401
BK Zuschuss KITA (Wunsch-u. Wahlrecht)	nicht umgesetzt	-17.900	21.075	26.317
Zuschuss Träger KITA	umgesetzt	-49.900	228.675	231.739
Gesamt:		8.700		

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Da sich die haushaltsrechtlichen Eckdaten der Gemeinde geändert haben, ist entsprechend den Verwaltungsvorschriften zur Aufstellung und Fortschreibung des HSK und der Auflage des TFM die Fortschreibung des HSK zu beschließen.

Wolfratshausen

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen zur Umsetzung des HSK sind nicht erforderlich.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Über eine mögliche strukturelle Veränderung und somit zur eventuellen Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation wurde in den politischen Gremien diskutiert, hierzu fehlen jedoch noch viele Informationen um einschätzen zu können, ob und wie sich dadurch die Situation der Gemeinde verbessern würde.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Solche Maßnahmen waren bisher noch erforderlich.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Das Kreditausfallrisiko kann als sehr gering eingeschätzt werden. Die Verbindlichkeiten für den Schuldendienst haben für die Gemeinde oberste Priorität

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale Holzland Kreis
Kommune: Stadt Kahla

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 174.088 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 2.354.401,98 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 27.02.2014 mit HHPl 2014 genehmigt am: 07.04.2014 Rechtsaufsichtliche Genehmigung Haushaltsatzung und Haushaltsplan

Konsolidierungszeitraum: 2014-2021

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Siehe Anlage-Tabelle				
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

In den Jahren 2010-2013 wurden viele Haushaltssicherungsmaßnahmen getroffen und sind umgesetzt. Im Jahr 2014 sind keine weiteren Maßnahmen getroffen wurden.

Die Konsolidierungsmaßnahmen erzielen positive Erfolge. Die dauerende Leistungsfähigkeit der Stadt Kahla ist wieder gegeben. Die Entwicklung der Nettoinvestitionsrate zeigt ebenfalls eine positive Entwicklung.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Nein

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung Verwaltungshaushalt

Haushaltkonsolidierung 2010-11	geplante Mehreinnahme	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 31.12.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
1.Verwaltungskostensatzung überarbeiten	4.000	532	383	2.301	-5.254
2.Verwarnungsgelder ruhender Verkehr	9.000	-1.256	4.561	5.738	6.726
3.Erhöhung der Bußgelder	9.000	-1.728	2.658	1.581	2.405
4. Erhöhung Gebühren Museum/+ Touristeninfo.	2.000	1.740	1.840	1.840	5.770
5. Erhöhung Gebühren Bibliothek	400	457	402	472	439
6.Erhöhung Einnahmen Freibad	8.400	1.350	4.900	14.998	3.928
7.Erhöhung Parkgebühren	6.000	2.800	200	1.339	-3.136
8.Erhöhung Einnahmen in Kompostanlage	2.500	2.700	2.400	1.516	72
9.Erhöhung Marktgebühren	11.600	-500	2.195	-397	-6.149
10.Bauhofleistungen an Dritte (bis 2013)	30.000	0	0	0	0
11.Erhöhung Einnahme Freizeitfläche Gries	3.000	0	0	0	0
12.Erhöhung Realsteuern					
Grundsteuer A/B	97.500	123.000	132.400	122.032	120.769
Gewerbesteuer	295.000	334.950	419.800	465.967	500.806
13.Erhöhung Vergnügungssteuer	8.000	-3.000	700	264	-3.134
14.Mieten und Pachten Ratskeller	4.200	4.600	5.400	6.303	5.620
Summe	493.600	469.990	568.650	623.954	628.863

Haushaltkonsolidierung 2012	geplante Mehreinnahme	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 31.12.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
1. Gewinnabführung Wohnbau		----------	755.000	200.000	Bilanzsitzung 16.10.14 danach erfolgt Gesellschafterversammlung
2 .Kontrolle unangemeldeter Hunde	3.000	----------	----------	1.200	660
Summe	3.000		755.000	201.200	660

Maßnahmen zur Ausgabensenkung im Verwaltungshaushalt

Haushaltkonsolidierung 2010-11	geplante Minderausgaben	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 31.12.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
1. Optimierung Stromverträge Freibad	6.000	-	2.494		-----
2. Reduierung der Zinsbelastung					
Kredit 10 bis 2030	gesamt: 118.920		------	11.985	----
Kredit 12 bis 2018	gesamt: 14.700	2.436	4.070	3.245	2.433
3. Reduzierung Personalkosten bis 2015		keine Wiedebesetzung ATZ			
keine Wiederbesetzung ATZ-Stellen		17.600	28.800	17.018	
keine Wiederbesetzung freier Stellen Bauhof	nicht geplant	65.800	65.800	25.460	
Ordnungsamt	nicht geplant	36.600	0	-9.850	
				Einstellung neuer MA	
Summe		122.436	101.164	47.858	

Haushaltkonsolidierung 2012	geplante Minderaushaben	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 31.12.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
4. Straßenbeleuchtung Unterhaltung	2.000	----------	2.900	-380	-547
Summe	2.000		2.900	-380	-547

Haushaltkonsolidierung 2013	geplante Minderaushaben	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 31.12.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
keine Wiederbesetzung geschäfteleitender Beamter	61.000	----------	----------	61.000	61.000
Ausschaltung Straßenbeleuchtung	5.000	----------	----------	1.398	kann gerzeit noch nicht
Summe	66.000			62.398	610.000

Maßnahmen zur Einnahmenerhöhung im Vermögenshaushalt

Haushaltkonsolidierung 2010-11	geplante Mehreinnahme	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 30.09.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
1. Straßenausbaubeitäge Eichicht, Moskauer Str. und Fritz Ebert Straße		----------		keine Fertigstellung Straßenbeleuchtung	keine Fertigstellung Straßenbeleuchtung
2. Veräußerung bebauter Grundstücke					
Margarethenstr. 3	4.000	0	----------	Verkauf in 2014 -Archiv umgezogen- Erstellung neues Gutachten	Verkauf schwierig- Fledermausquartier
Gabelsberger Str.	500	500	----------	----------	----------
Alter Bauhof	40.000	----------	----------	Mietvertrag wurde verlängert bis Ende 2014	Mietvertrag wurde verlängert bis Ende 2014
3. Veräußerung KEBT Aktien	2.400.000	----------	----------	980.000	
4. Veräußerung sonstiges Vermögen/ Teilflächen		17.693			
Summe	2.444.500	18.193		980.000	0

Haushaltkonsolidierung 2012	geplante Mehreinnahme	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 30.09.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
Veräußerung sonstiges Vermögen					
Margarethenstraße	11.900	----------	11.900	erledigt	----------
Freibad Kahla	530.000	----------	0	Verkauf nicht realisierba	----------
				Umwandlung in Gewinnausschüttung	

Maßnahmen zur Absenkung im Vermögenshaushalt

Haushaltkonsolidierung 2010-11	geplante Minderausgabe	Abrechnung 2011	Abrechnung bis 30.09.2012	Abrechnung bis 31.12.2013	Abrechnung bis 30.09.2014
1. Umschuldung Kredite	900	900	1.330	Absenkung Tilgungsrate	
2. Städtischer Anteil Turnhalle	145.322	96.882	48.441	ÜbernahmeKosten Wohnbaugesellschaft mbH	erledigt

Summe	146.222	97.782	49.771	0

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014	
Landkreis:	Saale - Holzland - Kreis
Kommune:	Reuthendorf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:	0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV):	6.857 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013:	38.711,28 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am:		genehmigt am:		
Konsolidierungszeitraum:				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Abschaltung SBL	- umgesetzt	1.303,67 €		1.303,67 €
Energie Bauhof		1.843,61 €		1.843,61 €
Energie DGH		2.165,74 €		2.165,74 €
Gewerbesteuer		10.336,- €		10.336,- €
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Siehe Anlage

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK Renthendorf Anmerkungen:

Abschaltung SBL in den Nachtstunden:
Durch Abschaltung der Straßenbeleuchtung in den Nachtstunden kommt es zu einer Ausgabeneinsparung in Höhe von **1.303,67 €**.

Energieeinsparung im Bauhof:
Die Energieeinsparung im Bauhof in Höhe von ***1.843,61 €*** ist darauf zurückzuführen, dass das Elektroheizgerät, welches einen hohen Stromverbrauch hat, nicht mehr genutzt wird. Um das Einfrieren der Wasseruhr zu verhindern, wird ausschließlich der Ölofen benutzt.

Energieeinsparung DGH:
Aufgrund des Ausbaus eines nicht benötigten Energiezählers und durch den sparsamen Umgang der Heizgeräte, kam es in den Dorfgemeinschaftshäusern Renthendorf und Hellborn zu einer Energieeinsparung in Höhe von ***2.165,74 €.***

Gewerbesteuer Mehreinnahmen:
Bei der Gewerbesteuer kam es zu einer Mehreinnahme in Höhe von ***10.336,00 €.*** Diese Mehreinnahme resultiert aus der Veranlagung für 2013 eines neuen Steuerpflichtigen.

Verwaltungsgemeinschaft „Hügelland/Täler“

Freistaat Thüringen

VG „Hügelland/Täler“ * Pfarrwinkel 10 * 07646 Tröbnitz

Landratsamt SHK
Amt für Kommunalaufsicht
Postfach 1310
07602 Eisenberg

302.5814 4PP0261

Saale-Holzland-Kreis
Landratsamt
Kommunalaufsicht
eingegangen am: .....
EINGEGANGEN: 26. Nov. 2014
.....
FE Fölsche

/4467

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name: Weidemann
Telefon: 036428 648 0
Telefax: 036428 64848
E-Mail: vorsitzender@huegelland-taeler.de
Internet: www.huegelland-taeler.de

Datum: 24.11.2014

Einhaltung der Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der VG – Mitgliedsgemeinde Renthendorf
Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks Nr.106/1 (ehemaliges Lehrerhaus) in Renthendorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Haushalt der Gemeinde Renthendorf für 2014 war der Verkauf des gemeindeeigenen Grundstücks Nr. 106/1 (ehemaliges Lehrerhaus) mit 40.000, 00 € im Vermögenshaushalt geplant. Die Einnahme aus dem Verkauf sollte noch 2014 kassenwirksam werden.
Der Verkauf verzögerte sich jedoch aus folgenden Gründen:
Das Gebäude, Dorfstraße Nr. 46a (ehemaliges Lehrerhaus), auf dem Grundstück 106/1 ist in 4 Wohneinheiten untergliedert.
Eine Wohneinheit davon wurde bereits von der Gemeinde als Eigentumswohnung veräußert und war damit nicht Bestandteil der Ausschreibung des Grundstücks 106/1.
Der Käufer des gemeindeeigenen Grundstücks 106/1 wollte aber im Rahmen eines Gesamtkonzepts für das Grundstück diese Eigentumswohnung mit erwerben.
Auf Drängen des mit dem Gesamtverkauf beauftragten Notariats sollte der Eigentumswechsel nur im Rahmen des Gesamtverkaufs des Grundstücks erfolgen.
Dies führte zu erheblichen Verzögerungen beim Verkauf des Grundstücks 106/1.
Derzeitig liegt der Verkaufsvertrag für das Grundstück Nr.106/1 im Entwurf vor.
Ein Termin beim Notariat ist für Anfang Dezember 2014 vorgesehen.
Die Einnahme für den Grundstücksverkauf in der Haushaltsstelle 9000 3400 des Haushalts der Gemeinde wird als Haushaltsrest auf das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

Mit freundlichen Grüßen

We C

Weidemann
VG - Vorsitzender

Landratsamt
Saalfeld-Rudolstadt

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt · PF 2244 · 07308 Saalfeld

Dienstgebäude: 07407 Rudolstadt
Schwarzburger Chaussee 12
Kommunalaufsicht

vorab per Fax 0361 37-73 7031

z.w.V.	R	z.V	z.A	AE
P	Thüringer Landesverwaltungsamt EINGEGANGEN		Abt.: 1	
PR	27. Nov. 2014		RG:	
VP			Ref.: 240,2	

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Weimarplatz 4
99423 Weimar

Auskunft erteilt: Frau Heunemann
Zimmer: 313
Telefon: 03671 823-273
Telefax: 03671 823-358
E-Mail: kommunalaufsicht@kreis-slf.de*

Datum und Zeichen Ihrer Nachricht:	Unser Zeichen (bei Antwort bitte stets angeben):	Datum:
16.09.2014 240.3-1474-013/14-TH	093.902:16_00(14)1_03	Rudolstadt, den 25.11.2014

Berichtspflicht der unteren Rechtsaufsichtsbehörden über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 30. November 2014 gemäß Nr. 5 der Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung
hier:
Landkreis Saalfeld-Rudolstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Bezug auf o. g. Betreff teilen wir Folgendes mit:

Über den Vollzug eines genehmigten HSK nach der VV Haushaltssicherung haben die Städte und Gemeinden Bad Blankenburg, Lehesten, Leutenberg, Katzhütte und Schmiedefeld zu berichten.

1. Bad Blankenburg

Das HSK der Stadt Bad Blankenburg wurde am 28. Mai 2013 genehmigt. Der Konsolidierungszeitraum umfasst die Jahre 2013 bis 2020.
Die Stadt Bad Blankenburg wurde am 22. November 2013 aufgefordert das HSK gemäß der VV – Haushaltsicherung fortzuschreiben und der Rechtsaufsichtsbehörde bis zum 17. Januar 2014 vorzulegen.
Hieran schlossen sich umfangreicher Schriftverkehr und mehrere Beratungen – u. a. mit dem Thüringer Finanzministerium (TFM) - an. Im Zuge dessen wurde die Frist zur Vorlage einer Fortschreibung des HSK bis 30.09.2014 verlängert. In Abstimmung möglicher Bedarfszuweisungen mit dem TFM wurde die Fortschreibung mit Bescheid des Landratsamtes vom 30.09.2014 genehmigt. Die Stadt Bad Blankenburg benötigt zur Erreichung des Konsolidierungszieles eine Bedarfszuweisung i. H. v. 1.472 T€, welche am 30.09.2014 beim TFM beantragt worden ist. Eine Entscheidung steht noch aus.

2. Lehesten

Der Stadt Lehesten wurde mit Bescheid vom 14.03.2013 das HSK genehmigt. Der Konsolidierungszeitraum erstreckt sich von 2013 bis 2022.
Die Berichterstattung umfasste die Ist-Zahlen zum 30.09.2014 und das voraussichtliche Ergebnis zum 31.12.2014, weiterhin wurden Abweichungen erläutert.
Nach Vorlage der Berichterstattung zum 30.09.2014 kann eingeschätzt werden, dass das Konsolidierungsziel erreicht wird. Der Soll-Fehlbetrag soll mit ca. 88.500,- € gedeckt werden, sodass sich der Gesamtfehlbetrag zum Ende des Haushaltsjahres 2014 auf voraussichtlich 143.500,- € verringern wird.

Die Konsolidierungsmaßnahmen wurden im Wesentlichen umgesetzt. Ein Eingriff der Rechtsaufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

3. Leutenberg

Die Genehmigung für die 1. Fortschreibung des HSK wurde am 27.10.2014 erteilt. Der Konsolidierungszeitraum umfasst die Jahre 2013 bis 2022.
Von der Stadt wurden Deckungskreise bei den Bewirtschaftungskosten eingerichtet.
Die Vorgaben des HSK werden durch die Stadt eingehalten. Die Berichterstattung zeigt, dass das Konsolidierungsziel z. Z. nicht gefährdet ist. Der Fehlbetrag konnte weiter abgebaut werden.

Handlungsbedarf wird unsererseits nicht gesehen.

4. Katzhütte

Das HSK wurde am 25.06.2013 genehmigt und umfasst die Jahre 2013 bis 2022. Nach der vorliegenden Berichterstattung der Gemeinde Katzhütte werden die Ist-Zahlen zum 30.09.2014 und das voraussichtliche Ergebnis zum 31.12.2014 erfasst. Abweichungen wurden erläutert. Die 1. Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzept wurde vorgelegt. Daraus ist ersichtlich, dass sich der Fehlbetrag um ca. 122 T€ im Jahr 2014 erhöht.

5. Schmiedefeld

Das HSK wurde am 24.04.2014 genehmigt und umfasst die Jahre 2014 bis 2023. Nach der vorliegenden Berichterstattung der Gemeinde Schmiedefeld werden die Ist-Zahlen zum 30.09.2013 und das voraussichtliche Ergebnis zum 31.12.2014 erfasst. Abweichungen wurden erläutert.

Die Konsolidierungsmaßnahmen wurden im Wesentlichen umgesetzt. Ein Eingriff der Rechtsaufsichtsbehörde ist nicht erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Heunemann

Heunemann
Kreisangestellte

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Schmalkalden-Meiningen
Kommune: Brotterode-Trusetal

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0,00 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 180.425 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 1.620,98 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 15.07.2014, genehmigt am: 18.07.2014

Konsolidierungszeitraum: bis 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Veränderung Organ-kompetenzen, Ausschüsse, digitaler Sitzungsdienst	Ändg.Organkompetenzen in Geschäftsordnung erledigt Abschaffg.Sozialausschuss und keine berufene Bürger mehr Digitaler Sitzungsdienst und Ratsinformationssys-tem wurden aus recht-lichen Gründen noch nicht umgesetzt	6.250	6.250	6.250 Endgültige Realisierung abhängig von der Anzahl der noch einzuberufenden Sitzungen
Personalwirtschaftliche Maßnahmen	Reduzierung der Kernverwaltung um 2,225 VzÄ im 2. HJ 2014 (nicht umgesetzt, da die Freiwilligkeit der Mitarbeiter bis dato noch nicht vorhan-den war und betriebsbe-dingte Kündigungen gemäß beschlossenem HSK nicht durchgeführt werden sollen) Auslaufen Altersteilzeit-stelle und keine Neu-besetzung Nichtbesetzung einer frei-werdenden Stelle im Bauhof Reduzierung Betreuung Seniorenclub Streichung 0,825 VbE „Empfang"	136.360	108.437	67.436
Einsatz kommunalen Vermögens	Geplant war zunächst die Veräußerung von 5 Objekten, Der Verkauf von 3 Objekten wurde aus wirtschaftlichen und politischen Gründen durch	-	-	-

	den Stadtrat abgelehnt, 1 Objekt wurde erfolglos ausgeschrieben (Turmbaude: 27.000 €), 1 Objekt steht vor der Ausschreibung (Rathaus Brotterode) Die verbleibenden KEBT-Aktien konnten bisher nicht verkauft werden Der Verkauf eines Gewerbegrundstückes in Brotterode konnte planmäßig über 107 T€ abgewickelt werden			
Rückführung freiwilligen Aufwands	Der Vertrag Rechtsanwalt wurde zum 31.03.14 gekündigt Patenschaftsgeld wird nicht mehr gezahlt Beim Bad wurde die Dachsanierung Rutschenturm über 100 T€ zurückgestellt, dafür ist der laufende Zuschuss wegen Einnahmerückgängen gestiegen, die Zukunft des Bades ist weiterhin ungeklärt Reduzierung Bibliothek von 1,0 auf 0,5 VzÄ Reduzierung Seniorenbetreuung von 0,75 VzÄ auf geringfügige Beschäftigung Die Zuschussreduzierung an die GmbH von 50 T€ auf 25 T€ kann aller Voraussicht nach nicht realisiert werden, ohne die GmbH in ihrer Existenz zu gefährden Der Essenszuschuss Kita soll ab 2015 um 25.000 € reduziert werden Ein Beschluss zur Übergabe der Sporthallen an den Kreis wurde gefasst und liegt zur Entscheidung beim Landkreis	91.377	91.377 (planmäßige Einsparung bis Jahresende, unterjährige Angabe nicht möglich)	157.000 (Vorraussichtliche Einsparung über alle Abschnitte bis Jahresende, insbesondere der Einsparung Rutschenturm geschuldet)
Reduzierung der Zinsbelastung durch Umschuldung von Krediten	Alle Kredite, bei denen die Zinsbindung ablief, wurden umgeschuldet zu wesentlich besseren Konditionen Zum 20.12.14 wurde bereits der nächste Kredit umgeschuldet (Zinseinsparung über die Restlaufzeit ca. 100 T€)	21.008	21.008	21.008
Senkung des Zuschusses an den Träger der Kita`s	Das Einsparziel von 100.000 € wurde realisiert durch Kostensenkung beim Träger und Erhöhung der Elternbeiträge,der erforder-	100.000	100.000	100.000

	liche Kostendeckungsgrad ist jedoch noch nicht erreicht Der Essenszuschuss Kita soll ab 2015 um 25.000 € reduziert werden			
Anpassung der Friedhofsgebühren	Umsetzung erst in 2015 (in Arbeit)	-	-	-
Erhöhung der Hebesätze	Hebesatzerhöhungen wurden umgesetzt, aber aufgrund rückläufiger Messbeträge bei der Gewerbesteuer wurde das geplante Mehraufkommen nicht realisiert (nur partiell bei der Grundsteuer)	143.000	-	-
Gesamt:		497.995	327.072	351.694

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Bezüglich der o.g. aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen Nr. 2 „Personalwirtschaftliche Maßnahmen" sowie Nr. 4 „Rückführung freiwilligen Aufwands" insbesondere hinsichtlich der Dachsanierung Rutschenturm Inselbergbad bedarf es noch Nachfragen gegenüber der Stadt. Unseres Erachtens war die Dachsanierung Rutschenturm gar nicht im Haushaltsentwurf 2014 veranschlagt und der Betrag von 100 T€ kann daher nicht der Rückführung des freiwilligen Aufwands zugerechnet werden. Über das Ergebnis geben wir noch eine Stellungnahme ab.
Eine Umsetzung der mit der Genehmigung des HSK einhergehenden Auflagen zur weiteren Reduzierung der freiwilligen Leistungen und der Sicherung des vorgeschriebenen Kostendeckungsgrades bei den Kita-Gebühren sind bisher nicht erfolgt. Hierzu laufen Gespräche zwischen der Stadt und dem Träger der Kindertageseinrichtungen. Die größte Herausforderung bleibt dabei die Klärung der Zukunft des Inselbergbades.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Die Genehmigung der Fortschreibung des HSK wurde unter Auflagen erteilt. Danach hat die Stadt spätestens mit Vorlage der Haushaltssatzung 2015 eine weitere Fortschreibung des HSK vorzulegen, die den Maßgaben der VV-Bedarfszuweisungen entspricht. Insofern hat die Stadt nachzuweisen, dass bei Kindertageseinrichtungen ein Kostendeckungsgrad erreicht wird, der mindestens 10 % über dem Landesdurchschnitt liegt und dies beim Zuschuss der Stadt an den Träger der Kita für das Jahr 2015 entsprechend berücksichtigt wird. Außerdem ist eine weitere Reduzierung der freiwilligen Leistungen aufzuzeigen. Über die Haushaltssatzung 2015 hat der Stadtrat der Stadt Brotterode-Trusetal derzeit noch nicht beschlossen, es liegt uns auch noch keine weitere Fortschreibung des HSK vor.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Bestrebungen zu einer strukturellen Veränderung seitens der Stadt Brotterode-Trusetal sind uns nicht bekannt. Selbst wenn es Bestrebungen gäbe, kann von uns nicht eingeschätzt werden, welche positiven Effekte sich daraus ergeben.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Nicht bekannt

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Im HSK wurden hierzu keine Angebe gemacht.

Bei den von der Stadt aufgenommenen Krediten macht sich das niedrige Zinsniveau sehr positiv auf die Umschuldung der Kredite bemerkbar, bei denen die Zinsbindung abläuft. Hier unterliegt die Stadt natürlich dem Risiko der Zinssteigerung, da sich zukünftige Umschuldungen dann verteuern.

Der Schuldenstand der Stadt Brotterode-Trusetal zum 31.12.2013 betrug 6.993.730 € (1.065,63 € je Einwohner).

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Schmalkalden-Meiningen
Kommune: Stadt Oberhof

Rücklagenbestand zum 31.12.2013:
Allgemeine Rücklage - 0 Euro; Rücklagen f. später entst. Kosten 252.300 Euro
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 189.498,68 Euro
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 728.382,36 Euro

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 25.09.2012 genehmigt am: 30.10.2012

Konsolidierungszeitraum: 2012- 2015

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B auf 410 v.H.	umgesetzt	7.450	7.450	7.450
Anhebung der Hundesteuer auf 60 EURO	umgesetzt	2.525	2.525	2.525
Erhöhung der KITA Gebühren	umgesetzt	36.133	27.100	27.100
Übertragung Breitensport und Tourismus	umgesetzt	85.000	37.500	0
Gesamt:		**131.108**	**74.575**	**37.075**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Wie im Rahmen des HSK dargelegt, ist eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung maßgeblich von der Umsetzung der Maßnahmen des Handlungskonzeptes der Thüringer Landesregierung abhängig. Der am 25.06.2013 gegründete Zweckverband „Thüringer Wintersportzentrum" hat die Aufgaben zum Betrieb und Unterhalt der Sport- und Freizeitanlagen übernommen. Mit Wirkung vom 01.01.2014 erfolgte die Übertragung des für die Bewirtschaftung erforderlichen Personals und die Übernahme der vertraglichen Verpflichtungen. Die Übertragung des Eigentums an den Anlagen konnte noch nicht erfolgen. Für einen befristeten Zeitraum wird die Verwaltung der Stadt Oberhof gegen eine entsprechende Erstattung ihrer Aufwendungen noch Leistungen für den Zweckverband erbringen.

In Folge der Verzögerungen bei der Übertragung der Sport- und Freizeitanlagen auf den Zweckverband Thüringer Wintersportzentrum musste die Stadt Oberhof im vergangenen Haushaltsjahr 2013 und auch im laufenden Haushaltsjahr 2014, insbesondere im Bereich des Tourismus und durch weiter bestehende Kreditbelastungen, entgegen der ursprünglichen Annahmen noch erhöhte Aufwendungen tragen. Hierdurch konnte der Haushaltsausgleich 2014 aus eigenen Mitteln nicht gewährleistet werden. Die Stadt Oberhof konnte bis heute keinen ausgeglichenen Haushalt 2014 vorlegen.

Auch die Angliederung der Stadt Oberhof an eine größere kommunale Struktur wird nach gegenwärtigen Gesichtspunkten frühestens zum 01. Januar 2016, nach Umsetzung aller Maßnahmen des Handlungskonzeptes, erfolgen können. Zurzeit befindet sich die Stadt Oberhof in intensiven Gesprächen mit den benachbarten Städten. Seitens des Oberhofer Stadtrates wurde eine Arbeitsgruppe „Gemeindeneugliederung" berufen. Am 26.11.2013 bekundeten der Bürgermeister und Vertreter der Stadtratsfraktionen ihren grundsätzlichen Willen zum Gemeindezusammenschluss im Rahmen einer Stadtratssitzung in Steinbach-Hallenberg. Weitere vertiefende Gespräche, u.a. mit Zella-Mehlis, werden sowohl auf Verwaltungsebene als auch durch die gewählten Parlamente folgen.

Die finanziellen Auswirkungen der zum 01. Januar 2014 umgesetzten Veränderungen werden in den kommenden Wochen im Rahmen der Fortschreibung des HSK aufgezeigt und nach Beschlussfassung des Stadtrates im Jahr 2015 vorgelegt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein, kein Erfordernis.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Siehe oben.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Hierzu wurden im HSK keine Ausführungen getroffen.

Bewertung der Rechtsaufsichtsbehörde:

Von der Stadt Oberhof wurden die zur Verbesserung der Einnahmesituation beschlossenen Maßnahmen bereits im Haushaltsjahr 2013 umgesetzt. Die vorgesehenen Ausgabenreduzierungen im Bereich Sportanlagen TWZ, Breitensport und Tourismus konnten noch nicht komplett erreicht werden, da eine Übertragung des Eigentums der Sportanlagen noch nicht erfolgte. Die finanziellen Auswirkungen sollten im Rahmen der Fortschreibung des HSK aufgezeigt werden. Die Vorlage einer Fortschreibung vom HSK der Stadt Oberhof bei der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde und dem Finanzministerium erfolgte bislang nicht.

In der Jahresrechnung 2013 wird ein Fehlbetrag in Höhe von 157.422,11 € ausgewiesen. Da es der Stadt noch nicht möglich war die Soll-Fehlbeträge aus den Jahren 2011 und 2012 abzubauen, beläuft sich der Sollfehlbetrag nun auf 728.382,36 €, deren Erwirtschaftung (Deckung) in der Folgejahren kaum möglich erscheint.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 ist es der Stadt Oberhof nicht möglich eine allgemeine Rücklage zu bilden (vorzuhalten). Die fehlende Mindestrücklage verstößt gegen § 68 ThürKO i. V. m. § 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV.

Die pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Oberhof lag zum 31.12.2013 bei 717,62 €.

Im laufenden Haushaltsjahr war es der Stadt Oberhof bisher nicht möglich, dem Stadtrat einen ausgeglichen Haushalt 2014 zur Beschlussfassung vorzulegen. Somit befindet sich die Stadt noch in der vorläufigen Haushaltsführung (§ 61 ThürKO).

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Blankenberg

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 578.800 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 19.260,45 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: - genehmigt am: -				
Konsolidierungszeitraum: -				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Gemeinde Blankenberg wurde aufgrund von Fehlbeträgen in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit mit Schreiben vom 24.05.2013 erstmalig aufgefordert, ein HSK zu erstellen. Seither kam die Gemeinde dieser Verpflichtung nicht nach.

Auch wurden im Rahmen der Berichtspflicht keine Informationen über den Stand der Haushaltskonsolidierung mitgeteilt, lediglich, dass sich der Gemeinderat im Jahr 2015 das nächste Mal mit diesem Thema beschäftigen wird. Ausgehend vom vorliegenden, ausgeglichen Haushalt für das Jahr 2014 und dem darin festgestellten Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2013 (578.800 EUR), kann davon ausgegangen werden, dass die Gemeinde noch genügend Mittel hat, ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Allerdings werden in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit weiterhin erhebliche Fehlbeträge der laufenden Rechnung ausgewiesen (2014: -10.500 EUR / 2015: -114.600 EUR / 2016: -137.500 EUR / 2017: -141.200 EUR).

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Göschitz

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 25.501,73 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 4.243 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 12.06.2014 genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum:

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Unterhaltung Bürgerhaus Röderdorf	Umgesetzt	450	337,50	337,50
Bewirtschaftung Bürgerhaus Röderdorf	Nicht umgesetzt	600	450	360
Vergütung Gemeindestraßen	Nicht umgesetzt	3.800	2.850	2.785,50
AG Anteil SV Gemeindestraßen	Nicht umgesetzt	1.000	750	654,50
Winterdienst	Umgesetzt	1.000	750	1.419,49
Unterhaltung Friedhof	Umgesetzt	600	450	450
Fahrzeughaltung Fuhrpark	Umgesetzt	1.000	750	2001,50
Einnahmen aus Holzverkauf	Nicht umgesetzt	800	600	0
Gesamt:		9.250	6.937,50	8.008,49

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Maßnahmen des am 12.06.2014 beschlossenen und mit Bescheid vom 10.11.2014 abgelehnten HSK werden nur teilweise umgesetzt. Die Maßnahmen werden jedoch auch bei vollständiger Umsetzung nicht annähernd ausreichend sein, eine den gesetzlichen Bestimmungen genügende Haushaltswirtschaft zu erreichen. Wesentliche Ursachen sind insbesondere die geringe Einwohnerzahl (244) sowie die deutlich zu niedrigen Realsteuerhebesätze (Grundsteuer A: 200% / Grundsteuer B: 300% / Gewerbesteuer: 320)

Die Gemeinde Göschitz wurde seitens der Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 10.11.2014 aufgefordert, spätestens bis zum 31.03.2015 ein überarbeitetes HSK vorzulegen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Gemeinde werden keine haushaltswirtschaftlichen Verbesserungsmöglichkeiten durch mögliche Neugliederungen gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Zinsrisiko wird niedrig bewertet. Allerdings wird aufgrund der kritischen Haushaltssituation und der sich für 2015 abzeichnende Zahlungsunfähigkeit befürchtet, dass die Kreditverbindlichkeiten im Jahr 2015 nicht mehr bedient werden können.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Bad Lobenstein

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 2.008.747,84 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 155.190,76 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 10.09.2013 genehmigt am: 14.02.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013-2016

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Tageseinrichtungen für Kinder (Erstattung Wunsch- und Wahlrecht andere Träger)	Umgesetzt	40.000	30.000	39.026,00
Tageseinrichtungen für Kinder (Erstattung Wunsch- und Wahlrecht andere Gemeinden)	Umgesetzt	18.000	13.500	68.793,00
Gemeindestraßen Unterhaltungskosten	Umgesetzt	9.000	6.750	15.502,23
Kindergarten Kinderland SV-Beiträge	Umgesetzt	5.750	4.312,50	12.466,64
Bauhof Dienstbezüge und SV-Beiträge	Umgesetzt	7.250	5.437,50	64.635,53
Stadtinformation / öffentliche Bekanntmachungen	Umgesetzt	5.000	3.750	6.366,87
Kindergarten Sonnenschein SV-Beiträge	Umgesetzt	3.400	2.550	8.049,58
Stadtinformation / Mitgliedsbeiträge	Nicht umgesetzt	1.900	1.425,00	-281,27
Gesamt:		90.300	67.725	214.558,58

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Maßnahmen im Rahmen des HSK werden umgesetzt. Allerdings wurde im Rahmen der Berichtspflicht mitgeteilt, dass trotz der positiven Ergebnisse der Maßnahmen keine Aussage getroffen werden kann, ob eine Konsolidierung tatsächlich erreicht wurde, weil bei der vorstehenden Aufstellung nur ein Teil des Haushaltes betrachtet wird.

Insgesamt wird in Anbetracht des vorgelegten Entwurfs einer Fortschreibung eingeschätzt, dass die bisher umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen ggf. nicht mehr ausreichen und die noch vorzulegende beschlossene Fortschreibung nicht genehmigungsfähig, soweit keine weiteren Maßnahmen festgelegt werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Derzeit werden Gespräche über eine mögliche Neugliederung mit den Mitgliedskommunen der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" geführt (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel), welche ebenfalls z. T. erhebliche Haushaltsprobleme haben. Die Stadt Bad Lobenstein sieht durch einen Zusammenschluss Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere durch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung sowie in den Bereichen Software, Bauhof und Personal. Diese Auffassung wird von der Rechtsaufsichtsbehörde geteilt.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfallrisiko ist für die Stadt nicht bestehend, während das Zinsrisiko als gering eingeschätzt wird.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Blankenstein

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 997.784,40 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 23.844,63 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 26.11.2013 genehmigt am: 11.03.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013-2016

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer	Umgesetzt			
Anhebung Hundesteuer	Umgesetzt			
Anhebung Friedhofsgebühren	Nicht umgesetzt			
Überarbeitung Entgeltordnung Gemeindesaal	Umgesetzt			
Einsparung Feuerwehr	Nicht umgesetzt			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Im Rahmen der Berichtspflicht wurden durch die Gemeinde keine Unterlagen vorgelegt. Die vorstehenden Werte sind daher dem Haushalt 2014 sowie dem Entwurf einer Fortschreibung des HSK entnommen.

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden teilweise umgesetzt. Aufgrund erheblicher Gewerbesteuermehreinnahmen konnte ein allgemeiner Rücklagebestand aufgebaut werden, welcher den Ausgleich des Gesamthaushaltes bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes sicherstellt. Gleichwohl werden weiterhin erhebliche Fehlbeträge in der Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit ausgewiesen (2014: 407.900 EUR / 2015: -417.100 EUR / 2016: -378.200 EUR / 2017: -319.600 EUR).

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Harra

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 385.240,26 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 18.589,80 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 29.04.2014 genehmigt am:

Konsolidierungszeitraum: seit 2013

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Feuerwehrausstattung	Nicht umgesetzt			
Museum	Umgesetzt			
Übertragung Kindertagesbetreuung auf Verwaltungsgem.	Umgesetzt			
Turnhalle	Umgesetzt			
Saal	Umgesetzt			
Anhebung Realsteuerhebesätze	Umgesetzt			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die im Rahmen des am 29.04.2014 beschlossenen HSK festgelegen Maßnahmen werden nach derzeitiger Einschätzung zwar überwiegend umgesetzt, sind aber nicht ausreichend, die dauernde Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies wird seitens der Gemeinde auf das kaum vorhandene Konsolidierungspotential zurückgeführt. Aufgrund der positiven Gewerbesteuerentwicklung sowie sinkender Kosten im Bereich der Kindertagesbetreuung konnte jedoch ein Rücklagenbestand aufgebaut werden, welcher die Fehlbeträge des Verwaltungshaushaltes evtl. ausgleichen kann.

Leider wurden im Rahmen der Berichtspflicht trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde keine Unterlagen vorgelegt, die ein vollständiges Bearbeiten vorstehender Tabelle ermöglicht hätten.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Birkenhügel

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 125.471,45 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 6.883,45 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 15.04.2014 genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum: seit 2013

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die im Rahmen des am 15.04.2014 beschlossenen HSK festgelegen Maßnahmen werden nach derzeitiger Einschätzung zwar überwiegend umgesetzt, sind aber nicht annährend ausreichend, die dauernde Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies wird seitens der Gemeinde auf die niedrige Einwohnerzahl (390) und dem damit kaum vorhandenem Konsolidierungspotential zurückgeführt.

Aus diesem Grund wird die Gemeinde nach eigener Aussage im Jahr 2015 einen Antrag auf (ergänzende) Bedarfszuweisungen stellen.

Leider wurden im Rahmen der Berichtspflicht trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde keine Unterlagen vorgelegt, die ein Bearbeiten vorstehender Tabelle ermöglicht hätten.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Gefell

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 53.405,84 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 655.002,36 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 24.04.2014 genehmigt am: 04.06.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014-2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Personalreduzierung	Umgesetzt	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Wegfall Zuschüsse Heimatpflege	Umgesetzt	2.340	1.750	1.750
Erhöhung Gebühren	Umgesetzt	1.000	750	750
Erhöhung Friedhofsgebühren	Nicht umgesetzt	2.500	2.500	0
Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED	Umgesetzt	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Erhöhung Hebesätze Grund- und Gewerbesteuer	Umgesetzt	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Erhöhung Elternbeiträge Kitas	Umgesetzt	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Konsolidierungsmaßnahmen des genehmigten HSK werden überwiegend umgesetzt, wobei die hierdurch erwarteten Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in den Bereichen Gewerbesteuer und Personalkosten nicht erreicht werden.

Die Stadt Gefell hat in 2014 einen Antrag auf Bedarfszuweisungen gestellt, welcher in Höhe von 448 TEUR bewilligt worden ist. Zudem liegt ein Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisungen in Höhe von 627.820 EUR vor, über welchem noch nicht entschieden worden ist. Die Stadt wird voraussichtlich auch in Zukunft auf externe Finanzhilfen angewiesen sein und entsprechende Anträge stellen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Stadt Gefell wurde mitgeteilt, dass es seit dem Jahr 2008 Gespräche über eine mögliche Neugliederung mit den Städten Hirschberg und Tanna gab. Allerdings finden derzeit wegen der finanziellen Schieflage der Städte sowie der „unsicheren Landesvorgaben" hinsichtlich einer nachhaltigen Einwohnergröße keine Gespräche statt. In einer möglichen Neugliederung werden jedoch Mehreinnahmen aufgrund der Einwohnergröße und Einsparungsmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Die in diesem Jahr erfolgte Kalkulation der Friedhofsgebühren ist auch auf Hinweise der örtlichen Rechnungsprüfung zurückzuführen.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- und das Zinsrisiko werden als gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Hirschberg

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 49.863 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 66.300 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 3.727.560 EUR

HSK beschlossen am: 09.09.2014 genehmigt am: 10.10.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014-2024

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidie-rungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Personalkosten-einsparung Ablauf Altersteilzeit	Umgesetzt	59.500 EUR	44.625 EUR	44.625 EUR
Personalreduzierung Bauhof	Umgesetzt	49.600 EUR	37.200 EUR	37.200 EUR
Ehrenamtlicher Bür-germeister	Umgesetzt	29.900 EUR	22.425 EUR	22.425 EUR
Ehrenamtliche Betrei-bung Bibliothek	Umgesetzt	17.200 EUR	12.900 EUR	12.900 EUR
Stellenreduzierung Museum	Umgesetzt	12.300 EUR	9.225 EUR	9.225 EUR
Erhöhung Friedhofs-gebühren	Nicht umgesetzt; In-krafttreten Gebühren Satzung 01.01.2015	10.795 EUR	8.096 EUR	0 EUR
Ablösung Kassenkredit	Nicht umgesetzt; keine Entscheidung Bedarfs-zuweisungsantrag	3.000 EUR	0 EUR	0 EUR
Übrige Maßnahmen	Teilweise umgesetzt	2.885 EUR	2.164 EUR	1.732 EUR
Gesamt:		185.180 EUR	136.635 EUR	128.107 EUR

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Das Haushaltssicherungskonzept (HSK) der Stadt Hirschberg (Stadtratsbeschluss Nr. 24/3/2014 vom 09.09.2014) wurde auf Basis der Erkenntnisse der Allevo Kommunalberatung GmbH erstellt, welche im Jahr 2012 mit der Erstellung eines HSK beauftragt wurde.
Die wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen des genehmigten HSK werden umgesetzt. Allerdings setzt das Erreichen des Konsolidierungsziels (Wiederherstellung der haushalts-wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit) gemäß des HSK die Gewährung von Bedarfszuwei-sungen in Höhe von maximal 8.034.429 EUR im Konsolidierungszeitraum voraus. Die Stadt Hirschberg hat am 15.08.2014 einen Antrag auf Gewährung ergänzender Bedarfszuweisun-gen in Höhe von 2.978.126 EUR gestellt. Eine Entscheidung hierüber steht noch aus.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Seitens der Rechtsaufsichtsbehörde wird eingeschätzt, dass eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation führen könnte. Im genehmigten HSK der Stadt Hirschberg wird hierzu dargestellt, dass Hirschberg mit 2.181 Einwohnern verpflichtet ist, sich entweder einer Verwaltungsgemeinschaft anzugliedern oder mit einer benachbarten Gemeinde zu fusionieren. Ein Zusammenschluss der Städte Hirschberg, Gefell und Tanna wird hierbei als „günstigste" Möglichkeit gesehen. Die möglichen Konsolidierungseffekte werden in einer Erhöhung der Schlüsselzuweisung aufgrund höherer Einwohnerzahlen, in Personalkosteneinsparungen sowie in einer engeren Zusammenarbeit der kommunalen Bauhöfe gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfallrisiko wird durch die Stadt Hirschberg darin gesehen, dass ggf. keine Bedarfszuweisungen gewährt werden und die daraus zwangsläufig resultierenden Liquiditätsprobleme dazu führen, dass Zahlungsverpflichtungen aus Kreditgeschäften nicht bedient werden können. Dies gilt insbesondere für den im Jahr 2015 endfälligen Kredit in Höhe von 3,2 Mio. EUR.

Das Zinsrisiko wird seitens der Stadt als niedrig bewertet, da die Kredite mit Ausnahme des endfälligen Kredits in 2015 vergleichsweise lange Laufzeiten zu festen Zinsen haben.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Ziegenrück 722

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 15.304,33 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 28.702,40 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 14.04.2014 genehmigt am: 09.09.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013-2015

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Stadt Ziegenrück ist aufgrund unausgeglichener Haushalte in den Jahren 2012 und 2013 sowie dem Entstehen eines Sollfehlbetrages in Höhe von 67.059,35 EUR verpflichtet, ein HSK zu erstellen. Der Sollfehlbetrag konnte bereits im Jahr 2013 auf 28.702,40 EUR reduziert werden und soll in Umsetzung des genehmigten HSK noch im Jahr 2014 vollends abgebaut werden. Auch soll es aufgrund eines deutlichen Überschusses im Verwaltungshaushalt möglich sein, zum Ende des Jahres 2014 wieder die Mindestrücklage in Höhe von 15.304,33 EUR vorzuhalten.

Leider konnten im Rahmen der Berichtspflicht keine Unterlagen vorgelegt werden, die diese positive Haushaltsentwicklung nachweisen und ein Bearbeiten der vorstehenden Tabelle ermöglichen. Von einer konsequenten Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen wird seitens der Rechtsaufsichtsbehörde jedoch ausgegangen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Inwieweit eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation führen könnte, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Wurzbach Stadt 3515

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 69.734,59 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 86.300,75 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 27.08.2014 genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum: 2014-2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
Einstellungsverbot	Umsetzung ab 2019	0	0	0
Verkauf Liegenschaften	Nicht umgesetzt	0	0	0
Energieeinsparung Straßenbeleuchtung	Umsetzung ab 2015	0	0	0
Erhöhung Realsteuern	Umsetzung ab 2015	0	0	0
Gesamt:		0	0	0

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Das HSK der Stadt Wurzbach befindet sich derzeit im Genehmigungsverfahren. Es ist voraussichtlich jedoch nicht genehmigungsfähig. Die im vorliegenden HSK beschlossenen Maßnahmen sind nicht annähernd ausreichend, um der äußerst kritischen Haushaltssituation durchgreifend entgegenzuwirken, zumal die Maßnahmen erst in zukünftigen Jahren Konsolidierungseffekte erzielen sollen.

Für das Jahr 2015 ist nach erfolgter Überarbeitung ggf. ein Antrag auf (ergänzende) Bedarfszuweisungen zu stellen.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Stadt Wurzbach wird eingeschätzt, dass strukturelle Veränderungen zu keiner Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation führen würden, insbesondere weil die Regelungen zum kommunalen Finanzausgleich nicht die Fläche des Gemeindegebietes berücksichtigen würden und die Fläche der Stadt Wurzbach im Verhältnis zur Einwohnerzahl groß sei (72,3 km^2 bei 3.211 Einwohnern). Seitens der Rechtsaufsichtsbehörde wird jedoch eingeschätzt, dass eine etwaige Neugliederung durchaus weitergehende Konsolidierungspotentiale freisetzen könnte.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in Ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben. .

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfallrisiko besteht darin, dass die Stadt Wurzbach aufgrund der anhaltenden Haushaltsprobleme zukünftig nicht in der Lage sein wird, die Verbindlichkeiten aus Kreditgeschäften zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Tegau 600 EW

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 110.976,19 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 9.104 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 11.06.2014 genehmigt am:

Konsolidierungszeitraum:

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Elternbeiträge Kita	Nicht umgesetzt	5.950	4.462,50	0
Grundsteuer A (295%)	Umgesetzt, noch nicht kassenwirksam	400	300	0
Grundsteuer B (402%)	Umgesetzt, noch nicht kassenwirksam	1.000	750	0
Gewerbesteuer (383%)	Umgesetzt	3.800	2.850	7.025,81
Unterhaltung Gemeindeamt	Umgesetzt	200	150	150
Unterhaltung Friedhof	Umgesetzt	200	150	150
Ausstattung Fuhrpark	Umgesetzt	200	150	150
Haltung von Fahrzeugen	Umgesetzt	500	375	1.924,79
Gesamt:		12.750	9.187,50	9.400,60

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden überwiegend umgesetzt. Für die Erhöhung der Elternbeiträge der Kita mangelt es derzeit an einem Gemeinderatsbeschluss. Das HSK in der aktuellen Fassung ist derzeit nicht genehmigungsfähig, da die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit nicht dargestellt werden konnte.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Gemeinde werden keine haushaltswirtschaftlichen Verbesserungsmöglichkeiten durch mögliche Neugliederungen gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden als gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Tanna Stadt 3.997

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 89.359,53 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 995.179,71 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 28.10.2014 genehmigt am: 30.10.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014-2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Erhöhung Hebesatz Grundsteuer A	Umgesetzt	3.680 EUR	2.760 EUR	1.425 EUR
Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B	Umgesetzt	11.120 EUR	8.340 EUR	6.000 EUR
Erhöhung Hebesatz Gewerbesteuer	Umgesetzt	89.150 EUR	66.860 EUR	159.243,10 EUR
Senkung freiwilliger Sachkostenanteil Kita Tanna	Umgesetzt	3.000 EUR	1.200 EUR	1.486,90 EUR
Senkung freiwilliger Sachkostenanteil Kita Zollgrün	Umgesetzt	1.600 EUR	375 EUR	245,55 EUR
Verkauf Grundstücke	Umgesetzt	15.000 EUR	10.000 EUR	11.200 EUR
Erhöhung Pachtpreise	Umsetzung begonnen	1.500 EUR	0 EUR	0 EUR
Gesamt:		124.950 EUR	89.535 EUR	179.600,65 EUR

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Haushaltssituation der Stadt Tanna ist gekennzeichnet durch eine Inanspruchnahme des Kassenkredites in Höhe von 953.733,55 EUR (per 28.10.2014), rückständigen Kreisumlagezahlungen in Höhe von 948.671,80 EUR (per 28.10.2014) sowie Sollfehlbeträge in Höhe 995.179,71 EUR, welche in den Jahren 2012 (334.391,12 EUR) und 2013 (660.788,79 EUR) entstanden sind. Da die Sollfehlbeträge jedoch ausschließlich aus dem Vermögenshaushalt resultieren, während der Verwaltungshaushalt leichte Überschüsse ausweist, kann in Umsetzung des genehmigten HSK eine Verbesserung der Haushaltssituation erwartet werden. Die wesentlichen Konsolidierungsmaßnahmen des genehmigten HSK werden umgesetzt. Allerdings kann eine vollständige Wiederherstellung der haushaltswirtschaftlichen Handlungsfähigkeit im Konsolidierungszeitraum ohne die Gewährung von Bedarfszuweisungen nicht sichergestellt werden.

Die Stadt Tanna hat am 14.08.2014 einen Antrag auf Gewährung ergänzender Bedarfszuweisungen in Höhe von 487.720 EUR gestellt, über welchem bisher nicht entschieden wurde.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Gespräche bzgl. einer strukturellen Veränderung wurden von der Stadt Tanna einerseits mit den Städten Hirschberg und Gefell und andererseits mit der Stadt Saalburg-Ebersdorf geführt. Dies haben jedoch zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt, da die Stadt Tanna der Ansicht ist, dass eine mögliche Gemeindeneugliederung entweder zu keiner Verbesserung der wirtschaftlichen Situation führt oder weil der Freistaat sich hinsichtlich zukünftiger Strukturen von Gemeinden sowie der Einwohnerzahlen nicht positioniert hat.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden als gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Schöndorf 295 EW

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 5.184,19 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 4.175,27

HSK / Fortschreibung beschlossen am: - genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum: seit 2014

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Anhebung Realsteuer-hebesätze	Umgesetzt	500	375	375
Reduzierung Arbeits-zeit Gemeindearbeiter	Umgesetzt	1.800	1.080	1.080
Interkommunale Zusammenarbeit Gemeindearbeiter	Umgesetzt	4.000	3.500	4.000
Nachtabschaltung Straßenbeleuchtung	Umgesetzt	3.300	2.750	2.750
Gesamt:		9.600	7.705	7.705

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Gemeinde Schöndorf ist aufgrund eines nicht möglichen Haushaltsausgleichs in 2013 verpflichtet, ein HSK aufzustellen. Das HSK wurde bisher nicht beschlossen. Die Gemeinde hat dieses Jahr einen ausgeglichenen Haushalt erlassen und ist grundsätzlich in der Lage, die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft zu erreichen. Allerdings bedrohen derzeit Mehrausgaben im Bereich der Kinderbetreuung sowie Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer dieses Konsolidierungsziel. Der Abbau des Sollfehlbetrags soll aber noch im Jahr 2014 möglich sein.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Gemeinde Schöndorf hat 290 Einwohner und ist Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft. Inwieweit eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation führen könnte, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Ranis 1.866 EW Pacht

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 198.225,01 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 39.089,85 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 27.02.2014 / 24.04.2014 genehmigt am: 12.06.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014-2016

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Stadt Ranis hat im Rahmen der Berichtspflicht trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde keine Unterlagen vorgelegt, die eine Bearbeitung vorstehender Tabelle ermöglichen würde.

Ausgehend von dem mit Bescheid vom 12.06.2014 genehmigten HSK kann jedoch eine stabile Haushaltswirtschaft sowie die Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit bis spätestens 2016 angenommen werden. Die Maßnahmen des HSK, beispielsweise die Reduzierung des Stellenumfangs, die Erhöhung der Elternbeiträge oder die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung, werden unserer Kenntnis nach umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Inwieweit eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation führen könnte, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Schlegel 355 EW

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 62.547,86 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 6.455,32 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 07.04.2014 genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum: seit 2013

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
Erhöhung Hundesteuer	Nicht umgesetzt			
Erhöhung Friedhofsgebühren	Nicht umgesetzt			
Einsparung Brandschutz	Nicht umgesetzt			
Anhebung Realsteuerhebesätze	Umgesetzt			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die im Rahmen des am 15.04.2014 beschlossenen HSK festgelegen Maßnahmen werden kaum umgesetzt; sie sind zudem auch bei vollständiger Umsetzung nicht ausreichend, die dauernde Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies wird seitens der Gemeinde auf die niedrige Einwohnerzahl (343) und dem damit kaum vorhandenem Konsolidierungspotential zurückgeführt.

Aus diesem Grund wird die Gemeinde nach eigener Aussage im Jahr 2015 einen Antrag auf (ergänzende) Bedarfszuweisungen stellen.

Leider wurden Im Rahmen der Berichtspflicht trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde keine Unterlagen vorgelegt, die ein Bearbeiten vorstehender Tabelle ermöglicht hätten.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014

Landkreis: Saale-Orla-Kreis

Kommune: Neundorf 2.288 EW

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 49.787,13 EUR

Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 11.661,63 EUR

kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 22.10.2014 genehmigt am: -

Konsolidierungszeitraum: seit 2013

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
Einsparung Brandschutz	Umgesetzt			
Übertragung Kindertagesbetreuung auf Verwaltungsgem.	Umgesetzt			
Betriebskosten Sportlerheim	Umgesetzt			
Winterdienst Gemeindestraßen	Umgesetzt			
Straßenbeleuchtung	Umgesetzt			
Anhebung Friedhofsgebühren	Nicht umgesetzt			
Wohn- und Geschäfts-grundstücke	Teilweise umgesetzt			
Anhebung Realsteuerhebesätze	Umgesetzt			
Gesamt:				

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die im Rahmen des am 22.10.2014 beschlossenen HSK festgelegen Maßnahmen werden nach derzeitiger Einschätzung zwar überwiegend umgesetzt, sind aber nicht annährend ausreichend, die dauernde Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Dies wird seitens der Gemeinde auf die niedrige Einwohnerzahl (586) und dem damit kaum vorhandenem Konsolidierungspotential zurückgeführt. Zum Haushaltsausgleich sollen lt. Gemeinde jährlich 95 TEUR fehlen.

Aus diesem Grund wird die Gemeinde nach eigener Aussage im Jahr 2015 einen Antrag auf (ergänzende) Bedarfszuweisungen stellen.

Leider wurden im Rahmen der Berichtspflicht trotz mehrmaliger Aufforderungen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde keine Unterlagen vorgelegt, die ein vollständiges Bearbeiten vorstehender Tabelle ermöglicht hätten.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Saale-Rennsteig" (Birkenhügel, Blankenberg, Blankenstein, Harra, Neundorf, Pottiga und Schlegel) befinden sich bzgl. einer möglichen Neugliederung derzeit in Gesprächen mit der Stadt Bad Lobenstein, da vor dem Hintergrund der aktuell kleinen Gemeindestrukturen Verbesserungsmöglichkeiten in einer Neugliederung gesehen werden.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden nicht eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Knau 689

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 72.753,75 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 14.286 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 17.07.2014 genehmigt am: 18.11.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014-2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Fahrtkosten Gemeindeamt	Umgesetzt	1.300	975	1.496,85
Geringfügiger Beschäftigter Begegnungszentrum	Umgesetzt	2.000	1.500	2.713,39
Bewirtschaftung Begegnungszentrum	Umgesetzt	4.300	3.225	6.432,63
Spende Miete Arzt	Nicht umgesetzt	2.000	1.500	0
Reinigung Sinkkästen	Umgesetzt	1.575	1.181,25	1.181,25
Erstattung Personalkosten Gemeindearbeiter	Nicht umgesetzt	18.000	13.500	0
Mieteinnahmen Wohnungsgesellschaft	umgesetzt	12.000	9.000	4.500
Miete Garagen	Nicht umgesetzt	1.500	1.125	0
Gesamt:		42.675	32.006,25	16.324,12

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Bei den nicht umgesetzten Maßnahmen gab es noch Klärungsbedarf bei der formellen Abwicklung der Zahlungsvorgänge. Insgesamt wird jedoch eingeschätzt, dass die Maßnahmen noch in diesem Jahr umgesetzt werden und die entsprechenden Konsolidierungsziele erreicht werden.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Gemeinde werden keine haushaltswirtschaftlichen Verbesserungsmöglichkeiten durch mögliche Neugliederungen gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden als gering eingeschätzt.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Saale-Orla-Kreis
Kommune: Kirschkau 238

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 157.090,38 EUR
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 4.174 EUR
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0 EUR

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 28.02.2013 / 07.10.2014 genehmigt am: 22.03.2013

Konsolidierungszeitraum: 2013-2015

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
Unterhaltung Gemeindeamt	Umgesetzt	200	150	221,10
Bewirtschaftung Gemeindeamt	Umgesetzt	500	375	480,84
Zuschüsse an andere Vereine	Umgesetzt	450	337,50	337,50
Ausstattung FFW	Umgesetzt	1.000	750	1.006,51
Kleidung FFW	Nicht umgesetzt	700	525	479,38
Zuschuss Heimatverein	Umgesetzt	300	225	225
Erstattung Essengeld	Umgesetzt	3.200	2.400	2.400
Zuschuss Sportverein	Umgesetzt	500	375	375
Gesamt:		6.850	5.137,50	5.525,33

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden weit überwiegend umgesetzt. Im Rahmen der am 07.10.2014 beschlossenen 1. Fortschreibung, welches der Rechtsaufsichtsbehörde derzeit zur Genehmigung vorliegt und voraussichtlich genehmigungsfähig ist, wurde entschieden, die Konsolidierungsmaßnahme „Kleidung FFW" nicht umzusetzen. Dies erfolgt jedoch unter Einhaltung der Konsolidierungsziele, sodass derzeit davon ausgegangen werden kann, dass die Haushaltskonsolidierung in der Gemeinde Kirschkau mit Ablauf des Konsolidierungszeitraums (2015) abgeschlossen werden kann.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Nein.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Durch die Gemeinde werden keine haushaltswirtschaftlichen Verbesserungsmöglichkeiten durch mögliche Neugliederungen gesehen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Durch die überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung wurden keine Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen, die zu Konsolidierungsmaßnahmen i. R. des HSK geführt haben.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Das Kreditausfall- bzw. das Zinsrisiko werden als gering eingeschätzt.

LANDRATSAMT SÖMMERDA

als untere staatliche Verwaltungsbehörde - Kommunalaufsicht

Landratsamt – Postfach 12 15 – 99601 Sömmerda

per Mail und Fax (ohne Anlagen)!

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Weimarplatz 4
99423 Weimar

Ihr Zeichen: 240.3-1474-013/14-TH
Ihre Nachricht vom: 16.09.2014
Unser Zeichen: 902.16
Unsere Nachricht vom:

Name: Herr Roth
Telefon / Telefax: 03634 354-668 / -630

Datum: 28.11.2014
SSID: 365202

Berichterstattung gemäß VV-Haushaltssicherung für die betreffenden Kommunen des Landkreises Sömmerda

Sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Punkt 5 der VV–Haushaltssicherung vom 07.08.2012 sowie Ihrem Schreiben vom 16.09.2014 übersenden wir Ihnen die Berichte der unserer Aufsicht unterstehenden Konsolidierungskommunen über den **Stand der Haushaltskonsolidierung zum 30.10.2014.**

Im Landkreis Sömmerda befinden sich derzeit nachfolgend genannte Kommunen in der Haushaltskonsolidierung:

	Gemeinde bzw. VG	Verwaltung	Buchführung
1	Andisleben	VG Gera–Aue	kameral
2	Beichlingen	VG Kölleda	kameral
3	Büchel	VG Kindelbrück	doppisch
4	Frömmstedt	VG Kindelbrück	doppisch
5	Griefstedt	VG Kindelbrück	doppisch
6	Guthmannshausen	VG Buttstädt	kameral
7	Haßleben	VG Straußfurt	kameral
8	Herrnschwende	VG Kindelbrück	doppisch
9	Kannawurf	VG Kindelbrück	doppisch
10	Kindelbrück	VG Kindelbrück	doppisch
11	Schillingstedt	VG Kölleda	kameral
12	Straußfurt	VG Straußfurt	kameral
13	VG Kindelbrück	VG Kindelbrück	doppisch

Bei weiteren Kommunen hat die Rechtsaufsichtsbehörde auf Antrag eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zugelassen, wenn der Fehlbetrag nicht erheblich war oder sich die generelle Finanzsituation der Kommune als abgesichert darstellte.

Für die oben genannten Kommunen des Landkreises Sömmerda, die sich in der Haushaltskonsolidierung befinden, haben wir jeweils - mit Ausnahme der Gemeinde Guthmannshausen - die geforderten Formblätter mit dem Umsetzungsstand zum 30.10.2014 in der Anlage zu diesem Schreiben beigefügt. Die Gemeinde Guthmannshausen hat ein (voraussichtlich genehmigungsfähiges) Haushaltssicherungskonzept erst am 25.11.2014 beschlossen und uns am heutigen Tage vorgelegt. Die Bearbeitung durch unser Amt wird unverzüglich erfolgen.

Sofern eine Bewertung unseres Amtes erforderlich war, wurde diese direkt in den jeweiligen Bericht eingearbeitet.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Roth
Amtsleiter

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Andisleben

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **40.763,24 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **13.310,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **0,00 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **10.9.2014** genehmigt am: **12.9.2014**

Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidie-rungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappen-ziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1.Verwaltung kulturelle Angelegenheiten / Kürzung der Vereinsunterstützung	umgesetzt	900,00	200,00	200,00
2.Absenkung Rentnertreff / Seniorenbetreuung	umgesetzt	250,00	250,00	250,00
3.Minderung Unterhaltungskosten Jugendclub	umgesetzt	100,00	100,00	100,00
4.Absenkung der Unterhaltungskosten Park- und Gartenanlagen	betrifft 2015 ff.	0,00	0,00	0,00
5.Verschiebung der Brückenprüfung	umgesetzt	6.200,00	6.200,00	6.200,00
6.Erhöhung der Sondernutzungsgebühren	Satzung seit 23.10.2014 in Kraft	0,00	0,00	0,00
7.Baumfällungen und Beräumung Mahlgera und Radweg	Maßnahme noch nicht durchgeführt	2.500,00	0,00	0,00
8.Reduzierung der Stunden der Gemeindearbeiter	noch nicht umgesetzt	0,00	0,00	0,00
9.Erhöhung des Kostendeckungsgrades im Bereich des Bestattungswesens	Satzung seit 25.09.2014 in Kraft	0,00	0,00	0,00
10.Verkauf der Liegenschaft Brückenstraße 3	in Arbeit	0,00	0,00	0,00
11.Verkauf bzw. Neuverpachtung von Ackerland	in Arbeit	0,00	0,00	0,00
12.Überprüfung der Versicherungsverträge	in Arbeit	0,00	0,00	0,00
13.Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 402 %	Satzung seit 23.10.2014 in Kraft	gültig ab 2015	0,00	0,00
14.Anhebung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 383%	Satzung seit 23.10.2014 in Kraft	gültig ab 2015	0,00	0,00
15.Anhebung der Hundesteuer für den 3. Hund und Einführung Steuer für gefährliche Hunde	Satzung seit 23.10.2014 in Kraft	gültig ab 2015	0,00	0,00
16.Verschiebung und Streichung von Investitionen	umgesetzt	-	-	-

17.1. Beantragung einer Bedarfszuweisung	umgesetzt	108.147,00	0,00	0,00
17.2. Minderung Schuldendienst nach Sondertilgung in 2015	betrifft 2015	0,00	0,00	0,00
Gesamt:		9.950 **118.097,00**	**6.750,00**	**6,750,00**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Die Gemeinde Andisleben hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Die Maßnahme zur Brückenprüfung wurde nicht beauftragt. Mit den Beschäftigten wurden bereits Gespräche über die Kürzungen der Arbeitszeiten geführt. Die Angebote der Vorkaufsrechte (Maßnahme 10 und 11) wurden sowohl vom Mieter als auch vom Pächter abgelehnt. Jetzt soll die Ausschreibung zum Verkauf bzw. Neuverpachtung der Ackerflächen erfolgen.

Die Bedarfszuweisung für das Jahr 2014 wurde am 14.8.214 gemäß § 4 Thüringer Haushaltssicherungsprogrammgesetz beantragt.

Ohne Berücksichtigung der Maßnahme zur Minderung des Schuldendienstes in Verbindung mit der Beantragung einer Bedarfszuweisung hat die Gemeinde das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 67,84 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Alle zur Umsetzung notwendigen Satzungen und Satzungsänderungen wurden erlassen und von der Kommunalaufsicht genehmigt.
Da die Gemeinde Andisleben bisher keinen beschlossenen Haushalt für 2014 vorlegen konnten, wurden im gesamten Jahr 2014 (jeweils zum Quartalsende) Bewirtschaftungslisten des Verwaltungs- und Vermögenhaushaltes und der aktuelle Kassenbestand kontrolliert. Zum Ende des III. Quartals 2014 musste der Kassenkreditrahmen nicht in Anspruch genommen werden. Jedoch bei einer Versagung der beantragten Bedarfszuweisung bedarf die Kontrolle der weiteren Zahlungsfähigkeit der Gemeinde Andisleben einer höheren Priorität.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Die Gemeinde Andisleben ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Gera-Aue mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 584 Einwohnern.
Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
In der Gemeinde Andisleben erfolgte bisher keine Überörtliche Kommunalprüfung.
Im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung wurde der abgelaufene Kalkulationszeitraum beim Bestattungswesen kritisiert. Die aktuelle Friedhofskalkulation (gültig vom 1.1.2015 bis

31.12.2018) wurde mit den entsprechenden Satzungsbeschlüssen am 11.9.2014 durch den Gemeinderat beschlossen und im September 2014 abschließend durch die Rechtsaufsichtsbehörde gewürdigt.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Gemeinde Andisleben hat zu Beginn des Haushaltsjahres 2014 einen Kreditschuldenstand in Höhe von 1.577.657 €. Der vorhandene Rücklagebestand muss lt. Aussage im HSK im Haushaltsjahr 2014 komplett entnommen werden.
Ohne die Gewährung der beantragten Bedarfszuweisung kann die Gemeinde Andisleben ihren jährlichen Kreditverpflichtungen nicht nachkommen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Beichlingen

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **0,00 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **11.785,99 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **38.035,48 €**

HSK / Fortschreibung beschlossen am: **7.7.2014** genehmigt am: **10.7.2014**

Konsolidierungszeitraum:2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1.Einsparung von Haushaltsmitteln für Repräsentationen	Umgesetzt	100,00	100,00	100,00
9. Anhebung Hebesatz Grundsteuer A	Umgesetzt	1.546,00	1.541,83	1.209,07
10. Anhebung Hebesatz Grundsteuer B	Umgesetzt	1.456,00	1.456,00	1.158,36
11. Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer	Umgesetzt	1.546,00	1.458,87	1.224,34
13. Zinseinsparung durch die Gewährung einer Bedarfszuweisung	Umgesetzt	10.794,00	10.794,00	10.794,00
Gesamt:		**15.442,00**	**15.350,70**	**14.385,77**

<u>Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:</u>

In der Tabelle wurden die in 2014 umgesetzten Maßnahmen dargestellt. Alle anderen Maßnahmen des HSK wurden bisher nicht betraglich konkret untersetzt bzw. werden erst in 2015 kassenwirksam. Die Gemeinde Beichlingen hat bis zum Stichtag 30.9.2014 (Ist) bisher 93,81% ihres beabsichtigten Konsolidierungspotentials umgesetzt.

Beichlingen hat mit Bescheid vom 30.9.2014 eine Bedarfszuweisung in Höhe von 431.000 € erhalten. Dadurch konnte in Form eines Vergleiches der Rechtsstreit mit der Argopal GmbH beendet werden. Die Gemeinde Beichlingen hat die Vergleichssumme am 24.10.2014 an den Vertreter der Argopal GmbH überwiesen. Durch diese Zahlung wurde die enorme Verbindlichkeit der Gemeinde beseitigt. Die jährlichen Einsparungen an Zins- und Tilgungsleistungen werden sich positiv auf die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde auswirken.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

Außer beratende Maßnahmen wurden bisher keine weiteren rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

Die Gemeinde Beichlingen ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kölleda mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 505 Einwohnern.

Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

In der Gemeinde Beichlingen wurde noch keine überörtliche Kommunalprüfung durchgeführt. Die örtliche Rechnungsprüfung hat in ihrem letzten Prüfbericht keine Feststellungen oder Empfehlungen ausgesprochen, die Auswirkungen auf die Maßnahmen des HSK hatten.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Die Gemeinde Beichlingen ist schuldenfrei.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Gemeinde Büchel

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 22.05.2014 genehmigt am: 01.07.2014				
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2023				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	8.442,83 €	6.332,12 €	6.332,12 €
2. Kita-Umlage	umgesetzt	-743,13 €	-743,13 €	-743,13 €
3. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohner-zahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Kredittilgung des EURIBOR-Darlehens	Maßnahme wird im 4. Quartal 2014 umgesetzt	1.438,33 €	1.078,75 €	1078,75 €
5. Erhebung der Hundesteuer	umgesetzt	310,00 €	310,00 €	310,00 €
6. Reduzierung der Aufwands-entschädigung Bürgermeister und 1. Beigeordneter	umgesetzt	1.030,48 €	772,86 €	772,86 €
Gesamt:		10.478,51 €	9.169,08 €	9.169,08 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Gemeinde Büchel hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert.
  Von insgesamt 6 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 5 umgesetzt.
  Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 87,51 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Gemeinde Büchel ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 233 Einwohnern.
  Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Gemeinde Büchel schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Gemeinde Frömmstedt

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 21.07.2014 genehmigt am: 01.09.2014				
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2023				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Außerordentliche Tilgung eines Darlehens	umgesetzt	3.734,00 €	2.800,50 €	2.800,50 €
2. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohnerzahl zur Bildung einer Land-/ Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Kita-Umlage	umgesetzt	- 2.075,93 €	- 2.075,93 €	- 2.075,93 €
4. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	11.913,04 €	8.934,78 €	8.934,78 €
5. Reduzierung der Aufwands-entschädigung Bürgermeister und 1. Beigeordneter	umgesetzt	2.393,52 €	1.795,14 €	1.795,14 €
6. Erhebung der Hundesteuer	umgesetzt	326,24 €	326,24 €	326,24 €
Gesamt:		16.290,87 €	11.780,73 €	11.780,73 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Gemeinde Frömmstedt hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Von insgesamt 6 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 5 umgesetzt. Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 72,32 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Gemeinde Frömmstedt ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 524 Einwohnern. Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Gemeinde Frömmstedt schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Gemeinde Griefstedt

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 19.11.2014 genehmigt am: in Bearbeitung

Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2023

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	12.288,74 €	9.171,55 €	9171,55 €
2. Kita-Umlage	umgesetzt	-969,31 €	-969,31 €	-969,31 €
3. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohner-zahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Verkauf des Gebäudes der ehemaligen Kindertagesstätte der Gemeinde Griefstedt	nicht umgesetzt, in der Gemeinderats-sitzung am 19.11.2014 soll der Verkauf des Gebäudes mit 15.000,00 € beschlossen werden. Mit dem Verkauf wird im Jahr 2015 gerechnet. Der Verkaufserlös soll zur Sondertilgung Ende 2016 eingesetzt werden (Maßnahme 5)	15.000,00 €	0,00 €	0,00 €

5. Sondertilgung Kredit	nicht umgesetzt, Sondertilgung soll Ende 2016 erfolgen (Maßnahme 4)	0,00 € (Zinseinsparung ab 2017)	0,00 €	0,00 €
6. Erhebung der Hundesteuer	umgesetzt	953,98 €	953,98 €	953,98 €
Gesamt:		27.273,41 €	9.156,22 €	9.156,22 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Gemeinde Griefstedt hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Von insgesamt 6 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 3 umgesetzt. Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 33,57 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Gemeinde Griefstedt ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 282 Einwohnern. Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Gemeinde Griefstedt schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Haßleben

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: **235.423,35 €**
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): **20.600,00 €**
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: **0,00 €**

HSK / **Fortschreibung** beschlossen am: **7.4.2014** genehmigt am: **30.4.2014**

Konsolidierungszeitraum: **2013 - 2017**

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Reduzierung der Personalausgaben im Bereich der Gemeinkosten	Teilweise umgesetzt	40.500 €	20.000 €	15.000 €
2. Verkauf der Liegenschaft Töpfermarkt 24	Nicht umgesetzt	5.000 €	- €	- €
3. Reduzierung der Straßenbeleuchtungskosten	Umgesetzt	3.100 €	3.100 €	3.100 €
4. Kündigung der Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband	Umgesetzt	600 €	600 €	600 €
5. Reduzierung Vereinsförderung	Umgesetzt	500 €	500 €	500 €
6. Beendigung eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses	Umgesetzt	940 €	940 €	940 €
7. Verbesserung Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen	Umgesetzt	- €	- €	- €
8. Kostendeckungsgrad von mind.20 % für den Bereich Kindertagesstätte	Umgesetzt	9.000 €	3.000 €	- 10.532 €
9. Erhöhung der Landpacht auf einheitlich 0,10 €/m²	Nicht umgesetzt	12.500 €	- €	- €
10. Anhebung der Gewerbesteuer	Umgesetzt	4.500 €	4.500 €	22.882 €
11. Anhebung der Hundesteuer	Umgesetzt	3.500 €	3.500 €	3.567 €
12. Verschiebung und Streichung von Investitionen	Umgesetzt	- €	- €	- €
13. Rückzahlung eines zinslosen ABM-Darlehens	Umgesetzt	1.227 €	1.227 €	1.227 €
14. Rückzahlung eines Darlehens mit Auslauf der Zinsbindung	Umgesetzt	4.905 €	4.905 €	4.905 €
15. Verwendung der zusätzlichen Investitionspauschale zur Sondertilgung	Umgesetzt	25.631 €	25.631 €	25.631 €
16. Rückzahlung eines Darlehens mit hohem Zinssatz i.V.m. Maßnahme 15	Umgesetzt	-2.732 €	- 2.732 €	- 5.796 €
Gesamt:		**109.171 €**	**65.171 €**	**60.254 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Die Umsetzung der Einzelkonsolidierungsmaßnahmen wurde der Rechtsaufsichtsbehörde in der Berichterstattung noch textlich ausführlicher erläutert.
Das HSK der Gemeinde und dessen 1.Fortschreibung konnte in großen Teilen erfolgreich umgesetzt werden. Einzelne Maßnahmen wurden bisher nicht oder nur teilweise umgesetzt. Hier sei insbesondere auf die Reduzierung der Personalkosten und die Pachtpreiserhöhung verwiesen. Dies spiegelt sich dann im eigentlichen Konsolidierungspotential und dem tatsächlich Erreichten wieder. Selbst die hohen Gewerbesteuereinnahmen können diese Ausfälle nicht kompensieren.
Hieraus kann sich durchaus eine Gefährdung des angestrebten Konsolidierungszieles und Zeitraumes ergeben.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Außer beratende Maßnahmen wurden bisher keine weiteren rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Die Gemeinde Haßleben ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Straußfurt mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 1.010 Einwohnern.
Von Seiten der VG Straußfurt wäre ein Zusammenschluss (z.B. durch Zweckvereinbarungen) auf VG Ebene denkbar. Folgende Schwerpunkte sind hier z.B. möglich:

- Gemeinsamer Bauhof
- Gemeinsamer Brandschutz
- Flexiblere Umsetzung des ThürKitaG

Die Rechtsaufsichtsbehörde schließt sich dieser Auffassung an. Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Im Jahr 2012 erfolgte eine überörtliche Querschnittsprüfung im Bereich „Demografiebezogene Zuschüsse" und im Mai 2014 erfolgte die überörtliche Prüfung zum HSK der Gemeinde Haßleben. Der Prüfbericht zur ÜÖP des HSK liegt noch nicht vor.
Die örtliche Rechnungsprüfung hat in ihrem letzten Prüfbericht keine Feststellungen oder Empfehlungen ausgesprochen, die Auswirkungen auf die Maßnahmen des HSK hatten.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die verbliebenen 3 Darlehen der Gemeinde Haßleben belasten den Haushalt 2014 mit 17.173 € Zins- und mit 27.675 € Tilgungsleistungen. Der voraussichtliche Kreditschuldenstand zum 31.12.2014 wird sich auf 371.036 € belaufen.
Ein aktuelles Kreditausfallrisiko wird von Seiten der Gemeinde nicht gesehen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Gemeinde Herrnschwende

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 09.04.2014 **nicht genehmigt** am: 04.06.2014				
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2023				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	9.490,73 €	7.118,05 €	7.118,05 €
2. Verkauf von Immobilien – ehemaliges Bürgerhaus	teilweise umgesetzt, Immobilie wurde verkauft, Kaufpreis soll im 4.Quartal eingehen und der Kauf endgültig abgeschlossen werden	10.388,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohner-zahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Kita-Umlage	umgesetzt	- 274,64 €	- 274,64 €	- 274,64 €
5. Reduzierung der Aufwands-entschädigung Bürgermeister und 1. Beigeordneter	umgesetzt	915,84 €	686,88 €	686,88 €

6. Erhebung der Hundesteuer	umgesetzt	381,00 €	381,00 €	381,00 €
7. Umrüstung der Straßenbeleuchtung in Nausiß an der K1 auf LED-Beleuchtung	nicht umgesetzt, Umrüstung soll im Jahr 2015 erfolgen	- 4.462,00 €	- 4.462,00 €	0,00 €
Gesamt:		16.438,93 €	3.449,29 €	7.911,29 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Gemeinde Herrnschwende hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Von insgesamt 7 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 4 umgesetzt und 1 teilweise umgesetzt.
  Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 48,13 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Gemeinde Herrnschwende ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 282 Einwohnern.
  Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Gemeinde Herrnschwende schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Gemeinde Kannawurf

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 23.06.2014 genehmigt am: 22.07.2014				
Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2023				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	29.192,75 €	21.894,56 €	21.894,56 €
2.1 Verkauf von Immobilien – ehemaliges Gymnasium	nicht umgesetzt, Immobilie wurde nicht verkauft, da der potentielle Käufer kein Interesse mehr am Kauf hat. Grundstück wird neu ausgeschrieben.	33.466,00 € €	33.466,00 €	0,00 €
2.2 Verkauf von Immobilien – Bendelebshof	nicht umgesetzt, Immobilie wurde mehrmals ausgeschrieben. Es fand sich jedoch kein Käufer.	9.026,00 €	9.026,00 €	0,00 €
2.3 Verkauf von Immobilien – Jugendclub	teilweise umgesetzt, Immobilie wurde verkauft, Kaufpreis soll im 4.Quartal eingehen und der Kauf endgültig abgewickelt werden	12.923,00 €	12.923,00 €	0,00 €
2.4 Verkauf von Immobilien – Gasthof „ Thüringer Pforte“	teilweise umgesetzt, Immobilie wurde verkauft, Kaufpreis soll im 4.Quartal eingehen und der	4.550,00 €	4.550,00 €	0,00 €

	Kauf endgültig abgewickelt werden			
3.1 Kredittilgung bei der Sparkasse Mittelthüringen	umgesetzt	4.030,45 €	3.022,84 €	3.022,84 €
3.2 Kredittilgung bei der DKB Berlin	umgesetzt	1.321,54 €	991,15 €	991,15 €
4. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohner-zahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5. Erneuerung der Straßen-beleuchtung	Teilweise umgesetzt, Baumaßnahme noch nicht beendet und es wurden noch keine Straßenausbaubei-träge von den Bürgern erhoben	300,00 €	50,00 €	50,00 €
6. Kita-Umlage	umgesetzt	- 2.011,31 €	- 2.011,31 €	- 2.011,31 €
7. Mietvertrag „Backs“	umgesetzt	335,00 €	215,00 €	215,00 €
8. Reduzierung der freiwilligen Leistungen	umgesetzt	700,00 €	700,00 €	700,00 €
9. Erhebung der Hundesteuer	umgesetzt	2.232,00 €	2.232,00 €	2.232,00 €
10. Umgestaltung des Straßen- und Platzraumes 1.BA	umgesetzt	20.626,42 €	20.626,42 €	Noch nicht darstellbar*
Gesamt:		116.691,85 €	107.685,66 €	27.094,24 €

* Das Konsolidierungspotential kann noch nicht abschließend festgestellt werden, da noch nicht feststeht, in welcher Höhe schlussendlich die Förderung der Baumaßnahme erfolgen wird. Aufgrund einer notwendigen Untergrundverbesserung sind Mehrkosten entstanden, bei denen noch nicht feststeht, in welcher Höhe diese durch das Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung gefördert werden.

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Gemeinde Kannawurf hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Von insgesamt 10 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 7 umgesetzt und 2 teilweise umgesetzt.
  Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 23,22 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Gemeinde Kannawurf ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 805 Einwohnern.
  Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Gemeinde Kannawurf schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Stadt Kindelbrück

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 17.06.2014 genehmigt am: 25.06.2014				
Konsolidierungszeitraum: 2011 - 2023				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1.Verkauf von Ländereien	umgesetzt, bereits im Jahr 2011 und 2012, Maßnahme steht im Zusammenhang mit Maßnahme Nr. 11 (Verkaufserlös wurde für die Tilgung von Krediten eingesetzt)	-11.136,00€ (Negativ, da durch den Verkauf von Ländereien seit 2012 die Pachteinnahmen wegfallen) ABER Zinsersparnis bei Maßnahme 11	-11.136,00 €	-11.136,00 €
2. Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer A,B und Gewerbesteuer	umgesetzt	77.907,07 €	58.430,30 €	58.430,30 €
3.1 Verkauf von Immobilien - Gewerbeeinheit	umgesetzt (Erlös diente zur Tilgung des Kredites des Kommunalen Gebäudewirtschafts-betriebes Kindelbrück)	-4.200,00 € (Negativ, da durch den Verkauf von Gewerbeeinheit seit 2013 die Mieteinnahmen wegfallen) ABER Zinsersparnis beim Eigenbetrieb	-3.150,00€	-3.150,00€
3.2 Verkauf von Immobilien - Bauhof	umgesetzt	0 €	0 €	50.000,00 €
4.Verringerung des Leerstandes der kommunalen Wohnungen	umgesetzt, Leerstandquote von unter 7 % erreicht	115.730,01 €	115.730,01 €	115.730,01 €

5. Schließung des Stadtbades Kindelbrück	umgesetzt	39.200,00 €	39.200,00 €	39.200,00 €
6.Personal-entwicklung Bauhof	umgesetzt	58.006,00 €	58.006,00 €	58.006,00 €
7. Verkauf von Maschinen und Geräten aus dem Bestand des Bauhofes der Stadt Kindelbrück	der Verkauf der Geräte erfolgte bereits in 2012 u. 2013 und die Maßnahme ist somit umgesetzt (der Neubau eines Containers ist für 2015 geplant und somit noch nicht umgesetzt)	- 12.859,00 €	- 12.859,00 €	0,00 €
8. Sanierung Mülldeponie	umgesetzt	-10.000,00 € (Verlust durch Wegfall Pachteinnahmen)	-10.000,00 €*	-10.000,00 €*
9. Kita-Umlage	umgesetzt	-7.673,67 €	-7.673,67 €	-7.673,67 €
10. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohner-zahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11. Kredittilgung	umgesetzt, Einsparung von Zinsen	140.536,66 €	105.402,50 €	105.402,50 €
12. Vermietung von Parkplätzen zum kommunalen Wohnungs-bestand	umgesetzt	6.197,00 €	4.647,75 €	4.647,75 €
13. Erhöhung der Mieteinnahmen für Garagen	umgesetzt	546,70 €	546,70 €	546,70 €

14. Erhebung von Straßenausbau-beiträgen für die Straßen-beleuchtung	umgesetzt	32.800,00 €	32.800,00 €	32.800,00 €
15. Verkauf der Turnhalle im „Rieth"	umgesetzt	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €
16. Vermarktung Baugebiet „ Am Weinberg"	teilweise umgesetzt, betrifft 4 Grundstücke, 2 sind bereits verkauft und an den neuen Eigentümer notariell übergegangen, Verkaufspreis: 29.520,00 € ; 2 sind noch nicht verkauft, der Verkauf soll bei der nächsten Stadtratssitzung beschlossen werden, Verkaufspreis: 25.940,00 €	0 €	0 €	29.520,00 €
17. Anteilige Stundung der Kreis- und Schulumlage für die Raten August bis Dezember 2011	umgesetzt, vorzeitige Ablösung, dadurch Zinsersparnis	12.963,00 €	9.722,25 €	9.722,25 €
18. Erneuerung der Straßenbeleuch-tung in der Straße des Friedens	nicht umgesetzt, soll im 4. Quartal 2014 erfolgen	- 35.000,00 €	- 35.000,00 €	0,00 €
Gesamt:		408.017,77 €	349.666,84 €	477.045,84 €

* Der Stadt Kindelbrück lag mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 27.04.1998 der Entwurf einer Anordnung zur Sicherung und Rekultivierung der Deponie Kindelbrück vor. Die Stadt Kindelbrück war aus finanziellen Gründen nicht in der Lage der Anordnung folge zu leisten. Es konnte ein Investor gewonnen werden, der die ehemalige Deponiefläche zum Standort für eine Freilandphotovoltaikanlage genutzt hat. Dieser Investor hat auch die Rekultivierungsmaßnahmen übernommen, die als Aufgabe für die Stadt Kindelbrück bestand. Für diese Rekultivierungsmaßnahmen wurden Kosten in Höhe von 344.148,00 € brutto ermittelt. Durch die Übernahme der Rekultivierungskosten durch den Investor Solarpark Kindelbrück GmbH & Co.KG wurde die Stadt Kindelbrück um eine Zahlungsverpflichtung von 344.148,00 € entlastet. Für den Fall, dass die Stadt die Sanierung der Mülldeponie durchgeführt hätte, könnte die Deponiefläche zur Nutzung durch Photovoltaikanlagen an einen Anlagenbetreiber für 10.000 € verpachtet werden. Es fallen zwar langfristig diese geplanten Pachteinnahmen weg, aber dafür hat die Stadt im Jahr 2012 Kosten von ca. 334.148 € erspart. Unter Beachtung der Laufzeit des Vertrages von 20 Jahren hat die Stadt 144.148 € gespart.

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Stadt Kindelbrück hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert.
  Von insgesamt 18 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Gemeinde 15 umgesetzt und 1 teilweise umgesetzt.
  Die Gemeinde hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) mit 116,92 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die Stadt Kindelbrück ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kindelbrück mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 1.914 Einwohnern.
  Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Stadt Kindelbrück schafft es die noch vorhandenen Kredite in Zins- und Tilgungsleistungen zu bedienen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Schillingstedt

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 35.632,05 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 4.047,25 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 €

HSK / **Fortschreibung** beschlossen am: 11.8.2014 genehmigt am: 18.8.2014

Konsolidierungszeitraum: 2013 - 2017

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1.Anhebung Hebesatz Grundsteuer A	umgesetzt	3.976,66	3.973,08	3.415,80
2.Anhebung Hebesatz Grundsteuer B	umgesetzt	4.323,00	4.244,42	3.565,15
3.Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer	umgesetzt	39.057,46	11.254,53	10.927,18
4.Erhöhung der Hundesteuersätze	umgesetzt	450,00	450,00	350,00
5.Reduzierung Anzahl GMR-Sitzungen	umgesetzt	600,00	320,00	320,00
6.Streichung Repräsentationsmittel	umgesetzt	0,00	0,00	100,00
10.Reduzierung Lohnkosten Gemeindearbeiter	umgesetzt	5.497,00	5.497,00	7.150,33
11.Senkung Kosten der Straßenbeleuchtung	umgesetzt	1.440,00	1.440,00	1.530,00
13.Einnahmen aus Holzverkauf	umgesetzt	495,00	495,00	759,00
15.Betriebskostenbeteiligung der Vereine für den Gemeindesaal	umgesetzt	400,00	262,50	262,50
Gesamt:		56.239,12	27.936,53	28.379,96

<u>Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:</u>

In o.g. Tabelle wurden die wesentlichen, in 2014 kassenwirksamen Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt. Einzelne Maßnahmen wurden in der Zielsetzung überschritten, andere blieben hinter der Planung zurück. Die Gemeinde Schillingstedt hat

zum Stichtag 30.9.2014 (Ist) bisher 49,46 % ihres beabsichtigten Konsolidierungspotentiales für 2014 umgesetzt.
Die letzte Steuerfälligkeit ist nicht enthalten. Weitere sich ergebende Änderungen des letzten Quartals bleiben abzuwarten.
Beabsichtigte Maßnahmen wie:

- Kostenbeteiligung Schulungsraum FFW (M 7)
- Kostensenkung Bürobedarf des Bürgermeisters (M 8)
- Senkung der Kosten für die Seniorenbetreuung (M 9)
- Entgelterhebung für die Vermietung Multicar (M12)
- Entgelterhebung für die Vermietung Gemeindesaal (M 14)
- Betriebskostenbeteiligung Privater für Nutzung Gemeindesaal (M 16)

konnten bisher nicht umgesetzt werden bzw. werden erst in den Folgejahren wirksam.
Da sich die Gemeinde Schillingstedt hauptsächlich wegen der Fehlbeträge der laufenden Rechnung in den Vorjahren bis 2013 in der Haushaltskonsolidierung befand (in der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit des Haushaltes 2014 konnten in den Jahren 2014 – 2017 bereits freie Finanzspitzen dargestellt werden), ist die weitere Notwendigkeit der Fortschreibung des HSK's der Gemeinde Schillingstedt vom Ergebnis des Jahresabschlusses 2014 abhängig.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Außer beratende Maßnahmen wurden bisher keine weiteren rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Die nach Fertigstellung zeitnahe Vorlage des Jahresergebnisses zum Haushaltsjahr 2014 wurde erbeten, um über die weitere Fortschreibungspflicht gemäß § 53 a ThürKO abschließend zu befinden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Die Gemeinde Schillingstedt ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Kölleda mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 227 Einwohnern.
Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
In der Gemeinde Schillingstedt wurde noch keine überörtliche Kommunalprüfung durchgeführt. Die örtliche Rechnungsprüfung hat in ihrem letzten Prüfbericht keine Feststellungen oder Empfehlungen ausgesprochen, die Auswirkungen auf die Maßnahmen des HSK hatten.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die Gemeinde Schillingstedt ist schuldenfrei.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Straußfurt

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 5.125,40 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 40.800,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 0,00 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 10.7.2014			genehmigt am: 16.7.2014	
Konsolidierungszeitraum:2014 ff.				
Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidie-rungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Streichung des Begrüßungs-geldes und der Geschenke für Neugeborene	Teilweise vorfristig umgesetzt, im Übrigen mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	55,00
2. Reduzierung der Vereins-förderung	Umsetzung ab 2015	0,00	0,00	0,00
3. Reduzierung der VbE der technischen Kräfte in der Kita	Umsetzung ab 2015	0,00	0,00	0,00
4. Verkauf Jugendclub	Nicht umgesetzt / kein Interessent	0,00	0,00	0,00
5. Verkauf Vereinsheim „Am Rieth“	Teilweise umgesetzt / ursprünglich geplante HH-Mittel wurden gesperrt	10.000,00	10.000,00	10.000,00
6. Verbesserung des Kosten-deckungsgrades im Bereich Kita	Umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
7. Erhöhung der Garagenpacht	Umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
8. Schaffung weiterer Stellplätze für Kfz	Teilweise umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
9. Anhebung des Hebesatzes für Grundsteuer B	Umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
10. Anhebung des Hebesatzes für Gewerbesteuer	Umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
11. Verschiebung und Streichung von Investitionen	Mittelkürzungen für 2 Maßnahmen mit HH-Sperre	0,00	0,00	3.500,00
12. Abschließende Umsetzung des Sachenrechtsbereinigungs-gesetzes	Teilweise umgesetzt	5.850,00	0,00	0,00
13. Anhebung der Hundesteuer	Umgesetzt mit Wirkung ab 2015	0,00	0,00	0,00
14. Vorzeitige Prolongation eines Darlehens	Teilweise umgesetzt	1.515,00	Nicht beziffert	667,00
15. – 17. Beantragung von Bedarfszuweisungen	In 7 / 2014 beantragt	107.253,00	0,00	0,00
Gesamt:		**124.618,00**	**10.000,00**	**14.222,00**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Die Umsetzung der Einzelkonsolidierungsmaßnahmen wurde der Rechtsaufsichtsbehörde in der Berichterstattung textlich noch ausführlicher erläutert.
Das HSK wurde zeitnah erlassen und alle erforderlichen Beschlüsse zur Umsetzung der Maßnahmen sind gefasst. Eine Vielzahl von Maßnahmen des HSK wird erst ab dem Jahr 2015 konsolidierungswirksam.
Der Antrag auf ergänzende Bedarfszuweisung wurde umgehend (Juli 2014) gestellt.
Der Gemeinde Straußfurt ist es ohne entsprechende Bedarfszuweisung nicht möglich einen genehmigungsfähigen Nachtragshaushalt zu erlassen und Fehlbeträge zu vermeiden.
Hieraus ergibt sich eine Gefährdung des angestrebten Konsolidierungsziels und Zeitraumes.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?
Außer beratende Maßnahmen wurden bisher keine weiteren rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.
Die Gemeinde Straußfurt ist eine Mitgliedsgemeinde der VG Straußfurt mit einer aktuellen Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 1.781 Einwohnern.
Von Seiten der VG Straußfurt wäre ein Zusammenschluss (z.B. durch Zweckvereinbarungen) auf VG Ebene denkbar. Folgende Schwerpunkte wären hier z.B. möglich:

- Gemeinsamer Bauhof
- Gemeinsamer Brandschutz (hier liegt bereits eine Zweckvereinbarung der Gemeinden Straußfurt / Wundersleben / Schwerstedt vor)
- Flexiblere Umsetzung des ThürKitaG

Die Rechtsaufsichtsbehörde schließt sich dieser Auffassung an. Eine größere Verwaltungsstruktur durch Zusammenschlüsse kleiner finanzschwacher Kommunen wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
Im Jahr 2003 erfolgte eine überörtliche Haushalts-und Wirtschaftsprüfung der Gemeinde Straußfurt für die Jahre 1995 - 2002.
Die örtliche Rechnungsprüfung hat in ihrem letzten Prüfbericht keine Feststellungen oder Empfehlungen ausgesprochen, die Auswirkungen auf die Maßnahmen des HSK hatten.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Die Darlehen der Gemeinde Straußfurt belasten den Haushalt 2014 mit 117.106 € Zins- und mit 145.187 € Tilgungsleistungen. Der voraussichtliche Kreditschuldenstand zum 31.12.2014 wird sich auf 3.323.313 € belaufen.
Ohne die Gewährung der beantragten Bedarfszuweisung kann die Gemeinde Straußfurt ihren jährlichen Kreditverpflichtungen nicht nachkommen.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Sömmerda
Kommune: Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: entfällt
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): entfällt
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: entfällt

HSK Fortschreibung beschlossen am: 28.11.2013 genehmigt am: 17.12.2013

Konsolidierungszeitraum: 2012 - 2024

Wesentliche Konsolidierungs-maßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Strukturelle Veränderungen durch interkommunale Zusammenarbeit	nicht umsetzbar, da nicht alle Gemeinden zugestimmt haben und somit die erforderliche Mindesteinwohnerzahl zur Bildung einer Land-/Einheitsgemeinde nicht erreicht wurde	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Kita-Umbau Bilzingsleben	umgesetzt	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3. Neubau Kinderkrippe Günstedt	umgesetzt	0,00 €	0,00 €	0,00 €
4. Einstellung der Unterstützung der Evangelischen Regional-gemeinde Kindelbrück für das evangelische Seniorenbüro	umgesetzt	3.750,00 €	3.750,00 €	3.750,00 €
5. Einstellung der finanziellen Unterstützung des Thepra Landesverbandes Thüringen e.V.	umgesetzt	12.131,00 €	12.131,00 €	12.131,00 €
Gesamt:		15.881,00 €	15.881,00 €	15.881,00 €

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

- Die Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück hat alle notwendigen Satzungen erlassen bzw. geändert. Von insgesamt 5 Konsolidierungsmaßnahmen hat die Verwaltungsgemeinschaft 4 umgesetzt.
  Die Verwaltungsgemeinschaft hat das für 2014 angestrebte Konsolidierungspotential per 30.9.2014 (Ist) zu 100,00 % umgesetzt.

Sind zur Umsetzung des HSK rechtsaufsichtliche Maßnahmen zu ergreifen oder bereits ergriffen worden? Wenn ja welche?

- Nein

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

- Die VG Kindelbrück hat eine aktuelle Einwohnerzahl per 31.12.2013 von 5.730 Einwohnern.
  Zur VG Kindelbrück gehören 8 kleinere finanzschwache Gemeinden und die Stadt Kindelbrück. Es war angestrebt aus den Mitgliedsgemeinden eine Land-/Einheitsgemeinde zu bilden, was allerdings nicht zu Stande kam (siehe Maßnahme 1). Eine größere Verwaltungsstruktur wäre in der Leistungsfähigkeit effektiver und bezüglich der Aufgabenwahrnehmung kostensparender.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

- Keine, da diesbezüglich keine Feststellungen oder Empfehlungen getroffen wurden.

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

- Die Verwaltungsgemeinschaft Kindelbrück hat keine Kredite.

Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.10.2014
Landkreis: Unstrut-Hainich Kreis

Rücklagenbestand zum 31.12.2013: 0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 2.436.663,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2013: 34.539.257,70 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 22.10.2014 genehmigt am: 30.10.2014 Posteingang : 05.11.2014

Konsolidierungszeitraum: 2014 - 2023

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)**
1. Realisierung von Einnahmen über Gewinnausschüttungen der Sparkasse Unstrut-Hainich	Maßnahme wurde umgesetzt	210.400,00 €	0 €	210.400,00 €
2. Realisierung von Einnahmen aus dem Verkauf der Anteile an der Hufeland-Klinikum gGmbH		0 €	0 €	0 €
3. Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen, 2014 und 2015	Maßnahme wurde umgesetzt	135.000,00 €	0 €	135.000,00 €
3.1 Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen – nur 2014 (Schulzentrum Heyerode)	Zum Zeitpunkt 30.09.14 wurde die Maßnahme bisher nicht umgesetzt	21.000,00 €	0 €	0 €
4. Senkung der sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben durch räumliche Zentralisierung der Verwaltung		0 €	0 €	0 €
5. Wegfall der Zuschüsse durch Realisierung anvisierter Schulschließungen bzw. Übergabe der Schulträgerschaft	Zum Zeitpunkt 30.09.14 wurde die Maßnahme bisher nicht umgesetzt	289.500,00 €	0 €	146.266,22 €

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2014 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 Plan (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2014 IST (EUR)
5.1 Änderung operativer Ausgaben, Anpassung der Sachkosten in Relation zur Schülerzahl und zur Anzahl der Schulen für Grundschulen zum Vergleichskreis	Zum Zeitpunkt 30.09.14 wurde die Maßnahme umgesetzt	206.400,00 €	0 €	464.202,78 €
6. Senkung der Ausgaben im Bereich Jugendhilfe durch Angleichung an den Durchschnitt der Vergleichskreise		0 €	0 €	0 €
7. Senkung der Ausgaben im Bereich Sozialhilfe durch Angleichung an den Durchschnitt der Vergleichskreise		0 €	0 €	0 €
8. Reserveerschließung bei den Einnahmen aus der örtlichen Gemeindeprüfung	Zum Zeitpunkt 30.09.14 wurde die Maßnahme bisher nicht umgesetzt	13.000,00 €	0 €	0 €
9. Senkung der Ausgaben für Sachverständigen-,Gerichts- und ähnliche Kosten im Rechtsreferat		0 €	0 €	0 €
10. Erlangung von dauerhaften Ausgleichszahlungen durch das Land bezüglich Mietvertrag Brunnenstraße 97		0 €	0 €	0 €
11. Einstellung des Zuschusses durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen		0 €	0 €	0 €
12. Senkung des Zuschusses an die Volkshochschule durch Mietkostenersparnis und Erhöhung der Entgelte		0 €	0 €	0 €
13. Senkung des Zuschusses an die Musikschule		0 €	0 €	0 €
14. Senkung der Personalausgaben auf Basis der Aufgabenanalyse und der Stellenbemessung		0 €	0 €	0 €
Gesamt:		**875.300,00 €**	**0 €**	**955.869,00 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:

Das vom Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises am 22.10.2014 beschlossene Haushaltssicherungskonzept vom 20.12.2013 (Beschluss Nr.: 328-29/13) in der Fassung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vom 22.10.2014 (Beschluss Nr.: 45-06/14) wurde am 30.10.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt.
Aufgrund der Genehmigung nach dem Abrechnungsstichtag 30.09.2014 kann der Berichtspflicht nach Nr. 5 der VV Haushaltssicherung nicht vollumfänglich entsprochen werden. Eine konkrete verbale Einschätzung erfolgt zum Abrechnungsstichtag 31.12.2014 bis zum 30.04.2015 im Rahmen der Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2014.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Kommunen übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
AP	Blankenhain	keine	keine	keine	keine
AP	Kranichfeld	keine	keine	keine	keine
AP	Hopfgarten	Verkauf der gemeindeeigenen Kegelbahn war im Jahr 2015 geplant und konnte bisher nicht realisiert werden.	keine	keine	keine
AP	Krautheim	keine	keine	keine	keine
AP	Rohrbach	keine	keine	keine	keine
AP	Buttelstedt	Veräußerung der KEBT-Aktien konnte bisher nur teilweise (aufgrund Quotelung) umgesetzt werden.	keine	keine	keine
AP	Troistedt	keine	keine	keine	keine
EIC	Schönhagen	keine	keine	keine	keine

GRZ	Berga/Elster	Mietausgaben Technik: Kostenreduzierung für Druck-/Kopiertechnik - teilweise umgesetzt, Bewirtschaftungskosten: nach Verkauf Wernsdorf Lange Str. 11 - teilweise erfüllt, Bewirtschaftungskosten: Energie - nach Umrüstung auf LED - teilweise umgesetzt, Steuern: Erhöhung Hebesätze - umgesetzt, monetäres Ziel jedoch nicht erreicht, Verkauf: Wernsdorf Lange Str. 11 - nicht umgesetzt, Verkauf: unbebaute Grundstücke - teilweise umgesetzt	keine	keine	keine
GRZ	Caaschwitz	02000.65210 - Telefongebühren; es besteht Handyvertrag für ein vom Bürgermeister ausschließlich benutztes Handy. Hier fallen durchschnittlich 50 EUR/Monat an. Lt. HSK sollten 600 EUR eingespart werden. Vertrag besteht jedoch weiter. 79100.66100 - Mitgliedsbeitrag RAG SHK in Höhe von 200 EUR, 91000.97750 - außerordentliche Tilgung in Höhe von ca. 189.022 konnte aufgrund nicht bewilligter Bedarfszuweisung nur umgeschuldet werden.	keine	keine	keine
GRZ	Greiz	keine	keine	keine	keine

GRZ	Weida	**Reduzierung der Kosten für Straßenbeleuchtung** - Die Umstellung auf LED erfolgt sukzessive, Jahr für Jahr. Die geplante Reduz. des Ausgabeansatzes um 15 T€ wurde erst zur Hälfte erreicht. Für Ende 2016 wird jedoch von einer weiteren Verringerung der Ausgaben ausgegangen, da eine weitere Umrüstung auf LED erfolgen soll. Eine Erreichung des Zieles ist bereits für Ende 2016 geplant. Durch weiterführende Umstellungen auf LED-Technik kann die eingesparte Summe jährlich erhöht werden. **Reduz. d. Kosten für Reinigung** - Eingespart werden sollten 1.500 € pro Jahr. Hierbei konnten im Jahr 2015 nur knapp 1.000 € eingespart werden. Auf eine sparsame Verwend. d. Mittel wurde nochmals hingewiesen. **Reduz. der Ausg. für Bürobedarf** - Trotz dessen, dass bereits sparsam mit Büromaterial umgegangen wird, konnte die geplante Einsparung 2015 nicht erreicht werden. Hinweis an die Ämter erfolgte nochmals. **Reduz. d. Ausg. für Bücherei/Weida-Info** - Die Ausg. konnten noch nicht in dem Maße reduziert werden, wie im HSK geplant. Die Kündigung der festangestellten Mitarbeiterin konnte nicht durchgesetzt werden. Alternativ wird zumindest eine Stundenreduzierung der Mitarbeiterin i. V. m. einer Reduzierung der Öffnungszeiten geprüft.	keine	keine	keine

GRZ	Weida	**Reduzierung Kosten Rechnungsprüfungsamt** - Im Jahr 2015 konnte diese angepeilte Kostensenkung nicht durchgeführt werden, da zum einen noch drei Haushaltsjahre der Stadt Weida geprüft und insgesamt 6 Prüfungsjahre der ehemaligen Gemeinden der Stadt Weida in Rechnung gestellt wurden. Darüber hinaus musste noch ein Rückstand der ehemaligen Gemeinde Steinsdorf in Höhe von 10.000 € beglichen werden. Das Konsolidierungsziel wird jedoch mit dem Haushalt 2016 erreicht werden. **Reduzierung der gesamten Ausgaben "Sportplatz Roter Hügel"** - Die geplante Ausgabeneinsparung von 4.720 € für das Jahr 2015 konnte nicht erreicht werden. Auf Grund einer Gefährdung durch morsche Bäume war die Stadt Ende 2015 zum Handeln gezwungen, was sich wiederum in höheren Ausgaben bei der Unterhaltung der Grundstücke niederschlug. Für das Jahr 2016 wird die Ausgabeneinsparung im Haushaltsansatz erreicht werden können.	keine	keine	keine

GRZ	Weida	**Gemeindesaal Steinsdorf** - Für den Saal in Steinsdorf war angestrebt, die Ausgaben, speziell die Bewirtschaftungskosten, um 4.500 € zu reduzieren und dazu das Objekt offensiv in die Vermarktung (Verkauf) zu geben. Die Ziele konnten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erreicht werden. Zum einen lag die Einsparung nur bei rund 500 € und wird vermutlich auch nicht weiter gesenkt werden können. Zum anderen ist in der strukturschwachen Region ein Objekt dieser Größe, mit gleichzeitig massivem Investitionsrückstau nur schwer zu veräußern. Das Inkrafttreten der neuen Verwaltungs-gebührensatzung der Stadt Weida verzögert sich weiter. Angestrebt ist nun, die Satzung im I. Halbjahr 2016 zu verabschieden und in Kraft treten zu lassen. Hiermit sind entsprechende Gebührenanpassung zur Einnahmenverbesserung verbunden	keine	keine	keine
GRZ	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	**Zusammenlegung der Bauhofseinheiten** -> Verringerung der Ausgaben für Gruppierungsnr. 5/6; (Grundsatzbeschluss in 12/2015 gefasst; organisatorische Umsetzung wird durch die Verwaltung vorbereitet), **Erhöhung der Kita-Gebühren** (erst ab 01.02.2016), **Erhöhung der Standgebühren Marktplatz**	keine	keine	keine
GRZ	Gauern	keine			
GTH	Wölfis	keine	keine	keine	keine

HBN	Masserberg	Einführung der Tourismusabgabe (Fremdenverkehrsbeitrag, XIX. 86); Einführung Zweitwohnungssteuer (XIX. 88.2)	keine	keine	keine
IK	Arnstadt	keine	keine	keine	keine
IK	Gehlberg	Erhebung von Pachteinnahmen für die Nutzung des Parkplatzes; Einhaltung der Ausgaben Obergrenze bei Fahrzeughaltung und Straßenunterhalt	keine	keine	keine
IK	Neustadt am Rennsteig	Nutzungskonzept zwischen Gemeinde und Sportverein hinsichtlich der Übertragung von Aufgaben und Kosten, Verkauf Kirchgasse 5	keine	keine	keine
IK	Wildenspring	keine	keine	keine	keine
KYF	Wiehe	Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Optimierung und Kostensenkung im Bereich der Verwaltungsarbeit zwischen den Städten Roßleben und Wiehe und der Gemeinde Donndorf sollte mit Wirkung vom 01.01.2016 erfolgen. Eine diesbezügliche Zweckvereinbarung liegt der Rechts-aufsichtsbehörde zur Vorprüfung vor. Die Hebesätze für die Steuern sollten entsprechend der VV Bedarfszuweisung des Freistaats bis zum 10.12.2015 in einer Hebesatzsatzung angepasst werden. Nach Rücksprache mit der Rechtsaufsicht erfolgt die Erhöhung der Hebesätze in der Haushaltssatzung oder alternativ in einer Hebesatzsatzung mit Wirksamwerden vor dem 30.06.2016.	keine	keine	keine
KYF	Voigtstedt	keine	keine	keine	keine

KYF	Etzleben	keine	keine	keine	keine
KYF	Sondershausen	Erhöhung der Nutzungsgebühr für städtische Stellflächen. Die Nutzungsgebühr wurde erhöht. Die darauf einsetzende Kündigungswelle verhinderte die geplante Erhöhung um 4.320,00 €. Erreicht wurden nur Mehreinnahmen in Höhe von 2.525,00 €.	Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde nicht erforderlich, da durch die Erhöhung der Hebesätze auf das Niveau der VV-Bedarfszuweisung (alte Fassung) erhebliche Mehreinnahmen, insbesondere durch die Gewerbesteuer, generiert wurden. Die Mindereinnahmen durch geringere Besucher sowie die nicht vollständig erzielten Einsparungen wurden die Mehreinnahmen aus den Realsteuer ausgeglichen bzw. sogar übertroffen.		
KYF	Sondershausen	Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung mit Anpassung bzw. Erhöhung der Gebühren, noch nicht umgesetzt			
KYF	Sondershausen	Erhöhung der Führungspauschale im Museum von 20,00 € auf 30,00 € für Gruppen und von 1,00 € auf 2,00 € für Einzelpersonen			
KYF	Sondershausen	Vereinheitlichung der ermäßigten Eintritte im Museum von 3,00 € auf 4,00 €			
KYF	Sondershausen	Streichung der kostenfreien Eintritte im Museum zu besonderen Höhepunkten, es werden 2,00 € erhoben			
KYF	Sondershausen	Bei den vorgenannten 3 Maßnahmen wurden die Gebührenerhöhungen umgesetzt, beschlossen. Auf Grund fehlender Besucherzahlen wurde die geplante Erhöhung von in Summe 6.000,00 € nicht erreicht. Das Ergebnis beträgt 3.943,00 €			
KYF	Sondershausen	Erhöhung der Bibliotheksgebühren-Jahresgebühr pro Nutzer um 2,00 €, ermäßigte Gebühr um 1,00 €. Die Erhöhung wurde beschlossen. Auf Grund der Besucherentwicklung wurde keine Erhöhung um 1.406,00 €, sondern eine Mindereinnahme von 67,93 € erzielt.			

KYF	Sondershausen	Reduzierung der Zuschüsse für gemeinnützige Vereine und Einrichtungen der Altenpflege durch Überprüfung der Verträge auf Notwendigkeit und Zulässigkeit. Die geplante Einsparung von 5.500,00 € wurde mit 5.160,00 € nicht erreicht.	Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde nicht erforderlich, da durch die Erhöhung der Hebesätze auf das Niveau der VV-Bedarfszuweisung (alte Fassung) erhebliche Mehreinnahmen, insbesondere durch die Gewerbesteuer, generiert wurden. Die Mindereinnahmen durch geringere Besucher sowie die nicht vollständig erzielten Einsparungen wurden die Mehreinnahmen aus den Realsteuer ausgeglichen bzw. sogar übertroffen.
KYF	Sondershausen	Reduzierung der Grünflächenpflege durch Leistungskürzung. Die geplante Einsparung von 20.000,00 € wurde nicht erreicht. Im Ergebnis ist eine Ausgabeerhöhung um 6.282,98 € zu verzeichnen.	
KYF	Sondershausen	Reduzierung der Leistungen für Kinderspielplätze durch Rückbau kaum genutzter Plätze. Aus der angestrebten Einsparung 1.000,00 € wurde eine Mehrausgabe von 499,42 €.	
KYF	Sondershausen	Bedarfszuweisung: Von den beantragten 3.820.414,00 € wurden 2.647.797,00 € beschieden.	Keine Maßnahme erforderlich

KYF	Sondershausen	Einsparung von Personalkosten durch Umsetzung Personalentwicklungskonzept und Wiederbesetzungssperre, weitere Einsparungen in wesentlicher Höhe sind im Zusammenhang und der Umsetzung der geplanten Organisationsüberprüfung, welche gem. dem gestellten Antrag auf diesbezügliche "Extra-Bedarfszuweisungen" durchgeführt werden soll. Die Bedarfszuweisung für das Personalentwicklungskonzept wurde nicht genehmigt. Auf Grund der somit fehlenden finanziellen Mitteln wurde dieses nicht umgesetzt. Die im HSK einzusparenden Stellen wurden realisiert. Dennoch wurden die Personalkosten nicht wie geplant um 153.433,00 € reduziert. Die Abrechnung zum 31.12.2015 ergab eine Mehrausgabe von 91.841,39 €.	Unter Berücksichtigung der der erheblichen Mehreinnahmen aus den Realsteuer sind Maßnahmen seitens der Rechtsaufsichtsbehörde nicht notwendig. Darüber ist die Möglichkeit rechtsaufsichtliche Maßnahmen einzuleiten erst nach Kenntnis der Nichtumsetzung der Konsolidierungsmaßnahme gegeben. Die Kenntnis ist nunmehr erst erfolgt.		
KYF	Roßleben	keine	keine	keine	keine
KYF	Borxleben	keine	keine	keine	keine
KYF	Gehofen	Straßenbeleuchtung durch Einbau von Dimmerschränken, Verkauf kommunaler Grundstücke, Anhebung Steuersätze Hundesteuer	Rechtsaufsichtliche Maßnahmen werden derzeit geprüft, da über die Nichtumsetzung jetzt erst Kenntnis erlangt wurde.		
KYF	Heygendorf	keine	keine	keine	keine
KYF	Ichstedt	keine	keine	keine	keine

KYF	Kalbsrieth	keine	keine	keine	keine
KYF	Reinsdorf	keine	keine	keine	keine
KYF	Ringleben	Anhebung Steuersätze Hundesteuer	Rechtsaufsichtliche Maßnahmen werden derzeit geprüft, da über die Nichtumsetzung jetzt erst Kenntnis erlangt wurde.		
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 8 Auflösung der Wohngeldstelle	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 23 Teilweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen Mit Ortsteilen hat die Stadt einen Bestand von 5.500 Lichtpunkten. In den letzten Jahren wurde ein großer Teil auf energieeffiziente Lampen umgerüstet. Bei weiteren 1.800 Lichtpunkten ist einen Umrüstung sinnvoll. Die Kosten belaufen sich auf ca. 900.000 € und sollen über einen rentierlichen Kredit mit einer Laufzeit von 7 Jahren finanziert werden. Ab 2015/2016 können so ca. 150.000 €/Jahr an Stromkosten eingespart werden. Die Umsetzung der Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2015 nicht erfolgt. Alle notwendigen Vorbereitungen hinsichtlich der Rentierlichkeitsberechnung wurden getroffen. Der Antrag zur Aufnahme des rentierlichen Kredites wurde am 19.11.2015 bei der Kommunalaufsicht eingereicht. Eine Entscheidung liegt bisher noch nicht vor.	Maßnahmen waren nicht erforderlich Kreditantrag liegt vor. Kredit im Rahmen des § 10 ThürKDG nicht zulässig.	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 28 Überarbeitung der Gebührentabelle der Dienstanweisung DA/11/32/2008 "Gebührenrichtlinie zur Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr“ um höhere Gebühreneinnahmen zu erzielen. Die Gebührentabelle wurde zum August 2015 überarbeitet und wurde im September 2015 haushaltswirksam und ist somit umgesetzt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag wurde zwar nicht gänzlich erreicht, konnte aber durch Mehrerträge im Produkt 122100 in Höhe von 11.582,60 € kompensiert werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 29 Einrichtung Bewohnerparkgebiete C.-von-Ossietzky-Str. und Dr.-Robert-Koch-Str.; Ausweitung auf 200 Bewohnerparkplätze a 30,70 €. Die Umsetzung der Maßnahme ist erfolgt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag wurde zwar nicht gänzlich erreicht, konnte aber durch Mehrerträge im Produkt 122100 in Höhe von 11.582,60 € kompensiert werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 30 Parkgebühren/zusätzliche gebührenpflichtige Parkplatzbewirtschaftung auf Parkplätzen, die bereits in der bestehenden Parkraumbewirtschaftungskonzeption der Stadt Nordhausen aufgeführt sind; Parkfläche Taschenberg (Hohekreuzsportplatz); Parkplatz Am Alten Tor Die Umsetzung der Maßnahme ist nicht erfolgt. Die Maßnahme ist Bestandteil der in Überarbeitung befindlichen 3. Änderung der Parkraumbewirtschaftungskonzeption der Stadt Nordhausen; diese soll dem Stadtrat am 06.04.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Umsetzung erfolgt nach Beschlussfassung. Eine finanzielle Kompensierung der Maßnahme konnte jedoch durch Mehreinnahmen in Höhe von 62.595,00 € im Produkt 541200 - Stadtreinigung erreicht werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich.	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 31 Parkgebühren/zusätzliche gebührenpflichtige Parkplatzbewirtschaftung/Errichtung eines gebührenpflichtigen Langzeitparkplatzes auf dem August-Bebel-Platz/Bsp. Parkgebühr 1 €/Tag Die Umsetzung der Maßnahme ist nicht erfolgt. Die Maßnahme ist Bestandteil der in Überarbeitung befindlichen 3. Änderung der Parkraumbewirtschaftungskonzeption der Stadt Nordhausen; diese soll dem Stadtrat am 06.04.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Umsetzung erfolgt nach Beschlussfassung. Eine finanzielle Kompensierung der Maßnahme konnte jedoch durch Mehreinnahmen in Höhe von 62.595,00 € im Produkt 541200 - Stadtreinigung erreicht werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 32 Parkgebühren/zusätzliche gebührenpflichtige Parkplatzbewirtschaftung/Errichtung eines gebührenpflichtigen Langzeitparkplatzes auf der zurzeit frei nutzbaren Parkfläche Weidenstr. /Grimmel z. B. Parkgebühr 1 €/Tag Die Umsetzung der Maßnahme ist nicht erfolgt. Die Maßnahme ist Bestandteil der in Überarbeitung befindlichen 3. Änderung der Parkraumbewirtschaftungs-konzeption der Stadt Nordhausen; diese soll dem Stadtrat am 06.04.2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die Umsetzung erfolgt nach Beschlussfassung. Eine finanzielle Kompensierung der Maßnahme konnte jedoch durch Mehreinnahmen in Höhe von 62.595,00 € im Produkt 541200 - Stadtreinigung erreicht werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 33 Überarbeitung der Sondernutzungsgebühren; speziell die Sonderregelungen im Sanierungsgebiet Altstadt, in welchem keine Sondernutzungsgebühren erhoben werden. Überarbeitung dieser Satzung im Zusammenhang mit der Nutzung von Plätzen für die Durchführung von Veranstaltungen. Die Umsetzung der Maßnahme ist nicht erfolgt. Die Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung ist im Abschluss und kann nun beschlossen werden. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag wurde zwar nicht erreicht, konnte aber durch Mehrerträge im Produkt 122100 teilweise kompensiert werden. Ein noch verbleibender Betrag von 4.084,00 € konnte nicht wie geplant konsolidiert bzw. kompensiert werden. Die Maßnahme wird fortgesetzt und eine vollständige Umsetzung angestrebt.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 35 Geschwindigkeitsüberwachung/Aufnahme eines zusätzlichen Messtages in der Stadt um die Erträge zu erhöhen. Die Umsetzung der Maßnahme ist erfolgt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2015 wurde im Saldo mit 35.754,00 € nicht erreicht. Es konnten ab Juli 2015 nur 8 zusätzliche Messtage durch den Dienstleister erbracht werden. Im Vergleich zu den Anordnungen des Haushaltsjahres 2014 sind im Haushaltsjahr 2015 im Produkt Mehrerträge in Höhe 59.854,90 € zu verzeichnen. Somit konnte der fehlende Konsolidierungsbeitrag kompensiert werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 41 Veräußerung von Gemeindevermögen Verkauf Lindenhof Verkauf Grundstücksteilfläche, Flur, Flurstücke 40/4+39/43 Marienweg 3 (ehem. Frauenbergschule) Verkauf Grundstück, Flur 2, Flurstück 37/5 (alte Schule Hesserode) W.-Nebelung-Str. 10 (ehem. Stadtbibliothek) Verkauf Grundstück, Flur 1, Flurstück 169/28 Verkauf Grundstück, Flur 4, Flurstück 46/3 Verkauf Grundstücksteilfläche, Flur 2, Flurstück 140/1, Verkauf Grundstücksteilfläche, Flur 4, Flurstücke 17/1, 17/4, 17/5 40/1 Verkauf Grundstücksteilfläche, Flur 1, Flurstück 30/20, Verkauf Grundstücksteilflächen, Flur 3, Flurstücke 17/33, 17/80, Verkauf Grundstücksteilfläche Flur 2, Flurstück 23/44 (Hesserode), Verkauf Grundstücksteilfläche, Flur 1, Flurstücke 15 und 16 (Bielen), Verkauf Grundstück, Flur 5, Flurstück 130 (Rodishain) Verkauf Flurstück, Flur 13, Flurstück 58/8.	Maßnahmen waren nicht erforderlich Eine Übersicht über verkaufte Grundstücke bzw. umgesetzte Beschlüsse liegt der Rechtsaufsichtsbehörde vor.	keine	keine

NDH	Nordhausen	Verkauf Grundstück, Flur 12, Flurstück 3/17 (ehem. SBZ) Verkauf Grundstücke, Flur 8, Flurstücke 251/10, 251/18 (Waisenhaus/Walkenrieder Hof) (Verwaltung) W.-Nebelung-Str. 39 (Vereinshaus)Großwechsunger Str.5 (Wohnhaus)Die Maßnahme wurde teilweise umgesetzt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2015 beträgt im Saldo 554.543,00 €. Abgerechnet werden 246.541,52 €. In der 1. Fortschreibung wird eine Anpassung erfolgen. Das Konsolidierungsziel wird sich im Konsolidierungszeitraum nicht verändern. Haushaltsmäßig erfolgt der Ausgleich des fehlenden Konsolidierungsbeitrages durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer.Eine Übersicht welche Grundstücke verkauft bzw. welche Beschlüsse umgesetzt wurden ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 43 Erhöhung Einnahmen durch Preisanpassung bei Neuabschluss von Garagenmietverträgen von bisher 20 €/Monat auf 30 €/Monat zzgl. MwSt. Die Maßnahme wurde mit der AV/0176/2015-Erhöhung Einnahmen durch Preisanpassung bei Neuabschluss von Garagenmietverträgen vom 01.06.2015 umgesetzt. Eine Ertragssteigerung von 20.000,00 € konnte im Haushaltsjahr 2015 noch nicht erreicht werden. Durch Minderaufwendungen im Produkt Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement (Kontenbereich 523) konnte der nicht erreichte Konsolidierungsbeitrag kompensiert werden. Die Maßnahme wird fortgeführt.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 53 Fahrstuhlnotrufschaltung auf Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr. Eine externe Vergabe entfällt somit. Die Maßnahme wurde noch nicht umgesetzt. Der Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 5.000,00 € konnte jedoch durch weitere Aufwandsreduzierungen kompensiert werden. Die Maßnahme wird fortgesetzt und eine Umsetzung angestrebt.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 55 Gewinnausschüttung Beteiligungen SWG und Holding Die Beteiligungsunternehmen sind angehalten die Unternehmen so zu führen, dass eine angemessene Gewinnausschüttung realisierbar ist. Die Gewinnausschüttung kann erst nach Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der SWG erfolgen.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 57 Einführung Konzessionsabgabe Wasser Die Einführung der Konzessionsabgabe wird untersucht. Es erfolgen Abstimmungen mit den Mitgliedsgemeinden. Am 10.07.2015 erfolgte der Beschluss des Vorstandes des Wasserverbandes zur Erarbeitung einer Rechtsexpertise. Ziel: Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einführung einer Konzessionsabgabe, alternativ einer Gewinnausschüttung und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Auswertung des Gutachtens erfolgte in der Vorstandssitzung des WVN am 20.01.2016. Weitere Auswertungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen erfolgen in der Vorstandssitzung am 02.03.2016. Weitere Abstimmungen mit der Dienstführung der Stadt zur weiteren Beschlussfassung in den Gremien des WVN erfolgen am 03.03.2016. Diese Maßnahme besteht unter dem Vorbehalt der rechtskonformen Umsetzbarkeit und der Verantwortung der daraus resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen sowie der erforderlichen Beschlüsse durch die Gremien des WVN und deren rechtliche Würdigung.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Nordhausen	Maßn. Nr. 64 Erlass einer Sanierungssatzung zur Erhebung von Ausgleichsbeträgen Hierzu soll eine Sanierungssatzung erarbeitet werden. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2015 nicht umgesetzt, jedoch werden im Rahmen der Veräußerung von Grundstücken im Sanierungsgebiet Ausgleichsbeträge erhoben. Dies geht aus den Kaufverträgen zu Grunde liegenden Verkehrswertgutachten hervor. Im Haushaltsjahr 2015 betraf dies den Grundstücksverkauf Domstraße/Kranichstraße/Bäckerstraße mit einem Verkaufserlös von 13.018,00 €. Durch Mehrerträge bei der Gewerbesteuer konnte dieser Verlust des Konsolidierungsbeitrages haushaltsmäßig ausgeglichen werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	LK Nordhausen	**Maßnahme Nr. 2011-3:** Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreisvolkshochschule um 10 % **Maßnahme Nr. 2013-25:** Gewinnausschüttung Südharzwerke Nordhausen - Entsorgungsgesellschaft mbH **Maßnahme Nr. 2014-30:** Einnahmen aus Nebenforderungen	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Werther	**Maßn. Nr. 06 - Ausgabe Amtsblatt nur noch jeden 2. Monat** Ein Vertrag zum Druck des Amtsblattes der Gemeinde Werther nur noch jeden 2. Monat wurde (wie ursprünglich vorgesehen) nicht abgeschlossen. Nach Prüfung dieser Option wurde festgestellt, dass dann wichtige öffentliche Bekanntmachungen nicht mehr zeitnah erfolgen können. Die Gemeinde müsste dann zusätzlich andere Veröffentlichungsblätter, die wiederum kostenpflichtig sind, nutzen. Die Kosten des Amtsblattes reduzieren sich bereits durch darin enthaltene Werbung von ortsansässigen Unternehmen. Um weitere Kosten einzusparen, soll die Seitenzahl der monatlichen Ausgaben des Amstblattes im Haushaltsjahr 2016 auf ein Minimum reduziert werden. Das Einsparpotential beträgt dann voraussichtlich rund 400,00 € im Jahr. Die Maßnahme wird (wie geplant) ab Januar 2016 kassenwirksam.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Werther	**Maßn. Nr. 46 - Kündigung Vertrag Wach- und Schließgesellschaft und electronik ELT GmbH (Kita Werther)** Der Vertrag mit der Nordhäuser Wach- und Schließgesellschaft mbH konnte nicht gekündigt werden, da die Anlage von der electronik ELT GmbH aufgeschaltet ist. Sämtliche Brandmeldungen der Brandmeldeanlage werden durch die Wach- und Schließgesellschaft an die Feuerwehr u.ä. weitergeleitet. Der Vertrag soll Ende des Jahres 2016 nachverhandelt werden. Die vorgesehene Kündigung des Wartungsvertrages mit der electronik ELT GmbH ist nicht fristgemäß erfolgt (lange Kündigungsfrist). Die schriftliche Kündigung wird bis zum 31.05.2016 zum Jahresende 2016 veranlasst. Durch Neuverhandlung soll dann ab dem 01.01.2017 ein günstigerer Preis ausgehandelt werden. Der Vertrag insgesamt ist aufgrund gesetzlich geregelter Wartungsintervalle notwendig.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Neustadt (Südharz)	keine	keine	keine	keine
NDH	Bleicherode	Erhebung kostendeckender Entgelte für das Bleicheröder Echo: Das HSK (2013) sah vor, das Bleicheröder Echo vollumfänglich durch Entgelte zu finanzieren. Dies ist so nicht realisierbar. Der Ansatz wurde um 6.200,00 € reduziert und die restliche Summe (18.000,00 €) wurde im HSK (Gesamtkonsolidierungszeitraum) eingeplant und durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben anderer HHStellen abgedeckt. Es ist anzumerken, dass die Kosten für das Bleicheröder Echo auch in die Berechnung des Kostenersatzes (Erfüllende Gemeinde) einfließen.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine

NDH	Bleicherode	Es ergibt sich lt. 2. Fortschreibung HSK ein Potential von jährlich 6.200 € durch die Änderung des Erscheinungsrhythmus. Dieses wurde erreicht. Im Dezember 2015 erfolgte eine Anpassung des vertraglichen Preises auf Initiative des Verlegers. Erhöhte Herstellungskosten ließen diese nicht umgehen. Diese vertragliche Änderung ist die Ursache für die somit erwirtschaftete Mehrausgabe 2015 (330,51 €). Das Gesamtpotential (6.200 €) abzgl. der Mehrausgaben (330,51 €) ergibt das erreichte Potential 2015 5.869,49 €.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
NDH	Wolkramshausen	Im Abschnitt 88000 Werterhaltung kommunale Wohnungen konnte die Maßnahme nicht umgesetzt werden. Die Sanierungsarbeiten waren dringend notwendig und unaufschiebbar und mussten mit 10.412 € überschritten werden.	Maßnahmen waren nicht erforderlich	keine	keine
SHK	Kahla	**Grünflächenplan**: Umsetzung begonnen - Grünflächenplan ist erstellt, Reduzierung der zu mähenden Fläche ist erfolgt. **Winterdienstkonzept:** Umstellung Winterdienstbereitschaft - Ausruf nach Bedarf **Bürgerbeteiligungen:** bisher keine Umsetzung möglich erneuter Aufruf zur Einwohnerversammlung am 18.11.2015 blieb ohne Erfolg **Stadtmarketing/Imagemarketing:** Umsetzung begonnen,	keine	keine	keine
SHK	Kleineutersdorf	Die Maßnahmen aus Formular XIX wurden umgesetzt.	keine	keine	keine

SHK	Rauda	Maßnahmen wurden alle umgesetzt	keine	keine	keine
SHK	Laasdorf	Verkauf von Grundstücken Gewerbegebiet ohne Fristsetzung (keine Käufer gefunden),Verkauf Wohngebäude Dorfring ohne Fristsetzung (kein Käufer vorhanden) Maßnahmen werden aber weiterverfolgt	keine	keine	keine
SHK	Stadtroda	56, 57 -Prüfung der Verträge noch nicht abgeschlossen 76 - Änderung Betreibung DGH OT Gernewitz noch kein neuer Betreiber gefunden 84 - Prüfung Änderung Betreibung Schützenhaus in Stadtroda: noch nicht umgesetzt	keine	keine	keine
SHK	Heideland	Die Maßnahmen aus Formular XIX wurden fristgerecht umgesetzt.	keine	keine	keine
SHK	Dornburg-Camburg	Der Verkauf von Immobilien der Stadt Dornburg-Camburg läuft. Im Haushaltsjahr 2015 wurden 207.235 € Verkaufserlöse erzielt, 2016 rechnen wir mit 2.095.000 € und auch mehr. Die Verhandlungen laufen zur Zeit. Mieterhöhungen wurden nicht durchgeführt, da der Verkauf der Immobilien ansteht. Die Stadt ist um eine qualifizierte und fristgemäße Erfüllung der Maßnahmen bestrebt.	keine	keine	keine

SHK	Bürgel	Anhebung Nutzungsgebühren Räumlichkeiten im Rathaus noch nicht erfolgt, kein Bedarf für Anmietung. Anhebung Nutzungsgebühren DGHer noch nicht umgesetzt, da noch nicht abschließend beraten Verkauf Grundstück Bahnhofstraße war für 2015/16 geplant, Umsetzung soll 2016 erfolgen	keine	keine	keine
SHK	Renthendorf	63 - Straßenausbaubeiträge wurde nicht erhoben, da die Baumaßnahme (Stützmauer) nicht durchgeführt wurde. 88 - Verkauf Teich noch nicht erfolgt. - Kaufvertrag Leichenhalle liegt vor - GVO fehlt noch.	keine	keine	keine
SHK	Schkölen	Stadt Schkölen hatte 2015 kein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt	keine	keine	keine
SLF	Bad Blankenburg	keine	keine	keine	keine
SLF	Piesau	kein HSK	keine	keine	keine
SLF	Reichmannsdorf	keine	keine	keine	keine
SLF	Lichte	keine	keine	keine	keine
SLF	Gräfenthal	kein HSK	keine	keine	keine

SM	Oepfershausen	keine	keine	keine	keine
SM	Brotterode-Trusetal	keine	keine	keine	keine
SÖM	Haßleben	M 1: Reduzierung der Personalkosten M 9: Erhöhung Landpacht	keine	keine	keine
SÖM	Sömmerda	Stadt Sömmerda befindet sich nicht mehr in der Haushaltssicherung. Fortschreibung wurde mit Bescheid vom 04.01.2016 nochmals genehmigt, jedoch gleichzeitig die Stadt von einer weiteren Fortschreibung des HSK befreit.	keine	keine	keine
SÖM	Kindelbrück	M 3: Strukturelle Veränderung durch interkommunale Zusammenarbeit - Bildung Land-/Einheitsgemeinde M 5: Erneuerung der Straßenbeleuchtung (Umstellung auf LED) in der Straße des Friedens	keine	keine	keine
SOK	Tanna	Anpassung Aufwandsentschädigung Ortsteilbürgermeister und Beigeordnete auf gesetzl. Mindestbeträge, Verkauf städtischer Anteile an Fernwärmeversorgung Tanna GmbH, Erarbeitung Straßennetzkonzeption, Anpassung Verwaltungskostensatzung, Verkauf städtischen Wohnungsbestandes	keine	keine	keine
SOK	Gefell	keine	keine	keine	keine

SOK	Hirschberg	Neukalkulation Friedhofsgebühren, Anpassung Geschäftsbesorgungsvertrag LRA wg. Hausmeistertätigkeit Schule, Reduzierung Kassenkreditinanspruchnahme auf unter 1/6 des Verwaltungshaushaltes, Vollständige Tilgung eines endfälligen Kredites i.H. von 3,2 Mio. EUR	keine	keine	keine
SOK	Geroda	keine	keine	keine	keine
SOK	Wurzbach	keine	keine	keine	keine
SOK	Crispendorf	keine	keine	keine	keine
SOK	Gefell	keine	keine	keine	keine
SOK	Bucha	keine	keine	keine	keine
SON	Sonneberg (Stadt)	**1.** Sponsoring durch Unternehmen. **2.** Bewirtschaftungskosten Wintersport. **3.** Änderung Marktgebührensatzung (Maßnahmen in Bearbeitung- Umsetzung 2016) **4.** Rückbau, Zusammenlegung Spielplätze. **5.** Pflege Straßenbegleitgrün (Maßnahmen erfüllt, aber gepl. Kons.-potential nicht erreicht).	keine	keine	keine

SON	Lauscha	**1.** Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B und für die Gewerbesteuer entspr. der VV-Bedarfszuweisung. **2.** Antragstellung zur Umwandlung der gewährten Überbrückungshilfe in eine nicht rückzahlbare Bedarfszuweisung.	keine	keine	keine
UHK	Flarchheim	keine	keine	keine	keine
UHK	Heroldishausen	keine	keine	keine	keine
UHK	Anrode	keine	keine	keine	keine
UHK	Obermehler	keine	keine	keine	keine
UHK	Schlotheim	keine	keine	keine	keine
UHK	Bad Langensalza	keine	keine	keine	keine
Eic	Rustenfelde	Bewilligung einer Bedarfszuweisung gem. § 24 Abs. 2 Nr. 2 ThürFAG zur Beseitigung der Unwetterschäden - kein HSK	keine	keine	keine
WAK	Neidhartshausen	keine	keine	keine	keine
WAK	Brunnhartshausen	keine	keine	keine	keine

SHL	Suhl	Maßnahmekatalog Nr. 1: Zuschuss CCS-Anteilsreduzierung 625000.5411000 Maßnahmekatalog Nr. 16: Kindertagesstätten-Kostenreduzierung Produkt 3655…	keine	keine	keine
G	Gera	**Abriss Gebäude Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf** (M 1141-0.04) Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke. Im Zusammenhang mit der rechtlichen Bewertung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt steht diese Maßnahme unter Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung. Eine Umsetzung bis zum 31.12.2015 erfolgte nicht.	keine	keine	keine
G	Gera	**Überprüfung Benutzungsentgelte entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen** (M 1272-0.01) Vorgesehen war eine Erhöhung der Erträge im Rahmen der Kostenerstattung durch den Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen für den Betrieb eines 2. (zusätzlichen) Rettungswagen, was nicht realisiert werden konnte.	keine	keine	keine

G	Gera	**Überprüfung Vertrag hinsichtlich der Fahrleistungen für die Kassenärztliche Vereinigung** (M 1272-0.02) Der Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist zum 30.09.2014 durch den Vertragspartner gekündigt worden.	keine	keine	keine
G	Gera	**Schülerbeförderung Erhöhung der Kostenbeteiligung ab Klassenstufe 11** (M 2411-2.03) Erhöhung des Beteiligungssatzes durch Eltern mit dem Ziel der Kostenverringerung für die Stadt. Die Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Gera wurde am 21.05.2015 beschlossen (Vorlage-Drucksachen-Nr. 18/2015). Eine Erhöhung der (Kosten-) Beteiligung ab der Klassenstufe 11 wurde seitens des Stadtrates abgelehnt.	keine	keine	keine
G	Gera	**Museumsstandort Ferbersches Haus** (M 2521-0.01) Aufgabe eines (städtisch geführten) Museumsstandortes. Erarbeitung und Entscheidung zu verschiedenen Varianten zur Zukunft des Ferberschen Hauses. Die Maßnahme bzw. in diesem Zusammenhang stehende Entscheidungen werden mit Blick auf die Baumaßnahmen sowie entsprechende Schließzeiten in der Orangerie und im Otto-Dix-Haus bis 2017 zurückgestellt.	keine	keine	keine

G	Gera	**Dauernutzungsmitgliedschaft mit automatischer Abbuchung** (M 2721-2.01) Die Gebührenerhebung soll künftig grundsätzlich durch Lastschrift erfolgen und damit zur Einnahmenverbesserung beitragen. Bis 31.12.2015 erfolgte noch keine Umsetzung der Maßnahme. Im I. Quartal 2016 wird jedoch eine neue Bibliothekssoftware eingeführt, mit der Abläufe vereinfacht und damit Kosten reduziert werden können. In diesem Zusammenhang soll auch die automatische Abbuchung für Dauernutzungsmitgliedschaften umgesetzt werden. Dazu ist ein entsprechendes Verfahren im HKR sicherzustellen.	keine	keine	keine
G	Gera	**Interessenbekundungsverfahren für externe Betreibung KuK** (M 2812-0.01) Auf Grundlage des Stadtratsbeschluss Drucksachen-Nr. 25/2014 zur Weiterführung des Kultur- und Kongresszentrums als Veranstaltungshaus wird das KuK ab dem 01.01.2015 weiterhin durch die Stadt Gera betrieben.	keine	keine	keine

G	Gera	**Die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger sind zu überprüfen. Ziel ist eine 10 %ige Zuschussreduzierung** (M3651-0.01) Die Zuschussbelastung der Stadt Gera sollte um rund 10 % vom Jahr 2015 an reduziert werden. Im Rahmen der Genehmigung der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde die Auflage erteilt, dass "im Rahmen der nach § 18 Abs. 4 Satz 2 ThürKitaG abzuschließenden Trägervereinbarungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt darauf hinzuwirken ist, einen Kostendeckungsgrad aus Elternbeiträgen mindestens in Höhe des Landesdurchschnitts sicherzustellen". Mit Schreiben vom 03.12.2015 wurde dem Thüringer Landesverwaltungsamt die Auffassung der Stadt Gera zur Auflage im Rahmen der Genehmigung der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2023 mitgeteilt. Aus Sicht der Stadt Gera ist die Auflage erfüllt. Eine Antwort zum Schreiben liegt zudem noch nicht vor.	keine	keine	keine

G	Gera	**Bedarfsgerechter Rückbau kommunaler Spielplätze in den Jahren 2014-2016** (M 3663-0.01) Beschluss zur Spielplatzentwicklungskonzeption 2030 inkl. eines bedarfsgerechten Rückbaus. Bis zum 31.12.2015 erfolgte keine Beschlussfassung zum Spielplatzentwicklungskonzept. Das Spielplatzentwicklungskonzept wurde jedoch mit der Drucksachen-Nr. 6/2015 am 21.01.2016 durch den Stadtrat mit Änderungen mehrheitlich beschlossen. Vor dem Rückbau von Spielplätzen ist demnach erneut die Arbeitsgruppe "Spielplätze" unter Beteiligung der direkt betroffenen Ortsteile einzuberufen. Weiterhin ist die Verwaltung beauftragt, einen konkreten Ablaufplan zum Rückbau vorzulegen. Durch die eingetretene zeitliche Verzögerung sind die Planansätze 2016 ff. entsprechend anzupassen.	keine	keine	keine
G	Gera	**Eintrittspreise und Öffnungszeiten Hofwiesenbad** (M 4241-0.01) Anpassung an die in Thüringen übliche Preisstruktur. Bis 31.12.2015 erfolgte keine Änderung Entgeltordnung für die Benutzung kommunaler Bäder der Stadt Gera. Die Änderung der Entgeltordnung für die Benutzung kommunaler Bäder der Stadt Gera wurde jedoch mit Beschluss des Stadtrates zur Drucksachen-Nr. 96/2005 2. Ergänzung am 21.01.2016 beschlossen.	keine	keine	keine

G	Gera	**Änderung Sportstättenrichtlinie** (M 4241-0.02) Regularien zu Erhebung von Entgelten für Werbung. Bis 31.12.2015 erfolgte keine Änderung der Sportförderrichtlinie. Die Sportförderrichtlinie der Stadt Gera wurde jedoch mit Beschluss des Stadtrates zur Drucksachen-Nr. 257/2004 4. Ergänzung am 21.01.2016 beschlossen.	keine	keine	keine
G	Gera	**Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung** (M 5531-0.01) Gebührenanpassung zur Steigerung des Kostendeckungsgrades. Bis 31.12.2015 erfolgte noch keine Beschlussfassung der Friedhofsgebührensatzung. Zwar wurde eine Überarbeitung der Friedhofgebührensatzung vorbereitet, jedoch erfolgte noch keine Beschlussfassung im Stadtrat. Nunmehr liegt die Friedhofsgebührensatzung zur Vorabprüfung beim Thüringer Landesverwaltungsamt. Es ist geplant, dass die überarbeitete Friedhofsgebührensatzung zum 01.07.2016 in Kraft treten soll.	keine	keine	keine

G	Gera	**Stabilisierung Übernachtungssteuer** (M 6111-0.02) Die am 10.10.2013 beschlossene Satzung wurde vom TLVwA beanstandet und nicht genehmigt. Es erfolgt eine entsprechende Anpassung der Satzung zur Übernachtungssteuer. Bis 31.12.2015 erfolgte noch keine Beschlussfassung der Übernachtungssteuersatzung. Zwar war die Beschlussvorlage Drucksachen-Nr. 31/2011, 2. Ergänzung am 28. September 2015 auf der Tagesordnung der Hauptausschusssitzung und wurde mit vorheriger Behandlung in den Ortsteilräten sowie im Haushalts- und Finanzausschuss am 26. Oktober 2015 verwiesen. Doch erfolgte noch keine Beschlussfassung im Stadtrat. Diese soll nunmehr bis Mai 2016 erfolgen.	keine	keine	keine

G	Gera	**Eigenkapitalverzinsung Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal"** (M 6251-0.01) Die Stadt strebt eine angemessene Eigenkapitalverzinsung entsprechend der Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns (ThürEBV) an. Am 18.11.2013 wurde mit der Drucksache Nr. 078/2013 dem Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" über die Verwendung des Jahresgewinns 2012 beraten und die darin vorgesehene anteilige Ausschüttung aus der Eigenkapitalverzinsung beschlossen. Dieser Beschluss wurde mit dem Bescheid vom 27.01.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als rechtswidrig bewertet. Hintergrund ist eine der ThürEBV zu entnehmende Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns, wonach mit dem Gewinn zunächst vorgetragene Vorjahresverluste zu tilgen sind, darüber hinaus Rücklagen für Investitionen gebildet werden können und erst nach ausreichender Rückstellung eine Abführung an Gemeindehaushalte oder ein Vortrag auf neue Rechnung in Betracht kommt. Der angefochtene Beschluss sieht nach der Tilgung des Vorjahresverlustes den Vortrag auf neue Rechnung vor, was, wie ausgeführt, entsprechend der ThürEBV Nachrang hat.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 32 (E5) Konzentration der Museen: Veräußerung von Gebäuden und Übertragung der Wagner-Sammlung an andere Träger. Gründe: Auf Grund einer Konkurrentenklage ist die Stelle der Museumsleitung – Voraussetzung für die Erarbeitung eines Museumskonzeptes – noch immer nicht besetzt. Insofern ist es derzeit nicht möglich, dem Stadtrat ein Museumskonzept vorzulegen. Eine Veräußerung von Museumsobjekten wird noch immer geprüft. Adäquate Möglichkeiten, die sowohl finanzielle wie kulturelle Aspekte berücksichtigen, sind derzeit noch nicht gefunden. Ohne Verkaufsabsichten wird im Interesse der Haushaltskonsolidierung gegenwärtig geprüft, ob eine Nutzung des Standortes Predigerkirche gemeinsam mit dem Martin-Luther-Gymnasium, möglich ist. Entsprechende Entscheidungen sind aber frühestens im 2. Quartal 2016 zu erwarten. Die Übergabe der Oesterlein-Sammlung an eine derzeit in Gründung befindliche Stiftung („Tannhäuser-Stiftung“ – Schlicht-Wagner-Stiftung) wird geprüft, kann aber frühestens nach entsprechender Konstituierung der Stiftung (2. Quartal 2016) weiter verfolgt werden.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 32 (VwHH16) Städtische Museen: Museumsstandorte: Lt. fachlicher Beurteilung ist es möglich, vorerst einen Museumsstandort zu schließen. Die konkrete damit verbundene Kostenersparnis muss noch berechnet werden. 1. Der Veräußerungen eines zweiten Museumsobjektes, der Reuter-Wagner-Villa, steht juristisch nichts im Wege. Die leihweise Abgabe der Objekte dürfte jedoch einem längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die der Stadt gehörige Oesterleinsammlung von Objekte zu Richard Wagner, kann an einen anderen Erinnerungsort, insbesondere das Stadtschloss, abgegeben werden. Dies ist wegen der besonderen Tragweite durch einen Stadtratsbeschluss zu legitimieren.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	2. Die Schließung des Museumsstandortes Stadtschloss dürfte sich als besonders schwierig erweisen, weil vollkommen unklar ist, an wen die hier verwahrten Objekte abgegeben werden können. Überdies ist das Objekt mit einer baulichen Fördermittelbindefrist belegt, die eine andere Nutzung vorerst nahezu unmöglich macht. In diesem Rahmen prüfen wir die von der KPMG vorgeschlagenen Nutzungsoptionen. Es wird vollkommen ausgeschlossen, dass diese Maßnahme in 2015 haushaltswirksam werden kann, weil a) in dieser Zeit nicht die sich ergebenden Einzelprobleme gelöst werden können und b) die Erstellung eines Museumskonzeptes, welches die Schließung von zwei Standorten beinhaltet, nicht in wenigen Monaten erarbeitet werden kann. Gründe: analog Maßnahme E5.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 33 (VwHH5) Kulturstiftung Meiningen-Eisenach (KME): Reduzierung Zuschuss Landestheater Eisenach: Eine Reduzierung des Zuschusses bereits im Jahr 2017, dem Jahr, in dem Eisenach für Thüringen das Aushängeschild zum Reformationsjubiläum sein wird, ist kategorisch auszuschließen. Dieser Position haben bisher auch die Ministerpräsidentin und der Finanzminister vertreten. Eine Reduzierung kann somit frühestens 2018 erfolgen. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob diese Reduzierung überhaupt erfolgen kann. Aufgrund der Spielzeiten, die sich nicht am Jahreskalender orientieren, könnte die Reduzierung frühestens mit Ende der Spielzeit 2017/2018 erfolgen.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Gründe: Das Land hat ein Diskussionspapier zur künftigen Struktur der Thüringer Theaterlandschaft öffentlich gemacht. Der Diskussionsprozess hierüber ist noch nicht abgeschlossen. Die Mitglieder der Kulturstiftung haben jedoch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die avisierte Reduzierung des städtischen Zuschusses nicht geeignet ist, eine mittel- und langfristig nachhaltig stabile Theaterstrukturreform in Thüringen umzusetzen. Insofern haben die Stiftungsmitglieder die Erwartung geäußert, dass die Stadt Eisenach den städtischen Zuschuss nicht reduziert. Insbesondere der für Kultur zuständige Minister hat darauf hingewiesen, dass andernfalls das Konzept der Landesregierung nicht umsetzbar sei.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 35 (Chance21) Reduzierung Zuschussbedarf Bibliothek...; Gründe: Das Konsolidierungsziel wurde um 14.598,78 € verfehlt. Maßgeblich beeinflussend wirkten sich folgende Aspekte aus: Einnahmeseitig konnten die Planwerte nicht vollumfänglich erreicht werden (- 12,6 TEUR). Im Rahmen der Jahresabschlussbuchungen wurde das Budget für den optimierten Regiebetrieb entsprechend dessen Ist-Kostenmeldung auf die einzelnen Unterabschnitte aufgeteilt. Für UA 35200 ergaben sich höhere Ausgaben als geplant (+ 24,5 TEUR). Öffentliche Bibliotheken erfüllen einen wichtigen bildungs-und kulturpolitischen Auftrag.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Sie haben unter den öffentlichen Einrichtungen der Kommunen eine besondere Stellung. Standardreduzierungen erfordern wegen der überörtlichen Bedeutung der Bibliothek ein besonders hohes Maß an Sensibilität. Für eine qualifizierte Arbeit benötigt es Fachkräfte. Ehrenamtliche Helfer oder Aushilfen können nur für sehr begrenzte Aufgaben eingesetzt werden. Die Nutzung der Bibliothek ist mit einer Satzung geregelt, Aufgaben aus diesem Rechtsverhältnis dürfen Ehrenamtler nicht wahrnehmen. Auch Aufgaben die eine fachliche Qualifizierung voraussetzen, können nicht übertragen werden. Es bleiben nur restriktive Aufgaben aus dem Veranstaltungsbereich und hier wird bereits auf Ehrenamtliche zurückgegriffen. Der Personalbestand der Bibliothek ist bereits fachlich sehr dezimiert.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	(VwHH9) Volkshochschule: Zuschussbedarf…; Gründe: 1.Es gibt Verhandlungen bzgl. des Gebäudes und einer möglichen Zusammenlegung mit der Musikschule, so dass Einsparungen hierdurch ggf. in den nächsten HH-Jahren zu erwarten sind. 2. Die VHS hat das Seminarangebot angepasst. Kursausfälle sind aber schwer kalkulierbar und gehören zum Alltag in einer VHS. Sie lassen sich nicht in jedem Fall durch eine vorausschauende Planung umgehen. Im Gegenteil, bei weniger geplanten Kursen sind Kursausfälle schlechter zu verkraften als bei vielen. Weil da einzelne Ausfälle nicht so sehr ins Gewicht fallen. Für eine Vielzahl von Kursen schwankt das Interesse potentieller Teilnehmer sehr. 3. Es sind derzeit kaum Synergieeffekte mit der VHS WAK zu erzielen, da seitens des WAK keine Bereitschaft/ Notwendigkeit einer Kooperation über das „normale Maß“ vorhanden ist.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Abschnitt 46 (VwHH12) Kindertagesstätten: Anhebung Gebühren für städtische Kindertagesstätten… Gründe: Durch Rundschreiben des TMBJS bzw. Innenministeriums wurde mitgeteilt, dass die zunächst laut VV geforderte Gebührenerhöhung über 10% des Landesdurchschnittes nicht erforderlich ist zur Genehmigung des HSK (siehe Berichterstattung zum 30.04.2015). Im Übrigen sollte eine Veränderung der Kindertagesstättengebühren im Zusammenhang mit der angekündigten Gesetzesänderung zum gebührenfreien Betreuungsjahr kalkuliert werden.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Bis dato liegt die Gesetzesänderung noch nicht vor. Nach Rücksprache der OB mit der zuständigen Staatssekretärin ist eine Gebührenerhöhung derzeit nicht sinnvoll. Außerdem wird auf die Stellungnahme verwiesen, wonach die beschlossenen Einnahmen in den kommenden Jahren ohnehin nicht erreicht werden, weil die Anzahl der zahlenden Eltern zu gering ist und diese sich bei weiteren Erhöhungen zu freien Trägern ummelden. In der 3. Fortschreibung des HSK wird die Maßnahme dem aktuellen Sachstand angepasst:	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Im Herbst 2015 wurde beschlossen, bis 01.10.2016 eine Gebührenkalkulation zu erstellen. Ein früherer Termin ist nicht möglich, da erst im Juni diesen Jahres die Betriebskostenabrechnung 2015 für die Kindertageseinrichtungen vorliegen wird. Diese sollte für eine Kalkulation zugrunde gelegt werden. Außerdem bleibt abzuwarten, wie sich das Gebührenniveau bei den freien Trägern entwickelt. Diese haben angekündigt in diesem Jahr zu erhöhen. Die Differenzen zwischen den Gebühren in den städtischen Einrichtungen und bei den freien Trägern sollten nicht allzu groß werden.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 46 (VwHH8) Einrichtungen der Jugendhilfe: Verminderung des jährlichen Zuschussbetrages: Für die perspektivische Umsetzung von Leistungen der Jugendhilfe nach §§ 11- 14 SGB VIII in der Stadt Eisenach wurde ein Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses zur Erarbeitung eines Entwurfes für ein Strategiekonzept in diesen Leistungsbereichen gebildet, der gegenwärtig noch an diesem Entwurf arbeitet. Zu diesem jugendhilfefachlichen Papier sehen der § 5 Abs. 2, 3, 4 und 5 der Satzung des Jugendamtes vom 27.04.2007 und das SGB VIII (u. a. § 80) umfangreiche Planungs-, Beteiligungs- und Anhörungsrechte des Jugendhilfeausschusses und der im Stadtgebiet wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe vor und mittelfristig werden Abstimmungen zur Jugendhilfestruktur mit dem Wartburgkreis (Rückkreisung) erfolgen.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Gründe: Um einerseits den geänderten Bedarfslagen Rechnung zu tragen und andererseits die Zuwendungen aus den beiden Landesförderrichtlinien nicht zu gefährden, wird von der Verwaltung empfohlen, den vorliegenden Entwurf des Strategiekonzeptes im Stadtrat am 01.03.2016 zu beschließen und ggf. durch Fristen und Auflagen hinsichtlich der Fortschreibung des Strategiekonzeptes zu ergänzen. Die Änderung des ursprünglichen Beschlussvorschlages vom 01.10.2015 wird wie folgt aussehen: Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt: das von der Verwaltung vorgelegte Konzept ‚Jugendpolitische Strategie der Stadt Eisenach im Bereich der Jugendförderung bis zum Jahr 2020 (Jugendförderplanung)'. Die Verwaltung wird beauftragt, die Punkte 7.3 und 7.4 des vorgelegten Entwurfes bis zum 31.12.2016 an die geänderten Bedingungen anzupassen und für die Folgejahre 2017 - 2020 fortzuschreiben.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Aus haushalterischer Sicht muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass es sich bei den beschriebenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 11- 14 SGB VIII (Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Jugendsozialarbeit und dem erzieherischen Jugendschutz) i. V. m. § 79 SGB VIII (Gesamtverantwortung der öffentlichen Jugendhilfe) nicht um freiwillige Leistungen handelt! Entsprechend einschlägiger Rechtsgutachten und Kommentare zum SGB VIII sind diese Pflichtaufgaben der örtlichen, öffentlichen Träger der Jugendhilfe. Im vorliegenden Entwurf des Strategiepapieres wurde nachgewiesen, dass die Einrichtungs- und Maßnahmestruktur der Kinder- und Jugendförderung in Eisenach bedarfsgerecht ist und einer sparsamen Mittelbewirtschaftung unterliegt.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Finanzielle Einsparungen würden nach der vorliegenden Beschlusslage zur zweiten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ohnehin erst ab 01.01.2018 greifen und auch nur dann, wenn die Stadt Eisenach mit Abgabe des Status‘ einer kreisfreien Stadt als örtlicher öffentlicher Träger die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 11- 14 SGB VIII nicht mehr als Aufgaben im eigenen Wirkungskreis (Pflichtaufgabe) realisieren muss. Unabhängig davon bleibt nach einer Rückkreisung von Eisenach zu einer kreisangehörigen Kommune trotzdem die Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge für ihre Bürger im Rahmen der Thüringer Kommunalordnung.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 72 (Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung. Gründe: Die Abführung der Eigenkapitalverzinsung konnte nicht erreicht werden. Gegen die Stimmen der Stadt Eisenach wurde durch Mehrheitsbeschluss in der Verbandsversammlung in der Sitzung am 07.12.2015 eine Neugliederung des Eigenkapitals beschlossen und eine Ausschüttung abgelehnt.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Abschnitt 87 (E7) Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS): Liquidierung; Gründe: Die Prüfung konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die fristgerechte Umsetzung der Maßnahme bis 2018 ist grundsätzlich möglich.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Abschnitt 88 (VwHH30a) Wegfall Einnahmen Liegenschaften: Wie unter E3 dargestellt, ist der komplette Einnahmeausfall von 170 T€ nicht realistisch. Es wird immer Grundstücke geben, die in der Stadtverwaltung verbleiben und somit auch Einnahmen aus Verpachtung. Vom Übergang der Erbbaurechtsverträge an die SWG wird abgeraten. Gründe: In Auswertung der gemachten Analysen zum Grundstücksbestand wurde ein Beschlussvorschlag für die Stadtratssitzung im April 2016 erarbeitet.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 90 (VwHH4) Erhöhung Grundsteuer B: Gemäß Verwaltungsvorschrift-Bedarfszuweisungen vom 22.06.2015 werden Gemeinden/Städten zur Haushaltskonsolidierung Bedarfszuweisungen nur unter bestimmten Voraussetzungen zugewiesen. Im Zeitraum der Haushaltskonsolidierung ist grundsätzlich ein Hebesatz von mindestens 110 % der Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse festzusetzen. Für die Grundsteuer B bedeutet dies einen Hebesatz von 520 v.H., der eine jährliche Einnahmeerhöhung von 553 T€ generiert. Für das Jahr 2022 wurde der geforderte Hebesatz von 550 v.H. in Ansatz gebracht. Über die Änderung der Hebesatzsatzung ist ein Stadtratsbeschluss zu fassen. Gründe: Einbringung der Änderungssatzung wurde seitens des Fachamtes vorbereitet - Beschlussfassung durch den Stadtrat ist bis zum 30.06.2016 mit Wirkung zum 01.01.2016 möglich.	keine	keine	keine

EA	Eisenach	Abschnitt 90 (VwHH40) Erhöhung Grundsteuer A: Gemäß Verwaltungsvorschrift-Bedarfszuweisungen vom 22.06.2015 werden Gemeinden/Städten zur Haushaltskonsolidierung Bedarfszuweisungen nur unter bestimmten Voraussetzungen zugewiesen. Im Zeitraum der Haushaltskonsolidierung ist grundsätzlich ein Hebesatz von mindestens 110 % der Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse festzusetzen. Für die Grundsteuer A bedeutet dies einen Hebesatz von 366 v.H., der eine jährliche Einnahmeerhöhung von 14 T€ generiert. Über die Änderung der Hebesatzsatzung ist ein Stadtratsbeschluss zu fassen. Gründe: Einbringung der Änderungssatzung wurde seitens des Fachamtes vorbereitet - Beschlussfassung durch den Stadtrat ist bis zum 30.06.2016 mit Wirkung zum 01.01.2016 möglich.	keine	keine	keine
EA	Eisenach	Abschnitt 90 (VwHH41) Erhöhung Gewerbesteuer: Gemäß Verwaltungsvorschrift-Bedarfszuweisungen vom 22.06.2015 werden Gemeinden/Städten zur Haushaltskonsolidierung Bedarfszuweisungen nur unter bestimmten Voraussetzungen zugewiesen. Im Zeitraum der Haushaltskonsolidierung ist grundsätzlich ein Hebesatz von mindestens 110 % der Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse festzusetzen. Für die Gewerbesteuer bedeutet dies einen Hebesatz von 479 v.H., der eine jährliche Einnahmeerhöhung von 553 T€ generiert. Über die Änderung der Hebesatzsatzung ist ein Stadtratsbeschluss zu fassen. Gründe: Einbringung der Änderungssatzung wurde seitens des Fachamtes vorbereitet - Beschlussfassung durch den Stadtrat ist bis zum 30.06.2016 mit Wirkung zum 01.01.2016 möglich.	keine	keine	keine

UH	LK UH	M 3a: Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Sachanlagevermögen - Verwaltungsgebäude "Alte Post", Bad Langensalza - Vertrag unterschriftsreif verhandelt, Kreistags-Beschluss vorbereitet - Verkauf in 2016; - ehemalige Schule in Körner kein Kaufinteressent	keine	keine	keine
GRZ	Münchenbernsdorf	Anpassung v. Pachten; konnte wegen Einhaltung gesetzlicher Kündigungsfristen der Pachtverträge erst zum 01.01.2016 umgesetzt werden.	keine	keine	keine
GRZ	Paitzdorf	keine	keine	keine	keine
GRZ	Endschütz	keine	keine	keine	keine
GRZ	Wünschendorf/Elster	Anpassung v. Pachten; konnte wegen Einhaltung gesetzlicher Kündigungsfristen der Pachtverträge erst zum 01.01.2016 umgesetzt werden.	keine	keine	keine
GRZ	Auma-Weidatal	neue Friedhofsgebührensatzung; Beschlussfassung bis 31.12.2015 - noch nicht erfolgt; wird 03/2016 erwartet	keine	keine	keine
GTH	Haina	keine	keine	keine	keine

GTH	Westhausen	keine	keine	keine	keine
KYF	Abtsbessingen	**Gemeinderatsbeschluss** Der Gemeinderat der G emeinde Abtsbessingen beschließt in seiner Sitzung Ende Februar zur Sicherung des HSK, dass ab dem 01.01.2016 auf das Sitzungsgeld bis auf Widerruf in Höhe von 30 € pro Sitzung verzichtet wird. Dieses soll als Spende dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. **Umsetzung zum 31.12.2015** Die Maßnahme wurde bisher nicht in vollem Umfang erfüllt - offene Gelder in Höhe von 900€	Zusammen mit der Gemeinde, der erfüllenden Gemeinde Stadt Ebeleben und der Rechtsaufsichtsbehörde wird mit Nachdruck an der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungs-konzeptes mit entsprechenden ergänzenden Konsolidierungsmaßnahmen gearbeit. Über eventuelle Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde ist erst nach dem Scheitern der zuvor genannten Zusammen-arbeit zu befinden.		

KYF	Abtsbessingen	**Gemeinderatsbeschluss** Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK, dass der Bgm beauftragt wird, Verhandlungen im Bereich kommunaler Gemeinschaftsarbeit im Brandschutz durchzuführen. **Umsetzung zum 31.12.2015** Bisher keine Ergebnisse. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.	Zusammen mit der Gemeinde, der erfüllenden Gemeinde Stadt Ebeleben und der Rechtsaufsichtsbehörde wird mit Nachdruck an der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungs-konzeptes mit entsprechenden ergänzenden Konsolidierungsmaßnahmen gearbeit. Über eventuelle Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde ist erst nach dem Scheitern der zuvor genannten Zusammen-arbeit zu befinden.
KYF	Abtsbessingen	**Gemeinderatsbeschluss** Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK die Optimierung des Personals. Die Arbeitszeit der Leiterin vom Kinderhaus am Westerbach, Frau Britta Hoffmann, wird ab sofort von 8 auf 7 Std. täglich verkürzt. **Umsetzungzum 31.12.20015** Nach vorübergehender Stundenreduzierung folgte, nach Aussage des Bgm, aufgrund gestiegener Kinderzahlen wieder eine Stundenerhöhung.	
KYF	Abtsbessingen	**Maßnahme - Optimierung des Personals** Kürzung der Arbeitszeit der Köchin und Putzfrau (1 Arbeitskraft) von 6 auf 5 Std. **Umsetzung zum 31.12.2015** Nach vorübergehender Kürzung wieder Anstieg der Stunden - Grund gestiegene Kinderzahlen	
KYF	Abtsbessingen	**Maßnahme - Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung** Es gibt bisher noch keine überarbeitete Satzung über die Friedhofsgebühren. Der Friedhof ist eine kostendeckende Einrichtung.	

KYF	Abtsbessingen	**Maßnahme - Umlage anfallender Betriebskosten für Bürgertreff und Gaststätte** Die Maßnahme wurde nicht umgesetzt, die Gemeinde bezahlt die anfallenden Betriebskosten.	Zusammen mit der Gemeinde, der erfüllenden Gemeinde Stadt Ebeleben und der Rechtsaufsichtsbehörde wird mit Nachdruck an der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungs-konzeptes mit entsprechenden ergänzenden Konsolidierungsmaßnahmen gearbeit. Über eventuelle Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde ist erst nach dem Scheitern der zuvor genannten Zusammen-arbeit zu befinden.
KYF	Bretleben	HH-Stelle 0000.6540 - Reduzierung der Ausgaben für Dienstreisen von 300€ auf 200€ HH-Stelle 6300.5200 - Reduzierung der Kosten für Geräte u. Ausstattungen von 1.500€ auf 500€	Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde nicht erforderlich, da durch die restlichen Konsolidierungsmaßnahmen diese Einsparungen kompensiert wurden.
KYF	Donndorf	Der Lastkraftwagen des Bauhofes sollte am 30.11.2015 für 3.000 € verkauft werden. Zwar wurden Verkaufsgespräche geführt, der gewünschte Verkaufspreis aber noch nicht erreicht.	Im Rahmen der noch zu beschließenden 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde diese Maßnahme mit einem neuen Umsetzungsdatum im Haushaltsjahr 2016 unterlegt. Die Verkaufsbemühungen wurden seitens der Gemeinde dargelegt. Maßnahmen der Rechtsaufsichts-behörde sind nicht erforderlich bzw. nicht zweckmäßig.
KYF	Donndorf	Die Friedhofsgebühren waren nicht kostendeckend und sollten daher erhöht werden. Die Erhöhung der Friedhofsgebühren (wurde am 21.04.2015 beschlossen, sie wurde zurückgezogen, da die Kalkulation zu überarbeiten war; es war geplant, nach Überarbeitung neu zu beschließen). Die geplante Mehreinnahme betrug ca. 390 € jährlich.	Keine Maßnahmen ergriffen, da sich diese Maßnahme finanziell erst für das Haushaltsjahr 2016 auswirkt.
KYF	Donndorf	Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Optimierung und Kostensenkung im Bereich der Verwaltungsarbeit zwischen den Städten Roßleben und Wiehe und der Gemeinde Donndorf sollte mit Wirkung vom 01.01.2016 erfolgen.	Eine diesbezügliche Zweckvereinbarung liegt der Rechts-aufsichtsbehörde zur Vorprüfung vor.

KYF	Ebeleben	- Änderung und Neukalkulation der Friedhofs-gebührensatzung - Satzungsprüfung - Überarbeitung und Anpassung der Hundesteuersatzung - Satzungsprüfung - Überprüfung der Sondernutzungs-gebührensatzung - Satzungsprüfung	Keine Maßnahme ergriffen, da diese Maßnahmen mit übrigen Konsolidierungsmaßnahmen ausgeglichen wurde.
KYF	Gorsleben	- Erhöhung Benutzungsgebühren unter der 1100.1100 um 200 € - Erhöhung der Verwaltungseinnahmen unter der 1300.1504 um 300 € - Reduzierung der Kraftstoffkosten unter der 1300.5510 um 1.000 € - Mehreinnahmen in der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer i.H.v. insgesamt 10.500 € durch Anhebung der Hebesätze - Die Hebe-sätze wurden erhöht, jedoch konnten die geplanten Mehreinnahmen nicht erzielt werden. - Einsparungen durch Kostenreduzierung unter der 1300.5410 (Energie) i.H.v. 1.000 € - Mehreinnnahmen durch Erhöhung der Kosten-beteiligung der Vereine unter der 5600.1504 i.H.v. 1.400 €	Im Rahmen der 2. Fortschreibung sind bezüglich der nicht bzw. nicht vollumfänglich umgesetzten Konsolidierungs-maßnahmen ergänzende Maßnahmen zu ergreifen. Dies-bezüglich wurden bereits Gespräche und Beratungen zwischen der Gemeinde und der Rechtsaufsichtsbehörde geführt.

KYF	Greußen	Mit Beschlussnummer 19a/06/15 vom 07.04.15 wurde ein neues HSK (ab 2015) beschlossen und gleichzeitig die ursprüngliche Fortschreibung (Beschlussnummer 15/3/14) aufgehoben. Die aufgeführten Maßnahmen sind ohne monetäre Einsparung benannt. Im Rahmen der Anhörung zur rechtsaufsichtlich beabsichtigten Beanstandung des vorgenannten Beschlusses soll auch dieses HSK zurückgenommen werden und ein neues, beginnend ab 2016 erarbeitet werden.	Durch die Stadt Greußen wurde mit Beschluss-Nr. 19a/06/15 am 07.04.2015 ein neues HSK nach den formellen Anforderungen der VV-Haushaltssicherung und des Rundschreibens vom 10.11.2014 des Thür. Innenministeriums beschlossen. Dieses stellte sich jedoch als nicht genehmigungsfähig dar. Seitens der Rechtsaufsichtsbehörde erfolgte ein Anhörungsverfahren zur beabsichtigten Nichtgenehmigung.
KYF	Großenehrich	- Neukalkulation und kostendeckende Umlage der Gebühren für die Benutzung der im Eigentum der Stadt stehenden Liegenschaften - Erhöhung der Benutzungsgebühren für Dienstleistungsverträge Straßenreinigung mit privaten Dritten durch Anwendung der Verwaltungskostensatzung der Stadt Großenehrich bzw. durch Satzungsneuerlass - Einnahmen aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen des Anlagevermögens Verkauf Kegelbahn Großenehrich	Die nicht umgesetzten Maßnahmen basieren aus dem am 28.10.2010 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2011 bis 2015. Da dieses den gegenwärtigen Anforderungen an ein Haushaltsicherungskonzept nicht entspricht, wurde der Stadt Großenehrich aufgegeben beginnend ab dem Haushaltsjahr 2015 ein HSK entsprechend der VV-Haushaltssicherung i.V.m. den Formularen des Rundschreibens des Thüringer Innenministeriums vom 10.11.2014 zu erstellen. Ein solches wurde am 17.11.2015 beschlossen und der Rechtsaufsichtsbehörde am 01.12.2015 vorgelegt. Jedoch stellt sich dieses als nicht genehmigungsfähig dar, so dass der Stadt Großenehrich die beabsichtigte Nichtgenehmigung mitgeteilt wurde. Mit Schreiben vom 09.02.2016 erfolgte seitens der Stadt die Mitteilung, dass der Beschluss vom 17.11.2015 über das Haushaltssicherungskonzept aufgehoben wird und ein völlig überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept entsprechend den rechtlichen Grundlagen erstellt wird.

KYF	Hauteroda	HH-Stelle 1100.1100 Erhöhung der Einnahmen bei Benutzungsgebühren von 150€ auf 200€ HH-Stelle 1300.1500 Erhöhung der Einnahmen aus Betriebseinnahmen von 200€ auf 400€ HH-Stelle 1300.5000 Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung des Grundstücks von 200€ auf 50€ HH-Stelle 1300.5600 Reduzierung der Ausgaben der Dienst- und Schutzbekleidung von 500€ auf 350€ HH-Stelle 6300.5410 Reduzierung der Energiekosten von 200€ auf 150€ HH-Stelle 6700.5100 Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung von 500€ auf 250€ HH-Stelle 7500.1100 Erhöhung der Benutzungsgebühren durch neue Friedhofsgebührensatzung von 3.000€ auf 4.000€ HH-Stelle 8800.1504 Erhöhung der Einnahmen durch Vermietung Kulturhaus von 3.000€ auf 5.000€ HH-Stelle 8800.5410 Kostenreduzierung durch Reduzierung der Ausgaben für Energiekosten von 2.100€ auf 1.600 €	Trotz dieser nicht vollumfänglich umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen wurde das Konsolidierungsziel zum 31.12.2015 nahezu erreicht. Durch Mehreinnahmen bzw. höhere Einsparungen anderer Konsolidierungsmaßnahmen wurden diese Maßnahmen kompensiert.

KYF	Heldrungen	HH-Stelle 0200.1400 Erhöhung der Mieteinnahmen von 3.500€ auf 4.000€ HH-Stelle 0200.5000 Reduzierung der Ausgaben Unterhalt baul. Anlagen von 1.500€ auf 500€ HH-Stelle 0200.5200 Reduzierung der Ausgaben Geräte u. Aussattung von 1.600€ auf 600€ HH-Stelle 3520.6520 Kündigung Telefonanschluss Bibo von 650€ auf 0€ UA 5600 Übertragung Sporterlerheim an Verein ab 01.07.2015 und Kostenreduzierung von 3.500€ auf 1.750€ HH-Stelle 7910.7170 Wegfall Kosten Bufdi, da keine Bufdi vorhanden und Reduzierung der Kosten von 3.000€ auf 0€ HH-Stelle 8800.1400 Erhöhung Mieteinnahmen durch Neuvermietung von 4.900€ auf 5.900€	Die nicht umgesetzten Maßnahmen basieren auf dem am 06.07.2015 beschlossenen Haushaltssicherungskonzept. Dieses stellt sich jedoch als nicht genehmigungsfähig i.S.d. VV-Haushaltssicherung dar, da u.a. die Konsolidierungs-maßnahmen weder hinreichend beschrieben noch beziffert wurden. Weiterreichende Maßnahmen der Rechtsaufsichtsbehörde, nicht nur die nicht umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen betreffend, sind derzeit in Arbeit.		
KYF	Hemleben	HH-Stelle 1300.5510 (Haltung v. Fahrzeugen) Senkung der Ausgaben für Kraftstoffe von 500€ auf 100€ HH-Stelle 4310.5900 Senkung der Sachausgaben für Senioren von 450€ auf 250€ HH-Stelle 6700.5100 Senkung der Ausgaben für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung von 2.000€ auf 1.000€ HH-Stelle 7600.5410 Einsparung der Energiekosten durch sparsame Haushaltsführung von 1.700€ auf 1.400€	Im Rahmen der bevorstehenden 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes sind entsprechende Ergänzungsmaßnahmen seitens der Gemeinde zu beschließen. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen werden derzeit geprüft, da über diese Nichtumsetzungen jetzt erst Kenntnis erlangt wurde.		
KYF	Niederbösa	keine	keine	keine	keine
KYF	Oberheldrungen	Gemeinde befindet sich nicht mehr in der Haushaltssicherung.	Aufgrund der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und der durchweg positiven mittelfristigen Finanzplanung wurde die Gemeinde aus der Haushaltskonsolidierung entlassen.		

NDH	Buchholz	keine	keine	keine	keine
NDH	Herrmannsacker	keine	keine	keine	keine
NDH	Wipperdorf	Die im Abschnitt 36000-Naturschutz veranschlagten Einnahmen und Ausgaben der Kompensationsmaßnahmen in Höhe von jeweils 224.000,00€ konnten wegen terminlicher Verschiebungen (I/2016) des Baubeginns der Windkrafträder bisher nicht durchgeführt werden. Die im Abschnitt 63000 veranschlagte Einnahme von 20.000€ für die Nutzung der Gemeindewege konnte noch nicht umgesetzt werden, da sich der Baubeginn der Windkraftanlage auf das HJ 2016 verschoben hat.	keine	keine	keine
EIC	Schimberg	keine	keine	keine	keine
EIC	Wiesenfeld	keine	keine	keine	keine
EIC	Volkerode	keine	keine	keine	keine
EIC	Sickerode	keine	keine	keine	keine
EIC	Schwobfeld	keine	keine	keine	keine

EIC	Pfaffschwende	keine	keine	keine	keine
EIC	Mackenrode	keine	keine	keine	keine
EIC	Krombach	keine	keine	keine	keine
EIC	Kella	keine	keine	keine	keine
EIC	Geismar/Großt.	keine	keine	keine	keine
EIC	Fretterode	keine	keine	keine	keine
EIC	Bernterode - HIG	keine	keine	keine	keine
SHK	Großeutersdorf	Die Maßnahmen aus Formular XIX wurden umgesetzt.	keine	keine	keine
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf	Für das Schulgebäude gibt es z.Z. noch keinen Käufer.	keine	keine	keine
SLF	Katzhütte	Senkung der Reisekosten des Bürgermeisters, Zusammenlegung der Feuerwehren, vollständige Übernahme der Bewirtschaftungskosten für die Heimatstube durch den Verein	keine	keine	keine

SLF	Lehesten	Zusammenlegung von Ausschüssen sowie Wegfall der berufenen Bürger in den Ausschüssen, Verringerung der zu entschädigenden Personen, Zuschuss an die Volkssolidarität für Seniorenbegegnungsstätte nur noch für Betriebskosten (gleichzeitig Einnahmen im städtischen Haushalt), Zuschuss an die Volkssolidarität für Jugendbegegnungsstätte nur noch für Betriebskosten (gleichzeitig Einnahmen im städtischen Haushalt), Anpassung der Gebührenordnung Turnhalle, Erhöhung Einnahmen aus BK-Abrechnung Schulsport, Beschränkung der Ausgaben für den Winterdienst auf 25.000,- €, Anpassung Gebührenordnung Friedhof, Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit der Bauhofmitarbeiter (nicht fristgemäß)	keine	keine	keine
SLF	Schmiedefeld	Reduzierung Aufwandsentschädigung Bürgermeister (vor Wahl), Ölheizung im Feuerwehrgebäude soll durch eine Gasheizung ersetzt werden (verspätet), Abschaltung Straßenbeleuchtung (Umstellung Maßnahme), Mietvertrag mit der Firma Korn soll gekündigt werden (2014) - gemeinsamer Bauhof ab 2015 mit der Gemeinden Lichte und Reichmannsdorf	keine	keine	keine
SLF	Leutenberg	keine	keine	keine	keine
SLF	Drognitz	Übergabe Straßenreinigung, Winterdienst und Grünschnitt an Unternehmen (30.09.2015 / 31.12.2015)	keine	keine	keine
SLF	Saalfelder Höhe	keine	keine	keine	keine
SM	Vachdorf	keine	keine	keine	keine

SM	Rohr	keine	keine	keine	keine
SM	Oberschönau	keine	keine	keine	keine
SM	Leutersdorf	keine	keine	keine	keine
SM	Kaltensundheim	keine	keine	keine	keine
SM	Henneberg	keine	keine	keine	keine
SM	Einhausen	keine	keine	keine	keine
SM	Christes	keine	keine	keine	keine
SOK	Birkenhügel	keine	keine	keine	keine
SOK	Blankenstein	keine	keine	keine	keine
SOK	Göschitz	Einsparung Winterdienst, Einsparung in der Fahrzeughaltung, Erhöhung der Einnahmen aus Holzverkauf	keine	keine	keine
SOK	Kirschkau	keine	keine	keine	keine
SOK	Knau	Einsparung Personalkosten Gemeindearbeiter durch "Ausleihe" an ortsansässige Unternehmen	keine	keine	keine

SOK	Bad Lobenstein	Kindertagesbetreuung, Erhöhung der Kita-Gebühren um 25 %, Straßenausbaubeitragssatzung - Erhöhung Anteil der Beitragspflichtigen um 5 % für Anlieger (70 %) und Haupterschließungsstraßen (50 %) - jeweils Fahrbahn, Wiederaufnahme von statisch konstruktiven Stützwänden, die der öffentlichen Verkehrsfläche dienen, als beitragsfähig.	keine	keine	keine
SOK	Neundorf (bei Lobenstein)	Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung und Erhöhung der Gebühren	keine	keine	keine
SOK	Ranis	keine	keine	keine	keine
SOK	Tegau	keine	keine	keine	keine
SOK	Ziegenrück	keine	keine	keine	keine
SON	Schalkau	**1.** Erhöhung der Benutzungsentgelte für das Bürgerhaus "Thüringer Hof". **2.** Einsparung der Aufwandsentschädigung für die Ortssprecher.	keine	keine	keine
SON	Föritz	**1.** Erhöhung der Benutzungsentgelte gemeindeeigener Gebäude. **2.** Gebührenerhöhung für Hilfeleistung der Feuerwehren.	keine	keine	keine

SÖM	Andisleben	M 10: Verkauf Liegenschaft Brückenstr. 9 M 11: Verkauf bzw.Neuverpachtung von Ackerflächen M 12: Überprüfung der Versicherungsverträge M 17.2: Minderung Schuldendienst durch Sondertilgung nach Gewährung BZW	keine	keine	keine
SÖM	Beichlingen	M 9 - 11: nochmalige Anpassung der Steuerhebesätze	keine	keine	keine
SÖM	Büchel	M 3: Strukturelle Veränderung durch interkommunale Zusammenarbeit - Bildung Land-/ Einheitsgemeinde	keine	keine	keine
SÖM	Griefstedt	M 3: Strukturelle Veränderung durch interkommunale Zusammenarbeit - Bildung Land-/Einheitsgemeinde M 5: Sondertilgung Kredit	keine	keine	keine
SÖM	Guthmannshausen	Alle HSK Maßnahmen entsprechend umgesetzt.	keine	keine	keine
SÖM	Herrnschwende	M 3: Strukturelle Veränderung durch interkommunale Zusammenarbeit - Bildung Land-/ Einheitsgemeinde	keine	keine	keine
SÖM	Straußfurt	M 4: Verkauf Jugendclub M 5: Verkauf Vereinsheim "Am Rieth"	keine	keine	keine
UHK	Bothenheilingen	keine	keine	keine	keine
UHK	Issersheilingen	keine	keine	keine	keine
UHK	Neunheilingen	keine	keine	keine	keine

WAK	Frankenroda	Gemeinde hat kein genehmigtes HSK - Genehmigung wurde mit Bescheid vom 27.11.2015 versagt; Frist zur Vorlage eines überarbeiteten Konzepts bis zur Vorlage HH 2016, spätestens jedoch bis zum 31. Mai 2016	keine	keine	keine
WAK	Ifta	keine	keine	keine	keine
WAK	Leimbach	keine	keine	keine	keine
ABG	Lucka	keine	keine	keine	keine
HBN	Nahetal-Waldau	keine	keine	keine	keine
HBN	Schleusegrund	keine	keine	keine	keine
AP	Bad Sulza	Einnahmen aus Mieten Mehrzweckgebäude (konnte nicht in voller Höhe umgesetzt werden, da Kündigung durch Mieter erfolgte)	keine	keine	keine
AP	Ballstedt	Ausgaben für Bewirtschaftung der Mehrzweckhalle (Ausgabeansätze wurden wegen Nachzahlungen Engergie und Gas überschritten)	keine	keine	keine
AP	Mechelroda	Kostensenkung Straßenbeleuchtung (konnte nicht komplett umgesetzt werden, Gründe wurden unsererseits nachgefragt)	keine	keine	keine

AP	Ramsla	Erhöhung der Hebesätze nach Landesdurchschnitt, weitere Beispiele: Erhöhung der Kita-Gebühren, außerordentliche Tilgungen (Das HSK muß fortgeschrieben werden, eine Vorlage ist für den 31.03.2016 avisiert. Das am 25.04.2014 vorgelegte fortgeschriebene HSK wurde nicht genehmigt, da seinerzeit unzureichend).	keine	keine	keine
AP	Umpferstedt	Haushaltsoptimierung durch externen Berater (wurde aufgrund entstehender Kosten ausgesetzt; ist aus Sicht der RAB sowohl sachlich als auch haushaltsrechtlich nachvollziehbar)	keine	keine	keine
AP	Vippachedelhausen	keine	keine	keine	keine
AP	Wohlsborn	keine	keine	keine	keine
SOK	Blankenberg	Die Gemeinde hat trotz Verpflichtung gem. § 53 a ThürKO bisher kein HSK aufgestellt	Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.		
SOK	Harra	keine	Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.		
SOK	Pottiga	Die Gemeinde hat trotz Verpflichtung gem. § 53 a ThürKO bisher kein HSK aufgestellt	Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.		
SOK	Schlegel	keine	Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.		
SOK	Schöndorf	Die Gemeinde hat trotz Verpflichtung gem. § 53 a ThürKO bisher kein HSK aufgestellt	Es wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.		

SM	Ellingshausen	keine	keine	keine	keine
SM	Oberhof	keine	keine	keine	keine
ABG	Ziegelheim	Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen (Vergabe an Ingenieurbüro zur Erstellung des beitragsfähigen Aufwandes erfolgte im Januar 2016, daher erfolgt eine Verschiebung in dieses Jahr), Einnahme aus Nutzungsgebühren Mehrzweckhalle (Gemeinde konnte Zustimmung vom Sportministerium zur Entgeltordnung bislang nicht vorlegen), Einnahmen aus Mieten Mehrzweckgebäude (konnte nicht in voller Höhe umgesetzt werden, da Kündigung durch Mieter erfolgte), Ausgaben für Bewirtschaftung der Mehrzweckhalle (Ausgabeansätze wurden wegen Nachzahlungen Energie und Gas überschritten), Kostensenkung Straßenbeleuchtung (konnte nicht komplett umgesetzt werden, Gründe wurden unsererseits nachgefragt)	keine	keine	keine

ABG	Meuselwitz	Erhöhung der Hebesätze nach Landesdurchschnitt, weitere Beispiele: Erhöhung der Kita-Gebühren, außerordentliche Tilgungen (Das HSK muss fortgeschrieben werden, eine Vorlage ist für den 31.03.2016 avisiert. Das am 25.04.2014 vorgelegte fortgeschriebene HSK wurde nicht genehmigt, da seinerzeit unzureichend.), Haushaltsoptimierung durch externen Berater (wurde aufgrund entstehender Kosten ausgesetzt; ist aus Sicht der RAB sowohl sachlich als auch haushaltsrechtlich nachvollziehbar).	keine	keine	keine
IK	Geschwenda	Laufendes Betriebskosten-Controlling; Erzielung von Grundstücksverkaufserlösen	keine	keine	keine
IK	Wipfratal	keine	keine	keine	keine
IK	Liebenstein	keine	keine	keine	keine
IK	Friedersdorf	Erhöhung der Hebesätze entsprechend der VV-Haushaltssicherung in Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts der jeweiligen gemeindlichen Größenklasse	Anhörung nach ThürVvfG, Einstellung des Verfahrens	keine	keine
HBN	Schweickershausen	keine	keine	keine	keine
HBN	Auengrund	keine	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
ABG-Land	Lödla	Es war vorgesehen die Erhöhung der Mieten für gemeindeeigene Wohnungen vorzubereiten. Diese Maßnahme ist nur zum Teil umgesetzt worden, da die Wohnobjekte nach Aussagen vom Bauamt und Bürgermeister noch entsprechend saniert werden müssen bzw. eine verbesserte Wohnqualität geschaffen werden muss. Die Erhöhung soll, wie geplant erst ab 2017 stattfinden.	-	-	-
ABG-Land	Kriebitzsch	Die Einsparung bei der Straßenbeleuchtung infolge LED Umrüstung konnte 2016 nicht realisiert werden. Infolge Preiserhöhung bei den Netzentgelten wurde nur die geplante Veranlagung erreicht.	-	-	-
ABG-Land	Kriebitzsch	Die Erhöhung der Kita-Gebühren wurde realisiert. Die Gesamteinnahmen einschl. der Erhöhung wurden jedoch schon in den Haushaltsplan 2016 sowie in das Konsolidierungskonzept eingestellt und nicht wie im Konzept dargestellt, anteilig geplant. Infolge der Erhöhung war 2016 ein Konsolidierungspotenzial von 9.947 € zu verbuchen.	-	-	-
ABG-Land	Kriebitzsch	Die der von der KBE angekündigte höhere Ausschüttung der Dividende konnte nicht realisiert	-	-	-

A TIM/D6925/17A1 A

		werden. Es waren statt geplante 2.200 € nur 400 € Mehreinnahmen zu verzeichnen.			
ABG-Land	Kriebitzsch	Die Erhöhung des Hebesatzes von 350 auf 375 bei der Gewerbesteuer ist erfolgt. Die geplanten Einnahmen aus Gewerbesteuern konnte nicht erzielt werden, da Rückzahlungen aus vergangenen Jahren getätigt werden mussten. Von den geplanten 88.000 € konnten nur 56.510 € verbucht werden.	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	Überprüfung der Kita-Gebühren nach Kosten-deckungsgrad Termin: bis 04/2014; verspätet umgesetzt ab 01.08.2016	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz *	Friedhofsgebührensatzung Ziel: Kostendeckungsgrad 65 % Termin: 09/2012 ff nicht erreicht: Kostendeckungsgrad 2016 bei 50,91 %	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	Kündigung freiwilliger Mitgliedschaften teilweise umgesetzt (4 freiwillige Mitgliedschaften bestehen noch)	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	Zuschuss Stadion Glaserkuppe Ziel: 2012 0,00 € bzw. nach Maßgabe des Haushaltes; nicht umgesetzt: Zahlung 2012: 42.990,40 € - 2014 rechtswirksame Änderung des Erbbaurechtsvertrages ab 2015 mit einem Zuschuss von 3 % der jährlichen freiwilligen Aufgaben des VwH der Stadt (max. 42.990 €/a); vgl. VG Gera Az.: 2 K 1189/15 Ge	-	-	-
ABG-	Meuselwitz	Erhöhung Hebesätze Grundsteuer A, B und	-	-	-

Land		Gewerbesteuer, Vorlage an den Stadtrat 10/2014 Wirksamwerden: 01.01.2015 nicht umgesetzt: Ablehnung durch Stadtrat, Umsetzung erst mit Wirkung ab dem 01.01.2016 nach der VV-Bedarfszuweisungen			
ABG-Land	Meuselwitz	Angebote für einen Haushaltsoptimierer einholen teilweise umgesetzt: Angebot wurde eingeholt, Auftragserteilung durch Stadtrat wurde abgelehnt	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	jährliche Fortschreibung HSK nicht umgesetzt: erster Entwurf in 2016 wurde vom Stadtrat nicht gebilligt	-	-	-
ABG-Land	Ziegelheim	**Bewirtschaftung der Wieratalhalle durch die Gemeinde:** Ziel: Senkung des Zuschußbedarfes von 38.610 € auf 18.900 € Zeitpunkt: ab 2015 jährlich nicht umgesetzt: Nach der Bewirtschaftung der Wieratalhalle duch den LSV Ziegelheim e. V. als Hauptnutzer in der Zeit vom 01.01.2012 - 30.06.2014 wurde die Halle in Eigenregie der Gemeinde Ziegelheim bernommen, mit der Ziel eine entsprechende Nutzungs- und Entgeltverordnung allgemeinverbindlich zu regeln, unter der Prämisse, die Nutzungsentgelte in der Höhe der tatsächlich entstehenden Betriebskosten zu kalkulieren. Der Zuschußbedarf sollte von 38.610 auf 18.900 € gesenkt werden. Der Beschluß zur Nutzungs- und Entgeltordnung vom 20.10.2014 wurde vom Gemeinderat am 29.06.2015 aufgehoben und mit geringeren Entgelten beschlossen. Ursache dafür waren Rückgang von	-	-	-

		kommerziellen Veranstaltungen und damit verbunden die geringeren Einnahmen des LSV. Der Zuschußbedarf für den Betrieb erhöhte sich damit auf 43.575 € im Jahr 2016, also mit 24.675 € über dem gesteckten Ziel des HSK.			
ABG-Land	Ziegelheim	**Einnahme Mieten Räumlichkeiten Wieratalhalle** Die geplanten Mieteinnahmen wurden aufgrund der Kündigung nicht genutzter Räumlichkeiten durch den LSV nicht erzielt. Das geplante Konsolidierungsotential in Höhe von 3.840 € wurde lediglich mit 956,80 € erreicht.	-	-	-
ABG-Land	Ziegelheim	**Beitreibung von Straßenausbaubeiträgen** Die Prognose der beitragspflichtigen Maßnahmen wurde zu hoch veranschlagt und auf zwei Jahresscheiben im HSK eingestellt. Nach Ermittlung der beitragspflichtigen Maßnahmen durch ein Ingenieurbüro wurde im Jahr 2016 mit der Erstellung der Bescheide zügig begonnen; die Beitragserhebung wurde hier auf 5 Jahre gesplittet. Im Jahr betrugen die erzielten Straßenausbaubeiträge 6.631,70 €	-	-	-

* Das HSK Meuselwitz ist ausweislich unserer rechtsaufsichtlichen Würdigung zur Haushaltssatzung 2017 vom 02. 05. 2017 bis zum 31. 07. 2017 zur Genehmigung vorzulegen; die hier zuletzt vorliegende Fortschreibung vom 23. 04. 2014 konnte mangels hinreichender Konsolidierung nicht genehmigt werden.

AP	Ettersburg	----	----	----	----
AP	Großobringen	----	----	----	----
AP	Hopfgarten	Verkauf Objekt Kegelbahn	----	----	----
AP	Kranichfeld	----	----	----	----
AP	Krautheim	----	----	----	----
AP	Mechelroda	----	----	----	----
AP	Mönchenholzhausen	----	----	----	----
AP	Neumark	----	----	----	----
AP	Nohra	----	----	----	----
AP	Ramsla	Verkauf der noch vorhandenen KEBT-Aktien konnte aufgrund fehlender Nachfrage nicht erfolgen	----	----	----
AP	Rohrbach	----	----	----	----

AP	Schwerstedt	Reduzierung Personalkosten für Gemeindearbeiter durch Zusammenarbeit mit den Gemeinden Krautheim und Ramsla	----	----	----
AP	Troistedt	Erlass Feuerwehrgebührensatzung Veräußerung Multicar	----	----	----
AP	Umpferstedt	----	----	----	----
AP	Vippachedelhausen	----	----	----	----
AP	Wohlsborn	----	----	----	----

Tabelle 1
Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016, nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C. 5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)			Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
					§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GRZ	Berga/Elster		Plan	Ist	-	-	-
		Mietausgaben Technik Kostenreduzierung für Druck-/Kopiertechnik	1.000 €	700 €			
		Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Wernsdorf Lange Str. 11	1.400 €	0 €			
		Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Puschkinstr. 6	3.000 €	0 €			
		Zinszahlungen Zinsanpassungen/Umschuldungen	24.000 €	18.300 €			
		Verkauf Wernsdorf Lange Str. 11	15.000 €	0 €			
		Verkauf Puschkinstr. 6	140.000 €	0 €			
GRZ	Caaschwitz	Fehlmeldung			-	-	-

GRZ	Münchenbernsdorf	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Greiz	**XIX. Konsolidierungsmaßnahmen – laufende Maßnahmen** lfd. Nr. 03 Verlagerung Bürgerbüro/Vermietung Gebäude - nach Abschluss der Sanierungsmaßnahmen am Rathaus sollen im Rahmen der vorhandenen Raumkapazitäten nahezu alle Dienststellen mit unmittelbarem Publikumsverkehr im Rathaus konzentriert werden lfd. Nr. 04 Überarbeitung Verwaltungskostensatzung - Prüfung der Möglichkeit, die aktuelle Verwaltungsgebührensatzung in der Weise zu ändern, den Regelkreis des übertragenen Wirkungskreises für anwendbar zu erklären. Somit würden gesetzl. Änderungen automatisch durchgreifen, Gebührendifferenzen wären beseitigt. Mit der Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung vom 06.04.1995 einschl. 2. Änderung vom 13.10.2001 wurde begonnen. Lfd. Nr.09 –Umlageerhöhung Gemeinde Neumühle Die Stadt Greiz erbringt Dienstleitungen für Dritte auch über den Kernbestand ihrer gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus. Der mir der HH-Satzung 2016 festgesetzte Aufwendungsersatz beträgt 80,48 €/EW der Gemeinde Neumühle.	-	-	-
GRZ	Weida	Reduzierung Zuschuss Osterburg - Die Vorgabe im Haushaltssicherungskonzept lautete, den Zuschuss für die Osterburg auf maximal 130,0 T€ zu begrenzen. Diese Vorgabe konnte mit Abschluss des Haushaltsjahres 2016 nicht eingehalten werden, da unter anderem massive, zum jetzigen Zeitpunkt noch unerklärliche, Nachzahlungen für Gas zu leisten waren. Dadurch lag der Zuschuss zum 31.12.2016 bei insgesamt 146.381,18 € und somit 16.381 € über dem anvisierten Zuschuss. Darüber hinaus erhöhte sich die allgemeine Unterhaltung des Objektes. Letztlich ist festzustellen, dass nur mit massiven	-	-	-

		Investitionen entsprechende Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten sowie den allgemeinen Unterhaltungskosten erreicht werden können. Für diese Investitionen fehlen der Stadt Weida jedoch die Eigenmittel. Reduzierung der Kosten für Straßenbeleuchtung - Die Umstellung auf LED erfolgt sukzessive, Jahr für Jahr. Die im Haushaltssicherungskonzept geplante Reduzierung des Ausgabeansatzes um 15,0 T€ und damit die Erreichung eines Ansatzes von 80,0 T€ wurde noch nicht ganz erreicht. Die Erstellung des Jahresabschlusses für 2016 zeigt nun, dass gegenüber dem Planansatz von 90,0 T€ Ausgaben in Höhe von 82.527,99 € anfielen und damit der Ansatz um 7.472,01 € unterschritten wurde. Dem Ziel, die Stromkosten auf unter 80,0 T€ zu senken, kommt die Stadt Weida immer näher. Seit der Eingemeindung im Jahr 2014 sinken die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung stetig um rund 3,5 T€ pro Jahr, so dass davon auszugehen ist, dass mit Abschluss des Jahres 2017 ein Rechnungsergebnis von unter 80,0 T€ ausgewiesen werden kann, da auch im abgelaufenen Haushaltsjahr sowie im aktuellen Haushaltsjahr (2017) wieder in die Umstellung auf energiesparende LED investiert wurde bzw. investiert wird. Die Einsparungen kommen jedoch erst mit einer gewissen Verzögerung (ca. 2 Jahre) zum Tragen, was an den Abrechnungen der Energieversorger liegt. Durch weiterführende Umstellungen auf LED-Technik ist davon auszugehen, dass die eingesparte Summe jährlich erhöht werden kann, sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen gleich bleiben. Reduzierung der Kosten für Reinigung - Eingespart werden sollten 1.500 € pro Jahr, was auf Einsparungen bei den Reinigungsmitteln, dem sanitären Verbrauchsmaterial sowie den Reinigungsleistungen abzielte. Der Ansatz hätte an dieser Stelle auf insgesamt 8,0 T€ reduziert werden müssen. Bereits mit dem Haushalt 2016 belief sich der Ansatz auf 10,1 T€ und lag damit weit über dem Konsolidierungsziel. Erreicht wurde ein Rechnungsergebnis von 9.690,62 €, welches zwar unter dem Haushaltsansatz, jedoch weit entfernt vom Konsolidierungsziel liegt. Es ist mittelfristig nicht absehbar, dass das gesteckte Ziel, bei den Reinigungsmitteln und -leistungen einen derart hohen Betrag einzusparen, erreicht werden kann.			

		Reduzierung der Ausgaben für Bürobedarf - Der Ansatz für Büromaterial sollte von ursprünglich rund 10,0 T€ auf 8,0 T€ reduziert werden. Im Haushaltsplan 2016 wurde diesbezüglich der Ansatz auf 8,5 T€ gesenkt. Das Rechnungsergebnis belief sich an dieser Stelle (31.12.2016) auf 9.048,46 € und liegt damit noch weit entfernt vom Konsolidierungsziel. Die gesamten Ämter wurden nochmals darauf hingewiesen, sparsam mit dem Büromaterial umzugehen und nur bei absoluter Notwendigkeit Kopien und Ausdrucke zu fertigen. Inwiefern das Konsolidierungsziel erreicht werden kann, ist fraglich. Reduzierung der Ausgaben für Bücherei/Weida-Info - Die Ausgaben konnten noch nicht in dem Maße reduziert werden, wie im Sicherungskonzept geplant. Geplant waren an dieser Stelle, die Ausgaben ab dem Jahr 2016 um 40,0 T€ zu senken. Das Ziel ist nicht nur in Frage zu stellen, sondern wird gänzlich kurzfristig nicht mehr umgesetzt werden können. Die Kündigung der festangestellten Mirarbeiterin wird nicht durchgesetzt werden können. Die Mitarbeiterin hat derzeit noch einen geplanten Zeitraum von 3 Arbeitsjahren bis zum Renteneintritt. Nach Renteneintritt wird eine Neubesetzung der Stelle nicht mehr erfolgen, sondern die Arbeit nur noch Ehrenamtlichen bzw. geringfügig Beschäftigten übertragen. Mit dieser Maßnahme einher wird die Reduzierung der Öffnungszeiten gehen. Märkte - Geplant war, die Ausgaben (Zuschuss) für die stattfindenen Märkte (Kuchenmarkt, Weihnachtsmarkt) um 1,2 T€ pro Jahr zu reduzieren. Im Haushalt 2016 wurde diese Maßnahme auch im Ansatz umgesetzt und dieser auf 6,8 T€ festgesetzt. Im Laufe des Haushaltsjahres belief sich hier jedoch der Zuschuss auf insgesamt 7.915,22 €, was ein deutliches Überschreiten des geplanten Ansatzes zur Folge hat. Es ist an dieser Stelle auch nicht absehbar, dass der Zuschuss reell auf 6,8 T€ gehalten werden kann. Vielmehr muss dieser im Haushaltsplan höher angesetzt werden oder bspw. über ein erstmaliges Erheben von Einnahmen für die Märkte nachgedacht werden, was jedoch vermutlich nur schwer durchzusetzen ist.			

		Gemeindesaal Steinsdorf - Für den Saal in Steinsdorf war angestrebt, die Ausgaben, speziell die Bewirtschaftungskosten um 9,0 T€ zu reduzieren und damit das Objekt zu verkaufen. Diese Vorgabe wurde nicht erreicht. Im Jahr 2016 fielen Ausgaben von 4.957,89 € an, die für die Bewirtschaftung des Objektes notwendig sind. Das Objekt wird zudem offensiv zum Verkauf angeboten. Mögliche Interessenten nehmen jedoch nach Inaugenscheinnahme stets Abstand von einem Kauf. Es ist geplant, ein nochmaliges Gutachten erstellen zu lassen, welches den derzeitigen baulichen Zustand und auch die Lage des Objektes reeller betrachtet, um damit gleichzeitig einen brauchbaren Verkaufspreis zu erhalten. Reduzierung Kosten Bürgerhaus - Im Haushaltssicherungskonzept war festgelegt, die Kosten ab dem Jahr 2016 um 13,0 T€ im Vergleich zum Jahr 2014 zu senken. Hinsichtlich des Haushaltsansatzes wurde die Kostensenkung bereits um rund 7,0 T€ erreicht. Mit Vollzug des Haushaltes 2016 belief sich der bereinigte Zuschuss auf 15.132 €, was somit einen Einsparung von rund 10,2 T€ bedeutet. Weitere Reduzierungen sind nicht möglich, sofern nicht die Qualität darunter leiden soll. Das Inkrafttreten der neuen Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Weida verzögert sich weiter. Erste Entwürfe zur Satzung werden derzeit erarbeitet und sollen dem Stadtrat nunmehr im II. Quartal 2017 vorgelegt werden, so dass mit einer Beschlussfassung und dem Inkrafttreten der Satzung im III. Quartal 2017 zu rechnen ist. Hiermit sind entsprechende Gebührenanpassung zur Einnahmenverbesserung verbunden. Gemeindehaus Schüptitz - Geplant war, die Kosten ab dem Jahr 2016 um rund 800 € jährlich zu senken. Diese Konsolidierungsmaßnahme greift nicht, da das Objekt zum einen kaum genutzt wird und somit nur spärlich Einnahmen in den Haushalt der Stadt fließen und zum anderen die Bewirtschaftungskosten nicht reduziert werden können, ohne dass größere Investitionen getätigt werden müssen, was jedoch für das Objekt an sich unverhältnismäßig sein würde.			

		Der geplante Verkauf konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht durchgeführt werden, da schlicht und ergreifend keine Interessenten für das Objekt vorhanden sind. Auch ein Abgeben an einen Verein ist nicht durchzuführen, da kein Verein beabsichtigt, das Objekt zu übernehmen. Verkauf Objekt Neustädter Straße - Durch den Verkauf des von der Stadt Weida betriebenen Sozialobjektes in der Neustädter Straße sollten sich die Kosten um 17,6 T€ pro Jahr ab 2016 reduzieren. Eine Veräußerung des Objektes ist jedoch nicht mehr vorgesehen, auch auf Grund der Flüchtlingsproblematik, da das Objekt ein großer Anlaufpunkt für Flüchtlinge geworden ist. Mit Hilfe der Mittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz wurden nunmehr 3/4 der Fenster erneuert, womit voraussichtlich entsprechende Ausgabeneinsparungen bei den Bewirtschaftungskosten erzielt werden können. Das Konsolidierungsziel muss an dieser Stelle neu überdacht werden.			
GRZ	Endschütz	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Paitzdorf	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Gauern	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Auma-Weidatal	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Wünschendorf	Fehlmeldung	-	-	-
GRZ	Linda	Fehlmeldung	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis HBN	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
069	Schweickershausen	- Einsparung durch Umbau auf LED (noch keine Vergleiche möglich, da noch keine Stromabrechnung) - Erhöhung der Friedhofsgebühren ab 2017	Keine	Keine	Kein
069	Masserberg	- Verkauf leerstehender Immobilien	Keine	Keine	Kein
069	Auengrund	- alle Maßnahmen wurden umgesetzt	----------	----------	----------

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Neustadt	Nutzungskonzeption für das Gemeindezentrum	-	-	-
IK	Arnstadt	-Erhöhung der Verwaltungsgebühren -Kündigung der Mitgliedschaft GStB -Umstrukturierung Theater und Optimierung im Bereich des Museumsbetriebes: * Inanspruchnahme des Theaters im Rahmen von Projektförderungen für Schulen, Kreismusikschule, Kurse, Veranstaltungen etc. durch den Landkreis, * die Maßnahme die Veränderungen der Öffnungszeiten des Museums und der damit verbundenen Reduzierung an Sachkosten, - Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (zeitliche Verschiebung im Konsolidierungszeitraum) -Anhebung Gebühren Bestattungswesen *neue Kalkulation ist noch nicht erfolgt, Betriebsabrechnung für das Bestattungswesen für 2015 liegt noch nicht vor -Veräußerung der KEBT-Anteile -Änderung der Vergnügungssteuersatzung - Verlängerung der Parkgebührenpflicht - Überwachung fließender Verkehr	-	-	-
IK	Gehlberg	-Erhebung von Pachteinnahmen für die Benutzung des Parkplatzes Schneekopf -Einhaltung der Ausgabenobergrenzen bei	-	-	-

		Fahrzeughaltung und Straßenunterhalt -Prüfung von Möglichkeiten, die Stromkosten der Straßenbeleuchtung zu verringern -Erzielung Grundstückverkaufserlöse			
IK	Wipfratal	Keine	-	-	-
IK	Geschwenda	Erzielung von Grundstücksverkaufserlösen	-	-	-
IK	Wildenspring	-Erhöhung der Hebesätze -Erhöhung der Hundesteuer	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Kyffhäuserkreis	**Abtsbessingen**	Gemeinderatsbeschluss Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK, dass ab dem 01.01.2015 auf das Sitzungsgeld bis auf Widerruf in Höhe von 30€ pro Sitzung verzichtet wird. Dieses soll als Spende dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2016 Die Maßnahme wurde bisher nicht erfüllt – offene Gelder in Höhe von rund 1.000€.	-	-	-
		Gemeinderatsbeschluss Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung, zur Sicherung des HSK, dass der Bürgermeister von seiner Entschädigung bis auf Widerruf 250€ spendet. Diese Spende wird dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2016 Die Maßnahme wurde bisher nicht komplett erfüllt – 250€ von 3.000€ wurden gezahlt.	-	-	-

		Maßnahme – Optimierung des Personals Kürzung der Arbeitszeit der Köchin und Putzfrau (1 Arbeitskraft) von 6 auf 5 Std. Umsetzung zum 31.12.2016 Aufgrund der hohen Kinderzahlen gibt es keine Kürzung der Arbeitskraft.	-	-	-
		Maßnahme- Umlage anfallender Betriebskosten für Bürgertreff und Gaststätte Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner Sitzung, zur Sicherung des HSK, dass der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen im Bereich kommunaler Gemeinschaftsarbeit im Brandschutz durchzuführen. Umsetzung zum 31.12.1016 Der Beschluss wurde bis zum heutigen Zeitpunkt nicht umgesetzt.	-	-	-
		Maßnahme – Senkung der Ausgabe Jugendclub Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK folgendes: Es sollen Öffnungszeiten des Jugendclubs festgelegt werden, bei einer Nichtnutzung des Jugendclubs wird darauf geachtet, dass sämtliche Geräte ausgestellt werden, so können die Energiekosten reduziert werden. Umsetzung zum 31.12.2016 Die Umsetzung der Maßnahme war im HHU 2016 nicht von Erfolg gekrönt. Als Ansatz waren 1.400€ im Haushalt eingestellt- zum 31.12.2016 standen rund 3.200€ entgegen.	-	-	-

Kyffhäuserkreis	**Borxleben**	Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer A auf 313% Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B auf 422% Anhebung des Steuersatzes Hundesteuer für 1. voll und ermäßigt	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Bretleben**	0000.6540 es war Ziel des Maßnahme 200 € nicht zu überschreiten so dass die Gemeinde eine Einsparung von 100 € erzielt. Dies konnte nicht erreicht werden da der Bürgermeister weiterhin seine Dienstreisen vollumfänglich abrechnet. Das Rechnungsergebnis ergab 284,07 € so das nur ein Einsparung von 15,93 € erzielt wurde.	-	-	-
		0200.5200 der Gemeinderat beschließt die Reduzierung der Ausgaben von 100 € auf 50 € so das eine Einsparung von 50 € erzielt werden sollte. Dies konnte auf Grund der Anschaffung eines Aktenvernichters nicht erreicht werden. Es konnte nur eine Einsparung von 14,17 € erzielt werden.	-	-	-
		6300.5100 im Haushaltsjahr 2016 wurde der Konsolidierungsbetrag auf 3.500 € reduziert, da dringend notwendige Reparaturen an den Straßen durchgeführt werden müssen. Durch die Endabrechnung konnte auch die Einsparung von 3.500 € nicht eingehalten werden.	-	-	-
		6300.6540 die Maßnahme wurde fast umgesetzt. Es sollte eine Einsparung von 100 € auf 50 € erfolgen. Im Rechnungsergebnis 2016 wurden 47,81 eingespart.	-	-	-

		Gleiches wurde für den Brandschutz erwartet. Die Zweckvereinbarung war somit für die Haushaltskonsolidierung nicht zielführend. Hinweis: Von der erfüllenden Gemeinde Stadt Wiehe wurden 2016 Zweckvereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Bereiche Standesamt und Einwohnermeldeamt abgeschlossen.			
		Für das Heimathaus ist eine Pacht- bzw. Mieteinnahme zu erzielen. Der Heimatverein zahlte der Gemeinde Pacht bzw. Miete für die Nutzung des gemeindeeigenen Objektes „Heimathaus" bis April 2016. Der Heimatverein hatte den Vertrag mit der Gemeinde gekündigt, da die Auflösung des Vereins bevorstand.	-	-	-
		Eine Daueraufgabe besteht darin den Einbau energieeffizienter Leuchten im Bereich Straßenbeleuchtung voranzutreiben. Die Finanzierung soll über Sponsoring (z.B. von enviaM) und durch die Mittel des Kommunalinvestitionsfördergesetzes (KInvFG) erfolgen. Zuerst war eine Umsetzung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nicht möglich (Der Haushaltsausgleich erfolgte mit Bewilligung der Bedarfszuweisung im 3. Quartal 2016.) Dann sollte vorher der Energieberater, der im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes „Hohe Schrecke- Alter Wald mit Zukunft" vor Ort eingesetzt wurde, eingebunden werden, um die wirtschaftlichste Umsetzungsvariante herauszuarbeiten. Durch diesen Zeitverzug konnte die Maßnahme 2016 nicht umgesetzt werden.	-	-	-

		Die Friedhofsgebühren sollten 2016 neu kalkuliert und bei ungenügendem Kostendeckungsgrad erhöht werden. In 2016 war festzustellen, dass das Personal durch das ersatzlose Ausscheiden von Mitarbeitern überlastet ist und für die Aufgabe nicht ausreichend weitergebildet ist. In 2016 erwirtschaftete der Friedhof eine Sonderrücklage. Allerdings wurden in der Kalkulation insbesondere Abschreibungen für die Trauerhalle nicht berücksichtigt. Bei den aktuellen Gesprächen zur Gebietsreform ergaben sich nun neue Aspekte. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine einheitliche Satzungsgrundlage eine Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist. Da nach unserem Kenntnisstand nicht nur die Gemeinde Donndorf, sondern auch die Stadt Wiehe und andere Gemeinden der geplanten zukünftigen Gemeinde ihre Friedhofsgebührensatzung zu überarbeiten haben, ist aktuell in der Diskussion gleichlautende Friedhofsgebührensatzungen in interkommunaler Zusammenarbeit zu erarbeiten. Allerdings ist vorab von den Gemeinde- bzw. Stadträten der Gemeindezusammenschluss zu beschließen, bevor die Verwaltung in dieser Richtung verbindlich tätig werden kann.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Ebeleben**	Änderung und Neukalkulation der Friedhofsgebührensatzung – Satzungsprüfung	-	-	-
		Überarbeitung und Anpassung der Hundesteuersatzung – Satzungsprüfung	-	-	-
		Überarbeitung und Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung – Satzungsprüfung	-	-	-

Kyffhäuserkreis	**Etzleben**	1300.5200 Überschreitung von 29,91 € 3400.7181 Überschreitung von 60,00 € 6300.5120 Überschreitung von 7,45 € 0200.6520 Überschreitung von 19,86 € Die Haushaltskonsolidierung der Gemeinde ist im Ergebnis besser als geplant. Obwohl bei den o. g. Aufgaben das Ziel knapp verfehlt wurde ist das Ergebnis besser als geplant.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Gorsleben**	000.6310 der Gemeinderat beschließt die Reduzierung der Ausgaben von 100 € auf 50 €. Diese Maßnahme konnte durch mehrere Jubiläen in der Gemeinde nicht erreicht werden. Das Rechnungsergebnis ergab 127,75 €	-	-	-
		1300.1504 Die gewünschten Mehreinnahmen von 600 € auf 800€ konnte nicht erzielt werden, da die Nutzung des Gebäudes durch die Einwohner für Feierlichkeiten rückläufig war. Die Gemeinde erzielte Einnahmen von 540,00 €.	-	-	-
		1300.5510 die Gemeinde beschließt die Kosten für Kraftstoffe von 1.600 € auf 600 € zu reduzieren. Jedoch konnte auf Grund von Einsätzen, Übungs- und Ausbildungszwecken die Einsparung nicht erzielt werden. Es konnte somit trotzdem eine Einsparung von 755,01 € erzielt werden.	-	-	-
		6900.5100 der Gemeinderat beschließt die Gewässerpflege auf die Vereine zu übertragen. So dass eine Einsparung von 1.000 € erzielt werden kann. Dies konnte auf Grund einer anfallenden Bestandsvermessung nicht eingehalten werden. Somit konnten nur 493,33 € eingespart werden.	-	-	-
		9000.0000 und 0010 Die Erhöhung der Grundsteuer A und B erbrachten nicht die erhofften mehr Einnahmen.	-	-	-

		0200.6520 1300.6520 Die Maßnahmen konnten durch eine neu Installation und Umstellung der Tarifverträge nicht eingehalten werden.	-	-	-
		5600.1504 die Nutzung der Turnhalle durch die Vereine der Gemeinde ist dieses Jahr rückläufig. Die erwarteten Mehreinnahmen von 100 € konnten nicht erzielt werden.	-	-	-
		1300.5200 die Umsetzung konnte nicht erfolgen durch Wiederbeschaffung diverser Ausrüstungsgegenstände nach einem Einbruch.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Hauteroda**	1300.1500 die gewünschten Mehreinnahmen von 200 € konnten nicht erreicht werden. Da nicht jeder Einsatz der Feuerwehr abgerechnet werden kann.	-	-	-
		7500.1100 die Friedhofgebührensatzung der Gemeinde wurde 2014 überarbeitet und beschlossen, allerdings konnten die geplanten Mehreinnahmen von 3.000 € auf 4.000 € nicht erreicht werden. Die Einnahmen sind immer abhängig von den Todesfällen.	-	-	-
		9000.0000 und 0010 Die Erhöhung der Grundsteuer A und B erbrachten nicht die erhofften mehr Einnahmen..	-	-	-
		9000.0220 Die Erhöhung der Hundesteuer brachte jedoch nicht ganz die erwarteten Mehreinnahmen. Sie korrespondiert stets auch mit der Anzahl der angemeldeten steuerpflichtigen Hunde.	-	-	-
		0200.5400 die Konsolidierungsmaßnahmen konnten auf Grund einer Heizkostenabrechnung aus dem Jahr 2015 nicht eingehalten werden.	-	-	-

		1300.5200 an den Feuerwehrtoren mussten im Jahr 2016 Wartungs-und Reparaturarbeiten durchgeführt werden, so dass die Einsparung von 100 € nicht erzielt werden konnte. Das Rechnungsergebnis lag mit 216,40 € über den angestrebten Konsolidierungsziel.	-	-	-
		1300.5520 bei der jährlichen Vorstellung der Fahrzeuge beim TÜV wurden einige Mängel festgestellt die behoben werden mussten Das Rechnungsergebnis lag mit 227,69 € über den angestrebten Konsolidierungsziel.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Heldrungen**	0200.1400 durch den Rückgang der Trauungen im Rathaus konnten die erhofften Mehreinahmen nicht wirksam werden. Das Konsolidierungsziel wurden um 400 € verfehlt.	-	-	-
		0200.5200 im Bürgermeisteramt musste ein neuer Kopierer angeschafft werden, so dass die Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnte. Das Rechnungsergebnis lag 101,79 € über den angestrebten Ziel.	-	-	-
		1100.1100 die Erhöhung der Benutzungsgebühren erbrachte nicht die gewünschten Mehreinnahmen.	-	-	-
		4600.5420 das Konsolidierungsziel konnte nicht eingehalten werden auf Grund einer Heizkostenabrechnung. Das Konsolidierungsziel wurde mit 1.363,47 € überschritten.	-	-	-
		UA 5600 das Sportlerheim wurde am 01.07.2015 an einen örtlichen Sportverein übertragen und alle im Objekt befindlichen Anschlüssen auf dem Verein umgemeldet. Allerdings sind trotzdem höhere Kosten angefallen als geplant. Weiterhin hat der Verein von der Stadt einen nicht geplanten Zuschuss in Höhe von 1.000 € erhalten. Somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht	-	-	-

		werden.			
		7910.7170 Im Jugendclub der Stadt waren 2 Mitarbeiterinnen nach MiLoG beschäftigt. Diese 2 Stellen wurden in Bufdi-Stellen umgewandelt. Somit konnte das Konsolidierungsziel nicht komplett umgesetzt werden.	-	-	-
		8800.1400 das Ziel konnte nicht komplett erreicht werden, da der Gaststättenbetreiber im Rathaus der Stadt vom Bürgermeister eine Reduzierung der Mieter für Januar und Februar 2016 erhalten hat. Der Grund der Reduzierung war die schlechte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Betreibers.	-	-	-
		8550.6613 Das Konsolidierungsziel konnte im Jahr 2016 nicht erreicht werden, da die Mitgliedschaft erst zum 31.12.2016 endete.	-	-	-
		9000.0220 Die Erhöhung der Hundesteuer brachte jedoch nicht ganz die erwarteten Mehreinnahmen. Sie korrespondiert stets auch mit der Anzahl der angemeldeten steuerpflichtigen Hunde.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Hemleben**	1300.5510 die Gemeinde beschließt die Kosten für Kraftstoffe um 100 € zu reduzieren. Jedoch konnte auf Grund von Einsätzen, Übungs- und Ausbildungszwecken die Einsparung nicht erzielt werden.	-	-	-
		4310.5900 seitens des Bürgermeisters erfolgte keine Einsparung bei den Kosten. Somit konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden. Das Rechnungsergebnis lag 214,49 € über dem angestrebtem Ziel.	-	-	-

		6700.5100 6700.6380 Durch notwendige Reparaturen an den Straßenbeleuchtungen sowie die Nachzahlung der Stromkostenabrechnung konnte die Gemeinde die angestrebten Konsolidierungsmaßnahmen nicht einhalten.	-	-	-
		1100.1100 trotz der Erhöhung der Benutzungsgebühren für Sondernutzungen konnten die erwartenden Mehreinnahmen nicht umgesetzt werden, da nur wenige Anträge vorlagen.	-	-	-
		1300.5520 bei der jährlichen Vorstellung der Fahrzeuge beim TÜV wurden einige Mängel festgestellt die behoben werden mussten Das Rechnungsergebnis lag mit 222,89 € über den angestrebten Konsolidierungsziel.	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Niederbösa**	Entfällt	-	-	-
Kyffhäuserkreis	**Reinsdorf**	Verkauf eines (Teil-)Grundstückes, Hauptstraße 98			
Kyffhäuserkreis	**Roßleben**	11 Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Wiehe und der Gemeinde Donndorf, vorerst nur im Bereich der öffentlichen Ordnung & Sicherheit (ruhender Verkehr, Brandschutz, Baumschutz)). Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen im Bereich Einwohnermeldeamt, Bauamt und Bauhof. > Seit 01.01.2017 Zusammenarbeit im Bereich Einwohnermeldeamt und Standesamt.	-	-	-
		560 Die Sportvereine müssen sich ab 2016 an den Ausgaben beteiligen: neue Kostenstelle "Einnahme Sportvereine" mit 500 €/Jahr angesetzt - Umlage der Steuern und Versicherungen auf Vereine.	-	-	-

Kyffhäuserkreis	**Sondershausen**	Reduzierung der Zuschüsse im Bereich der Jugendpflege durch Überprüfung aller Verträge auf Notwendigkeit und Zulässigkeit. Dir vorgesehene Einsparung in 2016 von 20.000,00€ wird ausgabenseitig nicht eingehalten, Stand 3112.2016 - 18.350,36€ Die nicht erreichte Einsparung wurde über eine erhöhte Projektförderung für 2016 in Höhe von 4.350,00€ auf der Haushaltsstelle 4515.1710 gedeckt.	-	-	-
		Reduzierung der Leistungen für Kinderspielplätze durch Rückbau kaum genutzter Plätze. Der Bürgermeister der Stadt Sondershausen hat in Verbindung mit dem Stadtrat der Stadt Sondershausen die Verwaltung angewiesen, im Rahmen der jährlichen zu beschließenden Haushaltssatzung der Stadt Sondershausen Reduzierungen im Bereich der Unterhaltung von Kinderspielplätzen umzusetzen. Im Jahr 2016 waren Einsparungen in Höhe von 5.000€ umzusetzen. Erreicht wurden lediglich 4.448,73€	-	-	-
		Reduzierung der Leistungen für Kinderspielplätze durch Rückbau kaum genutzter Plätze. Der Bürgermeister der Stadt Sondershausen hat in Verbindung mit dem Stadtrat der Stadt Sondershausen die Verwaltung angewiesen, im Rahmen der jährlichen zu beschließenden Haushaltssatzung der Stadt Sondershausen Reduzierungen im Bereich der Unterhaltung von Kinderspielplätzen umzusetzen. Im Jahr 2016 waren Einsparungen in Höhe von 5.000€ umzusetzen. Erreicht wurden lediglich 4.448,73€	-	-	-
		Reduzierung Aufwand Platzwarte. Der Bürgermeister der Stadt Sondershausen hat in Verbindung mit dem Stadtrat der Stadt	-	-	-

		Sondershausen die Verwaltung angewiesen die Betriebskosten in den kommunalen Sportstätten durch Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Sportwart zu senken. Hierzu sind durch die Verwaltung Änderungen/ Kündigungen von Verträgen mit den Vereinen vorzubereiten. Im Jahr 2016 waren Einsparungen in Höhe von 4.000,00€ umzusetzen. Erreicht wurden lediglich 3.915,00€			
Kyffhäuserkreis	**Stadt Wiehe**	Mit der Stadt Roßleben wurden Verhandlungen zwecks der Betreuung des ruhenden Verkehrs und schwieriger Vorgänge im Ordnungsamt inkl. Feuerwehr aufgenommen, so dass in Wiehe eine frei gewordene Stelle im Ordnungsamt nicht nachbesetzt werden muss. Nach Prüfung konnte kein Einsparergebnis bei der Betreuung des ruhenden Verkehrs und ein erhöhter Verwaltungsaufwand bei den anderen Aufgaben im Ordnungsamt festgestellt werden, so dass mit Verweis auf die kommende Gebietsreform, in der eine Zusammenlegung mit anderen Gemeinden ansteht, hiervon abgesehen wurde.	-	-	-
		Zur Stromeinsparung bei der Straßenbeleuchtung. sollten Mittel aus dem KInvFG für energieeffiziente Beleuchtung eingesetzt werden. Zuerst war während der vorläufigen Haushaltsführung (bis zur Klärung des Haushaltsausgleichs) die Investition nicht möglich. Dann wurde der Energieberater (Vor-Ort tätig im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes „Hohe Schrecke- Alter Wald mit Zukunft“) eingebunden werden, um die wirtschaftlichste Variante herauszuarbeiten. Durch den Zeitverzug war eine Maßnahmenumsetzung in 2016 nicht möglich	-	-	-

		Es war geplant die Abwasserbeseitigung künftig in Kooperation mit einem Abwasserbeseitigungsbetrieb zu lösen (Betriebsführungsmodell oder Beitritt). Nach den ersten Verhandlungen war für das Jahr 2017 höchstens Betriebsführung im technischen Bereich angedacht und eine Betriebsführung für den kaufmännischen Bereich aus Kosten- und Effizienzgründen abzulehnen. Ein Vertrag zur technischen Betriebsführung durch den KAT Artern wurde erarbeitet. Er wurde nicht abgeschlossen, da dieser für die Stadt nennenswerte zusätzliche Kosten verursachen würde.	-	-	-
		Die Kostendeckung des Friedhofs Wiehe sollte zuerst durch effizientere Arbeitsweise verbessert werden. Ist das nicht zielführend, sind 2017 Gebührenerhöhungen vorgesehen. (Es ist jedoch zu beachten, dass eine Gebührenerhöhung nicht zwingend den Kostendeckungsgrad erhöht. Die Friedhofsgebühren wurden 2013 deutlich erhöht, was zu geringeren Einnahmen führte, da viele Nutzer zum attraktiveren kirchlichen Friedhof mit etwa den selben Gebühren wechselten.) Bei den aktuellen Gesprächen zur Gebietsreform ergeben sich neue Aspekte. Es wurde darauf verwiesen, dass eine einheitliche Satzungsgrundlage Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist. Da nicht nur die Stadt Wiehe, sondern auch andere Gemeinden der geplanten zukünftigen Gemeinde ihre Friedhofsgebührensatzung zu überarbeiten haben, ist aktuell in der Diskussion gleichlautende Friedhofsgebührensatzungen in interkommunaler Zusammenarbeit zu erarbeiten. Allerdings ist	-	-	-

		vorab von den Gemeinde- und Stadträten der Gemeindezusammenschluss zu beschließen, bevor die Verwaltung in dieser Richtung verbindlich tätig werden kann.			
		Die Wasserversorgung wird künftig in Kooperation mit einem Wasserversorgungsbetrieb gelöst. Nach den ersten Verhandlungen war für das Jahr 2017 höchstens Betriebsführung im technischen Bereich angedacht und eine Betriebsführung für den kaufmännischen Bereich aus Kosten- und Effizienzgründen abzulehnen. Ein Vertrag zur technischen Betriebsführung durch den KAT Artern wurde erarbeitet. Er wurde nicht abgeschlossen, da dieser für die Stadt nennenswerte zusätzliche Kosten verursachen würde.	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Stadt Bleicherode** **Stand: 3. Fortschreibung HSK vom 23.06.2016**	**Erhebung kostendeckender Entgelte für das Bleicheröder Echo** Die Maßnahme konnte nicht realisiert werden, da das Amtsblatt sonst von den Lesern nicht abonniert werden würde. Konsolidierungsziel wurde zum Teil durch Änderung des Erscheinungsmodus erreicht.	-	-	-
		Kündigung der Mitgliedschaft beim Verein Deutsche Fachwerkstraße Die Kündigung der Mitgliedschaft konnte und kann nicht erfolgen, da im Rahmen der Städtebausanierung Vorteile (u. a. Fördermittel) für die Stadt durch die Mitgliedschaft möglich sind. Die Maßnahme wurde in der 3. Fortschreibung zum HSK aus dem Katalog gestrichen.	-	-	-
		Energieverbrauch Straßenbeleuchtung Es sollen durch einen Energiemietvertrag mit einer Energiegenossenschaft die gesamten Leuchtmittel des Stadtgebietes ausgetauscht werden. Die Maßnahmenrealisierung war im Haushaltsjahr 2016 geplant. Bislang wurden mögliche Varianten erarbeitet und ein umfangreicher Abwägungsprozess begonnen. Die	-	-	-

		Realisierung ist nun für das III. Quartal 2017 vorgesehen.			
		Forstwirtschaft - Erhöhung des Preises für die Abgabe von Brennholz Der Preis zum Erwerb von Brennholz wurde 2013 von 8 €/fm auf 24 €/fm erhöht. Allerdings konnten durch diese Erhöhung die Mehreinnahmen nicht in der gewünschten Höhe erzielt werden; es wurden weniger Lesescheine ausgegeben. Mit Beschluss-Nr.: 26-5/2014 vom 27.11.2014 wurde der Brennholzpreis auf 14 €/fm gesenkt. Dies entspricht dem Lesepreis umliegender Anbieter.	-	-	-
		Beantragung einer Bedarfszuweisung Von der beantragten Summe für das Haushaltsjahr 2016 i. H. v. 2.057.556 € wurden 1.398.512,00 € mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 19.09.2016 bewilligt.	-	-	-
NDH	**Gemeinde Hainrode/Hainleite** **Stand: HSK vom 23.10.2013**	**Minderausgaben durch Eingeschränkten Winterdienst** Die Einsparungen wurden nicht erreicht, da die Gemeinde eine Kreisstraße zugeordnet bekam und dafür im Haushaltsjahr 2015 einen Kostenbescheid des Straßenbauamtes für den durchgeführten Winterdienst von 2012 – 2014 in Höhe von 25.705,55€ erhielt. Hierfür wurde mit dem Straßenbauamt eine Ratenzahlung vereinbart. Die Ratenzahlung belastete den Haushalt der Gemeinde bis September 2016.	-	-	-
		Verkauf von Holz aus dem Gemeindewald Die Umsetzung der Maßnahme konnte auf Grund der schlechten Witterungsverhältnisse nicht erfolgen. Die Verkäufe werden erst im I. Quartal 2017 erfolgen können.	-	-	-

		Kosten für Kommunalwahlen Entsprechend § 34 ThürKWG tragen die Gemeinden die Kosten für die Wahlen der Gemeinderäte und der Bürgermeister. Das Konsolidierungsziel konnte 2016 nicht erreicht werden.	-	-	-
NDH	**Gemeinde Nohra** **Stand:** **1. Fortschreibung HSK vom 30.10.2014**	**Minderausgaben bei Haltung von Fahrzeugen der FFW** Die Reduzierung der Kosten für die Haltung von Fahrzeugen der Wehren konnte nicht umgesetzt werden. Das FFw-Fahrzeug NDH PY 82 war defekt. Um die stetige Einsatzbereitschaft der Wehr zu gewährleisten war eine Reparatur unabweisbar.	-	-	-
		Minderausgaben bei Reparaturen der Straßenbeleuchtung Diese Maßnahme konnte nicht umgesetzt werden, da im Laufe des Jahres zahlreiche Reparaturen durchgeführt werden mussten. Diese waren unabweisbar, da die öffentliche Sicherheit gewährleistet sein muss.	-	-	-
		Mehreinnahme Schlüsselzuweisung Die veranschlagte Einnahme aus der Schlüsselzuweisung in Höhe von 274.400€ wurde in Haushaltsjahr 2016 nicht umgesetzt, die Gemeinde Nohra erhielt nur 235.242€ - 39.158€ weniger. Diese Maßnahme ist von der Gemeinde nicht beeinflussbar.	-	-	-
		Anwaltskosten/Gerichtskosten Die Gemeinde beabsichtigte im Haushaltsjahr 2016 den Verkauf von 2 kommunalen Wohneinheiten. Hierfür mussten Gutachten erstellt werden. Das Konsolidierungsziel konnte 2016 nicht erreicht werden.	-	-	-

NDH	**Stadt Nordhausen** **Stand:** **1. Fortschreibung HSK vom 26.04.2016** (unter Berücksichtigung des vorläufigen Jahresabschlusses 2016)	**Maßnahme Nr. 10-03-2015: Reduzierung der Reinigungsleistungen** Im Oktober 2015 wurden die Reinigungsleistungen für die Schulen, das „Regenbogenhaus" sowie die für die Kindertagesstätte in Petersdorf nach Ausschreibung neu vergeben. Trotz Überarbeitung der Reinigungspläne und der damit verbundenen gesetzlich machbaren Reduzierung der Reinigungsleistungen kam es aufgrund von Preissteigerungen zu erheblichen Preiserhöhungen. Im Dezember 2016 wurden die Reinigungsleistungen der Verwaltungsgebäude Rathaus, Stadthaus, Neues Rathaus, Post, Walkenrieder Hof und Waisenhaus durch Ausschreibung neu vergeben. Da die Verwaltungsgebäude nur 1x wöchentlich gereinigt werden, ist das Einsparpotential hiermit erschöpft. Das Konsolidierungsziel wurde nicht ganz erreicht. Der Betrag von 143 € konnte aber durch Minderaufwendungen bei den Müllgebühren ausgeglichen werden.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 20-01-2015: Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Nordhausen Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 umgesetzt. Die Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb ergibt sich aus der Dienstanweisung „Abrechnung der Leistung der Zentralverwaltung der Stadt Nordhausen für den Stadtentwässerungsbetrieb als Eigenbetrieb (Festlegung der Verwaltungs-Overhead-Kostenberechnung)". Das Konsolidierungsziel konnte mit einem Defizit von 1.860 € nicht ganz erreicht werden. Dieser fehlende Konsolidierungsbeitrag wird durch Mehrerträge in der Kontenart 442 Kostenerstattungen und Kostenumlagen ausgeglichen.	-	-	-

		Maßnahme Nr. 20-02-2015: Überprüfung einer alternativen Betreibung von Dorfgemeinschaftshäusern Die Satzung „Ordnung über die Vergabe und Benutzung der öffentlichen – kulturellen Einrichtungen in den Ortsteilen der Stadt" wurde erarbeitet, aber noch nicht vom Stadtrat beschlossen. Ziel der Gebührensatzung ist die Erhöhung des Kostendeckungsgrades. Im Zuge des Aufbaus eines zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagements erfolgt zeitgleich auch die Integration dieser Maßnahme.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 20-03-2015: Beantragung von Bedarfszuweisungen vom Land Die Stadt Nordhausen hat im Haushaltsjahr 2016 Bedarfszuweisungen in Höhe von 2.894.234 € beantragt. Mit Bescheid vom 27.10.2016 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt wurden 1.654.000 € als nicht rückzahlbare Bedarfszuweisung bewilligt.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 20-05-2015: Erhöhung des Erbbauzinses bei Abschluss von Erbbauverträgen Der notwendige Stadtratsbeschluss zur Umsetzung dieser Maßnahme wurde am 6. Mai 2015 mit BV/075/2015 gefasst. Somit erfolgt der Neuabschluss von Erbbaurechtsverträgen zu einem Zinssatz von 5% bis 7% statt bisher zu 3%. Im Haushaltsjahr 2016 kann kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet werden, da keine Neuabschlüsse von Erbbaurechtsverträgen vorgenommen wurden. Der nicht erreichte Konsolidierungsbeitrag kann jedoch durch Mehrerträge der Maßnahme 20-04-2016 Veräußerung von Gemeindevermögen kompensiert werden.	-	-	-

		Maßnahme Nr. 20-06-2015: Erhöhung Einnahmen durch Preisanpassung bei Neuabschluss von Garagenmietverträgen Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 fortgeführt. Es wurden 21 Garagenmiet-verträge abgeschlossen. Der nicht erreichte Konsolidierungsbeitrag kann jedoch durch Mehrerträge der Maßnahme 20-04-2016 Veräußerung von Gemeindevermögen kompensiert werden.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 32-02-2015: Überarbeitung der Sondernutzungsgebührensatzung Die Konsolidierungsmaßnahme konnte im Haushaltsjahr 2016 noch nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat hat am 05.10.2016 mit BV/1058/2014 den Beschluss über die geänderte Sondernutzungsgebührensatzung gefasst. Dieser hat jedoch noch keine Rechtskraft erlangt. In der Stadtratssitzung am 29.03.2017 wurde die Satzung erneut beschlossen. Insgesamt ist jedoch eine Ertragssteigerung bei den Benutzungsgebühren für die Sondernutzung von Straßen zu verzeichnen. So wurde zum Beispiel der Gebührenrahmen für die Aufstellung von Altkleider-containern im Haushaltsjahr ausgeschöpft. Somit wurde das veranschlagte finanzielle Konsolidierungsziel erreicht.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 32-03-2015: Einrichtung/Ausweisung von Bewohnerparkgebieten Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 fortgeführt. Weitere Straßen und Parkmöglichkeiten werden im Hinblick auf die Eignung als Anliegerparkplätze geprüft. Für die Carl-von-Ossietzky-Straße wurden 27 Ausweise, für die Dr.-Robert.-Koch-Straße 57 Ausweise und mit Einführung der gebührenpflichtigen Bewirtschaftung des August-Bebel-Platzes weitere 44 Ausweise ausgereicht. Das veranschlagte Konsolidierungsziel konnte nur teilweise erreicht werden, wird aber durch Mehrerträge im Produkt 122100 Sicherheit und Ordnung, Konto 4310003 Verwaltungsgebühren ausgeglichen.	-	-	-

		Maßnahme Nr. 32-05-2015: Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze im Stadtgebiet nach bestehender Parkraumbewirtschaftungskonzeption Die Maßnahme wurde mit Beschluss des Stadtrates zur Parkraumbewirtschaftungskonzeption in der Stadtratssitzung am 26.04.2016 umgesetzt. Das Ergebnis wurde im Zeitraum 15.08.2016 bis 31.12.2016 erzielt. Ab 2017 ist somit das veranschlagte Konsolidierungsziel zu erreichen. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag wurde nicht erreicht, kann jedoch durch Minderaufwendungen im Produkt 541100 Gemeindestraßen, Kontenbereich 523 Aufwendungen für Unterhaltung in voller Höhe kompensiert werden.	-	-	
		Maßnahme Nr. 32-06-2015: Aufnahme eines zusätzlichen Messtages zur Geschwindigkeitsüberwachung in der Stadt Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 fortgeführt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag konnte nur teilweise erreicht werden, da durch die verkehrserziehe-rische Wirkung weniger Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt wurden. Durch Minderaufwendungen im Produkt 123000 Verkehrsangelegenheiten, Konto 5292000 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen wird der fehlende Konsolidierungsbeitrag ausgeglichen.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 32-07-2015: Erhöhung von Standesamtsumlagen Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 fortgeführt. Da die Berechnung der Standesamtsumlage auf der Grundlage der aktuellen Einwohnerzahlen des Statistischen Landesamts erfolgt, kann der Konsolidierungsbeitrag je nach Einwohnerzahl leicht abweichen.	-	-	

		Maßnahme Nr. 37-04-2016: Kostenerstattungen Feuerwehreinsätze Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 nicht umgesetzt. Eine Fortführung der Maßnahme wird nicht erfolgen, da zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Umsetzung nicht zu rechnen ist. Insgesamt sind im Produkt 126100 Brandschutz, Konto 4320000 Benutzungsgebühren Mehreinnahmen zu verzeichnen, sodass das veranschlagte Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2016 ausgeglichen wird.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 40-06-2016: Neuordnung der Museumslandschaft Der Entwurf einer Museumskonzeption für das Kunsthaus Meyenburg sowie die Flohburg/Das Nordhausen Museum liegt inzwischen vor und wird derzeitig geprüft. Der Konsolidierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2016 kann wie veranschlagt abgerechnet werden.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 41-01-2015: Übertragung der kommunalen Kindertageseinrichtungen an freie Träger Die Prüfung dauert weiterhin an. Die Übertragung ist öffentlich auszuschreiben. Voraussetzungen dafür sind vertragliche Grundlagen zur Finanzierung und Betreibung einer Kindertageseinrichtung durch einen nach ThürKitaG anerkannten Träger.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 41-03-2015: Übertragung des Mehrzweckgebäudes "Regenbogenhaus" in freie Trägerschaft Eine Übertragung des Mehrzweckgebäudes „Regenbogenhaus“ von kommunaler in freie Trägerschaft ist noch nicht abschließend geprüft. Das veranschlagte finanzielle Konsolidierungsziel wurde erreicht.	-	-	-

		Maßnahme Nr. 41-04-2015: Überprüfung der Sportstätten, Turnhallen und der sonstigen Sportförderung Die Umsetzung der Maßnahme ist noch nicht abschließend geprüft. Eine vollständige Analyse der Ausgaben und Einnahmen aller Turnhallen ist in Arbeit und Voraussetzung für eine anteilige Betriebskostenabrechnung. Desweiteren wurde eine Übersicht über die einzelnen Vereine bzgl. der Gesamtmitgliederzahl sowie deren Altersstruktur erstellt. Die erhobenen Daten bilden eine umfassende Recherche zu bereits praktizierten Modellen in verschiedenen Thüringer Städten bzgl. der Beteiligung der Sportvereine an den Betriebskosten der Sportstätten. Ferner soll eine Sportförderrichtlinie erarbeitet werden. Ein Entwurf hierzu liegt vor. Damit verbunden ist eine Neuerarbeitung der Sportstätten-Vergabeordnung sowie einer Entgeltordnung. Ein konkretes Konsolidierungspotential ist derzeit noch nicht bestimmbar.	-	-	
		Maßnahme Nr. 41-05-2015: Überprüfung der Leistungen für außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport Die Umsetzung der Maßnahme ist noch nicht abschließend geprüft. Die Stadt Nordhausen leitet ihre Aufgabenzuständigkeit für Leistungen außerschulischer Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport aus § 2 der Thüringer Kommunalordnung – Eigene Aufgabe – ab. Deshalb wird die Stadt sich an den in § 2 ThürKO genannten Inhalten orientieren und finanzielle Mittel für - Jugendarbeit in Form der offenen Türarbeit, der aufsuchenden Arbeit und der Bildungsarbeit, - Seniorenarbeit in Form niedrigschwelliger Angebote, - Unterstützung bedürftiger Personen durch soziale Projekte,	-	-	-

		- bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und - Integration von Flüchtlingen in angemessener Höhe zur Verfügung stellen. Im Moment wird jedoch die Form der Zuschüsse überprüft. Nach Vorliegen eines abschließenden Prüfergebnisses wird entschieden, ob die Maßnahme fortgeführt wird.			
		Maßnahme Nr. 61-01-2016: Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet Innerhalb des Sanierungsgebietes der Stadt wurden bisher keine Bescheide erlassen, welche Eigentümer an der Wertsteigerung beteiligen. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 nicht umgesetzt. Grundlage für die Erhebung von Ausgleichsbeträgen ist, durch einen zu beauftragenden Sanierungsberater die Wertsteigerung im Sanierungsgebiet zu ermitteln. Der nicht erreichte Konsolidierungsbeitrag kann jedoch durch Mehrerträge der Maßnahme 20-04-2016 Veräußerung von Gemeindevermögen kompensiert werden.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 63-01-2015: Ahndung von Verstößen gegen das Bauordnungsrecht Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2016 fortgeführt. Im Haushaltsjahr 2016 wurden Bußgeldverfahren in Höhe 9.300 € eingeleitet. Der Konsolidierungsbeitrag wurde nicht gänzlich erreicht, kann aber durch Mehrerträge im Produkt 521200 Baurechtliche Verfahren/Bauaufsicht, Konto 4310000 Verwaltungsgebühren ausgeglichen werden.	-	-	-
		Maßnahme Nr. 65-01-2015: Teilweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Lampen Die teilweise Umsetzung der Maßnahme ist im Haushaltsjahr 2016, mit der Aufnahme des rentierlichen Kredites erfolgt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag kann nicht abgerechnet werden, da die Aufnahme des	-	-	-

		Kredites erst im Dezember 2016 vollzogen wurde. Inzwischen wurde der Planungsauftrag für die teilweise Umrüstung erteilt. Der veranschlagte Konsolidierungsbeitrag wurde nicht erreicht, kann jedoch durch Minderaufwendungen im Produkt 541100 Gemeindestraßen, Kontenbereich 523 Aufwendungen für Unterhaltung in voller Höhe kompensiert werden.			
NDH	**Stadt Heringen/Helme** **Stand:** **1. Fortschreibung HSK vom 24.11.2014**	**Maßnahme 4: Erhöhung Hundesteuer** Die Maßnahme wurde umgesetzt. Der Stadtrat hat die Erhöhung der Hundesteuer beschlossen. Die erwartete Mehreinnahme konnte nicht in voller Höhe erreicht werden, da Veränderungen der Hundesteueran- bzw. -abmeldungen nicht genau planbar sind. Das Steueraufkommen richtet sich darüber hinaus auch nach der laut Satzung vorzunehmenden Staffelung nach Anzahl und Art der Hunde, welche zu Schwankungen im Steueraufkommen führt.	-	-	-
		Maßnahme 5: Beitragsanpassung Kita Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die 3. Änderung der Gebührensatzung ist am 01.01.2015 in Kraft getreten. Mit der Satzungsänderung sind in den Jahren 2015, 2016 und 2017 Beitragserhöhungen nach Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung des Kostendeckungsgrades bei Kindertagesstätten veranschlagt. Die Gebührensatzung sieht eine soziale Staffelung sowie eine Staffelung nach dem Betreuungsumfang vor, welche neben der erwarteten und tatsächlichen Belegung auch zu Schwankungen bei dem geplanten und tatsächlichen Beitragsaufkommen führt.	-	-	-
		Maßnahme 10: Reduzierung Bewirtschaftungskosten Erläuterung: Einsparungen wurden nicht in der vorgesehen Höhe erzielt. Dies wird begründet: - durch die allgemeine Preisentwicklung, - Erweiterung und Inbetriebnahme von gemeindlichen	-	-	-

		Einrichtungen (z. B. Kita OT Heringen) - höhere Bewirtschaftungskosten bei Mietwohnungen, welche durch die Mieter erstattet werden			
		Maßnahme 11: Senkung des Energieverbrauchs Straßenbeleuchtung Die geplante Einsparung konnte nicht erzielt werden. Gründe hierfür sind u. a. Erweiterung des Beleuchtungsnetzes in den Ortsteilen Auleben und Uthleben, zudem wird die Umrüstung der Beleuchtung in der Karl-Marx-Straße auf LED erst im Laufe des Jahres 2017 zu Einsparungen führen. Die Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung führte auf Grund der allgemeinen Preisentwicklung zu keiner Einsparung.	-	-	-
		Maßnahme 13: Reduzierung aller freiwilligen Aufgaben – Sportstätten Die Umsetzung der Maßnahme hat sich zeitlich verzögert. Die Satzung über die Förderung des Sports in der Landgemeinde Stadt Heringen/Helme wurde am 07.03.2016 vom Stadtrat beschlossen. Verkäufe und Übertragung der Sportstätten sind zum Teil bis Ende des Jahres 2016 realisiert bzw. noch in Verhandlung. Ab dem Haushaltsjahr 2017 werden für die Ortsteile Auleben, Heringen, Uthleben und Windehausen von der Stadt keine Zuschüsse für Betriebskosten gezahlt, so dass ab dem Haushaltsjahr 2017 die Maßnahme umgesetzt wird.	-	-	-
		Maßnahme 23: Holzverkauf Die Maßnahme wurde in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Revierförster umgesetzt. Holzverkäufe müssen unter Beachtung der vom Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft geschlossenen Rahmenverträge bzw. vom Thüringer Forstamt Bleicherode-Südharz geschlossenen Verträge vom Waldeigentümer (Stadt Heringen/Helme) beantragt werden. Die geplanten Holzmengen sind durch o. g. Verträge vorgegeben und können nicht überschritten werden.	-	-	-

NDH	**Gemeinde Werther** **Stand:** **1. Fortschreibung HSK vom 28.04.2016**	**Ausgabe Amtsblatt nur noch jeden 2. Monat, Kosteneinsparung durch Vertragsänderung** Die Maßnahme kann nicht in vollem Umfang realisiert werden (*monatliche* Ausgabe des Amtsblattes muss zeitnah erfolgen). Das Konsolidierungsziel wurde zum Teil durch Reduzierung der Seitenzahl erreicht.	-	-	-
		Erhöhung der Elternbeiträge in den Kitas Die Maßnahme wurde *im Verlauf des Jahres* 2016 umgesetzt. Das Konsolidierungsziel 2016 wurde anteilig erreicht. Die geplante Erhöhung erscheint ab 2017 als realistisch.	-	-	-
		Montage einer Photovoltaikanlage in der Kita Werther Es wurden zwar Energiekosten eingespart, doch aufgrund der Inbetriebnahme zusätzlicher Gruppenräume (Erhöhung Kinderzahl) fallen dort auch Stromkosten an, daher konnte keine Vergleichsrechnung erfolgen.	-	-	-
		Montage eine Photovoltaikanlage in der Kita Großwechsungen Es wurden zwar Energiekosten eingespart, doch aufgrund der Inbetriebnahme zusätzlicher Gruppenräume (Integration der Betreuung behinderter Kinder) fallen dort auch Stromkosten an, daher konnte keine Vergleichs-rechnung erfolgen.	-	-	-
		Kündigung Vertrag Wach-u. Schließgesellschaft mbH (Kita Werther) Der Vertrag kann aufgrund der Alarmaufschaltung i.V. mit der installierten Hausalarmanlage und dem Schließsystem nicht gekündigt werden.	-	-	-
		Energieeinsparung Straßenbeleuchtung Pützlingen durch Umrüstung der Leuchtmittel Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die tatsächliche Energieeinsparung konnte noch nicht errechnet werden (Verbrauchsschätzung). Ein tatsächlicher Vergleich kann erst mit der Endabrechnung im April 2018 ermittelt werden.	-	-	-

		Erhöhung Bestattungsgebühren Die überarbeitete Friedhofsgebührensatzung ist am 02.10.2015 in Kraft getreten. Die geplanten Mehreinnahmen wurden nicht in voller Höhe erreicht, weil einzelne Leistungen nicht in Anspruch genommen worden sind.	-	-	-
		Energieeinsparung Straßenbeleuchtung Haferungen durch Umrüstung der Leuchtmittel Die Maßnahme wurde umgesetzt. Die tatsächliche Energieeinsparung konnte noch nicht errechnet werden (Verbrauchsschätzung). Vergleichsberechnungen können erst mit der nächsten Endabrechnung erfolgen.	-	-	-
		Erhöhung Gewerbesteuer (Hebesatz) 406 v.H. Der Hebesatz wurde erhöht. Die geplanten Mehreinnahmen konnten nicht erreicht werden, weil die Gemeinde Gewerbesteuern an die Steuerzahler erstatten musste.	-	-	-
NDH	**Gemeinde Wipperdorf** **Stand:** **3. Fortschreibung HSK aus 2016**	**Straßenbeleuchtung** Konsolidierungsziel wurde nicht vollständig erreicht. Konsolidierungsziel wird weiterhin verfolgt.	-	-	-
NDH	**Gemeinde Wolkramshausen** **Stand:** **3. Fortschreibung HSK aus 2016**	**Versicherungskosten** Konsolidierungsziel konnte durch Kostensteigerung nicht erreicht werden. Angebote von anderen Anbietern werden eingeholt.	-	-	-
		Bewirtschaftung der Feuerwehr Bewirtschaftungskosten wurden auf ein Minimum reduziert. Konsolidierungsziel wurde durch Ansatzüberschreitungen bei den Energiekosten nicht erreicht.	-	-	-

		Reduzierung der Vorsorgebeiträge FFW Aufgrund einer Nachberechnung aus Vorjahren konnte die Maßnahme nicht fristgemäß umgesetzt werden.	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK	Bucha	Fehlmeldung			
SHK	Bürgel, Stadt	Reduzierung der Vereinszuschüsse Der Umfang der Vereinszuschüsse hat sich unwesentlich verändert. Die Subventionierung im bescheidenen Umfang durch die Stadt Bürgel dient bei den Vereinen die es betrifft als Grundsicherung und würde andernfalls die Schließung von Einrichtungen, wie das Heimatmuseum und das Keramikmuseum bedeuten. Laufende Überprüfung bestehender Pachtverträge Bei den Pachtverträgen konnten bis jetzt nur geringfügige Veränderungen herbeigeführt werden. Bei der fortlaufenden Prüfung der Pachtverträge wird die Erhöhung der laufenden Einnahmen stetig geprüft. Reduzierung der laufenden Post- und Fernmeldegebühren Die Ausgaben für Post- und Fernmeldegebühren könnten nur unwesentlich reduziert werden. Die Um-	keine	keine	keine

		stellung im Rahmen der laufenden Tätigkeit auf den elektronischen Schriftverkehr ist zwar erfolgt (eMail), aber die Portokosten der Deutschen Post und dem Postboten schlagen dennoch zu buche. <u>Umrüstung der Straßenbeleuchtung</u> Die Umrüstung der Straßenbeleuchtungsanlage ist für das Haushaltsjahr 2017 vorgesehen. In Folge der Umrüstungsmaßnahmen sollen Beiträge erhoben werden. Die jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten sollen in Folge dessen deutlich reduziert werden. Weiterhin wird die Inanspruchnahme vom Kommunalinvestitionsförderungsprogramm geprüft. <u>Grundstücksverkauf Seniorenclub</u> Eine Einnahme durch den Verkauf des Grundstücks Jenaer Straße 21 ist im Haushalt 2017 eingeplant. Der Vergabebeschluss ist im Stadtrat am 14.02.2017 erfolgt, die öffentliche Ausschreibung erfolgt zeitnah. <u>Grundstücksverkauf Wiesen, Felder und Wälder</u> Der Verkauf von Wiesen, Feldern und Wäldern wird im Jahr 2017 fortgeführt, aktuell konnten hier noch keine Einnahmen erzielt werden. <u>Verkauf kommunaler Wohnhäuser</u> Die Verkaufserlöse für kommunale Wohnimmobilien der Eisenberger Straße und der Nordstraße wurden im Haushalt 2017 mit 1.000.000 € eingeplant. Eine Beschlussfassung im Stadtrat und die Ausschreibungen sind bereits 2016 erfolgt. Angebote für die Objek-			

		te liegen vor. Im Mai sollen die Vergabebeschlüsse gefasst werden. <u>Verkauf Grundstücke Ladestraße/Bahnhofstraße</u> Hier befindet sich die erforderliche Vermessung und Beauftragung eines Verkehrswertgutachtens in der Vorbereitung.			
SHK	Dornburg-Camburg, Stadt	Fehlmeldung			
SHK	Eisenberg, Stadt	Einsparung Versicherung, Vergabe an neuen Anbieter Nicht erreicht Einsparung bei der Druckernutzung, Vergabe an neuen Anbieter, Reduzierung Miete Nicht vollständig erreicht *Einsparung Reinigung, Sicherheit Städt. Gebäude* Nicht erfüllt in 2016, ab 2017 erfüllt Vertragsanpassung, Erhöhung Miete Robertsmühle Nicht erfüllt Bibliothek, Reduzierung Personalkosten Nicht vollständig erfüllt Straßenreinigung, Verr. Personalaufwand Nicht vollständig erfüllt Forstwirtschaft, Erhöhung Verkaufserlöse Nicht erfüllt	keine	keine	keine

SHK	Großeutersdorf	Fehlmeldung			
SHK	Großpürschütz	Fehlmeldung			
SHK	Heideland	Erhöhung der Friedhofsgebühren Kostendeckung beträgt 100 % Der Verkauf der kommunalen Wohnungen geht nur schleppend voran. Plan 100.000 € Ist 37.400 €; sie wurden öffentlich ausgeschrieben, keine Interessenten	keine	keine	keine
SHK	Kahla, Stadt	<u>Umrüstung auf LED Straßenbeleuchtung</u>, Vergabe erfolgte mit Beschluss 88/2016 und 01/2017 durch den Stadtrat. Umsetzung war aufgrund der Wetterlage nicht mehr in 2016 umsetzbar. Geplant waren 200 Leuchten durch günstigere Ausschreibungsergebnisse als geplant werde nunmehr 356 Leuchten umgerüstet. Umrüstung erfolgt bis KW 17/2017.Effektive Kosteneinsparung erfolgt jedoch erst nach Abrechnung der Straßenschaltpunkte im Folgejahr. <u>Bürgerbeteiligung Gewinnen</u> - Ansprache in Bürgerversammlungen und Gesprächen Bürgermeisterin-bisher kein Erfolg <u>IKZ</u>: Kontaktaufnahmen mit Stadt Jena und auch umlie-	keine	keine	keine

		genden Gemeinden ist erfolgt-Vertretung Standesamt umgesetzt durch VG Südliches Saaletal, keine weiteren schriftlichen Vereinbarung getroffen, –wg. Gebietsreform schwierig umsetzbar			
SHK	Kleineutersdorf	Fehlmeldung			
SHK	Laasdorf	Fehlmeldung			
SHK	Lehesten	Erhöhung Hundesteuer Erst ab 01.01.2017; Beschluss GR am 16.11.2016 (06/096/2016)	keine	keine	keine
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf	Verkauf Schulkomplex Maßnahme konnte nicht durchgeführt werden, da für den Verkauf ein Wertgutachten erforderlich ist. Das Wertgutachten wurde jedoch nicht in Auftrag gegeben, da sich die Gemeinde in der vorläufigen Haushaltsführung befand.	keine	keine	keine
SHK	Orlamünde, Stadt	Fehlmeldung			
SHK	Rauda	- Erhöhung der Friedhofsgebühren erfolgt erst im HHJ 2017. - Reduzierung der Arbeitszeit für den Gemeindearbeiter wurde nicht realisiert, da der Ge-	Fortschreibung HSK wird beanstandet	keine	keine

		meinderat die Auffassung vertritt, das die anfallenden Arbeiten nicht mehr geleistet werden können.			
	Renthendorf	- <u>Austritt aus Mitgliedsverbänden</u> Der Austritt aus dem Gemeinde- und Städtebund erfolgte noch nicht, da dieser derzeit weiterhin auf seine Beiträge verzichtet.	keine	Keine	Keine
		- <u>Zusammenlegung Telefonanschlüsse in der Gemeinde</u> Die Zusammenlegung der Telefonanschlüsse konnte im Jahr 2016 nicht realisiert werden. Es wurden im Jahr 2016 Angebote eingeholt. Die tatsächliche Umsetzung erfolgte erst im Februar 2017.	keine	keine	keine
		- <u>Austritt Zweckverband Brehm</u> Der Gemeinderat verweigerte den Austritt aus dem Zweckverband Brehm zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Eine neue Diskussionsrunde wird einberufen, sobald die Gründung der Brehm-Stiftung realisiert wurde.	Keine	keine	keine
		- <u>Energetische Umrüstung des Wohngebäudes in Hellborn</u> Auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung bis Dezember 2016 konnte die Maßnahme nicht umgesetzt werden.	keine	Keine	keine
		- <u>Verkauf Teich Hellborn</u>	keine	keine	keine

		Der Verkauf des Teiches in Hellborn war nicht möglich, da der Gemeinderat sich dagegen aussprach. Der Teich wurde hingegen verpachtet an einen Fischerverein wo die Gemeinde Einnahmen erzielt.	Fortschreibung HSK liegt vor, befindet sich in Prüfung		
	Stadtroda, Stadt	Überarbeitung der Gebühren für die Einsätze der Feuerwehr → scheitert bisher an der Möglichkeit einer rechtskonformen Kalkulation der Gebühren, keine Basis bzw. „Muster"-Berechnungen hierfür zu Verfügung, es wird seitens der Stadt weiter an einer diesbezüglichen Kalkulation gearbeitet, so lange sind die bisherigen Gebühren abzurechnen Neugestaltung einer Änderung der Verlustbeteiligung der Stadt am Freibad → Neugestaltung der Abschläge in 2016 vorgenommen für mehr Planungssicherheit und –kontiniutät, derzeit keine Änderung einer 100%ige Verlustbeteiligung möglich, Gespräche mit dem Betreiber (SWS) notwendig, da hier nicht nur die Stadt Beteiligungen hält Änderung der Betreibung Dorfgemeinschaftshaus Gernewitz → Gespräche mit potenziellen Betreibern führten bislang zu keinem Ergebnis, wird jedoch weiter forciert Erhöhung der Hebesätze für die Realsteuern auf das Niveau der VV Bedarfszuweisungen → bislang auf dem Niveau der VV Haushaltssicherung, Beschluss	Fortschreibung HSK 2017 wurde mit Bescheid vom 25.01.2017 beanstandet	keine	keine

		höherer Hebesätze durch den Stadtrat abgelehnt mit Verweis auf das Rundschreiben R 33/2016 des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales vom 12.11.2015 (Absehen von einer Erhöhung der Hebesätze, wenn diese jeweils unter 10-Prozent-Punkte liegen, außerdem liegt die Genehmigung des LVA zum Absehen von einer diesbezüglichen Erhöhung der Hebesätze i.V.m. Bewilligung der Bedarfszuweisungen 2016 vor (erfolgte auf Antrag der Stadt)			
	Waldeck	<u>Prüfung Mitgliedschaft im Tourismusverband (TTV)</u> Kündigungsfrist beträgt 6 Monate zum Ende des Geschäftsjahres TTV hat im Ort Informationstafel Wandern aufgestellt Vereinbarung liegt vor Kündigung daher nicht vertretbar <u>Prüfung Vereinbarung mit Tierheim Eisenberg</u> Kündigungsfrist: 30.9. Beitrag 2016 = 177 €, Kosten für ein Fundtier (Katze oder Hund für max. 30 Tage) können zwischen 200 € und 300 € liegen, Kündigung daher nicht vertretbar	bisher keine (Prüfung ob Maßnahmen ergriffen werden, erfolgt im Rahmen Fortschreibung HSK)	keine keine	keine keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SLF-RU	Gräfenthal	- Anpassung der FFW-Satzung - Anpassung der Gebührensatzung Friedhof	-	-	-
	Lichte	- Verkauf von Wohngebäuden	-	-	-
	Piesau	- Stromkosteneinsparung auf LED der Straßenbeleuchtung	-	-	-
	Lehesten	- Anpassung der Friedhofsgebühren - Neukalkulation Benutzungsentgelte Kulturhaus	-	-	-
	Leutenberg	- Anpassung der Friedhofsgebühren - Übertragung Kegelbahn an Verein	-	-	-
	Katzhütte	- Zusammenlegung der FFW Katzhütte und Oelze - Sporthalle, Sportplatz – Kostenbeteiligung der Vereine	-	-	-
	Bad Blankenburg	- Anpassung der Feuerwehrgebührensatzung - Anpassung der Friedhofsgebühren	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SM	018 Ellingshausen	**Fehlmeldung** Alle HSK-Maßnahmen wurden durchgesetzt	-	-	-
SM	Brotterode-Trusetal	Einführung digitaler Sitzungsdienst um Arbeitszeit und Kosten einzusparen	-	-	-
		Veräußerung kommunalen Vermögens (geplanter Verkauf von 5 Objekten)	-	-	-
		Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Aufgabenbereich Bauhof nach Ausscheiden zum 31.07.2015	-	-	-
SM	039 Leutersdorf	**Fehlmeldung** Alle HSK-Maßnahmen wurden durchgesetzt	-	-	-
SM	Henneberg	Anpassung der Friedhofsgebühren: eine Gebührenkalkulation wurde auch 2016 noch nicht erstellt	-	-	-
		Erhöhung Benutzungsgebühren Kindertageseinrichtung: Eine Maßnahme im HSK war die Erhöhung der Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtung um 90 €. Für Kinder, deren Eltern ihren Hauptwohnsitz in der Gemeinde Henneberg haben, gewährt die Gemeinde einen Zuschuss von 70 €,	-	-	-

		sodass die Gebühren für Henneberger Kinder lediglich um 20 € steigen. Diese Maßnahme ist zulässig, wenn die Gesamtmaßnahme zu einem höheren Konsolidierungseffekt führt. Bereits im Jahr 2015 wurde der Konsolidierungseffekt nicht ganz erreicht. Weiter wurden ab dem Jahr 2016 in der Einrichtung weniger Fremdkinder betreut, sodass die Gemeinde diese Zuschussregelung einer erneuten Prüfung hätte unterziehen müssen, um den Konsolidierungseffekt wieder herzustellen.			
SM	081 Vachdorf	Die Maßnahme „Nebenkostenerstattung durch den Sportverein" über 600 € wurde nicht umgesetzt. Eine pauschale Nebenkostenerstattung wird vom Verein nicht akzeptiert. Es wird nach Möglichkeiten einer konkreten Abrechnung gesucht, die keine nennenswerten Zusatzkosten erfordern.	-	-	-
SM	Oberschönau	Nach dem HSK ist die Erhöhung der Hundesteuer ab 2016 für den 1. Hund von 35,00 auf 75,00 € festgeschrieben wurden. Es erfolgte eine Erhöhung ab 2016 auf 60 € (1. Hund)	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	Bad Lobenstein	Gebietsreform - Zusammenschluss mit VG Saale-Rennsteig und der Stadt Wurzbach bis zum Jahr 2017	keine	keine	keine
		Sommertheater - Kostendeckung	keine	keine	keine
		Erlöse Grundstücksverkäufe Erschließungsgebiet Gallenberg	keine	keine	keine
		Veräußerung der Hälfte der Stimmrechte, die aus dem jährlichen Wertzuwachs entstehen	keine	keine	keine
		Streichung Reserve für mögliche Havarien Ardesia-Therme	keine	keine	keine
SOK	Blankenberg	Neue Friedhofsgebührensatzung	keine	keine	keine
		Erhöhung Steuerhebesätze	keine	keine	keine
		Erhöhung Hundesteuer	keine	keine	keine
SOK	Blankenstein	Erhöhung Steuerhebesätze	keine	keine	keine
		Erhöhung Hundesteuer	keine	keine	keine
SOK	Geroda	Austausch Leuchtmittel für Straßenbeleuchtung gegen LED-Leuchten	keine	keine	keine
SOK	Hirschberg	"03 - Erhöhung der Gartenpachten Die Gartenpacht wurde von 0,08 € pro m² auf 0,20 € pro m² angehoben. Der Haushaltsansatz wird durch die Gartenpachterhöhung von 2.300 € auf 5.750 € erhöht."	keine	keine	keine
		"57 - Deckelung Personalkosten Freibad auf 10.000 € Ab der Badesaison 2012 wird das Entgelt des	keine	keine	keine

		Bademeisters auf insgesamt 10.000 € gedeckelt."			
		"77 - Anpassung des Geschäftsbesorgungsvertrages Schulhausmeister Die Stadt Hirschberg hat einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Landkreis Saale-Orla über die Verrichtung der Hausmeisterdienste an der Staatlichen Regelschule Hirschberg. Die Stadt Hirschberg erhält eine monatliche Vergütung von 1.702,79 €. Der Vertrag stammt aus dem Jahr 2009 und seit dieser Zeit erfolgte keine tarifliche Entgeltanpassung. Durch eine Entgeltanpassung würde die Stadt Hirschberg Mehreinnahmen von jährlich ca. 1.226 € erzielen."	keine	keine	keine
		"90 - Erhöhung Grund- und Gewerbesteuerhebesätze 2016 Grundsteuer A von 295% auf 314% Grundsteuer B von 402% auf 419% Gewerbesteuer von 383% auf 391%"	keine	keine	keine
SOK	Knau	Einsparung Kosten geringfügig Beschäftigter von 5,3 T€ auf 2,7 T€	keine	keine	keine
		Erstattung Personalkosten von Agrofarm für Gemeindearbeiter in Höhe von 6 T€	keine	keine	keine
SOK	Neundorf (LBS)	Einsparungen bei örtlichen Feuerwehr	keine	keine	keine
		Erhöhung Kostendeckungsgrad Kommunalfriedhof durch neue Friedhofssatzung	keine	keine	keine
		Beseitigung Wohnungsleerstand	keine	keine	keine
		Erhöhung Hebesätze nach VV-Bedarfszuweisungen	keine	keine	keine
SOK	Ranis	Anpassung der Aufwandsentschädigung an die Einwohnerzahl	keine	keine	keine
		Schließung des Burgmuseums	keine	keine	keine
		Schließung der Stadtbibliothek	keine	keine	keine
SOK	Schlegel	Erhöhung der Einnahmen im Bereich Friedhofswesen	keine	keine	keine
SOK	Tanna	Anpassung Entschädigung Beigeordneter	keine	keine	keine

		Anpassung Entschädigung Ortsteilbürgermeister	keine	keine	keine
		Kreditumschuldungen prüfen	keine	keine	keine
		Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption	keine	keine	keine
		Auslaufen des Leasingvertrages Sportbus	keine	keine	keine
		Veräußerung von Anteilen an der Fernwärmeversorgung Tanna GmbH	keine	keine	keine
		Prüfung der Wirtschaftlichkeit des Verkauf des Wohnungsbestandes der Stadt Tanna	keine	keine	keine
		Anpassung der Hebesätze für die Grundsteuern A, B und die Gewerbesteuer	keine	keine	keine
SOK	Wurzbach	Änderung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Ortsteilbürgermeister	keine	keine	keine
		Verkauf von 14.000 Stimmrechten KET	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

LK – Sömmerda: Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	Andisleben	M1: Kürzung Vereinsunterstützung (Umsetzung zu 80,38%, wegen notwendiger Reparatur Wasseranschluss Kinderzeltlager) M6: Erhöhung Sondernutzungsgebühren (Umsetzung zu 73,31%, wegen zu geringer Inanspruchnahme) M15: Anhebung Hundesteuer f.3.Hund / gefährliche Hunde (Umsetzung zum 96,09%)	-	-	-
SÖM	Großmölsen	Alle HSK-Maßnahmen entsprechend umgesetzt	-	-	-
SÖM	Guthmannshausen	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer von 383% auf 395% (bisher nicht wirksam erkennbar wegen erheblicher Gewerbesteuerrückzahlungen für Vorjahre in 2016)	-	-	-
SÖM	Haßleben	M1: Reduzierung der Personalkosten (Teilbetrag i.H.v.83,72% gegenüber 2013 umgesetzt, verbale Erläuterungen der Gemeinde nachvollziehbar) M4: Kündigung Arbeitgeberverband (100%ige Einsparung wegen Kündigungsfrist erst in 2017 möglich) M10: Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer (bisher nicht wirksam erkennbar wegen erheblicher Gewerbesteuerrückzahlungen für Vorjahre in 2016) M11: Erhöhung Hundesteuer (Teilbetrag i.H.v.97,03% umgesetzt)	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	Stadt Schalkau	1. Reduzierung des Zuschussbedarfs für das Tourismusbüro (teilweise Umsetzung)	--	--	--
		2. Einsparung der Aufwandsentschädigung für die Ortssprecher	--	--	--
		3. Erhöhung der Benutzungsentgelte für das Bürgerhaus "Thüringer Hof"	--	--	--
		4. Übernahme der Schwimmmeistertätigkeit durch Bauhofmitarbeiter bei Öffnung des Freibades	--	--	--
SON	Stadt Lauscha	1. Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer	--	Erhöhung der Hebesätze durch Ersatzvornahme (LRA Sonneb.)	--

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	Stadt Sonneberg	1. Faschingsumzug an Vereine abgeben Ausgaben konnten jedoch über Sponsoringmittel reduziert werden	--	--	--
		2. Gebührenerhöhung für Baumfällgenehmigungen	--	--	--
		3. Bußgelder bei mangelnder Grabpflege	--	--	--
		4. Verkauf von Garagenflächen, in Vorbereitung (noch nicht realisiert)	--	--	--

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung
Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UH	Anrode	- Überprüfung der Verwaltungskostensatzung und ggf. Anpassung der Kosten- und Gebührensätze - Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung und ggf. Anpassung der Gebührensätze - Erhöhung der Benutzungsgebühren für gemeindliche Einrichtungen - Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss - Verkauf von Bauplätzen im Baugebiet Hollenbacher Grube	-	-	-
UH	Bad Langensalza	- Feuerwehren-Übergabe der Gebäude an die e. V. - Übergabe der „bäuerlichen Hofstätte“ an Verein - Schneiderstube und Kindererlebniswelt-Bewirtschaftung durch die Servicegesellschaft mbH - Sportstätten-Beteiligung der Vereine an den Sachaufwendungen bzw. Reduzierung des Unterhaltungsaufwandes - Unterhaltung Grünflächen-Vergabe der Pflege von Großflächen-Straßenbegleitgrün an Dritte - Bewirtschaftung des Kultur-und Kongresszentrums durch die SGL mbH - Bürgerhäuser- Übertragung in die Verantwortung örtlicher Vereine - Reduzierung von Personal und Sachleistungen durch Vergabe von Leistungen an Dritte im	-	-	-

		Zusammenhang mit Vergabe an Dritte - Fundbüro-Durchführung von Versteigerungen - Nutzung von Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen-Zweckverband			
UH	Bothenheilingen	Grundstücksverkauf	-	-	-
UH	Flarchheim	Alle Maßnahmen wurden qualifiziert und fristgerecht umgesetzt	-	-	-
UH	Heroldishausen	Alle Maßnahmen wurden qualifiziert und fristgerecht umgesetzt	-	-	
UH	Issersheilingen	Alle Maßnahmen wurden qualifiziert und fristgerecht umgesetzt	-	-	-
UH	Kleinwelsbach	Alle Maßnahmen wurde qualifiziert und fristgerecht umgesetzt	-	-	
UH	Neunheilingen	Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED	-	-	-
UH	Obermehler	-Austausch der Leuchtmittel Straßenbeleuchtung durch energiesparende LED - Zweckvereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Bauhofs mit Nachbargemeinde (Schlotheim)	-	-	-
UH	Schlotheim	- Bauhof-Leitung mit weitergehenden Kompetenzen ausstatten, detailliertes Aufgabenverzeichnis erstellen und fortführen, - Straßenkontrollen in einer Dienstanweisung definieren und regelmäßig durchführen - Baumkontrollen in einer Dienstanweisung definieren, - Kinderspielplatzkontrollen in einer Dienstanweisung definieren - Spezielles Bauprogramm beschaffen und einsetzen	-	-	

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Arbeitsstand: 21.02.2017

kreisfreie Stadt: Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Abschnitt 03:
(VwHH30c) Wegfall von Sachkosten, die mit der Bewirtschaftung der Liegenschaften zusammenhängen: Da sich die Stadt im Rahmen der allg. Daseinsvorsorge immer für die Bewirtschaftung von Liegenschaften verantwortlich zeichnen wird, ist hier auch immer ein HH-Ansatz erforderlich.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat einen konkreten Beschluss zur möglichen Übertragung aller nicht betriebsnotwendigen Grundstücke und Liegenschaften vorzulegen. Alternativ sind die finanziellen Auswirkungen einer Verwaltung des Immobilienbestandes durch die Städtische Wohnungsgesellschaft mbH zu prüfen und darzustellen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Mit dem Beschluss, dass die Bewirtschaftung von städtischen Grundstücken durch die SWG nicht sinnvoll ist, ein Personalübergang an die SWG dadurch nicht erfolgt, wird es auch keinen Wegfall von Sachkosten geben. Durch die Reduzierung des Personals (siehe VwHH30b) verringert sich der Sachkostenanteil.
Die Maßnahme ist ab der 4. Fortschreibung nicht mehr im HSK enthalten.

Abschnitt 32:
(E5) Konzentration der Museen: Veräußerung von Gebäuden und Übertragung der Wagner-Sammlung an andere Träger

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung ein Museumskonzept vorzulegen, welches eine Konzentration der städtischen Museen auf einen Standort vorsieht. In diesem Zusammenhang ist eine Veräußerung von Gebäuden zu prüfen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Die Stelle Museumsleitung konnte Mitte 2016 besetzt werden. Zur Zeit wird ein umfassendes Museumskonzept erarbeitet, welches im III. Quartal 2017 vorgelegt werden kann. In der Folge dieser Tatsache kann frühestens 2018 mit der Umsetzung und daraus resultierend mit der Beräumung eines Museumsstandortes begonnen werden. Daraus ergibt sich, dass eine Veräußerung eines Gebäudes frühestens im III. Quartal 2018 erfolgen kann.
Die 4. Fortschreibung beinhaltet Änderungen zum Realisierungstermin.

Abschnitt 32:
(VwHH16) Städtische Museen: Museumsstandorte: Lt. fachlicher Beurteilung ist es möglich, vorerst einen Museumsstandort zu schließen. Die konkrete damit verbundene Kostenersparnis muss noch berechnet werden. 1. Der Veräußerungen eines zweite Museumsobjektes, der Reuter-Wagner-Villa, steht juristisch nichts im Wege. Die leihweise Abgabe der Objekte dürfte jedoch einem längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die der Stadt gehörige Oesterleinsammlung von Objekte zu Richard Wagner, kann an einen anderen Erinnerungsort, insbesondere das Stadtschloss, abgegeben werden. Dies ist wegen der besonderen Tragweite durch einen Stadtratsbeschluss zu legitimieren. 2. Die Schließung des Museumsstandortes Stadtschloss dürfte sich als

besonders schwierig erweisen, weil vollkommen unklar ist, an wen die hier verwahrten Objekte abgegeben werden können. Überdies ist das Objekt mit einer baulichen Fördermittelbindefrist belegt, die eine andere Nutzung vorerst nahezu unmöglich macht. In diesem Rahmen prüfen wir die von der KPMG vorgeschlagenen Nutzungsoptionen. Es wird vollkommen ausgeschlossen, dass diese Maßnahme in 2015 haushaltswirksam werden kann, weil a) in dieser Zeit nicht die sich ergebenden Einzelproblem gelöst werden können und b) die Erstellung eines Museumskonzeptes, welches die Schließung von zwei Standorten beinhaltet, nicht in wenigen Monaten erarbeitet werden kann.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung ein Museumskonzept vorzulegen. Welches eine Konzentration der städtischen Museen auf einen Standort vorsieht. In diesem Zusammenhang ist eine Veräußerung von Gebäuden zu prüfen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Einhergehend mit der Schließung eines Standortes (siehe Maßnahme E5) können ab diesem Zeitpunkt die Bewirtschaftungskosten bzw. die Ausgaben des Regiebetriebes sinken.
Die 4. Fortschreibung beinhaltet Änderungen zum Realisierungstermin und den finanziellen Auswirkungen.

Abschnitt 35:
(VwHH9) Volkshochschule: Zuschussbedarf: Nach Ansicht der Stadtverwaltung ist die Volkshochschule eindeutig den Pflichtaufgaben der Stadt Eisenach zuzuordnen. Die Stadt Eisenach übernimmt als kreisfreie Stadt die Aufgaben eines Landkreises. § 87 Abs. 2 ThürKO sagt aus, dass den Landkreisen durch Gesetz die Verpflichtung auferlegt werden kann, bestimmte Aufgaben zu erfüllen (Pflichtaufgaben). Der Kommentar der ThürKO sagt eindeutig aus, dass die Erwachsenenbildung eine durch den Thüringer Gesetzgeber an die Landkreise zugewiesene Aufgabe im eigenen Wirkungskreis ist. Gesetzesgrundlage für die Zuweisung dieser Aufgabe ist das Thüringer Erwachsenenbildungsgesetz. Dies legt in § 4 Abs. 1 fest, dass die Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit in ihrem Gebiet eine Grundversorgung durch die Einrichtung von Volkshochschulen gewährleisten. Zu dieser Grundversorgung gehört auch die Durchführung von Veranstaltungen zum externen Erwerb von Schulabschlüssen. Im Jahr Herbstsemester 2013 wurden 246 Kurse geplant. Ein Jahr später wurde das Semesterprogramm schon gestrafft. Im Frühjahrssemester wurde 145 Kurse geplant und im Herbst 163. Ziel ist es, größere Gruppen zu gewinnen und passgenauere Kurse anzubieten. Die Volkshochschule stärker zu bewerben. Sprich Facebook stärker zu nutzen. Die Stadt Eisenach hat mit dem Wartburgkreis Gespräche zu einer Zusammenarbeit geführt. Ziel bleibt eine bessere Vernetzung beider Volkshochschulen. Bei einer möglichen Fusion ist zu bedenken, dass die Grundförderung nur einmal pro Volkshochschule vom Land Thüringen gezahlt wird. Bei einer Zusammenführung gibt es nur eine Grundförderung. Dies wäre ein Einnahmeverlust. Momentan erhalten beide Bildungseinrichtungen diese Grundförderung.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, vor der weiteren Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, spätestens aber bis zum Jahresende 2016, ein Entwicklungskonzept für die Eisenacher Volkshochschule vorzulegen, um die vorgesehene Senkung des Zuschussbedarfs für die Eisenacher Volkshochschule zu gewährleisten. Zur Generierung des notwendigen Einsparpotenzials und zur Anhebung des Kostendeckungsgrads sind insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und in ihren haushalterischen Auswirkungen dem Stadtrat darzustellen: 1. Umbau des Gebäudes der Volkshochschule, zwecks Senkung der Betriebskosten, 2. Weitere Anpassungen des Seminarangebots zur Reduzierung der Ausfallquoten, 3.Verhandlungen mit der Kreisverwaltung des Wartburgkreises und der Volkshochschule des Wartburgkreises zur Prüfung des jeweiligen Seminarangebots im Hinblick auf mögliche gemeinsame Synergieeffekte.

Auswertung zum 31.12.2016:
Das Konsolidierungsziel, die Zuschusshöhe auf 60 TEUR zu senken, wurde um rund 24 TEUR verfehlt. Die Ausgaben waren auf das Notwendigste beschränkt, weitere Ausgabebeschränkungen hätten den ordnungsgemäßen Betriebsablauf der VHS gefährdet.

Abschnitt 35:
(Chance21) Reduzierung Zuschussbedarf Bibliothek – Einführung einer Budgetierung: Auf die LNR 010 der Anlage 6 vom Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 wird verwiesen:Der Zuschussbedarf für die Bibliothek bewegte sich in den Jahren 2006 bis 2009 in einer Größenordnung von rd. 500.000 €. Im Jahr 2010 erfolgte eine deutliche Reduzierung auf rd. 400.000 €. Hingegen weist der Plan 2012 nunmehr wieder einen auf rd. 475.000 € gestiegenen Zuschussbedarf aus.Auch im Bereich der Bibliothek werden positive Anreizeffekte aus einer Zusammenlegung von Kostenverursachung und Kostentragung in einer Verantwortungsstelle gesehen. Somit wird auch für diesen Bereich eine Budgetierung eingerichtet.Öffentliche Bibliotheken erfüllen einen wichtigen bildungs- und kulturpolitischen Auftrag. Sie haben unter den öffentlichen Einrichtungen der Kommunen in der Regel die höchste Auslastung. Ausgaben- und Standardreduzierungen erfordern deshalb ein besonders hohes Maß an Sensibilität. Dennoch wird eine angemessene Begrenzung des Zuschussbedarfs als vertretbar angesehen. So wird der Zuschussbedarf ab dem Haushaltsjahr 2013 auf maximal 450.000 € und ab dem

Haushaltsjahr 2014 auf maximal 430.000 € begrenzt. Gegenüber dem Planansatz 2012 ergibt sich dadurch eine Reduzierung von 43.679 €. Ansätze/Maßnahmen zum Erreichen dieser Budgetvorgaben wurden mit dem verantwortlichen Amtsleiter diskutiert. Zwischen Amtsleitung, Verwaltungsspitze und externer Beratung besteht Einvernehmen darüber, dass die gesetzten Budgetvorgaben realistisch umsetzbar sind. Den größten Ausgabenblock stellen mit rd. 350.000 € (68%) die Personalkosten dar. Im Stellenplan sind für die Bibliothek 8,35 Stellen ausgewiesen. Insbesondere in diesem Bereich werden durch die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung Einsparmöglichkeiten gesehen. Wegen der überörtlichen Bedeutung der Bibliothek gibt es Überlegungen, den Wartburgkreis in die Finanzierung mit einzubeziehen bzw. eine Rückumwandlung in eine Stadt- und Kreisbibliothek anzustreben. Dies führt jedoch allenfalls mittelfristig zu einer Entlastung des Haushalts der Stadt Eisenach.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für den Bereich der Bibliothek eine Budgetierung einzuführen. Über die Höhe des Zuschussbedarfs ist jährlich neu zu verhandeln. Dabei sind die Arbeitsfähigkeit des Dienstleisters Bibliothek und die Aktualität und Qualität des Medienangebots der Stadtbibliothek entsprechend der Standards für öffentliche Bibliotheken zu sichern.

Auswertung zum 31.12.2016:
Der Zuschussbedarf sollte ab dem HH-Jahr 2014 auf maximal 430 TEUR begrenzt werden und damit ein Konsolidierungspotenzial von 43,7 TEUR im Vergleich zum Jahr 2012 haben. Die Jahresrechnung 2016 weist im Ergebnis einen Zuschussbedarf von 475,4 TEUR aus.
Das Konsolidierungsziel wurde um rund 45,4 T€ verfehlt.
Maßgeblich beeinflussend wirkten sich folgende Aspekte aus:
Einnahmeseitig konnten die Planwerte nicht vollumfänglich erreicht werden (- 11,7 TEUR).
Mehrausgaben im Bereich der Unterhaltungs- und Kommunikationstechnik i. H. v. 2,8 TEUR.
Die Stadtbibliothek Eisenach arbeitet als Informations- und Bildungseinrichtung nach den Richtlinien des Bibliotheksentwicklungsplanes für die Öffentlichen Bibliotheken im Freistaat Thüringen, 2015. In Bezug auf die personelle Ausstattung ist die Bibliothek an der unteren Grenze dessen, womit eine solche Einrichtung der Größe von Eisenach und mit den Aufgaben in Bezug auf das im Grundgesetzt verankerte Recht der Bürger auf Information, Bildung und Kultur betrieben werden kann – nach zahlreichen Kürzungen im Etat und in der Personalausstattung in vorangegangenen Jahren.
Die Stadtbibliothek Eisenach steigerte ihre Ausleihzahlen von 2015 auf 2016, hat mehr Veranstaltungen für Kindergärten und Schulen durchgeführt und sich um die Integration ausländischer Mitbürger gekümmert.
Eine Reduzierung der Kosten ist – auch aufgrund steigender Kosten generell – bei qualitativ guter Arbeit nicht möglich. Das Finanzbudget wird so effektiv wie nur irgend möglich eingesetzt.
Zudem hat der Stadtrat der Stadt Eisenach die Bibliothekskonzeption für die Jahre 2016 bis 2021 beschlossen und damit auch den dort beschriebenen Finanzbedarf zur Kenntnis genommen und grundsätzlich befürwortet. Mit dem Antrag, im Haushalt für 2017 den Etat für die Medienanschaffung auf das fachlich vorgegebene Mindestmaß anzuheben, hat der Stadtrat ein eindeutiges Votum für die Arbeit der Stadtbibliothek und deren Finanzausstattung abgegeben. Die Stadtbibliothek arbeitet tagtäglich daran, diesem Auftrag gerecht zu werden und ihre Rolle als starker Partner im Bildungsnetzwerk der Stadt Eisenach auszufüllen.

Abschnitt 46:
(VwHH12) Kindertagesstätten: Anhebung Gebühren für städtische Kindertagesstätten: Es wurde festgestellt, dass die Forderung nach Anhebung der Gebühren auf einen Deckungsgrad von 19,47% (10% über dem Landesdurchschnitt) auf einer Landesstatistik beruht, die fehlerhaft ist. Dazu gab es im TMBWK bereits Gespräche. Das Fachamt geht desweiteren davon aus, dass der Landesdurchschnitt des Jahres 2013 zugrunde gelegt werden soll, welcher 17,78% beträgt. Demzufolge müssten die Gebühren auf 19,6 % angehoben werden (es wird nochmals auf die fehlerhafte Statistik verwiesen). Eine progressive Anhebung der Gebühren wie im Vorschlag würde die Eltern in unverhältnismäßigem Umfang belasten. Bei einer zu erwartenden Einnahme von ca. 250.000 € im Jahr 2014 soll die Einnahme bis 2022 auf 396.000 € gesteigert werden, und das bei gleichbleibender bis sinkender Kinderzahl. Zur Zeit besuchen durchschnittlich 192 Kinder die drei städtischen Kitas, davon haben 118 Kinder eine Gebührenfestsetzung auf Null oder einen Erlaß. Sie sind demzufolge nicht in der Lage, höhere Gebühren zu zahlen. Es bleiben 74 zahlende Eltern, die allein die Mehrbelastung tragen müssten. Ein fortgesetzt geforderter Deckungsgrad von 10% über dem Landesdurchschnitt hat zur Folge, dass dieser insgesamt weiter steigt und die Stadt Eisenach gezwungenermaßen jährlich die Gebühren anpassen müsste. Unter den derzeitigen Voraussetzungen müssen im Jahr 2015 die ca. 74 zahlenden Eltern 70,00 € monatlich höhere Gebühren zahlen, um 61.000,00 € Mehreinnahmen zu erzielen. Im Jahr 2022 würde dies bei gleichbleibenden Voraussetzungen eine Erhöhung der Gebühren um ca. 164,00 € für die ca. 74 zahlenden Eltern bedeuten.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat eine Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der Vorgaben der VV Bedarfszuweisung zur Beratung vorzulegen

Auswertung zum 31.12.2016:
Auf die Berichtsvorlage Nr. 0616-BR/2016 für die Stadtratssitzung am 04.10.2016 wird Bezug genommen (Auszüge): Inzwischen wurde durch die Landesregierung die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres ab 2018 im Rahmen der für 2017 geplanten Änderung des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes (ThürKitaG) angekündigt. Nach derzeitigem Informationsstand soll dies das letzte Betreuungsjahr vor der Einschulung betreffen, eindeutige Aussagen zur Refinanzierung dieses beitragsfreien Jahres liegen jedoch noch nicht vor. Zudem bleibt abzuwarten, welche weiteren Änderungen das neue ThürKitaG mit sich bringt, die ebenfalls Auswirkungen auf die Kostenbeteiligung durch die Eltern haben könnten. Hinsichtlich der zu erwartenden Gesetzesänderung erachtet das Fachamt eine Erhöhung der Elternbeiträge (und damit die Vorlage einer Gebührenkalkulation) für die drei Kindertageseinrichtungen der Stadt Eisenach – auch unter Beachtung des personellen und finanziellen Aufwandes – zum jetzigen Zeitpunkt für nicht sinnvoll.
Das neue Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Stellungnahme (15.02.2017) nach wie vor nicht verabschiedet. Es hat sich bezüglich der Stellungnahme zum 31.12.2016 damit keine Veränderung ergeben.
In der 4. Fortschreibung des HSK wurden daher der Termin der Realisierung sowie das Konsolidierungspotenzial modifiziert.

Abschnitt 72:
(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in der Verbandsversammlung die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung durch den Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach zu beantragen und die Geschäftsleitung zu beauftragen, eine Stellungnahme zur Gewährung einer Eigenkapitalverzinsung an die Verbandsmitglieder vorzulegen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Bisher wurde keine Abführung einer Eigenkapitalverzinsung durch den AZV vorgenommen. Lt. eines durch die Geschäftsleitung des Verbandes vorgelegten Gutachtens liegen unter Betrachtung des Ergebnisses des Jahresabschlusses 2015 (Verlust) keine Voraussetzungen für eine Ausschüttung der Eigenkapitalverzinsung vor. Weiterhin wird die Ausschüttung grundsätzlich in Frage gestellt.
Im Gegensatz dazu nimmt die Rechtsaufsichtsbehörde dazu in ihrer rechtlichen Würdigung zum Haushalt 2016 des AZV u. a. wie folgt Stellung: „... Und das Eigenkapital wird sich in den Folgejahren wegen der Kostendeckungsverpflichtung gemäß ThürKAG noch in dem Maße unnötig weiter erhöhen, in dem die jährlich über die Gebühren erwirtschaftete Eigenkapitalverzinsung und die sonstigen Kapitalerträge (...) auch weiterhin nicht an die Verbandsmitglieder ausgeschüttet, sondern thesauriert werden...".
Mit der 4. Fortschreibung wurde der Beschlusstext der Maßnahme wie folgt geändert:
„Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen."

Abschnitt 86:
(E1) Sportbad Eisenach GmbH; Ausschüttung thesaurierter Gewinne / Auflösung der Rücklagen

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin als städtische Vertreterin in der Gesellschafterversammlung wird beauftragt, unter Berücksichtigung der für die Sportbad Eisenach GmbH (SEG) bestehenden Risiken hinsichtlich des Fortbestehens des steuerlichen Querverbundes zwischen der SEG und der EVB eine Entnahme aus der Gewinnrücklage in den Jahren 2016 – 2020 mit 250 T€ im Jahre 2016 und jeweils 1 Mio. Euro in den Jahren 2017 – 2020 umzusetzen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Nach Vorlage und Prüfung des Jahresabschlusses 2015 der SEG wurde eine Entnahme i. H. v. 210,4 TEUR netto erzielt (geplant: 250 TEUR). Die Mindereinnahme kann durch die Übererfüllung von Maßnahme VwHH2 vollumfänglich kompensiert werden.
- *Maßnahme VwHH2 (Gewinnausschüttung Sportbad Eisenach GmbH): Die geplante Ausschüttung für das Haushaltsjahr 2016 ist mit 544,2 TEUR weit über die geplante Höhe von 51,3 TEUR im November 2016 an die Stadt erfolgt.*

Abschnitt 87:
(E7) Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS): Liquidierung

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WAK die Modalitäten einer möglichen Liquidierung der ABS zu prüfen und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung (und somit auch die Beauftragung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung) vorzulegen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Der Beschluss zur Liquidation der Gesellschaft erfordert ein Einvernehmen der Gesellschafter. Dies konnte bisher nicht erreicht werden. Alternativ hat der Stadtrat den Austritt aus der Gesellschaft beschlossen. Die Umsetzung des Beschlusses soll erfolgen, wenn das Einvernehmen mit dem Mitgesellschafter über die Austrittsmodalitäten erfolgt ist.

Abschnitt 87:
(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung: Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten. Es wurde eine Zuarbeit von der Wartburg-Sparkasse abgefordert. Die SN wird inhaltlich voll von der Stadtverwaltung unterstützt.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen ab dem Jahre 2016 zu prüfen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Aufgrund der aktuellen bundesdeutschen Entwicklung wird die Maßnahme weiterverfolgt und in der 4. Fortschreibung entsprechend finanziell untersetzt. Eine Studie der Deutschen Bundesbank stellt fest, dass 398 von 418 Sparkassen ausschüttungsfähig sind. Die „meisten Sparkassen erfüllen schon jetzt die deutlich strengeren regulatorischen Anforderungen, welche ab 2019 gelten." (Quelle: Der neue Kämmerer v. 6.7.2016)
Der Hessische Landesrechnunghof appelliert an Städte und Gemeinden ihre Rechte intensiver wahrzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Sparkassen „angemessene Anteile an den Bankgewinnen" an ihre Gewährträger abgeben. (Quelle: Der neue Kämmerer v. 26.10.2016)

Abschnitt 88:
(VwHH30a) Wegfall Einnahmen Liegenschaften: Wie unter E3 dargestellt, ist der komplette Einnahmeausfall von 170 T€ nicht realistisch. Es wird immer Grundstücke geben, die in der Stadtverwaltung verbleiben und somit auch Einnahmen aus Verpachtung. Vom Übergang der Erbbaurechtsverträge an die SWG wird abgeraten.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat einen konkreten Beschluss zur möglichen Übertragung aller nicht betriebsnotwendigen Grundstücke und Liegenschaften vorzulegen. Alternativ sind die finanziellen Auswirkungen einer Verwaltung des Immobilienbestandes durch die Städtische Wohnungsgesellschaft mbH zu prüfen und darzustellen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Ein Beschluss wird für das 2. Quartal 2017 vorbereitet. Dort soll dargestellt werden, dass die Bewirtschaftung der Grundstücke durch die SWG nicht sinnvoll ist. Eine solche BV konnte bisher aus zeitlichen, personellen und Gründen der erst spät erfolgten Zuarbeit durch die SWG noch nicht vorgenommen werden. Die Maßnahme ist ab der 4. Fortschreibung nicht mehr im HSK enthalten.

Abschnitt 88:
(E3) Übertragung von Liegenschaften an die Städtische Wohnungsgesellschaft Eisenach mbH (SWG) Bei allen Überlegungen zu Einsparungen sollte nicht nur kurzfristig nach Einmaleffekten geschaut werden, sondern grundlegende strategische Überlegungen sollten mindestens gleichwertig eine Rolle spielen und damit die mittel- und langfristige Stadtentwicklung.Um die mögliche Größenordnung der Einnahmen bei Übertragung städtischer Grundstücke an die SWG einschätzen zu können, ist jedes dieser Grundstücke im Einzelnen zu prüfen und zu bewerten. Eine Pauschalfestlegung ist nicht möglich. Pachtobjekte und Erbbaupachtobjekte sind unterschiedlich

zu bewerten (nicht nur Einnahmeprozente). Zu beachten gilt dabei, dass bei einer Vielzahl von Grundstücken Vermessungsleistungen zu finanzieren sind.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat einen konkreten Beschluss zur möglichen Übertragung aller nicht betriebsnotwendigen Grundstücke und Liegenschaften vorzulegen. Alternativ sind die finanziellen Auswirkungen einer Verwaltung des Immobilienbestandes durch die Städtische Wohnungsgesellschaft mbH zu prüfen und darzustellen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Ein Beschluss wird für das 2. Quartal 2017 vorbereitet. Dort soll dargestellt werden, dass die Bewirtschaftung der Grundstücke durch die SWG nicht sinnvoll ist. Eine solche BV konnte bisher aus zeitlichen, personellen und Gründen der erst spät erfolgten Zuarbeit durch die SWG noch nicht vorgenommen werden.
Die Maßnahme ist in der 4. Fortschreibung nicht mehr enthalten.

Abschnitt 90:
(VwHH4) Erhöhung Grundsteuer B: Gemäß Verwaltungsvorschrift-Bedarfszuweisungen vom 22.06.2015 werden Gemeinden/Städten zur Haushaltskonsolidierung Bedarfszuweisungen nur unter bestimmten Voraussetzungen zugewiesen. Im Zeitraum der Haushaltskonsolidierung ist grundsätzlich ein Hebesatz von mindestens 110 % der Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse festzusetzen. Für die Grundsteuer B bedeutet dies einen Hebesatz von 547 v.H., der eine jährliche Einnahmeerhöhung von 865 T€ generiert. In der 3. Fortschreibung HSK soll der Hebesatz auf 498 v.H. mit einem Konsolierungspotenzial von 299.936 € erhöht werden. Für das Jahr 2022 wurde der geforderte Hebesatz von 550 v.H. in Ansatz gebracht. Über die Änderung der Hebesatzsatzung ist ein Stadtratsbeschluss zu fassen.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat eine Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung für die Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B vorzulegen.

Auswertung zum 31.12.2016:
Gemäß Verwaltungsvorschrift Haushaltssicherung (Pkt. 1.2.2.2) wird erwartet, dass Gemeinden in der Haushaltskonsolidierung in der Grundsteuer B einen Hebesatz mindestens in Höhe des gewichteten Landesdurchschnitts in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse erhebt.
Ausgehend von den Vorgaben der Gebietsreform in Thüringen plant die Stadt Eisenach die Fusion mit dem Wartburgkreis in 2018 (HSK Chance 7). Die Stadt Eisenach ordnet sich damit in der Gemeindegrößenklasse der kreisangehörigen Städte von 20.000 bis 50.000 Einwohnern ein. Der gewogene Durchschnittshebesatz betrug am 31.12.2015 in der Grundsteuer B 413 %. Die Stadt Eisenach mit einem Hebesatz von 472 % liegt damit 14,3 % über dem Landesdurchschnitt. Aufgrund dessen ist daher zur Zeit kein Beschluss zur Erhöhung des Hebesatzes erforderlich.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Gera

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Abriss Gebäude; Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf – nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahme (Meldung 2015)
(M 1141-0.04)
Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke.

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Bewertung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt steht diese Maßnahme unter Vorbehalt einer Haushaltsgenehmigung. Eine Umsetzung bis zum 31.12.2016 erfolgte nicht.

Anforderungsprofil für Alternativstandort Bibliothek – nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahme
(M 1142-0.06)
Erstellung eines Anforderungsprofils von alternativen Bibliotheksstandorten in einem städtischen Gebäude einschließlich der Benennung jeweils notwendiger (baulicher) Voraussetzung.

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.09.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 vorgesehen.

Im Rahmen der Recherchen zu einem alternativ Standort für die Bibliothek in einem städtischen Gebäude hat sich kein positives (wirtschaftliches) Ergebnis dargestellt, so dass mit dem Vermieter neue Vertragsverhandlungen aufgenommen wurden. Aktuell wird mit einer Reduzierung der Mietfläche kalkuliert. Hieraus ergibt sich im vorgesehenen Vertragszeitraum von 10 Jahren prognostisch insgesamt eine Einsparung von ca. 400.000 EUR.

Erweiterung der Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs – nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahme
(M 1222-1.01)
Erweiterung der Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs mittels stationärer und zusätzlicher mobiler Verkehrstechnik.

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.09.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 bzw. 01.01.2017 vorgesehen.

Zur Umsetzung der Maßnahme „Erweiterung der Verkehrsüberwachung des fließenden Verkehrs" wurden am 15.08.2016 die Ausschreibungsunterlagen an die Vergabestelle weiter gegeben. Im Zusammenhang mit der Änderung der Vergabeordnung war nunmehr eine europaweite Ausschreibung durchzuführen.

Auf Grund verschiedener Rügen eines einzelnen Bewerbers verschoben sich die Termine für Zuschlag und Auftragsvergabe. Der dann erarbeitete Vergabevorschlag war am 17.01.2017 im Vergabeausschuss, wurde dort bestätigt und anschließend von der Oberbürgermeisterin unterschreiben. Der ausgewählte Auftragnehmer wurde darüber informiert und arbeitet derzeit an der entsprechenden Realisierung. Ein Ablaufplan zur Einführung der Technik ist angefordert, liegt aber derzeit noch nicht vor. Laut Ausschreibung hat der Auftragnehmer 60 Tage ab Auftragsvergabe Zeit, die Maßnahme entsprechend umzusetzen.

Gebühren Einwohnerwesen (u. a. Standesamt) – nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahme
(M 1225-2.01)
Die Stadt Gera setzt sich im Hinblick auf die Kostensteigerungsraten u.a. über den Gemeinde- und Städtebund für regelmäßige Gebührenanpassungen, wirksam spätestens ab dem Jahr 2017, ein.

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.09.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 bzw. 01.01.2017 vorgesehen. Während die fünfte Verordnung zur Änderung der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung im September 2016 in Kraft getreten ist, liegt die Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Innenministeriums bis zum Ende des Jahres 2016 erst in der Entwurfsfassung vor. Die Stadt Gera hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gebührenhöhe, da es sich um Gebührenordnungen in Zuständigkeit des Landes handelt.

Überprüfung Benutzungsentgelte entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen – nicht umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 1272-0.01)

Vorgesehen war eine Erhöhung der Erträge im Rahmen der Kostenerstattung durch den Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen für den Betrieb eines 2. (zusätzlichen) Rettungswagens, was nicht realisiert werden konnte.

Überprüfung Vertrag hinsichtlich der Fahrleistungen für die Kassenärztliche Vereinigung – nicht umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 1272-0.02)

Der Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist zum 30.09.2014 durch den Vertragspartner gekündigt worden.

Schülerbeförderung Erhöhung der Kostenbeteiligung ab Klassenstufe 11 – nicht umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 2411-2.03)
Erhöhung des Beteiligungssatzes durch Eltern mit dem Ziel der Kostenverringerung für die Stadt.

Die Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Gera wurde am 21.05.2015 beschlossen (Vorlage-Drucksachen-Nr. 18/2015). Eine Erhöhung der (Kosten-) Beteiligung ab der Klassenstufe 11 wurde seitens des Stadtrates abgelehnt.

Museumsstandort Ferbersches Haus — nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 2521-0.01)
Aufgabe eines (städtisch geführten) Museumsstandortes. Erarbeitung und Entscheidung zu verschiedenen Varianten zur Zukunft des Ferberschen Hauses.

Die Maßnahme bzw. in diesem Zusammenhang stehende Entscheidungen wurden mit Blick auf die Baumaßnahmen sowie entsprechende Schließzeiten in der Orangerie und im Otto-Dix-Haus bis 2017 zurückgestellt.

Dauernutzungsmitgliedschaft mit automatischer Abbuchung – nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 2721-2.01)
Die Gebührenerhebung soll künftig grundsätzlich durch Lastschrift erfolgen und damit zur Einnahmenverbesserung beitragen.

Bis 31.12.2016 erfolgte noch keine Umsetzung der Maßnahme. Die Beschlussfassung zur Änderung der Benutzungsgebührensatzung ist erst am 19.01.2017 im Stadtrat erfolgt.

Die Gebührenerhebung soll künftig auch durch Lastschrift erfolgen und dies soll zur Einnahmenverbesserung beitragen. Bis 31.12.2016 konnten zunächst die technischen Voraussetzungen zur Umsetzung der Maßnahme im Wesentlichen geschaffen werden. Mit Beschlussfassung zur Änderung der Gebührensatzung wurde am 19.01.2017 ein weiterer wichtiger Schritt zur Umsetzung der Maßnahme vollzogen. Nachdem die erforderlichen finanztechnischen und organisatorischen Anpassungen erfolgt sind, soll die Maßnahme im Jahresverlauf 2017 abgeschlossen werden.

Interessenbekundungsverfahren für externe Betreibung KuK - nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 2812-0.01)

Auf Grundlage des Stadtratsbeschluss Drucksachen-Nr. 25/2014 zur Weiterführung des Kultur- und Kongresszentrums als Veranstaltungshaus wird das KuK ab dem 01.01.2015 weiterhin durch die Stadt Gera betrieben.

Die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger sind zu überprüfen. Ziel ist eine 10 %ige Zuschussreduzierung nicht umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 3651-0.01)
Die Zuschussbelastung der Stadt Gera sollte um rund 10 % vom Jahr 2015 an reduziert werden.

Im Rahmen der Genehmigung der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde die Auflage erteilt, dass *"im Rahmen der nach § 18 Abs. 4 Satz 2 ThürKitaG abzuschließenden Trägervereinbarungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt darauf hinzuwirken ist, einen Kostendeckungsgrad aus Elternbeiträgen mindestens in Höhe des Landesdurchschnitts sicherzustellen".* Mit der Genehmigung der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 wurde die Auflage dahingehen konkretisiert, dass alle größtmöglichen Anstrengungen dahingehend zu unternehmen sind, damit der städtische Finanzzuschuss an die freien Träger der Kindereinrichtungen auf ein vertretbares Maß reduziert wird. Hierzu wird auf die Stellungnahme der Stadt Gera an das Thüringer Landeverwaltungsamt vom 03.01.2017 verwiesen.

Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung - nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 5531-0.01)
Gebührenanpassung zur Steigerung des Kostendeckungsgrades.

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 31.05.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 01.07.2016 vorgesehen. Die Beschlussfassung zur Friedhofsgebührensatzung im Stadtrat erfolgte am 15.12.2016. Mit der öffentlichen Bekanntmachung am 07.01.2017 ist die Friedhofsgebührensatzung damit erst am 08.01.2017 in Kraft getreten.

Durchführung Märkte durch Dritte - nicht fristgemäß umgesetzte Maßnahmen
(M 5732.2.01)
Kostensenkung im Rahmen Durchführung der Wochenmärkte durch einen Dritten ab 2017.

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.06.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 bzw. 01.01.2017 vorgesehen.

Im Rahmen der Prüfung zur Umsetzung der Maßnahme wurde festgestellt, dass eine Durchführung durch Dritte nicht möglich und die Maßnahme nicht umsetzbar ist.

Eigenkapitalverzinsung Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" – nicht umgesetzte Maßnahmen (Meldung 2015)
(M 6251-0.01)
Die Stadt strebt eine angemessene Eigenkapitalverzinsung entsprechend der Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns (ThürEBV) an.

Am 18.11.2013 wurde mit der Drucksache Nr. 078/2013 dem Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" über die Verwendung des Jahresgewinns 2012 beraten und die darin vorgesehene anteilige Ausschüttung aus der Eigenkapitalverzinsung beschlossen.

Dieser Beschluss wurde mit dem Bescheid vom 27.01.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als rechtswidrig bewertet. Hintergrund ist eine der ThürEBV zu entnehmende Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns, wonach mit dem Gewinn zunächst vorgetragene Vorjahresverluste zu tilgen sind, darüber hinaus Rücklagen für Investitionen gebildet werden können und erst nach ausreichender Rückstellung eine Abführung an Gemeindehaushalte oder ein Vortrag auf neue Rechnung in Betracht kommt. Der angefochtene Beschluss sieht nach der Tilgung des Vorjahresverlustes den Vortrag auf neue Rechnung vor, was, wie ausgeführt, entsprechend der ThürEBV Nachrang hat.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
(Begründungen siehe Anlage 2)

Maßnahmekatalog Nr. 3
Gewerbesteuer- Anhebung Hebesätze
611000.4013000

Stufenweise Anhebung des Hebesatzes in 2015 um 25 % auf 435 % und 2017 Erhöhung um 25 % auf 460 %

Maßnahmekatalog Nr. 4
Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen
622010.5413000

Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung

Maßnahmekatalog Nr. 28
Betrieb und Unterhalt Tierpark
253000.4415000

Überarbeitung der Entgeltordnung

Maßnahmekatalog Nr. 37
Gebührenstruktur Musikschule
263000.4415000

Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 1.2.2016. Die entsprechende Entgeltordnung vom 27.05.2008 in der Fassung vom 05.04.2012 wird zum 01.02.2016 neu in Kraft gesetzt. Hierbei wurden alle Gebühren auf ein interkommunales Vergleichsniveau angepasst. Die Erhöhung der Gebühren um 10 % über dem Landesdurchschnitt wird somit erfüllt.

Maßnahmekatalog Nr. 47
Wohnungsbauförderung
522100.50.....

Standardreduktion im Bereich Wohnungsbauförderung um 0,10 VbE. Einsatz der 0,10 VbE zur Intensivierung der Fördermittelbearbeitung und –akquise

Maßnahmekatalog Nr. 49
EB KDS- Gemeindearbeiter
622010.5413000

Vereinheitlichung der Standards und Umsetzung der Zusammenlegung von Gemeindearbeitern und Grünpflege

Suhl, 08.05.2017

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: **Landkreis Nordhausen**

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
2011-1 Einführung einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rechnungsprüfungsamtes
2011-13 Verbesserung der Einnahmen - Bußgelder
2014-30 Einnahmen aus Nebenforderungen
2015-31 Ausbau kommunaler Gemeinschaftsarbeit
2015-41 Reduzierung Ausgaben ÖPNV/Schülerbeförderung
2016-46 Einnahmen nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2016 auf Basis der Jahresrechnung 2016
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushalts- sicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: Unstrut-Hainich-Kreis

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
01 (Maßnahme 8) Reserveerschließung bei den Einnahmen aus der örtlichen Gemeindeprüfung: Eine interne Besetzung mit entsprechendem Personal ist bereits erfolgt; Anpassung des Prüfplans, Realisierung der Reserven in der örtlichen Gemeindeprüfung, Ergebnis der Stellenbemessung - Gegenrechnung der notwendigen Personalausstattung ergibt keinen Konsolidierungseffekt zur Stellenausstattung
02 (Maßnahme 9) Senkung der Ausgaben für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten im Rechtsreferat: Die Einsparungen konnten nur bedingt realisiert werden. Der Umgang mit sehr anspruchsvollen juristischen und steuerlichen Sachverhalten (u.a. Fortsetzung IBV) hat die Einbindung spezialisierter Dritter notwendig gemacht.
05 (Maßnahme 10) Erlangung von dauerhaften Ausgleichszahlungen durch das Land bezüglich Mietvertrag Brunnenstraße 97: Die Verhandlungen diesbezüglich sind nicht geglückt. Das Land lehnt jegliche Ausgleichszahlung kategorisch ab.
21/27 (Maßnahme 5a) Wegfall der Zuschüsse durch Realisierung anvisierter Schulschließungen bzw. Übergabe der Schulträgerschaft: Im Bereich der Schulnetzmaßnahmen ergeben sich Einsparungen in erster Linie durch die Aufgabe von Schulgebäuden im Zuge von Schulschließungen oder Zusammenlegungen. Dargestellt sind die finanziellen Effekte der aktuell gerade durchgeführten bzw. geplanten Schulnetzmaßnahmen. Dies betrifft die Übergabe der Grundschule an die Gemeinde Herbsleben, die Schließung der schulvorbereitenden Einrichtung des Förderzentrum Pestalozzi in Mühlhausen und Aufhebung der Beruflichen Schule für Gesundheit und Soziales am Standort Brückenstraße und die Eingliederung in die Beruflichen Schulen und damit der Verzicht auf zwei Schulgebäude. Von den geplanten 189,4 T€ konnten 124,3 T€ realisiert werden. 21/27 (Maßnahme 5b) Änderung operativer Ausgaben, Anpassung der Sachkosten in Relation zur Schülerzahl und zur Anzahl der Schulen zum Vergleichskreis: Hier konnte lediglich

im Jahr 2014 der gewünschte Effekt erzielt werden und 225,0 T€ eingespart werden.
33 (Maßnahme 13) Senkung des Zuschusses an die Musikschule: Die Erhöhung der Gebühren wurde vom Kreistag in seiner Sitzung am 16. April 2014 beschlossen. Diese reicht allerdings bei weitem nicht aus, um die angestrebten Konsolidierungsziele zu erreichen. Es müssen aus diesem Grund weitere konzeptionelle Überlegungen angestellt werden, die aufzeigen, in welcher Weise Konsolidierungseffekte möglich sind. In nächster Zeit sollen Vertragsgestaltungen, Arbeitszeitregelungen (Ferienüberhangsregelung) und mögliche freie Kapazitäten überprüft werden.
46 (Maßnahme 15) Auflösung des Eigenbetriebes KBH, Rückführung der Teilbereiche als Regiebetriebe in die Kernverwaltung: Von der geplanten Einsparungen in Höhe von 393,3 T€ konnten Einsparungen in Höhe von 338,4 T€ erreicht werden. An der Optimierung der Einrichtungen wird weiterhin gearbeitet.
88 (Maßnahme 3) Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen: Das zur Veräußerung anstehende Vermögen wird vom Unstrut-Hainich-Kreis nicht benötigt. Einsparung von Unterhaltungskosten. Geplant war ein Verkaufserlös von 740,0 T€. Lediglich 17,1 T€ konnten umgesetzt werden. Die Verkaufsbemühungen wurden weiter vorangetrieben, so dass im Jahr 2017 diverse KT-Beschlüsse zur Veräußerung von Vermögen gefasst werden konnten. Veräußerung: gem. HSK Gebäude Sporthalle Herbsleben 135,0 T€ (2014), Schulungszentrum Heyerode 21,0 T€ (2014), Verwaltungsgebäude Alte Post 3, Bad Langensalza 200,0 T€ (KT-Beschluss 05.2017, 210 T€), ehemalige Schule Körner 5,0 T€ (2015) – Umsetzung 2016 für 11,4 T€ , ehemalige Schule Lengefeld 5,0 T€ (2015), Teilfläche Alte Post 3, Bad Langensalza 15,0 T€ (2015), Schunkschule Mühlhausen 500,0 T€ (2016), Gebäude Meißnersgasse Mühlhausen 125,0 T€ (2016), Gebäude H, Thamsbrücker Str. 20, Bad Langensalza 100,0 T€ (2016),- KT-Beschl. 12.2016, 302 T€ Gebäude G, Thamsbrücker Str. 20, Bad Langensalza 100,0 T€ (2018) Gebäude Neue Straße, Mühlhausen 10,0 T€ (2016), KT-Beschluss 03.2017 für 30,0 T€ Flurstück in Niederdorla (neu) 2016 umgesetzt für 5,7 T€ Sporthalle Damaschkestraße 100,0 T€ (2017)

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
ABG-Land	Meuselwitz *	Friedhofsgebührensatzung Ziel: Kostendeckungsgrad 65 % Termin: 09/2012 ff nicht erreicht: Kostendeckungsgrad 2017 bei 63,51 %	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	Kündigung freiwilliger Mitgliedschaften: teilweise umgesetzt (4 freiwillige Mitgliedschaften bestehen noch) Anmerkung Rechtsaufsichtsbehörde: Stadt wurde zur Stellungnahme aufgefordert, Antwort steht noch aus	-	-	-
ABG-Land	Meuselwitz	Fortschreibung des HSK jährlich erforderlich: aufgrund weiterer Gewerbesteuerausfälle, Mindereinnahmen Schlüsselzuweisungen, verringerte Konzessionsabgabe sowie Mehrausgaben bei der Kreisumlage und erhöhter Personalaufwand (insb. Kitas) konnte dem Stadtrat ein genehmigungsfähiges HSK bisher nach städtischer Einschätzung nicht vorgelegt werden. (1. Entwurf wurde vom Stadtrat nicht gebilligt) Neufassung bis Ende des Monats avisiert	-	-	-

		Anmerkung Rechtsaufsichtsbehörde: Stadt wurde regelmäßig zur Fortschreibung bzw. Neufassung HSK aufgefordert (z. B. im Rahmen der Haushaltswürdigung)			
ABG-Land	Gemeinde Ziegelheim	Beitritt zur Zweckvereinbarung Übertragung Kindergärten auf VG – Anstieg der zu betreuenden Kinder und Anhebung der Umlage zur Finanzierung der höheren Personalkosten Anmerkung Rechtsaufsichtsbehörde: Die Gemeinde ist zur Finanzierung der ungedeckten Betriebs- und Personalkosten entsprechend der Zweckvereinbarung verpflichtet. Der Personalschlüssel wurde durch das Land Thüringen vorgegeben und liegt außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde/VG	-	-	-
ABG-Land	Gemeinde Ziegelheim	Bewirtschaftung der Wieratalhalle durch Gemeinde: 1. Einnahmen Nutzungsgebühren – Festhalten an Änderung der Nutzungsentgelte für LSV lt. Beschluss Gemeinderat vom 23.05.2015, Wegfall Schulsport (Neubau einer anderen Halle in Nachbargemeinde) 2. Mieteinnahmen – Kündigung nicht genutzter Räumlichkeiten im Objekt durch den LSV Anmerkung Rechtsaufsichtsbehörde: - zu 1.: die Erhebung der Nutzungsentgelte erfolgt privatrechtlich; die Nutzungs- und Engeltordnung ist mit dem Thür. Ministerium für Bildung, Jugend und Sport abgestimmt. Aufgrund Gemeinderatsbeschlusses werden für den Spielbetrieb im Jugend- und Frauenbereich entgegen der Entgeltordnung (nach Intervention des Landessportbundes) allerdings abgesenkte	-	-	-

		Nutzungsentgelte erhoben - zu 2.: auf die Kündigung hat die Gemeinde keinen Einfluß, sollte sich allerdings um Nachmieter bemühen			
ABG-Land	Gemeinde Ziegelheim	Beitreibung von Straßenausbaubeiträgen: Prognose der umzulegenden Beiträge wurde unterschritten – weiterhin wurden die Beiträge auf 5 Jahre gesplittet <u>Anmerkung Rechtsaufsichtsbehörde:</u> Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde sieht eine regelmäße Fälligkeit des Beitrages in 5 Jahresraten vor	-	-	-

* Das HSK Meuselwitz ist ausweislich unserer rechtsaufsichtlichen Würdigung zur Haushaltssatzung 2018 vom 01. 03. 2018 bis zum 26. 04. 2018 zur Genehmigung vorzulegen, Terminverlängerung wurde beantragt; die hier zuletzt vorliegende Fortschreibung vom 23. 04. 2014 konnte mangels hinreichender Konsolidierung nicht genehmigt werden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Geismar	Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED			
		Beitritt in die Forstbetriebsgemeinschaft			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Kella	Anpassung der Friedhofsgebühren; Mit Abschluss der Baumaßnahme werden die Gebühren angepasst.			
		Verkauf Wohnhaus Angerweg 6			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Krombach	alle geplanten Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
EIC 061	Mackenrode	Evtl. Kündigung Telefonanschluss (im Bürgermeisteramt)			
		Eine Kündigung erfolgte in 2017 nicht, weil es für den Bürgermeister eine unklare Rechtslage gab, hinsichtlich dessen, ob er diesen Telefonanschluss überhaupt kündigen darf. Der Anschluss wurde jetzt definitiv zum 5. April 2018 gekündigt.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Pfaffschwende	alle geplanten Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Schimberg	Überarbeitung Mietverträge; teilweise umgesetzt, teils noch in Vorbereitung und Bearbeitung			
		Änderung der Hauptsatzung dahingehend, dass den Wahlvorständen nur noch das Erfrischungsgeld in gesetzlicher Höhe gezahlt wird; Entwurf liegt vor, GR muss noch beschließen			
		Änderung der Betriebszeiten des gemeindlichen Freibades und Prüfung anderer Personalbesetzung; kann so nicht vollzogen werden, da die Absicherung der Betriebszeiten nicht gewährleistet ist			
		Überarbeitung der vorhandenen Pachtverträge und eventuell Abschluss neuer; teilweise umgesetzt durch Erhöhung einzelner Verträge			
		Überarbeitung des Entwurfs und Beschluss der Sondernutzungssatzung für öffentliche Flächen;			
		Schrittweise Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Schwobfeld	alle Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Sickerode	alle Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Volkerode	alle Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
	Wiesenfeld	alle Maßnahmen umgesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Arbeitsstand: 23.04.2018

kreisfreie Stadt: Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Abschnitt 21:
(E9) Standort Grundschule Neuenhof: Schließung und Verkauf des Gebäudes

Auswertung:
Der Verkauf des Grundstückes wurde am 03.04.2018 notariell beurkundet. Der Kaufpreis von 21.000 € wird im Haushaltsjahr 2018 in HHSt. 88000.340000 vereinnahmt.

Die Maßnahme ist daher in der 5. Fortschreibung nicht mehr enthalten.

Der Gutachtenwert in Höhe von 26.000 € umfasste neben dem eigentlichen Grundstück mit Schulgebäude noch 3 weitere Grundstücke in unmittelbarer Nachbarschaft und räumlichen Zusammenhang. Da ein Grundstück jedoch zum Erhalt des öffentlichen Spielplatzes, auch auf Drängen des Ortsteils, bei der Stadt verbleiben soll, musste dieses Grundstück mit seinem Wert in Abzug gebracht werden. Somit verbleibt ein einzunehmender Kaufpreis in Höhe von 21.000 €.

Abschnitt 32:
(E5) Konzentration der Museen: Veräußerung von Gebäuden und Übertragung der Wagner-Sammlung an andere Träger

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung ein Museumskonzept vorzulegen, welches eine Konzentration der städtischen Museen auf einen Standort vorsieht. In diesem Zusammenhang ist eine Veräußerung von Gebäuden zu prüfen.

Auswertung:
Es wird vollkommen ausgeschlossen, dass diese Maßnahme in 2018 haushaltswirksam werden kann, weil
a) in dieser Zeit nicht die unter VwHH16 aufgelisteten Probleme gelöst werden können und
b) die Erstellung eines Museumskonzeptes aufgrund der Personalsituation und den Arbeitsanforderungen im Museum noch andauert.
c) Aus fachlicher Sicht ist nicht erwiesen, dass die Konzentration der Museen auf einen Standort die erwartete Kosteneinsparung ermöglicht (Aufwendungen für Lagerung und Sammlungspflege an einem anderen Ort).
d) Zu berücksichtigen sind die vertraglich vereinbarten Zuschüsse an die EWT.

Die 5. Fortschreibung beinhaltet u. a. Änderungen zum Realisierungstermin.

Abschnitt 32:
(VwHH16) Städtische Museen: Museumsstandorte: Lt. fachlicher Beurteilung ist es möglich, vorerst einen Museumsstandort zu schließen. Die konkrete damit verbundene Kostenersparnis muss noch berechnet werden. 1. Der Veräußerungen eines zweite Museumsobjektes, der Reuter-Wagner-Villa, steht juristisch nichts im Wege. Die leihweise Abgabe der Objekte dürfte jedoch einem längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die der Stadt

gehörige Oesterleinsammlung von Objekte zu Richard Wagner, kann an einen anderen Erinnerungsort, insbesondere das Stadtschloss, abgegeben werden. Dies ist wegen der besonderen Tragweite durch einen Stadtratsbeschluss zu legitimieren. 2. Die Schließung des Museumsstandortes Stadtschloss dürfte sich als besonders schwierig erweisen, weil vollkommen unklar ist, an wen die hier verwahrten Objekte abgegeben werden können. Überdies ist das Objekt mit einer baulichen Fördermittelbindefrist belegt, die eine andere Nutzung vorerst nahezu unmöglich macht. In diesem Rahmen prüfen wir die von der KPMG vorgeschlagenen Nutzungsoptionen. Es wird vollkommen ausgeschlossen, dass diese Maßnahme in 2015 haushaltswirksam werden kann, weil a) in dieser Zeit nicht die sich ergebenden Einzelproblem gelöst werden können und b) die Erstellung eines Museumskonzeptes, welches die Schließung von zwei Standorten beinhaltet, nicht in wenigen Monaten erarbeitet werden kann.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung ein Museumskonzept vorzulegen. Welches eine Konzentration der städtischen Museen auf einen Standort vorsieht. In diesem Zusammenhang ist eine Veräußerung von Gebäuden zu prüfen.

Auswertung:
Siehe Ausführungen zu Maßnahme E5.
Einhergehend mit der Schließung eines Standortes (siehe Maßnahme E5) können ab diesem Zeitpunkt die Bewirtschaftungskosten bzw. die Ausgaben des Regiebetriebes sinken.
Die 5. Fortschreibung beinhaltet u. a. Änderungen zum Realisierungstermin und den finanziellen Auswirkungen.

Abschnitt 35:
(Chance21) Reduzierung Zuschussbedarf Bibliothek – Einführung einer Budgetierung: Auf die LNR 010 der Anlage 6 vom Haushaltssicherungskonzept 2012-2022 wird verwiesen:Der Zuschussbedarf für die Bibliothek bewegte sich in den Jahren 2006 bis 2009 in einer Größenordnung von rd. 500.000 €. Im Jahr 2010 erfolgte eine deutliche Reduzierung auf rd. 400.000 €. Hingegen weist der Plan 2012 nunmehr wieder einen auf rd. 475.000 € gestiegenen Zuschussbedarf aus.Auch im Bereich der Bibliothek werden positive Anreizeffekte aus einer Zusammenlegung von Kostenverursachung und Kostentragung in einer Verantwortungsstelle gesehen. Somit wird auch für diesen Bereich eine Budgetierung eingerichtet.Öffentliche Bibliotheken erfüllen einen wichtigen bildungs- und kulturpolitischen Auftrag. Sie haben unter den öffentlichen Einrichtungen der Kommunen in der Regel die höchste Auslastung. Ausgaben- und Standardreduzierungen erfordern deshalb ein besonders hohes Maß an Sensibilität. Dennoch wird eine angemessene Begrenzung des Zuschussbedarfs als vertretbar angesehen. So wird der Zuschussbedarf ab dem Haushaltsjahr 2013 auf maximal 450.000 € und ab dem Haushaltsjahr 2014 auf maximal 430.000 € begrenzt. Gegenüber dem Planansatz 2012 ergibt sich dadurch eine Reduzierung von 43.679 €. Ansätze/Maßnahmen zum Erreichen dieser Budgetvorgaben wurden mit dem verantwortlichen Amtsleiter diskutiert. Zwischen Amtsleitung, Verwaltungsspitze und externer Beratung besteht Einvernehmen darüber, dass die gesetzten Budgetvorgaben realistisch umsetzbar sind. Den größten Ausgabenblock stellen mit rd. 350.000 € (68%) die Personalkosten dar. Im Stellenplan sind für die Bibliothek 8,35 Stellen ausgewiesen. Insbesondere in diesem Bereich werden durch die fortschreitende Automatisierung und Digitalisierung Einsparmöglichkeiten gesehen. Wegen der überörtlichen Bedeutung der Bibliothek gibt es Überlegungen, den Wartburgkreis in die Finanzierung mit einzubeziehen bzw. eine Rückumwandlung in eine Stadt- und Kreisbibliothek anzustreben. Dies führt jedoch allenfalls mittelfristig zu einer Entlastung des Haushalts der Stadt Eisenach.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für den Bereich der Bibliothek eine Budgetierung einzuführen. Über die Höhe des Zuschussbedarfs ist jährlich neu zu verhandeln. Dabei sind die Arbeitsfähigkeit des Dienstleisters Bibliothek und die Aktualität und Qualität des Medienangebots der Stadtbibliothek entsprechend der Standards für öffentliche Bibliotheken zu sichern.

Auswertung:
Das Ergebnis wurde um 11,8 TEUR verfehlt weil insbesondere im Personalbereich (ca. 8,3 TEUR) u. a. die einschlägigen Tarifsteigerungen zu berücksichtigen waren. Eine Kostenerhöhung im Bereich Büromaterial (ca. 1,3 TEUR) hat seine Ursache in der einmaligen Erneuerung des Bibliotheksbestandes. Hier mussten zusätzlich Etiketten, Ordner, Hinweisschilder, Hüllen u. s. w. angeschafft werden, um die Neubestände ordnungsgemäß einzugliedern.

Die Stadtbibliothek Eisenach arbeitet als Informations- und Bildungseinrichtung nach den Richtlinien des Bibliotheksentwicklungsplanes für die Öffentlichen Bibliotheken im Freistaat Thüringen, 2015, sowie nach der Ende 2016 vom Stadtrat der Stadt Eisenach beschlossenen Bibliothekskonzeption. In Bezug auf die personelle Ausstattung ist die Bibliothek an der unteren Grenze dessen, womit eine solche Einrichtung der Größe von Eisenach und mit den Aufgaben in Bezug auf das im Grundgesetzt verankerte Recht der Bürger auf Information, Bildung und Kultur betrieben werden kann – nach zahlreichen Kürzungen im Etat und in der Personalausstattung in vorangegangenen Jahren.

Die Stadtbibliothek Eisenach steigerte ihre Ausleihzahlen von 2015 auf 2016, hat mehr Veranstaltungen für Kindergärten und Schulen durchgeführt und sich um die Integration ausländischer Mitbürger gekümmert. Sie ist unverzichtbarerer Partner im Bildungsnetzwerk der Stadt Eisenach. Eine Reduzierung der Kosten ist – auch aufgrund steigender Kosten generell – bei qualitativ guter Arbeit nicht möglich. Das Finanzbudget wird so effektiv wie nur irgend möglich eingesetzt.

Zudem hat der Stadtrat der Stadt Eisenach die Bibliothekskonzeption für die Jahre 2016 bis 2021 beschlossen und damit auch den dort beschriebenen Finanzbedarf zur Kenntnis genommen und grundsätzlich befürwortet. Mit dem Antrag, im Haushalt für 2017 den Etat für die Medienanschaffung auf das fachlich vorgegebene Mindestmaß anzuheben, hat der Stadtrat ein eindeutiges Votum für die Arbeit der Stadtbibliothek und deren Finanzausstattung abgegeben. Die Stadtbibliothek arbeitet tagtäglich daran, diesem Auftrag gerecht zu werden und ihre Rolle als starker Partner im Bildungsnetzwerk der Stadt Eisenach auszufüllen.

Wenn die Stadtbibliothek weiterhin ihre Aufgaben als Informations- und Bildungseinrichtung und zentraler Partner im Bildungsnetzwerk der Stadt Eisenach erfüllen soll, ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung unerlässlich.

Abschnitt 72:
(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen.

Auswertung:
Der Antrag auf Ausschüttung wurde in der Verbandsversammlung des AZV am 28.06.2017 durch die

Verbandsräte der Stadt Eisenach gestellt. Eine Ausschüttung konnte nicht erreicht werden, da die Mehrheit der Verbandsräte dies ablehnte.

In diesem Zusammenhang wurde durch die Geschäftsleitung in der Verbandsausschuss-Sitzung am 29.11.2017 zur Kenntnis gegeben, dass sich das Thüringer Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde an das Thüringer Innenministerium zur Klärung der Rechtslage für die „Ergebnisbehandlung kostendeckender Unternehmen und Zweckverbände" gewandt hat. Ein neuer Sachstand liegt zum Berichtszeitpunkt nicht vor.

Abschnitt 87:
(E7) Gesellschaft zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung Wartburg-Werraland mbH (ABS): Liquidierung

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WAK die Modalitäten einer möglichen Liquidierung der ABS zu prüfen und dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung (und somit auch die Beauftragung der Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung) vorzulegen.

Auswertung:
Da die Maßnahme nicht umsetzbar ist bzw. der erwartete Erlös nicht zu realisieren ist, ist die Maßnahme in der 5. Fortschreibung nicht mehr beinhaltet.

Abschnitt 87:
(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung: Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten. Es wurde eine Zuarbeit von der Wartburg-Sparkasse abgefordert. Die SN wird inhaltlich voll von der Stadtverwaltung unterstützt.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen ab dem Jahre 2016 zu prüfen.

Auswertung:
Die geplanten Einnahmen i. H. v. 300 TEUR konnten nicht erreicht werden, da im Verwaltungsrat der Wartburg-Sparkasse entgegen dem Antrag der Oberbürgermeisterin keine Ausschüttung beschlossen wurde.

Diese Mindereinnahmen wurden beim Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gem. § 28 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung berücksichtigt. Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Sperre in seiner Sitzung am 18.07.2017 beschlossen (Beschluss-Nr. HFA/101/2017).

Datum: 7. Juni 2018 Produkt/Aktenzeichen: 117100000

Anlage 1
Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung
zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017 der Stadt Gera
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Abschnitt C Nr. 5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 1141-0.04 - Abriss Gebäude; Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf (Meldung 2015, 2016)
„Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke."

Sachstand:

Im Zusammenhang mit der rechtlichen Bewertung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt steht diese Maßnahme unter Vorbehalt einer Haushaltsgenehmigung. Eine Umsetzung bis zum 31.12.2017 erfolgte nicht. Im Oktober 2017 wurde im Rahmen des Jahresantrages der Städtebauförderung für das Programmjahr 2018 der Abriss des Gebäudes Berta-Schäfer-Straße angemeldet. Der Zuteilungsrahmen steht noch aus und wird frühestens im Oktober 2018 erwartet.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

M 1225-2.01 - Gebühren Einwohnerwesen (u. a. Standesamt) (Maßnahme 2016)
„Die Stadt Gera setzt sich im Hinblick auf die Kostensteigerungsraten u. a. über den Gemeinde- und Städtebund Thüringen für regelmäßige Gebührenanpassungen, wirksam spätestens ab dem Jahr 2017, ein."

Sachstand:

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.09.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 bzw. 01.01.2017 vorgesehen. Während die fünfte Verordnung zur Änderung der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung im September 2016 in Kraft getreten ist, liegt die Verordnung zur Änderung der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Innenministeriums bis zum Ende des Jahres 2016 erst in der Entwurfsfassung vor. Im Jahr 2017 erfolgte keine Anpassung der Verordnung. Die Stadt Gera hat keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gebührenhöhe, da es sich um Gebührenordnungen in Zuständigkeit des Landes handelt.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige (teilweise) Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 1261-0.01 Einnahmeerhöhung Grundlehrgangsausbildung
„Erhöhung auf 9.500 Euro ist zum Lehrgangsbeginn 01.04.15 erfolgt. Weitere Preisanpassungen sind alle 3 Jahre vorgesehen."

Sachstand:

Die Durchführung von Grundlehrgängen, welche bisher überwiegend für Externe absolviert wurden, ist aufgrund des Rückzuges der freiwilligen Ausbilder aus der Wachabteilung nicht mehr möglich. Problematisch war u. a. die Vergütung der Mehrarbeit aufgrund der Mehrarbeitsvergütungsverordnung und der organisatorischen Schwierigkeiten in Verbindung mit dem Dienst in der Wachabteilung (Einhaltung der Arbeitszeitverordnung).

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

M 1272-0.01 - Überprüfung Benutzungsentgelte entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen (Meldung 2015, 2016)
„Erhöhung der Erträge im Rahmen der Kostenerstattung durch den Rettungsdienstzweckverband Ostthüringen für den Betrieb eines 2. (zusätzlichen) Rettungswagens. ..."

Sachstand:

Im Rahmen der 1. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 war festzustellen, dass der Rettungsdienst in Thüringen nicht gebühren- sondern entgeltfinanziert ist. Die Benutzungsentgelte sind gemäß § 20 Abs. 2 ff. Thüringer Rettungsdienstgesetz so zu bemessen, dass sie auf Grundlage einer bedarfsgerechten und leistungsfähigen Organisation sowie einer wirtschaftlichen und sparsamen Betriebsführung (auch unter Berücksichtigung von Fehleinsätzen) die Kosten des Rettungsdienstes decken.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 1272-0.02 - Überprüfung Vertrag hinsichtlich der Fahrleistungen für die Kassenärztliche Vereinigung (Meldung 2015, 2016)
„Der Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist zum 30.09.2014 durch den Vertragspartner gekündigt worden."

Sachstand:

Der Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung ist zum 30.09.2014 durch den Vertragspartner gekündigt worden.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

M 2411-2.03 - Schülerbeförderung Erhöhung der Kostenbeteiligung ab Klassenstufe 11 (Meldung 2015, 2016)
„Erhöhung des Beteiligungssatzes durch Eltern mit dem Ziel der Kostenverringerung für die Stadt."

Sachstand:

Die Satzung zur Schülerbeförderung der Stadt Gera wurde am 21. Mai 2015 beschlossen (Drucksachen-Nr. 18/2015). Eine Erhöhung der (Kosten-)Beteiligung ab der Klassenstufe 11 wurde im Rahmen der Vordebatte zur Beschluss-Vorlage durch den Stadtrat/Ortsteilräte abgelehnt.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

M 2411-2.02 - Reduzierung Kosten der Schülerbeförderung zum Schwimmunterricht
„Durch den Wegfall von zwei Monaten Schwimmunterricht soll eine Reduktion der Fahrtkosten erreicht werden."

Sachstand:

Vor dem Hintergrund der Fachausschussdebatte sowie dem Bildungsauftrag für den Schulträger wurde die Umsetzung der Einzelmaßnahme nicht verfolgt.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2521-0.01 - Museumsstandort Ferbersches Haus (Meldung 2015, 2016)
„Aufgabe eines (städtisch geführten) Museumsstandortes. Erarbeitung und Entscheidung zu verschiedenen Varianten zur Zukunft des Ferberschen Hauses."

Sachstand:

Nach wie vor wird am Erhalt des Museums im Ferberschen Haus durch Verwaltung und Stadtrat festgehalten (siehe Entwicklungskonzept der Museen 2013 - 2020, Drucksachen-Nr. 192/2009 3. Ergänzung vom 20. Dezember 2012). Die Maßnahme bzw. in diesem Zusammenhang stehende Entscheidungen wurden bisher mit Blick auf die Baumaßnahmen sowie entsprechende Schließzeiten in der Orangerie und im Otto-Dix-Haus zurückgestellt.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

M 2531-0.01 - Erhöhung Eintrittspreise Tierpark
„Aller drei Jahre ist eine weitere Eintrittsgeldanpassung vorgesehen (bis zu 25 %)"

Sachstand:

Die Beschluss-Vorlage zur Erhöhung der Eintrittspreise wurde in den internen Vorlagenumlauf eingebracht. Eine weiterführende Einbringung in die Gremien des Stadtrates und seiner Ausschüsse erfolgte bis zum 31.12.2017 nicht. Eine Einbringung in den Stadtrat wird für das Jahr 2018 angestrebt.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2812-0.01 - Interessenbekundungsverfahren für externe Betreibung KuK (Meldung 2015, 2016)
„Vgl. Drs. 25/2014"

Sachstand:

Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses (Drucksachen-Nr. 25/2014) zur Weiterführung des Kultur- und Kongresszentrums als Veranstaltungshaus wird das KuK ab dem 01.01.2015 weiterhin durch die Stadt Gera betrieben.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

M 3651-0.01 - Die Leistungen der Stadt Gera an die freien Träger sind zu überprüfen. Ziel ist eine 10 %ige Zuschussreduzierung (Meldung 2015, 2016)
„... Die Verwaltung hat mit den freien Trägern mit dem Ziel zu verhandeln, die gegenwärtige Zuschussbelastung der Stadt Gera um rund 10 % vom Jahr 2015 an zu reduzieren. ..."

Sachstand:

Im Rahmen der Genehmigung der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wurde die Auflage erteilt, dass *"im Rahmen der nach § 18 Abs. 4 Satz 2 ThürKitaG abzuschließenden Trägervereinbarungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt darauf hinzuwirken ist, einen Kostendeckungsgrad aus Elternbeiträgen mindestens in Höhe des Landesdurchschnitts sicherzustellen"*. Mit der Genehmigung der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 – 2023 wurde die Auflage dahingehen konkretisiert, dass alle größtmöglichen Anstrengungen dahingehend zu unternehmen sind, damit der städtische Finanzzuschuss an die freien Träger der Kindereinrichtungen auf ein vertretbares Maß reduziert wird. Hierzu wird auf die Stellungnahme der Stadt Gera an das Thüringer Landeverwaltungsamt vom 03.01.2017 verwiesen.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes - mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung - einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 5732.2.01 - Durchführung Märkte durch Dritte (Meldung 2016)
„Kostensenkung im Rahmen Durchführung der Wochenmärkte durch einen Dritten ab 2017."

Sachstand:

Laut der Zeitschiene in der 3. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2023 sollte eine Entscheidung bis zum 30.06.2016 getroffen werden. Die Umsetzung war für den 31.12.2016 bzw. 01.01.2017 vorgesehen. Im Rahmen der Prüfung zur Umsetzung der Maßnahme wurde festgestellt, dass eine Durchführung durch Dritte nicht möglich und die Maßnahme nicht umsetzbar ist.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

M 6251-0.01 - Eigenkapitalverzinsung Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" (Meldung 2015, 2016)
„Die Stadt strebt eine angemessene Eigenkapitalverzinsung entsprechend der Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns (ThürEBV) an."

Sachstand:

Am 18.11.2013 wurde mit der Drucksache Nr. 078/2013 dem Zweckverband Wasser/Abwasser "Mittleres Elstertal" über die Verwendung des Jahresgewinns 2012 beraten und die darin vorgesehene anteilige Ausschüttung aus der Eigenkapitalverzinsung beschlossen.

Dieser Beschluss wurde mit dem Bescheid vom 27.01.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt als rechtswidrig bewertet. Hintergrund ist eine der ThürEBV zu entnehmende Verwendungsreihenfolge des Jahresgewinns, wonach mit dem Gewinn zunächst vorgetragene Vorjahresverluste zu tilgen sind, darüber hinaus Rücklagen für Investitionen gebildet werden können und erst nach ausreichender Rückstellung eine Abführung an Gemeindehaushalte oder ein Vortrag auf neue Rechnung in Betracht kommt. Der angefochtene Beschluss sieht nach der Tilgung des Vorjahresverlustes den Vortrag auf neue Rechnung vor, was, wie ausgeführt, entsprechend der ThürEBV Nachrang hat.

Bewertung:

Die Einzelmaßnahme ist grundsätzlich entbehrlich bzw. hat die bisherige Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme keinen wesentlichen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
Greiz	Stadt Zeulenroda-Triebes	***Marktwesen:*** Die Maßnahme wurde in der Stadtratssitzung am 15.07.2017 abgelehnt.
		Rufbus: Geplant war die Einstellung dieser Subvention zum 31.12.2017, die Einsparung sollte 6.500 € betragen. Alternativ sollten diese Leistungen von den Gaststättenbetreibern bzw. den Beherbergungsbetrieben übernommen werden. Ab 2018 wird jetzt ein Festzuschuss in Höhe von 7.000 € gezahlt.
		Parkgebühren: Der geplante Wegfall des Gratistickets (30 Minuten) und die Verlängerung der Parkzeiten wurden nicht umgesetzt.
		Standesamt: Die Änderung der Verwaltungskostenordnung und damit der Gebührensätze ist bislang noch nicht erfolgt. Die Anzahl der Traumöglichkeiten wurde nicht reduziert.
		Straßenreinigungssatzung: Die Satzung wurde bislang nicht geändert. Durch die Kündigung von Verträgen wurde eine Kostenersparnis realisiert. Die Leistungen übernimmt der Bauhof der Stadt Zeulenroda-Triebes ab 01.05.2018.
		Teileinziehung von Ortsverbindungsstraßen: Der Stadtrat hat in der Sitzung am 21.06.2017 die Teileinziehung mit Beschluss BVZTö-057-2017 abgelehnt.
		Museum/ Archiv: Die geplante Entgeltordnung konnte aus personellen Problemen bislang noch nicht überarbeitet werden.
		Schullandheim: Die geplante Entgeltordnung konnte aus personellen Problemen bislang noch nicht überarbeitet werden.

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
Greiz	Stadt Zeulenroda-Triebes	***Kita – Elternbeiträge/ Speisenversorgung:*** Die geplante Neukalkulation der Elternbeiträge konnte aufgrund von personellen Problemen erst am 31.01.2018 im Stadtrat behandelt werden, Inkrafttreten zum 01.03.2018. Die neue Entgeltordnung für die Verpflegung in den Kita's trat zum 01.02.2018 inkraft.
		Sportstätten: Die geplante Gebührensatzung konnte aus personellen Problemen bislang noch nicht überarbeitet werden.
		Personal- und Organisationsstruktur: Die Stadt ZR-TR hat in der Vergangenheit immer darauf geachtet das vorhandene Personal möglichst effektiv einzusetzen, nicht erst seit der Haushaltskonsolidierung. Die beauftragte Überprüfung und Neuausrichtung der Personalstruktur durch den KAV konnte bislang noch nicht abgeschlossen werden.
		Eigenbetrieb Bauhof: Die Neuausrichtung des Bauhofs hinsichtlich wirtschaftlicher Gesichtspunkte, insbesondere die Einführung von Controllinginstrumenten, wurde mehrfach besprochen und durch den Bürgermeister angeordnet. Leider sind hierbei noch keine Erfolge zu verzeichnen, u.a. wird hier seitens des Bauhofs eine mangelnde Personalausstattung angeführt.
		Schulträgerschaft: In einer Kostenvergleichsrechnung im September 2017 wurden die Kosten der beiden Alternativen gegenübergestellt. Grundlegendes Entscheidungskriterium waren die Kosten für unterlassenen Instandhaltungsaufwand, behindertengerechter Umbau und Brandschutzkonzepte – diese Kosten sollen durch die neu aufgelegten investiven Förderprogramme des Landes zu 100 % gefördert werden. Aus diesem Grund sind die laufenden Kosten der Verwaltung weitaus niedriger, als die mögliche Zahlung einer Schulumlage. Der Fachdienst III wurde beauftragt zu überprüfen, ob die Aussage der Fördermöglichkeiten noch zutreffend ist, andernfalls ist die Vorteilhaftigkeit neu zu prüfen.

Die o.g. Ausführungen beziehen sich auf das am 15.02.2017 beschlossene Haushaltssicherungskonzept. Der Umsetzungsstand der Maßnahmen aus der am 31.01.2018 beschlossenen 1. Fortschreibung des HSK ist an dieser Stelle nicht thematisiert. Zu diesem Sachverhalt wird es eine gesonderte Stellungnahme an die Kommunalaufsicht geben.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)		
Greiz	Berga	Plan	Ist	
	Verwaltungskosten Kredite Kostenreduzierung durch Sondertilgung	500 €	100 €	Sondertilgung konnte erst im November 2017 vorgenommen werden (Zusammenhang mit Eingang Erlöse aus Verkauf Vermögen)
	Mietausgaben Technik Kostenreduzierung für Druck-/Kopiertechnik	1.000 €	800 €	Betrag wegen Nachzahlungen Überschreitungen Anzahl Kopien geringer ausgefallen
	Trägerwechsel Bibliothek Reduzierung Kosten im Zusammenhang mit Verkauf "Puschkinstr. 6" (Standort)	14.400 €	3.000 €	Trägerwechsel per 10/2017, ungeplante Ausgaben z. B. Ausbezahlung Überstunden bisheriges Personal und Kosten für neuen Träger (kein Träger mit 100 % Kostenübernahme)
	Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Wernsdorf Lange Str. 11	1.300 €	0 €	keine erfolgreiche Veräußerung Objekt
	Bewirtschaftungskosten Energie - nach Umrüstung auf LED	22.600 €	6.000 €	allgemeine Kostensteigerung, 2 Anlagen zur Frequenzabsenkung außer Betrieb (defekt)
	Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Puschkinstr. 6	4.700 €	1.700 €	nur anteilig durch bereits erfolgten Leerzug von Bibliothek, Archiv etc., Veräußerung mit restlicher Kostenentlastung erst 2018
	Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Wolfersdorf Hauptstr. 19	2.500 €	0 €	keine erfolgreiche Veräußerung Objekt
	Steuern Erhöhung Hebesätze	90.700 €	23.500 €	geringere Einnahmen Gewerbesteuer
	Verkauf Wernsdorf Lange Str. 11	15.000 €	0 €	keine erfolgreiche Veräußerung Objekt

Greiz	Brahmenau			entfällt
Greiz	Caaschwitz			entfällt
Greiz	Greiz			**Lfd. Nr. 3 – Verlagerung Bürgerbüro** (1) Räumliche Konzentration von Einrichtungen bzw. Ämtern der Stadtverwaltung am zentralen Standort (2) Vermietung freigelenkter Gebäude bzw. –teile **Lfd. Nr. 4 Überarbeitung Verwaltungskostensatzung** Prüfung der Möglichkeit, die aktuelle Verwaltungsgebührensatzung in der Weise zu ändern, den Regelkreis des übertragenen Wirkungskreises für anwendbar zu erklären. Somit würden gesetzliche Änderungen automatisch durchgreifen. Gebührendifferenzen wären beseitigt. Die Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung wird derzeit vorgenommen. **Lfd. Nr. 9 – Umlage erfüllende Gemeinde** Neuverhandlung mit der beauftragenden Gemeinde zur Umlagenhöhe. Mit der zweiten Fortschreibung des HSK erfolgte eine inhaltliche Veränderung der Maßnahme: der festzusetzende Aufwendungsersatz wird jährlich auf der Grundlage der Tarifsteigerungen des Vorjahres (wie bisher) vereinbart. **Lfd. Nr. 3 – Rathaus und Nebengebäude** Senkung der Betriebskosten durch die planmäßige Sanierungsmaßnahme Rathaus ab 2017
Greiz	Linda			entfällt
Greiz	Münchenbernsdorf			entfällt
Greiz	Reichstädt			entfällt
Greiz	Weida			Reduzierung der Kosten für Reinigung - Eingespart werden sollten 1.500 € pro Jahr, was auf Einsparungen bei den Reinigungsmitteln, dem sanitären Verbrauchsmaterial sowie den Reinigungsleistungen abzielte. Der Ansatz hätte an dieser Stelle auf insgesamt 8,0 T€ reduziert werden müssen. Bereits mit dem Haushalt 2017 belief sich der Ansatz auf 11,3 T€ und lag damit weit über dem Konsolidierungsziel. Erreicht wurde ein Rechnungsergebnis von 11.019,00 €, welches zwar unter dem Haushaltsansatz, jedoch weit entfernt vom Konsolidierungsziel liegt. Es ist mittelfristig nicht absehbar, dass das gesteckte Ziel, bei den Reinigungsmitteln und -leistungen einen derart hohen Betrag einzusparen, erreicht werden kann. Reduzierung der Ausgaben für Bürobedarf - Der Ansatz für Büromaterial sollte von ursprünglich rund 10,0 T€ auf 8,0 T€ reduziert werden. Im Haushaltsplan 2017 wurde diesbezüglich der Ansatz auf 8,5 T€ gesenkt. Das Rechnungsergebnis belief sich an dieser Stelle (31.12.2017) auf 8.482,35 € und liegt damit noch weit entfernt vom Konsolidierungsziel. Die gesamten Ämter wurden nochmals darauf hingewiesen, sparsam mit dem Büromaterial umzugehen und nur bei absoluter Notwendigkeit Kopien und Ausdrucke zu fertigen. Inwiefern das Konsolidierungsziel erreicht werden kann, ist fraglich. Reduzierung der Ausgaben für Bücherei/Weida-Info - Die Ausgaben konnten noch nicht in dem Maße reduziert werden, wie im Sicherungskonzept geplant. Geplant waren an dieser Stelle, die Ausgaben ab dem Jahr 2016 um 40,0 T€ zu senken. Das Ziel ist nicht

		nur in Frage zu stellen, sondern wird gänzlich kurzfristig nicht mehr umgesetzt werden können. Die Kündigung der festangestellten Mirarbeiterin wird nicht durchgesetzt werden können. Die Mitarbeiterin hat derzeit noch einen geplanten Zeitraum von 2 bis 3 Arbeitsjahren bis zum Renteneintritt. Nach Renteneintritt wird eine Neubesetzung der Stelle nicht mehr erfolgen, sondern die Arbeit nur noch Ehrenamtlichen bzw. geringfügig Beschäftigten übertragen. Mit dieser Maßnahme einher wird die Reduzierung der Öffnungszeiten gehen. Lohgerberei - Geplant war, den Zuschuss für die Lohgerberei auf insgesamt 4.000,00 € zu begrenzen. Mit Abschluss des Haushaltes für 2017 belief sich der Zuschuss jedoch auf 7.875,51 € und liegt damit beinahe doppelt so hoch, wie ursprünglich im Sicherungskonzept geplant. Der Zuschuss kann vermutlich nur dann reduziert werden, wenn das Objekt durch Private oder Dritte übernommen und betrieben wird. Sommerbad - Der Eigenanteil der Stadt Weida belief sich zum 31.12.2017 auf 95.890,13 €. Grund für den hohen Zuschuss war der sehr durchwachsene Sommer 2017, der unter anderem die Besucherzahlen einbrechen ließ. Hinsichtlich des möglichen Wetters können Prognosen nie abgegeben werden, so dass eine Planung diesbezüglich nicht sinnvoll ist. Reduzierungen im Bad können auch nicht mehr vorgenommen werden, da kein großes Einsparpotenzial vorhanden ist. Hinsichtlich der Technik wurde bereits energiesparende Technik verbaut. Märkte - Geplant war, die Ausgaben (Zuschuss) für die stattfindenen Märkte (Kuchenmarkt, Weihnachtsmarkt) um 1,2 T€ pro Jahr zu reduzieren. Das Ziel wird vermutlich nicht erreicht werden können, da bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 sowie mit dem Haushalt für 2018 die Ansätze derart erhöht wurden, dass sich das Defizit weiter erhöht hat. Mit Ablauf des Haushaltsjahres belief sich hier jedoch der Zuschuss auf insgesamt 7.404,20 €. Es ist an dieser Stelle auch nicht absehbar, dass der Zuschuss reell auf 6,8 T€ oder weniger gehalten werden kann. Vielmehr muss dieser im Haushaltsplan höher angesetzt werden oder bspw. über ein erstmaliges Erheben von Einnahmen für die Märkte nachgedacht werden, was jedoch vermutlich nur schwer durchzusetzen ist. Reduzierung Kosten Bürgerhaus - Im Haushaltssicherungskonzept war festgelegt, die Kosten ab dem Jahr 2016 um 13,0 T€ im Vergleich zum Jahr 2014 zu senken. Mit Vollzug des Haushaltes 2017 belief sich der bereinigte Zuschuss auf 18.199,33 €, was somit einen Einsparung von nur noch rund 7,1 T€ bedeutet. Weitere Reduzierungen werden vermutlich nicht möglich, sofern nicht die Qualität darunter leiden soll. Gemeindesaal Steinsdorf - Für den Saal in Steinsdorf war angestrebt, die Ausgaben, speziell die Bewirtschaftungskosten um 9,0 T€ zu reduzieren und damit das Objekt zu verkaufen. Diese Vorgabe wurde nicht erreicht. Im Jahr 2017 fielen Ausgaben von 4.108,68 € an, die für die Bewirtschaftung des Objektes notwendig sind. Das Objekt wird zudem offensiv zum Verkauf angeboten. Mögliche Interessenten nehmen jedoch nach Inaugenscheinnahme und dem hohen Kaufpreis stets Abstand von einem Kauf. Es ist geplant, ein nochmaliges Gutachten erstellen zu lassen, welches den derzeitigen baulichen Zustand und auch die Lage des Objektes reeller betrachtet, um damit gleichzeitig einen brauchbaren Verkaufspreis zu erhalten. Gemeindehaus Schüptitz - Geplant war, die Kosten ab dem Jahr 2016 um rund 800 € jährlich zu senken. Diese Konsolidierungsmaßnahme greift nicht, da das Objekt zum einen kaum genutzt wird und somit nur spärlich Einnahmen in den Haushalt der Stadt fließen und zum anderen die Bewirtschaftungskosten nicht reduziert werden können, ohne dass größere Investitionen getätigt werden müssen, was jedoch für das Objekt an sich unverhältnismäßig sein würde. Der geplante Verkauf konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt auch noch nicht durchgeführt werden, da schlicht und ergreifend keine Interessenten für das Objekt vorhanden sind. Auch ein Abgeben an einen Verein ist nicht durchzuführen, da kein Verein beabsichtigt, das Objekt zu übernehmen. Verkauf Objekt Neustädter Straße - Durch den Verkauf des von der Stadt Weida betriebenen Sozialobjektes in der Neustädter Straße sollten sich die Kosten um 17,6 T€ pro Jahr ab 2016 reduzieren. Eine Veräußerung des Objektes ist jedoch nicht mehr vorgesehen, auch auf Grund der Flüchtlingsproblematik, da das Objekt ein großer Anlaufpunkt für Flüchtlinge geworden ist. Mit der energetischen Sanierung in Form neuer Fenster sind voraussichtlich entsprechende Ausgabeneinsparungen bei den Bewirtschaftungskosten zu erzielen. Das Konsolidierungsziel muss an dieser Stelle neu überdacht werden.
Greiz	Zeulenroda-Triebes	Es erfolgte keine Meldung! Sobald die Meldung erfolgt, werden die Daten nachgereicht.
Greiz	Auma-Weidatal	entfällt

Greiz	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	**Konsolidierungsmaßnahme Nr. 8** aus Anlage XIX der Fortschreibung des gemeindlichen HSK (Gemeinderatsbeschluss-Nr. 25-03/2017 vom 27.04.2017 i.V.m. Gemeinderatsbeschluss-Nr. 99-07/2017 vom 05.12.2017) **Maßnahmebeschreibung**: Überarbeitung der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe in den Ortschaften Mohlsdorf und Teichwolframsdorf **Frist, ab wann die Maßnahme haushaltswirksam werden sollte:** 31.12.2017 **Gründe, warum die Maßnahme nicht fristgemäß umgesetzt wurde:** Längere krankheitsbedingte Abwesenheit von Beschäftigten in der Verwaltung und damit notwendige Absicherung der Aufgabenbereiche (Soziales und Bauamt, teilweise Ordnungsamt) durch andere Verwaltungsmitarbeiter. Die umfangreiche, gründliche Ermittlung der Kalkulationsgrundlagen für eine rechtssichere Gebührenerhebung und zur Vermeidung von Satzungs- und Rechtsfehlern bei der Gebührenkalkulation konnte bedingt durch die fehlende Verfügbarkeit von Verwaltungsmitarbeitern nicht gewährleistet werden. Die Option der Vergabe der Kalkulation der Gebührenerhebung an einen Dritten wurde erwogen. Jedoch aufgrund der finanziellen Höhe des geforderten Honorars und der Tatsache, dass ebenso Zuarbeiten / Grundlagenermittlungen an den Dritten durch die Verwaltung erbracht werden müssen, wurde davon Abstand genommen.

Landratsamt Gotha

Kommunalaufsicht

Landratsamt Gotha . Postfach 10 01 47 . 99851 Gotha

per Fax und E-Mail
Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Jorge-Semrúm-Platz 4
99423 Weimar

Telefon
03621 214-445
Telefax
03621 214-405

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, unsere Nachricht vom	Name	Datum
240.3-1474-007/18-TH	KA/Fra	Frau Frank	31.05.2018

31.5.18
→ Hrn Roth z.K.

Berichtspflich der unteren Rechtsaufsichtsbehörden über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017

Sehr geehrte Frau Dr. Bunzol,

ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 03.05.2018 und übersende Ihnen die ausgefüllten Tabellen.

In der Tabelle 1 wurde angegeben, dass die Gemeinde Bad Tabarz die Maßnahme „Neukalkulation der Friedhofsgebühren" nicht umgesetzt hat und seitens der Rechtsaufsichtsbehörde im Landratsamt Gotha keine Maßnahmen nach §§ 120, 121 und 122 ThürKO ergriffen wurden.
Im Bericht zum 30.04.2018 führte die Gemeinde diesbezüglich aus, dass zunächst die Entwicklung der geplanten Gebietsreform abgewartet werden sollte, da im Falle eines Zusammenschlusses eine Neukalkulation der Friedhofgebühren erforderlich geworden wäre. Die Gemeinde Bad Tabarz stand in intensiven Verhandlungen mit der Stadt Waltershausen. Nachdem ein zeitnaher Zusammenschluss mit der Stadt Waltershausen nicht zu erwarten ist wird derzeit durch die Gemeinde Bad Tabarz geprüft, in wie weit eine Bewirtschaftung der Friedhöfe durch die Stadtbetriebe Waltershausen erfolgen kann. Bei einer Übernahme der Bewirtschaftung sollen die Friedhofgebühren neu kalkuliert werden. Mit einer Entscheidung sei im Jahr 2018 zu rechnen.
Im Hinblick dessen waren bisher keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Neder
Amtsleiter

Anlagen
Tabelle 1
Tabelle 2

Landratsamt Gotha
18.-März-Straße 50 . 99867 Gotha
Telefon: (03621) 214-0
Telefax: (03621) 214-283
E-Mail: Poststelle@kreis-gth.de
Internet: www.kreis-gth.de

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Gotha IBAN DE40 8205 2020 0750 1000 01 BIC HELADEF1GTH
Commerzbank Erfurt IBAN DE91 8204 0000 0359 9644 00 BIC COBADEFF820
Raiffeisenbank Gotha e. G. IBAN DE24 8206 4168 0000 0121 30 BIC GENODEF1GTH

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GTH	Bad Tabarz	Eine Neukalkulation der Friedhofsgebühren sollte durchgeführt werden und ab den Jahr 2017 kassenwirksam werden	-	-	-
GTH	Ballstädt	-	-	-	-
GTH	Bufleben	-	-	-	-
GTH	Haina	-	-	-	-
GTH	Warza	-	-	-	-
GTH	Westhausen	-	-	-	-
GTH	Wölfis	-	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
HBN	Masserberg	Verkauf leerstehender Immobilien	keine	keine	keine
HBN	Auengrund	alle Maßnahmen wurden umgesetzt	----------	----------	----------
HBN	Schweickershausen	Erhöhung der Friedhofsgebühren ab 2017 Die Sterbefälle beeinflussen die Einnahmen an Friedhofsgebühren und sind deshalb sehr schwankend.	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Arnstadt	Punkt Nr. 2 Erhöhung der Verwaltungsgebühren - Die Satzung trat erst im 4. Quartal in Kraft (Statt 27.000 € nur 19.700 €) Punkt Nr. 5 Privatisierung Tierheim - befindet sich in der Umsetzung, Zuschussbedarf wurde gesenkt Punkt Nr. 13 Erhebung von Straßenausbaubeiträgen - es wurden Straßenausbaubeiträge erhoben, aber nur ein Teil realisiert Punkt Nr. 14 Anhebung Gebühren Bestattungswesen -eine Gebührenkalkulation wird erarbeitet Punkt Nr. 22 Eingliederung Sportstätten und Forstbetrieb in Baubetriebshof - Investitionsaufwand bei der Zusammmenlegung wäre sehr hoch und würde dem Konsolidierungspotential negativ gegenüberstehen, Aufgabenunterschiede lassen die Maßnahme als fraglich erscheinen Punkt Nr. 23 Überwachung fließender Verkehr Umsetzung der Maßnahmen auf Grund mangelnder Anbieter noch nicht erfolgt	-	-	-
IK	Neustadt	Nutzungskonzept für das Gemeindezentrum -in Bearbeitung	-	-	-
IK	Wildenspring	keine	-	-	-

IK					
IK	Wipfratal	Keine	-	-	-
IK	Gehlberg	Einbau eines Drehkreuzes -erfolgte verspätet im April 2018	-	-	-
IK	Geschwenda	Erzielung von Grundstücksverkaufserlösen			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF	Abtsbessingen	Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK, dass ab dem 01.01.2015 auf das Sitzungsgeld bis auf Widerruf in Höhe von 30 € pro Sitzung verzichtet wird. Dieses soll als Spende dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2017 Die Maßnahme wurde bisher nicht erfüllt - offene Gelder in Höhe von rund 2200 €.	-	-	-
		Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung, zur Sicherung des HSK, dass der Bürgermeister von seiner Entschädigung bis auf Widerruf 250 € spendet. Diese Spende wird dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2017 Keine Zahlung in 2017!	-	-	-
		Maßnahme - Optimierung des Personals Kürzung der Arbeitszeit der Köchin und Putzfrau (1 Arbeitskraft) von 6 auf 5 Std. Umsetzung zum 31.12.2017 Aufgrund der hohen Kinderzahlen gibt es keine Kürzung der Arbeitskraft.	-	-	-

		Maßnahme - Umlage anfallender Betriebskosten für Bürgertreff und Gaststätte Die Maßnahme wurde nicht umgesetzt, die Gemeinde bezahlt die anfallenden Betriebskosten.	-	-	-
		Maßnahme – Kommunale Zusammenarbeit im Bereich Brandschutz Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung, zur Sicherung des Haushaltssicherungskonzeptes, dass der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen im Bereich kommunaler Gemeinschaftsarbeit m Brandschutz durchzuführen. Umsetzung zum 31.12.2017 Der Beschluss wurde bis zum heutigen Zeitpunkt nicht umgesetzt!	-	-	-
		Maßnahme- Senkung der Ausgaben für Jugendclub Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbesingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des Haushaltssicherungskonzeptes folgendes: Es sollen Öffnungszeiten des Jugendclubs festgelegt werden, bei einer Nichtnutzung des Jugendclubs wird darauf geachtet, dass sämtliche Geräte ausgestellt werden, so können die Energiekosten reduziert werden. Umsetzung zum 31.12.2017 Die Umsetzung der Maßnahme war im HHJ 2017 nicht von Erfolg gekrönt. Als Ansatz waren 1.400 € im Haushalt eingestellt – zum 31.12.2017 standen rund 3.030 € entgegen.	-	-	-
KYF	Borxleben	Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer A auf 313% Anhebung des Hebesatzes Grundsteuer B auf 422% Anhebung des Steuersatzes Hundesteuer für 1. voll und ermäßigt	-	-	-
KYF	Bretleben	6300.5100 Reduzierung der Ausgaben für Straßenunterhaltung von 10.000 € auf 5.000 €	-	-	-

		Das Konsolidierungsziel konnte im Haushaltsjahr 2017 nicht erreicht werden da verschiedene Reparaturen durchgeführt werden			
		6300.5200 Reduzierung der Kosten für Geräte u. Ausstattung von 1.500 € auf 1.000 €. Das Konsolidierungsziel konnte im Haushaltsjahr 2017 nicht erreicht werden da die notwendige Reparatur der Motorsäge nicht eingehalten werden. Es fielen Ausgaben in Höhe von 2.107,94 € an	-	-	-
		6300.6540 Reduzierung der Ausgaben für Dienstreisen Bauhofmitarbeiter von 150 € auf 50 €. Die Maßnahme konnte nicht Umgesetzt werden da der Gemeindearbeiter zu verschiedenen Lehrgängen musste. Da keine Dienst-KFZ zur Verfügung stand wurden die Reisekosten abgerechnet. Es fielen Ausgaben in Höhe von 182,58 € an.	-	-	-
		9000.0220 Erhöhung der Hundesteuer. Die Hundesteuersatzung wurde 2015 geändert. Die Erhöhung der Hundesteuer brachte jedoch nicht ganz die erwarteten Mehreinnahmen. Sie korrespondiert stets auch mit der Anzahl der angemeldeten steuerpflichtigen Hunde.	-	-	-
KYF	Donndorf	<u>Maßnahmen 00</u> Weitere Gespräche zur interkommunalen Zusammenarbeit sind bis zum Zusammenschluss der Gemeinde Donndorf mit anderen Gemeinden geplant, allerdings sind Abschluss und Umsetzung einer Zweckvereinbarung aufwendig, so dass dies vor dem Hintergrund der geplanten Gebietsreform abgewogen werden muss. Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich Brandschutz wurde von der Erfüllenden Gemeinde Stadt Wiehe zurückgestellt. Ursache hierfür war die Prüfung einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit	-	-	-

		für den Bereich ruhender Verkehr. Da diese zu höheren Kosten führen würde, wurde sie nicht abgeschlossen. Gleiches wurde für den Brandschutz erwartet. Die Zweckvereinbarung war somit für die Haushaltskonsolidierung nicht zielführend. Hinweis: Von der erfüllenden Gemeinde Stadt Wiehe wurden in 2016 Zweckvereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Bereiche Standesamt und Einwohnermeldeamt abgeschlossen.			
		<u>Maßnahmen 34</u> Für das Heimathaus war geplant eine Pacht- bzw. Mieteinnahme zu erzielen. Der Heimatverein zahlte der Gemeinde eine Pacht bzw. Miete für die Nutzung des gemeindeeigenen Objektes "Heimathaus" bis April 2016. Der Heimatverein hatte den Vertrag mit der Gemeinde gekündigt, da die Auflösung des Vereins bevorstand. Trotz mehrfacher Bemühungen kam eine erneute Verpachtung des Heimathauses nicht zu Stande.	-	-	-
		<u>Maßnahme 75</u> Die Friedhofsgebühren sollten neu kalkuliert und bei ungenügendem Kostendeckungsgrad erhöht werden. Gegenwärtig verfügt der Friedhof über eine Sonderrücklage. Allerdings wurden in der Kalkulation insbesondere Abschreibungen für die Trauerhalle nicht berücksichtigt. Da das Verwaltungspersonal durch das ersatzlose Ausscheiden von Mitarbeitern überlastet und für die Aufgabe nicht ausreichend weitergebildet ist, war geplant die Kalkulation an einen externen Dienstleister zu vergeben. Bei den aktuellen Gesprächen zur Gebietsreform ergaben sich nun neue Aspekte. Da nach unserem Kenntnisstand nicht nur die Gemeinde Donndorf, sondern auch die Stadt Wiehe und andere Gemeinden der geplanten zukünftigen Gemeinde ihre	-	-	-

		Friedhofsgebührensatzung zu überarbeiten haben, soll die Friedhofsgebühren-satzung in der neuen Gemeinde kalkuliert werden. Es wurde darauf verwiesen, dass eine einheitliche Satzungsgrundlage eine Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist.			
		Maßnahme 00 Die Realsteuern wurden den Vorgaben der VV-Bedarfszuweisung vom 22.06.2015 entsprechend erhöht. Bei der Grundsteuer A wurden im HSK 2.550 € Mehreinnahmen geplant und 1.967,58 € erreicht. Bei der Grundsteuer B wurden im HSK 7.240 € Mehreinnahmen geplant und 4.726,16 € erreicht. Die Ursache liegt insbesondere in der schwankenden Zahlungsmoral.	-	-	-
KYF	Ebeleben	Änderung und Neukalkulation der Friedhofsgebührensatzung - Satzungsprüfung	-	-	-
		Überarbeitung und Anpassung der Hundesteuersatzung - Satzungsprüfung	-	-	-
		Überarbeitung und Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung - Satzungsprüfung	-	-	-
KYF	Etzleben	0200.6520 Reduzierung der Ausgaben für Post- und Fernmeldegebühren von 450 € auf 100 €. Überschreitung von 19,86 € Die Haushaltskonsolidierung der Gemeinde ist im Ergebnis besser als geplant. Obwohl bei den o. g. Aufgaben das Ziel knapp verfehlt wurde ist das Ergebnis besser als geplant.	-	-	-
		4310.5900 Reduzierung des Zuschusses für Seniorenweihnachtsfeier von 200 € auf 100 €. Überschreitung von 28,12 € Die Haushaltskonsolidierung der Gemeinde ist im Ergebnis besser als geplant. Obwohl bei den o. g. Aufgaben das Ziel knapp verfehlt wurde ist das Ergebnis besser als geplant.	-	-	-

		6300.5120 Reduzierung der Ausgaben für Winterdienst von 2.000 € auf 1.500 € Überschreitung von 14,22 € Die Haushaltskonsolidierung der Gemeinde ist im Ergebnis besser als geplant. Obwohl bei den o. g. Aufgaben das Ziel knapp verfehlt wurde ist das Ergebnis besser als geplant.	-	-	-
KYF	Gorsleben	000.6310 der Gemeinderat beschließt die Reduzierung der Ausgaben für Repräsentationen von 100 € auf 50 €. Diese Maßnahme konnte durch mehrere Jubiläen in der Gemeinde nicht erreicht werden. Das Rechnungsergebnis ergab 121,09 €	-	-	-
		1100.1100 Erhöhung der Benutzungsgebühren auf 500 € Die Erhöhung der Benutzungsgebühren erbrachte nicht die gewünschten Mehreinnahmen	-	-	-
		5600.1504 Erhöhung der Einnahmen von 100 € auf 1.500 € Die Nutzung der Turnhalle durch die Vereine ist rückläufig, deshalb konnten die erwarteten Einnahmen nicht erreicht werden.	-	-	-
		6900.5100 der Gemeinderat beschließt die Gewässerpflege auf die Vereine zu übertragen. So dass eine Einsparung von 1.000 € erzielt werden kann.	-	-	-
		9000.0000 ,0010 und 0030 Die Erhöhung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer erbrachten nicht die erhofften mehr Einnahmen.	-	-	-
KYF	Hauteroda	6300.5410 Reduzierung der Energiekosten von 200 € auf 150 €. Durch eine Stromnachzahlung wurde das Konsolidierungsziel mit 96,65 € überschritten so das Ausgaben in Höhe von 296,65 € anfielen.	-	-	-

		7500.1100 die Friedhofgebührensatzung der Gemeinde wurde 2014 überarbeitet und beschlossen, allerdings konnten die geplanten Mehreinnahmen von 3.000 € auf 4.000 € nicht erreicht werden. Die Einnahmen sind immer abhängig von den Todesfällen. Es konnten Einnahmen in Höhe von 3.956,11 € erreicht werden.	-	-	-
		8800.5410 Kostenreduzierung durch sparsame Haushaltsführung für Energie von 1.600 € auf 1.500 € für Heizkosten von 6.500 € auf 6.000 € Kulturhaus Durch eine Stromnachzahlung wurde das Konsolidierungsziel mit 65,72 € überschritten so das Ausgaben in Höhe von 1.565,72 € anfielen.	-	-	-
		9000.0000 und 0010 Die Erhöhung der Grundsteuer A und B erbrachten nicht die erhofften mehr Einnahmen.	-	-	-
		9000.0220 Die Erhöhung der Hundesteuer brachte jedoch nicht ganz die erwarteten Mehreinnahmen. Sie korrespondiert stets auch mit der Anzahl der angemeldeten steuerpflichtigen Hunde.	-	-	-
KYF	Hemleben	1100.1100 Erhöhung der Benutzungsgebühren für Sondernutzungen von 200 € auf 250 € Die Erhöhung der Benutzungsgebühren erbrachte nicht die gewünschten Mehreinnahmen	-	-	-
		6300.5120 Reduzierung der Kosten für Winterdienst von 4.500 € auf 4.300 €. Die Kosten für den Winterdienst konnten auf Grund der unerwarteten Witterungsbedingungen nicht eingehalten werden. Es vielen Ausgaben in Höhe von 5.864,32 € dies sind Mehrausgaben von 1.564,32 €.	-	-	-
		7600.5410 Einsparung der Energiekosten durch sparsame Haushaltsführung von 1.700 € auf 1.400 € Durch eine Nachzahlung der Stromkostenabrechnung konnte das Ziel nicht erreicht werden, es fielen Ausgaben in Höhe von 2.635,38 € an. Somit waren es Mehrausgaben von 1.235,38 €.	-	-	-

KYF	Reinsdorf	Maßnahme 88 Verkauf eines (Teil-)Grundstückes, Hauptstraße 98 (geplanter Erlös 50.000 €); dadurch Reduzierung Unterhaltungskosten (geplant 6.000 €)	-	-	-
KYF	Ringleben	Verkauf von zwei gemeindeeigenen Grundstücken, die nicht (mehr) zur Aufgabenerfüllung benötigt werden (Potenzial 2017: 35.000 €)	-	-	-
KYF	Roßleben	11 Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stad Wiehe und der Gemeinde Donndorf, vorerst nur im Bereich öffentliche Ordnung u. Sicherheit (ruhender Verkehr, Brandschutz, Baumschutz). Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen im Bereich Einwohnermeldeamt, Bauamt und Bauhof. Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich Brandschutz wurde zurückgestellt. Ursache hierfür war die Prüfung einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich ruhender Verkehr. Da diese zu höheren Kosten führen würde, wurde sie nicht ab-geschlossen. Gleiches wurde für den Brandschutz erwartet. Die Zweckvereinbarung war somit für die Haushaltskonsolidierung nicht zielführend. Zwischen der Stadt Roßleben und der Stadt Wiehe wurden 2016 Zweckvereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Bereiche Standesamt und Einwohnermeldeamt abgeschlossen			
		560 Die Sportvereine müssen sich ab 2016 an den Ausgaben beteiligen: neue Kostenstelle "Einnahme Sportvereine" mit 500 € / Jahr angesetzt - Umlage der Steuern und Versicherungen auf Vereine	-	-	-
KYF	Sondershausen	Seitens der Stadt Sonderhausen wurde um Fristverlängerung gebeten.			

KYF	Wiehe	Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stad Roßleben und der Gemeinde Donndorf, im Bereich öffentliche Ordnung u. Sicherheit (ruhender Verkehr, Brandschutz, Baumschutz). Weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen im Bereich Einwohnermeldeamt, Bauamt und Bauhof. Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich Brandschutz wurde zurückgestellt. Ursache hierfür war die Prüfung einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich ruhender Verkehr. Da diese zu höheren Kosten führen würde, wurde sie nicht ab-geschlossen. Gleiches wurde für den Brandschutz erwartet. Die Zweckvereinbarung war somit für die Haushaltskonsolidierung nicht zielführend. Zwischen der Stadt Roßleben und der Stadt Wiehe wurden 2016 Zweckvereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Bereiche Standesamt und Einwohnermeldeamt abgeschlossen			
		Das Freizeitzentrum Langenroda wurde geschlossen. Das Schließen sollte 2.510 € in 2017 einsparen, sparte aber tatsächlich nur 1.949,90 €. Das Ziel wurde insbesondere deshalb nicht erreicht, da in 2017 436,30 € für die Reparatur der Sanitäranalgen ausgegeben wurden. Die Ausgabe war erforderlich, da das Objekt auch als Wahllokal genutzt wird	-	-	-
		Zusammenlegung einer Leiterstelle von Hauptamt und Kämmerei. Die Einsparung (58.100 €) wurde 2015 ermittelt. Das Ziel wurde nicht erreicht, da aus tarifrechtlichen Gründe Höhergruppierungen von 2 Leiterstellen von der EG 9 in die EG 10 erfolgten und tarifliche Gehaltssteigerungen zusätzlich zu berücksichtigen waren. Tatsächliche Einsparung 44.696,28 €.	-	-	-

		Es war geplant die Abwasserbeseitigung künftig in Kooperation mit einem Abwasserbeseitigungsbetrieb zu lösen (Betriebsführungsmodell oder Beitritt). Nach den ersten Verhandlungen war für das Jahr 2017 höchstens Betriebsführung im technischen Bereich angedacht und eine Betriebsführung für den kaufmännischen Bereich aus Kosten- und Effizienzgründen abzulehnen. Ein Vertrag zur technischen Betriebsführung durch den KAT Artern wurde erarbeitet. Er wurde nicht abgeschlossen, da dieser für die Stadt nennenswerte zusätzliche Kosten verursachen würde.	-	-	-
		Die Kostendeckung des Friedhofs Wiehe sollte zuerst durch effizientere Arbeitsweise verbessert werden. Wäre das nicht zielführend, waren für 2017 Gebührenerhöhungen vorgesehen. (Es ist jedoch zu beachten, dass eine Gebührenerhöhung nicht zwingend den Kostendeckungsgrad erhöht. Die Friedhofsgebühren wurden 2013 deutlich erhöht, was zu geringeren Einnahmen führte, da viele Nutzer zum attraktiveren kirchlichen Friedhof mit etwa den selben Gebühren wechselten.) Bei den aktuellen Gesprächen zur Gebietsreform ergeben sich neue Aspekte. Es wurde darauf verwiesen, dass eine einheitliche Satzungsgrundlage Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist. Da nicht nur die Stadt Wiehe, sondern auch andere Gemeinden der geplanten zukünftigen Gemeinde ihre Friedhofsgebühren-satzung zu überarbeiten haben, ist aktuell in der Diskussion eine neue Friedhofsgebührensatzung in der neuen Gemeinde zu beschließen	-	-	-
		Die Wasserversorgung wird künftig in Kooperation mit einem Wasserversorgungsbetrieb gelöst (Betriebsführungsmodell oder Beitritt). Nach den	-	-	-

		ersten Verhandlungen war für das Jahr 2017 höchstens Betriebsführung im technischen Bereich angedacht und eine Betriebsführung für den kaufmännischen Bereich aus Kosten- und Effizienzgründen abzulehnen. Ein Vertrag zur technischen Betriebsführung durch den KAT Artern wurde erarbeitet. Er wurde nicht abgeschlossen, da dieser für die Stadt nennenswerte zusätzliche Kosten verursachen würde.			
		Die Fachhochschule Erfurt ist an der Nutzung des Schlosses Wiehe als Tagungs-, Seminar- und Praktikumsort interessiert. Das Nutzungsverhältnis sollte vertraglich geregelt werden. Die Nutzung des Schlosses ist gegenwärtig nicht in dem Umfang den die Fachhochschule benötigt möglich. Zur Abschätzung des Mittelbedarfs und der Mittelbereitstellung für die dazu erforderlichen Bau- und Bewirtschaftungsmaßnahmen wurde ein Businessplan aufgestellt. Dieser ist zu konkretisieren und mit den Fördermittelgebern und Beteiligten abzustimmen.	-	-	-
		Die Hebesätze für die Steuern wurden entsprechend der Festsetzung im HSK 2015 (gemäß VV Bedarfszuweisung) angepasst. Die Grundsteuer B sollte in 2017 13.950 € Mehreinnahme erwirtschaften. Tatsächlich erwirtschaftete sie 8.907,74 €. Die Abweichung kommt durch schwankende Zahlungsmoral zustande.	-	-	-
		In 2016 war geplant eine Bedarfszuweisung für die Finanzierung eines neuen Feuerwehrfahrzeuges zu beantragen. Die Überalterung des Fahrzeugparks der Feuerwehr wurde durch die Rechnungsprüfung kritisiert. Die Erstzulassung der gegenwärtigen Feuerwehrfahrzeuge war am 03.07.1970 und am 25.01.1983. Deshalb hatte die Stadt den Erwerb eines	-	-	-

		gebrauchten Feuerwehrfahrzeuges für 2017 geplant. Der Auftrag wurde in 2017 ausgelöst. Die Lieferung und Bezahlung erfolgte wegen notwendigen Umbauarbeiten an der Feuerwehr erst 2018.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF	Sondershausen	Erhöhung der Gebühren für die Benutzung Kindertagesstätten: Die geplante Einnahmeerhöhung von 444.000 € basierte auf den Kinderzahlen 2014 für alle städtischen Einrichtung und für Einrichtungen in freier Trägerschaft. Die Gebührenerhöhung wurde wie geplant umgesetzt. Die Mehreinnahmen der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft sind jedoch nicht Bestandteil des städtischen Haushaltes. Sie ändern den städtischen Zuschuss an die freien Träger. Bei Hinzurechnung dieser Mehreinnahmen ist die geplante Einnahmeerhöhung deutlich erfüllt.	-	-	-
KYF	Sondershausen	Reduzierung Öffnungszeiten Skaterhalle, Beteiligung „BIWAG“ Projekt: Die Öffnungszeiten der Skaterhalle wurden reduziert. Das „BIWAG“ Projekt wurde per 31.08.2017 vorfristig beendet. Die geplante Einsparung konnte nicht erreicht werden.	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: **Unstrut-Hainich- Kreis**

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
M6 - wesentlich/erheblich - Senkung der Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe durch Angleichung an den Durchschnitt der Vergleichskreise. – Die Maßnahme konnte nicht umgesetzt werden. Historie: Nach einem von PWC durchgeführten Benchmarking (Basis Haushaltsjahr 2012) liegen die Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe jährlich um 3,8 Mio. € über denen von anderen Landkreisen etwa gleicher Größe und vergleichbarer sozialräumlicher Struktur. Realistischer Weise kann nicht davon ausgegangen werden, dass der übersteigende Betrag rasch abgebaut werden kann. Deshalb wurde von PWC zunächst nur ein deutlich geringeres jährliches Einsparungsziel empfohlen. Die Umsetzung der ursprünglichen Konsolidierungsziele kann im dargestellten Konsolidierungszeitraum nicht erfolgen. Hinweis zur Umsetzung: Umsetzung der Auflage aus dem Genehmigungsbescheid zum HSK 2017 sowie der Empfehlungen zur Aufbau- und Ablauforganisation (Etablierung eines integrierten Controllings) wie im PWC-Gutachten beschrieben befindet sich in der Planung. Ferner ist weiter eine Optimierung des Fallmanagements erforderlich. Hierzu sind bereits Stellen im Fallmanagement besetzt worden. Die Prüfung der Abläufe durch einen externen Dienstleister nach Vergabe gemäß anstehender Ausschreibung werden hier Möglichkeiten und Wege zeigen, um am Konsolidierungsbeitrag dieser Maßnahme festzuhalten.
M8 - nicht wesentlich/entbehrlich – Reserveerschließung bei den Einnahmen aus der örtlichen Gemeindeprüfung – Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden. Historie: Realisierung der Reserven in der örtlichen Gemeindeprüfung, Umsetzung der Ergebnisse der Stellenbemessung, Besetzung mit entsprechendem Personal, ggf. Anpassung des Prüfplans. Hinweis zur Umsetzung: Das RPA sieht in seiner Planung Mehreinnahmen vor. Die Planung entspricht den Mehreinnahmen gem. Abrechnung. Es erfolgte jedoch eine Gegenrechnung der notwendigen Personalausstattung.
M9 – nicht wesentlich/entbehrlich - Senkung der Ausgaben für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten im Rechtsreferat – Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden. Historie: Die Kosten für Rechtsberatung, Sachverständige und Gutachter liegen laut PWC über denen von Vergleichslandkreisen. Deshalb erscheint eine Annäherung an den Durchschnittswert angezeigt. Hinweis zur Umsetzung: Es wird verstärkt darauf geachtet, dass rechtliche Beratungen vom Rechtsreferat der Verwaltung durchgeführt werden. Externer Rechtsrat soll nur noch im Ausnahmefall eingeholt werden. Jedoch stehen derzeit Sachverhalte zur Klärung an, die durch explizite Fachkenntnisse in speziellen Rechtsbereichen eine Inanspruchnahme externer Fachkräfte notwendig macht.
M11 – erheblich - Einstellung des Zuschusses durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen – die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden

Historie: Einstellung des Wohnheimbetriebes und Übergabe der Immobilie an Vermieter. Die Mietverträge wurden bereits gekündigt. Hinweis zur Umsetzung: Ablauf der Mietvereinbarung zum Wohnheim in der Karl-Marx-Straße erfolgt zum 30.06.2017. Im Rahmen der Objektübergabe an den Eigentümer sind Kosten angefallen, die im Vorfeld nicht kalkuliert waren und das Konsolidierungsergebnis der Maßnahme einschränken. Nunmehr ist das Wohnheim an den Eigentümer übergeben. Das Konsolidierungsziel wird im Jahr 2018 erreicht werden.
M12 – nicht erheblich aber auch nicht entbehrlich - Erhöhung der Einnahmen aus Benutzungsgebühren in der Volkshochschule – Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden. Historie: Überarbeitung der Kalkulation für die Kursgebühren, Anpassung der Satzung, Kreistagsbeschluss, Standortveränderung Der Konsolidierungseffekt soll über Auslastung und Entgelte erzielt werden. Hinweis zur Umsetzung: Der geänderte und damit vorteilhafte Standort der VHS im Schulgebäude in der Meißnersgasse in Mühlhausen zeigt den erhofften Effekt einer steigenden Frequentierung der VHS und führt damit zu Steigerungen der Einnahmen. Die abgerechnete HH-Stelle beinhaltet keine Einnahmen aus den Kursen des BAMF. Generell ist die VHS an Projekten ausgelastet. Der Trend zeigt sich nachhaltig und wird entsprechend der letzten Maßnahmenabrechnung weitergeführt. Der „Zuschussbedarf" der VHS hat sich nach Rückführung in die Verwaltung des Amtes verringert. Dieser Effekt wird in einer gesonderten Maßnahme dargestellt. Gegebenenfalls muss zur besseren Darstellung der Wirtschaftlichkeit der VHS über eine Anpassung der Maßnahme und eine Ausweitung innerhalb der Einnahmen-HH-Stellen nachgedacht werden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: **Landkreis Nordhausen**

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
2011-1 Einführung einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rechnungsprüfungsamtes - die Gebührenerhebung orientiert sich an den Zeitaufwand der Prüfungen - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2011-3 Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreisvolkshochschule um 10 % - die Einnahmen aus Benutzungsgebühren haben den Planansatz übererfüllt - die Erstattungen von Ausgaben des VWH wurden hingegen in der Gruppierung 1600 (Planansatz aber bei der Gruppierung 1640) gebucht, so dass eine außerplanmäßige Einnahme in Höhe von rund 35.000 € entstanden ist - mit dieser außerplanmäßigen Einnahme konnte die Maßnahme erfüllt werden - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2011-12 Defizitabbau der Kreisabfalldeponie - die höheren Abfallmengen brachten zwar deutliche Mehreinnahmen, aber auch höhere kalkulatorische Kosten (Abschreibungen, Rekultivierung) - die Gebührenkalkulation befindet sich derzeit in Überarbeitung; die Beschlussfassung ist im Haushaltsjahr 2018 vorgesehen - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2011-13 Verbesserung der Einnahmen – Bußgelder - im Rahmen des Jahresabschlusses wurde hier eine Pauschale Restebereinigung von Kasseneinnahmeresten vorgenommen - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2012-18 Verbesserung der Einnahmen – Verwaltungsgebühren - hier besteht nur eine geringfügige Abweichung - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten

2013-25 Gewinnausschüttung Südharzwerke Nordhausen - Entsorgungsgesellschaft mbH - die Einnahme ist von dem Jahresergebnis der Beteiligungsgesellschaft abhängig - in den vorherigen Jahren wurden bisher hohe Beiträge erzielt - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2013-26 Wegfall der Nachschüsse – BIC Nordthüringen GmbH - Liquiditätshilfe aufgrund des Jahresfehlbetrages 2016 - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2014-30 Einnahmen aus Nebenforderungen - das Ergebnis wurde gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert; aber im Rahmen des Jahresabschlusses wurde hier eine Pauschale Restebereinigung vorgenommen - an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
2015-39 Reduzierung Ausgaben Eingliederungshilfe - die Steigerung im Bereich der Eingliederungshilfe wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen - diese Maßnahme wurde bereits mit der Fortschreibung 2018 modifiziert - für die nächsten Jahre sind somit keine Konsolidierungsbeiträge zu erwarten
2017-48 Grundstücksveräußerungen im Rahmen von Schulsanierungen - hier besteht nur eine geringfügige Abweichung - diese Maßnahme betraf nur das Haushaltsjahr 2017

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung - Nachtrag -

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Gemeinde Hainrode	Die im **Abschnitt 67500 Winterdienst** veranschlagten Ausgaben von 1.500 konnten nicht umgesetzt werden, da der Gemeinde 2015 eine Kreisstraße zugeordnet worden ist. Die Wetterbedingungen sind nicht planbar bzw. nicht vorhersehbar. Im Haushaltsjahr 2017 fielen Kosten in Höhe von 4.224,51€ in diesem Bereich an.	entbehrlich	keine	keine
NDH	Gemeinde Hainrode	Der **Überschuss aus dem Gemeindewald** wurde in Höhe von 57.000 € im HSK ausgewiesen – dieser diente gemäß § 16 ThürGemHV als Gesamtdeckungsgrundsatz - bezogen zur Fehlbetragsdeckung des Verwaltungshaushaltes. Wegen der schlechten Witterungsverhältnisse ist es der Gemeinde Hainrode leider nur bedingt gelungen, **den Verkauf von Holz aus dem Gemeindewald** im HJ 2017 wie erwartet durchzuführen. Die Verkäufe beliefen sich 2017 auf 32.797,34 €. Unter Berücksichtigung der Ausgaben weißt der Gemeindewald 2017 ein Überschuss von 811,51 € auf. Die geplante Zuweisung vom Thüringer Forstamt bezüglich Zuschuss Entwicklung landwirtschaftlichen Raum / Zuwendung Landwirtschaftsfond blieb 2017 trotz Antragstellung aus.	entbehrlich	keine	keine
NDH	Gemeinde Nohra	Die im **Abschnitt 13000 Feuerwehr** veranschlagten Ausgaben von 1.000 € für die Haltung von Fahrzeugen der Wehren konnten nicht umgesetzt werden. Das FFW-Fahrzeug der FFW Wollersleben mit Kennzeichen NDH SJ 12 musste repariert werden, um eine stetige Einsatzbereitschaft der Wehr zu gewährleisten. Die Ausgabe war somit unabweisbar. Eine Ansatzüberschreitung in Höhe von 1.583,98 € war die Folge.	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Gemeinde Nohra**	Im **Abschnitt 67000 Reparatur Straßenbeleuchtung** waren 2.000 € veranschlagt lt. HPL 2017. Diese Maßnahme konnte nicht umgesetzt werden, da Reparaturen durchgeführt werden mussten um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Es entstand eine unabweisbare Mehrausgabe von 1.507,12 €. Die Mehrausgabe konnte im Rahmen des Gesamtdeckungsprinzip vorgenommen werden.	entbehrlich	keine	keine
NDH	**Stadt Nordhausen**	10-12-2017 **Reduzierung von Arbeitnehmerverträgen im Haupt- und Personalamt** **(Bereich Beschäftigungsförderung)** HSK Ziel 7.134 € vorläufiges Ergebnis 7.000 € Durch die Konsolidierungsmaßnahme Nr. 10-04-2015 „Reduzierung der Anzahl an Vorarbeitern im Bereich Beschäftigungsförderung" wurde die Anzahl der Vorarbeiter von 3 auf 2 reduziert. Zur Gewährleistung der Aufgabenreduzierung sind zwei Vorarbeiter zwingend erforderlich. Es besteht aber ein Konsolidierungspotential aufgrund der bestehenden Arbeitsverhältnisse. Beide Mitarbeitenden werden per Arbeitnehmer-überlassungsvertrag beschäftigt. Im Vergleich zu einer direkten Beschäftigung beim Arbeitgeber Stadt Nordhausen entstehen beim Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zusätzliche Kosten für den Verleiher. Weiterhin ist auf die gesamte Summe die Umsatzsteuer zu entrichten. Aus diesem Grund sollen beide Mitarbeiter direkt bei der Stadt beschäftigt werden. Seit 01.07.2017 werden beide Mitarbeiter direkt bei der Stadt Nordhausen beschäftigt. Dadurch entsteht ein jährliches Konsolidierungspotential von ca. 14.0000 €. Für das Haushaltsjahr 2017 können somit 7.000 € abgerechnet werden. Mit Abschluss der Arbeitsverträge ist die Maßnahme vollständig abgeschlossen und umgesetzt. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel für das Haushaltsjahr mit einem Betrag von 134 € nicht erreicht, kann aber durch die	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		positive Entwicklung der Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	20-01-2015 **Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Nordhausen** HSK Ziel 355.000 € vorläufiges Ergebnis 322.459 € Der Stadtentwässerungsbetrieb – Eigenbetrieb der Stadt Nordhausen ist als Sonder-vermögen zuständig für die Abwasserbeseitigung und Entwässerung im Stadtgebiet und in den Ortsteilen. Die Stadt Nordhausen übernimmt als Zentralverwaltung eine Vielzahl von Aufgaben für den Stadtentwässerungsbetrieb, z. B. in den Bereichen Recht, Liegenschaften, Personal, Arbeitsschutz und Finanzen. Diese Leistungen sind durch den Stadtentwässerungsbetrieb als pauschaler Erstattungsbetrag zu entrichten. Die Erstattung erfolgt erstmals im Haushaltsjahr 2016. Die weitere Übernahme von Aufgaben bzw. Leistungen für den SEB wird auf Umsetzbarkeit geprüft. Die Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb ergibt sich aus der Dienstanweisung „Abrechnung der Leistung der Zentralverwaltung der Stadt Nordhausen für den Stadtentwässerungsbetrieb als Eigenbetrieb (Festlegung der Verwaltungs-Overhead-Kostenberechnung)“. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 32.541 € nicht erreicht, kann aber durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-08-2016 - Erhöhung der Grundsteuer B ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Stadt Nordhausen**	20-02-2015 **Überprüfung einer alternativen Betreibung von Dorfgemeinschaftshäusern** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € In den Ortsteilen der Stadt Nordhausen befinden sich zehn Dorfgemeinschaftshäuser sowie drei Festhallen. Die Kostendeckungsgrade dieser Einrichtungen liegen zwischen 3% und 70%. Innerhalb dieser Maßnahme ist eine alternative Betreibung der Häuser, die Erhöhung des Kostendeckungsgrades sowie die Notwendigkeit der einzelnen Immobilien zu prüfen. Ziel ist es, das kulturelle Leben in den Ortsteilen weiterhin zu gewährleisten unter der Prämisse, dass ein Zuschussbedarf für Dorfgemeinschaftshäuser aus dem städtischen Haushalt nicht, bzw. in geringerem Umfang als bisher, erforderlich ist. Die Erhaltung von Dorfgemeinschaftshäusern ist ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur im ländlichen Raum. Dorfgemeinschaftshäuser sind ein wesentlicher Bestandteil zu Förderung des Vereinslebens, weiterhin werden soziale und kulturelle Versorgungslücken geschlossen. Die Identifikation der Bürger und Ihre soziale Bindung an ihren Heimatort sollen erhalten bleiben, um so auch einer Abwanderung entgegenzuwirken. Um sowohl die Kosten als auch den Nutzen der Dorfgemeinschaftshäuser in einem ausgewogenen Verhältnis zu gestalten, hat die Stadt Nordhausen diese Maßnahme in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen. Hierzu wird es noch Gespräche mit den Ortsteilbürgermeistern, auch hinsichtlich einer möglichen Betreibung der Dorfgemeinschaftshäuser durch ortsansässige Vereine geben. Unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen durch die Gebietsreform und der daraus folgenden Eingemeindungen, werden	keine (Konsolidierungs- betrag nicht feststellbar)	keine	keine

<table>
<tr><th rowspan="2">Land-kreis</th><th rowspan="2">Kommune</th><th rowspan="2">Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)</th><th colspan="3">Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach</th></tr>
<tr><th>§ 120 ThürKO</th><th>§ 121 ThürKO</th><th>§ 122 ThürKO</th></tr>
<tr><td></td><td></td><td>hier ggf. neue Objekte hinzukommen.
Ziel ist es, unter Einbeziehung der neuen Objekte, ein Gesamtkonzept zur Betreibung der Dorfgemeinschaftshäuser zu entwickeln.</td><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>NDH</td><td>Stadt Nordhausen</td><td>20-03-2015
Beantragung von Bedarfszuweisungen vom Land
HSK Ziel 2.634.401 € vorläufiges Ergebnis 0 €

Die Stadt Nordhausen hat im Haushaltsjahr 2017 Bedarfszuweisungen in Höhe von 2.634.401 € beantragt. Mit Bescheid vom 29.11.2017 des Thüringer Landesverwaltungs-amtes wurde der Antrag der Stadt vom 13.12.2016 abgelehnt.

Die Maßnahme ist immer in Abhängigkeit mit der Haushaltssituation, mit der Entwicklung des Haushaltssicherungskonzeptes insgesamt sowie mit der Gewährung der Bedarfszuweisungen zu betrachten und hat sich im Haushaltsjahr 2017 wie folgt entwickelt.
<table>
<tr><th></th><th>HSK - Ziel 2017</th><th>prognostiziertes Ergebnis 2017</th></tr>
<tr><td>Konsolidierungsbeitrag insgesamt</td><td>8.460.736 €</td><td>6.998.446 €</td></tr>
<tr><td>dav. beantragte Bedarfszuweisung</td><td>2.634.401 €</td><td>- €</td></tr>
<tr><td></td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>verbleiben als eigener Konsolidierungsbeitrag</td><td>5.826.335 €</td><td>6.998.446 €</td></tr>
</table>
Es ist festzustellen, dass die Stadt Nordhausen aus eigener Kraft die veranschlagten Konsolidierungseiträge im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 1.172.111 € übererfüllt hat. Durch die Versagung der beantragten Bedarfszuweisung, konnte das Konsolidierungsziel insgesamt nicht erreicht werden.</td><td>nachrichtlich:

keine Konsolidierungs-maßnahme, dient dem Konsolidierungs-ziel</td><td></td><td></td></tr>
</table>

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Stadt Nordhausen	20-10-2016 **Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen** HSK Ziel 350.000 € vorläufiges Ergebnis 118.804 € Eine stärkere Haushaltsdisziplin soll die Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen fördern und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Verwaltung führen. Es sollen vermehrt die Prozesse der Verwaltung überprüft und optimiert werden. Außerdem besteht das Ziel weitere Einnahmen zu generieren, um Kostensteigerungen auszugleichen. Durch Prozessoptimierung sind weitere Kostensteigerungen auszugleichen. Eine Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen geht auch mit der Veräußerung von Gemeindevermögen einher. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 durch eine strenge und kontrollierte Haushaltsdurchführung fortgeführt. Jedoch konnte das Konsolidierungsziel durch die allgemeinen Preissteigerungen nicht erreicht werden und wird gegenüber dem veranschlagten Konsolidierungsbeitrag nur mit 118.804 € abgerechnet. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 231.196 € nicht erreicht, kann aber durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-09-2016 - Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.	keine (voller Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	32-05-2015 **Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze im Stadtgebiet nach bestehender Parkraumbewirtschaftungskonzeption** HSK Ziel 55.000 € vorläufiges Ergebnis 47.028 € Ausweitung des Angebots an gebührenpflichtigen Parkplätzen im	keine (voller Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Stadtgebiet. Dies betrifft eine Umwandlung der Kurzzeitparkplätze (Parkscheibe) am Taschenberg und Am Alten Tor sowie die Einrichtung gebührenpflichtiger Langzeitparkplätze auf dem August-Bebel-Platz, am Standort Parkplatz Weidenstraße/Grimmel sowie am „Altstadtparkplatz" Wallrothstraße. Für die Einrichtung dieser Parkflächen ist damit zu rechnen, dass insgesamt sechs Parkscheinautomaten aufzustellen sind. Diese Kosten werden mit ca. 3.500 Euro pro Automat veranschlagt. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt und wird mit 47.028 € abgerechnet. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2016 ist eine erhebliche Ertragssteigerung zu verzeichnen. Dennoch konnte das Konsolidierungsziel nicht gänzlich erreicht werden. Die Errichtung des vorgesehenen gebührenpflichtigen Langzeitparkplatzes Weidenstraße/ Grimmel kann aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse vorerst nicht realisiert werden. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 7.972 € nicht erreicht, kann aber ebenfalls durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-09-2016 - Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nord-hausen**	32-07-2015 **Erhöhung von Standesamtsumlagen** HSK Ziel 8.000 € vorläufiges Ergebnis 7.379 € Die Standesamtsumlage für die Gemeinden Werther und Hohenstein wird von 75% auf 100% der Aufwandskosten erhöht. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Die Berechnung der Umlage erfolgt auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen für das Vorjahr.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 621,00 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.			
NDH	Stadt Nordhausen	40-04-2015 **Aufwandsreduzierung bei der Anbringung von Weihnachtsbeleuchtung** HSK Ziel 20.000 € vorläufiges Ergebnis 18.858 € Die Nichtanbringung von weihnachtlichen Beleuchtungselementen an den Straßenlaternen, Verzicht der Aufstellung von Weihnachtsbäumen im Stadtgebiet sowie Einsparmöglichkeiten bei den Betriebskosten (Energiekosten), ist voraussichtlich anhaltendes Einsparpotential möglich. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 1.142 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	40-06-2016 **Neuordnung der Museumslandschaft** HSK Ziel 60.000 € vorläufiges Ergebnis 6.000 € Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Museumslandschaft mit dem Ziel einer schrittweisen Reduzierung des Aufwandes im Konsolidierungszeitraum. Außerdem soll eine stärkere Beteiligung durch ehrenamtliche und museumsnahe Fördervereine erreicht werden. Des Weiteren sollen die Betriebs- bzw. Öffnungszeiten analysiert und eine bessere Koordination der Einrichtungen untereinander erreicht werden. Die Maßnahme wird im Haushaltsjahr 2017 mit 6.000 € abgerechnet.	keine	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Die Benutzungsgebühren bzw. Eintrittsgelder (Konto 43) sind gegenüber dem Rechnungsergebnis 2014 um 18.483 € gestiegen. Die Aufwendungen (ohne Personalkosten, Abschreibungen und bauliche Unterhaltung) haben sich gegenüber dem Rechnungsergebnis 2014 um 9.007,97 € reduziert. Das geplante Konsolidierungsziel von 60.000 € konnte nicht erreicht werden. Für die drei Museen wurde jeweils eine Museumskonzeption verwaltungsintern erarbeitet. Diese müssen in den entsprechenden Gremien beraten werden. Der Prozess einer Gesamtkonzeption für die Museen wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 54.000 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 20-09-2015 – Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-01-2015 **Übertragung der kommunalen Kindertageseinrichtungen an freie Träger** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € 22 Kindertageseinrichtungen decken den Bedarf der Stadt Nordhausen an Betreuungsplätzen ab, davon sind lediglich 2 in kommunaler Trägerschaft. Für diese 2 Kindereinrichtungen muss spezifisches Overhead-Wissen vorgehalten werden, welches bei den Betreibern der Kitas in freier Trägerschaft effizienter vorhanden ist. Um den rechtlichen, dienstleistungsorientierten und organisatorischen Anforderungen Genüge zu tun, müsste Mehraufwand von 1/2 VbE eingeplant werden. Um dem entgegenzuwirken sollen die kommunalen Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft gegeben werden. Da die Mehrpersonalkosten noch nicht geplant wurden und sich daher die Einsparung aufhebt ist	keine (Konsolidierungs- betrag nicht feststellbar)	keine	keine

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		diese Haushaltskonsolidierungsmaßnahme nicht in Zahlen darstellbar. Die Kita Betreibung ist momentan durch den Beschluss BV/0619/2016 „Einlage der Beteiligung an der Stadtwerke Nordhausen – Holding für Versorgung und Verkehr GmbH und an der Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH in den Betrieb gewerblicher Art Kindertageseinrichtungen“ nicht an einen freien Träger übertragbar. Ein Grundsatzbeschluss im Stadtrat, die Betreibung der kommunalen Kita in freie Trägerschaft zu übertragen, kann daher nicht herbeigeführt werden. Weiterhin ist geplant, im Regenbogenhaus 24 neue städtische Kita-Plätze zu schaffen. Die Maßnahme wird ab 2018 bis zur abschließenden Prüfung ruhen.			
NDH	Stadt Nordhausen	41-03-2015 **Übertragung des Mehrzweckgebäudes "Regenbogenhaus" in freie Trägerschaft** HSK Ziel 60.464 € vorläufiges Ergebnis 60.464 € Durch die Mehrfachnutzung des Gebäudes entstehen erhebliche Aufwendungen für die Bewirtschaftung und die inhaltliche Ausgestaltung. Ziel sollte sein, das Haus inhaltlich mit Leben (Mehrgenerationenarbeit) zu füllen. Die externe Bewirtschaftung soll ausgeschrieben werden (Hausverwaltung). Dabei soll der Mehrgenerationenansatz erhalten bleiben. Durch eine professionelle Bewirtschaftung soll der finanzielle Aufwand auf ein Minimum reduziert werden. Durch die Nutzung des Hauses sollen Erträge erwirtschaftet werden. Es soll geprüft werden, ob eine Überführung des Regenbogenhauses in eine freie Trägerschaft erfolgen kann und welche finanziellen Auswirkungen eine solche Übertragung hat. Die Maßnahme wurde in 2015 hinsichtlich der Aufwandsreduzierung bereits umgesetzt und im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Für das Haushaltsjahr 2017 kann ein Konsolidierungsbeitrag von 60.464 €	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		abgerechnet werden. Eine Übertragung des Mehrzweckgebäudes „Regenbogenhaus“ von kommunaler in freie Trägerschaft ist aufgrund der Beschlussvorlage BV/0619/2016 „Einlage der Beteiligung an der Stadtwerke Nordhausen – Holding für Versorgung und Verkehr GmbH und an der Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH in den Betrieb gewerblicher Art Kindertages-einrichtungen“ nicht an einen freien Träger übertragbar. Die kommunale Kindertageseinrichtung ist Hauptnutzer des Regenbogenhauses. Die Maßnahme wird hinsichtlich des Konsolidierungsbeitrages fortgeführt. Die Überprüfung zwecks Überführung des Regenbogenhauses in freie Trägerschaft ruht vorerst.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-04-2015 **Überprüfung der Sportstätten, Turnhallen und der sonstigen Sportförderung** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Vereine werden stärker an den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten beteiligt. Den Vereinen soll die Möglichkeit gegeben werden, einzelne Sportstätten in ihre Trägerschaft zu übernehmen. Dem Thüringer Landtag liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Sportfördergesetzes vor. Eine Beschlussfassung erfolgte bisher nicht. Diese gesetzlichen Vorgaben werden in die neue Sportförderrichtlinie einfließen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Änderung der neuen Sportförderrichtlinie sowie die weitere Prüfung bzw. Bearbeitung dieser Maßnahme ruhen. Unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen durch die Gebietsreform und der daraus folgenden Eingemeindungen, werden hier ggf. neue Objekte hinzukommen. Ziel ist es, auch diese Einrichtungen einzubeziehen und in die neue Sportförderrichtlinie aufzunehmen. Die Maßnahme wird ab 2018 ruhen.	keine (Gesetzentwurf))	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-05-2015 **Überprüfung der Leistungen für außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Örtlich zuständiger Träger ist der Landkreis Nordhausen. Ein Engagement der Stadt Nordhausen muss daher kritisch geprüft werden. Bei Aufgabenübertragung soll eine Kostenerstattung durch den Landkreis erfolgen. Die Stadt Nordhausen leitet ihre Aufgabenzuständigkeit für Leistungen außerschulischer Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport aus § 2 der Thüringer Kommunalordnung – Eigene Aufgabe – ab. Absatz 2 zählt einen nicht abschließenden Katalog von eigenen Aufgaben auf. Dazu gehören in diesem Zusammenhang insbesondere die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung, die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen Lebens und die gesundheitliche und soziale Betreuung. Kultur, Kunst, Brauchtum sowie der Sport genießen außerdem den Schutz und die Förderung des Landes und der Gebietskörperschaften durch Art. 30 der Thüringer Verfassung. Deshalb wird die Stadt sich an den in § 2 ThürKO genannten Inhalten orientieren und finanzielle Mittel für - Jugendarbeit in Form der offenen Türarbeit, der aufsuchenden Arbeit und der Bildungsarbeit, - Seniorenarbeit in Form niedrigschwelliger Angebote, - Unterstützung bedürftiger Personen durch soziale Projekte, - bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und - Integration von Flüchtlingen in angemessener Höhe zur Verfügung stellen.	keine (Mitwirkungspflichten der Kommunen an der Jugendarbeit)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Diese Mittel werden insbesondere für die Prävention gegen Radikalisierung und Vandalismus in der örtlichen Gemeinschaft eingesetzt. Sie dienen der Sozialraumentwicklung in der Stadt und in den Ortsteilen. Aufgrund der v. g. Erläuterungen und den Entscheidungen durch den Stadtrat der Stadt Nordhausen sind keine Konsolidierungsbeiträge zu ermitteln. Die Maßnahme ruht vorerst.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	61-01-2016 **Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Stadt hat ein Sanierungsgebiet. Innerhalb dieses Gebietes wurden bisher keine Bescheide erlassen, welche Eigentümer an der Wertsteigerung beteiligen. Erlass einer Sanierungssatzung zur Erhebung von Ausgleichsbeiträgen im Sanierungsgebiet. Der Eigentümer eines im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücks hat zur Finanzierung der Sanierung an die Gemeinde einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten ..."(§ 154 Abs. 1 Satz 1 BauGB). Die Stadt hat diesen Ausgleichsbetrag spätestens mit Abschluss der Sanierung (Aufhebung der Sanierungssatzung oder Entlassung einzelner Grundstücke aus dem Sanierungsgebiet) von den Eigentümern zu erheben. Hierzu bedarf es keiner weiteren Satzung, Grundlage ist die „Satzung über die städtebauliche Sanierungsmaßnahme nach § 142 Abs.1 u. 3 BauGB" (Sanierungssatzung) vom 21.02.1991. Im Rahmen der gebotenen Fortführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Altstadt" kann die Stadt diese Ausgleichsbeträge nach Bewilligung durch den Freistaat für Vorhaben im Sanierungsgebiet wieder einsetzen – und tut dies bereits auch. Als „sanierungsbedingte Einnahme" verwendet die Stadt Verkaufserlöse der Grundstücke aus dem Sanierungsvermögen einschließlich ermittelter	keine (Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Wertsteigerungen (Ausgleichsbeträge) für neue Grunderwerbe in der Sanierungsmaßnahme. Insofern wird damit der städtische Haushalt bereits entlastet. Die Ausgleichsbeträge sind Einnahmen für das Sanierungsvermögen, die Stadt kann darüber nicht frei verfügen. Denn „ergibt sich nach der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme … bei der Gemeinde ein Überschuss der bei der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme erzielten Einnahmen über die hierfür getätigten Ausgaben, so ist dieser Überschuss auf die Eigentümer der im Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücke zu verteilen." (§ 156a Abs.1 Satz 1 BauGB). Der Stadt stehen hier also nur dann Finanzmittel aus einem mit Ausgleichsbeträgen mitfinanzierten Überschuss im Verhältnis ihrer Grundstücke im Sanierungsgebiet zu und dies auch erst nach Abschluss der Abrechnung der Sanierungsmaßnahme. Daraus ergibt sich, dass die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur derzeitigen Konsolidierung des Haushalts nicht geeignet ist. Die Maßnahme ruht.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	65-01-2015 **Teilweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen** HSK Ziel 165.000 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Stadt Nordhausen mit ihren Ortsteilen hat einen Bestand von 5.500 Lichtpunkten. In den letzten Jahren wurde ein großer Teil dieser Lichtpunkte mit energieeffizienten Lampen umgerüstet. Bei weiteren 1.200 Lichtpunkten ist eine Umrüstung auf LED-Lampen sinnvoll. Die Kosten werden auf ca. 900.000 € geschätzt. Der notwendige rentierliche Kredit konnte erst Ende des Jahres 2016 aufgenommen werden. Die Umsetzung der Maßnahme hat sich im Haushaltsjahr 2017 erneut verzögert. Die erste Ausschreibung und	keine (rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht zielführend)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		das dazugehörige Vergabeverfahren erfolgten im April 2017. Nach Einspruch eines Bieters bei der Vergabekammer Thüringen erfolgte ein Nachprüfungsverfahren. Im Ergebnis des Nachprüfungsverfahrens musste die Ausschreibung aufgehoben werden und das Vergabeverfahren im August 2017 erneut durchgeführt werden. Die praktische Umsetzung begann im Dezember 2017. Für das Haushaltsjahr 2017 kann somit noch kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet werden. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 165.000 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahmen 65-03-2015 – Bewirtschaftung des Friedhofs und Anpassung der Friedhofsgebühren und 65-04-2015 – Neuordnung des Krematoriums ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	65-02-2015 **Reduzierung des Winterdienstes im Stadtgebiet Nordhausen und den Ortsteilen** HSK Ziel 75.000 € vorläufiges Ergebnis 64.901 € Der Winterdienst ist in drei Räumstufen eingeteilt. Mit der neuen Projektierung der Straßen in den Räumstufen kommt es zu Einsparungen im Salzverbrauch. Durch die zeitlich veränderte Abfolge werden keine zusätzlichen Firmen gebunden. Die geplante Reduzierung funktioniert allerdings nur bei einem „normalen" Winterdienst. Bei extremen Witterungsbedingungen muss neu entschieden werden. Die Maßnahme wurde bereits 2014 per Stadtratsbeschluss umgesetzt, daher sind die Einsparungen von 75.000 € bereits im Plan berücksichtigt. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2015 umgesetzt und entsprechend fortgeführt. Für das Haushaltsjahr 2017 können gegenüber dem veranschlagten Konsolidierungsbeitrag von 75.000 € nur 64.901 € abgerechnet werden.	keine (voller Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 10.099 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 20-09-2015 – Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	Gemeinde Werther	**Reduzierung Ausgaben für das Amtsblatt** Die Maßnahme konnte nicht in vollem Umfang umgesetzt werden, denn die monatliche Ausgabe des Amtsblattes aufgrund von Veröffentlichungen von Gemeinderatsbeschlüssen und amtlichen Mitteilungen muss zeitnah erfolgen. Hier konnte jedoch die Seitenzahl reduziert werden, dadurch wurden 2.104,61 € eingespart (geplante Einsparung: 3.200,00 €).	keine (voller Konsolidierungs-betrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Reduzierung Bewirtschaftungskosten in der Kita Werther** Durch die Kündigung des Vertrages mit der Nordhäuser Wach-und Schließgesellschaft mbH sollten Bewirtschaftungskosten in Höhe von 2.600,00 € eingespart werden. Der Vertrag konnte aufgrund der Alarmaufschaltung i.V. mit der installierten Hausalarmanlage und dem Schließsystem nicht gekündigt werden. Daher entfällt diese Sparmaßnahme.	keine (objektiv nicht umsetzbar)	keine	keine
NDH	Gemeinde Wolkrams-hausen	Die im **Abschnitt 13000 Feuerwehr** veranschlagten Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen der Wehren konnten nicht umgesetzt werden. Die FFW-Fahrzeuge sind, bedingt durch ihre lange Nutzungsdauer, sehr reparaturaufwändig und notwendig, um eine stetige Einsatzbereitschaft der Wehr zu gewährleisten. Unter anderem musste das Fahrzeug mit Kennzeichen NDH W621 in Höhe von 1.472,03 € repariert werden, sowie NDH-LF 112 in Höhe von 2.055,30 €. Dazu kamen weitere Reparaturen, unter 500 €, um die Fahrbereitschaft aufrecht halten zu können. Die Ausgabe war somit unabweisbar. Eine Ansatzüberschreitung in Höhe von 4.921,36€ war die Folge.	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Gemeinde Wolkrams-hausen**	Im Abschnitt **67000 Reparatur Straßenbeleuchtung** waren 1.000 € veranschlagt. Diese Maßnahme konnte nicht umgesetzt werden, da Reparaturen durchgeführt werden mussten um die öffentliche Sicherheit zu gewährleistet. Es entstand eine unabweisbare Mehrausgabe von 3.263,20€.	entbehrlich	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Bleicherode	**Erhebung kostendeckender Entgelte für das Bleicheröder Echo** Das Bleicheröder Echo ist das amtliche Mitteilungsblatt der Stadt Bleicherode. Dies muss zwar nicht kostenlos abgegeben werden, eine Entgeltfinanzierung ist allerdings nicht realisierbar. Es würde dann von den Lesern nicht abonniert werden. Der Ansatz wurde reduziert. Die jährlichen Kosten konnten durch einen geänderten Erscheinungsmodus gesenkt werden.	entbehrlich.	keine	keine
		Kündigung der Mitgliedschaft beim Verein Deutsche Fachwerkstraße Die Kündigung der Mitgliedschaft konnte und kann nicht erfolgen, da im Rahmen der Städtebausanierung Vorteile (u. a. Fördermittel) für die Stadt durch die Mitgliedschaft möglich sind; die im HSK (Gesamtkonsolidierungszeitraum) eingeplanten Kosten werden durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben anderer HHStellen abgedeckt. In den Jahren 2014-2016 ist durch die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm und die Teilnahme an der Fachwerktriennale ein jährlicher Mitgliedsbeitrag i. H. v. 3.000 € zu zahlen. Hierfür	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		erhält die Stadt eine 50%ige Förderung der Sparkassenstiftung. Die Eigenmittel müssen durch die Gesamtdeckung aufgebracht werden bzw. können hierzu eingesparte Mittel durch den nicht fälligen Mitgliedsbeitrag für die Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund genutzt werden. **Die Maßnahme wurde in der 3. Fortschreibung zum HSK aus dem Katalog gestrichen.**			
		Erhöhung der Eintrittsentgelte im Freibad Die Eintrittsentgelte für das Freibad wurden für alle Besuchergruppen angehoben (Beschluss-Nr. 273-43/2014 vom 27.02.2014). Mehreinnahmen können allerdings der Witterungsabhängigkeit nur bedingt erzielt werden. Der Ansatz 2017 für Entgelte im Freibad betrug 28.600 € (unter Berücksichtigung der durchgeführten Erhöhung in 2014); das Ergebnis belief sich auf 23.278,39 € (5.321,61 € weniger als geplant). Durch die zusätzlich aufgenommene Konsolidierungsmaßnahme „Bandenwerbung im Freibad" mehr Einnahmen erzielt werden als geplant (Ansatz 5.000 €; Ergebnis 7.042,50 €).	entbehrlich	keine	keine
		Energieverbrauch Straßenbeleuchtung Durch den Austausch von HQL-Leuchten durch LED-Leuchten in verschiedenen Straßenzügen konnten Energiekosten eingespart werden; auch verkürzte Leuchtzeiten führten zu Ersparnissen. Es sollen durch einen Energiemietvertrag mit einer Energiegenossenschaft die gesamten Leuchtmittel	entbehrlich	keine	keine

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		des Stadtgebietes ausgetauscht werden. Durch energiesparsamere Varianten soll der Stromverbrauch gesenkt werden. Die Maßnahmenrealisierung war im Haushaltsjahr 2016 geplant. Es wurden in einem umfangreichen Abwägungsprozess mögliche Varianten erarbeitet und verglichen. Die abschließende vollständige Umsetzung konnte nicht planmäßig in 2017 erfolgen, da im Rahmen der Vergabe die zeitliche Einhaltung der Terminkette durch Verzögerungen nicht möglich war. Die abschließende Realisierung ist für 2018 vorgesehen, so dass ab 2019 mit dem vollumfänglichen Einsparpotential gerechnet werden kann.			
		Zuschuss an den HFVV (Heimat- und Fremdenverkehrsverein e.V.) Der Zuschuss an den HFVV soll weiter minimiert werden: Erhöhung der Eintrittspreise im Kino auf Grund eingebauter 3-D-Anlage (ist erfolgt); Erhöhung der Entleihgebühren in der Bibliothek (hier wurden die Öffnungszeiten minimiert); die Stelle des künstlerischen Leiters wird nach planmäßigem Ausscheiden des Stelleninhabers nicht wieder besetzt (2015). Die jährliche Zuschusszahlung wurde von anfänglich 160.000 € (2002) auf 91.000 € (ab 2016) gesenkt. Bislang erfolgte die Betriebskostenübernahme ebenfalls vollumfänglich durch die Stadt Bleicherode um Kommunalrabatte nutzen zu können. Die in der 3.	Entbehrlich, da keine Maßnahme nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens Umsetzungsprozess muss weiter im Sinne der Haushaltskonsolidierung verfolgt werden.	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Fortschreibung des HSK für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 geplante Erstattung der Betriebskosten durch in HFVV i. H. v. 50 % kann nicht erfolgen. Die Ertragsvorschau des HFVV zeigt weiter ein negatives Betriebsergebnis auf, dieses wäre durch die Stadt als Hauptmitglied des HFVV auszugleichen. Auch die geplante vollumfängliche Betriebskostenübernahme durch den HFVV ab 2019 wird nicht möglich sein. Mit Änderungsvereinbarung vom 20.12.2016 wurde die 10%ige Betriebskostenübernahme durch den HFVV für die Objekte Kino, Kulturhaus und Bibliothek festgelegt (2018 ca. 10.000 €); die entsprechende planerische Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept erfolgte in der 4. Fortschreibung. Nicht außer Acht bleiben sollte der bauliche Zustand des Kulturhauses. 2017 beginnend wurden hier die Saaldecke und die Außenwand einer Sanierung unterzogen - zum einen im Rahmen der Gefahrenabwehr (Frischluftversorgung) und zum anderen zu energetischen Einsparungen. Im Zeitraum der Saaldeckensanierung konnte keine Auslastung mit Veranstaltungen erfolgten; dies (u. a.) zwang den HFVV im vergangenen Jahr einen Antrag zur Ausreichung zusätzlicher Mittel an die Stadt zu stellen; mit Beschluss-Nr. 182-32/2017 vom 25.10.2017 hat der Stadtrat der zusätzlichen			

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Zahlung von 30.000 € zugestimmt.			
		Forstwirtschaft - Erhöhung des Preises für die Abgabe von Brennholz Der Preis zum Erwerb von Brennholz wurde 2013 von 8 €/fm auf 24 €/fm erhöht. Allerdings konnten durch diese Erhöhung die Mehreinnahmen nicht in der gewünschten Höhe erzielt werden; es wurden weniger Lesescheine ausgegeben. Mit Beschluss-Nr.: 26-5/2014 vom 27.11.2014 wurde der Brennholzpreis auf 14 €/fm gesenkt. Dies entspricht dem Lesepreis umliegender Anbieter.	entbehrlich	keine	keine
		Beantragung einer Bedarfszuweisung Die Haushaltsjahre im Konsolidierungszeitraum weisen jährlich ein Defizit aus. Eine Beantragung von Bedarfszuweisungen ist somit in jedem Jahr erforderlich. Die sich aus dem Defizit ergebende Antragssumme (Bedarfszuweisung) beläuft sich auf: 2017: 2.164.200 € (inkl. Sollfehlbetrag zum 31.12.2016); 2018: 1.007.300 €; 2019: 833.200 €; 2020: 487.600 €; 2021: 475.700 €; 2022: 0 €. **Gesamtsumme: 4.968.000 €** Von der beantragten Summe für das Haushaltsjahr 2017 i. H. v. 2.164.117 € wurden 1.504.917,00 € mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 07.12.2017 bewilligt.	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Buchholz	**Gebietsänderung der Gemeinde ab 2018** Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt voraussichtlich zum 01.07.2018	Entbehrlich	keine	keine
NDH	Herrmannsacker	**Gebietsänderung der Gemeinde ab 2018** Die Umsetzung der Maßnahme erfolgt voraussichtlich zum 01.07.2018.	Entbehrlich	keine	keine
NDH	Stadt Heringen	**Maßnahme 13: Reduzierung aller freiwilligen Aufgaben - Freibad** Erläuterung: Ab dem Haushaltsjahr 2017 sollten Einsparungen in Höhe von 10,0 TEUR beim Betrieb des Freibades im Ortsteil Uthleben durch Übertragung des Freibadbetriebes an eine Bürgerstiftung erzielt werden. Die Maßnahme konnte im geplanten Zeitraum nicht umgesetzt werden. Der Betrieb des Freibads erfolgte im HH-Jahr 2017 weiterhin durch die Stadt Heringen/Helme.	keine Entbehrlich, da keine Maßnahme nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Stadt Nordhausen	10-12-2017 **Reduzierung von Arbeitnehmerverträgen im Haupt- und Personalamt** **(Bereich Beschäftigungsförderung)** HSK Ziel 7.134 € vorläufiges Ergebnis 7.000 € Durch die Konsolidierungsmaßnahme Nr. 10-04-2015 „Reduzierung der Anzahl an Vorarbeitern im Bereich Beschäftigungsförderung“ wurde die Anzahl der Vorarbeiter von 3 auf 2 reduziert. Zur Gewährleistung der Aufgabenreduzierung sind zwei Vorarbeiter zwingend erforderlich. Es besteht aber ein Konsolidierungspotential aufgrund der bestehenden Arbeitsverhältnisse. Beide Mitarbeitenden werden per Arbeitnehmer-überlassungsvertrag beschäftigt. Im Vergleich zu einer direkten Beschäftigung beim Arbeitgeber Stadt Nordhausen entstehen beim Arbeitnehmerüberlassungsvertrag zusätzliche Kosten für den Verleiher. Weiterhin ist auf die gesamte Summe die Umsatzsteuer zu entrichten. Aus diesem Grund sollen beide Mitarbeiter direkt bei der Stadt beschäftigt werden. Seit 01.07.2017 werden beide Mitarbeiter direkt bei der Stadt Nordhausen beschäftigt. Dadurch entsteht ein jährliches Konsolidierungspotential von ca. 14.0000 €. Für das Haushaltsjahr 2017 können somit 7.000 € abgerechnet werden. Mit Abschluss der Arbeitsverträge ist die Maßnahme vollständig abgeschlossen und umgesetzt. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel für das Haushaltsjahr mit einem Betrag von 134 € nicht erreicht, kann aber durch die positive Entwicklung der Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Stadt Nordhausen**	20-01-2015 **Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Nordhausen** HSK Ziel 355.000 € vorläufiges Ergebnis 322.459 € Der Stadtentwässerungsbetrieb – Eigenbetrieb der Stadt Nordhausen ist als Sonder-vermögen zuständig für die Abwasserbeseitigung und Entwässerung im Stadtgebiet und in den Ortsteilen. Die Stadt Nordhausen übernimmt als Zentralverwaltung eine Vielzahl von Aufgaben für den Stadtentwässerungsbetrieb, z. B. in den Bereichen Recht, Liegenschaften, Personal, Arbeitsschutz und Finanzen. Diese Leistungen sind durch den Stadtentwässerungsbetrieb als pauschaler Erstattungsbetrag zu entrichten. Die Erstattung erfolgt erstmals im Haushaltsjahr 2016. Die weitere Übernahme von Aufgaben bzw. Leistungen für den SEB wird auf Umsetzbarkeit geprüft. Die Erstattung von Verwaltungs-Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb ergibt sich aus der Dienstanweisung „Abrechnung der Leistung der Zentralverwaltung der Stadt Nordhausen für den Stadtentwässerungsbetrieb als Eigenbetrieb (Festlegung der Verwaltungs-Overhead-Kostenberechnung)“. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 32.541 € nicht erreicht, kann aber durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-08-2016 - Erhöhung der Grundsteuer B ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine
NDH	**Stadt Nordhausen**	20-02-2015 **Überprüfung einer alternativen Betreibung von Dorfgemeinschaftshäusern**	keine (Konsolidierungs-betrag nicht	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € In den Ortsteilen der Stadt Nordhausen befinden sich zehn Dorfgemeinschaftshäuser sowie drei Festhallen. Die Kostendeckungsgrade dieser Einrichtungen liegen zwischen 3% und 70%. Innerhalb dieser Maßnahme ist eine alternative Betreibung der Häuser, die Erhöhung des Kostendeckungsgrades sowie die Notwendigkeit der einzelnen Immobilien zu prüfen. Ziel ist es, das kulturelle Leben in den Ortsteilen weiterhin zu gewährleisten unter der Prämisse, dass ein Zuschussbedarf für Dorfgemeinschaftshäuser aus dem städtischen Haushalt nicht, bzw. in geringerem Umfang als bisher, erforderlich ist. Die Erhaltung von Dorfgemeinschaftshäusern ist ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur im ländlichen Raum. Dorfgemeinschaftshäuser sind ein wesentlicher Bestandteil zu Förderung des Vereinslebens, weiterhin werden soziale und kulturelle Versorgungslücken geschlossen. Die Identifikation der Bürger und Ihre soziale Bindung an ihren Heimatort sollen erhalten bleiben, um so auch einer Abwanderung entgegenzuwirken. Um sowohl die Kosten als auch den Nutzen der Dorfgemeinschaftshäuser in einem ausgewogenen Verhältnis zu gestalten, hat die Stadt Nordhausen diese Maßnahme in das Haushaltssicherungskonzept aufgenommen. Hierzu wird es noch Gespräche mit den Ortsteilbürgermeistern, auch hinsichtlich einer möglichen Betreibung der Dorfgemeinschaftshäuser durch ortsansässige Vereine geben. Unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen durch die Gebietsreform und der daraus folgenden Eingemeindungen, werden hier ggf. neue Objekte hinzukommen. Ziel ist es, unter Einbeziehung der neuen Objekte, ein Gesamtkonzept zur Betreibung der Dorfgemeinschaftshäuser zu entwickeln.	feststellbar)		

<table>
<tr><th rowspan="2">Land-kreis</th><th rowspan="2">Kommune</th><th rowspan="2">Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)</th><th colspan="3">Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach</th></tr>
<tr><th>§ 120 ThürKO</th><th>§ 121 ThürKO</th><th>§ 122 ThürKO</th></tr>
<tr><td>NDH</td><td>Stadt Nordhausen</td><td>20-03-2015
Beantragung von Bedarfszuweisungen vom Land
HSK Ziel 2.634.401 € vorläufiges Ergebnis 0 €

Die Stadt Nordhausen hat im Haushaltsjahr 2017 Bedarfszuweisungen in Höhe von 2.634.401 € beantragt. Mit Bescheid vom 29.11.2017 des Thüringer Landesverwaltungs-amtes wurde der Antrag der Stadt vom 13.12.2016 abgelehnt.

Die Maßnahme ist immer in Abhängigkeit mit der Haushaltssituation, mit der Entwicklung des Haushaltssicherungskonzeptes insgesamt sowie mit der Gewährung der Bedarfszuweisungen zu betrachten und hat sich im Haushaltsjahr 2017 wie folgt entwickelt.
<table><tr><td></td><td>HSK - Ziel 2017</td><td>prognostiziertes Ergebnis 2017</td></tr><tr><td>Konsolidierungsbeitrag insgesamt</td><td>8.460.736 €</td><td>6.998.446 €</td></tr><tr><td>dav. beantragte Bedarfszuweisung</td><td>2.634.401 €</td><td>- €</td></tr><tr><td></td><td></td><td></td></tr><tr><td>verbleiben als eigener Konsolidierungsbeitrag</td><td>5.826.335 €</td><td>6.998.446 €</td></tr></table>
Es ist festzustellen, dass die Stadt Nordhausen aus eigener Kraft die veranschlagten Konsolidierungseiträge im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 1.172.111 € übererfüllt hat. Durch die Versagung der beantragten Bedarfszuweisung, konnte das Konsolidierungsziel insgesamt nicht erreicht werden.</td><td>nachrichtlich:

keine Konsolidierungs-maßnahme, dient dem Konsolidierungs-ziel</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>NDH</td><td>Stadt Nordhausen</td><td>20-10-2016
Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen
HSK Ziel 350.000 € vorläufiges Ergebnis 118.804 €</td><td>keine
(voller Konsolidierungs-betrag objektiv nicht erreichbar)</td><td>keine</td><td>keine</td></tr>
</table>

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Eine stärkere Haushaltsdisziplin soll die Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen fördern und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Verwaltung führen. Es sollen vermehrt die Prozesse der Verwaltung überprüft und optimiert werden. Außerdem besteht das Ziel weitere Einnahmen zu generieren, um Kostensteigerungen auszugleichen. Durch Prozessoptimierung sind weitere Kostensteigerungen auszugleichen. Eine Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen geht auch mit der Veräußerung von Gemeindevermögen einher. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 durch eine strenge und kontrollierte Haushaltsdurchführung fortgeführt. Jedoch konnte das Konsolidierungsziel durch die allgemeinen Preissteigerungen nicht erreicht werden und wird gegenüber dem veranschlagten Konsolidierungsbeitrag nur mit 118.804 € abgerechnet. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 231.196 € nicht erreicht, kann aber durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-09-2016 - Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	32-05-2015 **Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze im Stadtgebiet nach bestehender Parkraumbewirtschaftungskonzeption** HSK Ziel 55.000 € vorläufiges Ergebnis 47.028 € Ausweitung des Angebots an gebührenpflichtigen Parkplätzen im Stadtgebiet. Dies betrifft eine Umwandlung der Kurzzeitparkplätze (Parkscheibe) am Taschenberg und Am Alten Tor sowie die Einrichtung gebührenpflichtiger Langzeitparkplätze auf dem August-Bebel-Platz, am Standort Parkplatz Weidenstraße/Grimmel sowie am „Altstadtparkplatz“ Wallrothstraße. Für die Einrichtung dieser	keine (voller Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Parkflächen ist damit zu rechnen, dass insgesamt sechs Parkscheinautomaten aufzustellen sind. Diese Kosten werden mit ca. 3.500 Euro pro Automat veranschlagt. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt und wird mit 47.028 € abgerechnet. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2016 ist eine erhebliche Ertragssteigerung zu verzeichnen. Dennoch konnte das Konsolidierungsziel nicht gänzlich erreicht werden. Die Errichtung des vorgesehenen gebührenpflichtigen Langzeitparkplatzes Weidenstraße/ Grimmel kann aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse vorerst nicht realisiert werden. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 7.972 € nicht erreicht, kann aber ebenfalls durch die positive Entwicklung der Maßnahme 20-09-2016 - Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	32-07-2015 **Erhöhung von Standesamtsumlagen** HSK Ziel 8.000 € vorläufiges Ergebnis 7.379 € Die Standesamtsumlage für die Gemeinden Werther und Hohenstein wird von 75% auf 100% der Aufwandskosten erhöht. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Die Berechnung der Umlage erfolgt auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen für das Vorjahr. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 621,00 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Stadt Nordhausen	40-04-2015 **Aufwandsreduzierung bei der Anbringung von Weihnachtsbeleuchtung** HSK Ziel 20.000 € vorläufiges Ergebnis 18.858 € Die Nichtanbringung von weihnachtlichen Beleuchtungselementen an den Straßenlaternen, Verzicht der Aufstellung von Weihnachtsbäumen im Stadtgebiet sowie Einsparmöglichkeiten bei den Betriebskosten (Energiekosten), ist voraussichtlich anhaltendes Einsparpotential möglich. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 1.142 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 10-02-2015 - Verlängerung der Personalmaßnahme „Sonderurlaub“ ausgeglichen werden.	keine (Zielabweichung unerheblich, weniger als 10 %)	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	40-06-2016 **Neuordnung der Museumslandschaft** HSK Ziel 60.000 € vorläufiges Ergebnis 6.000 € Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Museumslandschaft mit dem Ziel einer schrittweisen Reduzierung des Aufwandes im Konsolidierungszeitraum. Außerdem soll eine stärkere Beteiligung durch ehrenamtliche und museumsnahe Fördervereine erreicht werden. Des Weiteren sollen die Betriebs- bzw. Öffnungszeiten analysiert und eine bessere Koordination der Einrichtungen untereinander erreicht werden. Die Maßnahme wird im Haushaltsjahr 2017 mit 6.000 € abgerechnet. Die Benutzungsgebühren bzw. Eintrittsgelder (Konto 43) sind gegenüber dem Rechnungsergebnis 2014 um 18.483 € gestiegen. Die Aufwendungen (ohne Personalkosten, Abschreibungen und bauliche Unterhaltung) haben sich gegenüber dem Rechnungsergebnis 2014 um 9.007,97 € reduziert.	keine	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Das geplante Konsolidierungsziel von 60.000 € konnte nicht erreicht werden. Für die drei Museen wurde jeweils eine Museumskonzeption verwaltungsintern erarbeitet. Diese müssen in den entsprechenden Gremien beraten werden. Der Prozess einer Gesamtkonzeption für die Museen wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 54.000 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 20-09-2015 – Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-01-2015 **Übertragung der kommunalen Kindertageseinrichtungen an freie Träger** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € 22 Kindertageseinrichtungen decken den Bedarf der Stadt Nordhausen an Betreuungsplätzen ab, davon sind lediglich 2 in kommunaler Trägerschaft. Für diese 2 Kindereinrichtungen muss spezifisches Overhead-Wissen vorgehalten werden, welches bei den Betreibern der Kitas in freier Trägerschaft effizienter vorhanden ist. Um den rechtlichen, dienstleistungsorientierten und organisatorischen Anforderungen Genüge zu tun, müsste Mehraufwand von 1/2 VbE eingeplant werden. Um dem entgegenzuwirken sollen die kommunalen Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft gegeben werden. Da die Mehrpersonalkosten noch nicht geplant wurden und sich daher die Einsparung aufhebt ist diese Haushaltskonsolidierungsmaßnahme nicht in Zahlen darstellbar. Die Kita Betreibung ist momentan durch den Beschluss BV/0619/2016 „Einlage der Beteiligung an der Stadtwerke Nordhausen – Holding für Versorgung und Verkehr GmbH und an	keine (Konsolidierungsbetrag nicht feststellbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		der Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH in den Betrieb gewerblicher Art Kindertageseinrichtungen“ nicht an einen freien Träger übertragbar. Ein Grundsatzbeschluss im Stadtrat, die Betreibung der kommunalen Kita in freie Trägerschaft zu übertragen, kann daher nicht herbeigeführt werden. Weiterhin ist geplant, im Regenbogenhaus 24 neue städtische Kita-Plätze zu schaffen. Die Maßnahme wird ab 2018 bis zur abschließenden Prüfung ruhen.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-03-2015 **Übertragung des Mehrzweckgebäudes "Regenbogenhaus" in freie Trägerschaft** HSK Ziel 60.464 € vorläufiges Ergebnis 60.464 € Durch die Mehrfachnutzung des Gebäudes entstehen erhebliche Aufwendungen für die Bewirtschaftung und die inhaltliche Ausgestaltung. Ziel sollte sein, das Haus inhaltlich mit Leben (Mehrgenerationenarbeit) zu füllen. Die externe Bewirtschaftung soll ausgeschrieben werden (Hausverwaltung). Dabei soll der Mehrgenerationenansatz erhalten bleiben. Durch eine professionelle Bewirtschaftung soll der finanzielle Aufwand auf ein Minimum reduziert werden. Durch die Nutzung des Hauses sollen Erträge erwirtschaftet werden. Es soll geprüft werden, ob eine Überführung des Regenbogenhauses in eine freie Trägerschaft erfolgen kann und welche finanziellen Auswirkungen eine solche Übertragung hat. Die Maßnahme wurde in 2015 hinsichtlich der Aufwandsreduzierung bereits umgesetzt und im Haushaltsjahr 2017 fortgeführt. Für das Haushaltsjahr 2017 kann ein Konsolidierungsbeitrag von 60.464 € abgerechnet werden. Eine Übertragung des Mehrzweckgebäudes „Regenbogenhaus“ von kommunaler in freie Trägerschaft ist aufgrund der Beschlussvorlage BV/0619/2016 „Einlage der Beteiligung an der Stadtwerke Nordhausen – Holding für Versorgung und Verkehr GmbH und an der Städtische	entbehrlich	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Wohnungsbaugesellschaft mbH in den Betrieb gewerblicher Art Kindertages-einrichtungen“ nicht an einen freien Träger übertragbar. Die kommunale Kindertageseinrichtung ist Hauptnutzer des Regenbogenhauses. Die Maßnahme wird hinsichtlich des Konsolidierungsbeitrages fortgeführt. Die Überprüfung zwecks Überführung des Regenbogenhauses in freie Trägerschaft ruht vorerst.			
NDH	**Stadt Nord-hausen**	41-04-2015 **Überprüfung der Sportstätten, Turnhallen und der sonstigen Sportförderung** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Vereine werden stärker an den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten beteiligt. Den Vereinen soll die Möglichkeit gegeben werden, einzelne Sportstätten in ihre Trägerschaft zu übernehmen. Dem Thüringer Landtag liegt derzeit ein Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Sportfördergesetzes vor. Eine Beschlussfassung erfolgte bisher nicht. Diese gesetzlichen Vorgaben werden in die neue Sportförderrichtlinie einfließen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird die Änderung der neuen Sportförderrichtlinie sowie die weitere Prüfung bzw. Bearbeitung dieser Maßnahme ruhen. Unter Berücksichtigung möglicher Auswirkungen durch die Gebietsreform und der daraus folgenden Eingemeindungen, werden hier ggf. neue Objekte hinzukommen. Ziel ist es, auch diese Einrichtungen einzubeziehen und in die neue Sportförderrichtlinie aufzunehmen. Die Maßnahme wird ab 2018 ruhen.	keine (Gesetzentwurf))	keine	keine

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	**Stadt Nordhausen**	41-05-2015 **Überprüfung der Leistungen für außerschulische Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Örtlich zuständiger Träger ist der Landkreis Nordhausen. Ein Engagement der Stadt Nordhausen muss daher kritisch geprüft werden. Bei Aufgabenübertragung soll eine Kostenerstattung durch den Landkreis erfolgen. Die Stadt Nordhausen leitet ihre Aufgabenzuständigkeit für Leistungen außerschulischer Jugendbildung, Jugendarbeit, Soziales und Sport aus § 2 der Thüringer Kommunalordnung – Eigene Aufgabe – ab. Absatz 2 zählt einen nicht abschließenden Katalog von eigenen Aufgaben auf. Dazu gehören in diesem Zusammenhang insbesondere die harmonische Gestaltung der Gemeindeentwicklung, die Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen Lebens und die gesundheitliche und soziale Betreuung. Kultur, Kunst, Brauchtum sowie der Sport genießen außerdem den Schutz und die Förderung des Landes und der Gebietskörperschaften durch Art. 30 der Thüringer Verfassung. Deshalb wird die Stadt sich an den in § 2 ThürKO genannten Inhalten orientieren und finanzielle Mittel für - Jugendarbeit in Form der offenen Türarbeit, der aufsuchenden Arbeit und der Bildungsarbeit, - Seniorenarbeit in Form niedrigschwelliger Angebote, - Unterstützung bedürftiger Personen durch soziale Projekte, - bürgerschaftliches Engagement in Vereinen und - Integration von Flüchtlingen in angemessener Höhe zur Verfügung stellen.	keine (Mitwirkungspflichten der Kommunen an der Jugendarbeit)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Diese Mittel werden insbesondere für die Prävention gegen Radikalisierung und Vandalismus in der örtlichen Gemeinschaft eingesetzt. Sie dienen der Sozialraumentwicklung in der Stadt und in den Ortsteilen. Aufgrund der v. g. Erläuterungen und den Entscheidungen durch den Stadtrat der Stadt Nordhausen sind keine Konsolidierungsbeiträge zu ermitteln. Die Maßnahme ruht vorerst.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	61-01-2016 **Erhebung von Ausgleichsbeträgen im Sanierungsgebiet** HSK Ziel 0 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Stadt hat ein Sanierungsgebiet. Innerhalb dieses Gebietes wurden bisher keine Bescheide erlassen, welche Eigentümer an der Wertsteigerung beteiligen. Erlass einer Sanierungssatzung zur Erhebung von Ausgleichsbeiträgen im Sanierungsgebiet. Der Eigentümer eines im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücks hat zur Finanzierung der Sanierung an die Gemeinde einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten ..."(§ 154 Abs. 1 Satz 1 BauGB). Die Stadt hat diesen Ausgleichsbetrag spätestens mit Abschluss der Sanierung (Aufhebung der Sanierungssatzung oder Entlassung einzelner Grundstücke aus dem Sanierungsgebiet) von den Eigentümern zu erheben. Hierzu bedarf es keiner weiteren Satzung, Grundlage ist die „Satzung über die städtebauliche Sanierungsmaßnahme nach § 142 Abs.1 u. 3 BauGB" (Sanierungssatzung) vom 21.02.1991. Im Rahmen der gebotenen Fortführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Altstadt" kann die Stadt diese Ausgleichsbeträge nach Bewilligung durch den Freistaat für Vorhaben im Sanierungsgebiet wieder einsetzen – und tut dies bereits auch. Als „sanierungsbedingte Einnahme" verwendet die Stadt Verkaufserlöse der Grundstücke aus dem Sanierungsvermögen einschließlich ermittelter	keine (Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Wertsteigerungen (Ausgleichsbeträge) für neue Grunderwerbe in der Sanierungsmaßnahme. Insofern wird damit der städtische Haushalt bereits entlastet. Die Ausgleichsbeträge sind Einnahmen für das Sanierungsvermögen, die Stadt kann darüber nicht frei verfügen. Denn „ergibt sich nach der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme … bei der Gemeinde ein Überschuss der bei der Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme erzielten Einnahmen über die hierfür getätigten Ausgaben, so ist dieser Überschuss auf die Eigentümer der im Sanierungsgebiet gelegenen Grundstücke zu verteilen.“ (§ 156a Abs.1 Satz 1 BauGB). Der Stadt stehen hier also nur dann Finanzmittel aus einem mit Ausgleichsbeträgen mitfinanzierten Überschuss im Verhältnis ihrer Grundstücke im Sanierungsgebiet zu und dies auch erst nach Abschluss der Abrechnung der Sanierungsmaßnahme. Daraus ergibt sich, dass die Erhebung von Ausgleichsbeträgen zur derzeitigen Konsolidierung des Haushalts nicht geeignet ist. Die Maßnahme ruht.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	65-01-2015 **Teilweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen** HSK Ziel 165.000 € vorläufiges Ergebnis 0 € Die Stadt Nordhausen mit ihren Ortsteilen hat einen Bestand von 5.500 Lichtpunkten. In den letzten Jahren wurde ein großer Teil dieser Lichtpunkte mit energieeffizienten Lampen umgerüstet. Bei weiteren 1.200 Lichtpunkten ist eine Umrüstung auf LED-Lampen sinnvoll. Die Kosten werden auf ca. 900.000 € geschätzt. Der notwendige rentierliche Kredit konnte erst Ende des Jahres 2016 aufgenommen werden. Die Umsetzung der Maßnahme hat sich im Haushaltsjahr 2017 erneut verzögert. Die erste Ausschreibung und	keine (rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht zielführend)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		das dazugehörige Vergabeverfahren erfolgten im April 2017. Nach Einspruch eines Bieters bei der Vergabekammer Thüringen erfolgte ein Nachprüfungsverfahren. Im Ergebnis des Nachprüfungsverfahrens musste die Ausschreibung aufgehoben werden und das Vergabeverfahren im August 2017 erneut durchgeführt werden. Die praktische Umsetzung begann im Dezember 2017. Für das Haushaltsjahr 2017 kann somit noch kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet werden. Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 165.000 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahmen 65-03-2015 – Bewirtschaftung des Friedhofs und Anpassung der Friedhofsgebühren und 65-04-2015 – Neuordnung des Krematoriums ausgeglichen werden.			
NDH	**Stadt Nordhausen**	65-02-2015 **Reduzierung des Winterdienstes im Stadtgebiet Nordhausen und den Ortsteilen** HSK Ziel 75.000 € vorläufiges Ergebnis 64.901 € Der Winterdienst ist in drei Räumstufen eingeteilt. Mit der neuen Projektierung der Straßen in den Räumstufen kommt es zu Einsparungen im Salzverbrauch. Durch die zeitlich veränderte Abfolge werden keine zusätzlichen Firmen gebunden. Die geplante Reduzierung funktioniert allerdings nur bei einem „normalen" Winterdienst. Bei extremen Witterungsbedingungen muss neu entschieden werden. Die Maßnahme wurde bereits 2014 per Stadtratsbeschluss umgesetzt, daher sind die Einsparungen von 75.000 € bereits im Plan berücksichtigt. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2015 umgesetzt und entsprechend fortgeführt. Für das Haushaltsjahr 2017 können gegenüber dem veranschlagten Konsolidierungsbeitrag von 75.000 € nur 64.901 € abgerechnet werden.	keine (voller Konsolidierungsbetrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
		Im Vergleich wurde das Konsolidierungsziel im Haushaltsjahr 2017 mit einem Betrag von 10.099 € nicht erreicht, kann aber durch die Maßnahme 20-09-2015 – Erhöhung der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.			
NDH	**Gemeinde Urbach**	**keine**	-	-	-
NDH	**Gemeinde Werther**	**Reduzierung Ausgaben für das Amtsblatt** Die Maßnahme konnte nicht in vollem Umfang umgesetzt werden, denn die monatliche Ausgabe des Amtsblattes aufgrund von Veröffentlichungen von Gemeinderatsbeschlüssen und amtlichen Mitteilungen muss zeitnah erfolgen. Hier konnte jedoch die Seitenzahl reduziert werden, dadurch wurden 2.104,61 € eingespart (geplante Einsparung: 3.200,00 €).	keine (voller Konsolidierungs-betrag objektiv nicht erreichbar)	keine	keine
		Reduzierung Bewirtschaftungskosten in der Kita Werther Durch die Kündigung des Vertrages mit der Nordhäuser Wach-und Schließgesellschaft mbH sollten Bewirtschaftungskosten in Höhe von 2.600,00 € eingespart werden. Der Vertrag konnte aufgrund der Alarmaufschaltung i.V. mit der installierten Hausalarmanlage und dem Schließsystem nicht gekündigt werden. Daher entfällt diese Sparmaßnahme.	keine (objektiv nicht umsetzbar)	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK	Renthendorf	- Austritt aus Gemeine-und Städtebund (derzeit Verzicht auf Mitgliedsbeiträge) - Austritt aus Zweckverband Brehm, kann erst nach Gründung Stiftung erfolgen - Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED, wegen vorläufiger HH-Führung bis Ende 2017 nicht umgesetzt - Energ. Umrüstung Wohngebäude, wegen Schimmelbefall nicht umgesetzt			
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf	- Austritt aus Gemeine-und Städtebund (derzeit Verzicht auf Mitgliedsbeiträge) - Verkauf ehem. Schulgebäude, wegen fehlender Mittel für Wertgutachten - Überarbeitung FFw-Gebührensatzung, Friedhofsgebührensatzung, Gebührennutzungsordnung noch nicht umgesetzt wegen interne Probleme innerhalb VG - Anpassung Friedhofsgebührensatzung, keine Ausgaben daher noch nicht erfolgt - Logenvermietung, nicht mögl. wegen Zweckbindung Fördermittel - Umrüsteung Straßenbeleuchtung auf LED wegen fehlender finz. Mittel noch nicht umgesetzt			
SHK	Bobeck	Umsetzung der Maßnahmen erfolgt erst in 2018, da			

		Aufstellung und Genehmigung erst im Dezember 2017 erfolgten			
SHK	Heideland	- Veräußerung Immobilien, (in 2018 angelaufen) - Erhöhung Steuerhebesätze, nicht umgesetzt, da bereits über den Durchschnitt			
SHK	Stadt Kahla-	- Interkommunale Zusammenarbeit, kein Interesse von umliegenden Gemeinde - Bürgerbeteiligung, speziell Freibad, bisher kein Erfolg			
SHK	Stadt Bürgel	- Verkauf Gebäude Jenaer Str.21, Verkauf in 2018 erfolgt, Einnahmen in 2018 erzielt - Verkauf Klosterteich, Vertragsabschluss erst 2018 möglich			
SHK	Stadt Stadtroda	- Personalentwicklungskonzept, (in Arbeit) - Überarbeitung Gebührensatzung FFw, an Klalkulation wird gearbeitet - Rodastadion, Überprüfung bestehender Verträge (Nutzer hat Verlängerungsoption in Anspruch genommen) - Erstellung Parkraumkonzept (in Auftrag gegeben) - Änderung Betreibung Dorfgemeinschaftshaus, geführte Gespräche haben zu keinem Ergebnis geführt - Schützenhaus SRO, geführte Gespräche haben zu keinem Ergebnis geführt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 (Schreiben des TMIK vom 21.01.2016)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SLF-RU	Gräfenthal	- Anpassung der FFW-Satzung - Anpassung der Gebührensatzung Friedhof - Umstellung Straßenbeleuchtung auf LED			
	Dröbischau	- Vermietung Vereinshaus Egelsdorf			
	Lichte	- Verkauf von Wohngebäuden - Erhöhung Kita-Gebühren			
	Reichmannsdorf	- Einsparung Bauhof 0,5 VbE			
	Lehesten	- Anpassung der Friedhofsgebühren - Neukalkulation Benutzungsentgelte Kulturhaus			
	Leutenberg	- Anpassung der Friedhofsgebühren			
	Katzhütte	- Zusammenlegung der FFW Katzhütte und Oelze - Sporthalle, Sportplatz – Kostenbeteiligung der Vereine - Einsparung Reisekosten / Entschädigung Bürgermeister			
	Bad Blankenburg	- Anpassung der Feuerwehrgebührensatzung - Anpassung der Friedhofsgebühren			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	028 Henneberg	Anpassung der Friedhofsgebühren - Kalkulation wurde noch nicht erstellt; die Stadt Meiningen (erfüllende Gemeinde) wird aufgefordert, die Kalkulation zeitnah vorzulegen			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	074 Brotterode-Trusetal	Einführung digitaler Sitzungsdienst um Arbeitszeit und Kosten einzusparen			
		Veräußerung kommunalen Vermögens; nicht benötigten Grundvermögen steht nach wie vor in der Vermarktung			
		Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Aufgabenbereich Bauhof nach Ausscheiden zum 31.07.2015; die Stadt hatte diesbezüglich erläutert, dass zur Absicherung des Winterdienstes diese Stelle unbedingt wiederbesetzt werden muss – gemäß Stadtratsbeschluss vom 01.10.2017 für 2 Jahre befristet wiederbesetzt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 (Schreiben des TLVwA vom 03.05.2018)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	Bad Lobenstein	Gebietsreform - Zusammenschluss mit VG Saale-Rennsteig und der Stadt Wurzbach bis zum Jahr 2019 wird nicht erfolgen	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Erlöse Grundstücksverkäufe Erschließungsgebiet Gallenberg-> Verkauf Grundstücke Sorge-Weg erfolgten nicht wie erwartet	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Veräußerung der Hälfte der Stimmrechte (KET), die aus dem jährlichen Wertzuwachs entstehen (Prüfung)	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Streichung Reserve für mögliche Havarien Ardesia-Therme->aufgrund zunehmendem Reparaturbedarfs Umsetzung nicht möglich	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Zentralisierung Feuerwehren (nur Prüfung)			
		Verkauf der Vereinshäuser (nur Prüfung)			
		Garagengemeinschaften – Verkauf (nur Prüfung)			
		BgA Verpachtung Kurmittelhaus – Übernahme des Betriebes nach Ablauf der Fördermittelbindung durch einen privaten Betreiber ->Umsetzung nicht möglich			
SOK	Blankenberg	Neue Friedhofsgebührensatzung, in Arbeit	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Heizungserneuerung im Haus der Vereine zur Kosteneinsparung, zeitlich verschoben	Entfällt	Entfällt	Entfällt
SOK	Pottiga	Kosteneinsparung im Bereich Bauhof	Entfällt	Entfällt	Entfällt
SOK	Neundorf (LBS)	Erhöhung des Kostendeckungsgrades auf dem Kommunalen Friedhof. Neue Gebührenkalkulation, kostendeckende Gebühren-neue Friedhofsatzung/Friedhofgebührensatzung-soll 2018	Entfällt	Entfällt	Entfällt

		umgesetzt werden			
SOK	Schlegel	Übertragung des kommunalen Sportplatzes mit Sportlerheim zur Bewirtschaftung an den örtlichen Sportverein zur Kostenersparnis für die Gemeinde ca. 800,00 €/Monat	Entfällt	Entfällt	Entfällt
SOK	Geroda	Austausch Leuchtmittel für Straßenbeleuchtung gegen LED-Leuchten	Entfällt	Entfällt	Entfällt
SOK	Ranis	Schließung des Burgmuseums	Entfällt	Entfällt	Entfällt
SOK	Tanna	Einnahmen aus Nutzung der Sportanlagen durch den Schulsport generieren Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Die Verhandlungen mit dem Landkreis laufen nach wie vor. Wann mit einem Abschluss der Nutzungsvereinbarung zu rechnen ist, ist momentan noch nicht absehbar.	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Sie befindet sich nach wie vor in Bearbeitung. Da sich das Straßennetz der Stadt Tanna auf fast 50 km beläuft, ist die Erarbeitung der Straßennetzkonzeption sehr aufwendig. Ein wachsendes Problem stellt auch die zunehmende Verschlechterung bis hin zur totalen Zerstörung der Straßen und Feld- und Waldwege dar, welche durch die LKW's und landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge verursacht werden.	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Veräußerung von Anteilen an der Fernwärmeversorgung Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Die Stadt Tanna befindet sich nach wie vor in Verhandlungen mit der TEAG Thüringer Energie AG. Zum momentanen Zeitpunkt ist jedoch noch nicht sicher, ob es bei der Veräußerung der Anteile an die TEAG Thüringer Energie AG einen Kaufpreis gibt oder ob diese über eine Eigenkapitalerhöhung realisiert wird.	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Widerspruch gegen den Kreisumlagebescheid des	Entfällt	Entfällt	Entfällt

		Jahres 2017 einlegen Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist bereits zum Teil erfolgt. Die Stadt Tanna hat fristgemäß beim Landkreis Widerspruch eingelegt und hat eine Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt, sie im Widerspruchsverfahren zu vertreten. Zum jetzigen Zeitpunkt werden die entsprechenden Verwaltungsvorgänge gesichtet und ausgewertet.			
SOK	Wurzbach	Senkung Aufwandsentschädigung Ortsteil-BGM	Entfällt	Entfällt	Entfällt
		Verkauf Sportlerheim Titschendorf	Entfällt	Entfällt	Entfällt

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

LK – Sömmerda: Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	1.Andisleben	M1: Kürzung Vereinsunterstützung M3: Minderung Unterhaltungskosten Jugendclub M7: Baumfällung u. Beräumung Mahlgera u.Radweg			
SÖM	2.Eßleben/Teutleben	Steigerung Holzverkauf – Maßnahme wurde zu 84 % umgesetzt			
SÖM	3.Großmölsen	M1: Zusatzeinnahmen durch Nutzungsentgelt Kirchgasse 10 M2: Einsparung Energiekosten – Nutzung Räumlichkeiten Bürgerhaus			
SÖM	4.Guthmannshausen	Die Gemeinde hat ihre bisherigen Maßnahmen umgesetzt und weiter fortgeführt. Trotzdem konnte die Haushaltsplanung 2017 nicht wie beabsichtigt umgesetzt werden. Ein Bedarfszuweisungsantrag für 2018 wird beabsichtigt.			
SÖM	5.Kleinbrembach	Reduzierung der Ausgaben für Heimat – und Kulturpflege – Umsetzung der Maßnahme nicht mehr erforderlich, da Gemeinde eine freie Finanzspitze ab Rechnungsergebnis 2017 bis 2021 wieder dauerhaft ausweisen kann.			

Zu 1. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Andisleben die dauernde Leistungsfähigkeit ab dem Jahresabschluss 2017 bis 2021 wieder dauerhaft darstellen kann. Das für 2017 beabsichtigte Konsolidierungspotential konnte trotz der fehlenden Umsetzung der benannten 3 Maßnahmen übererfüllt werden.

Zu 2 / 4 / 5 Die benannten 3 Gemeinden haben einem Antrag auf Bildung einer Landgemeinde (hier: Buttstädt) ab dem 1.1.2019 zugestimmt.

Zu 3. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Großmölsen das in 2017 beabsichtigte Konsolidierungspotential trotz der fehlenden Umsetzung der benannten 2 geringfügigen Maßnahmen übererfüllen konnte.

Landratsamt Sömmerda
-Kommunalaufsicht-
Bahnhofstraße 9
99610 Sömmerda

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	Stadt Schalkau	Reduzierung des Zuschussbedarfs für das Tourismusbüro (teilweise umgesetzt)	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde		
		Einsparung der Aufwandsentschädigung von Ortssprechern (nicht umgesetzt)	s. o.		
		Übernahme der Schwimmmeistertätigkeit durch Bauhofmitarbeiter bei Öffnung des Freibads (nicht umgesetzt)	s. o.		
		Reduzierung des Zuschussbedarfs für Dorfgemein-schaftshäuser (teilweise umgesetzt)	s. o.		
		Reduzierung der Zuschüsse an Vereine und Veran-staltungen (teilweise umgesetzt)	s. o.		
SON	Stadt Sonneberg	Ehrung von betagten Bürgern (jährlich ab dem 90. Geburtstag) sowie Ehejubiläen (teilweise umgesetzt)	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde.		
		Sponsoring durch Unternehmen (teilweise umgesetzt)	s.o.		
		Rückbau und Zusammenlegung von Spielplätzen (teilweise umgesetzt)	s.o.		

		Baumfällgenehmigung Umsetzung in 2018 geplant	s.o.		
		Neuorganisation Tiergarten Änderung des Betreibers zum 01.05.2017	s. o.		
		Pflege Straßenbegleitgrün (teilweise umgesetzt)	s.o.		
		Bußgelder bei mangelnder Grabmalstandfestigkeit und vernachlässigter Grabpflege (nicht umgesetzt)	s.o.		
		Vereinsheime (Änderung Pachtverträge) (teilweise umgesetzt)	s.o.		
		Verkauf Garagenflächen (nicht umgesetzt)	s.o.		
		Nichtrückzahlung Bedarfszuweisung aus 2014 (nicht umgesetzt) (Antrag wurde abgelehnt)	Keine Beanstandung, da Antrag von der Bewilligungsbehörde abgelehnt wurde		
		Straßenunterhalt - Umsetzung in 2018 geplant	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde		
		Straßenausbaubeitragssatzung (nicht umgesetzt) Umsetzung in 2018 geplant	s.o.		
SON	Stadt Steinach	Umbau Eingangsbereich Museum für Touristin-formation (nicht umgesetzt) Umsetzung in 2018 geplant	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde.		
		Neufassung Hallenbenutzungsordnung, Beteiligung	s. o.		

		Sportverein (SV) an Betriebskosten nicht umgesetzt - Umsetzung 2018 geplant			
		Übertragung Betreibung Rasenplatz an Sportverein nicht umgesetzt – Umsetzung 2018 geplant	s. o.		
		Reduzierung Personalkosten Touristinformation durch Mitbetreuung Museum (teilweise umgesetzt)	s. o.		
		Erhöhung Mietauslastung bei den Gebäuden Schloss und Ärztehaus (teilweise umgesetzt)	s. o.		
		Änderung Mietvertrag DRK – Beteiligung an den Betriebskosten Umsetzung erfolgt erst ab 01/2018	s. o.		
		Verkauf von Wohnhäusern durch intensive Bewerbung der Objekte (teilweise umgesetzt)	s.o.		
SON	Stadt Lauscha	Beantragung, die rückzahlbare in eine nicht rückzahlbare Überbrückungshilfe umzuwandeln (nicht umgesetzt) Antrag wurde abgelehnt.	Keine Beanstandung, da Antrag von der Bewilligungsbehörde abgelehnt wurde		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017
(Schreiben des TMIK vom 30.01.2017)
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich/ entbehrlich)**
Maßnahmekatalog Nr. 2 **Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen** Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 3 **Gewerbesteuer - Anhebung Hebesätze** Stufenweise Anhebung des Hebesatzes in 2015 um 25 % auf 435 % und 2017 Erhöhung um 25 % auf 460 %	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 4 **Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen** Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 5 **Straßenbeleuchtung - Wohnungsbaugesellschaften** Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften, hierdurch Verlustminderung EB-KDS	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 7 **Sportstätten** Schließung von mindestens 2 weiteren Sporthallen, Erhöhung der Einnahmen aus Sporthallennutzung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 8 **Musikpflege** Reduzierung Zuschüsse an MKGD	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 15 **Elternbeiträge Kindertagesstätten und -pflege** Reduzierung der Personal- und Sachkostenzuschüsse	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 17 **Budgets Jugendförderplan** Reduzierung Zuschussbedarf im Jugendförderplan	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 23 **Erträge Gartenpacht** Erhöhung der Erträge aus der Gartenpacht	erheblich

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	Bewertung (erheblich/ entbehrlich)
Maßnahmekatalog Nr. 28 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Überarbeitung der Entgeltordnung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 30 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Steigerung der sonstigen Erträge	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 31 **Betrieb Stadtbücherei** Steigerung der Erträge aus diversen Quellen	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 32 **Soziale Einrichtungen für Wohnungslose** Reduzierung des Bestandes an Unterkünften	entbehrlich, da ohne Einfluss auf Haushalts-ausgleich im Finanzplan
Maßnahmekatalog Nr. 33 **Etablierung eines Sozialhilfecontrollings** Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	entbehrlich, da geplante Einsparung-en anderwei-tig kompen-siert werden
Maßnahmekatalog Nr. 34 **Sportstätten** Reduzierung der Kosten im Bereich der Sportplätze	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 35 **Etablierung eines Jugendhilfecontrollings** Intensivierung der Einzelfallsteuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch Schaffung einer Stelle 1,0 VbE für den Bereich Jugendhilfecontrolling	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 37 **Gebührenstruktur Musikschule** Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 42 **Vollstreckung** Erhöhung der Realisierungsquote im Bereich der Vollstreckung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 45 **Steuern & Controlling** Implementierung eines Controlling- und Steuerungskonzepts, Schaffung einer Stelle 0,5 VbE	erheblich

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich/ entbehrlich)**
Maßnahmekatalog Nr. 47 **Wohnungsbauförderung** Standardreduktion im Bereich Wohnungsbauförderung um 0,10 VbE. Einsatz der 0,10 VbE zur Intensivierung der Fördermittelbearbeitung und -akquise	entbehrlich, da ohne Einfluss auf Haushalts-ausgleich im Finanzplan
Maßnahmekatalog Nr. 49 **EB KDS – Gemeindearbeiter** Vereinheitlichung der Standards und Umsetzung der Zusammenlegung von Gemeindearbeitern und Grünpflege	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 50 **Spielplätze** Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	erheblich

Suhl, 15.05.2018

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
Maßnahmekatalog Nr. 2 Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen	Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	Im Jahr 2015 konnte keine Gewinnausschüttung erfolgen, da das Jahresergebnis 2014 der Gesellschaft ohne Überschuss war. Die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2015 i. H. v. 2.600 T€ ist Anfang 2017 erfolgt. Für 2016 betrug der Bilanzgewinn der SBB 271 T€ und wurde aufgrund notwendiger geplanter umfangreicher Instandhaltungsmaßnahmen auf neue Rechnung vorgetragen, um insbesondere den bestehenden Instandhaltungsstau von ca. 5 Mio € beim CCS abzubauen.
Maßnahmekatalog Nr. 3 Gewerbesteuer - Anhebung Hebesätze	Stufenweise Anhebung des Hebesatzes in 2015 um 25 % auf 435 % und 2017 um 25 % auf 460 %	Mit der am 08.06.2016 erfolgten Änderung der VV-Bedarfszuweisungen wurden die für den Zeitraum der Haushaltskonsolidierung vorgegebenen Mindesthebesätze für die Gewerbesteuer herabgesetzt. Auf Antrag aller Fraktionen beschloss daraufhin der Stadtrat der Stadt Suhl mit Beschluss Nr. 325/95/2016 vom 21.09.2016 in Anwendung der geänderten VV-Bedarfszuweisungen die Herabsetzung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ab dem Jahr 2017 auf 424 %. Trotz Senkung des Hebesatzes erhöhten sich die Vorauszahlungen 2017 gegenüber den Vorauszahlungen 2016 um rund 380 T€. Die Einnahmen der Stadt sind im Wesentlichen abhängig von den Gewerbeerträgen der steuerpflichtigen Unternehmen und können seitens der Stadt Suhl nicht beeinflusst werden.
Maßnahmekatalog Nr. 4 Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen	Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung um 180 T€ in 2015 und ab 2016 um 250 T€ derzeitiger Gesamtzuschuss im Plan 2014: 6.840.590 €	Die vorgesehene Leistungskürzung ist wie beschlossen umgesetzt. Jedoch musste der Zuschuss an den EB-KDS wegen anderer notwendiger und unaufschiebbarer Maßnahmen insgesamt erhöht werden.

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
Maßnahmekatalog Nr. 5 Straßenbeleuchtung - Wohnungsbaugesellschaften	Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften, hierdurch Verlustminderung EB-KDS - Einsparung von 20 T€ jährlich	Im Ergebnis der geführten Verhandlungen zur Kostenübernahme der Straßenbeleuchtungsanlagen haben sich zwei Wohnungsgesellschaften dafür entschieden, für die auf ihren Grundstücken befindlichen Anlagen die Kosten für Energie und Instandhaltung in Form einer jährlichen Pauschale von 10,1 T€ zu tragen. Die dritte Wohnungsgesellschaft hat sich für eine Abschaltung und den vollständigen Rückbau der Anlagen auf ihren Grundstücken entschlossen. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss zur Abschaltung/Reduzierung der Straßenbeleuchtung in den Wohngebieten wurde am 11.02.2015 mit der Nr. 121/24/2014 gefasst und die Abschaltung zum 27.04.2015 realisiert. Die durch Rückbau und Abschaltung erzielten Einsparungen an Elektroenergie für die Straßenbeleuchtung sind in der Maßnahme Nr. 51 enthalten. Das ursprünglich geplante Konsolidierungspotential dieser Maßnahme kann deshalb nicht mehr erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 7 Sportstätten	Schließung von mindestens 2 weiteren Sporthallen, Erhöhung der Einnahmen aus Sporthallennutzung durch Erhebung einer Betriebskostenpauschale	Die Schließung von 2 weiteren Sporthallen konnte bisher nicht erfolgen. Für die Sporthalle Friedberg ist vorgesehen, in 2018 einen Mietvertrag zur dauerhaften Nutzung für die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende mit dem Freistaat Thüringen abzuschließen. Es wird davon ausgegangen, dass das geplante Konsolidierungspotential von 50 T€ p. a. ab 2019 erreicht wird. Eine zweite Sporthalle wird ab dem Schuljahr 2018/2019 bis voraussichtlich 2020 durch eine Grundschule genutzt. Die Schließung der Sporthalle kommt deshalb erst ab 2021 in Frage und wird geprüft. Eine Kostenbeteiligung durch Sportvereine an den Betriebskosten ist rechtlich nicht möglich, da gem. § 14 Abs. 2 Satz 1 ThürSportFG die Nutzung von Sportanlagen u. a. für anerkannte Sportorganisationen i. d. R. unentgeltlich zu gewähren ist. Die Novellierung des ThürSportFG ist für 2018 vorgesehen. Die Förderung des Sports soll dann ausdrücklich als kommunale Pflichtaufgabe definiert werden.
Maßnahmekatalog Nr. 8 Musikpflege	Reduzierung Zuschüsse an MKGD	Die Maßnahme wurde mit Vertragsänderung vom 18.02.2015 und 23.02.2015 umgesetzt. Das für 2017 geplante Konsolidierungspotential konnte nicht vollständig erreicht werden (-600 €).
Maßnahmekatalog Nr. 15 Elternbeiträge Kindertagesstätten und -pflege	Reduzierung der Personal- und Sachkostenzuschüsse	Beschluss des Stadtrates Nr. 214/117/2015 vom 18.11.2015 zur Senkung der Sachkostenzuschüsse um 15 € pro Kind und Monat ab 2016 und um weitere 15 € pro Kind und Monat ab 2017. Aufgrund sich ändernder Kinderzahlen und

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
		der gesetzlichen Änderung zum ThürKitaG ab 01.01.2018 kann das Konsolidierungspotential aktuell nicht konkretisiert werden.
Maßnahmekatalog Nr. 17 Budgets Jugendförderplan	Reduzierung Zuschussbedarf im Jugendförderplan auf 760 T€ ab 2017 zzgl. Steigerungsrate von 1,5 % für Folgejahre	Das Budget für den Jugendförderplan 2018-2022 wurde mit Beschluss des Stadtrates Nr. 44/72/2017 als notwendiger Bedarf bestätigt. Der Jugendförderplan ist eine Pflichtaufgabe nach § 80 SGB VIII. Das ursprünglich geplante Konsolidierungspotential ab 2018 kann damit nicht mehr erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 23 Erträge Gartenpacht	Erhöhung der Erträge aus der Gartenpacht durch Festsetzung der Pachtsätze ab 2017 auf 0,30 €/m²/Jahr für unbebaute Gartengrundstücke und auf 0,50 €/m²/Jahr für bebaute Gartengrundstücke	Eine Erhöhung der Gartenpacht kann nur vollzogen werden, wenn der Wert der Erhöhung durch ein Gutachten entsprechend untersetzt wird. Mit der Erstellung des Gutachtens wurde das Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation im Januar 2017 beauftragt. Nach Vorliegen des Gutachtens kann in 2018 eine Prüfung und Beschlussfassung zur Pachterhöhung erfolgen, welche sich dann ab 2019 auswirken kann. Das für die Jahre 2017/2018 geplante Konsolidierungspotential kann daher nicht realisiert werden.
Maßnahmekatalog Nr. 28 Betrieb und Unterhalt Tierpark	Überarbeitung der Entgeltordnung	Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte mit Beschluss des Stadtrates Nr. 279/49/2016 vom 25.05.2016. Der Konsolidierungserfolg ist maßgeblich von der Besucherzahl abhängig. In 2016 und 2017 konnte das angestrebte Konsolidierungspotential trotz Anpassung der Entgeltordnung nicht erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 30 Betrieb und Unterhalt Tierpark	Steigerung der sonstigen Erträge	Die Maßnahme wird seit 2016 wie geplant umgesetzt. Die tatsächliche Steigerung der Erträge hängt jedoch maßgeblich vom Besucheraufkommen und der Witterung ab.
Maßnahmekatalog Nr. 31 Betrieb Stadtbücherei	Steigerung der Erträge aus diversen Quellen, u.a. durch Anpassung der Entgeltordnung	Die neue Entgeltordnung befindet sich derzeit noch in der Kalkulation und wird voraussichtlich 2019 in Kraft treten. Zur Erschließung weiterer Einnahmequellen wurden bereits Probeläufe durchgeführt, jedoch bisher ohne Erfolg. Es wird laufend an weiteren Konzepten und deren Umsetzung gearbeitet. Das Konsolidierungspotential für 2017/2018 kann aus diesen Gründen nicht realisiert werden.
Maßnahmekatalog Nr. 32 Soziale Einrichtungen für Woh-	Reduzierung des Bestandes an Unterkünften	Die Umsetzung der Maßnahme konnte in 2017 noch nicht erfolgen, da auf die öffentliche Verkaufsausschreibung kein Angebot einging. Es ist nun geplant,

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
nungslose		den Verkauf im Frühjahr erneut auszuschreiben. Die Maßnahme hat keinen Einfluss auf den Haushaltsausgleich im Finanzplan.
Maßnahmekatalog Nr. 33 Etablierung eines Sozialhilfecontrollings	Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	Das Fachamt erachtet die Einrichtung eines Sozialhilfecontrollings für nicht sinnvoll. Aufgrund der nunmehr in Kraft getretenen gesetzlichen Regelungen der Eingliederungshilfe ist ein neues Hilfebedarfsfeststellungsverfahren mit Wirkung vom 01.01.2018 verbindlich vorgeschrieben. Seitens des Fachbereiches wird ein Personalmehrbedarf für ein fachbezogenes Fallmanagement hier im Vergleich zum Erfordernis eines zentralen Controllings für rechtlich zwingend notwendig und sinnvoll erachtet. Eine abschließende Prüfung und Entscheidung steht dazu konkret noch aus. Ungeachtet dessen hat sich für den Bereich der Leistungen des Sozialhilfeträgers der kommunale Zuschussbedarf gegenüber der ursprünglichen Prognose trotz steigender Auszahlungen verbessert. Das begründet sich i. d. R. durch seitens der Stadt Suhl nicht beeinflussbare Faktoren wie Fallzahlentwicklung, Veränderung der Kostensätze, Gesetzesänderungen, Höhe der Erstattungsregelungen, Veränderung der sozialen Struktur der Bevölkerung etc..
Maßnahmekatalog Nr. 34 Sportstätten	Reduzierung der Kosten im Bereich der Sportplätze durch Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zur Kostenreduzierung	Im Jahr 2018 wird ein Rahmenplan zum Umbau des Auestadions in den Auesportpark erstellt. Die Sanierung des Auestadions soll anteilig mit Fördermitteln erfolgen. Erst nach Fertigstellung des Auesportparks kann voraussichtlich ab 2021 ein anderer Sportplatz geschlossen und damit Einsparpotential erzielt werden. In den Jahren 2018/2019 wird ein Sportstättenentwicklungsplan erarbeitet, um weitere Einsparmöglichkeiten zu erschließen.
Maßnahmekatalog Nr. 35 Etablierung eines Jugendhilfecontrollings	Intensivierung der Einzelfallsteuerung im Bereich der Hilfen zur Erziehung durch Schaffung einer Stelle 1,0 VbE für den Bereich Jugendhilfecontrolling	Es ist nicht konkret auf Produktsachkontenebene abrechenbar, inwieweit sich Ergebnisses eines Fachcontrollings auf die Jugendhilfekosten auswirken. Ein Konsolidierungspotential ist deshalb nicht mehr darstellbar.
Maßnahmekatalog Nr. 37 Gebührenstruktur Musikschule	Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016. Die entsprechende Entgeltordnung vom 27.05.2008 in der	Trotz Erhöhung der Entgelte mit neuer Entgeltordnung ab 01.02.2016 konnte keine Erhöhung der Einnahmen aus Teilnehmerentgelten insgesamt verzeichnet werden. Das ist im Wesentlichen auf ein reduziertes Angebot im

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
	Fassung vom 05.04.2012 wurde durch Beschluss des Stadtrates Nr. 220/123/2015 vom 18.11.2015 zum 01.02.2016 neu in Kraft gesetzt. Die Erhöhung der Gebühren um 10 % über dem Landesdurchschnitt wurde damit erfüllt.	Bereich der musikalischen Früherziehung zurückzuführen (Mutterschutz und Elternzeit der Kollegin). Ab 2018 ist die Realisierung des Konsolidierungspotentials geplant.
Maßnahmekatalog Nr. 42 Vollstreckung	Erhöhung der Realisierungsquote im Bereich der Vollstreckung durch Verbesserung der Informationsgrundlagen und Reduzierung der händischen Aktenführung	Die Erhöhung der Realisierungsquote des Forderungseinzugs mit Hilfe von Vollstreckungsmaßnahmen kann nicht konkret auf Produktsachkontenebene in die Haushaltsplanung aufgenommen werden. Der Erfolg ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Schuldner und nur bedingt beeinflussbar. An der Optimierung des Forderungsmanagements wird weiter kontinuierlich gearbeitet.
Maßnahmekatalog Nr. 45 Steuern & Controlling	Implementierung eines Controlling- und Steuerungskonzepts, Schaffung einer Stelle 0,5 VbE	Ergebnisse und Auswirkungen eines Finanzcontrollings durch zusätzliche Personalkapazitäten sind nicht konkret auf Produktsachkontenebene abrechenbar. Ein Konsolidierungspotential kann daher nicht mehr ausgewiesen werden.
Maßnahmekatalog Nr. 47 Wohnungsbauförderung	Standardreduktion im Bereich Wohnungsbauförderung um 0,10 VbE Einsatz der 0,10 VbE zur Intensivierung der Fördermittelbearbeitung und -akquise	Die Realisierung von Mehreinzahlungen ist praktisch nicht messbar. Inwieweit durch Verschiebung der Stellenanteile tatsächlich mehr Fördermittel aquiriert werden können, ist in absoluten Beträgen nicht zu ermitteln. Darüber hinaus tragen zusätzliche Investitionszuschüsse nicht zum Haushaltsausgleich im Finanzplan bei. Ein Konsolidierungspotential kann daher nicht mehr ausgewiesen werden.
Maßnahmekatalog Nr. 49 EB KDS - Gemeindearbeiter	Vereinheitlichung der Standards und Umsetzung der Zusammenlegung von Gemeindearbeitern und Grünpflege	Die Maßnahme ist derzeit personalwirtschaftlich noch nicht umsetzbar; die Gemeindearbeiter sind vollumfänglich in den Winterdienst integriert und tragen die Hauptlast bei der Betreuung der Mitarbeiter des 2. Arbeitsmarktes. Es kann daher kein Konsolidierungspotential mehr ausgewiesen werden.
Maßnahmekatalog Nr. 50 Spielplätze	Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	Das Spielplatzkonzept befindet sich derzeit noch in Erarbeitung. Mit einer Entscheidung und Beschlussfassung wird in 2018 gerechnet. Das geplante Konsolidierungspotential für 2017 i. H. v. 5 T€ konnte deshalb nicht realisiert werden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UH	Anrode	-Überprüfung der Verwaltungskostensatzung und ggf. Anpassung der Kosten- und Gebührensätze -Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung und ggf. Anpassung der Gebührensätze -Erhöhung der Benutzungsgebühren für gemeindliche Einrichtungen -Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss -Verkauf von Bauplätzen im Baugebiet Hollenbacher Grube			
	Bad Langensalza	-Reduzierung der Aufwandsentschädigungen -Übergabe der „Bäuerlichen Hofstätte" in Wiegleben an den Förderverein -Reduzierung der Zuschüsse an Vereine -Nutzung von Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen durch Zweckverband -Neukalkulation der Friedhofsgebühren -Übergabe der Bewirtschaftung des Kultur- und Kongresszentrumsund der Bürgerhäuser an die KTL bzw. Ortsteilvereine			
	Bothenheilingen	-Umrüstung der Straßenbeleuchtung			

	Flarchheim	———			
	Heroldishausen	———			
	Issersheilingen	-Umrüstung der Straßenbeleuchtung			
	Kleinwelsbach	-Umrüstung der Straßenbeleuchtung			
	Marolterode	-Änderung der Friedhofssatzung			
	Obermehler	-Umrüstung der Straßenbeleuchtung -Bildung eines gemeinsamen Bauhofes mit der Stadt Schlotheim			
	Schlotheim	-Bildung eines gemeinsamen Bauhofes mit der Gemeinde Obermehler -Erstellung eines Grünflächenkatasters			
	Sundhausen	———			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2017 auf Basis der Jahresrechnung 2017
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Kommunen übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
AP	Apolda				
AP	Bad Berka				
AP	Bad Sulza				
AP	Ballstedt				
AP	Blankenhain				
AP	Buttelstedt				
AP	Döbritschen				

AP	Großobringen				
AP	Heichelheim				
AP	Hopfgarten	Verkauf Objekt Kegelbahn			
AP	Kranichfeld				
AP	Krautheim				
AP	Leutenthal				
AP	Magdala				
AP	Mechelroda				
AP	Mönchenholzhausen				
AP	Neumark				
AP	Nohra	Überarbeitung Vergnügungssteuersatzung			

AP	Ramsla	Verkauf der noch vorhandenen KEBT-Aktien konnte aufgrund fehlender Nachfrage nicht erfolgen			
AP	Schwerstedt	Reduzierung Personalkosten für Gemeindearbeiter			
AP	Troistedt	Veräußerung Multicar			
AP	Umpferstedt				
AP	Vippachedelhausen				
AP	Wohlsborn				

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Altenburger Land	Gemeinde Fockendorf	Die Überarbeitung der Gebührenkalkulation Friedhof hat sich verschoben; aus diesem Grund konnte der Konsolidierungsbetrag nicht in voller Höhe erreicht werden. Die Beschlussfassung der Gebührensatzung erfolgte durch den Gemeinderat am 16. April 2019	entbehrlich, da zwischenzeitlich Beschlußfassung erfolgte	entbehrlich	-
Altenburger Land	Gemeinde Thonhausen	1300.14000 Änderung der Entgeltordnung für die Nutzung des Feuerwehrraumes wurde erst zum 1.November 2018 gültig. Die termingerechte Umsetzung zum 1.8.2018 hätte auch keine Mehreinnahmen gebracht, da in diesem Zeitraum kein Mietvertrag abgeschlossen wurde.	entbehrlich, da Ursachen außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde lagen	entbehrlich	
Altenburger Land	Gemeinde Thonhausen	7600.14000 Änderung der Entgeltordnung für die Nutzung der Bürgerräume wurde erst zum 1. November 2018 gültig. Im Zeitraum August bis Oktober 2018 erfolgte nur eine Vermietung. Die Mindereinnahmen durch verspätete Änderung der Entgeltordnung betragen 20,00 €. Insgesamt wurden auf der Haushaltsstelle gegenüber dem Plan jedoch 615 € Mehreinnahmen erzielt.	entbehrlich	entbehrlich	

Alten-burger Land	Gemeinde Thonhausen	9000.0000 Der Hebesatz für die Grundsteuer A wurde gemäß HSK von 280 % auf 301% erhöht. Durch Änderung von Messbescheiden durch das Finanzamt betrugen die Mehreinnahmen jedoch nur 553 €.	entbehrlich, da Ursachen außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde lagen	entbehrlich	

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung
Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
WL	Apolda	- Reduzierung der freiwilligen Leistungen (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel nicht gefährdet) - Vermarktung stadteigener Vermögenswerte (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel nicht gefährdet)	-	-	-
	Bad Sulza	-	-	-	-
	Ballstedt	-	-	-	-
	Blankenhain	- Verkauf von Grundstücken verschiebt sich von 2018 auf 2019 (entbehrlich)	-	-	-
	Buttelstedt (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Döbritschen	-	-	-	-
	Großobringen (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Heichelheim (zum	-	-	-	-

	31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)				
	Hopfgarten	Verkauf Kegelbahn (im Haushalt 2019 enthalten, Beschluss des Gemeinderates noch nicht gefasst) (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel nicht gefährdet) Erhebung Straßenausbaubeiträge aus Vorjahren noch nicht erfolgt (voraussichtliche Erhebung in 2019) (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel nicht gefährdet)	-	-	-
	Kranichfeld	- Verkauf von Grundstücken (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel nicht gefährdet)	-	-	-
	Krautheim (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Leutenthal (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Magdala	- Erhöhung Hebesätze aufgrund später Beschlussfassung (nach 30.06.) nicht mehr für 2018 wirksam sondern erst für 2019 (entbehrlich)	-	-	-
	Mechelroda	-	-	-	-
	Mönchenholzhausen	-	-	-	-
	Neumark	-	-	-	-
	Nohra	- Überarbeitung Vergnügungssteuersatzung steht noch aus (entbehrlich)	-	-	-
	Ramsla (zum	-	-	-	-

	31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)				
	Rohrbach (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Schwerstedt (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Troistedt	-	-	-	-
	Vippachedelhausen (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-
	Wohlsborn (zum 31.12.2018 aufgelöst, Zusammenschluss Landgemeinde)	-	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
EIC- 061	Wiesenfeld	Einbau Zwischenzähler zur Kostenüberwachung im Bauhofkomplex (Bauhof, Feuerwehr, Jugendclub) – **entbehrlich**, da nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis			
		Anpassung der Grabnutzungsentgelte nach Neugestaltung des Friedhofs – mit neuer Kalkulation entsprechende Anpassung – **vorgesehen für HHJ 2019**			
EIC- 061	Sickerode	**alle HSK-Maßnahmen umgesetzt**			
EIC- 061	Mackenrode	Nicht vorhanden.			
EIC- 061	Schönhagen	Nicht vorhanden.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)			Konkrete inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
					§ 120 ThürKO	§121 Thür KO	122 ThürKO
Greiz	Berga	Plan	Ist				
		3.300 €	2.200 €	Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Puschkinstraße 6 (Veräußerung erst am 31.01.2019)			
		200 €	0 €	Bewirtschaftungskosten ,"Energie-/Heizkosten - nach Optimierung Brauhausstr. 15 (Klubhaus)" (keine Investition wg. fehlender Mittel)			
		1.000 €	0 €	Bewirtschaftungskosten "Energie - nach energetische Sanierung/Optimierung Wolfersdorf Hauptstr. 16 (Herrenhaus)" (keine Investition wg. fehlender Mittel)			
		100.000 €	0 €	Verkauf Puschkinstraße 6 (Verkauf erst am 31.01.2019)			
		50.000 €	21.500 €	Verkauf unbebaute Grundstücke (weniger verkaufte Grundstücke)			
Greiz	Brahmenau	Die geplante Mieterhöhung wurde erst zum 1.11.2018 wirksam. Bei den Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen sind noch 9.752,98 € KER ausgewiesen.					

Greiz	Caaschwitz	entfällt			
Greiz	Endschütz				
Greiz	Gauern				
Greiz	Greiz	Lfd. Nr. 03 – Verlagerung Bürgerbüro (1) Räumliche Konzentration von Einrichtungen bzw. Ämtern der Stadt verwaltung am zentralen Standort (2) Vermietung „freigelenkter" Gebäude bzw. –teile Lfd. Nr. 4 – Überarbeitung Verwaltungskostensatzung Prüfung der Möglichkeit, die aktuelle Verwaltungskostensatzung in der Weise zu ändern, den Regelkreis des übertragenen Wirkungskreises für anwendbar zu erklären. Somit würden gesetzliche Änderungen automatisch durchgreifen. Gebührendifferenzen wären beseitigt Die Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung wird derzeit vorgenommen. Lfd. Nr. 13 – Rathaus und Nebengebäude Senkung der Betriebskosten durch die planmäßige Sanierungsmaßnahme Rathaus ab 2018			
Greiz	Langenwetzendorf	Senkung Verbrauch Büromaterial Umstellung Handytarif Bürgermeister Einsparung BUFDI-Stelle JC Wildetaube KfZ-Nutzung durch Vereine Anpassung Essengeld Kita's Mieten Dorfgemeinschaftshäuser	Anordnung, das HSK unverzüglich fort-zuschreiben		
Greiz	Linda	entfällt			
Greiz	Münchenbernsdorf	entfällt			
	Neumühle	entfällt			
	Paitzdorf				

Greiz	Reichstädt	Die Übertragung der Aufgaben der FFW an die Gemeinden Großenstein und Pölzig wurde nicht umgesetzt, weil Reichstädt trotz Zahlung einer jährlichen Umlage für die Ausrüstung der Kameraden und die Vorhaltung der Technik verantwortlich wäre. Inzwischen wird in Zusammenarbeit mit dem KBM eine neue Wehrleitung aufgebaut. Die KBE - Geschäftsanteile konnten noch nicht verkauft werden, weil die Gemeinde bisher keinen Käufer fand.			
Greiz	Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	**Konsolidierungsmaßnahme Nr. 5** aus Anlage XIX der Fortschreibung des gemeindlichen HSK (Gemeinderatsbeschluss-Nr. 25-03/2017 vom 27.04.2017 i.V.m. Gemeinderatsbeschluss-Nr. 99-07/2017 vom 05.12.2017) **Maßnahmebeschreibung**: Überarbeitung der Satzungen über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe und Dienstleistungen der freiwilligen Feuerwehr der Gemeinden Mohlsdorf und Teichwolframsdorf **Frist, ab wann die Maßnahme haushaltswirksam wird:** 30.06.2018 **Konsolidierungsmaßnahme Nr. 6** aus Anlage XIX der Fortschreibung des gemeindlichen HSK (Gemeinderatsbeschluss-Nr. 25-03/2017 vom 27.04.2017 i.V.m. Gemeinderatsbeschluss-Nr. 99-07/2017 vom 05.12.2017) **Maßnahmebeschreibung**: Überarbeitung der Kita-Benutzungsgebührensatzung **Frist, ab wann die Maßnahme haushaltswirksam wird:** 30.06.2018 **Konsolidierungsmaßnahme Nr. 8** aus Anlage XIX der Fortschreibung des gemeindlichen HSK (Gemeinderatsbeschluss-Nr. 25-03/2017 vom 27.04.2017 i.V.m. Gemeinderatsbeschluss-Nr. 99-07/2017 vom 05.12.2017) **Maßnahmebeschreibung**: Überarbeitung der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe in den Ortschaften Mohlsdorf und Teichwolframsdorf **Frist, ab wann die Maßnahme haushaltswirksam wird:** 31.12.2017 **Gründe, warum die Maßnahmen nicht fristgemäß umgesetzt wurde:** Längere Abwesenheiten von Beschäftigten in der Verwaltung und damit notwendige Absicherung der Aufgabenbereiche (Soziales und Bauamt, teilweise Liegenschaften und Ordnungsamt) durch die anderen Verwaltungsmitarbeiter Die umfangreiche, gründliche Ermittlung der Kalkulationsgrundlagen für eine rechtssichere Gebührenerhebung und zur Vermeidung von Satzungs- und Rechtsfehlern bei der Gebührenkalkulation konnte bedingt durch die fehlende Verfügbarkeit von Verwaltungsmitarbeitern nicht gewährleistet werden. Die Option der Vergabe der Kalkulation der Gebührenerhebung an einen Dritten wurde erwogen. Jedoch aufgrund der finanziellen Höhe des geforderten Honorars und der Tatsache, dass ebenso Zuarbeiten / Grundlagenermittlungen an den Dritten durch die Verwaltung erbracht werden müssen, ist davon Abstand genommen wurden.			

Greiz	Zeulenroda-Triebes	Kfz der Verwaltung: Nach Prüfung der Einsparungsmöglichkeiten ist es derzeit aufgrund vielfältigen Nutzung der Fahrzeuge durch alle Fachämter nicht möglich, den Fahrzeugpool zu reduzieren. Rufbus: Geplant war die Einstellung dieser Subvention zum 31.12.2017, die Einsparung sollte 6.500 € betragen. Alternativ sollten diese Leistungen von den Gaststättenbetreibern bzw. den Beherbergungsbetrieben übernommen werden. Ab 2018 wird ein Festzuschuss in Höhe von 7.000 € gezahlt. Parkgebühren: Der geplante Wegfall des Gratistickets (30 Minuten) wurde nicht umgesetzt. Die vorgesehenen Gebührenerhöhungen sind geringer ausgefallen, als im ursprünglichen Haushaltssicherungskonzept 2017 angegeben – die geplanten Mehreinnahmen konnten nicht vollumfänglich erzielt werden. Marktwesen: Die Maßnahme wurde in der Stadtratssitzung am 15.07.2017 abgelehnt. Straßenreinigungssatzung: Durch die Kündigung von Verträgen wurde eine Kostenersparnis realisiert. Die Leistungen übernimmt der Bauhof der Stadt Zeulenroda-Triebes ab 01.05.2018. Die Kostenreduzierung wurde größtenteils umgesetzt. Teileinziehung von Ortsverbindungsstraßen: Der Stadtrat hat in der Sitzung am 21.06.2017 die Teileinziehung mit Beschluss BVZTö-057-2017 abgelehnt. Musikschule: Die in der 1. Fortschreibung des HSK angedachte Deckelung des Zuschusses auf maximal 80.000 € konnte nicht umgesetzt werden. Durch die geplante Entgelterhöhung und die Reduzierung von Personalkosten soll der Zuschuss ab dem Jahr 2021 auf ca. 142.000 € sinken. Museum/ Archiv: Die geplante Entgeltordnung konnte bislang noch nicht überarbeitet werden. Eine Minimierung der Kosten in Form von verkürzten Öffnungszeiten wurde umgesetzt. Schullandheim: Die in der 1. Fortschreibung des HSK angedachte Deckelung des Zuschusses ab 2019 auf maximal 20.000 € konnte noch nicht umgesetzt werden. Im Zuge einer möglichen Betreibung des Schullandheims durch einen Investor ist geplant, den Zuschuss im Jahr 2020 auf 70.000 € zu begrenzen. Ab dem Jahr 2021 soll dann die planmäßige Deckelung auf max. 20.000 € erfolgen. Des Weiteren rechnet die Verwaltung auch mit Verkaufserlösen für den Verkauf des Objektes in Höhe von 500.000 € im Jahr 2020. Sportstätten: Die Überarbeitung der Gebührensatzung wurde im Hinblick auf das neue Sportfördergesetz vorerst zurückgestellt. Personal- und Organisationsstruktur: Die Überprüfung der Verwaltungsstruktur durch den KAV ist abgeschlossen. Derzeit werden die Ergebnisse ausgewertet. Eine ausführliche Darstellung erfolgt im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Eigenbetrieb Bauhof: Die Neuausrichtung des Bauhofs hinsichtlich wirtschaftlicher Gesichtspunkte, insbesondere die Einführung von Controlling-instrumenten, wurde mehrfach	Anhörung zur beabsichtigten Versagung der Genehmigung des HSK 2019		

		besprochen und durch den Bürgermeister angeordnet. Leider waren hierbei keine Erfolge zu verzeichnen. Zum 01.01.2019 erfolgte die Rückführung des Bauhofs in die Verwaltung (Einsparungen sollen im Bereich Personalkosten realisiert werden). Strandbäder: Die in der 1. Fortschreibung des HSK angedachte Reduzierung des Zuschusses durch die Vergabe einer Konzession ab dem Jahr 2018 auf maximal 50.000 € (25.000 € je Strandbad) konnte noch nicht umgesetzt werden. Derzeit ist geplant, die Konzession für das Strandbad am Bio-Seehotel ab dem Jahr 2020 mit einer Verlängerungsoption von 5 Jahren zu vergeben. Schulträgerschaft: In einer Kostenvergleichsrechnung im September 2017 wurden die Kosten der Alternativen gegenübergestellt. Grundlegendes Entscheidungskriterium waren die Kosten für unterlassenen Instandhaltungsaufwand, behindertengerechter Umbau und Brandschutzkonzepte – diese Kosten sollen durch investive Förderprogramme des Landes zu 100 % gefördert werden. Die laufenden jährlichen Kosten der Verwaltung sind weitaus niedriger, als die zu zahlende Schulumlage			
Greiz	Weißendorf	Hebesatzerhöhung: Die Beschlussvorlage zur Hebesatzerhöhung wurde vom Gemeinderat der Gemeinde Weißendorf im Jahr 2018 abgelehnt. Straßenausbaubeiträge: Die Beschlussvorlage zur Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung bzgl. der Anpassung des Eigenanteils der Gemeinde wurde vom Gemeinderat der Gemeinde Weißendorf im Jahr 2018 abgelehnt.			
Greiz	Auma-Weidatal	entfällt			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GTH	Bad Tabarz	Neukalkulation der Friedhofsgebühren – erheblich Die Neukalkulation sollte ab dem Jahr 2017 kassenwirksam werden. Im Bericht zum 30.04.2018 führte die Gemeinde aus, dass zunächst die Entwicklung der geplanten Gebietsreform abgewartet werden sollte. Die Gemeinde stand in intensiven Verhandlungen mit der Stadt Waltershausen. Im Anschluss wurde eine Bewirtschaftung des Friedhofes durch die Stadtbetriebe Waltershausen geprüft. Nach aktueller Aussage ist eine Neukalkulation für das Jahr 2019 vorgesehen	-	-	-
GTH	Ballstädt	Anbringung von Photovoltaikanlagen auf Dächern von Gebäuden der Gemeinde - erheblich Nach Vorlage des entsprechenden Dachflächennutzungsvertrages wurde festgestellt, dass dieser die Bestellung von dinglichen Sicherheiten beinhaltet. Gemäß § 64 Abs. 3 bedarf die Gemeinde zur Bestellung von Sicherheiten zu Gunsten Dritter der	-	-	-

		Genehmigung. Der Begriff der Sicherheit ist in Anlehnung an den § 63 Abs. 6 ThürKO zu interpretieren. Nach dieser Vorschrift ist es den Gemeinden grundsätzlich verboten, für eigene Verpflichtungen dingliche Sicherheiten zu bestellen. Dies muss in mindestens gleichen Umfang auch für Sicherheiten für fremde Verpflichtungen gelten (vgl. Uckel/Dressel/Noll: Thüringer Kommunalordnung, Kommentar, Loseblatt, zu § 64 Nr. 6.1). Der ohne Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde geschlossene Vertrag ist nach § 123 Abs. 2 ThürKO unwirksam. Der Gemeinde wurde dies durch die Rechtsaufsichtsbehörde mitgeteilt. Mehreinnahmen aus Vermietung einer Wohnung nach Sanierung – erheblich Bedarfszuweisungen wurden für die Sanierung der Gemeindewohnung nicht gewährt.			
GTH	Bufleben	-	-	-	-
GTH	Haina	-	-	-	-
GTH	Sonneborn	-	-	-	-
GTH	Warza	-	-	-	-
GTH	Westhausen	-	-	-	-
GTH	Wölfis	erheblich; Erlass einer Hebesatzsatzung; Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer A (von 295 % auf 302 %) und B (von 402% auf 404 %); Mit Beschluss vom 19.03.2019 beschloss die Gemeinde die Änderung der Hebesatzsatzung. Die Änderung der Hebesatzsatzung wurde der Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt und anschließend durch die Gemeinde bekannt gemacht. Im Bericht zum 30.04.2019 führte die Stadt Ohrdruf als Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Gemeinde Wölfis aus,	-	-	-

		dass die erhöhten Hebesätze bei der Erhebung der Grundsteuer A und B nicht angewandt wurden. Die Stadt Ohrdruf wird zur Klärung des Sachverhaltes zur Abgabe einer Stellungnahme durch die Rechtsaufsichtsbehörde aufgefordert.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich - Erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
HBN	Kloster Veßra	alle Maßnahmen wurden umgesetzt	-	-	-
HBN	Masserberg	alle Maßnahmen wurden umgesetzt	-	-	-
HBN	Schweickershausen	Alle Maßnahmen wurden umgesetzt, zum Teil durch Ersatzvornahme nach § 121 ThürKO. Entscheidet war der Änderungsbescheid die Bedarfszuweisung.	-	Erhöhung des Hebesatzes der GrSt B auf 405 v.H. durch Kommunalaufsicht	-
HBN	Auengrund	alle Maßnahmen wurden umgesetzt	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: entbehrlich, -erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Neustadt	Nutzungskonzeption für das Gemeindezentrum -entbehrlich- Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Landgemeinde Großbreitenbach eingemeindet	-	-	-
IK	Arnstadt	-- Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (zeitliche Verschiebung im Konsolidierungszeitraum) + es wurden Straßenausbaubeiträge erhoben,aber nur teilweise realisiert (Gesetzesänderung) -Anhebung Gebühren Bestattungswesen + Fallzahlen waren rückläufig, Gebührenkalkulation wird erarbeitet - Überwachung fließender Verkehr -entbehrlich- (Prüfung der Verhältnismäßigkeit)	-	-	-
IK	Gehlberg	keine Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Stadt Suhl eingemeindet	-	-	-
IK	Wipfratal	keine Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Stadt Arnstadt eingemeindet	-	-	-
IK	Geschwenda	Erzielung von Grundstücksverkaufserlösen	-	-	-

		-entbehrlich- (keine Angebote) Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Landgemeinde Geratal eingemeindet			
IK	Wildenspring	Keine Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Landgemeinde Großbreitenbach eingemeindet	-	-	-
IK	Angelroda	Veräußerung nicht genutzter Grundstücke -entbehrlich- (keine Angebote) Erhöhung der Hundesteuer Satzung tritt erst 01.01.2019 in Kraft-genehmigt- Umschuldung bestehender Darlehen -entbehrlich- (Darlehen laufen erst 2021,2023 u.2034 aus)			
IK	Frauenwald	Verkauf „Sportlerklause“ potentieller Käufer hat sein Angebot zurückgezogen -entbehrlich- Gemeinde wurde im Rahmen der Gebietsreform in die Stadt Ilmenau eingemeindet			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF	Bretleben	HH-Stelle 0200.5000 durch Ersatzbeschaffungen im Bürgermeisterbüro konnte das Ziel nicht erreicht werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
		HH-Stelle 6300.5200 durch verschiedene kleinere Reparaturen konnte das Ziel nicht erreicht werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
		HH-Stelle 6300.6540 da dem Mitarbeiter des Bauhofes kein Dienst-KFZ zur Verfügung stand, musste dieser Dienstfahrten sowie Fahrten zu Weiterbildungen vollumfänglich abrechnen. Anmerkung:	-	-	-

		Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.			
		HH-Stelle 9000.0220 trotz Erhöhung der Hundesteuer konnte die gewünschten Mehreinnahmen nicht verzeichnet werden, da sie stets von der Anzahl der angemeldeten Hunde abhängig ist. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
	Etzleben	HH-Stelle 9000.0030 die Einnahmen aus der Gewerbesteuer unterliegen den wirtschaftlichen Veränderungen und sind abhängig von der Zahl der steuerpflichtigen Betriebe und deren Gewinnen. Anmerkung: Die Maßnahme wurde in Bezug auf die Hebesätze umgesetzt, das Potenzial wurde hingegen nicht vollständig erreicht.	-	-	-
		HH-Stelle 9000.0220 die gewünschten Mehreinnahmen wurden fast erreicht, dies ist stets von der Anzahl der angemeldeten Hunde abhängig. Anmerkung: Die Maßnahme wurde in Bezug auf die Erhöhung der Hundesteuer umgesetzt, das Potenzial wurde hingegen nicht vollständig erreicht.	-	-	-
	Gorsleben	HH-Stelle 1100.1100 da nur wenige Anträge gestellt wurden, konnte das Ziel nicht erreicht werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-

		HH-Stellen 8800/5600.1504 die Nutzung der Turnhalle sowie der Räumlichkeiten ist rückläufig, somit konnte das Ziel nicht erreicht werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
		HH-Stellen 9000.0000/.0010/.0030 trotz Erhöhung der Realsteuern brachte dies nicht die gewünschten Mehreinnahmen. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
	Hauteroda	HH-Stellen 6300/8800.5410 durch Stromnachzahlungen aus dem vorherigen Jahr wurden die Abschläge erhöht und somit wurde das Ziel nicht erreicht.	-	-	-
		HH-Stelle 7500.1100 die Einnahmen beim Friedhof sind immer von der Anzahl der Todesfälle abhängig, somit lassen sich diese Einnahmen nur sehr schwer planen. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
	Hemleben	HH-Stelle 6300.6550 konnte aufgrund von Anwaltskosten das Ziel nicht erreicht werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.	-	-	-
		HH-Stelle 9000.0220 die gewünschten Mehreinnahmen wurden fast erreicht, dies ist stets von der Anzahl der angemeldeten Hunde abhängig.	-	-	-

		Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst.			
	Abtsbessingen	Gemeinderatsbeschluss Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des HSK, dass ab dem 01.01.2015 auf das Sitzungsgeld bis auf Widerruf in Höhe von 30 € pro Sitzung verzichtet wird. Dieses soll als Spende dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2018 Die Maßnahme wurde bisher nicht erfüllt! Anmerkung: Entbehrlich, da keine konkrete Maßnahme, welche rechtsicher mittels rechtsaufsichtlicher Maßnahmen durchgesetzt werden könnte.	-	-	-
		Gemeinderatsbeschluss Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung, zur Sicherung des HSK, dass der Bürgermeister von seiner Entschädigung bis auf Widerruf 250 € spendet. Diese Spende wird dem Verwaltungshaushalt zugeführt werden. Umsetzung zum 31.12.2018 Keine Zahlung in 2018! Anmerkung: Entbehrlich, da keine konkrete Maßnahme, welche rechtsicher mittels rechtsaufsichtlicher Maßnahmen durchgesetzt werden könnte.	-	-	-
		Maßnahme - Optimierung des Personals Kürzung der Arbeitszeit der Köchin und Putzfrau (1	-	-	-

		Arbeitskraft) von 6 auf 5 Std. Umsetzung zum 31.12.2018 Aufgrund der hohen Kinderzahlen gibt es weiter keine Kürzung der Arbeitskraft. Anmerkung: Entbehrlich, da die Maßnahme direkt an die Anzahl der Kinder, welche die Kita besuchen gebunden ist.			
		Maßnahme - Umlage anfallender Betriebskosten für Bürgertreff und Gaststätte Die Maßnahme wurde nicht umgesetzt, die Gemeinde bezahlt weiterhin die anfallenden Betriebskosten. Anmerkung: Erheblich. Maßnahmen werden derzeit geprüft, jedoch vorerst im Rahmen der Beratungspflicht gemäß § 116 ThürKO.	-	-	-
		Maßnahme – Kommunale Zusammenarbeit im Bereich Brandschutz Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung, zur Sicherung des Haushaltssicherungskonzeptes, dass der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen im Bereich kommunaler Gemeinschaftsarbeit m Brandschutz durchzuführen. Umsetzung zum 31.12.2018 Der Beschluss wurde bis zum heutigen Zeitpunkt nicht umgesetzt! Anmerkung: Erheblich. Jedoch bedarf es für eine kommunale Zusammenarbeit Partner, welche auch	-	-	-

		zusammenarbeiten wollen. Rechtaufsichtliche Maßnahmen gegen die Gemeinde würden somit in Leere laufen.			
		Maßnahme- Senkung der Ausgaben für Jugendclub Der Gemeinderat der Gemeinde Abtsbessingen beschließt in seiner heutigen Sitzung zur Sicherung des Haushaltssicherungskonzeptes folgendes: Es sollen Öffnungszeiten des Jugendclubs festgelegt werden, bei einer Nichtnutzung des Jugendclubs wird darauf geachtet, dass sämtliche Geräte ausgestellt werden, so können die Energiekosten reduziert werden. Umsetzung zum 31.12.2018 Die Umsetzung der Maßnahme war auch im HHJ 2018 nicht von Erfolg gekrönt. Im Bereich des Jugendclubs entstand ein Defizit i. H. v. ca.3.750 €. Anmerkung: Erheblich, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung handelt. Maßnahmen werden derzeit geprüft, jedoch vorerst im Rahmen der Beratungspflicht gemäß § 116 ThürKO.	-	-	-
	Ebeleben	Änderung und Neukalkulation der Friedhofsgebührensatzung – Satzungsprüfung Anmerkung: Erheblich. Aufgrund der gegenwärtigen Haushaltssituation wird die Stadt Ebeleben ein völlig überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept aufstellen, in welchem diese Maßnahme aufgenommen wird.	-	-	-
		Überarbeitung und Anpassung der Hundesteuersatzung – Satzungsprüfung	-	-	-

		Anmerkung: Erheblich. Aufgrund der gegenwärtigen Haushaltssituation wird die Stadt Ebeleben ein völlig überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept aufstellen, in welchem diese Maßnahme aufgenommen wird			
		Überarbeitung und Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung – Satzungsprüfung Anmerkung: Erheblich. Aufgrund der gegenwärtigen Haushaltssituation wird die Stadt Ebeleben ein völlig überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept aufstellen, in welchem diese Maßnahme aufgenommen wird	-	-	-
	Wolferschwenda	Fusion mit Greußen und Großenehrich zur Landgemeinde Die Gemeinde Wolferschwenda will sich einer möglichen Landgemeinde anschließen. Somit würde die Gemeinde ca 62.500 € einsparen! Umsetzung zum 31.12.2018 Bisher kam es noch nicht zum Zusammenschluss! Anmerkung: Erheblich. Antrag auf Neugliederung ist gestellt. Neugliederung ist Bestanteil des 2. ThürGnGG 2019	- Antrags- gplant	-	-
	Roßleben	Der jährliche Zuschuss für den Jugendpfleger sollte ab 2018 verringert werden. Dieses ist im Jahr 2018 nicht erfolgt. Er betrug 7837,50 € wie im Vorjahr. Dieser Betrag wurde auf der Grundlage der Vereinbarung Landkreis-Stadt bereitgestellt. Die Vereinbarung muss geändert werden.	-	-	-

		Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Roßleben seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
		Der Zuschuss zu den Bewirtschaftungskosten in den Jugendclubs sollte ab 2018 schrittweise verringert werden. Der Jugendclubs in Bottendorf und Schönewerda wurden geschlossen. Es erfolgte eine Einsparung von 1.120 €. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Roßleben seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.	-	-	-
		Durch das Schließen des Lebensmittelmarktes im Bürgerhaus Schönewerda fehlen die Einnahmen. Dadurch ist die Einrichtung nicht mehr Kostendeckend. Die Nutzung des Bürgerhauses wird neu überdacht. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Roßleben seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine	-	-	-

		rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
	Wiehe	nur Schätzungsungenauigkeit Zusammenlegung einer Leiterstelle von Hauptamt und Kämmerei. Die Einsparung von 58.100 € wurde 2015 ermittelt. Tatsächlich wurden 56.568,01 € eingespart und somit mehr als in 2017 (44.696,28 €). Die zusätzliche Einsparung ergab sich, da der Bauamtsleiter (EG 10) im 4. Monat in das Einwohnermeldeamt der Stadt Roßleben wechselte und diese Stelle ca. 2 Monate später mit einer EG 8 nachbesetzt wurde. Die Funktion des Bauamtsleiters wurde durch den Roßlebener Bauamtsleiter für ca. 9 Monate abgedeckt und die Kosten der Stadt Roßleben erstattet. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.	-	-	-
		erheblich (Beitritt soll zum 01.01.2020 erfolgen) Es war geplant die Abwasserbeseitigung künftig durch Beitritt in den KAT Artern zu leisten. Für einen Beitritt ab 2018 waren in 2017 noch nicht die notwendigen Vorarbeiten geleistet, Abstimmungen gelaufen und notwendigen Beschlüsse gefasst wurden. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur	-	-	-

		Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Jedoch laufen gegenwärtig die Gespräche zum Beitritt der Stadt Wiehe zum KAT mit der Zielsetzung 01.01.2020.			
		erheblich (Kalkulation soll ab 2019 erfolgen) Die Kostendeckung des Friedhofs Wiehe sollte zuerst durch effizientere Arbeitsweise verbessert werden. Wäre das nicht zielführend, waren 2018 Gebührenerhöhungen vorgesehen. (Es ist jedoch zu beachten, dass eine Gebührenerhöhung nicht zwingend den Kostendeckungsgrad erhöht. Die Friedhofsgebühren wurden 2013 deutlich erhöht, was zu geringeren Einnahmen führte, da viele Nutzer zum attraktiveren kirchlichen Friedhof mit etwa denselben Gebühren wechselten.) In Folge der Gebietsreform ergeben sich neue Aspekte. Es wurde darauf verwiesen, dass eine einheitliche Satzungsgrundlage Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist. Da nicht nur die Stadt Wiehe, sondern auch andere Gemeinden der geplanten zukünftigen Gemeinde ihre Friedhofsgebührensatzung zu überarbeiten haben, wurde abgestimmt gleichlautende Friedhofsgebührensatzungen nach Gebietszusammenschluss zu erarbeiten. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur	-	-	-

		Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
		erheblich (Beitritt soll zum 01.01.2020 erfolgen) Die Wasserversorgung wird künftig durch Beitritt zum KAT, Artern erfolgen. Für einen Beitritt ab 2018 waren in 2017 noch nicht die notwendigen Vorarbeiten geleistet, Abstimmungen gelaufen und notwendigen Beschlüsse gefasst wurden. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Jedoch laufen gegenwärtig die Gespräche zum Beitritt der Stadt Wiehe zum KAT mit der Zielsetzung 01.01.2020.	-	-	-
	Donndorf	entbehrlich (wegen Gemeindeneubildung) Weitere Gespräche zur interkommunalen Zusammenarbeit sind bis zum Zusammenschluss der Gemeinde Donndorf mit anderen Gemeinden geplant, allerdings sind Abschluss und Umsetzung einer Zweckvereinbarung aufwendig, so dass dies vor dem Hintergrund der geplanten Gebietsreform abgewogen werden muss. Der Abschluss einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich Brandschutz wurde von der Erfüllenden Gemeinde Stadt	-	-	-

		Wiehe zurückgestellt. Ursache hierfür war die Prüfung einer Zweckvereinbarung zur interkommunalen Zusammenarbeit für den Bereich ruhender Verkehr. Da diese zu höheren Kosten führen würde, wurde sie nicht abgeschlossen. Gleiches wurde für den Brandschutz erwartet. Die Zweckvereinbarung war somit für die Haushaltskonsolidierung nicht zielführend. Hinweis: Von der erfüllenden Gemeinde Stadt Wiehe wurden in 2016 Zweckvereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit für die Bereiche Standesamt und Einwohnermeldeamt abgeschlossen. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
		entbehrlich Für das Heimathaus war geplant eine Pacht- bzw. Mieteinnahme zu erzielen. Der Heimatverein zahlte der Gemeinde eine Pacht bzw. Miete für die Nutzung des gemeindeeigenen Objektes "Heimathaus" bis April 2016. Der Heimatverein hatte den Vertrag mit der Gemeinde gekündigt, da die Auflösung des Vereins bevorstand. Trotz mehrfacher Bemühungen kam eine erneute Verpachtung des Heimathauses nicht zu Stande. Anmerkung:	-	-	-

		Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
		erheblich (Maßnahme soll 2019 umgesetzt werden) Die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung befand sich 2018 in der Planung. Da die Maßnahme noch nicht umgesetzt ist, ist auch noch keine Einsparung zu verzeichnen. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Die Maßnahme ist jedoch Gegenstand des Haushalts 2019.	-	-	-
		erheblich (Maßnahme soll ab 2019 umgesetzt werden) Die Friedhofsgebühren sollten neu kalkuliert und bei ungenügendem Kostendeckungsgrad erhöht werden. Da nach der Neubildung der Stadt Roßleben-Wiehe nicht nur die Ortschaft Donndorf, sondern auch andere Ortsteile die Friedhofsgebührensatzung zu überarbeiten haben, soll die Friedhofsgebühren-satzung in der neuen Gemeinde kalkuliert werden. Es wurde darauf verwiesen,	-	-	-

		dass eine einheitliche Satzungsgrundlage eine Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwaltung ist. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.			
		entbehrlich Die Realsteuern wurden den Vorgaben der VV-Bedarfszuweisung vom 22.06.2015 entsprechend erhöht. Bei der Grundsteuer A wurden im HSK 2.000 € Mehreinnahmen geplant und 1.979,30 € erreicht. Bei der Grundsteuer B wurden im HSK 7.000 € Mehreinnahmen geplant und 3.951,97 € erreicht. Die Ursache liegt insbesondere in der schwankenden Zahlungsmoral. Anmerkung: Aufgrund der Neugliederung zum 01.01.2019 befindet sich die neue Landgemeinde nicht mehr in der Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Darüber hinaus existiert die Stadt Wiehe seit diesem Zeitpunkt nicht mehr. Aufgrund dessen werden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen.	-	-	-
	Gehofen	Verkauf eines kommunalen Grundstücks (ehem. Volleyballplatz)	-	-	-

		Anmerkung: Die Einnahme war zwar Bestandteil des Haushalts 2018, jedoch konnte trotz dieser nicht erzielten Einnahme im Vermögenshaushalt der Haushaltsausgleich erzielt werden. Die Einnahme ist daher wieder im Haushalt 2019 veranschlagt.			
	Kalbsrieth	Kalkulation der Friedhofsgebühren Anmerkung: Aufgrund der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Mittelzentrum Artern zum 31.12.2018 und den damit verbundenen Mehrarbeiten, war die Verwaltungsgemeinschaft nicht in der Lage eine Kalkulation durchzuführen. Maßnahmen werden derzeit geprüft, jedoch vorerst im Rahmen der Beratungspflicht gemäß § 116 ThürKO.	-	-	-
	Reinsdorf	Kalkulation der Friedhofsgebühren Anmerkung: Aufgrund der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Mittelzentrum Artern zum 31.12.2018 und den damit verbundenen Mehrarbeiten, war die Verwaltungsgemeinschaft nicht in der Lage eine Kalkulation durchzuführen. Maßnahmen werden derzeit geprüft, jedoch vorerst im Rahmen der Beratungspflicht gemäß § 116 ThürKO.	-	-	-
		Verkauf eines (Teil-)Grundstückes, Hauptstraße 98; dadurch Reduzierung Unterhaltungskosten. Anmerkung:	-	-	-

		Maßnahmen werden derzeit geprüft, jedoch vorerst im Rahmen der Beratungspflicht gemäß § 116 ThürKO.			
	Ringleben	Kalkulation der Friedhofsgebühren Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst und in die Stadt Bad Frankenhausen eingegliedert.	-	-	-
		Verkauf von vier gemeindeeigenen Grundstücken, die nicht (mehr) zur Aufgabenerfüllung benötigt werden. Anmerkung: Die Gemeinde wurde zum 31.12.2018 aufgelöst und in die Stadt Bad Frankenhausen eingegliedert.	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Anmerkung: Bei der Kennzeichnung als „entbehrlich" bzw. „erheblich" wurde die Abweichung in Bezug auf das Konsolidierungsziel der jeweiligen Einzelmaßnahme und im Hinblick auf das geplante Konsolidierungspotential insgesamt berücksichtigt. Wurde z. B eine Maßnahme überhaupt nicht umgesetzt, ist das zwar wesentlich bezogen auf diese Maßnahme, eine Beanstandung muss jedoch in Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens unterbleiben, wenn das Konsolidierungsziel dieser Maßnahme bezogen auf das gesamte Konsolidierungspotential vernachlässigbar und eine Beanstandung deshalb unverhältnismäßig ist.

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Stadt Bleicherode	**Erhebung kostendeckender Entgelte für das Bleicheröder Echo** Das Bleicheröder Echo ist das amtliche Mitteilungsblatt der Stadt Bleicherode. Dies muss zwar nicht kostenlos abgegeben werden, eine Entgeltfinanzierung ist allerdings nicht realisierbar. Es würde dann von den Lesern nicht abonniert werden. Der Ansatz wurde reduziert. Die jährlichen Kosten konnten durch einen geänderten Erscheinungsmodus gesenkt werden. In den Vorjahren war das erreichte Potential höher; in 2018 waren mehrere „Sonderausgaben" zu detaillierten Informationen zur Landgemeindebildung unumgänglich. - Abweichung erheblich (Ziel: 6.000 €, Ist: ca.1.600 €) - keine Beanstandung (Mehraufwand durch die Gemeindeneugliederung war unabwendbar)	keine	keine	keine

NDH	Stadt Bleicherode	**Energieverbrauch Straßenbeleuchtung** Durch den Austausch von HQL-Leuchten durch LED-Leuchten in verschiedenen Straßenzügen konnten Energiekosten eingespart werden; auch verkürzte Leuchtzeiten führten zu Ersparnissen. Es sollen durch einen Energiemietvertrag mit einer Energiegenossenschaft die gesamten Leuchtmittel des Stadtgebietes ausgetauscht werden. Durch energiesparsamere Varianten soll der Stromverbrauch gesenkt werden. Die Maßnahmenrealisierung war im Haushaltsjahr 2016 geplant. Es wurden in einem umfangreichen Abwägungsprozess mögliche Varianten erarbeitet und verglichen. Die abschließende vollständige Umsetzung konnte nicht planmäßig erfolgen, da im Rahmen der Vergabe die zeitliche Einhaltung der Terminkette durch Verzögerungen nicht möglich war. Der Maßnahmenabschluss ist für 2019 vorgesehen. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 50.000 €, Ist: 31.300) Abweichung sich zukünftig durch Abschluss der Maßnahme weiter verringern	keine	keine	keine
NDH	Stadt Bleicherode	**Zuschuss an den HFVV (Heimat- und Fremdenverkehrsverein e.V.)** Der Zuschuss an den HFVV soll weiter minimiert werden: Erhöhung der Eintrittspreise im Kino auf Grund eingebauter 3-D-Anlage (ist erfolgt); Erhöhung der Entleihgebühren in der Bibliothek (hier wurden die Öffnungszeiten minimiert); die Stelle des künstlerischen Leiters wird nach planmäßigem Ausscheiden des Stelleninhabers nicht wieder besetzt (2015). Die jährliche Zuschusszahlung wurde von anfänglich 160.000 € (2002) auf 91.000 € (ab 2016) gesenkt. Bislang erfolgte die Betriebskostenübernahme ebenfalls vollumfänglich durch die Stadt Bleicherode um Kommunalrabatte nutzen zu können. Mit Änderungsvereinbarung vom 20.12.2016 wurde die 10%ige Betriebskostenübernahme durch den HFVV für die Objekte Kino, Kulturhaus und Bibliothek festgelegt (2018 ca. 10.000 €); die entsprechende planerische Aufnahme in das Haushaltssicherungskonzept erfolgte in der 4. Fortschreibung. Die Ertragsvorschau des HFVV zeigt weiter ein negatives Betriebsergebnis auf, dieses wäre durch die Stadt als Hauptmitglied des HFVV auszugleichen. Nicht außer Acht bleiben sollte der bauliche Zustand des Kulturhauses. 2017 beginnend wurden hier die Saaldecke und die Außenwand einer Sanierung unterzogen - zum einen im Rahmen der Gefahrenabwehr (Frischluftversorgung) und zum anderen zu energetischen Einsparungen. Im Zeitraum der Saaldeckensanierung konnte keine Auslastung mit Veranstaltungen erfolgten; dies (u. a.) zwang den HFVV im vergangenen Jahr einen Antrag zur Ausreichung zusätzlicher Mittel an die Stadt zu stellen; mit Beschluss-Nr. 243-44/2018 vom 22.11.2018 hat der Stadtrat der zusätzlichen Zahlung von 30.000 € zugestimmt. Im Rechnungsergebnis (gesamt) konnte der Ausgleich erzielt werden.	keine	keine	keine

		- keine Beanstandung Betriebskostenbeteiligung von Plan 10.000 € mit 8.183,23 € erfüllt) Durch die noch andauernden Sanierungsmaßnahmen sollen weitere energetische Verbesserungen greifen und dazu beitragen die Betriebskosten zu senken.			
NDH	Stadt Bleicherode	**Forstwirtschaft - Erhöhung des Preises für die Abgabe von Brennholz** Der Preis zum Erwerb von Brennholz wurde 2013 von 8 €/fm auf 24 €/fm erhöht. Allerdings konnten durch diese Erhöhung die Mehreinnahmen nicht in der gewünschten Höhe erzielt werden; es wurden weniger Lesescheine ausgegeben. Mit Beschluss-Nr.: 26-5/2014 vom 27.11.2014 wurde der Brennholzpreis auf 14 €/fm gesenkt. Dies entspricht dem Lesepreis umliegender Anbieter. Die Einnahmen im Rahmen der Selbstwerbung sind konstant und maginal in Blick auf den Gesamthaushalt der Stadt. Der minimierte Gewinn ergibt sich auf Grund der schwankenden Markpreise und notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen im Zuge der Gefahrenabwehr (Sturmschäden, Borkenkäferbefall). - Abweichung ist nicht feststellbar (Ziel: 4.400 €, Ist: kann nicht beziffert werden - keine Beanstandung (Anzahl ausgegebener Lesescheine und die Marktpreise können von der Stadt nicht beeinflusst werden) - Gegenmaßnahme: Ein Ausgleich soll im Rahmen der Forstwirtschaft erzielt werden.	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Hainrode	**Winterdienst** Die im Abschnitt 67500 Winterdienst veranschlagten Ausgaben von 1.500 konnten nicht umgesetzt werden, da der Gemeinde 2015 eine Kreisstraße zugeordnet worden ist. Die Wetterbedingungen sind nicht planbar bzw. nicht vorhersehbar. Im Haushaltsplan 2018, der kommunalaufsichtlich genehmigt worden ist, wurde 4.300€ veranschlagt –es tatsächlich fielen Kosten in Höhe von 5.484,52€ in diesem Bereich an. In der 1. Fortschreibung des HSK, angelehnt an den Haushaltsplan 2018, ist dieser Bereich bereits keine Konsolidierungsmaßnahme mehr. Wobei zu erwähnen ist, dass die Fortschreibung noch keine kommunalaufsichtliche Würdigung ausweist. - Keine Beanstandung, da nicht beeinflussbar	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Hainrode	**Wald** Der Überschuss aus dem Gemeindewald wurde in Höhe von 57.000 € im HSK ausgewiesen – dieser diente gemäß § 16 ThürGemHV als	keine	keine	keine

		Gesamtdeckungsgrundsatz - bezogen zur Fehlbetragsdeckung des Verwaltungshaushaltes. Wegen der schlechten Witterungsverhältnisse in Bezug auf Sturm sowie des Borkenkäfers, ist es der Gemeinde Hainrode leider nur bedingt gelungen, den Verkauf von Holz aus dem Gemeindewald im HJ 2018 wie erwartet durchzuführen. Die Verkäufe beliefen sich 2018 auf 25.240,42€. Unter Berücksichtigung der Ausgaben weißt der Gemeindewald 2018 ein Zuschussbedarf von 6.264,53 € auf. Laut Haushaltsplan 2018 wurde ein Überschuss von 20.300 € erwartet - keine Beanstandung, da die Situation, wie o. beschrieben nicht beeinflussbar ist			
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 4 Erhöhung Hundesteuer** Das Konsolidierungsziel konnte aufgrund rückläufiger Hundesteueranmeldungen nicht erreicht werden. Hinzu kommt, dass die gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Kampfhundesteuer nicht mehr gegeben ist. - Abweichung erheblich (Ziel: 8.300 €, Ist: 6.513 €) - Keine Beanstandung (bei zusätzlicher Anhebung des Steuersatzes ist mit weiteren Abmeldungen zu rechnen) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 29.954 € bei der Maßnahme Nr. 3 (Erhöhung Gewerbesteuer)	keine	keine	keine
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 11 Senkung Energieverbräuche Straßenbeleuchtung** Einsparungen der Energieverbräuche Straßenbeleuchtung sollten durch Umstellung auf LED erfolgen. Die Umstellung wird schrittweise bei Reparatur defekter Beleuchtungskörper durchgeführt. Nach erforderlicher Erweiterung der Straßenbeleuchtung in den Ortsteilen Auleben, Hamma und Uthleben ergeben sich höhere Verbräuche. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2013 haben sich die Strompreise erhöht. - Abweichung erheblich (Ziel: 5.000 €, Ist: -1.001 €) Keine Beanstandung (Kommune hat keinen Einfluss auf Preisentwicklung, Inbetriebnahme weiterer Verbrauchsstellen kann durch Kommunalaufsicht nicht untersagt werden) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 16.106 € bei der Maßnahme Nr. 2 (Erhöhung Grundsteuer B)	keine	keine	keine
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 12 Veränderungen im kommunalen Bauhof** Nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern des Bauhofs aus *Altersgründen wurden Stellen neu besetzt, um erforderliche Arbeiten in*	keine	keine	keine

		allen 5 Ortsteilen abzusichern. Die Fremdvergabe von Leistungen führt nur im Ausnahmefall zu Kosteneinsparungen. Höhere Ausgaben müssen jährlich für die Fahrzeughaltung getätigt werden, da der vorhandene Fahrzeugbestand überwiegend überaltert ist und einen erhöhten Reparaturaufwand zur Folge hat. - Abweichung erheblich (Ziel: 2.000 €, Ist: -4.079 €) - Keine Beanstandung (Kommune hat keinen Einfluss auf Preisentwicklung, Inbetriebnahme weiterer Verbrauchsstellen kann durch Kommunalaufsicht nicht untersagt werden) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 16.106 € bei der Maßnahme Nr. 2 (Erhöhung Grundsteuer B)			
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 13 Reduzierung aller freiwilligen Aufgaben: Sportstätten** Die Maßnahme wurde wie geplant umgesetzt. In allen 3 Ortsteilen befinden sich die Sportstätten im Besitz der jeweiligen Sportvereine. Im OT Auleben ist die Besitzübergabe an den Sportverein noch nicht erfolgt. Das Konsolidierungsziel ist mit 28.500 € zu hoch angesetzt. - Abweichung erheblich (Ziel: 28.500 €, Ist: 24.830 €) - Keine Beanstandung (Prognoseungenauigkeit bei der Zielstellung) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 16.106 € bei der Maßnahme Nr. 2 (Erhöhung Grundsteuer B)	keine	keine	keine
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 13 Reduzierung aller freiwilligen Aufgaben: Freibad** Der Betrieb des Freibades verbleibt auf Beschluss des Stadtrates in Verantwortung der Stadt Heringen/Helme. - Abweichung erheblich (Ziel: 10.000 €, Ist: -22.307 €) - Keine Beanstandung (entsprechender Beschluss des Stadtrates liegt vor) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 25.724 € bei der Maßnahme Nr. 13 (Reduzierung aller freiwilligen Aufgaben: Park- und Gartenanlagen)	keine	keine	keine
NDH	Stadt Heringen	**LNr. 17 Vertragscontrolling – Versicherungen** Die Kündigung und Neuverhandlung von Verträgen hat zu den erwarteten Einsparungen geführt. Im Zeitraum ab 2011 bis 2018 wurden nach Veränderung des Anlagevermögens (z. B. Krippenanbau Kita im OT Heringen, Sanierung Schloss Heringen u.a.) neue Verträge abgeschlossen bzw. erfolgte die Anpassung der Wertveränderungen. -- - Abweichung erheblich (Ziel: 10.000 €, Ist: 8.997 €) - Keine Beanstandung (Prognoseungenauigkeit bei der Zielstellung) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 12.172 € Nr. 14 (Überprüfung von Miet-, Pacht- und Leasingverträgen)	keine	keine	keine

NDH	Stadt Heringen	**LNr. 20 Nutzung städtischer Liegenschaften durch Dritte** Sämtliche Vermietungen der Festhalle Schloss Heringen erfolgten in der Vergangenheit über die Brauerei „Neunspringe". Der Vertrag zwischen der Stadt und der Brauerei konnte nicht verlängert werden. - Abweichung erheblich (Ziel:6.000 €, Ist: 4.021 €) - Keine Beanstandung (Durchsetzung privatrechtlichen Verträge der Stadt Heringen durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen ist nicht möglich) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 12.172 € bei der Maßnahme Nr. 14 (Überprüfung von Miet-, Pacht-..und Leasingverträgen)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Herrmannsacker	**Gebietsänderung ab 2018** Gebietsänderung umgesetzt zum 06.07.2018, der Haushalt der Gemeinde wurde für 2018 fortgeführt, haushaltstechnisch ist die Maßnahme erst ab 2019 wirksam entbehrlich	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Herrmannsacker	**Gebührenkalkulation Nutzung Dorfgemeinschaftshaus** Konsolidierungsmaßnahme umgesetzt, aber Konsolidierungsziel geringfügig nicht erreicht entbehrlich	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Neustadt	**Gebietsänderung ab 2018** Gebietsänderung umgesetzt zum 06.07.2018, der Haushalt der Gemeinde wurde für 2018 fortgeführt, haushaltstechnisch ist die Maßnahme erst ab 2019 wirksam entbehrlich	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Neustadt	**Reduzierung Saisonzeit Freibad** Betreiberkonzept geändert, Bad wird mit eigenen Personal betrieben, abweichend vom HSK, Einsparung nicht mehr gegeben erheblich (Gemeinde wurde aufgelöst zum 06.07.2018, der Haushalt der Gemeinde wurde für 2018 fortgeführt und schloss mit einem positiven Rechnungsergebnis ab)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Nohra	**Feuerschutz** **Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen** **130000.500000**Laut Haushaltsplan waren hier nur 500,00€ vorgesehen, denn diese Kosten sollten auf ein Minimum gehalten werden laut Haushaltssicherung. Es waren aber unabweisbare Reparaturen mit insgesamt 5.994,50€ notwendig - wie die Instandsetzung durch	keine	keine	keine

		Trapezleche/Wandbleche an der FFW Nohra mit 4.077,95€ (Beschluss Nr. 118/16/2018 überplanmäßige Ausgabe) sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Elektroarbeiten am Zählerschrank in Höhe von 1.350,97€ - Beanstandung nicht möglich, da in Erfüllung von Pflichtabgaben notwendige Maßnahme			
NDH	Gemeinde Nohra	**Straßenbeleuchtung** **Reparaturen** **670000.500000** Laut Haushaltsplan waren hier 3.500€ vorgesehen, denn diese Kosten sollen minimiert werden bzw. Einsparung in Zukunft ergeben resultierend aus der LED-Umstellung. Durch den Contractin Vertrag und die damit verbundenen Raten werden aber durch die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG 6.224,66€ in 2018 benötigt. Dies beinhaltet aber die Raten von 2017 und 2018. Die Modernisierung ist darin mit eingebunden und dient somit weiterhin der zukünftigen Einsparung. - Beanstandung entbehrlich durch Modernisierung wird künftiges Einsparpotential erzielt	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 20-01-2015: Erstattung von Verwaltungs- Overhead-Kosten durch den Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Nordhausen** Der Stadtentwässerungsbetrieb – Eigenbetrieb der Stadt Nordhausen ist als Sondervermögen zuständig für die Abwasserbeseitigung und Entwässerung im Stadtgebiet und in den Ortsteilen. Die Stadt Nordhausen übernimmt als Zentralverwaltung eine Vielzahl von Aufgaben für den Stadtentwässerungsbetrieb, z. B. in den Bereichen Recht, Liegenschaften, Personal, Arbeitsschutz und Finanzen. Diese Leistungen sind durch den Stadtentwässerungsbetrieb als pauschaler Erstattungsbetrag zu entrichten. - Abweichung erheblich (Ziel: 360.000 € vorläufiges Ergebnis 325.502 €) - Keine Beanstandung (die Kommunalaufsicht kann die konkreten Abrechnungsmodalitäten nicht vorgeben) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 20-05-2015: Erhöhung des Erbbauzinses bei Abschluss von Erbbaurechtsverträgen** Diese Maßnahme steht in Verbindung mit der Maßnahme 20-04-2015. Alternativ zu einem Verkauf von Immobilien kommt der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen mit einem Zinssatz von 5% - 7% in Frage. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 4.756 €, Ist: 3.567 €) Abweichung unwesentlich - *Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von*	keine	keine	keine

		207.061 € bei der Maßnahme 20-04-2015 – Veräußerung von Gemeindevermögen			
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 20-10-2015: Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen** Eine stärkere Haushaltsdisziplin soll die Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen fördern und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Verwaltung. Es sollen vermehrt die Prozesse der Verwaltung überprüft und optimiert werden. Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2018 durch eine strenge und kontrollierte Haushaltsdurchführung fortgeführt. Jedoch konnte das Konsolidierungsziel durch Lohn- und Preissteigerungen nicht erreicht werden. - Abweichung erheblich (Ziel: 350.000 € vorläufiges Ergebnis 200.000 €) - keine Beanstandung (Möglichkeiten zum Ausgleich der Kostensteigerungen durch weitere Einsparungen sind nicht ersichtlich) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 20-14-2018: Umwandlung Überbrückungshilfe Petersdorf** Im Zuge der Eingemeindung des Ortsteils Petersdorf zum 01.12.2007 hat die Stadt Nordhausen die Rückzahlungsverpflichtung aus der der Gemeinde Petersdorf gewährten Überbrückungshilfe übernommen. Durch den Erlass der Rückzahlungsverpflichtung entfallen die Raten der 2018 und 2019 (jeweils 31.582 €). Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des ThürGNGG 2018 am 06.07.2018 war die Stadt Nordhausen ihren Zahlungsverpflichtungen für die Jahre 2010 bis einschließlich 2018 (9 Raten) bereits nachgekommen. Somit entfällt nur die zum 01.07.2019 fällige 10. Rate in Höhe von 31.582 €. Die Rückerstattung der bereits gezahlten 9. Rate erfolgt nicht. - Abweichung erheblich (Ziel 63.165 €, vorläufiges Ergebnis 31.582 €) - keine Beanstandung (Vollzug des ThürGNGG kann die Stadt nicht beeinflussen) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 4.000.000 € bei der Maßnahme 20-13-2018 – Neugliederungsprämie/ Strukturbegleithilfe	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 32-05-2015: Ausweitung der gebührenpflichtigen Parkplätze im Stadtgebiet nach bestehender Parkplatzbewirtschaftungskonzeption** Ausweitung des Angebots an gebührenpflichtigen Parkplätzen im Stadtgebiet. Wie schon in den Jahren zuvor ist auf Grund der Eigentumsverhältnisse und der damit verbundenen Verträge keine Bewirtschaftung des Parkplatzes Weidenstraße/Grimmel möglich und wird somit kein	keine	keine	keine

		Bestandteil dieser Konsolidierungsmaßnahme mehr sein. Mit der Bewirtschaftung der Langzeitparkplätze auf dem August-Bebel-Platz sowie am „Altstadtparkplatz" Wallrothstraße wird gegenwärtig das Konsolidierungsziel noch nicht gänzlich erreicht. Mit der zusätzlichen Bewirtschaftung des Parkplatzes in der Albert-Träger-Straße ab Oktober 2018 ist davon auszugehen, dass das Konsolidierungsziel in den Folgejahren erreicht wird. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 55.000 € vorläufiges Ergebnis 50.000) Abweichung unwesentlich - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer			
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 32-06-2015: Aufnahme eines zusätzlichen Messtages zur Geschwindigkeitsüberwachung in der Stadt** Zurzeit werden zweimal wöchentlich Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet durchgeführt. Bei Einrichtung eines zusätzlichen Messtages könnte eine zusätzliche Einnahme von ca. 70.000 € erzielt werden. Mit der Neuausschreibung zur Bereitstellung von Messtechnik konnten die Kosten pro Messtag reduziert werden. Jedoch ist eine höhere Kontrollfrequenz nicht gleichbedeutend mit höheren Einnahmen. Durch die verkehrserzieherische Wirkung werden weniger Geschwindigkeits-überschreitungen festgestellt. Zusätzliche Kontrollen werden ca. zweimal monatlich durchgeführt. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 6.500 € vorläufiges Ergebnis 6.000) Abweichung unwesentlich - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 32-07-2015: Erhöhung der Standesamtsumlagen** Die Standesamtsumlage für die Gemeinden Werther und Hohenstein wurde von 75 % auf 100 % der Aufwandskosten erhöht. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 8.000 € vorläufiges Ergebnis 7.965 €) Abweichung unwesentlich - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 40-03-2015: Weihnachtsmarkt** Der Weihnachtsmarkt soll an Dritte vergeben werden oder bei Durchführung durch die Stadt durch die Erhebung von Marktgebühren gedeckt werden. Für das Haushaltsjahr 2018 wird kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet, da die Stadt Nordhausen den Weihnachtsmarkt wieder selbst organisiert und durchführt. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 9.601 € vorläufiges Ergebnis 0 €) Abweichung unwesentlich	keine	keine	keine

		- Gegenmaßnahmen: Der Stadtrat der Stadt Nordhausen hat am 30.05.2018 mit der BV/ 0929/2018 die „Satzung über Regelung des Marktwesens in der Stadt Nordhausen" (Nordhäuser Marktsatzung – NdhMarktS) beschlossen. Die hieraus erzielten Erträge und Einzahlungen werden in einer separaten Maßnahme (Maßnahme 41-07-2018 Einführung einer Marktsatzung und einer Marktgebührensatzung) dargestellt und minimieren zusätzlich den Zuschuss der Stadt. So sind bereits im Haushaltsjahr 2018 Erträge aus der Standplatzvergabe für den ..Weihnachtsmarkt in Höhe von 29.476 € zu verzeichnen.			
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 40-04-2015: Aufwandsreduzierung bei der Anbringung der Weihnachtsbeleuchtung** Durch Nichtanbringung von weihnachtlichen Beleuchtungselementen an den Straßenlaternen, Verzicht der Aufstellung von Weihnachtsbäumen im Stadtgebiet sowie Einsparmöglichkeiten bei den Betriebskosten (Energiekosten), wird ein anhaltendes Einsparpotential erreicht. Durch gezielte Vertragsverhandlungen werden günstigere Konditionen für das Anbringen der Weihnachtsbeleuchtung im Stadtgebiet ausgehandelt. - Beanstandung entbehrlich, (Ziel: 20.000 € vorläufiges Ergebnis 18.000 €) Abweichung unwesentlich - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 61-05-2015: Ausschüttung aus Eigenkapitalverzinsung bzw. Konzessionsabgabe Wasser** Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung müssen alle Möglichkeiten zur Stärkung der Ertragskraft der Stadt Nordhausen ermittelt werden. Darum wird die Einführung einer Konzessionsabgabe für Wasser geprüft. Die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Nordhausen hat in ihrer Sitzung am 24.11.2016, zunächst für 3 Jahre, in einem Grundsatzbeschluss, eine Ausschüttung aus der Eigenkapitalverzinsung an seine Mitglieder beschlossen. Im Haushaltsjahr 2016 und 2017 konnte die Maßnahme durch die Einzelbeschlüsse der Verbandsversammlung zu den Jahresabschlüssen 2015 und 2016 wirksam werden. In Vorbereitung auf die Verbandsversammlung am 06.12.2018 erfolgte am 07.11.2018 eine Beratung des Vorstandes, u.a. zum Jahresabschluss 2017 und der Gewinnverwendung. Im Ergebnis dieser Vorberatung wird der Vorstand der Verbandsversammlung vorschlagen, den Gewinn aus dem Jahresabschluss 2017 in die Rücklage zu buchen. Begründet wird diese Empfehlung mit den anstehenden, umfassenden Investitionen und z.T. auch Kostensteigerungen. - Abweichung erheblich (Ziel: 550.000 € vorläufiges Ergebnis 0 €)	keine	keine	keine

		- keine Beanstandung (Die Entscheidung über die Verwendung der Eigenkapitalverzinsung obliegt der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Nordhausen.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer			
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 61-06-2017: Abgabenerhebung im Rahmen der Unterhaltung Gewässer zweiter Ordnung** Die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung ist eine öffentlich-rechtliche Verpflichtung der Kommunen. Die Stadt Nordhausen ist dem Gewässerunterhaltungsverband „Harzvorland" beigetreten und lässt die vorgenannte Aufgabe durch den Verband erfüllen. Derzeit zahlt die Stadt Nordhausen für die Aufgabenerledigung eine Umlage. Der Gewässerunterhaltungsverband „Harzvorland" beabsichtigt, eine Kostenbeteiligung/Gewässerunterhaltungsabgabe von den Grundstückseigentümern gemäß § 71 Abs. 1 und 2 ThürWG zu erheben. Mit der Etablierung einer Gewässerunterhaltungsabgabe kann der derzeit zu zahlende Umlagebetrag der Stadt Nordhausen für die Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung entfallen. Für das Haushaltsjahr 2018 kann kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet werden. Mit Bekanntwerden des Gesetzentwurfs zur Gründung von Großen Gewässerunterhaltungsverbänden (soll im Zusammenhang mit der Novellierung des Thüringer Wassergesetzes erfolgen, LT-DS 6/5692 vom 15.05.2018) wurden alle Bestrebungen zur Einnahmenerzielung im Rahmen der Gewässerunterhaltung eingestellt. Die weitere Entwicklung ist von der endgültigen Gesetzgebung abhängig. - Abweichung erheblich (Ziel: 80.000 € vorläufiges Ergebnis 0 €) - keine Beanstandung (Derzeitige Maßnahmen sollen nicht den angekündigten gesetzlichen Bestimmungen entgegenstehen.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 63-01-2015: Ahndung von Verstößen gegen das Bauordnungsrecht** Die Umsetzung der Bauordnung soll intensiv kontrolliert werden. Zum einen soll ein Verstoß im Rahmen eines Bußgeldes geahndet werden. Die Wertsteigerungen und Nutzungsänderungen sollen dabei auch steuerrechtlich beurteilt werden und sich somit positiv auf die Steuereinnahmen auswirken. Der in den Haushaltsjahren 2015 - 2017 erreichte Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 30.854 € war nur durch die Schaffung einer zusätzlichen Stelle auf 450 €-Basis möglich. Durch den Wegfall dieser Stelle kann diese Maßnahme vorerst nicht fortgeführt werden. Es werden zwar weiterhin Bußgeldverfahren	keine	keine	keine

		eingeleitet, aber in einem weitaus geringeren Umfang. - Abweichung erheblich (Ziel: 12.600 € vorläufiges Ergebnis 0 €) - keine Beanstandung (Ersatz der Stelle auf 450 €-Basis durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen erscheint nicht möglich) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer			
NDH	Stadt Nordhausen	**Nr. 65-01-2015: Teilweise Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Lampen** Die Stadt Nordhausen mit ihren Ortsteilen hat einen Bestand von 5.500 Lichtpunkten. In den letzten Jahren wurde ein großer Teil dieser Lichtpunkte mit energieeffizienten Lampen umgerüstet. Das Konsolidierungsziel 2018 wurde nicht erreicht, da die Umrüstung noch nicht vollständig abgeschlossen ist. - Abweichung erheblich (Ziel: 165.000 €, vorläufiges Ergebnis 95.000 €) - keine Beanstandung (Stadt hat erklärt, sie werde ab dem 4. Quartal 2018 weitere 800 Lampen umrüsten.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Erträge von 2.424.406 € bei der Maßnahme 20-09-2016 – Erhöhung der Gewerbesteuer	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Urbach	**Nr. 2017-03 Anpassung der Entgelte für die Anmietung der Mehrzweckhalle Urbach** Das Konsolidierungspotential 2018 wurde mit 2.000 € erwartet, der Konsolidierungserfolg ist mit 442,11 € ausgewiesen. Der Gemeinderat hat die Benutzungsordnung und Nutzungsvereinbarung für die Mehrzweckhalle in Urbach am 14.12.2017 beschlossen. Die Entgelte wurden auf der Grundlage der Anmietung/Nutzung der Mehrzweckhalle des Jahres 2017 ermittelt, daraus ergab sich das für 2018 erwartete Konsolidierungspotential. Die Mehrzweckhalle konnte im Haushaisjahr 2018 9x vermietet werden (Vorjahr 16 Vermietungen). Dies erklärt den geringeren Konsolidierungserfolg. - Abweichung erheblich (Ziel: 2.000 €, Ist: 442,11 €) - keine Beanstandung (Gemeinde hat keinen Einfluss auf die Anzahl der Vermietungen, eine weitere Erhöhung der Entgelte führt nicht zwingend zu höheren Einnahmen.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 6.423,55 € bei der Maßnahme 2017-02 – Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtung in kommunaler Trägerschaft	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Urbach	**Nr. 2017-04 Erhöhung Friedhofsgebühren; Änderung der Gebührensatzung zur Friedhofssatzung der Gemeinde Urbach** Der Gemeinderat hat am 15.11.2017 die Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Urbach beschlossen. Grundlage der Kalkulation waren die	keine	keine	keine

		Gebührenbescheide des Jahres 2017. Der etwas geringere Konsolidierungserfolg erklärt sich damit, dass im Haushaltsjahr 2017 13 Gebührenbescheide zu unterschiedlichen Nutzungsrechten erlassen wurden. Im Haushaltsjahr 2018 waren es 9 Bescheide. - Abweichung erheblich (Ziel: 3.000 €, Ist: 2.640,20 €) - keine Beanstandung (Die Benutzung kommunaler Friedhöfe unterliegt Schwankungen; die hier gegebene Zielabweichung erscheint aus sachlichen Gründen als Prognoseungenauigkeit.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 6.423,55 € bei der Maßnahme 2017-02 – Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtung in kommunaler Trägerschaft			
NDH	Gemeinde Urbach	**Nr. 2017-05 Änderung der Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung); Erhöhung der Grundsteuer A und Grundsteuer B:** Der Gemeinderat hat am 14.12.2017 die Hebesatz-Satzung beschlossen und die Hebesätze der Grundsteuer A und B neu festgesetzt. Veränderungen der Einnahmen der o. g. Grundsteuern können sich im Laufe eines Jahres aufgrund geänderter Messbetragsbescheide des zuständigen Finanzamtes ergeben. Hinzu kommt, dass im Haushaltsjahr 2018 Kassenreste des Vorjahres der Grundsteuer A und B in Höhe von 485,47 € abgesetzt werden mussten. Dies hat Auswirkungen auf das Rechnungsergebnis 2018. - Abweichung erheblich (Ziel: 700 €, Ist: 656,80 €) - keine Beanstandung (Änderungen der Grundlagenbescheide durch das Finanzamt liegen nicht im Verantwortungsbereich der Kommunen und können durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht beeinflusst werden.) - Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 6.423,55 € bei der Maßnahme 2017-02 – Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtung in kommunaler Trägerschaft	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 7 Montage einer Photovoltaikanlage (Kita Großwechsungen)** Durch die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kita Großwechsungen sollten laut Plan 231,58 € Bewirtschaftungskosten eingespart werden. Durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Räumlichkeiten (Integration der Betreuung behinderter Kinder) wurden in 2018 tatsächlich 154,00 € (66,50 %) weniger ausgegeben. - Beanstandung entbehrlich (Abweichung unwesentlich) Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 1.039,22 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Einsparung Bewirtschaftungskosten Bauhof Werther)	keine	keine	keine

NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 8 Montage einer Photovoltaikanlage (Energieeinsparung Verwaltung Werther** Die erwartete Energieeinsparung wurde zu optimistisch eingeschätzt bzw. ungenau prognostiziert. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 1.500 €, Ist: 1.270,18 €) (Abweichung unwesentlich) Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 232,24 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 3 (Erhöhung Verwaltungsgebühren)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 13 Erhöhung Bestattungsgebühren** Die geplante Einnahmeerhöhung nach Inkrafttreten der überarbeiteten Friedhofsgebührensatzung im Hauhaltjahr 2015 wurde nicht in vollem Umfang erreicht, weil die Anzahl der Erdbestattungen rückläufig waren .Die Friedhofsgebührensatzung soll zeitnah überarbeitet werden. - Abweichung erheblich (Ziel: 12.900 €, Ist: 7.103,80 €) Keine Beanstandung (Gemeinde hat erklärt, eigenverantwortlich die Gebührensatzung zu überarbeiten) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 5.896,61 € bei der Maßnahme Lfd Nr. 10 (Reduzierung Unterhaltungsaufwand und Bewirtschaftungskosten Grünanlagen)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 14 Einsparung Personalkosten Reinigungskraft** - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 10.100 €, Ist: 9.960,00 €) (Abweichung unwesentlich) Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 224,22 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 5 (Montage einer Photovoltaikanlage (Kita Werther))	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 19 Erhöhung Hundesteuer** Durch Hundeabmeldungen im laufenden Jahr konnte das Konsolidierungsziel nicht ganz erreicht werden. - Abweichung erheblich (Ziel: 3.800 €, Ist: 2.994,50 €) Keine Beanstandung (bei zusätzlicher Anhebung des Steuersatzes ist mit weiteren Abmeldungen zu rechnen) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 207.460,32 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 25 (Erhöhung Gewerbesteuer)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 23 Erhöhung Grundsteuer A** Durch Korrekturen von Messbescheiden durch das Finanzamt und damit verbundene Steuererstattungen an Steuerpflichtige konnte im Jahr 2018 keine weitere Einnahmeerhöhung erreicht werden - Abweichung erheblich (Ziel: 15.800 €, Ist: 0,00 €) Keine Beanstandung (Der Hebesatz der Grundsteuer A beträgt 324 v.H., Steuererstattungen liegen nicht im Verantwortungsbereich der Kommunen und können durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht beeinflusst werden) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von	keine	keine	keine

		207.460,32 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 25 (Erhöhung Gewerbesteuer)			
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 30 Einsparung Mietpauschale Kopierer Verwaltung** Die Vertragsverhandlungen sind gescheitert, der Vertrag kann allenfalls erst zum 01.12.2020 gekündigt werden. Möglichkeiten zum Austritt aus dem Mietverhältnis werden geprüft. - Abweichung erheblich (Ziel: 888 €, Ist: 0 €) Keine Beanstandung (Umsetzung derzeit rechtlich unmöglich) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 1.039,22 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Einsparung Bewirtschaftungskosten Bauhof Werther)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Wolkramshausen	**Feuerschutz** **Geräte, sonst. Gebrauchsgegenstände** **130000.520000** Laut IV.HSK Fortschreibung aus 2017 waren 3.200€ vorgesehen – tatsächlich ausgegeben wurden aber 3.853,82€. Aufgrund von gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen zur Wahrung der Sicherheit der Geräte (u.a. Instandhaltung Feuerlöscher, Prüfung Atemmasken) konnte das Einsparpotenzial nicht wie geplant eingehalten werden. - Beanstandung entbehrlich da hier zur Wahrnehmung einer Pflichtaufgabe investiert wurde	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK	Bobeck	- Beschluss zur Änderung der Hauptsatzung – Aufwands-entschädigung – wurde vom Gemeinderat abgelehnt, da die finanzielle Anerkennung des Ehrenamtes nicht weiter gekürzt werden soll - Kündigung Abo Fachzeitschrift Feuerwehr – wegen Frist einhaltung erst ab 2019 - Verkauf von 444 KEBT-Aktien im April 2018 angemeldet, wird seitdem auf Internetseite der KEBT AG angezeigt, bisher kein Verkauf wegen fehlender Kaufinteressenten - Verkauf landwirtschaftlicher Fläche konnte wegen der Klärung von Detailfragen noch nicht realisiert werden ➔ Erheblich (Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2019)			

SHK	Scheiditz	- Verkauf von Grundstücken - keine Realisierung, da keine Gemeindegrundstücke für Verkauf verfügbar (Maßnahme lautete „Prüfung der Möglichkeit von Grundstücksverkäufen") ➔ Entbehrlich (für die Gemeinde entstand nur aufgrund des geplanten Breitband-Ausbaus die HKS-Pflicht)			
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf	Friedhofskalkulation wurde nicht umgesetzt, da die Verwaltung nach eigener Aussage für die Berechnung 3 Haushaltsjahre benötigt (2019, 2018 und 2017). ➔ Erheblich (Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2019)			
SHK	Poxdorf	- Holzverkauf Durch die große Hitze im Sommer 2018 und den Borkenkäferbefall war bis Ende 2018 lediglich der Verkauf von Laubholz möglich - Optimierung der Versicherungsverträge Die bestehenden Versicherungsverträge stehen derzeit noch auf dem Prüfstand. - Reduzierung Anzahl Gemeinderatsmitglieder/ Anpassung Aufwandsentschädigung Reduzierung Anzahl Gemeinderatsmitglieder gesetzeswidrig, Anpassung Aufwandsentschädigung politisch nicht gewollt (Ablehnung durch Gemeinderat) ➔ Entbehrlich (positive finanzielle Entwicklung -> Konsolidierungsziel nicht gefährdet)			
SHK	Heideland	- die in 2017 gefassten Beschlüsse über den Verkauf der Immobilien "Waldblick" OT Lindau (Beschluss Nr. 26/2017)			

		und den Verkauf von Waldgrundstücken (Beschluss Nr. 24/2017) bestehen weiterhin, wurden jedoch nur teilweise realisiert - der Beschluss über den Verkauf des Kindergartens im OT Thiemendorf (Beschluss Nr. 27/2017) wurde aufgehoben. Stattdessen soll das Gebäude an den Feuerwehr- und Heimatverein Thiemendorf e.V. übergeben werden. Die Vertragsverhandlungen laufen derzeit noch. ➔ Entbehrlich (positive finanzielle Entwicklung -> Konsolidierungsziel nicht gefährdet)			
SHK	Stadt Eisenberg	- Einsparung Versicherung, Vergabe an neuen Anbieter, Maßn. Nr. 02 Nicht erfüllt. Erhöhung der Beiträge bei Unfallkasse und höhere Einwohnerzahl verhindern Einsparung - Vertragsanpassung, Robertsmühle, Reduzierung Pachtzahlung, Maßn. Nr. 12 Nicht erfüllt. Vertragliche Veränderung konnte mit dem Eigentümer nicht erreicht werden. Vertragspartner sind derzeit nicht zu Zugeständnissen bereit. höhere Einnahmen GewSt - Brandschutz, Erhöhung Zuwendung Gemeinden, Vereinb.Rauschwitz, Maßn. Nr. 17 Nicht erfüllt. Vereinbarung mit der Stadt wurde von der Gemeinde Rauschwitz, trotz besserer Konditionen gegenüber der bestehenden Vereinbarung abgelehnt. - Der überwiegende Anteil der 49 Sparmaßnahmen wurde vollständig oder zumindest teilweise erfüllt. Im Haushaltssicherungskonzept von 2016 waren für das Jahr 2018 Konsolidierungsmaßnahmen gegenüber der ursprünglichen Finanzplanung von 673 T€ (nach			

		redaktioneller Korrektur auf den Betrag von 665 T€ korrigiert). Daraus hätte sich ein Rechnungsergebnis von 857.700 € als Zielstellung des HSK ergeben. Diese Zielstellung wurde mit dem vorläufigen Ergebnis für 2018 von 2.500 T€ erheblich übertroffen. Dabei waren besonders die Mehrerträge bei der Schlüsselzuweisung und der Gewerbesteuer hilfreich. Gleichfalls konnte die Zielstellung zur Aufwandsverringerung erreicht werden. ➔ Entbehrlich (Konsolidierung 2018 erreicht)			
SHK	Stadt Stadtroda	- Feuerwehr: Bisher keine Umsetzung einer neuen Gebührensatzung, derzeit keine Möglichkeit der Erstellung einer rechtssicheren Gebührensatzung - Rodastadion/ Freibad: Keine weitere Kostenbeteiligung vom Landkreis möglich - Bauverwaltung: Neubesetzung der freien Stelle notwendig für die Abarbeitung der Sachaufgaben - Dorfgemeinschaftshaus Gernewitz: Unverändert kein Interesse von Privatpersonen oder öffentlichen Einrichtungen an einer eigenständigen Nutzung - Schützenhaus: Konzepterstellung für weitere Nutzung in die Wege geleitet, bis dahin keine Veränderung Betreibung ➔ Erheblich (Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2019)			

Saale-Holzland-Kreis	Gemeinde Lehesten	XIX.02 Erhöhung Verwaltungskostengebühren: Die Umsetzung erfolgt 2019. XIX.13 Erhöhung Feuerwehrgebühren: Die Umsetzung erfolgt 2019. XIX.85 Verwertung kommunales Holz: Die Umsetzung erfolgt 2019/2020. ➔ Erheblich (Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2019)			
Saale-Holzland-Kreis	Gemeinde Hainichen	XIX.13 Erhöhung Feuerwehrgebühren: Die Umsetzung erfolgt 2019. XIX.75 Erhöhung Friedhofsgebühren: Die Umsetzung erfolgt 2019. XIX.88 Vermögensveräußerung von Gartenland: Vorbereitungen erfolgten 2018; 2019 Verkauf für 9.000 €. ➔ Erheblich (Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2019)			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
073 SCF	Lehesten	Neukalkulation Friedhofsgebühren entbehrlich: - erhebliche Mehreinnahmen sind nicht zu erwarten - Kommune hat keinen Einfluss auf die Einnahmen			
	Bad Blankenburg	Neukalkulation Kostenersatz Feuerwehr entbehrlich: - erhebliche Mehreinnahmen sind nicht zu erwarten - Kalkulation lag schon mehrfach im Entwurf vor, Überarbeitung derzeit durch die Stadt			
	Gräfenthal	Neukalkulation Kostenersatz Feuerwehr entbehrlich: - erhebliche Mehreinnahmen sind nicht zu erwarten - Überarbeitung soll bis Ende 2019 erfolgen			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	052 Oberweid	Bauhof – evt. komm. Zusammenarbeit mit Unterweid (die Gemeinde Unterweid fusionierte aktuell mit der Stadt Kaltennordheim, Möglichkeiten sind nach der Neuorganisation bzw. –ordnung der Bauhöfe zu prüfen)			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	074 Brotterode-Trusetal	Einführung digitaler Sitzungsdienst um Arbeitszeit und Kosten einzusparen – es besitzen derzeit nicht alle Stadtratsmitglieder eine personalisierte Mailadresse			
		Veräußerung kommunalen Vermögens; nicht benötigten Grundvermögen steht nach wie vor in der Vermarktung			
		Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Aufgabenbereich Bauhof nach Ausscheiden zum 31.07.2015; die Stadt hatte diesbezüglich erläutert, dass zur Absicherung des Winterdienstes diese Stelle unbedingt wiederbesetzt werden muss – gemäß Stadtratsbeschluss vom 01.10.2017 für 2 Jahre befristet wiederbesetzt – laut Fortschreibung HSK 2019 soll diese Stelle aber nunmehr im Jahr 2020 gänzlich wegfallen			

		Kündigung Mitgliedschaft Geopark Thüringen wieder zurückgezogen – 2018 beitragsfrei			
		Wegfall des Essengeldzuschusses an die Evangelische Kirchgemeinde als Träger der Kindertageseinrichtungen wurde nicht umgesetzt – als Alternativmaßnahme wurde die Anhebung der Hundesteuer zum 01.07.2019 beschlossen			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	Bad Lobenstein	Gebietsreform – Zusammenschluss mit VG Saale-Rennsteig und der Stadt Wurzbach bis zum Jahr 2019 wird nicht erfolgen – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Zentralisierung Feuerwehren wird zurückgestellt – ist weder für das Personal noch mit der vorhandenen Technik umsetzbar. Es fehlen die räumlichen Voraussetzungen. Schon jetzt ist es in der 2008 erweiterten Stützpunktfeuerwehr, z.B. in der Umkleide relativ eng. Hier können keine weiteren Kameraden untergebracht werden – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Stadtbibliothek – Umzug ins Neue Schloss erst 2020 – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Verkauf der Vereinshäuser entfällt – beginnend ab 2018 sind jedes 2.Jahr bis 2026 jeweils 50,00 € für den Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen	Keine	Keine	Keine

		(Vereinshäuser) im Haushalt berücksichtigt. Sämtliche Unterhaltungsmaßnahmen an und um den Objekten werden in der Regel von den Vereinen eigenständig und auf eigene Kosten durchgeführt. Deshalb ergeben sich keine nennenswerten Kostenreduzierungen. Der Einfluss der Stadt wäre bei zukünftigen Entscheidungen zu den Objekten nur noch in begrenztem Umfang gegeben – entbehrlich			
		Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Erschließungsgebiet Gallenberg geringer als geplant – Verkauf der Grundstücke Sorge-Weg erfolgten nicht wie erwartet – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Garagengemeinschaften – Verkauf entfällt – Begründung: es würde auf jährliche Einnahmen i.H.v. ca. 20.200,00 € verzichtet werden, alle Mitglieder einer Garagengemeinschaft müssten einverstanden sein; es wurde bereits im Jahr 2006 bei einer GG versucht und scheiterte an den unterschiedlichen Auffassungen der Mitglieder, Vermessungen für ca. 500 Garagen wären durchzuführen und Notartermine für jeden Verkauf – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Veräußerung der Hälfte der Stimmrechte (KET), die aus dem jährlichen Wertzuwachs entstehen (Prüfung) - entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Keine weitere Kreditaufnahme, letzte Tilgung im Jahr 2022 – aber Übernahme der Altschulden der Wohnungsgesellschaft Bad Lobenstein mbH zum 01.01.2019 - entbehrlich	Keine	Keine	Keine
SOK	Bucha	Anhebung Steuerhebesätze ab 01.01.2019 – ab 01.01.2019 Eingliederung in Gemeinde Knau -	Keine	Keine	Keine

		entbehrlich			
SOK	Hirschberg	Deckelung der Personalkosten auf 10.000,00 € - die Personalkosten für den Bademeister wurden seit der Freibadsaison 2012 auf 10.000,00 € begrenzt und einnahmeseitig durch Eintrittsgelder und Spenden finanziert. Die Personalkosten umfassen zusätzlich auch die Kosten für den Kassendienst, die lt. Jahresrechnung 2018 5.102,37 € betrugen. Ab 2019 soll der Kassendienst ehrenamtlich vom Förderverein des Freibades oder über eine geförderte Maßnahme des Jobcenters Schleiz abgedeckt werden entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes – im Haushaltsjahr 2019 wird eine Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer auf 395 v.H. ins Auge gefasst, um den Forderungen der VV-Bedarfszuweisung gerecht zu werden und Mindereinnahmen aus der Bemessung der Schlüsselzuweisungen ab 2020 durch die Festsetzung des fiktiven Nivellierungshebesatzes für die Gewerbesteuer auszugleichen – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Anpassung Geschäftsbesorgungsvertrag Schulhausmeister – die Stadt Hirschberg stellte bei der Schulverwaltung des Landratsamtes SOK einen Antrag auf Anpassung des Geschäftsbesorgungsvertrages für den Schulhausmeister der Regelschule Hirschberg. Bis dahin wurden durch das LRA 30 Wochenstunden für Arbeiten des Schulhausmeisters in der Entgeltgruppe 4, Stufe 2 erstattet. Die Anpassung des Vertrages durch das LRA ergab eine Änderung der Rahmenbedingungen. So wird der Schulhausmeister nunmehr, wie gefordert, auf Grundlage einer Tarifanpassung bezahlt, die wöchentliche Arbeitszeit verringert sich jedoch von 30	Keine	Keine	Keine

		auf 20 Wochenstunden. Ab 01.01.2016 galt der neue Geschäftsbesorgungsvertrag. Der monatliche Erstattungsbetrag durch das LRA verringerte sich von 1.702,79 € auf 1.458,93 €. Ab 01.01.2018 gilt der neue Geschäftsbesorgungsvertrag. Ab 01.01.2018 beträgt der monatliche Erstattungsbetrag durch das LRA 1.712,20 €. Einmalige Nachzahlungen aus Tarifanpassungen für 2016 und 2017 erfolgten 2018 in Höhe von 1.156,00 €. Durch eine quartalsweise Abrechnung finden Tarifanpassungen künftig zeitnah Berücksichtigung - entbehrlich			
SOK	Ranis	Schließung des Burgmuseums – erheblich	Aufforderung, mit Vorlage der Fortschreibung Ersatzmaßnahmen darzustellen	Keine	Keine
SOK	Tanna	Einnahmen aus der Nutzung der Sportanlagen durch den Schulsport generieren – eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgerecht erfolgt. Die Verhandlungen mit dem Landkreis laufen nach wie vor. Wann mit einem Abschluss der Nutzungsvereinbarung zu rechnen ist, ist derzeit noch nicht absehbar. Ein Mediationstermin hierfür findet am 14.05.2019 statt unter Federführung des Thüringer Landesverwaltungsamtes - erheblich	Keine (bevorstehende Beratungen)	Keine	Keine
		Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption – eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgerecht erfolgt. Sie befindet sich nach wie vor in Bearbeitung. Da sich das Straßennetz der Stadt Tanna auf fast 50 km beläuft, ist die Erarbeitung der Konzeption sehr aufwendig. Ein wachsendes Problem stellt auch die	Keine	Keine	Keine

		zunehmende Verschlechterung bis hin zur totalen Zerstörung der Straßen und Feld- und Waldwege dar, welche durch die LKW´s und landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge verursacht werden – entbehrlich			
		Veräußerung von Anteilen an der Fernwärmeversorgung – eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Die Verhandlungen mit der TEAG Thüringer Energie AG konnten zu keinem positiven Abschluss gebracht werden. Aktuell wird das weitere Vorgehen geprüft – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Widerspruch gegen den Kreisumlagebescheid des Jahres 2017 einlegen – eine Umsetzung dieser Maßnahme ist bereits zum Teil erfolgt. Die Stadt Tanna hat fristgemäß beim Landkreis Widerspruch eingelegt und eine Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt, sie im Verfahren zu vertreten. Das Verfahren läuft. Wann mit einem Abschluss zu rechnen ist, ist derzeit nicht absehbar – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
SOK	Wurzbach	Senkung Aufwandsentschädigung Ortsteil-BGM – Stadtratsbeschluss erhielt keine erforderliche Mehrheit – entbehrlich	Keine	Keine	Keine
		Verkauf Sportlerheim Titschendorf – Verkauf erfolgt, aber erst 2019 kassenwirksam – entbehrlich	Keine	Keine	Keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

LK – Sömmerda: Tabelle 1 (SSID: 899147)

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	1.Andisleben	M6: Erhöhung der Sondernutzungsgebühren (nur teilweise umgesetzt) - **entbehrlich**			
SÖM	2.Großmölsen	M1: Zusatzeinnahmen durch Nutzungsentgelt Kirchgasse 10 - **entbehrlich** M2: Einsparung Energiekosten – Nutzung Räumlichkeiten Bürgerhaus - **entbehrlich**			
SÖM	3.Henschleben	M2: Reduzierung Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung - **entbehrlich** M7: Verbesserung Kostendeckungsgrad im Bestattungsbereich - **entbehrlich**			

Zu 1. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Andisleben die dauernde Leistungsfähigkeit ab dem Jahresabschluss 2018 und der HH-Planung 2019 bis 2022 wieder dauerhaft darstellen kann. Die Gemeinde stellt sich derzeit konsolidiert dar.

Zu 2. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Großmölsen das in 2018 beabsichtigte Konsolidierungspotential trotz der fehlenden Umsetzung der benannten 2 geringfügigen Maßnahmen übererfüllen konnte.

Zu 3. Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Henschleben das in 2018 beabsichtigte Konsolidierungspotential trotz der fehlenden Umsetzung der benannten 2 geringfügigen Maßnahmen übererfüllen konnte.

Die anderen HSK-pflichtigen Gemeinden des LK SÖM im Jahr 2018 (Eßleben/Teutleben, Guthmannshausen, Hardisleben, Kleinbrembach, Mannstedt und Rudersdorf) wurden durch das ThürGNGG 2019 zum 1.1.2019 aufgelöst.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	96523 Steinach	Entbehrlich: Lfd. Nr. 02 und 03: Umbau Eingangsbereich Museum für Tourist-Information, Personalumsetzung, Reduzierung Öffnungszeiten, Energieeinsparung			
		Entbehrlich: Lfd. Nr. 06: Neufassung Hallenbenutzungsordnung, Beteiligung SV an Betriebskosten			
		Entbehrlich: Lfd. Nr. 07: Übertragung Betreibung Rasenplatz an Sportverein			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UH	Anrode	-Überprüfung der Verwaltungskoastensatzung und ggf. Anpassung der Kosten- und Gebührensätze - Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung und ggf. Anpassung der Gebührensätze -Erhöhung der Benutzungsgebühren für gemeindliche Einrichtungen -Prüfung eines Verkaufs des Kommunalwaldes an eine zu gründende Stiftung mit kommunalen Einfluss -Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung mit kommunalen Einfluss - Verkauf eines Grundstücks als Bauplatz im OT Zella *erheblich, Beratung gem. § 116 ThüKO am 25.03.2019 erfolgt*			
	Bothenheilingen	_____			

	Flarchheim	———			
	Issersheilingen	———			
	Kleinwelsbach	-Zusammenarbeit der Bauhöfe Schlotheim / Kleinwelsbach *entbehrlich*			
	Marolterode	———			
	Obermehler	-Bildung eines gemeinsamen Bauhofs mit der Stadt Schlotheim *entbehrlich*			
	Schlotheim	-Bildung eines gemeinsamen Bauhofs mit der Gemeinde Obermehler -Einführung der Kosten-Leistungsrechnung *entbehrlich*			
	Sundhausen	-Anpassung Benutzungsgebühren -Verkauf gemeindeeigenes Grundstück (Bauhof) *erheblich, Beratungen gem. § 116 ThürKO wurden durchgeführt*			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018 auf Basis der vorläufigen Jahresrechnung 2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Arbeitsstand: 29.04.2019

kreisfreie Stadt:	Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Abschnitt 13:
(VwHH34) Konzentration der Standorte der Freiwilligen Feuerwehr (FFW)

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung im Bereich der Mitgliederanzahl der FF der Stadt Eisenach müssen mittel- bis langfristig Standorte der Freiwilligen Feuerwehren vereint werden, um die Mindestausrückestärke und die notwendige Qualifikation für das zu besetzende Einsatzfahrzeug gewährleisten zu können. Die Zusammenfassung der 9 Freiwilligen Feuerwehren zu 5 Löschbezirken ist bereits erfolgt.

Die Konzentration mehrerer Feuerwehren in einem Löschbezirk auf einen Standort befindet sich in der Planungsphase. Grundlage ist die normkonforme Ertüchtigung eines Feuerwehrhauses je Löschbezirk. Des Weiteren sind die geplanten Anforderungen nach Novellierung der Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung (ThürFwOrgVO) zu berücksichtigen.

Auswertung:
Das geplante Konsolidierungspotenzial i. H. v. 4 TEUR konnte noch nicht erreicht werden.

Die Zusammenlegung der Feuerwehrstandorte im Löschbezirk III (Neuenhof, Hörschel, Göringen,) ist weit vorangeschritten und befindet sich in der Bauplanungsphase. Das Feuerwehrgerätehaus in Neuenhof wird ertüchtigt und mit einem Anbau versehen. Im Jahr 2019 wird mit dem Bau begonnen und 2020 ist mit der Fertigstellung zu rechnen. Damit entsteht ein normkonfirmes Feuerwehrgerätehaus für 25 Einsatzkräfte und zwei Standplätze für Feuerwehreinsatzfahrzeuge. Die Feuerwehrstandorte in Hörschel und Göringen werden nicht mehr feuerwehrtechnisch genutzt.

Die Novellierung der Thüringer Feuerwehr-Organisationsverordnung ist noch nicht abgeschlossen.

Abschnitt 32:
(E5) Konzentration der Museen: Veräußerung von Gebäuden und Übertragung der Wagner-Sammlung an andere Träger

(VwHH16) Städtische Museen: Museumsstandorte: Bei Konzentration zukünftiger Museumsaktivitäten auf einen Standort lassen sich auf Einsparungen für Leistungen des Regiebetriebes sowie für Sachkosten erzielen.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung ein Museumskonzept vorzulegen, welches eine Konzentration der städtischen Museen auf einen Standort vorsieht. In diesem Zusammenhang ist eine Veräußerung von Gebäuden zu prüfen.

Auswertung:
Die Veräußerung von Gebäuden wurde geprüft. Nach Gesprächen mit dem Partner Thüringer Schlösser und Gärten wurde deutlich, dass die Stadt bei einer Veräußerung, etwa des Stadtschlosses, weiterhin erhebliche Betriebskosten aufwenden und zusätzlich Miete müsste. Insofern erbringt eine avisierte Veräußerung keine Entlastung.

Mit Beschluss des Stadtrats der Stadt Eisenach vom 30.10.2018 (Beschluss-Nr. StR/0755/2018) wurde das Museumskonzept für das Thüringer Museum Eisenach bestätigt. Dieses sieht den Erhalt aller 3 Museumsstandorte vor. Die Maßnahme eines Verkaufes der Reuter-Villa und die Übertragung der Wagner-Sammlung an andere Träger wird somit nicht mehr verfolgt.

...

Die Stadt Eisenach hat sowohl für das Stadtschloss wie für die Reuter-Villa Investitionen vorgenommen: in Form von neuer Bestuhlung sowie Anschaffung neuer Konzertflügel zur mehrspartigen Nutzung der Räumlichkeiten auch außerhalb des laufenden Museumsbetriebs.

Die Maßnahme ist in der 6. Fortschreibung daher nicht mehr enthalten.

Abschnitt 46:
(VwHH12) Kindertagesstätten: Anhebung Gebühren für städtische Kindertagesstätten

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat eine Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der Vorgaben der VV Bedarfszuweisung zur Beratung vorzulegen.

Auswertung:
Das geplante Konsolidierungspotenzial i. H. v. 83 TEUR konnte nicht erreicht werden.

Es wird auf das Rundschreiben Nr. 3/2014 des TMBWK vom 30.06.2014 i.V.m. dem Schreiben des Thüringer Innenministeriums vom 03.06.2014 zur Elternbeitragsgestaltung von Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept verwiesen, wonach eine Erhöhung der Elternbeiträge auf 10% über dem Landesdurchschnitt nicht als zwingend angesehen wird. Mit Stand 2016 hat die Stadt Eisenach einen Kostendeckungsgrad bei den Gebühren für alle Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet von 19,21% und bewegt sich damit bereits über dem Landesdurchschnitt (18,38%).

Es wurde daher in der Dezernentenberatung am 07.08.2018 festgelegt, dass eine Neuberechnung der Gebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen vorerst zurückgestellt wird.

Abschnitt 72:
(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen.

Auswertung:
Der Antrag auf Ausschüttung wurde im Jahr 2018 erneut in der Verbandsversammlung des AZV am 31.08.2018 durch die Verbandsräte der Stadt Eisenach gestellt, da in dieser Sitzung über die Verwendung des Jahresergebnisses 2017 (Gewinn i. H. v. 1.688.757,62 EUR) zu beschließen war.
Eine Ausschüttung konnte nicht erreicht werden, da die Mehrheit der Verbandsräte dies ablehnte.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hatte sich im Jahr 2017 zur Klärung der Rechtslage für die „Ergebnisbehandlung kostendeckender Unternehmen und Zweckverbände" an das Thüringer Innenministerium gewandt.

Zwischenzeitlich wurde der Stadt von Seiten des Verbandsvorsitzenden des AZV das Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 28.11.2018 mit Posteingang 04.12.2018 betreffend der Vermögenslage des AZV zugeleitet. Der Verbandsvorsitzende hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass er nach eingehender Prüfung der Ausführungen sowohl aus rechtlicher als auch betriebswirtschaftlicher Sicht ggfs. rechtliche Schritte veranlassen wird, da seitens des Zweckverbandes in einzelnen Punkten eine andere Rechtsauffassung vertreten wird.

Abschnitt 87:
(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung: Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten. Es wurde eine Zuarbeit von der Wartburg-Sparkasse abgefordert. Die SN wird inhaltlich voll von der Stadtverwaltung unterstützt.

...

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen auch weiterhin zu prüfen.

Auswertung:
Das geplante Konsolidierungspotenzial i. H. v. 300 TEUR konnte nicht erreicht werden.

In der Verwaltungsratssitzung der Wartburg-Sparkasse am 08.03.2018 wurde im Rahmen des TOP 2 „Verwendung des Jahresüberschusses" die notwendige Stärkung des Eigenkapitals erörtert.
Grundsätzlich wurde bereits vorgesehen, keine Ausschüttung vorzunehmen und den ausgewiesenen Jahresüberschuss nach § 21 Satz 1 und 2 ThürSpkG in voller Höhe zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals den Rücklagen der Wartburg-Sparkasse zuzuführen.

Daraufhin wurde folgender Beschluss in der Verwaltungsratssitzung am 21.06.2018 gefasst:
„Der Verwaltungsrat beschließt auf Vorschlag des Vorstandes nach § 21 Satz 2 ThürSpkG den Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2017 i. H. v. 1.747.963,60 EUR in voller Höhe zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals der Sparkasse zu verwenden und den Rücklagen zuzuführen."

Seit Jahren wird durch die städtische Vertretung im Verwaltungsrat der WAK-SPK beantragt, eine Ausschüttung zu erreichen – bisher wurde dies durch den Verwaltungsrat immer mehrheitlich abgelehnt. Aufgrund dessen wird die Maßnahme ab der 6. Fortschreibung ohne monetäres Konsolidierungspotenzial im HSK weitergeführt werden.

Datum: 23. April 2019 Produkt/Aktenzeichen: 11710000

Anlage 1
Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung
zum 31.12.2018 auf Basis der Jahresrechnung 2018 der Stadt Gera
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Abschnitt C Nr. 5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 1141-0.04 – Abriss Gebäude - Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf
„Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke."

Sachstand:

Bisher wurden die geplanten Gebäude noch nicht abrissen, so dass es zu Verschiebungen in der Konsolidierung kommt. Im Jahresantrag der Städtebauförderung für das Programmjahr 2018 wurde der Abriss des Gebäudes Berta-Schäfer-Straße angemeldet. Der Zuteilungsrahmen enthielt jedoch keine Fördermittel für den Abriss, sodass in Absprache mit dem TLVwA die Antragstellung zwar trotzdem erfolgte, jedoch eine Bewilligung erst mit der Bereitstellung von Fördermitteln aus anderen Verpflichtungsrahmen erfolgen kann. Ein Zuwendungsbescheid liegt aktuell nicht vor. Der Abriss wird zu 100 % über die Städtebauförderung gefördert, jedoch ist aus diesem Rahmen keine Bescheiderteilung möglich, vom Fördermittelgeber wird voraussichtlich eine Bewilligung mit einem Fördersatz i. H. v. 66,67 % erteilt werden. Die Verwertung des frei werdenden Grundstückes obliegt dann dem Fachgebiet Grundstücke.

Bewertung:

Die Maßnahme beinhaltete den Abriss von 3 Objekten (Karl-Matthes-Straße, Berta-Schäfer-Straße, Geschwister-Scholl-Straße) in 2014, um Objektsicherungskosten in Folgejahren zu vermeiden und anschließend die Grundstücke verkaufen zu können. In dem Sachkonto werden Unterhaltsaufwendungen für mehrere Objekte gebucht, die in der Zuständigkeit der Stadt Gera außerhalb des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der „Elstertal" Infraprojekt GmbH liegen.

Die Objekte Karl-Matthes-Straße und Geschwister-Scholl-Straße wurden bereits veräußert.

Im Jahresantrag der Städtebauförderung für das Programmjahr 2019 wurde der Abriss der Berta-Schäfer-Straße angemeldet. Der Abriss wird zu 100% gefördert. Das Objekt Berta-Schäfer-Straße ist bereits leer.

In der aktuellen Planung bis 2023 ist die Erreichung des Konsolidierungsziels unter Berücksichtigung eines massiven Instandhaltungsstaus an kommunalen Liegenschaften nicht darstellbar.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2521-0.01 – Museumsstandort Ferbersches Haus
„Aufgabe eines (städtisch geführten) Museumsstandortes. Erarbeitung und Entscheidung zu verschiedenen Varianten zur Zukunft des Ferberschen Hauses."

Sachstand:

Der Museumsstandort Ferbersches Haus wurde nicht aufgegeben. Die Mitglieder des Bildung-, Kultur- und Sportausschusses sprachen sich in mehreren Sitzungsrunden dagegen aus. Nach wie vor wird am Erhalt des Museums im Ferberschen Haus durch Verwaltung und Stadtrat festgehalten (siehe Entwicklungskonzept der Museen 2013 - 2020, DS-Nr. 192/2009 3. Ergänzung). Im Rahmen der gegenwärtigen Erarbeitung "Kulturentwicklungsplan "KEP" bis 2030 als Grundlage der Bewerbung Geras als "Kulturhauptstadt 2025" werden die städtischen Museen an ihren gegenwärtigen Standorten eine zentrale Stellung einnehmen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist gemäß Abrechnung HSK 4.0 vom 14. September 2018 sowie im Hinblick auf Stadtratsbeschluss 90/2018 1. Ergänzung derzeit nicht umsetzbar. So dass diese Maßnahme in der 6. Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2023 als abgeschlossen gekennzeichnet wurde.

M 2521-0.03 – Erhöhung Eintrittspreise der Museen
„Eine weitere Preisanpassung um etwa durchschnittlich 1,50 Euro ist für das Jahr 2019 vorgesehen."

Sachstand:

Laut dem vom Stadtrat beschlossenem Entwicklungskonzept der Museen der Stadt Gera bis 2020 waren bis 2020 keine Erhöhungen der Eintrittspreise vorgesehen. Die dennoch erfolgte Erhöhung 2014 kann aufgrund der reduzierten Öffnungszeiten und der aus personellen und finanziellen Gründen quantitativ und qualitativ reduzierten Ausstellungstätigkeit gegenwärtig nicht vertreten werden. Preiserhöhung muss mit Qualität bzw. Quantität im Einklang stehen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist gemäß Abrechnung HSK 4.0 vom 14. September 2018 derzeit nicht umsetzbar. So dass diese Maßnahme in der 6. Fortschreibung zum Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2023 als abgeschlossen gekennzeichnet wurde.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2531-0.01 – Erhöhung Eintrittspreise des Tierparks
„Aller drei Jahre ist eine weitere Eintrittsgeldanpassung vorgesehen (bis zu 25 %)."

Sachstand:

Die Maßnahme befindet sich in der 4. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013 - 2023 in Umsetzung. Letztmalig wurden die Eintrittspreise zum 01.01.2017 mit der DS-Nr. 34/2011 2. Ergänzung angepasst. Im Ergebnis des Haushaltsvollzuges 2017 zeigt sich eine positive Entwicklung der Ertragsposition. Das Konsolidierungsziel nach der Konsolidierung sowie der geplante Haushaltsansatz 2017 wurde erreicht. (vgl. Kennzahl 25310001 Anzahl Besucher 2017 = 127.937 zu 2016 = 125.037). Die Eintrittsgelder im Tierpark sind witterungsabhängig. Die für den 01.01.2018 geplante moderate Erhöhung der Eintrittspreise wurde seitens des Fachdienstes Umwelt vorbereitet - jedoch durch die Verwaltungsspitze vertagt. Das Konsolidierungspotential wurde in den abgelaufenen Konsolidierungsjahren übertroffen. Als Stichtag für die Einführung der erhöhten Eintrittspreise ist nunmehr der 01.06.2019 vorgesehen.

Bewertung:

Die Beschluss-Vorlage DS-Nr. 34/2011, 3. Ergänzung zur Umsetzung „Haushaltsicherungskonzept 2013 – 2023" der Stadt Gera vom 14.11.2013; hier: Neuregelung der Eintrittspreise des Tierparks Gera wurde in den Fachausschüssen beraten. In der Stadtratssitzung vom 11.04.2019 wurde die Beschluss-Vorlage in die Verwaltung zurückverwiesen. Die Verwaltung erhielt den Arbeitsauftrag eine Zukunftsentwicklungs-konzeption für den Tierpark vorzulegen.

M 2631-0.01 – Gebührenerhöhung der Musikschule
„Eine weitere Gebührenanpassung um 10 % für das Jahr 2019 ist vorgesehen."

Sachstand:

Im Rahmen der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes sind weitere Gebührenanpassungen vorgesehen. Die Erreichung des Konsolidierungszieles ist abhängig von den Kapazitäten und Angeboten der Musikschule sowie vom Interesse der Bevölkerung an diesen Angeboten. Aufgrund des Stellenabbaus müssen aktuell Angebote reduziert werden. Dies führt zu geringeren Gebühreneinnahmen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Eine Anpassung der Gebühren für die Musikschule ist zur Beschlussfassung durch den Stadtrat für das 2. Halbjahr 2019 geplant.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2721-2.02 – Gebührenanpassung der Bibliothek
„Eine weitere Gebührenanpassung um 10 % für das Jahr 2019 ist vorgesehen."

Sachstand:

Mit der neuen Gebührensatzung im Januar 2017 wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um das Konsolidierungsziel für die Bibliothek zu erreichen. Die Gebührenerhebung ist seit 2017 auch durch Lastschrift möglich. Zusätzlich sind die Einnahmen aus dem Sachkonto 46220000 zu betrachten, da die Erhöhung der Mahngebühren Teil der Strategie zur Verbesserung der Einnahmen ist (2018: 17.245 EUR).

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Ziel der Maßnahme war eine Gebührenanhebung ab dem Jahr 2016 sowie eine weitere Gebührenerhöhung ab dem Jahr 2019.

Die Gebührenerhöhung wurde mit Beschluss 3/2009 1. Ergänzung im Januar 2017 beschlossen. Trotz leicht gestiegener Zahl der Entleihungen konnte die Zahl der Besucher nicht wesentlich gesteigert werden. Das bisherige Konsolidierungsziel konnte bisher somit nicht erreicht werden.

In Verbindung mit dem Beschluss 3/2009 1. Ergänzung ist entgegen der ursprünglichen Planung erst ab 2020 eine weitere Gebührenerhöhung vorgesehen, die deren Potential derzeit noch nicht abschätzbar ist.

M 5211-2.01 – Gebührenanpassung gemäß BauGVO
„Die auf die BauGVO aufbauende interne Gebührenordnung wird mit Blick auf steigende Kosten in den Jahren 2019 und 2023 angepasst."

Sachstand:

Das geplante Konsolidierungsziel wurde in den letzten Konsolidierungsjahren erreicht. An der kontinuierlichen Umsetzung wird gearbeitet. Die interne Gebührenordnung wird in 2019 einer Prüfung unterzogen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Tabelle 1

Anlage 1

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2018
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmekatalog Nr. 2 **Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen** Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 4 **Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen** Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 7 **Sportstätten** Schließung von mindestens 2 weiteren Sporthallen, Erhöhung der Einnahmen aus Sporthallennutzung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 8 **Musikpflege** Reduzierung Zuschüsse an MKGD	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 9 **Zentrale Bußgeldstelle** Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 28 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Überarbeitung der Entgeltordnung	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 30 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Steigerung der sonstigen Erträge	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 33 **Etablierung eines Sozialhilfecontrollings** Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	entbehrlich, da ggf. Einsparungen anderweitig erzielt werden
Maßnahmekatalog Nr. 36 **Entgelte Volkshochschule** Überarbeitung der Entgeltordnung, pauschale Erhöhung um 10 %	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 37 **Gebührenstruktur Musikschule** Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016	erheblich

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmekatalog Nr. 42 **Vollstreckung** Erhöhung der Realisierungsquote im Bereich der Vollstreckung	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 50 **Spielplätze** Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 51 **KDS – Straßenbeleuchtung** Umrüsten von Glühbirnen auf LED-Leuchten	erheblich

* Konsolidierungspotential ges. > 150 T€

Die Darstellung der nicht qualifiziert bzw. fristgemäß umgesetzten Maßnahmen bezieht sich auf die 4. Fortschreibung HSK vom 28.02.2018, welche mit Beschluss des Stadtrates Nr. 522/29/2018 vom 21.03.2018 bestätigt und seitens der Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 18.09.2018 genehmigt wurde. Es wurde hier nur der Umsetzungszeitraum bis zum Jahresabschluss 2018 (noch vorläufig) betrachtet.

Suhl, 15.05.2019

Tabelle 1

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
Maßnahmekatalog Nr. 2 Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen	Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	Im Jahr 2015 konnte keine Gewinnausschüttung erfolgen, da das Jahresergebnis 2014 der Gesellschaft ohne Überschuss war. Die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 2015 i. H. v. 2.600 T€ ist Anfang 2017 erfolgt. Für 2016 betrug der Bilanzgewinn der SBB mbH 271 T€ und wurde aufgrund notwendiger geplanter umfangreicher Instandhaltungsmaßnahmen auf neue Rechnung vorgetragen, um insbesondere den bestehenden Instandhaltungsstau von ca. 5 Mio € beim CCS abzubauen. In 2018 konnte keine Gewinnausschüttung der SBB mbH für das Wirtschafsjahr 2017 aufgrund des negativen Jahresergebnisses erfolgen. Demgegenüber stand jedoch eine nicht geplante Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2017 vom Institut für Transfusionsmedizin Suhl gGmbH (ITM) i. H. v. 696,2 T€.
Maßnahmekatalog Nr. 4 Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen	Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung um 180 T€ in 2015 und ab 2016 um 250 T€	Die vorgesehene Leistungskürzung ist wie beschlossen umgesetzt. Jedoch musste der Zuschuss an den EB-KDS wegen anderer notw endiger und unaufschiebbarer Maßnahmen insgesamt erhöht werden. Die Reduzierung des Energieverbrauchs durch Umrüstung der Straßenbeleuchtung war sowohl Bestandteil dieser Maßnahme als auch der Maßnahme Nr. 51. Ab der 4. Fortschreibung HSK wird dieses Einsparpotential nur noch unter der Maßnahme Nr. 51 ausgewiesen.
Maßnahmekatalog Nr. 7 Sportstätten	Schließung von mindestens 2 weiteren Sporthallen, Erhöhung der Einnahmen aus Sporthallennutzung durch Erhebung einer Betriebskostenpauschale	Die Schließung von 2 weiteren Sporthallen konnte bisher nicht erfolgen. Für die Sporthalle Friedberg war vorgesehen, einen Mietvertrag zur dauerhaften Nutzung für die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende mit dem Freistaat Thüringen abzuschließen. Dieser kam jedoch bis heute nicht zustande. Somit besteht der Nutzungsvertrag vom 20.11.2014 mit dem Freistaat Thüringen weiter. Die Mieteinnahmen decken nur annähernd die notwendigen Auszahlungen, so dass das angestrebte Konsolidierungspotential i. H. v. 50 T€ p. a. nicht erreicht werden kann. Eine zweite Sporthalle wird ab dem Schuljahr 2018/2019 bis voraussichtlich 2020 durch eine Grundschule genutzt. Die Schließung der Sporthalle kommt deshalb erst ab 2021 in Frage und wird geprüft. Eine Kostenbeteiligung durch Sportvereine an den Betriebskosten ist rechtlich nicht möglich, da gem. § 15 Abs. 2 Satz 1 ThürSportFG die Nutzung von Sportanlagen u. a. für anerkannte Sportorganisationen i. d. R. unentgeltlich zu gewähren ist.
Maßnahmekatalog Nr. 8 Musikpflege	Reduzierung Zuschüsse an MKGD mit jährlicher Einsparung von 15.000 €	Die Maßnahme wurde mit Vertragsänderung vom 18.02.2015 und 23.02.2015 umgesetzt. Das für 2018 geplante Konsolidierungspotential konnte nicht vollständig

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
		erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 9 Zentrale Bußgeldstelle	Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	Die praktische Realisierung der Maßnahme erfolgte zum 01.08.2016. Aufgrund einer mehrmonatigen Straßenbaustelle direkt an einer Geschwindigkeitsüberwachungssäule konnte das angestrebte Konsolidierungspotential in 2018 nicht erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 28 Betrieb und Unterhalt Tierpark	Überarbeitung der Entgeltordnung	Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte mit Beschluss des Stadtrates Nr. 279/49/2016 v om 25.05.2016. Der Konsolidierungserfolg ist maßgeblich von der Besucherzahl abhängig. In 2018 konnte das angestrebte Konsolidierungspotential nicht vollständig erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 30 Betrieb und Unterhalt Tierpark	Steigerung der sonstigen Erträge durch Erarbeitung eines Konzeptes zur Erweiterung der Ertragsquellen	Die Maßnahme wird seit 2016 wie geplant umgesetzt. Die tatsächliche Steigerung der Erträge hängt jedoch maßgeblich vom Besucheraufkommen und der Witterung ab. Der für 2018 geplante Konsolidierungsbetrag wurde im Ergebnis nicht vollständig erreicht.
Maßnahmekatalog Nr. 33 Etablierung eines Sozialhilfecontrollings	Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	Das Fachamt erachtet die Einrichtung eines Sozialhilfecontrollings für nicht sinnvoll. Aufgrund der in Kraft getretenen gesetzlichen Regelungen der Eingliederungshilfe ist ein neues Hilfebedarfsfeststellungsverfahren mit Wirkung vom 01.01.2018 verbindlich vorgeschrieben. Seitens des Fachbereiches wird ein Personalmehrbedarf für ein fachbezogenes Fallmanagement hier im Vergleich zum Erfordernis eines zentralen Controllings für rechtlich zwingend notwendig und sinnvoll erachtet. Eine abschließende Prüfung und Entscheidung steht dazu konkret noch aus. Ungeachtet dessen hat sich für den Bereich der Leistungen des Sozialhilfeträgers der kommunale Zuschussbedarf gegenüber der ursprünglichen Prognose trotz steigender Auszahlungen verbessert. Das begründet sich i. d. R. durch seitens der Stadt Suhl nicht beeinflussbare Faktoren wie Fallzahlentwicklung, Veränderung der Kostensätze, Gesetzesänderungen, Höhe der Erstattungsregelungen, Veränderung der sozialen Struktur der Bevölkerung etc..

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
Maßnahmekatalog Nr. 36 Entgelte Volkshochschule	Überarbeitung der Entgeltordnung, pauschale Erhöhung um 10 %	Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte mit Beschluss des Stadtrates Nr. 365/135/2016 vom 23.11.2016. Die Einzahlungen aus Teilnehmerentgelten sinken perspektivisch, da immer mehr Teilnehmer ohne Entgelt an geförderten Projekten und Kursen der VHS teilnehmen. Das Konsolidierungspotential für 2018 konnte deshalb nicht vollständig erreicht werden.
Maßnahmekatalog Nr. 37 Gebührenstruktur Musikschule	Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016.	Die entsprechende Entgeltordnung vom 27.05.2008 in der Fassung vom 05.04.2012 wurde durch Beschluss des Stadtrates Nr. 220/123/2015 vom 18.11.2015 zum 01.02.2016 neu in Kraft gesetzt. Die Erhöhung der Gebühren um 10 % über dem Landesdurchschnitt wurde damit erfüllt. Durch die Kündigung seitens zweier Kooperationspartner (Wegfall von Kursen) ergibt sich eine Reduzierung des Konsolidierungspotentials in den Folgejahren. In 2018 wurde das geplante Konsolidierungspotential im Ergebnis nicht in voller Höhe erreicht.
Maßnahmekatalog Nr. 42 Vollstreckung	Erhöhung der Realisierungsquote im Bereich der Vollstreckung durch Verbesserung der Informationsgrundlagen und Reduzierung der händischen Aktenführung	Die Erhöhung der Realisierungsquote des Forderungseinzugs mit Hilfe von Vollstreckungsmaßnahmen kann nicht konkret auf Produktsachkontenebene in die Haushaltsplanung aufgenommen werden. Der Erfolg ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Schuldner und nur bedingt beeinflussbar. An der Optimierung des Forderungsmanagements wird weiter kontinuierlich gearbeitet. In 2018 wurde das Konsolidierungspotential nicht in voller Höhe erreicht.
Maßnahmekatalog Nr. 50 Spielplätze	Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	Das Spielplatzkonzept ist noch nicht abschließend fertig gestellt. Das geplante Konsolidierungspotential für 2018 konnte deshalb nicht realisiert werden.
Maßnahmekatalog Nr. 51 KDS – Straßenbeleuchtung	Umrüsten von Glühbirnen auf LED-Leuchten	Die Maßnahme wird seit 2016 kontinuierlich umgesetzt. Allerdings konnte das angestrebte Konsolidierungspotential für 2018 nicht vollständig erreicht werden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
ABG	Fockendorf	-	-	-	-
ABG	Posterstein	Gemeinde hat nur eine unvollständige Berichterstattung abgegeben, so daß daraus keine möglichen Folgen bzw. rechtsaufsichtliche Maßnahmen abgeleitet werden konnten			
ABG	Thonhausen	1300.1400 Die Gebühren für die Nutzung des Feuerwehr-raumes wurden lt. Entgeltordnung zum 1.11.2018 erhöht. Aber die private Nutzung der Räume ist stark rückläufig. Einnahmen nach HSK = 650 €, Ist = 100 €	entbehrlich: Umsetzung liegt außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde		
ABG	Thonhausen	7600.14000 Auch hier brachte die Erhöhung der Entgelt-ordnung für die Benutzung der Bürgerräume nicht den gewünschten Effekt, Einnahmen nach HSK 250 €, Ist= 200 €	entbehrlich: Umsetzung liegt außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde		
ABG	Thonhausen	9000.0000 Der Hebesatz für die Grundsteuer A wurde auf 301 % erhöht, aber durch Änderung von Messbeträgen wurden die geplanten Mehreinnahmen nicht erreicht.	entbehrlich: Umsetzung liegt außerhalb des Einflußbereiches		

		Einnahmen nach HSK =11.100 €; Ist 10.853 €	der Gemeinde		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
EIC	Schönhagen	Nicht vorhanden.			
EIC	Gemeinde Wiesenfeld	Einbau Zwischenzähler zur Kostenüberwachung im Bauhofkomplex (Bauhof, Feuerwehr, Jugendclub) – **entbehrlich**, da nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis			
		Anpassung der Grabnutzungsentgelte nach Neugestaltung des Friedhofs – mit neuer Kalkulation entsprechende Anpassung – **vorgesehen für HHJ 2020**			
EIC	Gemeinde Sickerode	**alle HSK-Maßnahmen umgesetzt**			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1 Landkreis Greiz

Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Stadt Auma-Weidatal	-			
Stadt Berga/Elster	-Bewirtschaftungskosten Energie - nach Umrüstung auf LED (Plan 19.500 €- Ist 19.100 €) Preissteigerungen bei Bezug von Elektroenergie *-> entb., keine Einflussmöglichkeit der Stadt* - Verkauf Grundstücke (Plan 10.000 € -Ist 3.700 €) es konnten weniger unbebaute Grundstücke veräußert werden, als bei der Planung angenommen *-> entb., bzw. kein Einfluss der Stadt auf konkreten Verkaufszeitpunkt*			
Stadt Greiz	-Verlagerung des Bürgerbüros -Überarbeitung der Verwaltungskostensatzung -Umlagenanpassung der erfüllenden Gemeinde *-> entb., da vorzeitige Beendigung der Haushaltskonsolidierung 2019 genehmigt*			
Stadt Zeulenroda-Triebes	- Senkung der Kfz-Kosten der Verwaltung - Erhöhung der Parkgebühren im ruhender Verkehr - Anpassung von Mieten und Pacht - Museum, Überarbeitung Entgeltordnung	-Anhörung zur beabsichtigten Versagung der Genehmigung des HSK 2019 - Anhörung zur Anordnung einer genehmigungsfähigen Fortschreibung		

	- Sportstätten, Überarbeitung der Gebührensatzung - Verkauf Dorfgemeinschaftshäuser - Stadtwerke- Zuschussreduzierung durch Ertüchtigung *-> erh., es ergab sich jeweils nach Vorlage der Jahresrechnungen tatsächlich keine Verpflichtung zur Erstellung eines HSK; Maßnahmen wurden vom Stadtrat nunmehr am 18.12.2019 beschlossen*	des HSK - Anordnung der Erstellung eines HSK mit Androhung Ersatzvornahme (Frist 31.12.2019)		
Gemeinde Caaschwitz	-			
Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	- Überarbeitung der Gebührenerhebung für Hilfe und Dienstleistungen der freiwilligen Feuerwehr sowie der Gebührensatzung für die Benutzung der Friedhöfe *-> entb., da Maßnahme erst ab 01.01.2020 haushaltswirksam werden soll* - Anpassung von Mieten und Pachten *-> entb., da Maßnahme erst ab 01.01.2020 haushaltswirksam werden soll; zudem erfolgten Kündigungen von Wohn- und Gewerberäumen*			
Brahmenau	- wiederkehrenden Straßenausbaubeiträge wurden 2019 nicht erhoben, weil die klaren gesetzl. Regelungen noch fehlten und die Gemeinden laut einer Empfehlung keine Beitragsbescheide versenden sollten. - die Erhöhung der Hundesteuer wird in diesem Jahr beschlossen und soll 2021 umgesetzt werden. *-> entb., Fortschreibung 2020 ist nicht genehmigungspflichtig*			
Endschütz	-			
Gauern	-			
Langenwetzendorf	Umstellung Handytarif Bürgermeister Erhöhung Verwaltungsgebühren Nutzungsgebühr Trauerhalle Nitschareuth Eintrittsgelder Sommerbad Kfz-Nutzung durch Vereine Anpassung Essengeld Kitas	Die Gemeinde wurde mit Schreiben vom 03.01.2019, am 25.04.2019, 04.07.2019 + 16.10.2019 auf die Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung des HSK hingewiesen. Nunmehr wurde die Verkürzung des		

	Anpassung Elternbeiträge Kitas ➔ *erh., Umsetzung erfolgte nunmehr Anfang 2020*	Konsolidierungszeitraumes/ Vorzeitige Beendigung beantragt.		
Linda b. Weida	-			
Neumühle/Elster	-			
Paitzdorf	-			
Reichstädt	- die KBE- Geschäftsanteile konnten noch nicht verkauft werden, weil sich kein Käufer findet. - die Übertragung der Aufgaben der FFW an die Gemeinden Großenstein und Pölzig wurde nicht umgesetzt, weil Reichstädt trotz Zahlung einer jährlichen Umlage für die Ausrüstung der Kameraden und die Vorhaltung der Technik verantwortlich wäre. Inzwischen wird in Zusammenarbeit mit dem KBM eine neue Wehrleitung aufgebaut. *-> entb., kaum Einflussmöglichkeit der Stadt*			
Weißendorf	- Anhebung der Hebesätze für Grundsteuer A- 311 % Grundsteuer B- 411 %, Gewerbesteuer- 404 % *-> erh., jedoch ergaben sich trotzdem Steuermehreinnahmen, eine freie Spitze und Rücklagenzuführungen* - Überarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung: Der Gemeinderat beschloss, trotz mehrfach eingebrachter Beschlussvorlage keine Änderungssatzung. *-> erh., da die Beiträge zu verjähren drohen*	- am 02.08.2019 und 04.11.2019 wurde die Gemeinde zur Erstellung eines genehmigungsfähigen HSK und der Vorlage zusammen mit der Haushaltssatzung 2020 aufgefordert - mit Schreiben vom 07.01.2020, 18.02.2020, 05.05.2020 wurde die Gemeinde aufgefordert, einen genehmigungsfähigen Satzungsentwurf zu erlassen		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GTH	Bad Tabarz	Neukalkulation der Friedhofsgebühren – erheblich • Die Maßnahme sollte ab dem Jahr 2017 kassenwirksam werden. • Im Bericht zum 30.04.2018 führte die Gemeinde aus, dass die Umsetzung der Maßnahme nicht erfolgte, da zunächst die Entwicklung der geplanten Gebietsreform abgewartet werden sollte. Die Gemeinde stand zum damaligen Zeitpunkt in intensiven Verhandlungen mit der Stadt Waltershausen. Im Anschluss solle eine Bewirtschaftung des Friedhofes durch die Stadtbetriebe Waltershausen geprüft werden. • Im Bericht zum 30.04.2019 gab die Gemeinde an, dass die Umsetzung der Maßnahme für das zweite Halbjahr 2019 geplant sei. • Auf Nachfrage vom 10.12.2019 teilte die Gemeinde mit, dass auf Grund des angefallenen Arbeitsaufwandes sowie der personellen Kapazitäten eine Umset-	-	-	-

		zung der Maßnahme im Jahr 2019 nicht erfolgen konnte. Die Umsetzung sei nun für das Jahr 2020 angestrebt.			
GTH	Sonneborn	Vereinnahmung des Kaufpreises für den Verkauf des Grundstückes „ehemalige Ambulanz“ - erheblich • der vertraglich festgesetzte Fälligkeitszeitpunkt ist noch nicht eingetreten	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: entbehrlich, -erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Angelroda	Alle Maßnahmen wurden umgesetzt (Gemeinde wurde in die Gemeinde Martinroda zum 01.01.2020 eingegliedert)	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF	Abtsbessingen	**Änderung der Friedhofsgebührensatzung – erheblich** Die Friedhofsgebührensatzung befindet sich in Überarbeitung. Hierzu wurde eine externe Firma (Allevo) hinzugezogen. Ein Angebot der Firma liegt vor. Allevo benötigt Zuarbeiten seitens der Stadt Ebeleben, um die Gebührenkalkulation durchführen zu können. Diese konnte auf Grund der aktuellen Corona-Situation und der damit verbundenen Personalsituation nicht oder nur teilweise erfolgen. Wir sind jedoch bemüht, alle erforderlichen Daten schnellstmöglich zusammenzutragen und an die Firma Allevo weiterzuleiten. Nach den Zuarbeiten wird die Firma noch ca. 6 Monate benötigen, um diese zu erstellen. Im Nachgang wird die Satzung überarbeitet.	-	-	-

		Gemeinderat spendet Sitzungsgeld zurück in den Haushalt der Gemeinde Abtsbessingen - erheblich Bisher erfolgte keine Umsetzung dieser Maßnahme, da es sich hier um eine freiwillige Leistung des Gemeinderates handelt, kann durch die Stadtverwaltung Ebeleben als erfüllenden Gemeinde keinerlei Mahnung erfolgen. Mit Erstellung der Fortschreibung des HSK soll der Gemeinderat erneut auf die Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahme hingewiesen werden.	-	-	-
		Senkung der Betriebskosten im Jugendclub – erheblich Der Jugendclub wurde im Jahr 2019 geschlossen, da es immer wieder Probleme bei der Nutzung gab. Insofern fallen ab dem HHJ 2020 keine Kosten mehr an.	-	-	-
KYF	Borxleben	Konsolidierungsmaßnahme laut genehmigtem Haushaltssicherungskonzept vom 30.09.2015 (Beschluss-Nr.: 0033-09/2015): **Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer A auf das Niveau VV-Bedarfszuweisung**, **Fassung 2015 (313 %) sowie Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf das Niveau VV-Bedarfszuweisung, Fassung 2015 (422 %)** - **erheblich**: Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vor dem Hintergrund einer diesjährigen Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes und damit verbunden, der Festlegung von effektiveren Sparmaßnahmen in 2019 nicht umgesetzt.	-	-	-

KYF	Ebeleben	**Änderung der Friedhofsgebührensatzung – erheblich** Die Friedhofsgebührensatzung befindet sich in Überarbeitung. Hierzu wurde eine externe Firma (Allevo) hinzugezogen. Ein Angebot der Firma liegt vor. Allevo benötigt Zuarbeiten seitens der Stadt Ebeleben, um die Gebührenkalkulation durchführen zu können. Diese konnte auf Grund der aktuellen Corona-Situation und der damit verbundenen Personalsituation nicht oder nur teilweise erfolgen. Wir sind jedoch bemüht, alle erforderlichen Daten schnellstmöglich zusammenzutragen und an die Firma Allevo weiterzuleiten. Nach den Zuarbeiten wird die Firma noch ca. 6 Monate benötigen, um diese zu erstellen. Im Nachgang wird die Satzung überarbeitet.	-	-	-
		Überprüfung der Pachtverträge / Mietverträge - Erhöhung des Pachtzinses / Miete (Gartenland, landwirtschaftliche Flächen etc.) – erheblich Eine Umsetzung dieser Maßnahme konnte aufgrund personeller Umstrukturierungen und einem erhöhten Arbeitsaufkommen im Fachbereich Bauen und Ordnung noch nicht umgesetzt werden. Es ist jedoch geplant, die bestehenden Pacht- und Mietverträge umgehend zu überprüfen und entsprechend der ortsüblichen Mieten und Pachten anzupassen.	-	-	-
KYF	Etzleben	**HH-Stelle 0000.0400 Reduzierung der Aufwendung für den Gemeinderat durch die Reduzierung der Anzahl der Sitzung. -erheblich** Eine Reduzierung der Sitzungen fand 2019 nicht statt. ABER: Mit Blick auf HH-Jahr 2020 ist eine erhebliche	-	-	-

		Reduzierung der GR-Sitzungen zu erkennen und damit auch eine Reduzierung der einhergehenden Aufwendungen.			
KYF	Gehofen	Konsolidierungsmaßnahme laut genehmigtem Haushaltssicherungskonzept vom 29.11.2018 (Beschluss-Nr.: 0150-06/2018): **Verkauf des kommunalen Grundstücks Hauptstraße 68/69 (ehem. Gemeindeamt und Schwesternstation; Gemarkung Gehofen, Flur 8, Flurstück 5/30) sowie die Überarbeitung der Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe und Dienstleistungen durch die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Gehofen** - **entbehrlich**: Die Konsolidierungsmaßnahmen wurden vor dem Hintergrund einer bestehenden (siehe 5. Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes mit Datum der Beschlussfassung vom 19.12.2019) positiven Leistungsfähigkeit in 2019 nicht umgesetzt	-	-	-
KYF	Kalbsrieth	Konsolidierungsmaßnahme laut genehmigtem Haushaltssicherungskonzept vom 28.03.2017 (Beschluss-Nr.: 0062-11/2016): **Anpassung des Pachtzinses (nach Empfehlung des Gutachterausschusses)** **- entbehrlich**: Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vor dem Hintergrund verwaltungsinterner aufbau- und ablaufstruktureller Änderungen im Rahmen der Gebietsreform in 2019 nicht umgesetzt. Die entsprechende Umsetzung der Maßnahme wurde mit Blick auf die Fortschreibung jenes Konsolidierungskonzeptes auf das Jahr 2020 verschoben.	-	-	-
KYF	Wolferschwenda	**Neugliederung der Städte Greußen, Großenehrich sowie der Gemeinde Wolferschwenda zur**			

		Landgemeinde "Stadt Greußen" zur Gründung einer neuen leistungsstarken Kommune, die aufgrund ihrer Struktur und Größe erheblich bessere Möglichkeiten in der Handlungsfähigkeit hat. **erheblich (**Umsetzung konnte nicht erfolgen, da gem. Artikel 1 §6 i.v.m. Artikel 6 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften vom 10.10.2019 die Gemeinde Wolferschwenda zum 01.01.2021 eingemeindet wird.)			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis: Landkreis Nordhausen

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) **Kennzeichnung: - entbehrlich,** **- erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-1 Einführung einer Gebührensatzung für die Inanspruchnahme des Rechnungsprüfungsamtes – die Gebührenerhebung orientiert sich an dem Zeitaufwand der Prüfungen – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-2 Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreismusikschule um 10 % – für das Haushaltsjahr 2019 wurde mit einer Gebühreneinnahme i. H. v. 410.000 € gerechnet – diese Annahme resultiert noch aus dem Rechnungsergebnis 2017 mit einem Betrag von rund 414.500 € – ab dem Haushaltsjahr 2020 wurde infolgedessen der Haushaltsansatz auf 380.000 € nach unten korrigiert – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-4 Einführung einer Gebührensatzung für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen – langfristig krankheitsbedingte Abwesenheit eines Mitarbeiters – Gefahrenverhütungsschauen bei kreiseigenen Schulen führen zu keinen Einnahmen – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-13 Verbesserung der Einnahmen – Bußgelder – Sollabgang auf Kassenreste i. H. v. rund 12.000 € – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2013-25

Gewinnausschüttung Südharzwerke Nordhausen – Entsorgungsgesellschaft mbH

- die Einnahme ist von dem Jahresergebnis der Beteiligungsgesellschaft abhängig
- Ursache für die geringere Ausschüttung in 2019 waren die Korrekturen beim Vorsteuerabzug der Vorjahre
- in den vorherigen Jahren wurden bisher hohe Beiträge erzielt
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-31

Ausbau kommunaler Gemeinschaftsarbeit

- der Landkreis Nordhausen ist generell bestrebt, weitere Wirtschaftlichkeitsvorteile im Rahmen von Zusammenarbeit mit anderen Kommunen zu erzielen
- allerdings ist der Landkreis auf die Bereitschaft anderer Kommunen angewiesen
  - → mit dem Kyffhäuserkreis hat der Landkreis Nordhausen bereits auf verschiedenen Aufgabengebieten zusammengearbeitet;
    ABER: das Interesse an einer weitergehenden Zusammenarbeit hat seitens des Kyffhäuserkreises zuletzt nachgelassen
  - → seitens des Eichsfeldkreises ist auf derartige Ideen bislang nur mit Ablehnung reagiert worden
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-34

Vermarktung der Wiedigsburghalle

- die Wiedigsburghalle erfüllt gegenwärtig nicht die baulichen Voraussetzungen für eine signifikant einnahmeerhöhende Vermarktung
- der Hallenboden ist bereits seit mehreren Jahren sanierungsbedürftig / das Gebäude genügt nicht mehr den nach der Errichtung verschärften brandschutztechnischen Anforderungen, was zu entsprechenden Einschränkungen bzw. besonderen Auflagen für Großveranstaltungen führt
- nach der Beendigung des Immobilien-Leasing-Vertrags zum 31.05.2020 beabsichtigt der Landkreis Nordhausen nunmehr, erforderliche Investitionen zur Ertüchtigung der Halle vorzunehmen
- eine spürbare Verbesserung der Einnahmen aus der Vermarktung der Wiedigsburghalle ist frühestens nach dem Abschluss dieser Sanierungsarbeiten denkbar
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-38

Reduzierung Zuschuss Medienzentrum

- hier besteht nur eine geringfügige Abweichung
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2018-49

Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden

- der vertraglich vereinbarte Mindestrahmen für die Gebäudeunterhaltung war nicht ausreichend, um kurzfristig auftretende Schäden bzw. Havarien, welche sich in Folge des über viele Jahre entstandenen Unterhaltungsrückstaus häufen, zu beheben
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2018-50

Reduzierung des Eigenanteils für das Schulobstprogramm

- die Belieferung der Grund- und Förderschulen im Rahmen des Schulobstprogramms des Landes ist im Rahmen einer Ausschreibung neu vergeben worden
- zwar wurde eine Reduzierung des bisherigen Zuschussbedarfs erreicht, allerdings nicht die im Haushaltssicherungskonzept ursprünglich angestrebte vollständige Streichung des Zuschusses
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis: Unstrut-Hainich-Kreis

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich
M3 – M3f – nicht unwesentlich - Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen, Thamsbrücker-Str. 20 - Gebäude G - Die Maßnahme wurde verschoben. Hinweise zur Umsetzung: Das Verwaltungsgebäude "Thamsbrücker Str. 20, Gebäude G" steht zum Verkauf. Durch Höchstgebot zu einer bedingungslosen Ausschreibung wird der Verkehrswert oder auch der volle Wert nach § 67 Abs. 1 ThürKO gem. § 67 Abs. 3 ThürKO nachgewiesen werden. Die Realisierung wurde nicht zwingend an die Zentralisierung der Verwaltung gebunden. Auch ein Verkauf und eine im Nachgang befristete Anmietung wurden überlegt. Für den Interessenten war dies dann keine Option.
M8 – entbehrlich/ nicht wesentlich – Reserveerschließung bei den Einnahmen aus der örtlichen Gemeindeprüfung – Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden. Historie: Realisierung der Reserven in der örtlichen Gemeindeprüfung, Umsetzung der Ergebnisse der Stellenbemessung, Besetzung mit entsprechendem Personal, ggf. Anpassung des Prüfplans. Hinweis zur Umsetzung: Das RPA sieht in seiner Planung Mehreinnahmen vor. Die Planung entspricht den Mehreinnahmen gem. Abrechnung. Es erfolgte jedoch eine Gegenrechnung der notwendigen Personalausstattung. Ab dem Jahr 2021 werden Einnahmen eingeschätzt, die diese Ausgaben übersteigen.
M11 – erheblich –zum Großteil (1.220,5 T€ von geplant 1.271,2 T€) jedoch umgesetzt, Einstellung des Zuschusses durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen
M17 – entbehrlich/ nicht wesentlich - Änderung der Benutzungs-und Entgeltordnung für Räumlichkeiten (hier speziell die Simulationsstrecke zur Ausbildung im Rettungsdienst)

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Hinweis zur Stadt Nordhausen: Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2019 wird derzeit erstellt. Daher besitzen die ausgewiesenen Konsolidierungsergebnisse vorläufigen Charakter.					
NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 00-02-2015 Prüfung der Zuschüsse zur Förderung der Ortsteile/Kulturförderung** Die jedem Ortsteil pro Haushaltsjahr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für Kultur- und Heimatpflege wurden bis zum Jahr 2014 nach einem Schema pro Einwohner errechnet. Ab dem Jahr 2015 wurden die Mittel für dieses Produkt mit einem maximalen Budget von 50.000 Euro für die bestehenden Ortsteile pro Jahr festgelegt und entsprechend der Einwohnerzahlen verteilt. Ab dem Jahr 2019 sind Zuschüsse zur Förderung der Ortsteile für den 2018 eingemeindeten Ortsteil Buchholz/Harz einzuplanen. Um zu gewährleisten, dass die Ortsteile ihre kulturellen und sportlichen Traditionen fortführen konnten, wurden die Ortsteile auch im Haushaltsjahr 2019 entsprechend gefördert. - Beanstandung entbehrlich (Ziel 946 €, vorläufiges Ergebnis 764 €) (Abweichung unwesentlich Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **5.201 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine

NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 20-08-2016 Erhöhung Grundsteuer B** Die Erhöhung der Grundsteuer B mittels Anhebung des örtlichen Hebesatzes von 402 v. H. auf 460 v. H im Jahr 2016 war zwingend erforderlich, um die Liquiditätslage der Stadt Nordhausen zu verbessern. - Beanstandung entbehrlich (Ziel 860.000 €, vorläufiges Ergebnis 825.538 €) (Abweichung unwesentlich, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **3.163.391 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 20-10-2016 Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen** Eine stärkere Haushaltsdisziplin soll die Reduzierung der Unterhaltungs-, Bewirtschaftungs- und Geschäftsaufwendungen fördern und zu einer Effektivitäts- und Effizienzsteigerung in der Verwaltung führen. Es sollen vermehrt die Prozesse der Verwaltung überprüft und optimiert werden. - Abweichung erheblich (Ziel 350.000 €, vorläufiges Ergebnis 0 €) - Keine Beanstandung (Die Mittel mussten für Unterhaltungsmaßnahmen zum Erhalt des kommunalen Vermögens eingesetzt werden, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **768.804 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 32-07-2015 Erhöhung der Standesamtsumlagen** Die Standesamtsumlage für die Gemeinden Werther und Hohenstein wird von 75% auf 100% der Aufwandskosten erhöht. - Abweichung erheblich (Ziel 7.800 €, vorläufiges Ergebnis 4.955 €) - Keine Beanstandung (Die Berechnung der Umlage erfolgt auf Basis der aktuellen Einwohnerzahlen für das Vorjahr. Entsprechend der aktuellen Anordnungen für das Haushaltsjahr 2019 können 4.955 € abgerechnet werden, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **35.546 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine

NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 40-01-2015 Reduzierung von Aufwendungen des Haushalts für Kulturleistungen (Einrichtungen und Veranstaltungen)** Kulturelle Veranstaltungen sollen hauptsächlich über Sponsorengelder finanziert oder extern an Dritte vergeben werden. Die Sponsorenakquise soll intensiviert und das Engagement der Bürger zur Ausführung von ehrenamtlichen Aufgaben aktiviert werden. Dies führt zu einer Reduzierung der Aufwendungen und Auszahlungen. Ziel ist es, den Zuschuss der Stadt Nordhausen weitest möglich abzusenken. Hierzu werden auch Möglichkeiten zur Erhöhung der Erträge und Einzahlungen geprüft und als separate Maßnahme in das HSK aufgenommen. Diesbezüglich hat der Stadtrat der Stadt Nordhausen der am 30.05.2018 mit der BV/0929/2018 die „Satzung über die Regelung des Marktwesens in der Stadt Nordhausen“ (Nordhäuser Marktsatzung – NdhMarktS) beschlossen. - Abweichung erheblich (Ziel 35.000 €, vorläufiges Ergebnis 0 €) - Keine Beanstandung, da vernachlässigbar im Verhältnis zum Gesamtkonsolidierungsziel, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei ..anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **216.812 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 40-04-2015 Aufwandsreduzierung bei der Anbringung der Weihnachtsbeleuchtung** Durch Nichtanbringung von weihnachtlichen Beleuchtungselementen an den Straßenlaternen, Verzicht der Aufstellung von Weihnachtsbäumen im Stadtgebiet sowie Einsparmöglichkeiten bei den Betriebskosten (Energiekosten), wird ein anhaltendes Einsparpotential erreicht. Durch gezielte Vertragsverhandlungen werden günstigere Konditionen für das Anbringen der Weihnachtsbeleuchtung im Stadtgebiet ausgehandelt. - Abweichung erheblich (Ziel 18.000 €, vorläufiges Ergebnis 10.498 €) - Keine Beanstandung, da vernachlässigbar im Verhältnis zum Gesamtkonsolidierungsziel, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei ..anderen Maßnahmen) ..Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung mit beigetragen und kann insgesamt mit **87.715 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine

NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 40-06-2016 Neuordnung der Museumslandschaft** Erstellung eines Konzeptes zur Neuausrichtung der Museumslandschaft mit dem Ziel einer schrittweisen Reduzierung des Aufwandes im Konsolidierungszeitraum. Die Museumskonzeption ist inzwischen (BV/1399/2019) beschlossen. Die Auswirkungen werden in den Folgejahren erkennbar sein. Für das Haushaltsjahr 2019 wird kein Konsolidierungsbeitrag abgerechnet, es ist keine deutliche Ertragssteigerung sowie eine weitere Aufwandsreduzierung zu verzeichnen. - Abweichung erheblich (Ziel 6.000 €, vorläufiges Ergebnis 0 €) - Keine Beanstandung, da vernachlässigbar im Verhältnis zum Gesamtkonsolidierungsziel, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei ..anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung mit beigetragen und kann insgesamt mit **18.000 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine
NDH	Stadt Nordhausen	**Maßnahme Nr. 41-07-2018 Einführung einer Marktsatzung und einer Marktgebührensatzung** Um die erforderlichen rechtlichen Bedingungen für die Erhebung von Standgebühren für die Veranstaltungen Rolandsfest und Weihnachtsmarkt zu schaffen und gleichzeitig den Kostendeckungsgrad zwischen notwendigen Ausgaben und Einnahmen zu erhöhen, wurde durch den Stadtrat der Stadt Nordhausen am 30.05.2018 mit der BV/0929/2018 die „Satzung über die Regelung des Marktwesens in der Stadt Nordhausen“ (Nordhäuser Marktsatzung – NdhMarktS) beschlossen. - Beanstandung entbehrlich (Ziel 90.000 €, vorläufiges Ergebnis 89.411 €) (Abweichung unwesentlich, Ausgleich durch zusätzliches Ergebnis bei anderen Maßnahmen) Die Maßnahme hat im Konsolidierungszeitraum 2015-2019 zum Erfolg der Haushaltskonsolidierung beigetragen und kann insgesamt mit **182.467 €** abgerechnet werden.	keine	keine	keine

NDH	Urbach	<u>Maßnahme 2017-03 Entgelte Mehrzweckhalle Urbach:</u> Das Konsolidierungspotential 2018 wurde mit 2.000 € erwartet, der Konsolidierungserfolg ist mit 439,84 € ausgewiesen. Der Gemeinderat hat die Benutzungsordnung und Nutzungsvereinbarung für die Mehrzweckhalle in Urbach am 14.12.2017 beschlossen. Die Entgelte wurden auf der Grundlage der Anmietung/Nutzung der Mehrzweckhalle des Jahres 2017 ermittelt, daraus ergab sich das für 2019 erwartete Konsolidierungspotential. Die Mehrzweckhalle konnte im Haushalsjahr 2019 nur 8x vermietet werden (in 2017 = 16 Vermietungen). Bei diesen 8 Vermietungen beträgt die tatsächliche Mehreinnahme auf Grund der im Jahr 2017 beschlossenen Entgelterhöhung 439,84 €. Diese Mehreinnahmen führten aber im Rechnungsergebnis auf Grund der geringen Vermietungen nicht zu dem erwarteten Konsolidierungserfolg. Bei Betrachtung des Zuschussbedarfs des UA 59000 – Mehrzweckhalle ist aufgrund der verminderten Nutzung ein Rückgang bei den Bewirtschaftungskosten zu verzeichnen. Musste die Gemeinde nach Rechnungsergebnis 2017 einen Zuschuss in Höhe von 4.776,94 € aufbringen, hat sich dieser nach Jahresrechnung 2019 auf 997,06 € vermindert, so dass damit das nicht erreichte Konsolidierungsziel ausgeglichen werden kann.	keine	keine	keine
NDH	Urbach	<u>Maßnahme 2017-04 Erhöhung Friedhofsgebühren:</u> Das Konsolidierungspotential 2019 wurde mit 3.000 € erwartet, der Konsolidierungserfolg ist mit 220,20 € ausgewiesen. Der Gemeinderat hat am 15.11.2017 die Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Urbach beschlossen. Grundlage der Kalkulation waren die Gebührenbescheide des Jahres 2017. Der geringere Konsolidierungserfolg erklärt sich damit, dass im Haushaltsjahr 2017 13 Gebührenbescheide zu unterschiedlichen Nutzungsrechten erlassen wurden. Im Haushaltsjahr 2019 waren es 6 Bescheide, davon 3 Nutzungsrechtsverlängerungen. Die im Jahr 2017 beschlossene Gebührenerhöhung hat auf Grund der geringeren Zahl der Trauerfälle zu dem geminderten Konsolidierungserfolg geführt. Nach Rechnungsergebnis 2019 wurde der Planansatz der Ausgaben	keine	keine	keine

		um 3.500,96 € unterschritten. Durch Einsparung bei den Ausgaben kann die Differenz zum erwarteten Konsolidierungserfolg ausgeglichen werden, da nach Rechnungsergebnis 2019 die für das Bestattungswesen geplanten Ausgaben um 3.500,96 € unterschritten sind.			
NDH	Urbach	Maßnahme 2017-05 Hebesatz-Satzung Grundsteuer A und Grundsteuer B: Das Konsolidierungsziel 2019 wurde in Summe mit 700 € erwartet. Der Konsolidierungserfolg der Hebesatzerhöhungen beträgt in Summe 629,16 €. Der Gemeinderat hat am 14.12.2017 die Hebesatz-Satzung beschlossen und die Hebesätze der Grundsteuer A und B neu festgesetzt.	keine	keine	keine
NDH	Urbach	Maßnahme 2018-08 Erhöhung Verwaltungsgebühren: Das mit 500 € erwartete Konsolidierungsziel ist um 190,00 € unterschritten. Der Ausgleich zum angestrebten Konsolidierungspotential kann durch Einsparungen bei den Ausgaben des Unterabschnitts Hauptverwaltung erfolgen.	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 2 Reduzierung Seitenzahl im Amtsblatt** Durch die erhöhte Anzahl der öffentlichen Bekanntmachungen zu Beschlüssen und zu Wahlen haben sich die Seitenzahlen im Amtsblatt erhöht, dadurch wurde die geplante Einsparung nicht vollumfänglich erreicht. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.900 €, Ist: 1.446,85 €) - Keine Beanstandung (Anzahl erforderlicher öffentlicher Bekanntmachungen kann nicht reduziert werden) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 844,45 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 22 (LED-Umrüstung Haferungen)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 5 Montage einer Photovoltaik Anlage (Kita Werther, Abenteuerland)** Durch die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Kita Werther sollten laut Plan 404,69 € Bewirtschaftungskosten eingespart werden. Tatsächliche wurde durch Erweiterung der Gruppenräume und den Anschluss weiterer elektrischer Geräte keine Einsparung erzielt. Es sind Mehrkosten in Höhe von 119,78 € angefallen. Ohne die Photovoltaikanlage wären die Stromkosten jedoch noch höher angefallen. Indirekt wurde trotzdem gespart. - Abweichung erheblich (Ziel: 404,69 €, Ist: -119,78 €) - Keine Beanstandung (Ausstattung von Kita's ist in der Kindertagesstätteneinrichtungsverordnung vorgeschrieben)	keine	keine	keine

		- Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 1.558,77 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Zusammenlegung Bauhöfe Großwechsungen/ Werther)			
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 8 Montage einer Photovoltaikanlage (Energieeinsparung Verwaltung Werther** Die Stromerzeugung der Photovoltaikanlage ist nicht immer konstant. Die geplante Einsparung wurde geschätzt. Tatsächlich gibt es jedoch von Jahr zu Jahr Abweichungen. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.500 €, Ist: 989 €) -- Keine Beanstandung (Die Stromerzeugung unterliegt witterungs- bedingt Schwankungen, die die Gemeinde nicht beeinflussen kann) - Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 1.558,77 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Zusammenlegung Bauhöfe Großwechsungen/ Werther)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 13 Erhöhung Bestattungsgebühren** Die geplante Einnahmeerhöhung wurde zu 88,71 % erreicht. Die Friedhofsgebührensatzung wird in 2020 überarbeitet. Sie soll zum Jahresende beschlossen werden. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 12.900 €, Ist: 11.443,92 €) (Abweichung unwesentlich, zudem hat die Gemeinde angekündigt, eigenverantwortlich die Gebührensatzung zu überarbeiten) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 8.252,44 € bei der Maßnahme Lfd Nr. 10 (Reduzierung Unterhaltungsaufwand und Bewirtschaftungskosten Grünanlagen)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 19 Erhöhung Hundesteuer** Durch Hundeabmeldungen im laufenden Jahr konnte das Konsolidierungsziel nicht ganz erreicht werden. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 3.800 €, Ist: 3.608,25 €) (Abweichung unwesentlich) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 211,11 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 11 (LED-Umrüstung Pützlingen)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 23 Erhöhung Grundsteuer A** Durch Korrekturen von Messbescheiden durch das Finanzamt und damit verbundenen Steuererstattungen an Steuerpflichtige konnte im Jahr 2019 keine weitere Einnahme-erhöhung erzielt werden - Abweichung erheblich (Ziel: 15.800 €, Ist: 0,00 €) Keine Beanstandung (Der Hebesatz der Grundsteuer A beträgt 324 v.H., Steuererstattungen liegen nicht im Verantwortungsbereich der Kommunen und können durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht beeinflusst werden) Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 22.402,88 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine

NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 23 Erhöhung Grundsteuer B** Aufgrund von Messbescheiden vom Finanzamt ändern sich die Steuern laufend. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 23.000 €, Ist: 21.147,29 €) (Abweichung unwesentlich) ..Die Änderung von Steuermessbescheiden liegt nicht im Verantwortungsbereich der Kommunen und kann durch rechtsaufsichtliche Maßnahmen nicht beeinflusst werden. Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 22.402,88 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 24 Erhöhung Gewerbesteuer** Durch die Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 385 % sowie Veranlagungen für 2019 durch das Finanzamt wurden Mehreinnahmen in Höhe von 35.627,05 € erreicht (Erhöhung lt. Plan = 36.200,00 €). Auf die eigentliche Höhe der Gewerbesteuer hat die Gemeinde keinen Einfluss. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 36.200 €, Ist: 35.627,05 €) (Abweichung unwesentlich) ..Gegenmaßnahmen: Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 22.402,88 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 31 Kündigung Vertrag Juris (Einsparung Kosten f. Gesetze)** Durch Kündigung des Vertrages Juris wurden in 2019 446,24 € eingespart. Geplant war eine Einsparung in Höhe von 535,50 €. Durch den Kauf anderer benötigter Bücher und Zeitschriften (z. B. Kindergeldrecht u.ä.) wurde die geplante Einsparung um 89,26 € unterschritten. - Beanstandung entbehrlich (Ziel: 535,50 €, Ist: 446,24 €) (Abweichung unwesentlich) Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 114,21 € bei Maßnahme Lfd. Nr. 7 Photovoltaik Einspeisung Kita Großwechsungen Kleine Entdecker	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK	Gemeinde Lehesten	Erhöhung Verwaltungskostengebühren: entbehrlich – hier ist nur mit geringen Einnahmen zu rechnen. Die Umsetzung ist für dieses Haushaltsjahr angedacht. ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
		Erhöhung Feuerwehrgebühren: entbehrlich – hier ist nur mit geringen Einnahmen zu rechnen. Die Umsetzung ist für dieses Haushaltsjahr angedacht. ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
		Verwertung kommunales Holz: entbehrlich Die Umsetzung erfolgt in diesem Haushaltsjahr. ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
SHK	Albersdorf	Kündigung Mitgliedschaft Verein Selbstverwaltung; Kündigung – erheblich			

		➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020 Verkauf KET Aktien wurde bereits 2014 angezeigt; jedoch noch kein Käufer gefunden – erheblich ➔ Nicht von der Gemeinde zu vertreten			
SHK	Graitschen	Die Kündigung der Aboverträge für das Gesetz- und Verordnungsblatt sowie den Thüringer Staatsanzeiger erfolgte nicht fristgerecht – erheblich ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
SHK	Stadt Stadtroda	Personalverwaltung: Vergabe Lohnrechnung an Externe – entbehrlich - Keine externe Vergabe erfolgt, Besetzung innerhalb der Verwaltung erfolgt			
		Feuerwehr: Überarbeitung der Gebühren für die Einsätze der Feuerwehr, Anpassung an die geltenden Kalkulationsvorgaben, derzeitiger Stand vom 22.12.2003 – erheblich - Im Verlauf des Jahres 2017 teilte die Kommunalaufsicht des Landratsamtes mit, dass der Rechtsstand Kalkulation der Feuerwehrgebührensatzung unter Beachtung entsprechender Urteile veraltet sei und neu kalkuliert werden solle/ müsse. Hier in Verarbeitung entsprechender Urteile jedoch so, dass die Vorhaltekosten auf die Jahresstunden kalkuliert werden müssen, nicht mehr auf die Einsatzstunden. Das führt mit großer Wahrscheinlichkeit jedoch dazu, dass sich rein kalkulatorisch die anzusetzenden Pauschalbeträge je Fahrzeug verringern. Insofern liegen die derzeit angesetzten Pauschalsätze betreffs ihrer Höhe in einem relativ guten Bereich. Eine Erhöhung der Einnahmen in			

		diesem Bereich erscheint dato insofern als unrealistisch. Eine neue Kalkulation für die Abrechnung der Einsätze der Feuerwehr Stadtroda fand in der Folge bisher noch nicht statt. Im Wege des Erreichens einer möglichst kostendeckenden Gebührenkalkulation wird dennoch eine Überprüfung dieser weiter in Betracht gezogen. Selbst bei einer moderaten Erhöhung der Gebühren wird der bisherige Ansatz, sofern er weiterhin in dieser Höhe beibehalten wird, auch in den Folgejahren nicht zu realisieren sein. ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
		Freibad: Kostensenkungen und Erhöhung der Eintrittspreise – entbehrlich - Erhöhung der Eintrittspreise derzeit nicht vorgesehen ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
SHK	Rauda	Reduzierung Bewirtschaftungskosten für Sportplatz und Gebäude durch Verpachtung an Verein (entbehrlich) → Verein befindet sich derzeit noch in der Gründungsphase ➔ Nicht von der Gemeinde zu vertreten			
SHK	Rattelsdorf	Streichung Weihnachtsfeier/ Repräsentationen – erheblich ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung HSK 2020			
SHK	Renthendorf	Waldverkauf konnte nicht umgesetzt werden – entbehrlich ➔ Nicht von der Gemeinde zu vertreten			
SHK	Kleinbockedra	Mitgliedsbeitrag Gemeinde- und Städtebund – entbehrlich, da mittlerweile generell Beitragsfreiheit			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SLF	Uhlstädt-Kichhasel	- Überarbeitung Verwaltungskostensatzung - Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung			
SLF	Drognitz	- Gebührenerhöhung Zeltplatz			
SLF	Gräfenthal	- Überprüfung Veräußerung von Pachtflächen			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SM	Brotterode-Trusetal	**Einführung digitaler Sitzungsdienst: entbehrlich**, da zunächst mit beträchtlichen Ausgaben verbunden, Kosteneinsparung wenn überhaupt nur marginal, hoher Einführungsaufwand, da nicht alle Stadträte technikaffin sind			
SM	Brotterode-Trusetal	**Veräußerung kommunalen Vermögens: entbehrlich**, da Gegenmaßnahmen erfolgt sind: Veräußerung Kommunalwald (Erlös: 1,5 Mio. €, Mehrerlös von ca. 500 T€), nicht benötigtes Grundvermögen steht weiterhin in der Vermarktung, kaum bis kein Käuferinteresse			
SM	Brotterode-Trusetal	**Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Bauhof: erheblich,** **rechtsaufsichtliche Maßnahmen wurden nicht ergriffen, Begründung:** der Wegfall der Stelle soll laut Stellenplan 2020 nunmehr zum 31.12.2021 erfolgen (früherer Wegfall würde den Planungen für eine Aufwertung der touristischen Infrastruktur als zweites			

		wirtschaftliches Standbein der Stadt zuwider laufen); die Umsetzung dieser Maßnahme wird unsererseits im Rahmen der weiteren Fortschreibung des HSK verfolgt			
SM	Brotterode-Trusetal	**Kündigung Mitgliedschaft Geopark: entbehrlich**, da im Gegenzug Fördermittel für überregionale Projekte über den Geopark bereitgestellt werden, notwendiger Partner zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur			
SM	Brotterode-Trusetal	**Wegfall Essengeldzuschuss an den Träger der Kindergärten: erheblich, rechtsaufsichtliche Maßnahmen wurden nicht ergriffen, Begründung:** Umsetzung zum II. Quartal 2020 geplant, ursprüngliche Alternativmaßnahme aus 2018 Anhebung der Hundesteuer zur teilweisen Gegenfinanzierung wurde zum 01.07.2019 umgesetzt und verbleibt auf dem Niveau; der Kostendeckungsgrad im Aufgabenbereich Kinder-tageseinrichtung belief sich nach dem Jahresergebnis 2019 auf 52,61 v.H. und entspricht damit dem landesdurchschnittlichen Kostendeckungsgrad, die Stadt wurde dennoch wiederholt auf § 29 Abs. 3 ThürKitaG hingewiesen, wonach die Kosten für die Verpflegung gesondert zu ermitteln und in Rechnung zu stellen sind, die Umsetzung dieser Maßnahme wird unsererseits im Rahmen der weiteren Fortschreibung des HSK verfolgt			
SM	Oberhof	*Umstrukturierung von Pflichtaufgaben im Bereich des Unterhalts kommunaler Straßen und Wege* Die Maßnahme wird zunächst zurückgestellt, da die Stadt Oberhof die prognostizierten positiven Effekte für den städtischen Haushalt in 2018 und 2019 auch ohne zusätzliches Personal realisieren konnte. So wurden			

		beginnend ab November 2018 zusätzliche Einnahmen im Bereich Winterdienst durch die Übernahme des Räum- und Streudienstes an der Skihalle erzielt. Hierdurch können ca. 35.000 EUR zusätzliche Einnahmen generiert werden. Auch werden nach dem Ankauf von Arbeitsgeräten und Maschinen, kleinere Straßenunterhaltungsmaßnahmen selbst ausgeführt. Eine Neubewertung der Maßnahme erfolgt jährlich im Rahmen der Fortschreibung des HSK.			
SM	Oberhof	*Wahrnehmung von Aufgaben des Zweckverbandes Thüringer Wintersportzentrum* Die Maßnahme ist nicht mehr umsetzbar. Der ZV TWZ hat den Aufbau einer eigenen Verwaltung beschlossen und das hierfür notwendige Personal angestellt.			
SM	Oberhof	*Neustrukturierung der freiwilligen Aufgaben im Bereich Tourismus* Die touristischen Aufgaben werden derzeit noch durch die Oberhofer Freizeit und Tourismus GmbH (OFT) im Wege der Geschäftsbesorgung wahrgenommen. Die Stadt Oberhof vergütet diese Leistungen der OFT mit ca. 250.000 € (netto) pro Jahr. Derzeit wird ein Konzept zur Rückführung der touristischen Aufgaben in die Hoheit der Stadt Oberhof vorbereitet. Hierbei sind die Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt wesentlicher Bestandteil. Unabhängig hiervon werden sich Steigerungsraten in den Übernachtungszahlen und damit einhergehend Mehreinnahmen aus Kurbeiträgen mit der Neueröffnung des Family-Hotels (2021/2022) ergeben.			
SM	Oberweid	**Beschäftigte Bauhof: entbehrlich**; Thematik **kommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Kaltennordheim** wurde von den Bürgermeistern neu			

		beraten, generell steht der Kooperation nichts im Wege, gegenwärtig jedoch auf Grund des Personalstandes keine Kapazitäten, die zu einer Kosteneinsparung führen könnten; dennoch hat die Gemeinde Oberweid die Stelle im Aufgabenbereich Bauhof ab dem Jahr 2020 von 1,0 Vollzeit auf 0,75 Vollzeit reduziert			
SM	Roßdorf	Fehlmeldung			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	Bad Lobenstein	„Erhebung Kurbeitrag für Ferien- und Wochenendhausbesitzer, deren Hauptwohnsitz nicht in Bad Lobenstein ist“ - Erheblich - Musste aufgrund des Bescheids zur Anerkennung als Kurort für Ortsteile außerhalb der Kernstadt zum 1.1.2020 aufgehoben werden - Keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen aufgrund fehlender Umsetzbarkeit der Konsolidierungsmaßnahme „Streichung Reserve für mögliche Havarien Ardesia-Therme zum 1.1.2020“ - Erheblich - erheblicher Reparaturbedarf, keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen aufgrund Unverhältnismäßigkeit (Unwirtschaftlichkeit)	Keine	Keine	Keine

SOK	Geroda	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Gefell	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Göschitz	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Hirschberg	Einsparungen bzw. Steigerung der Leistungsfähigkeit durch Neugliederung / Erfüllung (§ 51 ThürKO): Im ersten Schritt soll eine Bürgerbefragung durchgeführt werden. Gegenstand werden Varianten verschiedener Gemeindeneugliederungen und die Möglichkeit der Erfüllung durch eine andere Kommune sein. Auf der Grundlage des Ergebnisses der Bürgerbefragung werden unmittelbar im Jahr 2020 konkrete Verhandlungen aufgenommen. Die gesetzgeberische Umsetzung könnte im Jahr 2021 erfolgen. Beschluss-Nr. 204/29/2019 vom 12.03.2019: Durchführung einer Bürgerbefragung zur Gebietsreform (Termin: 27.10.2019) - erheblich - Der Stadtrat wird im September/Oktober 2020 eine Bürgerbefragung durchführen. Zielstellung dieser Befragung soll es sein, die Bürgermeinung zum bereits angeschobenen Prozess der Verwaltungszusammenarbeit mit Bad Lobenstein mit dem Ziel der künftigen Erfüllung, zu erfahren. - Rechtsaufsichtliche Maßnahmen zur Durchführung der Bürgerbefragung nicht angezeigt aufgrund des laufenden Prozess‘ zur Vorbereitung einer Neugliederung/ Erfüllung	Keine	Keine	Keine
SOK	Oppurg	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Ranis	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Solkwitz	Keine	Keine	Keine	Keine
SOK	Tanna	„Einnahmen aus Nutzung der Sportanlagen durch den	Keine	Keine	Keine

		Schulsport generieren“ - Erheblich - Verhandlung mit dem Saale-Orla-Kreis laufen - Zuständigkeit für rechtsaufsichtliche Maßnahmen bei TLVwA (§ 118 Abs. 1 Satz 2 ThürKO) „Aufhebung der Rückzahlungsverpflichtung für die Bedarfszuweisung 2017“ - Erheblich - Verfahren hierzu läuft - Rechtsaufsichtliche Maßnahmen weder möglich noch angezeigt „Entschuldung der Stadt Tanna“ - Erheblich - Das Verfahren hierzu soll im Jahr 2020 beginnen - Rechtsaufsichtliche Maßnahmen weder möglich noch angezeigt „Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption“ - entbehrlich			
SOK	Wurzbach	„Änderung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit der Ortsteilbürgermeister“ - Erheblich - Stadtratsbeschluss erhielt nicht die erforderliche Mehrheit - keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen aufgrund Unverhältnismäßigkeit (Konsolidierungsziel kann dennoch erreicht werden) „Verkauf Wohngebäude Heinersdorf“	Keine	Keine	Keine

		- erheblich - Es sind keine Kaufangebote eingegangen - keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, da Stadt hierauf keinen Einfluss hat			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Berichterstattung Landratsamt Sömmerda hier: Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	Elxleben	**Einsparung von Energiekosten durch Umstellung der Ortsbeleuchtung auf LED in Folgejahren nicht umgesetzt** => Einsparung wird erst nach Durchführung der Investitionsmaßnahme wirksam / Investitionsmaßnahme wurde bisher nicht durchgeführt / Fördermöglichkeiten werden derzeit geprüft => **entbehrlich**, da dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde ab Jahresrechnung 2018 wieder nachgewiesen wird			
SÖM	Großmölsen	**Zusatzeinnahmen durch Nutzungsentgelt Kirchgasse 10 nicht umgesetzt** (Einnahmesteigerung 100 €) => **entbehrlich**, da Konsolidierungsziel 2019 durch Übererfüllung anderer Konsolidierungsmaßnahmen kompensiert werden konnte			
SÖM	Hensch-leben	Maßnahmen **Reduzierung des Sitzungsgeldes und der Aufwandsent-schädigung (**GMR-Beschluss nicht wirksam, da keine qualifizierte Mehrheit) und **Erschließung neues Wohngebiet** wurden **nicht umgesetzt** => **entbehrlich,** Gemeinde Henschleben wurde zum 1.1.2020 aufgelöst und in Gemeinde Straußfurt eingegliedert (siehe § 10 des 2.ThürGNGG 2019 vom 10.10.2019)			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	Stadt Steinach	03 – Energieeinsparung durch Reduzierung der Museumsöffnungszeiten *ist so nicht umsetzbar, keine grundlegenden Umbauten möglich, da Denkmalschutz*	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel erreicht wurde		
		06 – Neufassung Hallenbenutzungsordnung Turnhalle, Beteiligung Sportverein an den Betriebskosten *Durchführungsverordnung zum Thür. Sportfördergesetz liegt noch nicht vor, noch keine Klarheit, was an den Verein berechnet werden darf*	Keine Beanstandung, da auf gesetzliche Regelung gewartet wird		
		07 – Übertragung Betreibung Rasenplatz an Sportverein *siehe zu Punkt 06*	Keine Beanstandung, da auf gesetzliche Regelung gewartet wird		

		16 – Erhöhung Mietauslastung bei den Gebäuden Schloss und Ärztehaus *für die gekündigte Zahnarztpraxis konnte noch kein Nachmieter gefunden werden, Räume sollen saniert und erneut ausgeschrieben werden*	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde		
		19 – Verkauf der Wohnhäuser durch intensive Bewerbung der Objekte *größere Probleme mit dem Verkauf der Immobilie Lindenstraße bremsten die weiteren Verkaufsbestrebungen, in 2020 sollen neue Wertgutachten beauftragt werden*	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel insgesamt erreicht wurde		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019
auf Basis der vorläufigen Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Arbeitsstand: 08.05.2020

kreisfreie Stadt:	Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Abschnitt 13:

(VwHH34) Konzentration der Standorte der Freiwilligen Feuerwehr (FFW)

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung im Bereich der Mitgliederanzahl der FF der Stadt Eisenach müssen mittel- bis langfristig Standorte der Freiwilligen Feuerwehren vereint werden, um die Mindestausrückestärke und die notwendige Qualifikation für das zu besetzende Einsatzfahrzeug gewährleisten zu können. Die Zusammenfassung der 9 Freiwilligen Feuerwehren zu 5 Löschbezirken ist bereits erfolgt.
Die Konzentration mehrerer Feuerwehren in einem Löschbezirk auf einen Standort befindet sich in der Planungsphase. Grundlage ist die normkonforme Ertüchtigung eines Feuerwehrhauses je Löschbezirk. Desweiteren sind die geplanten Anforderungen nach Novellierung der Thüringer Feuerwehr- Organisationsverordnung (ThürFwOrgVO) zu berücksichtigen.

ENTBEHRLICH

Auswertung:
Schwerpunkt der Konzentration der Feuerwehrstandorte bildet der Löschbezirk VI mit den Ortsteilen Neuenhof-Hörschel und Wartha-Göringen. In diesem Bereich befinden sich drei Feuerwehrstandorte. Die Konzentration auf einen Feuerwehrstandort in Neuenhof wurde durch die beteiligten Kameraden bzw. Ortsteilräte mehr oder weniger akzeptiert. Der Standort des Feuerwehrgerätehauses Neuenhof liegt im Bereich des Dorfentwicklungskonzeptes. Die Planung und Förderung dieses Gerätehauses obliegt dem Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und ländlichen Raum (TLLLR) und dem Stadt – planungsamt der Stadt Eisenach. Durch das Amt 37 wurden zur Planung die Bedarfsdaten eines Feuerwehrgerätehauses zur Verfügung gestellt. Die Gesamtplanung befindet sich in der Abstimmungsphase der Beteiligten.

Die Fertigstellung des Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Neuenhof und damit die Zusammenlegung der Feuerwehren kann frühestens 2022 erfolgen.

In der 7. Fortschreibung des HSK wird die Maßnahme dem entsprechend angepasst werden.

...

Abschnitt 46:

(VwHH12) Kindertagesstätten: Anhebung Gebühren für städtische Kindertagesstätten

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat eine Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der Vorgaben der VV Bedarfszuweisung zur Beratung vorzulegen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung:

Der Landesdurchschnitt der Elternbeiträge in Thüringen beträgt aktuell 129,00 €. Der Durchschnitt in der Stadt Eisenach beträgt 136,00 €. Eine Überarbeitung der Gebührensatzung ist für 2020/21 vorgesehen. Die Ansätze in den o.g. Haushaltsstellen werden sich dadurch aber nicht erhöhen, da durch das beitragsfreie Kitajahr (ab August 2020 zwei beitragsfreie Jahre) die Einnahmen aus Gebühren weiter sinken.

Die Erstattung der Beitragsausfälle durch das Land wird in den folgenden Haushaltsstellen veranschlagt:

46401.161100 31.000 (2019)
46406.161100 18.000 (2019)
46460.161100 18.000 (2019)

Diese Beträge sind auf die Gebühreneinnahmen aufzuschlagen.

Eine Änderung der Gebührensatzung wurde im Zusammenhang mit der Gesetzesänderung des ThürKitaG zum 01.01.2018 – Beitragsfreiheit für das letzte Kita-Jahr vor Einschulung und ab August 2020 für zwei Jahre vor Schuleintritt nicht vorgenommen.

Eine Änderung der Gebührensatzung ist im Jahr 2020 vorgesehen (voraussichtlich ab 01.01.2021 in Kraft).

In der 7. Fortschreibung des HSK wird die Maßnahme dem entsprechend angepasst werden.

Abschnitt 72:

(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen.

...

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung:

Der Antrag auf Ausschüttung wurde im Jahr 2019 erneut in der Verbandsversammlung des AZV am 10.10.2019 (TOP 17) durch die Verbandsräte der Stadt Eisenach gestellt, da in dieser Sitzung über die Verwendung des Jahresergebnisses 2018 (Verlust i. H. v. 5.968.698,45 EUR) zu beschließen war. Eine Ausschüttung konnte nicht erreicht werden, da die Mehrheit der Verbandsräte dies ablehnte.

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hatte sich im Jahr 2017 zur Klärung der Rechtslage für die „Ergebnisbehandlung kostendeckender Unternehmen und Zweckverbände" an das Thüringer Innenministerium gewandt.

Der Stadt wurde von Seiten des Verbandsvorsitzenden des AZV das Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 28.11.2018 mit Posteingang 04.12.2018 betreffend der Vermögenslage des AZV zugeleitet. Der Verbandsvorsitzende hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass er nach eingehender Prüfung der Ausführungen sowohl aus rechtlicher als auch betriebswirtschaftlicher Sicht ggfs. rechtliche Schritte veranlassen wird, da seitens des Zweckverbandes in einzelnen Punkten eine andere Rechtsauffassung vertreten wird.

Mit Schreiben vom 25.02.2019 wurde daraufhin vom Verbandsvorsitzenden die Rechtsauffassung des Verbandes an die Rechtsaufsichtsbehörde nochmals dargelegt und Stellung bezogen.

Aktuell wurde in der Verbandsversammlung am 05.12.2019 durch den Geschäftsleiter berichtet, dass lt. Aussagen des Thüringer Rechnungshofs, der zwischenzeitlich den AZV prüfte, eine Ausschüttung an die Verbandsmitglieder beanstandet worden wäre.

Abschnitt 87:

(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung:

Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten, wozu eine Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes notwendig wäre.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen *auch weiterhin* zu prüfen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung:

Eine Ausschüttung konnte nicht erreicht werden.

...

In der Verwaltungsratssitzung der Wartburg-Sparkasse am 28.03.2019 wurde im Rahmen des TOP 2 „Verwendung des Jahresüberschusses“ die notwendige Stärkung des Eigenkapitals erörtert. Grundsätzlich wurde bereits vorgesehen, keine Ausschüttung vorzunehmen und den ausgewiesenen Jahresüberschuss nach § 21 Satz 1 und 2 ThürSpkG in voller Höhe zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals den Rücklagen der Wartburg-Sparkasse zuzuführen.

Daraufhin wurde folgender Beschluss in der Verwaltungsratssitzung am 13.06.2019 gefasst:
„Der Verwaltungsrat beschließt auf Vorschlag des Vorstandes nach § 21 Satz 2 ThürSpkG den Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2018 i. H. v. 1.735.423,11 EUR in voller Höhe zur Stärkung des haftenden Eigenkapitals der Sparkasse zu verwenden und den Rücklagen zuzuführen.“

Seit Jahren wird durch die städtische Vertretung im Verwaltungsrat der WAK-SPK beantragt, eine Ausschüttung zu erreichen – bisher wurde dies durch den Verwaltungsrat immer mehrheitlich abgelehnt. Aufgrund dessen wird die Maßnahme ab der 6. Fortschreibung ohne monetäres Konsolidierungspotenzial im HSK weitergeführt.

Datum: Produkt/Aktenzeichen: 11710000

Anlage 1
Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung
zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019 der Stadt Gera

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Abschnitt C Nr. 5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 1141-0.04 – Abriss Gebäude - Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf
„Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke."

Sachstand:

Ein Objekt wurde noch nicht abgerissen und das Grundstück entsprechend noch nicht verwertet, so dass es zu Verschiebungen in der Konsolidierung kommt. Im Jahresantrag der Städtebauförderung für das Programmjahr 2018 wurde der Abriss des Gebäudes Berta-Schäfer-Straße angemeldet. Der Zuteilungsrahmen enthielt jedoch keine Fördermittel für den Abriss, so dass in Absprache mit dem TLVwA die Antragstellung zwar trotzdem erfolgte, jedoch eine Bewilligung erst mit der Bereitstellung von Fördermitteln aus anderen Verpflichtungsrahmen erfolgen konnte. Der Abriss sollte mit einer Förderquote von 100 % umgesetzt werden. Dies konnte nicht realisiert werden. Die finanzielle Darstellung der Maßnahme erforderte Eigenmittel bei einem Fördersatz von 66,67 %.

Bewertung:

Die Maßnahme beinhaltete den Abriss von 3 Objekten (Karl-Matthes-Straße, Berta-Schäfer-Straße, Geschwister-Scholl-Straße) in 2014, um Objektsicherungskosten in Folgejahren zu vermeiden und anschließend die Grundstücke verkaufen zu können. In dem Sachkonto werden Unterhaltsaufwendungen für mehrere Objekte gebucht, die in der Zuständigkeit der Stadt Gera außerhalb des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der „Elstertal" Infraprojekt GmbH liegen.

Die Objekte Karl-Matthes-Straße und Geschwister-Scholl-Straße wurden bereits veräußert.

Die Bewilligung im Rahmen der Städtebauförderung mit einem Fördersatz von 66,67 % für den Abriss des Gebäudes Berta-Schäfer-Straße liegt vor. Der Abriss erfolgt derzeit.

Mit der kommenden Haushaltsplanung 2021 sollen zwei weitere Gebäude:
- ehemaliges Gymnasium Zeulenrodaer Straße 7-9 und
- Sporthalle Lusaner Straße

zum Abriss angemeldet werden. Für diese Vorhaben ist beabsichtigt, ebenfalls Fördermittel im Rahmen der Städtebauförderung zu beantragen. Damit wird weiterhin aktiv an der Vermeidung von Objektsicherungskosten gearbeitet.

In der aktuellen Planung bis 2023 ist die Erreichung des Konsolidierungsziels unter Berücksichtigung eines massiven Instandhaltungsstaus an kommunalen Liegenschaften nicht darstellbar.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2531-0.01 – Erhöhung Eintrittspreise des Tierparks
„Aller drei Jahre ist eine weitere Eintrittsgeldanpassung vorgesehen (bis zu 25 %).“

Sachstand:

Letztmalig wurden die Eintrittspreise zum 01.01.2017 mit der Drucksachen-Nr. 34/2011 2. Ergänzung angepasst. Im Ergebnis des Haushaltsvollzuges 2017 zeigte sich eine positive Entwicklung der Ertragsposition. Das Konsolidierungsziel wurde erreicht. Die für den 01.01.2018 geplante moderate Erhöhung der Eintrittspreise wurde seitens des Fachdienstes Umwelt vorbereitet, jedoch durch die Verwaltungsspitze vertagt. Das Konsolidierungspotential wurde in den abgelaufenen Konsolidierungsjahren übertroffen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Beschluss-Vorlage DS-Nr. 34/2011, 3. Ergänzung zur Umsetzung „Haushaltsicherungskonzept 2013 – 2023“ der Stadt Gera vom 14.11.2013, hier: Neuregelung der Eintrittspreise des Tierparks Gera wurde in den Fachausschüssen beraten. In der Stadtratssitzung vom 11. April 2019 wurde die Beschluss-Vorlage in die Verwaltung zurückverwiesen. Die Verwaltung erhielt den Arbeitsauftrag eine Zukunftsentwicklungs-konzeption für den Tierpark vorzulegen. Diese liegt der Verwaltungsspitze nunmehr vor.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 2721-2.02 – Gebührenanpassung der Bibliothek
„Eine weitere Gebührenanpassung ist ab dem Jahr 2020 vorgesehen."

Sachstand:

Mit der neuen Gebührensatzung im Januar 2017 wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um das Konsolidierungsziel für die Bibliothek zu erreichen. Die Gebührenerhebung ist seit 2017 auch durch Lastschrift möglich. Zusätzlich sind die Einnahmen aus dem Sachkonto 46220000 zu betrachten, da die Erhöhung der Mahngebühren Teil der Strategie zur Verbesserung der Einnahmen ist.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Ziel der Maßnahme war eine Gebührenanhebung ab dem Jahr 2016 sowie eine weitere Gebührenerhöhung ab dem Jahr 2019.

Die Gebührenerhöhung wurde mit Beschluss 3/2009 1. Ergänzung im Januar 2017 beschlossen. Trotz leicht gestiegener Zahl der Entleihungen konnte die Zahl der Besucher nicht wesentlich gesteigert werden. Das bisherige Konsolidierungsziel konnte bisher nicht erreicht werden.

In Verbindung mit dem Beschluss 3/2009 1. Ergänzung ist entgegen der ursprünglichen Planung erst ab 2020 eine weitere Gebührenerhöhung vorgesehen, deren Potential derzeit noch nicht abschätzbar ist.

Die Gewinnung von Nutzern und die damit verbundene Entwicklung der Einnahmen sind wesentlich abhängig vom zur Verfügung stehenden Medienetat. Zur weiteren Entwicklung der Stadt- und Regionalbibliothek Gera wird gegenwärtig ein Konzept erarbeitet.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 5211-2.01 – Gebührenanpassung gemäß BauGVO
„Die auf die BauGVO aufbauende interne Gebührenordnung wird mit Blick auf steigende Kosten in den Jahren 2019 und 2023 angepasst."

Sachstand:

Die Thüringer Baugebührenverordnung (ThürBauGVO) gibt einen Gebührenrahmen für die Leistungen der Bauordnung vor. Es ist beabsichtigt, die auf die ThürBauGVO aufbauende interne Gebührenordnung mit Blick auf steigende Kosten zu überprüfen.
Die bisherigen Mehrerträge sind zum Teil auf Sondereffekte durch Großprojekte zurückzuführen. In Abhängigkeit der Anzahl der Antragseingänge, der Art der Anträge und der Höhe des Bauvolumens variieren die Einnahmen sehr stark und sind nicht vorhersehbar.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Das geplante Konsolidierungsziel wurde in den letzten Konsolidierungsjahren einschließlich 2019 erreicht. An der kontinuierlichen Umsetzung wird seitens des Amtes gearbeitet. Die interne Gebührenordnung wird in 2020 einer Prüfung unterzogen.

M 5511-2.01 Kontinuierliche Anpassung der Sondernutzungsgebührensatzung (Grünflächen)
„Eine erneute Anpassung soll dem Stadtrat in 2019 vorgelegt werden."

Sachstand:

Die Sondernutzungsgebührensatzung wurde zuletzt mit Drucksachen-Nr. 54/2006, 2. Ergänzung im Mai 2014 geändert und im Stadtrat beschlossen.
Eine Anpassung aller drei Jahre gemäß Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2023 war dem zuständigen Amt aus personellen Engpässen bisher nicht möglich.

Unabhängig davon konnte das Konsolidierungsziel aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach Sondernutzungen bisher realisiert und sogar übertroffen werden. Die deutliche Übererfüllung resultiert aus einigen Großprojekten.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Das Konsolidierungspotential wurde erreicht bzw. übertroffen. Die Gebührensatzung befindet sich seitens des Fachamtes in der Prüfung.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

M 5531-0.01 Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung
„Eine weitere Erhöhung ist ab 2020 vorgesehen."

Sachstand:

Die Friedhofsgebührensatzung wurde überarbeitet und vom Stadtrat am 15. Dezember 2016 bestätigt (DS-Nr. 20/2000 6. Ergänzung). Sie ist zum 8. Januar 2017 in Kraft getreten.

Das Konsolidierungsziel konnte trotz neuer Gebührensätze unter Berücksichtigung der Nachfrage und der Zahlungsmoral nicht erreicht werden. Des Weiteren kann eine weitere Erhöhung der Gebühren nicht gerechtfertigt werden. Die Bestattungskultur ist im Wandel. Der Friedhof als Bestattungsort verliert langsam an Bedeutung.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Überarbeitung der Gebührensatzung erfolgt im Jahr 2020, sobald konkrete Regelungen zur neuen Umsatzbesteuerung für das Friedhofs- und Bestattungswesen vorliegen. Das BMF ist zum heutigen Stand noch immer in der Diskussion zur Thematik.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)
Maßnahmekatalog Nr. 2 **Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen** Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 3 **Gewerbesteuer** Überprüfung der getroffenen Entscheidung zur Gewerbesteuer	**erheblich**
Maßnahmekatalog Nr. 4 **Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen** Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 5 **Straßenbeleuchtung Wohnungsbaugesellschaften** Verlustminderung Eigenbetrieb durch Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 8 **Musikpflege** Reduzierung Zuschüsse an MKGD	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 9 **Zentrale Bußgeldstelle** Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 19 **Personaloptimierungskonzept** Erstellung eines Personaloptimierungskonzeptes	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 23 **Erträge Gartenpacht** Erhöhung der Erträge aus Gartenpacht	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 26 **Zahl der Ausschüsse** Reduzierung der nicht-pflichtigen Ausschüsse	entbehrlich
Maßnahmekatalog Nr. 31 **Betrieb Stadtbücherei** Steigerung der Erträge aus diversen Quellen	entbehrlich

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)
Maßnahmekatalog Nr. 33 **Etablierung eines Sozialhilfecontrollings** Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	entbehrlich, da ggf. Einsparungen anderweitig erzielt werden
Maßnahmekatalog Nr. 37 **Gebührenstruktur Musikschule** Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016	erheblich
Maßnahmekatalog Nr. 50 **Spielplätze** Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	entbehrlich

* Konsolidierungspotential ges. > 150 T€

Die Darstellung der nicht qualifiziert bzw. fristgemäß umgesetzten Maßnahmen bezieht sich auf die Ergänzung zur 5. Fortschreibung des HSK der Stadt Suhl vom 11.10.2019. Es wurde hier nur der Umsetzungszeitraum bis zum Jahresabschluss 2019 (noch vorläufig) betrachtet.

Suhl, 29.06.2020

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UH	Anrode	- Gemeindeneugliederung - Überprüfung der Sondernutzungsgebührensatzung und ggf. Anpassung der Gebührensätze - Neukalkulation der Gebühren für die Friedhofsnutzung - Übergabe des gemeindeeigenen Festplatzes an einen örtlichen Verein zur Pflege und Bewirtschaftung in zwei Ortsteilen - Prüfung eines Verkaufs des Kommunalwaldes an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss (hinfällig wg. Änderung des Thüringer Waldgesetzes § 33 Abs. 2) -Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss - Verkauf restlicher Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Bickenriede - Verkauf eines Bauplatzes im Ortsteil Zella - Verkauf eines Grundstückes im Ortsteil Lengefeld			

		erheblich, die Genehmigung der Fortschreibung des HSK 2019 wurde mit Bescheid vom 04.12.2019 versagt, im Laufe des Jahres 2019 wurde die Gemeinde fortlaufend beraten insbesondere im Zusammenhang mit der Fortschreibung HSK und dem Antrag auf Bedarfszuweisung			
UH	Bothenheilingen	keine			
UH	Dünwald	- Veräußerung von KET Aktien - Verkauf von Kommunalwald (hinfällig wg. Änderung des Thüringer Waldgesetzes § 33 Abs. 2) - Umstellung des Erscheinens des Amtsblattes - Vorbereiten der Sitzungen mit einem Ratsinfosystem - Verkauf der Dünwaldhalle (Sporthalle) an den Landkreis - Verkauf von Flächen für das Windvorranggebiet W 13 *erheblich, Maßnahmen werden von der Gemeinde weiter verfolgt*			
UH	Issersheilingen	keine			
UH	Kleinwelsbach	-Zusammenarbeit der Bauhöfe Schlotheim / Kleinwelsbach *entbehrlich*			
UH	Marolterode	keine			
UH	Obermehler	-Billdung eines gemeinsamen Bauhofs mit der Stadt Schlotheim - Veräußerung von Grundstücken - Umschuldung von Darlehen *entbehrlich*			

UH	Schlotheim	- Bildung eines gemeinsamen Bauhofs mit der Gemeinde Obermehler - Grünflächenkataster - Einführung der Kosten-Leistungsrechnung *entbehrlich*			
UH	Sundhausen	- Anpassung Benutzungsgebühren - Verkauf gemeindeeigenes Grundstück (Bauhof) *erheblich, Maßnahmen werden von der Gemeinde weiter verfolgt*			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2019 auf Basis der Jahresrechnung 2019
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
AP	Apolda	- Reduzierung der freiwilligen Leistungen (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel derzeit nicht gefährdet) - Vermarktung stadteigener Vermögenswerte (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel derzeit nicht gefährdet)	-	-	-
AP	Bad Sulza	-	-	-	-
AP	Ballstedt	-	-	-	-
AP	Blankenhain	-	-	-	-
AP	Döbritschen	-	-	-	-
AP	Kranichfeld	-	-	-	-
AP	Magdala	-	-	-	-
AP	Mechelroda	-	-	-	-
AP	Umpferstedt	-	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
ABG-Land	Fockendorf	- Inkrafttreten Hauptsatzung 01.07.2020 - Entschädigung GR (Einsparpotential Plan 2.640 € - Ist 1.000 €) - Im Bereich Friedhofswesen ist das Ausscheiden eines Mitarbeiters erst im September 2021 möglich (Einsparpotential 3.000 € - Ist 0 €). Der Mitarbeiter hat die vorzeitige Verrentung nicht in Anspruch genommen	- entbehrlich: Umsetzung liegt außerhalb des Einflußbereiches der Gemeinde	-	-
ABG-Land	Posterstein	- keine nicht oder nicht qualifiziert umgesetzten Maßnahmen gemeldet	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
WL	Apolda	- Reduzierung der freiwilligen Leistungen (erheblich, jedoch ist das Konsolidierungsziel derzeit nicht gefährdet)	keine	keine	keine
WL	Ballstedt	-	-	-	-
WL	Döbritschen	-	-	-	-
WL	Frankendorf	-	-	-	-
WL	Kleinschwabhausen	-	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
EIC	Schönhagen	**alle HSK-Maßnahmen umgesetzt**			
EIC	Sickerode	**alle HSK-Maßnahmen umgesetzt**			
EIC	Wiesenfeld	Einbau Zwischenzähler zur Kostenüberwachung im Bauhofkomplex (Bauhof, Feuerwehr, Jugendclub) – **entbehrlich**, da nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Zur Stadt Eisenach ist zu resümieren, dass keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen nach §§ 120, 121 und 122 ThürKO ergriffen wurden. Die Stadt hat aufgrund der nicht oder nicht vollständigen Verwirklichung der Konsolidierungspotentiale von 3 Konsolidierungsmaßnahmen gegen § 53 a Abs. 3 S. 1 ThürKO verstoßen. Das Erzielen von mehr Konsolidierungsbeiträgen bei 5 Maßnahmen konnte das nicht realisierte Konsolidierungspotential nicht kompensieren. Die seitens der Stadt Eisenach vorgetragenen Begründungen für das nicht oder nicht vollständige Realisieren bei den betroffenen 3 Maßnahmen ist nachvollziehbar. Daher wurde von einem Ergreifen rechtsaufsichtlicher Maßnahmen abgesehen.

Tabelle 1

kreisfreie Stadt: Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)

Kennzeichnung: - entbehrlich,
- erheblich (ggf. durch andere Maßnahmen ersetzt?)

Abschnitt 46:

(VwHH12) Kindertagesstätten: Anhebung Gebühren für städtische Kindertagesstätten

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat eine Gebührenkalkulation unter Berücksichtigung der Vorgaben der VV Bedarfszuweisung zur Beratung vorzulegen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2020:

Aufgrund der Corona-Krise und den damit verbundenen Belastungen für die Bürger, insbesondere für junge Familien, wurde auf eine Erhöhung der Gebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen verzichtet und die Satzungsänderung verschoben. Aktuell wird in Fraktionen des Landtages über ein drittes beitragsfreies KiTa-Jahr diskutiert, so dass die

Entscheidung dazu abzuwarten ist bevor die Gebührensatzung angepasst wird. Derzeit ist eine Entscheidungsvorlage vorbereitet, die eine Satzungsänderung im 3. Quartal 2021 vorschlägt.
Die Veränderung soll dann zum 01.01.2022 in Kraft treten. Im Jahr 2021 können folglich keine Mehreinnahmen geniert werden. Die Höhe der Mehreinnahmen für 2022 kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Abschnitt 72:

(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen.

ENTBEHRLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2020:

Das Thüringer Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hatte sich im Jahr 2017 zur Klärung der Rechtslage für die „Ergebnisbehandlung kostendeckender Unternehmen und Zweckverbände“ an das Thüringer Innenministerium gewandt.

Der Stadt wurde von Seiten des Verbandsvorsitzenden des AZV das Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 28.11.2018 mit Posteingang 04.12.2018 betreffend der Vermögenslage des AZV zugeleitet. Der Verbandsvorsitzende hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass er nach eingehender Prüfung der Ausführungen sowohl aus rechtlicher als auch betriebswirtschaftlicher Sicht ggfs. rechtliche Schritte veranlassen wird, da seitens des Zweckverbandes in einzelnen Punkten eine andere Rechtsauffassung vertreten wird.

Mit Schreiben vom 25.02.2019 wurde daraufhin vom Verbandsvorsitzenden die Rechtsauffassung des Verbandes an die Rechtsaufsichtsbehörde nochmals dargelegt und Stellung bezogen.

Aktuell wurde in der Verbandsversammlung am 24.09.2020 durch den Verbandsvorsitzenden und den Geschäftsleiter berichtet, dass es dazu keinen neuen Sachstand gibt.

Aufgrund dessen wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 14.01.2021 durch die städtischen Vertreter analog der Vorjahre ein Antrag auf Ausschüttung gestellt, der jedoch keine Mehrheit fand.

...

Abschnitt 80:

(Chance22): Optimierter Regiebetrieb: Zentralisierung, Digitalisierung, Optimierung Arbeitsabläufe, Reorganisierung Aufgabenkritik, Arbeitseffizienz

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2020:

Die durch die Anhebung der Parkgebühren für das Straßenrandparken zum 01.01.2020 erzielten Mehreinnahmen können durch die gleichzeitig pandemiebedingte Verringerung der Anzahl der Parkenden nicht beziffert werden.
Die Beschlussfassung über die Neufassung der Entgeltordnung für die Parkhäuser wurde durch die Stadträte zunächst verschoben, um auf die Tarifgestaltung des in Ende 2020 in Betrieb gegangenen privaten Parkhauses reagieren zu können. Die Entgeltordnung wurde daraufhin überarbeitet und soll kurzfristig neu in den Stadtrat eingebracht werden.

Durch die erfolgte Umrüstung der Beleuchtung im Parkhaus Uferstraße auf LED-Technik und die sukzessive Umstellung der Beleuchtung in Schulen, Sporthallen und anderen städtischen Gebäuden wird in 2020 mit einer Stromkosteneinsparung gerechnet.
Bezifferbar wären die Verbräuche erst mit den Jahresendabrechnungen, die bis dato noch nicht vollständig vorliegen. Infolge der pandemiebedingten Nutzungseinschränkungen / Schließungen, insbesondere der Schulen und Sporthallen, sind für 2020 die Einspareffekte gar nicht ermittelbar.

Abschnitt 86:

(VwHH2) Sportbad Eisenach GmbH (SEG): Deckelung des operativen Fehlbetrages und Sicherstellung der steuerlichen Organschaft mit den Eisenacher Versorungsbetrieben GmbH (EVB)

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2020:

Das ausschüttungsfähige Jahresergebnis per 31.12.2019 betrug rd. 492 TEUR. Aufgrund der pandemiebedingten, massiven Umsatzeinbrüche im lfd. Geschäftsjahr 2020 und vor dem Hintergrund der liquiditätsmäßigen, mittelfristigen Anforderung im Rahmen der Umsetzung des städtischen Breitbandausbaus wurde die geplante Gewinnausschüttung
i.H.v. 150 TEUR zwecks Liquiditäts- und Bilanzstärkung der Rücklage des Unternehmens zugeführt.

...

Abschnitt 87:

(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung:

Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten, wozu eine Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes notwendig wäre.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen *auch weiterhin* zu prüfen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2020:
Im Verwaltungsrat der Wartburg-Sparkasse wurde im Jahr 2020 keine Ausschüttung beschlossen.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Es wurden seitens des TLVwA keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Die Stadt Gera befindet sich zwar in der Haushaltssicherungspflicht, verfügt allerdings über einen ausgeglichenen doppischen Haushalt und ist kein Bedarfszuweisungsempfänger. Der Ausgleich am Ende des Konsolidierungszeitraums wurde trotz nicht umgesetzter Maßnahmen erreicht. Insofern wäre das Ergreifen entsprechender Maßnahmen unverhältnismäßig.

kreisfreie Stadt: Gera

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)
Kennzeichnung: - entbehrlich,
- erheblich (ggf. durch andere Maßnahmen ersetzt?)

M 1141-0.04 – Abriss Gebäude - Ziel ist jeweils ein Grundstücksverkauf *„Abriss von 3 Objekten und anschließender Verkauf der Grundstücke."*

Sachstand:

Der Abriss der drei Objekte - Karl-Matthes-Straße, Berta-Schäfer-Straße, GeschwisterScholl-Straße - ist erfolgt. Ein Grundstück wurde noch nicht veräußert.

Bewertung:

Die Maßnahme beinhaltete den Abriss von drei Objekten, um Objektsicherungskosten in Folgejahren zu vermeiden und anschließend die Grundstücke verkaufen zu können.

In dem zu betrachtenden Sachkonto werden Unterhaltsaufwendungen für mehrere Objekte gebucht, die in der Zuständigkeit der Stadt Gera außerhalb des Geschäftsbesorgungsvertrages mit der „Elstertal" Infraprojekt GmbH liegen. Die Erreichung des Konsolidierungsziels ist unter Berücksichtigung eines massiven Instandhaltungsstaus an kommunalen Liegenschaften aktuell nicht darstellbar.

Mit der Haushaltsplanung 2021 wurde der Abriss des ehemaligen Gymnasiums

Zeulenrodaer Straße 7-9 angemeldet. Die Maßnahme ist im Jahresantrag der Städtebauförderung zur Förderung beantragt. Eine Mitteilung zur Aufnahme in die

Förderung ist frühestens im IV. Quartal 2021 zu erwarten. Mit den im Haushalt angemeldeten Eigenmitteln soll vorerst die Entwurfsplanung zum Abriss erstellt werden. In Folge der beiden Brände Ende 2020 in der ehemaligen Touristenstation in Gera-Liebschwitz erfolgt ebenfalls der Abriss des dort vorhandenen Gebäudes. Die Finanzierung erfolgt über die Gebäudeversicherung der Stadt Gera.
Damit wird weiterhin aktiv an der Vermeidung von Objektsicherungskosten gearbeitet.

M 2631-0.01 – Gebührenerhöhung der Musikschule
„Eine weitere Gebührenanpassung ist für den Jahresbeginn 2020 vorgesehen."

Sachstand:

Der Stadtrat der Stadt Gera hat am 6. Februar 2020 die Vorlage Drucksachen-Nr. 33/2011, 3. Ergänzung zur 3. Änderungssatzung der Gebührensatzung der Musikschule „Heinrich Schütz" Gera beschlossen. Mit dem Beschluss sollten Gebührenerhöhungen zum 1. August 2020 in Kraft gesetzt werden. Am 9. Juli 2020 beschloss der Stadtrat mit der DS-Nr. 33/2011 4. Ergänzung die Verschiebung der Gebührenerhöhung auf das Schuljahr 2021/ 2022 aufgrund der Corona-Pandemie.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Die Umsetzung ist jedoch nunmehr - zeitverzögert - erfolgt.

Die Erreichung des Konsolidierungszieles ist abhängig von den Kapazitäten und Angeboten der Musikschule sowie vom Interesse der Bevölkerung an diesen Angeboten. Aufgrund des Stellenabbaus müssen Angebote reduziert werden. Dies führt zu geringeren Gebühreneinnahmen. Allerdings geht der Stellenabbau auch mit geringeren Ausgaben einher, die in der Betrachtung nicht enthalten sind.

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie (Anordnung zu Musikschulschließungen und eingeschränktem Regelverkehr) haben sich sehr negativ auf die Gebühreneinnahmen im Jahr 2020 ausgewirkt und dauern im 1. Halbjahr des Jahres 2021 an. Ziel ist es, im Jahr 2021 im Normalbetrieb auf Grundlage der ab 1. August 2021 geltenden neuen Gebührensatzung wieder stabile Nutzerzahlen und damit Gebühreneinnahmen zu erreichen. Im Jahr 2022 sollen die Gebühreneinnahmen dann weiter steigen.

M 2721-2.02 – Gebührenanpassung der Bibliothek
„Eine weitere Gebührenanpassung ist ab dem Jahr 2021 vorgesehen."

Sachstand:

Mit der überarbeiteten Gebührensatzung im Januar 2017 wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um das Konsolidierungsziel für die Bibliothek zu erreichen. Die Gebührenerhebung ist seit 2017 auch durch Lastschrift möglich. Zusätzlich sind die Einnahmen aus dem Sachkonto 46220000 zu betrachten, da die Erhöhung der Mahngebühren Teil der Strategie zur Verbesserung der Einnahmen ist. Eine weitere vorgesehene Gebührenerhöhung steht noch aus.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Ziel der Maßnahme war eine Gebührenanhebung ab dem Jahr 2016 sowie eine weitere Gebührenerhöhung ab dem Jahr 2019.

Die Gebührenerhöhung wurde mit Drucksachen-Nr. 3/2009, 1. Ergänzung im Januar 2017 beschlossen. Trotz leicht gestiegener Zahl der Entleihungen konnte die Zahl der Besucher nicht wesentlich gesteigert werden. Das bisherige Konsolidierungsziel konnte bisher nicht erreicht werden.

Die Gewinnung von Nutzern und die damit verbundene Entwicklung der Einnahmen sind wesentlich abhängig vom zur Verfügung stehenden Medienetat. Zur weiteren Entwicklung der Stadt- und Regionalbibliothek Gera wurde ein Konzept erarbeitet. Dieses wurde am 17. Mai 2021 durch den Hauptausschuss verwiesen und wird voraussichtlich im Stadtrat am 16. Juni 2021 behandelt.

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie haben sich negativ auf die Gebühreneinnahmen im Jahr 2020 ausgewirkt. Dies setzt sich in 2021 pandemiebedingt fort. Ziel ist es zunächst, zu einem regulären Bibliotheksbetrieb und stabilen Gebühreneinnahmen zurückzukehren.

M 2813-2.02 - Anpassung Mieten und Pachten
„Überarbeitung Mietverträge (Nettokaltmieten) mit dem Ziel der Einnahmeverbesserung (Veranlassung bis 30.09.2020)“

Sachstand:

Die Mietverträge im Kultur- und Kongresszentrum enthalten eine Preisgleitklausel. Unter Berücksichtigung einer erwarteten Steigerung des Verbraucherpreisindex wurden kontinuierlich Miet- und Pachtanpassungen in den Jahren 2018 ff. und 2021 ff. vorgesehen. Bereits 2017 wurden teilweise Mietanpassungen vollzogen. Es erfolgte eine Anpassung nach Preisindex sowie Anwendung der Wertsicherungsklausel. In 2018 wurden 6 Verträge angepasst. Die Einnahmen konnten einerseits um rd. 9,5 TEUR/Jahr gesteigert werden. Durch die Kündigung des Mietvertrages eines großen Mieters zum 01.07.2019 entsteht jedoch andererseits ein jährlicher Mietverlust von 40,0 TEUR. Die Fläche konnte bis dato nicht vermietet werden.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich entbehrlich. In der Planung 2020 ff. wurde zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes kein Konsolidierungspotential dargestellt. Die Folgejahre sind in der Entwicklung offen. Aus diesem Grund wird noch an der Maßnahme festgehalten.

Das Kulturamt erarbeitet derzeit ein Nutzungskonzept, um die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes zu steigern.

M 2813-2.03 - Anpassung Erträge Kultur- und Kongresszentrum
„Erhöhung der Erträge aus Eintrittspreisen eigener Veranstaltungen mit dem Ziel der Einnahmenverbesserung (Veranlassung bis 30.09.2020)“

Sachstand:

Ziel der Maßnahme ist eine kontinuierliche Anpassung der Eintrittspreise für von der Stadt selbst organisierte Veranstaltungen. Coronabedingt musste eine Vielzahl von Veranstaltungen abgesagt werden, so dass diese Maßnahme nicht umgesetzt werden konnte.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Eine Überprüfung der Eintrittspreise erfolgte jährlich mit dem Ergebnis, dass eine bemerkenswerte Erhöhung der Eintrittsgelder mit einem Rückgang des Kartenverkaufes verbunden wäre. Die angebotenen Veranstaltungen stehen in direkter Konkurrenz mit dritten Anbietern. Bezugnehmend auf die positiven Ergebnisse im Jahr 2018 wird jedoch davon ausgegangen, dass das Erreichen des Konsolidierungspotentials realisierbar ist.

Aufgrund der Pandemie kann derzeit keine realistische Einschätzung erfolgen.

M 2813-2.04 - Anpassung Gastronomieentgelte Kultur- und Kongresszentrum
„Erhöhung der Gastronomieentgelte mit dem Ziel der Einnahmenverbesserung (Veranlassung bis 30.09.2020)“

Sachstand:

Ziel der Maßnahme ist eine kontinuierliche Anpassung der Gastronomieentgelte in den Jahren 2018 ff. und 2021 ff.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

In der praktischen Umsetzung wird weiter laufend eine Anpassung der Gastronomieentgelte sukzessive entsprechend der Marktbedingungen geprüft. In der Planung ist eine kontinuierliche Steigerung der Erträge von 2017 bis 2021 berücksichtigt, die jedoch unter dem ursprünglichen Konsolidierungsbetrag liegt. Die Prüfung der Anpassung der Gastronomieentgelte unter Berücksichtigung der Marktbedingungen wird weiter jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung erfolgen.

Aufgrund der Pandemie kann derzeit keine realistische Einschätzung erfolgen.

M 5211-2.01 – Gebührenanpassung gemäß BauGVO
„Die auf die BauGVO aufbauende interne Gebührenordnung wird mit Blick auf steigende Kosten in den Jahren 2020 und 2023 angepasst.“

Sachstand:

Die Thüringer Baugebührenverordnung (ThürBauGVO) gibt einen Gebührenrahmen für die Leistungen der Bauordnung vor. Die auf die ThürBauGVO aufbauende interne Gebührenordnung sollte mit Blick auf steigende Kosten geprüft werden.

Die bisherigen Mehrerträge sind zum Teil auf Sondereffekte durch Großprojekte zurückzuführen. In Abhängigkeit der Anzahl der Antragseingänge, der Art der Anträge und der Höhe des Bauvolumens variieren die Einnahmen sehr stark und sind nicht vorhersehbar.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich. Jedoch wird, obwohl eine Anpassung der Gebühren nicht erfolgt ist, das Konsolidierungsziel im Ergebnis überschritten.

An der weiteren Umsetzung wird seitens des Amtes gearbeitet. Die interne Gebührenordnung wird einer stetigen Prüfung unterzogen.

M 5511-2.01 Kontinuierliche Anpassung der Sondernutzungsgebührensatzung (Grünflächen)
„Eine erneute Anpassung soll dem Stadtrat in 2019 vorgelegt werden."

Sachstand:

Die Sondernutzungsgebührensatzung wurde zuletzt mit Drucksachen-Nr. 54/2006, 2. Ergänzung im Mai 2014 geändert und im Stadtrat beschlossen.
Eine Anpassung aller drei Jahre gemäß Haushaltssicherungskonzept 2013 - 2023 war dem zuständigen Amt aus personellen Engpässen bisher nicht möglich.

Unabhängig davon konnte das Konsolidierungsziel aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach Sondernutzungen bisher stets realisiert und sogar übertroffen werden.

Im Jahr 2020 bestand ein erheblicher Antragsrückgang bei Sondernutzungen für Baumaßnahmen, Veranstaltungen und Werbung infolge der Corona-Einschränkungen. Aufgrund dessen konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden. Eine Gebührenanpassung während der Pandemie wurde nicht in Betracht gezogen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich. Jedoch wird, obwohl eine Anpassung der Gebühren noch nicht erfolgt ist, das Konsolidierungsziel im Ergebnis der vergangenen Jahre überschritten. Das Ergebnis 2020 ist pandemiebedingt abweichend zu bewerten. Eine erneute Überarbeitung der Gebührensatzung wird weiterhin verfolgt.

M 5531-0.01 Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung
„Eine weitere Erhöhung ist ab 2020 vorgesehen."

Sachstand:

Mit der Anpassung der Friedhofsgebührensatzung und parallel dazu der Friedhofsatzung sollten ab 2015 jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 150 TEUR gegenüber einem bisherigen Ansatz von 290 TEUR realisiert werden. Eine weitere Gebührenanpassung war für 2018 vorgesehen. Die Friedhofssatzung wurde mit Drucksachen-Nr. 174/2009, 1. Ergänzung und die Friedhofsgebührensatzung mit Drucksachen-Nr. 20/2000, 6. Ergänzung im Dezember 2016 durch den Stadtrat beschlossen. Sie ist zum 8. Januar 2017 in Kraft getreten. Hintergrund der Verzögerung waren einerseits nicht ausreichende personelle Kapazitäten und andererseits langwierige Beratungen der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Gera.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Das Konsolidierungsziel konnte trotz neuer Gebührensätze unter Berücksichtigung der Nachfrage und der Zahlungsmoral nicht erreicht werden.
Die Bestattungskultur befindet sich im Wandel. Der Friedhof verliert als Ort der Bestattung immer mehr an Bedeutung. Mittlerweile werden durch die Hinterbliebenen zahlreiche Alternativangebote wie z.B. Bestattungen im Wald (Friedwald), Seebestattungen oder kostengünstige Bestattungen in Gemeinschaftsanlagen nachgefragt. Leider hat die Stadt Gera derzeit keine entsprechenden Angebote, um derartige Nachfragen befriedigen zu können.

Im Haushaltsplan 2020 und den folgenden Finanzplanungsjahren wurde zunächst kein Konsolidierungspotential ausgewiesen. Ein Ausgleich wurde innerhalb des Gesamthaushaltes geschaffen.

Die Überarbeitung der Gebührensatzung erfolgt unter dem zeitlichen Horizont und Berücksichtigung der neuen Umsatzbesteuerung. Nach der Überarbeitung der Gebührensatzung wird das Konsolidierungspotential angepasst.

M 5532-3.01 Entgeltanpassung Krematorium
„Eine weitere Prüfung der Entgelte sollte in 2020 erfolgen.“

Sachstand:

Eine Entgeltanpassung zur Steigerung des Kostendeckungsgrades erfolgte mit Stadtratsbeschluss zur Drucksachen-Nr. 153/2009 1. Erg. im Juni 2016.

Mit der Beratungsvorlage Drucksachen-Nr. 49/2019, 1. Ergänzung wurde die Empfehlung für die Weiterbetreibung des Krematoriums Gera und damit verbunden für das Investitionsvorhaben zum Neubau einer 2. Ofenlinie inkl. Steuerung und Einfuhrwagen seitens des Ausschusses für Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie des Haushalts- und Finanzausschusses ausgesprochen.
Mit Beschluss der Drucksachen-Nr. 49/2019, 2. Ergänzung vom 4. Juni 2020 wurde nunmehr die Verwaltung beauftragt, die Planungsleistungen für den Neubau der 2. Ofenlinie des Krematoriums auszuschreiben.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich. Jedoch wird, obwohl eine Anpassung der Gebühren noch nicht erfolgt ist, das Konsolidierungsziel im Ergebnis 2020 überschritten.

Das Konsolidierungsziel wurde bis 2017 nicht nur erreicht, sondern übertroffen. In 2018 und 2019 waren die Einäscherungszahlen rückläufig und damit verbunden sanken die Einzahlungen.

Einäscherungszahlen:
2016: 1960
2017: 1973
2018: 1863
2019: 1825
2020: 2046

Mithin konnte das Konsolidierungsziel 2019 aufgrund der sinkenden Einäscherungszahlen nicht erreicht werden.
In 2020 wurde das Konsolidierungsziel infolge erhöhter Einäscherungszahlen übertroffen. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass dabei auch ein höherer Aufwand für Kühlung, Desinfektion und "Sarg" - Logistik entsteht.

Eine Anpassung der Preise auf Grund der Konkurrenzsituation zu Ronneburg ist zunächst nicht zu favorisieren. Seitens des Amtes für Stadtgrün wird eine Überprüfung der Preisliste mit der Inbetriebnahme der 2. Ofenlinie des Krematoriums (vgl. DS-Nr. 49/2019, 2. Ergänzung) avisiert.

M 5732-2.02 Anpassung Marktgebühren
„Eine Anpassung der Marktgebühren ist in 2020 mit Wirkung für 2021 zu prüfen.“

Sachstand:

Die Marktsatzung wurde mit Drucksachen-Nr. 121/2014 zuletzt am 18. Dezember 2014 beschlossen und ist am 15. März 2015 in Kraft getreten. Ein weiteres Konsolidierungspotential war in den Jahren 2016 und 2017 nicht vorgesehen. Eine Erhöhung der Standgelder/Gebühren war bis 2020 nicht möglich.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Das Konsolidierungsergebnis 2020 ist wesentlich beeinflusst durch die Pandemie.

Mit der Umsetzung § 2b Umsatzsteuergesetz werden die Gebühren geprüft und dem Stadtrat eine Änderung der Marktgebührensatzung zum Beschluss vorgelegt.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Greiz	Auma-Weidatal, Stadt	Fehlmeldung			
Greiz	Berga/Elster, Stadt	- Mietausgaben Technik (Kostenreduzierung für Druck-/Kopiertechnik): Zusätzliche Mietausgaben für dringend benötigte Technik (Firewall Router und TELECASH Karten-Lesegerät) → erheb.; jedoch beträgt Abweichung vom Plan nur 200,00 €, deshalb rechtsaufs. Einschreiten unverhältnismäßig - Bewirtschaftungskosten (Umrüstung Straßenbeleuchtung auf LED) → erheb.; jedoch hat Gemeinde kaum Einfluss auf Stromkosten bzw. Strompreis (Abweichung vom Plan: 200,00 €) - Verkauf unbebaute Grundstücke → erheb., jedoch hat Gemeinde kein Einfluss auf Kaufinteresse	keine	keine	keine

Greiz	Brahmenau	Fehlmeldung			
Greiz	Caaschwitz	Fehlmeldung			
Greiz	Endschütz	Fehlmeldung			
Greiz	Gauern	Fehlmeldung			
Greiz	Kühdorf	Fehlmeldung			
Greiz	Linda	Fehlmeldung			
Greiz	Paitzdorf	Fehlmeldung			
Greiz	Reichstädt	- Verkauf KBE-Geschäftsanteile → erheb., jedoch kein Einfluss der Gemeinde auf Kaufinteresse, deshalb kein rechtsaufs. Einschreiten - Übertragung Aufgaben der FFW an Nachbargemeinden (gescheitert, weil Finanzierung unklar und nach Aussage Gemeinde die Einsatzzeiten nach § 1 ThürFwOrgVO nicht eingehalten werden) → erheb.; Gemeinde hat Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit abgeprüft, aber konnte bisher keine Einigung mit Nachbargemeinden erzielen; es wird am Aufbau einer eigenen Einsatzgruppe gearbeitet	keine	keine	keine
Greiz	Teichwitz	Fehlmeldung			
Greiz	Weißendorf	- Überarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung anschließend Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Altmaßnahmen → erheblich; die Überarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung wurde im Jahr 2020 rechtsaufsichtlich begleitet und mittlerweile beschlossen; zeitnah soll die Bewertung der Grundstücke an eine externe	keine	keine	keine

		Firma vergeben werden, um dann eine Beitragssatzsatzung erarbeiten zu können; seitens der Rechtsaufsichtsbehörde erfolgen regelmäßig Nachfragen zum Sachstand			
Greiz	Zeulenroda-Triebes, Stadt	- energetische Optimierung (steigende Verbraucherpreise wirken einer Kostensenkung trotz sinkender Verbrauchswerte entgegen) → erheb., jedoch hat Stadt keinen Einfluss auf Strompreis und kann daher nur bedingt entgegenwirken, rechtsaufsichtliches Einschreiten hier unverhältnismäßig - Zuschuss Musikschule (wurde nur teilweise verringert, Stadt arbeitet jedoch an weiterer Umsetzung der Maßnahme) - Schließung Schullandheim (Schließung ist zum 31.12.2019 erfolgt, es sind weiterhin ca. 15.000 € an Kosten angefallen) → Verkauf/ Vermietung befindet sich in Umsetzung, deshalb kein rechtsaufsichtliches Einschreiten - Zuschuss Bibliothek (konnte nicht wie geplant reduziert werden aufgrund pandemiebedingter Verringerung der Nutzerzahl) → erheblich, aber kein Einfluss, da pandemiebedingt; rechtsaufsichtliches Einschreiten unverhältnismäßig	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GTH	Bad Tabarz	Neukalkulation der Friedhofsgebühren – erheblich • Die Maßnahme sollte ab dem Jahr 2017 kassenwirksam werden. • Im Bericht zum 30.04.2018 führte die Gemeinde aus, dass die Umsetzung der Maßnahme nicht erfolgte, da zunächst die Entwicklung der geplanten Gebietsreform abgewartet werden sollte. Die Gemeinde stand zum damaligen Zeitpunkt in intensiven Verhandlungen mit der Stadt Waltershausen. Im Anschluss solle eine Bewirtschaftung des Friedhofes durch die Stadtbetriebe Waltershausen geprüft werden. • Im Bericht zum 30.04.2019 gab die Gemeinde an, dass die Umsetzung der Maßnahme für das zweite Halbjahr 2019 geplant sei.	keine	keine	keine

		• Auf Nachfrage vom 10.12.2019 teilte die Gemeinde mit, dass auf Grund des angefallenen Arbeitsaufwandes sowie der personellen Kapazitäten eine Umsetzung der Maßnahme im Jahr 2019 nicht erfolgen konnte. Die Umsetzung sei nun für das Jahr 2020 angestrebt. • Im aktuellen Bericht führt die Gemeinde aus, dass die Neukalkulation der Friedhofsgebühren derzeit (April 2021) in Arbeit sei. Ziel sei es, bis Mitte 2021 die neuen Gebühren in Kraft zu setzen.			
GTH	Sonneborn	Vereinnahmung des Kaufpreises für den Verkauf des Grundstückes „ehemalige Ambulanz“ – <u>erheblich</u> • der vertraglich festgesetzte Fälligkeitszeitpunkt war noch nicht eingetreten • der Kaufpreis ist in 2021 eingegangen	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maß-nahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
HBN	Kl. Veßra	alle Maßnahmen wurden umgesetzt	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Elgersburg	Erhöhung der Friedhofsgebühren -Satzungsverfahren wurde ausgesetzt und befindet sich in Bearbeitung	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF	Abtsbessingen	• **Änderung der Friedhofsgebührensatzung – erheblich** Bei dieser Konsolidierungsmaßnahme erfolgte in der zukünftigen Umsetzung eine Änderung. Sobald die Neukalkulation der Friedhofsgebühren durch die Firma Allevo für die Stadt Ebeleben erfolgte, wird durch die Stadtverwaltung Ebeleben als erfüllende Gemeinde die Neukalkulation der Friedhofsgebühren für die Gemeinde Abtsbessingen erfolgen und daraufhin eine neue Friedhofsgebührensatzung erarbeitet und dem Gemeinderat Abtsbessingen zur Diskussion und Beschlussfassung übergeben.	keine	keine	keine
		• **Gemeinderat spendet Sitzungsgeld zurück in den Haushalt der Gemeinde Abtsbessingen - erheblich** Bisher erfolgte keine Umsetzung dieser Maßnahme, da es sich hier um eine freiwillige Leistung des	keine	keine	keine

		Gemeinderates handelt, kann durch die Stadtverwaltung Ebeleben als erfüllenden Gemeinde keinerlei Mahnung erfolgen. Mit Erstellung der Fortschreibung des HSK soll der Gemeinderat erneut auf die Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahme hingewiesen werden.			
		• Senkung der Betriebskosten im Jugendclub – erheblich Der Jugendclub wurde im Jahr 2019 geschlossen, da es immer wieder Probleme bei der Nutzung gab. Trotzdem sind Betriebskosten für Heizung und Wasser (Grundgebühren) angefallen, obwohl eine Nutzung als Jugendklub nicht erfolgte. Im HHJ 2021 erfolgt eine regelmäßige Kontrolle der Heizung, um sicherzustellen, dass diese abgestellt ist und keine Kosten entstehen.	keine	keine	keine
	Borxleben	-	-	-	-
	Ebeleben	• **Änderung der Friedhofsgebührensatzung – erheblich** Die Friedhofsgebührensatzung befindet sich in Überarbeitung. Hierzu wurde eine externe Firma (Allevo) hinzugezogen. Alle durch die entsprechenden Fachämter erforderlichen Unterlagen zur Kalkulation der Friedhofsgebühren wurden der Firma Allevo übersandt. Ansprechpartner zum Stand der Gebührenkalkulation und der Zusammenarbeit mit der Firma Allevo ist Frau Demmler. Sie koordiniert die zu verrichtenden Zuarbeiten	keine	keine	keine

		und hält dementsprechend den Kontakt zu der Firma Allevo. Derzeit erfolgt die Kalkulation durch die Firma Allevo. Nach Übersendung der Kalkulation wird eine neue Friedhofsgebührensatzung erarbeitet und in der nächstfolgenden Stadtratssitzung eine Entscheidung des Stadtrates zur neuen Gebührenordnung und Friedhofssatzung getroffen. Inwiefern der Stadtrat den sich aus der Kalkulation ergebenden Friedhofsgebühren zustimmt, bleibt abzuwarten.			
		• Überprüfung der Pachtverträge / Mietverträge **- Erhöhung des Pachtzinses / Miete (Gartenland, landwirtschaftliche Flächen etc.) – erheblich** Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist durch den Fachbereich Bauen und Ordnung noch nicht vollständig erfolgt. Teilweise wurden die Pachtverträge bereits überarbeitet. Es ist jedoch geplant, die bestehenden Pacht- und Mietverträge **umgehend** zu überprüfen und entsprechend der in dem Stadtratsbeschluss gefassten Mieten und Pachten anzupassen.	keine	keine	keine
	Etzleben	**HH-Stelle 6700.5100 Reduzierung der Kosten für die Unterhaltung der Straßenbeleuchtung** **- erheblich** Durch mehrere unvorhersehbaren erheblichen Schäden, mussten Reparaturen in erheblichen Umfang erfolgen. Dies wird jedoch nicht zum jährlichen Regelfall.	keine	keine	keine

	Gehofen	-	-	-	-
	Kalbsrieth	**Konsolidierungsmaßnahme laut genehmigtem Haushaltssicherungskonzept vom 28.03.2017 (Beschluss-Nr.: 0062-11/2016): Anpassung des Pachtzinses (nach Empfehlung des Gutachterausschusses)** **- entbehrlich:** Die Konsolidierungsmaßnahme wurde vor dem Hintergrund verwaltungsinterner aufbau- und ablaufstruktureller Änderungen im Rahmen der Gebietsreform in 2019 nicht umgesetzt. Die entsprechende Umsetzung der Maßnahme wurde mit Blick auf die 3. Fortschreibung des Konsolidierungskonzeptes in 2020 verschoben. Der Gemeinderat beabsichtigt im I. Quartal 2021 entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen für die Erarbeitung der 3. Fortschreibung festzulegen.	-	-	-
	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-	-	-	-
	Niederbösa	-	-	-	-
	Reinsodrf	-	-	-	-

	Wolferschwenda	• **Neugliederung der Städte Greußen, Großenehrich sowie der Gemeinde Wolferschwenda zur Landgemeinde "Stadt Greußen" zur Gründung einer neuen leistungsstarken Kommune, die aufgrund ihrer Struktur und Größe erheblich bessere Möglichkeiten in der Handlungsfähigkeit hat - erheblich** Umsetzung erfolgte zum 31.12.2020 – die daraus resultierenden Einsparungen können im Haushalt 2020 noch nicht nachgewiesen werden	-	-	-

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: Landkreis Nordhausen
Bzgl. des Landkreises Nordhausen kann festgehalten werden, dass die Rechtsaufsichtsbehörde hier keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen nach §§ 120, 121 und 122 ThürKO ergriffen hat. Zwar ist das Haushaltssicherungskonzept gemäß § 53 a Abs. 3 S. 1 ThürKO durch die jeweilige Kommune umzusetzen und der Landkreis Nordhausen hat augenscheinlich aufgrund der nicht oder nicht vollständigen Realisierung des Konsolidierungspotentials von 9 Konsolidierungsmaßnahmen gegen diese gesetzliche Maßgabe verstoßen. Jedoch sind die seitens des Landkreises für die Nichthaltung der geplanten Konsolidierungspotentiale angeführten Begründungen nachvollziehbar. Darüber hinaus wurden die nicht oder nicht vollständig realisierten Konsolidierungspotential durch Überrealisierungen der Potentiale von 9 anderen Maßnahmen vollständig kompensiert. Daher wurde von einem Ergreifen rechtsaufsichtlicher Maßnahmen abgesehen.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (ggf. ersetzt durch andere Maßnahmen?)
Maßnahme Nr. 2011-2 Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreismusikschule um 10 % – für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Gebühreneinnahme i. H. v. 380.000 € gerechnet – das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 312.047,94 € → bedingt durch **CORONA** (es kam zu erheblichen Unterrichtsausfällen) – an dieser Maßnahme wird ab dem Haushaltsjahr 2022 weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-3 Gebührenerhöhung der bestehenden Satzung der Kreisvolkshochschule um 10 % – für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Gebühreneinnahme i. H. v. 210.500 € gerechnet – das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 120.492,09 € → bedingt durch **CORONA** (es kam zu erheblichen Ausfällen von Kursen) – an dieser Maßnahme wird weiterhin nicht mehr festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-4 Einführung einer Gebührensatzung für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen

- für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Gebühreneinnahme i. H. v. 15.000 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 1.180,00 € → bedingt durch **CORONA** und Gefahrenverhütungsschauen bei kreiseigenen Schulen führen zu keinen Einnahmen
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2011-13
Verbesserung der Einnahmen – Bußgelder

- **Haushaltsstelle 01.1110.260000**
  - für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 65.000 € gerechnet
  - das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 52.755,51 € → bedingt durch **den Sollabgang auf Kassenreste** i. H. v. rund 9.600 €

- **Haushaltsstelle 01.4810.260000** - Bußgelder bei Rechtsverstößen im Bereich Unterhalt
  - für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 60.000 € gerechnet
  - das Rechnungsergebnis 2020 beträgt -33.572,65 € → bedingt durch **die Pauschale Restebereinigung** i. H. v. rund -53.500 €)
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2011-14
Anpassung der Kreisumlage

- für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 30.068.800 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 30.031.031,44 € → bedingt durch **eine Korrektur** zu den Vorjahren
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2014-30
Einnahmen aus Nebenforderungen

- für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 150.000 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 77.735,69 € → bedingt durch **CORONA** (vorübergehend erfolgte eine Aussetzung von Mahn- und Vollstreckungsmaßnahmen)
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-34
Vermarktung der Wiedigsburghalle

- die Wiedigsburghalle erfüllt gegenwärtig nicht die baulichen Voraussetzungen für eine signifikant einnahmeerhöhende Vermarktung
- seit der Beendigung des Immobilien-Leasing-Vertrages zum 31.05.2020 beabsichtigt der Landkreis Nordhausen nunmehr, erforderliche Investitionen zur Ertüchtigung der Halle vorzunehmen
- eine spürbare Verbesserung der Einnahmen aus der Vermarktung der Wiedigsburghalle ist frühestens nach dem Abschluss dieser Sanierungsarbeiten denkbar
- weiterer Einnahmeverlust bedingt durch **CORONA**
- an dieser Maßnahme wird ab dem Haushaltsjahr 2022 weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-42
Immobilienleasing

- für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Ausgabe i. H. v. 540.200 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 565.137,40 € → bedingt durch **die tatsächlich erhobene Kostenaufstellung** seitens des Leasinggebers (Verwaltungskostenbeitrag, Versicherungen, Grundsteuer)
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2016-46
Einnahmen nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz

- für das Haushaltsjahr 2020 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 350.000 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2020 beträgt 304.212,85 € → bedingt durch **den Sollabgang auf Kassenreste** i. H. v. rund 109.600 €
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2018-49
Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden

- der vertraglich vereinbarte Mindestrahmen für die Gebäudeunterhaltung war nicht ausreichend, um kurzfristig auftretende Schäden bzw. Havarien, welche sich in Folge des über viele Jahre entstandenen Unterhaltungsrückstaus häufen, zu beheben
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2018-50
Reduzierung des Eigenanteils für das Schulobstprogramm

- die Belieferung der Grund- und Förderschulen im Rahmen des Schulobstprogramms des Landes ist im Rahmen einer Ausschreibung neu vergeben worden
- zwar wurde eine Reduzierung des bisherigen Zuschussbedarfs erreicht, allerdings nicht die im Haushaltssicherungskonzept ursprünglich angestrebte vollständige Streichung des Zuschusses
- an dieser Maßnahme wird weiterhin nicht mehr festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Berichtspflicht nach Abschnitt C Nr. 5 der VV-Haushaltssicherung zum 31.12.2020
Landkreis: Unstrut-Hainich Kreis

Rücklagenbestand zum 31.12.2017: 0 € Rücklagenbestand zum 31.12.2018: 0 € Rücklagenbestand zum 31.12.2019: 0 € Rücklagenbestand zum 31.12.20: 0 €
Höhe der Mindestrücklage (§ 20 Abs. 2 Satz 2 ThürGemHV): 2017: 2.745.213,00 €; 2018: 2.895.169,00 €; 2019: 2.967.824,00 €; 2020: 3.164.887,00 €
kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2017: 18.805.656,16 €; kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2018 14.850.611,58 € kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2019: 10.136.442,56 €; kumulierter Sollfehlbetrag zum 31.12.2020 324.578,32 €

HSK / Fortschreibung beschlossen am: 09.03.2020 genehmigt am: 19.06.2020

Konsolidierungszeitraum: 2020 – 2023

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	**Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe**	**Konsolidierungs-potential 2020 gesamt (EUR)**	**Etappenziel 01.01.-30.09.2020 (EUR)**	**01.01.-31.12.2020 IST (EUR)**
1. Realisierung von Einnahmen über Gewinnausschüttungen der Sparkasse Unstrut-Hainich	Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden.	210.400,00 €		0 €
2. Realisierung von Einnahmen aus dem Verkauf der Anteile an der Hufeland-Klinikum GmbH		0 €		0 €
3. Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen		0 €		0 €
4. Senkung der sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben durch räumliche Zentralisierung der Verwaltung	teilweise Einsparungen für diese Maßnahme	0 €		225.901,08 €
5a. Wegfall der Zuschüsse durch Realisierung anvisierter Schulschließungen bzw. Übergabe der Schulträgerschaft	Die Maßnahme konnte vollumfänglich erfüllt werden.	124.300,00 €		183.124,37 €

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2020 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2020 (EUR)	01.01.-31.12.2020 IST (EUR)
5b. Änderung operativer Ausgaben, Anpassung der Sachkosten in Relation zur Schülerzahl und zur Anzahl der Schulen zum Vergleichskreis Weimaer Land		0 €		0 €
5c. Einsparung bei Ausgaben für die Schülerbeförderung entsprechend den Änderungen des Nahverkehrsplans	teilweise Einsparungen für diese Maßnahme.	0 €		107.485,86 €
6. Senkung der Ausgaben im Bereich Jugendhilfe durch Angleichung an den Durchschnitt der Vergleichskreise		0 €		0 €
7. Senkung der Ausgaben im Bereich Sozialhilfe durch Angleichung an den Durchschnitt der Vergleichskreise		0 €		0 €
8. Reserveerschließung bei den Einnahmen aus der örtlichen Gemeindeprüfung	teilweise Einsparungen für diese Maßnahme.	0 €		4.062,20 €
9. Senkung der Ausgaben für Sachverständigen-,Gerichts- und ähnliche Kosten im Rechtsreferat	teilweise Einsparungen für diese Maßnahme.	0 €		20.244,81 €
10. Erlangung von dauerhaften Ausgleichszahlungen durch das Land bezüglich Mietvertrag Brunnenstraße 97		0 €		0 €
11. Einstellung des Zuschusses durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen	Die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden.	1.271.200,00 €		1.238.158,43 €
12. Erhöhung der Einnahmen aus Benutzungsgebühren		0 €		0 €
13. Senkung des Zuschusses an die Musikschule		0 €		0 €
14. Senkung der Personalausgaben auf Basis der Aufgabenanalyse und der Stellenbemessung		0 €		0 €
15. Auflösung des Eigenbetriebes Kultur-Bildung und Heime UHK und Rückführung der Teilbereiche in die Kernverwaltung	Die Maßnahme konnte vollumfänglich erfüllt werden.	338.400,00 €		538.642,14 €

Wesentliche Konsolidierungsmaßnahmen	Maßnahmen - umgesetzt - nicht umgesetzt - Gründe	Konsolidierungs-potential 2020 gesamt (EUR)	Etappenziel 01.01.-30.09.2020 (EUR)	01.01.-31.12.2020 IST (EUR)
16. SOREX-Berufsschulzentrum Unstrut-Hainich-Kreis, Ablauf der Leasingvereinbarung, Auszahlung Mieterdarlehen		0 €		0 €
17. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für Räumlichkeiten (hier speziell die Simulationsstrecke zur Ausbildung im Rettungsdienst)	Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden.	4.000,00 €		0 €
18. Zinskostenersparnis im Bereich der Darlehensfinanzierungen und im Kassenkredit	Die Maßnahme konnte vollumfänglich erfüllt werden.	170.000,00 €		664.835,03 €
19. Zinskostenersparnis durch die Rückzahlung der vom AWB bewirtschafteten Mittel	Die Maßnahme konnte umgesetzt werden.	17.000,00 €		17.070,78 €
20. Entschuldung durch den Freistaat Thüringen – gem. Entwurf des „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte in Thüringen und Änderung anderer Gesetze; Abschnitt 5, Sonderzuweisungen, § 28 Schuldentilgung		0 €		0 €
21. Erzielung von Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen, Veräußerung Gebäude Lindenbühl 28/29		0 €		0 €
22. Einsparungen im ÖPNV durch veränderte Verkehrsleistungsverträge		0 €		0 €
23. SOREX – Berufsschulzentrum Unstrut-Hainich-Kreis, Ablauf Leasingvereinbarung	Die Maßnahme konnte erfüllt werden.	1.599.500,00 €		1.598.186,28 €
24. Zahlung von Zuwendungen aus der Hufeland Klinikum GmbH Gemäß § 58 Nr. 2 AO zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke		0 €		0 €
25. Senkung der Personalkosten durch Nichtbesetzung von Stellen in der Verwaltung des UHK nach Renteneintritt der Stelleninhaber	Die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden.	492.800,00 €		384.796,88 €

26. Auflösung des Fachdienstes Bürgerservice	Die Maßnahme konnte erfüllt werden.	275.000,00 €		274.285,83 €
27. Schließung der Einrichtung „Schullandheim Waldschlösschen" zum 31.12.2019	Die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden.	208.000,00 €		138.548,48 €
28. Senkung der Personalkosten durch Stellenstreichungen	Die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden.	1.014.500,00 €		207.458,11 €
29. Einsparungen bei Mietausgaben für Sporthallennutzungen	Die Maßnahme konnte nicht erfüllt werden.	504.100,00 €		0 €
30. Kostenersparnis nach Vertragskündigung für die Lohnrechnung		0 €		0 €
31. Zentralisierung des Ordnungsbereichs		0 €		0 €
32. Veränderung der Verträge zur Verpachtung von Altlastenverdachtsflächen		0 €		0 €
33. Bootscamp Mirow, Verkauf		0 €		0 €
34. Spezialisierung im Bereich UVG		0 €		0 €
35. Sportfördergesetz, Zahlung aus dem Budget des TMBJS	Die Maßnahme konnte erfüllt werden.	71.900,00 €		71.880,41 €
Gesamt:		**6.301.100,00 €**		**5.265.655,24 €**

Kurze verbale Einschätzung zur Umsetzung des HSK / Anmerkungen:
Das vom Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises am 22.10.2014 beschlossene Haushaltssicherungskonzept vom 20.12.2013 (Beschluss Nr.: 328-29/13) in der Fassung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vom 22.10.2014 (Beschluss Nr.: 45-06/14) wurde am 30.10.2014 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt. Die Fortschreibung im Jahr 2015 wurde am 11.05.2015 (Beschluss Nr.: 75-09/15) vom Kreistag beschlossen und am 17.08.2015 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt. Eine weitere Fortschreibung wurde am 02.05.2016 (Beschluss Nr.: 145-19/16) vom Kreistag beschlossen und am 20.06.2016 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt. Im Jahr 2017 erfolgte eine weitere Fortschreibung. Diese wurde am 20.09.2017 (Beschluss Nr.: 293-32/17) vom Kreistag beschlossen und am 31.01.2018 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt. Die 5. Fortschreibung wurde am 26.02.2018 (Beschluss Nr.: 330-36/18) vom Kreistag beschlossen und am 04.07.2018 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt. Die 6. Fortschreibung wurde am 08.02.2019 (Beschluss Nr.: KT/465-46/19) vom Kreistag beschlossen, jedoch vom Thüringer Landesverwaltungsamt nicht genehmigt. Am 11.04.2019 (Beschluss Nr.: KT/493-49/19) wurde die Fortschreibung Nr. 6a vom Kreistag beschlossen und mit Bescheid vom 04.07.2019 vom Landesverwaltungsamt genehmigt. Im Jahr 2020 erfolgte eine weitere Fortschreibung. Diese 7. Fortschreibung wurde am 09.03.2020 (Beschluss Nr.: 069-04/20) vom Kreistag beschlossen und am 19.06.2020 vom Landesverwaltungsamt genehmigt. Die Maßnahmen für 2020 konnten nicht in vollem Umfang umgesetzt werden. Höhere Einsparungen erfolgten jedoch im Bereich der Maßnahme 5a durch die Eingliederung der Beruflichen Schule für Gesundheit und Soziales vom Standort Brückenstraße in die Beruflichen Schulen. Dadurch konnte auf 2 Schulgebäude verzichtet werden. Aufgrund der stetig ansteigenden Kosten im Bereich der Jugendhilfe und enormen Veränderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes mit Wirkung ab 01.07.2017, ist eine Einsparung im Bereich der Maßnahme 6, welche als Basisgrundlage die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsjahres 2012 beinhaltet, nicht mehr möglich. Aus diesem Grund ist eine Überarbeitung der Maßnahme 6 erfolgt, in der keine möglichen Konsolidierungseffekte enthalten sind. Im Bereich der Maßnahme 15 konnten höhere Konsolidierungseffekte erzielt werden. In der Maßnahme 18 führten weitere Zinskostenersparnisse bei Kreditinstituten zu höheren Einsparungen. Die in 2018 neu aufgenommene Maßnahme 23 konnte umgesetzt werden, da die Leasingvereinbarung zum 30.06.2018, aufgrund der Übernahme des Berufsschulzentrums in das Eigentum des Landkreises, ausgelaufen ist. Die Maßnahme 25 beinhaltet Minderausgaben bei Nichtbesetzung von Stellen nach Renteneintritt des Stelleninhabers. In der Ausgangsbetrachtung wurden 21 Stellen von Rentenabgänger mit den ermittelten zeitanteiligen Personalkosten nach Renteneintritt in Ansatz gebracht. Der Ansatz ist folglich fiktiv immer auf Grundlage einer durchgängigen Stellenbesetzung gewesen. Aufgrund der Auflage, die Personalkostenermittlung passgenauer zu erstellen, sind u.a. auch die Renteneintritte berücksichtigt worden, d.h. die Personalkostenermittlung für 2020 weist den Soll-Wert für diese Stelle bereits in Monatsscheiben aus. Folglich stellt sich in der jetzigen Übersicht der Effekt geringer dar, da von der bereits stellenscharfen Personalkostenhochrechnung ausgegangen war. Zudem konnten im IST-Stand nicht alle 21 Stellen der Rentenabgänge unbesetzt sein, sondern es bedurfte zum Teil Nachbesetzungen. Diese erfolgten weitestgehend durch hausinterne Umsetzungen. Findet keine Nachbesetzung der nachgelagerten Stelle statt und nachfolgend ein Stellenwegfall, wird ein finanzieller Effekt sichtbar. Diese Komplexität und zum Teil zeitliche Verlagerung bringt ein Delta zwischen der Maßnahmebeschreibung und der IST-Abrechnung.

Maßnahme 26:Der Bürgerservice wurde aufgelöst. Zu berücksichtigen ist, dass das Leistungsangebot des Bürgerservice nicht vollumfänglich wegfiel. Aufgaben wie Telefonzentrale, Kita Beiträge, Blindengeld, Bafög müssen weiterhin erledigt werden. Stellen wurden entsprechend in themennahen Fachdiensten umverlagert, damit entsteht kein Effekt für den Nachweis im HSK.
Aufgrund der Auflage, die Personalkostenermittlung passgenauer zu erstellen, wurde auch in der Hochrechnung die Streichung von 3 Stellen berücksichtigt worden, d.h. die Personalkostenermittlung für 2020 weist den Soll-Wert für diese Stelle nicht mehr aus, da diese nicht mehr vorgehalten worden. Die Betrachtung der Einsparung muss auf Grundlage 2019 stattfinden. Maßnahme 28: Die Senkung der Personalkosten durch Stellenstreichung ist auf der Betrachtung des Haushaltsjahres 2019 bezogen. Jeder der in Ansatz gebrachten 21,375 VBE wurde mit Personalkosten hinterlegt, um das Konsolidierungspotenzial zu ermitteln. Die Stellenstreichung beinhaltete auch 4 Stellen mit Schließung des Schullandheimes, diese doppeln sich mit anderen Maßnahmeblättern. Die jetzige Abrechnung kann in dieser Form nicht abbilden, dass in angegebenen Ausmaß ein HSK-Effekt erreicht wurde. Erläuterung: Unbesetzte Stellen 2019 (n.b.), die demzufolge auch keine Kosten ausweisen, können in dieser Gegenüberstellung IST-Kosten 2019 zu 2020 keine Einsparung mit sich bringen. Eine Stellenstreichung erfolgte dennoch. Bei 6 Stellen konnte in dieser Darstellungsform eine tatsächliche Einsparung HSK i.H. von 207.458 € erwirkt werden.
Die in Maßnahme 29 geplanten Kosteneinsparungen für Mietausgaben für Sporthallennutzungen erfolgten im Jahr 2020 nicht, da die geplante Änderung des Sportfördergesetzes hinsichtlich der Mietfreiheit nicht in Kraft getreten ist. Die Maßnahme 35 konnte in vollem Umfang erfüllt und umgesetzt werden.

Könnte eine strukturelle Veränderung zu einer Verbesserung der haushaltswirtschaftlichen Situation der Konsolidierungsgemeinde führen? Bitte mögliche Neugliederungen und die damit zusammenhängenden Konsolidierungseffekte abstrakt darstellen.

In welcher Weise wurden Maßnahmen in das HSK aufgenommen, soweit die Überörtliche Kommunalprüfung oder die örtliche Rechnungsprüfung in ihren Prüfungsberichten Feststellungen getroffen oder Empfehlungen ausgesprochen haben?
In den vergangenen Jahren wurde seitens der örtlichen Rechnungsprüfung jährlich allgemein darauf hingewiesen, dass der Landkreis eine Ausgabensenkung anstreben soll und gleichzeitig auch die Einnahmebeschaffung fokussieren soll. Diese Empfehlungen wurden bei der kontinuierlichen Fortschreibung des HSK sowie der Realisierung der einzelnen Maßnahmen berücksichtigt. Die empfohlenen Ausgabeeinsparungen sind unter anderem in der Maßnahme 11 zu finden (Einsparungen durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen).

Wie wird das Kreditausfallrisiko oder das Zinsrisiko eingeschätzt (soweit hierzu Angaben im HSK vorhanden sind)?
Hierzu sind im HSK keine Angaben vorhanden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Landkreis: Unstrut-Hainich-Kreis

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) **Kennzeichnung: - entbehrlich,** **- erheblich**
M1 – nicht unwesentlich – der Verwaltungsrat der SPK UH hatte zur Zahlung keinen Beschluss gefasst. Es sollen rechtliche Bedenken ausgeräumt werden.
M11 – erheblich –zum Großteil (1.238,2 T€ von geplant 1.271,2 T€) jedoch umgesetzt, Einstellung des Zuschusses durch Komplettverzicht auf den Betrieb von Auszubildendenwohnheimen
M17 – entbehrlich/ nicht wesentlich - Änderung der Benutzungs-und Entgeltordnung für Räumlichkeiten (hier speziell die Simulationsstrecke zur Ausbildung im Rettungsdienst)
M25 – erheblich – die Maßnahme konnte nicht vollumfänglich erfüllt werden, Soll 482,8 T€, erreicht 384,8 T€, als Anlage beigefügt die entsprechende Stellungnahme aus dem FD Personal dazu
M27 – nicht unwesentlich – die Basis dieser Maßnahme hat Zahlen aus dem Planansatz 2019, Soll 208 T€, Abrechnung der Maßnahme mit 138,5 T€, die Zahlen liegen nun konkret vor, so dass für das HSK in seiner nächsten Fortschreibung eine Korrektur des Konsolidierungspotentials erfolgen wird auf neu 146,3 T€
M28 – erheblich – die Maßnahme konnte lediglich teilweise umgesetzt werden, Soll 1.014,5 T€, erreicht 207,5 T€, als Anlage beigefügt die entsprechende Stellungnahme aus dem FD Personal
M29 – erheblich – Auf Grund der erfolgten Gesetzesänderung können die Konsolidierungseffekte für den geplanten Zeitraum 2020 bis 2023 nicht realisiert werden

Anlage

Textliche Erläuterung HSK 2020

- Maßnahme 25

Die Maßnahme beinhaltet Minderausgaben bei Nichtbesetzung von Stellen nach Renteneintritt des Stelleninhabers. In der Ausgangsbetrachtung wurden 21 Stellen von Rentenabgänger mit den ermittelten zeitanteiligen Personalkosten nach Renteneintritt in Ansatz gebracht. Der Ansatz ist folglich fiktiv immer auf Grundlage einer durchgängigen Stellenbesetzung gewesen.
Aufgrund der Auflage, die Personalkostenermittlung passgenauer zu erstellen, sind u.a. auch die Renteneintritte berücksichtigt worden, d.h. die Personalkostenermittlung für 2020 weist den Soll-Wert für diese Stelle bereits in Monatsscheiben aus. Folglich stellt sich in der jetzigen Übersicht der Effekt geringer dar, da von der bereits stellenscharfen Personalkostenhochrechnung ausgegangen war.

Zudem konnten im IST-Stand nicht alle 21 Stellen der Rentenabgänge unbesetzt sein, sondern es bedurfte zum Teil Nachbesetzungen. Diese erfolgten weitestgehend durch hausinterne Umsetzungen. Findet keine Nachbesetzung der nachgelagerten Stelle statt und nachfolgend ein Stellenwegfall, wird ein finanzieller Effekt sichtbar. Diese Komplexität und zum Teil zeitliche Verlagerung bringt ein Delta zwischen der Maßnahmebeschreibung und der IST-Abrechnung.

Eine detaillierte Übersicht auf Basis des Ansatz Personalkosten IST – SOLL als Effekt HSK ist der Anlage HSK 2020 25) zu entnehmen.

- Maßnahme 26

Der Bürgerservice wurde aufgelöst. Zu berücksichtigen ist, dass das Leistungsangebot des Bürgerservice nicht vollumfänglich wegfiel. Aufgaben wie Telefonzentrale, Kita Beiträge, Blindengeld, Bafög müssen weiterhin erledigt werden. Stellen wurden entsprechend in themennahen Fachdiensten umverlagert, damit entsteht kein Effekt für den Nachweis im HSK.
Aufgrund der Auflage, die Personalkostenermittlung passgenauer zu erstellen, wurde auch in der Hochrechnung die Streichung von 3 Stellen berücksichtigt worden, d.h. die Personalkostenermittlung für 2020 weist den Soll-Wert für diese Stelle nicht mehr aus, da diese nicht mehr vorgehalten worden. Die Betrachtung der Einsparung muss auf Grundlage 2019 stattfinden.

Eine detaillierte Übersicht auf Basis des Ansatz Personalkosten IST – SOLL als Effekt HSK ist der Anlage HSK 2020 26) zu entnehmen.

- Maßnahme 28

Die Senkung der Personalkosten durch Stellenstreichung ist auf der Betrachtung des Haushaltsjahres 2019 bezogen. Jeder der in Ansatz gebrachten 21,375 VBE wurde mit Personalkosten hinterlegt, um das Konsolidierungspotenzial zu ermitteln. Die Stellenstreichung beinhaltete auch 4 Stellen mit Schließung des Schullandheimes, diese doppeln sich mit anderen Maßnahmeblättern.

Die jetzige Abrechnung kann in dieser Form nicht abbilden, dass in angegebenen Ausmaß ein HSK-Effekt erreicht wurde.

Erläuterung: Unbesetzte Stellen 2019 (n.b.), die demzufolge auch keine Kosten ausweisen, können in dieser Gegenüberstellung IST-Kosten 2019 zu 2020 keine Einsparung mit sich bringen.
Eine Stellenstreichung erfolgte dennoch.

Bei 6 Stellen konnte in dieser Darstellungsform eine tatsächliche Einsparung HSK i.H. von 207.458 € erwirkt werden.

Eine detaillierte Übersicht auf Basis des Ansatz Personalkosten IST – SOLL als Effekt HSK ist der Anlage HSK 2020 28) zu entnehmen.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 2 Reduzierung Seitenzahl im Amtsblatt** Durch die Anzahl der öffentlichen Bekanntmachungen zu Beschlüssen und aktualisierten Satzungen haben sich die Seitenzahlen im Amtsblatt erhöht, wodurch wurde die geplante Einsparung nicht realisiert werden konnte. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.900 €, Ist: 511,33 €) - Keine Beanstandung (Anzahl erforderlicher öffentlicher Bekanntmachungen kann nicht reduziert werden)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 5 Montage einer Photovoltaikanlage (Kita Werther, Abenteuerland), dadurch Einsparung von Energiekosten** Auf Grund von gestiegenen Energiekosten und Zusatzanschaffungen von elektrischen Geräten zur Verbesserung der pädagogischen Betreuung lässt sich eine genaue Einsparung in EUR nicht darstellen. Ohne die Photovoltaikanlage wären die Stromkosten jedoch noch höher angefallen. Indirekt wurde trotzdem gespart. - Abweichung erheblich (Ziel: 456,44 €, Ist: 0 €) - Keine Beanstandung (Ausstattung von Kita's ist in der Kindertagesstätteneinrichtungsverordnung vorgeschrieben) - Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 2.349,55 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Zusammenlegung Bauhöfe Großwechsungen/ Werther)	keine	keine	keine

NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 7 Montage einer Photovoltaikanlage (Kita Großwechsungen, Abenteuerland), dadurch Einsparung von Energiekosten** Auch hier lässt sich auf Grund von gestiegenen Energiekosten und Zusatzanschaffungen von elektrischen Geräten zur Verbesserung der pädagogischen Betreuung eine genaue Einsparung in EUR nicht darstellen. Ohne die Photovoltaikanlage wären die Stromkosten jedoch noch höher angefallen. Indirekt wurde trotzdem gespart. - Abweichung erheblich (Ziel: 281,74 €, Ist: 0 €) - Keine Beanstandung (Ausstattung von Kita's ist in der Kindertagesstätteneinrichtungsverordnung vorgeschrieben) - Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 2.349,55 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Zusammenlegung Bauhöfe Großwechsungen/ Werther)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 8 Montage einer Photovoltaikanlage (Energieeinsparung Verwaltung Werther** Die Stromerzeugung der Photovoltaikanlage ist nicht immer konstant. Die geplante Einsparung wurde geschätzt. Tatsächlich gibt es jedoch von Jahr zu Jahr Abweichungen. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.500 €, Ist: 825,16 €) - Keine Beanstandung (Die Stromerzeugung unterliegt witterungsbedingt Schwankungen, die die Gemeinde nicht beeinflussen kann) - Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 2.349,55 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 28 (Zusammenlegung Bauhöfe Großwechsungen/ Werther)	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 13 Erhöhung Bestattungsgebühren** Die Anzahl der Erdbestattungen und Nutzung der Trauerhallen war rückläufig, daher wurde die Einnahmeerhöhung in 2020 nicht in vollem Umfang erreicht. Ab 2021 gilt eine neue Satzung, wodurch die Einnahmen wieder steigen werden. - Abweichung erheblich (Ziel: 12.900 €, Ist: 3.073,60 €) - Keine Beanstandung (Eine neue Friedhofsgebührensatzung ist bereits in Kraft getreten) - Ausgleich durch zusätzliche Einsparungen von 17.932,59 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 23 (Erhöhung Grundsteuer A)	keine	keine	keine

NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 19 Erhöhung Hundesteuer** Die geplante Erhöhung der Einnahme der Hundesteuer konnte nicht vollständig erzielt werden. Als Grund konnte eine im Vergleich zum Vorjahr nochmals gestiegene Anzahl an Abmeldungen identifiziert werden - Abweichung erheblich (Ziel: 3.800 €, Ist: 3.062,26 €) - Keine Beanstandung (Auf die Anzahl von gehaltenen Hunden hat die Gemeinde keinen Einfluss.) - Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 33.730,94 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 25 Erhöhung Gewerbesteuer** Auf Grund der Corona- Pandemie und damit einhergehenden verheerenden Einschnitten bei den Gewerbebetrieben konnten hier keine Einnahmeerhöhungen verzeichnet werden. - Abweichung erheblich (Ziel: 29.900 €, Ist: 0 €) - Keine Beanstandung (Auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gewerbebetriebe hat die Gemeinde keinen Einfluss.) - Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 33.730,94 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 11 Energieeinsparung Straßenbeleuchtung OT Pützlingen** Einsparungsvergleiche gegenüber 2016 sind nicht mehr möglich. Die Schaltzeiten der Beleuchtung wurden geändert (seit 2018 leuchten in Folge eines Verkehrsunfalls mit Todesfolge in allen Ortsteilen an den Wochenenden die Beleuchtungen nachts durch) und die gestiegenen Energiekosten verzerren hier das Ergebnis. Es bleibt nur festzuhalten, dass die aktuell aufzuwendenden Kosten ohne die Maßnahme noch höher wären. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.260,00 €, Ist: 0 €) - Keine Beanstandung (Eine mögliche Einsparung lässt sich nicht mehr darstellen. Zudem sind die Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde eingeschränkt, weil die Betriebszeiten auf die Gefahrenabwehr ausgerichtet sind.) - Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 33.730,94 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine

NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 22 Energieeinsparung Straßenbeleuchtung OT Haferungen** Einsparungsvergleiche gegenüber 2016 sind nicht mehr möglich. Die Schaltzeiten der Beleuchtung wurden geändert (seit 2018 leuchten in Folge eines Verkehrsunfalls mit Todesfolge in allen Ortsteilen an den Wochenenden die Beleuchtungen nachts durch) und die gestiegenen Energiekosten verzerren hier das Ergebnis. Es bleibt nur festzuhalten, dass die aktuell aufzuwendenden Kosten ohne die Maßnahme noch höher wären. - Abweichung erheblich (Ziel: 1.260,00 €, Ist: 0 €) - Keine Beanstandung (Eine mögliche Einsparung lässt sich nicht mehr darstellen. Zudem sind die Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde eingeschränkt, weil die Betriebszeiten auf die Gefahrenabwehr ausgerichtet sind.) - Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 33.730,94 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine
NDH	Gemeinde Werther	**Lfd. Nr. 16 Einnahme für Stellplätze Altkleidercontainer** Das Konsolidierungsziel laut Plan in Höhe von 850,00 € wurde nicht erreicht. Veolia hat in 2020 leider die Stellplätze gekündigt. Diese werden ab 2021 erst wieder neu verpachtet. Durch den geschlossenen Vertrag wird das Ziel zukünftig wieder erreicht. - Abweichung erheblich (Ziel: 850,00 €, Ist: 325,00 €) - Keine Beanstandung (Berücksichtigung des Konsolidierungszieles bei Neuverpachtung) - Ausgleich durch zusätzliche Einnahmen von 33.730,94 € bei der Maßnahme Lfd. Nr. 4 Erhöhung Elternbeiträge Kitas	keine	keine	keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK	Weißenborn	Verkauf KET-Aktien wurde vom GR abgelehnt (erheblich) ➔ keine Maßnahmen ergriffen, da sich die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert hat, u.a. durch Aufnahme von Ersatz-Konsolidierungsmaßnahmen und die Konsolidierung nicht gefährdet ist	keine	keine	keine
SHK	Albersdorf	-Überprüfung Nutzungsgebühr Kegelbahn und Gemeindezentrum (erheblich) ➔ Prüfung durch Gemeinderat coronabedingt auf 2021 verschoben	keine	keine	keine

		➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021 - Verkauf KET-Aktien wurde durch GR abgelehnt (erheblich) ➔ Prüfung im Rahmen der Fortschreibung 2021 ➔ Nach Aussage der Gemeindeverwaltung hat sich die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert, die Konsolidierung ist nicht gefährdet			
SHK	Hainichen	Erhöhung Feuerwehrgebühren (entbehrlich, hier ist nur mit geringen Einnahmen zu rechnen) ➔ Abstimmung mit dem ThürLVwA (Ablehnung Erlassantrag Rückzahlung Bedarfszuweisungen durch ThürLVwA u.a. wegen Nichtumsetzung von Maßnahmen) ➔ Umsetzung ist für 2021 angedacht, Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021			
		Erhöhung Friedhofsgebühren (entbehrlich, hier ist nur mit geringen Einnahmen zu rechnen) ➔ Abstimmung mit dem ThürLVwA (Ablehnung Erlassantrag Rückzahlung Bedarfszuweisungen durch ThürLVwA u.a. wegen Nichtumsetzung von Maßnahmen) ➔ Umsetzung ist für 2021 angedacht, Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021			

SHK	Lehesten	Überprüfung und Erhöhung der monatlichen Kita-Gebühren (erheblich) ➔ neue Satzung soll zum 01.07.2021 in Kraft treten	keine	keine	keine
SHK	Bremsnitz	Die Maßnahme Erstellung Friedhofskalkulation mit einem geplanten Einsparungspotenzial von 100 € konnte nach Aussage der Gemeindeverwaltung aufgrund der personellen Unterbesetzung in der VG Hügelland/Täler nicht umgesetzt werden. (erheblich) ➔ keine Maßnahmen ergriffen, da sich die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert hat und die Konsolidierung nicht gefährdet ist ➔ Hinweis mit Schreiben vom 14.04.2021 zur Fortschreibung 2022 sowie in 2022 notwendigen Bedarfszuweisungen, dass die Gewährung einer Bedarfszuweisung ausscheidet, wenn die Gemeinde ihren Konsolidierungsverpflichtungen nicht vollumfänglich nachkommt	keine	keine	keine
SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf	Die Anpassung der Gewerbesteuerhebesätze von 383 v. H. auf 395 v.H. wurde nicht umgesetzt. Es wurde nach Aussage der Gemeindeverwaltung vergessen eine Hebesatzsatzung vorzunehmen. Der HH wurde erst im August beschlossen. (erheblich) Die Maßnahme Erstellung Friedhofskalkulation mit einem geplanten Einsparungspotenzial von 100 € konnte nach Aussage der Gemeindeverwaltung	keine	keine	keine

		aufgrund der personellen Unterbesetzung in der VG Hügelland/Täler nicht umgesetzt werden. (erheblich) ➔ keine Maßnahmen ergriffen, da sich die finanzielle Situation der Gemeinde verbessert hat und die Konsolidierung nicht gefährdet ist ➔ mit Haushaltssatzung 2021 umgesetzt			
SHK	Gemeinde Rauda	Erlass neuer Gebührenordnung zur Friedhofssatzung (erheblich) ➔ Die Gebührenkalkulation wird derzeit entsprechend der Vorprüfung überarbeitet ➔ Beschluss wird schnellstmöglich nachgeholt Reduzierung Bewirtschaftungskosten für Sportplatz und Gebäude durch Verpachtung an Verein (erheblich) ➔ Dorfverein befindet sich derzeit noch in der Gründungsphase, Übergabe soll noch in 2021 erfolgen	keine	keine	keine
SHK	Walpernhain	Verpachtung Streuobstwiese (erheblich) ➔ Die Gemeinde hat einen Antrag auf Fördermittel beim NABU gestellt. Derzeit wird auf Rückantwort gewartet.	keine	keine	keine
SHK	St. Gangloff	Änderung der Buchungssystematik, Bildung von Sonderrücklagen in kostenrechnenden Einrichtungen Trinkwasser/Abwasser zur Refinanzierung von Investitionen – wurde durch das LRA/ThürLVwA nicht			

		„genehmigt“, es dürfen keine Sonderrücklagen gebildet werden ➔ <u>entbehrlich</u> (nicht umsetzbar)			
SHK	Stadtroda	Standesamt: Prüfung der Abrechnung der Standesamtsumlage unter Einbezug sämtlicher relevanter Kostenfaktoren <u>= erheblich</u> - Abrechnung wird im Folgejahr erst vorgenommen hier zeitliche Verzögerungen ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021	keine	keine	keine
		Einwohnermeldeamt: Zusammenlegung mit dem EMA der VG Hügelland-Täler <u>= erheblich</u> - Zusammenlegung Verwaltung nicht nur von Stadtroda abhängig, laufende und andauernde Gespräche mit den Bürgermeistern der VG Hügelland-Täler ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021	keine	keine	keine
		Kindereinrichtungen: Überprüfung der Elterngebühren <u>= erheblich</u> - Unterschiedliche Betreiberverträge der verschiedenen Kindereinrichtungen, Gegenüberstellung der jeweiligen Regelungen und Auswirkungen der Elternbeiträge dauert an, in Corona-Zeiten keine Anpassung von Elterngebühren priorisiert	keine	keine	keine

		➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021			
		Freibad: Prüfung Betreibervertrag und evtl. Neugestaltung mit Änderung der Verlustbeteiligung der Stadt, Kostensenkungen und Erhöhung der Eintrittspreise <u>= erheblich</u> - Änderung Geschäftsbesorgung und Betriebssatzung Bauhof in 2021 vorgesehen bzw. bereits umgesetzt ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021	keine	keine	keine
		2 neue Parkautomaten: Minderung Bargeld = Minimierung des Erfassens durch die Kasse der Stadt sowie Kosteneinsparungen bei der Bargeldabgabe bei der Bank <u>= erheblich</u> - Umsetzung mangels Haushalt 2020 bis 12/2020 nicht erfolgt, wiederholte Berücksichtigung im Haushalt 2021 erfolgt ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021	keine	keine	keine
		Dorfgemeinschaftshäuser: Prüfung der Änderung der Betreibung der DGH´s durch eine private oder juristische Person (etwa ortsansässiger Verein) <u>= erheblich</u> - Unverändert kein Interesse einer anderen Person oder Vereinigung an der Übernahme des Gebäudes	keine	keine	keine

		➔ nicht von Stadt zu vertreten ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2021			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
073	Gräfenthal Lehesten Probstzella	- Überarbeitung von Satzungen Im Genehmigungsbescheid zum Haushaltssicherungskonzept wurden Auflagen mit Berichterstattungspflichten aufgenommen.	Keine	Keine	Keine
	Bad Blankenburg Cursdorf Katzhütte Uhlstädt-Kirchhasel Drognitz Leutenberg	Fehlmeldung			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	Birx	Das HSK ist als nicht ausreichend anzusehen; die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde mit Bescheid vom 08.07.2020 versagt. Die Gemeinde Birx wurde erneut aufgefordert zu prüfen, inwieweit zusätzliches Einsparpotential möglich ist.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaßnahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	Brotterode-Trusetal	**Einführung digitaler Sitzungsdienst: entbehrlich**, da zunächst mit beträchtlichen Ausgaben verbunden, Kosteneinsparung, wenn überhaupt nur marginal, hoher Einführungsaufwand, da nicht alle Stadträte technikaffin sind			
		Veräußerung kommunalen Vermögens: entbehrlich, da Gegenmaßnahmen erfolgt sind: Veräußerung Kommunalwald (Erlös: 1,5 Mio. €, Mehrerlös von ca. 500 T€), nicht benötigtes Grundvermögen steht weiterhin in der Vermarktung, kaum bis kein Käuferinteresse			
		Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Bauhof: erheblich, **rechtsaufsichtliche Maßnahme wurde nicht ergriffen, Begründung:** der Wegfall der Stelle soll laut Stellenplan 2020 nunmehr zum 31.12.2021 erfolgen (früherer Wegfall würde den Planungen für eine Aufwertung unserer touristischen Infrastruktur als zweites wirtschaftliches			

		Standbein zuwider laufen); die Umsetzung dieser Maßnahme wird unsererseits im Rahmen der weiteren Fortschreibung des HSK verfolgt			
		Kündigung Mitgliedschaft Geopark: entbehrlich, da im Gegenzug Fördermittel für überregionale Projekte über den Geopark bereitgestellt werden, notwendiger Partner zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Ladkreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO

066 SM	16066047 Oberhof	*Umstrukturierung von Pflichtaufgaben im Bereich des Unterhalts kommunaler Straßen und Wege* Die Maßnahme wird weiter zurückgestellt, da die Stadt Oberhof die prognostizierten positiven Effekte für den städtischen Haushalt in 2019 und 2020 auch ohne zusätzliches Personal realisieren konnte. So wurden beginnend ab November 2018 zusätzliche Einnahmen im Bereich Winterdienst durch die Übernahme des Räum- und Streudienstes an der Skihalle erzielt. Hierdurch können ca. 35.000 EUR zusätzliche Einnahmen generiert werden. Auch werden nach dem Ankauf von Arbeitsgeräten und Maschinen, kleinere Straßenunterhaltungsmaßnahmen selbst ausgeführt. Eine Neubewertung der Maßnahme erfolgt jährlich im Rahmen der Fortschreibung des HSK.			
066 SM	16066047 Oberhof	*Reduzierung Dienstleistung Dritter im Winterdienst durch eigenes Personal der Bauhofmitarbeiter* Die Maßnahme wurde teilweise umgesetzt. Durch den starken Wintereinbruch im Vergleich vergangener Jahre, waren die Sparmaßnahmen nicht im vollen Umfang möglich.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	Oberweid	**Beschäftigter Bauhof: entbehrlich**; Thematik **kommunale Zusammenarbeit mit Stadt Kaltennordheim (OT Unterweid)** - zu dieser Maßnahme gibt es derzeit keine neuen Erkenntnisse, siehe Berichterstattung zum Rechnungsjahr 2019; die Gemeinde Oberweid hat aber die Stelle im Aufgabenbereich Bauhof ab dem Jahr 2020 von 1,0 Vollzeit auf 0,75 Vollzeit reduziert			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	Roßdorf	**Anpassung Friedhofsgebühren** – **entbehrlich** Friedhofsgebührensatzung noch in Bearbeitung; tritt voraussichtlich 2021 in Kraft; zu erwartende Mehreinnahmen ca. 500 € unerheblich; die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Roßdorf wurde bereits im Ergebnis des Jahres 2020 wieder erreicht			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
0 66 SM	Sülzfeld	Das HSK der Gemeinde Sülzfeld wurde erst am 02.11.2020 durch den Gemeinderat beschlossen. Grundsätzlich sollen die darin beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen erst im Laufe des Jahres 2021 umgesetzt. Dennoch ist das HSK als nicht ausreichend anzusehen; die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde mit Bescheid vom 17.05.2021 versagt. Die Gemeinde Sülzfeld wurde erneut aufgefordert zu prüfen, inwieweit zusätzliches Einsparpotential möglich ist.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	Bad Lobenstein	Erheblich „Streichung Reserve für mögliche Havarien Ardesia-Therme zum ß1.01.2020 ➔ Erheblicher Reparaturbedarf	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung
	Gefell	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung
	Hirschberg	Für November 2020 war eine Bürgerbefragung zur Erfüllung der Stadt Hirschberg durch Bad Lobenstein oder Tanna geplant. Diese wurde aufgrund der Corona-Pandemie erst im April 2021 durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die Stadt Tanna die Erfüllung übernehmen soll.	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung
	Oppurg	Alle Maßnahmen umgesetzt	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung

	Ranis	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung
	Solkwitz	Alle Maßnahmen umgesetzt	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung
	Tanna	Erheblich Einnahmen aus Nutzung der Sportanlagen durch den Schulsport generieren: Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Die Verhandlungen mit dem Landkreis Saale-Orla laufen nach wie vor. Wann mit dem Abschluss der Nutzungsvereinbarung zu rechnen ist, lässt sich gemäß den Erfahrungen der Vergangenheit nicht absehen. Aktuell wurde eine Prüfung der Kalkulation der Stadt Tanna vorgenommen. Das Ergebnis dieser Prüfung ist der Stadt Tanna bislang nicht bekannt. Widerspruch gegen den Kreisumlagebescheid des Jahres 2017 einlegen Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist bereits erfolgt. Die Stadt Tanna hat fristgemäß beim Landkreis Widerspruch eingelegt und hat eine Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt sie im Widerspruchsverfahren zu vertreten. Dem Widerspruch der wurde nicht stattgegeben, so dass die Stadt Tanna Klage eingereicht hat. Wann mit einem Abschluss des Verfahrens zu rechnen ist, ist derzeit nicht absehbar. Widerspruch gegen den Kreisumlagebescheid des Jahres 2018 einlegen Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist bereits erfolgt. Die Stadt Tanna hat fristgemäß beim Landkreis Widerspruch eingelegt und hat eine Rechtsanwaltskanzlei damit beauftragt sie im Widerspruchsverfahren zu vertreten. Das Verfahren hierzu läuft. Wann mit einem Abschluss des Verfahrens zu rechnen ist, ist derzeit nicht absehbar.	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung

		Aufhebung der Rückzahlungsverpflichtung für die Bedarfszuweisung 2017 Die Bedarfszuweisung in Höhe von 260.135 €, welche die Stadt Tanna im Jahr 2017 erhalten hat, war mit einer Rückzahlungsverpflichtung versehen Eine Aufhebung dieser Verpflichtung würde den Haushalt der Stadt Tanna deutlich entlasten. Das Verfahren hierzu läuft. Entschuldung der Stadt Tanna Diese Maßnahme wurde noch nicht begonnen. Ein mögliches Konsolidierungspotential liegt in der Entschuldung der Stadt Tanna auf die durchschnittliche Verschuldung in dieser Gemeindegrößenklasse. Das Verfahren hierzu soll im Jahr 2021 beginnen. Entbehrlich Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist nicht fristgemäß erfolgt. Sie befindet sich nach wie vor in Bearbeitung. Da sich das Straßennetz der Stadt Tanna auf fast 50 km beläuft, ist die Erarbeitung einer Straßennetzkonzeption sehr aufwendig. Ein wachsendes Problem stellt auch die zunehmende Verschlechterung bis hin zur totalen Zerstörung der Straßen- und Feldwege dar, welche durch die die LKW´s und landwirtschaftlichen Nutzfahrzeuge verursacht werden.			
	Wurzbach	Senkung Aufwandsentschädigung Ortsteil-BGM SR- Beschluss erhielt keine erforderliche Mehrheit	Fehlmeldung	Fehlmeldung	Fehlmeldung

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Berichterstattung Landratsamt Sömmerda hier: Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (Begründung warum keine Beanstandung, welche Gegenmaß-nahmen wurden vorgeschlagen?)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegen-über der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	Großmölsen	⇨ **Zusatzeinnahmen durch Nutzungsentgelt Kirchgasse 10 nicht umgesetzt** (Einnahmesteigerung 100 €) => **entbehrlich**, da Konsolidierungsziel 2020 durch Übererfüllung anderer Konsolidierungsmaßnahmen kompensiert werden konnte			
SÖM	Kölleda	⇨ **Anpassung Satzung über den Kostenersatz der freiwilligen Feuerwehr Kölleda => entbehrlich,** Umsetzung der Maßnahme nach 2021 verschoben, in vorgelegter Fortschreibung des HSK entsprechend berücksichtigt ⇨ **Verkauf von Grundstücken** (Einnahme von 122.000 €) => **entbehrlich**, der Kaufvertrag wurde in 2020 geschlossen, der Kaufpreis wird jedoch erst in 2021 kassenwirksam			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	96523 Steinach	Betreibung des Rasenplatzes Stadion durch Sportverein - Entbehrliche Maßnahme – Nichtumsetzung weg. Thür. Sportfördergesetz	Keine	Keine	Keine
		Beteiligung des Sportvereins an den Betriebskosten der Turnhalle - Entbehrliche Maßnahme – Nichtumsetzung weg. Thür. Sportfördergesetz	Keine	Keine	Keine

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	Beschreibung der Maßnahmen aus HSK	Begründung
Maßnahmenkatalog Nr. 2 Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen	Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	In 2020 konnte keine Gewinnausschüttung der SBB für das Wirtschaftsjahr 2019 aufgrund des negativen Jahresergebnisses erfolgen. Eine teilweise Kompensation erfolgt ab dem Jahr 2022 durch die Erhöhung der jährlichen Gewinnausschüttungen der Gewo Städtische Wohnungsgesellschaft mbH an die Stadt Suhl um 100 T€ p. a. (siehe lfd. Nr. 58 Maßnahmenkatalog Entwurf 7. Fortschreibung HSK).

Maßnahmenkatalog Nr. 3 Gewerbesteuer	Überprüfung der getroffenen Entscheidung zur Gewerbesteuer – Erhöhung des Hebesatzes	Mit der am 08.06.2016 erfolgten Änderung der VV-Bedarfszuweisung wurden die für den Zeitraum der Haushaltskonsolidierung vorgegebenen Mindesthebesätze für die Gewerbesteuer herabgesetzt. Auf Antrag aller Fraktionen beschloss daraufhin der Stadtrat der Stadt Suhl mit Beschluss Nr. 325/95/2016 v. 21.09.2016 in Anwendung der geänderten VV-Bedarfszuweisung die Herabsetzung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer ab dem Jahr 2017 auf 424 %. Damit liegt der Hebesatz 20 v. H. über dem vorgegebenen Mindest-Hebesatz der aktuellen VV-Haushaltssicherung. Die Anpassung der abweichenden Hebesätze für die am 01.01.2019 in die Stadt Suhl eingemeindeten Ortsteile Schmiedefeld am Rennsteig und Gehlberg erfolgte ab 2020. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden in 2020 ca. 1,8 Mio. € Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer weniger festgesetzt als 2019. Auch die Gewerbesteuer auf Abrechnungen für Vorjahre fiel in 2020 um ca. 100 T € geringer aus als 2019. Aufgrund von Stundungen der festgesetzten Gewerbesteuern zur Unterstützung der Wirtschaft in der Pandemiezeit konnten auch in 2020 weniger Einzahlungen verbucht werden. Zum Ausgleich drohender Verluste bei den Gewerbesteuereinzahlungen aufgrund der Corona-Pandemie erhielt die Stadt Suhl im Jahr 2020 Gewerbesteuerstabilisierungs- und -kompensationszuweisungen. Somit stand dem städtischen Haushalt in 2020 (nach erfolgter teilweiser Rückzahlung) ein zusätzlicher Betrag i. H. v. 1.068.848 € zur Verfügung (Stand 01.03.2021). Anzumerken ist, dass die Höhe der tatsächlichen Gewerbesteuereinzahlungen maßgeblich von nicht durch die Kommune beeinflussbaren Faktoren und wesentlich von der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung – und somit auch von den Auswirkungen der Corona-Pandemie - abhängig ist. Zur teilweisen Kompensation der gesunkenen Gewerbesteuereinzahlungen, wurde mit der 7. Fortschreibung des HSK der Maßnahmenkatalog um die neue Maßnahme Nr. 3a - Erhöhung der Grundsteuer B - erweitert (Erhöhung von 445 % auf 460 %/ Konsolidierungspotential i. H. v. ca. 155 T€ p.a. ab 2022).
Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	**Beschreibung der Maßnahmen aus HSK**	**Begründung**

Maßnahmenkatalog Nr. 4 Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen	Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung - um 180 T€ in 2015 und ab 2016 um 250 T€ p. a.	Die vorgesehenen Leistungskürzungen sind - bis auf die Reduzierung des Zuschusses für die Instandsetzung des Infrastrukturvermögens (um 100 T€ p.a.) - wie beschlossen umgesetzt. Um bei den Straßen und Ingenieurbauwerken einer planmäßigen Erhaltung künftig gerecht zu werden sowie die Einhaltung der rechtlichen Verpflichtungen als Straßenbaulastträger gewährleisten zu können, war es unabweisbar und unaufschiebbar den städtischen Zuschuss für die Unterhaltung des Infrastrukturvermögens ab 2020 zu erhöhen (siehe auch Entwurf 7. Fortschreibung HSK Punkt 2.1.3.) Die Reduzierung des Energieverbrauchs durch Umrüstung der Straßenbeleuchtung war sowohl Bestandteil dieser Maßnahme als auch der Maßnahme Nr. 51. Ab der 4. Fortschreibung des HSK wird dieses Einsparpotential nur noch unter der Maßnahme Nr. 51 ausgewiesen.
Maßnahmenkatalog Nr. 5 Straßenbeleuchtung Wohnungsbaugesellschaften	Verlustminderung Eigenbetrieb KDS durch Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften	Zwei Wohnungsgesellschaften tragen für die auf ihren Grundstücken befindlichen Anlagen die Kosten für Energie und Instandhaltung in Form einer jährlichen Pauschale je Lichtpunkt für Unterhaltung zzgl. verbrauchsabhängiger Energiekostenabrechnung. Eine dritte Wohnungsgesellschaft hat sich für eine Abschaltung und den vollständigen Rückbau der Anlagen auf ihren Grundstücken entschlossen. Ein entsprechender Stadtratsbeschluss zur Abschaltung/Reduzierung der Straßenbeleuchtung in den Wohngebieten wurde mit der Nr. 121/24/2014 am 11.02.2015 gefasst und die Abschaltung zum 27.04.2015 realisiert. Die durch Rückbau und Abschaltung erzielten Einsparungen an Elektroenergie für die Straßenbeleuchtung sind in der Maßnahme Nr. 51 enthalten.
Maßnahmenkatalog Nr. 9 Zentrale Bußgeldstelle	Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	Die praktische Realisierung der Maßnahme erfolgt seit 01.08.2016. Das Konsolidierungspotential konnte in 2020 nicht in voller Höhe erreicht werden wegen einer 3monatigen Baustelle im Streckenverlauf der Geschwindigkeitsüberwachungssäule und wegen der Verminderung des Fließverkehrs aufgrund der Corona-Pandemie.
Maßnahmenkatalog Nr. 23 Erträge Gartenpacht	Erhöhung der Erträge aus der Gartenpacht	Mit dem Stadtratsbeschluss Nr. 560/77/2018 vom 04.07.2018 wurde mit Wirkung 01.01.2019 die Erhöhung des Nutzungsentgeltes für Pachtgärten beschlossen. Die prognostizierten Einnahmeerhöhungen aus der Gartenpacht konnten im Haushaltsjahr 2020 nicht in voller Höhe realisiert werden, u. a. durch Vertragskündigungen aufgrund der Pachterhöhungen.

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	**Beschreibung der Maßnahmen aus HSK**	**Begründung**

Maßnahmenkatalog Nr. 29 Betrieb und Unterhalt Tierpark	Attraktivierung des Angebotes „Im und um den Tierpark“	Ziel der Maßnahme war die Senkung des Zuschussbedarfes für den Tierpark durch erhöhte Erträge aufgrund steigender Besucherzahlen, die wegen neuer Attraktionen (einmalige Investitionskosten mit Förderung) generiert werden sollten. Gemäß 4. Fortschreibung des HSK wurde nach Ablehnung des Projektes "Treffpunkt Wolf" das neue Projekt "Erlebnis Bergbach" vorangetrieben. Leider konnte auch für dieses Vorhaben keine Förderung akquiriert werden. Um jedoch die Attraktivität und das Besucheraufkommen weiter zu erhöhen, wurde über den Förderverein Tierpark Suhl e. V. in 2018 ein Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben, in dem im Rahmen einer 10-Jahres-Planung der Um- und Ausbau des Tierparks dargestellt werden soll. Mit Stadtratsbeschluss Nr. 207/15/2020 v. 15.07.2020 wurde das Konzept bestätigt. Die Umsetzung erfolgt in einzelnen Teilmaßnahmen entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Suhl. Das prognostizierte Konsolidierungspotential durch die erhöhten Eintrittsentgelte wird jedoch nicht in der geplanten Höhe und Zeit erreicht werden können.
Maßnahmenkatalog Nr. 31 Betrieb Stadtbücherei	Steigerung der Erträge aus diversen Quellen 1) Veränderung der Gebührenordnung 2) Erarbeitung Konzept zur Etablierung weiterer Einnahmequellen	zu 1) Die Erarbeitung einer neuen Entgelt- und Benutzungsordnung wurde abgeschlossen und nach Bestätigung durch die Ausschüsse und den Stadtrat am 01.08.2019 in Kraft gesetzt. Diese neue Entgeltordnung beinhaltet sowohl die gewünschte Veränderung der Wochenversäumnisentgelte auf Tagesversäumnisentgelte als auch die generelle Anhebung der Versäumnisentgelte. Für das Jahr 2020 konnte aber die prognostizierte Erhöhung der Entgelte nicht realisiert werden. zu 2) Zum Etablieren weiterer Einnahmequellen außerhalb des Kernbereiches der Stadtbücherei wurden bereits Probeläufe (z. B. das Aufstellen eines HeißgetränkeAutomaten) durchgeführt - allerdings bisher ohne Erfolg. Weitere Konzeptideen und deren Umsetzung werden kontinuierlich entwickelt und überprüft.

Nr. der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden	**Beschreibung der Maßnahmen aus HSK**	**Begründung**

Maßnahmenkatalog Nr. 33 Etablierung eines Sozialhilfecontrollings	mit Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	Das Fachamt erachtet die Einrichtung eines Sozialhilfecontrollings für nicht sinnvoll. Aufgrund der in Kraft getretenen gesetzlichen Regelungen der Eingliederungshilfe ist ein neues Hilfebedarfsfeststellungsverfahren mit Wirkung vom 01.01.2018 verbindlich vorgeschrieben. Seitens des Fachbereiches wird ein Personalmehrbedarf für ein fachbezogenes Fallmanagement hier im Vergleich zum Erfordernis eines zentralen Controllings für rechtlich zwingend notwendig und sinnvoll erachtet. Eine abschließende Prüfung und Entscheidung steht dazu konkret noch aus. Ungeachtet dessen hat sich der kommunale Zuschussbedarf der Leistungen des Sozialhilfeträgers (im Bereich der ordentlichen Ein- und Auszahlungen im Teilhaushalt 9 und Hauptproduktbereich 3) gegenüber der ursprünglichen Prognose aus 2016 reduziert. Das begründet sich i. d. R. durch seitens der Stadt Suhl nicht beeinflussbare Faktoren wie Fallzahlentwicklung, Veränderung der Kostensätze, Gesetzesänderungen, Höhe der Erstattungsregelungen, Veränderung der sozialen Struktur der Bevölkerung etc..
Maßnahmenkatalog Nr. 37 Gebührenstruktur Musikschule	Neufassung der Entgeltordnung	Die Umsetzung der Maßnahme erfolgte mit dem Beschluss des Stadtrates Nr. 220/123/2015 v. 18.11.2015. Trotz Erhöhung der Gebühren mit neuer Entgeltordnung ab 01.02.2016 konnte bisher keine Erhöhung der Einnahmen aus Teilnehmerentgelten insgesamt verzeichnet werden. Aufgrund der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie im Jahr 2020 konnte eine Vielzahl der geplanten Kurse nicht durchgeführt werden und demzufolge wurde das angestrebte Konsolidierungsziel nicht erfüllt.
Maßnahmenkatalog Nr. 42 Vollstreckung	Erhöhung der Realisierungsquote	Der Erfolg ist abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Schuldner und nur bedingt beeinflussbar. An der Optimierung des Forderungsmanagements wird weiter kontinuierlich gearbeitet.
Maßnahmenkatalog Nr. 50 Spielplätze	Erstellung eines Spielplatzkonzeptes und Reduzierung der Spielplatzflächen	Das Spielplatzkonzept ist wegen Kapazitätsgründen noch nicht abschließend fertig gestellt.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Bisher wurden keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen ergriffen. Die 7. Fortschreibung des HSK liegt derzeit im Entwurf vor, sodass entsprechende Maßnahmen ggf. erst bei Bescheidung dieser ergriffen werden würden.

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmenkatalog Nr. 2 **Gewinnausschüttung städtischer Unternehmen - SBB** Zusätzliche Beteiligung der SBB durch erhöhte Gewinnausschüttung	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 3 **Gewerbesteuer** Überprüfung der getroffenen Entscheidung zur Gewerbesteuer	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 4 **Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen** Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 5 **Straßenbeleuchtung Wohnungsbaugesellschaften** Verlustminderung Eigenbetrieb KDS durch Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften	entbehrlich
Maßnahmenkatalog Nr. 9 **Zentrale Bußgeldstelle** Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 23 **Erträge Gartenpacht** Erhöhung der Erträge aus der Gartenpacht	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 29 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Attraktivierung des Angebotes „Im und um den Tierpark“	erheblich

Maßnahmenkatalog Nr. 31 **Betrieb Stadtbücherei** Steigerung der Erträge aus diversen Quellen	entbehrlich
Maßnahmenkatalog Nr. 33 **Etablierung eines Sozialhilfecontrollings** Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	entbehrlich, da ggf. Einsparungen anderweitig erzielt werden
Maßnahmenkatalog Nr. 37 **Gebührenstruktur Musikschule** Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016	erheblich

Anlage 1 07.05.2021

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmenkatalog Nr. 42 **Vollstreckung** Erhöhung der Realisierungsquote	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 50 **Spielplätze** Erstellung eines Spielplatzkonzepts und Reduzierung der Spielplatzflächen	entbehrlich

* Konsolidierungspotential ges. > 150 T€

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2020 auf Basis der Jahresrechnung 2020
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UHK	Anrode	Gemeindeneugliederung Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss Verkauf Gewerbefläche im Gewerbegebiet Bickenriede *Erheblich, zeitliche Verschiebung wurde seitens der RAB akzeptiert auch auf Grund des positiven Ergebnisses der Jahresrechnung 2020*	keine	keine	keine
UHK	Dünwald	keine			
UHK	Sundhausen	Verkauf gemeindeeigenes Grundstück (Bauhof) Ausschreibung verschoben, gegenwärtige Nutzung durch die Firma, welcher den Breitbandausbau in der Gemeinde durchführt			

		<u>Entbehrlich</u>, da Haushalts- und Finanzplanung 2021 ausgeglichen vorliegen			
UHK	Tottleben	Anpassung Friedhofsgebühren wurde um ein Jahr auf 2021 verschoben Anpassung Benutzungsgebühren Dorfgemeinschaftshaus wurde um ein Jahr auf 2021 verschoben Neubau von 4 Windkrafträdern Im Regionalplan Nordthüringen in 2020 keine weiteren Windkrafträder im Gemeindegebiet vorgesehen *<u>Entbehrlich</u>, da Haushalts- und Finanzplanung 2021 ausgeglichen vorliegen*			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
ABG-Land	Fockendorf	alle Maßnahmen umgesetzt			
ABG-Land	Posterstein	- nicht gemeldet -			
ABG-Land	Thonhausen*	- Maßnahmen aus dem HSK 2018 wurden umgesetzt - Fortschreibung 2022 wird nach Auskunft der VG mit dem Nachtragshaushalt 2022 vorgelegt			
ABG-Land	Starkenberg*	- noch kein HSK aufgestellt, Fehlbeträge liegen in der Vergangenheit	-	-	-

ABG-Land	Vollmershain	Gemeinde wurde mit der Würdigung der Haushaltssatzung 2022 zur Vorlage eines HSK aufgefordert	-	-	-

* Gemeinden ohne genehmigtes HSK 2021

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
WL	Apolda	-	-	-	-
WL	Blankenhain	-	-	-	-
WL	Ballstedt	-	-	-	-
WL	Döbritschen	-	-	-	-
WL	Frankendorf	-	-	-	-

WL	Kleinschwabhausen	-	-	-	-
WL	Magdala	-	-	-	-
WL	Mechelroda	-	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Gemeinde	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
EIC	Rustenfelde	alle HSK-Maßnahmen umgesetzt	-	-	-
EIC	Schönhagen	alle HSK-Maßnahmen umgesetzt	-	-	-
EIC	Sickerode	alle HSK-Maßnahmen umgesetzt	-	-	-
EIC	Wiesenfeld	Einbau Zwischenzähler zur Kostenüberwachung im Bauhofkomplex (Bauhof, Feuerwehr, Jugendclub) – entbehrlich, da nicht im Kosten-Nutzen-Verhältnis	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte /großen Kreisstadt zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

kreisfreie Stadt /große Kreisstadt: Eisenach

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) **Kennzeichnung: - entbehrlich,** **- erheblich (ggf. durch andere Maßnahmen ersetzt?)**
Verwaltungshaushalt gesamt; Gruppierung 4 – Personalkosten: **(VwHH1) - Personalkosten** **Beschluss:** a) Der Stadtrat bekräftigt in Fortführung der Haushaltskonsolidierung im Rahmen des bereits verabschiedeten Personaloptimierungskonzepts - den Abbau von 10,00 Stellen ausgehend vom „Stellenplan 2012“ (=Stellenplan 2009) bis spätestens 31.12.2015, - den Abbau von weiteren 10,00 Stellen ausgehend vom „Stellenplan 2012“ (=Stellenplan 2009) bis spätestens 31.12.2019 und beschließt - den Abbau von weiteren 09,00 Stellen ausgehend vom „Stellenplan 2012“ (=Stellenplan 2009) bis 31.12.2023. Damit wird – ausgehend vom „Stellenplan 2012“ (=Stellenplan 2009) – ein Stellenabbau von insgesamt 29,00 Stellen erfüllt. Eventuelle Aufgabenreduzierungen aufgrund gesetzlicher Regelungen (z. B. Rücknahme von Aufgabenkommunalisierungen) sind durch dementsprechenden Stellenabbau zusätzlich zu berücksichtigen. b) Der Abbau dieser Stellen wird im Stellenplan 2014 und in den nachfolgenden Stellenplänen verbindlich festgeschrieben. c) Die Oberbürgermeisterin ist diesbezüglich jeweils zur ersten Stadtratssitzung des Jahres 2016; 2020 und 2024 dem Stadtrat gegenüber berichtspflichtig. **d)** Es werden keine weiteren Stellen – weder im Stellenplan, noch im Personalkonzept – aufgebaut**.** **ERHEBLICHE MAßNAHME** **Auswertung zum 31.12.2021:** Im ursprünglichen Entwurf des Haushaltsplanes 2021 wurde für den Deckungskreis 200 ein Haushaltsansatz in Höhe von 27.608.681 € geplant. Der Stadtrat hat am 28.09.2021 beschlossen, den Haushaltsansatz der Personalkosten im Deckungskreis 200 auf 26.100.000 € festzusetzen. …

Dies entspricht einer Kürzung des Ausgabeansatzes um 1.508.681 €. Da der gekürzte Haushaltsansatz nicht ausgereicht hat um allen gesetzlichen Verpflichtungen zur Entgeltzahlung nachzukommen, wurde eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.100.000 € beim Stadtrat beantragt und genehmigt. Die Ist-Personalkosten für das Haushaltsjahr 2021 betragen 26.998.316,28 € (ohne Ist Haushaltsrest). Aufgrund der durch den Stadtrat vorgenommenen Kürzung der Personalausgaben, konnte das Konsolidierungspotenzial 2021 nicht erreicht werden.
Auf die Inhalte des Vorberichtes zum Stellenplan zum Haushaltsjahr 2021 wird Bezug genommen:
Zusammengefasst ergibt sich eine Stelleneinsparung für den Zeitraum von 2012 bis 2021 von 29,42 Stellen.
Neben diesen 29,42 Stellen werden bis zum 31.12.2025 nochmals 146,38 Stellen abgebaut (incl. der Effekte durch die Rückkreisung zum 01.01.2022).

Abschnitt 13:

(VwHH34) Konzentration der Standorte der Freiwilligen Feuerwehr (FFW)

Hinsichtlich der demografischen Entwicklung im Bereich der Mitgliederanzahl der FF der Stadt Eisenach müssen mittel- bis langfristig Standorte der Freiwilligen Feuerwehren vereint werden, um die Mindestausrückestärke und die notwendige Qualifikation für das zu besetzende Einsatzfahrzeug gewährleisten zu können. Die Zusammenfassung der 9 Freiwilligen Feuerwehren zu 5 Löschbezirken ist bereits erfolgt.
Die Konzentration mehrerer Feuerwehren in einem Löschbezirk auf einen Standort befindet sich in der Planungsphase. Grundlage ist die normkonforme Ertüchtigung eines Feuerwehrhauses je Löschbezirk. Desweiteren sind die geplanten Anforderungen nach Novellierung der Thüringer Feuerwehr- Organisationsverordnung (ThürFwOrgVO) zu berücksichtigen.

ENTBEHRLICH

Auswertung zum 31.12.2021:
Durch Beanstandungen des Fördermittelgebers muss die Planung für das Feuerwehr-Gerätehaus + Dorfgemeinschaftshaus in Neuenhof erneut überarbeitet werden.
Daher wird es in diesem Jahr die Anträge auf Baugenehmigung geben. Baubeginn ist voraussichtlich 2023.
Nach erfolgter Fertigstellung des Feuerwehrteiles erfolgt die Zusammenführung der FF Neuenhof, Hörschel und Göringen am Standort Neuenhof.

Abschnitt 35:

(Chance21) Reduzierung Zuschussbedarf Bibliothek – Einführung einer Budgetierung:

Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, für den Bereich der Bibliothek eine Budgetierung einzuführen. Über die Höhe des Zuschussbedarfs ist jährlich neu zu verhandeln. Dabei sind die Arbeitsfähigkeit des Dienstleisters Bibliothek und die Aktualität und Qualität des Medienangebots der Stadtbibliothek entsprechend der Standards für öffentliche Bibliotheken zu sichern.

...

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit dem Wartburgkreis in Verhandlungen über eine Kostenbeteiligung des Landkreises für die Unterhaltung der Stadtbibliothek einzutreten. Sie erstattet dem Stadtrat über die Ergebnisse der Bemühungen mit der Einbringung des Entwurfs des städtischen Haushaltsplans 2022 Bericht.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2021:

Die Stadtbibliothek Eisenach arbeitet als Informations- und Bildungseinrichtung nach den Richtlinien des Bibliotheksentwicklungsplanes für die Öffentlichen Bibliotheken im Freistaat Thüringen, 2015. In Bezug auf die personelle Ausstattung ist die Bibliothek an der unteren Grenze dessen, womit eine solche Einrichtung der Größe von Eisenach und mit den Aufgaben in Bezug auf das im Grundgesetzt verankerte Recht der Bürger auf Information, Bildung und Kultur betrieben werden kann – nach zahlreichen Kürzungen im Etat und in der Personalausstattung in vorangegangenen Jahren. Die Nutzungsfrequenz in den vergangenen Jahren mit Steigerungen der Entleihungszahlen bis ins erste Coronajahr hinein zeugt von der Qualität und Akzeptanz der angebotenen Leistungen und vom Bedarf einer öffentlichen Einrichtung, in der die Bürger ihr Grundrecht auf Information, Wissen und Bildung wahrnehmen, sich ohne Kostenzwang aufhalten, lernen, lesen und kommunizieren können.

Mit der Rückkreisung gehört die Stadt Eisenach seit 01.01.2022 zum Wartburgkreis. Damit greift für die Stadtbibliothek Eisenach die Verfahrensweise, die auch bisher möglichen Fördermittel des Freistaates Thüringen über das Landratsamt zu beantragen, wobei der Kreis die Fördersumme laut Aussagen aus dem Landratsamt dann aufstockt um eigene Mittel aus dem Kreishaushalt. Da die Beantragungsfrist für 2022 aber bereits im Oktober 2021 endete, greift die neue Regelung vollständig erst ab 2023.

Die Stadtbibliothek Eisenach hat die Fördermittelanträge beim Land bereits selbst gestellt und im Nachgang Anfang 2022 die entsprechende Mitteilung ans Landratsamt gegeben. Laut Auskunft aus dem Landratsamt soll im nächsten Kreistag am 05.04.2022 eine Neufassung der Richtlinie zur Förderung von kommunalen Bibliotheken im Wartburgkreis beschlossen werden. Danach und nach Erhalt des Landesfördermittelbescheides, wird dann die Förderung ausbezahlt. Die Abrechnung erfolgt dann nach Verwendungsnachweis bis 30.09. des laufenden Jahres.

Darüber, ob es über diese reguläre Förderung der Bibliotheken im Wartburgkreis hinaus eine Verabredung zwischen Stadt und Landratsamt betreffs teilweiser Übernahme von betreuenden Aufgaben im Nordkreis für kleinere Bibliotheken und damit zusätzlicher Förderung gibt, wird derzeit auf Ebene des Stadtvorstandes zwischen Eisenach und dem Wartburgkreis verhandelt. Ergebnisse sind hier noch nicht bekannt.

Maßgeblich beeinflussend wirkten sich u. a folgende Aspekte aus (in EUR):
Die Minderausgaben -einnahmen resultieren aufgrund coronabedingter Einschränkungen (reduzierte Öffnungszeiten, Zutrittsbeschränkungen etc.) sowie dem erst Ende des Jahres bestätigten Haushaltsplan. Durch bis dahin geltenden Haushaltssperren und die eingeschränkte Bewirtschaftung nach § 61 ThürKO waren manche der geplanten Ausgaben nicht mehr zu realisieren.

...

Abschnitt 72:

(Chance9) Abfallwirtschaftszweckverband Wartburgkreis-Stadt Eisenach (AZV): Eigenkapitalverzinsung:

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unter Beachtung der notwendigen Rücklagen, Investitionen und Gebührensenkung, die Abführung einer Eigenkapitalverzinsung in der nächsten Verbandsversammlung zu beantragen. Die entsprechenden Unterlagen sind der Verbandsversammlung zeitnah vorzulegen. Bei Ablehnung des Antrages durch die Verbandsversammlung ist die die Rechtsaufsichtsbehörde zu informieren und um eine Stellungnahme und Entscheidung zu ersuchen.

ENTBEHRLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2021:
Aufgrund dessen, dass für das Geschäftsjahr 2020 ein Jahresverlust i. H. v. 65.489,76 EUR erwirtschaftet wurde, ist in der Sitzung der Verbandsversammlung am 29.09.2021 durch die städtischen Vertreter analog der Antrag auf Gewinnausschüttung zurückgezogen worden.

Abschnitt 80:

(Chance22): Optimierter Regiebetrieb: Zentralisierung, Digitalisierung, Optimierung Arbeitsabläufe, Reorganisierung Aufgabenkritik, Arbeitseffizienz

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2021:
Mit Fortsetzung der pandemischen Arbeitssituation und fusionsbedingt zusätzlicher Aufgaben in 2021 stagnierte die Umsetzung begonnener Digitalisierungsprojekte sowie Software-Optimierungsprozesse.

Durch den Ausfall nahezu aller Veranstaltungen konnten auch 2021 nach der Anpassung der Stundensätze und Verrechnungspreise in 2020 keine Mehreinnahmen durch entsprechende Leistungserbringung generiert werden. Stattdessen waren Mindererträge zu verzeichnen.

Wie in 2020 kann auch für das Jahr 2021 durch den pandemiebedingten massiven Ertragsrückgang bei den Parkgebühren kein Effekt aus der Anhebung der Parkgebühren zum 01.01.2020 dargestellt werden. Die durch den Stadtrat beschlossene Anhebung der Entgelte für die Nutzung der beiden Parkhäuser (Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung am 01.12.2021) wird erst in 2022 zu Mehrerträgen führen.

...

Derzeit befinden sich weitere Gebührensatzungen/Entgeltordnungen in Überarbeitung. So werden die Sondernutzungsgebühren für Grünflächen und die Entgelte/Mieten für die Nutzung städtischer Räumlichkeiten und Sportstätten angepasst. Die Beschlussfassung durch den Stadtrat soll spätestens im Herbst 2022 erfolgen.
Die in 2020 vorgenommene Reduzierung der Wachdienste im Berufsschulbereich hat zu einer Einsparung von 17.880 Euro geführt.
Nach Einrichtung der Online-Bezahlmöglichkeit zur Förderung der Spendenbereitschaft sind in 2021 insbesondere für Baumpflanzungen und Maßnahmen im Grünpflegebereich insgesamt 7,5 TEUR eingenommen worden.

Abschnitt 87:

(VwHH6) Wartburg-Sparkasse (WAK-SPK): Gewinnausschüttung:

Der Vertreter der Stadt Eisenach im Verwaltungsrat der WAK-SPK wird die Empfehlungen der KPMG aufgreifen und die Aufnahme auf die Tagesordnung der Verwaltungsratssitzung beantragen. Die Trägerschaft der Stadt Eisenach ergibt sich aus dem Status der Kreisfreiheit. Die Stadt Eisenach ist bestrebt, die Trägerschaft in der WAK-SPK auch nach Aufgabe der Kreisfreiheit beizubehalten, wozu eine Änderung des Thüringer Sparkassengesetzes notwendig wäre.

Beschluss:
Die Oberbürgermeisterin wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Wartburg-Sparkasse beauftragt, in Abstimmung mit dem Wartburgkreis die Möglichkeit jährlicher Gewinnausschüttungen *auch weiterhin* zu prüfen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2021:
Im Verwaltungsrat der Wartburg-Sparkasse wurde im Jahr 2021 keine Ausschüttung beschlossen.

Gesamthaushalt:

(Chance23) Projekt „Digitale und klimagerechte Transformation der Stadt Eisenach“

Aufgrund des Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach (Eisenach-Neugliederungsgesetz – Eisenach-NGG vom 16.10.2019, GVBl. 2019, Nr. 12, Seite 429 ff.) erfolgt der Statuswechsel Eisenach´s, von der kreisfreien Stadt zur großen Kreisstadt zum 01.07.2021.

Der Übergang der mit diesem Statuswechsel verbundenen Aufgaben von der Stadt Eisenach auf den Wartburgkreis folgt zum 01.01.2022. Aufgrund dieses Aufgabenüberganges ist die Aktualisierung bzw. Anpassung der Organisation der Stadtverwaltung einhergehend mit einer weiteren Optimierung der städtischen Beteiligungen beabsichtigt. Da hierfür eine externe Begleitung notwendig ist, konnte die Partnerschaften Deutschland GmbH gewonnen werden, die im Rahmen eines durch den Bund geförderten Pilotprojektes einen Vorschlag für eine digitale und klimagerechte Transformation der Stadt Eisenach erarbeiten soll und wird.

...

Zielstellung des Pilotprojektes ist, Grundlagen für einen langfristigen „Turnaround“ und die Basis für die Vernetzung und Operationalisierung der im Einzelnen vorhandenen städtischen Strategien zu schaffen und die Einkreisung als Chance zu nutzen, durch

- die Anpassung der Strukturen der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungen,
- den strategischen Einsatz der durch die Einkreisung erwarteten finanziellen Erleichterungen,
- einen strategischen Mitteleinsatz, weg vom „Spardiktat“.

Eine weitere Zielstellung des Pilotprojektes ist es, den städtischen Haushalt als Mittel zur Strategieumsetzung und des Controllings zu nutzen und effiziente Strukturen für die Umsetzung zentraler Projektes und das Beteiligungsmanagement zu implementieren.
Die aus diesem Pilotprojekt zu erwartenden Synergien und monetären Effekte können derzeit noch nicht beziffert werden, da das Projekt gerade begonnen wurde und der Abschluss für Mitte 2021 geplant ist.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Digitalisierung der Verwaltung gemäß den Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes des Bundes und des Thüringer E-Government-Gesetzes konsequent umzusetzen, um die elektronische Akte spätestens zum 01.01.2024 als führende Akte in der Stadtverwaltung zu etablieren und sämtliche Dienstleistungen der Stadtverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger in digitaler Form zugänglich zu machen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, im Zuge der Einkreisung der Stadt Eisenach in den Wartburgkreis und des Umbaus der Stadtverwaltung infolge der Aufgabenübertragungen alle Möglichkeiten für eine effiziente Organisation der Stadtverwaltung (inkl. Personalbewirtschaftung) zu nutzen, um dadurch entsprechende Spielräume für einen kontinuierlichen Abbau des Investitionsstaus in der Stadt Eisenach zu schaffen.

ERHEBLICHE MAßNAHME

Auswertung zum 31.12.2021:

Dieses Projekt hat das Ziel, einen übergeordneten Transformationsansatz im Kontext mit der Fusion von Stadt und Kreis zu entwickeln. Außerdem zielt das Projekt darauf, die strategische Steuerungs- und Investitionsfähigkeit der Stadt und einzelne Themenfelder wie Klimaschutz und Digitalisierung weiter zu stärken.

Im Rahmen des Projektes wird die Stadt Eisenach durch die Partnerschaften Deutschland (PD) unterstützt. Die PD begleitet als ausschließlich öffentliches Beratungsunternehmen durch Gespräche, Workshops und die Erarbeitung von Vorschlägen. Außerdem unterstützt die PD die Stadt Eisenach dabei, Schlüsselprojekte auszuarbeiten, die anschließend der Stadt zur Umsetzung vorgeschlagen werden.

Das Projekt soll bis Mitte 2022 abgeschlossen sein. Sodann ist die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge vorgesehen. Welcher finanzielle Effekt sich aus der beabsichtigten Projektumsetzung ergibt, kann derzeit noch nicht dargestellt werden.

In der Fachbereichskonferenz am 29.04.2022 wurde der Einleitung eines Ausschreibungsverfahrens für die Erarbeitung eines Strategiekonzeptes zur „Digitalisierung“ zugestimmt, wobei sich diese Konzept zunächst nur auf die Digitalisierung der Verwaltung konzentrieren soll, das Thema „Smart City“ bleibt zunächst erst einmal außen vor.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der kreisfreien Städte zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021

hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

kreisfreie Stadt: Gera

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) **Kennzeichnung: - entbehrlich,** **- erheblich (ggf. durch andere Maßnahmen ersetzt?)**
M 2631-0.01 – Gebührenerhöhung der Musikschule *„Eine weitere Gebührenanpassung ist für das Schuljahr 2021/2022 vorgesehen."* **Sachstand:** Der Stadtrat der Stadt Gera hat am 9. Juli 2020 mit DS-Nr. 33/2011 4. Ergänzung die Gebührenerhöhung mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 beschlossen. Nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ist der Unterricht inzwischen wieder in der gewohnten Form angelaufen. Unterrichtsformen, die während der Pandemie nicht durchgeführt werden konnten, müssen schrittweise neu etabliert werden. **Bewertung:** Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Die Umsetzung der Maßnahme stand unter dem Einfluss der Corona-Pandemie und den damit verbundenen erheblichen Einschränkungen des Unterrichts. Die Erreichung des Konsolidierungszieles ist abhängig von den Kapazitäten und Angeboten der Musikschule sowie vom Interesse der Bevölkerung an diesen Angeboten. Aufgrund des Stellenabbaus und des Fachkräftemangels müssen Angebote reduziert werden. Dies führt zu geringeren Gebühreneinnahmen. Allerdings geht dies auch mit geringeren Ausgaben im Bereich Personal und Honorare einher, die in der Betrachtung nicht enthalten sind. Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie (Anordnung zu Musikschulschließungen und eingeschränktem Regelverkehr) haben sich sehr negativ auf die Gebühreneinnahmen in den Jahren 2020 und 2021 sowie das 1. Quartal 2022 ausgewirkt. Ziel ist es, im Jahr 2022 auf Grundlage der ab 1. August 2021 geltenden neuen Gebührensatzung wieder stabile Nutzerzahlen und damit Gebühreneinnahmen zu erreichen. In den Folgejahren sollen die Gebühreneinnahmen dann weiter steigen.

M 2721-2.02 – Gebührenanpassung der Bibliothek
„Eine weitere Gebührenanpassung ist ab dem Jahr 2022 vorgesehen.“ (01.01.2022)

Sachstand:

Mit der überarbeiteten Gebührensatzung im Januar 2017 wurden verschiedene Maßnahmen eingeleitet, um das Konsolidierungsziel für die Bibliothek zu erreichen. Die Gebührenerhebung ist seit 2017 auch durch Lastschrift möglich. Zusätzlich sind die Einnahmen aus dem Sachkonto 46220000 zu betrachten, da die Erhöhung der Mahngebühren Teil der Strategie zur Verbesserung der Einnahmen ist. Eine weitere Gebührenerhöhung ist geplant, wenn sich der Bibliotheksbetrieb nach den erheblichen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie wieder stabilisiert hat.

Bewertung:

Die Gebührenerhöhung wurde mit Drucksachen-Nr. 3/2009, 1. Ergänzung im Januar 2017 beschlossen. Die Umsetzung der Maßnahme stand in den Jahren 2020 bis 2022 unter dem Einfluss der Corona-Pandemie und den damit verbundenen erheblichen Einschränkungen des Bibliotheksbetriebs.

Zur weiteren Entwicklung der Stadt- und Regionalbibliothek Gera wurde ein Konzept erarbeitet und dem Stadtrat im Jahr 2021 vorgelegt. Auf Grundlage dieses Konzeptes hat die Bibliothek den Prozess der Auditierung als „Erlesene Bibliothek“ in Thüringen eingeleitet, der im Jahr 2022 erfolgreich abgeschlossen wird. Das Qualitätssiegel „Erlesene Bibliothek“ ist künftig Grundlage zur Erlangung von Fördermitteln des Freistaates Thüringen. Es hat somit direkte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Einrichtung.

Die Erreichung des Konsolidierungszieles ist abhängig von der Aktualität der angebotenen Medien und damit dem zur Verfügung stehenden Medienetat.

Parallel zur Gebührenentwicklung wurde der Personalbestand der Bibliothek reduziert. Dies führt zu geringeren Ausgaben, wird aber in der Darstellung der HSK-Maßnahme nicht abgebildet.

Die Einschränkungen durch die Corona-Pandemie (Anordnung zu Schließungen und eingeschränktem Regelverkehr) haben sich sehr negativ auf die Einnahmen in den Jahren 2020 und 2021 sowie das 1. Quartal 2022 ausgewirkt. Ziel ist es, im Jahr 2022 die Gebühreneinnahmen wieder zu stabilisieren und in den Folgejahren weiter zu steigern.

M 2813-2.03 - Anpassung Erträge Kultur- und Kongresszentrum
„Erhöhung der Erträge aus Eintrittspreisen eigener Veranstaltungen mit dem Ziel der Einnahmenverbesserung, jährliche Überprüfung“

Sachstand:

Ziel der Maßnahme ist eine kontinuierliche Anpassung der Eintrittspreise für von der Stadt selbst organisierte Veranstaltungen. Pandemiebedingt konnten die Veranstaltungen zu 90 % nicht durchgeführt werden. Folglich konnte diese Maßnahme nicht umgesetzt werden.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

Eine Überprüfung der Eintrittspreise erfolgte jährlich mit dem Ergebnis, dass eine bemerkenswerte Erhöhung der Eintrittsgelder mit einem Rückgang des Kartenverkaufes verbunden wäre. Die angebotenen Veranstaltungen stehen in direkter Konkurrenz mit dritten Anbietern. Bezugnehmend auf die positiven Ergebnisse im Jahr 2018 wird jedoch davon ausgegangen, dass das Erreichen des Konsolidierungspotentials realisierbar ist.

Aufgrund der Pandemie kann derzeit keine realistische Einschätzung erfolgen.

M 2813-2.04 - Anpassung Gastronomieentgelte Kultur- und Kongresszentrum
„Erhöhung der Gastronomieentgelte mit dem Ziel der Einnahmenverbesserung, jährliche Überprüfung“

Sachstand:

Ziel der Maßnahme ist eine kontinuierliche Anpassung der Gastronomieentgelte in den Jahren 2018 ff. und 2021 ff.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse.

In der praktischen Umsetzung wird weiter laufend eine Anpassung der Gastronomieentgelte sukzessive entsprechend der Marktbedingungen geprüft. Wie im Jahr 2020 gab es pandemiebedingt beträchtliche Einschränkungen bei der Durchführung von Einmietungen und eigenen Veranstaltungen im Kultur- und Kongresszentrum. Dadurch konnte der Gastronomiebetrieb nur geringfügig durchgeführt werden.

Die Prüfung der Anpassung der Gastronomieentgelte unter Berücksichtigung der Marktbedingungen wird weiter jährlich im Rahmen der Haushaltsplanung erfolgen.

M 5511-2.01 Kontinuierliche Anpassung der Sondernutzungsgebührensatzung (Grünflächen)
„Eine erneute Anpassung der Sondernutzungsgebührensatzung ist für die Jahre 2018 und 2022 vorgesehen.“

Sachstand:

Am 30. Januar 2014 beschloss der Stadtrat die Drucksachen-Nr. 207/2003, 6. Ergänzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung. Am 6. Oktober 2016 folgte der Beschluss der Drucksachen-Nr. 207/2003, 7.Ergänzung (Umsetzung Teilziel HSK).
Unabhängig davon konnte das Konsolidierungsziel aufgrund einer gestiegenen Nachfrage nach Sondernutzungen bisher stets realisiert und sogar übertroffen werden.

Seit dem Jahr 2020 bestand ein erheblicher Antragsrückgang bei Sondernutzungen für Baumaßnahmen, Veranstaltungen und Werbung infolge der Corona-Einschränkungen. Aufgrund dessen konnte das Konsolidierungsziel nicht erreicht werden. Eine Gebührenanpassung während der Pandemie wurde nicht in Betracht gezogen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich. Jedoch wird, obwohl eine Anpassung der Gebühren noch nicht erfolgt ist, das Konsolidierungsziel im Ergebnis der vergangenen Jahre überschritten. Die Ergebnisse der Jahre 2020 und 2021 sind pandemiebedingt abweichend zu bewerten.
Für das Jahr 2022 sind weitere Mindereinnahmen zu erwarten. Auch hier ist die Coronapandemie sowie die Weiterführung eines Tatbestandes der Befreiung von der Gebührenpflicht in 2022 (Beschluss des Stadtrates DS – Nr. 207/2003, 13. Ergänzung) als Ursache zu benennen.

Ungeachtet dessen ist vorgesehen, die Sondernutzungsgebührensatzung in 2022 zu überarbeiten und mit Wirkung zum 01.01.2023 in Kraft treten zu lassen.

M 5531-0.01 Überarbeitung Friedhofsgebührensatzung
„Eine weitere Erhöhung ist ab 2020 vorgesehen."

Sachstand:

Mit der Anpassung der Friedhofsgebührensatzung und parallel dazu der Friedhofsatzung sollten ab 2015 jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 150 TEUR gegenüber einem bisherigen Ansatz von 290 TEUR realisiert werden. Eine weitere Gebührenanpassung war für 2018 vorgesehen.

Die Friedhofssatzung wurde mit Drucksachen-Nr. 174/2009, 1. Ergänzung und die Friedhofsgebührensatzung mit Drucksachen-Nr. 20/2000, 6. Ergänzung im Dezember 2016 durch den Stadtrat beschlossen. Sie ist zum 8. Januar 2017 in Kraft getreten. Hintergrund der Verzögerung waren einerseits nicht ausreichende personelle Kapazitäten und andererseits langwierige Beratungen der Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Gera.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich bzw. hat die Nichtumsetzung der Einzelmaßnahme einen Einfluss auf die Konsolidierungsergebnisse. Insofern war und wird es bei den weiteren Fortschreibungen des Haushaltssicherungskonzeptes – mit Blick auf die Gesamtkonsolidierung – einer Nachjustierung bedürfen bzw. soll im Rahmen des laufenden Haushaltsvollzuges ein Ausgleich geschaffen werden.

Das Konsolidierungsziel konnte trotz neuer Gebührensätze unter Berücksichtigung der Nachfrage und der Zahlungsmoral nicht erreicht werden.
Die Bestattungskultur befindet sich im Wandel. Der Friedhof verliert als Ort der Bestattung immer mehr an Bedeutung. Mittlerweile werden durch die Hinterbliebenen zahlreiche Alternativangebote wie z.B. Bestattungen im Wald (Friedwald), Seebestattungen oder kostengünstige Bestattungen in Gemeinschaftsanlagen nachgefragt. Leider hat die Stadt Gera derzeit keine entsprechenden Angebote, um derartige Nachfragen befriedigen zu können.

Im Haushaltsplan 2020 und den folgenden Finanzplanungsjahren wurde zunächst kein Konsolidierungspotential ausgewiesen. Ein Ausgleich wurde innerhalb des Gesamthaushaltes geschaffen.

Die Überarbeitung der Gebührensatzung erfolgt unter dem zeitlichen Horizont und Berücksichtigung der neuen Umsatzbesteuerung für das Jahr 2023. Nach der Überarbeitung der Gebührensatzung wird das Konsolidierungspotential angepasst.

M 5532-3.01 Entgeltanpassung Krematorium
„Eine weitere Prüfung der Entgelte sollte in 2020 erfolgen.“

Sachstand:

Eine Entgeltanpassung zur Steigerung des Kostendeckungsgrades erfolgte mit Stadtratsbeschluss zur Drucksachen-Nr. 153/2009 1. Erg. im Juni 2016.

Mit der Beratungsvorlage Drucksachen-Nr. 49/2019, 1. Ergänzung wurde durch den Ausschuss für Wirtschaft und Stadtentwicklung am 14.11.2019 und den Haushalts - und Finanzausschuss am 18.11.2019 die Empfehlung für die Weiterbetreibung des Krematoriums Gera ausgesprochen.

Bewertung:

Die Maßnahme ist grundsätzlich erheblich. Jedoch wird, obwohl eine Anpassung der Gebühren noch nicht erfolgt ist, das Konsolidierungsziel sowohl im Ergebnis 2020 als auch 2021 überschritten.

Eine Anpassung der Preise auf Grund der Konkurrenzsituation zu Ronneburg ist abzuwägen. Eine Überarbeitung der Entgelte wird im laufenden Haushaltsjahr mit Wirkung zum 01.01.2023 stattfinden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
Greiz	Auma-Weidatal, Stadt	Fehlmeldung			
	Berga/Elster, Stadt	- Senkung Bewirtschaftungskosten nach Verkauf Wolfersdorf Hauptstraße 19 (kein Käufer) → entbehrlich (Kaufinteresse liegt nicht im Einflussbereich der Stadt)			
	Bocka*	Fehlmeldung (Ausnahme von Erstellung HSK wurde zugelassen)			
	Brahmenau	Fehlmeldung			
	Caaschwitz	Fehlmeldung			
	Endschütz	Fehlmeldung			
	Gauern	Fehlmeldung			

	Hartmannsdorf**	Fehlmeldung (Neugliederung mit Bad Köstritz ist vorgesehen)			
	Hundhaupten*	Fehlmeldung (Ausnahme von Erstellung eines HSK wurde zugelassen)			
	Kühdorf	Fehlmeldung			
	Linda b. Weida	Fehlmeldung			
	Münchenbernsdorf, Stadt	Fehlmeldung			
	Paitzdorf	Fehlmeldung			
	Reichstädt	- Verkauf KBE-Geschäftsanteile (fehlendes Kaufinteresse) → entbehrlich da nicht im Einflussbereich der Gemeinde - Übertragung Aufgaben FFW an Nachbargemeinden (Einsatzzeiten nach § 1 ThürFwOrgVO könnten dann nicht mehr eingehalten werden; Nachbargemeinden zeigen keine Bereitschaft) → erheblich, Gemeinde beabsichtigt Bau eines neuen FFW-Gerätehauses; Abstimmungen mit TLVwA laufen - Verkauf Grundstück (Neuvermessung muss noch erfolgen) → entbehrlich, da Gemeinde Kaufinteresse nicht beeinflussen kann			
	Teichwitz	Fehlmeldung			
	Weißendorf	- Reduzierung Zuschuss an den Freien Träger der Kita durch Erhöhung der Elternbeiträge (trotz Erhöhung der Beiträge trat der geplante Konsolidierungserfolg aufgrund gestiegener Ausgaben) → entbehrlich (Gemeinde überprüft Gebühren regelmäßig und passt diese an; zuletzt im jährlichen Rhythmus)			

	Zeulenroda-Triebes, Stadt	- Erhöhung Pachteinnahmen (aufgrund eines einmaligen Abgangs uneinbringlicher Forderungen in Höhe von 16.000 € konnte die geplante Mehreinnahme insgesamt nicht erzielt werden) ➔ entbehrlich, da ohne Berücksichtigung der uneinbringlichen Forderung das Ziel erreicht wird			
	Zeulenroda-Triebes, Stadt (Fortsetzung)	- Energetische Optimierung (trotz sinkender Verbrauchswerte und Einsparungen bei den Verbrauchskosten, konnte der geplante Konsolidierungsbetrag nicht erreicht werden, weil die steigenden Verbrauchspreise der Verbrauchssenkung entgegenwirken) ➔ entbehrlich, da kein Einfluss auf Preisgestaltung - Bibliothek (die geplante Senkung des städtischen Zuschusses konnte nicht erreicht werden, da sich die Nutzerzahl reduzierte und pandemiebedingt geschlossen war) ➔ entbehrlich, da pandemiebedingt - Betreibung Naturbad Triebes (der geplante Konsolidierungserfolg wurde nur geringfügig unterschritten) ➔ entbehrlich, da Nichterfüllung <2% - Betreibung Strandbad (der geplante Konsolidierungserfolg wurde unterschritten) ➔ entbehrlich, da zeitweise pandemiebedingte Schließung sowie verspätete Abrechnung des Betreibers			
	Zedlitz*	Fehlmeldung (Ausnahme von Erstellung HSK zugelassen)			

Anmerkungen:

* Für die Gemeinden Bocka, Hundhaupten und Zedlitz wurde im Haushaltsjahr 2021 eine Ausnahme zur Erstellung des HSK gemäß § 53a Abs. 1 Satz 2 ThürKO zugelassen, da die Fehlbeträge entsprechend gering waren. Ein entsprechender Vermerk wurde in die Tabellen aufgenommen. Ab 2022 besteht die Haushaltssicherungspflicht "nur noch" aufgrund geringer Fehlbeträge in Vorjahren. Im Finanzplanungszeitraum rechnen alle drei Kommunen ausschließlich mit Überschüssen (Stand Haushaltsplan 2022).

** Die Gemeinde Hartmannsdorf erstellte im Haushaltsjahr 2021 kein HSK, auch wurde keine Ausnahme zugelassen. Da die Gemeinde sich zum 01.01.2023 jedoch auflöst und der Stadt Bad Köstritz zugeordnet wird, haben wir im Rahmen unseres Ermessens von weiteren rechtsaufsichtlichen Maßnahmen abgesehen. Der Antrag auf Neugliederung liegt dem TMIK bereits vor und ist im Gesetzentwurf für das nächste Neugliederungsgesetz eingearbeitet. Ein entsprechender Vermerk wurde in die Tabellen aufgenommen.

Anmerkung: Für die Gemeinde Rückersdorf bestand und besteht nach nochmaliger Prüfung tatsächlich keine Verpflichtung zur Erstellung eines HSK. Dies haben wir in der Tabelle von März 2022 falsch angegeben. Wir bitten diesen Fehler zu entschuldigen. Somit besteht "nur" für 18 Gemeinden eine HSK-Pflicht.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
GTH	Bad Tabarz	- (Die Neukalkulation der Friedhofsgebühren soll laut 1. Fortschreibung des HSK nunmehr im Haushaltsjahr 2022 wirksam werden.)	-	-	-
GTH	Sonneborn	-	-	-	-
GTH	Herrenhof*	-	-	-	-

* Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes besteht erst ab 2022

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
HBN	**Kl. Veßra**	keine	keine	keine
HBN	Schleusegrund (HSK mit lediglich „interner Bindungswirkung“, weil Beschluss aber ohne Genehmigung)	keine, weil einzelne Maßnahmen (bspw. Erhöhung von Abgaben) aus dem nicht-genehmigungsfähigen HSK umgesetzt, ansonsten wiederholte Erinnerung an HSK-Pflicht (im Rahmen von Eingangsbestätigung HH-Satzung/en		
HBN	Ummerstadt (HSK mit lediglich „interner Bindungswirkung“, weil Beschluss aber ohne Genehmigung)	keine, weil einzelne Maßnahmen (bspw. Erhöhung von Abgaben) aus dem nicht-genehmigungsfähigen HSK umgesetzt, ansonsten wiederholte Erinnerung an HSK-Pflicht (im Rahmen von Eingangsbestätigung HH-Satzung/en		
HBN	Auengrund (HSK mit lediglich „interner Bindungswirkung“, weil Beschluss aber ohne Genehmigung)	keine, weil einzelne Maßnahmen (bspw. Erhöhung von Abgaben) aus dem nicht-genehmigungsfähigen HSK umgesetzt, ansonsten wiederholte Erinnerung an HSK-Pflicht (im Rahmen von Eingangsbestätigung HH-Satzung/en		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
IK	Die Gemeinde Elgersburg hat mit Berichterstattung vom 13.04.2022 alle Maßnahmen umgesetzt.	Keine	keine	keine
	Die Gemeinde Martinroda legte der Rechtsaufsichtsbehörde kein HSK vor. Hinweise zur Haushaltssicherungspflicht der Gemeinde wurden gegeben. Fehlbeträge sind nicht erheblich.	Keine	Keine	Keine
	Die Stadt Plaue legte der Rechtsaufsichtbehörde kein HSK vor. Hinweise zur Haushaltssicherungspflicht der Gemeinde wurden gegeben. Fehlbeträge sind nicht erheblich.	Keine	keine	Keine
	Die Stadt Großbreitenbach war im Haushaltjahr 2021 nicht haushaltssicherungspflichtig.	keine	keine	Keine

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
KYF – Abtsbessingen	Der Bürgermeister verzichtet ab dem 01.08.2014 auf 250 € **Entschädigung** monatlich - **entbehrlich**	-	-	-
	Gemeinderat verzichtet ab dem 01.01.2015 auf das **Sitzungsgeld - entbehrlich**	-	-	-
	Optimierung der Verfügungsmittel ab 01.01.2014, Absenkung der Verfügungsmittel ab 01.01.2014 auf 200 €, ab 01.01.2019 wurden die Verfügungsmittel auf 500 € jährlich angehoben **- entbehrlich**	-	-	-
	Kommunale Gemeinschaftsarbeit - Der Gemeinderat hat beschlossen, zur Sicherung des Haushaltes, dass der Bürgermeister beauftragt wird, Verhandlungen im Bereich kommunaler Gemeinschaftsarbeit m Brandschutz durchzuführen -> Nach Gesprächen mit den Mitgliedern	-	-	-

	der Ortsfeuerwehr wurde dort abgelehnt, sich mit anderen Wehren zusammenzuschließen. Somit wurden bislang keine Gespräche wegen evtl. Zusammenschlüsse geführt **– entbehrlich**, da seitens der Gemeinde Abtsbessingen nunmehr geplant ist, die eigene Ortsfeuerwehr wieder aufzubauen			
	Zuschüsse Dorffest - Die Zuschüsse für Dorffest und Rentnerweihnachtsfeier sollten ab 2014 gestrichen werden. Diese Maßnahme wurde nicht konsequent umgesetzt, da eine Verringerung des Zuschusses durch das Akquirieren von Spenden erreicht werden soll **– entbehrlich**	-	-	-
	Jugendclub -> die Jugendlichen sollen Strom- und Wasserverbrauch mittragen und es sollen Öffnungszeiten festgelegt werden. Bisher erfolgte keine Umsetzung der Maßnahme, jedoch sollen Öffnungszeiten des Jugendclubs festgelegt werden. Bei einer Nichtnutzung des Jugendclubs wird darauf geachtet, dass sämtliche Geräte ausgestellt werden, so können die Energiekosten reduziert werden. Des Weiteren ist geplant, die 50%ige Kostenerstattung der Betriebskosten durch das Landratsamt zu beantragen **– nicht entbehrlich**	-	-	-
	Optimierung Personal KITA (Kürzung der Arbeitszeit der Putzfrau und Köchin (1 Arbeitskraft) von 6 auf 5 Stunden täglich. Diese Maßnahme wurde gestrichen, da die Auslastung der Einrichtung so hoch ist, dass keine Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist und auch in Zukunft nicht möglich sein wird.	-	-	-
	Optimierung Personal KITA (Kürzung der Arbeitszeit der Leiterin von 8 auf 7 Stunden täglich. Diese	-	-	-

	Maßnahme wurde gestrichen, da die Auslastung der Einrichtung so hoch ist, dass keine Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist und auch in Zukunft nicht möglich sein wird.			
	• **Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung** In den vergangenen Jahren konnte der Friedhof als kostendeckende Einrichtung geführt werden. Aus diesem Grund soll eine Neukalkulation der Friedhofsgebühren durchgeführt werden. Bislang konnte noch keine neue Friedhofsgebührensatzung erarbeitet und beschlossen werden. Eine Neufassung der Friedhofsgebührensatzung sollte bis zum 31.12.2017 erarbeitet sein. Für die Kalkulation der Friedhofsgebühren soll die Kalkulation der Stadt Ebeleben als Grundlage dienen. Da diese aber bisher noch nicht abschließend bearbeitet wurde und noch nicht vorliegt, war auch die Umsetzung der Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Abtsbessingen noch nicht möglich **– erheblich**	-	-	-
	Bürgertreff und Gaststätte - anfallende Betriebskosten für Bürgertreff und der Gaststätte sollen auf die Nutzer umgelegt werden, so dass die Betriebskosten gedeckt sind. Umsetzung erfolgt ab dem HHJ 2022 **- erheblich**	-	-	-
KYF - Borxleben	**-**	-	-	-
KYF – Ebeleben	• **Überarbeitung der Friedhofsgebührensatzung – erheblich** Die Friedhofsgebührensatzung befindet sich in Überarbeitung.	-	-	-

	Da in der neu erstellten Friedhofsgebührenkalkulation keine kalkulatorischen Kosten enthalten waren, muss die im Dezember 2021 beschlossene Friedhofsgebührensatzung nochmals überarbeitet werden. Es ist davon auszugehen, dass die Friedhofsgebührensatzung und Friedhofssatzung voraussichtlich Mitte des Jahres 2022 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Inwiefern der Stadtrat den sich aus der Kalkulation ergebenden Friedhofsgebühren zustimmt, bleibt abzuwarten.			
	• **Überprüfung der Pachtverträge / Mietverträge - Erhöhung des Pachtzinses / Miete (Gartenland, landwirtschaftliche Flächen etc.) – erheblich** Eine Umsetzung dieser Maßnahme ist durch den Fachbereich Bauen und Ordnung noch nicht vollständig erfolgt. Teilweise wurden die Pachtverträge bereits überarbeitet. Es ist jedoch geplant, weiterhin konsequenter die bestehenden Pacht- und Mietverträge zu überprüfen und entsprechend der in dem Stadtratsbeschluss gefassten Mieten und Pachten anzupassen. Die Anpassung der Miet- und Pachtverträge gestaltet sich jedoch sehr schwierig, da verschiedene Aspekte des Miet- und Baurechts beachtet und umgesetzt werden müssen, so dass mit einem Abschluss der Überarbeitung der Miet- und Pachtverträge auch im HHJ 2022 nicht zu rechnen ist.	-	-	-
KYF - Etzleben	**HH-Stelle 7600.1504 Erhöhung der Einnahmen/ Benutzungsgebühren für das Dorfgemeinschaftshaus**	-	-	-

	- Entbehrlich Durch die Corona-Pandemie konnte keine Nutzen aus der Erhöhung des Benutzungsentgeltes gezogen werden, da durch die Corona-Pandemie nur geringe Nutzungen des DGH erfolgten.			
KYF - Gehofen	-	-	-	-
KYF - Kalbsrieth	**Änderung der Satzung für die Erhebung der Hundesteuer der Gemeinde Kalbsrieth (Hundesteuersatzung) mit Wirkung zum 01.01.2021** Die Hundesteuer soll 35,00 € (ermäßigt 17,50 €) für den 1. Hund und 40,00 € (ermäßigt 20,00 €) für den 2. Hund sowie jeden weiteren Hund betragen. - **entbehrlich:** Der Gemeinderat der Gemeinde Kalbsrieth behält sich vor, die neuen Steuerbeträge noch weiter zu erhöhen und abweichend von den oben genannten Werten entsprechende Mehreinnahmen zu generieren. Vom Bürgermeister wurde ausgehend von diesem Hintergrund die Beschlussfassung aus das Haushaltsjahr 2022 verschoben.	-	-	-
KYF – Mönchpfiffel-Nikolausrieth	-	-	-	-
KYF –	-	-	-	-

Niederbösa				
KYF – Reinsdorf	**Reduzierung der Personalkosten einer Mitarbeiterin im KITA-Bereich durch die Neubesetzung der Stelle zu geringerer Erfahrungsstufe nach Eintritt einer Mitarbeiterin in das Rentenalter** Der Gemeinderat der Gemeinde Reinsdorf beschließt den Bürgermeister zu legitimieren, die Wiederbesetzung der Stelle im Kindergarten „Kindernest“ in Reinsdorf vorzunehmen. - **entbehrlich:** Die betreffende Mitarbeiterin entschied sich gegen einen vorzeitigen Renteneintritt. Diese geplante Konsolidierungsmaßnahme wird im Rahmen der 5. Fortschreibung durch eine gleichwertige Maßnahme ersetzt.	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Landkreise zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: Landkreis Nordhausen

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (ggf. ersetzt durch andere Maßnahmen?)
Maßnahme Nr. 2011-4 Einführung einer Gebührensatzung für die Durchführung der Gefahrenverhütungsschauen – für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Gebühreneinnahme i. H. v. 15.000 € gerechnet – das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 1.730,00 € → bedingt durch **CORONA** und Gefahrenverhütungsschauen bei kreiseigenen Schulen führen zu keinen Einnahmen – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2011-13 Verbesserung der Einnahmen - Bußgelder – **Haushaltsstelle 01.1110.260000** o für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 65.000 € gerechnet o das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 42.079,06 € → bedingt durch **den Sollabgang auf Kassenreste** i. H. v. rund 6.700 € – **Haushaltsstelle 01.4810.260000** - Bußgelder bei Rechtsverstößen im Bereich Unterhalt o für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Einnahme i. H. v. 60.000 € gerechnet o das Rechnungsergebnis 2021 beträgt -7.378,66 € → bedingt durch **die Pauschale Restebereinigung** i. H. v. rund -81.100 €) – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**
Maßnahme Nr. 2012-19 Ausgabenerstattung VWH – Zweckverbände – für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Einnahme i. H. v 858.000 € gerechnet – das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 854.880,33 € – an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten – **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2013-25
Gewinnausschüttung Südharzwerke Nordhausen - Entsorgungsgesellschaft mbH

- für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Einnahme i. H. v 84.100 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 75.757,50 €
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2014-30
Einnahmen aus Nebenforderungen

- für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Einnahme i. H. v 150.000 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 0,00 € → bedingt durch **die Pauschale Restebereinigung** i. H. v. rund -88.000 €)
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2015-42
Immobilienleasing

- für das Haushaltsjahr 2021 wurde mit einer Ausgabe i. H. v. 7.100 € gerechnet
- das Rechnungsergebnis 2021 beträgt 7.132,20 €
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Maßnahme Nr. 2018-49
Reduzierung der Ausgaben für die Unterhaltung von Schulgebäuden

- der vertraglich vereinbarte Mindestrahmen für die Gebäudeunterhaltung war nicht ausreichend, um kurzfristig auftretende Schäden bzw. Havarien, welche sich in Folge des über viele Jahre entstandenen Unterhaltungsrückstaus häufen, zu beheben
- an dieser Maßnahme wird weiterhin festgehalten
- **Kennzeichnung: erheblich**

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Landkreise zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung (Schreiben des TMIK an das TLVwA vom 21.01.2016 und 30.01.2017)

Tabelle 1

Landkreis: Unstrut-Hainich-Kreis

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (ggf. ersetzt durch andere Maßnahmen?)
M1 – nicht unwesentlich – der Verwaltungsrat der SPK UH hatte zur Zahlung einen Beschluss mit gemindertem Betrag gefasst. Dies sei aus wirtschaftlichen Aspekten entstanden.
M3 – hier kommt es lediglich zu einer zeitlichen Verschiebung innerhalb des Konsolidierungszeitraums.
M5a – wegen des Fehlens der Berücksichtigung entgangener Schulumlage wird die Maßnahme künftig nicht mehr mit einem Konsolidierungseffekt aufgezeigt
M17 – entbehrlich, Maßnahme mit geringem konsolidierungspotenzial. Dennoch wird die Verwaltung nach Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung die benutzungs- und Entgeltordnungen des Hauses prüfen und anpassen. Potenzial besteht für die Zukunft.
M27 – nicht unwesentlich – leider konnte das Projekt zum Schullandheim nicht weiter verfolgt werden, der Zugriff auf Fördermittel konnte nicht realisiert werden. Es war vorgesehen, das SLH zu sanieren und über Vereinbarungen aus einer fremden Betreibung Einnahmen zu generieren und entstandene Kosten einzutreiben, derzeit ist der Verkauf des Objektes in Bearbeitung
M33 entbehrlich – man konnte sich nicht auf den angedachten Erbbaurechtsvertrag verständigen. Es bleibt bei Mietzahlungen des Vereins zugunsten des UHK.
M40 – erheblich, nicht unbedingt betragsmäßig aber für zukünftige Abläufe, Innerhalb des Projektsteckbriefes zu Maßnahme 40 stand als Meilenstein die Überarbeitung der bestehenden Verfahrensabläufe innerhalb des Allgemeinen Sozialen Dienstes, was zu 60 % erfolgt ist. Ein weiterer wichtiger Meilenstein ist die Erarbeitung von Standards beim Erstellen des Arbeitskonzeptes(Instrument der Hilfeplansteuerung). Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben sind an diesem Prozess vor allem die Kinder/Jugendlichen und Sorgeberechtigten zu beteiligen und werden von den Fachkräften (öffentl. und freier Jugendhilfeträger) unterstützt. Daher sind hier Schulungen für die freien Träger hinsichtlich des Arbeitskonzepts geplant. Des Weiteren sind gemeinsame Schulungen zwischen öffentlichen und freien Trägern im Bereich der Hilfeplanung vorgesehen. Pandemiebedingt konnten beide Schulungen in 2021 nicht stattfinden.

M41 – erheblich, Das Konsolidierungsziel in Maßnahme 41 konnte nicht umgesetzt werden, da es im Rahmen der stationären Eingliederungshilfe zu einem stetigen Fallanstieg (2019 durchschnittl. 25,83 Fälle, 2020 durchschnittl. 32,17 Fälle) kam.
M42 – erheblich, Hinsichtlich des vorgesehenen Fachcontrollings in der Maßnahme 42 konnten die dafür benötigten personellen Ressourcen noch nicht abschließend geklärt werden.
M43 – erheblich, Die Mehrausgaben in Maßnahme 43 resultierten aus zum Zeitpunkt der Zielerstellung nicht planbaren Kostenerstattungen an andere Landkreise/Städte.
M45 – erheblich, Die Mehrausgaben in Maßnahme 45 resultierten aus zum Zeitpunkt der Zielerstellung nicht planbaren Kostenerstattungen an andere Landkreise/Städte.
M47 – entbehrlich, die Abrechnungsmodalitäten wurden noch einmal angepasst
M52 – nicht wesentlich, der abgebende Vertragspartner SD Worx GmbH hat im Jahr 2021 für die Einrichtung von Sichtrechten auf Datenbestände und Abruf von Gehaltsbeträgen aus dem Jahr 2020 in der Summe höhere Kosten verursacht als zunächst angenommen, so dass im Kalenderjahr 2021 noch nicht die tatsächliche Kostenersparnis zum Tragen kommen konnte.
M56 und M57 – erheblich, die Maßnahmen 56 und 57 im Bereich Soziales konnten im Jahr 2021 nicht umgesetzt werden. Corona bedingt konnte die geplante Einsparung in 2021 nicht umgesetzt werden. Es erfolgten Nachzahlungen für Corona bedingte Schließungen und gleichzeitig erhöhten verschiedene Behinderteneinrichtungen des SGB IX ungeplant die Vergütungssätze. Ebenso konnten 2 Fallmanager erst zum Ende des Jahres 2021 eingestellt werden. Die erforderliche Software für das Case-Management fand erst im November 2021 statt. Mit der vollen Einsatzfähigkeit der erforderlichen Fallmanager und der neuen Software kann dann schrittweise eine personenzentrierte Bearbeitung umgesetzt und finanzielle Mittel eingespart werden.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SHK/ Stadtroda	Kindereinrichtungen: Überprüfung der Elterngebühren sowie Vereinheitlichung der Betreiberverträge = erheblich - Unterschiedliche Betreiberverträge der verschiedenen Kindereinrichtungen, Änderung einzelner Verträge zur Anpassung an andere Verträge (Vereinheitlichung) würde zu einer Mehrbelastung für die Stadt führen - Festlegung der Elterngebühren obliegt dem Träger der Einrichtung im Benehmen mit der Stadt, corona-bedingt keine Erhöhungen vorgenommen ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			

	Parkflächen: Umsetzung der Vorgaben des erstellten Parkraumkonzeptes = erheblich - Umstellung der Tarife erst in 2022 ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	Dorfgemeinschaftshäuser: Prüfung der Änderung der Betreibung der DGH´s durch eine private oder juristische Person (etwa ortsansässiger Verein) = erheblich - Übernahme der Betreibung des Dorfgemeinschaftshaus Gernewitz durch ansässigen Verein positiv verhandelt - Nutzung des DGH übergangsweise für Waldkindergarten (Ausweichquartier) - Erst danach Übergang der Betreibung ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	Schützenhaus: Vertrag über die Anmietung des Saales/ Foyers durch die Stadt Stadtroda, Wegfall Kostenbeteiligung der Stadt ab 2026, in Umsetzung des sich derzeit in Arbeit befindlichen umfassenden Konzeptes des Gesamtareals = erheblich - unveränderter Bestand, Umsetzung Ergebnisse Quartierskonzept ausstehend ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			

SHK/ Hainichen	XIX.13 Erhöhung Feuerwehrgebühren: entbehrlich, hier ist nur mit geringen Einnahmen zu rechnen. Die Umsetzung ist für 2022 angedacht. ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	XIX.00 Verringerung Aufwandsentschädigung: entbehrlich, nur geringe Einsparungen ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
SHK/ Dornburg- Camburg	XIX 03: -Anpassung Altpachtverträge: Die Anpassung der Altpachtverträge wurde in 2020/2021 bei Änderungen, z.B. Eigentümerwechsel, vorgenommen. Bis 2022 / 2023 sollen alle Altpachtverträge angepasst werden. -entbehrlich ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	XIX 30: -Erstellung einer Vereins- und Kulturförderrichtlinie -entbehrlich, die Umsetzung ist für 2022 vorgesehen ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	XIX 46: -Anhebung Kindergartengebührensatzung -erheblich, die Satzung wurde bereits mehrere Male im Sozial- und Hauptausschuss behandelt. Die endgültige Umsetzung erfolgt 2022.			

	➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
	XIX 57: -Überarbeitung Gebührensatzung Freibad Camburg -entbehrlich, die Umsetzung fand 2021 Corona bedingt nicht statt. Sie ist für 2022/2023 vorgesehen. ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
SHK/ Rauda	Der Sportplatz soll an den ortansässigen Verein verpachtet werden. Dadurch könnten Einsparungen im Bereich freiwillige Leistungen generiert werden. Eine Entscheidung und eventuelle Umsetzung ist für das Jahr 2022 geplant. ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
SHK/ Poxdorf	Verkauf von Teilflächen des Gemeindegrundstücks FlurSt.Nr. 30/14 in Flur 1 Gemarkung Poxdorf als Baugrundstücke; Verkauf der alten Scheune, konnte im Kalenderjahr 2021 nicht umgesetzt werden ist aber als Konsolidierungsmaßnahme für 2022 berücksichtigt ➔ Prüfung der Umsetzung im Rahmen der Fortschreibung 2022			
SHK/ Graitschen	Fehlmeldung			
SHK/ Bürgel	Fehlmeldung			

SHK/ Weißenborn	Fehlmeldung			
SHK/ Bobeck	Fehlmeldung			
SHK/ Albersdorf	Fehlmeldung			
SHK/ Scheiditz	Fehlmeldung			
SHK/ Schöngleina	Fehlmeldung			
SHK/ Stadt Kahla	Fehlmeldung			
SHK/ Lehesten	Fehlmeldung			
SHK/ St. Gangloff	Fehlmeldung			
SHK/ Kleinbockedra	Fehlmeldung			
SHK/ Großbockedra	Fehlmeldung			
SHK/ Lippersdorf/ Erdmannsdorf	Fehlmeldung			
SHK/ Renthendorf	Fehlmeldung			
SHK/ Rattelsdorf	Fehlmeldung			
SHK/ Bremsnitz	Fehlmeldung			
SHK/	Fehlmeldung			

Großpürschütz				
SHK/ Großeutersdorf	Fehlmeldung			
SHK/ Kleineutersdorf	Fehlmeldung			
SHK/ Walpernhain	Fehlmeldung			

Anmerkungen:

Altenberga: Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht genehmigt (25.02.22)
Crossen: erstmaliges HSK derzeit in Bearbeitung
Frauenprießnitz: erst seit 2022 in der Pflicht
Freienorla: Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht genehmigt (27.07.21)
Großlöbichau: 2021 Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht (keine Pflicht nach ThürCorPanG)
Hartmannsdorf: erstmaliges HSK derzeit in Bearbeitung
Karlsdorf: Antrag auf Befreiung HSK am 03.06.2021 genehmigt
Möckern: HSK 2021 nicht genehmigungsfähig/ HSK 2022 Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht
Mörsdorf: HSK 2021 nicht vorgelegt/2022 Antrag auf Befreiung
Neuengönna: Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht genehmigt (16.04.21)
Ruttersdorf-Lotschen: Antrag auf Befreiung HSK-Pflicht genehmigt (08.04.21)

Keine dieser zuletzt genannten 11 Gemeinden verfügte 2021 über ein genehmigtes HSK bzw. eine Fortschreibung. Aufgrund dessen liegt für 2021 keine Berichtspflicht vor.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

kreisfreie Stadt: Suhl

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmenkatalog Nr. 4 **Zuweisung EB KDS - Sparmaßnahmen** Reduzierung des Zuschusses an den Eigenbetrieb KDS durch Leistungskürzung	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 5 **Straßenbeleuchtung Wohnungsbaugesellschaften** Verlustminderung Eigenbetrieb KDS durch Übernahme der Straßenbeleuchtung durch die Wohnungsbaugesellschaften	entbehrlich
Maßnahmenkatalog Nr. 7 **Sportstätten/Sporthallen** Betriebskostenbeteiligung, Verkauf/Schließung von 2 Sporthallen	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 9 **Zentrale Bußgeldstelle** Einführung mobiler bzw. fester Blitzgeräte	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 23 **Erträge Gartenpacht** Erhöhung der Erträge aus der Gartenpacht	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 28 **Betrieb und Unterhalt Tierpark** Anpassung Entgeltordnung	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 31 **Betrieb Stadtbücherei** Steigerung der Erträge aus diversen Quellen	entbehrlich
Maßnahmenkatalog Nr. 33 **Etablierung eines Sozialhilfecontrollings** Schaffung einer Stelle 0,5 VbE für den Bereich Sozialhilfecontrolling	entbehrlich, da Einsparungen anderweitig erzielt werden
Maßnahmenkatalog Nr. 36 **Entgelte Volkshochschule** Erhöhung Kursentgelte	entbehrlich
Maßnahmenkatalog Nr. 37 **Gebührenstruktur Musikschule** Überarbeitung der Gebührenstruktur mit Inkrafttreten zum 01.02.2016	erheblich

Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder frist-gemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) (Begründungen siehe Anlage 2)	**Bewertung (erheblich*/ entbehrlich)**
Maßnahmenkatalog Nr. 42 **Vollstreckung** Erhöhung der Realisierungsquote	erheblich
Maßnahmenkatalog Nr. 51 **KDS - Straßenbeleuchtung** Umrüstung auf LED-Leuchten zur Stromeinsparung	erheblich

* Konsolidierungspotential ges. > 150 T€

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
73	Cursdorf: Fehlmeldung Katzhütte: Fehlmeldung Leutenberg: Fehlmeldung Uhlstädt-Kirchhasel: Fehlmeldung Drognitz: Fehlmeldung Lehesten: Fehlmeldung			
	Bad Blankenburg: - Kurbeitragssatzung – entbehrlich (RAB hat weiterhin Schriftverkehr zum Erlass der Satzung)			
	Gräfenthal - Marktgebührensatzung – entbehrlich - Friedhofsgebührensatzung – entbehrlich			

	- Kostenersatz Feuerwehr – entbehrlich (RAB mit Terminsetzung in der Genehmigung des HSK)			
	Probstzella - energetische Sanierung – entbehrlich (Konzepterstellung über Fördermittel) - Verkauf Gebäude – entbehrlich (trotz mehrfacher Ausschreiben kein Käufer) - Satzungsänderungen – entbehrlich (Überarbeitung wird durch RAB kontrolliert)			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
066012 SM Gem. Birx	Nachdem das am 05.06.2020 beschlossene HSK der Gemeinde Birx gemäß des unangefochtenen Versagungsbescheides vom 08.07.2020 als nicht genehmigungsfähig zurückgewiesen wurde, hatte die Gemeinde entgegen ihrer Verpflichtung, die Genehmigungsfähigkeit durch weitere Maßnahmen herzustellen, das HSK nicht weiter fortgeschrieben. Insofern verfügt die Gemeinde Birx auch im Jahr 2021 über kein genehmigtes HSK. Die Gemeinde Birx wurde erneut aufgefordert zu prüfen, inwieweit zusätzliches Einsparpotential möglich ist.			

066074 SM Stadt Brotterode-Trusetal	**Einführung digitaler Sitzungsdienst: entbehrlich**, da zunächst mit beträchtlichen Ausgaben verbunden, Kosteneinsparung, wenn überhaupt nur marginal, hoher Einführungsaufwand, da nicht alle Stadträte technikaffin sind.			
066074 SM Stadt Brotterode-Trusetal	**Veräußerung kommunalen Vermögens: entbehrlich**, da Gegenmaßnahmen erfolgt sind: Veräußerung Kommunalwald (Erlös: 1,5 Mio. €, Mehrerlös von ca. 500 T€), nicht benötigtes Grundvermögen steht weiterhin in der Vermarktung, kaum bis kein Käuferinteresse			
066074 SM Stadt Brotterode-Trusetal	**Nichtwiederbesetzung einer Stelle im Bauhof: erheblich, rechtsaufsichtliche Maßnahme wurde nicht ergriffen, Begründung:** der Wegfall der Stelle erfolgte nunmehr zum 31.01.2022 mit dem Ausscheiden eines Mitarbeiters			
066074 SM Stadt Brotterode-Trusetal	**Kündigung Mitgliedschaft Geopark: entbehrlich**, da im Gegenzug Fördermittel für überregionale Projekte über den Geopark bereitgestellt werden, notwendiger Partner zur Entwicklung der touristischen Infrastruktur			
066052 SM Gem. Oberweid	**Beschäftigter Bauhof: entbehrlich**; Thematik **kommunale Zusammenarbeit mit Stadt Kaltennordheim (OT Unterweid)** - zu dieser Maßnahme gibt es derzeit keine neuen Erkenntnisse, siehe Berichterstattung zum Rechnungsjahr 2019; die Gemeinde Oberweid hat aber die Stelle im Aufgabenbereich Bauhof bereits ab dem Jahr 2020 von 1,0 Vollzeit auf 0,75 Vollzeit reduziert			

066 SM Oberhof	**Umstrukturierung von Pflichtaufgaben im Bereich des Unterhalts kommunaler Straßen und Wege** **- entbehrlich -** Die Maßnahme ist weiterhin zurückgestellt, da die Stadt Oberhof die prognostizierten positiven Effekte auch ohne zusätzliches Personal realisieren konnte. Durch die Übernahme des Räum- und Streudienstes an der Skihalle konnten ca. 35.000 EUR zusätzliche Einnahmen generiert werden. Durch den Ankauf von Arbeitsgeräten und Maschinen können kleinere Straßenunterhaltungsmaßnahmen selbst ausgeführt werden. Eine Neubewertung der Maßnahme erfolgt jährlich im Rahmen der Fortschreibung des HSK.			
066061 SM Gem. Roßdorf	**Anpassung Friedhofsgebühren** – **entbehrlich** Kalkulation der Friedhofsgebühren derzeit in Bearbeitung; Änderungssatzung tritt voraussichtlich noch im Jahr 2022 in Kraft; zu erwartende Mehreinnahmen ca. 500 € unerheblich; die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Roßdorf wurde bereits im Ergebnis des Jahres 2020 wieder erreicht			
066073 SM Gem. Sülzfeld	Nachdem das am 02.11.2020 beschlossenen HSK der Gemeinde Sülzfeld nach Anhörung vom 15.01.2020 gemäß des unangefochtenen Versagungsbescheides vom 17.05.2020 als nicht genehmigungsfähig zurück-			

	gewiesen wurde hatte die Gemeinde entgegen ihrer Verpflichtung, die Genehmigungsfähigkeit durch weitere Maßnahmen herzustellen, das HSK nicht weiter fortgeschrieben. Insofern verfügt die Gemeinde Sülzfeld auch im Jahr 2021 über kein genehmigtes HSK. Die Gemeinde Sülzfeld bleibt weiterhin aufgefordert zu prüfen, inwieweit zusätzliches Einsparpotential möglich ist.			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SÖM	Kölleda	**Anpassung Satzung über den Kostenersatz der freiwilligen Feuerwehr Kölleda → entbehrlich,** Auftrag zur Erstellung der Kalkulation wurde extern vergeben, bisherige Satzung wird noch aufgehoben, Umsetzung der Maßnahme nach 2022 verschoben, in vorgelegter Fortschreibung des HSK entsprechend berücksichtigt **Anpassung der Elternbeiträge der Kindertagesstätten der Stadt Kölleda → entbehrlich,** Erhöhung der Elternbeiträge konnte politisch noch nicht umgesetzt werden **Prüfung der Garagenmieten und Nutzungsentgelte → entbehrlich,** Überprüfung sollte im Laufe des Jahres 2021 vorgenommen werden, ist aber noch nicht erfolgt **Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Stadt Kölleda das in 2021 beabsichtigte Konsolidierungspotenzial trotz der fehlenden Umsetzung der benannten drei Maßnahmen übererfüllen konnte.**			

SÖM	Riethgen	**Gemeindeneugliederung → entbehrlich**, Beschluss Gemeindeneugliederung wurde am 21.04.2021 durch Gemeinderat gefasst, Beschluss Eingliederung Gemeinde Riethgen in die Landgemeinde Kindelbrück und Ratifizierung Entwurf des Vertrags über die Eingliederung am 25.01.2022 durch Gemeinderat gefasst **Rechtsaufsichtliche Maßnahmen waren nicht notwendig, da die Gemeinde Riethgen voraussichtlich zum 01.01.2023 durch das ThürGNGG 2022 aufgelöst und in die Gemeinde Kindelbrück eingegliedert wird.**			

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SOK	**BAD LOBENSTEIN (erheblich)** - Zweckvereinbarung Übertragung Aufgaben Standesamt Hirschberg an Bad Lobenstein (eingeführt 01.01.2020; aufgehoben 31.12.2021); Grund: ab 2023 soll Tanna als erfüllende Gemeinde für Hirschberg eintreten, daher wurde Standesamt an Tanna übertragen; rechtsaufsichtliche Maßnahmen sind nicht angezeigt. - Erhebung Kurbeitrag für Ortsteile musste aus rechtlichen Gründen wieder aufgehoben werden, Kurbeitrag nur für Kurzentrum möglich; keine rechtsaufsichtlichen Maßnahmen angezeigt - Streichung Reserve für mögliche Havarien Ardesia Therme nicht umgesetzt, da erheblicher Reparaturbedarf bestand	-	-	-
SOK	**EßBACH** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**GEFELL** Fehlmeldung (kein HH und HSK 2021)	-	-	-

SOK	**Hirschberg** Fehlmeldung (alles umgesetzt)	-	-	-
SOK	**Keila** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Oberoppurg** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Oppurg** Fehlmeldung (HSK beendet und alle Maßnahmen umgesetzt)	-	-	-
SOK	**Quaschwitz** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Ranis** Fehlmeldung (alle Maßnahmen werden umgesetzt)	-	-	-
SOK	**Schöndorf** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Solkwitz** Fehlmeldung (alle Maßnahmen umgesetzt)	-	-	-
SOK	**Tanna – erheblich** - Einnahmen aus Nutzung der Sportanlagen durch Schulsport; Verhandlungen mit SOK laufen; Abschluss einer Nutzungsvereinbarung ist nicht abzusehen; - keine rechtsaufsichtliche Maßnahme angezeigt - Klage gegen Kreisumlagebescheid 2017 in Form des Widerspruchsbescheides wurde fristgemäß eingelegt,	-	-	-

	verfahren läuft – keine rechtsaufsichtliche Maßnahme angezeigt			
SOK	**Weira** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Wernburg** Fehlmeldung (Ausnahme zur Aufstellung HSK zugelassen)	-	-	-
SOK	**Wurzbach – erheblich** - Senkung der Aufwandsentschädigung Ortsteil-BGM SR-Beschluss erhielt keine erforderliche Mehrheit Stadt Wurzbach; keine rechtsaufsichtliche Maßnahme ergriffen	-	-	-

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
		§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
SON	Betreibung des Rasenplatzes Stadion durch Sportverein - Entbehrliche Maßnahme – Realisierung lt. Rechtsverordnung zum Thür.Sportfördergesetz kaum möglich	Keine Beanstandung, aufgrund der gesetzlichen Regelung		
	Beteiligung des Sportvereins an den Betriebskosten der Turnhalle - Entbehrliche Maßnahme – Realisierung lt. Rechtsverordnung zum Thür.Sportfördergesetz kaum möglich	Keine Beanstandung, aufgrund der gesetzlichen Regelung		
	Verkauf von nichtnotwendigen Immobilien (Wohnhäuser) - Erhebliche Maßnahme – Realisierung aus personellen Gründen bisher nur teilweise möglich, ist noch im Konsolidierungsplan enthalten, Einholung Wertgutachten 2022 geplant	Keine Beanstandung, da Konsolidierungsziel weiter verfolgt wird		

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
UHK	Anrode	Prüfung eines Verkaufs der landwirtschaftlichen Flächen an eine zu gründende Stiftung unter kommunalen Einfluss Gründung der Stiftung konnte noch nicht vollzogen werden und wird vor dem Hintergrund der anstehenden Fusion nicht weiter verfolgt Verkauf eines Grundstückes im OT Lengefeld – soll im Jahr 2022 umgesetzt werden *Entbehrlich, vor dem Hintergrund der beschlossenen Gemeindeneugliederung und auch auf Grund des positiven Ergebnisses der Jahresrechnung 2021*			
UHK	Dünwald	keine			
UHK	Sundhausen	Erlass einer Sondernutzungsgebührensatzung wurde um ein Jahr auf 2022 verschoben			

		Neuer Nutzungs- und Verpachtungskonzept des Dorfgemeinschaftshauses wurde um ein Jahr auf 2022 verschoben Verkauf gemeindeeigenes Grundstück (Bauhof) Ausschreibung wurde bisher noch nicht vorgenommen, da Gemeinde das Grundstück noch nutzt *Entbehrlich, da die Jahresrechnung 2021 keinen Fehlbetrag ausweist und eine erheblich über den Mindestrücklagenbestand liegende Allgemeine Rücklage vorhanden ist, eine Haushalts- und Finanzplanung 2022 liegen der RAB (noch) nicht vor*			
UHK	Tottleben	Anpassung Friedhofsgebühren wurde erneut um ein Jahr nun auf 2022 verschoben Anpassung Benutzungsgebühren Dorfgemeinschaftshaus wurde erneut um ein Jahr nun auf 2022 verschoben Anpassung Hundesteuer / Steuersätze wurde erst im Jahr 2022 umgesetzt Neubau von 4 Windkrafträdern Im Regionalplan Nordthüringen in 2020 keine weiteren Windkrafträder im Gemeindegebiet vorgesehen *Entbehrlich, da Haushalts- und Finanzplanung 2022 ausgeglichen vorliegen*			

Anmerkung: Für die **Stadt Nottertal-Heilinger** Höhen war für das Jahr 2021 die Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes entfallen. Das Zweite Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (2. ThürCorPanG) vom 23.03.2021 (GVBl. Seite 115) beinhaltet im Artikel 2 Ergänzungen des § 62 a der Thüringer Kommunalordnung. Danach entfällt die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes im Haushaltsjahr 2021 bei Vorliegen der Gründe des § 53 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ThürKO. Für die Stadt Nottertal-Heilinger Höhen bestand die Verpflichtung nach § 53 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ThürKO.

Berichtspflicht über den Stand der Haushaltskonsolidierung der Gemeinden zum 31.12.2021 auf Basis der Jahresrechnung 2021
hier: nicht realisierte Maßnahmen bezogen auf Nr. C.5 Abs. 2 der VV-Haushaltssicherung

Tabelle 1

Land-kreis	Kommune	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der Maßnahmen, die nicht qualifiziert oder fristgemäß umgesetzt wurden (aus Formular XIX. für kameral bzw. XVII. für doppisch buchende Gemeinden übernehmen) Kennzeichnung: - entbehrlich, - erheblich (wurden die Maßnahmen ggf. durch andere ersetzt? Begründung warum keine RA Maßnahmen ergriffen wurden)	Konkrete, inhaltliche Beschreibung der rechtsaufsichtlichen Maßnahmen, die gegenüber der Kommune ergriffen wurden, nach		
			§ 120 ThürKO	§ 121 ThürKO	§ 122 ThürKO
WAK	Unterbreizbach	Erhöhung Friedhofsgebühren; neue Gebührensatzung erst ab 01.07.2022 – angesichts Überschuss dauernde Leistungsfähigkeit Jahresrechnung 2021 von 4.168.537 EUR entbehrlich - keine Maßnahme seitens RAB;	entfällt	entfällt	entfällt
	Krauthausen	entfällt	entfällt	entfällt	entfällt
	Ruhla	Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie wegen Corona erlassen- Umfang etwa 1.000 EUR- Erheblich; mit Genehmigung 1. Fortschreibung HSK vom 26.04.2022 Auflage Ersatzmaßnahme zu ergreifen	entfällt	entfällt	entfällt

Frage 62.1: Welche Gemeinden und Landkreise erhielten in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 2014 bis 2021 für welchen Zweck Überbrückungshilfen (bitte nach Jahren getrennt aufführen)? Inwieweit handelte es sich dabei um rückzahlbare oder nicht rückzahlbare Überbrückungshilfen?

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Höhe und Zweck der rückzahlbar gewährten Überbrückungshilfe															
			2014	Zweck	2015	Zweck	2016	Zweck	2017	Zweck	2018	Zweck	2019	Zweck	2020	Zweck	2021	Zweck
	-	Gera, kreisfrei	7.099.742,00															
	AP	Kranichfeld			310.000,00													
	AP	Magdala							249.275,00									
	AP	Nohra					739.177,00											
	GTH	Sonneborn									465.367,00		414.494,00					
	GTH	Warza							135.840,00									
	HBN	Ummerstadt															151.916,00	
	IK	Frauenwald							642.724,00									
	IK	Gehlberg					55.497,00											
	KYF	Kalbsrieth			457.359,37													
	SHK	Bobeck									50.500,00							
	SHK	Hainichen					60.070,00		76.540,00									
	SHK	Heideland							223.819,00								371.711,73	
	SHK	Kahla					406.000,00											
	SHK	Kleinbockedra											40.202,00					
	SHK	Lehesten					103.246,00											
	SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf							42.915,93									
	SHK	Rattelsdorf											11.326,00					
	SHK	Rauda					50.000,00											
	SHK	Renthendorf													43.764,00			
	SHK	St. Gangloff											1.293.349,00		765.652,39			
	SHK	Waldeck					62.000,00		54.550,00									
	SHK	Walpernhain											46.877,00					
	SLF	Bad Blankenburg							677.000,00									
	SLF	Gräfenthal			253.407,92												173.000,00	
	SLF	Piesau					136.326,00											
	SLF	Reichmannsdorf									64.342,00							
	SLF	Schmiedefeld					179.323,00											
	SM	Brotterode-Trusetal			125.298,15													
	SM	Oberhof							307.580,00									
	SOK	Bucha					40.124,00											
	SOK	Döbritz					15.000,00											
	SOK	Gefell			117.088,20													
	SOK	Wurzbach					32.033,00											
	SON	Lauscha			385.900,00													
	UH	Issersheilingen											30.316,00					
	UH	Marolterode							177.863,77		100.862,50		137.680,00					
	UH	Obermehler			157.961,47		449.356,22											
	WAK	Diedorf							89.000,00									
			7.099.742,00		1.807.015,11		2.328.152,22		2.677.107,70		681.071,50		1.974.244,00		809.416,39		696.627,73	

Frage 62.2: Wann sollte die Rückzahlung erfolgen und wurde dies realisiert?

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Zeitpunkt der zurückzuzahlenden Überbrückungshilfe								Rückzahlung planmäßig erfolgt?
			2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	-	Gera, kreisfrei	Rückzahlung in Höhe von 7.099.742,00 EUR bis 15.07.2019								X
	AP	Kranichfeld		Rückzahlung in Höhe von 310.000,00 EUR in 7 Raten von 2018 bis 10.11.2020*							X
	AP	Magdala				Rückzahlung in Höhe von 249.275,00 EUR bis 30.04.2018					X
	AP	Nohra			Rückzahlung in Höhe von 739.177,00 EUR bis 15.11.2017						X
	GTH	Sonneborn					Rückzahlung in Höhe von 318.581,00 EUR bis 15.12.2018 sowie in Höhe von 146.786,00 EUR bis 31.07.2019	Rückzahlung in Höhe von 414.494,00 EUR bis 31.07.2019			X
	GTH	Warza				Rückzahlung in Höhe von 135.840,00 EUR bis 30.09.2017					X
	HBN	Ummerstadt								Rückzahlung in Höhe von 151.916,00 EUR bis 01.12.2021	X
	IK	Frauenwald				Rückzahlungen in Höhe von 330.750,00 EUR sowie 311.974,00 EUR in 7 Raten von 2019 bis 2025					Gemäß § 58 des 1. ThürGNGG 2019 **entfielen durch Neugliederung die festgesetzten Rückzahlungen** im Sinne des § 24 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 ThürFAG.
	IK	Gehlberg			Rückzahlung in Höhe von 55.497,00 EUR bis 30.06.2020						Gemäß § 58 des 1. ThürGNGG 2019 **entfiel durch Neugliederung die Rückzahlung** eines Restbetrages in Höhe von 36.151,00 EUR

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Zeitpunkt der zurückzuzahlenden Überbrückungshilfe								Rückzahlung planmäßig erfolgt?
			2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	KYF	Kalbsrieth		Rückzahlung in Höhe von 457.359,37 EUR bis 31.12.2016							X
	SHK	Bobeck					Rückzahlung in Höhe von 50.500,00 EUR bis **30.09.2018**				Verrechnung mit der am **30.11.2018** ausgezahlten Bedarfszuweisung
	SHK	Hainichen Ühilfe 2016			Rückzahlung in Höhe von 60.070,00 EUR bis 31.03.2017						X
	SHK	Hainichen Ühilfe 2017				Rückzahlung in Höhe von 76.540,00 EUR bis **30.03.2018**					Verrechnung mit der am **10.09.2018** ausgezahlten Bedarfszuweisung
	SHK	Heideland				Rückzahlung in Höhe von 223.819,00 EUR bis 30.10.17				Rückzahlung in Höhe von 100.000 EUR bis 15.12.2021 und in Höhe von 271.711,73 EUR bis 31.03.2022	X
	SHK	Kahla			Rückzahlung in Höhe von 406.000,00 EUR bis 31.12.2016						X
	SHK	Kleinbockedra						Rückzahlung in Höhe von 40.202,00 EUR bis 30.06.2020			Verrechnung mit der am 27.11.2019 ausgezahlten Bedarfszuweisung in Höhe von 28.013,00 EUR; Zahlung der Restforderung in Höhe von 12.189,00 EUR in 6 Raten von 2023 bis 2028
	SHK	Lehesten			Rückzahlung in Höhe von 103.246,00 EUR bis 31.03.2017						X
	SHK	Lippersdorf-Erdmannsdorf				Rückzahlung in Höhe von 42.915,93 EUR bis 14.12.2017					X
	SHK	Rattelsdorf						Rückzahlung in Höhe von 11.326,00 EUR bis 30.06.20			X
	SHK	Rauda			Rückzahlung in Höhe von 50.000,00 EUR bis 31.12.2016						X
	SHK	Renthendorf							Rückzahlung bis 04.12.2020		X

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Zeitpunkt der zurückzuzahlenden Überbrückungshilfe								Rückzahlung planmäßig erfolgt?
			2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	SHK	St. Gangloff						Rückzahlung in Höhe von 1.293.349,00 EUR bis 30.06.2020	teilweise Rückzahlung in Höhe von 765.652,39 EUR bis 30.06.2022		Restforderung in Höhe von 390.000,00 EUR bis 30.06.2023
	SHK	Waldeck Überbrückungshilfe 2016			Rückzahlung in Höhe von 62.000,00 EUR bis 31.12.2016						X
	SHK	Waldeck Überbrückungshilfe 2017				Rückzahlung in Höhe von 54.550,00 EUR bis 01.12.2017					X
	SHK	Walpernhain						Rückzahlung in Höhe von 46.877 EUR 31.08.2020			X
	SLF	Bad Blankenburg				Rückzahlung in Höhe von 677.000,00 EUR bis 29.09.2017					X
	SLF	Gräfenthal		Rückzahlung in Höhe von 253.407,92 EUR bis 31.03.2017						Rückzahlung in Höhe von 173.000,00 EUR bis 01.12.2021	x
	SLF	Piesau			Rückzahlung in Höhe von 136.326,00 EUR bis 31.12.2016						x
	SLF	Reichmannsdorf					Rückzahlung in Höhe von 64.342,00 EUR bis 31.12.2018				X
	SLF	Schmiedefeld			Rückzahlung in Höhe von 179.323,00 EUR bis 30.12.2016						X
	SM	Brotterode-Trusetal		Rückzahlung in Höhe von 125.298,15 bis 31.08.2016							X
	SM	Oberhof				Rückzahlung in Höhe von 307.580,00 EUR bis 30.06.2018					X
	SOK	Bucha			Rückzahlung in Höhe von 40.124,00 EUR bis 30.6.2017						X
	SOK	Döbritz			Rückzahlung in Höhe von 15.000,00 EUR bis 31.12.2016						X
	SOK	Gefell		Rückzahlung in Höhe von 117.088,20 EUR bis 31.08.2015							X

Schlüssel	Land-kreis	Kommune	Zeitpunkt der zurückzuzahlenden Überbrückungshilfe								Rückzahlung planmäßig erfolgt?
			2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	
	SOK	Wurzbach			Rückzahlung in Höhe von 32.033,00 EUR bis 31.12.2016						X
	SON	Lauscha		Rückzahlung in Höhe von 385.900,00 EUR bis 30.06.2016							X
	UH	Issersheilingen						Rückzahlung in Höhe von 30.316,00 EUR bis 30.06.2020			Gemäß § 32 des 2. ThürGNGG 2019 entfiel durch **Neugliederung** die Rückzahlung des Restbetrages in Höhe von 15.807,00 EUR
	UH	Marolterode				Rückzahlung in Höhe von 177.863,77 EUR bis 31.12.2017	Rückzahlung in Höhe von 100.862,00 EUR bis 15.12.2018	Rückzahlung in Höhe von 137.680,00 EUR bis 30.11.2019			X
	UH	Obermehler		Rückzahlung in Höhe von 157.961,47 EUR bis 31.12.2016	Rückzahlung in Höhe von 176.570,17 EUR bis 30.12.2016						X
	UH	Obermehler			Rückzahlung in Höhe von 272.786,05 EUR bis 30.12.2016						X
	WAK	Diedorf				Rückzahlung in Höhe von 89.000,00 EUR bis 31.12.207					X
		gesamt	7.099.742,00	1.807.015,11	2.328.152,22	2.677.107,70	681.071,00	1.974.244,00	809.416,39	696.627,73	

* Siehe hierzu auch Antwort zu Frage 63

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens im Freistaat Thüringen: Aktueller Umsetzungsstand, Implementationsprobleme und Perspektiven

Evaluationsbericht des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Verfasst von Doris Böhme, Kathrin Blasch und Markus Heindl

Inhalt

Tabellenverzeichnis 1
Vorwort 2
1. Zum aktuellen Stand der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens im Freistaat Thüringen 4
1.1 Befürwortung der bestehenden Optionslösung durch die Kommunen in Thüringen 4
1.2 Aktueller Umstellungsstand 4
1.3 Die Kommunen bereiten sich nicht auf Umstellungspflicht vor 5
1.4 Fachwissen zur Doppik vielerorts nicht vorhanden 6
1.5 Gründe, warum die Kommunen umstellen oder planen umzustellen 6
1.6 Gründe, warum die Kommunen nicht umstellen 7
1.7 Ziele, die die Kommunen mit der Umstellung auf Doppik verbinden 8
2. Implementationsprobleme im Rahmen der Reform des Haushalts- und Rechnungswesen im Freistaat Thüringen 9
2.1 Unterschätzung des personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwandes für die Umstellung auf Doppik 9
2.2 Kompetenzprobleme auf kommunaler Ebene 10
2.3 Koordinationsprobleme zwischen Kommunen und Bundesland 10
2.4 Zur Rolle der Beratungsunternehmen 11
3. Perspektiven für den weiteren Verlauf des Reformprozesses des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen im Freistaat Thüringen 13

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kameralistik oder Doppik per Gesetz durch die Landesebene? (Angaben in %) 4

Tabelle 2: Aktueller Stand der Umstellung von Kameralistik auf Doppik in den Kommunen 4

Tabelle 3: Erstes doppisches Haushaltsjahr der doppisch buchenden Kommunen (Angaben in absoluten Zahlen) 5

Tabelle 4: geplantes erstes doppisches Haushaltsjahr (Angaben in absoluten Zahlen) 5

Tabelle 5: Vorbereitung auf Umstellungspflicht 5

Tabelle 6: Führung der Vermögensgegenstände in Anlagenbuchhaltung 5

Tabelle 7: Aufbewahrung der Belege für Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten 6

Tabelle 8: Doppik als Teil der Ausbildung/ Studium des Kämmerers und des Bürgermeisters (Angaben in %) 6

Tabelle 9: Gründe für die Umstellung auf Doppik (Angaben in absoluten Zahlen) 6

Tabelle 10: Gründe, warum die Kommunen nicht umstellen (Angaben in %) 7

Tabelle 11: Ziele, die mit der Umstellung auf Doppik verbunden werden (Angaben in absoluten Zahlen) 8

Tabelle 12: Implementationsprobleme der Kommunen (Angaben in absoluten Zahlen) 9

Tabelle 13: Kompetenzprobleme in den Kommunen – Stimmungsbild I (Angaben in %) 10

Tabelle 14: Koordinationsprobleme – Stimmungsbild der Kommunen II (Angaben in %) 11

Tabelle 15: Die Rolle der Beratungsunternehmen 11

Tabelle 16: potentielle Zusammenarbeit der Kommunen mit Beratungsunternehmen 12

Tabelle 17: bisherige Zusammenarbeit der Kommunen mit Beratungsunternehmen 12

Vorwort

Die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens, welche im Kern die Umstellung des kameralistischen öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) beinhaltet, gehört seit Beginn der 1990er Jahre zu den Kernelementen der Verwaltungsreform in Deutschland. Das Konzept „Doppik“ hat flächendeckend Eingang in die kommunale Haushaltsordnung aller Bundesländer gefunden. Mittlerweile wird die Umstellung auf Doppik von der Mehrzahl der Bundesländer (13) für deren Kommunen per Gesetz verpflichtend vorgeschrieben. In Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Saarland und Sachsen sind die Kommunen verpflichtet, ihr Haushalts- und Rechnungswesen auf die doppelte Buchführung umzustellen. In Schleswig-Holstein haben die Gemeinden die Wahl, ihren Haushalt nach den Grundsätzen der Doppik oder der erweiterten Kameralistik zu führen. Auch in Hessen bestand bis 2011 zunächst eine Wahlmöglichkeit für die Kommunen zwischen der Umstellung ihres Haushaltswesens auf die Doppik oder die erweiterte Kameralistik. Im Dezember 2011 wurde die Kommunalverfassung dahingehend novelliert, dass nun auch in Hessen die Umstellung auf die doppische Buchführung verpflichtend vorgeschrieben wird. In den Bundesländern Bayern und Thüringen hat der Gesetzgeber den Gemeinden durch die Wahl zwischen Doppik und Kameralistik auf unbestimmte Zeit bisher einen sehr weiten Gestaltungsspielraum eingeräumt. Hier können die Gemeinden beim Status Quo (Kameralistik) verbleiben oder ihr Haushaltswesen nach den doppischen Grundsätzen reformieren.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland hat der Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg eine Befragung der Gemeinden und Städte in Bayern und Thüringen durchgeführt. Für die Entwicklung des Fragebogens haben wir zunächst explorative, leitfadengestützte Experteninterviews mit Mitarbeitern von Innenministerien sowie mit kleinen Kommunen in Bayern durchgeführt. Diese Interviews eröffneten einen ersten inhaltlichen Zugang zum Untersuchungsfeld und verschafften einen Überblick über die besonders relevanten Probleme des Reformprozesses. Die erhaltenen Informationen dienten als Grundlage für die Entwicklung des Fragebogens, der im Januar 2013 elektronisch an alle Gemeinden der Länder Bayern und Thüringen (N = 2982) versendet wurde. Die bereits doppisch buchenden Gemeinden dieser beiden Länder wurden im November 2012 (vor dem Online-Versand) auch postalisch angeschrieben. Ziel dieses Vorgehens war es, einen hohen Rücklauf besonders unter den doppisch buchenden Gemeinden zu generieren, um einen Einblick in die vor Ort auftretenden Implementations- und Koordinationsherausforderungen zu gewinnen. Abschließend war ein Rücklauf von 784 Fragebögen (26,3 Prozent) zu verzeichnen.

Aufgrund des großen Interesses an den Ergebnissen haben wir zwei Berichte – einen für Bayern und einen für Thüringen – erstellt, die die Resultate dieser Befragung zusammenfassen. Im Folgenden finden Sie die Ergebnisse der Befragung der **Thüringer Gemeinden und Städte**. Leider war der Rücklauf für die Online-Befragung in Thüringen nach sozialwissenschaftlichen Kriterien nicht besonders hoch: von 897 angeschriebenen Gemeinden in Thüringen haben lediglich 133 an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht einem Rücklauf von 14,8 Prozent. Dennoch geben die Ergebnisse einen Überblick zum aktuellen Umsetzungsstand der Reform im Freistaat und vermitteln einen Eindruck zur Bewertung dieses umfangreichen Reformvorhabens durch die Thüringer Kommunen, welcher für die Kommunen selbst und auch für die Akteure auf der Länderebene Landesbene? interessant sein dürfte.

Wir bedanken uns recht herzlich bei allen Beteiligten des Forschungsprojektes und ganz besonders bei den Thüringer Kommunen für die Teilnahme an der Befragung.

Bamberg, November 2013

Doris Böhme, Kathrin Blasch und Markus Heindl

Diplompolitologin (Univ.)

Doris Böhme

Projektleitung und ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Aktuell Doktorandin an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH), B.Sc.

Kathrin Véronique Blasch

Ehemalige wissenschaftliche Hilfskraft und Masterstudentin am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Diplompolitologe (Univ.)

Markus Heindl

Ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verwaltungswissenschaft der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Aktuell tätig als Referent beim Gemeinsamen Bundesausschuss.

1. Zum aktuellen Stand der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens im Freistaat Thüringen

Seit 2009 haben die Kommunen im Freistaat Thüringen die Möglichkeit, ihre Haushalts- und Rechnungswesen nach den Grundzügen der doppischen Buchführung oder der herkömmlichen Verwaltungsbuchführung zu gestalten (§ 52aThürKO). Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Kommunen in Thüringen demnach nicht per Gesetz verpflichtet das Haushaltssystem von Kameralistik auf Doppik umzustellen, sondern die Kommunen können darüber frei entscheiden. Aufgrund dieser Wahlmöglichkeit ist der Umstellungsprozess im Freistaat bisher noch nicht weit fortgeschritten. Aktuell buchen in Thüringen lediglich 42 kommunale Haushalte doppisch: Darunter sind zwei kreisfreie Städte (von insg. sechs), eine Gemeinde (von insg. 942) und fünf Verwaltungsgemeinschaften (inklusive ihrer Mitgliedsgemeinden) sowie ein Landkreis (von insg. 17).

1.1 Befürwortung der bestehenden Optionslösung durch die Kommunen in Thüringen

Die bestehende Optionslösung, die Wahl zwischen Kameralistik und Doppik als Buchführungssystem für die kommunalen Haushalte, wird von 43,6% der befragten Kommunen (insgesamt 133) befürwortet. Interessant ist, dass sich ca. ein Viertel der befragten Kommunen zu keiner der vorgeschlagenen möglichen gesetzlichen Regelungen positioniert. Zur Präferenz der thüringischen Kommunen – ob sie lieber die Kameralistik oder die Doppik als Haushaltssystem vom Land vorgeschrieben haben wollen - lässt sich auf Basis der Daten keine klare Aussage treffen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Kameralistik oder Doppik per Gesetz durch die Landesebene? (Angaben in %)

	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
Kommunen sollen selbst entscheiden, welches Modell sie verwenden wollen	25,5	4,5	43,6	26,3
Per Gesetz einheitliches System für alle Kommunen vorschreiben – egal ob Doppik oder Kameralistik	36,9	2,3	33,9	27,1
Doppik als einheitliches System für alle Kommunen vorschreiben	46,6	3	22,5	27,8
Kameralistik als einheitliches System für alle Kommunen vorschreiben	37,6	4,5	31,6	26,3

1.2 Aktueller Umstellungsstand

Die Mehrheit der befragten Kommunen (82,7%) plant derzeit nicht, ihr Haushalts- und Rechnungswesen freiwillig auf die Doppik umzustellen. Elf Kommunen reformieren ihr Haushalts- und Rechnungswesen nach den doppischen Grundsätzen und zwölf Gemeinden planen eine freiwillige Umstellung. Auf die Frage, ob es für die Umstellung auf Doppik bereits eine Terminplanung gibt, hat jedoch nur eine dieser zwölf planenden Gemeinden mit „Ja“ geantwortet.

Tabelle 2: Aktueller Stand der Umstellung von Kameralistik auf Doppik in den Kommunen

	Häufigkeit	Prozent
Nein, wir planen keine freiwillige Umstellung.	110	82,7
Ja, wir planen eine freiwillige Umstellung.	12	9,0
Wir befinden uns bereits im Umstellungsprozess.	4	3,0
Die Umstellung auf Doppik ist abgeschlossen.	7	5,3
Gesamt	**133**	**100,00**

Die Mehrheit der bereits doppisch buchenden Kommunen (fünf von sieben) bucht seit 2011 doppisch.

Tabelle 3: Erstes doppisches Haushaltsjahr der doppisch buchenden Kommunen (Angaben in absoluten Zahlen)

2009	2010	2011	Gesamt
1	1	5	**7**

Nach und nach werden die aktuell reformierenden Gemeinden auf die Doppik umstellen und ihr öffentliches Haushalts- und Rechnungswesen nach dem neuen System führen (Tabelle 4): etwa eine Kommune pro Jahr. Bei diesem Reformtempo und unter Beibehaltung der aktuellen gesetzlichen Regelungen zieht sich der Umstellungsprozess im Freistaat jedoch noch Jahrzehnte hin.

Tabelle 4: geplantes erstes doppisches Haushaltsjahr (Angaben in absoluten Zahlen)

2013	2014	2015	2016	Gesamt
1	1	2	1	**5**

1.3 Die Kommunen bereiten sich nicht auf Umstellungspflicht vor

Sollte die Landesregierung die aktuell bestehende Optionslösung ändern und die Doppik als Haushalts- und Rechnungswesen verpflichtend vorschreiben, ist die Mehrzahl der Kommunen in Thüringen nicht vorbereitet. Auf die Frage – ob sich die Kommune auf die Umstellung auf Doppik vorbereitet, welche in den nächsten Jahren möglicherweise verpflichtend für alle Kommunen in Thüringen eingeführt wird – antworten 75,7% der Befragten (103) mit „Nein“ (Tabelle 5).

Tabelle 5: Vorbereitung auf Umstellungspflicht

Vorbereitung auf Umstellungspflicht	Häufigkeit	Prozent
Ja	25	24,3
Nein	78	75,7
Insgesamt	**103**	**100,0**

Die Fragen zu Tabelle 6 und 7 konkretisieren die Maßnahmen zur Vorbereitung und zeigen ein ähnliches Bild. Am 1. Januar 2005 endete der zeitliche Anwendungsbereich für den Ansatz von Vergleichs- oder Erfahrungswerten bei der Erstbewertung der Vermögensgegenstände (vgl. § 2 ThürGemBV). Aufgrund dessen wurden die Kommunen gefragt, ob sie im Hinblick auf diesen Stichtag, die ab dem 1. Januar 2005 erworbenen oder hergestellten Vermögensgegenstände in einer Anlagenbuchhaltung führen.

Tabelle 6: Führung der Vermögensgegenstände in Anlagenbuchhaltung

Führung der Vermögensgegenstände in Anlagenbuchhaltung	Häufigkeit	Prozent
Ja	38	36,9
Nein	37	35,9
Weiß nicht	12	11,7
Keine Angaben	23	22,3
Insgesamt	**103**	**100,0**

Daran anschließend wurden die Kommunen gefragt, ob sie im Hinblick auf den oben genannten Stichtag die für eine Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten erforderlichen Belege gesondert aufbewahren (Tabelle 7).

Tabelle 7: Aufbewahrung der Belege für Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten

Aufbewahrung der Belege für Bewertung nach Anschaffungs- und Herstellungskosten	Häufigkeit	Prozent
Ja	33	32,0
Nein	38	36,9
Weiß nicht	14	13,6
Keine Angabe	18	17,5
Insgesamt	**103**	**100,0**

Im Ergebnis zeigt sich an dieser Stelle, dass ein nennenswerter Anteil der an der Umfrage teilnehmenden Kommunen – nämlich über ein Drittel – auch nach Ablauf des Stichtags keine Vorkehrungen für die Einführung der Doppik getroffen hat.

1.4 Fachwissen zur Doppik vielerorts nicht vorhanden

Die Mehrheit der Kämmerer ist mit der doppischen Buchführung vertraut, da diese Teil der Ausbildung gewesen ist (54,9%). Bei den Bürgermeistern fällt das Wissen über dieses Buchführungssystem jedoch schlechter? aus, da lediglich 19,5% der Bürgermeister angeben, dass die Doppik Teil ihrer Ausbildung oder ihres Studiums gewesen ist (Tabelle 8).

Tabelle 8: Doppik als Teil der Ausbildung/ Studium des Kämmerers und des Bürgermeisters (Angaben in %)

	Ja	Nein	Keine Angabe
Doppik als Teil der Ausbildung des Kämmerers	54,9	35,3	9,8
Doppik als Teil der Ausbildung des Bürgermeisters	19,5	78,9	1,5

1.5 Gründe, warum die Kommunen umstellen oder planen umzustellen

Im Folgenden werden einige Gründe aufgeführt, die die Gemeinden und Städte zur Umstellung ihres Haushaltswesens auf die doppische Buchführung veranlasst haben. Bei den befragten Kommunen handelt es sich um insgesamt 23 Gemeinden, welche derzeit umstellen oder den Prozess bereits abgeschlossen haben (11) sowie planen umzustellen (12). Drei Gründe werden von der Mehrheit der Kommunen angegeben: 13 der 23 befragten Kommunen stellen auf die Doppik um, weil sie die Doppik für das bessere Haushalts- und Rechnungswesen halten. 14 der 23 Gemeinden reformieren ihr Haushaltswesen, weil sie davon ausgehen, dass in Zukunft die Doppik per Gesetz verpflichtend vorgeschrieben wird. Drittens, zehn der befragten Kommunen geben die Überzeugung des Kämmerers von den Vorteilen des doppischen Haushaltssystems als Umstellungsgrund an (Tabelle 9).

Tabelle 9: Gründe für die Umstellung auf Doppik (Angaben in absoluten Zahlen)

Unsere Kommune stellt um/ hat umgestellt, weil …	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
weil die Doppik das bessere Haushalts- und Rechnungssystem für die Kommunalverwaltung ist.	3	6	13	1
weil der Landkreis umstellt oder umgestellt hat.	12	2	7	2
weil die Umstellung Teil unseres Wahlprogrammes ist.	20	1	1	1
weil der Gemeinde-/Stadtrat es so will.	15	2	5	1
weil wir davon ausgehen, dass in Zukunft die Pflicht zur Umstellung auf Doppik kommt.	3	5	14	1
weil wir mit der Zeit gehen wollen.	11	3	8	1
weil wir Modellkommune sind.	18	1	3	1
weil auch andere Kommunen unserer Region umstellen/ umgestellt haben.	13	4	5	1
weil unser/e Kämmerer/ Kämmerin von der Doppik überzeugt ist.	7	4	10	2

Darüber hinaus konnten die befragten Kommunen weitere Gründe für die Umstellung auf Doppik anführen (freies Textfeld). Dabei wurde viermal die mit der Doppik mögliche bessere Darstellung der Vermögenslage und Übersichtlichkeit des Haushaltes erwähnt. In einer Kommune wurde aufgrund der positiven Erfahrungen des Kämmerers und in einer anderen Kommune aufgrund der anfänglichen Euphorie über das doppische System das Haushalts- und Rechnungswesen reformiert.

1.6 Gründe, warum die Kommunen nicht umstellen

Die Mehrheit der befragten Kommunen, welche nicht auf die Doppik umstellen (insg. 110), hält die Kameralistik für das bessere Haushaltskonzept (27,8%), sieht in der Doppik keinen Mehrwert zur kameralen Haushaltswirtschaft (37,6%) oder kann sich die Umstellung auf Doppik nicht leisten (34,6%). Leider haben zwischen 27% und fast 31% der Kommunen zu dieser Frage keine Angaben gemacht (Tabelle 10).

Tabelle 10: Gründe, warum die Kommunen nicht umstellen (Angaben in %)

Unsere Kommune stellt nicht um, weil …	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angaben
die Kameralistik das bessere Haushalts- und Rechnungssystem für die Kommunalverwaltung ist.	11,3	15,8	27,8	27,8
der Landkreis nicht umstellt oder nicht plant umzustellen.	21,8	13,5	17,3	30,1
die Umstellung nicht Teil unseres Wahlprogrammes ist.	44,3	3,8	3,8	30,8
der Gemeinde-/Stadtrat die Umstellung nicht unterstützt.	30,9	9,0	12,0	30,8
wir nicht davon ausgehen, dass in Zukunft die Doppik per Gesetz vorgeschrieben wird.	15,8	12,8	24,8	29,3
sich die Kommune die Umstellung nicht leisten kann.	9,1	11,3	34,6	29,3
Doppik keinen Mehrwert zu Kameralistik bietet	6,8	9,0	37,6	29,3
auch andere Kommunen unserer Region nicht umstellen.	13,6	12,0	27,8	29,3
das Land nicht auf Doppik umstellt.	15,8	12,0	24,8	30,1

Darüber hinaus konnten die befragten Kommunen auch bei dieser Frage weitere Gründe gegen die Umstellung auf Doppik anführen (freies Textfeld). Die Gründe, warum die Kommunen sich nicht für eine Umstellung ihres Haushalts- und Rechnungswesens entscheiden, sind vielfältig. Über 30 Einträge haben die befragten Kommunen bei dieser Frage getätigt. Hervorzuheben ist dabei die besonders häufige Nennung des unverhältnismäßigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses, welches mit der Umstellung von Kameralistik auf Doppik verbunden wird. Dabei beziehen sie sich auch auf Erfahrungsberichte aus anderen Bundesländern (z.B. Hessen). Zudem kritisieren die befragten Kommunen, dass sich eine Umstellung besonders für kleine Gemeinden nicht lohnt oder die Ressourcen (Zeit, Geld, Wissen, Personal) für den Reformprozess nicht zur Verfügung stehen. Zudem halten einige der Gemeinden dieses Reformprojekt für unwichtig und wollen mit den zur Verfügung stehenden knappen Ressourcen „wichtigere Themen“ angehen.

1.7 Ziele, die die Kommunen mit der Umstellung auf Doppik verbinden

Die Kommunen, welche aktuell die Umstellung auf Doppik planen, sich im Umstellungsprozess befinden oder den Reformprozess bereits abgeschlossen haben (23) verbinden ganz unterschiedliche Ziele mit der Haushaltsmodernisierung (Tabelle 11).

Tabelle 11: Ziele, die mit der Umstellung auf Doppik verbunden werden (Angaben in absoluten Zahlen)

Mit der Umstellung auf Doppik verfolgt die Kommune folgende Ziele:	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
Haushaltskonsolidierung erreichen.	14	3	5	1
Pro-Kopf-Verschuldung senken.	12	6	4	1
Neue finanzielle Spielräume erschließen.	9	3	10	1
Mehr Transparenz für die Verwaltung und ihre Mitarbeiter herstellen.	1	4	16	2
Mehr Transparenz für Gemeinde-/Stadträte herstellen.	3	5	14	1
Mehr Transparenz für Bürger herstellen.	4	7	11	1
Neues betriebswirtschaftliches Denken in der Verwaltung initiieren.	2	3	17	1
Neue Möglichkeiten für die Steuerung der Aufgabenerfüllung eröffnen,	2	4	15	2
Vergleichbarkeit der Kommunen untereinander erhöhen.	1	9	12	1

Für die Mehrheit der befragten Kommunen ist das Ziel der Transparenz von besonderer Bedeutung. Die Kommunen erhoffen sich von der Doppik vor allem eine größere Transparenz für die kommunale Verwaltung und deren Mitarbeiter, für die Gemeinde-/Stadträte und für die Bürger der Gemeinde. Zudem verbinden 17 der 23 Kommunen das Ziel der Initiierung von betriebswirtschaftlichem Denken in der Verwaltung mit dem Reformkonzept Doppik und 15 Kommunen hoffen sich damit neue Möglichkeiten für die Steuerung der Aufgabenerfüllung zu eröffnen. Interessant ist, dass Ziele wie die Senkung der kommunalen Verschuldung oder die Haushaltskonsolidierung eine untergeordnete Rolle spielen, während das Ziel der Erschließung neuer finanzieller Spielräume für immerhin zehn der befragten Kommunen relevant ist. Auch bei der offenen Frage, welche anderen Ziele die Kommunen bei der Umstellung auf Doppik verfolgen, fallen wieder die Schlagworte „Transparenz“ und „Steuerungsmöglichkeiten“ sowie „Vergleichbarkeit der Kommunen“.

2. Implementationsprobleme im Rahmen der Reform des Haushalts- und Rechnungswesen im Freistaat Thüringen

Auf die problematische Implementation der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens in Deutschland wurde in verschiedenen Studien, Dokumentationen und in einer Vielzahl an Publikationen bereits hingewiesen. Im Folgenden werden Ergebnisse aus der Befragung der thüringischen Kommunen vorgestellt. Dabei decken sich diese mit Erfahrungsberichten aus anderen Ländern (z.B. Nordrhein-Westfalen).

2.1 Unterschätzung des personellen, zeitlichen und finanziellen Aufwandes für die Umstellung auf Doppik

Die Antworten der insgesamt elf Kommunen, welche aktuell auf die Doppik umstellen oder diesen Prozess bereits abgeschlossen haben, zeigen, dass vor allem die Unterschätzung des zeitlichen aber auch des personellen und finanziellen Aufwandes die Hauptprobleme der Implementation dieser Reform darstellen (Tabelle 12). Zudem wird von acht Kommunen die fehlende Unterstützung von Seiten der Landesebene bemängelt. Darüber hinaus stimmen immerhin vier der zwölf Kommunen der Aussage zu, dass die Umstellung auf Doppik und die damit verbundenen Transaktionskosten zum Rückbau der freiwilligen Aufgaben führen.

Tabelle 12: Implementationsprobleme der Kommunen (Angaben in absoluten Zahlen)

Folgende Probleme sind in der Kommune im Zuge der Umstellung von Kameralistik auf Doppik aufgetreten:	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
Unterschätzung des personellen Aufwands	0	5	4	2
Unterschätzung der finanziellen Kosten.	2	5	3	1
Unterschätzung des zeitlichen Aufwands.	0	2	8	1
Rückbau freiwilliger Aufgaben aufgrund fehlender finanzieller, personeller oder zeitlicher Kapazitäten, die durch die Umstellung auf Doppik gebunden werden.	5	1	4	1
Notwendiges Fachwissen in der Kommunalverwaltung für diesen Prozess fehlt.	4	3	3	1
Unterstützung im Gemeinde-/Stadtrat nimmt ab.	7	2	1	1
Bürger kritisieren die Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens.	6	2	2	1
Unterstützung von Seiten der Landesebene fehlt.	0	2	8	1
keine Probleme.	7	1	1	2

Die bezifferbaren Kosten für die Implementation der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens liegen im sechsstelligen Bereich: Der Mittelwert, der von den Kommunen angegebenen finanziellen Kosten, liegt bei 104.166, 67 Euro.

2.2 Kompetenzprobleme auf kommunaler Ebene

Neben konkreten und aktuell auftretenden Problemen wurden alle Kommunen in Thüringen auch nach potentiellen Herausforderungen und Einschätzungen des Reformprozesses befragt. Die folgenden Fragen wurden allen an der Umfrage teilnehmenden Kommunen gestellt (133). Dabei ist für Thüringen besonders auffällig, dass sich ca. ein Drittel der befragten Kommunen zu keiner der Aussagen positioniert hat. Dennoch ergeben sich zwei interessante Tabellen, die ein kommunales Stimmungsbild zeichnen und zwei thematische Schwerpunkte abbilden: Kompetenz (Tabelle 13) und Koordination (Tabelle 14) im Rahmen der Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens.

Tabelle 13: Kompetenzprobleme in den Kommunen – Stimmungsbild I (Angaben in %)

Mit der Einführung der Doppik geht einher:	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
Die Mitarbeiter unserer Kommunalverwaltung müssen Weiterbildungen besuchen, um die doppische Buchführung zu erlernen und damit arbeiten zu können	2,3	9,8	58,7	29,3
Viele Mitarbeiter haben keinerlei betriebswirtschaftliche Inhalte in ihrer Ausbildung und Berufspraxis erfahren und können mit Doppik daher nichts anfangen.	6,1	21,8	42,1	30,1
Die Mitarbeiter in unserer Kommune sind sehr gut vorbereitet für die Arbeit mit der Doppik.	42,9	22,6	5,3	29,3
Die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinde-/Stadtrates ist nicht mit der doppelten Buchführung vertraut und kann die Bilanzen daher nicht lesen und nicht verstehen.	15,1	18,0	36,9	30,1
Die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinde-/Stadtrates beklagt den höheren Zeitaufwand für das Lesen des doppischen Haushaltes (im Vergleich zum kameralen Haushalt).	15,8	21,1	26,3	36,8
Die Bürger erwarten, dass wir auf Doppik umstellen.	58,6	6,8	3,1	31,6
Die Bürger können mit dem Thema „Doppik“ nichts anfangen.	9,8	8,3	47,4	34,6

Drei Aspekte müssen hinsichtlich der Kompetenzproblematik hervorgehoben werden: Erstens, die Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen sind für die Umstellung auf die Doppik nicht gut vorbereitet (42,9%) und müssen zunächst Weiterbildungen besuchen, um den Umstellungsprozess anzugehen und anschließend auch mit der doppischen Buchführung arbeiten zu können (58,7% Zustimmung). Zweitens, 36,9% der Kommunen stimmen der Aussage zu, dass die Mehrheit der Mitglieder der Kommunalparlamente mit der Doppik nicht vertraut ist und die Bilanzen weder lesen noch verstehen kann. Drittens ist das Reformthema „Doppik“ nach Einschätzung der Kommunen für die Bürger eher irrelevant, obwohl hierfür ein beträchtlicher Teil von Steuergeldern verwendet wird.

2.3 Koordinationsprobleme zwischen Kommunen und Bundesland

Das zweite Stimmungsbild hat vor allem den Koordinationsaspekt zum Gegenstand (Tabelle 14), wobei auch zu diesem Umfragekomplex etwa ein Drittel der befragten thüringischen Kommunen leider keine Angabe gemacht hat.

Tabelle 14: Koordinationsprobleme – Stimmungsbild der Kommunen II (Angaben in %)

Durch die Einführung der Doppik entstehen folgende Koordinationsprobleme:	Ablehnung	Teils teils	Zustimmung	Keine Angabe
Die Kosten für die Einführung der Doppik übersteigen deren Nutzen.	10,5	11,3	48,1	30,1
Die Vergleichbarkeit statistischer Daten nimmt durch unterschiedliche Haushalts- und Rechnungssysteme auf den drei staatlichen Ebenen Bund, Land und Kommunen ab.	4,5	18,0	45,2	32,3
Da das Land selbst weiter kameral wirtschaftet, wird die Kommunikation zwischen Land und Kommunen erschwert.	7,5	18,0	43,6	30,8
Auf Landesebene finden die Kommunen kompetente Ansprechpartner, um sich Hilfe im Umgang mit Doppik zu suchen.	39,8	21,1	7,5	31,6
Da doppisch buchende Kommunen nebenbei weiter auch kamerale Zahlen produzieren müssen (für die Landesebene) sind sie hinsichtlich des Arbeitsaufwands benachteiligt.	3,1	23,3	42,8	30,8
Die doppischen Zahlen der Kommunen haben negative Auswirkung auf die Berechnung der Zuweisungen nach dem Finanzausgleich.	18,8	27,8	16,5	36,8
Die Zuteilung von Fördergeldern gestaltet sich schwieriger, da die Länder ihre Mittel kameral veranschlagen, die Kommunen jedoch doppische Zahlen produzieren und auf deren Basis ihre Anträge stellen.	15,0	20,3	31,6	33,1
Die Doppik wird in jeder Kommune während der Umstellung ein bisschen angepasst, selbst doppisch buchende Kommunen sind untereinander nicht vergleichbar.	15,1	24,8	27,1	33,1

Problematisch ist vor allem die Einschätzung der befragten Kommunen hinsichtlich der interkommunalen Vergleichbarkeit kommunaler Finanzdaten und der Vergleichbarkeit von Daten der drei stattlichen Ebenen Bund, Ländern und Kommunen. 45,2% der 133 Kommunen stimmen der Aussage zu, dass die Vergleichbarkeit statistischer Daten zwischen den drei staatlichen Ebenen gefährdet ist. 27,1% der Kommunen gehen davon aus, dass durch die Doppik die interkommunale Vergleichbarkeit verloren geht, nur 15,1% der Kommunen widersprechen dieser Entwicklung. Insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Haushalts- und Rechnungssysteme auf der Kommunal- und Länderebene werden Kommunikationsprozesse zwischen den Ebenen aufwändiger (43,6% Zustimmung). Dies wird verschärft, wenn nicht ausreichend Wissen über beide Haushaltskonzepte (Doppik und Kameralistik) vorgehalten werden kann. Beispielsweise bemängeln 39,8% der Kommunen das Fehlen kompetenter Ansprechpartner auf der Landesebene.

2.4 Zur Rolle der Beratungsunternehmen

Die Hälfte der befragten Gemeinden (77 von 133) gibt an, regelmäßig von Beratungsunternehmen, die für die Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens werben, kontaktiert zu werden. Von diesen 77 Gemeinden stimmen 55,4 % der Aussage zu, dass die Beratungsunternehmen die Kommunen zur Umstellung auf die Doppik drängen (Tabelle 15).

Tabelle 15: Die Rolle der Beratungsunternehmen

„Die Beratungsunternehmen drängen die Kommunen zur Umstellung auf die Doppik.“	Häufigkeit absolut	Prozent	Gültige Prozente
Ablehnung	12	9,1	21,4
Teil teils	13	9,8	23,2
Zustimmung	31	23,3	55,4
Keine Angabe	1	0,8	
Befragte Gemeinden mit dieser Frage insgesamt	**77**	**57,9**	**100,0**
Bisher keine Kontaktierung der Gemeinde durch Beratungsunternehmen	76	57,1	
Gesamt	**133**	**100**	

Der Einkauf externer Hilfe zur Bewältigung des Reformprozesses spielt in Thüringen (im Vergleich zu Bayern) keine besondere Rolle. Lediglich 23% der befragten Kommunen, welche bisher noch nicht auf die Doppik umstellen (122), würden mit einem Beratungsunternehmen zusammenarbeiten (Tabelle 16). 54,9% würden eine solche Zusammenarbeit ablehnen. Darüber hinaus konnten sich 22,1% der Kommunen bei dieser Frage (noch) nicht positionieren.

Tabelle 16: potentielle Zusammenarbeit der Kommunen mit Beratungsunternehmen

	Häufigkeit	Prozent
Ja	28	23,0
Nein	67	54,9
Unentschieden	27	22,1
Gesamt	**122**	**100,0**

Von den elf befragten Kommunen, welche bereits auf die Doppik umgestellt haben (7) oder sich derzeit im Umstellungsprozess befinden (4), arbeiten nur drei mit einem Beratungsunternehmen zusammen. Die Mehrheit versucht den Umstellungsprozess von Kameralistik auf Doppik ohne externe Hilfe zu bewältigen (Tabelle 17).

Tabelle 17: bisherige Zusammenarbeit der Kommunen mit Beratungsunternehmen

	Häufigkeit	Prozent
Ja	3	27,3
Nein	5	45,4
Weiß nicht	3	27,3
Gesamt	**11**	**100**

3. Perspektiven für den weiteren Verlauf des Reformprozesses des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen im Freistaat Thüringen

Grundsätzlich wird der Reformprozess des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in Thüringen weitreichend kritisiert: Im Fokus der Kritik stehen vor allem der mit der Implementation der Reform verbundene hohe ressourcenbindende Aufwand (Personal, Zeit, finanzielle Mittel), der hohe Informationsbedarf und die fehlende Unterstützung durch die Landesebene. Darüber hinaus fehlt dem Reformkonzept Doppik selbst eine breite Basis der Befürwortung durch die Kommunen. Neben den Implementationsproblemen schrecken vor allem das unausgewogenen Kosten-Nutzen-Verhältnis der Reform und die unbeantwortete Frage der Eignung und Notwendigkeit der Doppik als Haushaltswesen die kommunalen Akteure von der Einführung dieses Systems ab. Da im Freistaat Thüringen bisher kein gesetzlicher Zwang zur Umstellung auf Doppik besteht, ist dort der Reformprozess kaum vorangeschritten: lediglich 4% der Kommunen haben die Umstellung bisher vollzogen.

Mit der Einführung der Doppik und dem daraus resultierenden Nebeneinander verschiedener Haushalts- und Rechnungssysteme auf den staatlichen Ebenen (Kameralistik, erweiterte Kameralistik oder Doppik) geht neben der interkommunalen Vergleichbarkeit auch die Vergleichbarkeit von Haushaltsdaten zwischen den Verwaltungsebenen verloren. Ursachen hierfür sind zum einen die verschiedenen materiellen Regelungen auf den föderalen Ebenen (es existieren allein 16 verschiedene Haushalts- und Rechnungswesen für die Kommunalebene) und zum anderen die Modifikation der Regelungen in der Implementationsphase in jeder einzelnen Verwaltungseinheit. Folglich wird die Kommunikation zwischen den Kommunen und dem Land erschwert. Zudem klagen besonders die Statistischen Landesämter über einen erhöhten Arbeitsaufwand, da sie kommunale doppische Zahlen für die Landesebene wieder in kamerale Zahlen umwandeln müssen, weil der Landeshaushalt lediglich nach den Grundzügen der erweiterten Kameralistik geführt wird.. Dieser steigende Koordinationsaufwand auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene – welcher beispielsweise Auswirkungen auf die Mitarbeiter- und Finanzausstattung hat und auch bedeutet, dass doppeltes Wissen über beide Haushaltssysteme auf allen Ebenen vorgehalten werden muss – erklärt auch die Präferenz der Statistischen Landesämter, des Statistischen Bundesamtes, der Innenministerien in Bayern und Thüringen sowie der bereits doppisch buchenden Kommunen in Bayern und Thüringen für eine einheitliche gesetzliche Regelung.

Aufgrund der hohen Transaktionskosten, des steigenden Koordinationsbedarfes und des fehlenden Nachweises über den Nutzen dieser Reform überrascht es nicht, dass der Umstellungsprozess auf Doppik im Freistaat Thüringen ins Stocken geraten ist und sich bei vielen Akteuren „Ernüchterung“ bis hin zu „Frustration“ eingestellt hat. Ziele der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens, wie beispielsweise die Steigerung von Transparenz, Effizienz und Effektivität der öffentlichen Haushaltswirtschaft rücken in weite Ferne.

Darüber hinaus haben wir in mehreren Interviews immer wieder die Aussage gehört, dass sich die Umstellung auf Doppik für Kommunen mit weniger als 5000 Einwohnern nicht lohnen würde. Dies würde für den Freistaat Thüringen bedeuten, dass 92,57% der thüringischen Kommunen nicht auf die doppische Buchführung umstellen sollten, da 872 Kommunen nicht mehr als 5000 Einwohner zählen. Auch von den 133 Gemeinden, welche an der Befragung teilgenommen haben, handelt es sich um kleine Gemeinden (54,3% der Kommunen haben zwischen 2000 und 5000 Einwohner und sogar 42,9% zählen weniger als 2000 Einwohner). Welche Empfehlungen lassen sich aus den skizzierten Problemkomplexen für den Reformprozess im Freistaat Thüringen ableiten?

1. Für die Kommunalebene und die Landesebene sollte ein einheitliches Haushalts- und Rechnungswesen gelten. Folglich muss per Gesetz verpflichtend die Kameralistik, Doppik oder eine einheitliche Variante der erweiterten Kameralistik vorgeschrieben werden. Da die Rückkehr zur Kameralistik aufgrund der internationalen und bundesweiten Entwicklungen wenig sinnvoll und vor allem nicht machbar erscheint, sollte die Doppik – trotz der nicht zu verachtenden Kritikpunkte an diesem Konzept – per Gesetz verpflichtend vorgeschrieben werden.
2. Alle Studien- und Ausbildungsgänge müssen schnellstmöglich an die neuen Anforderungen im öffentlichen Haushaltswesen angepasst werden. Bei Personaleinstellungen sollte die Kenntnis der doppischen Buchführung eine Einstellungsvoraussetzung darstellen.
3. Das bestehende Personal in den Verwaltungen muss umfassend im Umgang mit der Doppik weitergebildet werden. Für die Kommunen kostenfreie (Finanzierung durch das Land), im Rahmen der Arbeitszeit stattfindende Bildungsmaßnahmen wären wünschenswert. (Hierzu bieten bereits die kommunalen Spitzenverbände eine Reihe von Veranstaltungen an.)
4. Das Problem der Eignung der Doppik für Kommunen mit mindestens 5000 Einwohnern könnte in Thüringen lediglich durch eine Gemeindegebietsreform gelöst werden, die natürlich auch Handlungsmöglichkeiten wie freiwillige Gemeindefusionen oder Bildung von Verwaltungsgemeinschaften einschließen kann.

Große Anfrage DS 7/5266 der Fraktion DIE LINKE - "Stand und Entwicklung der finanziellen Situationen der Kommunen in Thüringen"

Frage 69: Klagen der Kommunen gegen das Land hinsichtlich der allgemeinen Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz (Stand: 31. Dezember 2021)

Lfd. Nr.	Klagende Kommune (Stadt / Gemeinde / LK)	Schlüsselnummer Kommune (AGS)	Klagegegenstand	Verfahrensstand (ruht / wird betrieben)
	Jahr 2014			
	keine			
	Jahr 2015			
1	Landkreis Greiz	16076000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
2	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	16073000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
3	Landkreis Weimarer Land	16071000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
4	Landkreis Kyffhäuserkreis	16065000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
5	Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis	16064000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
6	Landkreis Hildburghausen	16069000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
7	Landkreis Sonneberg	16072000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
8	Landkreis Gotha	16067000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
9	Landkreis Wartburgkreis	16063000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 6. Juli 2015 hinsichtlich des Mehrbelastungsausgleichs	Verfahren ruht
	Jahr 2016			
10	Landkreis Wartburgkreis	16063000	Festsetzungsbescheid vom 4. Januar 2016 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2016	Verfahren ruht
	Jahr 2017			
11	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	16074000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
12	Landkreis Greiz	16076000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
13	Landkreis Hildburghausen	16069000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
14	Landkreis Wartburgkreis	16063000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
15	Landkreis Sonneberg	16072000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
16	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	16073000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
17	Landkreis Schmalkalden-Meiningen	16066000	Festsetzungsbescheid vom 2. Januar 2017 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2017	Verfahren läuft
	Jahr 2018			
18	Gemeinde Birx	16066012	vorläufiger Festsetzungsbescheid vom 10. Januar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
19	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	16074000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 28. Februar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
20	Gemeinde Langenwetzendorf	16076039	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 28. Februar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
21	Landkreis Wartburgkreis	16063000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 28. Februar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
22	Landkreis Sonneberg	16072000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 28. Februar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
23	Landkreis Hildburghausen	16069000	endgültiger Festsetzungsbescheid vom 28. Februar 2018 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2018	Verfahren ruht
	Jahr 2019			
24	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	16074000	Festsetzungsbescheid vom 10. Januar 2019 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2019	Verfahren ausgesetzt
25	Gemeinde Langenwetzendorf	16076039	Festsetzungsbescheid vom 10. Januar 2019 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2019	nach mündl. Verhandlung 15.01.2020 ruhend gestellt
26	Landkreis Wartburgkreis	16063000	Festsetzungsbescheid vom 10. Januar 2019 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2019	Verfahren ruht
27	Landkreis Hildburghausen	16069000	Festsetzungsbescheid vom 10. Januar 2019 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2019	Verfahren ruht
	Jahr 2020			
28	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	16074000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 9. Januar 2020 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2020	Verfahren ruht
29	Gemeinde Langenwetzendorf	16076039	Festsetzungsbescheid TMIK vom 9. Januar 2020 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2020	Verfahren ruht
30	Landkreis Sonneberg	16072000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 9. Januar 2020 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2020	Verfahren ruht
31	Landkreis Wartburgkreis	16063000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 9. Januar 2020 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2020	Verfahren ruht
32	Landkreis Hildburghausen	16069000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 9. Januar 2020 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2020	Verfahren ruht
	Jahr 2021			
33	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	16074000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 11. Januar 2021 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2021	Verfahren ruht
34	Landkreis Wartburgkreis	16063000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 11. Januar 2021 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2021	Verfahren ruht
35	Landkreis Hildburghausen	16069000	Festsetzungsbescheid TMIK vom 11. Januar 2021 über Festsetzung der Schlüsselzuweisungen und des Mehrbelastungsausgleichs des Jahres 2021	Verfahren ruht

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TSK

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	Investitionen für Nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland	2004	4,00	2014	Richtlinie zur Förderung von Kultur und Kunst	491.500	491.500	50%	50%		154.000	154.000
			4,00	2015		859.500	859.500	50%	50%		143.500	143.500
			4,00	2016		611.722	611.722	50%	50%		261.722	261.722
			4,00	2017		1.113.000	1.113.000	50%	50%		300.000	300.000
			4,00	2018		989.500	989.500	50%	50%		311.000	311.000
			4,00	2019		289.000	289.000				0	0
2	Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland	2020	20,00	2020	Richtlinie zur Förderung von Kultur und Kunst	767.500	767.500				0	0
			20,00	2021		927.000	927.000	50%	50%		50.000	50.000
			20,00	2022		1.263.500	1.263.500	50%	50%		596.200	596.200

* Anm.: 50 % Bundesmittel ist der Mindestfördergrundsatz, der hier zugrunde gelegt wurde. Die einzelnen Finanzierungsanteile sind nicht statistisch erfasst.

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TMIK

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	Finanzhilfen zur Stärkung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen nach Artikel 104b des Grundgesetzes (Kapitel 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes)	2015	3.500,00	2015-2024	Bewilligungsbescheid	75.820.500	72.248.446	90%	10%	0%	72.248.446	0
2	Ausgleich der Gewerbesteuerminder-einnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie (Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder)	2020	10,968 Mrd. EUR (davon 6,134 Mrd. EUR vom Bund)	2020	Auszahlung durch die Länder, Höhe orientiert an den jeweils erwarteten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer	146 Mio. Euro*)	82.500.000	50%	50%		165.000.000	63.500.000

*) Die zum Zeitpunkt der Gesetzesinitiative prognostizierten Gewerbesteuerausfälle 2020 der Kommunen in Thüringen betrugen 165 Mio. EUR. Diese wurden von Bund und Land jeweils zur Hälfte (je 82,5 Mio. EUR) getragen. Der Bund hat an Thüringen 146 Mio. EUR überwiesen, um zusätzlich die negativen Wirkungen der Gewerbesteuerausfälle auf die Zuweisungen aus dem bundesstaatlichen Finnazausgleich des Landes auszugleichen. Daher wurden von den 146 Mio. EUR vom Bund 82,5 Mio. EUR (zzgl. dem Landesanteil von 82,5 Mio. EUR) an die Gemeinden überwiesen und 63,5 Mio. EUR wurden im Landeshaushalt zum Ausgleich der Finanzausgleichswirkungen verbucht.

Zum Ausgleich der Gewerbesteuermindereinnahmen wurden nach § 1 des Thüringer Gesetzes zur Umsatzung des Gesetzes zum Ausgleich von Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden infolge der COVID-19-Pandemie durch Bund und Länder (ThürUGGewStCOV) im Jahr 2020 insgesamt 82,5 Mio. Euro aus Bundesmitteln als pauschale Gewerbesteuerkompensationszuweisungen durch das TMIK ausgezahlt. Sie ergänzten die Gewerbesteuerstabilisierungszuweisungen nach § 1 Thüringer Gesetz zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen (ThürStaKoFiG), die 100 Mio. Euro betrugen und im Jahr 2020 aus dem Sondervermögen des Landes "Thüringer Corona-Pandemie-HIlfefonds" (im Folgenden Sondervermögen) vom TMIK ausgezahlt wurden. Auf Grundlage der Kassenstatistik wurden Die Gewerbesteuerkompensationszuweisungen und Gewerbesteuerstabilisierungszuweisungen nach § 4 ThürStakoFiG wurden im Jahr 2021 überprüft. Soweit die tatsächlichen Verluste im Jahr 2020 (konkret der um den Faktor 1,04 vervielfachte Durchschnittswert aus den Jahren 2017 bis 2019 im Vergleich zum Ist-Wert nach der Kassenstatistik für das Jahr 2020) geringer waren als die Summe aus Gewerbesteuereinnahmen, Gewerbesteuerstabilisierungszuweisung nach § 2 ThürStKoFiG und Gewerbesteuerkompensationszuweisung nach § 1 ThürUGGewStCOV, erfolgten im Jahr 2021 Rückforderungen. Insgesamt waren 63 Mio. Euro zurückzufordern, wovon rund 45,45 Mio. Euro an Gemeinden ausgeschüttet wurden, die noch unkompensierte Gewerbesteuerrückgänge im Jahr 2020 verzeichneten. 17,5 Mio. Euro erhöhten die Mittel des Landesausgleichsstocks und standen dort unter anderem zum Ausgleich besonderer Härten zur Verfügung, die sich aus dem Vollzu der Bestimmungen des ThürStaKoFiG und des ThürUGGewStCOV ergaben.

Aus dem Sondervermögen des Landes erhielten die Kommunen 2020 weitere 85 Mio. Euro allgemeine Stabilisierungszuweisungen (§ 2 ThürStaKoFiG) und 15 Mio. Euro für Kur- und Erholungsorte bzw. Kurorte mit Kurbadeeinrichtungen. Im Jahr 2021 erhielten Heilbäder 4,5 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Landes.

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TMBJS

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung vom 19.12.2019 (GuteKita, GBGBl S.2696) in Verbindung mit dem Vertrag zwischen der Bundesrepiblik Deutschland und dem Freistaat Thüringen vom 04.09.2019	2019	5.472,00	2019 bis 2022	→ §§ 25 Abs. 1 Nr. 5, 30 Abs. 2 ThürKigaG → Thüringer Förderrichtlinie zur Kofinanzierung der Förderrichtlinie zum Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher“ (Förderperiode 2019 bis 2023) vom 15. Oktober 2020 (ThürStAnz. Nr. 46/2020, S. 1428 - 1430) Förderrichtlinie „Thüringer Fachkräfteinitiative Kita“ vom 22. April 2020 (ThürStAnz. Nr. 19/2020, S. 654 - 657) Richtlinie zur Förderung im Rahmen des Modellprojekts „Vielfalt vor Ort begegnen – professioneller Umgang mit Heterogenität in Kindertageseinrichtungen“ vom 28. Dezember 2020 (ThürStAnz. Nr. 5/2021, S. 303 - 308), geändert am 10. Mai 2021 (ThürStAnz. Nr. 25/2021, S- 1135 - 1136)	166.293.360	135.500.000	81%	19%	0%	166.293.360	30.793.360
2	Bundesinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2013 bis 2014	2008	580,5	2013-2014	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	14.805.139,00	14.792.407,96	30,9	0	69,1	14.792.408	0
3	Bundesinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2015 bis 2018		550,0	2015-2018	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	14.162.260,00	13.968.994,77	32,1	0	67,9	13.968.995	0
4	Bundesinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2017 bis 2020		1.126,0	2018-2023	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	28.567.422,00	24.231.446,04		0		24.003.315	0
5	Bundesinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2020 bis 2021		1.000,0	2020-2023	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	23.780.112,00	5.221.734,36		0		4.790.475	0
6	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2012	2012	30,0	2012	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	738.699	639.058	100%	0%	0%	626.106	12.953
7	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2013		45,0	2013	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.216.104	1.069.111	100%	0%	0%	949.111	120.000
8	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2014		51,0	2014	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.628	1.317.036	100%	0%	0%	1.197.036	120.000
9	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2015		51,0	2015	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.628	1.296.195	100%	0%	0%	1.176.195	120.000
10	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2016		51,0	2016	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.604	1.255.499	100%	0%	0%	1.135.499	120.000
11	Bundesinitiative Frühe Hilfen 2017		51,0	2017	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.628	1.268.628	100%	0%	0%	1.148.628	120.000
12	Bundesstiftung Frühe Hilfen 2018	2018	51,0	2018	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.586	1.278.242	100%	0%	0%	1.158.242	120.000
13	Bundesstiftung Frühe Hilfen 2019		51,0	2019	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.388.586	1.282.160	100%	0%	0%	1.162.160	120.000
14	Bundesstiftung Frühe Hilfen 2020		51,0	2020	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.343.051	1.288.776	100%	0%	0%	1.168.776	120.000
15	Bundesstiftung Frühe Hilfen 2021 inkl. zusätzliche Mittel "Aufholen nach Corona"		66,0	2021	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	1.711.271	1.503.274	100%	0%	0%	1.376.394	126.880
16	Bundesstiftung Frühe Hilfen 2022 inkl. zusätzliche Mittel "Aufholen nach Corona"		86,0	2022	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	2.002.214	246.704	100%	0%	0%	221.087	25.617
17	Landesprogramm Schulsozialarbeit - Aktionsprogramm des Bundes "Aufholen nach Corona"	2021	0,7	2021	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	730.000	730.000	100%	0%	0%	186.207	543.793

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
			2,2	2022	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Festbetragsfinanzierung	2.200.000	2.200.000	100%	0%	0%	1.765.000	435.000
18	Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" Aufstockung Örtliche Jugendförderung	2021	1.290,0	2022	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit pauschalierten Festbetrag	1.850.000	1.850.000	60%	0%	40%	0	0
19	Kofinanzierug zum Bundesprogramm "Demokratie Leben!" Lokale Partnerschaften für Demokratie	2011	2,7	2016	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	900.767	1.742.657	65,18%	33,69%	1,12%	815.191	69.809
			3,0	2017	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	742.658	2.231.583	74,28%	24,72%	1,00%	720.739	24.261
			3,1	2018	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	795.090	2.323.272	77,33%	26,47%	0,80%	735.597	68.403
			3,1	2019	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	830.317	2.266.000	72,60%	26,60%	0,80%	802.768	71.232
			3,6	2020	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	798.158	2.802.574	77,11%	21,96%	0,94%	777.088	96.912
			3,7	2021	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	849.581	2.821.290	76,18%	22,94%	0,88%	824.572	164.428
			3,8	2022	Zuwendungsbescheid im Wege einer Projektförderung mit Anteilsfinanzierung	919.247	2.818.834	74,76%	24,38%	0,86%	178.973	730.027

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TFM

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	1 Mrd. EUR-Entlastung (Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung)	2015	3 Mrd. EUR	2015 bis 2017	je hälftig über KdU-Entlastung und Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer	USt-Anteil Gemeinden: jeweils ca. 10 Mio. EUR jährlich[2)], KdU unbekannt[4)]					ca. 30.000.000	0
2	Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern (Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern)	2015	1 Mrd. EUR	2015	das Land erstattet den Kommunen die mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen verbundenen notwendigen Kosten gem. ThürFlüKEVO	25,8 Mio. EUR					[5)]	[5)]
3	1,5 Mrd. EUR-Entlastung (Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern)	2017	1,5 Mrd. EUR	2017	zusätzlich 500 Mio. EUR über KdU-Entlastung und 1 Mrd. EUR Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer	Ust-Anteil Gemeinden: ca. 20 Mio. EUR[2)], KdU unbekannt[4)]					ca. 20.000.000	0
4	5 Mrd. EUR-Entlastung (Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sowie zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften)	2018	5 Mrd. EUR jährlich	ab 2018	KdU-Entlastung 1,6 Mrd. EUR und erhöhter Umsatzsteueranteil der Gemeinden 2,4 Mrd. EUR fließen den Kommunen direkt zu, erhöhter Umsatzsteueranteil Länder 1 Mrd. EUR über Partnerschaftsgrundsatz und sonstige Erhöhung der Finanzausgleichsmasse[1)]	jährlich: Ust-Anteil Gemeinden: 50,3 Mio. EUR[2)], Ust-Anteil Länder 24,8 Mio. EUR (2021)[3)], KdU unbekannt[4)]					50.300.000 p.a.	0
5	Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und Folgeregelungen	2015	24,4 Mrd. EUR	2016 bis 2021	diverse Kostenerstattungen u.a. gem. AsylbLG und ThürFlüKEVO, zusätzliche Mittel in der Finanzausgleichsmasse	617,2 Mio. EUR					[5)]	[5)]
6	Übernahme der im Rahmen der Corona-Steuergesetze angefallenen Steuermindereinnahmen durch die zweimalige Auszahlung eines Kinderbonusses sowie der temporären Absenkung der Umsatzsteuersätze im 2. Halbjahr 2020	2020 und 2021	1,39 Mrd: EUR	2020 und 2021	Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer (2020: 911 Mio. EUR, 2021: 479 Mio. EUR)	2020: 19,0 Mio. EUR, 2021: 10,0 Mio. EUR[2)]					29.000.000	0
7	Mehraufwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine	2022	2 Mrd. EUR	2022	Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (DS 7/5796)[6)]	vorauss. 49,1 Mio. EUR					49.500.000[7)]	0

Hinweise:

Sowohl die Einnahmen des Landes als auch die Einnahmen der Kommunen aus erhöhten Umstatzsteueranteilen wirken sich auf den Thüringer Partnerschaftsgrundatz nach § 3 Abs. 3a ThürFAG aus.

[1)] Normalregelung, Abweichungen möglich, wenn Gesamt-KdU-Übernahme durch den Bund die Grenze zur Bundesauftragsverwaltung übersteigt (49%, ab 2020 74%)
[2)] entsprechend der jeweils geltenden Länderschlüsselzahl gem. § 1 Umsatzsteuerschlüsselzahlenfestsetzungsverordnung
[3)] entsprechend der Verteilungssystematik des Finanzausgleichsgesetzes (Einwohneranteile nach § 9 Abs. 2 FAG)
[4)] die Auswirkungen der unter den lfd. Nr. 1, 3 und 4 aufgezeigten Bundesprogramme auf die Kosten der Unterkunft (KdU) werden bei den in der Zuständigkeit des TMASGFF zusammengestellten Maßnahmen erläutert
[5)] eine direkte Zuordnung der Einnnahmen aus den erhöhten Umsatzsteueranteilen des Landes an den ausgereichten Zahlungen über die genannten Vorschriften ist nicht möglich
[6)] Titel zum Stand 15. September 2022: Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Entlastung der Kommunen hinsichtlich der Mehraufwendungen aus Anlass des Rechtskreiswechsels von aus der Ukraine geflüchteten Menschen
[7)] Betrag zum Stand 15. September 2022

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TMASGFF

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	Erstattung der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach § 46a SGB XII i. V. m. ThürAGSGB XII durch den Bund an den Freistaat Thüringen	2013	nicht bekannt	2013-2022 (Stand 30.06.2022)	Weiterleitung nach § 6 Abs. 1 ThürAGSGB XII	739.939.334	739.939.334	100%	0%	0%	739.939.334	0
2	Erstattung des Barbetrages nach §§ 136, 136a SGB XII durch den Bund an den Freistaat Thüringen	2017	nicht bekannt	2017-2022 (Stand 30.06.2022)	Weiterleitung nach §§ 6a Abs. 3, 6b Abs. 3 ThürAGSGB XII	6.347.979	6.347.979	100%	0%	0%	6.347.979	0
3	Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen"	2020	28,5 pro Jahr	2020 - 2023 (voraussichtl. Verlängerung bis 2024)	Richtlinie des Freistaates Thüringen zur Gewährung von Landeszuwendungen für investive Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationen im Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und ihrer Kinder im Rahmen der Umsetzung des Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ (voraussichtl. Inkrafttreten am 01.08.2022) Zuwendungsempfänger sind juristische Personen des öffentlichen Rechts beziehungsweise juristische Personen des Privatrechts, die als gemeinnützig anerkannt sind; dies können auch Kommunen sein als Träger von Frauenhäusern/Frauenschutzwohnungen	bis zu 754.498 EUR pro Jahr = Königsteiner Schlüssel, 2,65 % des jährlich möglichen Fördervolumens	0	bis zu 90%	subsidiär bis zu 10%	bis zu 10 %	0	0
4	Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (Personalaufbau und Steigerung der Attraktivität im ÖGD)	2020	3.100,0	01.02.2020-31.12.2026	Richtlinie zur Rahmenvereinbarung über die Umsetzung des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen (FRL ÖGD-Pakt) vom 01.10.2021 --> Zuwendungsantrag mit anschließender Bewilligung durch das TLVwA mittels Zuwendungsbescheid	74.139.600	2021: 4.142.823 (Ist) 2022: 7.580.000 (Plan)	100%	0%	0%	3.776.465,18 € (insg. bis zu 66.725.630 € während des Gesamtzeit-raums)	(insg. bis zu 7.413.960 €)
5	Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104b Abs. 1 GG gem. Teil B der Vereinbarungen zwischen dem Bund und den Ländern zur Umsetzung des Förder-programms Digitalisierung im Rahmen des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst	2022	65,0	01.01.2022-31.12.2022	Antragstellung zum Förderprogramm mit anschließendem Erlass von Fördermittel-bescheiden. Ein zusätzlicher Eigenanteil i. H. v. 10 % der geförderten Maßnahmen muss für zusätzliche Digitalisierungsmaßnahmen im ÖGD verwendet werden.	1.710.872	1.710.872	90%	0%	10%	679.832	1.031.039,15 € (davon 533.039,15 € zur direkten Umsetzung von Maßnahmen in den Kommunen)
6	Förderung von Maßnahmen zur Steigerung und Weiterentwicklung des digitalen Reifegrades des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Deutschland gem. Förderleitfaden des Bundesministeriums für Gesundheit vom 22. April 2022	2022	555,0	01.01.2022-31.12.2026	Antragstellung beim Projektträger des Bundes (VDI/VDE Innovation und Technik GmbH) zum 01.08.2022 mit anschließender Gewährung der Fördermittel. Eine Aussage über die Mittelgewährung ist für Ende Q3/2022 erwartet.	23.312.230	0	100%	0%	0%	0	0
7	Verwaltungsvereinbarung vom 30.07.2020 zu Finanzhilfen gem. Artikel 104b Absatz 1 des Grundgesetzes für Investitionen zur technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und zum Anschluss dieser an das elektronische Melde- und Informationssystem nach § 14 Infektionsschutzgesetz (IfSG)	2020	50,0	2020-2021	Mittelzuweisung des Bundes erfolgte über das TMASGFF. Die Zuweisung der Mittel an die Kommunen erfolgte auf Grundlage der Förderrichtlinie des TMASGFF zur Förderung der technischen Modernisierung der Gesundheitsämter und deren Anschluss an das elektronische Melde- und Informationssystem nach § 14 IfSG vom 30.4.21 (ThürStAnz Nr.: 23/2021 S.1075 - 1077)	1.323.700	1.323.700	100%	0%	0%	1.303.682	19.998

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
8	vollständige Übernahme der flüchtlingsbezogenen KdU (Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration und zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen sowie zur Änderung haushaltsrechtlicher Vorschriften)	2016	Aussage nicht möglich	2016 bis 2021	in voller Höhe über den Titel 0810 63301	vgl. Hinweise						
9	weitere dauerhafte Übernahme der KdU bis 74 % (Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder)	2020	Aussage nicht möglich	ab 2020		vgl. Hinweise						

Hinweise:

zu den nach Meldung des TFM zusammengestellten Maßnahmen des Bundes mit Auswirkung mit KdU-Entlastung (lfd. Nr. 1 - 3) und den zuvor genannten Maßnahmen der lfd. Nr. 8 und 9:

Nach § 2 Abs. 2 ThürFAG erhalten die Gemeinden und Landkreise außerhalb des ThürFAG die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 46 SGB II.
Die Mittel werden vom TMASGFF über den Titel 0810 23103 (Erstattung des Bundes für seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft nach § 46 SGB II) eingenommen und in voller Höhe über den Titel 0810 63301 (Auszahlung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II an die Landkreise und kreisfreien Städte) vom Thüringer Landesverwaltungsamt ausgezahlt. Die Verteilung der Mittel erfolgt nach der Verordnung zu § 7 ThürAGSGB II.

Nachstehende Tabelle enthält eine Übersicht zu den Auszahlungen des Landes an die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte aus dem Titel 0810 63301 und die jeweilige jährliche Gesamtbeteiligungsquote des Bundes nach § 46 Abs. 5 ff SGB II für die Jahre 2014 bis 2021.
Die Daten für das Jahr 2022 liegen erst zum 31.12.2022 vor. Eine seriöse Prognose kann zum aktuellen Zeitpunkt wegen des zum 01.06.2022 erfolgten Rechtskreiswechsels der ukrainischen Flüchtlinge vom AsylbLG in das SGB II / SGB XII nicht erstellt werden. Der Haushaltsansatz für den Titel 0810 63301 beträgt für das laufende Haushaltsjahr 167 Mio. Euro. Es ist zu erwarten, dass durch den Rechtskreiswechsel und die steigenden Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) wegen der Kostensteigerung insbesondere für die Heizung der Ansatz wahrscheinlich nicht ausreichend sein wird. Durch einen ausgebrachten Haushaltsvermerk beim Titel 0810 63301 dürfen jedoch Mehrausgaben bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0810 23103 geleistet werden.

Jahr	Bundesbeteiligungsquote nach § 46 Abs. 5 ff SGB II (endgültige Werte) in Prozent	an die Landkreise und kreisfreien Städte ausgezahlter Bundesanteil an den KdU nach § 22 Abs. 1 SGB II in Mio. Euro
2014	31,3	99,1
2015	35,4	118,8
2016	39,4	118,9
2017	47,0	137,7
2018	47,8	133,0
2019	46,0	116,0
2020	71,4	177,3
2021	69,4	165,8
2022	69,6	167,0 (Ansatz Titel 0810 63301)

Große Anfrage 7/5266

hier: zu Fragen 70 und 71 - Maßnahmen und Bundesprogramme nach Meldung von TMIL

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
1	Bund-Länderpogramm für städtebaulichen Denkmalschutz	1991	110,000	2014-2018	Bewilligungsbescheid	10.641.000	9.769.166	40%	40%	20%	9.769.166	-
			110,000	2015-2019		10.685.000	10.749.417	40%	40%	20%	10.749.417	-
			102,686	2016-2020		10.002.000	8.983.302	40%	40%	20%	8.983.302	-
			110,000	2017-2021		10.753.000	6.427.781	40%	40%	20%	6.427.781	-
			110,000	2018-2022		10.849.000	4.429.547	40%	40%	20%	4.429.547	-
			110,000	2019-2023		10.821.000	2.411.479	40%	40%	20%	2.411.479	-
2	Bund-Länder-Programm zur Förderung von aktiven Stadt- und Ortsteilzentren	2008	110,000	2014-2018	Bewilligungsbescheid	3.590.000	4.271.532	33,33%	33,33%	33,33%	4.271.532	-
			110,000	2015-2019		3.513.000	3.209.207,91	33,33%	33,33%	33,33%	3.209.207,91	-
			102,685	2016-2020		3.265.000	2.806.737,91	33,33%	33,33%	33,33%	643.268,63	-
			110,000	2017-2021		3.500.000	3.057.198,61	33,33%	33,33%	33,33%	3.057.198,61	-
			110,000	2018-2022		3.542.000	1.758.434,15	33,33%	33,33%	33,33%	1.758.434,15	-
			110,000	2019-2023		3.590.000	643.268,63	33,33%	33,33%	33,33%	643.268,63	-
3	Bund-Länder-Programm "Die soziale Stadt"	1999	150,000	2014-2018	Bewilligungsbescheid	3.978.000	2.028.598,81	33,33%	33,33%	33,33%	2.028.598,81	-
			150,000	2015-2019		3.912.000	3.577.373,70	33,33%	33,33%	33,33%	3.577.373,70	-
			140,025	2016-2020		3.602.000	2.181.611,74	33,33%	33,33%	33,33%	2.181.611,74	-
			190,000	2017-2021		4.838.000	2.216.947,28	33,33%	33,33%	33,33%	2.216.947,28	-
			190,000	2018-2022		4.766.000	2.116.988,12	33,33%	33,33%	33,33%	2.116.988,12	-
			190,000	2019-2023		4.698.000	536.884,42	33,33%	33,33%	33,33%	536.884,42	-
4	Bund-Länder-Programm Stadtumbau Teil Rückbau **(Bundesmittel werden für den Stadtumbau Teil Rückbau und Aufwertung in einer Summe zugeteilt)**	2002	210,000	2014-2018	Bewilligungsbescheid	1.471.000	1.285.884,24	50%	50%	0%	1.285.884,24	-
			210,000	2015-2019		1.596.000	1.221.390,96	50%	50%	0%	1.221.390,96	-
			196,034	2016-2020		3.355.000	1.808.811,85	50%	50%	0%	1.808.811,85	-
			260,000	2017-2021		1.075.000	951.815,98	50%	50%	0%	951.815,98	-
			260,000	2018-2022		509.500	410.956,23	50%	50%	0%	410.956,23	-
			260,000	2019-2023		736.200	422.757,92	50%	50%	0%	422.757,92	-
5	Bund-Länder-Programm Stadtumbau Teil Aufwertung **(Bundesmittel werden für den Stadtumbau Teil Rückbau und Aufwertung in einer Summe zugeteilt)**	2002		2014-2018	Bewilligungsbescheid	14.906.000	9.559.086,35	33,33%	46,67%	20%	9.559.086,35	-
							3.695.922,86	50,00%	50,00%	0,00%	3.695.922,86	-
				2015-2019		13.516.600	9.126.793,95	33,33%	33,33%	33,33%	9.126.793,95	-
							4.784.765,13	50,00%	50,00%	0,00%	4.784.765,13	-
				2016-2020		11.985.000	7.313.905,95	33,33%	33,33%	33,33%	7.313.905,95	-
							3.905.985,79	50,00%	50,00%	0,00%	3.905.985,79	-
				2017-2021		17.745.000	9.671.014,98	33,33%	33,33%	33,33%	9.671.014,98	-
							3.543.926,21	50,00%	50,00%	0,00%	3.543.926,21	-
				2018-2022		17.420.000	8.466.425,74	33,33%	33,33%	33,33%	8.466.425,74	-
							1.797.228,36	50,00%	50,00%	0,00%	1.797.228,36	-
				2019-2023		18.153.800	4.410.102,69	33,33%	33,33%	33,33%	4.410.102,69	-
							638.996,01	50,00%	50,00%	0,00%	638.996,01	-
6	Bund-Länder-Programm Soziale Integration im Quartier	2017	199,000	2017-2021	Bewilligungsbescheid	5.092.000	4.477.806,83	75%	15%	10%	4.477.806,83	-
			199,000	2018-2022		5.017.000	1.933.073,06	75%	15%	10%	1.933.073,06	-
			199,000	2019-2023		4.945.000	299.277,91	75%	15%	10%	299.277,91	-
			199,000	2020-2024		4.891.000	1.051.711,77	75%	15%	10%	1.051.711,77	-
7	Bund-Länder-Programm Zukunft Stadtgrün	2017	50,000	2017-2021	Bewilligungsbescheid	1.273.000	888.176,61	33,33%	33,33%	33,33%	888.176,61	-
			50,000	2018-2022		1.254.000	263.562,00	33,33%	33,33%	33,33%	263.562,00	-
			50,000	2019-2023		1.237.000	28.700,00	33,33%	33,33%	33,33%	28.700,00	-
8	Bund-Länder-Programm Kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum	2010	70,000	2014-2018	Bewilligungsbescheid	2.688.000	1.805.329,88	33,33%	33,33%	33,33%	1.805.329,88	-
			70,000	2015-2019		2.606.000	2.066.899,53	33,33%	33,33%	33,33%	2.066.899,53	-
			65,345	2016-2020		2.421.000	2.388.196,23	33,33%	33,33%	33,33%	2.388.196,23	-
			70,000	2017-2021		2.594.000	1.608.319,34	33,33%	33,33%	33,33%	1.608.319,34	-
			70,000	2018-2022		2.608.000	1.264.587,50	33,33%	33,33%	33,33%	1.264.587,50	-
			70,000	2019-2023		2.499.000	253.290,76	33,33%	33,33%	33,33%	253.290,76	-
9	Bund-Länder-Programm "Lebendige Zentren"	2020	300,000	2020-2024	Bewilligungsbescheid	15.598.000	35.068,25	33,33%	33,33%	33,33%	35.068,25	-
							316.848,80	45%	45%	10%	316.848,80	-

lfd. Nr.	Maßnahme/ Bundesprogramm	neu geschaffen im Jahr	Gesamt-volumen/ Mittel-umfang in Mio. Euro	Zeitraum	"Weg" der Weiterleitung an die Kommunen	auf TH entfallende Mittel in Euro	beim Bund abgerufene Mittel in Euro	Finanzierungsanteile in %			an Kommunen ausgereichte Mittel in Euro	beim Land verbleibende Mittel in Euro
								Bund	Land	Kommu-nen		
			300,000	2021-2025	Bewilligungsbescheid	14.421.000	0,00	33,33%	33,33%	33,33%	0,00	-
							0,00	40%	40%	20%	0,00	-
							0,00	45%	45%	10%	0,00	-
10	Bund-Länder-Programm "Sozialer Zusammenhalt"	2020	200,000	2020-2024	Bewilligungsbescheid	10.399.000	283.066,70	33,33%	33,33%	33,33%	283.066,70	-
			200,000	2021-2025		10.249.000	4.163,25	40%	40%	20%	4.163,25	-
11	Bund-Länder-Programm " Förderung des Wachstums und der nachhaltigen Erneuerung"	2020	290,000	2020-2024	Bewilligungsbescheid	15.079.000	293.655,20	33,33%	33,33%	33,33%	293.655,20	-
							61.497,29	40%	40%	20%	61.497,29	-
			290,000	2021-2025		15.567.000	0,00	33,33%	33,33%	33,33%	0,00	-
							0,00	40%	40%	20%	0,00	-
12	Bund-Länder-Programm städtebauliche Maßnahmen im Bereich des Sport (Investitionspakt Sportstätten)	2020	109,450	2020-2024	Bewilligungsbescheid	3.669.000	861.666,67	75%	15%	10%	861.666,67	-
			109,450	2021-2025		2.665.000	0,00	75%	15%	10%	0,00	
13	Finanzhilfen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen nach Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes	2017	3.500,00	2017-2026	vorhabenbezogene Bewilligungen durch das TLBV an die staatlichen Schulträger	71.816.500	55.500.115	64%	7%	29%	55.500.115	0
14	Verbesserung des Infektionsschutzes in Schulen und Kindertageseinrichtungen *(Bund-Länderprogramm lt. VV Mobile Luftreiniger, in Thüringen für Kindertageseinrichtungen umgesetzt)*	2021	200,00	2021-2022	budgetierte Zuweisung des TLVwA an die Gemeinden mit Kindertagesstätten	5.264.220	0	50%	25%	25%	0	0
15	Förderung von Investitionen für kommunale Straßenbauvorhaben und Maßnahmen im Bereich ÖPNV - Bundesmittel nach dem Entflechtungsgesetz	2007	8.013,00	2014 bis 2019	Zuwendungsbescheide	301.380.000	301.380.000	75 % 90 %	0%	25 % 10 %	285.311.793	16.068.207
16	Förderung von Radschnellwegen auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung Radschnellwege vom 20.06.2018	2018	391,6	2017 - 2030	noch keine Festlegung getroffen	6.656.957,00	0	bis zu 75 %	0%	mind. 25%	0	0
17	Förderung von Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung Sonderprogramm "Stadt und Land" vom 05.11./22.12.2020	2020	1.044,1	2020 - 2024	Zuwendungsbescheide	31.719.667,00	1.201.500,00	75 % 90 %	0%	25 % 10 %	1.201.500	0
18	Nachhaltigkeitsprämie Wald (Bundeswaldprämie)	2020	500,00	2020/2021	Antragstellung bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V.	k. A. möglich	6.059.155 €	100%			6.059.155 €	-

Kurorte

	zum 01.07.2022	Gemeinde	Prädikat
1	Bad Berka		Ort mit Heilquellenkurbetrieb
2	Bad Colberg	Heldburg	Ort mit Heilquellenkurbetrieb
3	Bad Frankenhausen		Soleheilbad
4	Bad Klosterlausnitz		Heilbad
5	Bad Langensalza		Schwefel-Sole-Heilbad
6	Bad Liebenstein		Heilbad
7	Bad Lobenstein		Moorheilbad
8	Bad Salzungen		Soleheilbad
9	Bad Sulza		Soleheilbad
17	Bad Tabarz		Kneippheilbad
10	Bad Tennstedt		Ort mit Heilquellenkurbetrieb
11	Stadt Friedrichroda mit OT Finsterbergen		Heilklimatischer Kurort (Friedrichroda ist zusätzlich noch Luftkurort)
12	Heilbad Heiligenstadt		Soleheilbad
13	Masserberg		Heilklimatischer Kurort
14	Neustadt/Harz	Harztor	Heilklimatischer Kurort
15	Saalfeld/Saale		Ort mit Heilstollenkurbetrieb
16	Stützerbach	Ilmenau	Luftkurort
18	Tambach-Dietharz		Luftkurort

Erholungsorte

	zum 01.07.2022	Gemeinde	Prädikat
1	Altenfeld	Großbreitenbach	Erholungsort
2	Bad Blankenburg		Erholungsort
3	Brotterode-Trusetal		Erholungsort
4	Cursdorf		Erholungsort
5	Floh-Seligenthal (mit OT Holeborn, Struth-Helmersdorf, Schnellbach, Kleinschmalkalden)		Erholungsort
6	Frankenhain	Geratal	Erholungsort
7	Frauenwald	Ilmenau	Erholungsort
8	Gehlberg	Suhl	Erholungsort
9	Georgenthal		Erholungsort
10	Großbreitenbach		Erholungsort
11	Heubach	Masserberg	Erholungsort
12	Manebach	Ilmenau	Erholungsort
13	Neuhaus am Rennweg		Erholungsort
14	Neustadt am Rennsteig	Großbreitenbach	Erholungsort
15	Oberhof		Erholungsort
16	Oberweißbach	Schwarzatal	Erholungsort
17	Ruhla		Erholungsort
18	Schmiedefeld	Suhl	Erholungsort
19	Schnett	Masserberg	Erholungsort
20	Schönbrunn/Gießübel	Schleusegrund	Erholungsort
21	Stadtroda		Erholungsort
22	Steinach		Erholungsort
23	Steinbach-Hallenberg		Erholungsort
24	Stadt Suhl		Erholungsort
25	Teistungen		Erholungsort
26	Zella-Mehlis		Erholungsort
27	Zeulenroda	Zeulenroda-Triebes	Erholungsort
28	Ziegenrück		Erholungsort